



L. Elmann

Dr. Lehmann

Rechtsanwalt
Stargard i. Pom.
Ferst. Nr. 3020 - Bohnhoistr. 24

Adrian M Galasiewicz 1202433

P. 4.10.3

Bücherverzeichnik 210 +

Bürgerliche Gesetzbuch

mit besonderer Berücksichtigung

der Rechtsprechung des Reichsgerichts

erläutert von

Dr. Busch, Erler, Dr. Lobe, Michaelis, Degg, Sayn, Schliewen und Senffarth Leichsgerichtsräten und Senatspräsidenten am Reichsgericht

Sechste neubearbeitete Auflage

V. Band:

Erbrecht

bearbeitet von Michaelis und Senffarth







Berlin und Leipzig 1928.

Malter de Grunter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.





Inhaltsverzeichn

Fünftes Buch Erbrecht	4 SZKOL	1
		Seite
Erster Abschnitt. Erbfolge	§§ 1922—1941	1-30
3weiter Abschnitt. Rechtliche Stellung des Erben	§§ 1942—2063	31—180
Erster Titel. Annahme und Ausschlagung ber Erbschaft.		
Fürsorge des Nachlaßgerichts	§§ 1942—1966	31-58
Bweiter Titel. Haftung bes Erben für die Nachlaßverbind- lichkeiten.		
I. Nachlaßverbindlichkeiten	§§ 1967—1969	6064
11. Aufgebot der Nachlaßgläubiger	88 1970-1974	6472
111. Belchränkung der Haftung des Erben	§§ 1975—1992 §§ 1993—2013	7295
IV. Inventarerrichtung. Unbeschränkte Haftung bes Erben	§§ 1993—2013	95—114
V. Aufschiebende Einreden	§§ 2014—2017	114—117
Dritter Titel. Erbschaftsanspruch	§§ 2018—2031	117—134
I. Rechtsverhältnis der Erben untereinander	§§ 2032—2057	134-171
II. Rechtsverhältnis zwischen ben Erben und den Nachlaß- gläubigern	99 0000 0000	
Dritter Abichnitt. Testament	§§ 2058—2063	171—180
Erster Titel. Allgemeine Borschriften	§§ 2064—2273 §§ 2064—2086	180-326
Zweiter Litel. Erbeinsetzung	§§ 2087—2099	180—196 196—202
Aritter Litel. Einsehung eines Racherben	§§ 2100—2146	202-232
Vierter Titel. Vermächtnis	§§ 2147—2191	232259
Funtier Litel. Luflage	§§ 2192—2196	259-262
Sechster Titel. Testamentsvollstreder	§§ 2197—2228	263—286
Achter Titel. Gemeinschaftliches Testament	§§ 2229—2264 §§ 2265—2273	287—316
Bierter Abschnitt. Erbbertrag	§§ 2274—2302	316-326
Fünster Abschnitt. Pflichtteil		326—346
Sechster Abschnitt. Erbunwürdigkeit	§§ 2303—2838	346-378
Siebenter Abschnitt. Erbverzicht	§§ 2339—2345 §§ 2346—2352	378381
Achter Abschnitt. Erbschein	§§ 2353—2370	381385
Reunter Abidnitt. Erbichaftstauf		385—401
	§§ 2371—2385	401—409
Gine: Inner Colonia		
Cinführungsgesetz		
Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften	Artt 1-31	410-415
Alveller avialities aperilating neg appropriation (wolobbitche and	244	120
Reichsgesetzen . Dritter Abschnitt. Berhältnis bes Bürgerlichen Gesetzuchs zu i	· ·	415—424
Landesgesetzen	, 55152	425-440
Althoretistes Cacherreignis	" 153—218	
Alphabetisches Sachberzeichnis		453-530

Auszug aus dem Vorwort zur sechsten Auflage

Runmehr haben bearbeitet:

Band 5 (Erbrecht):

§§ 1922—2068: RGN a. D. Michaelis, §§ 2064—2385: RGR Senffarth.

Das Sachverzeichnis hat Landgerichtsrat Rubulf Erler bearbeitet.

Abkürzungen

(Rad) ben Borichlagen bes Deutschen Juriftentags. Zweite Ausgabe. Berlin 1910)

9f 68 9fu	ısführungegeset.	RBG	Befet, betr. bie Rechtsverhaltniffe ber
01 2 99 2II	Igemeines Landrecht für bie Preußt-		Reichsbeamten, v. 18. 5. 07.
(d)	en Staaten v. 5. 2. 1794.	Recht	Das Recht, Runbichau für ben beutichen
Anf & G	ejeh, betr. bie Anfechtung von Rechts-		Juriftenstanb.
ha	nblungen eines Schuldners außerhalb	AFind	Sammlung von Untidjeibungen unb
ъ.	Ronfursverfahrens v.21.7.79/20.5.98.		Gutachten bes Reichsfinanzhofs.
Arbos Ar	rbeitsgerichtsgeset v. 28, 12, 26.	RG	Entscheidungen bes Reichsgerichts in
Aufw & G	efet v. 16. 7. 25 über die Aufwertung		Biviljachen, herausgegeben von ben
od	n Sppotheten und anberen Un-		Mitgliebern bes Gerichtshofs Die
(p	rūchen.		nicht in bieser Sammlung, sonbern in
Bay Oblo . S	ammlung bon Enticheibungen bes		anberen Beitschriften veröffentlichten
29	aperischen Obersten Lanbesgerichts in		Entscheibungen sind mit bem Busabe
(5)	egenständen bes Zivilrechts.		"RG" aus 1. ber Juristischen Wochen-
BayApfl8 . Be	eitichrift für Rechtspflege in Babern.		schrift, 2. Warnepers Jahrbuch, f.
D38 D	eutsche Juristenzettung.		unten Warn, 8. Gruchots Beiträgen,
06	inführungsgeset jum Bürgerlichen		4. Seufferts Archiv, 5. Leipziger Beit-
(3)	efetbuch.		schrift für beutsches Recht, 6. "Das
Ø I @:	ntwurf jum Bürgerlichen Gefegbuch		Recht", in ber angegebenen Reihenfolge,
in	ber Bearbeitung ber I. Kommission.		mehrfach abgebrucke Entscheidungen
	erfelbe Entwurf in ber Bearbeitung		aber nur einmal angeführt. Unbere Sammlungen sind nur ausnahmsweise
	er II. Kommission.		berücklichtigt. Die bisher überhaupt
FUU U	ieset über bie Angelegenheiten ber		noch nicht abgebrudten Entscheibungen
	eiwilligen Gerichtsbarkeit v. 17. 5. 98.		sind mit "RG" nebst Datum und Atten-
GBD G	frunbbuchordnung v. 24.8.97/20.5.98.		seichen angeführt.
Gen G G	seses betr. bie Erwerbs- und Wirt-	nost	Entscheibungen bes Reichsgerichts in
	haftsgenossenichaften v.1.5.89/20.5.98.	0.00.	Straffachen.
	sewerbegerichtsgesetz v. 29. 9. 01.	9R (W 9H 1	Reichsgesetblatt.
	lewerbeordnung. leset betr. die Gesellschaften mit be-		Enticheibungen in Angelegenheiten ber
	hränkter Haftung v. 20. 4. 92/20. 5. 98.	V.0	freiwilligen Gerichtsbarteit und bes
Glassells SB	deiträge zur Erläuterung bes Deutschen		Grundbuchrechts, jufammengestellt im
willing	techts, begründet von Gruchot.		Reichsjuftigamt, jest Reichsjuftigmini-
	derichtsverfassungsgeset.		sterium.
	anbelsgesethuch.	ROSS	Unticheibungen bes Reichsoberhanbels-
-	sahrbuch für Enticheibungen in Ange-		gerichts.
	egenheiten ber freiwilligen Gerichts.	RBer!	Berfassung bes Deutschen Reichs b.
	ichtsbarkeit und bes Grundbuchrechts.		11. 8. 19.
	juristische Rundschau.	RED	Reichsberficherungsorbnung v. 19. 7. 11/
	ustiaministerialblatt.		15, 12, 24,
	suristische Wochenschrift.	Geuffa	. Seufferts Archiv für Entscheibungen ber
	fugendwohlfahrtgefet v. 9. 7. 22.		oberften Gerichte in ben beutschen
	Bejet betreffenb Raufmannsgerichte		Staaten
to	. 6. 7. 04.		. Strafgesethuch für bas Deutsche Reich.
AGJ J	fahrbuch für Entscheibungen bes Kam-	StBD .	. Strafprozefordnung.
11	nergerichts in Sachen ber freiwilligen	uniws .	. Gefet gegen ben unlauteren Bettbe-
Q	Berichtsbarkeit.		werb v. 7. 6. 09.
	Pontursorbnung v. 10. 2. 77/20. 5. 98.	112865	. Gefet über ben Unterstützungswohnsit
23 2	Beipziger Beitschrift für beutsches Recht.		v. 80. 5. 08.
M 1	Notive zu bem von ber erften Kommis-	Berlo .	. Gefet über bas Berlagsrecht v. 19. 8. 01.
11	ion ausgearbeiteten Entwurfe bes BGB.	BeriBB .	. Gejet über ben Berficherungevertreg
DLQ 9	Rechtsprechung ber Oberlandesgerichte		v. 80. 5. 08,
	uf bem Gebiete bes Zivilrechts, heraus-		. Berfügung.
	egeben von Falkmann und Mugban.		. Verorbnung.
	Brototolle ber Kommission für bie	Warn	. Warnebers Jahrbuch ber Enischeibun-
	weite Lesung bes Entwurfs eines		gen, Ergänzungsbanb 1908 ff., bon 1919
	Bürgerlichen Gesethuchs, herausge-		ab Rechtsprechung bes Reichsgerichts.
	geben von Achilles, Gebhard und Spahn.		. Wechselorbnung.
	Befet über die Beurkundung bes Per-	880	. Bivilprozefordnung.
	onenstandes und ber Cheichließung	888	. Gefet über bie Zwangeversteigerung
	0, 6, 2, 75/11, 6, 20,		und Zwangsverwaltung v. 24. 8. 97/
RUO 8	Rechtsanwaltsorbnung v. 1. 7. 78.		20, 5, 98,

Fünftes Wuch

Erbrecht

1. Internationales Privatrecht. Der Geltungsbereich bes beutschen Erbrechts bestimmt fich grunbfahlich nach ber Staatsangehörigkeit des Erblaffers. Der Deutsche wird nach beutschen Gesetzen auch bann beerbt, wenn er seinen Wohnsit im Auslande hatte (EG Urt 24 Abs 1). Umgekehrt wird ein Ausländer, ber zur Beit seines Todes seinen Wohnst im Inlande hatte, nach ben Gesetzen seines heimatsstaats beerbt (Art 25). Die Beerbung von Ausländern, die im Auslande ihren Wohnsit haben, ift unter entsprechender Unwendung des Art 25 gleichfalls nach der Staatsangehörigkeit, nicht nach dem Wohnsite des Erblassers zu beurteilen (RG 91, 139). Soweit danach ausländisches Recht zur Anwenervlassers zu beurteilen (Ne 91, 139). Soweit bandag auslanotiges viecht zur Anvendung kommt, sind auch dessen Kolstischen, und soweit biese wieder auf deutsches Kecht zurückverweisen, dieses anzuwenden (Gesamwerweisung: Art 27 EG; NG 78, 285; 91, 141). Streitig ist, ob das schweizerische Kacht (Art 28 des Bundesgeseless v. 25. 6. 91) eine soche Kückverweisung auf das deutsche Kecht enthält; nach der richtigen Ansicht (vgl. BayObLG in KJA 16, 56) dürste die Frage zu verneinen sein und demgemäß ein in Deutschland wohnhafter Schweizer nach schweizerischem Rechte beerbt werden. — Der Grundsatz, daß die Staatsangehörigkeit maßgebend, erleibet mehrsache Ausnahmen. So genügt sür die Form der Verstlaungen von Todes wegen die Berhachtung der Keleke des Greichtungspris (Art 11 Staatsangehörigkeit maßgebend, erleidet mehrsche Ausnahmen. So genügt für die Form der Versigungen von Todes wegen die Beobachtung der Geset des Errichtungsorts (Urt 11 Uhf 1 Sah 2; NG Warn 1918 Ar 151 will auch hiersür in erster Linie das Geset der Staatsangehörigkeit entscheidend sein lassen. Ferner zugunsten der Erben eines im Auslande wohnhaft gewesenen Deutschen sin Ansehung der Hattung für die Nachlaßverdindlickeiten (EG Art 24 Abs 2). Weiter zugunsten der deutschen eines im Inlande wohnhaft gewesenen ausländischen Erblasser, wenn ihr Erbrecht oder eines im Inlande wohnhaft gewesenen ausländischen Erblasser, wenn ihr Erbrecht oder ein Pflichtteilsrecht (NG Warn 1912 Ar 84) nach den deutschen Geseten begründet ist (Urt 25 Sat 2, mit dem dort im Schlußpalbsate gemachten Bordehalte). Die deutschen Beteiligten können die ihnen hiernach zustehenden erbrechtlichen Ansprüche gestend nachen, ohne daß desdwegen auch zugunsten der etwa beteiligten Ausländer deutsches Recht zur Anwendung käme (NG 63, 356). Ansprüche von Gläubigern des Nachlasses gegen die Erben sind keine "erbrechtlichen" Ansprüche. — Das ausländischen Bercht sindet aber (Art 28) auch auf den Nachlaß eines Deutschen Anwendung, soweit darin bezüglich einzelner im Auslande besindlicher Nachlaßegegenstände (namentlich Grundstück) besondere Vorschriften gesten sse staatsangehörigen (NG 78, 48). Aushsilssdessimmungen in Ermangelung einer Staatsangehörigen (NG 78, 48). Aushsilssdessimmungen in Vussantwortung den Vernögen, das deutschen Behörden aus einem ausländischen Nachlasse zur übermitslung an Inländer anvertraut ist, Art 26. Erdrechtliche Bestimmungen in Reichsstaatsverträgen, die gesetzliche Verlung erlangt haben, so die Kondenn mit Nußland den Ukernos des Arieses Art 20, Bergeltung erlangt haben, so die Kondenn mit Nußland den Ukernos des Arieses Arieses Arieses Arieses anschlichen Rechten aus einem ausländischen Machlasse und Nussantwortung den Kussen des Arieses Arieses aus ausland der Verlagen auch auch nach liche Geltung erlangt haben, so die Konvention mit Rugland von 1874, haben auch nach Infrafttreten des BUB Geltung behalten (RG 71, 293); durch den Ausbruch des Krieges sind die mit feindlichen Mächten abgeschlossenen außer Kraft getreten; über ihre Wieber-inkraftsetzung ist in Teil X Abschn 2 (Artt 282—295) des Friedensvertrages v. 28. 6. 19 (RGBI G. 1089ff.), insbesondere in Art 289, Bestimmung getroffen (Conderbestimmung für die Berträge mit Rufland in Art 292, mit den Bentralmächten in Art 290, für das haager Übereinkommen v. 17. 7. 05 in Art 287). In dem Nachlagabkommen mit Rufland (Anlage zu Art 22 bes Konfularvertrags v. 12. 10. 25, ber burch Gef v. 6. 1. 26, RGBI II 1ff., Gesetzestraft erlangt hat) ift in § 13 angeordnet, daß die "erbrechtlichen Berhältnisse" lich in Unsehung des beweglichen Nachlasses nach den Gesehen des Staates, dem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehörte; in Ansehung bes unbeweglichen Nachlasses nach den Gesetzen des Staates, in dem dieser Nachlaß liegt, bestimmen. In dem Nachlaßabkommen mit Osterreich v. 5. 2. 27 (NGBI II 506) ist in § 3 bestimmt, daß die Angehörigen des einen

Staates in Anschung des beweglichen und undeweglichen Vermögens, das sich in dem anderen Staate besindet, nach dem Rechte des Staates beerdt werden, dem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört, und daß dies auch hussichtlich der Haftung des Erben für die Nachlaßverdindlichteiten gilt; für Floeikonnnisse, Anecht des Staates, in dem sie sie einer besonderen Giterordung unterliegen, ist das Recht des Staates, in dem sie sich besinden, maßgebend; sur Verfügungen von Todes wegen genügt hinsichtlich der Form der Errichtungs dzw. Aussbungsort (§§ 5, 7), in materieller Beziehung ist das Recht der Staatsangehörigkeit maßgebend (§§ 6, 7). — Für Streitigkeiten Beziehung ist das Recht der Staatsangehörigkeit maßgebend (§§ 6, 7). — Für Streitigkeiten, welche die erbrechtlichen Verhältnisse an dem Nachlasse von Deutschen betreffen, wird durch ZVD § 27 Abs 2, wenn der Erblasser keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inlande hatte, der besondere Gerichtsstand der Erblasser Wohnsit hatte; hilfsweise sinden Versichte der Erblasser seinen Letzen inländischen Wohnsit hatte; hilfsweise sinden Verlichen Bezirk der Erblasser seinen Letzen inländischen Wohnsit hatte; hilfsweise sinden Verlichen Rechte zu beurteilenden Streitigkeiten gesichert werden (Mot zur VVD) von der Gerichtsstand auch begründet sein, wenn ausnahmsweise ausländisches Recht auf den Rachlaß Deutscher unt der Vreichte von

Nachlaggerichts vgl. § 1960 A 2.

2. Sonstige erbrechtliche Bestimmungen finden sich reichsgesehlich im BGB in § 857 (vgl. § 1922 Å 5), und im Familienrecht (§§ 1406 Kr 1, 1461, 1482, 1483 ff., 1683, 1759, 1767, 1777); ferner in zahlreichen Borschriften der JBD, der KD, sowie in dem das Versahren in Nachlaß und Teilungssachen regelnden Abschnitt 5 des FGG (§§ 72—99). Ferner in dem Ges., betr. die Organisation der Bundeskonsulate usw. v. 8. 11. 67 in Verbindung mit EG Art 38 (Berfügungen von Todes wegen vor deutschen Konsuln) und in § 44 bes MMil's in Berbindung mit Urt 44 EG (Militär und Marinetestament). Hinsichtlich der erbrechtlichen Berhältnisse der Landesherren und der landesherrlichen, sowie der ehemals reichsständischen Familien gehen nach Artt 57, 58 EG die Bestimmungen der Hausverfassungen und ber Landesgesete bem BBB vor. Doch grenzt Art 57 a. a. D. nur bas Berhältnis zwischen Reichsrecht und Landesrecht ab; darüber, ob hausrechtliche Bestimmungen durch Landesgesetz abgeändert werden können, enthält er seine Vorschrift; das regelt sich nach den Landessgesetzen (RG Warn 1926 Nr 182). Diese Vorschriften sind die jetzt nicht ausdrücklich aufgehoben; da es aber, jedenfalls seit dem Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung (14. 8. 19), keine Landesherren mehr gibt (Art 1 RVers), sind die staatsrechtlichen Voraussehungen für die Sonderstellung der bis dahin landesherrlichen Personen und Familien weggefallen und biese dadurch ohne weiteres unter das Necht bes BGB getreten. Anders liegt die Sache hinsichtstäch der ehemals reichsständischen Familien, für die durch die neuesten Ereignisse eine Anderung ihrer staatsrechtlichen Stellung nicht eingetreten ist; die ihnen von früher her zustehenden Sonderrechte werden deshalb bis zu ihrer Ausbedung als fortbauernd anzusehen sein. Durch die neue Verfassung (Art 109 Abs 3) ist übrigens nur die Aushebung der öffentlichrechtlichen Geburts und Standesvorrechte, nicht auch der privatechtlichen als Richtlinie für die Gesetgebung aufgestellt. — Landesgesetlicher Regelung ist vorbehalten die Regelung der erbrechtlichen Verhältnisse für Familienfibeikommisse (boch ist die Ausschlung der Fideikommisse durch Art 155 Abs 2 Sat 2 RVerf vorgeschrieben) und Lehen Art. 59, Kentengüter Art 62, Erbpachtrecht Art 63, Auerbenrecht Art 64; doch kann nach Art 10 Nr 4 der Verfassung das Neich im Wege der Gesetzebung Grundsätze aufstellen über das Bodenrecht und die Vindung des Grundbesitzes, denen die landesrechtlichen Bestimmungen Rechnung tragen müssen. — Weitere Vorbehalte für die landesgesetzt liche Regelung: Erwerbsbeschränkungen ber juriftischen Bersonen und Orbensangehörigen Artt 86, 87; Feststellung des Ertragswerts eines Landguts Art 137; gewisse fiskalische und ähnliche Erbrechte (vol. unten zu § 1936 A 4) Artt 138, 139; endlich die Regelung der Behördenorganisation und Zuständigkeit in bezug auf Nachlaßfürsorge (Art 140, vgl. § 1980) und sonstige erbrechtliche Verrichtungen und Beurkundungen (Artt 141, 147 bis 151 EG). Bu den durch die Verfassung gewährleisteten "Erundrechten der Deutschen" gehört nach Art 154 Abs 1 RVerf auch das Erbrecht, jedoch nur "nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts", so daß das Erbrecht ohne Verfassunggänderung zwar nicht abgeschafft, aber doch in einem ber Abschaffung nahekommenden Mage wird beschränkt werden tonnen. "Nach den Gesethen" bestimmt sich auch der Anteil bes Staates am Erb. gut (Art 154 Abs 2 ABerf); ein über bas bisherige bloß subsidiäre Erbrecht des Fiskus (§ 1986) hinausgehendes und die Bertvandten sernerstehender Ordnungen von der gesetzlichen Erbfolge ausschließendes staatliches Erbrecht ist aus staatswirtschaftlichen und sozialen Gründen unter den früheren Verhältnissen vielsach gefordert worden. Die steuer lichen Rechtsverhältnisse bei Eintritt eines Erbfalles sind jest geregelt durch das Erbschafts teuergesek in ber Fassung vom 22. 8. 1925 (RGBl. I 320ff.), das an Stelle des Erbschaftsfteuergeseks vom 7. 8. 1922 und der 2. StNotV vom 19. 12. 23 getreten ist. — Die Vorschriften bes allgemeinen Teiles des BGB (Buch 1) finden auch im Erbrecht, die des

Erbfolge

allgemeinen Teiles des Rechts der Schuldverhältniffe (Buch 2) auf erbrechtliche Schulds

urhältnisse, soweit nichts anderes bestimmt ist, Amwendung, insbesondere auch der § 242 und die aus ihm sich ergebenden Auswertungsgrundsätze (vgl. § 242 U 5d y Abs 3).

3. Für die **übergangszeit** gilt nach Art 213 EG der Grundsatz, daß, je nachdem der Erblasser vor oder nach Inkrasttreten des BGB gestorben ist, hinsichtlich der erbrechtslichen Verhältnisse das ältere oder das neuere Recht maßgebend ist (**NG** 50, 186; 87, 124). Jeboch wird die Errichtung und Aufhebung einer Berfügung von Todes wegen, wenn sie vor 1. 1. 00 erfolgt ist, sowie die unter dem älteren Kechte bereits eingetretene Bindung des Erdlassers dei einem Erdvertrag oder gemeinschaftlichen Testament, serner werden die Errichtung und die Wirkungen eines vorher abgeschlossenen Erdverzichtvertrags in jedem Falle nach den disherigen Gesetz deutschlossen des Gitterstandes vor dem 1. 1. 00 gesätzt auch für die erdrechtlichen Wirkungen des Gitterstandes vor dem 1. 1. 00 gesätzt und für die erdrechtlichen Wirkungen des Gitterstandes vor dem 1. 1. 00 gesätzt und für die erdrechtlichen Wirkungen des Gitterstandes vor dem 1. 1. 00 gesätzt und Für die Auftragen des Gitterstandes vor dem 1. ältere Recht auch für die erbrechtlichen Wirkungen des Gliterstandes vor dem 1. 1. 00 geschlossener Ehen maßgebend. — Der Begriff der erbrechtlichen Berhältnisse ist im
weitesten Sinne zu verstehen und es fallen unter ihn alle Verhältnisse, die mit dem Anfalle
und Erwerde einer Erbschaft in Zusammenhang stehen (NG 46, 73; 50, 186). Im einzelnen
ist aus den Entscheidungen des KG hervorzuheben: zu Art 213: RG 46, 70 (Verhältnis
zwischen Erben und Testamentsvollstrecker); 50, 182 (Unspruch aus Art 747 Code civil);
52, 174 und JW 02 Veil 209 Nr 47 (Auseinandersehung unter Miterben); RG 54, 241
(Pflichtteilsergänzungsanspruch gegen den Beschenkten); JW 09, 158¹ (Rechtsbeziehungen
zwischen Vor- und Nacherben); RG 73, 291 und JW 1910, 572¹ (Erbschaftskaus); RG 59, 80
und 76, 20 (Aussegung älterer Testamente; vgl. auch KG in RJA 16, 71); 79, 392 (Miterbenanteil); IV 213/10, 12. 1. 11 (auch in älteren Versügungen vorbehaltene Kodizisle bedürsen der Formen des neuen Rechtes); RG 104, 195 (die Verjährung eines Pflichtteilanspruchs, der am 1. 1. 00 noch nicht verjährt von bessehn Reitpunkte gestorben ist); ab nach dem Nechte des BGB, auch wenn der Erblasser vor diesem Zeitpunkte gestorben ist); 3n Art 214 Abs 1: 916 49, 44 (Cheverträge des französischen Rechtes als Erbverträge); 49, 48 und 59, 80 (nur die Errichtung, nicht auch die Wirkungen ber Verfügung find nach älterem Rechte zu beurteilen, insbesondere find die Auslegungeregeln des neuen Rechtes an. Buwenben); 98 88, 156 (nur vom Erblaffer felbft, nicht für ihn von feinen Eftern errichtete, fog. quafipupillarische Berfügungen unterliegen hinsichtlich ihrer Errichtung bem älteren Rechte); IV 185/16, 6. 7. 16 (besgleichen nur vor 1. 1. 00 bereits fertig jum Abschluß gekommene, nicht zu dieser Beit noch einer Erganzung bedürftige Testamente); zu Art 214 21 96 78, 270 und 87, 121 (zur Bindung gehört auch die Berhinderung bes Erblaffers, durch Schenkungen unter Lebenden über sein Bermögen zu verfügen); IV 601/11, 7. 12. 12 (besgleichen die Frage, welche Nechte den vertragsmäßig Bedachten in bezug auf eine solche Schenkung unter Lebenden zustehen; die §§ 2287, 2288 BGB sind also nicht anwendbar); 96 77, 172, unter Aufgabe von 62, 13 (die Binbung betrifft nur die Biberruflichfeit, nicht die Anfechtbarkeit; diese ist sowohl hinsichtlich der Form wie hinsichtlich der materiellen Anfechtungsgrunde, wenn diese nicht vor dem 1. 1. 00 entstanden und dem Berechtigten befannt geworden sind, nach BGB zu beurteilen); RG 77, 173 und 78, 269 (Bindung nach dem älteren Rechte zu beurteilen, auch wenn beide Erblasser nicht vor 1. 1. 00 gestorben sind); RG 50, 316; Warn 1911 Nr 252; RG 83, 302; Warn 1918 Nr 14 (ein nach BrALR von Chegatten errichtetes wechselseitiges Testament kann auch nach 1. 1. 00 durch einseitige Berfügung von Todes wegen, und zwar nunmehr auch durch eigenhändiges Testament, widerrufen werben; § 2271 in Berb. mit § 2296 ift nicht anwendbar). Die zweite Auflage bieses Kommentars (an bieser Stelle und zu § 2253 A 1) stand zu bieser Frage auf einem etwas abweichenden Standpunkte, insofern sie die Ansicht bertrat, bag Art 214 Abf 2 bei einem gemeinschaftlichen Testamente überhaupt teine Anwendung finden könne, falls keiner der Ehegatten bor bem 1. 1. 00 gestorben sei, weil nach bem alteren (preußischen) Rechte folde Testamente bis zum Tobe eines Chegatten frei widerruflich waren, also eine Bindung nicht stattfand, und daß beshalb in bem unterstellten Falle solche Testamente nur nach BGB zu beurteilen seien, demgemäß auch die §§ 2271, 2296 auf sie Anwendung fänden. Diese Ansicht kann nicht aufrechterhalten werden. Zur Bindung gehört auch die Frage, ob eine Bindung eingetreten ift; auch für diese Frage ift baber Art 214 Abf 2 maggebend, und sie nuß somit nach älterem Achte beurteilt werden, wenn es sich um ein vor s. 1. 00 errichtetes gemeinschaftliches Testament handelt. Ergibt das ältere Recht freie Widerruflichet, so sam diese keine Einschränkung erleiden, auch nicht durch Erschwerung der Korm bes Wiberrufs, wie fie § 2271 Abs 1 insbesondere badurch herbeiführt, baß bie Aufhebung durch eine neue Verfügung von Todes wegen schon bei Ledzeiten beider Ehegatten ausgeschlossen wird. — Zu Art 200: RG 17. 11. 02, IV 141/02 (Art 200 Abs 1 Sat 2 ailt auch für vor 1. 1. 00 aufgelöste Ehen); 19. 3. 06, IV 496/05 (erbrechtliche Wirkungen des Güterfiandes sind auch solche, die zwischen ben Chegatten und ihren Erben endgültig entstanden sind); RG 96, 202 (die Bestimmungen über die Boraussehungen und die Form der Pflichtteilsentziehung wegen ehelicher Berfehlungen eines Ehegatten, §§ 2836, 2886, betreffen nicht

bie erbrechtlichen Wirkungen bes Güterstandes); JW 03 Beil 13 (Totteilung der Kinder bei der Schichtung der sortgesetzen Gütergemeinschaft des sübischen Kechtes durch den überlebenden Elternteil schließt als erbrechtliche Wirkung des Güterstandes ein Pflichtteilsrecht der Absömmlinge an dessen Achtes wirkung des Güterstandes ein Pflichtteilsrecht der Absömmlinge an dessen Vereiligter wirkungen des Güterstandes kommen nur insoweit in Verlacht, als dadurch die Rechte anderer Veteiligter, insbesondere Pflichtteilsberechtigter — wegen der Erben vgl. Warn 09 Ar 516 —, zugunsten des überlebenden Chegatten eingeschränkt werden); RG 7. 7. 19, IV 155/19 (die Bestimmungen über die Voraussehungen der Entziehung des Pflichtteils gehören nicht zu den erbrechtlichen Wirkungen des Güterstandes). Im übrigen vgl. zu § 1931 A 5. — Zu Art 217: NG 63, 428 (Erbverzichtsvertrag ist nur ein mit dem Erblasser, nicht ein unter den künstigen Erben geschlossener Vertrag); IV 09, 22010 unter Ausschlen von KG 49, 44 (Beschränkung des Chegatten im Seperrtrag auf die Ausnießung unter Ausschluß von dem gesehlichen Erbrecht des VSB enthält, wenn sie als gewollt anzusehen ist, einen nach früherem badisch-französischen Kecht unzulässigen Erbverzichtsvertrag); vgl. auch U 5 zu § 1931. — Besondere Bestimmungen über Testier-fähigkeit Art 215; über Ausschaftung des Pflichtteilsrechts bei gewissen unter schlessen.

Erster Abschnitt

Erbfolge

Erbsolge ist die Rechtsnachfolge in die vermögensrechtliche Persöulichkeit eines Versterbenen. Sie beruht entweder auf dem Gesehe oder auf dem Willen des Erblassers. Das BGB stellt, im Gegensch zum I. Entwurfe, die gesetzliche Erbsolge der gewillkürten voran. Der Abschnitt gibt zunächst die grundlegenden Normen für beide Arten (§§ 1922, 1928): sodann die Ordnung der gesetzlichen Erbsolge (§§ 1924—1936); schließlich (§§ 1937—1941) allgemeine Grundsätze für die gewillkürte Erbsolge, die im einzelnen erst später in Abschnitt zund 4 im Zusammenhange mit den sie begründenden Nechtsgeschäften (Testament und Erbvertrag) geregelt wird.

§ 1922

1) Mit dem Tode2) einer Person3) (Erbfall)4) geht deren Vermögen5) (Erbschaft)8) als Ganzeg7) auf eine oder mehrere andere Personen8) (Erben)9) über.

Auf den Anteil eines Miterben (Erbteil) 10) finden die sich auf die Erb= schaft beziehenden Borichriften Anwendung 10) 11).

€ I 1749 A6 1, 1750 A6 2 € II 1799; M 5 2, 3; B 5 1-3,

1. Der Paragraph spricht die für das Wesen der Erbfolge grundlegenden Säte aus: Ge-samtnachfolge und Unmittelbarkeit. Die Vorschriften sind zwingendes Kecht. Zebes hinterlassene Vermögen muß einen Erben sinden, selbst wenn der Erblasser die Erbfolge verboten oder sämtliche Bestandteile seines Vermögens durch Einzelzuwendungen (§ 2087 Abs 2) vergeben hätte. Im Notfalle tritt der Fiskus als Erbe ein (§ 1936).

2. Der Übergang des Vermögens auf den Erben tritt ein mit dem Tode, also unmittelbar durch dieses Ereignis, ohne zeitlichen Zwischanzustand ("der Tote erbt den Lebendigen"; das VGB kennt keine ruhende Erbschaft) und ohne daß es einer Willenserklärung des zur Erbschaft Verusenen bedarf, aber vordehaltlich der Rückgängigmachung des Erbschaftserwerds durch Ausschlagung (§ 1942). Verusung (Delation) und Erbschaftserwerd (Ausall) fallen also regelmäßig zusammen. Die daburch begründete Rechtsstellung geht auf die Erben des Verechtigten über (Transmission des Erbrechts, § 1952). Vereits mit dem Tode ergeht aber auch die (im Sinne einer condicio iuris) bedingte Verusung an diesenigen, die im Falle des rückvirkenden Wegsalls des in erster Linie Verusenen (burch Ausschlagung oder Erbundürfeitserklärung) zur Erbschaft gelangen (Sinnultanderusung); das dadurch begründete Auwartschaftsrecht geht gleichfalls auf ihre Erben über. Tritt der Fall ein, so gilt der Aussall an sie als dereits mit dem Tode des Erbsasser erfolgt (§§ 1953 Abs 2, 2344 Abs 2). Ein ähnlicher Schwedezustand tritt ein, wenn eine Leideskrucht zur Erbschaft dernsen ist (§ 1923 Abs 2, vgl. A dazu) oder wenn eine Ehelichseitserklärung (§ 1733) oder die Bestätigner (§ 84) oder des Erwerds einer juristischen Person oder eines Ordensmitgliedes (Arit 86, 87 EG) noch aussteht. In allen diesen Fällen wird erst durch das ausstehende Ereignis entschieden, wer Erbs geworden ist; je nachdem gilt der Ausall an die in Aussicht genommene Verson oder aber an den an ihrer Stelle Verusenen als mit dem Tode des Erbsasser er

folgt. - Dagegen erlangt der nacherbe die Erbenstellung erft mit dem Gintritt bes bie Nacherbfolge auslösenben Zeitpunkts ober Ereignisses (bes Nacherbfalles), und zwar ex nunc; für bie Beit bis bahin hat nur ber Borerbe bie rechtliche Stellung bes Erben (§ 2139; bal. 21 2 bagn); boch ift ber Erwerb bes Nacherben bereits mit bem Tobe des Erblaffers für ihn als rechtlich gesicherte und vererbliche Erwerbsaussicht begründet (auch im Sinne bes Reichsart echtlich gestiede ind berechtige Erbeitschaft bestätigtel bestätigtel bestätigtelle gestieben gestieben gestieben gestieben gestieben gestieben ber kach bem Eintritte des Nacherballes ist nur der Nacherballes ist nur der Nacherballes ist nur der Nacherballen und kann deshalb auch von dem Nacherball nicht mehr als Vorerbe, insbesondere auf Mitteilung eines Nachlasverzeichnisses (§ 2121), in Anspruch genommen werden (NG 98, 25). — Wegen Einsehung eines Erben unter einer aufschiedenden Bedingung dal. §§ 2074, 2108 Abs 2 Sah 2. — Nach dem Zeitpunkte bes Todes bes Erbsassers bestimmt sich auch, ob zwischen ihm und einer anderen Verson ein diese zur Erbsolge berechtigendes Verwandlschaftsverhältnis besteht, 3. B. infolge Legitimation burch nachfolgende Che von feiten eines Berwandten bes Erblassers. Ein vor dem Erbfalle erzeugtes uneheliches Kind hat tein Erbrecht an dem Nachlasse eines Berwandten' seines Baters, wenn es durch eine erft nach dem Erbfalle, aber vor seiner Geburt abgeschlossene Che seiner Eltern legitimiert worden ift, da § 1923 Abs 2 zwar für den Zeit. vunkt der Geburt, aber nicht für den der Cheschließung eine Nüchdeziehung anordnet. Durch eine nach dem Tode eines unchelichen Nindes stattsindende Eheschließung seiner Estern wird ein Erbrecht an deren Nachlaß für seine Abkömmlinge begründet (§ 1722). — Erst mit bem Tobe tritt die Erbfolge ein (hereditas viventis non datur); die Feststellung eines erbrechtlichen Verhaltniffes bezüglich bes Nachlaffes eines noch Lebenden ift baber ausgeschlossen (986 49, 372); auch Berträge über ben Rachlaß eines noch lebenben Dritten sind grundsätlich nichtig (§ 312; vgl. aber Abs 2). Ungulässig auch eine Vormerkung ober Kantionshupothek zur Sicherung eines Erb ober Vermächtnisauspruchs auf ein Erundstück vor dem Tode des Erblassers (RGJ 48 A 189; DLG 14, 97; 43, 12). — Nicht das ganze Bermögen, sondern nur der nicht zum Gesantzute gehörige Teil geht durch Erbfolge über, wenn der Erblaffer in allgemeiner Gittergemeinschaft gelebt hat, die nach seinem Tobe fortgesett wird (§ 1483) oder wenn er als Abkömmling an einer fortgesetten Gütergemeinschaft Anteil hatte (§ 1490). — Zeitpunkt bes Tobes im Falle der Tobeserklärung §§ 18, 20

3. Nur natürliche Personen, diese aber ohne Ausnahme, können beerbt werden. Das Vermögen juristischer Versonen geht nach Erlöschen der Personickeit gemäß §§ 45, 46, 88 und EG Art 85 über. Dabei finden, wenn das Vermögen an den Fiskus fällt, die Vorschriften über eine dem Fiskus zugefallene Erbschaft (§ 1936) entsprechende Anwendung (§ 46).

4. Erbfall ift ber Eintritt ber objektiven Voranssetzung für die Beerbung: der Tod bes Erblassers. "Erbanfall", "Anfall der Erbschaft" (§ 1942) bezeichnet den Übergang bes Bermögens auf den Erben. Der "Fall der Nacherbsolge" (§ 2139) ist der Eintritt des die Nacherbsolge auslösenden Zeitpunktes oder Ereignisses ((Tod des Vorerben, Eintritt der Bedingung).

5. Unter "Bermögen" verfteht das BBB in ber Regel — vgl. namentlich §§ 311, 419. 1085 — nach beutschrechtlicher Auffassung bie Gesamtheit (ben Inbegriff) ber einer Berson zustehenden wirtschaftlich verwertbaren Sachen und Rechte, also gleichbebeutend mit Aftiv vermögen ohne Einbeziehung ber barauf laftenden Verbindlichkeiten (96 69, 285 n. 416). Dem äußeren Anscheine nach könnte der Ausbruck in diesem Sinne auch in § 1922 gebraucht fein; benn andernfalls ware bie besondere Bestimmung bes § 1967, baf ber Erbe für bie Nachlagverbindlichkeiten haftet, hinfichtlich ber von bem Erblaffer herrührenben Schulden überflüssig, da diese schon auf Grund des § 1922 auf ihn sibergegangen wären. Anderseits spricht für einen weiteren Vermögensbegriff an dieser Stelle, daß der Erbe in die gesamte vermögensrechtliche Berfönlichkeit bes Berftorbenen eintritt und bag ein Abergang bes "Bermögens" auf den Erben auch erfolgt, wenn gar teine Aftiva vorhanden sind. Die Streitfrage ift für das Erbrecht mehr theoretischer Natur, da auf jeden Fall ber Erbe nach Maggabe ber §§ 1967ff., und nur nach bieser Maggabe, für die Schulben bes Erbsassen haftet. — Un vererbliche Rechte sind: Mitgliedschaft an Vereinen, falls nicht die Satzuna anderes bestimmt (§§ 38, 40); Gesellschafterrechte, falls nichts anderes vereinbart ift (§ 727 BGB, § 131 Nr 4 HBB, val. aber § 177); Vortaufsrecht, falls nichts anderes bestimmt ift (§ 514), vererblich jedoch das Vortauferecht ber Miterben am Erbteil (§ 2034 Abf 2); ferner unvererblich: Recht des Chegatten auf Abernahme des Gesamtguts (§ 1502); Ansprüche auf Ersat immaterielsen Schabens (§ 847 Abs 1 Sat 2); aus Dessoration (§§ 847 Abs 2, 1800); Wiberrufsrecht von Schenkungen unter Ebegatten (§ 1584); ferner Nechte, die vertragsmäßig auf die Verson des ursprünglich Berechtigten beschränkt sind (nur in diesem Valle auch das Bezugsrecht des Aktienzeichners, NG 65, 22). Beschränkt vererblich: Recht auf Widerruf von Schenkungen (§ 530) und Stiftungen (§ 81). Mit dem Tode des Berechtigten erlöschen ferner: Nießbrauch (§ 1061), beschränkte persönliche Dienstbarkeiten (§ 1090); Unterhaltsansprüche für die Zukunft (§§ 1615, 1713), jedoch passiv vererblich der Unterhaltsanspruch des unehelichen Kindes (§ 1712; **RG** 90, 203); wegen des Aussteuer-

ansbruchs vgl. A 1 zu § 1628; nicht erlischt die Anweisung (§ 791). Dagegen sind keineswegs alle nicht fibertragbaren Rechte (vgl. § 399 A 4) ohne weiteres auch nicht vererblich. — Auch bloße Möglichkeiten des Nechtserwerds, sog. "Rechtslagen", sind Gegenstand der Erbfolge (Erwerdsgeschäft § 22 HBB; Erfihungslage § 948; Besit § 857; Anwartschaft der Nacherben § 2108 Abs 2, s. oben A 2); Necht zur Annahme eines Vertragsantrags (§ 153; DLG 41, 25); ebenso das Recht zur Ausschlagung von Erbschaften (vgl. oben 21 2 und zu § 1952 A 1) und Vermächtnissen (§ 2180). Vererblich ist auch der Pflichtteils-anspruch nach Eintritt des Erbfalles (§ 2317 Whs. 2). — Wegen des Erlöschens von Verpflichtungen vol. § 1967 A 2. — Über Vererblichteit gewerblicher und literarischer Schuhrechte vol. Ausschlied v. 11. 1. 76 § 8; PatG v. 7. 4. 91 § 6, GebrWustch v. 1. 6. 91 § 7, W3G v. 12. 5. 94 § 7, Litus v. 19. 7. 01 § 8, Kunstus v. 9. 1. 07 § 10. — Ob eine von dem Erblasser zugunsten seiner Erben" ohne nähere Vestimmung absachtslissen Verbrusten und Verblasser von dem Verbrusten und Verbrusten von geichloffene Lebensberficherung jum Nachlaffe gehört ober ben mit bem Ausbrud "Erben" bezeichneten Personen nicht als Fortsetern der Rechtspersönlichkeit des Erblassers, sondern als Sonderpersonen (Dritten; § 330) zufallen soll, ift Auslegungsfrage; von ihrer Beantwortung hängt namentlich ab, ob die Lebensversicherung dem Zugriffe der Nachlafgläubiger unterliegt und im Falle des Nachlaßkonfurses zur Konkursmasse gezogen werden kann, sowie ob die nachträgliche Bestimmung anderer Personen als der Erben zu Bezugsberechtigten durch den Versicherungsnehmer ein wegen Gläubigerverkurzung ansechtbares Rechtsgeschäft barstellen fann. Bor bem Infrafttreten bes Reichsgesetes über ben Bersicherungsvertrag v. 30. 5. 08 (AGBI S. 263) hat die Rechtslehre und die Rechtsprechung (auch bas Reichsgericht) barüber geschwankt, was im Zweifel als Wille bes Erblaffers, - ber, ba ber Berficherer ein Interesse in der einen oder andern Richtung regelmäßig nicht haben wird, bei der Bertragsauslegung entscheidend in Betracht kommt — zu gelten hat, insbesondere ob eine tatfächliche Vermutung dafür spricht, daß er in Fürsorge für seine Erben (Hinterbliebenen) diesen die Lebensversicherungssumme habe zuwenden und sie seinem Nachlasse entziehen wollen; vgl. einerseits **NG** 11, 173 und 32, 162; anderseits 62, 259, aber auch schon 1, 378. Nunmehr hat § 167 Abs 1 des genannten Neichsgesches für Kapitalversicherungen snicht auch für Rentenversicherungen) auf den Todesfall die Frage dahin entschieden, daß im Zweifel diejenigen, welche zur Zeit des Todes als Erben berufen sind, nach dem Verhältnis ihrer Erbteile bezugsberechtigt sind und daß eine Ausschlagung der Erbschaft auf die Vercch tigung teinen Einfluß hat. Dadurch ift eine geschliche Bermutung (Auslegungsregel) dafür geschaffen, daß der Erblaffer den im Augenblide seines Todes zur Erbschaft berufenen Personen ohne Rudficht darauf, ob sie endgilltige Erben werben (§ 1953), also als Dritten, die Bersicherungssumme zuwenden wollte. Diese Bermutung ift aber widerlegbar; die Widerlegung fann aus tatsächlichen Umständen aller Art entnommen werden, u. a. auch aus der Absicht bes Erblassers, der die Berficherung genommen hat, sich badurch lediglich ein Darlehn zu ver-Schaffen (DDG hamburg, Beröffentlichungen bes Auffichtsamts für Privatversicherung 5, 89); auch mündliche Erflärungen des Berficherungsnehmers, insbesondere gegenüber dem Agenten des Berficherers, können babei in Betracht gezogen werben (NG 3B 00, 496). Bezugsberechtigt sind die durch gesetliche (§§ 1924—1936) ober gewillkürte (§§ 1937—1941) Erbfolge berufenen Bersonen nach Verhältnis ihrer Erbteile; auf einzelne Gegenstände eingesetzt, als Erben bezeichnete Bersonen kommen nicht in Betracht, wenn sie gemäß der Auslegungsregel des § 2087 Abs 2 (vgl. aber § 1937 A 3) nicht als Erben anzusehen sind. Nach Abs 2 des § 167 VersWG steht bem Fistus, wenn er als Erbe berufen ift (§ 1936 BOB), ein Bezugsrecht im Ginne bes Abs 1 nicht zu (da nicht anzunehmen ist, daß der Erblasser für ihn eine Fürsorge hat ausüben wollen; ähnlich §§ 2104 Sah 2 u. 2149 Sah 2 BGB); er erhält also die Versicherungssumme nur als Bestandteil des Nachlasses und sie ist dem Zugriffe der Nachlasseläubiger und dem Nachlastonfurse unterworfen. Für Rentenversicherungen bleibt es bei der freien Auslegung. 6. "Erbicaft" ift somit das auf einen Erben übergegangene Verniogen eines Verstorbenen.

Das Gefet gebraucht ben Ausbrud vorzugsweise, wenn es fich um die Beziehungen des Erben zu bem hinterlassenen Bermögen handelt (§§ 1942ff.), während es ben Ausbruck "Nachlaß" anwendet, wenn das Bermögen als solches, namentlich das Aktivbermögen, in Frage kommt (§§ 1960ff.; 812). Doch ift bie Ausbrucksweise teineswegs streng burchgeführt (vgl. 3. B.

2032ff.)

7. Das Bermögen geht "als Ganges" über (Universalsutzession), b. h. die Nechtsnachfolge geschieht in die Gesamtheit der durch die Berson des Erblassers zu einer Einheit verbundenen und in dieser Einheitlichkeit auf den Erben übergehenden Vermögensgegenstände (Sachen und Rechte) des Erblassers oder in einen Bruchteil dieser Gesamtheit (1/2, 1/8 usw., was jedoch nicht etwa bedeutet, daß die entstehende Gemeinschaft eine Bruchteilsgemeinschaft ware; f. § 2032 A 1, 8); eine Nachfolge in einzelne Bermögensgegenstände ober Malfen von Bernibgensgegenständen ift als Erbfolge reichsrechtlich ausgeschloffen (96 95, 14). Daber feine Erbfolge in den "gefamten Grundbefit" (96 61, 78). Doch tonnen folche Spezialsutzessionen auf Grund ber Borbehalte für bie Landesgesetigebung bortommen

(in Rentengüter, Familienfibeikommisse, Erbpachtrechte, Unerbengrundstüde usw.; vgl. Borbem 2 zu diefem Buche). Desgleichen auf Grund von Staatsverträgen mit Gefeteskraft; vgl. das deutscherussische Rachlahabkommen, Borbem 1 zu biesem Buche. Auch die kraft Gesetzes eintretende Nachfolge des Ehegatten in die Haushaltsgegenstände (Boraus, § 1982, vgl. A dazu) ist vom BGB nicht als Erbsolge, sondern nach den Borschriften über Vermächtnisse ausgestaltet. — Die Erbsolge vollzieht sich dementsprechend durch einen einheits lichen Rechtsatt, ohne baf es ber für die Übertragung ber einzelnen Rechte erforberlichen Spezialakte (Besithlbertragung, Auflassung, Eintragung) bebarf. Auch in die Stellung des Erblassers als mittelbaren Besitzers ruckt der Erbe ohne weiteres fraft des Erbanfalls ein (§ 857; **NG** 83, 229). Trifft burch ben Erbgang Berechtigung und Verpflichtung ober Berechtigung und Belastung einer beweglichen Sache ober eines Rechtes zusammen (§\$ 1063, 1072, 1256), so erlischt das Rechtsverhältnis; anders bei Zusammentreffen des Eigentums mit einem Nechte an einem fremden Erundstücke (§ 889). Eine Hypothet des Erben an einem Grundstücke bes Erblaffers und umgekehrt wird zur Eigentümergrund. ichuld (§§ 1163, 1177). Doch leben bie erloschenen Rechtsverhaltniffe wieder auf, wenn der zur Erbschaft Berufene die Erbschaft ausschlägt (§ 1953 A 1), sowie falls Nachlaße verwaltung ober Nachlakkonkurs eintritt und in den übrigen Fällen der Nachlakabsonderung (§§ 1976, 1990, 1991, 1992); ebenso im Falle des Eintritts der Nacherbschaft (§ 2143) und des Erbschaftsverkaufs (§ 2377). Auch im Falle bes § 2175 tritt tein Erlöschen ein. Bgl. bie Unmerkungen zu diesen Paragraphen.

8. Unter den aktiv erbfähigen anderen Bersonen versteht das Gesetz, abweichend von ber passiben Erbsähigkeit (A 3), sowohl natürliche als juristische Bersonen; aber auch offene Handelsgesellschaften müssen, da sie nach § 124 HGB unter ihrer Firma zum § 1923 A 7: Standelsgesellschaften müssen das erbsähig gelten (so auch Standinger (§§ 1, 21ff. BCB: 123 HGB) zur Zeit des Erbsalls (vgl. A 1 zu § 1923) vorausgeseht. Nicht rechtsfähige Vereine (§ 54) können nicht erben. Doch kann unter Umständen eine Lussen gemachte Zuwenden zu Vereinstängen als Zuwendung an Vereinsmitglieder mit der Auflage, das Zugenvendete zu Vereinstängesen zu verstenden aufgeschleiber mit der Auflage, das Zugenvendete zu Vereinstängesen zu verstenden aufgeschleht merden ber Auflage, das Zugewendete zu Bereinszwecken zu verwenden, aufrechterhalten werden (RG Barn 1911 Rr 89). Landesgesestlich fann die Beerbung durch juriftische Berlonen, soweit Berte von mehr als 5000 M. in Frage stehen, beschränkt ober von staatlicher Genehmigung abhängig gemacht werben; eine erteilte Genehmigung gilt als bor bem Erbfall erteilt (Art 86 EG): auf Feststellung kann auch vor erteilter Genehmigung geklagt werben (NG 75, 406) Bur Mitglieder religiöser Orden, die Gekibbe auf unbestimmte oder Lebenszeit ablegen, fann landesgesetzlich.gleichfalls Genehmigungspflicht angeordnet werden (Art. 87

Apl 2, 3 EG).

9. Erbe im Sinne bes Gesethes ift nur, wer unmittelbar burch bas Geseth ober burch Berfügung von Tobes wegen gemäß bem Gesetze als Gesamtnachfolger bes Erblassers berusen ist. Hierzu gehört weber ber Erbeserbe, noch der Erbschaftskäuser. Auch der Ermerber des Erdanteils (§ 2033) wird nicht Miterbe und hat keinen Anspruch auf Erteilung des Erbscheins (NG 64, 173). Bor dem Tode des Erdsassers sind Erben im Rechtssinne noch nicht vorhanden; vol. § 1935 A 2. "Künftige gesehliche Erben" im Sinne des § 312 Abs 2 sind alle diesengen Verfonen, welche zur Zeit des Vertragsschlusses in einem solchen Verföllen kahr den des Verfügen Verführe der Kahren Berhaltniffe jum Erblaffer fteben, daß fie, falls er zu biefer Beit filirbe, burch Simultan. berufung (M 2) fraft Gefebes zur Erbschaft berufen werden würden, also alle Berwandten bes Erblaffers, nicht nur bie gur Beit nächften und beshalb nach § 1930 gunächft Berufenen, ferner ber Chegatte und auch (anders wie in § 2346) ber in § 1936 genannte Fistus; ber Bertrag muß, um wirtsam zu sein, ben Erbteil eines von ihnen betreffen; er wird gegenstandslos, wenn biefer nicht zu dem Erbteile fraft Gefetes gelangt; bag auch ber an bere Bertragsteil tatsächlich Erbe wird, ist zur Wirksamkeit nicht ersorberlich (RG 98, 330; jett auch Bland, 4. Aufl., § 312 Erl. 2 b). — Die Erbenstellung kann einem Dritten nicht durch Rechtsgeschäft, insbesondere nicht durch Anerkennung einer unwirksamen Verfügung von Todes wegen, übertragen werden (DLG 26, 286); deshalb ist bei Erteilung des Erb ich ein 3 gu prüfen, ob bie Verfügung von Todes wegen, die die gesetliche Erbsolge abandert, wirksam ift, auch wenn die durch sie Eingesetzen sie als unwirksam anerkannt haben (AGS 33 A 112) und ebenso ob eine solche Berfügung mit Grund angesochten ist (KGI 38 A 118). Das Rachlaggericht hat erforderlichenfalls von Amts wegen die zur Feststellung der Eigenschaft bes Antragstellers als Erbe erforderlichen Ermittlungen zu veranstalten (§ 2358 A 1). Ginc Berweisung des Antragftellers auf den Prozesiveg ift unzulässig. Db, wenn ein Rechts. itreit über bas Erbrecht anhängig ist, der Nachlafrichter das Versahren aussetzen barf, ist Muischen Ban DbLEG (8 8, 367 und Necht 1921, 498) und NG (RIA 9, 75) streitig. Die die Aussetung zulassende Ansicht des Kantmergerichts dürfte vorzuziehen sein, da die Rötigung, unter allen Umftanden ein neben bem Brozefiverfahren hergehendes besonderes Ermittlungs. verfahren bes Nachlaßgerichts zu verauftalten, zu unnötigen Weiterungen und Koften führen

würbe und ein zwingender Grund dafür aus dem Gesehe nicht zu entnehmen ist. Doch ist die Entscheidung siber das Erbrecht im Prozesse zwischen Erbprätendenten für das Nachlaßgericht unter Umständen von materieller Bedeutung, aber nicht bindend (§ 2359). Sbensowenig schafft sie Nechtskraft gegenüber den Nachlaßgläubigern und Nachlaßschuldnern. Die Witwe und die gemeinschaftlichen Abkömmlinge, welche nach dem Tode eines Ehegatten, der in der alsgemeinen Gitergemeinschaft bes BGB gelebt hat, miteinander die Gemeinschaft fortsehen (§ 1483), sind nicht Erben des verstorbenen Shegatten; § 41 GBD sinde daher auf sie teine Anwendung (NGB 38 A 212; DLG (Nolmar) 21, 11). Für die auf Grund landesgesehlicher Bestimmungen sortgesetzen Gitergemeinschaften vor dem 1. 1. 00 durch den Tod eines Shegatten aufgesöster Ehen ist die Frage nach Maßgade der landesgesehlichen Bestimmungen zu entscheiden, auch wenn der Shegatte nicht vor dem 1. 1. 00 gestorben ist (Artt 200, 218 EG; vgl. Vorbem 3 zu diesem Buche; NG 102, 28).

10. Das Verhältnis mehrerer miteinander zur Erbschaft gelangenden Personen (Witerben) zueinander und zu den Nachlaßgläubigern wird erst in den §§ 2032 ff. näher geregelt. § 1922 Abs 2 hat nur den Bweck, klarzustellen, daß die Vorschriften, welche das BGB über die "Erbschaft" — d. h. daß gesamte hinterlassen Bermögen — gibt, ohne weiteres auch auf den Anteil eines Miterben an der Erdschaft Anwendung sinden, z. B. die §§ 1942 ff., aber auch die in anderen Teisen des BGB enthaltenen Vorschriften (§§ 1089, 1406 Nr. 1, 1453, 1461, 1822 Nr 1, 2). Der Grundsatz ist aber nicht außnahmssos durchgesührt: die Veräußerung der Erdschaft hat nur schuldrechtliche Wirkungen unter den Beteiligten (§ 2374), während über einen Erdseil mit dinglicher Wirkung versägt werden kann (§ 2038); ferner: Nachlaßtonkurs (KD § 235) und Nachlaßverwaltung (§ 2062 BGB) können nur über die Erdschaft, nicht über einen Erdseil angeordnet werden. Dagegen ist eine Nachlaßpflegschaft (§ 1960) auch für den Anteil eines Miterben zulässig (ZVIFG 2, 831).

11. Beweislast. Den Tob bes Erblassers und, sofern es darauf ankommt, den genauen Zeitpunkt bes Tobes hat zu beweisen, wer Erbe zu sein behauptet. Vermutung dafür im Falle der Tobeserklärung § 18. Für Erteilung des Erbscheins zu führende Beweise § 2856. Vermutung für den im Erbschein als Erbe Vezeichneten § 2865. Schut des guten Glaubens

an ben Erbschein §§ 2366, 2367.

\$ 1923

Erbe kann nur werden, wer zur Zeit des Erbfalls lebt1). Wer zur Zeit des Erbfalls noch nicht lebte, aber bereits erzeugt war2), gilt als vor dem Erbfalle geboren3) 4).

E I 1752, 1758 Abf 1, 1964 Abf 2, 2026 Abf 2 II 1800; M 5 4, 11ff., 857ff., 488ff.; B 5 4, 7, 463 614; 6 90, 335ff.

1. Erblaffer und Erbe muffen während einer noch fo geringen Beit gleichzeitig am Leben gewesen sein, der Erbe muß beim Tode des Erblassers (§ 1922 A 4) bereits gelebt und noch gelebt haben. Bgl. aber hinfichtlich bes Nasziturus Abs 2 und A 2. Das gilt auch für den durch Erbvertrag bestimmten Erben. Erleben des Eintritts einer aufschiebenden Bedingung § 2074. Für ben Nacherben genugt, wenn er gur Beit bes Cintritts ber Nacherbfolge, regelmäßig also beim Tobe bes Vorerben, lebt ober boch minbestens erzeugt war (§ 2108 A 1). Auch der Vermächtnisnehmer braucht zur Zeit des Erbfalls noch nicht gelebt zu haben oder erzeugt gewesen zu sein; darf aber nicht vorher gestorben sein (§§ 2178, 2160). Stirbt der berufene Erbe bor dem Erblaffer, so wird die Berufung gegenstandslos, das dem Berufenen zu-gedachte Erbrecht geht nicht auf seine Erben über. Anders, wenn der Nacherbe zwar nach dem Erbfalle, aber vor dem Vorerben ftirbt (§ 2108 Abf 2). Stirbt der Racherbe vor dem Erblaffer, so wird die Anordnung der Nacherbfolge unwirksam (§ 2108 Abs 1; RG 14. 3. 07, IV 375/06). Im Falle ber Verschollenheit greift die Lebensvermutung des § 19 (vgl. A 1, 2 dazu), beim Tobe in gemeinsamer Gefahr die Bermutung der Gleichzeitigkeit (§ 20) ein, so daß die Beerbung gegenseitig ausgeschlossen ist; ber Beweiß ber Unrichtigkeit der Vermutungen ift unbeschränkt zulässig (NG 60, 198; 93, 108). — Der Ausbruck "leben" muß auch auf juristische Personen bezogen werden, da auch sie aktiv erhfähig sind (val. § 1922 A 8); er bedeutet hier das rechtsfähige Bestchen. Eine Stiftung gilt für die Zuwendungen bes Stifters als vor bessen Tobe entstanden, auch wenn sie erst nachher genehmigt ift (§ 84), sie wird also, wenn sie vom Stifter zum Erben eingesetzt ift, bessen unmittelbare Erbin, nicht Nacherbin (val. 21 2).

2. Der Frundsat des Abs 1 wird zugunsten der Leibesfrucht durchbrochen; denn ein "Leben" im rechtlichen Sinne (§ 1 BGB) zur Zeit des Erbfalls kann dieser nicht zugeschrieben werden; sie gilt aber hinsichtlich ihrer Erbfähigkeit als vor dem Erbfall geboren, sofern sie Aberhaupt "geboren" wird, d. h. lebensfähig zur Welt kommt (A 8). Das gilt nicht nur für gesetliche Erben, sondern für jede zur Erbschaft berusene Leibesfrucht. — Auch die Einsehung einer zur Zeit des Todes des Erblassers noch nicht erzeugten Person ist dadurch ermöglicht,

daß sie als Macherbeinsetung aufrechterhalten werden kann, was im Zweifel als Wille des Erblassers anzunehmen ift (§ 2101 Abs 1). Gleiches gilt für noch nicht entstandene juristische Bersonen. In dieser Beise kann auch die "künftige Nachkommenschaft" einer bestimmten Berson eingesetzt ober mit Vermächtnissen bedacht und die Einsehung ober Zuwendung durch

Sprothek gesichert werden (NG 30. 6. 04, IV 516/03; NG 65, 280).

3. Boransgefett, bag er lebend, wenn auch nicht lebensfähig, zur Welt gekommen ift (§ 1). Solange er noch nicht geboren ist, besteht Ungewißheit, ob die Erbschaft ihm ober einem andern angefallen ift; daher ift solange keine Annahme für ihn durch den nach § 1912 oder § 1960 ernannten Pfleger möglich. Wird er lebend geboren, so gilt, soweit seine Erbfähigkeit in Frage kommt, die Geburt als vor dem Erbfalle ersolgt. Regelung für die Zwischenzeit: Unterhaltsanspruch ber Mutter des zu erwartenden Erben §§ 1963, 2141; Aufschub der Erbesauseinandersetzung § 2043; Pflegschaft für die Leibesfrucht § 1912; Nachlaßpflegichaft § 1960; Erteilung eines Erbicheins für die Miterben vgl. A 5 zu § 2853.

4. Beweistaft. Dem Erben liegt ber Beweis ob, daß er zur Zeit des Erbfalls gelebt hat ober doch erzeugt gewesen ift. Dabei entscheidet freie Beweiswürdigung; die in §§ 1592, 1717 Abs 2 festgesette Empfängniszeit kommt nicht als bindende Rechtsregel, sonbern nur als Erfahrungsfat für den Richter in Betracht. Anders, wenn die eheliche ober uneheliche Abstammung die Vorfrage für die Erbberechtigung bildet (§§ 1591, 1717 Abs 1). — Wegen

der Vermutung des § 20 vgl. 21 1.

§ 1924

1) Gesetliche Erben ber ersten Ordnung sind die Abkömmlinge des Erblaffers2).

Ein zur Zeit des Erbfalls lebender Abtommling schließt die durch ihn mit dem Erblaffer berwandten Abkömmlinge bon der Erbfolge aus3).

Un die Stelle eines zur Zeit des Erbfalls nicht mehr lebenden Abtomm. linges treten die durch ihn mit dem Erblaffer verwandten Abkömmlinge (Erbfolge nach Stämmen)4).

Rinder erben zu gleichen Teilen5). € I 1965 II 1801; M 5 858—860; B 5 463—467.

1. Die gesetzliche Erbfolge ist zwar im BGB als die bem Familienverhältnis unmittel. bar entspringende vorangestellt, sie ist aber tatsächlich subsidiär, ba sie nur eintritt, wenn eine Berufung des Erben durch den Willen des Erblassers nicht erfolgt ist ober sich erledigt

eine Berufung des Erben durch den Willen des Erblassers nicht erfolgt ist oder sich erledigt hat. Sie kann auch zu einem Teile der Erbschaft eintreten, während zu einem andern Teile gewillkütze Erbsolge eintritt (§ 2088); der Sat des römischen Rechtes: "nomo pro parte testatus" usw. ist dem BGB unbekannt. Die gesetzliche Erbsolge kann auch zeitlich vor oder nach der gewillkürten stattsinden in der Weise, daß die gesetzlichen Erben als Vorerben (§§ 2105, 2101) oder als Nacherben (§ 2104) eintreten.

Die gesetzliche Erbsolge des BGB beruht auf dem Karentelenspsteme. Der Grundgedanke dieses Systems ist der (M 5, 357), daß die Verwandten des Erbsassers (§ 1589) zu Bruppen (Ordnungen, Parentelen) zusammengesaßt werden, je nachdem sie von dem Erbsassers (Parens), der selbsst auch zu der Gruppe gerechnet wird, mit ihm verwandt sind, und daß die Verwandten einer durch einen näheren Stammesternteil (parens), der selbsst auch zu der Ernppe gerechnet wird, mit ihm verwandt sind, und daß die Verwandten einer durch einen näheren Stammesternteil verbundenen Gruppe zur Erbschaft gesangen. Diese zuccessio ordinis ist im BGB in streng formaler Weise durchgeführt. Das System ist aber des weiteren in der Weise ausgestaltet, daß innerhalb der brei ersten Ordnungen in der Richtung nach aufwärts Lineaxerbsolge, d. h. Teilung der Erbschaft in eine bäterliche und eine mütterliche Linie, Linearerbfolge, d. h. Teilung der Erbschaft in eine väterliche und eine mütterliche Linie, bzw. in je zwei großväterliche und großmütterliche Linien; in der Richtung nach abwärts aber Stammeserbfolge eintritt, die bebeutet, daß jedes Stammesglied, solange es vorhanden ift, die von ihm abstammenden — durch ihn mit dem Erblasser verwandten — Stammesglieder bon ber Erbschaft ausschließt und daß an Stelle eines weggefallenen Stammesgliebes bie von biefem abstammenden Stammesglieder ohne Rudficht barauf, ob sie bem Grade nach näher ober entfernter mit dem Erblaffer verwandt sind, treten (Eintritts. recht, auch Repräsentationsrecht genannt; vgl. aber A 4), während in der vierten und den ferneren Ordnungen lediglich die Nähe der Berwandtschaft mit dem Erblasser, ohne Unterscheidung von Linien und Stämmen, entscheidet (Gradualerbfolge). — Die Zahl der erb. berechtigten Berwandtenordnungen ist eine unbeschränkte (ber Code civil erkennt nur zwölf an); die seit geraumer Beit bestehenden Reformbestrebungen, die eine Ginschräntung bes gesetzlichen Berwandtenerbrechts in entfernteren Graden zugunften eines staatlichen Erb-

rechts herbeifilhren wollen, haben sich bis jest noch nicht durchseben können (val. Borbem 2 zu diesem Buche). — Das gesetliche Erbrecht des überlebenden Chegatten (§§ 1931—1934) tritt teils neben das Erbrecht der Verwandten in der Weise, daß es dieses auf eine Quote beschränkt, teils schließt es dieses aus. Für gewisse Verwandte (Abkömmlinge, Eltern) und für den Chegatten tritt, wenn sie durch bas Gefet gur Erbfolge berufen fein wurden, aber burch Verfügung des Erblassers ausgeschlossen sind, an die Stelle des Erbrechts ein Aflicht.

teilsrecht (§ 2308).

2. Der Erblasser selbst ist parons der ersten Ordnung. Abkömmlinge sind seine Kinder aus einer oder mehreren Chen, auch aus geschiedener Che, seine Enkel, Urenkel usf. Nach der gesetzlichen Erbfolgeordnung regelt sich auch die gegenseitige Unterhaltspflicht (§§ 1606, 1609). Das uneheliche Rind fieht nur gur Mutter und beren Bermandten im Berhältnis bes Abkömmlings (§ 1705). Zum Bater und seinen Berwandten erst nach ber Legitimation durch nachsolgende Ehe (§§ 1719—1722). Bgl. aber wegen eines vor bem Intrafttreten bes BCB geborenen sog. Brautkindes CG Art 208 Abs 2 sowie wegen ber zukunftigen Gesetzgebung Art 121 ber Reichsverfassung v. 11. 8. 19. Die Chelichkeitserklärung verschafft dem Kinde und seinen Abkömmlingen nur ein Erbrecht gegen ben Bater, nicht gegen bessen Berwandte, somit auch nicht gegen die ehelichen ober andere gleichfalls legitimierte Kinder des Baters und umgekehrt (§§ 1736, 1737). Wesentlich das gleiche gilt von der Annahme an Kindes Statt (§§ 1767, 1762, 1763). Das Erbrecht des Kindes kann im Annahmevertrage ausgeschlossen werden (§ 1767 Abs 1). Dem Annehmenden steht gegen das Kind überhaupt tein Erbrecht zu (§ 1759). Das Erbrecht des Kindes gegen seine leiblichen Berwandten bleibt unberührt (§ 1764). Ainder aus nichtigen Ehen §§ 1699ff. Wegen der bisherigen landesherrlichen und der ehemals reichsständischen Familien vgl. Vorbem 2 zu diesem Buche.

3. Der dem Grade nach nähere Abkömmling (§ 1589) schließt seine eigenen Abkömmlinge aus, falls er endgültiger Erbe wird. Lebt er zwar beim Tode des Erblaffers, wird aber der Erbschaftsanfall an ihn rudgängig gemacht infolge Erbausschlagung ober Erb. unwürdigkeitserklärung (§§ 1958, 2844), so treten seine Abkömmlinge in berselben Weise an seine Stelle, als wenn er zur Zeit des Erbfalls nicht mehr gelebt hätte (§§ 1958 Abs 2, 2844 Abs 2). Ein Anwachsungsrecht zugunften ber Personen, mit benen ber Weggesallene gemeinschaftlich zur Erbschaft gesangt wäre, findet gemäß dem Grundsate der Simultanberufung (A 1 zu § 1922) nicht ftatt. — Gleiches muß, obwohl es an einer ausbricklichen Bestimmung fehlt, auch gelten, wenn der nähere Abkömmling bei dem Tode des Erblassers zwar noch lebt, aber von der Erbschaft durch Berfügung von Todes wegen ausgeschlossen ist, ohne daß ein anderer als Erbe eingesett ift (§ 1988), sofern nicht der Wille des Erblassers, auch die Abkömmlinge des Ausgeschlossenen auszuschließen, zum Ausdruck gelangt ift (RG 61, 14; 93, 194; 3B 1913, 86914 und Warn 1917 Nr 181). Wegen bes Erbverzichts

bal. 21 4.

4. Das "An die Stelle treten" bedeutet nicht ein bloges Repräsentationsrecht, sondern ein grundsählich selbständiges Erbrecht des entfernteren Abkömmlings für den Fall, daß der nähere wegfällt (Ebbede LB 1919, 506ff.; RG 61, 16; 3W 1913, 869); es findet auch statt, wenn jener nicht Erbe besjenigen, der ihn ausgeschlossen haben würde, geworden ift. Doch erstreckt sich die Birkung eines von dem näheren Abkommlinge mit dem Erblasser abgeschlossenen Erbverzichtsvertrags im Zweifel auch auf seine Abkömmlinge (§ 2849); der Vorsahr ist also in der Lage, auf diese Beise über das Eintrittsrecht seiner Abkömmlinge zu verfügen. Haben die Bertragschließenden das nicht gewollt, so treten die Abkömmlinge auch hier an die Stelle ihres Vorfahren, gleich als wenn dieser zur Zeit des Erbfalls nicht mehr am Leben gewesen ware (§ 2346 Abs 1 Sat 2). Der an die Stelle seines Borfahren tretende Abkömmling tritt auch in bessen Ausgleichungspflicht ein (§ 2051).

5. Mehrere unmittelbare Abkömmlinge des Erblassers (Rinder) erhalten die ganze Erb. schaft nach Kopfteilen, vorbehaltlich ber Konkurrenz des überlebenden Chegatten, ber ein Biertel erhält. Mehrere an die Stelle ihres gemeinschaftlichen Stammelternteils tretende Abkömmlinge erhalten zusammen dessen Unteil unter sid zu gleichen Teilen; ist einer von ihnen weggefallen, so treten dessen Abkömmlinge in seinen Anteil ein (Unterstammteilung). — Anteile im Falle mehrsacher Verwandischaft § 1927. — Bei fortselester Gütergemeinschaft

keine Erbsolge der Abkömmlinge in den Anteil am Gesamtgute (§ 1488).

§ 1925

Gesetzliche Erben der zweiten Ordnung sind die Eltern des Erblassers und beren Abkömmlinge1).

Leben zur Zeit des Erbfalls die Eltern, fo erben fie allein und zu gleichen Teilen2).

Lebt zur Zeit des Erbfalls der Bater oder die Mutter nicht mehr, so treten an die Stelle des Berstorbenen bessen Abkömmlinge nach den für die Beerbung in der ersten Ordnung geltenden Borschriften³). Sind Abstömmlinge nicht borhanden, so erbt der überlebende Teil allein⁴).

E I 1966 II 1802; M 5 861; B 5 467.

- 1. Ju der zweiten Ordnung rüdt die Erbfolge aufwärts dis zu den Eltern (im Sinne von Einzelpersonen, keine "Elternschaft", NG 94, 242) und von diesen, soweit sie zur Zeit des Erbfalls weggefallen sind (Abs 2 u. 8) wieder abwärts auf ihre Abkömmlinge (§ 1924 A 2), d. h. auf die Geschwister, Neffen, Nichten, Großnessen uhv. des Erbsassers. Die zweite Ordnung tritt erst ein, wenn Abkömmlinge des Erbsassers nicht vorsanden sind. Dem Tode steht auch hier der Wegsall durch Ausschlagung, Erbunwürdigkeit oder Ausschließung gleich (vgl. A 3 zu § 1924). Daneben Erbrecht des überlebenden Ehegatten zur Hölste der Erbschaft § 1931. Pssichteilsrecht § 2303.
- 2. Nur wenn beibe Eltern leben, ist das Erbrecht ihrer Abkömmlinge gänzlich ausgeschlossen (Schoßfallrecht). Sonst gilt Abs 3. Auch hier ist vorausgesett, daß die Ettern wirklich erben (§ 1924 A 3). Ihr Berzicht (vgl. A 4 zu § 1924) bindet jedoch nicht ihre Abkömmlinge; § 2349 ist hier nicht anwendbar. Die Mutter des unehelichen Kindes beerbt dieses, wenn es keine Abkömmlinge hat, allein in der zweiten Ordnung (§ 1705), gegebenenfalls in Konkurrenz mit dem Ehegatten. Wird es für ehelich erklärt, so erlangt nur der Vater, nicht die Frau des Vaters Erbrecht (§§ 1736, 1737). Den Aboptiveltern sieht kein Erbrecht zu (§ 1759). Hat im Falle der nichtigen Ehe der Vater allein die Richtigkeit gekannt und deshalb kein Erbrecht, so wird das Erbrecht seiner Verwandten dadurch nicht ausgeschlossen, das Kind als ehelich gilt; anders, wenn beibe Ehegatten die Richtigkeit gekannt haben (§§ 1699ff.).
- 3. It ein Elternteil verstorben, so treten seine Abkömmlinge (die Geschwister und Geschwisterkinder des Erblasses) an die Stelle. Die auf den verstorbenen Elternteil vorbehaltlich eines etwaigen Ehegattenerdrechts entsallende Häste verteil sich innerhald der Linie gemäß I 1924 Abs 2, 3 nach Stämmen, unter Kindern dessellben Stammes nach Kopfteilen (Abs 4). Halbbürtige Geschwister und deren Abkömmlinge rücken mithin, zusammen mit den vollbürtigen Geschwistern, nur in die Erbhälste dessenigen vorverstorbenen Elternteils ein, welchen sie mit dem Erblasser gemein haben. Zu der Hälste des anderen Teiles haben sie überhaupt kein Erdrecht. Mehrere uneheliche Geschwister haben gegenseitiges Erbrecht, nachdem die Mutter weggefallen. Auch wenn beide Elternteile verstorben sind, erben die Geschwisterkinder und deren Abkömmlinge nicht nach Köpfen, sondern nach
- 4. Hat der verstorbene Elternteil Abtönmlinge nicht hinterlassen, so geht die auf ihn trefsende Halfen nicht auf die vorhandenen Berwandten dritter Ordnung seiner Linie, sondern auf den überlebenden Elternteil über. Die Großeltern dieser Linie (Eltern des verstorbenen Elternteils) werden also durch den überlebenden Elternteil ausgeschlossen. Das Linien-prinzip ist hier zugunsten der successio ordinis und deren absoluter Durchführung durchbrochen. Folgerichtig wird man auch annehmen müssen (obwohl eine ausdrückliche Entscheidung diese Falles durch das Gesch sehlt), das, wenn beide Eltern verstorben und nur Abtönmlinge eines Elternteils (halbbürtige Geschwister) vorhanden sind, diese auch die auf den andern Elternteil entsallende Hälfte erhalten, also dessen siehen (die anderseitigen Großeltern des Erblassers) ausschließen (so KG DLG 20, 425).

\$ 1926

Gesetliche Erben der dritten Ordnung sind die Grokeltern des Erblaffers und deren Abkömmlinge1).

Leben gur Zeit des Erbfalls die Großeltern, fo erben fie allein und zu

gleichen Teilen2).

Lebt zur Zeit des Erbfalls von den väterlichen oder von den mütterlichen Großeltern der Großvater oder die Großmutter nicht mehr, so treten an die Stelle des Berstorbenen dessen Abtömmlinge³). Sind Abtömmlinge nicht vorhanden, so fällt der Anteil des Berstorbenen dem anderen Teile des Großelternpaars und, wenn dieser nicht mehr lebt, dessen Abtömmlingen zu⁴).

Leben gur Zeit bes Erbfalls die baterlichen oder die mutterlichen Groß. eltern nicht mehr und find Abkömmlinge ber Berftorbenen nicht borhanden, jo erben die anderen Großeltern oder ihre Abkömmlinge allein5).

Soweit Abkömmlinge an die Stelle ihrer Eltern oder ihrer Voreltern treten, finden die für die Beerbung in der erften Ordnung geltenden Bor-

ichriften Anwendung6).

@ I 1968 II 1808; DR 5 864, 365; B 5 467-469.

1. In der britten Ordnung rudt bie Erbfolge aufwarts bis gu den Großeltern und von diesen, soweit sie zur Zeit des Erbfalls weggefallen sind, wieder abwärts auf ihre Abkömmtlinge (§ 1924 A 2), d. h. auf die Onkel, Tanten, Vettern und Basen des Erblassers. Die dritte Ordnung rückt nur ein, wenn weder Verwandte der ersten noch der zweiten zur Erbschaft gesaugen können (§ 1930). Erbrecht des überlebenden Ehegatten neben Großeltern, ausschließlich gegenüber anderen Berwandten der dritten Ordnung § 1931. Kein Pflichtteilsrecht der Berwandten bieser Ordnung.

2. Auch hier ist vorausgesett, daß alle, regelmäßig vier Großelternteile auch wirklich Erben werden (§§ 1924 A 3, 1925 A 2). Sie erben dann je ½. Hatte der Erblasser von vornherein im Rechtssinne weniger als vier Großeltern (nämlich wenn er selbst oder seine beiden Eltern unehelich geboren waren, zwei; wenn ein Elternteil unehelich geboren

war, drei), so erhöhen sich die Anteile der einzelnen Großelternteile entsprechend.

3. Nach den für die Beerbung in der ersten Ordnung geltenden Vorschriften (Abs 5; vgl. zu § 1925 A 3). Wegen der mit dem Erblasser nur durch einen Großelternteil verwandten Abkömmlinge von Großeltern (halbbürtige Onkel usw.) gilt gleiches wie

von den halbbürtigen Geschwistern (vgl. ebenda).

4. Die bem väterlichen und die dem mütterlichen Großelternpaare (vorbehaltlich immer eines konkurrierenden Ehegattenerbrechts) zukommenden hälften der Erbschaft verbleiben den von ihnen ausgehenden Linien, solange auch nur ein Glied der betreffenden Linie borhanden ist, auch wenn beibe Großelternpaare verstorben sind (Seufsu 56 Nr 52). Jebes ber Großelternpaare wird dabei unter sich als zu einer Einheit verbunden angesehen. Was nach § 1925 Abs 8 von dem überlebenden Elternteile gilt (vgl. A 4 dazu), das gilt hier von dem überlebenden Teile des in Frage kommenden Großelternpaares. Hat also der verstorbene Teil eines Großelternpaares Abkömmlinge nicht hinterlassen, so erhält das auf ihn treffende Viertel der andere Teil dieses Großelternpaares. Ist auch dieser verstorben, so fällt er an dessen Abkömmlinge, also, da gemeinschaftliche Abkömmlinge in dem unterstellten Falle nicht vorhanden find, an etwaige aus einer anderen Che dieses Großelternteils stammende oder, wenn es sich um eine Großmutter handelt, deren uneheliche Abkömmlinge.

5. Wenn gar keine Abkömmlinge des einen Großelternpaares oder eines Teiles von ihm vorhanden sind, so gehen die auf diese Linie entfallenden Unteile auf das andere Großelternpaar und dessen Abkömmlinge über. Erst wenn auch diese fehlen, tritt die vierte Ordnung ein. Das folgt auch hier aus der successio ordinis (§ 1930).

6. § 1924 Abf 2, 8: Ausschließung entfernterer burch lebende nähere Abkömmlinge; Eintritisrecht; Stammeserbfolge. Bgl. A 8, 4 3u § 1925.

§ 1927

Ber in der erften, der zweiten oder der dritten Ordnung berichiedenen Stämmen angehört1), erhält ben in jedem diefer Stämme ihm zufallenden Anteil2). Zeder Anteil gilt als besonderer Erbteil8).

Œ I 196 7 II 1804: M 5 863, 864: B 5 467.

1. Mehrfache Bermandtichaft tommt hier nur insofern in Betracht, als fie innerhalb derfelben Ordnung eine Bugehörigfeit zu mehreren Stämmen begründet. Gine ein mehrsaches Erbrecht begründende mehrsache Berwandtschaft innerhalb derselben Ordnung fann baburch entstehen, bag einer Ehe zwischen zwei biefer Ordnung angehörigen Berwandten bes Erblassers, soweit eine solche nach § 1810 zulässig ist, ein Abkömmling entstammt, der durch beide Stammeseltern mit dem Erblasser verwandt, also in beiden Stämmen zur Erbschaft berufen ift, 3. B. ein Urentel bes Erblassers aus einer Ehe zwischen einem Entel und einer Entelin (erste Ordnung) oder ein Abkömmling aus einer Ehe zwischen dem Sohne einer Schwester und der Tochter eines Bruders des Erblaffers (zweite Ordnung). Gine inehrfache Bermandtschaft folder Art tann auch burch Unnahme an Rindes Statt in der Weise herbeigeführt werden, daß eine Frauensperson das uneheliche Kind ihrer Tochter an Rinbes Statt anninmit; biefes erhält baburch, ohne bas ihm aus seiner natürlichen Berwundtschaft als Entel zustehende Erbrecht zu verlieren (§ 1764), das Erbrecht eines ehelichen

Rindes der annehmenden Grofimutter (§ 1757), fo baf es nach Maggabe bieses boppelten Erbrechts mit anderen Abkömmlingen seiner Großmutter konkurriert. Ferner auch daburch, baf ber Erblaffer einen entfernteren Abkommling an Kindes Statt annimmt, ba diefer badurch "verschiedenen Stänmen" angehörig wird (a. A. Leonhard Bem II D; wie hier Bland Erl. 2). Dagegen entsteht ein mehrsaches Erbrecht notet daß der Bater eines unehelichen Mutter selbst ihr Kind an Kindes Statt annimmt oder daß der Bater eines unehelichen Kindes es an Kindes Statt annimmt und später mit ber Mutter die Che Schließt, ba hier nur eine einfache Verwandtschaft als eheliches Kind aus mehreren rechtsbegrundenden Tatfachen fich ergibt. Wegen des Chegatten, der zugleich als Berwandter zur Erbfolge berufen ift, val. § 1934.

- 2. Die mehrfache Berwandtichaft hat nur Bedeutung, foweit bie Erbfolge nach Stammen reicht, also in den ersten drei Ordnungen. Der mehrfach Berwandte wird Juhaber einer seinen mehreren Berwandtschaftsverhältniffen entsprechenden Ungahl von Stammesanteilen. Ift er g. B. mit dem Erblaffer doppelt verwandt und neben ihm als einzigem Ungehörigen seines Stammes noch ein anderer Stamm vorhanden, fo entfallen auf ihn zwei, auf den anderen Stamm ein Stammesanteil.
- 3. Ebenso § 1934 Cat 2 bezüglich bes überlebenden Chegatten. Für jeden Erbteil gelten bie sich auf die Erbschaft beziehenden Borschriften (§ 1922 Ubs 2). Daher Möglichkeit besonderer Berfügung aus § 2033, Haftung für die Verbindlichkeiten, als wenn jeder Erbteil einem anberen Erben gehörte (§ 2007; vgl. A 2 dazu), Verechnung des Pflichtteils für jeden Erbteil besonders (§ 2303). Auch das Ausschlagungsrecht kann für jeden Anteil besonders aus geubt werden, da nach Satt 2 jeder Anteil unbeschränkt (im Gegensatz zu §§ 1985, 2095) als besonderer Erbteil gilt und als verschiedene Berusungsgründe im Sinne von § 1951 nicht nur Geset und Versügung von Todes wegen, sondern auch die Berusung zu mehreren besonderen Erbteilen trast Gesetze infolge mehrsacher samisienrechtlicher Beziehung zu dem Erbtasser anzusehen sein durfte (vgl. § 1951 A 2).

\$ 1928

Gefetiliche Erben der vierten Ordnung find die Urgroßeltern des Erb. laffere und deren Abkömmlinge1).

Leben gur Zeit bes Erbfalls Urgroßeltern, fo erben fie allein2); mehrere erben gu gleichen Zeilen, ohne Unterfdied, ob fie berfelben Linie oder ber-

ichiebenen Linien angehören3).

Leben gur Beit bes Erbfalle Urgroßeltern nicht mehr, fo erbt bon ihren Abtommlingen berjenige, welcher mit bem Erblaffer bem Grabe nach am nächften bermandt ift; mehrere gleich nabe Bermandte erben gu gleichen Teilen4).

- G I 1969 II 1805; M 5 866; B 5 469-471.
- 1. In der vierten Ordnung rudt bie Erbfolge aufwärts bis gu ben vier Urgroßeltern. paaren und von diefen, jedoch nur wenn fie gur Beit des Erbfalls famtlich weggefallen find (Abf 2 u. 3), wieder abwarts auf ihre Abtommlinge. Unter biefen - ben entfernten Seitenverwandten bes Erblaffers - ichließt aber ber bem Grabe nach nächste Ber-wandte alle fibrigen von der Erbfolge aus. Der überlebenbe Chegatte erhält die gunze Erbschaft (§ 1931 2161 2).
- 2. Abweichend von §§ 1925 Abf 3 und 1926 Abf 3 fchlieft auch nur ein einziger noch lebender und wirklich gur Erbfolge gelangender (§ 1924 A 8) Urgroßelternteil bie Abfomminge vorverstorbener Urgroßeltern ganglich aus (unbeschränttes Schoffallrecht).
- 3. Auch die Scheidung nach ber Bater. und ber Mutterfeite und die barauf gegrundete Ginheit ber Borfahrenpaare (§ 1926 A 4), alfo die Lincarerbfolge ift auf-
- 4. Abweichend von ben brei erften Orbnungen gilt bon ber vierten Orbnung ab (§§ 1928, 1929) innerhalb ber Ordnung die Gradualerbfolge. Die Erbfolge nach Stammen (§ 1924 Abf 8) ift aufgegeben. Unter ben Rachtommen, die bon den acht in ber vierten Orbder Ise auf der in dingegeben. Unter ven Rudzenmen, in der den in der den nung in Betracht kommenden Urgroßelternteilen abstammen, schließt derjening packer mit dem Erblasser bem Erblasser dem Erde nach am nächsten verwandt, d. h. durch die geriggte Jak abhigengungen verbunden ist (§ 1589 Abs 1 Sat 3), ohne Müdsicht auf Bolls oder Last urch in in 1925 A 3), alle anderen aus. Sind mehrere gleich nahe Verwandte des Erdlasser in biesem Sinne vorhanden, so erden sie zu gleichen Teilen ohne Nüclicht in ervang nach in 1927) fache Berwandtichaft (§ 1927).

Bon, Kommentar von Reichsgerichtsraten. V. Bb. 6. Auft. (Dichaelis)

§ 1929

Gesetliche Erben der fünften Ordnung und der ferneren Ordnungen find die entfernteren Boreltern des Erblaffers und deren Abtommlinge1).

Die Borichriften des § 1928 Abf 2, 3 finden entsprechende Anwendung2).

E I 1969 II 1806; M 5 366, 367; B 5 469-471.

1. Das Berwandtenerbrecht bes BGB ist unbegrenzt (vgl. U 1 zu § 1924).

2. Auch in den ferneren Ordnungen tritt innerhald einer jeden Ordnung (successio ordinis, § 1930) reine Gradualerbfolge ein, indem ein noch lebender Borelternteil, als dem Grade nach am nächsten verwandt, alle Abkömmlinge dieser Ordnung, ohne Unterschied, ob sie von ihm oder von anderen Boreltern der gleichen Ordnung abstammen (darin liegt der Gegensat zur Stammeserbsolge in den drei ersten Ordnungen), und von den Abkömmlingen der dem Grade nach nähere den entsernteren, ohne Nücksicht auf die Abstammung des letzteren von ihm oder von anderen Boreltern (auch hier Gegensat zur Stammeserbsolge) ausschließt (vgl. § 1928 A 4).

§ 1930

Gin Berwandter ist nicht zur Erbfolge berufen, solange ein Berwandter einer borhergehenden Ordnung borhanden ist.).

& I 1970 II 1807; M 5 367; B 5 471.

1. Der Paragraph spricht ben mit absoluter Strenge bereits burch die vorhergehenden Bestimmungen sestgelegten Grundsat ber successio ordinis nochmals ausdrücklich aus. Unter "Bernsung" ist hier der wirkliche Erbanfall zu verstehen; die bedingte Berusung als Anwartschaft für den Fall des Wegsallens des vorgehend Berusenen tritt schon mit dem Erbsalle ein (Simultanderusung; vgl. § 1922 A 2), so daß man von mehreren nacheinander ersolgenden (suksessiven) Berusungen, wie sie der Wortsaut des § 1930 annehmen lassen könnte, nicht wohl sprechen kann. Der einer späteren Ordnung angehörende Verwandte braucht daher den Wegsall der zu einer früheren Ordnung gehörigen durch Ausschlagung oder Erbunwürdigkeit nicht zu erleben; tritt der Wegsall ein, so gilt der Erbanfall an ihn als bereits mit dem Tode des Erblassers erfolgt (vgl. a. a. D.).

§ 1931

Der überlebende Chegatte des Erblasser³) ist neben Verwandten der ersten Ordnung zu einem Bierteile, neben Verwandten der zweiten Ordnung oder neben Großeltern zur Hälfte der Erbschaft als gesetzlicher Erbe berusen³). Tressen mit Großeltern Abkömmlinge von Großeltern zusammen, so erhält der Shegatte auch von der anderen Hälfte den Anteil, der nach § 1926 den Abkömmlingen zufallen würde³).

Sind weder Bermandte der erften oder der zweiten Ordnung noch Große eltern vorhanden, so erhält der überlebende Chegatte die ganze Erb-

íchaft4)5).

Œ I 1971 Ubi 1 II 1808; M 5 367-372; B 5 471-480; 62100-102; AB 306.

1. Chegatte des Erblassers ist nur, wer bis zum Erbsall mit dem Erblasser in gültiger Ehe gestanden hat. Dies ist nicht der Fall, wenn die Ehe vor dem Tode des Erblassers auf Nichtigkeits ober Ansechtungsklage (§§ 1829, 1343) für nichtig erklärt oder durch gerichtliche Scheidung (§ 1564) oder durch Schließung einer neune Ehe nach Todeserklärung (§ 1848) aufgelöst worden ist. Auch ohne daß Nichtigkeitsklage erhoben worden, kann nach dem Tode des einen Ehegatten die Nichtigkeit einer nichtigen Ehe (§§ 1828—1328) gegenscher dem das Erbrecht in Anspruch nehmenden Ehegatten geltend gemacht werden (§ 1829); die Nichtigkeit einer ansechtbaren Ehe dagegen nach dem Tode des ansechtungsberechtsten hatte (§ 1348 Abs 2). Ficht andrerseits der ansechtungsberechtigte Ehegatte die Ehe nach dem Tode des nicht ansechtungsberechtigten an (§ 1842), so kann er ein Erbrecht nicht geltend machen. — Über die Wirkungsberechtigten an (§ 1842), so kann er ein Erbrecht nicht geltend machen. — Über die Wirkungse einer bei Ledzeiten des Erblassers Ehobenen Scheidungsklage vgl. § 1933. — Auch an dem Nachlasse des der Scheidung allein für schuldig erklärten Ehegatten hat der andere Ehegatte kein Erbrecht, sondern nur Anspruch auf Unterhalt gemäß §§ 1578ff. Auch Ehegatten einer wegen Geistestankheit eines Teils (§ 1569) geschiedenen Ehe haben gegenseitig kein Erbrecht. Ebensowenig besteht ein Erbrecht des gut-

gläubigen Chegatten einer nichtigen Che; die in § 1345 zu seinen Gunften aufgestellte Filion verleiht ihm nur die Rechte eines aus Verschulden des anderen Teils geschiedenen Enegatten. — Der Scheidung steht die Aufhebung ber ehelichen Gemeinschaft, sofern viele nicht vor dem Tode wiederhergestellt ift, auch hinsichtlich des Erbrechts gleich (§§ 1586, 1587, arg. auch § 1933, vgl. A 3 dazu; a. A. Standinger Bem 4d); dagegen beeinträchtigt das blobe tatsächliche Getrenntleben bis zum Tode das Erbrecht nicht, außer wenn etwa bei einer vor 1. 1. 00 geschlossenen Ehe der für solche in Art 202 Say 2 EG gemachte Vorbehalt zutrifft. Der Scheidung steht auch gleich die Auflösung der Ehe gemäß § 1348 Abs 2 durch Eingehung einer neuen Ehe von seiten eines Chegatten, nachdem der andere für tot erklärt worden ist (vgl. Mot V 371).

2. Das BBB beruft, in Anknupfung an beutschrechtliche Anschauungen (preufisches, fächsisches Recht), ben Chegatten auch neben Abtommlingen als vollberechtigten Erben. nicht nur zum Nießbrauch ober als Vorerben. Der auf ihn fallende Teil der Erbschaft wird veshalb, fofern nicht anders über ihn verfügt wird, auch auf die aus einer andern Che stammenden oder, sofern es sich um eine Frau handelt, unehelichen Abkömmlinge und auf die Seitenverwandten bes überlebenden Ehegatten weitervererbt und badurch ber Familie bes Erblassers insoweit endgültig entzogen. Kein Erbrecht des überlebenden Shegatten, weil überhaupt keine Erbfolge (vgl. § 1922 A 2 am Schlusse) tritt ein in den Anteil des verftorbenen Chegatten am Gesantgute bei fortgesetter Gutergemeinschaft (§§ 1483ff.). Die Berufung erfolgt neben Abkömmlingen des Erblassers (erfte Ordnung, § 1924) und neben seinen Eltern und beren Abkömmilingen (zweite Ordnung, § 1925), sowie aus der dritten Ordnung neben seinen Großeltern als Miterbe zu einem Erbteile $(\frac{1}{4}$ bzw. $\frac{1}{2})$; andere

Verwandte werden durch den Chegatten ausgeschlossen.

3. Die Bestimmung hangt gusammen mit dem in Abs 2 ausgesprochenen Grundsate, daß ber Ehegatte bie Abkommlinge von Großeltern ausschließen foll, und regelt bie Art und Beife, in welcher fich diefe Ausschließung bei bem Bujammentreffen bon Großeltern mit Abtommlingen anderer Großeltern vollzieht. Danach erhält ber Chegatte außer ber ihm neben Großeltern überhaupt zustehenden Sälfte der Erbichaft diejenigen Unteile von der anderen Hälfte, die, wenn er nicht vorhanden wäre, nach Maßgabe des § 1926 Abs 3—5 den Abkömmlingen weggefallener Großeltern zufallen wurden. Diefe Anteile gestalten sich verschieden groß, je nachdem ein, zwei oder brei Großelternteile, von benen auf jeden ein Achtel der Erbschaft fallen wurde, mit oder ohne Abkömmlinge weggefallen find. Der Chegatte erhalt bas Achtel eines jeden weggefallenen Großelternteils, von dem Abkomm. linge vorhanden sind, an beren Stelle. Ist ber eine Teil eines Großelternpaares ohne Abkömmlinge weggefallen, so geht sein Achtel auf den andern Teil des Paares über; ber Chegatte erhält es also nicht. Ist auch der andere Teil des Paares weggefallen, so erhält, wenn Abkömmlinge von ihm (halbbürtige) vorhanden sind, der Shegatte die zwei Achtel, die diesen zusallen wurden; andernfalls geben diese zwei Achtel auf bas andere Großeltern paar über. Ift auch von diesem ein Teil weggefallen, so erhalt, wenn Abkömmlinge von ihm vorhanden sind, der Chegatte die auf diese fallenden drei Achtel; andernfalls geben sie auf den andern Teil dieses Großelternpaares über und dieser erhält also, als allein noch vorhandener Großelternteil, mit feinem Uchtel bie gange andere Salfte der Erbichaft; ber Chegatte bleibt auf feine Galfte beschräntt.

4. Andere Berwandte der dritten Ordnung als Großeltern (also Ontel, Tanten, Bettern usw.) sowie alle Berwandten ber ferneren Ordnungen werden burch ben

Chegatten ausgeschlossen.

5. Pflichtteilsrecht des Chegatten § 2303. Mehrfaches Erbrecht § 1934. Fortgefette Gütergemeinschaft §§ 1483ff. — Für bas übergangerecht ift von Bebeutung, daß Urt 200 EG bie erbrechtlichen Birkungen bes bigherigen Guterftande befteben lagt (ogl. Borbem 3 gu biefem Buche). Das in dem preuß. Gef v. 16. 4. 60 geregelte Recht ber westfälischen Gütergemeinschaft ist hinsichtlich seiner erbrechtlichen Wirkungen durch das UG als Ganzes aufrechterhalten worden, einschließlich der durch die Verweisung in § 7 zum Bestandteil bes Conderrechts gewordenen Borichriften bes Pr.ALR; banach fann ber überlebende Chegatte weber im Falle beerbter noch unbeerbter Che ein Erbrecht auf Grund bes § 1981 geltend machen (RG 60, 165). — Enthält das bisherige besondere Güterrecht feine Bestimmungen über bas Recht bes überlebenden Ehrgatten für ben Fall ber Errichtung eines Testaments, insbesondere über ein Pflichtteilerecht des Chegatten, ohne ein folches auszuschließen, so find die Borichriften des BOB über bas Pflichtteilerecht anwendbar; find dagegen in dem alteren Guterrechte gemisse unentziehbare Rechte bes überlebenben Chegatten, insbesondere ein Nupnießungsrecht, begründet, so ist daneben kein Raum für das Pflichtteilsrecht des BGB (JB 1912, 29818; vgl. auch 1905, 1323). — Sind unter der Herrschaft eines Rechtes, welches ein Erbrecht des überlebenden Chegatten nicht kannte, ins. besondere bes gemeinen Rechtes, einem Chegatten bon bem andern Zuwendungen für den Fall des überlebens in Erb. oder Chevertragen gemacht, fo ift für die Frage, ob badurch

das Erbrecht des überlebenden Ehegatten nach BGB ausgeschlossen wird, entscheidend, ob der Wille des Erblassers (richtiger: der Vertragschließenden) dahin ging, daß der Bedachte lediglich das Augewendete und sonst nichts aus dem Nachlasse erhalten sollte (NG Warn 1912 Nr 438; NG 49, 44; auch 25. 4. 11, III 55/10). Ein dahingebender Wille wird nur anzunehmen sein, wenn besondere Umstände dassit sprechen (BahDDLE Vanz 1910, 160). Daraus, daß der Erblasser dem Ehegatten weniger zugewendet hat, als er ihm nach dem bestehenden Nechte hätte zuwenden tönnen, ist ein solcher Wille noch nicht zu entnehmen. It der Wille, den Ehegatten von alsen weiteren Bezügen aus dem Nachlasse auszuschließen, in einem Ehe- und Erbvertrage des französsischen Nechtes zum Ausdruf gesommen, so kann er hinsichtlich des gesetzlichen Erbrechts des Ehegatten seine Wirtung äußern, weil Erbverzichtsverträge nach französsischen Rechte ungültig waren (NG VW O), 220°, unter Ausgabe von 49, 44; ferner 2. 5. 12, IV 366/11; vol. Vorden 8 zu diesem Uuche zu, unter Ausgabe von 49, 44; ferner 2. 5. 12, IV 366/11; vol. Vorden 8 zu biesem Uuche zu, unter Ausgaben Baugewendete, insbesondere einen Nießbrauch, neben dem gesetzlichen Erbrecht des VOV verlangen kann oder nur, wenn er dieses ausgeschlagen hat (NG Warn 1913 Nr 231; ferner 2. 5. 12, IV 366/11 und 16. 5. 17, IV 74/17).

§ 1932

Ist der überlebende Chegatte neben Verwandten der zweiten Ordnung oder neben Großeltern gesetzlicher Erbe¹), so gebühren ihm außer dem Erbeteile die zum ehelichen Haushalte gehörenden Gegenstände²), soweit sie nicht Zubehör eines Grundstücks sind³), und die Hochzeitsgeschenke⁴) als Voraus. Auf den Voraus sinden die für Vermächtnisse geltenden Vorschriften Answendung⁵).

E I 1971 M65 3 II 1809; Dt 5 872-375; B 5 472, 480, 481.

- 1. Kein Boraus neben Abkömmlingen (§ 1924). Verwandte zweiter Ordnung § 1925. Ganze Erbschaft, also kein Boraus, gegenüber Alkömmlingen von Großeltern und Verwandten fernerer Ordnungen § 1981 Abs 2. Der Ghegatte muß geschlicher Erbe geworden seine. Deshalb steht der Boraus nicht zu dem auf Erund einer Versügung von Todes wegen erbenden Ehegatten (RG 62, 110); schäftet er aber die Einschung als Erbe aus und nimmt die gesehliche Verusung an (§ 1948), so kann er den Boraus demspruchen. Ebensowenig steht der Boraus dem Chegatten zu, der auf die Erbschaft verzichtet hat (§ 2346), von ihr ausgeschlossen (§ 1938) oder sir unwürdig erklärt ist (§ 2339) oder sie ausgeschlagen hat (§ 1944; vgl. A 2 zu § 1922). Er kann sonach nicht die Erbschaft ausschlagen und den Boraus annehmen (so mit Recht Derndurg V § 19 A 8; Staudinger A 2; jett auch Planksstad 4. Aufl. Erl 4; a. M. die zweite Auflage dieses Kommentars A 5 mit Planksstad 4. Aufl. Erl 4; a. M. die zweite Auflage dieses Kommentars A 5 mit Planksstad führen, von dem Ersprernisse, das der Ehegatte Erde wird, abzusehen). Dagegen kann er die Erbschaft annehmen und den Boraus ausschlagen. Ist der Ehegatte nicht zum Boraus berechnung seines Pflichtteils als zum Nachlassen. Ist der Ehegatte nicht zum Boraus berechnung seines Pflichtteils als zum Nachlassen gebisdet haben würden, des Berechnung seines Pflichtteils als zum Nachlasse gebisdet haben würden, des Bestückteils der Eltern des Erblassers nicht als Teil des Nachlasses in Ausgeschlern, ben des Prichteils der Eltern des Erblassers nicht als Teil des Nachlasses in Ausgeschlern, wenn der Hegatte nicht vorausderechtigt ist, wird auf Erund des Bortlauts wie auch aus sachlichen Bründen zu verneinen sein soll en Verund des Archlasses in Ausgeschlern dem Erbschlere nicht vorausderechtigt ist, wird auf Erund des Bortlauts wie auch aus sachlichen Bründen zu vohl eine sachliche Anderung nicht beabsichtigt). Der Boraus kann dem Ehegatten vom Erbsaster und mittelbar durch übermäßige Beschwerung des Erben mit anderen Begenstände
- 2. Als Haushaltsgegenstände (vgl. auch §§ 1882, 1620, 1640, 1969) kommen die den Bweden des ehelichen Haushalts dienenden Gegenstände in Betracht, auch Luxussachen, nicht aber Gegenstände des individuellen Bedarfs des einzelnen Ehegatten (Aleidung, Schmuch) oder solche, die zu Gewerds, Dienst oder Studienzweden dienen. Nach der Ausdrucksweite des BGB (vgl. § 90) steht wohl tein durchgreisendes Bedenken im Wege, auch untörpertiche Gegenstände, als nechte, als zum ehelichen Haushalte "nehörig" darunter zu begreisen, so namentlich Answüge aus Lieferungsverträgen für den Haushalt, aus Abzahlungsverträgen für den Haushalt, aus Abzahlungsverträgen für den, währte, Wäsche u. del., ferner wohl auch das Mietrecht auf die eheliche Wohnung; der Zweck, dem überlebenden Ehegatten die Fortsetung des bisherigen Haushalts zu ermöglichen, wird gerade erst durch Einbeziehung dieser Rechte erreicht (so mit Recht Keipp § 5 Note 83

jest auch Planck-Flad 4. Aufl Erl 2 und Staubinger 9. Aufl Erl 4 zu a; a. M. die früheren Auflagen der genannten Kommentare und die zweite Auflage dieses Kommentars). — Daß ber Saushalt als gemeinschaftlicher zur Zeit bes Todes bestehe, ift nicht erforderlich; bei Getrenntleben failen biejenigen Gegenstände unter den Borous, die zu bem früheren gemeinschaftlichen haushalte gehört haben ober im Bege ber Surrogation an deren Stelle getreten sind (NG DLG 24, 80); doch wird die Aufrechterhaltung eines als "ehelich" sich darstellenden Hauschalts dis zum Tode, in der Megel durch den Mann als Caushaltungs-vorsiand, ersordert werden mussen; hat er sich ein neues Junggesellenheim gegründet, so fallen die dassir angeschaften Sachen nicht unter den Voraus. Anderseits werden auch solde Gegenstände unter den Boraus fallen, die zu Aweden des zu gründenden ehelichen Hausbalts bereits angeschafft sind, auch wenn es zu einer Begründung des Haushalts nicht gekommen ist, z. B. weil ein Ehegatte vorher verstorben ist. Bei underechtigter Verschleppung durch einen Ehegatten wird der Auspruch auf Herausgabe zum Boraus gehören. — Den Boraus bilden nur die nach Maßgabe des Güterstandes zum Nachlasse des Berstorbenen gehörigen Gegenstände und Anteile an foldjen; die dem Aberlebenden gehörigen tommen ihm ohnedies und unter allen Umftanden gu.

3. Bubchör §§ 97, 98.

4. Sochzeitsgeschenke find die aus Unlag ihrer Sochzeit den Chegatten bargebrachten unentgeltlichen Buwendungen, die als gemeinschaftliches Eigentum gelten muffen, fofern fie nicht von bem Schenker ausbrudlich ober durch fchluffige handlungen nur fur einen Chegatten bestimmt waren. Der überlebende Chegatte erhält sie ganz, wenn er vorausberechtigt ist, sonst nur seinen Anteil. Zuwendungen, die bei Gelegenheit der Hochzeit von den Eltern eines Teiles im Rahmen ihrer durch § 1624 bestimmten Ausstattungspflicht gemacht werden,

find feine hochzeitsgeschenke im Ginne des § 1932 (96 2. 10. 22 IV 47/22).

5. Der Boraus ift vom BOB, entsprechend bem Grundfate ber erbrechtlichen Gefant. rechtsnachfolge (vgl. U 1 zu § 1922), nicht als gefetiliches Erbrecht, fundern als ein bem Ehegatten neben dem Erbrecht vom Gefete zugewendetes Bermachtnis (fog gefetliches Bermächtuis; vgl. auch § 1968) ausgestaltet. Er begründet somit ein Forderungerecht (§ 2174) auf Berschaffung bes Eigentums bzw. auf Abertragung der bazugehörigen Rechte gegen die als Beichwerte anzuschenden Erben, gu benen auch ber Chegatte felbft gehort. Coweit dieser beschwert ist, liegt ein Borausvermachtnis (§ 2150) vor; also fein Recht bes Racherben auf den Boraus (§ 2110 Abs 2); beim Erbschaftskaufe gilt er nicht als mitverkauft (§ 2873). — Der Boraus gehört zu den Nachlaßverbindlichkeiten, für die der Erbe nach Maßgabe der §§ 1967, 1975 sf. haftet; er kann sie berichtigen, wie sie im False des Nachlaßtonkurses zur Berichtigung kommen würden (§ 1991 Abs 4), also nach den nicht aus Vermächtnissen und Aussagen herrührenden (§ 226 Abs 2 Ar 5 KO); zu den vom Erblasser angeordneten sind auch die gesehlichen Vermächtnisse zu rechnen (Show. Busch KO § 228 A 7, Begr. gur AD 47); ein Borgugerecht vor anderen aus Bermächtniffen oder Auflagen herrührenden Berbindlichkeiten hat der Beraus nicht. Miterben haften als Gesamtichuldner (§ 2058); § 2148 findet teine Unwendung, ba er nur das Verhältnis unter mehreren Beschwerten betrifft (val. A zu § 2148); der Ehegatte kann grundsählich Berichtigung des Voraus vor ber Auseinanderschung verlangen (§ 2046; vgl. aber U 1 bazu). - Bur Pflichtteilslast wird ber Boraus gemäß §§ 2318ff. heranguziehen fein, fofern es fich um ben Pflichtteil ber Abkomm. linge handelt; nicht bagegen für ben Bflichttell ber Eltern megen § 2811 Abf 1 Cat 2 (vgl. A zu § 2318).

§ 1933

Das Erbrecht bes überlebenden Chegatten fowie das Recht auf den Boraus') ift ausgeschloffen, wenn ber Erblaffer zur Zeit feines Todes auf Scheidung wegen Berichuldens bes Chegatten gu tlagen berechtigt mar2) und die Alage auf Scheidung oder auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft erhoben hatte3)4).

€ II 1810; M 5 870, 871; B 5 472, 480; AB 308.

1. Ausschluß des Chegattenerbrechts. Mit dem gesehlichen Erbrecht (§ 1981) ift gugleich ber hiernach (§ 2808) zu bemessende Pflichtteil ausgeschlossen. Ebenso ber Boraus § 1932. Die gleichen Grundfate gelten auch für die Unwirtsamfeit von lettwilligen Buwenbungen an den Chegatten (§ 2077), des gemeinschaftlichen Testaments (§ 2268), des Erb-vertrags (§ 2279 Abs 2). Entziehung des Pflichtteils ohne Erhebung der Scheidungsklage § 2355.

2. Rur die auf Bericulben bernhenden Scheibungsgrunde (§§ 1565-1568) fommen in Betracht. Derjenige ber Geiftesfrantheit (§ 1569) genugt nicht; ber Berluft bes Erbrechts tritt aber auch in biefem Falle mit ber Rechtsfraft bes Scheibungsurteils ein (21 3u § 1981).

Das Scheidungerecht darf auch nicht durch Berzeihung (§ 1570), Fristablauf (§ 1571) ober

gemäß BBD § 616 erloschen fein.

3. Die Klage muß beim Tode des Erblasserist erhoben und darf nicht wieder zurückgenommen sein (BPD §§ 253, 271 Abs 3). Die Widerklage steht der Klage gleich, gilt aber als erhoben erst mit der Stellung des Widerklageantrags in der mümblichen Verhandlung (§ 278 BPD). Der Antrag auf Mitschuldigerklärung genügt nicht; ebensowenig die Einrechung des Zustellungsgesuchs für eine Klage nach § 207 BPD, falls die Zustellung erst nach dem Tode des klagenden Spegatten erfolgt ist; auch nicht die Ladung zum Sichneversuch (§ 1571 Abs 3); in beiden Fällen beschräntt sich die Rückeziehung auf die an den angeführten Geschestellen bezeichneten Wirkungen; das muß für die Ladung zum Sühnetermin um so mehr gelten, als sie noch die Herbeisührung einer Verschnung zum Zwecke hat sie mit Recht Pland Bem 2c, seht auch NG 96, 201; a. M. Dernburg V § 19 Note 7). — Auch die dei einem örtlich oder sachlich unzuständigen Gerichte angebrachte Klage ist "erhoben". Durch den Tod des klagenden Teils wird der Erhschungsverlangens muß deshalb nötigenfalls in einem besonderen Prozesse zwischen dem das Erbrecht in Anspruch nehmenden Ehegatten und den durch ihn ausgeschlossen dem das Erbrecht in Anspruch nehmenden Ehegatten und den durch ihn ausgeschlossen oder beschränkten Erben entschieden werden; dache nicht in Anwendung; auch andere als die in der Klage geltend gemachten Scheidungssachnen, serden sie bei dem Tode des Erblasser nicht in Anwendung; auch andere als die in der Klage geltend gemachten Scheidungssachnen, werden von den Erben zur Klagerweiternug genäß § 614 hätte geltend machen können, werden von den Tode des Erbanspruchs des Erbanspru

4. Beweislast. Wer bas Erbrecht bes überlebenden Chegatten bestreitet, hat bas Borhandensein eines Scheidungsgrundes (vgl. A 3) aus bessen Berschulden, und daß die Klage

beim Tode des Erblaffers bereits erhoben war, zu beweisen.

§ 1934

Gehört der überlebende Chegatte zu den erbberechtigten Berwandten, so erbt er zugleich als Berwandter¹). Der Erbteil, der ihm auf Grund der Berwandtschaft zufällt, gilt als besonderer Erbteil²).

E I 1971 Abi 2 II 1811; M 5 372; B 5 472.

1. Berwandtschaft des Ehegatten kann bei der ersten Ordnung (§ 1924) nicht in Frage kommen. In der dritten und den folgenden Ordnungen hat der Ehegatte als Abkömmling den mit dem Erblasser gemeinsamen Großeltern (Geschwisterkind mit dem Erblasser) kein Erbrecht neben seinem Ehegattenerbrecht (§ 1931 A 4). Es bleiben deshalb praktisch nur Fälle der zweiten Ordnung sibrig (Heirat zwischen Onkel und Nichte, Tante und Neffen, Großonkel und Großnichte usw.).

2. Befonderer Erbteil. Gleichlautend mit § 1927, f. bort 21 3.

§ 1935

Fällt ein gesetzlicher Erbe¹) vor oder nach dem Erbfalle weg²) und erhöht sich infolgedessen der Erbteil eines anderen gesetzlichen Erven³), so gilt der Teil, um welchen sich der Erbteil erhöht⁴), in Ansehung der Bermächtnisse und Auflagen, mit denen dieser Erbe oder der wegfallende Erbe beschwert ist, sowie in Ansehung der Ausgleichungspflicht⁵) als besonderer Erbteil⁶) ⁷).

© I 1973 II 1812; M 5 377, 378; B 5 483, 484.

1. Das BGB spricht bei ber gesetzlichen Erbfolge (§§ 1924 ff.) von "Erhöhung" der Erbteils insolge Wegfalls eines Miterben. Bei der gewillkürten Erbsolge und beim Vermächtnis gebraucht es die Bezeichnung "Anwachsung", trifft aber sachlich die gleichen Vorschriften (§§ 2094, 2095 und §§ 2158, 2159). Die entsprechende Anwendung des § 1935 ist deshalb auch dann geboten, wenn der wegfallende Erbe letztwillig auf einen Bruchteil der Erbschaft berufen war, und dieser Bruchteil nunmehr unter Ausschließung der Anwachsung (§ 2094 Abs 2, 3) dem gesetzlichen Erben anfällt.

2. Bor dem Tode des Erblassers sind noch teine Erben im Rechtssinne vorhanden (§ 1922 U 9). Gemeint sind hier solche Bersonen, die, wenn der Erblasser in einem früheren Zeit-

puntte gestorben ware, traft Gesetzes als die nächsten zur Erbschaft berufen gewesen sein puntte gelweben ware, kraft Gesetzs als die nächsten zur Erbschaft berusen gewesen sein würden, aber vor dem Tode des Erbsassers weggefallen sind. Das kann geschehen sein durch Tod vor dem Erbsasser (§ 1923), Ausschließung ohne Einsetzung eines andern Erben (§ 1938), Erbverzicht (§ 2346). Waren also überhaupt einmal zwei Ainder des Erbsassers vorhanden und ist eines davon vor dem Erbsasser, so daß dem andern die ganze Erbschaft zufällt, so gilt die dadurch eingetretene "Erhöhung" um eine Hölfte für das überlebende Kind als besonderer Erbteil in dem beschränkten Sinne des § 1935 (vgl. A 5). Nach dem Erbsalle kommt ein Wegsall durch Tod nicht mehr in Frage, da das Ausschlagungsrecht auf die Erben übergeht (§ 1952 Uhs 1); dagegen tritt Wegsall nach dem Erbfalle, aber mit Rücheziehung auf den Zeitpunkt des Erbsalls, ein durch Ausschlagung (§ 1953), Erbundürdigkeitserklärung (§ 2344) und wenn die Leibesstrucht nicht sebend geboren wird (§ 1923 Ubs 2). (§ 1923 Ubf 2).

3. Es ist vorausgesett, daß der andere gesetliche Erbe bereits fraft eigenen Rechtes zu einem Erbteile berufen war und bag er nun erft, infolge des Wegfalls des neben ihm Be-

rufenen, zu einem zweiten ober ferneren Erbteile berufen wirb.

4. Im Gegenfat zu dem Falle der §§ 1934 u. 1927 tritt grundfählich nur eine "Erhöhung" bes bisherigen Erbteils ein, die als besonderer Erbteil lediglich in ben ausbrudlich hervorgehobenen Beziehungen (vgl. U 5) gilt. Im übrigen liegt nur eine einheitliche Erbfolge (Erbteil) vor. Deshalb ift hier eine gesonderte Unnahme ober Ausschlagung bes ursprüng-licher Birfung verfügen. Doch wird, wenn bie Erbschaft vertauft ift, eine nach dem Berkaufe eingetretene Erhöhung auch insofern als besonderer Erbteil behandelt, als sie als nicht

mitvertauft gilt (§ 2878).

5. Aus Billigfeitsgrunden gilt die Erhöhung in Ansehung ber Bermächtniffe (§§ 2147ff.), ber Auflagen (§§ 2192 ff.) und ber Ausgleichungspilicht (§§ 2050 ff.) als besonderer Erbteil. Das bedeutet, bag es in diesen Beziehungen fo angesehen wird, als gehöre ber ursprüngliche Erbteil und die Erhöhung auch jest noch zwei verschiedenen Erben (§ 2007). Hatte also ber Erblasser den Anteil des Weggefallenen mit besonderen Bermächtnissen ober Auflagen beschwert, mit denen der Unteil bes gur Erbichaft Gelangenden nicht belaftet ift, so haftet ber lettere ben Bermächtnisnehmern und benjenigen, welche bie Bollziehung ber Auflage verlangen tonnen (§ 2194) nur mit ber burch ben Begfall bes Beschwerten ihm zugefallenen Erhöhung; er braucht beshalb ein Bermächtnis ober eine Auflage nur insoweit zu er-Erhöhung; er braucht deshald ein Vermachtnis ober eine Auflage nur insoweit zu erfüllen, als diese Erhöhung nicht insosse Konkurrenz anderer Beschwerungen unzulänglich ist (§ 1991 Abs 4). Entsprechendes gilt, wenn der ursprüngliche Erbteil beschwert ist. Dat der Erblasser einem weggesellenen gesehlichen Erben eine ausgleichungspflichtige Auwendung unter Lebenden gemacht, so trifft die Ausgleichungspflicht nur die Erhöhung; war sie dem zur Erbschaft Gelangenden gemacht, so trifft sie nur dessen ursprünglichen Erbteil. Dagegen gilt hinsichtlich der Haftung für die übrigen Rachlasverbindlichsteiten die Erhöhung nicht als besonderer Erbteil im Sinne des § 2007.

6. Befonderer Erbteil. Bgl. A 4 u. 5.

7. Beweistaft. Der Erbe, ber gegenüber einer Rlage aus einem ihm ober bem Beggefallenen auferlegten Bermächtniffe bie Beschränfung ber haftung auf ben ursprünglichen Erbteil bzw. die Erhöhung geltend machen will, muß nachweisen, daß ber beschwerte Erbteil unzulänglich ift.

§ 1936

Ift zur Zeit bes Erbfalls weder ein Bermandter noch ein Chegatte des Erblaffers borhanden1), fo ift ber Fistus bes Bundesftaats, dem der Erblaffer zur Zeit des Todes angehört hat2), gesetlicher Erbe3)4). Sat der Erblaffer mehreren Bundesstaaten angehört, so ift der Fistus eines jeden diefer Staaten zu gleichem Unteile zur Erbfolge berufen2).

Bar der Erblaffer ein Deutscher, der teinem Bundesftaat angehörte, fo

ift der Reichsfistus gesetlicher Erbe2).

E I 1974 A6 1 II 1813; M 5 378, 879; B 5 484—487; AB 308.

1. Erbrecht der Bermanbten §§ 1924—1930, des Ehegatten §§ 1931—1934. Borhandenfein ift auch hier im Ginne von Erbewerben zu verstehen (vgl. § 1924 U 3). Auch bei Borhandensein von Berwandten oder eines Chegatten konnen neben ihnen oder sie ausschließend ber Gistus ober eine andere juriftische Berfon gesetliche Erben werben auf Grund ber durch Urt 189 EG aufrechterhaltenen landesgesetlichen Bestimmungen.

Solche Bestimmungen finden sich vielsach; so im PrALN zugunsten der milben Stiftungen und öffentlichen Anstalten hinsichtlich der von ihnen aufgenommenen und dis zum Tode unentgeltlich verpstegten Bersonen (II 16 § 22 und II 19 § 50), sowie zugunsten der Waisen-häuser hinsichtlich ihrer vor dem 24. Lebensschre verstorbenen Zöslinge (II 19 § 56). Das Erdrecht des Armenverbandes auf Grund II 19 § 50 BrALN tritt nur ein, wenn die Aufnahme zur unentgeltlichen Verpstegung erfolgt ist; zu seiner Begrindung gensigt daher nicht die Aufnahme im Wege der öffentlichen Armenpflege, vielmehr ist ein Verzicht des Armenverbandes auf Ersahansprüche gegen die aufgenommene Person und etwaige unterhaltsplichtige Dritte erforderlich (NG ZW 1897, 31841; KGZ 52, 62). Gleiches gilt für den Fall der offenen Armenpflege (KV a. a. D.). — über die Feststellung des Vorhandensteins der Voraussehungen sür das Erbrecht des Fistus und die Wirfungen dieser

Feststellung vgl. die §§ 1964, 1965 und die Anmerkungen dazu.

2. Die Bugehörigfeit gu einem Bundesftaate (jest: "Lande"), die in der Regel die Boraussetzung der Reichsangehörigkeit bildet, bestimmt sich jetzt nach dem Reichs- und Staatsangehörigfeitegefete v. 22. 7. 13 (MUBl. 583) §§ 3-32. Der Erwerb einer fremden Staatsangehörigfeit hat den Berluft der deutschen zwar in ber Regel, aber feineswegs ausnahmslos zur Folge, insbesondere bann nicht, wenn der Erwerb ohne Antrag erfolgt, wie bei der Berheiratung einer deutschen Frau mit einem Ausländer (§ 25 Giango); es ift beshalb auch bom Standpuntte bes beutschen Rechtes bentbar, bag ber Erblaffer gugleich Deutscher und Angehöriger eines fremden Staates ift; bas Erbrecht des deutschen Ristus wird dadurch nicht ausgeschlossen, borbehaltlich etwaiger Staatsvertrage. Der auslandische Fistus wird auch nicht Miterbe; eine entsprechende Unwendung von Sat 2 erscheint nicht ftatthaft. - Rur ben Kall ber Berfonen, Die feinem Staate angehoren, ift feine ausbrud. liche Bestimmung getroffen; doch wird auf Grund bes Urt 29 EG in entsprechender Unwendung bes § 1936 angunehmen fein, daß in Ermangelung von Berwandten und eines Chegatten der Fistus des (deutschen) Landes, wo sie ihren letten Wohnsit oder Aufenthalt gehabt haben, Erbe wird. - Unter ben Fisci ber mehreren Lanber enifteht Erbengemeinschaft (§§ 2032 ff.). — Findet bei Beerbung von Ausländern ausnahmsweise (3. B. infolge von Rudverweisung oder auf Grund von Staatsvertragen, vgl. Vorbein 1 zu diefem Buche) beutsches Recht Anwendung, so wird gegebenenfalls der Fiskus ihres Beimatstaates zur Erbschaft berufen sein. So auch F. Leonhard Erl. II D, Pland Erl 5; anders Endemann § 26 au A 19. Das Erbrecht des Mistus greift Blat gleichviel ob der Deutsche feinen Wohnsig im Julande ober im Austande hatte und ob die Nachlafgegenstände fich im Julande ober

Auslande befinden (96 31. 5. 06 IV 573/05). 3. Der Fiskus ift wahrer Erbe im privatrechtlichen Sinne. Mit Unrecht ift in einem Urteile bes beutsch englischen gemischten Schiedegerichtshofes v. 26. 7. 25 (39 1926, 415) die Auffassung vertreten, daß der Fistus nach deutschem Recht nicht wirflicher Erbe fei. und es ist daraus die Folgerung gezogen, daß Ansprüche gegen ben Fistus als gesehlichen Erben nicht unter das Ausgleichsverfahren des Art 296 des Berlailler Bertrags Anderseits ist in dem deutscherussischen Nachlagabkommen (Anlage zu Art 22 bes Konsularvertrags v. 12. 10. 25, Gef v. 6. 1. 26, NGBl II 72ff.) in § 13 Abs 3 bestimmt, daß ein dem Staate ober inriftischen Versonen des öffentlichen Ricchts gustehendes Necht auf den erblosen Nachlaß im Sinne dieser Anlage (d. h. für die tonsularische Nachlaßbehandlung, §§ 1—12 des Abkonnuens, vgl. § 1960 A 2, sowie für die Anwendung des internationalen Privatrechts, § 18 Abs I n. 2 des Abkonnuens, vgl. Vorbem 1 gu diesem Buche, als Erbrecht zu behandeln ift. Besonderheiten des fistalischen Erbrechts find: Der Fistus fann nicht ohne Ginschung eines andern Erben ausgeschlossen werden (§ 1938); kann nicht ausschlagen (§ 1942) und nicht verzichten (§ 2346); sein Erbrecht bedarf stels der Feststellung durch das Nachlaggericht (8§ 1964—1966); es fann ihm teine Inventarfrift bestimmt werden, doch ift er gur Auskunft gegenüber den Rachlafgläubigern verpflichtet (§ 2011); bas gegen ihn ergehende Urteil bedarf nicht bes Borbehalts aus BBD § 780; er wird in ben Fallen ber §§ 2104, 2149 nicht Nacherbe, fann aber im Falle bes § 2105 Borerbe fein. Urheberrechte gehen nicht auf ben Fistus über, sondern erlöschen, wenn dieser gesetlicher Erbe wird (Litu v. 10. 6. 01 § 8 Abs 2; Runftll v. 9. 1. 07 § 10 Abs 2); fie im Berhaltnisse zu Nachlahglaubigern als fortbestehend anzuschen, durfte angesichts ber positiven Gesetzesvorschriften nicht angängig sein (so Kipp § 6 A 4; a. M. Wolff Ihering& 44, 831; Leonhard zu § 1936 III). - Das bei einer Lebensversicherung zugunften ber Erben den als Erben berufenen Personen zustehende, nicht zum Nachlaffe gehörige Bezugs. recht (§ 167 Versus, vgl. § 1922 A 5) steht nach Abs 2 baselbst dem als Erben berufenen Fistus nicht zu; dieser erhält den Auspruch auf die Versicherungssumme nur als Bestandteil

bes Nachlasses, also in der Beise, daß er dem Zugriffe der Nachlasgläubiger unterliegt.

4. Gemäß Art 188 EG können kraft aufrechterhaltener landesgeschlicher Borschriften an Stelle des Fiskus andere Körperschaften des öffentlichen Nechtes geschliche Erben werden. Demgemäß wird das gemeinrechtliche Erbrecht der Kirchen an den sonst erblosen

Nachlässen ihrer Geistlichen (Windscheid-Kipp Pandekten § 570 A 6) aufrechterhalten sein; nicht aber das des Regiments an denen der Soldaten, da ein Negiment keine Körperschaft des öffentlichen Nechtes sein dürfte (a. M. Kipp, Erbrecht § 6 Kr 3); aufrechterhalten serner die auf Privilegien beruhenden Nechte gewisser Städte und Universitäten als geschlicher Erben auf den Nachlaß ihrer Augehörigen; für die Aufrechterhaltung geschlicher Vermächten iste zugunsten solcher Körperschaften bietet dagegen Art 188 keinen Anhalt (a. M. Kipp a. a. D.). Soweit denzusolge andere Körperschaften an Stelle des Fiskus treten, sineen die für das Erbrecht des Fiskus geltenden Besonderheiten auch auf sie Anwendung. Entsprechende Amvendung der Vorschriften über das Erbrecht des Fiskus an erblosen Nachstälsen auf den Aufall von Vereinsvermögen an den Fiskus § 46.

§ 1937

1) Der Erblasser kann durch einseitige Verfügung von Todes wegen (Testament, letiwillige Verfügung)2) den Erben bestimmen3).

E I 1753 Abi 1, 1755 Abi 1 II 1814; M 5 6, 9; B 5 5.

1. Die §§ 1937-1941 geben bie grundlegenden Borfdriften für bie burch Bestimmung bes Erblaffers herbeigeführte gewillfürte Erbfolge, burch welche die in ben vorhergehenden Baragraphen geregelte gesethliche Erbsolge gang oder teilweise ausgeschlossen oder abgeandert wird. Eine folche Bestimmung tann nur erfolgen burch eine Berfügung bon Todes wegen; solche Versügungen können aber auch einen andern Inhalt haben als die Bestimmung der Erbsolge; auch darüber enthalten die vorliegenden Paragraphen die grundlegenden Vorschriften. — Als Verfügungen von Todes wegen (§§ 83, 1948, 2278, 2802, 2839) bezeichnet das Geseth diejenigen Willenserklärungen einer naiürlicen Verson, burch welche sie über das Schickal ihres Vermögens nach ihrem Tode bestimmt. Sie zer outen in einseitige, die als lettwillige Verfügungen oder Testamente bezeichnet werden (§§ 1937—1940), und vertragsmäßige oder Erbverträge. Als zulässigen Juhalt einer lettwilligen Verfügung bezeichnet das Gesch: Erbeinsehungen (§ 1937), Ausschluß bon ber gefehlichen Erbfolge ohne Erbeinfehung (§ 1938); Bermachtniffe (§ 1989); Auflagen (§ 1940). Alls gulaffigen Inhalt eines Erbvertrags (§ 1941): Erbeinfetungen, Bermächtnisse und Auflagen. Doch können auch andere erbrechtliche Bestimmungen, wie bie Ernennung eines Testamentsvollstreckers (§ 2197), Teilungsanordnungen (§ 2048) durch lettwillige Berfügung erfolgen; ebenso eine Anzahl jamilienrechtlicher: (§ 2048) durch lestwillige Verfügung erfolgen; evenlo eine Anzahl samilienrechlicher: Anerkennung der Ehelichkeit eines Kindes (§ 1598), Benennung und Aussichlichung eines Bormunds usw. (§§ 1777, 1782, 1858). Ferner durch Verfügung von Todes wegen, also auch vertragsmäßig im Erbvertrag: die Errichtung einer Stiftung bei gleichzeitiger Zuwendung an sie (§ 83 Al.); die dem Bersprechensempfänger zugunsten eines Dritten vorbehaltene Benennung des Dritten (§ 382). Im übrigen vgl. wegen des zulässigen Inhalts eines Erbvertrags §§ 2278 Abs (2, 2299 und All dazu. Amvieweit die Anordnung eines Schieds-errichts über den Verfügung zulässige gerichts über ben Rachlaß beireffenbe Gireitigfeiten burch lettwillige Berfügung gulaffig, ist streitig (dafür Schlosmann, Iherings 37, 301; Strohal, Erbrecht I 1284; mit Ginichrän-tungen Bindicheid-Ripp III 740). Solche Anordnungen waren früher ichon vielsech üblich; bas BBB enthält feine ausbrudliche Enticheidung der Frage; als Auflagen oder Teilungs. anordnungen werden fie jedenfalls aufrechterhalten werden fonnen; das Bedenken Ripps wegen der mangeluden Bestimmtheit der Erbeseinschung (§ 2065) durfte nicht durchgreifen, falls das Schiedsgericht nicht den Erben zu bestimmen, sondern über ein Erbrecht deklaratorisch zu entschen haben soll. Das Reichsgericht hat sich nunmehr für die Zulässigkeit ausgesprachen, sedenfalls soweit es sich nicht um Anordnungen handle, durch die dem Schiedsrichter die Befugnis eingeräumt wird, an Stelle des Erblasiers Dinge zu ordnen, die dieser bewußterweise nicht geordnet hat (RG 100, 76). Unstattbaft ist danach die Uberlassung der Bestimmung des Erben, ebenso darüber, ob eine sestwillige Berfügung Geltung haben det vestimmung des Erven, evenso datuder, od eine tegindinge Sersugung Gerung gaven soll oder nicht (§ 2065, vgl. A 2 dazu); zulässig dagegen die Überlassung der nach Rechtsgründen zu treffenden Entscheidung darüber, ob eine Person Erbe geworden ist und ob eine letztwillige Verfügung (nicht jedoch diejenige, in welcher Schiedsrichter bestellt ist) gültig ist. Auch die Auslegung einer letztwilligen Versugung fann, soweit besteilt ist guring in. And die Ausiegung einer lestwilligen Versügung konn, soweit sie dem ordentlichen Richter zesteht, dem Schiedsrichter überlassen werden, nicht aber die "authentischen Kichter zesteht, dem Willen des Verfüsenden aegenüber mößgebende Interpretation (RG 66, 103). Dagegen ist "ergänzende" Auslegung lettwilliger Verfügungen mözlich (RG 99, 86) und daher auch der Schiedsrichter dazu besuch kum Schiedsrichter fann auch der Testamentsvollstreder ernannt werden (RG 100, 78). Unstatthaft ist aber die Bestellung von eigentlichen Schiedsrichtern im Sinne der ALO. (§§ 1025ff.) zum Erlasse von Anordnungen für die Auseinandersetzung (§ 2048 BBB), sur Bestimmung bestenigen von mehreren Bedachten, ber bas Bermächtnis erhalten foll

(§ 2151) und zur Bestimmung der Leiftung bei einem Bermächtniffe (§ 2156). Go im Ergebnisse zutreffend Pland-Flad Borbem 2c vor §§ 1937 ff. Es handelt sich aber dabei überhaupt nicht um Fragen, die an Stelle des ordentlichen Verichts ein Schiedsrichter nach Rechtsgrunden zu entscheiden hat, und es könnte beshalb auch durch Bertrag nicht die Bestellung von Schiedsrichtern dafür vereinbart werden (vgl. Sydow Busch, 3PD Borbem 2 vor § 1025). Bielmehr sind es, auch wenn sie als Schiederichter bezeichnet sind, lebiglich Schiedsgutachter, b. h. Dritte, auf welche bie Bestimmungen ber §§ 2048, 2151, 2156 in Verbindung mit §§ 317-319 unmittelbar Amwendung finden und beren Enticheidung deshalb für die Erben nicht verbindlich ift, wenn fie offenbar unbillig ift (vgl. auch **NG** 24, 412; 45, 850; 67, 71; 96, 60; JB 00, 67135; 1911, 45937). — Der Erbvertrag kann außer den vertragsmäßigen auch einseitige Verfügungen von Todes wegen enthalten (§ 2299). — Bird in einem Bertrag eine fofort wirksame Berpflichtung übernommen, fo wird er nicht dadurch zu einer Berfügung von Todes wegen, daß die Erfüllung der Berpflichtung bis nach dem Tode des Erblassers hinausgeschoben wird; eine sofort wirksame Verpflichtung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn zu ihrer Sicherstellung ein Pfand-recht bestellt ist (NG 8. 4. 07, IV 424/06). So Bah DbLG im Recht 1916 Nr 548 für das gemeine Recht; ferner DLG 39, 238; Bah DbLG 24 A 70 (Wiederkaufsrecht für den Fall des Todes einer Person). Dagegen finden auf ein Schenkungsversprechen, bas unter der Bedingung abgegeben ift, daß der Beschentte den Schentgeber überlebe (Schenkung auf den Todesfall), die Borschriften über Verfügungen von Todes wegen Anwendung (§ 2301; vgl. A 1 dazu). Doch hat das Reichsgericht (SeuffArch 77 Ar 60) in einem Falle, wo eine durch das Überleben bedingte Zuwendung in einem Erbabfindungsvertrage enthalten war, ausgesprochen, daß die Absicht, einem andern für den Kall etwas zuzuwenden. daß er den Schenkgeber überlebe, auch durch ein Rechtsgeschäft unter Lebenden erreicht werden könne in der Beise, daß der andere Vertragsteil noch bei Lebzeiten des Schenkgebers ein unentziehbares Recht gegenüber dem Bermögen des letteren erlangt. Das mag richtig und mit § 2301 vereinbar sein, sofern ce sich nicht um die (aufschiebende) Bedingung des Uberlebens, sondern um die aufsosende des Nichterlebens des Todes des Erblassers handelt. — Keine Versügung von Todes wegen (Vermächtnis) ist eine in einem Vertrag unter Lebenden getrossene Vereindarung, durch welche eine Vertragspartei sich für den Jall ihres Todes von der anderen eine Leistung an einen Dritten versprechen läßt; der Oritte erwirdt hier den Anspruch auf die Leistung unmittelbar mit dem Tode des Versprechensempfängers; der Anspruch gehört nicht zum Aachsalse (§ 331): so dei Lebens, versügerungsperträgen (ha. § 167 Verstags.) versicherungsverträgen (vgl. § 167 Versuch, § 1922 A 5), aber auch sonstigen Verträgen zugunsten eines Dritten (§§ 328ff.) auf den Todesfall, wie die Vereinbarung in einem Gesellschaftsvertrage, daß im Falle des Todes eines Gesellschaftertes dessenten Gesellschaftsvertrage, daß im Falle des Todes eines Gesellschafter des Gesellschaftsvertrage, daß im Falle des Todes eines Gesellschafters dessentententen des Gesellschaftsvertrages das des Gesellschaftsvertrages des Gesellschaf einem Dritten zufallen foll (96 80, 175). Ebenfo, wenn in einem Kaufvertrage vereinbart wird, daß die gekauften Möbel nach dem Tode des Räufers an einen Dritten fallen sollen (RG Warn 1925 Nr 166). — Ein Gutsüberlassungsvertrag wird nicht dadurch zu einer Berfügung von Todes wegen, daß darin vereinbart ist, die Auflassung solle erft nach dem Tode bes Uberlassenden durch einen von diesem bestellten Bevollmächtigten erfolgen (AUS 41 A 162). — And Bestimmungen über die Bestattung können mit vermögensrechtlicher Wirkung in einer letitwilligen Berfügung getroffen werden (NG Barn 1912 Nr 219). — Richtig ift eine Berfügung von Todes wegen, wenn fie ein den guten Sitten widerstreitendes Rechts. geschäft im Sinne bes § 138 (vgl. A 1 dazu) darstellt. Das ift der Fall, wenn eine Zuwendung erfolgt, um den Bedachten zur Eingehung oder Fortsetung eines außerehelichen Geschlechtsverkehrs zu bestimmen, nicht aberohne weiteres, wenn sie nur mit Rudficht darauf erfolgt, daß ein geschlecht. liches Berhältnis bestanden hat oder besteht (RG JW 1910, 66; 1911, 296; 28. 11. 14, V 286/14); doch kann es auch genügen, wenn die Zuwendung lediglich ein Entgelt für geleiftete unfittliche Dienste, insbesondere für homosexuellen Geschlechtsverkehr, bildet (RGLB 1922, 5562). — Db eine lettwillige Verfügung wegen Willensmangels nichtig ift, bestimmt sich nach den allgemeinen Borschriften der §§ 116—118. Doch tommen die §§ 116 Sat 2 und 117 für lettivillige Verfügungen nicht in Betracht, da sie nur für empfangsbedürftige Willenserklärungen gelten. Dagegen bewirkt der Mangel der Ernstlichkeit (§ 118) auch die Nichtigteit lettivilliger Verfügungen. Andere Willensmängel können zur Anfechtung nach §§ 2078ff. führen (986 104, 322).

2. Testament ift nur die in den Formen der §§ 2064ff. errichtete letitwillige Berfügung. Formfreie Ergänzungen der Anordnungen des Testaments durch Robizille (Nachzettel, testamentum mysticum), wie solche bem gemeinen, sächsischen, in gewissen Formen auch dem preußischen Rechte bekannt waren, sind im BGB absichtlich nicht zugelassen (M 5, 298/94; RG 3B 1915, 7865). Doch fonnen gur Auslegung zweifelhafter Bestimmungen eines Testaments auch formlose Urfunden herangezogen werden (96 28 1917, 4747).

3. Db eine Berfügung die Bestimmung eines Erben (Erbebeinsetung) enthält, ift Aus. legungsfrage. Auslegungsregeln dafür gibt § 2087; vgl. A 2 bazu. Die den Nachlaß er-

schöpfende Zuwendung von Vermögensstücken an die gesetzlichen Erben kann Erbeinsetzung, aber auch Belassung der gesetzlichen Erbsolge und Teilungsanordnung (§ 2048) bedeuten (DG3 52, 65). Sat ein Chegatte in einem unter der Herrschaft bes rheinisch-frangösischen Rech es errichteten Testamente seinem Chegatten alles dasjenige zugewendet, "was er diesem nur immer gesehlich vermachen und schenken könne", so ist darin, wenn er nach Inkrafttreten des BGB gestorben ist, die nach diesem Gesetz gestattete Berusung des Ehegatten
zum Alleinerben zu sinden (KG in KJA 16, 70). Eine Erdeseinsehung wird dadurch
nicht außgeschlossen, daß bestimmt ist, der als Erde Bezeichnete solle "jedenfalls" (mindestens)
einen bestimmten Betrag erhalten (RG 14. 10. 09, IV 651/08); ist ader nicht anzunehmen,
menner wicht mahr eine Angender Retignenten Retrag erhalten (RG 14. 10. 09, IV 651/08); wenn er nicht mehr als ben bestimmten Betrag erhalten foll (RO3 35 A 78; RGBI 1914, 50).

\$ 1938

Der Erblaffer kann durch Testament1) einen Berwandten oder den Che= gatten bon der gesetzlichen Erbfolge2) ausschließen, ohne einen Erben ein= zuseten3).

E I 1755 Abs 2, 1972 II 1815; M 5 9, 376; B 5 5, 483.

1. Durch einseitige Berfügung im Testament (§ 1937) ober im Erbbertrag (§ 2299); bagegen nicht burch bertragsmäßige Verfügung (§ 2278 Abs 2).
2. Gesetliche Erbsolge der Verwandten §§ 1924—1930, des Ehegatten §§ 1931—1934.

Die Ausschließung des Chegatten von der gesetzlichen Erbfolge enthält auch die Ausschließung

vom Boraus (vgl. zu § 1932 A 1). 3. Der Paragraph behandelt die Ausschliegung eines gesetlichen Erben ohne Ginsetzung eines anderen und erflatt fie für zuläffig, ohne die eintretenden Folgen naher anzugeben. Diese gehen bahin, daß der Anfall der Erbidjaft an den Ausgeschlossenen nicht erfolgt und an seine Stelle in den drei ersten Ordnungen seine Abkömmlinge treten, soweit nicht auch biese als ausgeschlossen zu gelten haben (vgl. A 3 zu § 1924); wenn Abkömmlinge nicht vorhanden, die in ber gleichen Ordnung gunächst Berufenen; wenn folche fehlen, die Berwandten der nächsten Ordnung. Der Fistus tann nicht in dieser Beise, sondern nur durch Erbeinsetzung (Einsetzung eines anderen Erben) ausgeschlossen werden, da sonft die Erbschaft erblos werden wurde. In der Buwendung bes "Pflichtteils" tann der Ausschluß von der gesetslichen Erbfolge gefunden werden, und zwar auch bann, wenn bem Pflichtteilsberechtigten außer bem Pffichtteile noch sonstige Bermachtniffe zugewendet find (MG 61, 15; 18. 12. 11, IV 706/10; Warn 1913 Nr 329). — Über Ausschließung bes Chegattenerbrechts burch elterliche Ghe ober Erbverträge vgl. A 5 zu § 1931. — Rein hindernis besteht, den Ausgeschlossenen anderweit (durch Bermächtnisse) letiwillig zu bebenken. Die Ausschließung kann auch nur von einer Duote bes gesehlichen Erbrechts, ferner auch bedingt erfolgen. Der Angabe von Gründen bedarf es nicht; anders, wenn einem Pflichtteilsberechtigten auch der Pflichtteil entzogen werden soll (§§ 2333ff.). — Anfechtung wegen Übergehung eines Pflichtteilsberechtigten §§ 2079ff. Ausschließung eines Abkömmlings von der fortgesetzen Gütergemeinschaft durch letztwillige Verfügung § 1511. — Landesrechtliche Erbrechte können unentziehbar fein, so bas der Berpflegungsanstalten und Baisenhäuser nach Brulk (II 19 § 75).

§ 1939

Der Erblaffer tann durch Testament1) einem anderen, ohne ihn als Erben einzuseten2), einen Bermögensvorteil3) guwenden4) (Bermächtnis)5)6). E I 1756 Aby 1 II 1816; M 5 9, 10; B 5 6.

1. Durch einseitige Verfügung im Testament (§ 1937), aber auch — einseitig ober vertragsmäßig — im Erbvertrag (§§ 1941, 2299, 2278, 2279). Also nicht formlos durch Kodizill oder Rachzettel (A 2 zu § 1937). Auch nicht durch Bezugnahme auf solche. Doch

können sie zur Auslegung herangezogen werden (Warn 1915 Rr 201, 1917 Rr 59). 2. Der Bermachtnisnehmer ift im Gegensat jum Erben (§ 1922 21 1) nicht Gesamtnach. folger. Es tann beshalb unmittelbar weber bie gange Erbschaft noch ein Erbschaftsbruchteil Wegenstand eines Bermächtniffes fein (§ 2087); doch läßt fich ber Unspruch auf Ausantwortung eines Bruchteils der Erbichift als Bermächtnis benfen. Auch dem Erben kann ein Bermaditnis zugewendet werden (Borausvermachtnis § 2150). Auf den Bermachtnisnehmer geht der vermachte Gegenstand nicht, wie die Erbschaft auf den Erben, unmittelbar über, er erlangt vielmehr lediglich ein Forderungsrecht gegen den Beschwerten (§ 2174) und ist wenn dieser Erbe, Nachlaßgläubiger (§ 1967 Abs 2); den Gegenstand des Vermächtnisses selbst erlangt er erst durch das dingliche Erfüllungsgeschäft: Übergabe, Auflassung, Abtretung ufw.; fein Binditationslegat. Unterschied von der Auflage vol. 2 2 gu § 1940.

- 3. Bermögensborteil. Nach bem von der 2. Kommiffion beschloffenen Wortlaut konnen ben Gegenstand des Vermächtnisses nicht nur förperliche Gegenstände und Rechte, sondern es kann ihn alles bilden, was mit einem Bermögensvorteil für den Bedechten verbunden ift; fo Schulb. erlaß, Aufgabe von Rechten des Erblaffere ober bes Beid, werten gegenüber dem Bedachten, bloge Rechtslagen oder Erwerbemöglichkeiten (Erwerbegeschäft ale folches), auch nur mittel. bare Bermögensvorteile (BanDbLG DLG 82, 59). Ferner das Recht zur Einsichtnahme von Familienpapieren oder zur literarischen Berwertung von Aufzeichnungen bes Erblaffers, wenn baraus ein vermögensrechtlicher Borteil für ben Bebachten, wiewohl nur mittelbar und nebenbei, erwachsen fann. Fehlt jede Begiehung auf einen folden, fo wird ein Bermadhtnis im Ginne von § 1939 nicht angenommen werben fonnen; unter Umfifinden fann aber darin die Anordnung einer auf einen gewissen Teil bes Rachlaffes beschränkten Testa. mentevollstredung (executio particularis, § 2208 916 1 Cat 2 und 2 2 bagu) gefunden werden (966 26. 9. 04 IV 76/04). Dodurch, daß ber Erblasser ben Bedochten mit einer Auflage ober einem Untervermächtnis bis zur vollen Gohe bes ihm zugen endeten Betrags belostet, wird die Verfügung nicht unwirksem (RG 4. 11. 09, 3B 1910, 6). Bloge Annehmlichkeiten genügen nicht, 3. B. das Recht, in einem Barte gu listwondeln, wenn es nicht etwa in Beziehung zur Erhaltung der Gesundheit und damit der Arbeitsfreft bes Bebochten und badurch nittelbar ju feinem Bermogen gebrocht werden fonn. Die meitergehende Auffassung Plands in der 3. Austage (anders die 4. Auftage) ist gegenüber dem strikten Wortlante des Gesetzes nicht halibar. Auf solche Zuwendungen können deshalb die Vermächtnisgrundsätze (Auspruch des Bedachten auf Erfüllung, Unn ürdigkeit usw.) keine Anwendung sinden, doch werden sie unter Umständen als Austagen (§ 1940) aufrechterhalten und durchgeführt werden tonnen. - Ferner fann den Gegenfiand eines Bermächtniffes bilden: Bergicht auf Geltenbmachung bem Bedachten entgegenstehender Recite (Anfeditung, Berjahrung; NG 8. 11. 06, IV 155/06); Ermächtigung gur Kreditbefchaf. fung burch Belasiung von Nachlafgrundstüden mahrend des vermachten Niesbrauche (96 Warn 08 Nr 168; dagegen Kipp § 105 A 1, dem nur so viel zuzugeben ist, daß ein solches Bermaditnis nur einen fdjulbrechtlichen Anspruch gegen ben Grundfluckeigentlimer auf Erteilung ber Ermächtigung begründen tann). Der Borteil fann auch in dem Anerkenntnis ober ber Sicherung eines bem Bebachten bereits gustehenben Rechtes ober in bem Bergicht auf bestellte Giderheiten besiehen. Bermaditnisgegenstand fann auch ein nicht gum Rachlaffe gehöriger Wegenstand fein, fei es, daß er zum Bermogen des Befchwerten (RG 6. 8. 16. IV 820/15) ober eines Dritten (Berichaffungevermächtnis) gehört.
- 5. Nähere Vorschristen über das Vermächtnis in den § 2147—2191. Ein Vermächtnisnehmer kann mit einem Bermächtnisse beschrert werden (Untervermächtnis). Srg. geschliche Vermächtnisse, d. h. Zuwendungen von Vermögensvorteilen, die das Gesch aus dem Vermögen eines Verstorbenen gewissen Personen zu eist, ohne sie zu Erben zu berrsen, sind: der Voraus des überlebenden Ehegatten (§ 1982); der Anspruch auf den sog. Treisigsten (§ 1969); wohl auch, wiewohl mit gewissen Abneichungen, der Anspruch der Mutter auf Unterhalt aus dem Achlas oder dem Erbieil des Kindes dis zur Entbindung (§ 1968, vgl. Anmerkung dazu). Dos Versprechen der Schaftung einzelner Vermögensbestandreise auf den Todesfall wird als Vermächtnis behaubelt (§ 2801 und A 2 dazu).

6. Über die Aufwertung von Vermächtnissen vgl. § 242 A 5d y Abs 3.

§ 1940

Der Erblasser tann durch Testament¹) den Erben oder einen Vermächtnisnehmer zu einer Leistung verpflichten²), ohne einem anderen ein Recht auf die Leistung zuzuwenden³) (Auflage)⁴).

€ I 1757 H 1817; M 5 10, 11; BI5, 6, 7.

1. Durch einseitige Verfügung im Testament (§ 1937), aber auch — einseitig ober vertragsmäßig — im Erbvertrag (§§ 1941, 2299, 2278, 2279).

- 2. Die Austage hat mit dem Vermächtuts (§ 1939) gemeinsam, daß sie den Veschwerten zu einer Leistung verpflichtet, unterscheidet sich aber dadurch, daß dem als Empfänger der Leistung in Betracht kommenden anderen kein Forderungsrecht eingeräumt ist. Es kann deshalb auch nicht von einer ihm gemachten Zuwendung gesprochen werden (§ 1939 A 4). Es kann auch an einem Empfänger der Leistung ganz sehlen, z. B. bei der Verpflichtung, ein Grad zu pflegen. Die Leistung kann in einem Tun oder Unterlussen irgendwelcher Art bestehen (§ 241); z. B. Veröffentlichung hintersassener Bapiere des Erblasses, Zugänglichmachung eines Parkes für das Publikum, Ansammlung von Geld zu einem bestimmten Zwede (NG im Necht 1913, 1613); auch, im Schriftum mit Unrecht in Zweisel gezogen, Vesorgung der Fenerbestattung. Abweischen Vom Vermächtnis (§ 1930 A 3) braucht sie nicht vermögensrechtlichen Inhalts zu sein. Nichtig ist die Aussage unsittlicher (§ 183), unmössischer und gesetwidriger Leistungen (§§ 2171, 2192); dem Nichter auch die Vessagnis zu geben, eine Aussage für nichtig zu ertlären, weil sie eines verständigen Inhalts ermangele, dürste im allgemeinen nicht angängig sein, zumal die 2. Kommission das ausdrücklich abgelehnt hat (P 5, 243); doch wird bei offensichtlich keinen ernsten Zwed verfolgenden Aussageleint vorden eine solche Besugnis aus dem Mangel eines Rechtsschubinteresses hergeleitet werden können. Auch eine dem Beschwerten selbst in seinem eigenen Interesse erteilte Auslage seinen Batlchlag, sondern als förmliche Verpstschung geneint ist, wirksame Aussage sein.
- 3. Dem mit der Auflage Beschwerten steht kein auf die Leistung Berechtiater gegenüber. Doch sinden gewisse für lettwillige Zuwendungen gestende Vorschriften entsprechende Anwendung, § 2192. Auch ist gewissen Bersonen und Behörden (§ 2194), sowie dem Testamentsvollstrecker (§§ 2203, 2208 Abs ?) das Recht verliehen, die Vollziehung der Auflage zu verlangen. Auch einen anderen Beauftragten als einen Testamentsvollstrecker kann der Erblusser und einen anderen Beauftragten als einen Testamentsvollstrecker kann der Erblusser im Testamente zur Bollziehung der Auflage bestellen, nicht aber formsos (NG 42, 133; Rayddung), 486). Die Errichtung son unselbständiger Stiftungen (Vildung von Zwess wegen stellt sich nehmer mit dem ihm Zugewendeten nach den Vorschriften des Erblassers zu einem bestimmten, nicht auf einen sest umgrenzten Personenkreis beschränkten Zwecke zu versahren hat, ohne daß gewissen Personen wegen ihrer Zugehörigteit zu diesem Kreise (z. B. den Verlassen des Erblassers) ein Unspruch auf eine Leistung eingeräumt wird (NG Seusin 56 Nr 216; NG 75, 134, 380; NG 96, 15; L3 1918, 26714); doch ist es begrifflich nicht ausgeschlossen, daß damit zugleich gewissen Fersonen ein Recht auf gewisse Eesstungen gewährt werden soll; ob das der Fall, ist Aussegungsfrage (NG Barn 1917 Nr 148; L3 1918, 268). In diesem Falle würde es sich um ein Vermächtnis (Untervermächtnis) handeln; doch ist es fraglich, ob für ein solches die Persönlichseit der Bedachten genügend bestimmt ist, namentlich ob nicht aus § 2162 Abs 2 sich Bedenken ergeben (NG 7. 6. 17 IV 68/1917).
- 4. Auflage im einzelnen §§ 2192—2196, Beschwerungen des Vermächtnisnehmers mit Auflagen §§ 2186, 2187. Schenkung unter einer Auflage §§ 525—527. Die Auflage ist begrifslich verschieden von der Zuwendung unter der Bedingung einer Leistung. Die Leistung, als Erfüslung der Bedingung, ist hier in das Belieben des Bedachten gestellt erst die Leistung erzeugt den Anspruch auf die Zuwendung, während er bei der Auflage unbedingt mit der Zuwendung bedacht und, wenn er diese annimmt, zur Leistung verpflichtet ist. Zu den Auflagen gehören, weil lediglich die Beschwerten verpflichtend, Beräußerungsverdote (§ 137; vol. R6 43, 338), die Anordnung eines Schiedsgerichts für den Fall entstehender Streitigseiten (ZBD § 1048; vgl. A 1 zu § 1937), Bestimmungen wegen der Bestattung (R6 Warn 1912 Ar 219). Ob Teilungsanordnungen (§§ 2048 u. 2306, wo sie neben Auflagen erwähnt sind), sowie Anordnungen wegen Ausgleichung von Vorempfängen (§ 2000) zu den Aussanz zu rechnen sind, hängt davon ab, ob den durch sie beichwerten Witerben lediglich Verpflichtungen auferlegt oder ob zugleich entsprechende Rechte den übrigen Miterben zugewendet sein sollten. Den Ausschlag gibt der zu ermittelnde Wille

bes Erblassers. Nicht selten wird sich hinter einer Teilungsanordnung oder hinter dem Erlaß ber Ausgleichungspslicht ein reines Bermächtnis verbergen (vgl. auch § 2048 A 1). Auch die Berbindlichkeiten aus Auflagen sind Nachlaßverbindlichkeiten, § 1967.

§ 1941

1) Der Erblasser kann durch Bertrag2) einen Erben einsetzen sowie Bermächtnisse und Auflagen anordnen3) (Erbbertrag)1).

Als Erbe (Bertragserbe) ober als Bermachtnisnehmer kann sowohl der andere Bertragichließende4) als ein Dritter bedacht werden5).

E I 1940 Abi 1, 2; 1962 II 1818; M 5 810—314, 349, 350; B 5 365—374, 423.

1. Der Erbertrag ist Unterart ber Verfügung von Todes wegen (§ 1937 A 1). Sein Inhalt ist, soweit die Verfügung vertragsmäßig getroffen wird, aus Erbeinsetungen, Vermächtnisse und Auflagen beschränkt, § 2278 Abs 1. Daneben sind jedoch ebensolche und alle anderen in Testamenten zu treffenden Anordnungen, insbesondere die Erbausschließung (§ 1938), als einseitige Verfügungen zulässig (§ 2299). Erbvertrag im einzelnen,

§§ 2274—2302.

2. Der Erbvertrag ist ein einheitlicher **Bertrag erbrechtlichen Inhalts**, d. h. er erzeugt erbrechtliche (die Rechtsnachfolge in das Bermögen eines Verstorbenen betreffende) Birkungen: Erbsolge, Bermächtnisanspruch, Auslagenverpslichtung. Er ist kein schuldrechtlicher Vertrag, da weder der Erblasser noch der andere Teil sich darin zu schuldrechtlichen Leistungen verpslichten; schuldrechtliche Berbindlichseiten werden erst durch die Aunahme (Nichtausschlagung) der Zuwendung oder Beschwerung nach dem Eintritt des Erbsalls erzeugt. — Die Vertragsnatur äußert sich in der grundsätslichen Bindung des Erblasserzeugt. Deweit sie vertragsnäßig getroffen sind, diese Verfügungen können nur unter besonderen Voraussetzungen durch beiderseitiges Einverständunis (§§ 2290—2292) oder Rücktitt (§§ 2293—2297) rückgängig genacht werden. Ein als solcher nichtiger Erbvertrag kann unter Umständen gemäß § 140 BBB als sehtwillige Verfügung aufrechterhalten werden, wenn sie dis zum Tode nicht widerunsen ist.

3. Der Erbvertrag ist Erbeinschungsvertrag, Bermächtnisvertrag, Antungevertrag, wenn er sich auf eine der betreffenden Anordnungen beschränkt. Alle drei können aber auch in demselben Bertrage verdunden werden. Richt Erbvertrag und besonders geregelt ist der Erbverzicht, §§ 2346—2352. Rein schuldrechtlich wirkt der Bertrag zwischen Erben über den Nachlaß eines noch lebenden Dritten, soweit ein solcher nicht nichtig ist (§ 312 Abs 2).

4. Bon den Bertragichliegenden muß mindeftens der eine Teil, es tonnen aber auch beide Teile als Erblasser auftreten, d. h. eine der in A 3 erwähnten Verfügungen von Todes-wegen vertragsmäßig treffen. Insolveit kann nur eine paffiv beerbungsfähige, also natürliche Person (vgl. A 3 zu § 1922) in Betracht kommen. Mehrere solche Personen fonnen in einem und bemselben Erbvertrage gemeinschaftliche Berfügungen treffen, 3. B. sich gegenseitig ober gemeinschaftlich einen Dritten gum Erben einseten, auch wenn fie nicht Cheleute sind (NG 67, 65; vgl. A zu § 2274). Der andere Teil, der sich auf bie Annahme der vertragemäßigen Berfügungen bes Erblaffers befchräntt, tann auch eine juristische Berson oder eine Mehrheit von Bersonen sein. Bertragliche Bersügungen können zugunften best anderen Bertragichließenden ober zugunften eines Dritten getroffen werden. -Ob eine Berfügung als vertragliche oder einseitige gemeint, ist Auslegungsfrage. Bgl. Barn 1917 Nr 91. Bei Verfügungen zugunsten eines Dritten, mit denen der andere Bertragschließende beschwert ist, wird in der Regel nicht anzunehmen sein, daß der Erblasser fie nicht einseitig solle widerrufen konnen, ba ber andere Teil an ber Aufrechterhaltung fein Intereffe haben wird (P 5, 403); doch tann auch in foldem Falle wenigstens ein moralisches Interesse vorliegen, das zur Annahme des Ausschlusses der Widerruslickfeit genügt (KG L8 1916 Sp. 103218). — Auf das vertragsmäßige Schenkungsversprechen für den Fall des Überlebens des Beschenkten (Schenkung auf den Todesfall) sinden die Borschriften über den Erbvertrag Anwendung (§ 2301, vgl. A 1 zu § 1937).

5. Der bedackte Dritte erlangt im Gegensatz zu den entsprechenden Verträgen unter Lebenden (§ 328) durch den Abschluß des Erbvertrags, auch wenn er darin vertragsmäßig und nicht bloß einseitig (§ 2299) bedacht ist, keinersei Nechte. Sein Necht als Erbe oder Vermächtnisnehmer entsieht erst mit dem Erbsall, wenn der Erbvertrag in diesem Zeitpunkte noch wirksam ist. Die Vorschriften über Verträge zugunsten Tritter (§§ 328ff.) können auch im übrigen auf Erbverträge keine Anwendung finden (NG Warn 1917 Nr 91). Aus einer bloßen Auflage erlangt ein Dritter überharpt kein Forderungsrecht (§ 1940). — Der Eintsüberlassungsvertrag, durch den der Übernehmer zu bestimmten, nech dem Tode des Überlassungszertrag, durch den der Übernehmer zu bestimmten, nech dem Tode des Überlassungszertrag anter Lebenden zugunsten Dritter aufzusassen; val. § 1937 A 1.

Zweiter Abschnitt

Rechtliche Stellung des Erben

Der Abschnitt regelt in vier Titeln bie rechtliche Stellung ber Erben, b. b. die Rechts. verhältnisse, in die eine Person dadurch eintritt, daß sie Erbe wird, noch den verschiedenen in Betrocht fommenden Richtungen, und zwar: im ersten Titel die Enistehung und Entwicklung des Verhältnisses des Erben zur Erbschaft durch deren Annahme und Ausschlagung, einschliestich der bis zur endoültigen Inbesiknahme erforderlichenfalls eintreten-den Fürsorge des Nachlaßgerichts (§§ 1942—1966); im zweiten Titel sein Verhältnis ju ben Nachlaggläubigern in Gestalt ber Saftung für die Rachlagverbindlichteiten (§§ 1967-2017); im britten Titel fein Berhalinis zu einem unrechtmäßigen Befiber ber Erbichaft, aus welchem für ihn ber Erbichaftsanipruch entfieht (88 2018-2031): im vierten Titel schließlich bas Berhalinis mehrerer Erben (Miterben) zueinander (§§ 2032-2057) und die aus dem Borhandensein mehrerer Erben fich ergebenden Befonberheiten ihres Berhältniffes zu den Rachlaggläubigern (§§ 2058-2063).

Erster Titel

Annahme und Ausschlagung der Erbschaft. Fürsorge des Nachlaggerichts

§ 1942

Die Erbichaft geht auf den berufenen Erben unbeschadet des Rechtes über, fie auszuschlagen1) (Anfall der Erbichaft)2).

Der Fistus tann die ihm als gesetzlichem Erben angefallene Erbicaft

nicht ausschlagen3).

E T 1974 Abi 2, 2025 Abi 1 II 1819; M 5 379, 380, 488; B 5 487—490, 613; KB 309.

1. Daß die Erbschaft (oder ber Erbteil, § 1922 Abs 2) mit bem Erbfall unmittelbar fraft Gefetes übergeht, bringt ichon § 1922 gum Ausbrud (vgl. 2 bagu). Diefer übergang ift zwingenden Rechts und fann auch badurch nicht ausgeschlossen werden, daß ber Erblasser die Einsetzung eines Erben an eine von ihm abzugebende Erflärung knüpft; in solchem Falle wurde vielmehr ber gesettliche Erbe Borerbe, ber eingesette Racherbe werden; fo Standinger Erl II Abs 4, jest auch Blanck 4. Aufl Vorbem II 2; abweichend Leonhard I D. — Die 88 1942 ff. ziehen die hieraus sich ergebenden Folgerungen und fügen zugleich die erforderlichen Beschränkungen hinzu. Der Erbe erwirdt die Erbschaft mit dem Erbsalle, der Erwerd ist aber kein endgültiger, er kann durch die Ausübung des Ausschlagungsrechts rückgängig gemacht werden. Macht der Erbe von diesem Nechte Gebrauch, so tritt die Nechtssiktion ein, daß er niemals Erbe geworden sei (§ 1953 Abs 1). Solange mithin der Erbe sich noch nicht für die Annahme ober Ausschlagung entschieden hat, besteht ein Schwebezusiand; der Erwerb ist durch die condicio iuris der Ausschlagung auflösend bedingt, der Eintritt der Bedingung wirft aber, abweichend bon ber regelmäßigen Wirfung rechtsgeschäftlich hinzugefügter Bedingungen (§ 158), ex tunc (unter Rudbeziehung). Bis zum endgultigen Erwerb ift bie Erbschaft nicht in dem Sinne von dem Erben bereits erworben und in sein Bermögen vermigen inder in dem Sinke von dem Stene veren vereils erworden und in jein Vermidgen übergegangen, daß die Ausschlagung auch materiell als eine Aufgabe bereits erwordener Vermögensrechte (Verzicht, Veräußerung) anzuschen wäre. Daraus zieht das Geset, eine Anzahl von Folgerungen: die Ausschlagung zum Vorteil eines anderen gilt nicht als Schenstung (§ 517); eine Ehefrau bedarf nicht der Justimmung des Ehemanns (§ 1406 Kr 1; wohl aber — aus anderen Gründen, wegen der Wichtigkeit des Geschäfts für den Mündel — der Vormund und Vater der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts; § 1822 Kr 2, § 1643); das Ausschlagungsrecht verbleibt im Falle des Konkurses des Erben dem Gemeinschuldner (§ 9 KD). Folgerichtig hat **NG** 54, 289 entschieden, daß, obwohl im Ansch eine entsprechende Bestimmung sehlt, die Ausschlagung nicht wegen Benachteiligung der Gläubiger des Erben angesochten werden kann. Der Pflichtteilsberechtigte erhält den Pflichtteil in der Regel angestalten werden tahn. Der Affrichterisbertetatigte eigen von spinafien in der neger nicht als Erbe, er kann ihn somit nicht nach § 1942 ausschlagen, sondern erwirbt endaültig mit dem Erbsale den Ansprich darauf (§ 2317) und sollte deshalb auf Erund des früheren Erdschaftskeuergeseizes nich NG 77, 238 die Erdschaftskeuer auch dann zahlen müssen, wenn er auf ihn verzichtet ober ihn nicht geltend mochen will; bagegen Fuchs in 28 1914 Gp 5. Die barin liegende, auch bom Reichsgericht in der genannten Entscheidung anerkannte Un-billigfeit ist beseitigt burch § 2 Rr 1 bes Erbschaftssteuergesehes in der Fassung der Bek vom 22. 8. 25 (RGBI I 320), wo bestimmt ift, baß als stenerpflichtiger Erwerb von Todes wegen

nur ein Erwerb "auf Grund eines geltend gemachten Bilichtteilsanspruchs" zu gelten hat. — Die Möglichkeit der Ausschlagung soll dem Erben eine Überlegungsfrist gewähren; daher trifft das Geset Schutmagnahmen, daß ihm diese Frist nicht durch die Besorgnis vor Berjährung von Nachlafforderungen oder durch das Borgehen von Nachlafigläubigern verfümmert werde (§§ 207, 1958, 1995 Abf 2; BPD §§ 239 Abf 5, 778). Bgl. RG 60, 179 und

dazu A 1 zu § 1958.

2. Anfall der Erbschaft bedeutet sonach den "vorläufigen Erwerb, der durch Ausschlagung noch rückgängig gemacht werden kann" (M 5, 488). Anfall der Erbschaft und Erbfall (A 4 zu § 1922) werden in der Regel zusammentreffen. Auch wenn dies nicht der Fall ist, wenn 3. B. die Erbschaft erft nach Wegfall bes zunächst Berufenen (A 2 zu § 1922) einem anderen Erben "anfallt", gilt der Unfall an biefen als ichon mit dem Eintritt bes Erbfalls erfolgt, ba bie Erbschaft teinen Augenblick herrentos fein soll (§§ 1953 Abs 2, 2844 Abs 2). Ift ber Erbe unter einer aufschiebenden Bedingung berufen (§ 2074), fo ift zwar bis zum Eintritt der Bedingung auch der Anfall der Erbschaft hinausgeschoben; für die Zeit des Schwebens trifft aber § 2105 Borsorge bahin, daß solange die gesetzlichen Erben Erben find. Anfall ber Nacherbichaft § 2139, des Vermächtniffes § 2176.

3. Dem Fistus ift das Ausschlagungsrecht als gesehlicher Erbe aus bem gleichen Grunde versagt, aus dem er nicht ohne Einsetzung eines anderen Erben ausgeschlossen werden kann (vgl. U 8 zu § 1936), nämlich damit die Erbschaft nicht erblos werde. Wenn er als Erbe durch Versügung von Todes wegen berufen ist, so kann er diese Verufung ausschlagen. —

Feststellung des fistalischen Erbrechts §§ 1964-1966.

§ 1943

Der Erbe kann die Erbichaft nicht mehr ausichlagen, wenn er fie angenommen hat1) ober wenn die für die Ausschlagung vorgeschriebene Frist berftrichen ift2); mit dem Ablaufe der Frift gilt die Erbichaft als angenommen3)4).

Œ I 2029 II 1820; № 5 494—497; № 5 618—620; 6 836—338.

1. Die Unnahme ber Erbichaft verwandelt den zunächst vorläufigen Erwerb durch ben Erben (§ 1942 21 1) in einen endgültigen, indem fie, auch wenn fie vor Ablauf ber Ausschlagungefrift (§ 1944) erfolgt, ihm die rechtliche Möglichkeit ber Ausschlagung entzieht, fofern fie nicht etwa angefochten werden fann (§§ 1954ff.). Gie ift eine einfeitige rechts geschäftliche Billenserflarung, die, im Gegensate gur Ausschlagung (§ 1945), feiner Form bedarf, daher auch durch ichluffige Sandlungen (pro herede gestio) betätigt werden fann und auch nicht gegenüber einer bestimmten anderen Berson vorgenommen werden muß (fein empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft; daher auch Annahme durch Erklärung in einer Zeitung wirkfam). Doch muß sie in solcher Weise vorgenommen werden, daß der Wille, endgültiger Erbe zu werden, darin zum Ausdruck fommt. Eine gegenüber Un-beteiligten abgegebene Erflärung wird dazu in der Regel nicht geeignet fein, während bei einer Unnahmeerflärung gegenüber einem Radlafibeteiligten ber rechtsgeschäftliche Wille in der Regel als zum Ausbrud gebracht angenommen werden muß. Die gegenüber einer bestimmten Berson abgegebene Erklärung wirkt allen gegenüber. Auch dem Nachlaß. gericht gegenüber tann fie abgegeben werben (beftr.). Daß die Annahmeerflärung, wenn fie einer bestimmten Person gegenüber abgegeben werden soll, erft wirtsam wird, wenn sie biefer "zugeht" (Bland Erl. 3), wird zwar nicht unmittelbar aus § 130, ber nur einem anderen gegenüber "abzugebende" (d. h. fraft Gefetes empfangebedürftige) Billenserflarungen betrifft, wohl aber aus dem Billen des Erflärenden gu folgern und deshalb auch ein gemäß § 130 Abf 1 Sat 2 rechtzeitiger Biderruf gestattet sein. — Auch die pro herede gestio fett eine Betätigung bes Unnahmewillens voraus (RG D38 1912 Sp 1185) und ist nicht etwa als Strafe an die Bornahme gewisser, nur dem Erben guftehender Sandlungen (immixtio) gernüpft; bas richterliche Ermeffen entscheibet. Als Betätigung bes Annahmewillens wird in der Regel der Antrag auf Erteilung eines Erbicheins (arg. § 2357 Abi 3 Gat 1, vgl. AG3 38 A 51; RIU 16, 68) anzusehen sein; ebenso die Erhebung des Erbsch fisausprichs (§ 2018), Bertanf ber Erbschaft und Verfügung über den Erbteil (§§ 2371, 2033), auch Berpfändung desselben (96 80, 385); nicht dagegen ohne weiteres die Verfügung über einzelne Nachlaßgegenstände oder die Geltendmachung von Nachlaßforderungen oder die Fortführung des Geschäfts, wenn diese handlungen als Besorgung erbichaftlicher Geschäfte (§ 1959) gedeutet werden fonnen (De DIB 1909 Sp 1329); unter der gleichen Boraussemung auch nicht der Antrag auf Anordnung einer Nachlaßverwaltung (KGA 31 A 73 und 88 A 51; a. M. für die Regelfälle Planck Erl 4a zu § 1981). Sogar eine Verfügung über den ganzen Nachlaß (alle vorhandenen Erbschaftssachen) kann ohne Nechtsirrtum dahin gedeutet werden, daß fie eine Annahme ber Erbschaft nicht enthalte, namentlich wenn die Berfigung

nur erfolgte, um bem Erben Mittel zur Bestreitung der Bestattungskosten zu verschaffen (MG 28. 11. 21 VI 437/21). — Da sowohl die ausdrückliche wie die stillschweigende Annahme Rechtsgeschäfte sind, finden die Grundste über Geschäftssähigkeit (§§ 107, 111, 114, 115), Willenserklärungen (§§ 116 ff.), Bertretung, Bollmacht (§§ 164 ff.), Einwilligung, Genehmigung (§§ 182 ff.) auf beide Arten Anwendung. Die Frau bedarf zur Ansichlagung, Al 1 zu § 1942) nicht der Auflichunung des Wannes (§§ 1406 Vr. 1, 1453); der gesehliche Vertreter (anders wie bei der Ausschlagung § 1822 Ar 2) nicht der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Nähere Vorschützten über die Annahme entshalten §§ 1946 ff. hezüglich der Ausschlung §§ 1954—1957. Ausschlung nach § 191 ift zulässig. halten §§ 1946 ff., bezüglich der Aufechtung §§ 1954-1957. Anfechtung nach § 119 ift zuläsig, wenn infolge Arrtums ein Annahmewille nicht vorhanden war, aber auch erforderlich, außer im Falle des § 1949 Abs 1 (vgl. A 2 dazu). Bgl. auch § 1954 A 1. — Auch die Annahme steht, wie die Ausschlagung, im Falle des Konkurses des Erben nur dem Gemeinschuldner zu (§ 9 KD). — Annahme des Vermächtnisses § 2180.

- 2. Ausschlagungsfrist § 1944. Der Berlust des Ausschlagungsrechts tritt ohne weiteres mit dem Ablause der Frist ein; ist innerhalb der Frist die Ausschlagung nicht erfolgt, so ist die Frist "versäumt" (§ 1956), auch ohne einen auf Annahme der Erbschaft gerichteten Willen (vgl. 21 3). Unter Umftänden tann aber die Berfäumung angefochten werden (§ 1956).
- 3. Die Annahme infolge Fristablaufs ist eine Filtion ("gilt") bes Gesetzes und ber Cat spricht nur positiv aus, was im vorhergehenden Halbsate negativ bestimmt ist. Auf diese frast Weletzes eintretende Mechtswirfung sinden daher die in A 1 besprochenen Grundsätze über Willen und Geschäftsfähigkeit teine Anwendung. Z. B. wird auch der geschäftsunfähige Erbe durch Ablauf der Frijt ohne weiteres zum "annehmenden", endgültigen Erben; vol. aber über den Lauf und die Daner der Frijt in diesem Falle § 1944 A 4. — Feltstellungstlage, daß der Betreffende bereits Erbe geworden, feine Ausschlagung beshalb unwirtlam fei, ift gulaflig (916 328 06, 56940). - Gleiche Grundfate bei ber ehelichen Gatergemeinschaft fur bie Ablehnung ber Fortfebung burch ben überlebenben Chegatten (§ 1484).
- 4. Beweistaft. Der Erbe braucht bie Unnahme nicht besonders nachzuweisen, wenn fie in ber Erhebung bes Unfpruchs gu finden ift, alfo g. B. bei bem Erbichaftsanipruche, bei bem Antrage auf Erteilung des Erbscheins für sich (dagegen, wenn er einen gemeinschaftlichen Erbschein verlangt, die Annahme durch die Miterben, §§ 2857 Abs 3, 2356). Bei Stellung des Antrags auf Ausgebot zum Zwecke der Ausschließung von Nachlaßgläubigern muß der Erbe die Annahme nachweisen (KBD § 991 Abs 3). Der Nachlaßgläubiger, der einen sich gegen den Nachlaß richtenden Anspruch gegen den Erben geltend machen (§ 1958) oder einen Rechtsstreit sortsetzen (BPO § 239) oder eine Bwangsvollstredung gegen ihn betreiben will (BPO § 778), muß die Annahme nachweisen. Er hat daher in der Regel, wenn er nicht einen Erbschein vorlegen kann, den Nachweis des Erbsalls und Negel, wenn er nicht einen Erbschein vorlegen kann, den Nachweis des Erbsalls und des Berufungsgrundes zu führen, sowie den der Annahme der Erbschaft, sei es durch ausdrückliche Erklärung oder durch Absauf der Ausschlagungsfrist. Bor der Annahme ist der Anspruch gegen den Erben nicht begründet (er ist nicht passiv legitimiert, §§ 1958, 2014; NG 60, 179); der Gegner wird also, wenn er die Fistion der Annahme durch Absauf der Ausschlagungsfrist geltend machen will, zu behanpten und nötigensalls zu beweisen haben, daß die Ausschlagungsfrist gemäß § 1944 Abs 2 zu laufen begonnen hat, sonach auch die Kenntsie des Erbschen von dem Ausschlagungsbrist gemäß § 1944 Abs 2 zu laufen begonnen hat, sonach auch die Kenntsie des Erbschen von dem Ausschlagungsbrist gemäß § 1944 Abs 2 zu laufen begonnen hat, sonach auch die Kenntsie des Erbschen von dem Ausschlagungsbrist gemäß § 1944 Abs 2 zu laufen begonnen hat, sonach auch die Kenntsie des Erbschen von dem Ausschlagungsbrist gemäß § 1944 Abs 2 zu laufen begonnen hat, sonach auch der Kenntsie der Erbschen von nis des Erben von dem Unfalle und bem Grunde der Berufung (fo mit Recht Bland Eri ? gegen Dernburg 5 148 VI; a. M. auch bie zweite Auflage biefes Kommentars). Ergibt fich hieraus ber Ablauf ber Ausschlagungefrift, so muß ber Erbe beweisen, bag er innerhalb der Frift ausgeschlagen hat (tgl. § 1944 21 7).

§ 1944

Die Ausschlagung tann nur binnen feche Wochen erfolgen1).

Die Frist beginnt mit bem Zeitpuntt, in welchem der Erbe bon dem Unfall und bem Grunde ber Berufung Kenntnis erlangt2). Ift ber Erbe burch Berfügung von Todes wegen berufen, fo beginnt die Frift nicht bor der Bertfindung ber Berfügung3). Auf ben Lauf der Frift finden die für Die Berjährung geltenden Borichriften der §§ 203, 206 entsprechende Unmendung4).

Die Frift beträgt feche Monate, wenn ber Erblaffer feinen letten Bohnfit nur im Auslande gehabt hat5) oder wenn fich der Erbe bei dem Be-

ginne ber Frift im Ansland aufhält6) 7).

G I 2030 II 1821; M 5 497—501; B 5 620, 623.

1. Sechswöchige Ausschlagungsfrift. Berechnung §§ 187 Abs 1, 188 Abs 2, 3, 193. Sie ist gesetliche Ausschlußfrist, kann deshalb weder vom Erblasser noch vom Nachlaßgericht verlängert werden. Nur mittelbar kann der Erblasser eine Verkürzung dadurch herbeisühren, daß er den Erben unter der Bedingung der Annahme innerhalb kürzerer Frist einsetz; edenso aber auch eine Berlängerung dadurch, daß er einen Erben unter der Bedingung einsetz, innerhalb einer längeren Frist anzunehmen; in diesem Falle beginnt die gesetliche Ausschlagungsfrist überhaupt nicht zu lausen, da sie vor Eintritt der Bedingung für den bedingt eingesetzen Erben nicht läust (vol. A 2 zu § 1942), mit Eintritt der Bedingung aber. die auf die Annahme abgestellt ist, die Ausschlagung ausgeschlossen ist (§ 1943). — Ansechtung

ber Fristversäumung § 1956. 2. Friftbeginn für ben Erben, und zwar für jeben einzelnen, ber vorläufiger Erbe geworden ift, besonders, mit der Kenntnis von dem Anfalle (A 2 zu § 1942) und dem Die Rudbeziehung bes Anfalls in ben Fällen bes Geboren-Berufungsgrunde. werdens einer Leibesfrucht (§ 1928 Abf 2), des Wegfalls eines anderen durch Ausschlagung (§ 1953 Abi 2) oder Erbunwürdigkeitserklärung (§ 2344) hat auf den Beginn der Ausschlagungsfrist feinen Ginfluß, da sie lediglich eine Fittion bedeutet und die in § 1944 ersorderte Renntnis nicht vor dem wirklichen Anfalle vorhanden sein tann. — Die Kenntnis muß sich gunächst auf den Erbfall (Tod oder Todesertlärung des Erblassers) beziehen, sodann aber, wenn Berufungsgrund das Gefet ift, auf das Bestehen des die gesetliche Erbfolge nach §§ 1924—1935 (bas gesetliche Erbrecht bes Fistus, § 1936, kommt, bo er nicht ausschlagen kann, nicht in Betracht) begrunbenben verwandtschaftlichen ober ehelichen Berhältniffes erstreden, sowie barauf, daß vorgebende Erbberechtigte überhaupt nicht vorhanden waren oder vor oder nach dem Erbfalle weggefallen sind (A 2 zu § 1935) und daß die gesehliche Erbsolge nicht durch Verfügung von Todes wegen ausgeschlossen ist. Doch ift in letterer Beziehung nicht schon die entfernte Möglichkeit, daß der Erblaffer eine Berfügung errichtet haben könnte, hinreichend, um ben Beginn der Ausschlagungsfrist auszuschließen; es muß vielmehr genugen, wenn ber Erbe keine begründete Vermutung haben kann und hat, daß eine ihn ausschließende Berfügung wirksam vorhanden sei (BanDbLG 23 1918 Sp. 7103). War eine solche Verfügung vorhanden und dem burch fie ausgeschlossenen Erben befannt, fo muß er von ihrer Unwirtsamkeit oder von ihrem Widerrufe geschlossennen Erben bekannt, so minz er vom ihrer Anwirtsamkeit oder kon ihrem Widerrise Kenntnis erhalten haben. — Handelt es sich um Berufung durch Verfügung von Todes wegen, so muß die Kenntnis des Erben dahin gehen, daß er kraft solcher Berfügung zur Erbschaft bervsen ist; daß er die konkrete Verfügung kennt und insbesondere weiß, ob es ein Testament oder ein Erbvertrag sei, ist nicht ersorderlich. Zwar beginnt in solchem Falle die Ausschlagungsfrist nicht vor Verkündung der Verfügung zu laufen (Abs 2 Sah 2); die Kenntnis von der Verufung kann aber auch auf andere Weise ols durch die Verfündung erworden werden (NJA 5, 146; a. M. NG ZW 02 Beil 232102). Andererseits wird die Frist nicht laufen, solange der Erde nur von einer konkreten Verfügung bestimmten Inhalts Kenntnis hat, durch die er berusen zu sein glaubt, diese Verfügung sich aber als nichtig herausskellte und er durch eine gudere Verfügung mit anderem Aushalte herusen ist in zutretsend stellte und er durch eine andere Berfügung mit anderem Inhalte berufen ist; so zutreffend Planck-Flad Erl 3b gegen Leonhard II B. — Richt erforderlich ist Neuntnis des Erben darüber, ob ihm die ganze Erbschaft oder nur ein Bruchteil und welcher zugefallen ist, wenn es sich um eine einheitliche Berufung handelt. Steht aber eine Berufung zu mehreren besonderen Erbteilen in Frage, die gesondert ausgeschlagen werden können (§§ 1951, 1927; A 3 ju § 1927), so beginnt die Frist für jeden Erbteil besonders mit der Kenntnis von dessen Anfall. Frrtum des Erben darüber, ob die Berufung auf dem Gesets oder auf einer Verfügung von Todes wegen beruht, auch Rechtsirrtum, schließt den Beginn der Frist aus (AGF 34 A 79; 41 A 56). Das dem Chegatten nach Br. AG. BGB Art 46 §§ 2, 3 gegebene Wahlrecht gehört nicht jum Berufungsgrunde; Frrtum barüber schließt baher ben Fristbeginn nicht aus (KG3 41 A 56). Die irrtumliche Unnahme (insbesondere eines gesetzlichen Bertreters, aber auch bes Erben selbst), daß der Erbe bereits eine wirksame Ausschlagungserklärung abgegeben habe, steht einer Untenntnis von dem Anfalle nicht gleich, da dieser durch die Ansschlagung nicht tatsächlich rudgängig gemacht wird, sondern gemäß der in § 1953 aufgestellten Fiktion als nicht erfolgt "gilt", wodurch nur seine Wirkungen beseitigt werden; ein solcher Frrtum könnte beshalb nur im Wege der Anfechtung der Berfäumung der Ausschlagungsfrift (§ 1956) geltend gemacht werden, und givar auch nur, wenn die in der Anmerkung gu § 1956 gegen NG 58, 81 vertretene Ansicht zutrifft. So NG Warn 1920 Ar 212. — Kennenmuffen, fahrläffiges Nichtlennen, ist ber wirklichen Kenntnis nich gleichgestellt (wie in § 2140 und auch fouft im BGB). Db das Nichtkennen auf tatfächlichem oder Rechtsirrtum (3. B. über die Gilltigkeit eines Testaments, durch welches das gesehliche Erbrecht beschränkt wird, RG Warn 1914 Nr 26) beruht und ob es verschuldet ist oder nicht, ist gleichgültig. Bloße Bweifel des Berufenen, ob er nicht vielleicht Erbe geworden fein tonn'e, genugen nicht für ben Beginn ber Ausschlagungsfrift. Anberseits wird auch eine volle Abergengung, bag es so sei, nicht gefordert werden können. Es wird genügen muffen, daß dem Erben die tat

fächlichen und rechtlichen Umftande in so zuverlässiger Beise bekannt geworden find, daß baburch bie politive Borftellung, er fei infolge eines bestimmten Berufungsgrundes Erbe geworden, in ihm zum mindeften als eine Wahrscheinlichkeitsvorstellung, mit der er rechnet, erregt worden ist. Im Cinzelfalle wird babei viel auf die Sachlage, namentlich auf die Berlönlichkeit bes Erben, ankommen. In dieser Beise werden die im Wortlaute einigermaßen voneinander abweichenden Entscheidungen bes Reichsgerichts vereinigt werden können (vgl. einerseits 328 02 Beil 232102, wo eine "bestimmte und übergengenbe Renntnis" gefordert wird, anderfeits Gruch 59, 481, wo gesagt wird, daß zwar die volle Uberzeugung nicht verlangt werden tonne, wohl aber guverläffiges Erfahren der in Betracht fommen-

nicht verlangt werden tonne, wohl aber zuverlassiges Ersagren der in Betramt tommenden Umftände vorhanden sein muß und Aweisel, ob es nicht so sein könnte, nicht genügen; ebenso sür den Fall des § 121: NG ZW 1912, 741² und Warn 1914 Nr 108; vgl. NG 85, 223, serner U 2 zu § 121 und U zu § 2082). Ist der Erbe geschäftsunsähig oder in der Eeschäftsähigteit beschränkt, so kommt es nicht auf seine Kenntnis, sondern auf die seines gesetzlichen Vertreters an. Streitig ist, wie es sich verhält, wenn der Erbe einen Vevollmächtigten bestellt hat, sei es allgemein (Generalmocht) kür seine Kermägnederenkeiten aber zur Kerelung der im Frager stehndere vollmacht) für seine Bermögensangelegenheiten ober zur Negelung ber in Frage stehenben Erbschaftsangelegenheit oder auch speziell zur Bertretung im Willen bei der Entscheidung über Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft. Einverständnis besteht zunächst, daß § 166 BGB teine Anwendung finden fann, ba er fich nur auf die rechtlichen Folgen abgegebener Willenserklärungen bezieht, nicht auf bie Folgen ber Unterlassung von folden (vgl. M 5, 500, wo die Frage im übrigen offen gelassen ift). Sicher ift auch wohl, bag ber Erbe bie burch bas Geset an seine Kenntnis gefnüpften Folgen nicht burch Bestellung eines Bevollmächtigten bon sich abwalzen kann, daß also, wenn er selbst Kenntnis hat, der Lauf der Ausschlagungsfrist beginnt, auch wenn dem Bevollmächtigten die Kenntnis fehlt. Zweiselhaft fann nur sein, ob die Frist auch beginnt, wenn der Bevollmächtigte, nicht aber der Erbe, Kenntnis hat. Es wird aber anzunchmen sein, daß der Erbe lich die Kenntnis bes Bevollmachtigten entgegenhalten laffen muß, bem er felbft gu feiner Bertretung im Billen Macht gegeben hat; benn bie Billensenticheidung, bie bas Gefet verlangt, tann nicht willfurlich von bem Biffen, das die Boraussetung bafür bilbet, getrennt werden (fo Strohal II § 61 A 162; Pland Erl 4; a. M. Dernburg V 1483 Rote 10 und die zweite Auflage dieses Rommentars). — Für den Nacherben beginnt die Ausschlagungsfrist erst mit Kenntnis vom Eintritt des Racherbfalles, da erst mit diesem die Erbschaft ihm anfällt (vgl. A zu § 2142). Besondere Ausschlagungsfrist für den durch Berfügung von Todes wegen beschwänkten ober beschiverten Pflichtteilsberechtigten § 2306; val. A 5 bagu. Befugnis gur Ausschlagung schon vor Beginn der Ausschlagungsfrist § 1946. — Ist zur Annahme einer Zuwendung an eine juristische Verson nach Lanbesrecht staatliche Genehmigung ersorderlich (Art 86 EG; Br. MG. BGB Urt 6), fo fann sie eine ihr zugewendete Erbschaft vor Erteilung ber Genehmigung nicht durch Annahme erwerben (RG 76, 384); beshalb tann auch bie Ausschlagungsfrift vor Renntnis ber Benehmigung nicht zu laufen beginnen (fo Ripp 150 Rote 7; a. M.

KGZ 40 A 25; 50 A 71; DIB 1918 Sp 260).

3. Vertindung der Berfügung. Gemeint ist die im Eröffnungstermin erfolgte "Berfündung" (§ 2260), auch wenn sie in Abwesenheit des Erben stattgesunden hat, nicht die Mitteilung bes Nachlaggerichts gemäß § 2262. Gie ist für ben Kriftbeginn felbft bann erforberlich, wenn ber Erbe ichon vor ber Berfundung von ber Berfugung Renninis erlangt hatte. Umgefehrt ichließt auch die Berfundung an ben Erben felbft nicht unbedingt aus, baß er gleichwohl, 3. B. infolge von Migverständnissen oder von Rechtsirrtum, Die Kenntnis im Sinne des Geleges erft ipater erlangt. Die Bertundung ift auch dann erforberlich, wenn er selbst als Chegatte das gemeinschaftliche Testament mit errichtet (§ 2273) ober wenn er ben Erbvertrag mit geschlossen hatte (§ 2300). Berkundung eines gemeinschaftlichen Erbvertrags ist auch dann ersorbersich, wenn der eine Erbsasser bereits vor 1. 1. 00 verstorben war (NG 48, 100). Die Vorschrift des Abs 2 ist übrigens eine Sondervorschrift und auf die Verjährung des Psiichtteilsanspruchs (§ 2332 Abs 1) nicht übertragbar (NG 66, 30).

4. § 203: Stillstand der Rechtspflege oder höhere Gewalt hemmen den Lauf der Ausschlagungsfrist mit der Wirkung, daß der davon betroffene Teil der Frist nicht eingerechnet wird (§ 205). Die durch eine dem Vormundschaftsgericht zur Last sallende Verzögerung ber nach § 1822 Rr 2 für ben gesetlichen Bertreter erforderlichen vormundschaftegerichtlichen Genehmigung herbeigeführte Versäumung der Ausschlagungsfrift (vgl. A 1 zu § 1945) als "höhere Gewalt" anzuschen, wie Eccius will (vgl. KGJ 38 A 51), erscheint bedenklich, da ein Fehler des Gerichts immerhin noch innerhalb des mit dem Gerichtsbetriebe verbundenen Gefahrenfreises liegt (A 2 zu § 203); ber Erbe wird vielmehr in solchem Falle auf ben Regreßanspruch gegen ben Bormundschaftsrichter und ben Staat angewiesen fein. - § 206: hat ber gefehliche Bertreter eines geschäftsunfähigen ober in ber Geschäfts. fähigteit beschränkten Erben bie hier vorausgesette Renntnis erlangt, ber Erbe ermangelt aber am Schlusse ber Frift ber Bertretung, so läuft die Frift nicht zu Ende. Bielmehr läuft

die Frist erst sechs Wochen bzw. sechs Wonate nach der Behebung des Mangels ab. Auf die Kenntnis des neu eingetretenen Bertreters oder des geschäftsfähig gewordenen Erben kommt es aber für den Wiederbeginn und den Absauf der Frist nicht mehr an. So die herrschende Meinung (namentlich Strohal II § 61 A 20), die zwar zu Härten führen kann, aber mit dem Vesche wohl allein vereindar ist. Auch wenn ohne dazwischensiegenden Vertretungsmanget ein neuer Vertreter eintritt oder der Erbe geschäftsfähig wird, kann es vorkommen, daß die einmal in Lauf gesetzte Frist abläuft, ohne daß der zu ihrer Wahrung Verusene die erforderliche Kenntnis besitzt. Fristverlängerung für den Erbesorden § 1952 Abs 2. — Konkurseröffnung über das Vermögen des Erben ist für den Fristenlauf ohne Bedeutung (KD § 9).

5. Sechsmonatsfrist. Wohnsitz (§§ 7—11) des Erblassers im Auslande. Die Borschrift bezieht sich nur auf im Auslande wohnende deutsche Erblasser, die nach Art 24 EG (Borbem 1 zu diesem Buche) nach deutschen Gesehen beerbt werden. Zum Auslande gehören nach Inkrafttreten des Friedensvertrags auch die durch diesen von Deutschland getrennten Gebiete. Das Saargebiet ist Juland geblieben (Versailler Vertr. Art 49). Die deutschen Schukgebiete haben auch disher schon als Ausland gegolten (Schukgebck v. 10. 9. 00 § 3; Konscho v. 7. 4. 00 § 26). Ein ausländischer Wohnsitz des Erblassers neben dem inländischen kommt nicht in Betracht ("nur"). Gleichgültig ist, ob er im Inlande oder

im Auslande geftorben ift.

6. Ausenthalt des Erben im Auslande. Es kommt nur darauf an, wo sich der Erbe im Augenblicke nicht des Erbfalls, sondern der erlangten Kenntnis befindet. Auch ein vorübergehender Aufenthalt im Auslande sichert ihm die verlängerte Frist. Im Falle der gesetlichen Vertret ung kommt eigene Kenntnis des Erben überhaupt nicht in Vetracht. Deshald ist lediglich der Aufenthalt des gesehlichen Vertreters maßgebend. Bei der gewillkürten Vertretung wird, wenn man von der in A 2 vertretenen Ausschaumg ausgeht, für den Erben, der nur persönlich im Auslande Kenntnis erhält, die sechsnonatige, wenn aber sein im Inlande sich aufhaltender Vertreter dort Kenntnis erhält, von da ab eine sechswöchige

Frist laufen.

7. Beweislaft. Wer aus der Ausschlagung Rechte herleitet — also namentlich der nach Ablauf der Ausschlagungsfrilt als Erbe in Ausverch Genommene — hat zunächst darzutun, daß und wann sie erfolgt ist. Behauptet sodann der Gegner, daß das Recht zur Ausschlagung (§ 1942) durch Fristablauf (§ 1943) bereits erloschen gewesen sei, so hat er diese Tatsache zu beweisen. Dazu gehört der Nachweis, daß und wann der Erbe Kenntnis von dem Anfalse und der Berufung erhalten hat, da mit dem Eintritte dieser Kenntnis der Lauf der Frist erst beginnt. Vgl. für den gleichliegenden Fall der Anfechtung §§ 121 A 5 und 124 A 4. Auf die Ausschlagung wird sich der Erbe in der Aegel gegenüber Nachlaßgläubigern berufen, die die stüßschlagung wird sich der Erbe in der Aegel gegenüber Nachlaßgläubigern berufen, die die stillschweigende Annahme der Erbschaft behaupten (§ 1948 A 4); aber auch wenn er im Falle des § 2306 Abs i Sahz den Pflichtteil verlangen will; ferner diesenigen, welche infolge der Ausschlagung an die Stelle des Ausschlagenden als Erben getreten sind. Auf den Ablauf der Ausschlagung barzutun.

§ 1945

Die Ausschlagung erfolgt durch Erklärung¹) gegenüber dem Nachlaßegerichte²); die Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben³).

Gin Bevollmächtigter bedarf einer öffentlich beglaubigten Bollmacht³). Die Bollmacht muß der Erklärung beigefügt oder innerhalb der Ausichlagungsfrift nachgebracht werden⁴).

E I 2032 II 1822; M 5 502, 503; B 5 624, 626.

1. Die Ausschlagung ist (abweichend von der Annahme, § 1943 A 1) an eine Form gebunden und empfangsbedürftig. Sie wird deshalb erst in dem Zeitpunkte wirksam, wo sie dem Nachlaßgerichte zugeht (§ 130). Gleich der Annahme ist sie einseitige Willenserklärung, untersteht mithin den hierauf bezüglichen allgemeinen Borschriften (§ 1948 A 1). Abweichend von der Annahme bedarf der gesehsliche Bertreter (Vater, Bormund, auch der Psseger) dazu der Genehmigung des Vormundschaftsgericht sie Sie 1822 Kr 2, 1643 Abs 2, 1915). Die Genehmigung hat das Vormundschaftsgericht gegenüber dem gesehlichen Vertreter zu erklären (§ 1828); sie wird also erst wirksam, sobald sie diesem zugeht (§ 130). Als einseitiges Rechtsgeschäft würde die Ausschaftagung, wenn § 1831 Sah auf sie Anwendung fände, unwirksam sein, wenn sie ohne die vorher erteilte Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erfolgte. Von dem Standpunkt der Anwendbarkeit dieser Vorschrift aus ist angenommen worden, daß die Ausschlagung wirksam sein die Ausschlagung wirksam gein den Musschlagung wirksam geworden ist, bevor die Ausschlagungserklärung dem Rachlaßgerichte zugegangen ist, mag auch die Be-

urkundung ober Beglaubigung ber Ausschlagungserklärung früher erfolgt sein (KGJ 21 A 197; 24 A 216; 29 A 40; 38 A 51; 42 A 89; RJU 5, 148). Auch wurde angenommen, daß bei Ibentität bes Vormunbschafts. und Nachlafgerichts es genüge, wenn die Ausschlagungserklärung zunächst der Vormundschaftsabteilung vorgelegen hat und erst nach deren Genehmigung und Bekanntmachung diefer an den gesetzlichen Vertreter von der Rach. lagabteilung geschäftlich behandelt (entgegengenommen) worden ift (AGJ 42 A 89). Dagegen konnte von diesem Standpunkte aus die nachträgliche Erteilung ber Genehmigung, auch wenn sie noch innerhalb ber Ausschlagungsfrift wirtsam geworden ist, nicht für genügend eraditet werden, um die vorher erflarte Ausschlagung wirtsam erscheinen zu laffen; es wurde vielmehr Wiederholung der setzteren für erforderlich erachtet (KG3 21 A 197; NIA 2, 216; CG3 42, 89). Runmehr hat aber das RG (LB 1915, 75112) sich der zu § 1831 A 1 ber zweiten Auflage diefes Kommentars vertretenen Ausicht angeschlossen, wonach § 1831 Sat 1 keine Anwendung finden kann, wenn das einseitige Rechtsgeschäft nach gesetzlich er Boridrift binnen einer bestimmten Frift vorgenommen werden muß, weil ber gesetgeberische Grund, der dahin ging, diejenigen Personen, deren Rechtsverhältniffe durch das einseitige Rechtsgeschäft berührt werden, nicht für unbestimmte Zeit über die Frage seiner Wirtsamteit im ungewissen zu lassen, bei gesetzlich befristeten Rechtsgeschäften baburch entfalle, baß bei diesen das Gesetz selbst für Beendigung des Zustandes der Ungewißheit innerhalb beftimmter Frist Sorge trage; in foldjen Fallen muffe es genugen, bag alle gur Gultigfeit bes Geichafts erforderlichen Erklärungen bis zum Ablaufe der Frist abgegeben sind; auf die Reihenfolge der Abgabe komme es nicht an; demgemäß hat das Reichsgericht eine Ausschlagung für wirksam erklärt, die vor Erteilung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung erfolgt ift, wenn die Genehmigung nachher erteilt und innerhalb der Ausschlagungsfrift wirksam geworden ift. Dieser Auffassung hat sich AGI 50 A 73 angeschlossen. Die Entscheidung ift geeignet, die durch die Unwendung bes § 1831 auf die Ausschlagung entstehenden erheblichen Unguträglichkeiten zu vermeiden und deshalb zu bil igen, wenn fie auch dem für eine freiere Gesetzesauslegung auch sonst oft hinderlichen rönnisch rechtlichen Sate: "cessante ratione legis non cessat lex ipsa" nicht vollkommen Rechnung tragen mag. — Sind aber nicht alle zur Wirksamkeit der Ausschlagung erforderlichen Erklärungen vor Ablauf der Frist wirksam abgegeben, so ist sie unwirksam. Gine nach Ablauf der Frist erteilte vormundichaftsgerichtliche Genehmigung kann die Versäumung der Ausschlagungsfrist nicht zuch gangig machen, auch wenn man (vgl. 96 76, 866 und § 184 A 1) bie Rudbegiehung bes § 184 auf behördliche Zustimmungserklärungen für anwendbar hält; KGI 50 A 78). Wegen Anfechtung vol. § 1956 A 1; wegen der "höheren Gewalt" § 1944 A — Korlegung der Genehmigung dei der Ausschlagungsertlärung gegenüber dem Nachlaßgerichte ist nicht ersorderlich; das Nachlaßgericht ist fein "underer" im Sinne des § 1881. Deshald ist est unschadlich, wenn die Aussertlärung einer rechtzeitig erteilten vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung erst nach Ablan der Frist dem Nachlaßgerichte eingereicht wird (anders dei Bollmacht, Abs 2, vgl. A d.). Die Frau bedarf der Justimmung des Mannes ebensomenig wie zur Annahme (§§ 1406 Kr. 1, 1458, 1519, 1549). Tie Ausschlagung ist wie die Annahme unwiderruflich (§ 180), darf nicht bedingt oder befriftet (§ 1947), nicht auf Teile der Erbichaft beschräntt sein, sosen nicht besondere Erbteile in Frage siehen (§§ 1950, 1951), sieht auch im Konkurse des Erben nur dem Gemeinschuldner zu (KD § 9). Ansechtbarteit § 1954. — Die Kosten der Ausschlagung fallen nicht dem Nechlasse, sondern dem Erklärenden zur Laft. — Die Übernahme einer schuldrechtlichen Verpflichtung zur Ausschlagung einer Erbschaft ist formfrei (DLG 26, 288).

2. Gegenüber dem Nachlaßgericht. Nachlaßgerichte sind die Amtsgerichte (§ 72 FG), sweit nicht landesgeschlich andere als gerichtliche Behörden zuständig sind; andere gerichtliche Behörden (Landgerichte) können nicht als Nachlaßgerichte bestellt werden. Sine Ausschlaßgerichte werden, daß das Nachlaßgericht sie zurüchreift oder zurückseicht sied unwirksam, daß das Nachlaßgericht sie zurückweist oder zurückseicht (KG) 35 A 58). Die Ausschlaßgericht in der Regel nur wirksam, wenn sie vor dem örtlich zuständigen Nachlaßgericht (§ 73 FG) erfolgt; nach NG 71, 380 soll aber die Erktärung auch dann wirksam sein, wenn sie einem örtlich unzuständigen Gerichte gegenüber abgegeben wird, nicht nur falls dieses schon vorher (durch Fürsorge sür den Nachlaß oder Einleitung einer Nachlaßpslegschaft) als Nachlaßgericht tätig geworden war, sondern auch, wenn es nur die Ausschlaßgelichast) als Nachlaßgericht tätig geworden war, sondern auch, wenn es nur die Ausschlaßgung entgegengenommen und eine Bescheinigung koer die "erfolgte Ausschlaßgung" erteilt hat (bedenklich, das angegangene Gericht darf ja die Erktärung gar nicht zurückweisen; es würde auch nicht in der Lage sein, sosort seinem um Entgegennahme der Erstärung des Erden vom Nachlaßgericht im Wege der Rechtshisse (§§ 1, 2 FG) ersuchten Gerschte kann die Ausschlaßgerichte mirfung, wie vor dem Nachlaßgerichte sein und Ablauf der Krist eingeht (BayObLG) in RFU 16, 48; a. M. Keßler Bahl 3, 186; Pland Erst 1 d.; wie

hier Staudinger 9. Aufl. Erl 2 zu a). — Die Ausschlagung eines Bermächtnisses ersfolgt gegenüber dem Beschwerten (§ 2180 Abs 2).

3. Offentlich beglaubigte Form § 129, FGG §§ 167, 183, 191. Telegramm genügt nicht.

4. Vollmacht. §§ 164 ff. Besondere Bollmacht ist nicht ersordert, Generalvollmacht nicht ausgeschlossen. Die Erklärung darf wegen Mangels der Bollmacht nicht, wie nach § 174, zurücht gewiesen werden. Geht die Bollmacht nicht vor Friftablauf, und zwar in formgerechter Gestalt ein, fo ift die Ausschlagung wirkungelos.

§ 1946

Der Erbe tann die Erbichaft annehmen oder ausichlagen1), fobald der Erbfall eingetreten ist2).

E I 2033 II 1823; M 5 503, 504; \$ 5 624-626.

1. Annahme § 1943 A 1; Ausschlagung §§ 1942 A 1, 1945.

2. Beide Erklärungen konnen, die Annahme auch ftillschweigend, fogleich nach bem Erbfall, d. i. dem Tode oder der Todeserflärung des Erblassers abgegeben werden, auch bevor die Erbschaft dem Erklärenden angefallen ist und bevor die Ausschlagungsfrist zu laufen begonnen hat, also vor Renntnis des Anfalls und des Berufungsgrundes. Die Ausschlagung kann in folchen Fällen vorforglich für den Fall bes Eintritts dieser Boraussetjungen erfolgen. Eine Bedingung ist darin, auch wenn es ausdrücklich ausgesprochen wird, nicht zu erblicken (vgl. § 1947 M 1). Auch ohne ausbrudliche Beifugung ift bie Erklärung in biefem Sinne zu verstehen. — Auch der Racherbe kann vor Eintritt des Falles der Racherbsige die Nacherbschaft nicht nur ausschlagen (§ 2142), sondern auch annehmen (**NG** 80, 377; vgl. § 2142 A). Auch der Pflichtteilsberechtigte kann im Falle des § 2306 Sat 2, bevor er von der Beschräntung oder Beschwerung seines Erbteils Kenntnis erlangt hat, vorforglich ausschlagen. Eine juristische Person, die nach Landesrecht (Art 86 EG; Art 6 PrAG. BGB) der staatlichen Genehmigung zum Erwerbe von Todes wegen bedarf, kann vor deren Erteilung die Erbschaft nicht annehnen, wohl aber ausschlagen (NG 76, 384); wegen des Beginnes der Ausschlagungsfrist vgl. § 1944 A 2. — Eine der dem Tode des Erbsalzers abgegebene einseitige Ausschlagungserklärung ist wirkungslos; nur ein vertragsmäßiger Erbs verzicht (§§ 2346ff.) kann in Betracht kommen oder, soweit es sich um den gesetzlichen Erbteil oder den Pflichtteil handelt, auch schuldrechtliche Verpflichtung zur Ausschlagung gegenüber einem anderen gesetzlichen Erben (§ 312 Abs 2 und A 2).

\$ 1947

Die Annahme und die Ausschlagung konnen nicht unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung erfolgen1).

G I 2035 II 1824; M 5 505; B 5 627.

1. Die Vorschrift entspricht den anderweiten Vorschriften, welche die Beifügung von Bedingungen und Zeitbestimmungen zu gewissen Rechtsgeschäften ausschließen: so für die Aufrechnung § 388 Sat 2, für die Auflassung § 925 Abs 2. Wie bei diesen (vol. §§ 388 A 2, 925 A 14), sind auch hier nur echte, rechtsgeschäftliche Bedingungen ausgeschlossen, nicht Rechtsbedingungen, b. h. solche, in benen eine gesetliche Boraussetung des erklärten Rechtsgeschäfts noch besonders zum Ausdrucke gebracht wird, sei es, weil dem Erklärenden nicht bekannt ift, ob fie bereits eingetreten (Ungewißheit über den Anfall oder den Berufungsgrund, val. § 1946 A 2), sei es, weil sich erst in Zukunft entscheidet, ob sie eintritt: Wegfall vorher Berufener, Eintritt der aufschiebenden Bedingung für die Erbeinsetzung, Eintritt der Nacherbfolge; auch Genehmigung des Bormundschaftsgerichts, sofern man annimmt, daß diese nachträglich erteilt werden kann (§ 1945 A 1). Bulaffig ift auch die Beschränkung der Erklärung auf einen von mehreren Berufungsgründen oder besonderen Erbteilen (§§ 1951 Abs 1, 1927). Ift die Annahme auf einen bestimmten Berufungsgrund beschränkt, so gilt fie ale nicht erfolgt, wenn der Erbe sich über ihn im Irrtum befand (§ 1949 A 1). Wird eine Ausschlagung "zugunften eines bestimmten Dritten" erflart, fo ift die Beifügung bedeutungslos, wenn dadurch nur das Motiv angegeben werden sollte, auch wenn in Wirklichkeit die Erbschaft dem Dritten nicht anfällt; dagegen macht fie die Ausschlagung unwirksam, wenn aus ihr zu entnehmen ift, daß die Ausschlagung nur für den Fall gelten soll, daß dem Dritten die Erbschaft wirklich zufällt; die Ausschlagung wird auch nicht wirk fam, wenn dieser Fall eintritt (AGI 35 A 64). Dementsprechend ist eine von einem Teile der Abkömmlinge "nur zugunften der Witwe" erklärte Ansschlagung als bedingt für unwirtsam erklärt worden, weil die Witwe nicht als nächstberechtigte Alleinerbin nach der Ansschlagenden in Betracht gekommen sei (MV 21. 10. 26 IX 671/26 in DIS 1926 Sp. 323) hat die Erklärung die Bedeutung, daß der Ansichlagende die Erbichaft dem Dritten überlaffen will, so kann sie als Annahme unter Hinzufügung der Bereitwilligkeit, sie an den Dritten zu veräußern, gebeutet und aufrechterhalten werden (KGJ 35 A 64). Eine in einem Testament erklärte Ausschlagung ift unwirtsam, weil fie an die Bedingung des Nichtwider. rufs bis zum Tode des Erklärenden geknüpft ist und dem Nachlaßgericht erst nach dem Tode des Erklärenden zugehen soll (AG JW 1919, 9981). — Die gleichen Vorschriften gelten auch für das Vermächtnis (§ 2180 Abs 2) und für die Annahme oder Ablehnung des Amtes als Testamentsvollstrecker (§ 2202 Abs 2).

§ 1948

1) Wer durch Berfügung von Todes wegen als Erbe berufen ist, kann, wenn er ohne die Berfügung als gesetlicher Erbe berufen sein wurde2), die Erbschaft als eingesetzter Erbe ausschlagen und als gesetzlicher Erbe annehmen3).

Wer durch Testament und durch Erbvertrag als Erbe berufen ift, tann die Erbschaft and dem einen Berufungsgrund annehmen und aus dem anderen ausschlagen4).

E I 2038 Abj 1, 2 II 1825; M 5 508-510; B 5 628, 629.

1. Die Borschriften des Paragraphen beziehen sich auf solche Fälle, in denen die Berufung einer Berfon zu ber gangen Erbichaft ober zu einem und bemfelben Erbteile infolge mehrerer Berufungsgründe in Frage tommt. Das tann ber Fall fein: a) burch Erbeinsetung einer Berson, die ohne diese als gesetzlicher Erbe berufen sein wurde (Abs 1); b) infolge Erbeinsetung einer und berselben Berson burch mehrere nebeneinander beftehende Berfügungen von Tobes wegen (Abf 2). Die Fälle ber Berufung gu

mehreren Erbteilen regelt ausschließlich § 1951 (vgl. A 1 bazu).

2. Die Einsehung eines Erben durch Verfügung von Todes wegen (§§ 1987, 1941) schließt, sowie eine, ben Gintritt der gesehlichen Erbsolge aus (§ 1987 A 1). If also derzenige eingeseht, der ohne die Verfügung als gesehlicher Erbs berufen sein würde, so erwirdt er die Erbichaft zunächst als eingesetzter Erbe; es ist ihm aber die rechtliche Möglichkeit gegeben, durch Ausschlagung der Erbeinsetung die bom Erblasser beabsichtigte gewillkurte Erbfolge ju Fall und fein gefetiliches Erbrecht gur Geltung zu bringen, fofern ihm nicht ber Erblaffer (was diesem zu tun freisteht) diese Möglichkeit dadurch entzogen hat, daß er ihn für den Fall ber Ausschlagung der gewillfürten von ber gesetlichen Erbfolge ausgeschlosen bat (§ 1988). Dieses Recht des Erben hat bas BBB ausbrudlich ausgesprochen, um ber bas Gegenteil bestimmenben Borfdrift bes Prull (I 9 § 401) entgegengutreten (M 5, 508). Gine Befreiung von ben ihm mit ber Erbeinfebung auferlegten Laften und Befdrantungen wird freilich ber Erbe badurch in ber Regel nicht erreichen tonnen; benn Bermächtnisse und Auflagen bleiben, fofern nicht ein anderer Wille bes Erblaffers erkennbar, auch gegenüber ber lagen bleiben, sofern nicht ein anderer Wille des Erblassers ertennvar, auch gegenüber der gesetzlichen Erbsolge wirksam und der auf Erund des Gesetzs eintretende Erbe damit beschwert (§§ 2161, 2192); auch sonstige Beschränkungen — Anordnung einer Nacherbschaft (§§ 2100 ff.), Ernennung eines Testamentsvollstreckers (§§ 2197 ff.), Anordnungen für die Teilung oder die Tragung der Pflichtteilslast (§§ 2048, 2824) — bleiben bestehen, soweit nicht ein anderer Wille des Erblassers erhellt, und zwar auch wenn sie in der gleichen Berfügung enthalten sind wie die Erbeinsetzung (§ 2085). Auch der Pflichtteilsberechtigte, ber zu einem geringeren als dem gesehlichen Erbteile zum Erben eingesetzt ist, wird, wenn zu die Erbassersung gerkusselt gegentlicher Erheit des gesehlicher Erheit des gesehlicher Erheit des gesehlicher Erheit die in ver zu einem geringeren als dem gesestichen Erbieite zum Erben eingesetzt ist, wird, wenn er die Erbeinsetung ausschlägt, nur zu diesem geringeren Erbteile gesetzlicher Erbe; die in der Einschung siegende Ausschlässung von dem darüber hinausgehenden gesetzlichen Erbteile bleibt bestehen. Ein Interesse daran, von dem Rechte des § 1948 Abs i Gebrauch zu machen, kann der Erbe allenfalls dann haben, wenn der Wille des Erblassers daßin zum Ausdrucke gesommen ist, daß die angeordneten Belastungen nur dei Wirksamsteit treien sollten (M 5, 509); auch kann seine Lage dadurch inseren verholssert werden als er anderen gesetzlichen Erhen gegenüber die Ausscheisen und sofern verbessert werden, als er anderen gesetzlichen Erben gegenüber die Ausgleichung von Zuwendungen nur verlangen kann, wenn er gesetzlich er Erbe wird (§§ 2050 ff.). Der die Erbeinsehung ausschlagende Erbe tann bie Erbichaft auf Grund bes Gesebes nur annehmen, wenn und soweit sie ihm infolge ber Ausschlagung anfällt, alfo nicht, wenn Ersagerben, fei es burch ausbrudliche Bestimmung bes Erblaffers ober infolge ber auf dem vermuteten Willen des Erblasiers beruhenden Regeln der §§ 2069, 2094, 2102 als durch die Verfügung berusen an seine Stelle treten (DLG 21, 302; NG 2. 7. 06, IV 40/06; 28. 3. 28 IV 239/22; KIJ 38 A 107; KI in RIA 16, 39). Er wird, wenn er sich über diese rechtliche Folge ber Ausschlagung im Irrtum befunden hat, die Ausschlagung auch nicht anfechten tonnen, ba nur ein Irrtum im Beweggrunde vorliegt (vgl. § 1954 A 1).

3. War dem Erben bekannt, daß er infolge ber Ausschlagung gesehlicher Erbe werbe, so enthält die ohne Einschräntung erklärte Ausschlagung im Zweifel, b. h. wenn nicht tropdem ein anderer Wille erkennbar ist, ohne weiteres auch die Ausschlagung als gesetzlicher Erbe (§ 1949 Abs 2). Die Absicht, von dem Recht des § 1948 Gebrauch zu machen, wird also nicht vermutet. Lautet die Erklärung nur auf Ausschlagung der Erbeinsetung, so wird Zweisel daran nicht bestehen können, daß nur diese ausgeschlagen werden sollte, auch wenn nicht ausdrücklich die Annahme der gesetslichen Erbschaft erklärt oder vorbehalten ist. — Mit der Ausschlagung der Erbeinsetung tritt der Aufall der geschlichen Erbschaft unter Rückbeziehung auf den Tod des Erbsassers ein (§ 1942 A 2); für diese Berusung fäust eine und Ausschlagungsfrist, aber erst von der Kenntnis des Erben vom Ausalt und Berusungsgrund ab, die bei der Ausschlagung keineswegs immer vorhanden ist, 3. B. nicht, wenn der Erbe erst später erfährt, daß er mit dem Erbsasser verwandt oder daß nähere Verwandte nicht vorhanden sind (§ 1944 A 2).

4. Junerhalb ber durch den Willen des Erblassers bestimmten Erbsolge liegen mehrere Berufungsgrunde vor, wenn der Erblaffer eine Berfon zu einem und bemselben Erbteile durch Testament und durch Erbvertrag berufen hat. Die mehreren Erb. einsehungen können als solche nebeneinander bestehen; benn das Necht des vertragsmäßig Eingesetten wird nicht durch seine Einsetzung als Testamentserbe, sondern nur durch bie etwa der testamentarischen Einsetzung hinzugefügten Beschränkungen und Belastungen (Beretwa der testamentarischen Einsetzung hinzugefügten Beschränkungen und Belastungen (Beretwa der testamentarischen Einsetzung hinzugefügten Beschränkungen und Belastungen (Beretwa der beschränkungen und Belastungen Einstellungen Einstellung Einstellungen Einstellung Einstellung Einstellung Einstellung Einstellung Einstellung Einstellung Einstellung Einstellung Einste machtniffe, Auflagen, Nacherbeinsebungen) beeintrachtigt; biefe find baber gemäß § 2289 Abs 1 Cat 1 u. 2 durch den Erbvertrag aufgehoben bzw. unwirtsam, aber nicht die Erb. einsetzung, sofern nicht der Wille des Erblaffers erhellt, daß die Einsetzung ohne die Belaftungen nicht wirtsam sein solle (§ 2085). Es bedarf baber ber Musichlagung, wenn ber burch Erbvertrag und durch Testament Gingesette nur aus dem einen oder dem anderen Berufungs grunde Erbe sein will, was ihm freisteht, aber in der Regel ohne besonderes praktisches Interesse für ihn sein wird, da er, auch wenn er beide Berusungen annimmt, nicht verpflichtet ift, bie in dem Testamente, mag biefes früher ober später als ber Erbvertrag er richtet sein, ihm auferlegten Lasten zu tragen (so mit Recht Strohal, Erbrecht II § 61a Note 9c gegen Binder). Sind Lasten oder Beschränkungen der Einsetzung in dem Erb vertrage beigefügt, während die testamentarische Erbeinsetung lastenfrei ist, so bleiben sie im Zweisel bestehen, wenn der Eingesetzte die vertragsmäßige Einsetung ausschlägt und die testamentarische annimmt (arg. §§ 2161, 2192, 2085). — Sind die Erbeinsetungen in mehreren Testamenten oder in mehreren Erbverträgen erfolgt, so wird nach bem aus der Gesetesfassung wohl mit Sicherheit zu entnehmenden Schluß aus dem Gegenteil eine entsprechende Anwendung des § 1948 Abs 2 ausgeschlossen seine Ausnahme zu machen, wenn die Erbverträge mit verschiedenen Personen abgeschlossen sind (so Kipp § 55 I 2, Planck Erl 1 d Abf 2) dürfte angesichts bes Wortlants der Vorschrift nicht angängig sein.

§ 1949

Die Annahme gilt als nicht erfolgt2), wenn der Erbe über den Berufungsgrund im Fretume war1).

Die Ausschlagung erftredt sich im Zweifel auf alle Bernfungsgründe1),

bie dem Erben zur Zeit der Ertlärung befannt sind3). E I 2038 216 | 3 II 1826; M 5 509, 510; P 5 624—626, 628, 629.

1. "Der Berufungsgrund" ist ber konkrete Tatbestand, aus dem sich die rechtliche Folge der Berufung zur Erbschaft ergibt (entsprechend dem Klagegrund im Bivilprozesse), also die bestehende Verwandtschaft, einschließlich des Wegsalls vorgehender Verwandter (§§ 1924 bis 1930) oder Ehe (§ 1931) oder die die Erbeinsehung enthaltende Versügung von Todes wegen: Testament (§ 1937), Erbvertrag (§ 1941). Der Erbe irrt über den Berufungsgrund, wenn er einen anderen konkreten Tatbestand als den wirklich die Verusung begründenden als vorhanden annimmt und sich darauschin zur Erbschaft berufen glaubt, etwa die Zugehörigkeit zu einer anderen Verwandtenstasse, Verwandtschaft statt Ehe (ein solcher Irrtum ist denkbar, wenn die Annahme durch einen Erbeserben in Frage steht, einen Erbvertrag statt eines Testaments oder umgekehrt, aber auch ein anderes Testament, einen anderen Erbvertrag als den wirklich in Frage kommenden. Doch werden unwesentliche Abweichungen in Sinzelheiten (z. B. das Datum der Versügung) nicht in Vetracht kommen. da sie die Joentität des Tatbestandes nicht in Frage stellen. Der Erbe irrt aber über den Berufungsgrund auch, wenn er aus dem ihm bekannten Tatbestande nicht die richtige rechtliche Folgerung zieht (Rechtsiertum; NG 18. 5. 22 IV 488/21; Recht 1928 Ar 52). Auf die Entschlichen des Begriffs der "verschiedenen Berufungsgründe" trifft nach Wortlaut und Sinn nur den Fall mehrfacher Erbeinsehung zu berschiedenen Erbteilen; sie kann auf den Irrtum darüber, ob die Erbeinsehung in einem oder einem anderen Testamente oder Erbvertrage erfolgt ist, auch nicht entsprechend angewendet werden. Ein Irrtum über

ben Berufungsgrund liegt nur vor, wenn der Erbe glaubt, auf Erund eines and eren Tatbestandes als Erbe eingesetzt zu sein, nicht, wenn er über ihm auferlegte Beschtänkungen oder Beschwerungen irrt; ein solcher Irrium kann nur nach Masigabe des § 119 in Betracht kommen, wird aber als bloser Irrium im Beweggrunde in der Regel nicht zur Ansechtung ausreichen (vgl. A 2). — Die Borschrift bezieht sich sowohl auf die Annehme durch ausdrückliche Erklärung, wie auf die pro herede gestio (§ 1943 A 1).

2. Es könnte zweiselsaft sein, ob der Irrium über den Berusungsgrund nach § 119 zur

2. Es könnte zweifelhaft sein, ob der Jrrtum über den Berufungsgrund nach § 119 zur Ansechtung der Ausschlagung berechtigen oder als bloßer Irrtum im Verveggrunde unbeachtlich sein würde. Der § 1949 Abs 1 verleiht ihm aber eine noch über § 119 hinausgehende Bedeutung, indem er die Unwirksankeit der Annahme infolge eines solchen Irrtums ausspricht, so daß es einer Ansechtung nicht bedarf. Deshalb wird auch eine Schaden der latzusschlicht Dritten gegenüber, wie sie § 122 für den Fall der Irrtumsansechtung sessengende Annahme (pro herede gestio; § 1943 A 1). Sin Bestimmtsein durch den Irrtum, wie in § 119 (Kausalität), wird nicht erfordert. Hat aber der Erbe (was dei der Irtlschweigenden Annahme die Regel sein wird) die Annahme ohne Bezugnahme auf einen bestimmten Berufungsgrund erlärt, so wird er nachweisen müssen, daß er einen anderen als den wirklichen Berufungsgrund als vorhanden angenommen und im sinblid auf diesen die Annahme erklärt oder betätigt hat. — Liegt überhaupt kein Berufungsgrund vor, so ist die Annahme gegensschaft das. — Ansolge der Wirklugslosseit der Annahme steht dem Erden ohne weiteres noch die Ausschlagung wegen des wirklich vorhandenen Berufungsgrundes innerhalb der für diesen lausenden Ausschlagungsfrist, die erk beginnt, wenn er von ihm Kenntnis

erlangt, frei.

3. Der Erbe kann nach Eintritt bes Erbfals die Erbschaft aus allen Berufungsgründen, auch denjenigen, die ihm noch unbekannt sind oder noch nicht zum Anfalse der Erbschaft an ihn geführt haben, ausschlagen (§ 1946 A 2). Doch wird eine so weitgehende Bedeutung der Ausschlagung nicht vermutet. Dagegen stellt § 1949 Abs 2 eine Bernutung dahin auf, daß sich die Ausschlagung, wenn sie nicht unter Beschändung auf einen bestimmten Berufungsgründe erstert. Dazu gehören auch diejenigen, auf Erund deren die Erbschaft dem Ausschlagenden insolge der Ausschlagung unmitteldar anfällt, sofern sie ihm bekannt sind, als V. wenn er sür den Krufung der testamentarischen oder erbvertraglichen Erbschge als gesehlicher Erbe derusen ist und das weiß, auch die gesehliche Erbschge, so daß es einer besonderen Ausschlagung für diese dann nicht mehr bedarf. Nicht aber können als "bekannt" alse dem Erben als klussig nicht einer nach seinen Berufungsgründe gesten, namentlich dieseingen, auf Grund beren ihm erst insolge Begsals anderer, nach seiner Ausschlagung der einer Erben ober infolge des noch nicht ersolgten Eintritts einer Bedingung der eines Nacherbsalles die Erbschaft nochmals anfalsen könnter sinschlichtlich ihrer besteht zwar die Wöglicheit einer vorsorglichen Ausschlagung vor dem Ausschlagung oder eines Nacherbsalles die Erbschaft nuchmals anfalsen könnter sinschlichtlich ihrer besteht zwar die Wöglichteit einer vorsorglichen Ausschlagung vor dem Ausschlagung eintretend dem Erben bekannten Berufungsgründe sin kecht Staudinger-Lerzselder A. 3. a. M. Pland Erl Unschlagung vor dem Ausschlagung eintretend dem Erben bekannten Berufungsgründe sin kecht Staudinger-Lerzselder A. z. a. M. Pland Erl unter a. auch die zweite Ausschlagung eintretend dem Erben bekannten Berufungsgründe sin kecht Staudinger-Lerzselder A. 3. a. M. Pland Erl A. unter a. auch die alzweite Ausschlagung intretend dem Erben vorsonschlagte und sieden vorsonschlagung als Berwandter der nächeren Irbnung die Berufung aus der einferneren Irbnung Plat greift; desgleichen

§ 1950

Die Annahme und die Ausschlagung können nicht auf einen Teil der Erbschaft beschränkt werden¹). Die Annahme oder Ausschlagung eines Teiles ist unwirksam²).

E I 2036 II 1827; M 5 506; B 5 627.

1. Der zum Ganzen oder zu einem Erbteile, d. h. einer einheitlichen Quote der Erbschaft (§ 1922 Abf 2), berufene Erbe kann nicht seinerseits willkürlich das Ganze oder den Erbteil in Bruchteile zerlegen und sich danach erklären wollen. Sin pflichtteilsberechtigter Erbe kann daher auch nicht unter Borbehalt des Pflichtteils ausschlagen (NG 25. 4. 18 IV 76/18). Sbeusowenig kann er sich auf einzelne Nachlaßgegenstände beschränken. Anders bei Berufung zu mehreren Erbteilen § 1951.

2. Die Erklärung ist ebenso wie die nach §§ 1947, 1949 Abs 1 völlig wirkungslos. Hat der Erblasser teilweise Annahme oder Ausschlagung gestattet, so kann hierin Erbeinsehung auf verschiedene Erbteile gesunden werden und kommt dann § 1951 Abs 8 zur Anwendung. — Ebenso beim Bermächtnis § 2180 Abs 3. Teilansschlagung der anaefallenen Erbschaft im Falle der Weitervererbung § 1952 Abs 3.

§ 1951

Wer zu mehreren Erbteilen1) berufen ist, kann, wenn die Berufung auf berschiedenen Gründen beruht2), den einen Erbteil annehmen und den

anderen ausschlagen3).

Beruht die Berufung auf demselben Grunde²), so gilt die Annahme oder Ausschlagung des einen Erbteils auch für den anderen, selbst wenn der andere erst später anfällt⁴). Die Berufung beruht auf demselben Grunde auch dann, wenn sie in berschiedenen Testamenten oder vertragsmäßig in verschiedenen zwischen denselben Personen geschlossenen Erbverträgen ausgeordnet ist²).

Sett der Erblasser einen Erben auf mehrere Erbteile ein, so kann er ihm durch Verfügung von Todes wegen gestatten, den einen Erbteil anzunehmen und den anderen auszuschlagen⁵).

E I 2037 II 1828; M 5 506-508; B 5 627, 628.

- 1. Im Gegensat zu § 1948, der den Fall mehrsacher Berusung zu einem und demselben Erbteile behandelt, und zu § 1950, der die Berusung auf das Ganze oder einen einheitlichen Bruchteil der Erbschaft voraussetzt, regelt § 1951 den Fall der Berusung zu mehreren Erbteilen. Solche liegen vor, wenn die Berusung auf mehrere einzelne Bruchteile der Erbschaft lautet, die erst durch Zusammenrechnung den gesamten Anteil des Erben ergeben, sei es, daß er von vornherein zu mehreren Bruchteilen berusen ist, oder in der Weise, daß zunächst ein Bruchteil und später ein weiterer anfällt. Das ist der Fall innerhalb der gesetlichen Erbsolge bei mehrsacher Verwandtschaft (§ 1927) oder Jusammentressen von Che und Verwandtschaft (§ 1934), innerhalb der gewillkürten Erbsolge, wenn dem Erben mehrere Bruchteile gesondert zugewiesen sind, sie es in gleicher Linie nebeneinander, oder der eine unbedingt, der andere bedingt, z. B. für den Fall des Wegsalls eines anderen eingesetzen Erben; serner dei Zusammentressen von gesetzlicher und gewillkürter Erbsolge (§ 1924 Al.), wenn dem Erben ein Bruchteil auf Grund Erbeinsehung, ein anderer als gesetzlichem Erben ansällt. Die durch Wegsall eines gesetzlichen Erben einstretende Erhöhung des Erbteils eines anderen gesetzlichen Erben bildet dagegen hinsichtlich der Annahme und Ausschlagung feinen besonderen Erbteil (§ 1935 Al.).
- 2. Die geteilte Annahme und Ausschlagung mehrerer Erbteile ist aber nur statthaft, wein die Betusung zu ihnen auf verschiedenen Berusungsgründen beruht. Über den Begriff des Betusungsgrundes val. § 1949 A. Danach siegt nur ein Betusungsgrund vor, wenn der Erblasser in derselben Verfügung von Todes wegen, also durch einen einheitlichen Rechtsatt, den Erben zu mehreren Erbteilen berusen hat, wenn es auch in mehreren Sethen oder Abschiedenen zu mehreren Erbteilen berusen hat, wenn es auch in mehreren Sethen oder Abschieden, wenn die Berusungen in mehreren Berschungen von Todes wegen enthalten sind, sei es in mehreren Testamenten oder in mehreren Erbverträgen. § 1951 Abs 2 Sat 2 enthält jedoch eine positive Einschränung des Begriffs der verschiedenen Berusungsgründe durch die Bestimmung, daß auch die Berusung auf demselben Erunde beruht, wolche in verschiedenen Testamenten oder vertragsmäßig in verschiedenen Ivische dens, solche in verschiedenen Testamenten oder vertragsmäßig in verschiedenen zwischen ders lben Bervonen geschsossenen Erbverträgen angeordnet ist. Diese Bestimmung beruht offendar auf der Annahme eines einheitlichen Willens des Erblasses bei den mehreren Berschienen zur Westaltung der Erbsolge nach der Gesamtheit dieser Berschungen, welchem durch die Annahme der einen und Ausschlagung der anderen zuwidergehandelt werden würde. Ist dagegen die Berusung zu den mehreren Erbteilen teils durch Testamente, teils durch Erbvertragen oder auch in mit der gleichen Berson geschlossenen Bersonen geschlossenen Gerboertragen oder auch in mit der gleichen Berson geschlossenen Ausschlagen, aber nicht durch vertragsmäßige, sondern durch setzwillige (einseitige) Zuwendung (§ 2299), so ersennt das BGB einen solchen Zusammenhang nicht an; es liegen daher verschiedenne Berusungsgründe von Todes wegen, anderseits Geseh als verschiedene Berusungsgründe gesten können. Schon hieraus ergibt sich, daß nicht, wie manche lehren, nur einerseits Versügung von Todes wegen, anderseits Geseh als verschiedene

durch das Geset, d. h. durch die Gesamtheit aller in Betracht kommenden gesetslichen Bestimmungen, stets als einheitlicher Berufungsgrund angesehen werden müßte (so Strohal föld lie dei Note 8; Planck Erl 3 Abs 2; auch die zweite Auflage dieses Kommentars). Der einheitliche Wille des Erdlassers siellt hier ganz fort; daß das Geset ein Interesse darun haben könnte, daß die mehreren besonderen Erbteile, die es einem Erben zuweist, nur gemeinsam angenommen oder ausgeschlasgen werden, ist für das heutige Recht ausgeschlossen. Anders in dem von Strohal und Planck hervorgesodenen Falle des § 2066, da hier der Wille des Erblassers auf einheitlich nach Maßgade des Gesets zu gestaltende, nicht durch dem Wilsen des Erben zu teilende Erbsolge in der Tat in Betracht kommt. Die Motive (5 S. 363, 510) sind unklar und widerspruchsvoll und können deshalb für die gegenteilige Auffassung nicht vertwertet werden. In den Fölsen der S. 1927, 1934 liegt sonach nicht nur Berufung zu mehreren Erbteilen, sondern auch durch verschiedene Berufungsgründe vor und kann daßer die Ausschlagung des einen und die Annahme des anderen Erbteils erfolgen, was auch praktisch vor der Konten vor der Konten Lists erfolgen, was auch praktisch vor der Konten Schalb sinder, Rechtsstellung der Erben I, 111st.; Ripp § 54, 2d und Kote 4; Dernburg V § 147 I 3a e; Staudinger Erl 3 Abs 2; a. M. die oben Genannten.

3. Beruht die Berufung zu mehreren Erbteilen auf verschiedenen Berufungsgründen, so steht es dem Erben frei, nach Belieden den einen oder den anderen auszuschlagen oder anzunehmen. Erklärt er die Ausschlagung des einen Erbteils, so kann darin im Zweisel noch nicht die stillschweigende Annahme des anderen gefunden werden. Wird die Annahme oder Ausschlagung ohne Beschränkung auf einen Erbteil erklärt, so wird sie im Zweisel auf alle zu dieser Zeit dereits angefallenen Erbteile, von deren Anfalle der Erbe Kenntnis hat, zu beziehen sein, nicht aber auf solche, die ihm noch nicht angefallen sind oder von deren Anfall er noch keine Kenntnis hat, odwohl auch hinschlich dieser die Annahme oder Ausschlagung zusässiglig ist, sodald der Erbfall eingetreten (§ 1946; vgl. § 1949 A 3).

4. Bei mehreren Erbteilen, aber Einheitlichkeit des Verusungsgrundes, erstreckt

sich die Annahme oder Ausschlagung, auch wenn sie auf einen bestimmten Erbteil lautet. ohne weiteres auch auf die anderen, selbst wenn diese zur Zeit der Erklarung noch nich angefallen sind; insbesondere also auch auf die Annahme (nicht nur die Ausschlagung vgl. § 2142 A 1 und 96 80, 382) eines weiteren Erbteils als Nacherbe, wenn ber Nach erbfall noch nicht eingetreten ift. Nach dem Wortlaute der Borschrift mußte man annehmen. daß diese Wirkung auch dann eintritt, wenn der Erbe in Kenntnis des Anfalls oder moglichen Anfalls weiterer Erbteile die Erklärung bewußterweise auf einen Erbteil besch,ränkt und ber bahin gehenden Absicht Ausbruck gibt ober gar erklärt, die anderen Erbteile aus. zuschlagen. Dadurch würde der Erklärung eine über den Erklärungswillen hinausgebende Birksamkeit beigelegt werden, im Gegensate zu ben Fällen bes § 1950, wo eine in unzuläffiger Beise eingeschräntte Erklärung als unwirtsam behandelt wird. Es ist aber kein sachlicher Grund zu einer solchen Unterscheidung ersichtlich und wird deshalb wohl angenommen werben muffen, daß das Geseth biesen Fall nicht hat treffen wollen und nur eine ungenaue Ausbrudeweise vorliegt. Für gangliche Unwirksamteit einer folden Erklarung auch Bland Erl 5; Ripp § 54II1. - Die Absicht des Erben, nur einen von mehreren Erbteilen anzunehmen oder auszuschlagen, wird derjenige zu beweisen haben, der sich auf die Unwirksamteit beruft. Bird dieser Beweis nicht geführt, so gilt die Erklärung für sämtliche Erbteile. hat er von seiner Berufung zu anderen Erbteilen feine Kenntnis gehabt, so wird im Wege der Anfechtung aus §§ 119, 1954 (vgl. A 1 dazu) zu helfen sein, da ein Frrtum über den Inhalt der Erklärung vorliegt oder er doch eine Erklärung dieses Inhalts nicht hat abgeben wollen.

5. Eine besondere Gestattung des Erblassers ist nicht erforderlich, wenn die Berusung zu mehreren Erbteilen auf verschiedenen Berusungsgründen beruht (Abs 1). Sine Gestattung ist nicht zulässig, wenn nicht mehrere Erbteile vorliegen, also in den Fällen des § 1950. Der Erblasser kann aber mehrere Erbteile schoen dadurch bilden, daß er die Erbschaft oder den Anteil des Erben an ihr in bestimmte Bruchteil zerlegt, sei es zum Awecke besonderer Belastung oder auch nur zum Zwecke der Gestattung besonderer Annahme oder Ausschlagung der einzelnen Bruchteile. Er kann auch dadurch besondere Erbteile bilden, daß er dem Erben gestattet, von seinem gesehlichen Erbteil einen Bruchteil anzunehmen oder auszuschlagen. Anderseits kann er auch dei Borliegen verschiedener Berusungsgründe die gesonderte Annahme oder Ausschlagung säntlicher Erbteile zur Bedingung der Erbeinsehung macht oder den Erben von der gestlichen Erbsche ausschließt, falls er nicht die sämtlichen Erbteile,

zu denen er fraft Gesetzes berufen ist, annehme.

§ 1952

Das Recht des Erben, die Erbschaft auszuschlagen, ist vererblich1). Stirbt der Erbe vor dem Ablaufe der Ausschlagungsfrist, so endigt die

Frist nicht vor dem Ablause der für die Erbschaft des Erben vorgeschriebenen Ausschlagungsfrist2) 4).

Bon mehreren Erben des Erben fann jeder den seinem Erbieil ent-

ibrechenden Teil der Erbschaft ausschlagen3).

E I 2028 Abi 2, 3, 2031 II 1829; M 5 492—494, 502; B 5 618, 623.

- 1. Vererblickeit des Ausschlagungsrechts. Die dem Erben nach § 1942 Abs 1 einmal angesallene Erbschaft geht beim Tode des Erben als Bestandteil seines Nachlasses auf die Erbeserben über, kann aber, wenn das Recht hierzu nicht bereits vom Erben verwirkt war (§ 1943), durch Ausschlagung der Erbsserben wieder aus dem Nachlasse ihres unmittelbaren Erbslassenden werben. Schens dem Vermächtnis (§ 2180 Abs 3). Die Erksärung des Erbsserben kann abgegeben werden, sobald sein unmittelbarer Erbslasser erbschen fehn abgegeben werden, sobald sein unmittelbarer Erbslasser gestorben ist, auch bevor desserben kann abgegeben werden, sobald sein unmittelbarer Erbslasser gestorben ist, auch bevor dessen Erbschaft von ihm angenommen worden. Ob in der Verfügung über die ihm mittelbar angefallene Erbschaft durch Annahme oder Ausschlagung die Annahme der unmittelbar angefallenen zu finden, wird Taisrage sein (§ 1943 A 1). Wird die letzter nachber noch rechtswirtsam ausgeschlagen, so wird dadurch die Annahme oder Ausschlagung der ersteren rechtsunwirtsam; für die an die Stelle des Ausschlagenden tretenden Erbsserben bleibt jedoch die Annahme oder Ausschlagung der mittelbar angefallenen Erbschaft wirtsam, wenn diese Verstämmerken oder Ausschlagung der mittelbar angefallenen Erbschaft wirtsam, wenn diese Verstämmerken schaften der Bereits angefallenen Erbschaft, sondern in den Kasslen, wo der Ansallandstagen werden sondere Verstämmerken ist (§ 1922 A 2), auch das Anwartschaftsrecht des Erbsn, auch des Racherben (§ 2108 Abs 2), und das Anwartschaftsrecht des Erbsn, auch des Racherben (§ 2108 Abs 2), und das danie verdundene Recht, die Erbschaft schaft das Ausschlagungsrecht nicht über (§ 9 KD.; vgl. § 1942 A 1). Doch fällt eine vor dem Konkurse angefallene Erbschaft, solls der Gemeinschuldner sie annimmt, in die Konkursmasse; den Konkurserwalter geht das Ausschlagungsrecht nicht über (§ 9 KD.; vgl. § 1942 A 1). Doch fällt eine vor dem Konkurse angefallene Erbschaft, solls der Gemeinschuldner sie annimmt, in die Konkursmasserwalter geht d
- 2. Vorausgesett ist, das die Ausschlagungsfrist dem Erben bereits zu laufen begonnen, d. h. daß er vom Ansall und dem Berufungsgrunde bereits Kenntnis erlangt hatte (§ 1944 Abs 2). Sie verlängert sich in diesem Falle zugunsten des Erbeserben um die volle durch den zweiten Erbfall eröffnete Ausschlagungsfrist. War die Frist sür den ersten Erben noch nicht eröffnet, so beginnt für den Erbeserben bezüglich der ersten Erbschaft erst in seiner Verson und frührstens von seiner Kenntniserlangung ab eine selbständige, gegebenenfalls nach seinem Aufenthaltsort im Auslande (§ 1944 Abs 3) zu bemessende Ausschlagungsfrist. Der Fristenlauf kann mithin bezüglich beider Erbschaften ein verschiedener sein. Dies gilt auch dann, wenn dem ersten Erben die Sechsmonatsfrist, dem Erbeserben dagegen die Sechswochenfrist läuft. Die erste Frist geht "nicht vor", kann aber "nach" Ablauf der zweiten Frist zu Ende gehen. War dem ersten Erben einmal die Ausschlagungsfrist eröffnet, so kommt darauf nichts an, ob auch der Erbeserbe vom Aufall der ersten Erbschaft Kenntnis erlangt vost. § 1944 A 4. Sie wird ihm, den Ablauf der Ausschlagungsfrist vorausgesetzt, auch ohne sein Wissen mit Annahme der zweiten Erbschaft endgültig ervorben. Nur Ansechtung gemäß § 1954, 1956 kann ihn hiervon bestein. Die gleiche Bestimmung dei der Inventarfrist § 1998.
- 3. Durch Abs 3 dieses Paragraphen wird eine Abweichung von § 2033 Abs 2 begründet, ba die Ausschlagung eines bon mehreren Erbeserben, was von einigen mit Unrecht bestritten wird, eine Berfügung über seinen Anteil an einem einzelnen Rachlaßgegenstande bedeutet, nämlich an ber einen Bestandteil ber ben Erbeserben unmittelbar angefallenen Erbschaft bildenden mittelbar angefallenen (transmittierten) Erbschaft. Auch eine Ab. weichung von § 1950 tritt ein, indem die Ausschlagung der mittelbar angefallenen Erbschaft auf einen Teil diefer Erbschaft, nämlich den seinem Erbanteile an der ihm unmittelbar gugefallenen Erbschaft eutsprechenden Bruchteil, der kein besonderer Erbteil jener Erbschaft ist, beschränkt wird. Sehr streitig ift, ob der Anteil des ausschlagenden Erbeserben seinen Miterbeserben oder demjenigen zufällt, ber an die Stelle des (unmittelbaren) Erben getreten wäre, wenn biefer selbst (was allerdings nach § 1950 nicht zuläffig ware, hier aber auch nur hippothetisch in Betracht fommt) einen entsprechenden Bruchteil wirtsam ausgeschlagen hatte. Die lettere Entscheidung durfte ber Rechtslage allein entsprechen, ba der Miterbeserbe nur das Ausschlagungsrecht des unmittelbaren Erben ausübt und daher gemäß § 1958 Abf 1 der Aufall an diesen als nicht erfolgt gilt und die in Abs 2 daselbst bestimmte Folge eintreten nuß (so Binder I 186 bei Note 69; Mitgen in ben früheren Auflagen von Planck Erl 4; a. Dt. Strobal & 61 dll und bei Planck, 3. Aufl.,

Erl 4, sowie ihm folgend Flad in der 4. Aufl., ferner Staudinger, 9. Aufl., Erl 4). Die dadurch eintretende Komplizierung der Erbengemeinschaft kann nicht ausschlaggebend sein.

4. Bezüglich ber Beweislast gilt auch rüdsichtlich bes Erbeserben bas § 1944 A 7 vom Erben Gesante.

§ 1953

Wird die Erbschaft ausgeschlagen, so gilt der Anfall an den Ausschlagens den als nicht erfolat1).

Die Erbschaft fällt bemjenigen an, welcher berufen sein würde, wenn der Ausschlagende zur Zeit des Erbfalls nicht gelebt hätte2); der Anfall

gilt als mit bem Erbfall erfolgt3).

Das Nachlaßgericht soll die Ausschlagung demjenigen mitteilen, welchem die Erbschaft infolge der Ausschlagung angefallen ist⁴). Es hat die Einsicht der Erklärung jedem zu gestatten, der ein rechtliches Interesse glaubhaft macht⁵).

Œ I 1972, 2042 II 1830; № 5 375—377, 513, 514; № 5 483; 6 338, 339.

1. Der Ansall ist zwar gemäß § 1942 Abs 1 bereits ipso jure mit dem Tode des Erbsassersolgt, seine Wirkungen werden aber, und zwar mittels einer Nechtsfiktion unter Nückbezichung der Ausschlagung aus die Zeit des Erbsalls wieder aufgehoben. Demgemäß seben die durch Vereinigung von Necht und Verbindlichkeit erloschenen Nechtsverhältnisse wieder auf (§ 1922 A 7), der Besit (§ 857) geht dem Erben wieder verloren, soweit er ihn nicht bereits tatsächsich ergriffen hatte, er wird frei von der Haftung für die Nachsasverbindstichteiten (§ 1967 Abs 1). Doch behalten gewisse Nechtshandlungen, die vom vorsäusigen Erben oder ihm gegenüber vorgenommen worden sind, ihre Wirksamkeit (§ 1959). Das gleiche gilt im Falle der Erbunwürdigkeit § 2344.

- 2. Vermittels einer zweiten Nechtsfiktion wird die Erbfolge nunmehr so geregelt, wie wenn der Ausschlagende bereits vor dem Erbfall weggefallen wäre (§ 1935 A 2). Es treten mithin an Stelle des Ausschlagenden die gesetzlichen Erben des Erblassers in der Neihensolge der §§ 1924ss. oder im Falle gewillkürter Erbsolge der etwa berusene Ersaterbe (§§ 2096, 2097, 2102, auch 2069, vgl. DLG 24, 77), oder es kommt unter Miterben zur Erhöhung des Erbteils oder zur Anwachsung (§§ 1935, 2094). Die auf der ausgeschlagenen Erbschaft haftenden Beschwerungen bleiben in Kraft (§§ 2161, 2192). Das dem Erben zugewendete Borausvermächtnis (§ 2150) geht ihm durch die Ausschlagung grundsählich nicht verloren.
- 3. Wie die Ansschlagung (A 1), so wird auch der Ansall zurückozogen auf den Zeitpunkt des Erbsalls. Hierdunch wird auch für den Kall der Ausschlagung der Erundsat des unmittelbaren übergangs der Erbschaft auf den Erben gewahrt (§ 1922 A 2). Boraussetung ist nur, daß der nachrückende Erbe zur Zeit des Erbsalls schon gelebt und den Erblasser, wenn auch nur als bereits Erzeugter, überledt hat (§ 1923). Nicht ersorderlich ist, daß er auch den Zeitpunkt der Ausschlagung erlebt hat. Bielmehr vererbt sich, wenn die genannte Borausschung zutrifft, die Erbschaft auf seine Erben (§ 1952 A 1). Gleiche Grundsäte bei Ausschlagung des Vermächtnisses (§ 2180 Abs) und bei Erbun würdigteit (§ 2344).
- 4. Mitteilungspflicht des Nachlaßgerichts, dem die Ausschlagung bekannt geworden sein muß, da sie nach § 1945 nur ihm gegenüber wirksam erklärt werden kann. Es ist vermöge der ihm hier erteilten Ordnungsvorschrift zu Nachsorschungen nach der Person des nächstwerechtigten Erben, sowie gemäß § 1960 zur Fürsorge in der Zwischenzeit verpflichtet. Die Ausschlagungsfrist wird dem Nächstwerusenen nicht erst mit dem Empfang der vorgeschriebenen Mitteilung, sondern auch durch anderweit ersanzte Kenntnis vom Anfall und Verusungsgrunde eröffnet, kann jedoch nicht vor Verkündung einer ihn etwa berusenden Verfügung von Todes wegen beginnen (§ 1944 Abs 2).
- 5. Die Einsicht ber Ausschlagungscrklärung ist insbesondere jedem zu gewähren, der glaubhaft macht, daß er infolge der Ausschlagung zur Erbfolge berufen sein würde; ebenso den Rachlaßgläubigern. Erfordert wird aber ein rechtliches Juteresse, d. h. ein solches, das sich in irgendeiner Weise auf die Rechtsverhältnisse deseinigen, der die Einsicht verlangt, bezieht (RG 16, 390; 35, 393; 94, 234; RB 06, 1213 sür § 256 RBC; serner DEG 5, 200; 10, 19 sf.; 25, 403; RIAU 17, 1). Ein bloß berechtigtes Interesse, d. h. ein solches, das sich auf außerhalb des Rechtsgebietes liegende beachtungswerte Umstände gründet, gibt kein Recht auf die Einsicht, sondern nur ein Recht des Rachlaßgerichts, die Einsicht zu gestatten (§ 34 FGG). Glaubhaftmachung auch durch Bersicherung an Eides Statt (FGG § 15 Abs) 2). Beschwerderecht FGG §§ 19 ff.

\$ 1954

Ist die Annahme oder die Ausschlagung ansechtbar, so tann die Ansfechtung!) nur binnen sechs Wochen erfolgen4).

Die Frist beginnt im Falle der Ansechtbarkeit wegen Drohung mit dem Zeitpunkt, in welchem die Zwangslage aushört, in den übrigen Fällen mit dem Zeitpunkt, in welchem der Ansechtungsberechtigte von dem Ausschaftungsgrunde Kenntnis erlangt²). Auf den Lauf der Frist sinden die für die Berjährung geltenden Vorschriften der §§ 203, 206, 207 entsprechende Answendung³).

Die Frist beträgt sechs Monate, wenn der Erblasser seinen letzten Wohnsitz nur im Auslande gehabt hat oder wenn sich der Erbe bei dem Beginne
der Frist im Ausland aushält⁴).

Die Ansechtung ist ausgeschlossen, wenn seit der Annahme oder der Aussichlagung dreißig Jahre verstrichen sind 5) 6).

E I 2040 Abf 3-6, 2041 II 1831; M 5 510-513; B 5 630-632; 6 395.

1. Die §§ 1954-1957 geben nur Borichriften über die Formen und Friften ber Unjechtung; die Anfechtungsgrunde fowie die Birfungen der Anfechtung regeln fich nach den allgemeinen Borschriften über Willenserklärungen (§§ 119 ff.), die auch für die Frage ber von vornherein bestehenden Richtigkeit (§§ 116-118) zur Anwendung kommen. Danach findet eine Unfechtung wegen Irrtums ftatt, wenn biefer ben Inhalt ber Erklärung betraf oder der Erbe eine Erklärung dieses Inhalts nicht abgeben wollte (§ 119). Gin solcher Frrtum liegt nicht nur vor, wenn überhaupt feine Annahme bzw. Ausschlagung erflärt werden follte, sondern auch, wenn die Erflärung - etwa infolge Bersprechens ober Berschreibens oder Nichtburchlesens der Urfunde - auf eine andere Erbschaft ober einen anderen Erbteil lautet, als benjenigen, über welchen der Erbe fich erklären wollte. Er liegt auch vor, wenn infolge Rechtsirrtums des Ertlarenden über ben mit ber Erflarung gu erzielenden Erfolg eine Erbichaftsausschlagung erklärt worden ift, während in Birklichkeit ein anderes Rechtsgeschäft, insbesondere die Ginleitung einer Nachlagverwaltung, beabsichtigt war (98 9. 10. 19 IV 130/19; vgl. § 119 A 2). Eine Ertlärung, die der Erbe nicht ab. geben wollte, liegt vor, wenn fie auf einen bestimmten Erbteil lautet, der Erbe aber feine Renntnis von dem schon erfolgten oder fünftig möglichen Anfalle eines weiteren Erbteils hatte. für den die Erflärung nach § 1951 (vgl. 21 4) gleichfalls gilt. Rein Irrtum über den Berufungegrund, vielmehr nur ein grrtum im Beweggrunde ift die irrige Borftellung über die auf der Erbichaft ober bem Erbteile ruhenden Beschwerungen und Beschränkungen (Bermächtnisse, Auflagen, Nacherbschaft); besgleichen über den Bestand oder den Wert des Rachlasses. Bei einem überschuldeten Nachlasse könnte unter Umftanden ein Jrrtum über verkehrs. wesentliche Eigenschaften (§ 119 Abs 2) angenommen werden, wenn nicht die Nechtsprechung des Neichsgerichts über die Bedeutung des Ausdrucks "Sache" in § 119 Abs 2 entgegenstünde (vgl. A 5 dazu), deren dauernde Aufrechterhaltung jedoch zweifelhaft erscheint. In RG 103, 21 hat nunmehr der 4. 3S Bedenken getragen, sich hinsichtlich des Begriffs "Sache" in § 119 Abf 2 der bisherigen Rechtsprechung anzuschließen; er hat aber für die Regelfälle die Auffassung abgelehnt, daß die Uberschuldung des Nachlasses eine "Eigenschaft" des Vermögensinbegriffs Nachlaß sei. Die dafür gegebene Begründung, daß es sich dabei um ein Werturteil handle und daß Werturteile teine Eigenschaften bes beurteilten Gegenstandes seien, erscheint nicht überzeugend. Die Überschuldung ist doch wohl (anders wie der Einkaufspreis einer Sache in RG 64, 269) ein dem Vermögensinbegriffe "Nachlaß" unmittelbar innewohnendes Verhältnis von gewisser Dauer, das objektiv feststellbar ist und ganz bestimmte rechtliche Folgen, z. B. die Möglichkeit einer Konkurseröffnung (KO § 215), hat und deshalb für die Wertschätzung des Bermögensinbegriffs im Berkehr von wesentlicher Bedeutung ist. Wenn man sich entschließt, den Begriff "Sache" in § 119 Abs 2 auf nicht körperliche Gegenstände anzuwenden, so wird man den Begriff "Eigenschaft" dem anpassen müssen. Zustimmend Staudinger, 9. Aufl., Erl II 1 Abs 2; a. M. Planck-Flad Erl 1. — Irrtum im Beweggrunde ist auch der Frrtum darüber, wem die Ausschlagung zugute komme (vgl. § 1947 A 1; AG SeufiA 58 Ar 216; DLG 24, 61). — Der Frrtum kommt nur in Betracht, wenn er im Sinne von § 119 für die Annahme oder Ausschlagung bestimmend war. — Die Anfechtung verpflichtet zum Ersate bes Bertrauensschabens (§ 122). — Besonderer Anfechtungsgrund bei Ausschlagung der Erbschaft durch den Pflichtteilsberechtigten (§ 2808). - Aufechtung wegen argliftiger Täuschung und Drohung nach ben

allgemeinen Borschriften (§ 123). — Dhue Ansechtung unwirksam ift eine Annahme ober Ausschlagung, die auf einen Teil der angefallenen Erbichaft beschränkt ift (§ 1950) sowie eine folde, bei der der Erbe über ben Berufungegrund im Irtium mar (§ 1949 Mbi 1); ogl. die Anmerkungen zu diesen Poragraphen. — Liegen mehrere Annahmes oder Aussichlagungserklärungen oder Annahmebetätigungen vor, so werden durch die Ansechtung nur diesenigen beseitigt, bei welchen Ansechtungsgründe gegeben sind. Doch werden, wenn auf Grund einer anfechtbaren Annahmeerklärung Handlungen erfolgt sind, die eine Annahmebetätigung (pro herede gestio, § 1943 A 1) darstellen, dies nicht als selhständige Betätigungen des Annahmewillens gewertet werden können. Die Anfechung der Annahme enthält zugleich die Anfechung der im Falle des Wegfalles der Annahme etwa eingetretenen Verfäumung der Ausschlagungsfrist (§ 1956).

- 2. Der Friftbeginn weicht von den allgemeinen Anfechtungsbestimmungen insofern ab, als einerseits die Anfechtung wegen Frrtums nicht "unverzüglich" (§ 121), sondern innerhalb einer festbestimmten Frift nach erlangter Kenntnis zu erfolgen hat und als anderfeits für die Ansechtung wegen arglistiger Täuschung und Drohung nicht eine Jahresfrist (§ 124), sondern die gleiche Frist wie für die Frrtumsansechtung, von erlangter Renntnis bam. Aufhören ber Zwangslage ab, läuft.
- 3. Begen bes Fristenlaufs und seiner hemmung bgl. § 1944 A 4. Außer ben §§ 203, 206 ift hier auch der § 207 herangezogen. Das bedeutet, daß eine bei dem Tobe bes anfechtungsberechtigten Erben für ihn laufenbe Unfechtungsfrift nicht früher als fechs Wochen ober (im Falle des Abs 3) sechs Monate nach der Annahme der Erbschaft burch den Erbeserben oder mentsvollfreder bagegen, ber über bie nachlaggegenftanbe zu verfügen befugt ift (§ 2205), wird auch das Ansechtungsrecht ausüben tonnen (a. M. Ripp § 56 III 1).
 - 4. Die Fristdauer ist übereinstimmend mit § 1944 Abs 1 u. 3 geregelt (vgl. A 1, 6 bazu).
- 5. Außer der in Abs 1 u. 3 bestimmten fürzeren Ansechtungsfrift läuft noch eine Ausschlußfrist von 30 Jahren, die ohne Rücksicht auf die Fortbauer des Irrtums ober der Bwangslage und ohne hemmung durch die in §§ 203, 206, 207 bestimmten hemmungsgründe (die auf Ausschlußfristen, soweit nichts Besonderes bestimmt ist, keine Anwendung finden; vgl. § 186 2(1) burch ben blogen Beitablauf von 30 Jahren feit ber Unnahme ober Ausschlagung zu Enbe geht.

6. hinfichtlich ber Beweistaft gilt bas in § 1944 A 7 für bie Ausschlagung Gefagte. Bgl.

auch §§ 121 A 5 und 124 A 4.

§ 1955

Die Ansechtung der Annahme oder der Ausschlagung ersolgt durch Erflärung gegenüber bem Rachlaggerichte1). Für die Erklärung gelten die Bor= ichriften des § 19452).

E I 2040 Abl 2 Sah 1, 2041 II 1832; M 5 512, 513; B 5 630—682.

- 1. Materiell ift Unfechtungsgegner berjenige, bem bie Erbichaft infolge ber Unfechtung ber Annahme gufällt ober infolge ber Anfechtung ber Ausschlagung wieder entzogen wird, falls die Unfechtung begründet ift. Die Unfechtung erfolgt aber, abweichend von § 143, nicht gegenüber biesem, sondern gegenüber dem Nachlaßgerichte, das die Ansechtung dem Ausschlaßgegner mitzuteilen hat (§§ 1957 Abs 3, 1953 Abs 3 in Berb mit § 1957 Abs 1; vgl. A 2 dazu). — Gleiche Borschriften in §§ 1342, 1484, 1597, 1599, 2081. — Rachlaßgericht: vgl. § 1945 A 2.
- 2. Abgabe in öffentlich beglaubigter Form (Unwaltsichriftsat genügt nicht, BanDb 26 im Recht 1918 Rr 878); Bevollmächtigung burch öffentlich beglanbigte Bollmacht; Beifügung der Bollmacht ober Rachbringung innerhalb der Erflärungsfrift. Bgl. § 1945 A 3, 4-

§ 1956

Die Berfänmung ber Ansichlagungsfrift tann in gleicher Beife wie die Annahme angefochten werden1).

€ II 1833; \$ 5 680—632.

1. An die bloke Tatsache des Ablaufs der Ausschlagungsfrist ist durch § 1948 Halbsat 2 bie Folge geknüpft, daß die Erbschaft als angenommen "gilt". Es bedarf also bazu weber einer ausdrücklichen noch ftillschweigenben Billenserklärung (Willensbetätigung, vgl. Borbem 2 vor § 116); auch ift ein Gegenbeweis zur Widerlegung ber aus dem Ablaufe der Frift der alleitenden Bermutung der Annahme nicht zulässig (praesumtio iuris et de iure); die Annahmeerklärung wird sond vom Gesetze fingiert. Bur Beseitigung dieser Folge vollte der erste Entwurf überhaupt keine Möglichkeit dieten (M 5, 518); die zweite Konnmission hat "aus Billigkeitsgründen" die **Anschtung** zugelassen (P 5, 632). Eine Anschtung wegen Willensmängel (§§ 119 ff.) seht aber regelmäßig das Borhandensein einer wirklichen Willenserklärung voraus, während es sich hier um eine bloge Fristverfäumung handelt; die Ausechtung gewinnt dadurch den Charafter einer Wiedereinsetung in den vorigen Stand. 916 58, 81 will beshalb, im Anschlusse an Wendt Zivarch 92, 220, die Anfechtung wegen Frrtums auf die Fälle beschränken, in benen ber Erbe in Kenntnis bes Laufes ber Ausschlagungsfrist und der sich aus ihrem Ablaufe ergebenden Rechtsfolge die Ausschlagung wissentlich unterlassen, also mit dem Willen, dadurch die Annahme zu erklären, dieser Wille aber auf einem nach § 119 beachtlichen Frrtum beruht hat. Diese Einschränfung hat in Rechtslehre und Rechtsprechung vielfach Widerspruch erfahren (dagegen Planck Erl 2; Breit DRoi 5, 151ff.; Crome 5, 219 A 17; Ripp § 56 V bei A 6; DLG 30, 172; dahingestellt RG Barn 1920 Nr 212; zustimmend Staudinger, 9. Aufl., Erl zu § 1956). Ihre rechtliche Begründung erscheint nicht überzeugend und den für sie angeführten praktischen Gründen wird mit Necht entgegengehalten, daß schr wichtige und berücksigenswerte Irrtumsfälle, insbesondere bei Eintritt eines gesetzlichen Vertreters ober Erbeserben in eine bereits laufende Ausschlagungsfrist (vgl. § 1944 A 4), dadurch von der Anfechtung ausgeschlossen werden. Ubrigens hätte es des § 1956 nicht bedurft, wenn nur die wissentliche Bersäumung der Ausschlagungsfrist für ansechtbar erklärt werden sollte, da diese als stillschweigende An nahme (pro herede gestio) schon nach §§ 119 ff. anfechtbar ist (vgl. § 1954 A 1). Sonach wird die Anfechtung auch zuläffig fein, wenn der Erbe oder fein Vertreter eine Annahme erklärung in Wirklichkeit nicht hat abgeben wollen, die Ausschlagung vielmehr unterlassen hat in Unkenntnis des Laufes der Frist (namentlich in dem oben hervorgehobenen Falle) ober ber Rechtsfolge ihres Ablaufs ober weil er geglaubt hat, eine Ausschlagungsertlärung bereits rechtswirtsam abgegeben zu haben. In diesem Sinne ist entschieden in DLG 80, 172; BBIFG 14, 814. Ein Unterschied zwischen Rechtsiertum und Tatsacheniertum tann auch hier nicht gemacht werden. Doch ist der Fretum nur beachtlich, wenn er im Sinne von § 119 bestimmend war. — Wegen arglistiger Täuschung oder Drohung (§ 123) kann angefochten werden, wenn badurch der Erbe von der Abgabe der Ausschlagungserklärung abgehalten worden ift.

§ 1957

Die Ansechtung der Annahme gilt als Ausschlagung, die Ansechtung der Ausschlagung gilt als Annahme1).

Das Nachlaßgericht soll die Ansechtung der Ausschlagung demjenigen mitteilen, welchem die Erbschaft infolge der Ausschlagung angefallen war2). Die Vorschrift des § 1953 Abs 3 Sat 2 findet Anwendung3).

E I 2040 Abi 2 Sat 2, 2041 II 1834; M 5 512, 513; B 5 630-632.

- 1. Dhne diese Bestimmung würde der Erbe, der die Annahme angesochten hat, wieder annehmen und derjenige, der die Ausschlagung angesochten hat, salls die Ausschlagungsfrist noch nicht abgesaufen ist, nochmals ausschlagen können; das soll nicht gestattet sein. Die Ansechung der Annahme ersolgt gegenüber dem Nachlaßgericht (§ 1955), also in der gleichen Form wie die Ausschlagung (§ 1945); einer besonderen Ausschlagungserklärung bedarf es in diesem False nicht. Es müssen aber auch die sonstigen Voranssehungen der Ausschlagung in der Person des Ansechtenden erfüllt sein, namentlich für den gestsichen Vertreter die Genehmigung des Vornundschaftsgerichts (§ 1831; vgl. § 1945 A 1); andernfalls wird die Erklärung auch als Ansechtung unwirtsam sein. Ebenso müssen sie Ansechtung der Ausschlagung die subsektiven Voranssehungen der Aunahme (§ 1943 A 1) gegeben sein, wenn sie als Annahme gelten soll. Doch wird der Annahme wille ohne Zusassung eines Gegenbeweises vermutet (fingiert: "gilt" als Annahme).
- 2. Wer berjenige ist, bestimmt sich nach § 1953 Abs 2 (vgl. A 2 bazu). Die Anfechtung der Annahme ist als Ausschlagung schon nach § 1953 Abs 3 mitzuteilen. Ahnliche Borschriften in §§ 1342 Abs 2, 1597 Abs 2 und (bei Ansechtung einer letztwilligen Verfügung) 2081 Abs 2.

^{3.} Rgl. § 1953 A 5.

§ 1958

Bor der Annahme der Erbichaft kann ein Anspruch, der sich gegen den Rachlaß richtet, nicht gegen den Erben gerichtlich geltend gemacht werden1) 2). © I 2057 Uhf 1 Sap 1 II 1835; M 5 539; B 5 660—664, 829—831.

1. Der Erbe ermangelt bor ber Unnahme ber Baffiblegitimation. Die Behauptung, daß er angenommen habe, gehart mithin zur Klagebegründung, der Kläger hat die Annahme nachzuweisen (§ 1948 A 4); ber Mag. ober Wibertlagan pruch einschlich bes Arrestanspruchs und der Feststiellungsklage ist von Anits wegen abzuweisen, falls sich aus der Sachdarstellung des Klägers ergibt, daß der in Anspruch genommene Erbe die Erbschaft noch nicht angenommen hat, es sei denn, daß eine als Annahme auszulegende Einlassung des Beklagten den Mangel beseitigt (RG 60, 179). Der gefährdete Rachlaßgläubiger ift auf Herbeiführung einer Nachlaßpflegschaft aus § 1961 angewiesen. Gegen den Nachlaßpfleger (§ 1960 Abs 3), den Rachlagverwalter (§ 1984 Abs 1) und den verwaltenden Testamentsvollftreder (§ 2213 Abi 2) ift die Rechtsverfolgung ohne den Nachweis, daß der Erbe angenommen hreder (§ 2213 Ab) (2) in die Rechtsberjoigung ohne den Rachläßgläubiger erst nach der Annahme hat, zulässig. Der Erbe kann das Ausgebot der Nachläßgläubiger erst nach der Annahme best Erben nicht abhängig (MO § 216 Abs 1). Die außergerichtliche Geltendmachung des Anspruchs gegen den Erben (durch Mahnung, Aufrechnung, auch gegen persönliche Forderungen des Erben, Zurückbestaltung) ist dem Nachläßgläubiger nicht verwehrt, vermag aber nicht, den Erben in Leistungsverzug zu seinen (NG 79, 203; L3 1921 Sp. 274). S. auch 1959 I. 5. Reitergehende ausschiebende Einreden § 2014 ff. Kalsendung der Ver-§ 1959 \u00ed 5. — Beitergehende aufschiebende Einreden §§ 2014ff., Vollendung der Berjährung § 207. Fistus § 1966.

2. Ergangende Bestimmungen. Bar ber Rechtsstreit burch ben Tob des Erblaffers unterbrochen, so ist der Erbe vor der Annahme zur Fortsetzung nicht verpflichtet (aber berechtigt), BBO § 239 Abs 5. Bis dahin ist wegen einer Nachlasverbindlichkeit eine erst beginnende Jivangsvollstreckung und folgerecht auch die Erteilung der Bollstreckungsklausel (§ 727) nicht gegen ben Erben selbst, sondern nur in ben Nachlaß gegen einen Rachlagverwalter, Testamentsvollstreder ober Nachlaßpfleger, der nötigenfalls zu diesem Zwede ernannt wird (§ 1961), zulässig (BBO § 778 Abs 1). Anderseits können sich die eigenen Gläubiger des Erben vor der Annahme nicht an den ihrem Schuldner angefallenen Nachlaß halten (BBD § 778 Abs 2). Dagegen wird bie beim Tode des Schuldners bereits begonnene Zwangs. vollstredung in seinen Nachlaß fortgesett und, soweit die Zuziehung bes Schuldners erforderlich, für ben Erben ein einftweiliger befonderer Bertreter beftellt (BBD § 779).

§ 1959

1) Besorgt der Erbe vor der Ausschlagung erbschaftliche Geschäfte, so ist er demjenigen gegenüber, welcher Erbe wird, wie ein Weschäftsführer ohne Auftrag berechtigt und verpflichtet2).

Berfügt der Erbe bor der Ausschlagung über einen Nachlaggegenstand3), jo wird die Birtfamteit ber Berfügung durch die Ausschlagung nicht berührt, wenn die Berfügung nicht ohne Rachteil für den Rachlaß verschoben werden tonnte4).

Gin Rechtsgeschäft, bas gegenüber dem Erben als foldem vorgenommen werden muß5), bleibt, wenn es bor der Ausschlagung dem Ausschlagenden gegenüber vorgenommen wird, auch nach der Ausschlagung wirksam6).

€ I 2056 II 1836; M 5 536—539; B 5 657—660.

1. Allgemeine Boraussetzung ist a) daß die Geschäfte ober Versügungen von dem wirklich berufenen Erben oder (Abs 3; vgl. A 5) ihm gegenüber, nicht von oder gegenüber einem Nichtberufenen, etwa dem Erbschaftsbesitzer (§ 2018) vorgenommen worden sind, b) daß sich hierin nicht eine stillschweigende Annahme der Erbschaft, pro here de gestio (§ 1948 A 1) kundgibt, c) daß der Erbe entweder noch nicht wirksam augenommen hat ober erker erklärte Annahme ober Versäumung der Ansschlußfrist wirksam aussicht (§§ 1954, 1956), d) daß er noch nicht ausgeschlagen hat, e) taß er später wirksam aussicht (§§ 1954, 1956), d

2. Der Erbe ist während ber Uberlegungsfrift nicht verpflichtet, sich der Erbichaft angunehmen, fraft feines Erbrechts aber an und für fich bagu befuat. Insbesondere ift ihm burch § 1958 zwar die Baffiv-, nicht aber die Aftivlegitimation enizogen. Co jest auch Bland-Flad, 4. Aufl., Erl 7 gegen die 3. Aufl. Doch tritt durch die Brozefführung, Die feine Berfügung im

Sinne des Abf 2 ift, feine Rechtstraft gemäß § 325 BPD gegenüber dem endgültigen Erben ein. Der vorläufige Erbe fann im Interesse des Nachlaffes, g. B. wegen drohender Berjährung, fogar zur Magerhebung ober zur Fortsetung eines Nechtsstreits genötigt sein. Inwiefern er durch Berwaltung bes Nachlasses ben Rachlasgläubigern verantwortlich werden kann, bestimmt § 1978. Im Berhaltnis jum endgultigen Erben ("bemjenigen, ber Erbe wirb"), alfo nicht gu einem nachrudenden Erben, folange diefer felbft wieder nur vorläufiger Erbe ift, gelten die Grundfate der Gefcafteführung ohne Auftrag (§§ 677ff.). Entgegen § 687 find fie auch an wendbar, wenn der Erbe, weil er glaubte, endgültiger Erbe geworden gu fein, seine eigenen Bo fchäfte zu beforgen meinte. Als Geschäftsherr, auf beffen wirklichen ober mutmaglichen Billen es ankommt (§§ 677, 679, 688, 684, 686), wird in der Regel nicht eine individuell bestimmte Berfon in Betracht tommen, ba noch nicht feststeht, wer endgultig Erbe wird; vielmehr wird der bei einem forgfamen Erben generell zu vernutende, den Intereffen des Rachlaffes entsprechende Wille dem geschäftsführenden Erben als Richtschnur zu bienen haben und werben danach, ob er dementsprechend gehandelt hat, sich die Folgen für fein Berhaltnis zu bem enbaultigen Erben bestimmen. Much wenn er in ber Meinung gehandelt hat, endgultiger Erbe geworben zu sein, wird er sich auf einen anders gearteten eignen Willen nicht berufen tonnen, da er auch in Diesem Falle "wie ein Geschäftsführer" berechtigt und verpflichtet wirb. Aus §§ 681, 666 folgt insbesondere auch die Pflicht zur Auskunfterteilung und Rechenschuftslegung. Die aus der Geschäftsführung hervorgehenden Ansprüche gegen ben (vorläufigen) Erben sind Aftiven des Nachlasses, die ihm zukommenden Ersabansprüche Nachlasverbind-lichkeiten (§ 1967 Abs 2), im Konkurse Masseschulben (KD § 224 Nr 6). Was der vorläufige Erbe aus der Geschäftsführung erlangt, hat er dem endgültigen Erben nach §§ 681, 667 herauszugeben; eine dingliche Surrogation nach § 2019 findet nicht statt, da er nicht Erbschaftsbesitzer ist (a. M. die 5. Aufl.).

3. Es handelt sich um dingliche Verfügungen ilder Nachlaßgegenstände (vgl. über den Verfügungsbegriff Vorbem 7 vor § 104), über Sachen (§ 90) oder Rechte. Daher ist, wenn Miterben in Frage sind, gemeinsame Geschäftsssührung vorausgesetzt, § 2040 Abs 1. Bloßschuldrechtliche Verpflichtungen des einstweiligen Erben verbinden den endgültigen Erben nicht, können aber einen Befreiungsanspruch aus §§ 683, 670, 257 gegen ihn begründen.

4. Da im Falle der Ausschlagung der Anfall als nicht erfolgt gilt (§ 1953 Abs 1), so werden damit an und für sich alle Verfügungen des einstweiligen Erben unwirksam. Sie behalten aber Wirksamkeit, wenn sie dringlich waren. Di dies zutrisst, kann nur nach den Uniständen des Falles entschieden werden. Da das Geset nur eine objektive Voraussehung ausstellt, bleibt das Wissen des Dritten von der Unausschiedbarkeit der Verfügung oder davon, daß der Erbe noch ausschlagen kann, außer Vertacht. Auch die nicht unausschiedbiche Verfügung wird wirksam durch Genehmigung des endgültigen Erben (§ 185 Abs 2). Bei Verfügungen über dewegliche Sachen des Nachlasses, deren Besitz gemäß § 1922 (vgl. A das) auf den vorläusigen Erben übergegangen ist, kommen die Vorschiesten zum Schutz derzeitigen, welche Nechte von einem Nichtberechtigten ableiten (§§ 932—936, 1032, 1207) zur Anwendung, so daß es im Falle der Gutgländigkeit der Erwerber auf die Dringlichkeit der Verfügung nicht ankommt. Auch auf unfreiwilligen Besitzerluss (§§ 935 Abs) 1) wird sich der verfügung nicht ankommt. Auch auf unfreiwilligen Besitzerluss (§§ 985, 895, 895), sowie ein Kechtserwar (a. M. Planck Erl 4 da). Auch ein Erwerd von Rechten au Grundstücken auf Grund des guten Glaubens an den Inhalt des Grundbuchs (§§ 892, 893), sowie ein Rechtserwerd auf Grund Erbscheins (§§ 2366, 2367) kann stattsinden, wenn der Erbe auf Grund erwerd auf Grundhunder eingetragen oder ihm ein Erdschein erreit ist und er die Annahme wirksam ansicht (§§ 1954, 1956) oder sie sich als unwirksam herausstellt (§§ 1949, 1950). Der endsgiltige Erbe ist auf die Ansprüche aus §§ 678, 681, 667, gegebenensalls auf Schadensersch aus §§ 823 ff. gegen den vorläussigen erben angewiesen.

gebenenfalls auf Schabensersat als §§ 823ff. gegen den vorlätsigen Erben angelviesen.

5. Abs 3 hat einseitige empfangsbedürftige Rechtsgeschäfte im Auge, die, um wirksam zu sein, gegenüber dem Erben als Rechtsnachfolger des Erblassers vorgenommen werden müssen (Mahnung, Kündigung, Annahme eines vom Erblasser gestellten Vertragsantrags — § 153 —, Angedot einer Leistung). Dagegen gehört die Leistung selbst nicht dazu, da sie eine Verfügung des Erben, Annahme, ersordert; sie fällt vielniehr unter Abs 2 und wirkt also befreiend nur, wenn dessen Vernagsengen (Unaufschiehrickseit der Annahme) vorlagen (a. M. Kipp § 51 II 3). Doch wird (wie Pland Erl 5 zutreffend hervorsebt) bei dereits fälligen Forderungen in der Regel anzunehmen sein, daß die Annahme der angedotenen Leistung nicht ohne Nachteil für den Nachlaß verschoben werden konnte, da durch die Nichtannahme Gländigerverzug (§ 293) enstanden sein nürde. — Leistungsverzug kann durch eine vor Annahme der Erbschaft gegenüber dem vorläusigen Erben erfolgte Mahnung nicht für diesen vom Tage der Annahme ab entstehen. Gleiches Al, wohl aber für den endgültigen Erben vom Tage der Annahme ab entstehen. Gleiches gilt für den Annahme verzug infolge Angedots der Leistung, da der vorläusige Erbe zu der in der Annahme liegenden Verfügung über das Forderungsrecht zwar unter Umständen

berechtigt, aber nicht verpflichtet ift (Abs 1 und A 2). — Auch wenn über das Bermögen bes vorläufigen Erben Konkurs eröffnet ist, hat die Bornahme von Rechtsgeschäften ibm gegenüber, nicht gegenüber dem Konkursberwalter, zu erfolgen (KD § 9). Ik dagegen Nachlaßkonkurs eröffnet, so können ihm gegenüber keine Rechtsgeschäfte mehr wirksam vorgenommen werden, wie auch sein Geschäftsführungsrecht nach Abs 1 und sein Berfügungsrecht aus Abi 2 entfallt. Bor Eröffnung bes nachlaftonturfes aus ber Geschäftsführung bes vorläufigen Erben ihm gegenüber entstandene Verpflichtungen des endgültigen Erben find Maffeschulden (§ 224 Mr 6 RD) Ausprüche gegen ben vorläufigen Erben aus feiner Geschäftsführung gehören zum Nachlaß und sind vom Konkursverwalter geltend zu machen. Berfügungen des vorläufigen Erben bleiben nach Maßgabe des Abs 2 (val. A 4), ihm gegen ilber vorgenommene Nechtsgeschäfte nach Abs 3 (vgl. A 5) auch im Falle bes Nachlafton furfes wirtsam.

6. Beweislaft. Erhebt ber vorläufige Erbe auf Grund ber Geschäftsführung Ansprüche gegen den endgültigen, so muß er beweisen, daß die Boraussetungen dafür vorliegen. Be-hauptet der endgültige Erbe einem Dritten gegenüber die Wirksamleit einer Versigung bes vorläufigen Erben, so liegt darin eine Genchnigung (§ 185) und bedarf es deshalb nicht des Rachweises der Dringlichkeit. Macht dagegen der Dritte die Wirksamkeit einer Berfügung bes borlaufigen Erben gegenüber dem endgultigen geltend, fo muß er die Dring.

lichkeit nachweisen.

§ 1960

Bis zur Annahme der Erbschaft1) hat das Rachlaggericht2) für die Siche= rung des Rachlaffes zu forgen, foweit ein Bedürfnis besteht in). Das gleiche gilt, wenn ber Erbe unbefannt oder wenn ungewiß ift, ob er bie Erbichaft angenommen hat1).

Das Rachlafgericht tann insbesondere die Anlegung von Siegeln, die hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Koftbarteiten fowie die Aufnahme eines Rachlagverzeichnisses anordnen3) und für denjenigen, welcher Erbe wird, einen Pfleger (Rachlaftpfleger) beftellen4).

Die Borichrift bes § 1958 findet auf den Rachlagpfleger feine Anwen-

duna 5)6).

E I 2058, 2059 Mbj 1 II 1837, 1838 Mbj 2; M 5 541—548; B 5 660, 661—667; 6 338; AB 310.

1. Die §§ 1960—1962 regeln die Fürsorge für ben Rachlag bis zum Eintritte des end-gültigen Erben. Die Fürsorge tritt ein: a) wenn ber Erbe bem Nachlaggerichte befannt ist, ganigen Etden. Die Fallste int ein. a) wenn det Etde dem Raugunggerichte detannt zu, aber (wie gleichfalls bekannt ift) noch nicht angenommen hat (Sat 1); b) wenn ihm undes fannt ift, wer als vorläufiger Erde zur Erhschaft berufen ift (Sat 2 Halbsat 1); c) wenn ihm das bekannt, aber unbekannt ift, ob der Beurfene die Erhschaft angenommen hat (Sat 2 Halbsat 2). Ob der Fall zu de vorliegt, ift Sache der Beurteilung des Einzelfalls. Er liegt insbesondere vor, wenn zwar Berwandte bekannt sind, die als Erden derufen sein fönnten, aber nicht ohne weiteres zu ermitteln ift, ob nicht andere gleich nahe ober nähere Berwandte vorhanden find. Unbefannt ift der Erbe bem Rachlaggerichte auch, wenn es sich nicht ohne weiteres davon überzeugen fann, wer von mehreren Erbprätendenten ber wirkliche Erbe, insbesondere bei Borliegen mehrerer Testamente, welches davon gultig ist (KGJ 45, 106; 52, 59). Bon umfangreichen und zeitraubenden Ermittlungen darf die Fürsorge, insbesondere auch die Anordmung der Nachsapflegschaft, nicht abhängig gemacht werden, da sier Zweitschaft, durch schlenige Maßnahme den Nachsaft dem Erben zu sichern; die Ermittlung des Erben ist alsdam Sache des Nachsaftzeigers (KGJ 52, 59). Liegen keine Anhaltspankte dafür vor, daß eine Berfügung von Todes wegen vorhanden ift, so werden die gesetlich zu Erben Beru fenen als bekannte Erben anzusehen sein. Volle Gewißheit kann nicht ersordert werden; es genügt, wenn auf Grund sorgfältiger Ermittlungen anzusehen nehmen ift, daß teine gleich nahen ober näheren Berwandten borhanden find und bag eine vorliegen, ift nicht erforderlich (BayDbLG) 3, 676; KGJ 29 A 208; 46 A 128; 52, 60; DLG 4, 420; 7, 132; 37, 250; SeuffNrch 58 Kr 37). Nicht genügend ift die Verlicherung Erbe geworden zu sein, ohne Angabe der tatsächlichen Unterlagen (DLG 7, 132). Sür bas Betanntsein ber Unnahme find positive Feststellungen in diefer Sinficht erforderlich. If bas Berhalten bes Erben nicht unzweideutig oder ift die Annahme angefochten oder ersichtlich aufechtbar, so besteht Ungewißheit über sie (Fall zu c; DLG 42, 143).

1a. Die Fürsorge hat in biefen Fällen von Amts wegen zu erfolgen, aber nur soweit ein Bedurfnis besteht. Darüber entscheibet das Ermeffen bes nachlafigerichts, das fich bon bem Interesse besjenigen, ber endgultiger Erbe werden wird, an ber Gicherung und Erhaltung bes Nachlasses leiten zu lassen hat. Melbet sich der Erbe, so sind die angeordneten Maßregeln aufzuheben, wenn er es beantragt und dadurch die Erbschaft annimmt; auch von Amts wegen, wenn die Annahme bekannt wird. Abwesenheit des Erben ist kein Grund zur Fürsorge, sobald er angenommen hat. Liegen die Boranssehungen für die Fürsorge in der Verson eines ein zeln en Miterben vor, so hat sie sich auf dessen Anteil zu beschränken, soweit nicht Maßregeln in Betracht kommen, die körperliche Teile des Nachlasses ergreisen müssen, wie Siegelung und Hinterlegung vor der Anseinandersehung (NIA 7, 29; DCG 5, 229; KGJ 33 A 92; 45 A 106). Nach KGJ 48 A 77, DCG 34, 321 soll die Bestellung eines Nachlaspssegers auch dann zulässig sein, wenn die Bersonen der Miterben bekannt, aber die Größe der Erbteile ungewiß ist, jedoch unter Beschränkung auf den streitigen Erbteil. Ein Bedürfnis wird in der Regel nicht vorliegen, wenn der vorläufige Erbe anwesend ist und die Erbschaft ordnungsmäßig verwaltet (§ 1959) oder wenn ein Testamentsvollstrecker vorhanden ist, der die Berwaltung ordnungsmäßig führt, dere vertrauenswürdige Miterben. Beschwerderecht des Beeinträchtigten (FGG § 20 Abs 1), des Antragstellers bei Ablehnung (ebenda). Landesgeschlich kann bestimmt werden, daß gewisse Fürsorgemaßregeln (Ansertigstellung) auch unter anderen Boranssehungen vorgenommen werden können oder sollen (Art 140 EG).

- 2. Nachlaßgerichte sind die Amtsgerichte, sofern nicht landesgesetlich die Zuständigfeit anderer als gerichtlicher Behörden bestimmt ist (FGG § 72; vgl. § 1945 A 2). Die örtliche Zuständigkeit (§ 73 FGG) bestimmt sich nach dem Wohnsite des Erblassers, in Ermanglung eines inländischen Wohnsiges nach dem Aufenthalte; für Deutsche, die im Inlande weder Wohnsit noch Aufenthalt haben, nach dem letten inländischen Wohnsit; hilfsweise Bestimmung durch Landesjustizverwaltung ober Reichskanzler. Für die in § 1960 vorgesehenen Sicherungsmaßregeln ist aber örtliche Zuständigkeit überall gegeben, wo das Bedürfnis der Fürsorge hervortritt, unter Berpflichtung zur Benachrichtigung bes ordent. lichen Nachlaßgerichts (FGG § 74). Übrigens sind Handlungen eines örtlich unzuständigen Gerichts als Nachlaßgericht nicht unwirksam (HGG § 7). Für die Sicherung des Nachlasses von Ausländern sind die Staatsverträge maßgebend (GG Art 56; vgl. Vorbem 1 zu diesem Buche); danach auch Mitwirkung anständischer Roufuln. Gine folche Mitwirkung ift ins besondere in dem deutscheruffischen Rachtagabkommen (Anlage zu Art 22 bes Konfularvertrags v. 12. 10. 25, Ges v. 6. 1. 26, ROBI I 72) vorgeschen. Bgl. auch die Staatsverträge mit den Vereinigten Staaten von Amerika v. 8. 12. 23, Ges v. 17. 8. 25, Art XXIV (RGBI II 807); mit Großbritannien v. 2. 12. 24, Gef v. 17. 8. 25 Art 28 (RGBI II 788); mit Italien v. 31. 10. 25, Gef v. 6. 12. 25, Art 37 (RGBI II 1032); mit Ofterreich v. 5. 2. 27, Gef v. 16. 7. 1927 (RGBI. II 505). Bgl. Weiteres bei Weißler, Das deutsche Nachlaßverfahren, 2. Aufl., 1920, II S. 378ff., 391ff. Für die französischen Staatsangehörigen nimmt Frankreich auf Erund Art 291 Versaller Vertrag die Rechte aus dem deutschebusgarischen Konsularvertrage v. 29. 9. 11 (RGBI 1913 Nr 40) in Auspruch (val. MGH 1921, 732). Überleitungsvorschriften für die abgetretenen Gebiete: deutschfrangösisches Abkommen über elfaß-lothringische Rechtsangelegenheiten v. 5.5./ 22. 11. 20 (MGBl 1995) Art 4, 10; deutsche polnische Abkommen v. 20. 9./18. 12. 20 (NGBl 2048) Art 3, 4 und v. 12. 4./11. 6. 22 (NGBl 550); deutsche belgische Verein barung wegen Eupen und Malmedy v. 23. 4. 20/21. 2. 21 (NGBl 1921, 197). — Auch soweit Staatsverträge nicht bestehen, haben die insändischen Nachlaßgerichte sowohl das Recht wie die Pssicht, alse vorläufigen Maßregeln zu treffen, die sich zur Sicherung des im Julande befindlichen Nachlasses eines Ausländers nötig machen (NJA 13, 218; DLG 18, 356; AG3 53 A 77). — Der Rachlagrichter haftet wegen schuldhafter Amtspflichtverletung bei Beaufsichtigung bes Nachlagpflegers aus §§ 1960, 1961 nur dem Erben, nicht auch den Nachlaßglänbigern; anders im Falle der Nachlaßverwaltung (§ 1985 A 3; RG 88, 264).
- 3. Von den zu treffenden Sicherungsmaßregeln sind in Abs 2 nur die hauptsächlichsten hervorgehoben; das Nachlaßgericht ist auf sie nicht beschränkt. Die Anlage von Siegeln kann durch den Erblasser nicht, wie nach früheren Nechtsordnungen, verboten werden (M 5, 548). Für die Hinterlegung sind die landesgesehlichen Vorschriften über die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Hinterlegungsstellen maßgebend (Art 144 EG).
- 4. Auf die Nachlaßpflegschaft als Unterart der Pflegschaft finden die für die Vormundschaft geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung, auch hinsichtlich des Versahrens, mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Vormundschaftsgerichts das Nachlaßgericht tritt (§§ 1915, 1962; FGG § 75, vgl. § 1962 Al.). Allgemeine Verpflichtung zur Übernahme (§ 1785); grundsählich fein Auspruch auf Vergütung, die aber vom Nachlaßgerichte bewilligt werden tann, wenn das Vermögen (d. h. d. das Altivvermögen des Nachlasses ohne Abzug der Nachlaßschulden, KG in KZA 16, 52; vgl. § 1836 A 2) sowie der Umfang und die Bedeutung der mit der Pflegschaft verdundenen Geschäfte es rechtfertigen (KG im Recht 1914 Kr 1548; DLG 18 S. 297, 301; KG im Recht 1923 Kr 362 = KGF 53 A 77,

Ausländernachlaß); Bestellung mehrerer Pfleger nur ausnahmsweise (§ 1775); Beschräutung auf die Bertretung eines Miterben vgl. U 1. Der Nachlagpfleger ist nicht Bertreter bes Nachlasses als eines Sondervermögens, sondern Vertreter einer allerdings noch nicht bestimmten individuellen Person, nämlich bessenigen, der schießlich als endgültiger Erbe eintritt, und hat dessen Person, nämlich bessenigen. Deshalb kann ihm das Armenrecht bewissigt werden (NG 50, 394); anders beim Nachslaßverwalter (val. § 1985 A.1). Mis Bertreter des Erben ist er gemäß § 181 nicht befugt, einen Bertrag mit sich selbst im eigenen Namen über Nachlaßgegenstände abzuschließen; ein solcher Vertrag kann nur durch Genehmigung bessen, der endgültig Erbe wird, wirksam ihren in dieser zur Genehmigung verpflichtet ist, entscheidet sich nach Tren und Glauben (NG 110, 214). Seine Aufgabe ist berpstichtet ist, entscheidet sich nach Tren und Glauben (MG 110, 214). Seine Aufgabe ist die Sicherung und Erhaltung bes Nachsasses für den Erben; in dieser Beziehung ist er der gestliche Vertreter des Erben (MG 76, 125); auch bei der Ermittlung des Erben hat er nitzuwirken; dagegen nicht für das Erbrecht einer bestimmten Verson gegenüber einer anderen einzutreten. Daher ist er nicht berusen, die Erben oder einen von ihnen bei dem Streit um das Erbrecht zu vertreten (DLG 21, 305; 26, 288; 30, 174; MG 106, 46). Doch ist er der richtige Vellagte, wenn ein rechtliches Interesse besteht, insbesondere wenn bieser das Erbrecht des Klägers des Klägers des Klägers des Klägers bestintten hat, § 256 ZPO (MG 106, 46). Er hat den Nachsassen welchen zu berzeichnen und das Verzeichnen und der Verzeichnen und das Verzeichnen und lag in Besit zu nehmen, zu verzeichnen und das Berzeichnis dem Nachlaggericht einzureichen (§ 1802). Die Berwaltung bes Nachlasses hat er zu führen, soweit er dazu vom Nachlaßgerichte bestellt ist (vgl. § 2017; BPO § 991 Abs 2); unter Umständen, namentlich bei längerer Ungewißheit, kann die teilweise oder gängliche Liquidation erforderlich werden. Nach außen hat er die gleiche Bertretungsmacht wie jeder andere Pfleger, mit den Beschränkungen ber ber haftung des Erben nicht verzichten; er fann bas Inventar für ben Erben errichten (§ 1993 A 1), eine Inventarfrift kann ihm aber nicht gesetht werden; doch ist er den Nachlaßglänbigern zur Auskunsterteilung über den Bestand des Nachlasses verpflichtet (§ 2012). Aus schulbhaftem Berhalten des Rachlagpflegers haftet gemäß § 278 ber Erbe wie ber Münbel aus Sandlungen bes Bormundes, jedoch, ba er nur als Erbe gesettlich vertreten wird, nur als folder, alfo mit ber Möglichkeit ber Befchränfung ber haftung auf ben Nachlaß, wie bei fonftigen Rachlagverbindlichteiten (fo Strohol bei Bland Borbem 5c & vor § 1942 gegen Plan cf selbst ebenda; a. M. auch die zweite Auflage dieses Kommentars). Zu den Nachlaßgläubigern steht der Rachlaßpfleger des § 1960 (im Unterschiede von dem Nachlaßperschuler, val. § 1985 A 3) in keinem Bertragsverhältnis; daher haftet er ihnen, abgeleben von der Berletung der ihm besonders auferlegten Auskunftspflicht (i. oben), nur aus unerlaubter Handlung; § 1985 Abs 2 ist ausdrücklich nur für den Nachlasverwalter gegeben und tann auf den Nachlagpfleger bes § 1960 auch finngemäß teine Unwendung finden (vgl. auch M 5, 552; a. M. Strohal a. a. D., der zu Unrecht für feine Unficht fich auf 3 5, 669 beruft, die nur von der dem Nachlagpfleger besonders auferlegten Austunfts. pflicht [prechen). - Die Unnahme und Ausschlagung ber Erbschaft, für die er bestellt ift, für eine bestimmte Berfon liegt nicht in ben Aufgaben bes Rachlafpflegers; wohl aber gegebenenfalls die Annahme und (mit Genehmigung des Nachlafigerichts) Ausschlagung einer bem Erblasser angefallenen Erbschaft, jowie die Geltendmachung von Erbschaftsaniprüchen aus einer solchen. Wegen des Erbschaftsanspruchs aus der vom Nachlaßpfleger verwalteten Erbschaft voll. § 2018 A 1. — Die Beendigung der Nachlaßpflegschaft ersolgt nicht schon durch Wegsell ihres Erundes, sondern nur durch Ausbeng von seinen des Nachlafigerichts (Re in LB 1923 Sp. 119; Re 106, 48), nach Wegfall ihrer Boraussetzungen von Amts wegen ober auf Antrag bes endgültigen Erben, bem gegen bie Ablehnung Beschwerde zusteht (vgl. § 1919 u. A 1 bazu; FGG § 20); ber Pfleger hat ben Nachlaß bem endgultigen Erben herauszugeben und über bie Berwaltung Rechnung gu legen, die bom Rachlafgericht zu prufen ist (so RG Warn 1915 Nr 264). Solange es ihm noch zweifel haft erscheint, wer ber wirkliche Erbe ist, hat das Nachlaßgericht die Pflegschaft nicht aufzuheben, umfangreiche eigene Ermittlungen gum Bwede ber Aufhebung braucht es nicht angustellen (KGA 52, 59). Die Aufhebung hat erft zu erfolgen, wenn feststeht, daß eine bestimmte Berson ober mehrere endgültige Erben geworden sind (Re im Recht 1917 Rr 1837). Die Eroffnung bes Nachlaftonturfes ist fein Grund für die Aufhebung (NIA 3, 179; DEG 5, 436; RB3 38 A 116). Liegen die Boraussetzungen der Fürforge nur für den Anteil eines Mit erben vor, so hat sich bie Pflegichaft auf diesen zu beschränken (RG3 45 A 106; 48 A 77). Ift die Erteilung eines gemeinschaftlichen Erbscheins wegen der noch zu erwartenden Be

burt eines Miterben unguläffig, fo tann für deffen Anteil ein Pfleger beftellt werben

(RJU 12, 99). - Über den Anseinandersetungspfleger vgl. § 2042 U 1.

5. Das bedeutet, daß die gegen den vorläufigen Erben vor der Annahme unzulässigen Rechtsverfolgung gegen den Nachlaßpfleger statthaft ist, auch wenn er nicht gemäß § 1961 zu diesem Zwecke besonders bestellt worden ist. Er ist aktiv und passiv für den Nachlaß betreffenbe Rechtsstreitigkeiten legitimiert, auch für Anspruche aus Bermachtniffen, Auflagen und Pflichtteilsrechten. Ein durch den Tod des Erblassers unterbrochenes oder wegen des Todes ausgeseites Verfahren kann für und gegen den Nachlaspfleger aufgenommen werden (3PO §§ 243, 241, 246 Abs 2). Das gegen ihn erwirkte Urteil schafft materielle Rechtstraft für und gegen den endgültigen Erben, ba diefer im Nechtsstreite durch ihn vertreten war (M zur BPD-Novelle von 1898, 111). Ob zur Zwangsvollstredung gegen ben Erben nach der Annahme aus einem gegen den Nachlaspfleger ergangenen Urteil eine gegen den Erben gerichtete vollstreckbare Aussertigung ersporbersich, ist streitig (verneinend Ercius dei Gruch 48, 610); die Frage wird zu bejahen sein wegen § 750 PBD; auf die Erteilung wird § 727 Anwendung sinden, beschaftlich merkanntermaßen nicht auf die Rechtspachische im eineren Sinne kalchante sind. die Rechtsnachfolge im engeren Ginne beschränkt find. - Der Erbe kann die Beschränkung ber Haftung geltend machen, ohne daß sie in dem gegen den Nachlaßpfleger ergangenen Urteile vorbehalten ist (§ 780 Abs 2 BBD). Der Nachlaßpfleger kann das Aufge bot der Nachlaßgläubiger beantragen (§ 991 Abs 2 BBD); ebenso die Zwangsversteigerung eines zum Nachlasse gehörigen Grundstücks (§ 175 BBG), die Eröffnung des Nachlaßtonturfes (§ 217 Abi 1 RD); auch Gintragungen im Grundbuch bewilligen (§ 41 GBD). Haftung des Nachlaguflegers für die Erbschaftssteuer: Reichserbschaftsfteuerges. v. 10. 9. 19 § 19.

6. Die Kosten der Nachlaßsicherungsmaßnahmen fallen dem Nachlasse oder, wenn sie nur auf die Anteile einzelner Miterben beschränkt war (oben A 1 Abs 2, 4), den betreffenden Miterben zur Last. Sie sind im Falle des Nachlaßkonkurses Massechulen (§ 224 Nr 4 KD). Das gilt auch von den Kosten der nach § 1961 bestellten Nachlaßpflegschaft

(RG in DJ3 03, 202; RGJ 33 A 90; BanObLG 19 A 24).

\$ 1961

Das Rachlaggericht hat in den Fällen des § 1960 266 1 einen Rachlagpfleger gu bestellen1), wenn die Bestellung jum 3wede ber gerichtlichen Weltendmachung eines Unfpruchs, der fich gegen den Rachlag richtet, bon dem Berechtigten beantragt wird2).

© I 2059 2165 2 II 1838 2165 1; Dt 5 546; \$ 5 666, 667.

- 1. Radlagbflegichaft zum 3wede ber gerichtlichen Geltendmachung eines Aufpruchs. Die Verweisung auf § 1960 Abs 1 kann nicht den Sinn haben, daß auch hier ein Bedürfnis für die Sicherung des Nachlasses im allgemeinen bestehen musse. Es genügt, daß ein Nachlagglaubiger jemandes bedarf, gegen den er feine Rechte verfolgen oder nach bem Tobe bes ursprünglichen Beklagten weiter verfolgen fann. Dies ift immer ber Fall, wenn ber Erbe oder Miterbe unbekannt ist oder noch nicht angenommen hat oder ungewiß ist, ob er angenommen hat, und nicht anderweit, insbesondere durch Bestellung eines Testamentsvoll. streders, Ersat geschaffen ift (§ 2218). Nur in dieser Beschränkung hat der Glänbiger das Bedürfnis glaubhaft zu machen. Insbesondere bedarf es keiner Glaubhaftmachung des Anspruchs (wie nach § 1994 Abs 2), sondern nur der Tatsache, daß er, wenn nötig, zur gericht lichen Geltendmachung eines gewiffen näher bezeichneten (nicht offenbar mutwilligen) Unipruchs entschlossen sei. Jeder, der einen Auspruch gegen den Nachlaß geltend machen will, ist berechtigt, die Bestellung zu beantragen, auch der Vermächtnisnehmer, auch wegen dinglicher Ansprüche. Die Bestellung des Nachlaßpflegers muß erfolgen und ist nicht wie in § 1960 Abi 2 in das Ermessen des Gerichts gestellt. Aus § 12 FGG ergibt sich die selb-tändige Ermittelungspflicht des Gerichts (RGJ 33 A 90; DLG 4, 420; 32, 46). Die Bestellung darf nicht abgelehnt werden, wenn dem Antragsteller wegen Beillaufigteit ober Schwierigkeit der erbrechtlichen Verhältnisse in tatfächlicher oder rechtlicher Sinsicht die Beschaffung der Unterlagen für ben Erbichein oder bes Nachweises der Baffivlegitimation für den Prozeß nicht zugennutet werden kann (KGF 46 A 128). Ein Koftenvorschuß kann verlangt werden, falls die Landesgeseize auf Grund des § 200 FGG eine entsprechende Borschrift getroffen haben. Die Borschriften über das Armenrecht finden Anwendung (§ 14 FGG); auch die §§ 34—36 RAD (Beiordnung eines Kechtsanwaltes).
- 2. Der einmal bestellte Pfleger ift Rachlagpfleger im vollen Umfange ber fonft biefem zustehenden Befugnisse (§ 1960 U 5), nicht bloß Vertreter in Prozesse (BBO § 53), es sei dem, baß er nur neben dem Testamentsvollstreder (zum Zweite der Verfolgung bes Pflicht teilsanspruchs, § 2218 Abf 1) oder neben bem bereits bestellten Rachlagpfleger wegen Wiber-

kreits der Interessen nur für eine einzelne Angelegenheit, den Prozes, bestellt wäre. Abgesehen hiervon (§ 1918 Abs 3) erlischt sein Amt nur gemäß § 1919 mit der Aussebung durch das Rachlaggericht. Die Kosten der Pstegschaft gehören auch hier zu den Nachlagverdindschiehteiten (§ 1960 A 4, 6), tressen deshald nicht den Gläubiger. Beschwerderecht des Gläubigers dei Absehnung, FGG § 57 Nr 3. Einstweiliger besonderer Vertreter des Erben für die Zwangsvollstreckung, ZPO § 779 Abs 2.

§ 1962

Für die Rachlagpflegschaft tritt an die Stelle des Vormundschaftsgerichts das Rachlaggericht¹).

& I 2061 II 1839; M 5 549; B 5 667; 6 338.

1. Die im übrigen gebotene Anwendung der Borschriften des BGB über die Pfleaschaft und des FGG über Bormundschaftssachen (vgl. § 1960 A 2, 4) wird hier dadurch durchbrochen, daß an Stelle des Bormundschaftsgerichts das Nachlaßgericht tritt. Doch findet nach § 75 Sat 2 Halbsat 2 FGG die Borschrift des § 46 daselbst, wonach das Bormundschaftsgericht die Pflegschaft unter Umständen an ein anderes Bormundschaftsgericht abgeben kann, auf die Nachlaßpflegschaft in der Weise Anwendung, daß die Abgabe nach Maßgabe dieser Borschrift an ein anderes Nachlaßgericht erfolgen kann.

§ 1963

Ist zut Zeit des Erbsalls die Geburt eines Erben zu erwarten¹), so kann die Mutter²), falls sie außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, bis zur Entbindung³) standesmäßigen Unterhalt⁴) aus dem Nachlaß oder, wenn noch andere Personen als Erben berusen sind, aus dem Erbteile des Kindes verlangen⁵). Bei der Bemessung des Erbteils ist anzunehmen, daß nur ein Kind geboren wird⁶).

€ I 2027 II 1840; M 5 489—491; B 5 614—618.

1. Der zu erwartende Erbe kann als Abkömmling oder sonstiger Verwandter des Erhkassers traft Gesetzs oder auch als gewilkürter Erbe durch Verfügung von Todes wegen berusen sein. Er muß zur Zeit des Erbfalls bereits erzeugt sein (§ 1923 Abs 2). Ift er nicht unmittelbar mit dem Erbfalle, sondern nur für den Fall des Wegfalls eines zunächst Verusenen durch Ausschlagung (§ 1953) oder Erbunwürdigkeit (§ 2344) derusen oder als Ersasserbe oder unter einer Bedingung eingesetzt, so ist nach dem Wortlaute der Vorschrift ein Ausberdung der Verballs seine Geburt als die eines Erben noch nicht zu erwarten ist; eine Ausdehnung der Vorschrift über den Wortlaut hinaus aber dürfte, da es sich um eine Sondervorschrift handelt, nicht zulässig sein (a. M. die 5. Aufl.). Für die Autter eines von der Erbschaft ausgeschlossenen Pflichteilsberechtigten oder eines Vermächt ist ein Vorschaft kein Unterhaltsauspruch.

2. Die Mutter jedes Erben, auch die außereheliche, nicht etwa nur die Witwe des Erblaffers; auch mehrere Mütter zu erwartender Miterben können unterhaltsberechtigt sein.

3. "Bis zur Entbindung", d. h. bis zu ihrer Bollendung, also einschließlich der Entbindungskosten, die auch zum Unterhalt gehören, ebenso wie die duch die Schwangerichaft gesteigerten Kosten des Lebensbedarfs für ärztliche Behandlung, gesundheitliche Maßregeln um (§ 1610 Abs 2). Dagegen sind die Kosten des Woden betts und die sonstigen infolge der Entbindung, etroa durch Krantheit der Mutter, entstehenden Kosten ausgeschlossen. Das Geset will nur in der Mutter das Kind die zu seiner Loslösung von der Mutter durch die Geburt schützen, indem es für die Mutter sorgt (M 5, 489).

4. Standesmäßiger Unterhalt, gemessen an der Lebensstellung der Mutter (§ 1610 Abs 1) und (wie in § 1602 Abs 1) nur, soweit sie außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, auch durch ihrem Stande augemessene Arbeit. Unterhaltspflicht den Verwandten (§§ 1601 ff.) schließt den Anspruch nicht aus. Die entsprechende Anwendung von Vorschriften über die Unterhaltspflicht der Verwandten ist nicht, wie in §§ 1360 Abs 3 und 1580 Abs 3, ausdrücklich vorgeschrieben; doch wird ihrer Anwendung, soweit sie dazu geeignet, nichts entgegenstehen; s § 1618 (Anspruch sür die Vergangenheit), § 1614 (Verzicht auf Unterhalt für die Zukunft), § 1612 (Geldrente, und zwar gemäß § 760 im voraus, sedoch wohl nicht unter allen Uniständen für drei Monate, sondern in angemessenen Zeitabschnitten ie nach der zu erwartenden Schwangerschaftsdauer).

5. Der Unterhaltsanspruch gehört nicht wie der Voraus (§ 1932) oder der Dreißigste (§ 1969 Abs 2) zu den sog, gesetzlichen Vermächtnissen. Die besonderen auf Vermächtnisse bezüglichen Vorschriften (§§ 1972, 1991 Abs 4, 1992, 2345) leiden mithin keine Ans

wendung. Er bildet vielmehr eine gewöhnliche, den Erben als solchen treffende Nachlaßverbindlichkeit (§ 1967 Abf 2). Der Aufpruch ist nicht auf die Einkunfte des Rach. lasses beschränkt, auch nicht von dessen Wert abhängig und wohl auch einem überschuldeten Nachlasse gegenüber nicht ausgeschlossen (a. M. Strohal II § 67 unter I; Planc Erl 4a). Im Nachlaufonkurse bildet er eine gewöhnliche Konkursforderung. Ist der Erbe, dessen Geburt erwartet wird, als Alleinerbe zur Erbschaft berufen, so richtet sich der Anspruch der Mutter gegen den Nachlaß und ist gegen einen nach § 1960 bestellten oder nach § 1961 aus diesem Anlasse zu bestellenden Nachlafpfleger gerichtlich geltend zu machen. Gehr zweifelhaft und beftritten ift aber, wie fich bie Sache gestaltet, wenn ber zu erwartenbe Erbe nur als Miterbe neben anderen berufen ift. Das Gesett sagt, daß in solchem Falle bie Mutter Unterhalt "aus dem Erbicile des Kindes" verlangen fann. Wollte man das wörtlich nehmen, fo wurde es ihr unmöglich ober boch febr erschwert sein, vor ber Entbindung Unterhalt zu erlangen, da ber Erbteil bes Rindes nicht ausgeschieden und bis dahin nicht ausscheidbar ift (§ 2043); sie wurde also barauf angewiesen sein, den Erbteil des Kindes zu pfänden (§ 859 Abf 2 BBD) und zu versuchen, etwa durch Beräußerung, über ihn zu ihrer Befriedigung zu verfügen (§ 2033); erft nach ber Entbindung könnte fie, falls ein Erbe geboren wird, auf Grund der Pfändung des Erbteils die Auseinandersetung betreiben. Wird kein Erbe geboren, so ist überhaupt kein ausscheidbarer Erbteil vorhanden. Als Meinung des Gesetzes muß beshalb wohl angenommen werben, daß auch der Anspruch der Mutter eines zu erwartenden Miterben sich gegen ben gangen Rachlaß richtet und gegen die Gesamtheit ber Erben, einschließlich eines fur ben nasciturus zu bestellenden Pflegers, zu erheben ist; daß aber der Nachlaß nur bis zur Höhe des dem zu erwartenden Erben zufallenden Erbeils nach Maßgabe einer nötigenfalls vorzunehmenden Abschätzung für den Unterhalt haftet (so Binder I, 210; Dernburg 5 § 152 II3; vgl. auch M 5, 490; P 5, 616; a. M. Planck 3. Aufl., Erl 4b; wie hier jeht Pl nacklad in der 4. Au. st.). — Die Almentationspflicht tann auch durch einstweilige Verfügung nach § 940 BBD geregelt und ber Nachlaßpfleger ober die Miterben dadurch zu Zahlungen an die Mutter angehalten werden (RG 9, 334; 27, 429). Dadurch, daß ber Erbe nicht lebend geboren wird, fällt ber rechtliche Brund für ben Unterhalt der Mutter nicht fort; wohl aber ift ein solcher nicht vorhanden, wenn sie überhaupt nicht schwanger war ober nicht mit einer zum Erben berufenen Leibesfrucht; in diesen Fällen findet ein Bereicherungsanspruch (§ 812), gegebenenfalls auch ein Schabensersapanspruch aus unersaubter Handlung (§ 826) gegen sie statt.

6. Für die Bemessung des Erbteils, aus dem die Mutter eines zu erwartenden Miterben ihren Unterhaltsansprich gestend machen kann (vgl. A 5), bleibt nach Satz die Mögslichkeit, daß Zwissinge, Drillinge usw. geboren werden und dadurch den Nachgeborenen ein größerer Erbteil zusalsen könnte als im Fall einer Einzelgeburt (dieser Fall kann z. B. eintreten, wenn bereits ein Kind der Mutter vorhanden ist), grundsässich außer Betracht. Der Höchstetrag wird unter Zugrundelegung der Annahme bemessen, daß nur ein Kind geboren wird. Auch nachträglich sindet nicht etwa eine Erhöhung statt, wenn mehrere

Rinder geboren werden.

§ 1964

Wird der Erbe nicht innerhalb einer den Umständen entsprechenden Frist ermittelt¹), so hat das Nachlaßgericht festzustellen, daß ein anderer Erbe als der Fistus nicht vorhanden ist²).

Die Feststellung begründet die Bermutung, daß der Fistus gesetlicher

Erbe sei3).

E I 2067 Abi 1, 4 II 1841 Abi 1; M 5 555; B 5 670; 6 838, 895.

1. Aus der Vorschrift ergibt sich, daß die Fürsorge des Nachlaßgerichts (§ 1960) bei Unbekanntheit des Erben (§ 1960 A 1 Fall d) sich von Amts wegen auch auf die Ermittlung des Erben zu erstrecken hat. Es kann dazu einen Nachlaßpfleger bestellen (§ 1960 Abs 2). Wieweit die Ermittlungen auszudehnen sind und welche Frist den Umständen entspricht, ist dem pflichtmäßigen Ermessen bes Nachlaßgerichts überlassen (KIN 9, 217). Eins

2. Steht fest, daß ein nicht von der Erbschaft ausgeschlossener Verwandter vorhanden ist, so ist die Feststellung auch dann ausgeschlossen, wenn nicht ermittelt werden kann, ob nähere Verwandte vorhanden sind ober, wenn welche vorhanden waren, ob sie fortgefallen sind (AJA 7, 178). — Gegen die Feststellung steht einem übergangenen Erben und dem Fiskus (AGZ 27 A 49; 29 A 4; 39 A 88) die (nicht befristete) Veschwerde zu; gegen die Vlblehnung der Feststellung dem Fiskus (FGG §§ 19ff.) — Ist der Fiskus selbste Erbekraft Verfügung von Todes wegen, so hat eine Feststellung nicht (wie der Wortlaut annehmen lassen zu erfolgen; das ergibt sich aus der durch Abs 2 der Feststellung bei

gelegten Bermutung, daß der Fiskus gesetzlicher Erbe sei. — Der Fiskus kann als gesehlicher Erbe auch Vorerbe sein (§ 2105 Abs 1). — Fällt auf Grund landesgesetzlicher Borschriften (§ 1936 A 4) der Nachlaß statt an den Fiskus an eine andere Körperschaft des

Ffentlichen Rechts, so hat die Feitsellung, daß diese gesetzlicher Erbe, in entsprechender Beise zu ersolgen. — Auch bei Aufall von Vereins voer Stiftungsvermögen an den Fistus findet ein entsprechendes Feststellungsversahren statt (§§ 46, vgl. A 1 dazu, 88).

3. Bgl. über das gesetzliche Erbrecht des Fistus § 1936 und die Anmerkungen dazu. Gegen die Vermutung sit der Beweis des Gegenteils zusässigig, ZPO § 292. Steins beim Erbschein § 2365, der nach § 2353 auf Antrag auch dem Fistus zu erteilen ist. Die Vermutung bes Abs 2 allein gewährt aber Dritten noch nicht ben Schutz ber §§ 2866, 2867. Sie kann von bem wahren Erben nicht bloß im Prozesse, sonbern auch in einem von ihm zu beantragenden Erbscheinversahren widerlegt werden. Das Nachlaßgericht ist, trot der zugunsten des Fiskus getroffenen Feststellung, zur Ginleitung bieses Berfahrens und nach Befinden zur Erteilung des Erbscheins an den neu ausgewiesenen Erben verpflichtet (AGI 39 A 88). Auch von Amts wegen kann es die getroffene Feststellung aufheben, falls es sie nachträglich für ungerechtfertigt erachtet (§ 18 Abs 1 FGG).

§ 1965

Der Feststellung hat eine öffentliche Aufforderung zur Anmeldung der Erbrechte unter Bestimmung einer Anmeldungsfrift vorauszugehen; die Art der Bekanntmachung und die Dauer der Anmeldungsfrift bestimmen fich nach der für das Aufgebotsverfahren geltenden Borichriften1). Die Auf= forderung darf unterbleiben, wenn die Roften dem Beftande des Rach= laffes gegenüber unberhältnismäßig groß find2).

Ein Erbrecht bleibt unberücksichtigt, wenn nicht dem Rachlaggerichte binnen brei Monaten nach dem Ablaufe der Anmeldungsfrift nachgewiesen wird, bag bas Erbrecht besteht ober daß es gegen den Fistus im Wege der Rlage geltend gemacht ift3). Ift eine öffentliche Aufforderung nicht ergangen, fo beginnt die dreimonatige Frist mit der gerichtlichen Aufforde= rung, das Erbrecht oder die Erhebung der Klage nachzuweisen2).

E I 2067 Api 1—3 II 1841 Api 2, 3; M 5 554—556; B 5 670; 6 838.

- 1. Bekanntmachung der Aufforderung BPO §§ 948, 949; Anmeldungsfrist mindestens sechsen (§ 950). Für den Inhalt der Aufforderung ist § 947 nicht maßgebend; doch wird auch hier außer der Aufforderung die Bezeichnung des an die Unterlassung der Anmeldung getnüpften Kechtsnachteils, daß nämlich die in § 1964 bezeichnete Fesistellung getroffen werden würde, augemessen, duch wenn nach Ablauf der Anmeldungsfrist, aber dor dem Feststellungsbeschlusse, noch eine Anmeldung erfolgt, ist die dreimonatige Frist der Vonnesdung erfolgt, ist die Kecht 26 A 67. des Abs 2 abzumarten; nicht dagegen, wenn teine Anmeldung erfolgt ist (KGJ 36 A 67; a. M. Planck 3. Aufl. Erl 4 Abs 1; wie hier jeht Planck-Flad in der 4. Aufl. Erl 3 aa.
- 2. Unterbleibt die öffentliche Aufforderung, fo hat, falls eine Anmelbung erfolgt ober dem Nachlaggericht fouft ein Erbprätendent bekannt geworden ift, an diesen eine gerichtliche Aufforderung zum Nachweise bos Erbrechts oder ber Magerhebung zu ergeben, mit welcher die dreimonatige Frist des Abs 2 beginnt (Schlußsat). Andernfalls kann die Feststellung sosort nach Abschluß der Ermittlungen, ohne Abwarten der Dreimonatsfrist des Abs 2, ersolgen (KGJ 36 A 67; a. M. Planck Erl 3b). — Ühnlich für das Aufgebot der Nachlaßsgländiger dei überschuldetem Nachlasse gländiger bei überschuldetem Nachlasse § 1980 Abs 2 Sat 2 Halbsat 2.
- 3. Ift nach öffentlicher Aufforderung ein Erbrecht angemeldet (Abs 1 Sat 1; vgl. A 1) ober ift eine gerichtliche Aufforderung nach Abf 2 Sat 2 ergangen (vgl. A 2), fo hat bas Nachlaggericht drei Monate von bem Ablanfe ber Unmelbungsfrift baw. von ber Zuftellung der Aufforderung ab zu warten. Ift innerhalb diefer Frift ein Erbrecht, fei es, daß es vor-her angemeldet war oder nicht, ihm nachgewiesen (worüber es nach freier Beweiswürdigung, ohne an Anerkenntnisse der Beteiligten, einschließlich des Fiskus, gebunden zu sein, zu ent scheiden hat), so hat die Feststellung zu unterbleiben. Auch an ein zwischen einem Erbprätendenten und dem Fistus ergangenes rechtskräftiges Urteil über die Feststellung des Erbrechts ist das Nachlaßgericht formell nicht gebunden; val. § 1922 A 9 und § 2359 A 1. A. M. Pland-Flad, 4. Aufl., Erl 5c; die Frage ist sehr bestritten. Die materielle Vedeutung einer im ordentlichen Rechtswege ergangenen Entscheidung für seine überzeugung wird das Nachlaßgericht nach Lage des Einzelfalls zu würdigen haben. Sollte es übrigens dazu gelangen, ungeachtet einer das Erbrecht eines anderen feststellenden prozessgerichtlichen Erntscheidung für seine Andersche Enticheidung festzustellen, daß der Fistus ber Erbe ift, fo murde die dadurch gelchaffene

Vermutung (§ 1964 Abj 2, vgl. AB bazu) jenen nicht hindern, sich zu ihrer Widerlegung auf die durch das Urteil geschaffene Kechtskraft dem Fiskus gegenüber zu berufen. Wegen der Kechte des Fiskus und der Rachlaßgläubiger in solchem Falle vgl. § 1966 A2. — Die Feststellung des Erdrechts des Fiskus hat aber auch dann dis auf weiteres zu unterkleiden, wenn innerhald der Frist dem Rachlaßgerichte nachgewiesen wird, daß das Erdrecht gegen den Fiskus im Wege der Alage geltend gemacht sei; danach wird der Rachweise einer vom Fiskus erhobenen negativen Feststellungsklage nicht genügen, vielmehr positive Feststellungsklage oder Widerklage erforderlich sein. Erachtet das Nachlaßgericht den von ihm versuchten Beweis nicht für ausreichend, so wird es den Erdprätendenten, wenn möglich rechtzeitig, auf den Weg der Klage zu verweisen haben. Ih der Rachweis der Klagerhebung erbracht, so wird es von Ants wegen den Prozes im Auge zu behalten und bei Säumigkeit des Erdprätendenten ihm eine Frist zur Fortsührung zu sehgen haben, nach deren fruchtlosem Ablauf die Feststellung erfolgen kann. Festssellung unter Vorsehalt (wie früher nach preuß. Recht, NG 8, 243) wird nach BGB nicht zulässig, das Versahren vielmehr bis zur Entscheidung des Rechtsstreites auszusehn sein.

\$ 1966

Bon dem Fistus als gesetzlichem Erben und gegen den Fistus als gesetztichen Erben¹) kann ein Recht erst geltend gemacht werden, nachdem von dem Nachlaßgerichte festgestellt worden ist, daß ein anderer Erbe nicht vor handen ist²).

E I 1974 216 5 II 1842; M 5 380; B 5 487-490.

- 1. Der Fistus kommt hier nur als geschlicher Erbe (§ 1936) in Betracht. Im Falle ber gewillkürten Erbfolge kann die Geltendmachung durch ihn ohne weiteres, gegen ihn nach der Annahme (§ 1958) erfolgen. Als Erbschaftsbesitzer (§ 2018) kann er ohne weiteres belangt werden.
- 2. Feststellung § 1964 Abs 1. Der Nachweiß der erfolgten Feststellung liegt dem kläger ob; er tritt an die Stelle des Beweises der Annahme (§ 1958 A 1). Eine anderweite aktive und passive Legitimation des Fiskus ist ausgeschlossen; lehnt daher das Nachlaßgericht die Feststellung rechtskräftig ab, wozu es ungeachtet eines etwa zugunsten des Fiskus vorliegenden rechtskräftigen Feststellungsurteils besugt ist (vgl. § 1965 A 3), so kann ein Necht weder von ihm als gesetschem Erben noch von Nachlaßgläubigern gegen ihn geltend gemacht werden.

Zweiter Titel

Saftung des Erben für die Rachlagverbindlichteiten

- 1. Wit dem Vermögen des Erblassers gehen auch seine Schulden auf den Erben über (§ 1922 A 5). Hierzu kommen neue durch Verfügungen von Todes wegen, durch den Erbfall selbst und durch Abwicklung des Nachlasses entstehende Verdindsteiten. Dies alles sind "Nach-laßverdindschefeiten" (Unterabschnitt I; §§ 1967—1969). Ihr Schuldner ist, das sein von seiner Verson losgeköstes Nachlassermögen nicht gibt, der Erbe. Daraus folgt, daß alle Nachlaßverdindscheiten grundsählich gegen den Erben geltend zu machen sind. Ob nach dem Susten des VBV der Erbe für die Nachlaßverdindlichseiten grundsählich unbeschräntt, d. h. sowohl mit dem ererbten als mit dem eigenen Vermögen haftet, oder ob seine Haftung grundsählich auf den Nachlaß beschränkt ist und nur ausuahmsweise auf sein eigenes Vermögen sibergreist, ist destritten; für die erstere Auffassung auf Grund der gesanten Gestaltung der Haftungsbeschränkung, ungeachtet einigermaßen schwankender Ausdrucksweise, durch das Geset mit Necht die herrschende Meinung (vgl. Planck vor § 1967 Erl III; a. M. mit eingehender, aber nicht überzeugender Begründung Vinder, Rechtsstellung des Erben II § 17 S. 49ff.). Die Frage hat keineswegs, wie behauptet wird, nur theoretische Bedeutung, wird vielmehr praktisch namentlich in dem Falle, wenn der Erbe von den ihm zur Beschränkung seiner Hastung durch das Geset gebotenen Mitteln keinen Gebrauch macht; in diesem Falle hastet er nicht etwa nur mit dem Rachlasse (cum viridus hereditatis), sondern auch mit seinem sonstigen Verwögen, also zunächst unbeschränkt, aber, solange er nicht des Beschränkungsrechts verlustig gegangen ist, mit dem Rechte, die Beschränkung herbeizussühren, also bei schränkbar (NG Warn 1914 Vr 238; dahingestellt in NG 59, 308).
- 2. Bur Herbeiführung der beschränkten Haftung gibt das Geseh bem Erben zunächst das Mittel des Aufgebots der Rachlaggläubiger (Unterabschnitt II §§ 1970—1974) mit der Wir-

tung, daß er nach Durchführung des Aufgebots einen dadurch ausgeschlossenen Gläubiger auf dasjenige verweisen kann, was nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger von dem Rachsesseit, eine Wirtung, die auch ohne Aufgebot durch bloßen Zeitablauf einem sich verspätet meldendem Gläubiger gegenüber eintritt (§ 1974). Zur Herbeiführung der beschränkten Haftung gegenüber der Allgemeinheit der Gläubiger dient gemäß Unterabsicht der Gläubiger dient gemäß Unterabsichteiten Kastung gegenüber der Allgemeinheit der Gläubiger dient gemäß Unterabsichteiten Kastung gegenüber vor Aachseverwaltung und die Kostiftung des Rachseventurzes, dessen Wirtungen und Versachten durch die Kostiftung und die Kostiftung der Vermögensrechtlichen Persönlichseit des Erben und seines Vernögens von dem Nachsassen der Ubsonderung der vermögensrechtlichen Persönlichseit des Erben und seines Vermögens von dem Nachsassen von Leistungen, die zum Nachsassen und gestend gemacht werden; zur Empfangnahme von Leistungen, die zum Nachsassen des Maßeseschn der den zu Empfangnahme von Leistungen, die zum Nachsassen des Maßeseschn der Auchsassen der Verden; zur Empfangnahme von Leistungen, die zum Nachsassen des Maßeseschn der Auchsassen der Verden, ist er nicht berechtigt (KOS) 8; BGB § 1984 Abs 1 Say 3); er fann verlangen, daß Maßesesch verden, ist er nicht berechtigt (KOS) 8; BGB § 1984 Abs 1 Say 3); er fann verlangen, daß Maßesesch verden vorgenommen sind, aufgehoben werden (§ 784 BBD). Weitere Wirtungen vgl. §§ 1976, 1977. Über die Kechtslage nach Aufhaßverwaltung oder Nachsasservaltung und des Nachsassen vorgenommen sind, aufgehoben werden (§ 784 BBD). Weitere Wirtungen vgl. §§ 1976, 1977. Über die Kechtslage nach Aufhaßverwaltung oder Nachsasservaltung vorsenen und dann abwarten, ob der Erbe im Rechtsstreite sich die Beschränkung der Hachsassen und ann abwarten, ob der Erbe im Rechtsstreite sich die Beschränkung der Paschlaß verwaltung oder Nachsassen erhebt (§ 780, 781 BBD). — Ohne Nachsasser unt bas Nachsasvermögen verweisen, falls der Va

- 3. Die Indentarerrichtung (Unterabschnitt IV, §§ 1993—2018) ist nach dem BGB weder notwendig aoch für sich allein geeignet, dem Erben die auf den Nachlaß beschränkte Saftung zu sichen. Wohl aber kann er durch Richterrichtung des Inventars innerhalb der ihm geletzen Juventarissis (§ 1994) oder durch ungetrene Inventarerrichtung (§ 2005) der Wöglichkeit der Beschränktung seiner Haftbar werden, und hierdurch allen Nachlaßgläubigern gegenüber endgültig unbeschränkt haftbar werden. Damit hat er zugleich das nunmehr zweckes gewordene Recht verwirft, das Ausgebotsversahren oder die Anordnung der Nachlaßverwaltung zu beantragen (§ 2013, ZPO § 991 Abs 1).
- 4. Auch wenn der Erbe im allgemeinen noch berechtigt ist, die Gläubiger auf den Nachlaß zu verweisen, kann er doch einem einzelnen Nachlaßgläubiger gegenüber dieses Recht versieren und ihm unbeschränkt auch mit dem eigenen Vermögen haftbar werden, wenn er nicht Sorge trägt, daß ihm die Beschräntung der Haftbar werden, wenn wird (NV) 780 (16) 1) und wenn er nicht demnächst in der Zwangsvollstreckung auf Grund diese Vorbehalts Einwendungen erhebt (ZV) §8 781, 785). Es sei denn, daß, was zustlig ist, die Frage der Haftbarderung schon im Prozesse selben, daß, was zustlig ist, die Frage der Haftbarderungseschräntung schon im Prozesse selbst mit entschieden wird Mohabiger, wenn er nach errichtetem Auventar die Leistung des Offenbarungseides verweigert (§ 2006 Abs 3). Auch durch Verzicht fann der Erbe der Beschränkbarkeit seiner Haftung gegenüber (einzelnen) Nachlaßgläubigern verlustig gehen; es bedarf aber dazu, wie auch sonst nach VGB auf dem Gebiete der Schuldverhältnisse (val. § 397 A 1 b), eines Vertrags (a. M. Pland Vorbem 6c vor § 1993). Die Vertretungsmacht des Nachlaßgeseer erstreckt sich nicht auf einen Verzicht diese Inhalts (§ 2012 Abs 1 Sap. Auf). A 3).
- 5. Die in Unterabschnitt V (§§ 2014—2017) dem Erben gewährten aufschiedenden Sinreden haben mit der Frage der Schuldenhaftung nichts zu tun. Sie sichern ihm nur die Möglichkeit, sich ungestört von den Nachlaßgläubigern über den Bestand des Nachlasses zu vergewissern.
- 6. Die Haftung mehrerer Miterben für die Nachlaßverdindlichkeiten wird erst im vierten Titel Unterabschmitt II (§§ 2058—2063) durch besondere Vorschriften geregelt. Sie haften grundsählich als Gesamtschuldner, aber die zur Teilung nur mit ihrem Anteil am Nachlasse; nach der Teilung haftet der Miterbe, hinsichtlich dessen die in §§ 2060 Nr 1—3, 2061 aufgestellten Voraussehungen erfüllt sind, hinsichtlich der dabei in Betracht kommenden Nachlaßverdindlichkeiten nur für den seinem Erbteile entsprechenden Teil dieser Verbindlichkeiten (also pro rata partis hereditariae). Näheres vgl. unten bei den genannten Pacagraphen.
- 7. Besondere Vorschriften für die Schuldenhaftung des Nacherben §§ 2144ff., bei Beendigung und Fortsetzung der allgemeinen Gütergemeinschaft §§ 1480, 1489, bei Fortsührung eines zum Nachlasse gehörenden Handelsgeschäfts oder einer Handelsgesellschaft Hur §§ 27, 139. Über die Haftung des Erbschaftstüufers § 2382. Wegen des internationalen Privatrechts vgl. Vorbem 1 zu diesem Buche (Art 24 Abs 2 EG). Gerichtsstand der Erbschaft für Nachlasverbindlichkeiten §§ 27, 28 BPO.

1. Nachlagverbindlichkeiten

\$ 1967

Der Erbe haftet für die Rachlagberbindlichkeiten1).

Bu den Nachlagverbindlichteiten gehören außer den vom Erblasser herrührenden Schulden²) die den Erben als solchen tressenden Verbindlichkeiten³), insbesondere die Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auslagen⁴).

- E I 2051 Sat 1, 2092 AD 2 II 1843; M 5 525—530, 602—604; B 5 649, 650, 731, 740
- 1. Grundsätliche Ausgestaltung der Haftung für die Nachlaßverbindlichkeiten s. Borbem 1 bis 7. Das Gesetz unterscheidet zwischen den bereits in der Person des Erblassers vorhanden gewesenen und den erst in der Person des Erben entstehenden, den "Erben als solchen trefsenden" Berbindlichseiten. Es spricht serner von gemeinschaftlichen, im Gegensatzu den nur einigen Miterben zur Last sallenden Berbindlichseiten (§§ 2058, 2046 Abs 2). War mit der Erbschaft zugleich eine weitere bereits dem Erblasser angesallene Erbschaft auf den Erben übergegangen (§ 1952 Abs 1), so bilden, wenn er nicht unbeschränkt haftet, beide Nachlässe in Ansehung der Nachlässerbindlichseiten getrennte Massen. Berjährung § 207.
- 2. Über die Frage, ob die vom Erblaffer herrührenden Berbindlichkeiten, Erba laffericulben, jum Bermogen bes Erblaffers im Ginne bes § 1922 gehoren und beshalb bereits auf Erund dieser Bestimmung auf den Erben übergehen, vgl. § 1922 A. — Gewisse Verpflichtungen erlöschen nit dem Tode, so im Zweisel die aus dem schenkweisen Versprechen wiederkehrender Leistungen (§ 520), die zur Leistung persönlicher Dienste (§ 618), ferner die gesetlichen Unterhaltspflichten gegenüber Berwandten (§ 1615), nicht dagegen Die gegenüber dem ohne Schuld geschiedenen Chegatten, die fich im Gegenteil erweitert (§ 1582), ebensowenig die gegenüber dem unehelichen Kinde (§ 1712), die als gewöhnliche Rachlagverbindlichkeit mit Vorrang por Pflichtteilsberechtigten auf den Erben übergeht (RG 10. 5. 17, IV 104/17). — Berbindlichkeiten bes Erblaffers gegen ben Erben erloschen burch Bereinigung von Recht und Berbindlichkeit, leben aber wieder auf, falls Absonderung bes Rachlagvermogens von bem eignen bes Erben eintritt. — Zum übergange einer Berbinblichkeit auf ben Erben genügt es, bag bei Lebzeiten bes Erblaffers ber Berpflichtungsgrund (die causa), das Rechtsgeschäft ober die unerlaubte handlung ober ber sonftige die Berpflichtung begrundende wesentliche Tatbeftand, gegeben war, wenn auch erft nach bem Tobe durch hinzukommen weiterer Umstände (Erfüllung einer Bedingung, Eintritt einer Beitbestimmung, Entstehung eines Schadens) die Berpflichtung in Araft tritt. Haftung ber Erben des Romplementars für die Berbindlichkeiten einer mit dem Tode des Erblaffers in Liquidation getretenen Kommanditgesellschaft (RG 72, 119). — Anch Verpflichtungen gur Abgabe von Willenserflärungen tonnen Rachlagverbindlichfeiten fein (Re bei Gruchot 56, 1005). Desgleichen eine Berpflichtung aus einer Areditburgichaft, auch für ben beim Tode des Erblissers noch nicht in Anspruch genonmenen Kredit (96 328 1911, 447); Berpflichtungen bes Erblaffers ans einem Unterhalts. oder Leibrentenvertrage mit feinem unehelichen Kinde, vorbehaltlich § 520 (96 im Recht 1915 Rr 1114); doch ift ein Berfprechen, daß das Kind "aus dem Bermogen" des Bersprechenden eine Unterhaltssumme erhalten folle, dahin ausgelegt worden, daß aus dem Nachlaffe nicht zu gahlen fei (966 im Recht 1917 Rr 1223). Eine Nachlagverbindlichkeit begründet ferner der Anspruch der Fürsorge behörde gegenüber dem zu Bermögen oder Einkommen gelangten hilfsbedurftigen auf Erlat ber ihm gemachten Fürforgeleiftungen (BD über die Fürforgepflicht v. 13. 2. 24, RO Bi 100, § 25). Ift eine vom Erblasser herrührende Schuld zugleich personliche Schuld des Erben, 3. B. wenn der Burge Erbe des Hauptschuldners geworden ift, so kann der Erbe sich wegen dieser Rachlagverbindlichkeit nicht auf beschränkte haftung berufen (Re 76, 57).
- 3. Den Erben als jolden treffen die erft nach dem Tode des Erblassers aus Anlaß des Erblasse und in Beziehung auf den Nachlaß neu entstehenden Berdindichkeiten, die entweber durch den Willen des Erblassers oder unmittelbar durch das Geset dem Erben auferlegt sind. Dazu gehören außer den besonders hervorgehobenen Berdindickteiten aus Pflichteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen (vgl. Al.) auch die sog geset lichen Vermächtnisser der Woraus des überlebenden Ehegatten (§ 1932), der Dreißigke (§ 1968); ferner der Unterhaltsanspruch der Mutter eines erwarteten Erben (§ 1963). Gewilsen Verbindlichkeiten ist durch die Konkursordnung (§ 224) für den Fall des Nachlaßebnturses eine bevorzugte Stellung in der Weise gegeben, daß sie als Massetzten zur Berichtigung gelangen, wodurch sie zugleich als Nachlaßverbindlichkeiten anerkannt sind. Es sind dies namentlich: die Beerdigungskoften (KD § 224 Nr 2, vgl. auch § 1968);

die Kosten ber Tobeserklärung des Erblassers (Nr 3; BPO § 971); ferner (Nr 4) der Eröffnung von Verfügungen des Erblassers von Tobes wegen (§§ 2260, 2300), der gerichtlichen Siegelung und der Nachlaspflegschaft (§§ 1960, 1961) — auch der Nachlasperwaltung (§§ 1982, 1988; **NG** FW 06, 114¹⁸) —, der öffentlichen Aufforderung zur Anmeldung von Erbrechten, sowie des Aufgebots der Nachlaßgläubiger in den Fälsen der §§ 1965 u. 1970 — nicht auch des § 2061; vgl. Abs 2 Sch 3 daselbst — und der Inventauerrichtung (§ 1993). Sodann aber gehören dazu auch die dem Nachlagpfleger, Testamentevollstreder und dem vorläufigen Erben, der die Erbs chaft ausgeschlagen hat, zustehenden Ansprüche aus ihrer Geschäftsführung, also einschließlich der etwa (val. §§ 1960 A 4, 1987, 2221) geschuldeten Vergütung für diese, jedoch für den Fall des Konkurses mit der in KO § 224 Rr 6 hinzugefügten Beschränkung; ferner, falls Nachlagverwaltung angeordnet oder Rachlaftonturs eröffnet ift, auch die bem Erben, ber Erbe bleibt, gemäß §§ 1978, 1979 aus dem Nachlasse zu ersehenden, aus seiner Berwaltung entstandenen Aufwendungen (Dr 1). Auch die Dritten gegenüber aus rechtsgeschäftlichen handlungen bes Testaments. pollstreders und des Nachlaßpflegers bei der Berwaltung des Nachlasses entstandenen Berbindlichkeiten sind in AD § 224 (Ar 5) als Masseschulden anerkannt; das gilt jedoch nur insoweit, als sie durch eine ordnungsmäßige Verwaltung ersorderlich geworden sind, erstreckt fich aber unter dieser Voraussetzung auch auf die entstandenen Prozestosten (96 60, 30). -Keine ausdrückliche Bestimmung enthält dagegen das Geset hinsichtlich der aus Rechtsgeschäften des Erben selbst, der Erbe bleibt — wegen des vorläufigen Erben, der später ausschlägt, vgl. § 1959 U3 - in Beziehung auf den Nachlaß Dritten gegenüber entstandenen Berbindlichkeiten. Es ift beshalb febr beftritten, ob und inwielweit bei eintretender Absonderung des Nachlafvermögens von dem eignen Vermögen des Erben solche Verbind lichteiten gegen bas eine ober andere Bermögen ober gegen beibe geltend gemacht werden tonnen. Bgl. darüber für bas alte Necht NG 35, 419, ferner NG 62, 38 für den Fall eines Schulbanerkenntniffes, 96 72, 121 für die von den Liquidatoren eingegangenen Ber bindlichkeiten einer durch den Tod bes Erblaffers aufgelöften, in Liquidation befindlichen Kommanbitgefellschaft; und für ben Fall einer vom Erben eingegangenen Darlebens schuld mit ausführlicher Begründung **MG** 90, 91. Danach ist es begrifflich nicht ausgeschlossen, daß eine solche Berbindlichkeit, nach Art einer Gesamtschuld, zugleich für das Nachlagvermögen und für bas perfonliche Bermögen bes Erben eingegangen wird; ander seits tann bie haftung auf ben Nachlag baburch beschränft werben, bag ber Erbe ertlärt, in Vertretung des Nachlasses zu handeln; aber auch ohne ausdrückliche Bereinbarung muß eine vom Erben in ordnungsmäßiger Berwaltung bes Nachlasses eingegangene Berpflich. tung als Nachlagverbindlichteit angesehen werben und also auch im Nachlagtonturse geltend gemacht werben können, allerbings in Ermanglung einer ausdrücklichen Bestimmung nicht als Wasselfuld (NG 62, 44). Nach NG 90, 95 soll es auch nicht entscheidend darauf ausdemmen, ob die Beziehung zum Nachlasse dem Geschäftsgegner erkenndar gemacht ist, ein Sath, der bedenstlich sein dürfte, da er mit den, doch wenigstens entsprechend anwendbaren Borschriften über das Handeln in fremdenn Namen (§ 164) schwerlich zu vereindaren ist; teinessalls kann er wohl dazu führen, in solchem Falle die personliche Hastung des Erben zum Nachteile des Gläubigers auszuschließen. Eine Ausschließung der Haftung bes Nachlasses und Beschränkung auf die personliche Haftung des Erben wird namentlich bei Rechts. geschäften anzunehmen sein, die der Borerbe in eignem Namen, wenn auch im Interesse der Borerbschaft, vornimmt (**MG** 90, 96). In **MG** 112, 129 hat das Reichsgericht diese Rechtsgrundsätze bestätigt als maßgebend für die Berpflichtung zur Übertragung des Eigentums (Auflassung) an einem Nachlasgrundstücke, dabei jedoch die Frage, ob es auf die Erfennbarmachung gegenüber dem Gegner ankomme, offen gelaffen. Desgleichen bei Barn 1926 Ur 216 hinfichtlich des Bereicherungsauspruchs, der entstanden ift infolge Sinfälligwerdens eines von den Erben in ordnungemäßiger Berwaltung des nachlisses, unter Erfennbar machung der Beziehung zu diesem, abgeschlossenen Bertaufes eines Rachlaggrundftuds. -Eigenverbindlichkeiten des Erben sind die Sch denserschansprüche der Nachlakaläubiger gegen ihn aus schuldhafter Verwaltung des Nachlasses (§§ 1978—1980); der Erbe haftet für sie mit seinem ganzen Bermögen, ohne sich auf die Beschränfung seiner Erbenhaftung auf den Nachlaß berufen zu können (RG 92, 343); auch in den Fällen der §§ 2313 Abs 2 Sat 2, 2314, 2384 haftet der Erbe bem Berechtigten perfonlich. - Rach dem Erbichafts fteuergesete v. 10. 9. 19 follte die Rachlaffteuer nicht als Nachlagverbindlichkeit gelten (§ 11 Nr 2), jedoch nur in dem Sinne, daß sie bei Berechnung der Steuer von dem Attivvermögen nicht abgezogen werden darf; im übrigen war sie nach § 17 "aus dem Nachlasse" zu entrichten, also eine Nachlasverbindlichkeit. Die Nachlassteuer ist durch die neuere Erbschaftssteuergesetzung weggefallen. Die nach dem jeht geltenden Erbschaftssteuergesetze v. 22. 8. 1925, RGBI 320) allein noch zur Erhebung gelangende Erbschaftssteuer ist als Erbanfallstener eine persönliche Verpflichtung des Erben; neben ihm haftet aber auch der Nachlaß (§ 15 Abs 1, 3). Nach § 95 Abs 3 RUbg Ordnung haften Erben für die aus

dem Nachlaß zu entrichtenden Steuern "wie für Nachlaßverbindlichkeiten nach burgerlichem Nechte". — Auf die Kosten eines vom Erblasser begonnenen, vom Erben fortgesetzen Prozesses erstreckt sich die Haftungsbeschränkung, sowohl dem Gegner wie dem Fiskus gegenüber, nur so weit, als die Nosten bereits zu Lebzeiten bes Erblassers entstanden sind (RG 3B 1912, 4647).

4. Die Berbindlichkeiten aus Pflichtteilerechten (§§ 2308ff.), Bermächtniffen (§ 2174) einschließlich ber fog. gesehlichen Bermachtniffe (§§ 1932, 1969) und aus Auflagen (§ 2192), nehmen in mehrfacher Beziehung eine Sonderftellung als Nachlaßverbinblichkeiten ein. Sie werden einerseits durch das Aufgebot nicht betroffen (§ 1972), andersits aber gehen auch im Aufgebotsverfahren ausgeschlossen Elänbiger ihnen vor (§ 1978 Abs 1 Satz 2); sie bleiben sür die Frage der Überschuldung behufs Eröffnung des Nachlaßkonkurses außer Betracht (§ 1980 Abs 1), werden aber im Konkurse und bei konkursmäßiger Vefriedigung ber Nachlaßgläubiger durch den Erben erst nach allen übrigen Berbindlichkeiten berichtigt (ND § 226; BGB § 1991 Abs 4); falls die Überschuldung des Nachlasses auf ihnen beruht, kann der Erbe ohne Nachlaßverwaltung oder Nachlaßkonkurs die Befriedigung verweigern, soweit der Nachlaß nicht ausreicht (§ 1992). — Nachlaßgläubiger ist auch der Miterbe, dem ein Vorausvermächtnis zugewendet ist (NG 93, 197); wegen der Geltendmachung gegen Miterben vgl. § 2058.

\$ 1968

Der Erbe trägt die Roften1) der ftandesmäßigen Beerdigung des Erb= laffers2).

© I 2055 II 1844; M 5 535, 536; B 5 654.

1. Das BBB verpflichtet den Erben nicht zur Beerdigung des Erblassers. Hierüber bestimmt das öffentliche Recht. Der Erblaffer kann seine Bestattung wirksam einem Dritten auftragen, seine Angehörigen haben hierauf kein unentziehbares Recht (RG 3B 1912, 54019). Wegen der seine Angehörigen haben hierauf kein unentziehbares Necht (NG IV 1912, 5401°). Wegen der Erbbegräbnisse s. Erb Art 133. Nur die Kröten der Beerdigung hat der Erbe zu tragen. Diese Verpstichtung ist damit als Nachsaßverdindlichkeit anerkannt (§ 1967 A 3) und unterliegt als solde bezäglich des Umfangs der Haftung den allgemeinen Grundsähen. Dies schließt nicht aus, daß der Erbe durch in bezug auf die Beerdigung vorgenommene Nechtsgeschäfte auch eine Sigenwerdindlichkeit (§ 1967 A 3) auf sich ninunt. Masselchuld im Konturse KD § 224 Nr 2. Hat der Erbschaftsbesitzer die Beerdigungskosten getragen, so gehören sie zu den ihm vom Erben zu erstattenden Verwendungen, § 2022 Abs 2. Aushilfsweise Hattung des Unterhaltspssichtigen §§ 1615 Abs 2, 1580 Abs 3, 1360 Abs 3, des unehelichen Vaters § 1718 Abs 2. Ersahanspruch des Erben im Falle der Tötung § 844 Abs 1, Haftpsselchen Vertalb. Hattung des Art 42). Haftung des Reeders HEV § 554, Seemu § 64.

2. Standermäßige Vecrdigung. Hierunter muß auch die Feuerbestattung verstanden werden, soweit deren Kosten der Lebensstellung des Erbsassers augemessen sie nicht und Mesen kerden der Vertaubung gleichstehende Vestatungsart an, es ist deshalb nicht gerechtsertigt, am Vuchstaben des Gesetes zu haften. Die Stand des mäßig keit der Vertauen die mehr und mehr als eine der Vererbigung gleichstehende Vestatungsart an, es ist deshalb nicht gerechtsertigt, am Vuchstaben des Gesetes zu haften. Die Stand des mäßig keit der Vertausen

gerechtfertigt, am Buchstaben bes Gefetes ju haften. - Die Stanbesmäßigteit ber Be erdigung bestimmt sich nach der Lebensstellung des Erblassers (§ 1610 Abf 1) und begreift die landesüblichen kirchlichen und bürgerlichen Leichenfeierlichkeiten, nicht auch die Errichtung ober Instandhaltung eines Grabbenkmals ober die Erhaltung der Grabftätte in sich; so mit Recht Bland, 3. Aufl., Erl 2, a. M. die 4. Aufl.; die Gegenmeinung der zweiten Auflage Diefes Kommentars kann nicht aufrechterhalten werden, da es an einer gesetzlichen Bestimmung zur Begründung einer solchen Verpflichtung fehlt; § 23 Abs 4 Rr 1 Erbsche Caut Bek v. 22. 8. 25 (MGBI 320) erklärt, wie die früheren Erbichaftstenergesete, die Rosten eines angemessenen Grabbentmals für abzugsfähig; dadurch wird aber eine Berpflichtung bes Erben zur Errichtung nicht begrundet. Unter Umftanden auch die Aberführung ber Leiche nach einem entfernteren Orte (NG 66, 308), sowie die Beschaffung von Trauerkleidung für Gesinde oder durftige Angehörige. Immerhin hat sich der Erbe nach dem Stande des Nachlasses und nach der Volkssitte (Beisepung der Asche NG 3B 09, 4101) zu richten und tann sich durch übermäßigen Aufwand den Nachlaggläubigern aus §§ 1978—1980 ersat-pflichtig machen. Als Erblasser kommt im Falle der Nacherbschaft selbstverständlich nicht der Borerbe in Betracht. — Leptwillige Anordnungen bezüglich der Beerdigung als Auflagen § 1940 A 4. Auch wenn feine ausdrücklichen Anordnungen des Erblaffers vorliegen, haben die Erben die Art der Bestattung, insbesondere die Auswahl der Ruhestätte, unter möglichster Wahrung des Willens des Verstorbenen, soweit dieser zu ermitteln ist, vorgunehmen, unter Burudftellung ihrer eigenen Interessen und Bunfche (Re in DIB. 04, 26519; RW 100, 172). Für Zeit und Ort der Bestattung ist in erster Linie der Wille des Verstorbenen maßgebend, auch soweit er nicht in einer formgerechten lettwilligen Ver fügung ausgebrückt ift (96 100, 172; 108, 220; Warn 1912 Mr 219; 1925 Mr 203). Fehlt

eine Bestimmung des Erblaffers, so liegt die Annahme nahe, daß die Erben, welche die Roften ber Bestattung tragen, auch ben Ort gu bestimmen haben, besonders wenn fie gu ben nächsten Sinterbliebenen gehören. Zu einer Umbettung sind sie aber nicht nach Belieben, sondern nur wenn ausreichende Gründe vorliegen, berechtigt, 3. B. der Wunsch Beleven, sondern nur wenn ausreichende Gründe vorliegen, berechtigt, z. B. der Wunsch der Witwe, die gleiche Grabstätte mit ihrem verstorbenen Manne zu teilen (DLG 16, 262; PKG 71, 20; 108, 220). Der Erbe, insbesondere wenn es die Witwe ist, kann gegen eine Kirchengemeinde, bei der der Verstorbene eingepfarrt war, auf Grund der bestehengen bliebenen Bestimmungen des PrULU (§§ 183ff. II 11, Art 133 EG) den Amstruch auf Gewährung eines "ehrlichen", d. h. üblichen und regelmäßigen Vegräbulsplaßes "in der Reche" im ordentlichen Kechtswege geltend machen (KG 106, 188). Der Gewährsam an einer schon bestatteten Leiche sieht nach gemeinem Kechte, das als Landesrecht nach Art 133 EG noch maßgebend ist, nicht den Angehörigen, sondern dem zu, der die Verfügung über den Friedhof hat (KG Warn 1912 Nr 219; KG 108, 219). Bei der Frage der Umbettung einer Leiche kommen öffentliche Juteressen in Vetracht und sind die darüber erlassen vollzeilichen Korschriften maßgebend (KG 108, 219). Auch wenn es sich unt Niesenschaften vollzeilichen Korschriften maßgebend (KG 108, 219). Auch wenn es sich und Niesenschaften vollzeilichen Korschriften maßgebend (KG 108, 219). Auch wenn es sich und Niesenschaften vollzeilichen Korschriften maßgebend (KG 108, 219). laffenen polizeilichen Borfchriften maßgebend (RG 108, 219). Auch wenn es sich um Ausgrabung einer in ein bereits bestehendes Grab eingegrabenen Ufchenurne handelt, ift Die Volksanschauung zu beachten, welche die Ruhe der Toten nicht ohne besondere Eründe gestört wissen will (RG Warn 1925 Rr 203). Ein darüber unter den Erben entstehender Streit ist eine bürgerliche Nechtsitreitigkeit, für die der Rechtsweg zulässig ist (RG Warn 1913 Nr 303 und RG 71, 20; 100, 172; 108, 219).

§ 1969

Der Erbe ift berpflichtet1), Familienangehörigen des Erblaffers, die gur Zeit bes Todes bes Erblaffers zu deffen Sausstande gehört und von ihm Unterhalt bezogen haben2), in ben erften dreifig Tagen nach bem Gintritte des Erbfalles) in demfelben Umfange, wie der Erblaffer es getan hat, Unterhalt zu gewähren4) und die Benutzung der Wohnung und der Haushaltsgegenstände zu gestatten5). Der Erblaffer tann burch lettwillige Berfügung eine abweichende Anordnung treffen6).

Die Borichriften über Bermächtnisse finden entsprechende Anwendung?).

1. Das Recht auf ben Dreifigften begründet eine Rachlagverbindlichkeit im Ginne 1. Das Necht am ven Verigigten vegrunder eine Machlagverbindlichteit im Sinne von § 1967 Abs. 1, für die der Erbe nach allgemeinen (Vorbem) und den besonderen für Vermächt uisse gestenden Erundsähen (vgl. § 1967 A 4) die Haftung auf den Nachlaß der schräften kann. Bor Annahme der Erbschaft kann sie nicht gegen den Erben geltend gemacht werden, § 1958. Regelmäßig bedarf es deshalb der Bestellung eines Nachlaßpflegers, § 1961. Die aufschiedenden Einreden der §§ 2014, 2015 sind der Ratur der Sach ausgeschlossen. 2. Das Gesetz gibt keine Begriffsbestimmung für die Ingehörigkeit zur Familie, ebensowenig wie BBD § 181. Der in StBB § 52 Abs 2 aufgestellte engere Begriff der "Angehörigen" kann nicht maßgebend sein. Als Familienangehörige werden vielmehr alle mit dem Erhsasser verhandere und durch Ese perhandene Berlopen (Khegatte, Berlowögerte).

dem Erblasser verwandte und durch Ehe berbundene Bersonen (Chegatie, Berschwägerte), außerbem aber alle biejenigen anzusehen sein, die tatfachlich vom Erblaffer als zur Familien gemeinschaft gehörig betrachtet und behandelt worden sind, 3. B. Pflegekinder, Freunde, sofern sie aus solchem Anlasse in den Hausstand aufgenommen worden sind, auch wenn die Beziehungen vertragsmäßig geregelt sind; nicht dagegen solche, bei denen die Aufnahme in den Hausstand auf rein wirlschaftlichen Berträgen beruht, z. B. auf einem Ernährungsvertrage mit einer dem Erblasser sernstehenden Person oder auf Dienstretigen "mit Jamilienvertage int einer dem Erdiaset seinlichen verschen von der auf Diensvertragen "nut Familienanschluß" bei Haussehrern, Hausbamen, Erzieherinnen usw.; hier sind nur die vertraglichen Rechte maßgebend. — Die Zugehörigkeit zum **Haussplande** (§ 1617) setzt ein auf längere Dauer berechnetes räumliches Zusammenleben mit den übrigen Familiengliedern voraus. Ploß vorübergehende Anwesenheit (zum Besuche) genügt nicht. Umgekehrt hebt vorübergehende Anwesenheit (auf Reisen, zu Etudienzwecken) das Zugehörigkeitsverhältnis nicht auf. Inwieweit bei abgesonderter Wohnung (Auszügler) Gemeinsamkeit des Hausschafter Unterhalt von Erdsafzer Unterhalt von Erdsafzer Unterhalt von Erdsafzer Unterhalt bezogen haben. Db auf Grund gesetlicher Unterhaltspflicht oder freiwillig ober auf Grund Bertrags, macht feinen Unterschied.

3. Fristberechnung §is 187 Abs 1, 188 Abs 1. Im Falle ber Todeserklärung tann die dreisigtägige Frist von dem als Zeitpunkt des Todes geltenden Tage (§ 18) nicht gewahrt werden und somit, da Unterhalt für die Bergangenheit nicht beansprucht werden kann (val. A 4), die Wohltat bes Dreifigsten nicht in Frage kommen; § 1974 Abi 1 Sak 2

ift nicht übertragbar.

- 4. Für das **Maß** des Unterhalts und die Art der Gewährung ist nur die disherige tatsächliche Übung, nicht der standesmäßige Bedarf (§ 1610 Abs 1) entscheidend. Der Anspruch erlischt durch Ausscheiden aus dem Hausstande, sosen dieser nach dem Tode des Erblassers nuch sonig fortgeführt wird. Er ist als gesehlicher Unterhaltsanspruch nicht übertragdar und unpfändbar (§§ 399, 400; BBD § 850 Kr 2). Bon den Borschriften über die Unterhaltspssicht der Berwandten werden die §§ 1613, 1614: kein Anspruch sür die Bergangenheit, Unverzichtbarkeit für die Zukunft, insbesondere dei Ledzeiten des Erblassers, als auf der Natur der Unterhaltsverdindlichkeiten bernhend entsprechend anwendbar sein (a. M. Plank Erl 4d); die durch die Kürze der Frist aus § 1613 in Verdindung mit § 1958 sich ergebenden Schwierigkeiten lassen sich durch schlennigst erwirtte Vestellung eines Nachlaspsssers (§ 1961) und, sofern nötig, einstweilige Verfügung überwinden. Neine Anwendung fann § 1612 sinden; der Unterhalt ist vielnuchr "in demselben Umfange wieder Erblasser es getan hat," also auch in der gleichen Art, und in der Regel sonach in Natur, zu gewähren. Wird jedoch der Haushalt infolge des Todes aufgelöst, so wird der Unterhalt in Geld zu gewähren sein.
- 5. Auch in der Benutung der Wohnung und der Haustlägegenstände liegt die Gewährung eines Vermögensvorteils, die aus dem unzulänglichen Nachlaß nicht gefordert werden kann, §§ 1991 Abs 4. Schadensersat kann nur gesordert werden, soweit Verzug vorliegt (§§ 286, 284).

6. Lettwillige Berfligung s. § 1937 A 1. Der Erblasser kann einen andern als den Erben beschweren (§ 2147), den Dreißigsten ganz ausschließen, ihn nach Umfang und Dauer vermindern oder einen Borrang anordnen (§ 2189). Insoweit er ihn erweitert, handelt es sich um reines Vermächtnis.

7. Fall des gesetzlichen Bermächtnisses § 1939 A 5. Der Berechtigte hat nur ein Forderungsrecht aus § 2174, keinen dinglichen Anspruch und genießt keinen Besitzlchutz nach §§ 858 ff. (a. M. Dernburg V § 152, III 2). Ansechtung wegen Vermächtnisunwürdigkeit § 2345.

II. Aufgebot der Nachlaßgläubiger

Die öffentliche Aufforderung der Nachlaßgläubiger im Wege des Aufgebotsverfahrens (§ 1970) verschafft dem Erben nicht nur eine zuverlässige Übersicht über den Stand des Nachlasses, sondern sichert ihn auch gegen die Gefahr, mit dem eigenen Vermögen und über den Betrag seiner Bereicherung durch die Erbschaft hinaus für undetannt gebliebene Nachlasverdindlichkeiten in Aufpruch genommen zu werden, ohne die Beschränkung seiner Hachlasverdinds sprach ischer Patrung nach §§ 1975 ff. herbeisühren zu müssen (§ 1973). In derselben Weise ist er auch ohne Aufgedot sichergestellt, wenn die Nachlasverdindlichkeiten spater als 5 Jahre nach dem Erbsall gegen ihn geltend gemacht werden (§ 1974). Die gleichen Grundsätz gelten, und zwar zugleich mit der Wirtung, die gesamtschuldnerische in eine Teilhastung zu verwandeln, für die Miterben (§ 2060 Nr 1 u. 2, s. auch § 2045). Vgl. Vorbem. 2 zu diesem Titel.

§ 1970

Die Nachlafgläubiger¹) können im Wege des Aufgebotsversahrens²) zur Anmeldung ihrer Forderungen aufgefordert werden³).

E I 2120 9165 1 II 1845; IR 5 644, 645; B 5 743, 774-777.

1. Die Aufforberung richtet sich, mit den Ausnahmen der §§ 1971, 1972, an alle Rachlaggläubiger ohne Unterschied, selbst wenn sie gegen den Erblasser oder den Erben bereits einen vollstreckbaren Titel oder ein rechtskräftiges Urteil erlangt haben oder dem Erben bekannt sind. Sie betrifft sowohl diesenigen (Andler), wie diesenigen, die erst nach dem Erbsalse vorderungen gegen den Erblasser solden erlangt haben (§ 1967 A 2, 3). Auch die Etsalse volleger solder Forderungen, die zur Zeit des Erlasses des Aufgebots noch bedingt oder betagt oder erst dem Rechtsgrunde nach entstanden sind, z. B. Müchriffssorderungen des Bürgen. Dagegen werden Eläubiger, deren Forderungen erst nach der öffentlichen Bekanntmachung des Aufgebots durch den Deutschen Keichsanzeiger, mit welcher die Aufgebotssfrist beginnt (§ 950 ZPD), dem Erunde nach entstehen, von dem Aufgebote nicht betroffen werden; eine Aumeldung innerhalb einer schon in Lauf geseten Unmelderist kann dem Estalbiger nicht "zugemutet" werden (a. M. Pland Erl Ze vor §§ 1971, 1972; Errohal II § 75 II 3 und U 7). Zur Perbeisührung der Anneldepsischt bedartragt hat, wird eine eignen Forderungen gegen den Nachlaß auch ohne Anmeldung vor den ausgeschlosse

nen Glänbigern zu befriedigen berechtigt sein; dagegen wird es der Anmelbung bedürsen, venn das Befriedigungsrecht gegenüber einem anderen Miterben, dem das Aufgebot zugute kommt (BPD § 997), oder gegenüber einem Nachlaßverwalter oder Testamentsvollstrecker erdaten bleiben soll. Diejenigen Gläubiger, denen der Erbe bereits unbeschränkt hastet (Vorbem 4 dor § 1907), gehen durch Bersäumung der Anmelbung ihrer bereits erworbenen Rechte auf Bestiedigung auch aus dem persönlichen Bermögen des Erben nicht verlustig. — Aus vertragswidrigem Handeln des Erben bei Erfüllung eines von dem Erblasser abgeschlossenen Bertrags entsteht eine persönliche Verbindlichkeit des Erben; der Gläubiger ist nicht verpssichtet, diesen Anspruch im Aufgebotsversahren anzumelben (NG 92, 841).

vorausgegangen ist, einer vorhergehenden ausdrücklichen Annahmeerklärung bedarf. Unter dieser Voraussehung ist auch der Nacherbe schon vor dem Eintritte der Nacherbsolge zur Antragstellung berechtigt (vgl. § 1946 A 2). Das Antragsrecht des Erben ist ausgeschlossen, wenn er für die Nachlaßverdindlichkeiten bereits allgemein unbeschränkt, d. h. nicht mehr beschräntbar (§§ 1994, 2005), haftet; eine unbeschränfte haftung gegenüber einzelnen Gläubigern entzieht ihm bas Antragerecht nicht. Doch kann auch ber unbeschräntt haftenbe Gläubigern entzieht ihm das Antragsrecht nicht. Doch kann auch der unbeschränkt haftende Miterbe das Aufgebot zum Zwede der Herbeisührung der Teilhaftung (§ 2059) beantragen (ZBO § 997 Abf 2). Außer dem Erben ist auch der Nachlaßpfleger, einschließlich des Nachlaßverwalters (§§ 1960, 1975), und zwar schon vor Annahme der Erbschaft (ZBO § 991 Abf 2), sowie der Testamentsvollstrecker, dieser aber erst nach Annahme der Erbschaft durch den Erben, antragsberechtigt (ZBO § 991 Abf 2, 3), falls ihnen die Berwaltung und der Testamentsvollstrecker auch dann noch berechtigt sind, das Aufgebot zu beantragen, wenn der Erbe unbeschränkt haftet (beiahend Pland Erl 1; auch Lipp § 76III; OBG 19, 164; verneinend Strohal II § 75 A 2). In diesem Falle tann gemäß § 2018 die an die Durchführung des Ausgedotsversahrens geknübste Kolas der Belducantung der Auftung bie Durchführung des Aufgebotsversahrens geknüpfte Folge der Belchränkung der Haftung des Exben gegenüber dem ausgeschlossenen Nachlaßgläudiger auf den Nachlaß (§ 1973) nicht eintreten; bemaufolge fann auch die Aufforderung zur Anmeldung nicht den entsprechenden, in § 995 BBO vorgesehenen Rechtsnachteil androhen. Diesem einen anderen Rechtsnachteil androhen. Diesem einen anderen Rechtsnachteil vorsahren nur in ganz bestimmten Fällen mit genau festgesehten Ausschlußfolgen zu und erflärt ein in Fällen, in welchen es ein Aufgebotsverfahren nicht zuläßt, ergangenes Auschlugurteil für anfechtbar (BBO § 957 Abf 2 Rr 1). Dafür, ben Nachlaggläubiger, ber sich innerhalb einer durch Aufgebot bestimmten Frist nicht melbet, von der Befriedigung aus dem Nachlasse (katt aus dem persönlichen Bermögen des Erben) auszuschließen, fehlt es an einer gesehlichen Grundlage. Auch aus der durch § 1980 in Berbindung mit § 1985 dem Nachlaßverwalter gegenüber den Nachlaßgläubigern auferlegten Berantwortlichkeit ist für die gegenteilige Ansicht nichts zu entnehmen, ba eine Fahrlässigkeit in der Nicht. stellung bes Antrags selbstverständlich nicht gefunden werben kann, wenn ein Antragsrecht nicht mehr besteht, es sei denn, daß die Stellung schuldhafterweise verzögert worden ist. Gegen die Ansicht spricht auch die Fassung des § 175 Abs 2 328. — Das von einem Miterben beantragte Aufgebot tommt auch ben anberen Miterben, bas bom Racherben beantragte auch dem Borerben und umgekehrt zugute (BPD §§ 997, 908). Das vom Rachlaßpfleger ober Testamentsvollstreder beantragte Aufgebot fommt auch ohne besondere Borchrift bem Erben sugute, ba es ja gerade bie Beichrantung von belfen haftung als Aus-Schluffolge bewirkt. — In gewissen Fällen hat auch ber Chemann einer Erbin sowie ber Räufer der Erbschaft das Antragsrecht (BBO §§ 999, 1000). — Das Antragsrecht ist zeitlich nicht beschränft; doch verliert der Erbe die aufschiedenden Einreden aus § 2015 und BBO § 782, wenn er ben Untrag nicht innerhalb Jahresfrift nach ber Unnahme gestellt hat. Bahrenb ber Dauer der Rachlagverwaltung wird bas Antragsrecht bes Erben ruben, ba ihm bie Berwaltung entzogen ist (§ 1984). Nach § 992 BPD hat der Antragsteller dem Antrag ein Berzeichnis der ihm bekannten Nachlaßgläubiger beizufügen. Die Richtaufnahme eines bekannten Gläubigers in dieses Berzeichnis hindert dessen Ausschluß an sich nicht; kann aber, wenn sie durch den Erben zu vertreten ist (§ 276) und die Bersamung ber Frift burch den Glänbiger zur Folge hat, im Wege ber Berftellungspflicht (§ 249) bagu führen, bag ber Erbe fich diesem Glaubiger gegenüber auf den Ausschluß nicht berufen barf (DLG 18, 324).

3. Der Erbe und der Nachlaßverwalter sind nach §§ 1980 Abs 2 und 1985 Abs 2 bei Bermeidung des Schadenserschafts verpflichtet, in den dort vorgesehenen Fällen das Aufgebot zu beantragen. Die Kosten des Berfahrens zählen zu den Nachlaßverbindlichkeiten, die im Falle des Konkurses Masseschulden sind (KD § 224 Kr 4; vgl. § 1967 A 8).

§ 1971

Pfandgläubiger und Gläubiger, die im Konkurse den Pfandgläubigern gleichstehen¹), sowie Gläubiger, die bei der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Bermögen ein Recht auf Bestiedigung aus diesem Bermögen haben²), werden, soweit es sich um die Bestiedigung aus den ihnen hastenden Gegenständen handelt, durch das Ausgebot nicht betroffen³). Das gleiche gilt von Gläubigern, deren Ansprüche durch eine Bormerkung gestichert sind⁴) oder denen im Konkurs ein Aussonderungsrecht zusteht, in Anschung des Gegenstandes ihres Rechtes⁵).

E I 2125 II 1847; Dl 5 647, 648; B 5 743, 777-780.

- 1. Bestehende dingliche Sicherungerechte der Nachlaggläubiger an einzelnen Graenständen des Nachlasses werden durch die Vorschriften über die Beschränkung der Haftung des Erben nicht berührt. Die betreffenden Gläubiger können daher von der Befriedigung aus ben ihnen verhafteten Gegenftanben burch bas Ausgebot nicht ausgeschloffen werben. Pfandgläubiger sind diejenigen, welche ein burch Rechtsgeschäft bestelltes Pfandrecht an einer beweglichen Soche ober einem Rechte haben (§§ 1204, 1273; KD § 48). Diesen ftehen für den Fall bes Konturjes gleich die in § 49 RD aufgeführten Glaubiger, alfo bie öffentlichen Raffen hinsichtlich der wegen Abgaben beschlagnahmten Gegenstände (Nr 1; im übrigen werben aber auch fistalische Steuerforberungen bon bem Ausschluffe beiroffen, 96 64, 248); ferner bie mit gesetlichen ober burd Pfanbung erlangten Bfanb. rechten (3PD § 804) ober mit Zurückbehaltungerecht wegen Verwendungen ober kaufmännischem Zurüdbehaltungsrechte (HBB §§ 369-371) ausgestatteten Gläubiger (Nr 2-4). Den so bevorrechteten Gläubigern kann, solveit sie lediglich Befriedigung aus den ihnen verhafteten Gegenständen verlangen, der Erbe bie Befriedigung auch während bes Aufgebotsverfahrens nicht auf Grund bes § 2015 verweigern (§ 2016 Abf 2). Gie werben vom Aufgebot auch bann nicht betroffen, wenn lie bas bingliche Sicherungsrecht erft nach bem Erbfall durch ein Rechtsgeschäft mit dem Erben, Nachlagverwalter oder Testaments. vollstreder oder durch Zwangsvollstreckung vor ober während des Aufgebots (§ 782 Sat 2 BPD) erworben haben; doch sind diejenigen, die nach Eintritt des Erbfalles das Sicherungs-recht auf prozessualem Bege erlangt haben, der aufschiebenden Einrede des § 2015 ausgefeht (§ 2016 Abf 2). Ein nach Erlaß bes Ausschlußurteils erlangtes Sicherungs. recht kann jedoch die Wirkungen des Ausschlusses auch hinfichtlich der ihm unterliegenden Nachlafgegenstände nicht beseitigen, soweit nicht etwa in ber Ginräumung eines solchen Rechtes durch den Erben ein Bergicht auf die Geltendmachung der Ausschluswirfung gegenüber diesem Gläubiger gu finden ift.
- 2. Die Kcalberchtigten aus § 10 &B. Ihnen gegenüber kann als Erjah des Aufgebots, von dem sie als solche gleichfalls nicht betroffen werden, gemäß §§ 175—179 &B. durch den Antrag auf Iwangsversteigerung des Grundstück, zu dessentrags (§ 1970 A2), festgestellt werden, ob sie aus dem Grundstücke Deckung sinden oder der sonstige Nachlaß zu ihrer Bestiedigung herangezogen werden muß. Gegen die Deranziehung des sonstigen Nachlasse erwächst dem Erben eine Einrede, wenn der Rachlaßgländiger es unterläßt, in dem Zwangsversteigerungsverschren zu verlangen, daß dei Festsellung des geringten Gebots nur die seinem Anspruche vorgehenden Kechte berücksigt werden (§§ 179, 174 ZBG). Die Einrede ist begründet, auch wenn es zu einem Zuschlage nicht gekommen ist. Das Versahren sindet nicht statt, wenn der Erde dem Eschwerscheren ausgeschlossen seinem ausgeschlossen seinen Suschlaßer gleichsten sin dur gebotsversahren ausgeschlossen seinem Ausgeschlossen seinem Ausgeschlossen seinem Suschlaßer gleichsten sin Aufgebotsversahren ausgeschlossen ist oder einem ausgeschlossen Studisser gleichsteht (§ 175 Ubs 2 ZBG).
- 3. Wohl aber werden die dinglich gesicherten Gländiger betroffen, soweit sie wegen des Aussalls eine persönliche Forderung gegen den Nachlaß geltend zu machen berechtigt sind.
- 4. Die Vormerkung (§§ 883, 884), die schulbrechtliche Ausprüche auf Einräumung von Rechten an Grundstücken sichert, ist den dinglichen Sicherungsrechten au Grundstücken insofern gleichgestellt, als sich der Erbe, soweit der Auspruch durch die Vormerkung gesichert ist, auf die Beschränkung seiner Haftung nicht berufen kann (§ 884); deshalb wird ein so geslicherter Anspruch auch von dem Ausgedote nicht betroffen.
 - 5. Aussonderungerecht im Ronturje AD §§ 48ff.

§ 1972

Pflichtteilsrechte, Bermächtniffe und Auflagen werden durch das Aufgebot nicht betroffen1), unbeschabet ber Boridrift bes § 2060 Rr 12).

E II 1846; \$ 5 774, 775,

1. Pflichtteilerechte (§§ 2303 ff.), Bermächtnisse (§§ 2147 ff.) und Auflagen (§§ 2192 ff.) gehoren nach § 1967 zu den Nachlagverbindlichkeiten, tonnen jedoch nur gegenüber einem nicht durch andere Verbindlichkeiten überschuldeten Nachlaß geltend gemacht werden. Deshalb werden sie auch im Konkurse (KD § 226) und, wenn es hierzu nach § 1990 nicht gebouwen ist, durch den Erben gemäß §§ 1991 Abs 3, 1992 erst hinter alsen sonitägen Nachlaßverdindlichkeiten befriedigt. Aus dem gleichen Grunde ist die durch den Erben ersolgte Befriedigung sowohl im Falle des Konkurses wie außerhalb eines solchen der Ansechtung ausgeseht (KD § 222; Anso § 3a). Auch den im Ausgedotdversahren ausgeschlossenen Gläubigern siehen die Gläubiger aus solchen Verdindlichkeiten nach (§ 1973 Abs 1 Eat 2; vol. A dazu). Sie selbst gesten aber zunächst nicht als ausgeschlossen Gläubiger, da sie dem Ausgedote nicht betrossen werden; infolgedessen können sie namentlich Ansprücke genen den Erben aus dessen Verdindligen Verwaltung gemäß §§ 1978, 1979 erheben, was den aussescholssenen Gläubigern berfagt ist (vol. 3u § 1973 A 5). Falls sie jedoch ihre Forderungen nicht innerhalb fünf Jahren nach dem Erbfalle geltend machen, werden sie, abweichend von den nach § 1971 vom Ausgedote nicht betrossenen Gläubigern, wie ausseschlossene Gläubiger behandelt (§ 1974 Abs 1, 3).

2. Auch die Pflichtteilsberechtigten usw. sind zur Anmeldung veranlaßt, wenn sie sich gegen einen Miterben die gesamtschusbereiche Haftung über die Teilung hinaus (§ 2060 Ar 1) sichern wolsen. nicht durch andere Berbindlichkeiten überschuldeten Rachlaß geltend gemacht werden.

\$ 1973

1) Der Erbein) tann die Befriedigung eines im Aufgebotsberfahren ausgeschlossenen Nachlagglänbigers insoweit verweigern2), als ber Nachlag durch die Befriedigung der nicht ausgeschloffenen Gläubiger erschöpft wird3). Der Erbe hat jedoch den ausgeschloffenen Gläubiger bor den Berbindlichfeiten ans Pflichtteilerechten, Bermächtniffen und Anflagen gu befriedigen4), es sei denn, daß der Gläubiger seine Forderung erft nach der Berichtigung biefer Berbindlichkeiten geltend macht4).

Ginen Aberschuß⁵) hat der Erbe zum Zwede der Befriedigung des Glän= bigers im Wege der Zwangsvollstredung6) nach den Borschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung5) herauszugeben6). Er tann die Herausgabe der noch borhandenen Rachlaggegenstände burch Bahlung des Wertes abwenden?). Die rechtsträftige Berurteilung des Erben zur Befriedigung eines ausgeschlossenen Glänbigers wirkt einem anderen Glänbiger gegenüber wie die Befriedigung8)9).

€ I 2127 II 1848; № 5 649—651; № 5 780—783; № 312.

1. Rechtswirtungen des Aufgebots im allgemeinen. Bereits durch die Einleitung des Aufgebots entsteht die Nechtswirtung, daß der Erbe, sefern er den Antrag innerhalb eines Jahres nach der Annahme gestellt hat und sobald der Antrag zugelassen ist, die Berichtigung solcher Nachlasverdinstischen, die durch das Ausgebot detroffen werden, sowie der Verbindlichteiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächnissen und Auflagen während der Dauer des Aufgebotstierfahrens verweigern darf (§§ 2015, 2016 und A dazu). — Als Folge der Durchführung des Ausgebotsverschrens tritt ohne weiteres, insbesondere ohne daß des auch bei nicht dürftigem Nachlaß (§§ 1990, 1991) der Herbeiführung der Nachlaßverwaltung ober des Nachlaßtonkurses (§§ 1975ff.) bedarf, eine Beschränkung der Haftung des Grben gegenüber den ausgeschlossenen Gläubigern ein, die im Ergebnisse dahin geht, daß der Erbe folden Glaubigern nur insoweit haftet, als er burch ben Rachlaß bereichert ist (Abs 1 Sats 1, Abs 2 Sats 1). Infolge dieser Beschränkung kann ber Erbe nach Erlaß bes Ausschlußurteils so versahren, als wenn andere als die angemelbeten und nicht durch bas Aufgebot betroffenen Gläubiger nicht vorhanden waren. Erweift lich ber Nachlaß als zulänglich für diese Gläubiger, so kann er sie aus seinen eignen oder Witteln bes nachlaffes in beliebiger Reihenfolge befriedigen; andernfalls ift er ben nicht ausgeschlossenen Gläubigern gegenüber, nicht aber den ausgeschlossenen, sofern der Nachlaß nicht dürftig ist, verpslichtet, Nachlaßkonkurs zu beantragen. Macht ein aus

aeschlossener Gläubiger seine Forberung geltend, so wird dadurch der Erbe nicht gehindert, auch weiterhin den Nachlaß zur Befriedigung nicht ausgeschlossener oder ausgeschlossener Fläubiger zu verwenden; nur Forderungen aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen darf er jeht nicht mehr befriedigen (Abs 1 Sap 2; vgl. A 4). Den ausgeschlossenen Gläubiger kann er auf das verweisen, was danach von dem Nachlassen vöhlossen ist (Abs 2 Sap 1; vgl. A 5). Die Beschränkung geht also insofern weiter, als die durch Nachlasverwaltung oder Nachlassenvoltung oder Nachlassenvoltung oder Kachlassenvoltung des Kachlassenscher sie die bischerige Berwaltung des Nachlasses nicht, wie im Falle der St 1978, 1979, verantwortlich ist, vielmehr eine entsprechende Verantwortlichkeit erst vom Zeitpunkte der Rechtshängigseit des Auspruchs oder der Kenntnis des Erben von dem Anspruche ab sür die Zukunft eintritt (vgl. A 5).

1a. Nur bemjenigen Erben stehen die Rechte aus § 1973 zu, der zur Zeit des Erlasses Ausschlußurteils noch nicht allen Rachlaßgläubigern gegenüber unbeschränkt im Sinne von §§ 1994, 2005, 2006, also unbeschränkbar, haftet (§ 2013 Abs 1 Sat 1); in diesem Falle stehen sie ihm aber einem ausgeschlossenen Gläubiger gegenüber auch weiter noch zu, wenn er später durch Versaumung der Inventarfrist oder ungetreues Inventar

den übrigen Nachlaggläubigern unbeschränkt haftbar wird (ebenda Sat 2).

2. Der Ausschluß bewirft nicht ein Erloschen der Forderung des ausgeschloffenen Gläubigers, auch feine Anderung ihrer rechtlichen Ratur, sondern nur ein materielles Einrederecht des Erben, das durch Berweigerung ber Befriedigung innerhalb oder außerhalb eines Prozesses oder einer Zwangsvollstredung (vgl. A 6) geltend gemacht werden tann (986 19. 11. 20, III 216/20). Rlagt ber ausgeschlossene Gläubiger ohne entsprechenbe Beschräntung feines Antrage, fo tann ber Erbe, falle Erschöpfung bes Nachlaffes vorliegt, die Abweisung der Rlage; falls noch etwas vorhanden ift, die Berurteilung nur gur Ber meibung ber Zwangsvollstredung in bas noch Borhandene beautragen, und es ift bann im Prozesse selbst festzustellen, ob und inwieweit noch etwas vorhanden ist, in das die Broangsvollstredung erfolgen fann (96 61, 221). Streitig ift, ob der Erbe fich im Brozeffe bamit begnügen tann, zu beantragen, daß seine Berurteilung nur unter Borbehalt der beschränkten Saftung erfolge, wie ber Borbehalt zu lauten hat, und ob er auf Grund eines folchen Borbehalts noch in der Zwangsvollstreckung die Einwendung der Erschöpfung des Nachlasses erheben kann. Die Rechtslehre (Strohal II § 75 III 4 bei A 29—30; auch Planck in der 3. Aufl., anders jest die 4. Aufl.; vgl. auch Deruburg § 166 VI bei A 18) bejaht grundfählich bie Bulaffigfeit des Borbehalts, nimmt aber an, daß die in § 780 BBD bestimmte Faffung bes Borbehalts nicht genüge, vielmehr bie besondere Beschräntung der haftung aus § 1973 als einem ausgeschlossenen Gläubiger gegenüber eingetreten darin bereits zum Ausdrude gekommen sein musse. RG 61, 222 hat beibe Fragen hinsichtlich bes Erben bahingestellt gelaffen; bem Nachlagverwalter aber die Berweigerung der Befriedigung noch in der Zwangsvollstredung gestattet. DLG 9, 385 halt auscheinend einen Borbehalt gegenüber einem ausgeschlossenen Gläubiger überhaupt nicht für erforderlich. Der richtige Standpuntt durfte folgender sein: Da es sich auch im Falle des § 1973 um eine Beschräntung ber haftung bes Erben handelt (vgl. U 1), wird ber Anwendung bes § 780 BBD auch auf diesen Fall nichts entgegenstehen. Für die Unnahme, daß der Borbehalt der beschränkten Saftung nicht genüge, vielmehr im Urteile bereits zum Ausbruck gekommen sein muffe, daß die Beschränkung infolge Ausschlusses durch Aufgebot gemäß § 1978 eingetreten sein soll, ift aus der Fassung des Gesehes ein Anhaltspunkt nicht zu entnehmen; es dürfte auch sachlich nichts entgegenstehen, die Frage, ob und in welcher Beise eine Beschränkung eingetreten ift. auch in diesem Falle der Begründung der in der Zwangsvollstredung zu erhebenden Einwendung zu überlassen (NG 83, 330). Anderseits wird (was in NG 83, 330 dahingestellt gelasseit) auch unbedenklich Abs 2 des § 780 Anwendung sinden können, so daß der Fiskus als gesetzlicher Erbe, der Testamentsvollstreder und der Nachlaspsseger sich noch in der Zwangsvollstredung auf § 1973 auch dann berusen können, wenn das Urteil ihnen gegenüber ohne Borbehalt ergangen ift. Gleiches wird aber auch bem Erben freistehen, wenn aus einem dem Nachlaßpfleger oder dem Testamentsvollstreder gegenüber ergangenen Urteile gegen ihn im Wege der Zwangsvollstredung vorgegangen wird. — Ist in einem Vorprozesse der Eintritt des Erben in eine Rachlagverbindlichkeit (Berpflichtung zu einer Berwaltung) unter Beschränkung des Magers wegen seines Ausschlusses durch Aufgebot nach § 1973 ausgesprochen, so tann in dem Nachprozesse über diese Berpflichtung der Erbe die Erschöpfung des Nachlasses geltend machen (RG 19. 11. 20, III 216/20). Durch die Ausschließung wird das Recht, die Forderung zur Begründung der Einrede des nicht erfüllten gegenseitigen Vertrags (§§ 320ff.), oder zur Aufrechnung gegen Nachlassorberungen zu benuten, nicht berührt; § 390 Sat 1 steht nicht entgegen, da das Aufrechnungsrecht bereits vorher erwachsen war (§ 389, vgl. auch NG 42, 142).

3. Der Einwand kann dahin gehen, daß die Nachlagaktiva durch Berwendung in irgendnelcher Weise, auch durch Befriedigung ausgeschlossener Gläubiger oder von Pflichtteils-

uiw. Berechtigten oder auch burch Untergang, Abhandenkommen usw. ber Nachlaggegen. ftande, bereits erich opft feien, oder aber dahin, daß fie durch bie noch ausstehende Befriedigung nicht ausgeschloffener Glaubiger ericoppft werben. Gine noch nicht erfolgte Befriedigung ausgeschlossener Gläubiger kann die Erschöpfungseinrede nur begründen, folls der Erbe zu ihrer Befriedigung bereits rechtskräftig verurteilt ist (Abs 2 Sat 3; vgl. A 8). Auf eine noch nicht ersolgte Befriedigung von Pflichteils usw. Berechtigten kann sich der Erbe siberhaupt nicht berufen (Abs 1 Sat 2; vgl. A 4). Den ausgeschlossen Gläubiger steht ein Ersatanspruch gegen ausgeschlossene Gläubiger, die vor ihm befriedigt worden sind, nicht zu (DLE 5, 230).

4. über Die Stellung ber Berbindlichteiten aus Bflichtteilsrechten, Bermächtniffen und Auflagen vgl. § 1972 21 1, 2. — Richteinhaltung biefer Borfchrift macht ben Erben auch ben ausgeschlossenen Gläubigern gegenüber verantwortlich in ber Beife, bab er den dafür verwendeten Betrag ober Bermögenswert nicht als Verringerung seiner Bereicherung aus dem Nachlasse (vgl. A 5) in Abzug bringen darf. Nicht ausgeschlossenen Gläubigern haftet er dafür aus § 1978. Bloße Kenntnis der Forderung des ausgeschlossenen Gläubigers hindert den Erben nicht an der Befriedigung den Pssichtteise usw. Berechtigten; es bedarf der gerichtlichen oder außergerichtlichen Geltendmachung; also Mahnung genügt. Soweit solche Verbindlichkeiten vorher befriedigt worden sind, steht aber dem ausgeschlossenen Gläubiger das Anfechtungsrecht aus KO § 222, Anfc

§ Ba gegenüber dem befriedigten Berechtigten gu

5. Der "überichne" ift dasjenige, was nach den oben entwicklten Grundsäten dem Erben noch als Bereicherung aus dem Nachlasse verbleibt. Für die Berechnung des Überschusselse sind daher die Vorschriften der §§ 818, 819 maßgebend. Donach sind dem ursprünglichen Attivbestande des Nachlasses die gezogenen Rutungen sowie dassenige zuzurechnen, was der Erbe aus Grund zum Nachlasse gehöriger Rechte oder als Ersat sür bie Berstörung, Beichabigung ober Entziehung von Rachlafigegenftanden erlangt hat (Surrodate). Auch die Berbindlichkeiten und Lasten, die dem Erben gegenüber dem Erblasser und die durch Bereinigung erloschen sind, mässen dem Nachlesse zu gerechnet werden. Anderseits sind abzuziehen die durch Bereinigung erloschenen Forderungen und Rechte des Erben gegenüber dem Erblasser. Ferner die Forderungen und Rechte des Erben gegenüber dem Erblasser. Ferner die Forderungen und Rechte des Erben gegenüber dem Erblasser, wicht berichtigt berungen ber nicht ausgeschloffenen Glaubiger, auch soweit fie noch nicht berichtigt find, jedoch die Ansprüche aus Pflichtteilsrechten ufw. nur, soweit fie bereits vor der Geltend. machung des Anspruchs des ausgeschlossenen Gläubigers berichtigt waren (vgl. A 4); die Mahrücke anderer ausgeschlossener Cläubiger nur, soweit sie bereits berichtigt sind (U. 1, 3). Sodam alle Auswendungen, die der Erbe auf den Nachlaß gemacht hat, ohne Kücksichten auf ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit (in letzterem Falle unter Aurechnung der dadurch bewirkten Wertsleigerung), auch etwaige nicht geschuldete Leistungen an vermeintliche Nachlaßgläubiger, in welchem Falle eine etwa entstandene condictio indebiti dem Nachlaßgläubiger aus des eine etwa entstandene condictio indebiti dem Nachlaßbestande zuzurechnen ist; endlich alles, was der Erbe ohne Gegenleistung, also namentlich auch schaften sie eine kant bem Nachlaße fortgegeben hat. Eine Haft ung des Erben für sein Gebaren mit dem Nachlasse tritt jedoch mit dem Zeitbunkte ein, in welchem der sein Gebaren mit dem Nachlasse tritt jedoch mit dem Zeitpunkte ein, in welchem der Anspruch des Gläubigers rechtshängig geworden oder der Erbe auch nur Kenntnis von ihm erlangt hat (§§ 819, 292). Von da ab ist er auch dem ausgeschlossenen Gläubiger gegenüber zur Sorgfalt in bezug auf ben Nachlaf verpflichtet; er haftet also für schuldhaft nicht gezogene Nutungen (§ 987) und für durch seine Schuld eintretende Verlchlechterung, Untergang ober sonstige Herausgabeunmöglichkeit ber Nachlaßgegenstände (§ 989); weitere Auswendungen, die durch die anzuwendende Sorgfalt nicht geboten waren, kann er nicht mehr abziehen. Diese Saftung ift eine bem Erben perfonlich obliegende Berbindlichkeit, für die er mit seinem eigenen Bermögen einzustehen hat; sie gilt nicht (wie im Falle des § 1978 Abf 2) als zum Nachlasse gehörenb. Für die Frage, ob ein Überschuß vorhanden, ist nicht der Beitpunkt der Rechtshängigkeit des Ansprucks, sondern, wenn sie im Sanpt-prozesse zur Entscheidung kommt, der Beitpunkt des in diesem ergehenden Urteils, wenn sie auf Einwendung in der Zwangsvollsuredung zu entscheiden ist (vgl. A 2), der Veginn der Zwangsvollstredung maßgebend. Der Erbe kann also auch noch nach der Nechtsbängigkeit nicht ausgeschlossen und andere ausgeschlossen Glaubiger nach Maßgabe von A 1 befriedigen. — Auch während des Rachlaftonturfes tann ber durch Aufgehot ausgeschloffene Nachlaßgläubiger gegen den Erben auf Herausgabe bes "Überschusses" klagen, sosern festelbet, daß ein solcher nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Nachlaßgläubiger im Konklutzverfahren vorhanden ist (RG 14. 4. 13, IV 603/12, unter Bezugnahme auf NG 29, 78). Sat der Erbe eine ausgeschlossene fistalische Steuerforderung infolge Androhung ber Zwangsvollstredung aus seinem Vermögen bezahlt, fo fann er ben bezahlten

Betrag, soweit er den "Überschuß" übersteigt, vom Fistus zurücksordern (RG 64, 248).
6. Die Herausgabe hat zu erfolgen nicht etwa "im Wege der Zwangsvollstredung", so daß freiwillige Herausgabe ausgeschlossen wäre (DLG 11, 227), sondern "zum Zwecke

der Befriedigung des Gläubigers im Wege der Zwangsvollstreckung", also nicht so, daß der Gläubiger unmittelbar Eigentümer würde und dadurch Befriedigung erlangte, sondern zur Verwertung durch Zwangsvollstreckung. Doch wird bei freiwillig herausgegebenen Gelbbeträgen eine Pfändung und Ablieferung durch den Gerichtsvollzieher (BPD § 815) nicht erforderlich sein. Im übrigen hat der Erbe die Pfändung oder Beschlagnahme durch den Gerichtsvollzieher oder das Vollstreckungsgericht zu duld en und die Nachlaßgegenstände zu diesem Zwen zur Verfügung zu stellen (vgl. aber A7).

- 7. Der Erbe ift nicht verpflichtet, die noch vorhandenen Nachlaßgegenstände in Natur herauszugeben; es steht ihm vielniehr (abweichend von dem Falle des § 1990 Abs 1 Sat 2, aber in Übereinstimmung mit §§ 1992 Sat 2 und 1477 Abs 2) das Necht zu, die Nachlaßgegenstände durch Zahlung ihres Wertes einzulösen. Darin liegt eine Abweichung von der Haftung eum viridus hereditatis. Der Wert ist nach der Zeit zu bemessen, zu welcher das Necht ausgeübt wird, und durch Schätung zu ermitteln; Angaben in einem etwa errichteten Juventar (§ 2001) können nur als Anhaltspunkte in Betracht kommen. Streitig ist, ob der Erde den Nachlaß soweit zurückbehalten kann, als ihm Ersatsorderungen für Aufwendungen zustehen oder ob er ihn ganz zur Zwangsvollstreckung stellen muß und darauf angewiesen ist, aus dem Ersöse Befriedigung vor dem Gläubiger zu verlangen. Für erstere Meinung Planck, für sehrere Strohal dei Planck Ers 5 ca und Flad ebenda, 4. Aufl., Erl 5 c g Abs 2; zweiselnd Staudinger, 9. Aufl., Erl 2 c S. 198; vgl. auch Warn 1914 Ar 313. Der Wortsant, wonach nur der "Überschuß" herauszugeben ist, spricht sür die dem Erden günstigere Meinung, die auch der vom Geseh dem ausgeschlossen Gläubiger angewiesenen Stellung mehr entsprechen dürste, derzusosge er nur auf die Vereicherung Auspruch hat.
- 8. Aus Billigkeitsgründen ist für die Berechnung des Überschusses der bereits erfolgten wirklichen Befriedigung eines ausgeschlossenen Gläubigers (vgl. A 1) die rechtskräftige Verurteilung zur Befriedigung gleichgestellt, da sich ihr der Erbe nicht mehr durch Hinweis auf nachträglichen Wegfall der Bereicherung durch Befriedigung eines anderen Gläubigers entziehen kann. Der Erbe kann deshalb die Forderung eines ausgeschlossenen Gläubigers, zu deren Befriedigung er rechtskräftig verurteilt ist, einem anderen ausgeschlossenen Gläubiger gegenüber so zur Anrechnung bringen, als wenn er sie bereits befriedigt hätte.
- 9. Veweislast. Der Erbe hat die seine Befriedigungsverweigerung begründende Einrede der Ersch pfung des Nachlasses darzutun. Dazu gehört als Erundlage der Berechnung die Feststellung des ursprünglichen Bestandes des Nachlasses. Hat der Erbe rechtzeitig ein Anventar (§ 1993) errichtet, so wird dadund die Vernutung, daß keine anderen Nachlassegenstände vorhanden waren, begründet (§ 2009). Der Gläubiger kann diese Vernutung durch alse Veweismittel widerlegen. Er kann auch seinerseits den Erben zur Errichtung eines Judentars gemäß § 1994 auhalten. Steht der ursprüngliche Bestand des in das Vermögen des Erben gelangten Nachlasses seit, so muß der Erbe serner beweisen, daß er nicht mehr bereichert ist (§ 818 Abs 3). Er hat also darzutun, was disher schon aus dem Nachlasse weggegeben ist oder wodurch sich soust sein ursprünglicher Vestand vermindert hat, und ferner, welche nicht ausgeschlossenen Eläubiger noch zu befriedigen sind. Ist die Verminderung durch Vestiedung von Pflichtteils usw. Verechtigten herbeigeführt, so hat der Erbe den Zeitpunkt der Vestiedung, der Gläubiger, wenn er die Aurechnung nicht anersennt, den Zeitpunkt der Gettendmachung seines Anspruchs (Abs 1 Sat 2 Halbas) zu beweisen. Behauptete Zugänge oder Surrogate hat der Gläubiger darzutun. Der Erbe ist gemäß § 260 verpflichtet, ein Verzeichnis des Uberschussen.

§ 1974

Ein Nachlaßgläubiger¹), der seine Forderung später als fünf Jahre nach dem Erbfalle dem Erben gegenüber geltend macht²), steht einem ausgeschlossenen Gläubiger gleich³), es sei denn, daß die Forderung dem Erben vor dem Ablaufe der fünf Jahre bekannt geworden⁴) oder im Ausgebotszversahren angemeldet worden ist⁵). Wird der Erblasser für tot erklärt, so beginnt die Frist nicht vor der Erlassung des die Todeserklärung aussprechenden Urteils⁶).

Die dem Erben nach § 1973 Abs 1 Sat 2 obliegende Verpflichtung tritt im Verhältnisse von Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächt=nissen und Auflagen zueinander nur insoweit ein, als der Gläubiger im Falle des Nachlaßkonkurses im Nauge vorgehen würde?).

Soweit ein Gläubiger nach § 1971 von dem Aufgebote nicht betroffen wird, finden die Borichriften des Abi 1 auf ihn keine Anwendung8)9).

E II 1849; \$ 5 795, 796; \$\mathbb{B}\$ 312, 313.

1. In gleicher Weise, wie durch die Durchführung eines Aufgebotsverfahrens (§§ 1970 bis 1978), foll der Erbe, ohne ein foldes burchführen gu mulfen, gefchütt werben gegen Unsprüche von Rachlaggläubigern, die erft lange Beit nach bem Erbfalle fich melben und ihm bis bahin unbefannt geblieben find, fog. "berschwiegene Forberungen". Sat ein Aufgebotsverfahren stattgefunden, so sind die Ausprüche ber in diesem angemeldeten Gläubiger burd bie Unmelbung auch gegenüber bem Beitablaufe gewahrt; gegenüber den durch das Berfahren ausgeschlossen Gläubigern ist der Erde durch § 1978 gedeckt; die durch das Aufgebot nicht betroffenen Gläubiger des § 1971 werden auch durch den Beitablauf gemäß § 1974 nicht betroffen (vgl. Abs 3). Die Borfarist des § 1974 hat deshalb in diesem Falle nur Bedeutung gegenüber den nach § 1972 von dem Aufgebot nicht hatroffenen Gläubiger aus Residentielen gestellte und Rusgebot nicht hatroffenen Gläubigern aus Residentielen gestellte und Rusgebot nicht hatroffenen Gläubigern aus Residentielen gestellte der Rusgebot nicht hatroffenen Gläubigern aus Rusgebot gestellte gestell nicht betroffenen Gläubigern, also gegenüber Ansprüchen aus Pflichtteilsberechtigungen, Bermächtnissen und Auflagen; serner aber auch gegenüber solchen Forberungen, die erst nach Beginn ber Anmeldefrist in dem Aufgebotsverfahren ober (wenn man der anderen Ansicht folgt, Tgl. § 1970 U 1) nach Erlaß bes Ausschlußurteils entstanden sind.

12. Auch Forderungen, die bis zum Ablaufe der fünfjährigen Frift nur als bedingte oder betagte bestanden haben oder nur erst nach ihrem Grunde entstanden waren, unterliegen wie dem Ausgebote (vgl. § 1970 A 1), so auch der Beschränkung durch Zeitablauf. Sie fonnen gur Bermeibung biefes Rechtsnachteils außergerichtlich, allerdings wohl nur burch tothen zur Vermeibung diese Rechtsnachiells außergertaltitat, allerdings wohl nur dutch das Berlangen eines Anertenntnisses, oder and, wenn dieses berweigert wird, gerichtlich im Wege der Feststellungsklage nach PVD § 256, für die das ersorderliche Feststellungstinteresse durch den drohenden Ablauf der Frist gegeden sein wird, oder durch Alage auf künftige Leistung gemäß §§ 257—259, deren Boraussehungen gleichfalls vorliegen werden, gestend gemacht werden. Auch die Geltendmachung gegenüber dem Nachlaspescher seinschließlich des Nachsasverwalters), dem verwaltenden Testamentsvollstrecker sowie dem der Löusselchlagen bei (Kriegeschlagen bei Kriegeschlagen bei (Kriegeschlagen bei Kriegeschlagen bei (Kriegeschlagen bei Kriegeschlagen bei Kriegeschlagen bei (Kriegeschlagen bei Kriegeschlagen bei kriegesch läufigen Erben, der später die Erbschaft ausgeschlagen hat (§ 1959 Abs 3), genügt zur Bermeibung des Rechtsnachteils. Nach dem Wortlaute und dem praktischen Zwese des Gesetzs fallen aber auch solche Forberungen, die erst nach Ablauf der fünf Jahre als Nachlaßforderungen entstehen und deshald nicht vorher gestend gemacht werden konnten, darunter, selbswerständlich nur soweit sie bloße Nachlaßverbindlichkeiten und nicht Eigenverbindlichkeiten des Erben sind, für die er personlich hastet (vgl. § 1967 A 2, 3). — Fristberechnung nach §§ 187, 188. Es handelt sich um eine Ausschlugfrist daher sind die Borschriften über Hemmung der Verjährung (§§ 203, 206, 207) nicht anwendbar. Für den Fall der Todeserklärung vgl. Abs 1 Satz 2 und A 6.

3. Die Nechtswirtungen des Fristablaufs sind die gleichen wie diejenigen des Ausschlusses im Aufgebotsversahren: die Haftung des Erben wird auf die Bereicherung des Croen wird auf die Bereicherung des Chrantt (vgl. § 1978 U 1—9). Wegen der Pflichtteilsrechte, Bermächtnisse und Auflagen

4. Auch ohne Geltenbmachung der Forderung genügt es zur Vermeidung des Rechtsnachteils, daß sie dem Erben während der Frist bekannt wird. Die Kenntnisnahme des Nachlaßverwalters, des verwaltenden Testamentsvollstreders oder des vorläufigen Erben derjenigen des Erben gleichzustellen (so Pland Erl 5 a; Strohal II § 76 II 2), ist nicht unbedenklich, mindeftens soweit es sich nicht um von ihnen ober ihnen gegenüber vorgenommene Achtsgeschäfte handelt. Kennenmüssen (sahrlässiges Nichtkennen) steht dem Kennen nicht gleich. Aus einem solchen kann auch nicht (wie die zweite Auflage dieses Kommentars gegen Planck Erl 5 Abs 2 angenommen hat) ein Gläubiger, der die schabensersahpflicht auf Grund des § 1980 Abs 2 berleiten, weil ein solcher Gläubiger einem ausgeschlossenen Gläubiger gleichsteht und einem solchen von Geben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haftet (vol. § 1972 A. 1. 5) Ausgeschaben der Pereicherungsgrundste haben der Erbe nur nach Maßgabe der Bereicherungsgrundsätze haftet (vgl. § 1973 A 1, 5). Auch aus § 228 Abs 2 KD ift zu entnehmen, daß der nach § 1974 einem ausgeschlossenen gleichstehenbe Gläubiger einen Anspruch auf Grund des § 1980 nicht erheben kann. Eine erweiterte Bereicherungshaftung aus § 819 (vgl. § 1973 A 5) kann nicht in Frage kommen, weiterte Vereicherungshaftung aus 3 819 (byl. § 1978 21 8) tann nicht in Frage kommen, da auch sie wirkliche Keintinis voraussetzt, bei beren Vorhandensein die Beschränkung der Saftung auß § 1974 ohnehin nicht eintritt. — Zum Kennen der Forderung wird hier genügen, daß der Erbe davon Kenntnis hat, daß der Gläubiger den Anspruch erhebt; von dem Begründetsein der Forderung braucht der Erbe nicht überzeugt zu sein.

5. Die Unmelbung in einem Aufgebotsverfahren nach § 1970 fteht der Geltendmachung innerhalb ber fünfjährigen Frift gleich und verhindert beshalb auch ben Eintritt bes Rechts. nachteils aus § 1974, auch wenn die Anmelbung etwa nicht zur Reuntnis bes Erben gelangt fein follte. Gläubiger aus Pflichtteilerechten, Bermächtniffen und Auflagen, die gur Unmeldung im Aufgebotsverfahren nicht verpflichtet waren, sind, wenn sie tropdem angemeldet haben, dadurch gegen die Folgen des Ablaufs der fünfjährigen Frist geschützt.

- 6. Die durch § 18 aufgestellte gesetzliche Bermutung, daß der Erblasser in dem durch das die Todeserklärung aussprechende Urteil sestgestellten früheren Beitpunkte gestorben sei, soll für die Berechnung der Frist des § 1974 nicht zur Anwendung kommen, weil anderusalls diese abgelausen sein könnte, bevor eine Geltendmachung der Forderung gegenüber dem Erben möglich war. An ihre Stelle tritt der Fristbeginn "nicht vor", also frühestens mit dem Beitpunkte des Erlasses die Todeserklärung aussprechenden Urteils, d. h. des Ausschlußurteils in dem Todeserklärungsversahren (BPO § 952). Wird nachträglich ermittelt, daß der Verschollene damals noch nicht tot war, aber später gestorben ist, so beginnt die Frist erst mit dem ermittelten Beitpunkte des wirklichen Todes. Underseits beginnt, wenn es zu einer Todeserklärung nicht kommt, weil vorher der Zeitpunkt des virklichen Todes ermittelt ist, die Frist schon mit diesem Zeitpunkte, der möglicherweise länger als fünf Jahre vor dem Bekanntwerden des Todes zurückliegen kann, so daß der Gläubiger nicht in der Lage war, die Frist zu wahren (a. M. Staudinger Erl 3 ©. 203).
- 7. Im Gegensate zu bem Ausschlusse burch Ausgebot, von welchem die Verdindskeiten aus Pflichteilsrechten, Vermächtnissen und Auslagen nicht betroffen werden (§ 1972), steht der Ablauf der Frift des § 1974 auch solchen Rachlaßgläubigern entgegen. Daß der Erbe solche Gläubiger erst nach anderen, die ihre Forderung, wenn auch verspätet, geltend machen, zu befriedigen hat, ergibt bereits die Anwendung des § 1973 Abs 1 Saz 2. Einer besonderen Regelung bedurfte es aber, wie der Erbe sich zu verhalten hat, wenn mehrere derartige Verdindlichkeiten nebeneinander in Vertacht kommen. Der Erbe soll in solchem Falle nur dann verpflichtet sein, eine derartige Forderung, die nach Ablauf der Frist gestend gemacht wird, vor anderen noch nicht befriedigten berartigen Forderungen zu berichtigen, wenn sene diesen im Falle des Nachlaßkonkurse Verzehen würde. Nach § 226 Abs 2 Rr 4, 5 und Abs 4 KD gehen im Nachlaßkonkurse Verzehen würde. Nach § 226 Abs 2 Rr 4, 5 und Abs 4 KD gehen im Nachlaßkonkurse Verbindlichkeiten gegenüber Pflichtteilsberechtigten den Verbindlichkeiten aus Vermächtnissendner vor und wird den Fristablauf nichts geändert; der Pflichtteilsberechtigte ist daher ungeachtet des ihm gegenilder eingetretenen Fristablaufs vor einem Vermächtnissnehmer ober einer Auflagenverbindlichkeit zu befriedigen, auch wenn diese Forderungen nicht "verschwiegen" worden sind. Dagegen geht unter mehreren Verbindlichkeiten aus Pflichteilsberchten untereinander ober unter mehreren Vernächtnis und Auflageverbindlichkeiten untereinander diesenige, hinsichtlich deren eine Verschwiegung nicht eingetreten ist, densenigen, dei Aus verschen des Vernächtnissis 226 Abs Ro ergeben, wenn es sich um ein den Pflichteil ausschließendes Vermächtnis (§ 2307) handelt oder wenn der Erblasser eine anderweite Rangordnung unter Vermächtnis (§ 2307) handelt oder wenn der Erblasser eine anderweite Rangordnung unter Vermächtnissen und Auflagen angeordnet hat.

8. Die mit dinglichen Sicherungsrechten an einzelnen Rachlaßgegenständen ausgestatteten Gläubiger des § 1971 bleiben auch von dem Ablaufe der fünfjährigen Frist unberührt, soweit sie sich auf die Befriedigung aus den ihnen verhafteten Gegenständen beschränken. Soweit sie Ausfallsforderungen geltend machen, stehen sie den übrigen Gläubigern gleich. Handelt es sich um dingliche Sicherungsrechte an Grundstücken, so kann der Erbe gemäß § 175 BBG die Zwangsversteigerung beantragen und tritt dann im Falle des § 179 schon vor Ablauf der fünfjährigen Frist eine Beschränkung des Berechtigten auf das ihm verhaftete Grundstück ein (vgl. § 1971 A 2).

9. Beweislaft. Der Gläubiger, der nach Ablauf von fünf Jahren seit dem Erbfall den Erben auf mehr als die Bereicherung (A3) in Anspruch nehmen will, hat zu beweisen, daß der Anspruch bereits vor Ablauf der fünf Jahre geltend gemacht oder dem Erben sonst bekannt geworden oder daß er im Aufgebotsversahren angemeldet worden ist. Im übrigen val. § 1973 A9, insbesondere auch für den Fall der Bertürzung durch Befriedigung von Pflichtteilsberechtigten usw. Haftet der Erbe allen oder einzelnen Gläubigern gegenüber "undeschränkt", so muß er, wenn er sich gegenüber einem Gläubiger, dem er in dieser Beise haftet, auf den Ablauf der stinfjährigen Frist berufen will, nachweisen, daß seine undeschränkte Haftung erst nach Ablauf der Frist eingetreten ist (§ 2018 Abs 1; vgl. § 1978 A1a). — Haftung des Miterben § 2060 Ar 2.

III. Beschräntung der Saftung des Erben

§ 1975

Die Haftung des Erben für die Nachlagverbindlichkeiten beschränkt sich auf den Nachlag1), wenn eine Nachlagpflegschaft zum 3wecke der Befriedi-

gung der Nachlakglänbiger (Nachlagberwaltung)2) angeordnet oder der Rachlaftonturs eröffnet ift8).

E I 2110 Abj 1 II 1850; M 5 623-625; B 5 488, 759-762, 807-810.

1. Grundfähliches über die Beichräntung ber Saftung des Erben für die Nachlafverindlichteiten auf den Nachlaß ogl. Vorbem 1 vor § 1967. Das regelmäßige Mittel zur Herbeiführung dieser Beschränkung gegenüber der Gesamtheit der Gläubiger ist die Anordnung der Nachlaßverwaltung oder die Eröffnung des Nachlaßtonkung oder die Eröffnung des Nachlaßtonkungichteit des Nachlaße, letztere der Gesenüber der Erlanglichteit des Nachlaßes, letztere der Gesenüber der Gesamtheit der Erstericht der Ersterichte der Erstericht der Ers Nachlaßgläubiger infolge von Berfäumung der Inventarfrift (§ 1994) oder ungetreuen Inventars (§ 2005) unbeschränkt, b. h. nicht mehr beschränkbar, haftet (Vorbem 8 zu § 1967). Die unbeschräntte haftung einzelnen Gläubigern gegenüber, wie fie burch Richtleiftung des Offenbarungseibes (§ 2006), ober baburch, daß die Beschränkung im Urteil nicht vorbehalten wird (§ 20), eintritt, hindert den Erben nicht, durch Herbeiführung der genannten Maßnahmen die Beschränkung gegenüber der Gesamtheit zu bewirken (§ 2018 Abs); boch bleibt er demjenigen Gläubiger, der erbeitst unbeschränkt hastet, in bieser Abs 2); doch bleibt er demjenigen Gläubiger, dem er bereits undeschrankt hastet, in dieser Weise hastbar, auch wenn der Nachlaßkonkurs eröffnet ist (NG 59, 305). Der undeschränkt hastende Erbe ist nicht mehr zum Antrage auf Nachlaßverwaltung berechtigt (§ 2013); wohl aber noch zum Antrage auf Nachlaßkonkurs (ND §§ 216, 217). — Die durch Nachlaßverwaltung oder Nachlaßkonkurs zugleich eintretende Absonderung des Nachlasses von dem eigenen Vermögen des Erben dient auch dem Interesse der Nachlaßaläubiger; deshalb sind auch diese nicht nur zu dem Antrag auf Nachlaßkonkurs, sondern unter gewissen Voraussesungen (§ 1981 Abs 2) auch auf Nachlaßverwaltung derechtigt, und zwar auch wenn der Erbe bereits undeschränkt hastet. Auf die von einem Nachlaßgläubiger herbeigeführte Masnahme kann sich auch der Erbe berusen, wenn er nicht das Veschränkungsrecht bereits allgemein verloren hatte. — Die Beschränkung tritt ein mit dem Leit. recht bereits allgemein verloren hatte. — Die Beschränkung tritt ein mit dem Zeit-punkte der Anordnung der Nachlasverwaltung oder der Eröffnung des Konkurses; doch tann bereits vorher der Erbe den Borbehalt der Beschränkung im Urteile verlangen (AKO § 780), da er nur in diesem Falle bei der Zwangsvollstredung sich auf die eingetretene Beschräntung berusen kann (§ 785). — Die Fassung des Gesches muß die Annahme nabeslegen, daß durch die Herbeiführung einer der dort bezeichneten Maßnahmen eine endgüls tige Beschräntung ber Saftung bes Erben auf ben Rachlag bewirft werbe, sofern er nicht etwa bereits unbeschräntbar haftet; boch ift bas nicht unbestritten; vielmehr wird die Meinung vertreten, daß die Anordnung der Nachlaßverwaltung nur für deren Daner die Bir-fung der Beschränkung habe (f. Näheres über diese Streitsrage § 1986 V 4). Wegen der Birkung des Nachlaßtonkurses nach seiner Beendigung auf die Beschränkung der Haftung f. § 1989 It 1. - Die Befchrantung ift nicht nur bei Berbindlichfeiten gu Gelbleiftungen, RG Gruch 56, 1005) ober zur Abgabe von Willenserklärungen (Zöschungsbewilligung einer Hopothet, rung, RG 49, 415) von Bebeutung, und es kann beshalb auch in solchen Fällen ein entsprechender Vorbehalt im Urteile verlangt werden; die Vorschrift des § 894 ZPO kann als bann feine Anwendung finden (RG a. a. D.).

2. Die Rachlagberwaltung ift eine Unterart ber Rachlagpflegicaft, aber mit ber Besonderheit, daß sie dem Zwecke der Befriedigung der Nachlaßgläubiger dient; der Nach-lasverwalter ist nicht gesetzlicher Vertreter des Erben, sondern hat eine der des Konkurs-verwalters entsprechende Rechtsstellung; das Armenrecht kann ihm deshalb nicht bewilligt werden (RG 65, 287). Im übrigen unterliegt die Nachlaßverwaltung den allgemeinen Borschriften über die Pflegschaft, soweit nicht Abweichendes bestimmt ist (§ 1960 A 4). An die Stelle des Bormundschaftsgerichts tritt das Nachlaßgericht (§ 1962). Die Nachlaß verwaltung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß ein Testamentsvollstrecker (§ 2205) bestellt ist. Mäheres vgl. §§ 1981—1988.

3. Die Negelung bes Rachlaftonturfes ist in die RD (§§ 214—235) verwiesen. Daraus fei an biefer Stelle folgendes hervorgehoben: Die Eröffnung fest bie Uberfculbung bes Nachlasses voraus (§ 215); biese kann auch auf Pflichtteilsrechten, Bermächtnissen und Auflagen beruhen (RG Ernch 52, 1084), obwohl solche für die Pflicht des Erben, Konturs zu beantragen, außer Betracht bleiben (§§ 1980 Abs 1 Sat 2 und 1992). Die Eröffnung kann auch vor der Annahme der Erbichaft (BGB § 1948) erfolgen (§ 216). Antragsberechtigt ift außer dem Erben (auch jedem einzelnen Miterben) und jedem Rachlafgläubiger (vgl. A 1) der verwaltende Testamentsvollstreder und der Nachlaßverwalter; val. §§ 1985 Abs 2 Sat 2, 1980 (KD § 217). In dem Bersahren kann jede Nachlaßverbindlichkeit geltend gemacht werden; doch werden gewisse Arten von folden erst nach allen übrigen und untereinander wieder in bestimmter Reihenfolge befriedigt, nämlich: 1. die feit ber Eröffnung bes Berfahrens laufenden Binfen ber Rontursforderungen, die im gewöhnlichen Konkurs überhaupt nicht geltend gemacht werden können (KD § 63 Mr 1); 2. die gegen den Erblasser erkannten Geldstrasen; 3. Verdindlichkeiten aus Freigebigkeiten des Erblassers unter Lebenden; 4. gegenüber Pflichtteilsberechtigten; 5. aus Vermächtnissen und Auslagen (KD § 226). Vgl. hinsichtlich Nr 4 u. 5 auch §§ 1978 U. 4, 1974 U. 7. — Masseschulden: KD § 224; vgl. § 1967 U. 3. — Die vor Eröffnung des Versachtens ersolgte Bestiedigung von Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auslagen ist in gleicher Weise wie eine unentgeltliche Versägnung des Erben ausschlächten, also wenn sie innerhalb eines Jahres vor der Eröffnung des Versahrens oder innerhalb zwei Jahren zugunsten seines Ehegatten ersolgt ist (KD §§ 222, 32); vgl. auch § 1979 U. I. Im übrigen vgl. noch § 1976 U. Der Erbe ist während des Konkurses über den Nachsaß als Gemeinschuldner anzusehen; Konkursforderungen können deshalb gegen ihn in dieser Zeit nicht geltend gemacht werden; der Auspruch aus Erteilung von Auskunst über den Nachsaß (§ 2814) wird daburch nicht berührt (**160 9. 10. 19, IV 130/19).

§ 1976

Ist die Nachlaßverwaltung angeordnet oder der Nachlaßkonkurs eröffnet, so gelten die infolge des Erbsalls durch Vereinigung von Recht und Verbindlichkeit oder von Recht und Velastung erloschenen Rechtsverhältnisse als nicht erloschen.

G I 2114 II 1851; M 5 631; B 5 768, 813.

1. Soweit mit dem Tode des Erblassers durch Bereinigung von Recht und Verbindlichkeit oder von Necht und Belastung ein Erlöschen eingetreten ist (vol. § 1922 A 7), wird
diese Erlöschen mit rückvirkender Kraft (ex tunc) wieder rückgängig gemacht. Diese Rückgängigmachung tritt auch ein, wenn der Erbe unbeschränkt hastet (in § 2013 Abs 1 ift § 1976
absichtlich nicht mit angezogen, da die Absonderungswirkungen auch im Interesse der Nachlaßglänbiger bestimmt sind). Damit leben auch die Nebenrechte der untergegangenen
Forderung (Pfand, Bürgschaft) wieder auf. Der Erbe kann seine Ansprüche gegen den Erblasser als Konkursgläubiger gestend machen (§ 225 Abs 1 KD). Gleiche Bestimmung,
aber nur im Verhältnisse wischen den Veteiligten, dei der Unzulängsichkeitseinrede (§§ 1991
Abs 2) und beim Erbschaftsäuse (§ 2377); ferner dei Eintritt der Nacherbsosse (§ 2143) und
bei dem Vermächtnisse kassen.

§ 1977

Hat ein Nachlaßglänbiger vor der Anordnung der Nachlaßverwaltung oder vor der Eröffnung des Nachlaßkonkurses¹) seine Forderung gegen eine nicht zum Nachlasse gehörende Forderung des Erben ohne dessen Justimmung aufgerechnet²), so ist nach der Anordnung der Nachlaßverwaltung oder der Eröffnung des Nachlaßkonkurses die Aufrechnung als nicht erfolgt anzusehen³).

Das gleiche gilt, wenn ein Gläubiger, der nicht Nachlaßgläubiger ist, die ihm gegen den Erben zustehende Forderung gegen eine zum Nachlasse geshörende Forderung aufgerechnet hat4)5).

© I 2116 II 1852; M 5 634-636; B 5 769, 792-794, 813.

1. Aufrechnung. Es stehen sich gegenüber in Abs 1: Forberung gegen den Nachlaß, private Schuld des Nachlaßgläubigers an den Erben. In Abs 2: Schuld an den Nachlaß und private Schuld des Nachlaßschulders gegen den Erben. In beiden Fällen steht der Aufrechnung nach dem Erbfalle zunächst nichts im Wege; denn die Nachlaßverbindlichteiten geworden (§ 1967 A 2). Erst die mit Anordnung der Nachlaßverbindlichteiten geworden (§ 1967 A 2). Erst die mit Anordnung der Nachlaßverwaltung oder Erdfstung des Nachlaßverwaltung oder Erdfstung des Nachlaßverwaltung der Trennung des Nachlaßverwaltung der Erdfstung des Erben ersordert zu ihrer Durchführung die Beseitigung der eingetretenen Aufrechnungswirtung. Die Beseitigung ist aber in der Regel (vgl. jedoch U 4) gegenstandslos, wenn der Erde allen Nachlaßgläubigern undeschränkt haftet; daher schließt § 2013 Ubs 1 San 1 sin biesen Fall die Anwendung des § 1977 aus. Auf den Fall, daß der Erde nur dem Austrechnungsgeguer gegenüber undeschränkt haftet, erstreckt sich die Ausschläßelgung nicht (§ 2013 Ubs 2) und es tann hier die Trennung, wenigstens im Falle des § 1977 Abs 2, wegen der eingetretenen Verkrzung der übrigen Nachlaßgläubiger einen guten Sinn haben. Freilich bleibt die in A 4 noch hervorzuhedende Unstimmigkeit für den Fall der allgemein unbeschränkten Haftung des Erben bestehen.

- 2. Macht sich der Nachlaßgläubiger gegenüber dem Erben durch einseitige Aufrechnung mit seiner Privatschuld an den Erben bezahlt, so würde der Erbe, wenn diese Verwendung seiner Privatsorderung auch im Falle der Nachlaßvervoaltung oder des Nachlaßtonkurses bestehen bliebe, der durch diese Maßnahmen bewirkten Beschäufung seiner Hachtaßtung auf den Nachlaß insoiveit verlustig gehen. Deshalb werden die beiderseitigen Vorderungen wiederkergestellt. Unders, wenn die Aufrechnungserklärung vom Erben selbst außging oder wenn er der gegnerischen Aufrechnung zugestimmt hatte (Aufrechnungsvertrag). In beiden Fällen bleibt er an die darin enthaltene Verfügung über seine Brivatsvertrag). In beiden Fällen bleibt er an die darin enthaltene Verfügung über seine Brivatsvertrag gebunden, die Nachlaßschuld bleibt getisch, der Erbe hat aber wegen der aus seinem eigenen Vermögen gemachten Auswendung den Ersahanspruch des § 1978 Abs 3, falls dessen Woraussehungen vorliegen; andernfalls hat er einen Bereicherungsanspruch, und im Konture kritt die Surrogation in die Forderung des Nachlaßgläubigers gemäß KO § 225 Abs 2 (vgl. § 1979 A 1) ein.
- 3. Die Aufrechnung gilt als nicht erfolgt, die Aufrechnungswirkung ipso jure als aufgehoben. Mit den erloschenen Forderungen leben auch ihre Rebenrechte (Pfand, Bürgschaft) wieder auf. Auf die Zeit, zu welcher Schuld und Forderung entstanden sind, ob vor oder nach dem Erbfalle, kommt nichts an. Dagegen ist es selbstwerständlich, daß die Aufrechnung nach dem Erbfall erklärt sein muß, da vorher die Forderungen sich nicht als aufrechnungsfähig unter denselben Bersonen (§ 387) gegenübersianden und eine bedingte dussage Aufrechnungserstärung nicht zulässig ist (§ 388; a. M. anscheinend die zweite Aussage diese Kommentars).
- 4. Geht im Falle des Abs 2 die Aufrechnung vom Nachlaßgduldner aus, so tilgt er damit seine Schuld an den Nachlaß, ohne daß deren Wert dem Nachlaße zugeführt wird. Dadurch werden die Nachlaßgläubiger verkürzt und in deren Interesse (val. § 1975 A 1) it die Aufrechnung auch in diesem Falle für wirkungsloß erklärt. Anders auch dier, wenn die Aufrechnung vom Erben erklärt wird; dann versügt er in seinem Interesse über die Aufrechnung, wozu er rechtlich besugt ist, und es verbleibt dei der Aufrechnung; der Erbe ist aber den Nachlaßgläubigern nach § 1978 Abs 1 ersatyssichtig; ist er freisich zahlungsunsähig, so bleiben sie geschädigt. Das wird sinngemäß auch auf den Kall einer vom Erben erklärten Zustimmung zu einer vom Nachlaßschuldner ausgehenden Aufrechnung (Erl 2) nicht zugegeben werden kann, daß der Bortlaut ("Das gleiche gilt") ohne weiteres dazu berechtige. Eine Unstimmigkeit liegt darin, daß die Aufrechnung, durch welche die Machlaßglänbiger verfürzt werden, gemäß § 2013 Abs 1 Sab 1 (vgl. A 1) aufrecherhalten bleibt, wenn der Erbe ihnen allgemein unbeschräntt haftet, so daß eine zu ihren Gunsten eingetretene Rechtslage sie benachteiligt (vgl. Strohal 11 § 78 2 6).
- 5. Nach Anordnung der Nachlaßverwaltung oder Eröffnung des Konkurses kann ein Rachlaßgläubiger seine Forderung nicht mehr aegen eine Krivatsorderung des Erben an ihn aufrechnen (§§ 1975, 1984 Abs 1 Sah 3): ebensowenig ein Rachlaßschuldner eine ihm gegen den Erben zustehende Privatsorderung gegen die Rachlaßsorderung (§ 1984 Abs 2). Der Erbe seinerseits kann nicht mehr eine Rachlaßsorderung gegen eine Brivatschuld aufrechnen (§ 1984 Abs 1 Sah 1), wohl aber (wie jeder Dritte) eine Rachlaßschuld durch Aufrechnung einer ihm zustehenden Privatsorderung tilgen. Im lehteren Falle hat er aber nicht den Ersahasspruch) nach den Erundsähen des Austrags, sondern nur nach denseinigen von der Geschäftssährung ohne Austrag, also in der Regel nur auf die Bereicherung (§§ 1978 Abs 3, 683, 684). Die Bestimmungen über Aufrechnung im Konsurse (§§ 58 bis 56) bleiben im übrigen underührt. Mehrheit von Erben § 2040 Abs 2.

\$ 1978

Ist die Nachlaßverwaltung angeordnet oder der Rachlaßkonkurs eröffnet, so ist der Erbe den Nachlaßgläubigern für die bisherige Verwaltung
des Nachlasses so verantwortlich¹), wie wenn er von der Annahme der Erbschaft an die Verwaltung für sie als Beaustragter zu führen gehabt hätte²).
Auf die vor der Annahme der Erbschaft von dem Erben besorgten erbschaftlichen Geschäfte sinden die Vorschriften über die Geschäftssührung
ohne Austrag entsprechende Anwendung³).

Die den Rachlafiglänbigern nach Abf 1 zustehenden Unsprüche gelten als

3um Nachlasse gehörend4).

Anfwendungen find dem Erben aus dem Rachlaffe zu erseten, soweit

er nach den Borichriften über den Auftrag oder über die Geschäftsführung ohne Auftrag Erfat verlangen könnte5).

E I 2112 Sat 1, 2 II 1853; M 5 626—628; B 5 765, 766, 818, 814.

1. Berantwortlichteit des Erben für die bisherige Bermaltung. Der Erbe ift grund. fablich in ber Berfügung über ben nachlaß ebensowenig beschränkt wie in berjenigen über sein eignes Bermögen. Er haftet daher an sich für sein Gebaren mit jenem ben Nachsaß-gläubigern ebensowenig wie seinen eignen Gläubigern für sein Gebaren mit diesem. Durch vorsähliche oder sahrlässige Schädigung des Nachlasses verliert er auch nicht die rechtliche Möglichkeit der Beschänkung seiner Haftung. Ift aber Nachlaßverwaltung angeordnet oder Nachlaßtonkurs eröffnet, sei es auf Antrag des Erben oder eines sonstigen Antragsberechtigten, so tritt nachträglich eine Verantwortsichteit des Erben gegenüber den Nachlaßgläubigern für die vor dieser Zeit liegende Behandlung des Nachlasse ein Erthaftet in diesem Falle wie ein Verwalter fremden Gutes, und zwar für die Zeit nach der Annahme der Erbschaft nach den Grundsähen vom Austrag, für die vorherliegende Zeit seit dem Erdonfalle nach denen von der Geschäftsführung ohne Austrag. Daß der Erbe auch für eine vor Eintritt des Erbsalls über ein Recht des Erbsasses getroffene Verständig die genofe Les Geschafte des Erbsasses getroffene Verständig die genofe Les Geschafte des Geschaftes getroffene Verständig die genofe Les Geschaftes des Geschaftes getroffene Verständig die genofe Les Geschaftes des Geschaftes getroffene Verständig die genofe Les Geschaftes des Geschaftes getroffene Verständig die genofene Verständig des Geschaftes des Geschaft fügung, die gemäß § 185 Abj 2 wirtfam geworden ift, den Rachlagglanbigern in gleicher Weise verantwortlich wäre, als wenn er nach Eintritt des Erbsalls versügt hätte (Mot V S. 632), kann nicht zugegeben werden (so auch Planck Erl 2a Abs 2). — Die gleiche Berantwortlichkeit tritt ein, venn er unter den Voraussehungen der §§ 1990—1992 von den dort geschen der Voraussehungen vor ihre den Voraussehungen der S. 1990—1992 von den dort geschen der Voraussehungen währten Einreben ohne Nachlagverwaltung ober Nachlagtonturs Gebrauch macht (§ 1991). Haftet ber Erbe unbeschränkt, so findet § 1978 keine Anwendung (§ 2013 Abs 1 Sab 1), obwohl auch dann noch Nachlaßverwaltung und Nachlaßkonkurs möglich sind (§ 1975 A 1). — Bessondere Verantwortlichkeit des Erben § 1980, des Nachlaßverwalters § 1985 Abs 2 wegen

nicht rechtzeitigen Konfursantrags.

2. Gine Pflicht zur Berwaltung bes Nachlaffes wird für ben Erben burch bie Unnahme der Erbschaft begründet für den Fall, daß später Nachlasperwaltung oder Konkurs eintritt. Nur nachdem dieser Fall oder der Fall der §§ 1990, 1992 eingetreten ist, können die Nachlaßgläubiger aus der nicht gehörigen Erfüllung dieser Berwaltungspsicht Schabensersatzungsprücht schabensersatzung schabensersatzung seine schabensersatzung seine seine schabensersatzung seine schabensersatzung sein zu seine seine schaben sein (§§ 662—676) zu "entsprechender" Anwendung, also nur insoweit, als sie zur Anwendung geeignet sind. Und zwar hat der Erbe Vorsah und Fahrlässigfeit zu vertreten (§ 276), also für die im Bertehr erforderliche Sorgfalt, nicht nur für diligentia quam suis, ein-Bermahr genommen, für feine Erhaltung geforgt und die ordnungsmäßig in Befit und Bermahr genommen, für feine Erhaltung geforgt und die ordnungsmäßig baraus gu Biehenden Aubungen gezogen hat, insbesondere auch durch Weiterführung eines Geschäfts ober einer Landwirtschaft. Es wird angenommen werden können, daß er berechtigt ift, Die Verwaltung einem Dritten zu übertragen (entgegen ber in § 664 aufgestellten Vermutung) und daß er in diesem Falle nur für Sorgfalt bei der Auswahl haftbar ift (§ 664 Abf 1 Sak 2). Besonderen Weisungen einzelner Nachlaßgläubiger (§ 665) braucht er nicht Folge zu seisien. Nach Eintritt der Nachlaßverwaltung oder des Nonturses ist er zur Austunft und Rechungslegung, sowie zur Herausgabe des Nachlasses und des aus Anlaß der Berwaltung Erhaltenen, einschließlich des aus ihm Gewonnenen (auch eines Losgewinnes) und der Surrogate für nicht mehr porhandene Nachlassesenstände vernstlichtet (88 666 667) Veder Surrogate für nicht mehr vorhandene Nachlaßgegenstände, verpflichtet (§§ 666, 667). Jedoch tritt nicht, wie in den Fällen des Erbschafisbesitzers (§ 2019 Abs 1) und des Vorerben (§ 2111) eine (auch nicht gewollte) bingliche Eurrogation bes mit Mitteln ber Erbschaft Erlangten ein, sondern nur schuldrechtliche Ersatverpflichtung (RG Barn 1913 Rr 427; DLG 19, 231). Empfangenes Geld hat er zu verzinsen, wenn er es für sich verwendet hat (§ 668; einschrieben Standinger Erl 2). — Invieweit der Erbe zur Berichtigung von Nachlasverbindlichkeiten berechtigt ist, bestimmt sich nach § 1979. Insoweit ist er auch zur Berichtigung von Paraficieten berechtigt ist, bestimmt sich nach § 1979. gung verpflichtet, soweit Nachlagmittel vorhanden find und Bergugefolge ober Prozestoften Dadurch vermieben werben. Stehen ihm aber aufichiebenbe Einreben (§§ 2014, 2015) gegen Rachlafforberungen gu, fo muß er bavon Gebrauch machen und bie Einschräntung ber Bwangsvollstredung gemäß §§ 782, 788 BPD gegenüber ben Nachlagglaubigern und seinen eignen Gläubigern, wenn biese in Rachlafigegenstände vollstreden wollen, herbeiführen. Er kann jedoch nicht seine Vernrieilung dur Befriedigung eines, Nachlaßglänbigers schon bamit abwenden, daß er im allgemeinen die Befürchtung erhebt, es möchten noch andere ungedeckte Verbindlichkeiten vorhanden sein (MG 28. 11. 07, IV 146/07). Daß der Erbe für Annahme oder Ausschlagung einer dem Nachlasse zugefallenen Erbschaft ben Nachlafgläubigern nicht verantwortlich ist, durfte aus § 9 KD zu folgern sein (vgl. § 1942 A 1).

3. Bor der Unnahme der Erbicaft ift ber Erbe den Rachlaggläubigern zu positivem Sandeln in bezug auf den Nachlag nicht verpflichtet. Mifcht er fich aber durch Beforgung erbschaftlicher Geschäfte in ben Nachlaß ein, ohne daß darin eine Annahme zu finden ist, so haftet er im Falle der Nachlaßverwaltung oder des Nachlaßtonturses den Nachlaßgläubigern unter entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677—682), wobei jedoch nicht der "mutmaßliche Wille" einzelner Nachlaßgläubiger, sondern die objektive Wahrung der Interessen des Nachlasses naßgebend sein muß (vgl. auch § 1959 A 2). — Ift ein Nachlaßpfleger nach §§ 1960, 1961 bestellt, so haftet der Erbe für dessen vollengen wie für die eines gesehlichen Vertreters nach § 278, jedoch mit der Möglichseit der Beschränkung auf den Nachlaß; der Nachlaßpfleger selbst haftet nicht unmittelbar den Nachlaßgläubigern (beide Fragen streitig; vgl. § 1960 A 4).

- 4. Die auf Grund des Abs 1 entstandenen Berpflichtungen sind Eigenverbindlich-teiten bes Erben (§ 1967 A 3), für die er mit seinem Bermögen aufzukommen hat, auch wenn seine haftung im übrigen auf ben Nachlaß beschränkt ist (DLG 24, 64; RG Recht 1913 Mr 362). Die Ansprüche gegen ihn gelten als zum Rachlaffe gehörend und können deshalb während der Dauer von Nachlagverwaltung oder Nachlagkonkurs nur vom Verwalter geltend gemacht werden (§ 1985). Nach Aufhebung des Konkurfes infolge Masseverteilung oder Zwangsvergleich werden ausgefallene Gläubiger eine etwa noch nicht liquidierte Forderung gegen den Erben aus § 1978 pfänden und fich überweisen lassen können (vgl. 1989 A 1). Ebenso, auch wenn man der zu § 1975 A 1 und § 1986 A 4 vertretenen Anficht über die Fortdauer der Haftungsbeschränkung folgt, nach Aufhebung der Nachlaßverwaltung. Die Zugehörigkeit zum Nachlasse hat weiter bie Fosge, daß die Forberungen bei den Fragen der Überschuldung des Nachlasses (§ 1980) und des Vorhandenseins zulänglicher Masse (§§ 1988 Abs 2, 1990) zu berücksichtigen sind. — Der Nachlaß oder Nachlaßsonkursverwalter kann den Anspruch schon vor der Außeinander staglags voer Andsagsonntesvervaler tunn ven antpetat stagen vot det auseinandet setzung gegen die Miterben als Gesamtschuldner (§ 427) geltend machen (**NG** 10. 7. 16, IV 64/15; DIG 24, 64). Auch ein einzelner Miterbe ist, ungeachtet der Vorschift des § 2059 Abs 1 Sat 1 (vgl. A 1 dazu), verpstichtet, das aus dem noch ungeteilten Nachlasse vorsäufig Empfangene, soweit es zur Berichtigung von Nachlasverdindlichteiten ersorberlich ist, zum Nachlasse zurückzugewähren (**NG** 89, 408). Verletzt der Erbe durch positive handlungen, die den Bertragezwed vereiteln, schuldhaft eine dem Erblasser gegenüber einem andern obliegende Bertragsverpflichtung, so macht er sich diesem für seine Person aus dem Bertrage schadensersatpflichtig und gehört der andere Teil wegen dieses Anspruchs nicht lediglich zu den Nachlaßgläubigern; der Erbe kann beshalb ihm gegenüber nicht einen Ausschluß wegen Nichtanmeldung im Aufgebotsversahren (§ 1970) oder eine Haftungsbeschrenkung geltend machen (RG 92, 343). Ein solcher Auspruch kann daher auch während der Nachlasverwaltung oder des Nachlastonkurses durch den Glaubiger persönlich geltend gemacht werden. Im übrigen vgl. über die Berpflichtung des Erben aus Nechtsgeschäften, die er in Ausübung der Berwaltung des Nachlasses vorgenommen hat, § 1967 A 3.
- 5. Ersatanspruch für Auswendungen: für nach der Erbschaftsannahme gemachte nach entsprechender Waßgabe der Borschriften über den Auftrag (§ 670), also soweit der Erbe sie den Umständen nach für ersorderlich hatten durfter, für vorher gemachte Auswendungen nach den Vorschriften über Geschäftsführung ohne Austrag (§§ 683, 684), gleichfalls in entsprechender Annwendung, demnach nur soweit, als die Übernahme der Geschäftsführung dem Interesse der Nachlas beteiligten wirklich entsprochen hat, andernfalls nur auf die Bereicherung. Verzinsung der Auswendungen (§ 256); Befreiung von Verdindlichteiten (§ 257); Massechuld (ND § 224 Kr 1). Ein Zurückbehaltungsrecht (§ 278 Abs 2) ist für den Fall des Konkurses dem Erben versagt (KD § 223). Diese Vorschrift auch auf den Fall der Nachlaßverwaltung auszudehnen (so Pland Ert 5 und die zweite Auflage dieses Kommentars; a. M. Derndurg 5 § 169 IV; teilweise auch Kipp § 78 bei U 20—22), ist bedenklich, da der in jenem Falle durch die Eigenschaft der Forderung als Misselch ist gewährte Schuß in diesem Falle burch die Eigenschaft der Forderung als Wisselch ist gewährte Schuß in diesem Falle burch die Eigenschaft der Forderung als Warn 1910 Kr 141.

§ 1979

Die Berichtigung einer Nachlagverbindlichkeit durch den Erben müssen die Nachlaggläubiger als für Rechnung des Nachlasses erfolgt gelten lassen), wenn der Erbe den Umständen nach annehmen durste, daß der Nach-laß zur Berichtigung aller Nachlaßverbindlichkeiten ausreiche²)³).

© II 1854 266 1; B 5 742, 766.

1. Das Rechtsverhältnis zwischen bem Erben und den Nachlaßgläubigern im Falle von Nachlaßverwaltung ober Machlaßkonkurs, das seine allgemeine Regelung in § 1978 gefunden hat, ist in § 1979 besonders geregelt hinsichtlich der vor der Herbeiführung dieser Maßnohmen ersolgten Berichtigung von Nachlaßverbindlichteiten

durch den Erben. Db der Erbe nach den Grundfaten vom Auftrage, die gemäß § 1978 für die Zeit nach der Annahme der Erbschaft, und von der Geschäftsführung ohne Auftrag, die für die Zeit vor der Annahme zur Anwendung kommen, überhaupt besugt sein würde, Nachlasverbindlichkeiten für Rechnung des Nachlasses zu berichtigen und ob er nicht vielmehr, wenn sich nachträglich bie Aberschuldung herausstellte, unter allen Umftanden auf den Eintritt in die Rechte des befriedigten Cläubigers und dannt auf die Konkursdividende (§ 225 Abs 2 KO) angewiesen sein würde, konnte nach der Fassung des ersten Entwurfs zweiselhaft sein (vgl. M 5, 633). Um Härten und Unbilligkeiten gegen den Erben zu vermeiben, stellt deshalb die von der zweiten Kommission eingestigte Bestimmung des § 1979, und zwar einheitlich für die Zeit vor und nach der Annahme, darauf ab, ob der Erbe annehmen durste, daß der Nachlaß zur Befriedigung aller Gläubiger ausreichen würde. Liegt diese Boraussetzung vor, so kann er, wenn er die Nachlaßgläubiger aus Nachlaß-mitteln befriedigt hat, die dadurch entstandene Minderung des Nachlasses dei der Herausgabe (§ 1985 A 2) in Anrechnung bringen, und wenn er aus eignen Mitteln gezahlt hat, steht ihm ein Ersatzanspruch für die Aufwendung zu, der eine Masseschuld im Konkurse bildet (§ 224 Nr 1 KD). Erforderlich ist, daß die Berbindlichkeit wirklich berichtigt worden ist; die rechtskräftige Berurteilung (§§ 1978 Abf 2 Sab 3, 1989, 1991 Abf 3) genügt hier nicht. Der Ersahanspruch geht nur auf den wirklich ausgewendeten Betrag, also wenn der Gläubiger mit einem geringeren als dem wirklichen Forderungsbetrage abgefunden ist, nicht auf den Mehrbetrag (anders im Falle des § 225 Abs 2 KD). — Liegt die Boraussehung nicht vor, so tritt der Erbe, wenn er aus eignen Mitteln bezahlt hat, im Konkurse an die Stelle des befriedigten Glaubigers und hat nur Anspruch auf eine bem wirklich geschuldeten Betrage der berichtigten Forderung (jedoch ohne Rücksicht auf den eine zur Befriedigung aufgewendeten niederen Betrag) entsprechende Konkursdividende (§ 225 Abs 2 KD); mit ber Forderung verbundene Hppotheken, oder Pfandrechte sowie Kechte aus einer Bsirgschaft Horderung verdundene Hypotheken oder Pfandrechte sowie Aechte aus einer Bürgschaft gehen gemäß § 412, 401 auf ihn über (NG 55, 158) und begründen für ihn Absonderungsrechte nach Mahgade der ND. Außerhalb des Konkurses wird er einen Ersatanspruch nur soweit haben, als die Masse bereichert ist. — Hat der Erbe auß Nachlaßmitteln bezahlt, ohne daß die Voraußsehung des § 1979 vorliegt, so ist er nach Mahgade des § 1978 den Nachlaßgläubigern zum Ersate verpflichtet. — Besonderes Anfechtungsrecht der Nachlaßgläubiger gegen Berichtigung von Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen im Konkurse KD §§ 222, 32; vgl. § 1975 A 3; außerhald des Konkurses § 3a Answ. Die Berichtigung anderer Nachlaßverdindlichkeiten ist nach Mahgade der getwöhnlichen Ansechtungsgrundsähe (KD § 30; Answeden, da es nicht (wie die Ersahsorderung gegen den Erben. § 1978 Abs 21 als zum Ausschlaße gehörend allt zur Ausschlaßerden mirt dehr mehr Erben, § 1978 Abs 2) als zum Nachlasse gehörend gilt; zur Ausübung wird daher, auch wenn Nachlagberwaltung besteht, jeder einzelne burch die Berichtigung verkürzte Nachlaßgläubiger berechtigt sein. — Haftet der Erbe unbeschränkt, so kommt § 1979 ebensowenig wie § 1978 (vgl. A 1 dazu) zur Anwendung. — Entsprechende Anwendung auf den Nachlaßverwalter § 1985 Abs 2 Sat 2; auf ben Fall bes bürftigen Nachlasses § 1991.

- 2. Zu der Annahme, der Nachlaß werde ansreichen, wird der Erbe regelmäßig nur dann berechtigt sein, wenn er alle Mittel zur Feststellung des Attiv- und Palsivstandes erschöpft, insbesondere Inventar errichtet (§§ 1993, 2009) und im Falle des § 1980 Abs 2 das Ausgedot der Gläubiger beantragt hat. Auf das Borhandensein von Vermächtnisnehmern oder zu erfüllenden Auflagen brancht er hierdei keine Midsicht zu nehmen (§ 1980 Abs 1 Sat 2). Sie kommen überhaupt nur in Betracht, wenn sich ein Nachlaßüberschußerrgibt. Auch auf das Borhandensein ausgeschlossener ober ihnen gleichstehender Gläubiger (§§ 1973, 1974) braucht der Erbe bei Bemessung der Zulänglichkeit des Nachlasses keine Rüdssicht zu nehmen.
- 3. Die Beweislast dafür, daß er die Zulänglichkeit des Nachlasses annehmen durfte, trifft den Erben, der als ersappslichtig in Anspruch genommen wird. Die Frage ist im Brozesse selbst auszutragen, da es sich hierbei um eine eigne Schuld des Erben handelt. §§ 780 ff. IV kommen nicht in Frage.

\$ 1980

Beantragt der Erbe nicht unverzüglich, nachdem er von der überschulsdung des Nachlasses Kenntnis erlangt hat1), die Eröffnung des Nachlasse konturses2), so ist er den Gläubigern für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich3). Bei der Bemessung der Zulänglichkeit des Nachlasses bleiben die Verbindlichkeiten aus Vermächtnissen und Auflagen außer Bestracht4).

Der Kenninis der überschuldung steht die auf Fahrlässigteit beruhende Untenntnis gleich 1)5). Alls Fahrlässigkeit gilt es insbesondere, wenn ber Erbe das Aufgebot der Rachlagglänbiger nicht beantragt, obwohl er Grund hat, das Borhandensein unbekannter Rachlagberbindlichkeiten anzunehmen6); das Anfgebot ift nicht erforderlich, wenn die Roften des Berfahrens dem Bestande des Rachlaffes gegenüber unberhaltnismäßig groß find 7)8). E II 1854 ADS 2, 3; B 5 765, 766.

1. § 1980 legt bem Erben, neben ber aus § 1978 sich ergebenben allgemeinen Bermaltungepflicht, noch eine besondere Verpflichtung auf unter ber in Abf 1 Cat 1 und Abf 2 Sat 1 ausgesprochenen Voraussetung, daß er bon der itberschuldung des Rachlasies entweder positive Kenntnis erlangt oder aus Fahrlassisteit teine Kenninis erlangt hat. Uberichulbung ift objettiv vorhanden, wenn der Wert der Nachlagativa hinter dem Werte der Nachlagpassiva zuruchleibt, so daß der Nachlaß zur Befriedigung aller Nachlaßgläubiger nicht hinreicht; dann ist die gesehliche Boraussepung für die Eröffnung des Konturses gegeben, auch wenn nur Bermächtnisse oder Auflagen nicht erfüllt werden können turses gegeben, auch wenn nur Vermächtnisse ober Auslagen nicht erfüllt werden können (§ 215 KD; RG Gruch 52, 1084). Die Verpflichtung des Erben, Konkurs zu beantragen, tritt aber nur ein, wenn andere Nachlaßverbindlichkeiten, als die zuletzt genannten, nicht erfüllt werden können (Sat 2 und A 4). Subjektiv genügt zur Kenntnis von der Überschuldung nicht das Wissen von dem tatsächlichen Vorhandensein der einzelnen Aktiven und Bassiven, vielziehr ist ersordersich Kenntnis des Verhältnisses ihrer beiderseitigen Gesamtwerte zueinander, die durch Prüfung der Einzelwerte und Vergleichung des Ergebnisses gewonnen werden nuß; doch wird in der Regel die Unterlassung einer solchen Prüfung und Vergleichung dei Kenntnis der Tatsachen Fahrlässiseit darstellen, und die durch diese verunsachte Unkenntnis ist der Kenntnis gleichgestellt. Der Umstand, daß der Erde die Zahlungen eingestellt hat, kann als Anzeichen für sein Bewußtsein von der überschuldung in Vertagt kommen, ist jedoch nicht unbedingt ausschlaggebend, da die Einstellung auch aus Vorsicht (vgl. § 1979) ersolgt sein kann. Auch eine Forderung, für die ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, dar der Erde nicht bestedigen, wenn er Anlaß hat, die Unzulänglichkeit Urteil vorliegt, darf der Erbe nicht befriedigen, wenn er Anlaß hat, die Unzulänglichkeit des Nachlasses anzunehmen, muß vielmehr in diesem Falle Konfurs beautragen. — Unverzüglich, v. h. ohne schuldhafte Verzögerung (vgl. § 121); ob eine solche vorliegt, ift Tatfrage, nicht übermäßig langes Bogern tann unter Umständen entschuldigt sein durch bie

Tatfrage, nicht übermäßig langes Zögern kann unter Umständen entschuldigt sein durch die begründete Erwartung, unter Vermeidung schädigender Zugriffe einzelner Gländiger ohne Konkurseröffnung zu einer Einigung mit ihnen zu gelangen. — Über die Umwendbarkeit des § 1980 im Falle des § 1990 (bei Dürftigkeit des Nachlasses) vol. § 1991 Al. 2. In den Annahme der Erbendigt verpflichtet. Vorher ist der Erbe hierzu nur berechtigt (KD § 216) und kann für die Unterlassung nur haftbar werden, wenn er durch Einmischung in die Geschäfte des Nachlasses, insbesondere Befriedigung einzelner Gläubiger, die Stellung des Konkursantrags ersorderlich gemacht hat. Zeder Miterde, dem die Kenntins unewohnt und der zugleich die Überschuldung glaubhaft zu machen bermag (KD § 217 Abs 2), ist hierzu selbständig verpflichtet. Mit Anordnung der Rachlasverwaltung geht auch die Pflicht zur Stellung des Konkursantrags auf den Verwalter über (§ 1985 Abs 2); a. M. Standinger, 9. Auft, Grs 2 Abs 3. Reben ihm bleibt der Erbe nur in besonderen Fällen (z. B. wegen mangelhasser Information des Verwalters) verantwortlich. In Verhältnis zu ausgeschlossenen hafter Juformation bes Berwalters) verantwortlich. Im Berhältnis zu ausgeschlossenen (§ 1973 A 1).

3. Schabenserfat §§ 249ff. Er befteht in bem Unterschiede zwischen bem, was bie Gläubiger bei rechtzeitiger Konturseröffnung aus bem Nachlaß erlangt haben würden, und dem, was fie tatfächlich erlangen. Der Ersatanspruch gehört im Nachlaftonfurs zur Masse (KD § 228 Abs 2), kann bemnach nur vom Konkursverwalter geltend gemacht werden. Als "zum Nachlasse gehörend" gilt er nach § 1978 Abs 2, da er mur eine besondere Wirkung der daselbst in Abs 1 dem Erben auferlegten Berwaltungspflicht darstellt (vgl. über seine Geltendmachung §§ 1978 A 4 und 1991 A 1). Schaden kann durch die Unterlassung der Konkursherbeiffihrung insbesondere in der Nichtung entstehen, daß einzelne Nachlaßgläubiger burch Zwangsvollstredung vor anderen zur Befriedigung gelangen; durch Berzögerung auch in der Richtung, daß unnötige Prozeß, oder Zwangsvollstredungskosten verursacht werden. Der Anspruch ist gegenstandslos, wenn der Erbe unbeschränkt hastet (§ 2013).

4. Bermächtnisse und Anslagen gelangen auch im Konkurse nur zur Befriedigung, wenn

alle übrigen Nachlaßverbindlichteiten, auch die aus Pflichtteilsrechten, berichtigt sind und noch ein Überschuß vorhanden ist (NO § 226 Abs 2). Deshalb ist dem Erben nicht zur Pflicht gemacht, den Konfurs zu beantragen, wenn der Nachlaß zur Befriedigung der sonstigen Verbindlichteiten ausreicht oder er das ohne Fahrlässigiet annehmen kann. Dagegen ist

er verpflichtet, Konturs zu beantragen, wenn die Überschuldung auch nur auf Pflichtteils.

rechten beruht.

5. Die Unkenntnis von der Überschuldung muß auf Fahrlässigkeit beruhen, hierdurch verursacht sein. Es muß mithin die Möglichkeit bestanden haben, durch Anwendung der im Berkehr erforderlichen Sorgsalt (§ 276) von der Überschuldung, z. B. von Uneinbringlichkeit bekannter Außenstände, vom Vorhandensein undekannter Schulden uhw. sich zu vergewissern.

6. Unterlassen des Ausgebots (§§ 1970ff.) ist immer Fahrlässisseit, wenn Beranlassung vorlag, das Borhandensein unbekannter Nachlasverbindlichkeiten anzunehmen und der Nachlass läß nicht zu dürftig ist. Das Aufgebot allein ist aber nicht immer für sich allein genügend.

Insbesondere wird regelmäßig Inventarerrichtung geboten sein (§ 1979 A 2).

7. Aus dem gleichen Grunde kann im Falle des § 1905 die öffentliche Aufforderung unterbleiben (vgl. auch §§ 1982, 1990 Ubf 1; KO § 107). Doch wird der Erbe in solchem Falle, wenn im übrigen die Voraussetungen vorliegen, wenigstens zum Erlasse eines Privataufgebots, etwa in der Form des § 2061, verpflichtet sein. Daß der Nachlaß zur Bestreitung der Kosten des Aufgebots unzulänglich sein würde, ist nicht erforderlich, um die Unterlassung

zu rechtfertigen.

8. Beweislast. Im Gegensatzus \ 1979 (vgl. A. 3 bazu) müssen hier die Gläubiger nachweisen, daß der Nachlaß überschuldet war und daß der Erbe davon Kenntnis hatte oder daß seine Unkenntnis auf Fahrlässissistet beruhte, daß er also durch geeignete Maßregeln sich von der Überschuldung hätte Kenntnis verschaffen können. It aber daß Aufgebot unterdieden, so wird sowohl die Fahrlässissistet als auch (was der Wortlaut allerdings nicht deutsich hervortreten läßt) das Beruhen der Unkenntnis auf der Unterlassung vermutet, salls nur der Erbe Grund hatte, daß Vorhandensein undekannter Nachlaßverbindlichkeiten anzunehmen; die Gläubiger brauchen also nur hierfür Beweis zu erbringen, und es ist dann Sache des Erben, darzulegen, daß er auch durch ein Aufgebot keine Kenntnis von dem Vorhandensein von Gläubigern erlangt haben würde, welche den Nachlaß als überschuldet hätten erscheinen lassen schapen kland Erl 1 c). Wendet der Kroke Unverhältnismäßigkeit der Kosten ein (A 7), so hat er diese nachzuweisen. — Die Gläubiger haben Entstehung und Hohe des Schadens darzutun. Wehrere schuldige Miterben haften als Gesamtschuldner (§§ 1978, 662, 427).

§ 1981

Die Nachlagberwaltung ist von dem Nachlaggericht anzuordnen, wenn

der Erbe die Anordnung beantragt1).

Auf Antrag eines Nachlaßgläubigers ist die Nachlaßberwaltung anzuordnen²), wenn Grund zu der Annahme besteht, daß die Befriedigung der Nachlaßgläubiger aus dem Nachlasse durch das Berhalten oder die Bermögenstage des Erben gefährdet wird³). Der Antrag kann nicht mehr gestellt werden, wenn seit der Annahme der Erbschaft zwei Jahre verstrichen sind⁴).

Die Borichriften des § 1785 finden teine Anwendung⁵).

Œ II 1855; B 5 810, 872,

Der Antrag des Erben ist zeitlich nicht beschränkt, kann also auch noch nach Ablauf der fünf Jahre des § 1974 gestellt werden (anders der Untrag der Nachlaßgläubiger, Ubs Sah 2). Auch schon vor Annahme der Erbschaft; daß diese in der Negel in dem Antrage zu sinden sei (so Pland Erl 4a und die zweite Auslage dieses Kommentars), kann nicht anerkannt werden, da der Erbe dabei recht wohl nur aus Vorsicht behufs Wahrung seiner Rechte für alle Fälle dis zur Entschließung über Annahme oder Ablehnung gehandelt haben kann, sonach eine unzweidentige pro herede gestio darin ucht liegt (vgl. § 1943 A 1 und die dort angesührten Entscheidungen). — Daß der Nachlaß bereits mit dem eignen Bermögen des Erben vermischt oder vom Erben versilbert ist, steht dem Antrage nicht entgegen, da die an die Stelle der ursprünglichen Nachlaßgegenstände getretenen Ersahansprüche gegen den Erben zum Nachlasse gehören (§ 1978 Ubs 2). Im Falle der Erschöpfung des Nachlasses ohne Ersahansprüche kann der Antrag gemäß § 1982 abgesehnt werden. Miterben sind nur gemeinsam und nur, solange die Teilung nicht ersost ist, natragsberechtigt (§ 2062). Ausgeschlossen ist den Antrag, wenn der Erbe den Nachlaßgläubigern allgemein unbeschränkt (nicht mehr beschränkdar) haftet (§ 2018), anders für den Kontursantrag (RO § 216 Ubs 1). Das Nachlaßgericht wird die Frage der unbeschränkten Hartung von Amts wegen (FGG § 12) zu prüfen Anlaß haben, wenn es selbst dem Erden eine Inventarfrift geset hat und diese unbenutz verstrichen ist (§ 1994). Dat es gleichvohl die Machlaßeerwaltung angeordnet, so kann dieser Beschluß eine Beschrönkung des Erben

(§ 1975) nicht herbeiführen; im übrigen ist er wirksam, solange er nicht aufgehoben ist; die Aufhebung kann in diesem Falle von Amts wegen (FGG § 18) durch das Nachlaßgericht erfolgen, nicht aber durch das Beschwerbegericht, da Beschwerde nicht zulässig (FGG § 76 Abs 1); durch die Aufhebung wird die Birkfamteit ber inzwischen von bem Berwalter und ihm gegenüber die Aufhebung wird die Wirksamkeit der inzwischen von dem Verwalter und ihm gegenüber vorgenommenen Rechtsgeschäfte nicht berührt (FGG § 32). Im übrigen voll. wegen Aufbebung der Nachlaßverwaltung § 1988 A 2, 3. Daß der Nachlaß überschulbet, ist kein Grund zur Anrückweisung des Antrags; doch muß der ernannte Verwalter in solchem Falle "unverzüglich" Konkurs beantragen, wodurch die Nachlaßverwaltung gleich wieder endigt (§§ 1980, 1985 Abs 2, 1988; RIA 8, 32). — Außer dem Erben ist antragsberechtigt der Ehemann der Erbin, wenn der Nachlaß zum eingebrachten Gute oder zum Gesamtaute gehört, kraft seines Verwaltungsrechts (§ 1374; vgl. auch § 218 KD); dagegen wird die Vorschrift der KD (§ 218), wonach auch die Erbin selbst in solchem Falle den Antrag ohne Russimmung des Chemanus kiellen kann, auf die Nachlaßverwaltung nicht ausgebehut werden Bufchtift ber KD (§ 218), wonach auch die Seint seint in societ vanse ven Antrag ohne Zuftimmung des Shemanus stellen kann, auf die Nachlaßverwaltung nicht ausgedehnt werden können, da § 1406 Nr 1 nur das Necht zur Annahme ober Ausschlagung, aber nicht das Recht zur Verwaltung einer ihr zufallenden Erbschaft der Ehefrau vorbehält. Ferner ist antragsberechtigt der Erbschaftstäufer (§ 2388); neben ihm auch der Erbscher vertauft hat, nach Maßgabe der entsprechend anwendbaren Vorschrift des § 282 Ubs 2 RD (vgl. P II 5, 826; Dentschr zur KD 51) wie ein Nachlaßgläubiger, also wenn eine Pachlagverbindlichteit, für die er fortdauernd haftet (§ 2382), gefährdet ist (A 3), und zwar, falls eine jolche in Frage steht, zu deren Berichtigung der Käufer ihm gegenüber verpflichtet ist (was nach § 2378 die Regel bildet), auch im Falle unbeschränkter Haftung; andernfalls rur, wenn er seine Haftung noch beschränkten kann. Auch der Testa mentstehen. andernsalls kur, wenn er seine Hastung noch beschranten tann. Auch der Lesiamenis vollstrecker wird, wenn er die Verwaltung des Rachlasses hat, zu dem Antrage des signes seine sollstreckers die Anordnung der Nachlasses durch das Vorhandensein eines Testamentsvollstreckers die Anordnung der Nachlasverwaltung auf Antrag des Erben nicht ausgeschlossen wird (RG LB 1919, 875; DLG 18, 316; 39, 12). — Der Nachlasvesleaer der § 1960, 1961 ist nicht autragsberechtigt, da er weder für die Beschränkung der Hastung des Erben Sorge zu tragen sot und zu den Nachlassesignigern in rechtlichen Beziehungen fehrt (vol. § 1960, 27.4). hat, noch zu ben Nachlaßgläubigern in rechtlichen Beziehungen steht (vgl. § 1960 A 4; a. M. Dernburg § 130 A 3). — Zuftändigleit des Nachlaßgerichts an Stelle des Vormund schaftsgerichts FGG §§ 73, 75.

2. Der Nadylaggläubiger (§ 1967 Abf 2, nicht also auch der Privatgläubiger des Erben) ist auch dann antragsberechtigt, wenn der Erbe unbeschräntt haftet (§ 2013); an der unbeschränkten Haftung wird dadurch nichts geändert. Er hat seine Forderung und deren Ge-fährdung (vgl. A 3) glaubhaft zu machen. Der Nachweis, daß der Erbe angenommen habe, wird vom Geset nicht gesorbert. Auch dem ausgeschlossenen und dem ihm gleichstehenden Gläubiger (§§ 1978, 1974) ist das Antragsrecht nicht versagt. Der Gläubiger hat gegen Ablehnung des Antrags die einfache Beschwerde aus FGG §§ 19, 20. Gegen die Anortnung steht nur dem Eiben, sedem Miterben und dem Testamentsvollstreder die sofortige Beschwerde zu (FGG §§ 76 Abs 2, 22). Ein persönlicher Gänbiger des Erben, der in Nachlaßgegenstände Zwangsvollstredung erwirft hat, fann den Antrag des Erben auf Anordnung der Nachlaßverwaltung nicht ansechten, da von einer Gläubigerbenachteiligung keine Rede sein kann, wenn der Schuldner gerichtliche Mitwirkung behnfs Befriedigung seiner Gläubiger nach Maßgabe des Gesehes anruft (NG 27. 9. 07 VII 504/06).

3. Der Grund gur Annahme einer Gefährdung tann subjettiv gegeben fein in bem Berhalten bes Erben (Gleichgültigkeit, Unwirtschaftlichkeit, ungetreue Berwaltung § 1978 Abs 1) ober objektiv in der schlechten Bermögenslage des Erben, die einen Zugriff seiner eigenen Gläubiger besorgen läßt. Es genügt, daß diese Boraussehungen auch nur bei einem Miterben zutreffen. Bloge Caumnis in ber Befriedigung ber Glaubiger genügt nicht (MIN 8, 179). Ob auch das Verhalten des verwaltenden Testamentsvollstreders Anlaß geben tann, ist bestritten; bejahend DLG 18, 316; 39, 12 und Bland Erl 3a § 1981 und Vorbem 5c vor §§ 2197 ff.; da der Testamentsvollstreder nicht Vertreter des Erben ist (vgl. Korbem vor § 2197) werden seine Handlungen ober Unterlassungen nicht ohne weiteres dem Erben zugerechnet werden können; anders wenn den Erben ein Berschulden dabei trifft (so auch Staudinger § 1981 Erl II B 4 letter Abs). — Die Tatsachen, welche die Gefährbung begrunden sollen, find glaubhaft zu machen; nötigenfalls hat das Nachlafgericht nach § 12 FOG weitere Ermittlungen anzustellen. Mehr als Glaubhaftmachung kann hier nicht verlangt werden, da nicht eine tatsächliche Gefährdung, sondern nur "Grund für die Annahme" einer solchen die Boraussehung der Borschrift bildet (a. M. Planck Erl 3 d). Andererseits dürfte das Offizialpringip bes § 12 FGG nicht fo weit gehen, daß das Rachlaggericht zu umfangreichen Ermittlungen schreiten mußte, wenn der Antragsteller seine Legitimation zum Antrage und die Tatsachen zu seiner Begrundung dem Gerichte nicht wenigstens einigermaßen glaubhaft gemacht hat, wogn unter Umftanden ichon die Cachdarftellung und die Angabe der Beweis mittel genügen fann. Daß bie Gesamtheit der Nachlaggläubiger gefährdet sein mußte (fo

KEJ 43 A 79), läßt sich aus dem Gebrauche der Mehrzahl wohl nicht ohne weiteres herleiten; ein zureichender sachlicher Grund, dem einzelnen gefährdeten Glänbiger die Antragsbefugnis zu versagen, dürfte nicht gegeben sein. Die Gefährdung kann vom Erben durch Sicherheitsleistung beseitigt werden, nicht aber durch bloßes Erbieten dazu (NFA 7, 18). Ahnlich § 1891.

4. Zweijährige Ausschluffrift, laufend seit Annahme der Erbschaft (§ 1943 A 1). Die Frift (§ 187) läuft nur den Rachlaßgläubigern, nicht dem Erben. Im Falle der Erben-

mehrheit ist die zuleht erklärte Annahme maßgebend. Ebenso RD § 220.

5. Auch die Nachlaßverwaltung ist Nachlaßpflegschaft (§ 1975 A 2). Der Verwalter ist aber nicht wie der Pfleger (§§ 1915, 1785) zur Übernahme des Amtes verpflichtet. Dagegen hat er Anspruch auf Vergütung (§ 1987). Der Erbe kann wegen der vorhandenen Interessenfolission nicht selbst zum Verwalter bestellt werden. Wohl aber der Testamentsvollstrecker; vgl. A 1. Auch mehrere Verwalter können bestellt werden (§§ 1797, 1915).

§ 1982

Die Anordnung der Nachlagberwaltung kann abgelehnt werden, wenn eine den Kosten entsprechende Masse nicht vorhanden ist1).

@ II 1856; B 5 810.

1. Bgl. auch §§ 1965 Abs 1 Sat 2, 1980 a. E. Die Masse entspricht nicht den Kosten, wenn ihre Berwertung einen die Kosten übersteigenden Beirag nicht ergeben würde; nicht schon (wie in DEG 11, 227 angenommen), wenn durch die Kosten das Bestiedigungsobjekt für die Gläubiger unverhältnismäßig geringer werden würde. Bgl. die entsprechende Vorschrift in § 107 Abs 1 KD, wo auß der in Sat 2 vorgesehenen Abwendung der Abweisung des Konkurseröfstungsantrags durch Hintersegung eines zur Deckung der Verschrenssfosten (§ 58 Kr 1, 2) hinreichenden Betrags sich mit Sicherheit ergibt, daß nur ein die Kosten bedeender Wert der Masse für die Eröffnung erfordert wird. Entsprechend in § 204 KD für die Abwendung der Sinstellung. Diese Vorschriften werden unbedenklich auf die Rachlasverwaltung entsprechend angewendet werden können. Ein für die Versahrenssschen ansreichender Vorschung lichkeitseinrede aus §§ 1990, 1991 zur Veschwenzerschenden Lasten vollsten und bie nach §§ 1978—1980 gegen den Erben bestehenden Ausprüche. Ausselbung der angeordneten Verwaltung aus dem gleichen Grunde § 1988 Abs 2.

§ 1983

Das Nachlaßgericht hat die Anordnung der Nachlaßverwaltung durch das für seine Bekanntmachungen bestimmte Blatt zu veröffentlichen¹).

Œ II 1857; № 5 808.

1. Entsprechend § 76 KD. — Der Nachlasverwalter ist an ch verpflichtet, die Anordnung der Nachlasverwaltung, sofern zu dem Nachlasse Erundstücke oder Nechte an solchen gehören, unverzüglich in das Erundbuch eintragen zu lassen, um dadurch die sonst gemäß §§ 892, 898 in Verd. mit § 1984 Abs 1 Sab 2, ND § 7 zugunsten gutgläubiger Dritter eintretenden Wirtungen von Verfügungen des Erden auszuschließen (vgl. Predari, GVD S. 95, 98). Sin Vorgehen des Nachlaßgerichts von Amts wegen zur Herbeisührung der Eintragung ist durch das Eesen nicht vorgeschrieben; die entsprechende Ann endung der für das Konkursgericht bestehenden Vorschrift (KD § 118) erscheint bedenklich, da die Stellung des Nachlaßgerichts wesentlich verschieden von der des Konkursgerichts ist, das nicht nur das Verschren zu eröffnen, sondern auch bei der Durchsührung mitzuwirken hat (so Dernburg § 130 A 15; a. M. die zweite Auflage dieses Konmentars und Planck Zusst, wie hier die 4. Aufl. Danach wird das Ernundbuchannt auch uicht befugt sein, die Eintragung auf Ernund eines Krsuchens des Nachlaßgerichts (§ 39 GVD) zu vollziehen. Das Nachlaßgericht kann aber den Nachlaßverwalter zur Ferdeisührung der Eintragung anhalten. Die öffentliche Bekanntmachung ist für die Beweislast bei nach Anordnung der Nachlaßverwaltung erfolgten Leistungen an den Erden von Bedeutung (vgl. § 1984 A 3).

§ 1984

Mit der Anordnung der Nachlagverwaltung¹) verliert der Erbe die Besugnis, den Nachlag zu verwalten und über ihn zu verfügen²). Die Borsschriften der §§ 6, 7 der Kontursordnung sinden entsprechende Anwendung³).

Ein Anspruch, der sich gegen ben Nachlag richtet, tann nur gegen den Rachlagberwalter geltend gemacht werden4).

Zwangsvollstredungen und Arreste in den Nachlag zugunften eines Gläubigers, der nicht Rachlaggläubiger ift, sind ausgeschlossen.

E II 1858; B 5 811, 812.

- 1. Die Anordnung der Rachlaßverwaltung tritt als gerichtliche Berfügung gemäß § 16 FG mit der Bekanntmachung an denjenigen in Kraft, für den sie ihrem Inhalte nach bestimmt ist. Als solcher wird der Erbe zu gelten haben, da delsen Berfügungsbesugnis und Berwaltungspslicht durch die Anordnung betroffen wird. In dem rechtsähnlichen Falle der Anordnung einer Fideikommisverwaltung ist die Bekanntmachung an den Fideikommisbesisser maßgebend (NG 21.2.21, IV 388/20, unvollständig abgedruck Warn 1921, Nr 92). Die sür dem Kall der Erbssung des Konkursversahrens in § 108 KD gegebene Sonderbestimmung, derzusolge die Wirszamung des Konkursversahrens in § 108 KD gegebene Sonderbestimmung, derzusolge die Wirszamung des Konkursversahrens in § 108 KD gegebene Sonderbestimmung, derzusolge die Wirszamung des Wirszamung des Wirszamung der geschlichen Grundlage auf die Nachlasverwaltung, die vom Gesebe, wenn auch mit gewissen geleklichen Grundlage auf die Nachlasverwaltung, die vom Gesebe, wenn auch mit gewissen geleklichen Grundlage auf die Nachlasverwaltung, die vom Gesebe, wenn auch mit gewissen geleklichen Grundlage auf der Auchlasse ist, nicht angewendet werden. So Bernburg § 130 U 21; Kipp § 78 U 8; a. W. die zweite Auflage diese Kommentars und Pland 3. Aufl Erl 1, wie hier die A. Aufl. Wit der Bekanntmachung an den Erben wird auch die Befug nis des Nachlaßverwalters und Kechtschandlungen für den Rachlaße einkern Feine Berwaltungspflicht lann aber erft beginnen, wenn er von seiner Bestellung Kenntnis erhalten hat. Für die Bekanntmachung ift Justellung nach den Vorschiften diesem Falle die Frif zur sosorigen Beschwerde mit der Bekanntmachung beginnt (FGG kann die Bekanntmachung auch formlos erfolgen, unter entsprechendem Berwart in den Alten ordnungen kommen für die Rechtswirksamkeit der Bekanntmachung nicht in Betracht. Wegen der Birtung der Öffentlichen Bekanntmachung vol. U. 3.
- 2. Wit der Bejugnis, den Rachlaß zu derwalten, erlischt auch die in § 1978 (A 2) dem Erben auferlegte Verwaltungspflicht und seine daraus sließende Verantwortlichkeit. Hat er von der Anordnung ohne sein Verschulden keine Kenntnis erhalten (was trot der an ihn geschehen. Bekanntmachung" A 1 der Fall sein kann), so gilt der Auftrag zur Versche auch die Verlugnis (Legitimation) zu Versche auch die Verlugnis (Legitimation) zu Versigungen über den Rachlaß sowie zur Führe von ihm nach diesem Zeitpunkte vorgenommenen Kechtschandungen sind unwirksam, den nach aben gemäß Sat 2 anwendbaren § 7 (früher § 6) Ko nur gegenüber destinunter Versonen deswedendes Veräußerungsderechtigt beit t, wenn auch undeschadet entzogen, gegen den das Verdot sich richtet, versügungsderechtigt beit t, wenn auch undeschadet entzogen, er ist nicht mehr zur Außübung des Versügungsberechtigt beit t, wenn auch undeschadet entzogen, er ist nicht mehr zur Außübung des Versügungsrechts berechtigt. Daher können auf Grund von Eintragungs- oder Löschungsbewilligungen, die von ihm, wenn auch noch keine Eintragungen im Grundbuch erfolgen (val. für den gleichstegenden Fall des Konturses Forderung sich aegenüber dem Erwerder auf Erwerden fen Grundbuch erfolgen (val. für den gleichstegenden Fall des Konturses Forderung sich aegenüber dem Erwerder auf Erwerder ihr Auschlaßer dem Erwerder auf bei Unwirksamtet der Aberteitung deserteinen (RC L3 1918 Sp. 398; RC 83, 189; Busch, RD, 12. Ausst. zu S 7 V 2). Ein Miterbe ist an der Versügung über seinen Unteil am Vachlasse eine Werdung und der Erwerder ihr des Erwerders werden verschafter Groß-Berlins (D33) 1926 Sp 445) in der Aumeldung und dem Einspruche im Falle des § 16 Auswerf liegen; deshalb ist dazu auch der Erwerde verberverben der kachlaßverwolfung für besugt erklärt. Dem wird, da es sich um sehrend bestehender Rachlaßverwolfung für besugt erklärt. Dem wird, da es sich um lediglich schaen.
- 3. Die entsprechende Anwendung der §§ 6, 7 ietst §§ 7, 8 AD bedeutet zunächst die schon aus Sat 1 (entsprechend dem jerigen § 6 KD) sich ergebende Unwirksamkeit der nach der Anordnung der Rachlaßverwaltung in bezug auf den Rachlaß vom Erben vorgenommenen Rechtshandlungen mit der Einschränkung, daß sie nur gegenüber den Rachlaßgläubigern unwirksam sind (A 2), ferner aber mit dem (durch die Kovelle zur AD hinzugesügten) Vorbehalte, daß die den öffentlichen Glauben des Grundbuchs betreffenden §§ 892, 893 "underührt bleiben", also (was früher streitig war) zur Anwendung gelangen können (§ 7 KD). Demgemäß erwirbt, ungeachtet der durch die Nachlaßverwaltung

eingetretenen Verfügungsbeschränkung des Erben, gemäß § 892 Abs 1 Sat 2, falls die Anordnung im Grundbuche nicht eingetragen ist (§ 1983 A 1) und auch nicht nachgewiesen wird, daß sie dem Erwerber bekannt war, der Erwerber eines Rechtes an einem zum Nachlasse gehörigen Grundstüde oder eines zum Nachlasse gehörigen Rechtes an einem Grundstüde das Recht von dem Erben mit Birksamkeit auch gegenüber den Nachlafigläubigern. Dagegen sind die sonstigen Vorschriften zugunsten derjenigen, welche Rechte von einem Nicht-berechtigten herleiten, auf den Erwerb von dem in der Verfügung über den Nachlaß be-schränkten Erben, der aber Subjekt der Nachlaßrechte bleibt, nicht ohne weiteres anwendbar und auch, und zwar absichtlich (vgl. Begr der Novelle zur KD § 10), nicht für entsprechend anwendbar erklärt. Der Erwerb des Eigentums an beweglichen Sachen und an Rechten, die mit dem Besitze beweglicher Sachen verbunden sind (§§ 932-936, 1032, 1207 in Verbindung mit 135 Abs 2 BBB), ist deshalb den Nachlaßgläubigern gegenüber auch dann unwirksam, wenn die Sache von dem Erben übergeben ist und der Erwerber die Anordnung der Nachlagverwaltung nicht gefannt hat. Dagegen werden die Borfdriften gur Unwendung zu kommen haben, wenn dem Erwerber die Zugehörigkeit zum Rachlasse ohne grobe Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist, da der Erwerb von dem nicht verfügungsberechtigten Eigentümer dem Erwerbe vom Nichteigentümer zum mindesten gleichstehen muß. So Strohal § 79 A 19a; Planck 4. Auflusserwaltungsmasserichten sich vom Ericken der Eegenleistung, soweit die Nachlaßverwaltungsmasse der Anordnung (A 1) vorgenommen Nechtschandlungen auch der Anordnung vorgenommen worden sind (KD § 7 Abs 3). — Entsprechende Anwendsbarteit des § 8 KD: Leistungen auf Nachlaßforderungen, die nach dem Wirksambwerden der Anordnung (A 1) ersolgt sind, befreien den Schuldner un bedingt, soweit das Geleistete in die Malle der Nachlaßverwaltung ausgenat ist solls der Vereicherung vielt der Anordnung (A 1) ersolgt sind, befreien den Schuldner un bedingt, soweit das Geleistete in die Malle der Nachlaßverwaltung gelengt ist solls der Vereicherung vielt dersont wieden in die Masse der Nachlagverwaltung gelangt ist (also, da Bereicherung nicht verlangt wird, auch wenn es ihr nachträglich wieder verlorengegangen ist); doch tritt auch barüber hinaus Befreiung ein, falls die Leiftung auf ein im Grundbuch eingetragenes Necht ohne Renutnis der im Grundbuche nicht eingetragenen Anordnung der Nachlaßverwaltung erfolgt ist (§ 893); im übrigen auch, wenn bem Leiftenden bei der Leiftung die Anordnung nicht bekannt war, jedoch unter verschiedener Negelung der Beweissaft, je nachdem die Leistung vor ober nach der öffentlichen Bekanntmachung (§ 1983) erfolgt ist (KD § 8 Abs 2, 3). Die Befreiung wird nur durch die wirkliche Kenntnis, nicht, wie in andern Fällen (§§ 1070 Abs 2, 1275, 2129 Abs 2 BGB), auch schon durch die Bustellung einer Mitteilung von der Anordnung an den Schuldner ausgeschlossen (KG 87, 417; 21. 2. 21 IV 388/20). — Aufrechnung nach Anordnung der Nachlasverwaltung § 1977 A 5.

- 4. Wie die Aftivlegitimation (A 2), so verliert der Erbe auch die Passivlegitimation. Eine nach der Anordnung erhobene Alage gegen den Erben ist von Amts wegen abzuweisen, wenn sich die Anordnung aus den Parteierklärungen des Alägers oder des Beklagten ergibt. Der vorher vom Erben oder gegen ihn anhängig gemachte Rechtsstreit wird unterbrochen, soweit nicht Vertretung durch einen Prozesibevollmächtigten besteht (3PO §§ 241 Abs 2, 246). Der Anspruch des Pflichteilsberechtigten auf Auskunsterteilung über den Nachlaß (§ 2314) kann auch während der Nachlaßvervolkung gegen den Erben geltend gemacht werden (vglüt den gleichliegenden Fall des Konkurses RG 9. 10. 19 IV 130/19 und § 1975 A 3). Der Erbe kann die Aushebung von Zwangsvollstreckungsmaßregeln verlaugen, die zugunsten eines Nachlaßgläubigers in sein nicht zum Nachlasse Vermögen erfolgt sind (BPO § 784). Diese Borschriften sinden aber keine Anwendung, wenn der Erbe bereits allgemein unbeschränkbar hastet; in diesem Falle sind Rechtsversolgung und Zwangsvollstreckung gegen ihn in sein persönliches Bermögen auch weiter zulässig. Das vorher vegen einer Nachlaßverwöllste gegen den Archlaßverwalter (§ 727 BPO) bedarf, in den Nachlaß vollstreckungsklausel gegen den Nachlaßverwalter (§ 727 BPO). Bird aus einem gegen den Nachlaßverwalter bleiben wirksam sonkers im Konkursfalle § 221 KO). Bird aus einem gegen den Nachlaßverwaltspen gegen den Erben betrieben, so kann dieser die Beschränkung seiner Kastlang geltend machen, auch wenn sie ihm im Urteile nicht vorbehalten ist (BPO § 780 Abs) 2).
- 5. Entsprechend KO § 14. Durch die Anordnung der Nachlasverwaltung wird den Privatgläubigern des Erben die ihnen durch die Annahme der Erbschaft (ABO § 778 Abs 2) gewährte Möglichkeit, sich aus dem Nachlasse zu befriedigen, wieder entzogen. Sie können nur noch im Wege der Pfändung des Anspruchs des Erben gegen den Nachlasverwalter auf Herausgabe des künftigen Nachlasüberschusses (§ 1986) mittelbar Befriedigung aus dem Nachlasse zu erlangen suchen. Ber Anordnung der Nachlasverwaltung erfolgte Vollftreckungshaudlungen von Privatgläubigern des Erben in den Nachlas werden durch § 1984 nicht betroffen; der Nachlasverwalter kann aber auf Grund des § 789 Abs 2 ABO ihre Ausbedung verlangen (NG 27. 9. 07 VII 504/06).

§ 1985

Der Nachlagverwalter1) hat den Nachlaß zu verwalten und die Nachlaß-

berbindlichkeiten aus dem Nachlasse zu berichtig en2).

Der Rachlagvermalter ift für die Berwaltung des Rachlaffes auch den Rachlaggläubigern verantwortlich3). Die Borichriften des § 1978 Abi 2 und der §§ 1979, 1980 finden entsprechende Anwendung 3).

E II 1859, 1861; \$ 5 818-819.

1. Die Rechtsstellung bes Rachlagverwalters ift ber bes Konfursberwalters abnlich. Gleich biesem ift er weber gesethlicher Bertreter bes Erben noch ber Rachlafigläubiger, noch wielch diesem ist er weder gesehlicher Vertreter des Erben noch der Nachlangläubiger, noch der Erbschaft, sondern Organ für Durchführung der Zwecke der Verwaltung mit eigener Parteistellung (NG 65, 287, deshalb kein Anspruch auf Armenrecht). Auf die Stellung des Nachlasverwalters sinden die Vorlchriften über die Stellung des Pflegers, und mittelbar also des Vormandes (§ 1915), Anwendung, soweit nicht Sonderbestimmungen (§\$ 1981 Ubs 3, 1987; vgl. § 1960 A 4) bestehen. Aus der Anwendung dieser Vorlchriften ergibt sindsbesondere, daß der Verwalter ein Verzeichnis des Andslasvermögens aufzustellen und dem Nachlasvericht sindurischen (§ 1802) das er während der Verwaltsbertwol. insbesondere, daß der Verwalter ein Verzeichnis des Nachlaßvermogens auszupeinen und dem Nachlaßgericht einzureichen (§ 1802), daß er während der Tauer der Nachlaßverwaltung dem Gerichte und nach ihrer Beendigung dem Erben Nechnung zu legen (§§ 1840, 1841, 1890), aus besonderen Gründen auch Sicherheit zu leisten hat (§ 1844), daß er in den Fällen der §§ 1821, 1822 der Genehmigung des Nachlaßgerichts bedarf (so MG 12. 1. 17 II 390/16), daß er der Aufsicht des Gerichts untersteht (§ 137) und nötigenfalls von ihm entsassen kann (§ 1886). Dem Verwalter kann eine Juventarfrift nicht bestimmt werden, er ist aber den Rachlaßgeläubigern zur Auskunft perpflichtet (§ 2012 Ab) 2) er ift aber ben Nachlagglänbigern zur Auskunft verpflichtet (§ 2012 Abi 2).

2. Das nach § 1984 (A 2) dem Erben verlorengehende **Berwaltungs- und Verfügungsrecht** geht nehlt der Athiv- und Passivlegitimation im Prozesse auf den Verwalter über; auch die Ansprüche der Nachlaßgläubiger gegen den Erben aus § 1978, die nach Abs 2 dasselst zum Nachlasse gehören (vgl. § 1978 A 4), kann er während der Dauer der Nachlaßverwaltung ausschließlich geltend machen. Er hat den Nachlaß zu diesem Zwede in Besitz unehmen; weigert sich der Erbe, so wird es dazu der Erhebung einer Klage bedürsen, da ber Anordnungsbeschluß einen vollstredbaren Titel gemäß § 794 Mr 3 BPO nicht bildet (so Kipp § 78 bei A 19; a. M. für den Fall des Konkurseröffnungsbeschlusses NG 37, 399; Busch, RD ju § 117 A 2). Der Erbe ift verpflichtet, ben Rachlaß heranszugeben und ein Beftands. KD zu § 117 A 2). Der Erbe ift verpslichtet, den Nachlaß heranszugeben und ein Bestandsberzeichnis vorzulegen (§ 260). Er fann dem Heransgabeanspruche des auf Antrag eines durch Erbschein legitimierten gesetzlichen Erben ernannten Verwalters nicht mit Berusung derauf entgegentreten, daß er Testamentserbe sei; doch kann er in solchem Halle die Aufbedung der Nachlaßverwalten gervirten (NG Recht O9, 2127; vgl. § 1988 A 3). Der Rachlaßverwalter hat auch für die Eintragung der ersorderlichen Vermerke im Grundbuche Berichtigung der Nachlaßverbindlichkeiten ersorderlichen Vermerke im Grundbuche Berichtigung der Nachlaßverbindlichkeiten ersorderlich ist, und zu biesem Zweck die Nachlaßgläubigern gegen diesen zemäß § 1978 zustehenden Ansprüche. Der Erbe kann ihm Prozesse nicht entgegenhalten, daß die Sinziehung unnötig oder unzwedmäßig sei (NG 72, 262). Im übrigen ist geer der Nachlaßverwalter verwstichtet, soweit es mit seiner Auf-72, 262). Im fibrigen ift aber ber Rachlagverwalter verp lichtet, soweit es mit feiner Auf-72, 262). Im übrigen ist aber der Nachlaßverwalter verpsichtet, soweit es mit seiner Aufgabe, für die Berichtigung der Nachlaßverbindlichseiten zu sorgen, vereindar ist, auch die Interessen des Erben wahrzunehmen und seine Wänsche zu berücksichen, und der Erbe kann sich, um das zu erreichen, an das Nachsaßgericht wenden (NG a. a. D.). Die Berteilung des Nachsasses unter die Miterben ist nicht Aufgabe des Nachsaßverwalters (NG 72, 260); gerichtliche Auseinandersetung ist während der Dauer der Nachsaßverwaltung ausgeschlossen (NIA 15, 279; KGI 49 Å 84); ebenso ein Antrag auf Leistung des Offendarungseides nach § 2006 gegen den Erben (NIA 4, 201). — Jur Verfügung über Nachsaßgegenstände bedarf der Nachsaßverwalter der gerichtlichen Genehmigung in gleichem Umfanze wie der Nachsaßverwalter der gerichtlichen Genehmigung in gleichem Umfanze wie der Nachsaßerwalter der gerichtlichen Genehmigung in gleichem Umfanze wie der Nachsaßerwalter der gerichtlichen Genehmigung in gleichem Umfanze wie der Nachsaßerwalter der gerichtlichen Genehmigung in gleichem Umfanze wie der Nachsaßerwalter der Berückster auch zur läßgegenhande vedar der Nachlasverwaller der gerichtlichen Genehmigung in gleichem Umfange wie der Vormund (§§ 1821, 1822; **NG** Necht 1917 Nr 422), also insbesondere auch zur Beräußerung eines Erwerbsgeschäfts (NJA 6, 119); auch den Vorschriften über Anlegung und Hinterlegung von Geld und Wertpapieren (§§ 1806, 1814) wird er, soweit es der Zweck der Nachlasvervolftung zuläßt, unterworfen sein (so jeht auch Planck 4. Ausschlichter ist verpflichtet, ihn, salls erforderlich, dazu anzuhalten und die Anlage zu überwachen, und zwar auch für solche Beträge, die zur Ausschützung an die Nachlasver hestingut sind, sofern die Ausschützung und eine Ausschlichter kannt des bie Nachlaggläubiger bestimmt sind, sofern bie Ausschüttung nicht alsbald erfolgen kann; bas Fluffighalten des Geldes ift nicht unvereinbar mit mundelsicherer Anlage (96 88, 266). — Für die Dauer der Rachlaßverwaltung ist auch das unmittelbare Verwaltungsrecht des Lestamentsvollstreckers ausgeschaltet, vgl. § 2205 A 1; nach Aufhebung der Rachlaßverwaltung tritt es wieder in Kraft (**RG** in LZ 1919, 875). Doch steht ihm auch während der Dauer der

Nachlaßverwaltung, ebenso wie dem Erben (RG 72, 263), eine Kontrolle in der Weise zu, daß er durch geeignete Anträge bei dem Nachlaßgerichte auf Abstellung von Mängeln

in der Nachlaßverwaltung dringen kann (RG 13. 1. 19 IV 299/18).

3. Der Berwalter ift gleich dem Bormunde (§ 1833) bem Erben, aber abweichend vom Nachlagpfleger (§ 1960 A5), auch unmittelbar ben Nachlaggläubigern verantwortlich, und zwar auf Grund eines vertragsähnlichen Berhaltniffes, das durch feine Beftellung begründet wird und auf Grund deffen er (entsprechend ber Haftung bes Erben aus § 1978 Abs 1) wie ein Beauftragter für jebe Fahrlässigeit haftet (KG DI3 06, 652). Die sich hieraus ergebenden Ansprüche gegen ihn gehören zum Nachlasse (§ 1978 Abs 2; vgl. A bazu). Auch die besondere Berpflichtung des Erben, falls sich Überschuldung herausstellt, Konturs zu beantragen (§ 1980) und die baraus sich ergebende Verantwortlichkeit ist ihm auferlegt. Um diese Berantwortlichkeit auszuschließen, muß er auch gegebenenfalls bas Aufgebot ber Nachlaggläubiger beantragen. Anderseits ift auch er bei fich fpater ergebender Überschuldung zur Anrechnung berichtigter Berbindlichkeiten auf ben Nachlaß berechtigt, wenn er nach den Umftänden die Bulänglichkeit annehmen durfte (§ 1979). Unter dieser Boraussetzung ist er nicht verpflichtet, eine bestimmte Reihenfolge bei der Berichtigung von Berbindlichkeiten einzuhalten und kann er auch solche aus Pflichtteilsrechten, Bermächtnissen oder Auflagen berichtigen. Nach durchgeführtem Aufgebot kann er einem ausgeschlossenen und ohne solches einem verspäteten Gläubiger (§ 1974) gegenüber gemäß § 1973 verfahren, und zwar auch noch in der Zwangsvollstreckung (RG 61, 221, wo dahingestellt gelassen ist, ob es dazu eines besonderen Vorbehalts im Urteile bedürfe). — If die Konturgeröffnung wegen Mangels an Masse nicht tunlich, so wird ber Nachlagverwalter nicht, wie der Erbe, nach §§ 1990, 1991 verfahren dürfen, da diese Paragraphen nicht, wie § 1978 Abs 2 und §§ 1979, 1980, für entsprechend anwendbar erklärt sind; vielmehr wird er in solchem Falle gemäß § 1988 Abs 2 die Aushebung der Nachlaßverwaltung zu beantragen haben. Auch § 1992 ist nicht für entsprechend anwend-bar erklärt; der Nachlasverwalter wird beshalb die Konkurseröffnung auch beantragen mussen, wenn die Überschuldung auf Bermächtnissen oder Auflagen beruht (a. M. Pland Erl 1b und die zweite Auflage dieses Kommentars). — Der Nachlaßrichter ist wegen schuldhafter Amtspflichtverletung bei der Beaufsichtigung des Nachlagverwalters sowohl dem Erben wie auch den Nachlaßgläubigern verantwortlich (NG 88, 264); anders beim Rachlaßpfleger der §§ 1960, 1961 (§ 1960 A 2).

§ 1986

Der Nachlagberwalter darf den Nachlag dem Erben erst ausantworten, wenn die bekannten Rachlagberbindlichkeiten berichtigt find 1).

Ist die Berichtigung einer Berbindlichkeit zur Zeit nicht aussührbar ober ist eine Berbindlichkeit streitig, so dars die Ausantwortung des Nachlasses nur erfolgen, wenn dem Gläubiger Sicherheit geleistet wird²). Für eine bedingte Forderung ist Sicherheitsleistung nicht erforderlich, wenn die Döglichsteit des Eintritts der Bedingung eine so entsernte ist, daß die Forderung einen gegenwärtigen Bermögenswert nicht hat³)⁴).

Œ II 1860; № 5 816-819.

- 1. Die Ausantwortung des Rachlasses an den Erben darf nicht erfolgen, bevor der Zweck der Rachlasverwaltung, die Berichtigung der Nachlasverbindlichkeiten, erreicht ist, also keinenfalls, solange die bekannten Nachlasverbindlichkeiten noch nicht sämtlich berichtigt sind. Besteht aber Grund zu der Annahme, daß unbekannte Nachlasverbindlichkeiten vorhanden sein könnten, so wird der Nachlasverwalter gegenüber dem Erben berechtigt sein, den Nachlas solange zurückzubehalten, die das zu seiner Deckung gegenüber den Nachlaszläubigern (§ 1985 A 8) erforderliche Aufgebot (§§ 1970ff.) durchgeführt ist. Wehreren Miterben ist der Nachlas gemeinschaftlich auszuhändigen oder auf Berlangen eines von ihnen sür alle zu hinterlegen (§ 2089). Wegen der Bornahme der Teilung s.
- 2. Sicherheitsleistung §§ 232ff. Ebenso § 52 Abs 1. Die Hinterlegung gemäß §§ 372ff. ift damit nicht ausgeschlossen.
- 3. Bedingte Forderung. Ebenso beim Arrest BBO § 916 Abs 2 und bei der Berteilung im Konkurse KO §§ 154, 171.
- 4. Die Nachlaßverwaltung bleibt trot Ausantwortung des Nachlasses bestehen, die sie gemäß \(\) 1919 vom Nachlaßgericht aufgehoben ist. Meldet sich vor der Aushebung noch ein Gläubiger, so kann der Berwalter vom Erben entsprechende Wiederaushändigung des

Nachlasses fordern. Rach Aufhebung der Rachlagberwaltung haftet, wenn ein Aufgebot (§§ 1970ff.) stattgefunden hat ober die in § 1974 vorgeschriebene "Verschweigungsfrist" abgelaufen ist, der Erbe einem ausgeschlossenen ober einem solchen gleichstehenden Gläubiger nur nach Maßgabe des § 1973 (A 1), also auf die Bereicherung. Ist der Rachlaß nur noch so gering, daß keine zur Dedung der Kosten der Berwaltung oder des Konkurses aus. reichende Masse vorhanden ist (§ 1990) oder ist der Rachlaß infolge von Vermächtnissen und Auflagen unzulänglich (§ 1992), so kann der Erbe gegenüber sich meldenden Gläubigern nach § 1990 versahren, vgl. Al dazu. Bestritten ist aber, wie sich die Haftung gestaltet, wenn swas allerdings nicht häufig vorkommen wird) ein Aufgebot in der Nachlagverwaltung ober sonst nicht stattgefunden hat und der Nachlaß noch zur Deckung der Kosten einer Verwaltung oder eines Konturses ausreicht, also weder der Fall des § 1978 noch der bes § 1990 vorliegt. Es wird die Meinung vertreten, daß in diesem Falle der Erbe gunächst vieder nach allgemeinen Grundsäten, also unbeschräuft, haftet und daß nur durch eine neue Nachlaßverwaltung oder einen Konkurs wieder die Beschräufung der Harten konkurs wieder die Beschräufung der Harten schrüng herbeigeschift werden könne (so Strohal II § 79 A 33 und bei Planck, 3. u. 4. Aufl, Erl 3d, im Gegensate zu Planck in den früheren Auflagen; vgl. auch Planck DF3, 4, 366). Diese Auflasserwaltung sindet im Gesetze keine Stütz, da § 1975 als Wirkung der Nachlaßverwaltung die Beschräufung der Harten von der Verwaltung auf die Dauer der Verwaltung und verklatet. Der Verwaltung auf die Dauer der Verwaltung und verklatet. ausspricht. Der Erbe haftet also, wenn er nicht borher schon unbeschränkbar gehaftet hat (§ 1994), auch nach aufgehobener Berwaltung zunächst weiter nur mit dem Nachlasse (cum viribus hereditatis); er fann eine Zwangsvollstrectung in sein eigenes Vermögen, falls ihm die Beschränkung in dem Urteile vorbehalten ist, gemäß ZPO §§ 780, 781, 785, also im Wege der Widerspruchsklage des § 767, abwehren. So im wesentlichen Dernburg V§ 169 bei A 2, 3, der jedoch die Beweislast bei der Zwangsvollstreckung zu verkennen scheint; Kipp § 78 XI 2. Die Bemerkung in den ziemlich unklaren Verhandlungen der zweiten Kommission (5, 817), daß der Erbe in solchem Falle haften solle, wie wenn die Pflegschaft nicht bestellt gewesen wäre", auf die Strohal besonderen Wert legt, kann nicht maßgebend sein. Um eine Anwendung des § 1990 auf einen Fall, für den er nicht gegeden ist solche bei Planck a. a. D.), handelt es sich dabei nicht; auch nicht um eine entsprechende Unwendung, beren Zulässigkeit bedenklich sein wurde. Eine etwa gewollte Einschränkung hatte im Gesethe (§ 1975) Ausbruck finden mussen, zumal sie sachlich keineswegs gerechtfertigt ift, vielmehr das ohnehin schon verwickelte Haftungsspstem des BGB noch weiter verwickeln würde. Doch ist die Bestimmung einer Inventarfrist nach Beendigung der Nachlagverwaltung nicht, wie nach Durchführung des Nachlagkonkurses, durch § 2000 (vgl. A 3 dazu) ausgeschlossen. Auf diese Weise kann daher auch nach durchgeführter Nachlagverwaltung die unbeschränkte, d. h. nicht mehr beschränkbare Haftung gegebenenfalls eintreten. Doch fann sich ber Erbe auf ein von dem Rachlagverwalter errichtetes Juventar berusen, wenn es den Vorschriften der §§ 2002, 2003 entspricht (§ 2004). Daß der Erbe nach durchgeführter Nachlaßverwaltung ein für allemal, also unabänderlich, nur beschränkt hafte, will Staudinger 9. Aufl mit Unrecht aus den Ausstührungen an dieser Stelle in der 5. Aufl heraustesen. — Anderseits findet auch § 1973 nicht, wie nach durchgeführtem Konfurse (§ 1989), Anwendung. Vielmehr ist die Stellung des Erben zu den Nachlaßgläubigern hinichtlich der Berantwortlichkeit für den ihm wieder ausgeantworteten Nachlaß wiederum die eines Beauftragten und sind die §§ 1978—1980, jedenfalls entsprechend, unbedenklich anwendbar. Der Erbe darf daher auch jetzt wieder Nachlaßverbindlichkeiten nur solange berichtigen, als er die Zulänglichkeit des Nachlasses annehmen kann (§ 1979); hat er Anlaß zu der Annahme des Vorhandenseins unbekannter Verbindlichkeiten, so muß er Aufgebot und bei Kenntnis der Überschuldung, der fahrlässige Unkenntnis gleichsteht, Konturs beantragen (§ 1980); andernfalls ift er den Gläubigern schadensersappslichtig. Eine nochmalige Nachläßverwaltung zu beantragen, ist er zwar berechtigt (§ 1981), aber nicht verpflichtet; auch ein nicht befriedigter ober ausgeschlossener Nachläßgläubiger kann von neuem Nachlasverwaltung beantragen. — Ift die Anordnung als nicht gerechtfertigt aufgehoben (FGG §§ 18, 76 Abs 2), so muß die Beschränkung der Haftung als nicht eingetreten Ift die Aufhebung wegen Mangels einer ben Roften entsprechenden Masse erfolgt (§ 1988 Abs 2), so kann nunmehr der Erbe nach § 1990, dessen entsprechende Anwendung auf diesen Fall (vgl. dagegen oben) keinen Bedenken unterliegen wird, versahren. Kommt aber der Nachlaß wieder zu Kräften, so wird die Anordnung einer neuen Nachlaßverwaltung erforderlich sein.

§ 1987

Der Nachlagverwalter tann für die Führung feines Umtes eine angemessene Bergütung verlangen1).

Œ II 1862; \$ 5 820.

1. Der Verwalter, der zur Übernahme des Antes nicht wie ein Vormund oder sonstiger Pfleger kraft Gesets verpflichtet ist (§ 1981 Abs 3), hat, ebenso wie der Konkursverwalter (KO § 85) und mangels abweichender Bestimmung des Erblassers der Testamentsvollstrecker (§ 2221), einen **Rechtsanspruch auf Verzütung.** Richt so der Nachlaßpfleger, § 1960 A 4. Sie wird vom Nachlaßgericht mit Kücksicht auf den Umfang der Mühewaltungen und den Bestand der Masse seiten. Der Anspruch auf Verzütung und Ersat der Auswendungen § 1835) ist im Konkurse Masseschuk, KO § 224 Kr 4, 6.

§ 1988

Die Nachlagberwaltung endigt mit der Eröffnung des Nachlagkon- turfes1).

Die Nachlagverwaltung kann aufgehoben werden, wenn sich ergibt, daß eine den Kosten entsprechende Masse nicht vorhanden ist2)3).

Œ II 1863; B 5 819, 820.

1. Die Nachlaßverwaltung endigt im Konkursfalle ohne weiteres kraft Gesehes. Vom Nachlaßverwalter nach dieser Zeit vorgenommene Nechtshandlungen sind in Ermanglung einer Bertretungsmacht unwirksam (§§ 177ff.); die §§ 7, 8 KD, die sich nur auf Berkügungen des Gemeinschuldurers beziehen, konnen auf den Nachlaßverwalter, der nicht gesehlicher Bertreter des Erben ist (vgl. § 1985 U 1), keine Anwendung finden (a. M. Planck Erl 1a). Doch kann der Berwalter, falls er ohne sein Berschulden von der Erledigung keine Kenntnis hatte, zu seinen Gunften die Vorschrift des § 674 anrusen. Dagegen dauert die Nach laßpflegeschaft auch nach der Konkurseröffnung fort (§ 1960 U 4). Der Pfleger vertritt den nurmehrigen Gemeinschuldner.

2. Wie KD § 204 und entsprechend § 1982. Lgl. § 1982 U 1. Hinterlegung eines Koftensvorschusses wendet auch hier die Aushebung ab. Dem Erben wie den Nachlaßgläubigern

steht gegen den Aufhebungsbeschluß einfache Beschwerde zu, FGG §§ 19, 20.

3. Abgesehen von Abs 1 dauert die Berwaltung fort, dis sie gemäß § 1919 durch Beschluß des Rachlaßgerichts ausgehoben ist (NG 72, 263). Die Aushebung hat zu ersolgen, sobald der Zweck der Rachlaßverwaltung erreicht ist (§ 1919). Zurücknahme des vom Erben selbst gestellten Antrags hindert die Durchsührung der Verwaltung nicht (NFA 12, 108). Gleiches muß gelten, wenn der von einem Rachlaßgläubiger gestellte Antrag zurückgenommen wird, nachdem die Berwaltung angeordnet ist. Dagegen ist die Anordnung aufzuheben, wenn sie ungerechtsertigt war (FG § 18, 76 Abs 2). Über die Birkung der ersolgten Aushebung auf die Hatung des Erben s. § 1986 A 4. Der Berwalter hat den Rachlaß an den Erben herauszugeben und Schlußrechnung zu segen (§ 1890). Hierbei — nicht auch im Konturse (KD § 223) — kann er wegen seiner Auswendungen das Zurückbehaltungsrecht ausüben. Die im Grundbuch eingetragenen Bersügungsbeschränkungen sind auf Antrag des Erben zu löschen (GBD § 22). Der Tod des Erben ist auf die Fortsührung der Berwaltung ohne Einfluß. Wohl aber ist sie auszuheben nach dem Tode des Vorerben, wenn danit der Fall der Racherbosse eintritt, da der Aacherbe zunächst unbeschränkt, wenn auch beschränkter, hastet unde es zur Beschränkung seiner Kachlasserwaltung bedarf, wobei an die Stelle des Rachlasses dasseinige tritt, was der Racherbe aus der Erbschaft erlangt (§ 2144). — Bekanntmachung des Aushebungsbeschluße ist reichzgesestlich nicht vorgeschrieben.

§ 1989

1) Fit der Rachlakkonkurs durch Verteilung der Masse²) oder durch Zwangs= vergleich beendigt³), so sinden auf die Haftung des Erben die Vorschriften des § 1973 entsprechende Anwendung⁴).

E I 2118 II 1864; M 5 640, 641; B 5 771-774.

1. Beendigung des Nachlaßkonkurses. Die durch Eröffnung des Nachlaßkonkurses eingetretene Beschränkung der Haftung des Erben auf den Nachlaß muß nach der hier vertretenen Ansicht (§ 1975 A 1) auch nach Beendigung des Nachlaßkonkurses, wie der Nachlaßverwaltung (§ 1986 A 4), fortdauern. Wird aber der Nachlaßkonkurs durch Berteilung der Wasse oder Zwangsvergleich beendet, so tritt nach § 1989 eine noch weitergehende Beschränkung ein in der Weise, daß der Erbe nunmehr allgemein nur noch wie nach § 1973 einem durch Ausgebot ausgeschlossenen Gläubiger haftet; die im Konkursversahren ersolgte Ausservanz zur Anmeldung und der Ausschlußkrist (KD §§ 110, 111, 152), im Falle des Zwangsvergleichs statt der Ausschlußkrist die öffentliche Bekanntmachung des Vergleichstermins (§ 179 KD), ersehen das in §§ 1970 ff.

vorgesehene Aufgebot. Ift ein Ausschlußurteil in einem Aufgebotsversahren ergangen, so ist den dadurch betroffenen Gläubigern gegenüber § 1973 unmittelbar anwendbar. § 1974 steht auch nach beendigtem Konkursversahren dem Erben ohne weiteres zur Seite. Eine entsprechende Anwendung des § 1973 ist ausgeschlossen, wenn der Erbe für die Nachlaßverbindlichkeiten bereits dei Eröffnung des Konkurses allgemein undeschränkbar haftete (§ 2013). Nach Beendigung des Konkurses durch Verteilung oder Zwangsvergleich kann dem Erben eine Inventarfrist nicht mehr gesetzt, also seine undeschränkbare Haftung nicht mehr herbeigessührt werden (§ 2000 Saß 3). — Wird das Konkursversahren auf andere Weise beendet, insbesondere durch Einstellung mit Zustimmung aller Konkursschläubiger (Gantverzicht, KD § 202), so kann § 1989 keine Anwendung sinden. Erfolgt die Einstellung wegen Mangels an Masse (KD § 204), so kann der Erbe nach § 1990 dorgehen (§ § 1986 A 4). — Sind mehrere Miterben vorhanden und ist der Rachlaß geteilt, so haftet nach Beendigung des Konkurses durch Verreilung oder Zwangsverzleich ieder Miterbe nur nach Berhältnis seines Erbanteils (§ 2060 Rr 3). — Schon vor Beendigung des Konkurses ist die Klage eines Rachlaßgläubigers, der infolge Versämmung der Ausschlaßerist von dem Versahren ausgeschlossen ist (RD § \$ 152, 161), gegen den Erben zusulasserist in oweit sie nur auf Befriedigung nach Beendigung des Konkurses aus dem Überschusse sunäß 1973 gerichtet ist (RO IV 603/12, 14. 4. 13).

2. Beendigung durch Verteilung der Masse. Schlußverteilung, KO §§ 161—163. Sobald das Versahren nach ersolgter Schlußverteilung und Abhaltung des Schlußtermins ausgehoben ist, können die Konkursgläubiger gemäß KO § 164 ihre Forderungen gegen den Schuldner "unbeschränkt" geltend machen, das heißt ohne die sich aus der Eröfsnung des Konkursversahrens allgemein ergebenden Beschränktungen, hat aber mit der Fortdauer der beschränkten Saftung des Erben (U.1) nichts zu tun. Die Eintragung in die Tabelse (§ 164 Abs 2 KO) im Nachlaßkonkurs gewährt einen vollstreckbaren Titel nur gegen den Nachlaß; der Erbe kann also, ohne daß es eines Borbehalts bedarf, eine auf Grund dieser Eintragung betriebene Zwangsvollstreckung in seine zorbehalts bedarf, eine auf Grund dieser Eintragung betriebene Zwangsvollstreckung in sein eigenes Bermögen gemäß ABO §§ 781, 785 abwehren. Er ist aber ferner berechtigt, sowohl gegenüber Gläubigern, die im Konkurse angemelbet haben, aber nicht befriedigt worden sind, wie gegenüber solchen, die sich neu sechlossen. Das gilt aber nicht gegenüber solchen Gläubigern, denen er bereits unbeschränkt, d. h. unbeschränkbar, haftet (§§ 2006 BGB, 780 BBD; vgl. § 1975 U.1). Auch nicht, wenn er bereits allgemein in dieser Weise haftet (§ 2013 Ubs 1). Räheres s. u.k.

3. Beendigung durch Zwangsbergleich. Für die Haften des Erben nach Beendigung des Andhaßfonkurses durch Zwangsbergleich kommen für diesenigen Gläubiger, die durch den Zwangsbergleich betroffen werden, in erster Linie die Bestimmungen des Bergleich in Betracht und kann acher für diese Gläubiger § 1989, insoweit als der Bergleich abweichende Bestimmungen enthält, keine Anwendung sinden. Dat der Erbe in dem Bergleiche personliche Bernhindlichkeiten übernammen in halter ersterlich und der Kreise in dem Bergleiche personliche Berbindlichkeiten übernommen, so haftet er für sie unbeschränkt mit seinem ganzen Bermögen. Ob bieser Fall vorliegt, ist eine Frage der Auslegung; häufig werden die Mänbiger nur unter dieser Borausselnung dem Erben den Nachlaß zur freien Berfügung (KD § 192) überlaffen. Im Zweifel wird aber nicht angenommen werben tonnen, bag der Erbe fich personlich verbindlich gemacht hat, ebensowenig wie bei ber Eingehung sonstiger Berbindlich Reiten für den Nachlaß (vgl. § 1967 A 3 und die dort angeführte Nechtsprechung, namentlich Rei 90, 95; so auch Lipp § 79 VII 2 b; a. M. die zweite Auflage dieses Kommentars und Planet Erl 3a). — Nach § 193 & D wirft ber Zwangsvergleich auch für und gegen folche nicht bevorrechtigte Konkursglänbiger, die am Konkursverfahren ober an der Beschluffassung über den Bergleich nicht teilgenommen haben. Danach muß angenommen werden, daß auch diejenigen Gläubiger, die im Konkursversahren nicht angemelbet hatten, die von dem Erben übernommene persönliche Berpflichtung für sich geltend machen können (a. M. Pland-Strohal Erl 3; Jaeger, KD § 230 U 18; Kipp a. a. D.; wie hier Staudinger Erl 3). Die entgegengesette Meinung findet im Gesetze keine Stupe und fuhrt auch zu nicht annehmbaren Ergebniffen, ba man biefe Glaubiger nicht einerseits an den Zwangsvergleich, insbesondere ben barin vereinbarten Erlag eines Teiles der Forderungen, binden und anderfeits ihnen die als Gegenleiftung bafür übernommene personliche Verpflichtung des Erben vorenthalten fann. Für die noch weitergehende Meinung, daß durch § 1989 eine durch § 3 Abs 1 EGRO gedecte Ausnahmeborschrift gegenüber § 193 KD geschaffen worden und die Gläubiger, die nicht angemeldet haben, im Kachlahkonkurse an den Zwangsvergleich überhaupt nicht gebunden seien — so Planck-Flad 4. Aufl Erl 3d -, ist noch weniger Anhalt im Gesethe zu finden. Die weitere Folgerung aus dieser Meinung mußte übrigens sein, daß auch die Glaubiger, die angemeldet, aber an ber Beschlußfassung über den Zwangsvergleich nicht teilgenommen oder gegen den Vergleich gestimmt haben, nicht wie § 193 KD vorschreibt, von dem Zwangsvergleiche betroffen würden, lo daß dieser im Nachlagkonkurse seine ihm wesentliche zwingende Bedeutung zu einem er heblichen Teile verlieren müßte. — Die Gläubiger minderen Rechtes, das sind diejenigen, die nach § 226 Abs 2 Ar 2—5, Abs 4 KD im Konturse erst nach anderen Forderungen befriedigt werden, nehmen zwar, salls sie angemeldet haben, am Konturse, aber nicht am Zwangsvergleiche teil (§ 230 Abs 2), d. h. sie werden von dem Bergleiche nicht betroffen (im Unterschiede von denjenigen, die nur an der Beschlußfassung über den Zwangsvergleich nicht teilgenommen haben, § 193); sie öbnnen daher ohne Kücssich auf den Zwangsvergleich nicht teilgenommen nachen, soher nur gegen den Rachlaß und mit den auß § 1973 sich ergebenden Beschränkungen. — Massegläubiger und bevorrechtigte Kontursgläubiger werden gleichfalls vom Zwangsverzleiche nicht betroffen (KD § 193); die ersteren sind vor Aussellaß vom Zwangsverzleiche nicht betroffen (KD § 193); die ersteren sind vor Aussellaß vom Zwangsverzleiche nicht betroffen (KD § 193); die ersteren sind vor Aussellaß vom Zwangsverzleiche nicht betroffen (KD § 193); die ersteren sind die Forderungen beschränkungen sohn Zerwalter zu bestriebigen oder, salls ihre Forderungen beschungen beschaft gemacht sind (§ 191). Hat eine Berichtigung oder Sicherstellung nicht stattgesunden, so hastet der Erbe auch ihnen nur nit dem Rachlaßüberschuß gemäß § 1973. — Hat der Erbe die Verpslichtungen im Zwangsverzleiche betroffenen Gläubigern nur mit diesem, aber auf Frund der besonders übernommenen Verpslichtung; § 1989 und demzusolge § 1973 sind deshalb nicht anwendbar, wohl aber entsprechend die §§ 1978—1980.

4. Die entsprechende Anwendung des § 1973 bedeutet, daß der Erbe die Befriedigung eines Gläubigers insoweit verweigern kann, als der noch vorhandene Nachlaßüberschuß durch Befriedigung anderer Cläubiger erschöpft wird; er kann also die Cläubiger befriedigen ohne Einhaltung einer bestimmten Neihensulge (auch nicht nach Waßgabe der Meldung) und ohne Nächsicht auf die dadurch etwa eintretende Unzulänglichkeit des Nachlasses zur Befriedigung aller noch vorhandenen Nachlaßgläubiger, und zwar kann er in dieser Weise auch Ansprüche aus Pflichteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berichtigen, diese jedoch nicht mehr zuungunsten eines andern Gläubigers der seine Forderung bereits geltend gemacht hatte (vgl. § 1978 A 4). Konkurrieren mehrere Pflichtteils- usw. Berechtigte miteinander, so wird auch § 1974 Abs 2 (A 7 zu § 1974) entsprechende Univendung zu sinden haben. Den überschuß hat der Erbe, soweit er dadurch bereichert ist, an den Gläubiger zum Zweck der Befriedigung im Wege der Zwangsvollstreckung herauszugeben, kann aber die Herauszugeben in Natur durch Zahlung des Wertes abwenden (§ 1973 A 6, 7). Der Befriedigung eines Ckläubigers steht die rechtskästige Verurteilung zur Befriedigung auch hier gleich (§ 1973 A 8). Diese Haftungsbeschräuftige Verurteilung zur Befriedigung auch hier gleich (§ 1973 A 8). Diese Haftungsbeschräuftungen treten ein gegenüber allen Nachlaßgläubigern, denen der Erbe nicht bereits unbeschränft, d. h. unbeschränkbar (vgl. § 780 ZBD, § 2006 Abs 2 BGB) hastet.

§ 1990

1) Ist die Anordnung der Nachlaßberwaltung oder die Eröffnung des Nachlaßtonkurses wegen Mangels einer den Kosten entsprechenden Masse nicht tunlich oder wird aus diesem Grunde die Nachlaßverwaltung aufgehoben oder das Konkursberfahren eingestellt²), so kann der Erbe die Befriedigung eines Nachlaßgläubigers insoweit berweigern, als der Nachlaß nicht auszeicht3). Der Erbe ist in diesem Falle berpflichtet, den Nachlaß zum Zwecke der Befriedigung des Gläubigers im Wege der Zwangsvollstreckung herauszugeben4).

Das Recht des Erben wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Gläubiger nach dem Eintritte des Erbfalls im Wege der Zwangsvollstredung oder der Arrestvollziehung ein Pfandrecht oder eine Hypothet⁵) oder im Wege der

einstweiligen Berfügung eine Bormerkung erlangt hat6) 7) 8).

@ I 2133 II 1865; M 5 654-657; B 5 745, 796-802.

1. Auch wenn die Aktiva des Nachlasses so gering sind, daß sie die Kosten einer Nachlassberwaltung oder eines Nachlassendurses nicht decken (vgl. § 1982 A 1) muß dem Erben ein Mittel zur Beschränkung seiner Haftung auf den Nachlass gegeben sein. Diesen Zweck verfolgen die §§ 1990, 1991, deren freisich recht unklare Fassung dem doch wesentlich verschiedenen Falle des § 1973 nachgebildet ist (vgl. Dernburg V § 170 III). Durch sie wird dem Erben in solchem Falle das Recht versiehen, ohne Nachlasverwaltung oder Nachlassonkurs herbeisühren zu müssen, die Eläubiger einzeln auf den Nachlaß zu verweisen und, soweit dieser zu ihrer Befriedigung nicht ausreicht, die Befriedigung zu verweisern. Boraussetzung für die Verweisung auf den Nachlaß ist also nur die "Dürftigkeit" des Nach-

laffes (A 2); burch ben Nachweis, daß biese vorliegt, kann ber Erbe ohne weiteres ben Bugriff eines Gläubigers auf sein eigenes Bermogen wegen einer Nachlagverbindlichkeit abwehren; des Nachweises der Überschuldung bedarf es dazu nicht. Behauptet aber der Grbe, daß der Nachlaß zur Befriedigung des Befriedigung aus ihm verlangenden Gläubigers nicht ausreichend sei (A 3), so muß er außerdem die Unzulänglichkeit, also "Werlchildung" in diesem Sinne, nachweisen (M6 28. 11. 07 IV 146/07). Die Sinreden ber Dürftigkeit und ber Ungulänglichkeit bei Dürftigkeit konnen schon im Prozesse erhoben und darüber entschieden werden (DLG 34, 375); der Erbe kann aber auch sich barauf beschränken, im Prozesse ben nach LBD § 780 erforderlichen Vorbehalt zu erwirken und dann im Zwangsvollstrechungsversahren burch Bollstrechungsgegenklage die Einwendung zu erheben (**RG** 69, 291; 77, 245; Warn 1913 Nr 377 und 2. 5. 18 IV 70/18). Die Entscheibung darüber gehört in das Verfahren über den Grund des Anspruchs (NG 61, 294; 104, 340). Doch kann bas Prozeggericht sich mit bem Vorbehalte gemäß § 780 BPD begnügen und die Doch kann das Prozeigericht sich mit dem Vordehalte gemaß § 780 ABD begnügen und die Entscheidung, ob dem Beklagten wirklich die Beschränkung zur Seite steht und in welchem Umfange, in das Zwangsvollstreckungsversahren verweisen (NG 54, 413; 69, 291; 77, 245; NG 2. 5. 18 IV 70/18). It der Erbe ohne Vordehalt veruteilt, so muß er die Zwangsvollstreckung auch in sein eigenes Vermögen dulden (§ 780; vgl. A 3). Das Verweigerungsrecht aus den §§ 1990, 1992 steht auch dem Nachlaßpsseger und dem Testamentsvollstrecker, im Falle des § 1992 auch dem Nachlaßverwalter (der im Falle des § 1990 nicht in Frage kommt) zu (NG Warn 1918 Nr 122; DLG 35, 373; Prot II 5 S. 816 zu 6). Des Vorbehalts im Urteile bedarf es in diesen Fällen nicht (§ 780 ubs 2 ABD).

2. Um die Untunlichkeit der Nachlaßverwaltung oder Konkurseröffnung zu erweisen, ist nicht ersorderlich, daß die betreffenden Anträge gektellt und noch 8 1982 oder SO 8 107

ist nicht ersorberlich, daß die betreffenden Anträge gestellt und nach § 1982 ober KO § 107 abgelehnt sind. Auch die ersolgte Ablehnung schließt das Prüfungsrecht des Prozeßgerichts darüber, ob die bezeichneten Maßregeln zu dem in Betracht kommenden Zeitpunkte tunlich waren, nicht auß; a. M. DOC 11, 228; ZVIF 6, 414; Planck 3. Auft, aber wie hier in der 4. Auft. Ift aber das eingeleitete Verfahren wegen Mangels einer den Kosten entsprechenden Masse aufgehoben bzw. eingestellt (§ 1988 Abs 2; AD § 204), so ist eine Rachprüfung im Prozesse ausgeschlossen. Gleichgültig ift, ob die Dürftigkeit bes Nachlasses schon zur Zeit des Erbfalls vorlag oder ob fie erft im Laufe der Abwidlung, fei es auch durch Befriedigung von Nachlaßgläubigern, eingetreten ist, vorausgesett, daß die Befriedigung ordnungsmäßig erfolgen durste (§ 1991 A 1; **NG** Warn 1913 Ar 232), während, wenn der Erbe sich dadurch den Nachlaßgläubigern verantwortlich gemacht hat, die Ersatansprüche gegen ihn zum Nachlasse gehören und dessen Dürftigkeit ausschließen, falls sie nicht etwa unbeibringlich sind. Erundsählich ist hierfür, falls sich die Unzulänglichkeit nicht schon früher ergeben hat, der Zeitpunft ber Erhebung des Auspruchs maßgebend (RG Warn 1913 Nr 232). RG in DIB 1907 Sp 881 läßt jedoch nach der Teilung (§ 2059) die Einrede nur dann noch zu, wenn der Nachlaß bereits zur Zeit der Teilung unzulänglich war, wobei jedoch vorausgesetzt werden muß, daß die Miterben ein von ihnen nach § 1978, 1980 zu vertretendes Verschulden an der nachräglich eingetretenen Minderwertigkeit des Nachlasses trifft (so mit Recht Standinger Erl II A 5 Abs 2).

3. Die Dürftigfeits- und Unzulänglichkeitseinreden (A 1) stehen dem Erben nicht zu, wenn er bereits, sei es allen oder auch nur bem Befriedigung beischenden Nachlaggläubiger (biesem 3. B. weil er den Borbehalt des § 780 BBD nicht erwirkt hat, A 1) unbeschräntbar haftet (§ 2013). Für die Frage, ob der Nachlaß zur Befriedigung des Glaubigers unzulänglich ift, ift gleichfalls, wie für die Frage der Dürftigkeit (A 2), der Beftand gur Zeit der Geltend. machung des Anspruchs maggebend; babei sind die den Nachlaggläubigern gegen den Erben aus ber Berwaltung bes Nachlasses burch diesen zustehenden Ersatansprüche (§ 1978) bem Nachlasse zuzurechnen; eigene Ersahansprüche des Erben wegen seiner Auswendungen (§ 1978 Abs 3) als Passiva abzuseben. Aufrechnung eines Nachlaßgläubigers mit seiner Forderung gegen eine Privatforderung des Erben an ihn wird durch die Unzulänglichkeitseinrede ber hindert; nicht aber (trot § 390 Sat 1) Aufrechnung der Forderung des Nachlaßgläubigers gegen eine Nachlaß forderung an ihn (f. § 1973 A 2 am Schlusse). Soweit auf Grund des § 1990 der Erbe eines Getöteten zur Verweigerung der Befriedigung eines Nachlafgläubigers berechtigt ist, ist dem Dritten, dem der Getötete kraft Gesehes unterhaltspflichtig war, das Recht auf den Unterhalt im Sinne von § 844 Abs 2 auch dann entzogen, wenn die Unterhaltspflicht an sich auf den Erben übergegangen ist (NG 74, 375); vgl. § 844 A 5.

4. Bon der herausgabeverbflichtung gilt bas zu § 1973 21 6, 7 Gefagte, infofern als es lich auch hier nur um Duldung der Zwangsvollstreckung handelt. Doch steht dem Erben tein Einlösungerecht zu; er muß die Nachlaggegenstände in Natur herausgeben. Auch lind die Bereicherungsgrundsabe nicht anwendbar; vielmehr ift alles herauszugeben, loas der Erbe aus Anlah der Verwaltung des Nachlasses erlangt hat (§§ 1991, 667, 668), insbesondere also die gezogenen Nutungen (für verbrauchte ist Ersat zu leisten) und das an Stelle weggegebener Nachlaßgegenstände oder sonst aus der Verwaltung des Nachlasses Erlangte (§ 667); wegen ber "Surrogate" auscheinend a. M. NG Warn 1913 Nr 427 und die zweite Auflage dieses Kommentars; auch RG 12. 6. 13 IV 115/13 hinsichtlich des Borerben im Falle bes § 2111. Wegen seiner eigenen Forderungen an den Nachlaß muß der Erbe einem Glänbiger gleichgestellt werden, der ein rechtskräftiges Urteil gegen den Erben erlangt hat (f. § 1991 Abs 3 A 2). Ebenso der Nachlaspfleger (DLG 35, 373).

5. Die im Falle des § 1990 eintretende Beschränkung der haftung des Erben auf den Nachlaß (U 1) läßt die vorher von Nachlaßglänbigern durch Zwangsvollstreckung in das eigene Bermogen bes Erben erwirtten binglichen Sicherungsrechte (Pfandungspfand. rechte, Sicherungshypotheken, benen hier eine burch einstweilige Verfügung erlangte Vormerkung gleichgestellt ist, JPO §\ 804, 866, BGB \\$ 885) an diesem Vermögen als nicht mehr gerechtsertigt erscheinen. Deshalb schreibt Abs 2 vor, daß durch sie das Recht des Erben aus Abf 1 nicht berührt wird, was nur babin verftanden werben fann, daß sie außer Wirksamkeit treten; eine Aufhebung, wie in § 784 BBD für den Fall der Nachlagverwaltung ober bes Nachlagkonkurfes, ift nicht ausbrücklich vorgeschrieben; doch wird ber entsprechenden Anwendung dieser Borschrift nichts im Wege stehen; die Aushebung ist im Bege der Bollstredungsgegenklage (BBO §§ 785, 767) zu erwirken. Voraussetzung ist auch hier, daß im Urteil der Vorbehalt der Haftungsdeschränkung gemacht war (A 8). Auch in den Nachlaß betätigte Zwangsvollstreckungsakte und dadurch an diesem erlangte Sicherungsrechte sind insoweit unwirksam, als sie die Ausübung des dem Erben nach Abs 1 zustehenden Rechtes beeinträchtigen; das kann namentlich der Fall sein, wenn ein Gläwiger aus Psilokteilsrecht, Vernüchtnis oder Ausschlage dadurch eine ihm nach den Vorschriften über seine Befriedigung im Konkurse (KD § 226 Abs 2 Nr 4, 5; Abs 4) nicht zustehende vorzugsweise Befriedigung erlangen wurde (§ 1991 Abs 4) ober wenn und insoweit der Erbe durch die von dem Glaubiger erlangten Sicherungsrechte an der Selbstbefriedigung für eine ihm gegen den Nachlaß zustehende Ersahforderung (A 4) gehindert sein würde. Das in § 784 Abs 2 BBD dem Nachlaßverwalter gegebene Necht auf Auf-hebung von Zwangsvollstreckungsmaßregeln persönlicher Gländiger des Erden in den Nachlaß tann bem Erben im Falle bes § 1990 nicht zugestanden werden; aber auch nicht ben einzelnen Nachlaßgläubigern.

6. Dadurch wird die Behinderung des Erben, sich gegenüber dem durch Bormertung gesicherten Anspruch auf die Beschränfung seiner Haftung zu berufen (§ 884), für ben Fall bes burftigen Nachlaffes außer Kraft gesett, falls die Bormerkung im Bege ber einstweiligen Berfügung angeordnet ift. War die Bormerfung infolge Bewilligung bes Erben ein-

getragen, fo fommt die Borfchrift nicht zur Unwendung.

7. Berfahren und Beweislaft. Die Rlage gegen ben Erben fann auf Berurteilung ohne Beschränkung, aber auch von vornherein (wenn ber Gläubiger die Dürftigkeit bes Nachlasses nicht bestreiten will) nur auf Befriedigung aus dem Nachlasse gerichtet sein (Seuffal 62, 337; wegen bes Streitwerts in bicfem Falle f. 98 54, 411). In Diefem Falle (Seuffl 62, 337; wegen des Streitwerts in diesen Halle 1. UG 64, 411). In diesem Falle hat der Erbe nur die Unzulänglichkeit (A 1, 3) darzutun. If ein Inventax, freiwillig ober nach Friskebung rechtzeitig, errichtet, aus dem sich die Unzulänglichkeit ergibt, so hat der Gläubiger die dadurch geschaffene Vernutung (§ 2009) zu widerlegen. Eine Verminderung gegenüber dem inventarisierten Vestande hat der Erbe darzutun; eine Vermehrung des Vestandes durch Schadensersachsforderungen an den Erben (§ 1987 Abs 2) der Gläubiger. Der Erbe ist aber verpflichtet, ein Verzeichnis des zeitigen Vestandes vorzulegen (§ 260), auch wenn er Inventar errichtet hat.

8. Entsprechende Anwendung auf die Hastung des Abernehmers eines Verwögens (§ 419 Abs 2; NG 82, 274), auf die Hastung des an sich nicht persönlich verpflichteten sie wie Weisentautstehnlich (§ 1480 1489 1504: vol. geer NG 75 297 und

teten Chegatten für eine Gesantgutsschuld (§§ 1480, 1489, 1504; vol. aber **NG** 75, 297 und § 1480 U 7), auf die Haftung des Käufers eines Erbanteils nach Ausübung des Bortaufs 1400 & 1/), till die Hilling des kantells eines Etoliteits land Austoling des Abraufstrechts der Miterben (§ 2036), auf die Haftung des Vorerben nach Eintritt der Nacherbfolge (§ 2145 Abs 2), auf die Haftung des Vermächtnisnehmers für die ihm auferlegten Vermächtnisse und Auflagen, mit der auß § 1992 Sah 2 sich ergebenden Maßgabe (§ 2187 Abs 3; vgl. A zu § 2187). Dürftigkeit der Vermögensmasse, auf die sich die Haftung beschränkt, ist in allen diesen Fälsen nicht vorausgeseht.

§ 1991

Macht der Erbe von dem ihm nach § 1990 zustehenden Rechte Gebrauch, jo finden auf seine Berantwortlichkeit und den Erfat seiner Auswendungen die Vorschriften der §§ 1978, 1979 Anwendung1).

Die infolge des Erbfalls durch Bereinigung von Recht und Berbindlich= teit oder von Recht und Belaftung erloschenen Rechtsverhältniffe gelten im Berhältniffe zwifchen bem Gläubiger und bem Erben als nicht erloschen2). Die rechtsfräftige Berurteilung bes Erben zur Befriedigung eines Gläubigers wirkt einem anderen Gläubiger gegenüber wie die Befriedigung3).

Die Verbindlichteiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen hat der Erbe so zu berichtigen, wie sie im Falle des Konkurses zur Berichtigung kommen würden⁴)⁵).

E I 2133 II 1866; M 5 654—657; B 5 745, 796—802; NB 314.

1. Die Berantwortlichteit bes Erben tritt rudwirkend ein, fobald er auf Grund des § 1990 die Befriedigung des Gläubigers, sei es auch nur außergerichtlich, verweigert hat. Sie erstreckt sich vorwärts auf die Zeit dis zur Herausgabe des Nachlasses zur Zwangs. vollstredung (§ 1990 A 4). Sie bestimmt sich rüchvärts für die Zeit vor der Annahme der Erbschaft entsprechend den Vorschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag, für die Zeit nachher entsprechend benjenigen über den Auftrag (§ 1978 M 1-4). Alls Geschäftsherr bzw. Auftraggeber kann aber nicht ber einzelne Nachlafgläubiger, sondern nur die Gesamtheit der Nachlafbleteiligten in Betracht kommen; deren Interessen sind von dem Erben zu wahren (§ 1978 A 3, 4). Für die daraus entspringenden Verbindsichkeiten hastet er mit seinem eigenen Vermögen, kann sie also nicht unter Verufung auf § 1990 ablehnen (**VG** 10. 5. 06 IV 551/05). Auch die besondere Verantwortlichkeit aus § 1980 wird, obwohl bie Reichstagskommission die Anführung dieses Paragraphen in § 1991 irrtimlich als gegenstandslos gestrichen hat, den Erden des dürftigen Nachlasses treffen, wenn der Nachlass zur Zeit, als er die Überschuldung erkannte oder erkennen mußte, noch nicht dürftig war (NG 2. 12. 12 VI 266/12; Planck Erl 1 albs (2). In diesem Falle kann ihm auch die Unterlassung des Aufgebots der Nachlassesunger als Fahrlässississische gerechnet werden (§ 1980 Abs 2 Sat 2), nicht aber, wenn der Nachlaß damals bereits dürftig war. — Solange der Erbe den Nachlaß ohne Berschulden als zulänglich erachten kann, darf er Nachlagverbindlichfeiten aller Urt, auch folche aus Pflichtteilsrechten, Bermächtniffen und Auflagen (Abi 4), in beliebiger Reihenfolge berichtigen (§ 1979). Erst von da ab, wo er mit ber Ungulänglichteit zur Befriedigung aller Nachlagglänbiger rechnen nuß, ift er den anderen Nachlaßglänbigern gegenüber verpflichtet, falls Nachlaßverwaltung ober Konkurseröffnung nicht herbeigeführt werden kann (vgl. § 1990 A 2), von dem Verweigerungsrechte gegenüber einem Befriedigung verlangenden Gländiger Gebranch zu machen, und macht sich verantwortlich, wenn er bas nicht tut. Er barf daher nicht mehr einen Gläubiger, deffen Titel noch nicht rechtsträftig ift, befriedigen ober seine Befriedigung im Bege der Zwangsvollstreckung bulben zuungunsten eines andern, der, wie ihm bekannt, bereits einen rechtsträftigen Titel gegen ihn erlangt hat (Abs 3 A 3), und ebensowenig einen Pflichtteils usw. Glänbiger vor einem ihm im Konkurse vorgehenden Glänbiger, auch wenn jener bereits einen rechtsträftigen Titel gegen ihn erlangt hat (Abs 4 A 4). Im übrigen aber nuß und darf er, auch nachdem ihm die Unzulänglichkeit des Nachlasses für alle Gläubiger bekannt geworden, die einzelnen Gläubiger, solange ber Nachlaß ausreicht, so befriedigen, wie sie sich melden, da ihm das Berweigerungsrecht aus § 1990 nur soweit zusteht, als der Nachlaß für den eingelnen, gerade Befriedigung verlangenden Glaubiger nicht mehr ausreicht. Auch für seine eigenen Forderungen gegen den Nachlaß darf er sich auch jest noch befriedigen (A 2). Bu einer kontursmäßigen Berteilung ist er, abgesehen von dem Falle bes Abs 4, weder berechtigt noch verpflichtet. Die Befriedigung ber Glaubiger fann nicht nur im Wege der Dulbung ihrer Bwangsvollstredung, sondern auch freiwillig erfolgen; für schuldhafte Berichtigung nicht be-tehender oder dem Betrage nach nicht gerechtfertigter Forderungen ift er aber nach § 1978 verantwortlich. Die Sonderbestimmung des § 225 Abs 2 ND, wonach ber Erbe an die Stelle eines von ihm befriedigten Gläubigers tritt, wenn die Berichtigung nicht nach § 1979 als für Rechnung bes Nachlasses erfolgt zu gelten hat, kann hier keine Anwendung finden.

2. Als nicht erloschen gelten Rechte und Verbindlickeiten nicht allgemein (§ 1976), sondern nur im Verhältnis zu dem betreffenden, die Befriedigung sordernden Nachlaßgläubiger. Bezüglich der eigenen Forderungen an den Nachlaß, sowohl der bereits gegen den Erblasser. Bezüglich der eigenen Forderungen für Aufwendungen (§ 1978 A 5) muß der Erbe, da er selbst nicht klagen kann, von vornherein einem Gläubiger gleichstehen, der ein rechtskräftiges Urteil gegen ihn erlangt hat (Abs 3; vgl. A 3). Er darf deshald, falls eine der Voranssehungen des § 1990 vorliegt, die Befriedigung eines Gläubigers und die Herausgabe der Nachlaßgegenstände an ihn insoweit verweigern, als diese zu seiner eigenen Befriedigung erforderlich sind, und zwar auch gegenüber einem Gläubiger, der selbst bereits gegen ihn ein rechtskräftiges Urteil erlangt hat (NG 82, 278; Warn 1914 Nr 213). In letzterem Falle wird allerdings zu erfordern sein, daß dem Erben die Beschränkung seiner Haftung in dem Urteile vorbehalten war (§ 780 3PD). — Eine vom Erblasser herrührende Forderung des Nachlasses und ist daher bei der Frage der "Dürftigkeit" des Nachlasses als Nachlassativum

in Nechnung zu setzen; ist der Nachlaß trotdem dürstig, so darf dennoch der Erbe, soweit die Forderung besteht, die Befriedigung des Gläubigers nicht verweigern, da insoweit der Nachlaß nicht unzulänglich ist; einer Pfändung oder Überweisung der Forderung bedarf es nicht. —

Uhnlich §§ 2175, 2377.

3. Wie § 1973 Abf 2 Sat 3; vgl. A 8 dazu. Der Erbe darf mithin dem andern Gläubiger gegenüber die Herausgabe derjenigen Nachlahgegenstände verweigern (§ 1990 A 3), welche zur tatsächlichen Befriedigung des mit rechtsträftigem Urteil ausgestatteten Gläubigers erforderlich sind. Geht die rechtsträftige Forderung auf einen bestimmten Leistungsgegenstand, so kann der Erbe der Zwangsvollstreckung in diesen Gegenstand durch den andern Gläubiger widersprechen; im übrigen kann er der Zwangsvollstreckung in einen bestimmten Nachlaßgegenstand sich nur insoweit widersehen, als er nachweist, daß die übrigen Nachlaßgegenstände zur Befriedigung der rechtsträftigen Forderung nicht hinreichen würden; eine Auswahl der zur Zwangsvollstreckung zu kellenden Gegenstände dürste ihm nicht zustehen (a. M. zweite Auflage dieses Kommentars). Dem Berweigerungsrechte entspricht auch die Verpflichtung des Erben, den mit rechtsträftigem Urteile versehnen Gläubiger vor den übrigen, und, wenn mehrere rechtsträftige Urteile ergangen sind, den älteren Titel vor dem späteren zu befriedigen. Ein Zuwiderhandeln macht den Erben nach Abs 1 persönlich verantwortlich (U.1), würde evil. auch einen Bereicherungsanspruch des geschädigten gegen den ungerechtsertigter

weise befriedigten Gläubiger begründen.

4. Die Verpflichtung des Erben, die Verdindlichteiten aus Pflichtteilsrechten usw. kontursmäßig, d. h. nach allen übrigen Verdindlichteiten, unter sich aber in der durch NO §§ 226, 227 bestimmten Rangordnung zu befriedigen, entsteht erst mit dem Augenblicke, wo er die Unzulänglichseit des Rachlasses zur Befriedigung der eigentlichen Rachlassländiger zu übersehen vermag (oben A 1). Läßt er trothem die Pflichteilsberechtigten uhd. zum Zuge kommen, wird er den benachteiligten Eläubigern persönlich verantwortlich. Zugleich steht diesen das Anfechtungsrecht aus § Zunschlich verändigen den weiteres auch ein Heransgabeanspruch gegen den befriedigten Vermächtnisnehmer (NG IW 3) voh kann ein Bereicherungsanspruch (§ 812) in Frage kommen; vgl. A 3. Auch einen mit rechtskräftigem Urteil (Ub) 3) ausgestatteten Pflichtteils usw. Berechtigten darf der Erbe nicht befriedigen, sobald er mit Unzulänglichteit des Rachlasses usw. Berechtigten darf der Erbe nicht befriedigen, sobald er mit Unzulänglichteit des Rachlasses erchnen muß, solange nicht alse vorgehenden Rachlassländiger befriedigt sind (A 1). Hat der Erblasser gemäß § 2189 einem Vermächtnis ober einer Auflage den Vorrang vor den übrigen Beschwerungen eingeräumt, so bleibt die sich hierans ergebende und nicht die konkursmäßige Rangordnung für den Erben maßgebend (NG 20. 1. 13 IV 399/12).

5. Beweislaft § 1990 Å 7. Der Glänbiger ift, falls ber Erbe den ihm danach obliegenden Beweis führt, seinerseits dafür beweispflichtig, daß und inwieweit ihm der Erbe persönlich verantwortlich sei. Der Erbe hat zu beweisen die Auswendungen, wegen deren er Ersat ober nach § 257 Befreiung fordert oder das Bestehen sonstiger eigener Forderungen an den Nachlaß (A 2) oder gegen ihn ergangener rechtskräftiger Urteile (A 3). Den Pflichtteilsberechtigten usw. gegenüber hat der Erbe das Borhandensein anderer ihnen vorgehender Nachlaßgläubiger zu beweisen, durch deren Besteibigung der Nachlaß für sie unzulänglich

wird, wogegen ihnen der Beweis der Befriedigung dieser Gläubiger offensteht.

§ 1992

Bernht die überschuldung des Nachlasses auf Vermächtnissen und Aufslagen¹), so ist der Erbe, auch wenn die Voraussehungen des § 1990 nicht vorzliegen²), berechtigt, die Berichtigung dieser Verbindlichkeiten nach den Vorschristen der §§ 1990, 1991 zu bewirken³). Er tann die Herunsgabe der noch vorhandenen Nachlassegenstände durch Zahlung des Wertes abwenden⁴).

E II 1867; \$ 5 762, 763, 802-804, 816.

1. Auch wenn der Nachlaß nicht "dürftig" (§ 1990 A 1, 2), aber überschuldet ist und deshalb die Eröffnung des Nachlaßkonkurses "tunlich" wäre, soll der Erbe zwar berechtigt (AO § 215), aber nicht genötigt sein, Konkurs zu beantragen, um seine beschränkte Hattung herbeizusühren, sosern die Überschuldung auf Vermächtnissen und Auslagen beruht, weil es als nicht dem Willen des Erblassers entsprechend angesehen werden nuß, daß seine lettwilligen Verfügungen zu einem ohne sie bermeiblichen Konkursversahren über seinen Nachlaß Veranlassung geben. Deshalb ist in solchem Falle dem Erben das Necht gegeben, diese Verbindlichkeiten ohne Konkurs nach den Vorschriften der §§ 1990, 1991 zu berichtigen. Voraussexung ist aber, daß die Überschuldung "nur" auf Vermächtnissen und Auslagen beruht, daß also, abgesehen von ihnen, die Nachlaßaktiva zur Berichtigung der Nachlaßverdindlichkeiten ausreichen würden (RG Varn 1912 Nr 33). Doch werden ausgeschlossen oder ihnen

gleichgestellte Gläubiger (§§ 1973, 1974) für die Frage, ob die Uberschuldung auf Vermächtnissen und Auflagen beruht, nicht in Betracht fommen, soweit sie ihre Forderungen noch nicht geltend gemacht haben (§ 1973 Abs 1 Sat 2). Beruht die Überschuldung auf Pflichtteilsrechten, so nuß Konturs beantragt werden. Die Vermächtnisnehmer und Auflageberechtigten haben ihrerseits das Necht, Konkurs zu beautragen, falls über das eigene Vermögen des Erben Konkurs eröffnet ist (KO § 219); andernsalls können sie, wenn ihre Ansprüche durch das Verhalten oder die Vermögenslage des Erben gefährdet wird, Nachlagverwaltung beantragen (§ 1981 Abf 2), die bann, wenn ber Rachlagverwalter Konkursantrag stellt, wozu er berechtigt aber nicht verpflichtet ift (§§ 1985 Abs 2 Sat 2, 1980 Abs 1 Sat 2) zum Nachlaßkonturse führt.

2. D. h. wenn eine den Koften der Rachlagberwaltung oder bes Rachlagtonturjes entsprechende Maffe vorhanden ift, und zwar selbst dann, wenn nach Berichtigung ber

übrigen Nachlagverbindlichkeiten noch eine solche Masse verbleibt.

3. Der Erbe tann gegenüber der Zwangsvollstredung eines Vermächtnisgläubigers ober Auflageberechtigten von dem in § 1992 gewährten Rechte nur Gebrauch machen, wenn ihm im Urteile die beschränkte Haftung gemäß § 780 BPD vorbehalten ift, obwohl er nicht als "Erbe des Schuldners" verurteilt ift, da es sich nicht um eine Schuld handelt, die vom - Erblaffer herrührt (Re Warn 1913 Rr 377). Er fann aber, wie im Falle des § 1990 (vgl. U 1 bagu), auch icon im Prozesse selbst die Befriedigung insoweit verweigern, als er nachweift, daß der Nachlaß nach Befriedigung der nicht aus Bermächtnissen und Auflagen herrührenden Berbindlichkeiten, einschliehlich ber Pflichtteilsrechte, zur Befriedigung des klagenden Gläubigers oder, wenn mehrere Vermächtnisgläubiger ober Auflageberechtigte vorhanden sind, zu ihrer gleichmäßigen Befriedigung nicht hinreichen wurde (§ 1990 A 1). In diesem Falle hat er dem Gläubiger den nach Befriedigung der diesem vorgehenden und verhältnismäßiger Berudsichtigung ber ihm gleichstehenen Verbindlichkeiten verbleibenden Nachlaßrest zur Zwangsvollstreckung herauszugeben (vgl. § 1990 A 4; aber auch § 1992 A 4). Wegen seiner eigenen Forderungen an den Nachlaß kann er sich vorher befriedigen (§ 1991 A 2). Für bie Behandlung des Nachlasses ist er dem Gläubiger nach Maßgabe der §§ 1978, 1979 ver-antwortlich (§ 1991 A 1). Er hat dassür Sorge zu tragen, daß mehrere Vermächtnisnehmer oder Auflageberechtigte in der konkursmäßigen Weise befriedigt werden, auch wenn einer von ihnen bereits ein rechtskräftiges Urteil erstritten hat (§ 1991 A 3, 4). Haftet der Erbe unbeschränkt, so ist § 1992 nicht anwendbar (§ 2018 Abs 1). Die gleichen Rechte und Pflichten

sind auch dem überschwerten Vermächtnisnehmer gegeben (§ 2187).

4. Dem Erben steht, wie im Falle des § 1973 Abs (vost. A dazu) das Einlösungswert zur die hier ist der für die Zeit der Ausübung dieses Rechts zu ermittelnde Schäbungswert. der nachlaggegenstände maßgebend. Die Unzulänglichkeitseinrebe verwandelt sich bamit in eine reine Abzugseinrebe, die haftung cum viribus in eine solche pro viribus hereditatis. Sie fuhrt zur entsprechenden Aurzung aller in Betracht kommenden Beschwerungen bes

Rachlaffes.

IV. Anventarerrichtung Unbeschränkte Haftung des Erben

Die Inventarerrichtung tann bom Erben jederzeit freiwillig vorgenommen werden (§ 1998). Sie ift an sich tein Mittel, die Befchrantung ber haftung auf den Rachlaß herbeiguführen; auch nach errichtetem Inventar haftet er zunächst noch unbeschränkt, aber bechränkbar (RG Warn 1914 Nr 298). Die rechtzeitige Juventarerrichtung erhält ibm nur bie rechtliche Möglichkeit, durch eines ber bazu bestimmten Mittel (Aufgebot ber Nachlaßgläubiger, §§ 1970ff., Nachlaßverwaltung ober Nachlaßkonkurs, 1975ff., Unzulänglichkeitseinrede, 1990ff.) seine Haftung auf den Nachlaß zu beschränken. Anderseits tritt der Verlust bieser Möglichkeit ein, wenn er die ihm gesethe Inventarfrist versäumt (§ 1994) ober wenn er ein ungetreues Inventar errichtet (§ 2005). In diesen beiden Fällen wird er allen Nachlafgläubigern gegenüber unbeschränkt haftbar, während er im Falle der Verweigerung des Offenbarungseides nur dem betreffenden, den Gid verlangenden einzelnen Gläubiger unbeschränkt haftet (§ 2006).

§ 1993

Der Erbe ift berechtigt, ein Berzeichnis des Rachlaffes (Inventar) bei dem Rachlangericht einzureichen (Inventarerrichtung) 1).

E I 2095 Abi 1 II 1868 Abi 1; M 5 608; B 5 731-733; 6 895.

1. Durch freiwillige Inventarerrichtung sichert sich ber Erbe die Vermutung bes § 2009, vergewissert sich in Verbindung mit dem Aufgebot über den Bestand des Nachlasses (§ 1980) und erleichtert sich die ihm obliegenden Nachweisungen, um die Haftung auf den Nachlaß du beschränken (§§ 1973 A 9, 1990 A 7). Auch beseitigt er dadurch die Möglichkeit, daß ihm

eine Frift zur Errichtung bes Inbentars mit ber aus ihrer Berfäumung fich ergebenden Wirkung ber unbeschränkten (nicht mehr beschränkbaren) Saftung gesetzt verben kann. So zutreffend Pland Erl 1 im Anschluß an Hackenburg (S. 666); § 2004 steht nicht entgegen, da er ein von einem anderen als dem Erben eingereichtes Inventar voraussett. Dagegen verliert der Erbe mit der Errichtung die aufschiedende Einrede des § 2014. Inhalt des Inventars § 2001, Aufnahme §§ 2002—2004, getreue Errichtung § 2005. Das Inventar ist erst mit der Einreichung (§ 2003 Abs 3) errichtet. Die Kosten der Inventarerrichtung gehören zu den Nachlagverbindlichkeiten (§ 1967 A 3) und sind im Konkurse Massechulden (RD § 224 Nr 4). Das vom Nachlafpfleger als dem gesetlichen Vertreter des Erben (§ 1960 A 4) errichtete Inventar ift vom Erben errichtet. Das vom Nachlaßverwalter oder Testamentsvollstreder (§ 2215) eingereichte Inventar tann er gemäß § 2004 für sein Inventar erklären. Inventar des Ehemanns der Erbin § 2008, des Miterben § 2068, des Borerben § 2144, des Erbschaftskäusers oder Verkäusers § 2883. — Einreichung eines versiegelten Inventars wird nur wirksam sein, wenn das Nachlaßgericht ermächtigt wird, es zu eröffnen, sobald ein Berechtigter Einsicht verlangt (§ 2010). Das Inventar kann auch durch einen Bevollmächtigten errichtet und eingereicht werden; Miteinreichung einer Vollmachtsurkunde ober Nachbringung innerhalb der Frist ift nicht (wie bei der Erbschaftsausschlagung, § 1945 A 4) vorgeschrieben. Das Nachlaßgericht kann bas Inventar nicht wegen fehlender Bollmacht zurudweisen; § 174 findet feine Anwendung. Der Erbe, der sich auf die Wirksamkeit des eingereichten Inventars beruft, muß aber nachweisen, daß der Einreicher bon ihm bevollmächtigt war. Die Errichtung burch einen Geschäftsführer ohne Auftrag ift unwirksam (§ 180), kann aber wirksam werden, wenn der Erbe innerhalb der Inventarfrift bas Inventar für bas seinige erklärt (§ 2004). - Der Testamentsvollstreder ift verpflichtet, dem Erben bei der Errichtung des Inventars hilfe zu leiften, insbesondere auch bei der Wertsermittlung (§ 2215; 96 17. 2. 16 IV 370/15).

§ 1994

Das Nachlaßgericht hat dem Erben auf Antrag eines Nachlaßgläubigers¹) zur Errichtung des Inventars eine Frist (Inventarsrist) zu bestimmen²). Nach dem Ablause der Frist hastet der Erbe für die Nachlaßverbindlichkeiten unbeschränkt, wenn nicht vorher das Inventar errichtet wird³).

Der Antragsteller hat seine Forderung glaubhaft zu machen4). Auf die Wirksamkeit der Fristbestimmung ist es ohne Ginfluß, wenn die Forderung

nicht besteht5).

E I 2095, 2096 II 1868 Mbs 1, 1869; M 5 608-610; B 5 782-784, 740; 6 895.

1. Rachlaggläubiger einschließlich der Pflichtteilsberechtigten, Bermächtnisnehmer und Auflageberechtigten (§ 1967); den Kflichtteilsberechtigten ist der Erbe überdies zur Austunfterteilung verpflichtet (§ 2314). Darin, daß der Erbe auf Verlangen eines angeblich Bflichtteilsberechtigten dem Nachlaggerichte ein Juventar einreicht und es auf deffen weiteres Berlangen burch Leistung bes Offenbarungseibes (§ 2006) befräftigt, soll unter Umftänben eine Anerkennung des Pflichtteilsanspruchs gefunden werden können (Re 113, 289). Im Zweifel wird das jedoch nicht ohne weiteres angenommen werden können, da die Bornahme der bezeichneten Handlungen sich auch badurch erklären läßt, daß der Erbe sie vorsorglicherweise vorgenommen hat, um nicht das Recht zur Haftungsbeschränkung zu verlieren, namentlich wenn ihm das Nachlaggericht eine Zuventarfrift gefett hat. hat der Erbe den Unspruch allerdings ohne Vorbehalt in das Inventar oder die erteilte Auskunft als Rachlagverbindlichteit aufgenommen (wie vom MG a. a. D. weiterhin unterstellt wird), so wird in so weit darin eher ein Anerkenntnis gefunden werden können. Für andere Nachlaßverbindlich. teiten wird die Frage in gleicher Beise zu entscheiben sein. — Db, wie die herrschende Meinung annimmt (Blanck Erl 2 zu biesem Paragraphen und 8 zu § 1973; zweite Auflage bieses Kommentars; a. M. Hachenburg, Borträge, 691) auch der ausgeschlossene und der diesem gleichstehende Gläubiger (§§ 1973, 1974) zu dem Antrage berechtigt ist, erscheint mindestens zweifelhaft; ber Redaktionsausschuß ber zweiten Kommission stand auf dem Stand. punkte, daß auf den Antrag eines solchen Gläubigers das Nachlaggericht keine Frist seben solle. Das erscheint auch, ungeachtet bes nicht eingeschränkten Ausbrucks "Nachlaßgläubiger", als bas Nichtigere. Eine im Rechtswege erzwingbare Berpflicht ung des Erben zur Errichtung des Inventars ift im Gesethe überhaupt nicht aufgestellt (DLG 34, 276); vielmehr ift nur an die Nichterrichtung nach Setung der Frist der Nechtsnachteil der unbeschränkten Haftung geknüpft; diese Folge kann einem bereits ausgeschlossenen Glaubiger gegenüber nicht eintreten, da der Erbe sich ihm gegenüber auf die Borschriften der §§ 1973, 1974 berufen kann, wenn er später den andern Gläubigern burch Berfäumung ber Inbentarfrift (§ 1994 Sat 2) ober ungetreues Inbentar

(§ 2005 Abf 1) unbeschränkbar haftbar wird (§ 2013 Abf 1 Sag 2). Es burfte aber nicht dem Sinne des Gesetzes entsprechen, wie Pland will, dem ausgeschlossenen Glaubiger die Möglichfeit zu verleihen, ben Erben indirett zur Errichtung bes Inventare baburch zu givingen, daß er ben anderen Gläubigern unbeschränkt haftbar wird, wenn er die auf Antrag des ausgeschlossenen Gläubigers gesetzte Frist versäumt. Folgerichtig wird aber auch (was ber Rebaktionsausschuß verkannt hat) durch die bennoch auf Antrag eines ausgeschlossenen Gläubigers erfolgte Fristsetung eine Frist auch den andern Gläubigern gegenüber für den Erben nicht zu laufen beginnen. - Aus ähnlichen Grunden wird auch einem Miterben, ber Nachlaggläubiger ist, nicht bas Recht zugebilligt werden können, seinen Miterben eine Inventarfrift feben zu laffen, ba biefe, auch wenn fie andern Glaubigern unbeschräntbar haften, ihm gegensiber immer noch die Beschränkung ihrer Saftung herbeiführen können, § 2063 Abs 2 (so Arenschmar § 78 A 10; a. M. Pland Erl 2 und zweite Auflage dieses Kommentars). — Der Antrag kann schriftlich ober zu Protokoll des Gerichtsschreibers eines Amts gerichts gestellt werden (FGG § 11); an eine Frift ift er an sich nicht gebunden, doch tann nach der oben vertretenen Anficht ein Gläubiger, der wegen Ablaufs der fünfjährigen Ber ichweigungsfrift einem ausgeschlossen Gläubiger gleichsteht (§ 1974), ihn nicht mehr ftellen. Benn der Erbe oder der ihn vertretende Nachlaftpfleger des § 1960 bereits ein formgerechtes Inventar eingereicht oder der Erbe ein vom Nachlagverwalter oder Testamentsvollstreder eingereichtes für das seinige erklärt hat (§ 2004), so wird das Nachlafgericht den Antrag des Gläubigers auf Bestimmung einer Inventarfrist ablehnen mussen (RIA 8, 185); bgl. § 1993 A 1. Gegen den die Frist sehenden Beschluß steht dem Erben die sofortige Beschwerde zu, mit der er geltend machen kann, daß bereits ein Inventar eingereicht oder daß er nicht Erbe oder daß die Frift zu turg bemeffen fei; ebenso jedem Rachlagglanbiger, wenn die Frift zu lang bemessen ift; die Beschwerdefrist beginnt für jeden Gläubiger mit der Bustellung an den Antragsteller (FGG § 77). Gegen die Ablehnung steht dem antragstellenden Gläubiger die einfache Beschwerbe zu (FGG § 20).

- 2 Inventarfrist als technische Bezeichnung. Daß der Erbe bereits angenommen habe, ist nicht erforderlich (§ 1995 Abs 2). Doch darf er nicht bereits wirksam ausgeschlagen haben. Herrscht Streit darüber, ob ausgeschlagen sei, so kann Aussehung der Inventaraufnahme nicht verlangt werden (MIA 8, 176). Schlägt er hinterher aus, so wird die Fristestimmung von selbst wirkungslos. Auch dem geschäftsunsähigen oder in der Geschäftssähigkeit beschäften Erben kann die Frist bestimmt werden; doch läuft die Frist nur nach Maßgade des 206 ab (§ 1907) und ist die in § 1999 bestimmte Vorsichtsmaßregel zu beobachten. Richt aber dem Fissus (§ 2011), dem Rachlaßpesewaltung und des Nachlaßverwalter (§ 2012) oder dem Erben möhrend der Dauer der Rachlaßverwaltung und des Nachlaßverwalter (§ 2000). Die Frist ist eine richterliche: Beginn, Dauer und Berlängerung § 1995. Sie braucht mehreren Erben gegentiber nicht einheitlich selsgeseht zu werden. Sie wird gewahrt durch Einreichung des Antrags nach § 2008 Abs 1 oder durch Erklärung nach § 2004, wobei dem Inventarpslichtigen nach § 2008, 2063, 2144, 2888 auch das von gewissen andern Bersonen errichtete Inventar zustatten kommt.
- 3. Die unbeschräntte Haftung tritt durch Richteinhaltung der Frist ipso jure gegenüber allen Rachlaßgläubigern ein, auch wenn sie an der Antragstellung nicht beteiligt waren. Richt jedoch gegenüber einem bereits ausgeschlossenen oder einem solchen gleichstehenden (Klaubiger (§ 2013 Abs 1 Sat 2, vgl. § 1993 A 1); auch nicht zuungunsten eines Miterben gegenüber den übrigen Erben, die Nachlaßgläubiger sind (§ 2063 Abs 2, vgl. § 1993 A 1); ebensowenig zuungunsten eines Nacherben gegenüber dem Borerben als Nachlaßgläubiger (§ 2144 Abs 3). Darauf, ob die Versäumnis vom Erben verschuldet war oder nicht, kommt nichts an (s. jedoch § 1996). Virkungen der unbeschränkten Saftung § 2013 A 2. Auch wenn eine aktive Nachlaßmasse (Nachlaßgegenstände) überhauten incht vorhanden, bedarf es zur Erhaltung der Veschänktersteit der Haftung einer Inventarserrichtung in der vorgeschriebenen Form (ZVIFC 5, 797). Wegen der Beweissast vgl. § 2013 A 4.
- 4. Glaubhaftmachung der Forderung FGG § 15 Abs 2. Die Borschriften der BBD (§ 294) sind nicht, wie für die durch FGG § 15 Abs 1 geregelten Bersahrensakte, allgemein als entsprechend anwendbar erklärt, insbesondere also nicht die Unzulässisiste, allgemein als entsprechend anwendbar erklärt, insbesondere also nicht die Unzulässissiste, allgemein als entsprechend unwendbar erklärt, insbesondere also nicht die Unzulässissische Etatt ist herübergenommen. Die Borschrift enthält eine Ausnahme von der dem Nachlaßgerichte obtiegenden Pflicht zur Ermittlung von Amts wegen (§ 12); sie kann deshald nicht auf die Feststellung der Erbeigenschaft bestenigen, dem die Inventarfrist bestimmt werden soll, ausgedehnt werden; die hierzu etwa erforderlich erscheinenden Ermittlungen hat vielmehr das Nachlaßgericht von Units wegen anzustellen (NJU 11, 89). Dazu wird es den Antragsteller und den angeblichen Erben hören können; bleibt die Erbeigenschaft zweiselhaft, so wird der Antrag abzulehnen sein. Hat derzeinige, dem die Inventarfrist geseht werden soll, die Erbschaft ausgeschlagen, so hat das Nachlaßgericht auch zu entschein, ob die

Ausschlagung rechtswirtsam ist; Einwendungen im Prozesse werben aber baburch nicht ab-

geschnitten (RJA 3, 176).

5. Der fännige Erbe wird auch, wenn die Forderung des antragstellenden Glänbigers nicht besteht, durch Bersäumung der Nachlaffrist den Nachlafgläubigern allgemein unbeschränkt haftbar. Das Nachlaßgericht kann die Fristbestimmung nicht zurücknehmen, auch wenn es nachträglich ihre Boraussetzungen für nicht gegeben erachtet (FGG § 18 Abs 2).

8 1995

Die Inventarfrift foll mindeftens einen Monat, hochftens drei Monate betragen1). Sie beginnt mit der Zustellung des Beschlusses, durch den die Frist bestimmt wird2).

Wird die Frift bor der Annahme der Erbschaft bestimmt, fo beginnt fie

erst mit der Annahme der Erbschaft3).

Auf Antrag des Erben tann das Nachlaggericht die Frift nach feinem Ermeisen verlängern4).

Œ I 2097 II 1870; DR 5 610, 611; \$ 5 734.

1. Dauer der Frift. Eine Berletung der Sollvorschrift macht die Friftbestimmung nicht unwirksam, sondern begründet nur ein Beschwerderecht (§ 1994 U 1); das wird gelten muffen auch wenn die einmonatige Mindestfrist unterschritten ift (a. M. die 5. Auft). Friftberech-

nung §§ 186—198. 2. Die Zustellung erfolgt nach FGG § 16 Abs 2, BBD §§ 208—213. Ste setzt für jeben der mehreren Erben eine besondere Frift in Lauf. Für den Fall unverschuldeter Untenutnis von der Buftellung gewährt § 1996 Silfe. Buftellung an ben gesetzlichen Vertreter des Erben BBD § 171, Mitteilung an das Bormundschaftsgericht § 1999. Dem Antragfteller gegenüber genügt Bekanntniachung zu Protokoll, FOW § 16 Abf 3.

3. Annahme der Erbichaft § 1943 M 1 u. § 1957 M 1. Die Friftbestimmung tann vorher

erfolgen; der Lauf der Frist beginnt aber erst mit der Annahme.

4. Friftverlängerung § 190. Sie tann nur in Frage tommen, wenn der Untrag genellt wird, solange die bestimmte Frist noch nicht abgelaufen ift. Gegen die auf den Berlängerungs. antrag ergehende Verfügung sofortige Beschwerde des Erben wie des Glaubigers (FOG § 77 Abf 2, 3). Biederholte Berlängerung ift nicht ausgeschlossen. Für die verlängerte Frift bestehen teine Grenzen. Berkurzung der einmal bestimmten Frist ist weder bei ber erften noch bei einer fpateren Friftbeftimmung gulaffig.

\$ 1996

Aft der Erbe durch höhere Gewalt berhindert worden, das Inventar recht. zeitig zu errichten oder die nach den Umftanden gerechtfertigte Berlangerung der Inventarfrift zu beantragen, fo hat ihm auf feinen Untrag das Rachlaggericht eine neue Inventarfrift zu bestimmen1). Das gleiche gilt, wenn der Erbe bon der Zustellung des Beichluffes, durch den die Juventarfrift beftimmt worden ift, ohne fein Berschulden Kenntnis nicht erlangt hat2).

Der Antrag muß binnen zwei Wochen nach der Beseitigung des Sinderniffes und fpateftens bor dem Ablauf eines Jahres nach dem Ende der zuerft

bestimmten Frist gestellt werden3).

Bor der Entscheidung foll der Rachlafigläubiger, auf deffen Antrag die erste Frist bestimmt worden ist, wenn tunlich gehört werden4).

E I 2008 II 1871; M 5 611, 612; B 5 734.

1. Begriff ber höheren Gewalt f. § 203 U 2; boch ift für ben Fall bes Stillflandes ber Rechtspflege (§ 203 Abs 1) besondere Regelung burch § 1997 getroffen (f. 21 1 bazu). In anderen Fällen der höheren Gewalt wird der Lauf der Frist nicht gehenmt, aber Abhilse nach Art einer Wiedereinsehung in den vorigen Stand (NG 54, 151) durch Bestimmung einer neuen Inventarfrist gewährt. Für diese gelten die Bestimmungen des § 1995; sie soll also wiederum mindestens einen Wonat betragen und kann gleichfalls verlängert werden. Die Bestimmung einer neuen Frist fann wiederholt erfolgen, jedoch nur innerhalb der durch Abs 2 gegebenen Jahresfrift vom Ende der zuerst bestimmten Frist. — Die Berhinderung niuß entweder die Errichtung des Inventars innerhalb der Frift oder auch nur die rechtzeitige Stellung des Antrags auf Berlängerung der Frift (§ 1995 Abf 3;

- s. A 4 bazu) unmöglich gemacht haben, lehteres z. B. durch Polisperre ober Verkehrsstockung, wobei jedoch in lehterem Falle weiter erforderlich ist, daß der Verlängerungsantrag den Umständen nach gerechtfertigt gewesen wäre, eine Frage, über die das Nachlaßgericht nachträglich nach Ermessen zu entscheiden hat.
- 2. Entsprechend BPD § 233 Abs 2. So besonders im Falle der Ersatzustellung nach BPD §§ 181, 182 oder der öffentlichen Zustellung nach BPD § 203 oder auch der Zustellung an einen militärischen Vorgesetzten nach § 172. Das Verschulden des gesetzten Vertreters oder des Generalbevollmächtigten (BPD §§ 171, 173) ist vom Erben zu vertreten.
 - 3. Entsprechend BBD § 234. Hemmung ber Antragsfrist § 1997, Tod bes Erben § 1998.
- 4. Anhörung des antragstellenden Rachlaßgläubigers vor der Entscheidung "wenn tunlich". Sofortige Beschwerde des Erben oder des Nachlaßgläubigers gegen die ablehnende bzw. stattgebende Verfügung FGG § 77 Abs 2. Die rechtsträftige Entscheidung des Nachlaßgerichts kann auch im Prozesse nicht wieder in Frage gestellt werden. Neue Frist zur Ergänzung des Inventars § 2005 Abs 2.

§ 1997

Auf den Lauf der Inventarfrist und der im § 1996 Abs 2 bestimmten Frist von zwei Wochen finden die für die Verjährung geltenden Vorschriften des § 203 Abs 1 und des § 206 entsprechende Anwendung.).

E I 2100 II 1872; M 5 613, 614; B 5 784, 741.

1. Der Lauf und somit auch der Absauf der ursprünglichen, der verlängerten und der neu bestimmten Inventarfrist sowie der zweiwöchigen Antragsfrist (§§ 1995, 1996) wird gehemmt durch Stillstand der Rechtspslege (§ 208 Abs 1). Andere Fälle der höheren Gewalt § 1996. Hemmung tritt serner ein, wenn während des Lauses der Fristen der Erbe geschäftsunsähig wird oder sein gesehlicher Vertreter wegfällt, dis zum Eintritt bzw. Wiedereintritt eines gesehlichen Vertreters (§ 206). Besteht dieser Mangel schon, devor die Fristen zu lausen degenunen haben, so können sie überhaupt nicht in Lauf gesehlichen Vertreter nicht ersolgen kann. Waren die Fristen bereits im Lause, als der Mangel eintrat, so lausen sie von seiner Vesedung durch Eintritt dzw. Wiedereintritt der Geschäftsfähigseit des Erben oder eines gesehlichen Vertreters ab weiter, unter Ausschaltung des zwischen dem Eintritt und der Vesedung des Mangels liegenden Zeitraums (§ 205). Frauf vollendet sich, falls sie sechs Monaten oder nehr betragen, nicht vor dem Absaufe von sechs Monaten von der Vehebung des Mangels ab (§ 206 Abs 1); falls sie aber weniger betragen, nicht vor dem Absaufe ihrer vollen Dauer von dem gleichen Zeitpunkte ab, ohne Einrechnung des vor dem Eintritt des Mangels abgesausenen Zeitraums (§ 206 Abs 1 Sat 2). Der Absauf der Frist irrtt auch ein, wenn der geschäftsähig genordene Erbe oder der neu eingetretene gesestliche Vertreter von der Fristsehung keiner Kenntnis erhalten hat (vgl. § 1944 A 4); doch kann in diesen Falle Abhilfe durch Vestimmung einer neuen Inventarfrift nach § 1996 Abs 1 Sat 2 geschaffen werden.

§ 1998

Stirbt der Erbe vor dem Ablaufe der Inventarfrift oder der im § 1996 Abs 2 bestimmten Frist von zwei Wochen, so endigt die Frist nicht vor dem Ablaufe der für die Erbschaft des Erben vorgeschriebenen Ausschlagungs-frist.).

E I 2099 II 1873; M 5 612, 613; B 5 734.

1. Die Vorschrift bes § 1952 Abs 2 ist auf die Inventarfrist und die Frist zum Berlängerungsantrage (§ 1996 Abs 2) übertragen. Das Ende der Fristen wird in diesem Falle so lange hinausgeschoben, die dusschlagungsfrist für die dem Erbeserben angesallene Erbschaft des unmittelbaren Erben abgelausen ist (§ 1944). Auch hier (vgl. § 1997 A 1) kann die einmal in Lauf gesetzte Inventar- usw. Frist absaufen, ohne daß der Erbeserbe davon Kenntnis erhält, daß eine Frist bestimmt ist; alsdann ist gegebenenfalls § 1996 Abs 1 Sat 2 anwendbar. — Fällt die Erbschaft des Erben an mehrere Erben, so ist jeder Miterbe zur Errichtung des Inventars über die ganze dem ersten Erben angefallene Erbschaft veryssichtet. Die Frist kann für jeden verschieden laufen (§ 1944 A 2). Wahrung der Frist durch einen Miterden kommt auch den andern nicht schon unbeschräntt haftbar gewordenen Miterden zustatten (§ 2063). Auch der Erbeserbe kann Berlängerung (§ 1995 Abs 3) und neue Fristbestimmung (§ 1996) beantragen.

§ 1999

Steht der Erbe unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft, so soll das Nachlaßgericht dem Bormundschaftsgerichte von der Bestimmung der Anventarfrist Mitteilung machen¹).

E I 2101 II 1874; M 5 614; B 5 734.

1. Das Bormundschaftsgericht soll bamit in den Stand gesetzt werden, von Aussichts wegen (§§ 1887, 1667ff.) über Einhaltung der Inventarfrist durch Bormund (Pfleger § 1915) oder Gewalthaber zu wachen; vgl. § 1904 A 2. Für den Fristablauf selbst ist die Mitteilung ohne Bedeutung.

§ 2000

Die Bestimmung einer Inventarfrist wird unwirksam, wenn eine Nachlaßberwaltung angeordnet oder der Rachlaßtonkurs eröffnet wird¹). Während der Dauer der Nachlaßverwaltung oder des Nachlaßkonkurses kann eine Inventarfrist nicht bestimmt werden²). Ist der Nachlaßkonkurs durch Berteilung der Masse oder durch Zwangsvergleich beendigt, so bedarf es zur Abwendung der unbeschränkten Hastung der Inventarerrichtung nicht³).

G I 2095 A6 2 II 1868 A6 8; D 5 609; B 5 733, 741.

1. Rachlagverwaltung und Rachlagtonturs sichern dem Erben ohnedies die beschränkte Haftung (§ 1975), den Nachlaßgläubigern aber die ordnungsmäßige Befriedigung. Pflicht des Berwalters, ein Berzeichnis des Nachlasses aufzustellen § 1985 L 1; des Erben, ihm Aus

funft zu erteilen und ein Nachlagverzeichnis vorzulegen §§ 1978, 666, 260.

2. Die Inventarfrist kann während dieser Zeit weder dem Erben, noch dem Nachlaßverwalter (§ 2012), noch dem Konkurdervoalter, dem schon das Geset Anfertigung des Inventars und der Visanz auferlegt (KD § 124), bestimmt werden. Auch die Beeidigung eines vom Erben bereits errichteten Inventars (§ 2006) mit der dort für den Berweigerungsfall angedrohten Folge der unbeschränkten Haftung kann jeht nicht mehr in Frage kommen, wohl aber kann der Erbe zur Leistung des Offenbarungseides als Gemeinschuldner gemäß KD § 125

angehalten werden.

3. Ist der Nachlaßtonturs durch Schlußverteilung oder durch Zwangsvergleich beendet, so haftet der Erbe nach § 1989 (vgl. A dazu) allen Gläubigern gegenüber nur so, wie er den gemäß § 1973 ausgeschlossenen Gläubigern nach Ausgebot haften würde. Ein Verlust der einmal auf Grund von § 1973 eingetretenen Haftungsbeschränkung gegenüber ausgeschlossenen Gläubigern tritt auch durch spätere Versämmung der Inventarfrist nach § 2013 Abs 1 Sap 2, vgl. A 2 zu § 2013, nicht ein. Im Falle des § 1989 haben, ohne daß es eines Ausgebots bedarf, alse Gläubiger mit Ausnahme derzeuigen, denen der Erbe bereits unbeschränkt haftet, die Stellung ausgeschlossener Gläubiger (vgl. § 1989 A 4). Deshalb kann in diesem Falle der Verlust der Haftungsbeschränkung durch Versämmung einer Inventarfrist keinem Gläubiger gegenüber mehr eintreten und ist folgerichtig auch die Vestimmung einer solchen durch § 2000 ausgeschlossen. Dagegen ist dem Erben auf Antrag neue Frist zu bestimmen, wenn der Konturs auf andere Weise beendet worden ist (§ 1989 A 1). Da es an einer gleichen Bestimmung für den Fall der durchgeschrten Nachlaßverwaltung (vgl. § 1986 A 4) sehlt, wird man annehmen müssen, daß nach Ausgebung einer solchen dem Erben wieder eine Inventarfrist bestimmt werden fann, dei deren Nichtbeachtung er auch jeht noch undesschränkdar haftbar wird. Doch kann er sich auf ein vom Nachlaßverwalter formgerecht errichtetes und dem Nachlaßgerichte eingereichtes Inventar berusen (§ 2004).

§ 2001

In dem Inventar sollen3) die bei dem Eintritte des Erbfalls vorhandenen Rachlaßgegenstände und die Rachlaßverbindlichkeiten vollständig angegeben werden1).

Das Inventar foll3) außerdem eine Beschreibung der Nachlaßgegenstände, soweit eine solche zur Bestimmung des Wertes ersorderlich ist, und die Angabe des Wertes enthalten2).

E I 2105 II 1875; M 5 618; B 5 785-787.

1. Für die Nachlaßgegenstände (Sachen und Rechte, vgl. § 90 A 3) ist lediglich die Zeit des Erbfalls maßgebend. Ebenso für die Wertsangabe. Seit dem Tode des Erblissers eingetretene Veränderungen bleiben außer Betracht. Es sind also auch diejenigen Nachlaß-

gegenstände aufzuführen, die zur Zeit der Errichtung nicht mehr vorhanden sind; anderseits nicht die nach dem Erbfalle dem Nachlasse erworbenen Gegenstände, insbesondere nicht die Ersahforderungen gegen den Erben (§ 1978 Abs 2). Dagegen entschiedt für die Nachlasserbindlichkeiten (§ 1967 Abs 2) der Zeitpunkt der Errichtung. Hierzu gehören auch die Kosten des Inventars (im Konkurse als Masseschunkt No. § 224 Nr. 4). Dies schließt nicht aus, daß sich der Erbe zu Zwecken der Inventarerrichtung durch Rechtsgeschäft auch persönlich verpslichtet (§ 1967 A 3). Aus dem Zwecke der Inventarerrichtung ist zu entnehmen, daß die durch Konsusion erloschenen Nechte und Verdindseiten aufzussühren sind, das eine wiederausseschunk Konsusion erloschenen Nechte und Verdindslichteiten aufzussühren sind, das von einem Schuldenüberschulses ist zweckmäßig, aber nicht vorgeschrieben. Auch das von einem Miterben errichtete Inventar (vgl. RIA 8, 100) muß sich über den ganzen Nachlaß verhalten. Ausgleichungsposten (§ 2057) gehören nicht herein.

2. Die Beschreibung und Bertsangabe liegt im Falle des § 2002 dem Erben, im Falle des § 2003 dem aufnehmenden Beamten, dem der Erbe, soweit ersorderlich, Ausfunft zu erteilen hat, ob. Bgl. die Berhandlungen der 2. Komm. (Prot a. a. D.). Bgl. auch § 2002 A 1.

Abschätzung durch Sachverständige ist nicht erforderlich.

3. Die Vorschriften des Paragraphen sind nur Ordnungsvorschriften ("soll"); von ihrer Beobachtung ist die Wirksamkeit der Inventarerrichtung nicht abhängig. Doch muß das eingereichte Schriftstät sich wenigstens als ein "Inventar", d. h. als eine Bestandsaufnahme des Nachlasses, darstellen. Über den Einfluß von Unrichtigkeiten und Unvollständigkeiten bestimmt im sibrigen § 2005.

\$ 2002

Der Erbe muß zu der Aufnahme des Inventars eine zuständige Behörde oder einen zuständigen Beamten oder Rotar zuziehen1).

& I 2102 II 1876; M 5 615, 616; B 5 784, 787.

1. Ein bom Erben felbst ohne Buziehung einer Amtsperson aufgenommenes Inbentar ifi unwirtsam, selbst wenn es öffentlich beglaubigt ware (anders bei bem vom Borerben nach § 2121 ober vom Testamentsvollstreder nach § 2215 mitzuteilenden Berzeichnis). Er bebarf in jedem Falle, auch wenn kein Nachlaß vorhanden ist, der amtlichen Mitwirtung gemäß § 2002 ober § 2003. Anderseits ist auch ein von der Amtsperson selbst auf genommenes Inventar tein folches nach § 2002; vielmehr muffen Erbe und Amtsperfon gur Aufnahme gufammenwirten, insbesondere ift die Unterschrift bes Erben erforderlich (96 77, 247). Die zugezogene Amtsperson hat nur die Stellung eines Beiftandes und ift zur Brufung ber Bollständigteit und Richtigfeit bes Inventars, insbesondere auch der Bertangaben (§ 2001 Abf 2), nicht verpflichtet. Doch wird es ihr nicht verwehrt werden konnen, ihrer von der des Erben abweichenden Meinung Ausbrud ju geben, da fie andernfalls ja nur als Statist erscheinen wurde. Gine solche Außerung tann auf die Birksamkeit der Inventarserrichtung feinen unmittelbaren Ginfluß haben, aber unter Umftanden für die Frage erheblich fein, ob dem Erben eine Pflichtverletung nach § 2005 gur Laft fällt. In welcher Beife bie Mitwirkung der Amtsperson zu beurfunden, ist nicht vorgeschrieben; Mit-Unterschrift wird genugen, aber nicht zur Birtfamieit erforderlich fein (a. M. anscheinend Bland Erl 3). Die Buftanbigteit ber Behorde, bes Beamten ober Notars bestimmt sich nach Landesrecht, bas auch die fachliche Zuftandigkeit ber Rotare ausschließen kann (a. M. Planck Erl 2)-Nach preugischem Rechte ift ein Gerichtsvollzieher nur guftanbig, wenn er vom Gerichte beauftragt ist (§ 74 Ar 3 BruckBeck; NG 77, 246). Ein unter Buziehung einer "unzuständigen" Amtsperson aufgenommenes Inventar ist unwirksam. Doch wird dabei nur die sachliche Zuständigkeit in Frage kommen, wie sich wohl aus dem Gebranche des unbestimmten Artikels ("eine zuständige Behörde usw.") entnehmen läßt (a. M. anscheinend Plank Erl 2). Der Erbe hat selbst für rechtzeitige Einreichung zu sorgen (§ 1994 A 2). Die Frist wird im Falle des § 2002 nur durch die Einreichung, nicht durch die Zuziehung einer Amtsperson (wie im Falle des § 2003 durch den Antrag auf Aufnahme) gewahrt. Der Erbe kann sich bei der Aufnahme durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen; Einreichung der Bollmacht mit dem Inventar oder innerhalb der Frift ift nicht (wie bei der Erbschaftsausschlagung, § 1945 Abs 2) vorgeschrieben. Die Einreichung des Inventars durch einen Geschäftsführer ohne Auftrag ift unwirksam (§ 180); doch wird sie wirksam, wenn der Erbe innerhalb der Frist auf das eingereichte Inventar gemäß § 2004 Bezug nimmt.

§ 2003

Auf Antrag des Erben hat das Rachlaggericht entweder das Inbentar felbst aufzunehmen oder die Aufnahme einer zuständigen Behörde oder einem

zuständigen Beamten oder Rotar zu übertragen¹). Durch die Stellung des Antrags wird die Juventarfrist gewahrt²).

Der Erbe ift berpflichtet, die zur Aufnahme bes Inventars erforderliche

Austunft zu erteilen3).

Das Inventar ist von der Behörde, dem Beamten oder dem Notar bei dem Nachlaßgericht einzureichen4).

Œ I 2108 II 1877; M 5 616, 617; B 5 734, 741.

- 1. Nachlaggericht FGG §§ 72ff. Seine Zuständigkeit kann burch Landesgeset überhaupt (GO Art 147) ober doch soweit es sich um Aufnahme des Juventars handelt (Art 148) ansgeschlossen werden; in biesem Falle ift ber Antrag an die banach zuständige andere Behörde zu richten. Ift feine andere Behörde als zuständig erklart, fo kann die Inventarerrichtung nur im Wege des § 2002 erfolgen. In Preußen sind zur Aufnahme der Inventare für zu-ständig erklärt die Amtsgerichte und Notare, unter Umftänden auch die Gerichtsschreiber bei den Amtsgerichten, die Gerichtsvollzieher (biefe aber nur fraft Auftrags des Gerichts, vgl. § 2002 A 1), Dorfgerichte (vgl. § 2004 A 1), Ortsgerichte (PrFGG vom 21. 9. 99 Art. 31, 32, 38, 108, 111 ff., 122 ff., 131; AGGBG v. 24. 4. 78, § 70, 74); in Sachsen die Amtsgerichte und Rotare, Ortsgerichtspersonen, fraft Übertragung auch Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher (Ges v. 15. 6. 00, §§ 37, 39, 97, 100, 101); in Vürttemberg Amtsgerichte und öffentliche Notare (AGBGB Art 125ff.); in Baden ausschließlich die Notare unter Mitwirtung der Ortsgerichte (FGG v. 13. 10. 25, § 31); in Hessen die Amtsgerichte und Notare, fraft übertragung auch die Gerichtsvollzieher und Ortsgerichte (AGBGB Art 117, AGFGG Art 1, 2, Not Gef v. 15. 3. 99 Art 10). Die Übertragung kann nur an eine zuständige Behörde usw. erfolgen; die Buftanbigfeit beftimmt sich auch hier nach Landesrecht. Auch hier wird die Wirksamkeit des Ziwentars nur von der fachlichen Buftandigkeit abhängen (vgl. § 2002 A 1). Das Rachlaggericht kann auch im Wege ber Rechtshilfe ein anderes Nachlaggericht oder eine andere landesgesehlich an Stelle des Nachlafgerichts bestimmte Behörde (in Baden die Notare) um Aufnahme des Juventars ersuchen (MG 106, 287). Der Erbe darf den Beamten nicht mit Übergehung des Nachlaßgerichts selbst beauftragen (MG 77, 246). Der Antrag kann auch von einem Miterben wirksam gestellt werden (RJA 8, 100).
- 2. Inventarfrist § 1995, verlängerte und neu bestimmte Frist §§ 1995 Abs 3, 1996. Der von einem Miterben gestellte Antrag wahrt die Frist auch für die übrigen Erben (§ 2063 Abs 1, DLG 10, 296). Er kann darauf gerichtet werden, das Juventar bei dem im Besitze des Nachlasses befindlichen Miterben aufzunehmen (DLG 5, 342).
- 3. Die Aufnahme liegt abweichend von § 2002 nicht dem Erben, sondern dem amuichen Organe ob. Nach AJA 12, 111 soll dieses im Interesse der Aufstärung auch dritte Bersonen, sogar einen Nachlaßgläubiger zuziehen dürfen. Der Erbe ist zur Mitwirkung nur durch Erteilung von Auskunft verpstichtet. An seine Angaben ist aber das amtliche Organ nicht gebunden. Unmittelbare Zwangsmittel zur Erwirkung der Auskunfterteilung bestehen nicht. Ihre Berweigerung oder absuchtliche Berzögerung, sowie die absichtliche Unrichtigkeit der Auskunft sind aber mit dem Versusten der herbeiten Hochtoften unrichtigkeit der Auskunftspsicht wird auch die Pflicht zur Borlegung eines Berzeichnisses (§ 260) zu solgern sein. Kostenlast bei unzulänglichem Nachlasse nach preußischem Recht DVG 26, 291.

4. Die Amtspersonen sind zur Einreichung nicht bloß (wie die Notare in FGO §§ 71, 129, GBO § 15) ermächtigt, sondern verpflichtet. Gegen Berzögerungen ist die Auflichtsbeschwerbe

gegeben.

§ 2004

Befindet sich bei dem Nachlaßgerichte schon ein den Borschriften der SS 2002, 2003 entsprechendes Inventar¹), so genügt es, wenn der Erbe vor dem Ablause der Inventarsrist²) dem Nachlaßgerichte gegenüber erklärt, daß das Inventar als von ihm eingereicht gelten soll³).

Œ I 2104 II 1878; M 5 617, 618; B 5 735.

1. Das bei dem Nachlafgericht befindliche Inventar darf nicht bloß als Privatinventar errichtet worden sein. War vorschriftsmäßiges Inventar vom Erben oder mit Wirkung für den Erben (§§ 2008, 2063, 2144, 2383) von einem andern, auch von einem Nachlaßpfleger (§ 1960 Ubs 2), errichtet, so kommt § 2004 nicht in Frage. Die Frist darf ihm in diesem Falle überhaupt nicht bestimmt werden (§ 1994 A 1). Das in Bezug zu nehmende Jwentar kann vom Nachlaß- oder Konkursverwalter, vom Testamentsvollstrecker, Erbschaftsbesitzer, auch von einem micht ausgewiesen Bevollmächtigten oder einem auftragslosen Geschaftsführer des

Erben errichtet und dem Nachlaßgericht von voruherein eingereicht oder von ihm herbeigezogen sein. Es kann auch vom Nachlaßgericht selbst gemäß § 1960 Abs 2 errichtet sein. Die Bezugnahme auf ein von einem preußischen Dorfgerichte auf Grund des Art 104 PrAG aufgenommenes Nachlaßinventar ist ausgeschlossen (Art 104 Abs 2 a. a. D.).

- 2. Bor Ablauf ber ersten ober ber verlängerten ober ber neu bestimmten Inventarfrist (§§ 1995, 1996).
- [3. Die Erklärung ist an keine Form ober Formel gebunden. Sie kann auch burch einen Bevollmächtigten ersolgen; doch wird sie in diesem Falle vom Nachlaßgerichte gemäß 174 zurückgewiesen werden können, wenn Vollmachtsurkunde nicht vorgelegt wird, da eine den § 174 ausschließende Bestimmung, wie in § 1945 Abs 2 Sat 2 für die Ausschließung, hier nicht getroffen ist. Beglaubigung oder Nachbringen der Vollmacht innerhalb der Frist sie durch der Ausschlagung § 1945 Abs 2) ist nicht vorgeschrieben (vgl. § 1993 A1). Auch durch Bezugnahme auf ein fremdes Inventar kann ungetreue Errichtung im Sinne von § 2005 (A1) begangen werden.

§ 2005

Führt der Erbe¹) absichtlich eine erhebliche Unvollständigkeit der im Insventar enthaltenen Angabe der Nachlaßgegenstände herbei¹⁸) oder bewirkt er in der Absicht, die Nachlaßgländiger zu benachteiligen, die Aufnahme einer nicht bestehenden Nachlaßverbindlichteit²), so haftet er für die Nachlaßversbindlichteiten unbeschräntt³). Das gleiche gilt, wenn er im Falle des § 2003 die Erteilung der Auskunft verweigert oder absichtlich in erheblichem Maße verzögert⁴).

Ist die Angabe der Nachlaßgegenstände unvollständig, ohne daß ein Fall des Abs 1 vorliegt5), so kann dem Erben zur Ergänzung eine neue Inventar-

frift bestimmt werden6) 7).

& I 2106 II 1879; M 5 618-621; B 5 738-741, 754-756.

1. Der Erbe haftet auch für Versehlungen seines gesetzlichen Vertreters ober Bevollmächtigten bei Ernichtung des Inventars, da es sich dabei um die Ersüllung einer bestehenden schuldrechtlichen Verbindlichkeit handelt (§ 278), auch wenn eine Inventarseitst noch nicht bestimmt ist. Dagegen können Versehlungen solcher Versonen, deren Inventarerrichtung ihm nur "kustatten kommt" (§§ 2008, 2063, 2144, 2383), seine unbeschränkte Haftung gemäß § 2005 nicht bewirken; sie können aber, wenn ihm eine Inventarseist bestimmt ist und er nicht selbs ein Inventar errichtet hat, dazu sühren, daß diese als versämmt gilt (§ 1994 Abs 1 Sat 2), da die Errichtung eines ungetreuen Inventars zur Wahrung der Frist nicht geeignet ist. Näheres § 2008 A 5.

1a. Das Gesetz unterscheidet beim ungetreuen Inventar zwischen den auf die Aktiven und den auf die Kassiwichen des Kachsasses (§ 2001 Abs 1) bezüglichen Angaben. Es macht aber zwischen dem freiwilligen (§ 1993) und dem erzwungenen Inventar (§§ 1994 ff.) keinen Unterschied. Bezüglich der Rachsaßgegenstände (vgl. § 2001 A 1) sit Vollskändigkeit der Ausgaben ersvrdert. Mängel der Beschreibung und der Wertangabe (§ 2001 Abs 2) bleiben außer acht. Der Erbe kann die Unvollständigkeit, wenn er das Juventar selbst errichtet (§ 2002), unmittelbar, wenn er die autliche Errichtung veranlaßt, mittelbar durch die Art der von ihm erteilten Auskunft (§ 2003 Abs 2), im Falle des § 2004 badurch, daß er auf ein ihm als unvollständig hinsichtlich der Nachslägegenstände oder nicht bestehende Rachsläßeverdindlichkeiten enthaltend bekanntes Inventar Bezug nimmt, herdessischen. Mit der Strafe der unbeschränkten Sastung bedroht ist aber nur absichtliges Handeln oder Unterlassen im Gegensabe zur bloßen Fahrlässigteit. Gleichgültig ist, welchen Zwed er damit verfolgt, insbesondere ob er damit jemand zu benachteiligen such für die Invollständigkeit muß aber eine erhebliche, je nach dem Umfange des Nachlasses auch für die Interessen der Glaubiger ins Gewicht sallende sein. Auch dessen umß sich der Erbe bewußt seine.

2. Bezüglich der Nachlasvervindlichkeiten genügt dagegen die bloße Absicht, d. h. die wissentlich falsche Ausnachme einer nicht oder nicht in der angegebenen Höhe bestehenden Schuld nicht. So muß vielnicht die Benachteiligungsabsicht in bezug auf die Nachlasgläubiger hinzukonnnen. In der Regel die Absicht, ihnen die Überschuldung des Nachlasses vorzuspiegeln und sie hierdurch zur Ermäßigung ihrer Forderungen zu bewegen oder auch ihnen Nachlasgegenstände durch Anrechnung auf die nicht bestehenden Nachlasverbindlichkeiten, sei es zum Borteile der angeblichen Gläubiger dieser Verbindlichkeiten oder zu eigenem Borteile, zu entziehen (val. auch und § 239 Nr 2). Das Weglassen bestehender Verbindlichkeiten ist

- unschäblich. Da das Inventar mit der Einreichung errichtet ift (§§ 1993, 2008 Abs 3), so kommt es darauf an, ob die Inventarpflicht in diesem Augenbliche verlett ist, sei es auch, daß die Frist noch nicht abgelaufen oder im False des § 2008 bereits durch den Antrag gewahrt war, oder daß, wie im False des § 1993, eine Frist überhaupt nicht läuft. Der Erbe kann deshald zwar dis zur Einreichung, nicht aber dis zum Fristablauf, durch Berichtigung der ungetreuen Augaben die Folgen abwenden (a. M. Standinger Erl 4). Denna auch vor Fristablauf kann das Vorhandensein eines ungetreuen Inventars bereits eine Schädigung der Nachlaßgläubiger in der Nichtung der Abslicht des Erben herbeissühren.
- 3. Er haftet unbeschränkt gegenüber allen Nachlaßgläubigern, nicht bloß wie im Falle des § 2006 Abs 3 dem Antragsteller. Ausnahmen §§ 2018 Abs 1 Satz 2, 2068 Abs 2, 2144 Abs 3.
- 4. Berweigerung und Berzögerung ber Auskunft, zu ber ber Erbe nach § 2003 Abf 2 verpflichtet ist, seben voraus, daß er durch das das Inventar aufnehmende Amtsorgan zur Erteilung der Auskunft aufgefordert worden ift. Die Berweigerung bedeutet eine ausbrudliche Ablehnung, enthält alfo ohne weiteres die Absicht (ben Borfat), die Auskunft nicht gu erteilen, während die Berzögerung, die an sich auch auf Jahrlässigfeit beruhen kann, nur in Betracht kommt, wenn sie die Absicht, die Inventaraufnahme hinauszuziehen, erkennen läßt. Richt die Berweigerung oder Berzögerung der Auskunft über eine einzelne Tatfache, sondern nur die Berletung der einheitlichen Auskunftspflicht in bezug auf die gesamte Tätigkeit bes Amtsorgans oder doch einen wesentlichen Teil dieser Tätigkeit soll nach den Kommiffionsprototollen (5, 756) ben Rechtsnachteil gur Folge haben. Die Borfchrift des Abs 1 Sat 2, die als zu streng in der zweiten Kommission ohne Erfolg bekämpft wurde, bezwedt zu verhindern, daß der Erbe, der die ihm bestimmte Inventarfrist durch Antrag gemäß § 2008 Abs 1 gewahrt hat, die ordnungsmäßige Errichtung des Inventars durch das amtliche Organ badurch hindert, daß er die dazu erforderliche Austunft verweigert oder verzögert; in foldem Falle soll er sich so behandeln lassen mussen, wie wenn er die Errichtung des Inventars innerhalb der Frist unterlassen hat (Prot 5, 756). Aus dieser Zwedbestimmung, die auch im Gesetze hinreichenden Ansdruck gefunden hat, ist zu entnehmen, daß die Borschrift keine Anwendung sinden kann, wenn dem Erben eine Inventarfrist noch nicht bestimmt war (§ 1998); aber auch nicht, wenn die Behörde ungeachtet der Verweigerung das Inventar errichtet hat, sei es, weil sie duskunft von anderer Seite erhalten ober sie für nicht erforderlich gehalten hat. Ist das Inventar infolgedessen unvollständig hin-sichtlich der Aktiva geworden (eine betrügerische Aufnahme von Kassiven kommt hier nicht in Frage), so haftet der Erde, wenn er die Unvollftändigkeit durch Auskunftsverweigerung absichtlich herbeigeführt hat, gemäß Abs 1 unbeschränkt. Andernfalls kann ihn nur eine neue Inventarfrist zur Ergänzung bestimmt werden (Abs 2). Kann dann diese Ergänzung nicht erfolgen, weil der Erbe wiederum die Auskunft verweigert, so haftet er nunmehr nach Abs 1 Sat 2 unbeschränkt. Abweichend Planck, 3. Aufl., Erl 2, der die unbeschränkte Saftung dann eintreten lassen will, wenn infolge der Berweigerung ober Bergogerung der Auskunft die Inventarfrift verftrichen ift, wobei aber nicht beachtet zu sein scheint, daß die Inventarfrist bereits durch den Antrag nach § 2003 gewahrt ift, also nicht mehr verftreichen tann; richtiggestellt jett in der 4. Aufl. Erl 2c.
- 5. So wenn bie Unvollständigkeit durch unverschuldete Unkenntnis oder durch Fahrlässigkeit des Erben herbeigeführt worden ist. Neine Nachfrist zur Berichtigung der Augaben bezüglich der Nachlagverbindlichkeiten.
- 6. Die neue Indentarfrist ist im technischen Sinne verstanden (§ 1994 A 2), sie kann desgalb dem Erben nur auf Antrag eines Nachlaßgläubigers, nicht des Erben selbst oder von Amts wegen bestimmt werden (a. M. Staudinger Erl 3). Die Bestimmung kann auch erstmalig ersolgen, wenn das Juventar freiwillig eingereicht war (§ 1993). Der Antrag ist an keine Frist gedunden; grundsäslich wird auch ihm gegenüber die Offizialermittlungspssicht des Gerichts (FGG § 12) Platz greisen; doch wird das Gericht keinen Anlaß haben, besondere Ermittlungen anzustellen, wenn der Antrag nicht irgendwelche Anhaitspunkte dasüber gibt, daß und in welcher Nichtung das Inventar unvollständig sein soll. Er ist vom Nachlaßgericht abzusehnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die darauf ergehende Eusschnen, wenn es den Fall des Abs 1 gegeben sindet. Gegen die den Rochten der Fall des Abs 2002—2004 zu geschehen. Selbstverständlich kann der Erbe durch getreue und fristgemäße Vervollständigung die einmal eingebüßte Beschräntbarkeit seiner Hatung
- 7. Beweislast. Daß die Boraussehungen des § 2005 Abs 1 gegeben sind, ist von dem Gläubiger zu beweisen, der unbeschränkte Haftung des Erben geltend macht. Die Annahme des Nachlaßgerichts, daß Abs 1 nicht vorliege, bindet den Prozehrichter nicht.

§ 2006

Der Erbe hat auf Berlangen eines Rachlaggläubigers1) vor dem Rach- laggerichte2) den Offenbarungseid dahin zu leisten:

daß er nach bestem Biffen die Rachlaggegenstände so vollständig an-

gegeben habe, als er dazu imstande sei3).

Der Erbe kann vor der Leistung des Eides das Inventar vervollständigen⁴). Berweigert der Erbe die Leistung des Eides, so hastet er dem Gläubiger, der den Antrag gestellt hat, unbeschränkt⁵). Das gleiche gilt, wenn er weder in dem Termine noch in einem auf Antrag des Gläubigers bestimmten neuen Termin erscheint, es sei denn, daß ein Grund vorliegt, durch den das Nicht= erscheinen in diesem Termine genügend entschuldigt wird⁶).

Gine wiederholte Leistung des Sides tann derselbe Gläubiger oder ein anderer Gläubigen nur verlangen, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß dem Erben nach der Sidesleistung weitere Rachlafgegenstände bekannt ge-

worden find 7)8).

Œ I 2142 II 1880; M 5 620, 669—672; B 5 741, 757, 758.

- 1. Die Eibesabnahme ist ein Alt der freiwilligen Gerichtsbarkeit, FGG §§ 79, 15 Abs 1; 3BD §§ 478—484. Es ist ausgeschlossen, im Klagewege eine Berurteilung des Erben zur Eibeskeistung (3BD § 889) herbeizussühren (RG Warn 1912 Nr 116). Anders, wenn der Erbe auf Grund des § 1978 (A 2) zur Leistung des Offenbarungseides aus §§ 259—261 angehalten werden soll. Boranssehung ist, daß ein Inventar, sei es ohne (§ 1993) oder nach Bestimmung einer Inventarstrift (§ 1994), von dem Erben oder für ihn durch einen Bevollmächtigten oder gesehlichen Bertreter (auch den Rachlaßpsseger, vgl. § 2004 A 1) oder nach § 2003 Abs durch die ausnehmende Amtsstelle eingereicht oder von dem Rachlaßgerichte selbst ausgenommen ist (§ 2003 Abs 1) oder daß er ein bei dem Rachlaßgerichte besindliches Inventar sich durch Ertlärung angeeignet hat (§ 2004); vgl. AG 28 A 27. Der Antragenes Rachlaßgläubigers, der mit dem Antragsteller aus § 1994 nicht identisch zu sein braucht, genügt. Soweit nicht bereits geschehen, hat er seine Gläubigereignenschaft dei Stellung des Intrags glaubhaft zu machen (§ 1994 Abs 2 (A 4)). Auch einem ausgeschlossenen Gläubiger gegenüber tann der Erbe durch Nichtleistung des Offenbarungserdes auf dessen verlangen verechtigt sein, die Beeidigung eines eingereichten Inventars zu verlangen.
- 2. Nachlaggericht ist, auch wenn seine Berrichtungen landesgesehlich einer besonderen Behörde übertragen sind, für die Eidesabnahme immer das zuständige Amtsgericht, EG Art 147 Abs 2.
- 3. Der Dsfenbarungseib bezieht sich nur auf die Nachlaßgegenstände (vgl. § 2001 A 1), und zwar so, wie sie bei Eintritt des Erbfalls vorhanden waren, nicht auch auf die Nachlaßverdindichkeiten, die Beschreibung und die Wertsangabe (§ 2001). Im Unterschiede von §§ 260, 261 ist nicht Voraussetung, daß Verdacht unsorgfältiger Ausstellung des Inventars begründet sei. Eine etwas abweichende Sidesform wird unter Umständen ersorderlich sein, namentlich wenn der Erbe ein von einem gesehlichen Vertreter oder Bevollmächtigten für ihn eingereichtes (§ 1993 U 1) oder ihm zustatten kommendes Inventar (§§ 2008, 2063, 2144, 2888) oder ein solches, auf das er Bezug genommen hat (§ 2004), beschwören soll. Im Falle des § 2003 wird eine Anderung nicht erforderlich, die "Angabe" vielmehr ohne weiteres auf die dem ausnehmenden Amtsorgane erteilte Auskunft zu beziehen sein. Soweit eine Anderung erforderlich, wird das Gericht auch ohne besondere Vorschrift (wie in § 261 Abs 2) dazu besugt sein (a. M. Pland Erl 3; vgl. auch INSCH16, 629 Nr 459). Der Erde hat nur sein bestes Wissen zur Zeit der Eidesseistung zu beschwören, er wird deshalb durch den Eid nicht zu besonderen Nachsorschungen verpflichtet. Nur der Erde selbst, im Falle des § 2008 also nur die Frau, nicht auch ihr Mann, ift eides psslichtigtig.
- 4. Die Vervollständigung soll den Erben nur in die Lage bringen, den Eid ohne Gewisserletzung zu schwören. Die nach § 2005 einmal verlorene beschränkte Haftung erlangt er damit nicht zurück. Die Vervollständigung kann im Eidestermine oder die zu einem auf Antrag des Erben vertagten Termine erfolgen. Der Gläubiger kann aber hierzu auch neue Inventarfrist bestimmen lassen, § 2005 A 6. Trotz geschehener Eidesleistung ist der Gläubiger nicht an dem Nachweise gehindert, daß das Inventar unvollständig und daß nach § 2005 die unbeschränkte Haftung eingetreien sei; § 463 BPO sindet keine Anwendung.

5. Die Eidesleistung kann ebensowenig wie die Errichtung des Inventars (§ 1994 U 1) durch zivilprozessules Zwangsmittel (Haft, BPD §§ 901ff.) erzwungen werden; ihre Unterlassung hat nur den Rechtsnachteil der unbeschänkten Haftung zur Folge; einer Undrohung dieses Nachteils bedarf es nicht. Durch Auszahlung des die Eidesleistung betreibenden Gläubigers kann sich der Erbe von der Eidespflicht ihm gegenüber befreien, da mit der Elden digereigenschaft auch das Antragsrecht des Abs 1 ersischt. Der betreibende Gläubiger kann als solcher nur mit derzeinigen Forderung in Betracht kommen, welche er im Offenbarungseidesversahren gestend macht und nach U 1 glaubhaft gemacht hat. Nur bezüglich dieser Forderung, nicht auch wegen aller sonstigen oder gar erst künstigen Aufprüche des betreibenden Gläubigers tritt die unbeschränkte Haftung ein. Sie wirkt im Gegensatz zu §§ 1994, 2002 nicht alsen, sondern nur dem betreffenden einzelnen Gläubiger gegenüber. Diesem gegenüber aber auch, wenn er bereits ausgeschlossen vober einem ausgeschlossen gleichstand (§ 2013 U 2). Hat der Erbe einem Gläubiger gegenüber die Eidesleistung verweigert, so kann er von andern Gläubigern dazu geladen und durch neue Verweigerungen auch diesen unbeschränkt haftbar werden.

6. Darüber, ob das Nichterscheinen des Erben in dem auf Antrag des Gläubigers bestimmten zweiten Termine genügend entschuldigt — hierfür ist der Erbe beweispslichtig — und ob damit die unbeschränkte Haftung von ihm abgewendet ist, kann nur in dem Prozesses zweisen Gläubiger und Erben entschieden werden (DLG 4, 118). Dieser Entscheidung wird dadurch nicht vorgegriffen, daß der Nachlasvichter das Nichterscheinen sür entschuldigt angesehen und den Erben in einem dritten oder späteren Termine zum Side gelassen hat (a. M. Planck, B. Aufl., A 4b, Crome § 722 A 110, Aretschmar § 79 A 34; wie hier, Planck

4. Aufl.).

7. Biederholte Eidesleiftung nur, wenn Befanntwerden weiterer Nachlaggegenstände (§ 2001 A 1) anzunehmen, entsprechend § 903 BBD, jedoch ohne Zeitbeschränkung. Daß Erund zu der Annahme bestehe, ist vom Antragsteller glaubhaft zu machen. Gegen die darauf ergehende ablehnende oder stattgebende Entscheidung Beschwerde des Gläubigers

oder des Erben aus § 20 FGG.

8. Die Kosten der Eidesabnahme treffen den Gläubiger entsprechend § 261 Abs 3 BGB. Einsicht des Eidesprotokolls, FGG § 78. Offenbarungseidespflicht des Erben, der als Gemeinschuldner gilt, im Nachlaßkonturse KD § 125. Dem Nachlaßverwalter steht das Antragsrecht nicht zu, doch kann er auf Grund von § 1985 (A 2) vom Erben die Leistung des Eides nach § 260 im Klagewege fordern. Während der Dauer der Nachlaßverwaltung kann die Eides leistung auch nicht von einem Gläubiger verlangt werden (KJA 4, 201; KGJ 28 A 27).

§ 2007

Ist ein Erbe zu mehreren Erbteilen berufen¹), so bestimmt sich seine Haftung für die Nachlaßberbindlichkeiten in Anschung eines jeden der Erbteile so, wie wenn die Erbteile verschiedenen Erben gehörten²). In den Fällen der Anwachsung und des § 1935 gilt dies nur dann, wenn die Erbteile verschieden beschwert sind³).

E I 2147 II 1881; M 5 677, 678; B 5 747, 805, 806.

1. Bernfung zu mehreren Erbteilen ([. § 1951 A 1). Echte Fälle einer solchen Berufung liegen vor bei mehrfacher Verwandtschaft (§ 1927) oder Zusammentreffen von Verwandtschaft und Ehe (§ 1934) mit dem Erblasser; bei Zuweisung mehrerer gesonderter Bruchteile der Erbschaft durch Verfügung des Erblassers von Todes wegen an den gleichen Erben oder Zuweisung eines Bruchteils und Anfall eines andern Bruchteils auf Grund gesehlicher Erbsolge (§§ 2088, 1924 A 1). Daß die Berufung zu den mehreren Erbteilen auf verschieden en Berufungsgründen beruhe (§ 1951 A 2), ist für die Anwendung des § 2007 nicht erforderlich. Außerdem gibt es noch sog, unechte Fälle der Berufung zu mehreren Erbteilen, insofern nämlich erstens die Erhöhung des ursprünglichen geschlichen Erbteils durch Weg kall eines andern gesehlichen Erben (§ 1935 A 5) und zweitens die Anwachsung insolge Wegfalls eines eingesehten Erben (§§ 2094, 2005) in beschränktem Sinne, und zwar nur in Ansehung der Vermächtnisse und Aussungspflicht kommt hier nicht in Frage, da sie keine Rachlasverdindlichkeit begründet), als besondere Erbteile gelten. Von diesen unechten Fällen handelt Sah 2 des Paragraphen.

2. Im Falle der Berufung zu mehreren Erbteilen (echte Fälle, U 1) soll der Erbe, der zunächst nur zu einem Erbteile unbedingt berufen war ober nur von der Berufung zu diesem Erbteile Kenntnis hatte, wenn er in dieser Lage die Beschränkbarkeit der Haftung durch Berfäumung der Inventarfrist (§ 1994), ungetreues Juventar (§ 2005) oder Berweigerung des Offenbarungseides (§ 2006, in diesem Falle nur gegenüber dem antragstellenden Gläubiger)

verloren hat, nicht gehindert sein, wenn ihm nach diesem Verluste ein weiterer Erbteil angefallen oder der Anfall ihm befannt geworden ift, nunmehr in Ansehung bieses Erbteils Die Beschränkung seiner haftung auf ben Nachlaß burch eines ber bafür gegebenen Mittel (Rachlagverwaltung oder Konturs § 1975, bei dürftigem Rachlasse Borgeben nach § 1990, auch Aufgebot der Nachlaggläubiger § 1978) herbeizuführen. Die mehreren Erbteile follen in diesem Falle hinsichtlich ber Haftung für die Nachlagverbindlichkeiten so behandelt werden, als wenn fie verschiedenen Erben gehörten. Rach der herrschenden Lehre wurde freilich die Borschrift teine prattische Bedeutung für den Erben haben, wenn die mehreren ihm angefallenen Erbteile die gange Erbichaft erichopfen, es fei benn, bag einer ber mehreren Erbteile nicht mit Bermächtniffen ober Auflagen beschwert ift, die auf bem andern laften. Denn es wird angenommen, daß in diefem Falle ber Erbe fcon wegen feiner follechtbin unbeschränkten Saftung in Anschung bes einen Erbteils mit seinem eigenen Bermögen für die gesamten Nachlagverbindlichfeiten in vollem Umfang einzutreten hat und baher die gegen sein eigenes Bermögen gerichtete Zwangsvollstreckung eines Nachlaggläubigers für den ganzen Betrag der Nachlasverbindlichkeit dulden muß, ohne Nücklicht darauf, daß ihm noch ein weiterer Erbteil angefallen ift. Ist dagegen noch ein anderer Erbe (Miterbe) vorhanden, dem ein Erbteil angefallen ist, so soll auch nach der herrschenden Lehre § 2059 Abs 1 Sat 2 zur Anwendung kommen und beshalb die unbeschränkte Haftung nur für einen dem Erbteil, in Ansehung deffen der Erbe unbeschränkt haftet, entsprechenden Teil (Quote) einer jeden einzelnen Nachlagverbindlichkeit eintreten, während für den andern Teil der Nachlagverbindlichkeit die Haftung noch auf den Nachlaß beschränkt werden kann. Teil der Nachlaßverbindlichkeit die Haftung noch auf den Nachlaß belchränkt werden kann. So Pland, 3. Aufl., Erl 2a, anders auscheinend die 4. Aufl.; Kreischmar § 79 IV1; Kipp § 75 VII A 25; anscheinend auch die zweite Auslage dieses Kommentars. Betrüge also der Erbeil, in Auschung bessen die Erbe unbeschränkt hastet, ½, der ihm nachträglich angesaltene ¼ und der Erbeil eines Witerben ¼, io würde der Erbe die Zwangsvollstredung in sein eigenes Vermögen nur wegen ½ einer jeden Nachlaßverbindlichkeit zu dusden haben, während, wenn der ursprüngliche Erbteil ½ und der ihm später angesaltene ½ betrüge, er für die ganzen Nachlaßverdindlichkeiten mit seinem Vermögen eintreten müßte. Dieses Ergednis erscheint wenig einseuchtend und wird auch wohl der Vorschrift des § 2007 nicht voll gerecht, wonach es, wenn ein Erbe zu mehreren Erbteilen berusen ist, hussichtsich der Hachlaßverdindlichkeiten so angesehen werden soll, als wenn die mehreren Erbteile verschiedenen Erben gehörten. Diese Kechtssittion nuß zur entsprechenden Anwendung des § 2059 Abs 1 Sat 2 führen, auch wenn in Wirkstreiten ausschaft wenn in Wirkstrein aus wenn in Wirkstreiten der Kontakten von der Kontakten von des Suchen gehörten. Diese Kechtssittion nuß zur entsprechenden Anwendung des § 2059 Abs 1 Sat 2 führen, auch wenn in Wirkstreiten der Kontakten der Kontakten der Verlagen von der Ve zur entsprechenden Anwendung des § 2059 Abs 1 Sat 2 führen, auch wenn in Wirk-lichteit nur noch ein Erbe vorhanden ist; die Boraussehung, daß mehrere Miterben beteiligt sind, wird eben durch die Vorstellung erseht, daß die einzelnen Erbteile verschiedenen Bersonen gehören. Da eine Teilung des Nachlasses (§ 2059 Abs 1 Sah 1) in solchem Falle nicht stattsindet, wird man folgern missen, daß der durch den Anfall nichterer Erbteile Alleinerbe gewordene Erbe, solange er hinssichtlich eines Erbteils seine Jastung noch auf den Nachlass deschränken kann, die Bestriedigung eines Nachlassläubigers auß seinem eigenen Vermögen für denzeinigen Teil der Nachlasverbindlichkeit verweigern darf, der den Erbteil, in Ansehung bessen er bereits unbeschränkbar haftet, übersteigt, in obigem Beispiele also für 1/2 der Forderung. — Sind die mehreren Erbteile verschieden belastet, ist insbesondere der Erbteil, in Ansehung dessen der Erbe unbeschränkt haftet, von einem Vermächtnisse oder einer Aussage oder einer sonstigen nicht allen Erbteilen gemeinschaftlichen Nachlaßverbindlichkeit (§ 2058 A 1) frei, so kann der Erbe die gegen sein eigenes Vermögen gerichtete Zwangsvollstreckung des betreffenden Gläubigers dadurch abwehren, daß er von einem ber Mittel zur Beschränkung seiner Saftung in Ansehung bes beschwerten Erbteils Gebrauch macht.

3. In den unechten Fällen der Berufung zu mehreren Erbteilen (A 1) kann die Beschräufung der Hattung in Ansehung der eingetretenen Erhöhung oder Anwachfung, wenn der Erbe in Ansehung seines ursprünglichen Erbteils bereits unbeschräft haftet, nur noch gegenüber Bermächtnisnehmern und Auflageberechtigten herbeigeführt werden, und zwar nur unter der Boraussehung, daß der ursprüngliche Erbteil einerseits und die Erhöhung oder Anwachsung anderseits verschieden beschwert sind, also nur gegenüber solchen Bermächtnisnehmern und Auflageberechtigten, deren Rechte allein auf der Erhöhung oder Anwachsung lasten, während der ursprüngliche Erbteil davon frei ist. Andern Rachlaßgläubigern gegenüber gilt die Erhöhung oder Anwachsung nicht als besonderer Erbteil und kann deshald § 2007, der die Berufung zu mehreren Erbteilen auch in Sah 2 vorausseht, nicht zur Anwendung kommen, ohne daß nan (wie Planck, B. Aufl., Erl 3, anders die 4. Aufl.) ein Redationsversehen annehmen müßte. Die unbeschräntte Haftung des Erben, die hinsichtlich des ursprünglichen Erbteils eingetreten ist, erstreckt sich deshald auf die nachträglich hinzugekommene Erhöhung oder Anwachsung auch dann, wenn lediglich diese mit der Nachlaßverbindlichkeit besaftet war (§ 2058 U 1).

\$ 2008

Ist eine Chefrau die Erbin¹) und gehört die Erbschaft zum eingebrachten Gute oder zum Gesamtgute²), so ist die Bestimmung der Inventarfrist nur wirksam, wenn sie auch dem Manne gegenüber ersolgt³). Solange nicht die Frist dem Manne gegenüber berstrichen ist, endigt sie auch nicht der Frau gegenüber⁴). Die Errichtung des Inventars durch den Mann kommt der Frau zustatten⁵).

Behört die Erbichaft zum Gesamtgute, so gelten diese Borichriften auch

nach der Beendigung der Gütergemeinschaft6).

E I 2148 Mr 2, 4, 2149 II 1882; M 5 679—681; B 5 747, 806, 807.

1. Ist eine **Ehefrau Erbin**, so kommt ihre Eigenschaft als Ehefrau für die Inventarerrichtung über eine ihr angefallene Erbschaft nicht in Betracht, wenn Gütertrennung (§§ 1426—1431, 1436) besteht ober wenn die Erbschaft zum Vorbehaltsgute der Frau gehört. Bordehaltsgut ist die Erbschaft, wenn sie im Ehevertrag als Vorbehaltsgut erklätt ist, was auch hinsichtlich einer erst in Zukunft ansallenden Erbschaft geschehen kann (§ 1368 U 1), oder wenn sie nach Eingehung der Ehe angesallen ist und der Erdsassen sestivillige Versügung bestimmt hat, das sie Vorbehaltsgut sein soll; dagegen kann durch eine solche Bestimmung des Erdsassensische Vorderseine solche Bestimmung des Erdsassen sie eine bereits vor der Ehe angesallene Erdschaft die Eigenschaft als Vorbehaltsgut nicht begründet werden (§§ 1369 U 2, 1440, 1526 Ub) 1,

1549; 98 65, 367).

2. Gehört die Erbschaft zum eingebrachten Gute, so können die Rachlaßgläubiger, wenn die Hattung der Frau nicht auf den Nachlaß beschränkt wird, auch aus dem nicht zum Nachlaße gehörigen Teile des eingebrachten Gutes ohne Rücklicht auf die Rechter des Mannes an diesem Befriedigung verlangen (§§ 1411, 1412, 1406 Kr I V 1, 2, 1525 Ubs 2, 1550 Ubs 2); gehört sie zum Gesantgute, so haftet im gleichen Falle der Mann unbeschränkt auch mit seinem eigenen Bermögen für die Nachlaßverbindlichkeiten als Gesantgutsverdindlickeiten (§§ 1459, 1460 V 4, 1458 V 1). Deshalb muß dem Manne die Möglichkeit gewährt werden, seinerseits selbständig sowohl die Beschränkung der Hatung der Frau auf den Nachlaß durch Anwendung der dafür vom Gesetz gegedenen Mittel herbeizussühren (vol. darüber § 1406 V 2), wie auch die Möglichkeit der Beschränkung durch Errichtung des Inventars innerhalb der Inventarfrist zu erhalten. Diesem letzteren Zweck dient die Vorschrift des § 2008, durch die auszeschlossen der Inventarfrist (§ 1994), ungetreues Inventar (§ 2005) oder auch Nichteistung des Offenbarungseides (§ 2006; vgl. V 5) der Beschränkbarteit ihrer Hatung auf den Rachlaß verlustig geht. — Die Frau ihrerseits kann, wenn sie Ehefrau ist, unter allen Giterrechtslistenen das Inventar wirksam ohne Austimmung des Mannes errichten (§§ 1406 Nr 1,

1458 Abs 2, 1519 Abs 2, 1549).

3. Die Birtjamteit der Bestimmung ist auch der Frau gegenüber davon abhängig, daß die Bestimmung auch gegenüber dem Manne erfolgt. Der die Frist bestimmende Beschuß muß zum Ausdruck dringen, daß er auch dem Manne gegenüber ergeht. Daß die Frist gegenüber der Frau und dem Manne verschieden lang demessen wird, ist nicht ausgeschlossen und kann in Ausnahmesällen sich als zwedmäßig erweisen. Hat der Bläubiger nur Fristdestimmung gegenüber der Frau beantragt, so hat sie von Amts wegen auch gegenüber dem Manne zu ersolgen, wenn dem Nachlaßgerichte besannt ist oder durch die von ihm anzustellenden Ermittlungen (FGG § 12) besannt wird, daß die Erbschaft zum eingebrachten Gute oder zum Gesamtgute gehört. Der Beschluß ist sowohl dem Manne wie auch der Frau zuzustellen (§ 1995 A 2); die Frist beginnt für jeden von ihnen mit der Zustellung an ihn, wegen der Beendigung s. Abs 1 Satz und A.—— § 2008 sindet schon seinem Wortlaute nach auch dann Antwendung, wenn erst nach Anfalt der Erbschaft die Frau Ehefrau oder die Erbschaft durch Ehevertrag Bestandteil des eingebrachten oder Gesamtgute vöchren des Laufes der gegenüber Gestandteil des eingebrachten oder Gesamtgute vöchrend des Laufes der gegenüber ber Frau bestimmten Frist ein (durch Eheschließung oder Ehevertrag), so bedarf es einer nachträglichen Frisbestimmung gegenstder dem Manne, durch die auch der Absach der Frist gegenüber der Frau gemäß Abs 1 Satz 2 (s. A.4) hinausgeschoben wird. Endigt die Bugehörigkeit zum eingebrachten oder Gesamtgute während des Laufes der beiden Eheleuten gegenüber bestimmten Frist durch Auflösung der Ehe oder Ehevertrag, durch den die Erbschaft als Bordehlägut erklärt oder Eutertrennung eingeführt wird, so bleibt die Fristbestimmung der Brau gegenscher wirksam. Sinsichtlich des Mannes wird sie, wenn die Erbschaft eingebrachten die Nachlassverbindlichseiten nicht haftet. War die Erbschaft Gesamtgut, so sindet

Abs 8 Anwendung (vgl. A 6). — War, obwohl die Erbschaft bereits zum eingebrachten oder Gesamtgute gehörte, die Frist nur der Frau gegenüber bestimmt worden, wird die Fristbestimmung nicht dadurch wirksam, daß später diese Zugehörigkeit aushört.

4. War die Frist für den Mann schon ursprünglich länger bemessen als für die Frau (A 8)

4. War die Frist für den Mann schon urtprünglich länger bemessen als für die Frau (A 8) oder ist sie für ihn später verlängert (§ 1995 Abs 8) oder ist die Zustellung an ihn später erfolgt (A 8) oder ist ihm wegen Verhinderung eine neue Frist bestimmt worden (§ 1996) oder war die Frist ihm gegenüber gehemmt (§ 1997), so kommen diese Umstände auch der Frau zugute: die Frist endigt für die Frau nicht früher als sür den Mann. Durch Schluß auf das Gegenteit wird man solgern müssen, daß nicht umgekehrt diese Umstände, wenn sie in der Person der Frau eintreten, auch dem Manne zugute kommen; doch werden die praktischen Konsequenzen dieser Folgerung im wesentlichen beseitigt durch Sas 8 (A 5), da auch ein nach Ablauf der Frist für den Mann von diesem innerhalb der für die Frau noch lausenden Fristerichtetes Inventar die Möglichkeit der Beschräntung der Haftung der Frau wahrt und davon auch der Mann noch weiter Gebrauch machen kann. Haftet die Frau umbeschränkt, so muß der Mann der Vann weiter Gebrauch auch in das nicht zum Nachlasse eingebrachte Sut hzw. in das übrige Gesamtgut und in sein eigenes Vermögen (§ 1459 Abs 2) wegen Rachlasverbindlichkeiten dulden, sobald ein Urteil gemäß §§ 789, 740 BBD gegen ihn er-

gangen ift.

5. Ebenso unter Miterben § 2063, beim Inventar bes Vorerben § 2144 und beim Erb. schaftstaufe § 2383. Daß sich die Frau auf das vom Manne errichtete Inventar berufe (§ 2004), ist nicht erforderlich. Auch das freiwillige (§ 1993) Inventar des Mannes tommt ber Frau zustatten und verhindert, daß ihr aus § 1994 Frist bestimmt werden fann. Auch ein Inventur, das nach Ablauf der Frist für den Mann von diesem innerhalb der für die Frau laufenden Frist errichtet wird, kommt der Frau noch zustatten. — Die Eheleute fonnen bas Inventar gemeinschaftlich ober jeber besonders errichten; babei fann sich jeber von ihnen best ungetreuen Inventars im Ginne von § 2005 fculbig machen. Saben sich beide Cheleute in dieser Beise verfehlt ober hat die Frau ungetreues Inventar errichtet, der Mann aber die Frist ohne eigene Tätigkeit verstreichen laffen, so haftet die Frau unbeschränkt. Saben beibe gemeinschaftlich ober jeder gesondert Inventar errichtet und hat babei nur bie Frau fich berfehlt, fo wird man annehmen muffen, bag bas getreue Inventar des Mannes ben Eintritt bes Rechtsnachteils hindert, ba ber Bortlaut der Borfchrift auch hier gutrifft und andernfalls ber vom Gefete gewollte Schut bes Mannes (21 2) versagen wurde (ftr.; wie hier Pland Erl 4bb). Ebenso wenn ber Mann bor Ablauf ber Frist gutgläubig auf das von der Frau ungetreu errichtete Inventar Bezug nimmt oder es berichtigt oder die von der Frau verweigerte Auskunft erteilt. — hat ber Mann allein sich verfehlt, so wird badurch die Frau der Beschränkbarkeit ihrer haftung nicht verlustig; auch nicht, wenn sie das ungetreue Inventar des Mannes gutgläubig zu bem ihrigen gemacht hat. Gie tann auch, solange die Inventarfrift fur fie noch läuft, immer noch bas Inventar bes Mannes berichtigen, die verlangte Auskunft erteilen ober ein eigenes Inventar errichten. — Uber die Leiftung des Offenbarungseides in dem von § 2008 vorausgesetten Falle fehlt es an einer ausbrudlichen Bestimmung. Bon manchen wird angenommen, daß nur "der Erbe", also die Frau, durch Leiftung des Offenbarungseides die unbeschränkte haftung abwenden tann (fo die zweite Auflage dieses Kommentars). Diese Meinung burfte indessen dem Rechtsgedanten des § 2008 nicht gerecht werden; ber bem Manne zu gemährende Schut (A 2) wurde verfagen, wenn die Frau burch Berweigerung ber Gidesleiftung über ein von ihr ober bem Manne errichtetes Inventar felbftandig bie unbeschränkte Saftung herbeiführen konnte. Es wird beshalb angenommen werden muffen, bag, ebenso wie bie Bestimmung der Inventarfrist, auch die Ladung zur Leistung des Offenbarungseides nur gegenüber beiden Chegatten erfolgen kann, sei es, daß der eine oder der andere das Inventar errichtet hat, und daß ber Eid des Mannes auch der Frau zustatten tommt. Wegen ber Eibesformel vgl. § 2006 A 3. Dag in § 2006 nur von bem "Erben" die Rebe ist, burfte nicht entgegenstehen (vgl. auch § 2383). Dazu, jeden Chegatten nur zur Beeibigung bes von ihm errichteten Inventars zuzulassen swischen Erl 4c will), durfte im Hindied darauf, daß jeder sich das Inventar des andern aneignen kann (§ 2004), kein Grund bestehen.

6. Beendigung der Gittergemeinschaft durch Ausbedung §§ 1468sf., Auflösung der Ehe

6. Beendigung der Gütergemeinschaft durch Aufbedung §§ 1468ff., Auflösung der Ehe § 1482, Beendigung der fortgesetten Gütergemeinschaft §§ 1492ff., 1542ff., 1549, 1557. Gehörte die Erbschaft zum Gesamtgute, so sinden die Borschriften des Abs 1 auch nach der Anzhebung der Gemeinschaft Anwendung in gleicher Beise, als wenn diese noch bestände, sei es, daß die Gemeinschaft vor oder nach Bestimmung der Inventarfrist ausgehoben wird, und war auch noch über die Auseinandersehung hinaus, da der Mann auch weiter noch für die Rachlaßverdindscheiten als Gesamtschung hinaus, da der Mann auch weiter noch für die Rachlaßverdindscheiten als Gesamtschuldner persönlich haftet, wenn nicht die Hartung der Frau auf den Rachlaß beschränkt wird (§§ 1459 Abs 2 Sat 1 und A 10; 1463 A 1). Ist die Ehe durch den Tod des Mannes aufgelöst, so ist die Inventarfrist an seiner Stelle auch seinen Erben gegenüber zu bestimmen, dzw. läuft diesen gegenüber weiter, wenn

sie schon dem Manne gegenüber bestimmt war; doch findet zu ihren Gunsten § 1998 Anwendung. Bei der fortgesetzten Gütergemeinschaft kann den Abkömmlingen des Mannes eine Inventarfrist nicht bestimmt werden, da sie nicht an Stelle des Mannes stehen (§ 1487 Abs 1 Halbsatz) und nicht persönlich für die Rachlasverbindlichkeiten haften § 1489 Abs 3).

§ 2009

Fit das Inventar rechtzeitig errichtet worden¹), so wird im Verhältnisse zwischen dem Erben und den Nachlaßgläubigern vermutet²), daß zur Zeit des Erbfalls weitere Nachlaßgegenstände als die angegebenen nicht vorhanden gewesen seien³).

Œ II 1883; \$3 5 741, 757.

- 1. Das Inventar muß, um als solches gelten zu können, sich als eine Aufzeichnung bes Nachlaßbestandes darstellen und in den Formen der §§ 2002, 2003 errichtet sein. Im übrigen sind die in § 2001 ersorderten Angaben nicht unbedingt wesentliches Ersordernis (Sollvorschriften; das Ersordernis der Borschriftsmäßigkeit ist von der zweiten Kommission, Prot 5, 757, gestrichen worden). Insbesondere wird durch etwaige Unvollständigkeit der Angaben die Eigenschaft des Inventars als solchen nicht aufgehoben und dadurch nicht ohne weiteres der Berlust der Hartungsbeschränkung begründet (§ 2005 Abl 2). Ob hiernach noch ein Anventar vorliegt, ist "nach den Zwecken, die mit der Inventarerrichtung versolgt werden, an der Hand des einzelnen Falles" zu beurteilen (Prot a. a. D.). Ist das zu bejahen, so greift die Vermutung Psas. Das Inventar ist rechtzeitig errichtet, wenn es vor Bestimmung der Inventarfrist, wietvohl lauge Zeit nach dem Erbfalle, freiwillig (§ 1998) ober wenn es vor Ablauf der in den §§ 1994—1998 geordneten Fristen eingereicht ist.
- 2. Die Vermutung ist eine gesetliche Vermutung, die durch einfachen Gegenbeweis entfräftet werden kann (BPO § 292). Der Gegenbeweis ist auf das Vorhaubensein bestimmter, nicht aufgeführter Nachlaßgegenstände zu richten und entkräftet im übrigen die Vermutung der Vollständigkeit nicht. Die Vermutung gilt nur im Verhältnis zu den Nachlaßgläubigern (§ 1967), also nicht im Verhältnis zu Miterben (soweit sie nicht zugleich als Nachlaßgläubiger auftreten), zwischen Erben und Erbschaftsbesitzer (§ 2027). Vor und Nacherben (§ 2127), Erdschaftstäufer und Vertäufer (§ 2374). Auch nicht im Verhältnis zu den persönlichen Gläubigern des Erben, soweit sie aus dem Nachlaß Vefriedigung suchen (§ 1978 Abs Z) und für Vegrenzung seiner Herausgabeverpstichtung aus §§ 1973, 1974, 1990, 1992. Durch Verweigerung des Offenbarungseides einem Gläubiger gegenüber (§ 2006 Abs) wird die Vermutung gegenüber andern Gläubigern nicht entkräftet, wie umgekehrt auch die Eidesleistung den Vegenbeweis nicht ausschließt.
- 3. Die Vermutung erstreckt sich nur darauf, daß weitere Nachlaßgegenstände als die angegebenen zur Zeit des Erbfalls nicht vorhanden gewesen sind. Sie bezieht sich nicht auf die Nachlaßverbindlichkeiten und die Wertangaben (§ 2001), auch nicht darauf, daß die angegebenen Aktiven wirklich zum Nachlaß gehören. Soweit sie nicht Platz greift, unterliegt es der freien Beweiswürdigung des Richters, welcher Beweiswert den Angaben des Inventars beizumessen ist.

§ 2010

Das Nachlaggericht hat die Einsicht des Inventars jedem zu gestatten, der ein rechtliches Interesse glaubhast macht.).

G I 2107 II 1884; M 5 621; B 5 756.

1. Das rechtliche Interesse im Gegensatzu bem bloß "berechtigten" (FGG § 84 Sat 1) ist bei Nachlaßgläubigern, Nachlaßverwaltern und Testamentsvollstredern stets gegeben (DG 9, 385). Das Juteresse ist glaubhaft zu nichen (FGG § 15 Abj 2). War das Juventar versiegelt eingereicht, so ist es nunmehr zu erössnen (§ 1998 A 1). Demjenigen, der nur ein berechtigtes Juteresse hat, "kann" das Rachlaßgericht nach pstichtnäßigem Ermessen die Einsicht gestatten, auch Abschriften erteilen (FGG § 34 Sat 2); doch wird zu diesem Zwecke die Erössnung eines verschlossen eingereichten Inventars nicht statthaft sein. Sin unbedingtes Necht auf Abschriften besteht auch dei rechtlichem Interesse nicht Beschwerde nach FGG §§ 19, 20 kann sich auch gegen unrichtige Ausübung des pstichtmäßigen Ermessens richten, svern ein Recht dadurch beeinträchtigt wird. — Ahnlich §§ 1342, 1953, 1957, 2081, 2146, 2228, 2384.

§ 2011

Dem Fistus als gesetzlichem Erben kann eine Inventarfrist nicht bestimmt werden¹). Der Fistus ist den Nachlaßgläubigern gegenüber verpflichtet, über den Bestand des Nachlasses Auskunft zu erteilen²)³).

& I 1974 216 8, 4 II 1885; M 5 880, 881; B 5 488-490.

1. Gesetliches Erbrecht bes Fistus ohne Ausschlagungsrecht §§ 1936, 1942 Abs 2, Feststellung §§ 1964—1966. Er kann die beschränkte Haftung auf dem Wege des § 1994 nicht einbüßen, nuß sich aber, wenn er sie geltend nachen will, hierzu derselben Rechtsbehelse wie andere Erben bedienen (Vorbem 2 vor § 1967). Doch bedarf er nicht des Vorbehlts im Urteile (BPD § 780 Abs 2). Dagegen könnte durch (allerdings kaum anzunehmende) freiwillige Einreichung eines ungetreuen Inventars (§ 2005), aber auch durch Verweigerung der Eidesleiftung über ein freiwillig eingereichtes Juventar (§ 2006, vgl. A 1 dazu) die undeschränkte Haftung des Fistus als gesehlichen Erben eintreten (a. M. hinsichlich des § 2006 Pland Erl 1). Von der Notwendigkeit, gegen die Zwangsvollstrechung Einwendungen zu erheben (ZPO § 781), kann er durch Landesgeset befreit werden (EGZPO § 15 Rr 3).

2. Die Austunft kann erst nach geschehener Feststellung (§ 1966) verlangt werden; der Anspruch ist nötigenfalls im ordentlichen Rechtswege geltend zu machen. Sie begreift nach § 260 die Vorlegung eines Verzeichnisses in sich, und es ist wenigstens denkbar, daß ein Vertreter des Fiskus nach § 216 zum Offenbarungseide angehalten werde. Abweichend von § 2001 betrifft die Auskunft den gegenwärtigen Nachlaßbestand. Die Verantwortlichteit aus der nich die daraus sich ergebende Rechenfichteitigt sich trifft auch den Fiskus neben der hier geregelten Auskunftspflicht, falls die Voraussehungen dafür vorliegen; da er nicht ausschlagen kann, wird von der rechtsträftigen Feststellung ab die Rechnung zu segen sein.

ber hier geregelten Auskunftspflicht, falls die Boraussehungen dafür vorliegen; da er nicht ausschlagen kann, wird von der rechtskräftigen Feststellung ab die Rechnung zu legen sein.

3. Die nach EG § 138 als gesehliche Erben an die Stelle des Fiskus treienden Stiftungen und Anstalten sind von der Inventarpslicht gleichfalls besteit. Auch wenn der Fiskus auf Grund lande sgeschichter Bestimmung gemäß Art 139 EG Erbe ist, wird S 2011 Anwendung sinden, sosen nicht, was zulässig sein dürste, das Landesgeset etwas anderes vorschreibt. — Ist der Fiskus Erbe auf Grund einer Verfügung von Todes wegen, so kann ihm wie andern Erben eine Inventarfrist gesett werden und er durch deren Versäumung der Hann wer vorschreibt.

§ 2012

Einem nach den §§ 1960, 1961 bestellten Rachlaßpfleger kann eine Inventarfrist nicht bestimmt werden¹). Der Rachlaßpfleger ist den Rachlaßgläubigern gegenüber verpflichtet, über den Bestand des Rachlasses Austunft zu erteilen²). Der Rachlaßpfleger kann nicht auf die Beschränkung der Haftung des Erben verzichten³).

Diese Borichriften gelten auch für den Rachlagberwalter4).

& I 2063, 2065 Abj 2 II 1866; M 5 550-552; B 5 667-669.

1. Gleiche Vorschrift wie für den Jiskus, vol. § 2011 und A 1 bozu. Es ist nicht ausgeschlossen, auch während des Bestehens der Nachlospesichaft dem Erben die Inventorfrist zu bestimmen. Doch beginnt sie erst mit der Annahme der Erbschaft zu laufen (§ 1995

Abf 2). Die Unnahme führt aber zur Anshebung der Pflegschaft (§ 1960 A 4).

2. Auch hier wie für den Fiskus, vgl. § 2011 und A 2 dazu. Die Auskunftspflicht begreift nach Befinden (§ 260) auch die Pflicht zur Leiftung des Offenbarungseides in sich, der im Rechtswege erzwingdar ist (§§ 889, 888 BPD), dessen Verweigerung aber, falls er sich nicht auf ein dem Nachlaßgerichte eingereichtes Inventar bezieht, nicht die undeschränkte Haftung des Erben (§ 2006) herbeiführen kann. Der Pfleger macht sich durch Berletung der ihm für seine Person auferlegten Auskunftspflicht den Nachlaßgläubigern auch persönlich hastbar (Prot 5, 669 im Gegensabe zu Mot 5, 552; angesichts der Fassung des § 2012 Sat 2 wird angenommen werden müssen, daß es sich hier um eine persönliche Verpflichtung des Rachlaßpflegers den Nachlaßgläubigern gegenüber handelt, woraus aber ein Entscheidungsgrund sür die Stellung des Nachlaßpflegers gegenüber den Nachlaßgläubigern im übrigen nicht, eher ein Gegengrund entwommen nerden kom; vgl. § 1960 Erl 4; a. M. Staudinger Erl 2). Gegenüber dem Nachlaßgericht ist er durch §§ 1802, 1915 zur Ausstellung eines Berzeichnisses verpflichtet.

3. Die Möglichkeit des Bergichts auf Die Beschrantung der haftung ift bier nur negativ erwähnt, im übrigen ift vom Geseh als selbstverständlich angenommen, daß der Erbe der

beschränkten haftung auch durch Berzicht verluftig geht. Bgl. Borbem 4 vor § 1967 am Schlusse. Da der Nachlaßpfleger, auch der Nachlaßverwalter, nicht auf die Beschränkung der Hachlaßpfleger, auch der Nachlaßverwalter, nicht auf die Beschränkung der Hachlaßbererwalter ergehenden Urteile nicht erforderlich (BPD § 780 Abs 2).

4. Während der Dauer der Nachlaßverwaltung und des Nachlaßkonkurses kann auch dem Erben keine Jnventarfrist geseht werden; eine ihm vorher gesehte Frist wird mit Ansordnung der Nachlaßverwaltung unwirksam (§ 2000).

§ 2013

Haftet der Erbe für die Rachlagverbindlichteiten unbeschränkt1), fo finden die Borichriften der §§ 1973 bis 1975, 1977 bis 1980, 1989 bis 1992 teine Unwendung; der Erbe ift nicht berechtigt, die Anordnung einer Rachlagberwaltung zu beantragen2). Auf eine nach § 1973 ober nach § 1974 eingetretene Beschräntung der Saftung tann sich der Erbe jedoch berufen, wenn ibater der Fall des § 1994 Abi 1 Gat 2 oder des § 2005 Abi 1 eintritt2).

Die Borichriften der SS 1977 bis 1980 und das Recht bes Erben, Die Unordnung einer Nachlagberwaltung zu beantragen, werden nicht dadurch ausgeschloffen, daß der Erbe einzelnen Rachlagglänbigern gegenüber un-

beidrantt haftet3)4).

E I 2110 Abi 2, 2125 Sah 3 II 1868 Abi 2, 1887; M 5 625, 648; B 5 765, 778; 6, 395 ff; AB 384

1. Der Erbe haftet für die Rachlagverbindlichkeiten unbeschräntt, wenn er feine Saftung nicht mehr auf den Rachlaß beschränten tann (vgl. Borbem 1 gu § 1967). Das ist der Fall, wenn er der Beschräntbarteit seiner Saftung, sei es allen Rachlagglaubigern gegenüber durch Bersaumung der Inventarfrist (§ 1994), ungetreues Inventar (§ 2005) ober gegenüber einzelnen Gläubigern durch Berweigerung beg Offenbarungseibes (§ 2006), Richtgeltendmachen des Borbehalts im Prozesse (BBD § 780) ober Bergicht (Borbem 4 bie noch anwendbar sind (Abs 1 Sah 2 und, soweit die unbeschränkte haftung gegenüber einzelnen Nachlagaläubigern in Frage steht, Abs 2).

2. Die Nichtanwendbarteit der aufgezählten Borichriften, falls der Erbe allgemein unbeschränkt haftet (Ubs 1), hat folgende Bedeutung: a) Daß der unbeschränkt haftende Erbe das Aufgebot der Nachlaßgläubiger (§§ 1970 ff.) nicht mehr beantragen kann, ift in BBO § 991 Abf 1 bestimmt. Begen bes Antragerechte bes Nachlagpflegers und des Test am en tovollstre dere, wenn der Erbe unbeschräntt haftet, vgl. § 1970 A 2. Aus der in § 2018 angeordneten Nichtanwendbarkeit des § 1978 ergibt sich, daß der Erbe auch nicht das Recht hat, die Befriedigung eines Gläubigers zu verweigern, der in einem vor Eintritt der unbeschränkten haftung durch ben Erben oder (falls man bies für zuläffig halten wurde) nachher durch einen Nachlafpfleger oder Testameutsvollstreder eingeleiteten Ber fahren ausgeschlossen ist, sofern das Ausschlußurteil erst nach Eintritt der unbeschränkten Haftung ergangen ist. Gleiches gilt, wenn der Erbe vor Absauf der fünfjährigen Berschweigungsfrist (§ 1974) unbeschränkt haftbar geworden ist. Dagegen kann der Erbe, wenn feine unbeschräntte hoftung erft nach Erlag bes Ausschlufturteils oder Ablauf ber Berichweigungsfrist durch Berfäumung ber Inventarfrist (§ 1994 Abi 1 Cat 2) oder ungetreues Inventar (§ 2005 Abi 1) eingetreten ift, sich einem ausgeschlossenen oder einem solchen gleichstehenden Gläubiger gegenüber auf die burch das Ausschlufurteil oder den Fristablauf bereits eingetretene haftungsbeschräntung auch nachher noch berufen (Abf 1 Gat 2; vgl. RG in Seuffarchiv 78, 65). Ist die unbeschräufte Haftung durch Verweigerung bes Offenbarungseides (§ 2006) eingetreten, fo tann fich ber Erbe auch einem bereits vorher ausgeschlossenen Gläubiger gegenüber nicht auf die nach §§ 1978 ober 1974 eingetretene Beschräntung seiner Haftung berufen (§ 2006 ist in § 2018 Abs 1 Sat 2 absichtlich vgl Brot 6 S. 895, 896 - nicht angeführt). Gin Miterbe tann, auch wenn er unbeschränkt haftet, behufs Serbeiführung der Teilhaftung (§ 2060) den Antrag auf Aufgebot stellen (§ 997 Abs 2 BB); vgl. § 1970 A 2). Auch zu dem Antrage auf Bwangsversteigerung des Grundstücks im Falle des § 175 BB (vgl. § 1971 A 2) ist der undeschränkt haftende Erbe nicht verchtigt (§ 175 a. a. D. Abs 2). — b) Der undeschränkt haftende Erbe nicht verchtigt (§ 175 a. a. D. Abs 2). — b) Der undeschränkt haftende Erbe nicht verchtigt (§ 175 a. a. D. Abs 2). — b) Der undeschränkt haftende Erbe nicht verchtigt (§ 175 a. a. D. Abs 2). tende Erbe fann nicht mehr auf Grund bes § 1981 Abf 1 Rachlagverwaltung beantragen (§ 2018 Abf 1 Sat 1 halbsat 2), wohl aber Rachlaftonfurs (RD §§ 216 Abf 1, 217). Auch Nachlagverwaltung tann auf Antrag eines Nachlagaläubigers noch angeordnet werden (§ 1981 Abs 2 ift nicht für unanwendbar erklärt). Eine Beschränkung ber haftung bes Erben auf ben Nachlaß (§ 1975) wird aber burch feine diefer Magregeln mehr berbeigeführt, wenn er bereits unbeschränkt haftet. Jeder Nachlafgläubiger kann auch während der Dauer der Nachlaßverwaltung oder des Nachlaßkonkurses seine Ansprüche in das perfonliche Bermögen des Erben berfolgen; § 1984 Abf 1 Sat 3 betrifft nur das Borgehen gegen ben Rachlaß; § 14 Abf 1 RD findet auf den Nachlaffonture, wenn der Erbe unbeschränkt haftet, keine Anwendung; doch werden die Rachlaßgläubiger, salls auch über das Vermögen des Erben Konfurs eröffnet ist, in diesem Konfurse wie absonderungsberechtigte Gläubiger behandelt (RD §§ 234, 64). — Dem unbeschränkt haftenden Erben ist auch das Recht versagt, die Aushebung von Zwangsvollstreckungsmaßregeln zu verlangen, die vor Anordnung der Nachlaßverwaltung oder Eröffnung des Nachlaßtonkurses in sein persönliches Vermögen erwirkt worden sind (BBD § 784 Abs 1), mahrend der Rachlafverwalter, auch wenn der Erbe unbeschränkt haftet, Zwangsvollstredungsmaßregeln seiner Brivatgläubiger in den Nachlaß zur Aufhebung bringen fann (ebenda Abs 2) und im Falle des Konkurses solche Maßregeln kein Absonderungsrecht begründen (KD § 221). — c) Da § 1976 nicht für unanwendbar erklärt ist, bleibt es bei der durch Nachlagverwaltung oder Nachlagkonkurs eingetretenen Rückgängigmachung des Erlöschens der durch Konfusion oder Konsolidation erloschenen Rechtsverhältniffe, und auch durch eine nach Gintritt der unbeschränkten haftung noch erfolgende Herbeiführung einer biefer Magregeln wird bas Erloschen ruch. gängig gemacht; auch der unbeschränkt haftende Erbe kann also in solchem Falle seine Forde. rungen an den Erblasser gegen den Nachlaß geltend machen (vgl. auch AD § 225 Abs 1). Dagegen ist die Anwendung des § 1977 ausgeschlossen; die vorher erfolgte Aufrechnung von Forderungen der Nachlaßglänbiger gegen Privatforderungen des Erben, aber auch von Forderungen der Privatglänbiger des Erben gegen Nachlaßforderungen bleibt also, auch wenn jest noch Nachlagverwaltung oder Nachlagtonkurs herbeigeführt wird, in Praft, bzw. tritt, soweit sie vorher herbeigeführt waren, wieber in Kraft (§ 1977 A 1, 4). d) Die in §§ 1978, 1980 bestimmte Verantwortlichteit des Erben im Falle von Nachlagverwaltung oder Nachlaßkonkurs für die bisherige Verwaltung des Nachlasses und für die Richtbeantragung des Konkurfes im Falle der Überschuldung findet nicht ftatt, wenn der Erbe allgemein unbeschräuft haftet; es entstehen also auch keine Ausprüche der Rachlahaläubiger gegen den Erben auf Schadenserfat; ebensowenig aber Unsprüche des Erben auf Ersatz seiner Aufwendungen (§ 1978 Abs 3) ober Anrechnung von ihm berichtigter Nachlasverbindlichkeiten (§ 1979); auch tritt der Erbe im Nachlaftonfurse nicht an die Stelle eines von ihm befriedigten Gläubigers (KD § 225 Abf 2). Diese Regelung erklärt sich daraus, daß den Nachlaßgläubigern ber Bugriff auf bas gesamte Bermögen bes Erben freisteht, so bag weber sie noch ber Erbe Interesse daran haben, daß der Rachlaß und das eigene Bermögen des Erben durch Erfat. ansprüche bes einen gegen das andere im Verhältnis zueinander vergrößert oder verringert werden. — e) Rach Beendigung des Nachlaßkonkurses durch Verteilung oder Zwangsvergleich (§ 1989 A 1), sowie im Falle bes dürftigen Rachlasses (§ 1990) und ber nur auf Bermachtniffen ober Auflagen beruhenden Uberschuldung (§ 1992) fann ber unbeschränkt haftende Erbe die Unzulänglichkeitseinrede mit den in §§ 1990, 1991 bezeichneten Folgen nicht geltend machen. — Außerdem stehen dem unbeschränkt haftenden Erben auch bie aufschiebenden Einreben aus §§ 2014, 2015 nicht zu (§ 2016 A 1).

3. Haftet der Erbe nur einzelnen Nachlaßgländigern unbeschränkt (A 1), so wird daburch die Beschränkbarkeit seiner Hattung gegenüber den übrigen Nachlaßgläubigern durch Nachlaßverwaltung oder Nachlaßkonkurs (§ 1975) nicht beeinträchtigt; das ist als selbstverskändlich in Abs 2 nicht besonders hervorgehoben, sondern nur ausgesprochen, daß er in diesem Falle nicht gehindert sein soll, Nachlaßverwaltung zu beantragen (vgl. A 2) und daß die Anwendbarkeit der §§ 1977—1980 nicht ausgeschlossen ist. Demgemäß greisen den übrigen Nachlaßgläubigern gegenüber die Aufrechnungseinschränkungen (§ 1977) Plat und ist der Erbe ihnen gegenüber nach Maßgade der §§ 1978—1980 verantwortlich und ersaberechtigt. Aber auch die sonstigen, nach Abs 1 nicht anwendbaren Borschriften über die Hanvendung; insbesondere sleibt der Erbe berechtigt, das Aufgebot der Nachlaßgläubigern Anwendung; insbesondere bleibt der Erbe berechtigt, das Aufgebot der Nachlaßgläubiger (§ 1970) zu beantragen und gegenüber einem ausgeschlossen oder einem sold, en gleichstehenden (§ 1974) Gläubiger (nur nicht demjenigen, dem er unbeschränkt haftet) nach § 1978 zu versahren; ebenso die Unzulänglichteitseinrede nach Maßgade der §§ 1990—1992

geltenb zu machen.

4. Beweislaft. Dem Erben, ber geltend macht, daß er nur beschränkt hafte, liegt es zunächst ob, darzutun, daß und durch welche Mittel er die Beschränkung der Sastung herbeigeführt hat (vgl. Vorbein 1 zu § 1967; §§ 1973 U 9, 1974 U 9, 1979 U 3, 1980 U 8, 1990 U 7, 1991 U 5). Deingegenüber hat der Gläubiger, wenn er den Erben trothem als unbeschränkt haftend in Unspruch nimmt, zu behaupten und zu beweisen, daß und wodurch dieser

ber Beschränkbarkeit seiner Haftung verlustig gegangen ist, also Bestimmung und Ablauf der Inventarsrisk (§ 1994; die Wahrung der Frist wird der Erbe zu beweisen haben), Untreuc bei der Jnventarerrichtung (§ 2005 A 7), Eibesverweigerung ihm gegenüber (§ 2006 A 6). — Diesen Beweis kann der Gläubiger, wenn der Erbe den Vorbehalt der Haftungsbeschränkung verlangt (BPD § 780), schon im Prozesse schrenken und daburch die vorbehaltlose Verurteilung verseichen. Ist im Prozesse der Vorbehalt gemacht, aber über die beschränkte oder undeschränkte Haftung selbst noch nicht entschieden oder vor der Vorbehalt zur Erhaltung der Haftungsbeschränkung nicht erforderlich (§ 780 Abs 2 BPD), so ist darüber im Zwangsvollstreckungsversahren auf die Einwendung des Erben hin zu entscheiden (§§ 785, 767 BPD).

V. Aufschiebende Einreden

Die aufschiebenden Einreden, in ihrer Wirkung durch BPO §§ 305 Abs 1, 782, 788 start beschränkt, sollen dem Erben und ebenso dem Nachlaspfleger, Verwalter und Testamenks-vollstreder ermöglichen, sich, ohne dem vorzeitigen Zugriffe der Nachlasgsläubiger ausgesetzt zu sein, über den Bestand des Nachlasses zu vergewissern, um danach nötigenfalls von dem Rechte der Haftungsbeschränkung wirksam Gebrauch machen zu können. Dem bereits undeschränkt haftenden Erben sind sie deshalb ganz versagt (§ 2016).

§ 2014

Der Erbe ist berechtigt¹), die Berichtigung einer Nachlaßverbindlichkeit bis zum Ablause der ersten drei Monate nach der Annahme der Erbschaft²), jedoch nicht über die Errichtung des Inventars hinaus³), zu verweigern⁴)⁵).

© I 2057 Uti 1, 2143 Uti 1, 2 II 1888; M 5 539, 540, 672, 673; B 5 660-664, 784-791, 805.

1. Die Einrede steht zu dem Erben, wenn er nicht unbeschränkt haftet (§ 2016 Abs 1). Ebenso dem verwaltenden Testamentsvollstrecker (§ 2213 A 2; BBD § 748), dem nach §§ 1960, 1961 bestellten Rachlaßpfleger (§ 2017) und, da die Einrede auch int Interesse der Nachlaßgläubiger gegeben ist, dem Nachlaßverwalter. Bgl. § 2017 (A 1, 2). Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Auspruch bereits gegen den Erblasser erhoben war ober ob von vornherein der Erbe verklagt ist. Der Erbe ist nicht nur berechtigt, sondern im Hinblid auf seine unter Umständen eintretende Berantwortlickeit aus § 1978 (A 2) den Nachlaßgläubigern gegenüber verpssichtet, von der Einrede Ebrauch zu machen, sosern bei in Aussicht stehender Unzulänglichseit des Nachlaßgläubiger liegt, die vorzeitige Befriedigung eines einzelnen Gläubigers abzuwehren (vgl. aber auch A 4). Der nach BBD § 739, 740 verklagte Ehemann der Erbin kann sich selbständig der Einreden bedienen. Wegen der sortgesetzen Gütergemeinschaft vgl. BBD § 805 Abs 2.

2. Berechnung der Dreimonatsfrijt §§ 187, 188 Abf 2. Verlängerung im Falle des Aufgebots § 2015. Bis zur Annahme der Erbschaft (§ 1943) ist der Erbe durch § 1958 gegen jede gerichtliche Geltendmachung eines Nachlasanspruchs ihm gegenüber geschützt; doch tann die Versolgung des Anspruchs gegenüber einem Nachlaspfleger (§ 1961) und die Zwangsvollstreckung in Nachlasgegenstände diesem gegenüber (§ 778 Abs) stattsinden.

3. Die Schutfrist endet spätestens mit Einreichung des Inventars als dem maßgebenden Zeitpunkt der Errichtung, gleichviel, ob es hierzu freiwillig oder infolge Bestimmung der

Inventarfrist gefommen ift (§§ 1993, 1994).

4. Das Berweigerungsrecht ift prozessual in der Weise gestaltet, daß der Erbe nicht die Abweisung der Klage, sondern nur den Vorbehalt der beschränkten Haftung beantragen kann und dementsprechend zu verurteilen ist (BPD § 305) und daß er auch der Zwangsvollstrechung an sich nicht entgegentreten, sondern nur ihre Beschränkung auf Sicherungsvollstrechung an sich nicht entgegentreten, sondern nur ihre Beschränkung auf Sicherungsvollstrechung auf Sicherungsvollstrechung Sachen Pfändung (ZPD § 930), der Ernest zuksstellen Sachen Pfändung (ZPD § 930), der Ernest ich und sie ind, also dei beweglichen körperlichen Sachen Pfändung (ZPD § 930), der Eines materiellen Leistungsverweigerungsvollsten der Bedeutung der Einrede als eines materiellen Leistungsverweigerungsrechts gesengnet wird sie Strochal bei Planck Borben 6 vor § 2014 gegen Strochal Erdeitung ill § 74 Nr III und die zweite Auflage dieses Kommentars). Der Erde kann zur Leistung nicht angehalten werden, da eine Versteigerung der gepfändeten Sachen, überweisung der Forderung, Iwangsversteigerung des Grundstüds unstatthaft sind und nur Sicherung der Forderung, Komangsversteigerung des Grundstüds unstatthaft sind und nur Sicherung der künstigen Leistung in Frage kommt. Ihr er aber zur Leistung zur Zeit noch nicht verpflichtet, so erscheint es bedenklich anzunehnen, daß er durch Gestendmachen der Einrede in Leistungsverzug geraten könne (so mit der herrschenden Meinung RG 79, 204; a. M. Kipp § 81 IV bei U 3; Planck noch in der 3. Ausst. seines Kommentars gegen

Strohal a. a. D., ebenso Pland-Flab in ber 4. Aufl.; KG in DLG 26, 294 (unter Aufgobe von 18, 318); 30, 203; KBN 1917, 3. Berzug sett nach § 284 Fälligkeit und nach § 285 schuldhaftes Unterbleiben der Leiftung wegen eines vom Schuldner zu vertretenden Umstandes vorauß, das nicht vorliegen dürfte, wenn er von einem ihm gesehlichzusstehen Rechte Gebrauch macht (vgl. § 284 A 2; RG FB 1911, 4864). Der Borteil, den das Geseb dem Erben und den Nachlaßgläubigern durch die Vorsisten gewöhren will, würde übrigens nicht verwirklicht werden, wenn (zwar nicht der Erbe persönlich, aber doch) der Nachlaß die Berzugsssolgen (Zinsen, Schaden sersaß uswar nicht der Erbe persönlich, aber doch) der Nachlaß die Berzügsssolgen (Zinsen, Schaden entstehen kann, ist eine Folge des Todes seines Schuldners und der Gestaltung des Bermögensübergangs auf den Erben, die er als kasuelles Ereignis zu tragen haben wird. Auch die Berhandlungen der zweiten Kommission (Prot 5, 744; Art 2130 der damaligen Borlage und S. 790) zeigen deutlich, daß das Berechtigtein zur Berweigerung der Berichtigung gerade den Nichteintritt des Berzugs zum Ausdruchtigen sollte. Nach ausdrücklicher Borschift in § 202 Abs (2011. A.), deren es nicht bedurft hätte, wenn die Einreden nicht ein Leisungsverweigerungsrecht im Sinne des Abs 1 degründen nürden, tritt eine Hemmung der Berjährung durch das Bestehen des Sinrederechts nicht ein. — Die ausschlicher Einrede ist der Natur der Sache nach aussassicht ein. — Die ausschlichen Einrede ist der Natur der Sache nach aussassicht ein. Des aufschlichen Besuchen Besus des Absischen Besuchen Besuc

Boliftreckung ans einem bereits gegen den Erblasser erlangten Schuldtitel gegen den Erben begonnen oder fortgeset wird (BBD § 779).

5. Beweislast. Der Glaubiger hat zur Begründung der sog. Passistimation des Erben zunächst die Annahme der Erbschaft zu beweisen, sonach, wenn diese durch Ablauf der Ausschlagungsfrist erfolgt sein soll, auch den Zeitpunkt, in dem der Erbe von dem Erbanfalle Kenntnis erhalten und somit die Ausschlagungsfrist zu laufen begonnen hat (§§ 1958 A 1, 1943 A 4). Aus diesem Nachweise wird sich dann ohne weiteres ergeben, ob die dreimonatige Frist noch läuft. Behauptet der Gläubiger, daß der Erbe bereits Indentar errichtet habe oder daß er undeschränkt haftbar geworden sei (§ 2016), so muß er auch dies beweisen. Behauptet der Erbe, daß er innerhalb der Ausschlagungsfrist ausgeschlagen

habe, so muß er den Nachweis daffir erbringen (§ 1948 A 4).

§ 2015

Hat der Erbe den Antrag auf Erlassung des Aufgebots der Nachlaß-gläubiger innerhalb eines Jahres nach der Annahme der Erbschaft gestellt und ist der Antrag zugelassen, so ist der Erbe verechtigt, die Berichtigung einer Nachlasverbindlichteit bis zur Beendigung des Aufgebotsversahrens zu verweigern¹).

Der Beendigung des Aufgebotsberfahrens steht es gleich, wenn der Erbe in dem Aufgebotstermine nicht erschienen ist und nicht binnen zwei Wochen die Bestimmung eines neuen Termins beantragt oder wenn er auch in dem

neuen Termine nicht erscheint2).

Wird das Ausschlußurteil erlassen oder der Antrag auf Erlassung des Urteils zurückgewiesen, so ist das Bersahren nicht vor dem Ablauf einer mit der Berkündung der Entscheidung beginnenden Frist von zwei Wochen und nicht vor der Erledigung einer rechtzeitig eingelegten Beschwerde als besendigt anzusehen³)⁴).

E I 2130 Abf 1, 2131, 2132 II 1889; M 5 653, 654; B 5 744, 784-787.

1. Die Dreimonatsfrist bes § 2014 verlängert sich, wenn das Aufaebotsversahren (§§ 1970ff.; BBD §§ 989ff.) innerhalb eines Jahres nach der Annahme der Erbschaft eine geleitet worden ist, die zu dessen Beendigung. Durch Stellung des Autrags wahrt der Miterbe die Frist auch für die andern Erben, soweit sie nicht unbeschränkt haften (BBD § 997), der Nachlaßpfleger, Nachlaßverwalter, Testamentsvollstrecker (§ 1970 A 2) auch für die andern Beteiligten. Um von der Einrede Gebrauch machen zu können, muß der Antrag nicht bloß gestellt, sondern auch, evtl. im Wege der Beschwerde nach BBD § 567, zugeslassen, d. h. der Erlaß des Ausgebots muß angeordnet sein (BBD § 947 Abs) 2).

2. Das Aufgebotsverfahren endet normalerweise mit Erlaß des (unanfechtbaren) Aus-

schlußurteils (ABD §§ 952, 957 Abs 1) oder mit Rechtskraft des den Antrag zurückweisenden Beschlusses (§ 952 Abs 4). Versäumt der Erbe oder sonstige Antragsteller den Ausgebotstermin, so kann er innerhalb einer Frist von sechs Monaten die Bestimmung eines neuen Termins beantragen (§ 954 BBD). Das Ende der Verweigerungsfrist soll aber nicht so lange hinausgeschoben werden; vielmehr ist im Sinne des § 2015 Abs 1 das Versähren schon dann als beendigt anzusehen, wenn er nicht innerhalb von zwei Wochen den Antrag aus Bestimmung eines neuen Termins gestellt hat oder in diesem nicht erschienen ist. Dem Erscheinen im Termine wird (in Ergänzung des Wortlauts mit Auchstauf den zur Zeit des Erlasses der Vorschrift bestehenden Rechtszustand, § 829 Abs 1 BBD a. F.) nunnnehr der Fall gleichzussellen sein, daß der Antrag auf Erlaß des Ausschlusserists vor dem Termine nach Vorschrift des § 952 Abs 2 BBD gestellt worden ist. In diesem Falle bedarf es auch keiner Wiederschlung des Antrags im Termine, falls der Erbe in diesem erschienen ist. Hat er aber vorher den Antrag nicht gestellt, so steht es dem Nichterscheinen gleich, twenn er erscheint, aber keinen Antrag siellt (BBD § 338).

- 3. Wird der Antrag auf Erlaß des Ausschlußurteils durch Beschluß zurückgewiesen oder das Ausschlußurteil nur mit Beschränkungen oder Vorbehalten erlassen, so steht dem Erben oder sonligen Antragsteller (A 1) die sosortige Beschwerde zu (BBD § 952 Abs 4). Daß in solchem Falle das Versahren nicht vor Ablauf der zweiwöchigen Beschwerdefrist (§ 577 BBD) und nicht vor Erledigung einer rechtzeitig eingelegten Beschwerde beendigt ist, hätte kaum einer Gervorhebung bedurft. Die Bebeutung der Vorsählerft aber darin, daß im Sinne des Abs 1 das Versahren auch dann nicht vor Ablauf einer zweiwöchigen Frist von der Vertündung ab als beendigt anzusehen ist, wenn das Ausschlußurteil ohne Vorbehalte oder Einschrünzungen ergangen und deshalb ein Rechtsmittel nicht stattsindet (§ 957 Abs 1 3BD). Durch Einlegung einer unzulässissen Beschwerde wird die Beendigung des Versahrens nicht hinausgeschoben. Das Versahren endet auch mit der Zurücknahme des Ausgedotsantrags, der Einstellung im Falle nachträglich sich ergebender Unzulässisset und der Eröffnung des Rachlaßtonkurses (§ 998 Abs 2 BBD).
- 4. Die **Birkung der Einrede** ist dieselbe wie im Falle des § 2014 A 4. Ist das Ausschlußnrteil erlassen, so steht dem Erden nunmehr auch die Beschränkungseinrede aus § 1973 zu. Durch Inventarerrichtung geht, abweichend von § 2014, die Einrede nicht verloren.

§ 2016

Die Borichriften der SS 2014, 2015 finden teine Anwendung, wenn der

Erbe unbeschränkt haftet1).

Das gleiche gilt, soweit ein Gläubiger nach § 1971 von dem Aufgebote der Rachlaßgläubiger nicht betroffen wird2), mit der Maßgabe, daß ein erst nach dem Eintritte des Erbfalls im Wege der Zwangsvollstreckung oder der Arrest-vollziehung erlangtes Recht sowie eine erst nach diesem Zeitpunkt im Wege der einstweiligen Verfügung erlangte Vormerkung außer Betracht bleibt3)4).

E I 2130 Abi 1, 2143 Abi 8 II 1890; M 5 653, 673; B 5 784—787.

- 1. Unbeschräntte Haftung § 2013 A 1. Ift sie nur einzelnen Gläubigern gegenüber eingetreten, so gehen bem Erben die Einreben gegenüber ben übrigen Gläubigern nicht verloren.
- 2. Pfandgläubiger und andere **binglich berechtigte Rachlafgläubiger** sind in der Rechtsverfolgung gegen den Erben, soweit sie sich auf den dinglichen Anspruch beschränken, ebensowenig durch die ausschenden Einreden der §§ 2014, 2015 beschränkt, wie durch die Einrede der beschränkten Haftung auß § 1973 (§ 1971 U 1). Der Erbe kann also der Befriedigung
 dieser Gläubiger auß den ihnen verhafteten Nachlaßgegenständen weder während der der
 monatigen Frist nach Annahme der Erbschaft noch während eines eingeleiteten Aufgebotsverfahrens widersprechen.
- 3. Auch biejenigen Gläubiger, welche ein bingliches Necht an Nachlaßgegenständen durch Pfändung im Wege der Zwangsvollstredung ober Arrestvollziehung erlangt haben, werden durch das Aufgebot nicht betroffen, da sie für den Fall des Konkurses den Pfandgläubigern gleichstehen (RD § 49 Kr 2; § 1971 A 1). If aber das Pfandrecht erst nach dem Erbfalle erlangt worden, so bleibt es für die Anwendung der S§ 2014, 2015 außer Betracht, d. h. der Erbe kann der Zwangsvollstredung in die gepfändeten Gegenstände in der gleichen Weise entgegentreten, als wenn es sich um Gläubiger handelte, die von dem Aufgedote betroffen werden, nämlich durch Einschränkung der Zwangsvollstredung auf Sicherungsmaßnahmen (§ 2014 A 4) während der crsten der Monate nach der Annahme, sosen er nicht vorher

Inventar errichtet hat, und während der Dauer eines eingeleiteten Aufgebotsverfahrens. Das entspricht der Borschrift des § 221 Abs 1 KD, derzusolge solche Gläubiger abgesonderte Befriedigung im Nachlaßkonkurse nicht verlangen können. Ahnlich § 1990 Abs 2

(A 5).

4. Auch Gläubiger, beren Ansprüche burch eine Vormertung (§ 883) gesichert sind, werden von dem Aufgebote nicht betroffen (§ 1971 Sat 2). Ift aber die dingliche Sicherung durch Eintragung der Bormerkung nach dem Erbfalle durch einstweilige Berfügung (§ 885) erlangt, so bleibt sie gleichfalls außer Betracht (A 3). Erfolgte die Eintragung nach dem Erbfalle auf Grund einer Bewilligung des Erben (§ 885), so kann dieser sich nach Entstehung des gesicherten Rechtes gegenüber der Zwangsvollstreckung in das Grundstück nicht auf die Einreden aus §§ 2014, 2015 berufen; er muß die Zwangsversteigerung des Grundstücks ohne Aufschub dulden. Ahnlich auch in diesem Punkte § 1990 Abs (2 (A 6)).

§ 2017

Wird vor der Annahme der Erbschaft zur Verwaltung des Nachlasses ein Nachlaspfleger bestellt¹), so beginnen die im § 2014 und im § 2015 Abs 1 bestimmten Fristen mit der Bestellung²).

E I 2143 Abi 2 II 1891; M 5 678; B 5 785, 786, 829-881; 6 340.

1. Durch Bestellung eines zur Verwaltung des Nachlasses berusenen Nachlaspslegers nach §§ 1960, 1961 wird die Berfolgung von Ansprüchen gegen den Nachlasses schon vor Annahme der Erbschaft durch den Erben ermöglicht; auch ein Nachlasverwalter kann vor Annahme der Erbschaft bestellt (§ 1981 A 1) und es können dann Ansprüche gegen den Nachlaß ihm gegenüber dereits erhoben werden. Doch soll auch ihnen die Möglichkeit gegeben werden, im Interesse dereits erhoben werden. Doch soll auch ihnen die Befriedigung eines einzelnen Gläubigers hinauszuschieden, bis der Nachlaßbestand ermittelt und dadurch die Grundlage für die Entschließung des Erben über Herbschführung der Haftlungsbeschränkung geschaffen werden kann. Deshalb können auch sie von den Einreden der §§ 2014, 2015 Gebrauch machen (§ 2014 A 1). — Ob der nach § 1960 bestellte Nachlaßpsses die Verwaltung des Nachlasses zu führen hat, regelt sich nach der Bestimmung des Nachlaßgerichts (§ 1960 A 4); ist er nur zur Sicherung des Nachlasses bestellt, so sinder § 2017, wie sein

Wortlaut ergibt, auf ihn keine Anwendung (vgl. A 2).

2. Da burch die Nachlaßpflegschaft, sofern der Pfleger zur Verwaltung berufen ist (A 1), und durch die Nachlaßverwaltung bereits vor der Annahme der Erbschaft die Möglichkeit achaffen ist, den Nachlaßverwaltung bereits vor der Annahme der Erbschaft die Möglichkeit achaffen ist, den Nachlaßverkand, nötigenfalls auch durch Aufgebot der Nachlaßgläubiger (S 901 BPD; § 1970 A 2), zu ermitteln, so können die Fristen, innerhalb deren die aufschiedendem Einreden erhoden werden können, sür sie schon vor der Annahme, und zwar mit der Bestellung (die nach § 16 FCG mit der Bestanntmachung an den Pfleger wirsfam wird) beginnen. Sowohl die dreimonatige Frist des § 2014 wie die einjährige des § 2015 ist sonah statt von der Annahme der Erbschaft von der Bestellung des Nachlaßpflegers ab zu derechnen. Der Erbe wird durch den Nachlaßpfleger gesehlich vertreten und auch die Handlungen und Unterlassungen des Nachlaßperwalters in dezug auf den Nachlaß sind für ihn wirssam. Der Erbe muß sich deshalb den zenen gegenüber abgelausenen Beitraum auf die Fristen anrechnen lassen; sie können sonach schon abgelausen sein, wenn er annimmt. Ist der Nachlaßpsserveller des Rachlaßpsservelnen (A 1), so beginnen auch sür ihn die Fristen erst mit der Annahme der Erbschaft; er kann also vorher ohne zeitliche Beschränkung die Einreden aus §§ 2014, 2015 geltend machen, wenn ihm gegenüber Ansprüche gegen den Nachlaß erhoden werden; jedoch die Einrede aus § 2014 micht mehr, wenn er bereits Inventar errichtet hat. — Wird der Nachlaßverwalter nach der Annahme der Erbschaft bestellt, so nuß auch er sich den seit der Annahme für den Erben abgelausenen Zeitraum anrechnen lassen.

Dritter Titel

Erbschaftsanspruch

Der Erbe tritt mit dem Erbfalle in die Erbschaft als Ganzes, zugleich aber ohne besondere Rechtsatte in die einzelnen, zum Bermögen des Erblassers gehörigen Rechte au Stelle des Erblassers ein (§ 1922 A 7). Er kann diese einzelnen Rechte (auch Rechtslagen Besit usw.; vgl. § 1922 A 5) mit den gewöhnlichen dasur gegebenen dinglichen oder persönlichen Rechtsschutzmitteln im Wege der Leistungs- und gegebenensalls der Feststellungstlage gegen denjenigen geltend machen, der sie ihm vorenthält oder bestreitet, sei es,

daß diefer ein eigenes (nicht vom Erblaffer herrlihrenbes) Recht zur Vorenthaltung in Unfpruch nimmt ober daß er felbst Erbe gu fein behauptet. In letterem Falle tann der Erbe auch sein Erbrecht als solches durch Feststellungsklage zur Geltung bringen. Außer diesen Rechtsbehelfen hat aber das Geset, im Anschlusse an die gemeinrechtliche hereditatis petitio, dem Erben noch ein besonderes, erbrechtliches Rechtsschutmittel verlieben, den Erbichaftsanipruch. Diefer Anspruch richtet fich gegen benjenigen, der feinerseits ein Erbrecht beansprucht und diesen Anspruch badurch betätigt hat, daß er etwas aus ber Erbschlecht veranst veransprucht und otelen Anspruch dadurch veranige hat, daß er etwas aus der Erbschaft erlangt hat (Erbschaftsbesitzer), und geht auf Herausgabe des Erlangten als Gesamtheit (§ 2018). Der mit der Gewährung diese Anspruchs vom Gesche verfolgte Zweck war darauf gerichtet, dem wahren Erben es zu erleichtern, daß er in den Besitz der Erbschaft gelange, ohne auf die Einzelklagen angewiesen zu sein (M 5, 575ss.). Diesem Zweck entsprechend ist der Auspruch im einzelnen ausgestaltet. Der Auspruch ist ein quasi-dingslicher, entsprechend dem Eigentumsanspruche auf Herausgabe der Sache. Die Herausgabepflicht erstreckt sich aber nicht nur auf die gezogenen Ruhungen (§ 2020), sondern auch auf dassienige mas aus Stelle von urbrünklichen Wecklasbescenständen weit Weitslanden der jenige, was an Stelle von ursprünglichen Rachlaßgegenständen mit Mitteln der Erbschaft erlangt ist (Surrogate, § 2019). Anderseits haftet der Erbschaftsbesitzer im Falle des Unvermögens zur Herausgabe der Negel nach nur nach Bereicherungsgrundsäßen (§ 2021) und hat Anspruch auf Ersat von Verwendungen, der durch ein Zurückbehaltungstrecht geschützt ist (§ 2022). Doch tritt strengere Haftung unter gewissen Umständen (Rechtshängigkeit, böser Glaube, verbotene Eigenmacht) ein (§§ 2023—2025). Ersitzung der zur Erbschaft gehörigen Sachen durch den Erbschaftsbesiere als solchen kann gegenüber dem Erbichaftsanspruche nicht geltend gemacht werden (§ 2026). Bon besondeter Wichtigkeit ist die dem Erbichaftsbesitzer auferlegte Auskunftspflicht (§ 2027). In einzelnen Beziehungen find die fur ben Erbichaftsanspruch geltenden Grundfage über beffen eigentliches Gebiet hinaus erstreckt, so die Auskunftspflicht auf denjenigen, der von einzelnen Nachlaßgegenständen vor Besitznahme der Erbschaft durch den Erben Besitz ergriffen hat (§ 2027 Abf 2), fowie auf Sausgenoffen bes Erblaffers (§ 2028); ferner die Grundfabe über bie haftung des Erbichaftsbesitzers auf die Ginzelausprüche des Erben hinsichtlich der Erb. schaftsgegenstände (§ 2029); dem Erbschaftsbesiger ist derjenige gleichgestellt, der von diesem die Erbschaft erworben hat (§ 2030); endlich ist de Berechtigung zur Erhebung eines dem Erbschaftsanspruche entsprechenden Anspruchs auch dem irrtümlich für tot Ertlärten oder als tot Angesehnen verliehen (§ 2031). — Besonderer Gerichtsstand für den Erbschaftsanspruch nach § 27 BPD.

\$ 2018

Der Erbe¹) kann von jedem, der auf Grund eines ihm in Wirklichkeit nicht zustehenden Erbrechts²) etwas aus der Erbschaft erlangt hat (Erbschaftsbesitzer)³), die Herausgabe des Erlangten verlangen⁴)⁵).

G I 2080 II 1892; M 5 578-580; B 5 696-710.

1. Der Erbichaftsanfpruch fteht zu bem Erben, fowohl bem alleinigen Erben als (mit ber durch § 2039 gebotenen Einschrönfung) auch dem Miterben, und zwar als hereditatis petitio partiaria auch gegen einen Miterben, ber bie Erbschaft für lich allein ober ber baran einen höheren als den ihm zusommenden Erbieit in Anspruch nimmt (RG 3B 08 Beil 64148 und 81, 293). Die Erbschaftsklage hat jedoch in lett erem Falle regelmäßig die Natur einer Erbteilungsklage (RG 11. 12. 16 IV 316/16). Der Miterbe fann mit ihr Feststellung seines Miterbenrechts und bessen Quote, sowie Auseinanderschung verlangen; außerdem regelmäßig nur die Ginräumung eines entsprechenden Mitbelites an ber Erbichaft, nicht die Zahlung bestimmter Betrage; ift aber vom Erblaffer eine Teilungsanordnung dahin getroffen, daß ein Miterbe burch Zahlung einer bestimmten Summe abzufinden ift (vgl. § 2048 A 1), so fann dieser unmittelbar auf Zahlung der Absindungssumme klagen, da eine weitere Auseinandersetzung mit ihm in diesem Falle nicht erforderlich ist (RG 24. 10. 21 IV 147/21; 2. 8. 22 IV 516/21). Der abzufindende Miterbe kann in solchem Falle, ebenso wie ein Miterbe, der Nachlaßgläubiger ist (§ 2046 A 1), die Auszahlung der Absindungssumme vor der Auseinandersetzung der übrigen Miterben verlangen, sofern nicht besondere Schwierigkeiten entgegenstehen (NG 2. 3. 22 IV 516/21). — Der Erbschaftsanspruch steht ferner zu dem Nechtsnachsolaer des Miterben im Falle des § 2033, dem Nacherben nach Eintritt der Nacherbsolge (§ 2189; DLG 21, 310), auch gegenüber dem Borerben, dem Erbichaftsläufer bagegen nur nach geschener Abtretung, zu der der Vertäufer nach § 2374 verpflichtet ist. Odwohl durch Annerkenntnis der Beteiligten eine in einem nichtigen Testamente eingesetzte Person nicht Erbe werden kann (vgl. § 1922 A 9), so kann sich doch der wahre (gesehliche oder Testaments.) Erbe, der die Gültigkeit des Testaments in der sür Veräuserung der Erbschaftsvorgeschriebenen Form (§§ 2371, 2385 Abs 1) anerkannt hat, gegenüber dem Erbschaftsgasischliebenen form (§§ 2371, 2385 Abs 2371) anerkannt hat, gegenüber dem Erbschaftssandurche des Einesekten auf die Nichtiskie des Testaments nicht wahr harusan (Man anspruche des Eingesetzen auf die Richtigkeit des Testaments nicht mehr berufen (NG

72, 209). — Während der Dauer einer Nachlaßverwaltung kann nur der Nachlaß ver walter den Erbschaftsanspruch geltend niachen, da er zum Nachlasse gehört (§ 1984 U 2); ebenso während des Nachlaßkonkurses der Nachlaßkonkursderwalter (RD § 6); auch dem verwaltenden Testamentsvollkrecker sieht er zu. Dagegen erscheint es bedenklich, mit der herrschenden Meinung (Plank Erl I da und die zweite Auslage dieses Kommentars; jekt auch Staudinger Erl III A) auch dem Nachlaßpfleger des § 1960 die Besugnis zuzuerkennen; handelt es sich doch dabei (wenn auch nur als Kräsudizialpunkt) um die Frage, od dem einen oder dem andern Erbprätendenten das Erbrecht zusteht; der Nachlaßpfleger aber, der nicht für eine bestimmte Berson, sondern "für den, der Erbe wird", bestellt ist (§ 1960 U 4), ist nicht dazu berusen, diese Frage zur Entscheidung zu bringen. Die von Plank unterstellte Sachlage, daß der Erbschaftsbesiger als Erbe zweisellos nicht in Betracht kommen könne, greift dem Ergebnisse des Kechtsstreits, in dem beide Parteien das Erbrecht beanspruchen, unzuläsiger Weise vor. Der Nachlaßpfleger kann aus Trund seines Rechtes zum Besitz und zur Berwaltung (§ 1960 U 4) die Perausgade der Kachlaßgegenstände auch von dem Erbschaftsbesitzer verlangen; das ist aber kein Erbschaftsanspruch, auf den die Borschriften dieses Tetels Unwendung sinden könnten (vgl. die Vorbem zu diesem Titel). Vgl. auch

DLG 26, 288; 30, 174.

2. Der Unspruch geht nur gegen benjenigen (fog. Baffiblegitimation), der auf Grund eines ihm in Birtlichteit nicht zusichenden Erbrechts ober Miterbrechts, alfo burch Anmaßung eines solchen, indem er, in gutem oder bosem Glauben, Erbe oder Miterbe zu sein behauptete, etwas aus der Erbschaft erlangt hat. Ihm steht berjenige gleich (pro herede possidet), der aus anderm Rechtstitel oder ohne Rechtstitel etwas aus der Erbschaft erlangt hat, es aber nunmehr auf Grund eines angeblichen Erbrechts behalten will. Dagegen geht der Erbschaftsanspruch nicht gegen benjenigen, der nur auf Grund eines behanpteten Einzelrechtstitels oder (insoweit abweichend vom gemeinen Rechte) ohne einen Rechtstitel zu behaupten (pro possessore), den Besit von Erbschaftsgegenständen erlangt hat oder ausübt. Doch wird auch in diesem Falle eine Auskunftspflicht begründet (§ 2027 Abs 2). Gibt derjenige, der Erbschaftsfachen in Befit genommen hat, teine Anskunft über seine damit verbundenen Absichten, so wird es Sache der Beweiswürdigung sein, vo er ein Erbrecht in Anspruch ninnut (nach den Mot V, 579 soll das "die mildeste Aussegung" seines Verhaltens sein). — Der Anspruch geht nicht gegen den vorläufigen Erben, der die Erbschaft ausgeschlagen hat; gegen ihn können nur Ansprüche aus Geschäftssührung ohne Austrag geltend gemacht werden (§ 1959). Gegen denjenigen, der auf Grund eines anstechtbaren Frenchtstiels (Rorfibeurg, den Tadas werden, geschichte Erhalten Erkstoles im Falle fechtbaren Erbrechtstitels (Berfügung von Todes wegen, gesetzliche Erbfolge im Falle der Erbunwürdigkeit) besitzt, kann der Erbschaftsanspruch erft nach erfolgter Anfechtung oder zugleich mit dieser geltend gemacht werden; wegen des Beginnes der Berjährung i. aber § 2026 u. 2. — Wer die streitige Erbschaft für einen angeblichen Erben, der in Wirklichkeit nicht Erbe ist, als Testamentsvollstrecker besitzt, kann als solcher (anders, wenn er zugleich für sich ein Miterbrecht in Anspruch nimmt) nicht mit ber Erbschaftstlage belangt werben (RG 81, 151). Ebensowenig der Nachlagpfleger (A 1) oder ber Nachlagverwalter. Doch fam si, 1017. Evensteinig ver Auftrußprieger (Ac 17 voer der Auchagbertrauter. 2014), fam sowohl gegen den Testamentsvollstrecker (NG 3W 09, 5218; Warn 1912 Ar 1743; Gruchot 62, 631) wie gegen den Nachlaßpfleger (NG 106, 46) Klage auf Feststellung des Erbrechts erhoben werden, wenn die Voraussehungen des § 256 ABO vorliegen. Dem Erlangen aus der Erbichaft steht es gleich, wenn etwas vor dem Erbfalle aus dem Bermogen des Erblassers erlangt ift, bas nunmehr auf Grund bes beanspruchten Erbrechts gurudbehalten wird (98 81, 293). Anderseits stellt fid, wenn ber Beflagte bas Erlangte seinerzeit zwar auf Grund eines beaufpruchten Erbrechts erlangt hat, fich aber ber Rlage gegenüber nur noch burch Inanspruchnahme eines Singularrechts ober ohne Berusung auf einen Rechtsgrund verteidigt, der Auspruch nicht mehr als Erbschaftsauspruch dar. Der Auspruch geht auch gegen den Vorerben, wenn dieser die Herausgabe von Nachlafgegenständen verweigert, weil er den Eintritt des Falles der Nacherbsolge nicht anerkennt; nicht aber, wenn er wegen Berwendungen Nachlaßgegenstände zurückbehalten will.

3. Der zu Verklagende muß etwas aus der Erbichaft erlangt haben. Die Fassung entspricht insoweit dem Bereicherungsanspruche des § 812. Doch besteht ein wesentlicher Unterschied insosen, als dort in der Regel eine Vermögensverschiedung in Gestalt einer eingetretenen formalen Rechtsänderung vorausgesett wird, obwohl freilich auch schon die Erlangung des Besites sich als Bereicherung darstellen kann (§ 812 A 4), während hier regelmäßig nur eine tatsächliche Vorteilserlangung, ohne Veränderung der sonstigen Rechtslage, in Frage steht. Das gilt namentlich für körperliche Sachen, von denen der Erbprätendent Besit ergriffen hat, ohne badurch ein Recht an der Sache erwerben zu können; hier geht der Anspruch dinglich (§ 985) auf Herausgade der Sache und ist im Konstursfalle ein Ausssonderungsauspruch begründet. Der Besit braucht nicht Eigenbesitz, kann vielmehr auch Besitz für einen andern (§ 868) sein, wenn der Erblasser die Sache als Authießer, Bächter usw. besessen hat und der Besitzville des Erbprätendenten ein dementsprechender ist.

Der Erbprätendent kann auch nur ben mittelbaren Besit erlangt haben, wenn 3. B. die Sache hinterlegt ist und der unmittelbare Besither ben Willen hat, für ihn zu besitzen (RG 81, 296). — Bei Grundstüden fann ber Erbprätendent, wenn er auf Grund eines ihm erteilten unrichtigen Erbscheins als Erbe eingetragen ist, bas sog. Bucheigentum erlangt haben; ebenso bei Rechten an Grundstüden die entsprechende grund. bucherliche Rechtsposition; bann geht ber Anspruch auf Berichtigung bes Grundbuchs (§§ 891 N 5, 894; RG Sachia 14, 66). — Das Erlangen tann burch unmittelbare Befitergreifung oder burch Leiftung von seiten eines Dritten (auch bes Erben, wenn diefer ben andern für den richtigen Erben gehalten hat) erfolgt sein, insbesondere auch durch Einziehung von Nachlaßforderungen; soweit dadurch (namentlich wenn fie auf Grund einer Legiti-mation des Erbprätendenten durch Erbschein erfolgt ist) der Schuldner befreit ist, tritt an die Stelle der untergegangenen Forderung nach dem Surrogationsprinzip (§ 2019) der dafür erlangte Gegenstand; soweit dieser (insbesondere Geld) nicht mehr in Natur vorhanden, der Ersahanspruch nach §§ 2021 ff. Darin, daß der Erbprätendent sich "berühmt", daß eine Nachlafforderung ihm zustehe oder daß er ohne Erfolg sie einzuziehen versucht hat, tann ein Erlangen noch nicht gefunden werden; wohl aber, wenn der Schuldner die Gläubigerschaft des (durch Erbschein legitimierten) Erbprätendenten anerkannt, insbesondere die Schuld auf dessen Ramen umgeschrieben hat (so bei Eintragungen im Reichs. oder Staats. fculdbuch). hat der Erbprätendent Beweismittel (Schulbschein) oder auch die die Forderung verförpernde Schuldurkunde (Wechfel, Inhaberpapier) in seinen Besit gebracht, so find diefe "erlangt". - Alls Erbichaftsbesither bezeichnet bas Gefet jeben, ber nach ben porftehend entwickelten Grundfaben etwas aus der Erbschaft als Erbprätendent erlangt hat, auch wenn es sich nicht um Besitz im Sinne bes BGB (an förperlichen Sachen, § 854 A 2) handelt. Ihm ift berjenige gleichneftellt, der die Erbschaft durch Bertrag von einem Erbschaftsbesiter erworben hat (§ 2030); auch gegen biefen kann also ber Erbschaftsanspruch erhoben werden. - Das Erlangen lann ferner in ber Aufrechnung einer Schuld bes Erb. schaftsbesihers gegen eine Forderung des Nachlasses gegenüber dem Nachlasschuldner beftehen; ift hierdurch die Nachlafiforderung untergegangen, fo muß der Erbschaftsbesitzer die bafür erlangte Befreiung von seiner Schuld bem Erben "herausgeben", die Schuld also an ihn zahlen. Uls erlangt hat auch die tatsächliche Richtberichtigung einer bem Erbschaftsbesiter gegen den Nachlaß obliegenden Berbindlichkeit infolge der Erbrechtsanmaßung gu gelten (ftr.; wie hier Pland Erl 3). - Ein Erlangen aus der Erbichaft liegt auch vor, wenn jemand vor dem Erbfalle als mittelbarer Besitzer den Besitz für den Erblaffer ausgenibt hat und nach dem Erbfalle durch Geltendmachung eines angeblichen Erbrechts diesen Besit in Eigenbesit verwandelt (RG 81, 294 für den Miterben, der ein größeres als das ihm zustehende Erbrecht geltend macht, vgl. oben 21 1; gleiches wird aber auch für den Nichtmiterben als Erbprätendenten zu gelten haben). Gleiches foll aber (wie a. D. weiter entschieden) auch gelten, wenn ein Miterbe (oder Fremder) "mit oder ohne Einverständnis des Erblaffers", bereits vor dem Erbfalle Begenstände, die gur Erbichaft gehoren, in Befit genommen hat in der Absicht, sich dann unter Bereitelung des Rechts der Miterben (Erben) den Alleinbesit (Besit) ju sichern und in Ausführung dieser Absicht nach Gintritt des Erb. falles den Miterben (Erben) den Alleinbesit (Besity), unter Beauspruchung eines Alleinerbrechts (Erbrechts), vorenthält. Doch dürfte hierbei in Betracht kommen, ob nicht, wenn die Bestikergreifung mit Einverständnis des Erblassers geschehen ist, darin eine durch Abergabe vollzogene Schenkung auf den Todeskall (§§ 2301 Abs 2, 518 Abs 2) gesunden werden mußte. Ein Erlangen aus der Erbichaft wird aber (was vom Ro a. a. D. offengelassen ift) unbedenklich auch angenommen werden können, wenn jemand ein Darlehen vom Erblasser bei Lebzeiten erhalten hat und nach dem Tode unter Berufung auf ein angebliches Erbrecht oder Miterbenrecht die Rückzahlung ganz oder teilweise verweigert.

4. Der Anspruch geht auf Herausgabe des Erlangten. Die Art der Herausgabe bestimmt sich nach der Art des Erlangten (A3). Das Erlangte ist als Ganzes herauszugeben (Vorbem vor § 2018) und hierauf kann der Alagantrag zunächst gerichtet werden, unter Vorbehalt der Bezeichnung der einzelnen herauszugebenden Erbschaftsgegenstände, die der Beklagte die mit der Alage gleichfalls zu verlangende Aussunft (§ 2027) erteilt hat (BPD § 254). Die Verurteilung bewirkt Rechtskraft nur für den Kerausgabeanspruch hinsichtlich der darin bezeichneten Erbschaftsgegenstände; zur rechtskräftigen Feststellung des Erbrechts bedarf es eines besonderen darauf gerichteten Feststellungsantrags und eines ihm entsprechenden Ausspruchs. Die Verurteilung zur Herausgabe bewirkt Mechtskraft serner nur unter den als Parteien bei dem Acchtsstreite beteiligten Erbprätendenten. Miterben sind, auch wenn sie unter sich über das Erbrecht freiten (A1), seine notwendigen Streitgenossen sind, von die Verläusigen Erbschaftsbesitäes (missio in dona) gewährt das BGB nicht; doch können ersorderlichenfals einstweilige Versügungen (BBD § 940) erlassen werden.

Besonderer Gerichtsstand BBD § 27. Ein Oritter, der eine zum Nachsasse gehörige

bewegliche Sache vom Erbschaftsbesitzer ohne Borlegung eines Erbscheines (§ 2866) er-

bewegliche Sache vom Erdichaftsbesther ohne Vorlegung eines Erdicheines (§ 2000) erworben hat, ist (anders wie beim Erwerb vom vorläufigen Erben, § 1959 A 4), sofern es sich nicht um Geld oder Inhaberpapiere handelt, nach § 935 durch guten Clauben nicht geschützt, falls die Sache ohne Willen des Erben in den Besith des Erbschaftsbesitzers gelangt, also jenem, der nach § 857 Besitzer war, abhanden gekommen ist.

5. Beweislast. Aläger hat zu beweisen sein Erbrecht: den Erbfall und den ihm zur Seite stehenden Berufungsgrund, im Falle der gesetlichen Erbsolge auch den Wegfall ihm vorgehender Erbberechtigter, salls solche vorhanden waren (was Beslagter mindestens konkret zu behaupten haben wird): DLG 30, 185; vgl. auch 32, 49. An Stelle des Nachweises der Erbberechtigung genigt die Kernutung daß er Erbe sei, bearstydende Vorlage eines ihm erteilten rechtigung genügt die die Bermutung, daß er Erbe sei, begründende Borlage eines ihm erteilten Erbscheins (§ 2365; vgl. RG Warn 1913 Nr 300). Behauptet der Beklagte, daß ihm ein bessers Erbrecht wegen Ausschließung, Erbummurdigkeit, Bergicht bes Magers oder seiner Rechtsvorgänger oder wegen lehtwilliger Berufung zustehe, so hat er diese besonderen Umstände nach-zuweisen. Doch genügt zur Alagabweisung das Mißlingen des dem Aläger obliegenden Erbenbeweises, auch wenn der Beklagte ein eigenes Erbrecht nicht dartun kann. Kläger hat weiter zu beweisen den Erbschaftsbesit des Beklagten, also daß dieser einen Erbschaftsgegenstand mit dem Willen, Erbe zu sein, erlangt hat, nicht daß er ihn jest noch hat. Zur Begründung des Herausgabeanspruchs im einzelnen hat Räger, soweit ihm nicht das nach § 260 vorzulegende Berzeichnis zustatten kommt, die Zugehörigkeit der einzelnen herausverlangten Gegenstände zum Rachlaß, sofern sie bestritten wird, zu beweisen. Bestreitet der Beklagte die Zugehörigkeit der Sache nachlaß, solett sie bestetten vite, zu beweisen. Besteteter verlagte den Angegobigietver Suche zum Nachlasse nit der Behauptung, daß er sie durch einen Rechtstitel unter Lebenden erworben habe, so hat der Näger zu beweisen, daß jener die Sache als Erbschaftsprätendent erlangt hat (a. M. für daß gemeine Necht NG 10, 165). Dazu ist bei beweglichen Sachen ersorderlich, daß er die dem Beklagten zur Seite stehende Eigentumsvermutung auß § 1006 Abs 1 ausräumt, was nach Satz 2 daselbst dadurch geschehen kann, daß er nachweist, die Sache sein Geblasse von Erbsasse in der Beklagte sich gegen seinen Wilsen in den Bestommen, insbesondere in der Weise, daß der Beklagte sich gegen seinen Wilsen in den Bestom der Verlagter diesen Vachweist in des hat der Bestugte etwasse heinnbere Erwerkstitel aber der der der der Aläger diesen Nachweis, so hat der Beklagte etwaige besondere Erwerbstitel ober den Wegfall seiner Herausgabepflicht nach §§ 2021ff. zu beweisen (Prot 5, 700ff.).

§ 2019

Als aus der Erbicaft erlangt gilt auch1), was der Erbicaftsbesitzer

durch Rechtsgeschäft mit Mitteln der Erbschaft erwirbt2).

Die Zugehörigkeit einer in folder Beife erworbenen Forberung gur Erbichaft hat der Schuldner erft bann gegen fich gelten zu laffen, wenn er bon der Zugehörigkeit Kenntnis erlangt; die Borschriften der SS 406 bis 408 finden entsprechende Unwendung3).

E I 2081 Nr 8 II 1898; M 5 583-585; B 5 710-714, 719, 720; 6 168, 816, 824-326.

1. Abs 1 bes Baragraphen spricht den Grundsatz ber binglichen Surrogation aus. Das von bem Erbichaftsbesiger durch Rechtsgeschäft mit Mitteln der Erbichaft Erlangte gilt als aus ber Erbichaft erlangt, b. h. es wird in bezug auf die in § 2018 bestimmte Berausgabe pflicht als Erbichaftsgegenstand, als zur Erbichaft gehörig behandelt. Das mit Mitteln ber Erbschaft erworbene Eigentum, Forderungsrecht, Recht an fremder Sache usw. steht sonach nicht dem Erbschaftsbesitzer, sondern unmittelbar dem wahren Erben zu; es bedarf keiner Übertragung oder Abtretung von seiten des Erbschaftsbesitzers. Ist dieser als Berechtigter im Grundbuche eingetragen worden, so geht ber Berausgabeanspruch auf Berichtigung bes Grundbuchs. Sat der Erbschaftsbesieber bas mit Mitteln der Erbschaft Erlangte wiederum rechtsgeschäftlich veräußert gegen anderes, so tritt dieses in der gleichen Weise niederum rechtsgeschäftlich veräußert gegen anderes, so tritt dieses in der gleichen Weise nie Stelle des ersteren, so daß sich die Surrogation mehrmals wiederholen kann, z. B. wenn ein Erbschaftsgrundstüd verkauft und der Erlöß in einer Hypothek angelegt worden ist. Erfolgt der Erwerd teils mit Witteln des Erbschafts, fo tritt Miteigentum ein. Ausgeschlossen ist die genen Mitteln des Erbschaftsbesitzers, so tritt Miteigentum ein. Ausgeschlossen, so tritt Siereschaftsbeschaf bei dem Erwerbe höchstersönlicher Rechte (Riegbrauch, beschränkte personliche Dienstbarkeit) ober folder Rechte, die Bestandteile eines dem Erbschaftsbesiter gehörigen Grundstude werden (Grunddiensteiten, § 96); vgl. § 2021 A 1. Dagegen gilt, wenn durch Verbindung oder Bermischung beweglicher Sachen Miteigentum entsteht, dieses als aus der Erbschaft erlangt und unterliegt beshalb dem Herausgabeanspruche. Die Surrogationswirkungen treten aber nur ein, wenn die Berfügung des Erbschaftsbesitzers über die Erbschaftsmittel bem Erben gegenüber wirksam geworden ift. Das ist der Fall, wenn der Dritte, an den die Erbschaftsgegenstände veräußert sind, sie rechtswirtsam erworben hat, also bei beweg.

lichen Sachen durch gutgläubigen Erwerd mittels Übergade (§§ 929ff.; vgl. aber § 2018 21 4), bei Rechten an Grundstücken auf Grund des Grundbuchs (§ 982), im übrigen, namentlich bei Forderungsübertragungen und Leistungen auf Forderungen durch den Schuldner, wenn der Erbschaftsbesitzer durch Erbschein legitimiert war (§§ 2366, 2367). Die Verfügung wird auch wirksam, wenn der Erbs sie genehmigt (§ 185); die Genehmigung kann schon in der Erhebung des Erbschaftsanspruchs auf Herausgade des Gegenstandes gefunden werden. Liegt keiner dieser Fälle vor, so kann der Erbs den Anspruch auf Herausgade des vom Erbschaftsbesitzer weggegebenen Erbschaftsgegenstandes gegen den Dritten mit den gewöhnlichen Singularklagen geltend machen.

- 2. Mit Mitteln der Erbschaft durch Rechtsgeschäft erworden ist dassenige, was als Gegenleistung gegen die Hingabe eines Erbschaftsgegenstandes von dem Erbschaftsbesiner erlangt ist. Es genügt daher nicht (wie in §§ 1370, 2041, 2374), daß das den Erwerb vermittelnde Rechtsgeschäft sich auf die Erbschaft bezieht; es nuß vielmehr eine Aufopferung von Erbschaftsgegenständen dabei erfolgt sein; vgl. für andere Fälle von Sondervermögen 986 72, 166; 87, 439. Deshalb erstredt sich ber Erbschaftsanspruch nicht auf Gegenstände, die der Erbschaftsbesitzer für die Erbschaft, z. B. um als Zubehör eines Erbschaftsgrundstücks zu dienen, aber mit eigenen Mitteln erworben hat. Dagegen ift es unerheblich, ob er die Gegenstände für sich perfönlich hat erwerben wollen, etwa um sie dem wahren Erben oder den Nachlaßgläubigern zu entziehen; seine Willensrichtung ist nicht, wie in §§ 1381, 1646, entscheidend. — Begen der Rugungen vol. § 2020 A 1. — Mit Mitteln der Erbschaft ift auch erlangt, was ein Nachlaßschuldner zur Tilgung seiner Schuld an den Erbichaftsbesiger gezahlt hat; ferner die Forderungen, die durch Ansleihen von Erbschaftstapital entstanden find (Gruchot 51, 919); ebenso Forderungen aus Versicherungsverträgen, für welche die Pramien aus Erbschaftsmitteln bezahlt sind; auch ein Rückforderungsanspruch wegen einer aus Mitteln der Erbschaft bezahlten Richtschuld (§§ 812, 813, 814). — Soweit bingliche Surrogation stattfindet, hat der Erbe im Konkurse des Erbschaftsbesitzers ein Aussonderungsrecht (KO § 43). — Was ohne Bermittlung eines Rechtsgeschäfts auf Grund eines zur Erbichaft gehörigen Rechtes erworben wird, fallt (ohne daß es einer ausbrudlichen Borfchrift bedurfte) fraft Gefetes dent wahren Erben gu, fo die Salfte bes auf einem Erbichaftsgrundflud gefundenen Schahes (§ 984) und eine zur Eigentilmergrundschuld gewordene Sprothet (§ 1163); hat der Erbschaftsbesiter es "erlangt", so steht bem Erben der Erbschaftsanspruch auf Herausgabe gu. Auch die Unsprüche wegen Berftorung, Beschädigung ober Entziehung eines Erbichaftsgegenstandes gehoren jur Erbichaft und es findet beshalb, wenn die Entschäbi-gungssumme rechtswirksam an den Erbschaftsbesitzer bezahlt ift, der Herausgabeanspruch des Erben auf Grund dinglicher Surrogation statt. Einer ausbrüdlichen Bestimmung wie in §§ 1370, 2041, 2111, 2374 bedurfte es dazu nicht.
- 3. Entsprechend §§ 720, 1473 Abs 2, 1524 Abs 2, 2111 Abs 1 Sat 2. Die Borschrift bezweckt ben Schut bes gutgläubigen Schuldners einer von dem Erbschaftsbesiter mit Mitteln der Erbichaft in eigenem Ramen begründeten Forderung gegenüber der in Abi 1 bestimmten dinglichen Surrogation, derzufolge die Forderung zur Erbschaft gehört. Solange der Schulb. ner davon teine Renntnis hat, daß die Forderung mit Mitteln ber Erbschaft begründet ift und bag ber Erbichaftsbesither nicht ber wahre Erbe, tann er jenen als Glaubiger ausehen. Zugleich ist aber damit ausgesprochen, baß ber Schuldner, sobald er die bezeichnete Kenntnis erlangt, nunmehr die Bugehbrigfeit ber Forderung zur Erbichaft auch gegen fich gelten laffen, also den wahren Erben als seinen Gläubiger behandeln muß, gleich als hätte der Erbschaftsbesitzer diesem die Forderung abgetreten. Diese Rechtslage tritt mit der Kenutnis bes Schuldners ein, nicht etwa erft mit der Geltendmachung bes Erbichaftsanspruchs burch ben Erben. — Dhne weiteres folgt aus ber Bestimmung, daß der Schuldner dem Erben alle Einwendungen entgegenseben fann, die gegenüber dem Erbichaftsbesiper gur Beit, als ber Schuldner Kenntnis erhielt, entstanden waren, wenn auch nur bem Rechtsgrunde nach (§ 404 A 2). Im übrigen find zum Schute bes Schuldners bie §§ 406-408 für entiprechend anwendbar ertlart. Die entsprechende Unwendung bedeutet, bag ber Schulbner eine ibm gegen den Erbichaftsbesiher zustehende Forderung auch gegenüber dem Erben aufrechnen fann, fofern er nicht von der Bugehörigfeit zur Erbichaft beim Erwerbe der Forderung Rennt. nis hatte ober die Forderung erst nach Erlangung der Kenntnis und später als die Erbschaftsforberung fällig geworben ift (§ 406 M 1); ferner bag ber Erbe Leistungen an und Rechts. geschäfte mit bem Erbichaftsbefiger in Unsehung ber Forberung gegen sich gelten laffen muß, sofern nicht ber Schulbner dabei die Kenntnis gehabt hat (§ 407); endlich, daß Gleiches auch für Leiftungen und Rechtsgeschäfte bes Schuldners mit einem Zessionar bes Erbschafts. besitzers gilt (§ 408). Dagegen findet die besondere Vorschrift des § 405 keine Anwendung; ber Schuldner tann also auch gegenüber einer von ihm ausgestellten Urkunde ben Ginwand bes Scheingeschäfts gegen ben Anspruch bes Erben erheben.

§ 2020

Der Erbschaftsbesitzer hat dem Erben die gezogenen Nutungen herauszugeben¹); die Verpflichtung zur Herausgabe erstreckt sich auch auf Früchte, an denen er das Eigentum erworben hat²).

E I 2081 Mr 4 II 1894; M 5 585, 586; B 5 710, 714, 715.

- 1. Begriff ber Rugungen § 100. Rad) §§ 987—998 wurde ber Erbichaftsbesiter bie aus zur Erbichaft gehörigen forperlichen Sachen gezogenen Rugungen nur in bem dort bestimmten beschränften Umfange herauszugeben haben, während er Nutungen bon zur Erbschaft gehörigen Rechten unbeschränkt nach den Borschriften über Bereicherung herausgeben mußte (§ 987 A 1). Diesen Unterschied will § 2020 für den Erbschaftsanspruch beseitigen, indem er auch für die Rutungen förperlicher Sachen die herausgabepflicht als Regel einführt (M 5, 585). Der Herausgabeanspruch ist, soweit die Nutungen noch in Natur vorhanden und nicht mit der Trennung Eigentum des Erbschaftsbestigers geworden sind (A.2), ein dinglicher, da die Nutungen insoweit zur Erbschaft gehören und also aus der Erbschaft erlangt sind (§ 2018). Gleiches muß gelten, wenn die Nutungen von Erbschaft erlangt sind (§ 2018). Schaftsgegenständen durch Vermittlung von Rechtsgeschäften, also mit Mitteln der Erbschaft erlangt sind (§ 2019), 3. B. durch Vermietung ober Verpachtung von Nachlaßgrund-stücken. So Leonhard Erl II; a. M. Planck in der 1. n. 2. sowie wiederum (Flad) in der 4. Aufl. Erl 2a-c (wo wohl ohne zureichenden Grund angenommen ift, daß die "bürgerlichen Früchte" unter allen Umftänden durch den Übertragungsatt Eigentum des Erbschaftsbesitzers werden) und die 2. Aufl. dieses Kommentars. Freilich ergibt sich aus Halbiat 2, daß ber Eigentumserwerb bes gutglänbigen Besitzers an ben Früchten nach § 955 auch für ben Erbschaftsbesiber nicht ausgeschlossen sein foll; aber das dürfte tein Grund sein, auch im übrigen Die dingliche Surrogation ber §§ 2018, 2019 auf die Berausgabe ber Rugungen für nicht anwendbar zu erklären. Sandelt es sich um nicht herausgabefähige Mugungen, z. B. bloße tatfächliche Vorteile, die der Erbschaftsbesitzer aus dem Besitze gehabt hat (§ 100 A 3), ober sind die Antungen nicht mehr in Natur vorhanden, so tritt der Bereicherungsanspruch bes § 2021 ein. So auch Strohal bei Planck, 3. Aufl., Erl 28—c. — Steigerung der Herausgabepflicht im Falle der Nechtshängigfeit und des bofen Glaubens §§ 2023, 2024.
- 2. Begriff der Frückte § 99. Auch auf solche Frückte erstreckt sich die Herausgabepslicht, an denen der Erbschaftsbesicher mit der Trennung Eigentum erworden hat. Das ist der Fall bei Erzeugnissen und sonstigen zu den Frückten der Sache gehörigen Bestandteilen, wenn der Erbschaftsbesicher bei Erwerd des Erbschaftsbesiches in gutem Glauben, Erbe zu sein, gewesen ist und nicht vor der Trennung von dem Mangel seines Rechtes ersahren hat (§ 955 Abs 1). Der Unterschied von dem False des Halbages 1 besteht darin, daß dier nur ein schuldrechtlicher Auspruch auf Heransgabe in Betracht kommen kann. Doch hat auch bier die Heransgabe, soweit die Früchte noch vorhanden sind, in Natur, und zwar durch Sigentumsübertragung an den Erben, zu erfolgen; andernfalls tritt § 2021 ein. Bei bösgläubigem Erwerd des Erbschaftsbesithers tritt dinglicher Erwerb der Früchte sir den Erben ein.

§ 2021

Soweit der Erbschaftsbesitzer zur Herausgabe außerstande ist1), bestimmt sich seine Berpflichtung nach den Borschriften über die Herausgabe
einer ungerechtsertigten Bereicherung2).

& I 2088 II 1895; M 5 587, 588; B 5 696ff, 710, 716.

1. Die einzelnen Nachlaßgegenstände sowie die an deren Stelle getretenen Surrogate (§ 2019 A 1), die noch vorhandenen Rutungen (§ 2020), überhaupt die gesamte Erbschaft ist dem Erben grundsätslich in Ratur herauszugeben. Wegen der Früchte voll. § 2020 A 2. Nur soweit der Erbschaftsbesitzer zur Perauszabe anzertande und auch ein Surrogat, das herauszegeben werden kann, nicht an die Stelle getreten ist, greist der Bereicherungsanspruch Plat. Die Unmöglichseit der Herauszabe kann ihren Grund darin haben, daß die Nachlaßgegenstände oder ihre Surrogate untergegangen oder verbraucht oder daß sie dem Erbschaftsbesitzer höchstpersönlich erworden eind (Leidrenten usw. § 2019 A 1) oder daß ein Mecht für ein Grundstüd des Erbschaftsbesitzers (Grunddienstatit, § 96) erworden ist. Aber auch darin, daß die Erbschaftsdesstellen (Bewohnen des Nachlaßgrundstüds) bestanden (§ 2020 A 1). Die Bereicherung desteht dann in der Ersparnis der sonst erworden (Bewohnen des Nachlaßgrundstüds) bestanden (§ 2020 A 1). Die Bereicherung desteht dann in der Ersparnis der sonst sonst und gewesenen Auswendungen. Gemäß § 951 kann die Herauszabe auch nicht verlangt werden, wenn das Erlangte wesentlicher Bestandteil (§ 98) eines dem Erbschaftsbesitzer gehörigen Grundstüds geworden ist, z. B. eine dem

Grundstüde feft eingefügte Sache (§ 94); ebenfo wenn eine bewegliche Erbschaftsfache mit einer beweglichen Sache bes Erbschaftsbesiters bergeftalt verbunden ift, bag biefe als

mit einer beweglichen Sache des Erbschaftsbesiters dergestalt verbunden ist, daß diese als die Hauptsache erscheint (§ 947 Abs 2). Entsteht dagegen durch Verbindung oder Vermischung Miteigentum (§§ 947 Abs 1, 948), so ist dieses herauszugeben (vgl. § 2019 A1).

2. Der Vereicherungsanspruch bestimmt sich nach §§ 818sf. Er geht also auf Ersat des Vertes des Erlangten in Geld (§ 818 Abs 2); er fällt fort, wenn der Erbschäftsbesitzer nicht mehr dereichert ist (§ 818 Abs 3), also auch venn er das Erlangte unentgeltlich weggegeben hat; in diesem Falle geht aber der Vereicherungsanspruch gegen den Dritten, dem die Zuwendung gemacht ist (§ 822). — Für die Frage, ob eine Vereicherung vorliegt, kommt die durch die Erbschaft als Ganzes dem Vermögen des Erbschaftsbesitzers zugessolflesen und noch vorhandene Vermögensvermehrung unter Abzug der ihm dadurch entstandenen Vermögensverminderungen in Vetracht. Auf die Erbschaft gemachte Verwendungen sind auf die Vereicherung anzurechnen (§ 2022 A2). — Die Frage, ob er auch Ausgaben, die er nur nit Kücksicht auf den vermeintlichen Erbschaftsansall aus seinen Vermögen gemacht hat, z. B. Wosten einer Vergnügungsreise, in Abzug derüngen kann, dürste zu besahen sein; dafür auf Ernnd der Prot 5, 717 Pland Erl 5b; auch in RG 83, 168 sind die Ausgaben für "bessere Lebenshaltung" als Vegsall der Vereicherung bezeichnet; a. M. Kipp § 68 III. Verzinsungspssischt unch § 291 von der Rechtshängigseit ab. Erweiterte Hath die nach Rechtshängigkeit eingetretener Unmöglichseit der Herausgabe § 2023, bei Vöszländigseit und Verzug § 2024. § 2023, bei Bösgläubigkeit und Verzug § 2024.

§ 2022

Der Erbschaftsbesitzer ist zur Herausgabe der zur Erbschaft gehörenden Sachen1) nur gegen Erfag3) aller Berwendungen2) verpflichtet, soweit nicht die Berwendungen durch Anrechnung auf die nach § 2021 herauszugebende Bereicherung gededt werden2). Die für den Gigentumsansbruch geltenden Borschriften der SS 1000 bis 1003 finden Anwendung3).

Bu ben Berwendungen gehoren auch die Aufwendungen, die der Erbschaftsbesiger zur Bestreitung von Lasten der Erbschaft oder zur Berichtigung

von Nachlagberbindlichkeiten macht4).

Soweit der Erbe für Aufwendungen, die nicht auf einzelne Sachen gemacht worden sind, insbesondere für die im Abs 2 bezeichneten Auswendungen. nach ben allgemeinen Borichriften in weiterem Umfang Erfatz zu leiften hat, bleibt der Anspruch des Erbschaftsbesitzers unberührt5)6).

G I 2084 II 1896; M 5 589, 590; B 5 716-718.

1. § 2022 betrifft ben binglichen Berausgabeanspruch, der sich auf bie noch in Ratur vorhandenen torperligen Erbichaftesachen (§ 2018 2 2), besgleichen Gurrogate (§ 2019 U 1, 2) und herausgabefähige Rubungen, soweit biefe nicht als Früchte Eigentum des Erbschaftsbesitzers geworden sind (§ 2020 A 1), erftredt; doch wird sinngemäß bas gleiche für den allerdings nur schuldrechtlichen Anspruch auf Herausgabe ber Eigentum bes Erbschaftsbesigers gewordenen Früchte (§ 2020 A 2) zu gelten haben, obwohl es an einer ausdrücklichen Bestimmung für sie hier (anders § 2023 Abs 2) fehlt; a. M. Planck Erl La y. Soweit bagegen nur ein Erfahanspruch auf Bereicherung besteht, ergibt fich ichon aus § 2021 (A 2), daß die Verwendungen als Minderung der Bereicherung abgezogen werden fönnen. — Auf den Anspruch auf Berichtigung des Grundbuchs bei erlangter grund-bücherlicher Rechtsposition (§ 2018 A 3) wird die Vorschrift entsprechende Anwendung zu finden haben; demnach der Erbschaftsbesiger berechtigt sein, die Zustimmung zur Umschreibung, 3. B. einer auf seinen Ramen eingetragenen Hypothek, bis zur Erstattung aller Ber wendungen (A 3) zu verweigern (so Strohal II, 400 und bei Planck Erl 3).

2. Alle Berwendungen find zu erseten, also nicht nur wie bem Besither einzelner Sachen (§§ 994ff.) die notwendigen und werterhöhenden und ohne Beschräntung hinsichtlich ber Erhaltungetoften und der Laften, ba bem Erbichaftebefiger ja für feinen Zeitraum die Rugungen verbleiben (§ 2021). Es kommen aber nur die bis zur Rechtshäugigkeit des Erbschafts-auspruchs und vor denntnis des Erbschaftsbesitzer, daß er nicht Erbe sei, gemachten Berwendungen in Betracht; für die nachher gemachten greifen §§ 2023 Abs 2, 2024 Plat. Ist eine auf Erbschaftssachen gemachte Berwendung bereits als Minderung der Be-reicherung in Ansach gebracht (§ 2021 A 2), so kann sie nicht mehr zur Verweigerung der Herausgabe geltend gemacht werden. — Abtrennungsrecht nach § 997. — Einschränkungen mit Eintritt der Rechtshängigkeit § 2023 Abs 2 (A 4), im Falle der Bösglänbigkeit

§ 2024 (A 2).

3. Die Berausgabepflicht besteht nur gegen Erjat aller Berwendungen. Der Erbschafts. besiger kann baber die Herausgabe der von bem Erben beanspruchten Erbschaftssachen verweigern, bis er wegen aller auf bie Erbschaft gemachten Berwendungen, auch ber auf andere Erbschaftssachen und der für die Erbschaft im allgemeinen (Abs 2) gemachten, befriedigt ist (NG Warn 1913 Nr 233). — Die in Abs 1 Sat 2 vorgeschriebene Anwendung der §§ 1000—1003 kann nur eine entsprechende sein. Das Verweigerungsrecht (Zurudbehaltungsrecht) besteht banach nicht, wenn der Erbschaftsbesitzer den Erbschaftsbesitz durch eine vorfätlich begangene unerlaubte Sandlung (§§ 828ff.) erlangt hat (§ 1000 Sat 2); der bösgläubige Erwerb wird sich in aller Regel ohne weiteres als eine solche vorsähliche Verletung des Erbrechts des Erben — das kein bloßes Forderungsrecht ift, § 823 Abi 1 [A 9] —) darstellen. Der Erbschaftsbesiher hat im übrigen über das Zurückbehaltungsrecht hinaus einen im Wege der Klage verfolgbaren Ersatzanspruch, der jedoch davon abhängig ist, daß der Erbe die "Sache" wiedererlangt (sei es durch Herausgabe von den Erbschaftsbesither ober auf andere Beise) ober die Verwendungen genehmigt (§ 1001). Als Sache wird hier biejenige Sache in Betracht kommen, auf welche bie Berwendungen gemacht find; bem Buruderlangen ber Sache wird das Erlangen eines Surrogats (§ 2019) ober Herausgabeersates (§ 2021) gleichstehen. Handelt es sich um Verwendungen auf die Erbschaft im allgemeinen (§ 2022 Abs 2, val. A 4), so wird der Anspruch nur geltend gemacht werden können, wenn die Erbschaft als Ganzes, soweit noch vorhanden, herausgegeben und für das nicht mehr Vorhandene der Herausgabeersat geleistet ist. Die Klage ist an eine kurze Erlöschungsfrist gebunden (§ 1002). Hinsichilich bes Laufes und ber Berechnung der Frist wird die entsprechende Anwendung des § 1002 dahin führen, daß bei Verwendungen auf einzelne Erbschaftssachen die Frist mit der Hernschaft Sachen beginnt und einen Monat oder, wenn die Sache ein Erundstück ist, sechs Monate beträgt; während, wenn Verwendungen auf die Erbschaft als Ganzes (Abs. 2) in Frage stehen, die Frist mit der Berausgabe sämtlicher in ben Besit bes Erbschaftsbesiters gelangter Sachen beginnt und einen Monat, sofern aber Grundstilde darin enthalten sind, sechs Monate beträgt (abweichend für den letteren Fall Pland Erl 2 Abf 2).

4. Entsprechend § 995 Sat 1. Bu ben öffentlichen ober privatrechtlichen Laften ber Erbichaft gehört auch die vom Erbichaftsbesitzer gezahlte Erbschaftsfteuer, die übrigens auch eine Nachlagberbindlichkeit barftelli. Soweit ber wirkliche Erbe zu einem geringeren Sabe steuerpflichtig ift, hat der Erbschaftsbesither ihm seinen Ruckforderungsanspruch an den Fistus abzutreten. Beziglich der berichtigten Nachlagberbindlichteiten (§ 1967) ist der gutgläubige Erbschaftsbesitzer unbeschräuft ersatherechtigt, auch wenn er sich babei nicht im Rahmen ber durch §§ 1978—1980, 1991 dem Erben auferlegten Berantwortlichkeit gehalten hat.

5. In Frage kommt namentlich der Bereicherungsanspruch (§§ 812ff.); für Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Austrag ist kein Raum (§ 687).
6. Beweislast. Der Erbschaftsbesitzer hat die nach Abs 1, 2 auf einzelne Nachlaßsachen oder auf den ganzen Nachlaß gemachten Berwendungen zu beweisen, insbesondere auch, daß die berichtigten Nachlaßverbindlichteiten wirklich als solche bestanden haben; vgl. aber A 4. Der Erbe hat zu beweisen, daß der Erbschaftsbesitzer hierfür schon durch Anrechnung auf bie nach § 2021 herauszugebende Bereicherung gedeckt ift. Zu Abs 3 hat der Erbschaftsbesitzer, der im weiteren Umfang Erfat fordert, die besonderen dies rechtfertigenden Tatbeftande gu beweisen.

§ 2023

Sat der Erbichaftsbesitzer zur Erbichaft gehörende Sachen herauszugeben1), fo bestimmt fich bon dem Gintritte der Rechtshängigkeit an der Un= ibruch bes Erben auf Schabenserfat wegen Berichlechterung, Unterganges oder einer aus einem anderen Grunde eintretenden Unmöglichfeit ber Serausgabe nach ben Borichriften, die für das Berhältnis zwischen bem Gigentumer und dem Befiter bon bem Gintritte ber Rechtshängigkeit des Gigentumsanspruchs an gelten2).

Das gleiche gilt bon dem Unspruche des Erben auf herausgabe oder Bergutung von Nutzungen3) und von dem Unspruche des Erbschaftsbesikers

auf Erfat von Berwendungen4).

E I 2085 II 1897; M 5 591; B 5 718, 719.

1. Erweiterung bes Herausgabeanspruchs burch Rechtshängigkeit. § 2023 Abs 1 betrifft ben binglichen Berausgabeanspruch wegen ber gur Erbichaft gehörigen Sachen (§§ 2018, 2019) einschließlich der Surrogate; wegen der Nutungen ist gleiches bestimmt in Abs 2, das sonach auch gilt, wenn sie nur schuldrechtlich herauszugeben ober zu vergüten sind (§ 2020 A 1). Daneben besteht der Bereicherungsauspruch des Erben aus § 2921. Inwieweit dieser Anspruch durch die Rechtshängigkeit deeinflußt wird, bestimmt sich nach § 818 Abs 4; es gelten also die allgemeinen Vorschriften über Sche Idverhältnisse (Verzinsungspssicht bei Geldschulden noch § 291, keine Beschränkung durch Wegsall der Bereicherung).

pflicht bei Geldschulden nach § 291, keine Beschränfung durch Wenfall der Bereicherung).

2. Nechtshängigkeit BPD §§ 263, 281. Die entsprechende Anwendung der für den Eigentumsanspruch geltenden Borschriften §§ (989—993) bedeutet nach § 989, daß der Erbschaftsbesitzer für den Schaden verantwortlich ist, der durch Verschlechterung, Untergang oder Unmöglichkeit der Hechtshänge von Erbschaftsachen dem Erben entsteht, wenn diese Umstände nach der Rechtshängiseit des Erbschaftsauspruchs infolge Verschuldens (§ 276) des Erbschaftsbesitzers eintreten. Er hasiet danach nicht ohne weiteres für den durch den Verzug entstehenden Schaden (vgl. § 989 A 1); anders im Falle der §§ 2024 (vgl. A 4 dazu) und 2025 (vgl. A 4 dazu). Der Inhalt des Schadensersahanspruchs selbst ergibt sich aus §§ 249—265. Ahnliche verweisende Bestimmungen in §§ 292, 347.

3. Deingemäß hat von der Rechtshängigkeit ab der Erbschaftsbesitzer nicht nur die gesogenen Rutungen (§ 2020 A 1) herauszugeben, sondern auch Ersatz zu leisten für die jenigen Rutungen, die zu ziehen er schuldhaft versäumt hat (§ 987 Abs 2). Auch sofern der Erbschaftsbesitzer vorher gezogene Autungen noch herauszugeben oder zu vergüten hat, haftet er nach Eintritt der Rechtshängigkeit auf Schadensersatz wie für ursprüngliche

Erbschaftssachen (A 2).

4. Der Anspruch auf Ersat der Berwendungen (§§ 994—1003) beschränkt sich von der Rechtshängiakeit ab auf notwendige Verwendungen im Rahmen der Geschäfissührung ohne Austrag (§ 994 Abs 2). Soweit sie in der Berichtigung von Nachlaßverbindlichkeiten bestehen, ist der Ersatanspruch davon abhängig, daß sich der Erbschaftsbestizer dabei an die Vorschiften der §§ 1978—1980, 1991 gehalten hat. Das Abtrennungsrecht gemäß § 997 kann er im übrigen nur noch sür die vor der Rechtshängigkeit verbundenen Sachen geltend machen (§ 997 Abs 2), den Anspruch aus § 998 nur sür die vorher zur Fruchterzielung ausgewendeten Kosten; auch Ersat von Verwendungen eines Vorbesitzers, insbesondere im Falle des § 2030, nur soweit diese vor der Rechtshängigkeit erfolgt sind (§§ 999, 994 Abs 2).

\$ 2024

Ist der Erbschaftsbesitzer bei dem Beginne des Erbschaftsbesitzes in nicht in gutem Glauben, so hastet er so, wie wenn der Anspruch des Erben zu dieser Zeit rechtshängig geworden wäre²). Erfährt der Erbschaftsbesitzer später, daß er nicht Erbe ist, so hastet er in gleicher Weise von der Erlangung der Kenntnis an³). Eine weitergehende Haftung wegen Berzugs bleibt uns berührt⁴)⁵).

& I 2085, 2086 II 1898; M 5 591, 592; B 5 718, 719.

1. Beginn des Erbichaftsbesites mit bem Beitpunkte, wo der Besither mit Erbenwillen

etwas aus der Erbschaft erlangt hat, § 2018 21 3.

2. Haftung des bösgländigen Erdickers. Die Vorschriften betreffen sowohl den dinglichen und schuldrechtlichen Herausgabeauspruch (§§ 2018 A 3, 4; 2019 A 1; 2020 A 1), wie den Bereicherungsauspruch (§ 2021 A 2). Für den ersten kommen sonach gemäß § 2023 (vgl. A 1, 2 dazu) die Vorschriften der §§ 989ff. bereits von den in § 2024 Sat 1 und 2 als maßgebend bezeichneten Zeitpunkten ab zur Anwendung; für den Bereicherungsauspruch (vgl. § 2023 A 2) von den gleichen Zeitpunkten ab der § 818 Abs 4, also Haftung nach allgemeinen Vorschriften, d. h. ohne Veschränkung durch den Vegsall der Vereicherung sowie gemäß § 201 Verzinsung auch ohne Verzug. Nicht in gutem Glauben ist der Erbschaftsbesitzer, wenn er weiß oder aber infolge grober Fahrlässissfeit nicht weiß, daß er nicht Erbe ist (§ 932 Abs 2). Positive Kenntnis des Rechtsmangels wird also hier (anders im Falle von Sat 2, vgl. A 3) nicht gefordert (RG 56, 317). Das gilt sowohl für den Herausgabeauspruch (§§ 2018, 2019, 2020) wie für den Bereicherungsauspruch (§ 2021), während nach § 819 Abs 1 für letztern sonst positive Kenntnis des Rechtsmangels anch beim Empfange der Vereicherung für die verstärkte Hastung ersordert wird. — Hinschlich bes Inhalts der Haftung ist auf die Verschriften über die Rechtshängigkeit verwiesen; er bestimmt sich also für den Herausgabeauspruch nach § 2028 (A 2), für den Vereicherungsauspruch nach § 818 Abs 4 (vgl. § 2023 A 1).

anspruch nach § 818 Abs 4 (vgl. § 2028 A 1). 3. Zur später erlangten Kenntnis genügt nicht ber bloße Mangel bes guten Glaubens, ber Zweisel am eigenen Erbrecht. Das Geset verlangt vielmehr (übereinstimmenb mit §§ 819, 987, 955, 957, 990) "Ersahren", also bie positive Kenntnis des Erbschaftsbesitzers davon, daß

ihm tein Erbrecht zusteht (§ 1944 A 2; RG 56, 317).

4. Die Rechtslage bes gutgläubigen Erbschaftsbesibers wird badurch, bag er in Bergng

gerät (§§ 284, 285), für fich allein nicht verschlechtert; vgl. § 2028 A 2. Auch beim Eigentumsanspruch kommt eine Steigerung der Haftung durch Berzug nur gegenüber dem unredlichen Besitzer in Frage (§ 990 A 4). Sie besteht nach §§ 286, 287 in ber haftung für Schabensersah auch ohne weiteres Verschulden und unter Umständen für die durch Zufall eintretende Unmöglichkeit der Leiftung.

5. Beweislast. Der Erbe hat das Nichtvorhandensein des guten Glaubens zur Zeit des Besitheginns oder die spätere Renntniserlangung und beren Zeitpunkt, ebenso die Berzugs.

tatsachen nachzuweisen.

§ 2025

Sat der Erbschaftsbesitzer einen Erbschaftsgegenstand1) durch eine straf= bare Handlung2) oder eine zur Erbschaft gehörende Sache durch verbotene Eigenmacht exlangt³), so haftet ex nach den Boxschriften übex den Schadens= ersat wegen unerlaubter Sandlungen4). Gin gutgläubiger Erbschaftsbesitzer haftet jedoch wegen verbotener Eigenmacht nach diesen Borschriften nur, wenn der Erbe den Besitz der Sache bereits tatsächlich ergriffen hattes).

E I 2086 II 1899; M 5 591, 592; B 5 720-723.

1. Erbichaftsgegenstand sind sowohl die ursprünglich zur Erbschaft gehörigen Sachen und Rechte (§ 2018) wie die Surrogate (§ 2019) und die herauszugebenden Rutungen (§ 2020). Daß auch die Surrogate durunter fallen follen, ergibt fich baraus, daß diese nach § 2019 Abs 2 zur Erbschaft gehören und daß nach der Absicht der zweiten Kommission (Prot 5, 720) namentlich auch der Fall der Einziehung einer Nachlaßforderung ins Auge gefäßt war. Dagegen trifft § 2025 nicht den Fall, daß nicht ein Erbschaftsgegenstand, sondern in anderer Weise auf Kosten der Erbschaft ein Vorteil erlangt ist, z. B. Nichtzahlung einer Schuld infolge Aufrechnung einer Nachlaßforderung (§ 2018 A 3) oder nicht

herausgabefähige Augungen (§ 2020 A 1).

2. Strafbare Sandlungen, eine Unterart ber unerlaubten Sandlungen (§§ 829ff.), sind solche, die mit öffentlicher Strafe bedroht sind, sei es, baß Borsat ober (wie 3. B. bei Falscheib ober Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen, Sto'B § 163) nur Fahrläffigteit zum gesetzlichen Tatbestande erfordert wird. In Betracht kommen wird namentla die Aneignung von Erbschaftssachen in rechtswidriger Absicht (Diebstahl, Unterschlagung, §§ 242, 246), für die erforderlich ist, daß der Täter weiß, daß er nicht Erbe ist; ferner Betrug, Urkundenfälschung (§§ 263, 267), die zur Erlangung von Erbschaftsgegenständen, fei es gegenüber dem Erben selbst oder gegenüber bem Nachlaßgerichte, einem Nachlaßpfleger ober Testamentsvollstreder, begangen sein können ober auch (etwa durch Borlegung eines gefälschten Erbscheins) gegenüber einem Nachlaßschuldner; bei diesen Delikten ift es denkbar, daß der Tater hinsichtlich seines Erbrechts in gutem Glauben war und die strafbaren Handlungen lediglich zur Erleichterung des Rachweises dieses vermeintlichen Erbrechts begangen hat.

3. Berbotene Gigenmacht (§ 858), Gingriff in ben Befit, fei es bes Erben ober eines Dritten, durch Entziehung oder Störung, daher nur bei körperlichen Erbschaftsgegen-ständen (Sachen) und nur gegen den unmittelbaren Besitzer (RG 15. 3. 20 IV 473/19)

Beschränkung in Sat 2 (A 5).

4. Die haftung ift gesteigert burch Bestimmung einer Schabensersagpflicht nach ben Borichriften über unerlaubte Handlungen (§§ 828ff.). Sie geht also auf Herstellung bes früheren Zuftandes (§§ 828, 249). Der Erbschaftsbesiger ift auch für zufälligen Untergang oder sonstige zusällige Unmöglichkeit der Herausgabe, ohne Rücksicht auf Bereicherung (§ 2021), verantworklich (§ 848), zur Zinözahlung für geschuldeten Wertersat verpflichtet (§ 849) und kann nicht Ersat aller Verwendungen (§ 2022), sondern nur der notwendigen und nützlichen beanspruchen (§§ 850, 994—996), auch wenn er hinschtlich seines Erbrechts in gutem Glauben war (vgl. A 2). Der Scholensersatzahanspruch unterliegt der dreichteiten Resident

der dreisährigen Verjährung (§ 852). Der Herausgabeauspruch wird dadurch nicht berührt.
5. Da ber Besit nach § 857 von Gesetzes wegen auf den Erben übergeht, so enthält an sich jede Besignahme von Erbschaftssachen, die beim Tobe des Erblaffers in bessen Besit waren, durch einen andern als ben Erben, auch wenn dieser die tatsächliche Gewalt über sie noch nicht erlangt hatte, einen Eingriff in seinen Besit und beshalb verbotene Eigenmacht im Sinne des § 858; deshalb würde auch in solchem Falle neben den gewöhn-lichen Besissschubmitteln der Schadensersatauspruch bes § 2025 Satz 1 Blatz greifen. Diese Folge schließt Satz 2 gegenüber dem gutgläubigen Erhöchstesbesitzer (§ 2024 A 2) für den Fall aus, daß der Erbe den Besit noch nicht tatfächlich ergriffen, also die tatsächliche Gewalt über die Sache noch nicht mit Besitwillen erlangt hatte. Ift dies aber der Fall gewesen, so haftet der Erbschaftsbesitzer wegen der eigenmächtigen Besitzentziehung auf Schabensersatz, auch wenn er hinsichtlich seines Erbrechts in gutem Glauben war.

8 2026

Der Erbschaftsbesitzer kann sich dem Erben gegenüber¹), solange nicht der Erbschaftsanspruch verjährt ist²), nicht auf die Ersitzung einer Sache berusen, die er als zur Erbschaft gehörend im Besitze hat³) ⁴).

Œ I 888 II 1900; M 3 856; B 3 286, 287; 6 284, 285.

1. Der gutgläubige Erbschaftsbesitzer (§ 2024 A 2) ist Eigenbesitzer der von Anfang an oder durch Surrogation (§ 2019) oder als Nutungen (§ 2020) zur Erbschaft gehörigen beweglichen Sachen. Er erwirdt mithin das Eigentum an ihnen durch zehnjährigen Besitz, sofern er nicht vorher ersährt, daß er nicht Erbe ist (§ 987). Das so erwordene Eigentum kann er Dritten gegenüber zunächst unbeschräuft geltend machen, insbesondere durch Bindikation oder Abwehrklage (§§ 985, 1004), während der Erbe dazu nicht mehr legitimiert ist. Der Erbe kann aber den noch nicht verjährten Erbschaftsanspruch gegen den Erbschaftsbesitzer erheben und dieser kann sich ihm gegenüber auf die Erstitzung nicht berufen, muß ihm also die Sachen herauszeden. Der gerauszabeauspruch des Erben kann nur ein schulderechtlicher sein, da das BGB ein geteiltes Eigentum nicht kennt (vgl. § 903 A 1). Durch die Heruszabe erssischt das Eigentum des Erbschaftsbesitzers und der Erbe wird auch Dritten

gegenüber wieder zur Geltendmachung von Eigentumsansprüchen legitimiert.

2. Dadurch ist eine **Berjährung des Erbschaftsanspruchs** als eines Gesamtanspruchs anerkannt. Sie ergreift die Erbschaft als Ganzes und beginnt deshalb nach § 198 einbeitlich mit dem Zeitpunkte, in welchem der Erbschaftsbesitzer "etwas" aus der Erbschaft erlangt hat, wenn auch die Sache, um deren Ersitzung es sich handelt, erst später in seinem Besitz gelangt ist. — Steht dem Erbschaftsbesitzer ein Erdrecht zu, das aber ansechtbar ist (§§ 2078, 2340; vgl. § 2018 A 2), so beginnt die Verzährung nach § 200 nicht erst mit der Ausübung des Ansechtungsrechts, also der Ansechtungserkärung, sondern schon mit der Ausübung des Ansechtungsrechts, also der Ansechtungserkärung, sondern schon mit der Ausüsung der Ansechtung, also sobald derzeuige, gegen den sich die Ausechtungrichtet, etwas aus der Erbschaft erlangt hat; die Kenntnis des Ansechtungsberechtigten von dem Ansechtungsgrunde ist zum Beginne der Berjährung nicht ersordels. Die Unterdrechtung der Berjährung wirtt hinsichtlich des gesanten Auspruchs, wenn der Klageantrag aus der Erbschaft als Gauzes gerichtet war, sonst nur hinsichtlich der in dem Klageantrage bestimmt bezeichneten Sachen (vgl. § 2018 A 4). Ist die Unterbrechung nur von einem einzelnen Miterben herbeigeführt, so kommt sie nur diesem zustatten (§ 2039 A 2). Bzl. auch § 2027 A 1. — Die Daner der Berjährungsfrist ist, abgesehen von dem Schadensersaussprührunge des § 2025 (A 4), der der breijährungsfrist ist, abgesehen von dem Erdschenserschanschrieben Berjährungsfrist auch seinem Rechtsnachsolger (§ 2030) zustatten. — Auch durch den Ablanf der Berjährungsfrist erlangt der Erbschaftsbesitzer nicht die rechtliche Etellung des Erden; er haste daher nicht sür der Kachsachsprechindlichseiten; der wirkliche Erbschliche stellung des Erden; er haste daher nicht sür den Rachsachsprechindlichseiten; der wirkliche Erbschliche stellung des Erden; er haste daher nicht sür kachsachsprechindlichseiten; der wirkliche Erbschliche

3. Als zur Erbschaft gehörend hat der Erbschaftsbesiher auch solche Sachen im Besihe, die in fremdem Sigentume stehen, von denen er aber glaubt, daß sie zur Erbschaft gehören. Auch an diesen Sachen erwirdt durch die Ersitzung zunächst der Erbschaftsdesitzer das Eigentum, muß sie aber dem Erben herausgeben, wenn dieser den unverjährten Erbschaftsanspruch geltend macht; der Erbe wird dann auf Grund der von dem Erbschaftsdesitzer vollendeten Ersitzung Sigentilmer, auch wenn er selbst nicht in gutem Glauben hinsichtlich der Zugehörigkeit der Sache zur Erbschaft war. Ersolgt die Herausgabe während des Laufes der Erstungszeit, so kommt die zugunsten des Erbschaftsbesitzers abgelaufene Ersitzungszeit dem Erben zustatten (§ 944); dieser kann die Ersitzung aber nur vollenden, wenn er guten Glaubens ist und bleibt (§ 937 Abs 2). — Hür die Ersitzung des Erundstacht, da ihr Lauf und ihre Vollendung regelmäßig mit der Verjährung des Erbschaftsanspruchs zusammenkallen wird (§ 900). — Eine Ersitzung der Erbschaftsanspruchs zusammenkallen wird (§ 900). — Eine Ersitzung der Erbschaftsanspruchs

rechts ift dem BGB unbefannt.

4. Beweislast. Der sich auf Erstjung berufende Erbschaftsbesitzer hat außer bieser auch die Berjährung des Erbschaftsansbruchs zu beweisen.

§ 2027

Der Erbschaftsbesitzer ist verpflichtet, dem Erben¹) über den Bestand der Erbschaft und über den Verbleib der Erbschaftsgegenstände Auskunft zu erteilen²).

Die gleiche Verpflichtung hat, wer, ohne Erbschaftsbesitzer zu fein, eine

Sache aus dem Nachlaß in Besit nimmt, bevor der Erbe den Besit tat- jächlich ergriffen hat3).

& I 2082 II 1901; M 5 586, 587; A 5 697—699, 704, 707, 708, 715, 716.

1. Die Auskunftspflicht besteht auch gegenüber dem Nachlaßpfleger (§ 1960), dem Nachlaßverwalter (§ 1985), dem verwaltenden Testamentsvollstrecker und dem Nachlaßkonkursverwalter; nach Sintritt der Nacherbsolge auch gegenüber dem Nacherben (DLG 21, 310). Der Ehemann im gesetlichen Güterstand kann wegen einer der Fran anerfallenen Erbschaft das Recht auf Auskunft geltend nachen entweder mit Zustimmung der Fran oder in der Weise, daß er Leistung an die Fran verlangt (RG 77, 34; 92, 157). Auskunftspflicht des Erben gegenüber dem Pflichtteilsberechtigten § 2314. Durch die Klage auf Auskunftserteilung wird nach KG 115, 28 die Verjährung des Pflichteilsanspruchs nicht unterbrochen; gleiches wird für die Unterbrechung der Verjährung des Erbschaftsanspruchs (§ 2026 A 2) durch die Klage auf Auskunftserteilung nach §§ 2027, 2028

zu gelten haben.

2. Der Erbschaftsbesitzer hat, weil er zur Herausgabe nach §§ 2018ff. verpflichtet ift. dem Erben schon nach § 260 ein Berzeichnis bes Bestandes der Erbichaft vorzulegen und, wenn die Boraussehungen bes § 260 Abs 2 vorliegen, den Offenbarungseid zu leiften. Das Berzeichnis hat ben Bestand zur Beit seiner Aufstellung zu ergeben einschließlich ber herauszugebenden Surrogate (§ 2019) und Rutungen (§ 2020). Darüber hinaus hat aber der Erbschaftsbesitzer auch Auskunft über den Berbleib der Erbschaftsgegenstände an erteilen, also berjenigen Gegenstände, beren Bugehörigkeit zur Erbschaft (infolge eines früher etwa aufgestellten Nachlagverzeichnisses ober auf sonstige Weise) festgestellt ist, die aber nicht mehr in ber Erbschaft vorhanden sind oder beren Aufbewahrungeort nicht befannt ift. Bal. über den Begriff des Berbleibes im übrigen § 2028 2 2. Der Erbschaftsbefiger hat anzugeben, was ihm darüber bekannt geworden ift; weiter erstreckt sich seine Auskunftspflicht nicht. Er wird sonach Rechenschaft abzulegen haben über die Beränderungen, die der Erb. schaftsbestand, soweit er in seinen Besit gelangt ift, durch Beräußerungen, Untergang, Berschlechterung erlitten hat. Wertangabe der Aftiva und Angabe der Nachlagverbindlichkeiten (§ 2001) ift nicht erforderlich (DLG 18, 337; 20, 428; 26, 297). — Darüber, ob durch eine nach erfolgter Berurteilung erteilte Auskunft der Auskunftspflicht genügt ist, ist im Bivangevollstredungeverfahren auf Bollstredungegegenklage (§ 767) zu entscheiben. Sat aber der Verpflichtete eine formell genügende Auskunft erteilt, so kann eine Bervoll. ftandigung in der Regel nur durch Unhalten jum Offenbarungseide erzielt werden; eine Berurteilung zu weiterer Auskunftserteilung ift regelmäßig ausgeschlossen und nur bann ausnahmsweise zulässig, wenn ein ganzer selbständiger Bermögensteil, z. B. der Anteil an einem Geschäfte, in die Austunft nicht aufgenommen war (988 84, 44; 20. 11. 19 IV 246/19). -Die Auskunftspflicht liegt nur dem Erbschaftsbesitzer im technischen Sinne (§ 2018 A 2) ob, wird also durch das bloße Berlihmen mit dem Erbrechte, auch wenn deswegen Feststellungs. klage erhoben ist, nicht begründet. Ein Miterbe wird nicht daburch Erbschaftsbesitzer und daher gemäß Abs 1 austunftspflichtig, daß er von Erbschaftsgegenständen für die Gesamtheit der Erben Besitz ergriffen hat, wohl aber, wenn er ein über seinen Erbteil hinausgehendes Erbrecht für sich in Anspruch genommen hat (§ 2018 A 2; NG 81, 32) und 295); im übrigen vgl. Abf 2 (A 3). Darüber, inwieweit Miterben als solche untereinander auskunftspflichtig sind, vgl. § 2038 A 7. Der Anspruch auf Auskunftserteilung gehört jum Rachlaffe und unterliegt deshalb den Borfchriften bes § 2039; die Mitteilung eines einzigen Berzeichniffes für alle Erben wird in ber Regel genügen (DDG 30, 186; bgl. 98 in L3 1919, 123917). Der Anspruch tann im Gerichtsftande des § 27 390 erhoben werden. — Auskunftspflicht im Falle unrichtigen Erbscheins § 2362 Abf 2.

3. Wer Erbschaftsgegenstände auf Grund behaupteten Einzeltitels oder ohne jeden Titel (pro possessore) besitzt, ist nicht Erbschaftsbesitzer und dem Erbschaftsanspruche, sowie der aus diesem sich ergebenden Auskunstspslicht (Abs 1) nicht ausgesetzt (§ 2018 A 2). Ausnahmsweise kann er jedoch auf Auskunstspslicht (Abs 1) nicht ausgesetzt (§ 2018 A 2). Ausnahmsweise kann er jedoch auf Auskunstspslicht (Abs 1) nicht ausgesetzt (§ 2018 A 2). Ausgand werden, wenn er eine Sache aus dem Rachtasse, d. h. nach eingetretenem Erbsalle und swie wohl angenommen werden muß) in Kenntnis von diesem, in Besitz genommen hat, solange der Erbe, auf den der Besitztaft der Fiktion des § 857 rechtlich übergegangen ist (§ 1922 A 5), den Besitz tatsächlich noch nicht ergriffen hat, also die tatsächliche Gewalt weder selbst noch durch einen Besitztiener ausübt (§§ 854, 855), noch zu dem unmittelbaren Besitzt in ein Berhältnis gemäß § 868 (A 5) getreten ist. Die Auskunstspslicht besteht ohne Rücksicht darauf, ob die Besitzuahme bösgläubig in rechtswidziger Absicht besteht ohne Rücksicht darauf, ob die Besitzuahme bösgläubig in rechtswidziger Absicht der gutzläubig in der Meinung, zum Besitze berechtigt zu sein, z. B. als Eigentümer ober als Bächter oder Mieter des Erbschaftsbesitzes oder auch als Geschäftsführer des angeblichen Erben, ersolgt ist. Auch derzienige, dem ein Recht auf den Besitz wirklich zusteht, z. B. wer noch vom Erbsasser

übergeben erhalten hatte, macht sich auskunftspflichtig, wenn er sie in der in Frage stehenden Beit eigenmächtig in Besit nimmt. Eine gegen den bereits tatsächlich besitsenden Erben begangene Eigenmacht macht nur auskunftspflichtig, wenn dadurch Erbschaftsbesit begründet wird. Gleiches gilt für den Miterben, der ohne ein über seinen Erbteil hinausgehendes Erbrecht in Anspruck zu nehmen (vol. A 2), Nachlaßgegenstände behufs ordnungsmäßiger Verwaltung des Nachlasses (§ 2038 Abs 1 Sat 2) ohne Einwerständnis der übrigen Miterben in Bests nimmt und darüber durch Verkauf verfügt (NG Gruch 48, 973; 22. 11. 06 IV 186/06, 26. 2. 23 IV 289/22, Recht 1923 Rr 1177). — Der Gerichtsftand des § 27 BBD ist im Kalle des Abs 2 nicht gegeben.

§ 2028

Ber fich zur Zeit des Erbfalls mit dem Erblaffer in häuslicher Gemeinicaft befunden hat,1) ist verpflichtet, dem Erben auf Berlangen Austunft darüber zu erteilen, welche erbichaftliche Geschäfte er geführt hat und was ihm über den Berbleib der Erbschaftsgegenstände bekannt ist2).

Besteht Grund zu der Annahme, daß die Auskunft nicht mit der erforderlichen Sorgfalt erteilt worden ift, fo hat der Berpflichtete auf Berlangen des

Erben den Offenbarungseid dahin zu leiften:

daß er feine Angaben nach bestem Biffen fo vollständig gemacht habe, als er dazu imstande sei3).

Die Borichriften des § 259 Abf 3 und bes § 261 finden Unwendung 1). Œ II 1902: B 5 715, 716.

1. Auch ohne daß Erbschaftsbesit ober ein Eingriff in den Nachlaß vorliegt (§ 2027), begründet ichon die Tatfache hauslicher Gemeinschaft mit dem Erblaffer zur Zeit seines Todes die Berpflichtung zu gewissen Auskünften. Dabei ist nicht vorausgesetzt Zugehörigkeit zum Hausstande (§ 1617), ober gar, wie in § 1969, Familienangehörigkeit und Bezug des Unterhalts. Unter Umständen genügt es z. B., daß ein auswärts wohnendes Famisienglied aus Anlaß der letzten Krankheit des Erblassers besuchsweise seine Wohnung geteilt hat (NG 80, 285). Aberhaupt erscheint auskunftspflichtig jeder, der zu dem Erblasser und zu den ihm gehörigen Sachen zur Zeit des Todes in eine derart enge räumliche Beziehung getreten war, daß ihm jederzeit die Möglichkeit offenstand, "sich eine mehr oder weniger genaue Kenntnis von dem Berbleib der Erbichaftsgegenstände zu verschaffen und sich an diesen zu vergreifen"; jo RG Warn 1922 Rr 75. Ob diese Ausdehnung des Begriffs der häuslichen Gemeinschaft nicht zu weit geht, muß als zweifelhaft bezeichnet werden. Hierher gehören auch Bersonen, die auf Grund eines Bertragsverhältnissen nicht blog vorübergehend ben Hausstand geteilt haben, 2. B. Dienstboten. Auch ber Miterbe, wenn er Hausgenosse des Erblassers war, ist zur Auskunft nach § 2028 verpflichtet (RG 58, 89; 80, 287).

2. Begriff ber erbichaftlichen Geichäfte § 1959 A 1, 2. Auch hier ift vorausgesett, daß es sich nicht um pro herede gestio handelt, da sonst regelmäßig Erbschaftsbesit im Sinne von § 2018 anzunehmen sein wird. Der Hausgenosse hat sich vor allem darüber zu äußern, ob er solche Geschäfte gesührt hat. Insweit dies geschehen, ist die Auskunftspflicht ohnedies aus §§ 681, 666, 259, 260 begründet. Darüber hinaus hat er aber auch mitzuteilen, was ihm sonft über den **Berdleib der Erbschaftsgegenstände** bekannt ist, d. h. über den Berwahrungsort und das Schicksal derjenigen Gegenstände, deren Zugehörigkeit zur Erbschaft feststeht, die aber verschwunden sind. Dagegen ist er zur Auskunft über den Bestand der Erbschaft als Inbegriff, d. h. darüber, was zur Erbschaft gehört (§ 2027 A 2) und demgemäß auch zur Borlegung eines Berzeichnisses (§ 260) oder zur Rechnungs legung über andere als die von ihm geführten einzelnen Geschäfte, nicht verpflichtet (RG 3B 02 Beil 266197; RG Warn 1920 Kr 171; 1922 Rr 75). Unter die Auskunftspflicht des hausgenoffen fallen auch Gegenstände, die schon vor bem Erbfalle beifeite geschafft worden sind (**AG** 28. 11. 12 IV 265/12; vgl. **AG** 81, 296); nicht aber Schenkungen, die der Erblasser bei Ledzeiten dem Hausgenvolsen gemacht hat (**AG** 84, 206; 73, 371; 9. 10. 19 IV 130/19). Sie auf körperliche Sachen, einschließlich der Urkunden über Rechte, zu beschränken (so die zweite Auflage dieses Kommentars), dürfte der Ausdruck "Berbleib" nicht nötigen, da auch bei Nechten von einem "Verbleib" gesprochen werden kann, z. B. wenn eine Forderung eingezogen worden ist, ohne daß feststeht, wer sie eingezogen hat. Unter dem "Verbleibe" ist nicht nur der örtliche, sondern auch der wirtschaftliche Verbleib zu verstehen (Vrot 5, 715), d. h. Auskunft darüber, ob und welcher Werterfat für die verschwundenen Gegenstände in den Nachlaß gelangt ist. Die Auskunftspflicht geht nur so weit, als das Wissen des hausgenossen sich erstreckt. 3. Der Offenbarungseid unterscheibet sich von § 260 badurch, daß nicht die Bollständig. teit des "Bestandes", sondern nur der nach Abs 1 zu machenden "Angaden" zu beschwören ist. Er kann, wenn der Eidespslächtige hierzu bereit ist, als Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit vor dem Nachlaßgerichte geleistet werden (FGG §\$ 163, 79). Wird der Eid verweigert, so kann er nur im Klagewege erzwungen werden und ist dann vor dem Prozeszeichte zu schwören (BPO § 889). Die Verureilung zur Leistung des Offenbarungseids kann erst verlangt werden, nachdem die Auskunst erteilt worden ist; die Weigerung der Erteilung oder der Verdacht, sie werde unsorgsätig erteilt werden, genügt nicht (KG Warn 1922 Kr 75; KG 73, 243; Warn 1920 Kr 171). Sine ausdehnende Auslegung des Wortlautes auf den Fall, daß mit Sicherheit vorauszusehen ist, die Auskunst werde nicht mit der erforderlichen Sorgsalt erteilt werden, sehnt das Reichsgericht ab. Der Offenbarungseid wird danach dei Weigerung des Auskunstspssichtigten, die Auskunst zu erteilen, nur auf dem Umwege erzwungen werden können, daß zunächst auf Erteilung der Auskunst geklagt und auf Erund der rechtskräftigen Verunteilung zu dieser die Zwangsmaßnahmen aus § 888 ZPO zur Anwendung gebracht werden; sühren diese nicht dazu, daß die Kuskunst erteilt werde, io ist auch die Klage auf Verunteilung zur Leistung des Offenbarungseids nicht durchführbar.

4. § 259 Ubi 3: feine Eidespflicht in Angelegenheiten von geringer Bedeutung. § 261:

Buftandigkeit, Abanderungemöglichkeit, Roftenlaft.

\$ 2029

Die Haftung des Erbschaftsbesitzers1) bestimmt sich auch gegenüber den Ansprüchen, die dem Erben in Ansehung der einzelnen Erbschaftsgegenstände zustehen1), nach den Borschriften über den Erbschaftsanspruch2).

Æ I 2088 II 1908; M 5 592, 598; B 5 722, 728.

1. Der Erbe kann auch gegen benjenigen, ber mit ber Behauptung, Erbe zu sein (pro borodo), besitt und gegen ben beshalb ber Erbschaftsanspruch geht, die gewöhnlichen dinglichen und schuldrechtlichen Ansprüche in Ansehung ber einzelnen Erbschaftsgegentanbe erheben, also die Herausgabe einer Sache mittels der Eigentumstlage (§ 985) verlangen, Bereicherungsansprüche (§§ 812ff.), insbesondere auf Erfat für eine vom Erb. ichaftebesiber eingezogene Nachlafforberung, und Schadensersationsprüche wegen uner-laubter handlung (§§ 828ff.) erheben. Es bedarf hierzu des Nachweises, daß ber Gegenftand zum Bermogen bes Erblaffers gehört hat und daß ber Klager Erbe geworden ift. Nach bem erften Entwurf (§ 2088) follte biefen Singulartlagen gegenüber ber Erbichaftsbesiter m Wege der Einrede verlangen können, daß seine Verpssichtung nach den Vorschriften über den Erbschaftsanspruch beurteilt werde. Nach der jezigen, auf Beschlissen vernen ein solcher Einwand nicht erhoben wird, die Haftung bes Erbschaftsbesitzer nach diesen Borschriften zu beurteilen; es hat sie asso insoweit von Amts wegen anzu-wenden. Doch wird die Anwendung nach den prozessualen Verhandlungsgrundsäten vor-aussetzen, daß aus dem Vortrage der Parteien, sei es des Alägers oder des Beklagten, sich ergibt, daß der Beklagte ein Erbrecht in Anspruch nimmt; eine Ermittlung darüber von Amts wegen durfte über die Aufgabe des Gerichts (§ 139 3BD) hinausgehen. Liegen die Boraussetzungen für bie Anwendung vor, fo find die Borichriften anzuwenden ohne Rudficht barauf, ob sie bem Erbschaftsbesitzer zum Borteile ober zum Nachteile gereichen. Insbesondere hat demgemäß auch die die Haftung des Erbschaftsbesitzers im Berhältnisse zu dem gewöhnlichen Bereicherungsaufpruche verschärfende Borfdrift über die Borausjegungen der Bösgläubigkeit (§ 2024 A 2) Anwendung zu finden. Als Borschriften über die Haftung des Erbschaftsbesitzers werden alle Borschriften anzusehen sein, welche die Art und den Umfang seiner Leistungspflicht betreffen; dazu gehören aber die Borschriften über die Herausgabe der Surrogate und Nutungen (§§ 2019, 2020), über den Ersat von Berwendungen (§ 2022 A 2, 3), über die Wirkungen der Rechtshängigkeit (§ 2023), sowie über die Voraussietungen (vgl. oben) und Folgen der Bösgläubigkeit (§ 2026); auch über die Verjährung und den Einwand der Ersthung (§ 2026 A 2), so mit Recht Pland-Flad Erl 1 Abs 2 u. Erl 2; a. M. die fünfte Auflage dieses Kommentars. Die Vorschrift über den besonderen Gerichisstand des Erbschaftsauspruchs (§ 27 BBD) findet auf die Singularklagen keine Anwendung. Die Anwendung der Borschriften über den Erbschaftsauspruch führt dazu, daß

2. Die Anwendung der Vorschriften über den Erbschaftsanspruch führt dazu, daß der gutgläubige Erbschaftsbesitzer (§ 2024 A 2), der zur Derausgabe eines erlangten Erbschaftsgegenstandes nicht imstande ist, nur soweit hastet, als er durch den Besitz der Erbschaft im ganzen bereichert ist (§ 2021 A 2) und daß die Serausgabe nur verlangt werden tann gegen Ersat aller (nicht nur der notwendigen und nützlichen) Verwendungen und auch solcher, die nicht auf den mit der Singularklage verlangten Erbschaftsgegenstand, sondern auf andere Erbschaftsgegenstände oder auf die Erbschaft als Ganzes gemacht sind (§ 2022 A 2, 3). Das Zurückbehaltungsrecht wegen solcher Verwendungen kann der Erbschafts

besither, ungeachtet § 863, auch gegenüber Singularklagen aus dem Besithe (§§ 861, 862) insoweit geltend machen, als es gegenüber dem Erbschaftsanspruche begründet sein würde, demnach aber nur, wenn er gutgläubig ist und der Erbe den Besith der Sache noch nicht tatsächlich ergrissen hatte, da andernfalls auch dem Erbschaftsanspruche gegenüber dem Aurückehaltungsrechtseinwande die Replik der Haftung auf Schabensersat durch Herstellung des früheren Zustandes (§ 249) wegen verdotener Eigennucht entgegenstehen würde (§ 2025).— Der Rechtsnachsolger des Erbschaftsbesitzers im Besithe einzelner Sachen (wegen des Nechtsnachsolgers im Besithe der Erbschaft als Ganzen vol. § 2030) kann nur für die von dem Erbschaftsbesitzer auf die einzelne Sache gemachten Verwendungen nach Waßgade des § 999 Ersat verlangen; auf ihn bezieht sich § 2029 nicht. — Rechtskraft hinsichtlich des Erbrechts wird durch Zusprechungo der Abweisung der Singularklage ebensowenig erzeugt wie dei dem Erbschaftsbesitzer durch Erhebung einer Inzidentsselitzer durch Erhebung einer Kontschaftsbesitzer durch Erhebung einer Kontschaftsbesitzer burch Erhebung einer Kontschaftsbesitzer durch Erhebung einer Kontschaftsbesitzer untschein der Erbschaftsbesitzer durch Erhebung einer Kontschaftsbesitzer untschein der Erbschaftsbesitzer durch Erhebung einer Kontschaftsbesitzer untschaftsbesitzer burch Erhebung einer Kontschaftsbesitzer

§ 2030

Ber die Erbichaft durch Bertrag von einem Erbschaftsbesitzer erwirbt1), steht im Berhältnisse zu dem Erben einem Erbschaftsbesitzer gleich2).

€ II 1904; \$ 5 723, 724.

- 1. Durch den Berkauf oder einen anderweitigen auf Beräußerung gerichteten Bertrag über eine ganze Erbschaft (§§ 2371, 2384) entsteht zunächst nur eine schuldrechtliche Berpflichtung bes Berkäufers auf Herausgabe ber zur Erbschaft gehörigen Gegenstände an den Räufer (§ 2374). Bon einem Erwerbe ber Erbichaft durch ben Räufer tann erft die Rede fein, wenn ihm auf Grund des Beräußerungsvertrags Erbschaftsgegenstände übereignet worden sind; erst dann hat er etwas "aus der Erbschaft erlangt", und zwar auf Grund des von seinem Verkäuser beanspruchten, aber nicht bestehenden Erbrechts, und wird deshalb im Verhältnisse zum Erben einem Erbschaftsbesitzer gleichgestellt (A 2). Die Veräußerung des Anteils eines Miterben (§ 2083), der gleichfalls unter den Begriff der Erbschaft fällt (§ 1922 Abf 2), durch den "Besitzer" dieses Anteils (Erbschaftsbesitzer im Sinne des § 2018) ist zwar als dingliche Berfügung möglich (§ 2033), aber als Berfügung eines Richtberechtigten unwirksam (§ 185); auch hier kann daher von einem "Erwerbe" der Erbschaft erst die Rede sein, wenn der Erwerber tatsächlich etwas aus der Erbschaft erlangt hat (§ 2018 A 3). Ist dieser Fall eingetreten, so kann der Erbe den Erbschaftsanspruch unmittelbar gegen den Erwerber richten. Er kann aber auch das von dem Veräußerer für die Beräußerung erhaltene Entgelt (Raufpreis) als Surrogat gemäß § 2019 von dem Beräußerer herausverlangen. Daß es dazu einer Genehmigung der Beräußerung durch ben Erben bedürfte (so Bland Erl 2) und daß diese beshalb regelmäßig in der Erhebung des Unspruchs gegen den Beräußerer gefunden werden musse, wodurch der Erbe jeden Anspruch gegen den Erwerber verliere (fo die zweite Auflage dieses Kommentars), kann nicht zugegeben werben; auch bas, was der Beräußerer auf Grund der rechtlich unwirksamen, aber tatsächlich erfolgten Weggabe von Erbschaftsgegenständen als Entgelt erhalten hat, ist "mit Mitteln ber Erbschaft" erlangt und unterliegt beshalb als Surrogat bem Herausgabeanspruche bes Erben, bessen Rechte erheblich gefährdet sein würden, wenn er, um biesen werber bezahlten Entgelts durch diesen f. A 2. — Die Vorschriften bes Paragraphen werden über den Wortlaut hinaus entsprechend auch auf den Erwerb der Erbschaft Unwendung finden können, der nicht auf Grund Bertrags (unter Lebenden oder Erbvertrag), sondern auf Grund lettwilliger Verfügung, und zwar Bermächtniffes ber Erbschaft durch den Erbschaftsbesitzer an einen Dritten, erfolgt ist; daß der (gesetliche oder eingesetzte) Erbe des Erbschaftsbesitzers wie dieser zur Herausgabe verpflichtet ist, ergibt sich schon aus allgemeinen Grundfaten.
- 2. Den britten Erwerber, gleichviel, ob er die Erbschaft gegen ober ohne Entgelt erlangt hat, trifft in demselben Umfange wie den Erbschaftsbesitzer die Pflicht zur Serausgabe auch der Surrogate (§ 2019), der Rutungen (§ 2020) und gegebenenfalls der Bereicherung (§ 2021). Den gezahlten Kauspreis kann der gutgläubige Erwerber der Erbschaft (§ 2024 A 2) sowohl gegenüber dem Herausgabeanspruch als Berwendung (§ 2022; a. M. die zweite Auflage diese Kommentars; auch Planck Erl 1), wie auch als Minderung der Be-

reicherung gegenüber dem Bereicherungsanspruchs (§ 2021) in Anrechnung bringen, jedenfalls soweit er nicht durch den ihm gegen den Veräußerer zustehenden Gewährleistungsanspruch (§ 2876) gedeckt ist. Die Ausschlicht, welche den Auspruch auf Erstattung des gezahlten Kauspreises gegenüber dem Herausgabeanspruch nicht zulassen will, berücklichten wohl nicht genügend, daß nach § 2022 Abs 1, 2 alle Verwendungen, d. h. alle dem Erbschaftsbesiger durch dem Erbschaftsbesigt erwachsenen Ausprendungen ohne Nückschlaftsauf Notwendigkeit oder Nückschlichteit (§ 2022 A. 4), wozu im Falle des Erbschaftserwerds auch die Ausschlafteit den Erwerd gehören, zu erstatten sind; sie dürste auch mit dem Schutz gegen Benachteiligung, den das Geset dem gutzläubigen Erbschaftserwerder, wie Erbschaftsbesiger, gewähren will, kaum in Einklang zu dringen sein. —Auch im übrigen gelten die Bestimmungen der §§ 2022—2027 Abs 1, 2029 auch für den Erwerder der Erbschaft. Insbesondere kaun er als Rechtsnachsolger des Erbschaftsbesigers (entsprechend § 999) auch die von diesem gemachten Berwendungen vom Erden erset verlangen und gemäß § 948 sich auch auf dessen Erstungszeit berusen. Der Erbschaftsbesigert verlangen und gemäß § 948 sich auch auf dessen Erstungszeit berusen. Der Erbschaftsbesigert bes Grickisten über den Erwerde nicht ausgeschlossen, die Vorschriften über den Erwerde im guten Glauben vom Nichtberechtigten sinden nur auf den Erwerd einzelner Erbschaftssachen Anwendung. Die derschärfte Haftung gemäß §§ 2024, 2025 tritt aber nur ein, soweit die Voraußehungen dassür (böser Glaube, krasdare Handung, verdotene Eigenmacht) in der Verson des Erwerders gegeben sind.

- § 2031

überlebt eine für tot erklärte Person den Zeitpunkt, der als Zeitpunkt ihres Todes gilt¹), so kann sie die Heransgabe ihres Bermögens nach den für den Erbschaftsanspruch geltenden Borschriften verlangen²). Solange der für tot Erklärte noch lebt, wird die Berjährung seines Anspruchs nicht vor dem Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkte vollendet, in welchem er von der Todeserklärung Kenntnis erlangt³).

Das gleiche gilt, wenn der Tod einer Berfon ohne Todeserklärung mit

Unrecht angenommen worden ist4).

E I 2089 II 1905; M 5 597—599; B 5 725, 726; 6 816, 817.

1. Der Zeithuntt des Todes im Falle ber Todesertlärung ift nach BBB § 18 Abf 1,

BBD § 970 im Ausschlußurteile festzustellen.

2. Die Unwendung der Borichriften über ben Erbichaftsanspruch fann nur eine ent. iprechende sein. Der für tot Erflarte hat babei bie Stellung bes Erben; berjenige, ber infolge der Todeserklärung auf Grund des vermeintlichen Erbfalls etwas aus dem Bermögen bes für tot Ertlärten erlangt hat, bie Stellung bes Erbichaftsbesitzers (§ 2018), und zwar ohne Rudicht barauf, ob im Falle wirklich eingetretenen Tobes er ober ein anderer ale Erbe berufen, er alfo bann wirklicher Erbe ober auch nur Erbichaftsbesitzer geworden fein wurde. Auch fein Rechtsnachfolger gemäß § 2030 fteht bem Erbichaftsbefiger gleich. - Den aus § 2031 fich ergebenben, bem Erbichaftsanfpruche entsprechenden Gefamtanipruch (Borbem ju § 2018) auch einem verschollen Gewesenen gegen benjenigen zu gewähren, ber sich als der Berschollene ausgegeben und dadurch in den Besit seines Bermogens geseht hat (wie Strohal II 381 will), burfte in Ermanglung einer dazu berechtigenden Gesetzesvorschrift bebenklich fein; ber Burudgefehrte wird in folchem Falle fich mit ben gewöhnlichen Singularklagen begnugen muffen. — Wird festgestellt, baß ber für tot Erklärte vor bem im Aus-ichlugurteile bezeichneten Zeitpunkte gestorben ift, so ist für benjenigen, ber bemaufolge gur Erbschaft berusen ist, gegen benjenigen, der die Erbschaft auf der Grundlage des nach Maß-gabe des Ausschlußurteils angenommenen Beitpunktes des Erbsalls erhalten hat, der ge-wöhnliche Erdschaftsanspruch begründet. Stirbt der für tot Erklärte später als in dem Auschlugurieile angenommen, so geht der für ihn bereits begründete Anspruch aus § 2031 auf einen Erben über; doch verliert er seine besondere Natur und stellt sich als ein wirklicher Erbchaftsanspruch eines Erben gegen einen Erbschaftsbesither dar; a. M. Kipp § 66 U 22; Pland Erl 1 Abi 2. Ein prattischer Unterschied wird sich baraus nicht ergeben, ba auch auf ben aus § 2031 begründeten Unspruch von vornherein die Borschriften über den Erbichaftsanspruch Anwendung zu finden hatten.

3. Sat 2 beugt dem vor, daß zum Schaden des vermeintlichen Erblassers die 30jährige Berjährung des Erbschaftsanspruchs abgelaufen oder dem Ablaufen nahe ist (§§ 195, 198), wenn er von seiner Todeserklärung oder davon, daß er als gestorben gilt (Abs 2), Kenntnis erlangt. Der Zeitpunkt erlangter Kenntnis ist vom Anspruchsgegner zu beweisen. Stiedt der für tot Erklärte nach Ablauf der gewöhnlichen Berjährungsfrist von 30 Jahren, aber früher als ein Jahr nach erlangter Kenntnis, so ist die Berjährung vollendet; seine nunmehr zur Erbschaft berusene Erben können sich auf die Berlängerung der Frist nicht berusen.

4. Die irrtimliche Annahme des Todes kann 3. B. auf dem Erunde unrichtiger Sterbeurkunden beruhen. Sie liegt auch vor, wenn das Ausschlußurteil mit Erfolg angesochten worden ist (3BD §§ 975 Abi 2, 978). Ühnlich beim Erbschein § 2870. Ist die Annahme des Todes hinfällig, so kann der Anspruch aus § 2031 auch von einem bestellten Abwesenheitspfleger (§ 1911) versolgt werden.

Bierter Titel

Mehrheit bon Erben

Der vierte Titel regelt die Besonderheiten, die dadurch entstehen, daß durch den Erbsall die Erbschaft als Ganzes (§ 1922 A 7) nicht auf einen, sondern auf mehrere Erben übergeht, was in der Wirtscheit der häusigste Fall ist. Dieser Fall ist schon in § 1922 Abs 1 ("eine oder mehrere Bersonen") und Abs 2 ("Anteil eines Miterben", A 10) ausdrücklich vorgesehen, während im übrigen der erste Abschnitts, wohl lediglich aus Kückschen ihrachlicher Bereinsachung, von "dem Erben" in Einzelsorm sprechen, was aber nicht bedeutet, daß nicht ihre Vorschriften, soweit der vierte Titel nicht Abweichungen bringt, auch auf den Fall einer Mehrheit von Erben Anwendung zu sinden hätten. — Innerhalb des vierten Titels ist zunächst das Rechtsverhältnis der Miterben untereinander geordnet (I §§ 2032—2057), sodann (II §§ 2058—2063) ihr Berhältnis zu den Rachlaßgläubigern, dieses soweiten Titel erfolgten allgemeinen Megelung des Berhältnissses der Grben zu den Nachlaßgläubigern bedingt werden. In beiden Richtungen beruht die Regelung auf dem Grundlaßgläubigern bedingt werden. In beiden Richtungen beruht die Regelung auf dem Grundlaßgläubigern bedingt werden. In beiden Richtungen beruht die Regelung auf dem Grundlaßg er Gemeinschaft zur gesamten Hand, der von der zweiten Kommission (Krot 5, 835 ff.) im Anschlüsse an das preußische Recht (NG 49, 406; 79, 394) eingeführt ist, im Gegensatz zu dem ersten Entwurfe (§ 2151), der in Antnübsung an das gemeine Recht die Vorschriften der Gemeinschaft nach Bruchteilen angewendet wissen wollte (Räheres s. § 2032 A 2). — Die Vorschriften über das Rechtsverhältnis die zur Auseinandersehung betressen, das serhältnis die zur Auseinandersehung betressen, das serhältnis die Sur Auseinandersehung betressen, das bei stattsindende Ausgleichung von Zuwendungen des Erbssserhälfers an Abkömmlinge.

I. Nechtsverhältnis der Erben untereinander

§ 2032

Hinterläßt der Erblasser mehrere Erben¹), so wird der Nachlaß gemeinsichaftliches Bermögen der Erben²).

Bis zur Auseinandersetzung gelten die Borschriften der §§ 2033 bis 2041³)⁴). [E I 2051 Abs 2, 2151 II 1906; M 5 526—530, 687, 3688; B 5 650, 835—837; 6 846, 847.

1. Die mehreren Erben können durch das Geseth (§§ 1924ff.) ober durch Berfügung von Todes wegen (§§ 1987ff., 2087ff.) oder teils in der einen, teils in der andern Beise berusen sein (§§ 2088). Ein nach einem andern oder an Stelle eines andern Berusener (Ersaterbe, § 2096, solange der zunächst Berusene nicht weggefallen ist, Nacherbe, § 2100, vor Eintritt der Nacherbsolge) ist im Verhältnis zu ienem nicht Miterbe im Sinne des Gesets. Die Frage, welche Personen als Erben berusen sind wie groß der Anteil eines jeden von ihnen ist, bedarf nicht der einheitlichen Entscheidung unter den Beteiligten; daßer kann auch der Erbschaftsanspruch eines Miterben (hereditatis petitio partiaria, § 2018 A 1) gegen einzelne der übrigen Miterben gerichtet werden; die Sinrede der mehreren Streitgenossen ist nicht begründet und es besteht zwischen ben gemeinschaftlich verklagten seine notwendige Streitgenossenssssenschaft so A. 6. 05 IV 207/05; 11. 7. 05 IV 282/05 und NG 95, 97). Freilich sassen sie Schwierigkeiten nicht verkennen, die dadurch sür die Berechnung der Erbsquoten, dei der Schwierigkeiten nicht verkennen, die dadurch sür die Berechnung der Erbsquoten, dei der Auseinandersehung wie auch gegenüber den Nachlaßgläubigern (§ 2080) entstehen können. Dagegen besteht regelmäßig Notwendigkeit einheitlicher Entschaft (z§ 2080) entstehen können. Dagegen besteht regelmäßig Notwendigkeit einheitlicher Entschaft auch sen gländiger gemäß § 2059 Ubs 2; nicht aber wiederum dei der Alage aus dem Gesamt schalbwerhältnis nach § 2058 (NG 71, 369). Notwendige Streitgenossensssensssensssensschaft auch für die Richtspetikässensenschaft auch seine Nachlaßsorderung (NG 96, 52).

2. Gemeinschaftliches Bermogen ber Erben. Daburch ift jum Ausbrude gebracht,

daß die Erbschaft auch nach dem Übergange auf mehrere Erben ein Vanzes, ein Vermögens. inbegriff (§ 1922 U 7), bleibt. Die Gemeinschaftlicheit ist nach den Grundschen der Gemeinschaftlicheit ist nach den Grundschen der Gemeinschaft zur gesamten Hand gestaltet (RG 57, 484) wie bei der Gesellschaft (§ 718 U 1) und der ehelichen Gütergemeinschaft (§ 1488 U 1). Über die begrifsliche Natur dieser deutschrechtlichen Gemeinschaftsform herrscht in der Wissenschaft Streit; sie ist wohl im wesentlichen in der dinglichen Bindung eines Vermögens für die gemeinschaftlichen Zwecken und der Verlagen der Verlagen und der Verlagen der zu finden in der Beise, daß nicht eine besondere Rechtspersönlichkeit geschaffen oder fingiert vird, vielmehr die Gemeinschaftsteilhaber selbst (Genossen) die Träger der Rechtspersönlichkeit, aber in der Ausübung ihrer Rechte durch den Gemeinschaftszweck deschränkt sind, insbesondere über ihre Anteile an den einzelnen Bermögensbestandteilen nicht versügen können (§ 2033 Abs 2). Im übrigen sind die Fälle der Gemeinschaft zur gesamten Hand im BGB verschieden ausgestaltet; dei der Erbengemeinschaft ih die Bindung eine weniger strenge mit Kücssicht darauf, daß sie ohne einen darauf gerichteten Willen der Beteiligten eutsteht und von vornherein nicht auf Fortdauer, sondern aus Beendigung durch Auseingungerschung gerichtet ist. Demenssprechend ist namenslich, aubers wie hei der Gesellschaft andersetzung gerichtet ist. Dementsprechend ist namentlich, anders wie bei der Gesellschaft, § 719, und der ehelichen Gütergemeinschaft, § 1442, jedem einzelnen Miterben das Recht zugestanden, über seinen Anteil am Nachlasse zu verfügen (§ 2038 Abs 1; f. A 1 dazu). Auch treten die Individualrechte der einzelnen Gemeinschaftsgenossen stärker hervor; so bei Auch treten die Individualrechte der einzelnen Gemeinschaftsgenossen starter hervor; so der Berwaltung, Nutung und Fruchtziehung, wosür die Vorschriften über die Gemeinschaft nach Bruchteilen gelten (§ 2038 u. 4), ferner dei der Geltendmachung von Ansprüchen für den Nachlaß (§ 2089) und dei der Berechtigung, grundsählich zu jeder Zeit die Außeinandersetung zu verlangen (§ 2042). — Die Gemeinschaft erstrecht sich auch auf die Nachlaßforderungen; der Sat: "nomina ipso iure divisa sunt" ist für die Miterben ausgeschlossen (§ 2089 Sat 1). In die Gemeinschaft treten auch die Surrogate ein (§ 2041). Auch Nachlaßverwaltung kann nur gemeinschaftlich beantragt werden (§ 2062; anders beim Nachlaßverwaltung kann nur gemeinschaftlich beantragt werden (§ 2062; anders beim Nachlaßverwaltung kann Erbeil sindet ein Konkursen nicht statt (ND § 285). — Gemeinschaftlicher Erbsein auf Antrag jedes Erben (§ 2357). Bei Sintragungen im Grundbuche soll das Erbengemeinschaftlicher werden (GV) § 48). Sind im Grundbuche joll das Erbengemeinschaftsverhältnis bezeichnet werden (GBO § 48). Sind im Grund. buche mehrere Personen mit der Bezeichnung "als Miterben zu gleichen Teilen" als Eigentumer eingetragen, so ist hinreichend erkennbar gemacht, daß es sich um eine Miterbengemeinschaft zur gesamten Hand, nicht um ein Miteigentum nach Bruchteilen handelt, und ist deshalb eine an dem Anteile eines einzelnen Miterben bestellte Hypothet nichtig (§ 1114), tann auch nicht auf Grund guten Glaubens an die Richtigkeit bes Grundbuchs (§ 992) rechtswirtsam von einem Dritten erworben werden (NG 88, 22; vgl. die A dagu in 33 1916, 4804; ferner 28. 8. 18 V 371/17). — Die Miterben können die Erbengemeinschaft sowohl hinsichtlich der gauzen Erbschaft wie hinsichtlich einzelner Nachlaßgegenstände in eine Gemeinschaft nach Bruchteilen umwandeln; doch hat eine solche Bereinbarung nur schuldrechtliche Bedeutung und bedarf, soweit Grundstücke in Frage kommen, der Form des § 318; zur dinglichen Wirtung muß bei Grundstücken die Auflassung hinzukommen (NG 57, 432; 67, 62; 105, 251; a. K. früher Dernburg, richtig 8. Aufl § 176 A 7). Ift ein Minderjähriger beteiligt, so bedarf die Vereinbarung, soweit Grundstücke in Betracht kommen, und die Auflassung der vormundschaftlichen Genehmigung (RG 6. 6. 07 IV 527/06); sind dabei mehrere Minderjährige beteiligt, so muß jeder von ihnen durch einen besonderen Bfleger vertreten sein wegen § 181 (NG 67, 61). Ein Erlöschen von Rechten und Berbindlichfeiten, die zwischen bem Erblaffer und einem Miterben bestanden haben, tritt durch den Erbfall nicht ein; eine Bürgichaft erlischt auch nicht teilweise, wenn ber Gläubiger und der Bürge Miterben des Hauptichulbners werden (98 76, 58). Ebensowenig wird eine vor dem Erbfall getroffene Berfugung eines Richtberechtigten über einen zum Bermögen bes Erblaffers gehörigen Gegenftanb baburch, daß ver Berfügende Miterbe wird, ganz ober teilweise wirksam (§ 185 Abs 2 Sat 1). Anderseits wird eine Berfügung des Erblassers über eine Sache oder ein Kecht des Miterben wirksam, wenn biefer auch nur für einen seinem Erbteile entsprechenden Teil ber Nachlagverbindlichkeiten unbeschränkt haftet (§ 185 Abs 2 Sat 1). Aufrechnung eines Nachlaßschuldners mit einer Forberung gegen einen einzelnen Miterben ift ausgeschlosen (§ 2040 Abf 2). Die Miterben werden durch den Erbfall auch Mitbefiper ber Nachlaffachen (§§ 857, 866).

3. Die Erbengemeinschaft bes BGB entsteht unmittelbar traft Gestes. Sie kann nicht burch Bertrag der Beteiligten geschaffen werben. Wohl aber wird sie unter den übrigen Erben fortgesett, nachdem eine oder einige Erben durch Abfindung u. dgl. aus ihr ausgeschieden sind. Darüber, ob und wann die Erbengemeinschaft durch die fortschreitende Auf-

teilung des Nachlasses beendigt wird, vgl. § 2059 A 2.

4. **Abergangsrecht.** Die Erbengemeinschaft des BGB entsteht nur, wenn der Erbfall am 1. 1. 00 ober später eingetreten ist (EG Art 213; **RG** JB 02 Beil 268²⁰³). Anwendbarkeit des neuen Rechtes auf Grund EG Art 173 (Verpfändung eines gemeinrechtlichen Erbteils) **RG** Gruch 49, 967 und JB 02 Beil 268²⁰³.

§ 2033

1) Jeder Miterbe2) kann über seinen Anteil an dem Rachlasse verfügen3). Der Bertrag, durch den ein Miterbe über seinen Anteil verfügt, bedarf der gerichtlichen ober notariellen Beurkundung4).

über seinen Anteil an den einzelnen Rachlafgegenständen tann ein

Miterbe nicht verfügen5).

Œ II 1907; \$ 5 837—889.

1. Abweichend von den andern Fällen der Gemeinschaft zur gesamten Dand: Gesellschaft § 719, eheliche Gütergemeinschaft § 1442 (vgl. § 2082 A 2; NG 60, 128), kann der Miterbe über seinen Anteil an dem Nachlasse als Ganzem, d. h. über die Gesamtheit der ihm als Teilhaber der Erbengemeinschaft zustehenden Rechte, verstügen, d. h. sie in der Weise auf einen aubern übertragen, daß dieser in die Rechtsstellung des Miterben als Teilhabers der Gemeinschaft eintritt (NG 60, 131; 83, 30); die Frage, ob der Erwerber des Erbteils dadurch an Stelle des Veräußerers "Erbe" (Miterbe) im Rechtssinne wird, ist in RG 83, 30 und 88, 117 offen gelassen, aber wohl sicherlich zu verneinen, da durch Privat-willfür (abgesehen von der Erbeinschung) das Erbrecht als solches nicht entstehen oder aushbren fann (§§ 1922 A 9; 2032 A 3); der veräußernde Miterbe bleibt vielmehr Erbe (RG 64, 175) und es tritt daher auch nicht Nacherbsolge ein. Deshalb ist auch zur Fortführung einer handelsfirma die Einwilligung samtlicher Miterben erforberlich, auch wenn einer bon Handelsfirma die Einwilligung sämtlicher Miterben erforberlich, auch wenn einer von ihnen alle Erbteile erworben hat (RJA 5, 185). Ein Erbschein kann nur auf den Namen des veräußernden Miterben, nicht auf den des Erwerbers gestellt werden (KG 64, 173). A. M. in allen diesen Beziehungen Leonhard Erl zu § 2033 III C. — Die durch eine solche Verfügung erfolgende Übertragung des Erbteils ist zu unterscheiden von der Abtretung des Anspruchs auf daszenige, was dem Miterben bei der Auseinandersetzung zukommt; eine solche Abtretung soll nach KG 60, 126, anders wie bei der Geselschaft (§ 717 Sat 2), nicht mit dinglicher Wirkung (§ 398) ersolgen können, so daß eine nach der Abtretung ersolgende Versügung über den Erbteil (auch dessen Pfändung, s. A 3) der vorder erfolgten Abtretung der Forderung auf das Auseinandersetzungsergednis vorgehen würde (im Ergednisse zustimmend Planck 3. Ausschafte zu nach Leonhard Erl IV; a. M. Brüngsheim, Abtretung und Pfändung des Erbteils, 1906). Die Entscheinung ist nicht unbedenklich; der Umstand, daß die Forderung ein Vestandteil des Erbteils, und zwar ein sehr wesentlicher ist, dürste nicht zu dem Schusse zwingen, daß sie nicht aus diesem ausgeschieden und nach allgemeinen Frundsähen (§ 398) mit dinglicher Wirkung auf einen andern übertragen werden könne; ihre Beräußerung erscheint gegenüber der des Erbteils als das geringere. Der tonne; ihre Beräußerung erscheint gegenüber ber des Erbteils als das geringere. Der nachher pfändende Glaubiger tann dann ein Pfandrecht an bem Erbteile nur mit bem Inhalte erwerben, den dieser zur Zeit der Pfändung noch hatte (A 3), also ohne den vorher abgetretenen Anspruch auf das Anseinandersehungsergebnis. Die Abtretung dieses Auspruchs kann unter Umständen (ebensogut wie deffen Pfändung A 3) auch als übertragung des Erbteils ausgelegt werden (vgl. Prot II 5, 839). — Die für die Übertragung einzelner Erbschaftsgegenstände erforderlichen Formen (insbesondere bei Grundstücken die Auflassung) kommen für die Übertragung des Erbteils nicht in Betracht, da dieser von dem Anteil an einzelnen Nachlaßgegenständen verschieden ist (A.5). Ist der Miterbe als Teilhaber der Erbengemeinschaft im Grundbuch eingetragen (BBO § 48; § 2032 A.2), so wird durch die Übertragung das Grundbuch unrichtig und kann daher der Erwerber von dem Beräußerer die Berichtigung fordern (§ 894, 96 90, 235). — Der Verfügung kann ein entgeltliches (Rauf) ober sonstiges schuldrechtliches Geschäft zugrunde liegen; ift es ein Kauf, so tritt das Vorkaufs. recht der Miterben (§§ 2034ff.) in Kraft. Db der als "Bertauf" bezeichnete Beräußerungs, vertrag zugleich die dingliche Übertragung des Erbteils enthält, ist Sache der Auslegung (NG Warn 1915 Nr 264). — Die Beräußerlichkeit des Erbteils kann auch durch Versügung bes Erblaffers nicht ausgeschloffen oder beschränkt, insbesondere an die Zustimmung eines Testamentsvollstreders geknsipft werden (RG Warn 1915 Nr 292). — Der "Erbteil" ift zwar feine Forderung, tann aber in eine solche übergeben (durch Auseinandersehung) und es tann deshalb zu seiner Sicherung eine Höchstbetragshypothet (§ 1190) bestellt werden (RG 65, 366 für gemeines Recht; a. M. KGJ 40, 260). Der Bestellung einer Grundschuld zum Zwede ber Sicherung künftiger Erbansprüche stehen keinesfalls Bebenken entgegen, ba die Grundschuld keine Forderung voraussetzt (RG 22. 12. 19 IV 308/19).

2. Nur dem Miterben und seinem Achtsnachfolger (§ 2037) ift die dingliche Verfügungsmacht eingeräumt, nicht dem Alleinerben, auch nicht über einen Bruchteil der Erbschaft. Dadurch, daß ein Miterbe sämtliche Erbanteile erwirdt, wird er zwar nicht Alleinerbe im Rechtssinne (A 1); aber eine Erbengemeinschaft besteht nun nicht mehr und er ist deshalb zur dinglichen Versügung über einzelne Erbteile nach § 2033 nicht mehr in der Lage;

eine dingliche Berfügung über die ihm nunmehr zustehende ganze Erbschaft oder über einen Bruchteil davon ift auch in diesem Falle ausgeschlossen (RGJ 46 A. 181, 187; RG 88, 116). Die Übertragung der ganzen Erbschaft oder eines Bruchteils davon kann nur durch schuldrechtliche Verpflichtung (§§ 2371, 2385) und in Erfüllung biefer Verpflichtung burch übertragung ber einzelnen Erbichaftsgegenstände (§ 2874) erfolgen. — Auch gugunften eines anbern Miterben kann ein Miterbe über seinen Erbteil verfügen; jener kommt aber dann nicht als Dritter im Sinne des § 2034 (A 1) in Betracht. — Der Miterbe kann auch einen Bruchteil seines Erbteils an eine andere Person oder seinen Erbteil nach Bruchteilen an mehrere andere übertragen; ber oder die Erwerber stehen bann zu bem veräußernden Miterben bzw. untereinander in Bruchteilsgemeinschaft (NG Warn 1913 Ar 234). Mehrere Erben eines Miterben bilden eine besondere gesamthänderische Untergruppe innerhalb ber Erbengemeinschaft. — Auch ber nur bedingt ober betagt zu einem Erbteile berufene Erbe kann nach Eintritt des Erbfalls über den Erbteil verfügen; insbesondere der Bor-Miterbe auf Grund seines auflösend bedingten ober mit Endtermin befristeten Miterbrechts, unbeschabet des Bestehenbleibens der Belastung seines Erbteils mit der Nacherbfolge (val. - Die Anwartschaft des Nacherben ist nach dem Eintritte des Borerbfalls ein unentziehbares Bermögensrecht und deshalb nicht nur vererblich (§ 21.08 Abs 2), sondern auch, jedenfalls wenn fie sich auf einen Erbteil bezieht, dinglich veräußerlich, insbesondere auch verpfändbar (NG Gruch 52, 680; 80, 384; 83, 434). Das foll aber nicht nur von dem Rechte des Mit -, sondern auch von dem des Allein - Nacherben gelten, da die Gründe, die für den geseplichen Ausschluß der dinglichen Übertragung des Bollrechts an einer ganzen Erblchaft maßgebend gewesen, für die Anwartschaft des Nacherben nicht zutreffend seien, vielmehr eine entsprechende Anwendung des § 2033 Abs 1 Sat 1 wegen Gleichheit des gesetzgeberischen Grundes (Erleichterung der wirtschaftlichen Berwertung des Rechtes) geboten sei. Auch der Nechtsnachfolger des Allein-Nacherben soll alsdann unmittelbar mit dem Eintritt der Nacherbfolge in den Gesamtbesit der Erbschaft treten. So mit eingehender Begründung AG 101, 186 (ebenso RG 1. 3. 23 IV 358/22). Die Entscheidung, die sich, wie das Neichsgericht ausdrücklich hervorhebt, in Widerspruch zu der überwiegenden Meinung in der Literatur seht, ist nicht unbedenklich, da fie dem blogen Anwartschaftsrechte des Nacherben weitergehende Befugnisse verleiht, als fie dem Vollerben zustehen; freilich ift zuzugeben, daß die wirtschaftliche Lage des Alleinnacherben in bezug auf die Verwertung feines Rechtes derjenigen des Miterben infofern ähnlich ist, als beide über einzelne Erbschaftsgegenstände nicht verfügen können; boch tann diefer Gesichtspunkt schwerlich entscheidend sein. Übrigens beruft sich bas Urteil mit Unrecht auf RG 83, 436, wo es sich um ein Nacherbrecht an einem Erbteile gehandelt hat, und auf RG 90, 235, wo uur auf RG 83, 434 Bezug genommen ist, also gleichfalls nur ein Pfandrecht an einem Nacherbenanteilsrechte gemeint sein kann. Tritt man der Entlcheidung bei, so wird jedenfalls auch die Formvorschrift in Sat 2 entsprechend angewendet

werben müssen. — In der Berfügung über den Erbteil wird in der Regel die Annahme der Erbschaft zu finden sein (§ 1948 A 1).

3. Berfügung (§ 185) s. U 1. — Berfügung ist auch die Berpfändung (§ 1274; RG 84, 896; 87, 324; 90, 234) und die Bestellung eines Nießbrauchs (§ 1068) an dem Erbteile. Der rechtsgeschäftlichen Berfügung steht die Zwangsvollstredung gegen den verfügungsberechtigten Miterben gleich; durch § 859 Abs 2 BPD ift anerkannt, daß der Erbteil, im Gegenfate zu den einzelnen Nachlaggegenständen, der Pfandung unterworfen ift (RG 59, 180). Bei ber Zwangsvollstredung in ben Erbteil (§§ 829, 857 BBD) find die Miterben als Drittschuldner anzusehen (986 42, 827; 49, 407; 74, 54; 75, 180); in dem Pfandungsbeschlusse muffen baher famtliche Miterben ertennbar, wenn auch nicht mit Namen bezeichnet fein (96 42, 830); auch muß er das an die Miterben gerichtete Leistungsverbot enthalten; ein Pfändungsbeschluß, der nur das Berfügungsverbot an den Schuldner enthält, ist unwirksam, da ein Fall bes § 857 Abs 2 BBD nicht vorliegt (RG 21. 1. 14 V 414/13). Der Ehemann einer in gesetzlichem Guterstande levenden Miterbin ift nicht Drittschuldner (RG 74, 51). Der Wortlaut des Pfändungsbeschlusses und der darin enthaltenen Berbote ist nicht wesentlich; auch wenn ungenauerweise ber Anspruch auf Auseinandersetzung ober Auszahlung bes Erbteils als gepfändet bezeichnet ist, tann barin durch Auslegung eine Pfändung des Erbteils gefunden werden (RG 49, 408; RG Barn 1911 Rr 139). Durch Die Pfandung des Erbteils wird die Birksamkeit späterer Berfügungen des Schuldners über diesen bem pfändenden Gläubiger gegenüber verhindert (§§ 135, 136); ebenso sind gemeinschaftliche Berfügungen der Miterben über einzelne Nachlafigegenstände ohne Zuziehung des Gläubigers diesem gegenüber unwirksam. Der gepfändete Erbteil ist dem Gläubiger zur Einziehung zu überweisen (Überweisung an Zahlungs Statt zum Nennwerte ist ausgeschlossen, ba ein solcher nicht besteht); doch kann bas Bollstredungsgericht auch die Beräußerung (Versteigerung) anordnen (BBD § 857 Abs 5); ein vorgehender Pfandgläubiger kann einer solchen Anordnung nicht widersprechen (AC 87, 325). — Durch die Verfügung erlangt ber Erwerber, obwohl er nicht Erbe im Rechtssinne wird (A 1), die Befugnis zur Ausübung der

dem Miterben als Teilhaber der Erbengemeinschaft zustehenden Rechte, soweit sie nicht höchst persönlicher Natur sind, insbesondere des Verwaltungs. Benutungs- und Fruchtziehungsrechts (§ 2032 A 2), sowie des Rechtes, die Auseinandersetung zu verlangen und den Antrag auf gerichtliche Vermittlung der Auseinandersetzung zu stellen (FGG § 86 Abf 2); ferner zur Auseinandersetzung zugezogen zu werden (§ 2042); auch das Recht auf den Uberschuß (§ 2047), RG 83, 30. Der Miterbe bleibt für die Nachlagverbindlichkeiten verpflichtet; doch haftet auch der Erwerber des Erbteils für sie, wenn der Ubertragung auf ihn ein Erbschaftstauf ober ein anderes auf Beräußerung gerichtetes Rechtsgeschäft zugrunde liegt (§§ 2383, 2385; RG 60, 131). Der Erbteil geht mit dem Inhalte, mit dem die darin begriffenen Rechte zur Zeit der Berfügung bem Miterben noch zustanden, auf ben Erwerber über (vgl. wegen einer vorher erfolgten Abtretung des Aufprucks auf bas Auseinandersetzungsergebnis A 1). Die Rechte des Nutmießers bestimmen sich nach §§ 1085 ff., diejenigen des Pfandgläubigers nach § 1258. Bgl. § 1258 V 1—7. Dem rechtsgeschäftlichen ober Pfandungspfandgläubiger "gebührt das Pfandrecht" an den Gegenständen, die bei ber Auseinandersetzung auf den Erbteil fallen (§ 1258 Abs 3); aus dieser Ausbrucksweise wird in 96 84, 397 (abweichend von 96 60, 126) gefolgert, daß der Gläubiger dieses Pfandrecht nicht ohne weiteres von Gesetzes wegen erwirbt, sondern nur einen Anspruch darauf hat, daß ihm ein folches bestellt werde (vgl. auch § 1258 A 5). Doch kann das verpfändete Miterbrecht nicht ohne Zuftimmung des Pfandgläubigers durch Auseinandersetung aufgehoben werden (§ 1276; RG 83, 31; 84, 399; 90, 236). Haben die Miterben von der Verpfändung Renntnis erhalten, so sind sie dem Pfandgläubiger schadensersatpflichtig, wenn sie ohne seine Bustimmung ein zum Nachlasse gehöriges Grundstud an einen gutgläubigen Dritten veräußern und auflassen (NG 83, 31). Es bedarf zur Entstehung des Pfandrechts an dem Erbteile nicht der in § 1280 für die Verpfändung von "Forderungen" geforderten Anzeige an den Schuldner (96 83 S. 28, 29). Auch im übrigen find die Bestimmungen über bas Pfand. recht an Forderungen (§§ 1279ff.) auf das Pfandrecht an einem Erbteile nicht anwendbar (RG 84, 397). Ebensowenig kommt § 399 in Frage (RG 3B 1915, 245; Barn 1915 Nr 292). Das rechtsgeschäftlich ober burch Pfändung erlangte Pfandrecht an dem Anteile eines Miterben fann in das Grundbuch eines zum Nachlaffe gehörigen Grundftuds einge. tragen werden mit der Wirkung, daß eine gemeinschaftliche Verfugung der Miterben über das Grundstüd nur mit Zustimmung des Pfandgläubigers erfolgen kann; die Eintragung hat in der für Verfügungsbeschränkungen des Eigentümers bestimmten Rubrik zu erfolgen (RG 90, 233; a. M. Achilles Streder, GBD § 48 Erl 2). Auch die Beräußerung des Miterbenanteils wird auf Antrag des Erwerbers — falls die Miterben schon eingetragen sind, im Wege ber Grundbuchberichtigung — einzutragen sein mit ber Wirkung, baß es zur gemeinschaftlichen Verfügung ber Miterben fiber bas Grunbstud (§ 2040) statt ber Mitwirkung des Miterben, der veräußert hat, nunmehr derienigen des Erwerbers bedarf (RG 60, 131; DLG 5, 426; 4, 189).

4. Gerichtliche oder notarielle Beurkundung des Bertrags § 128, EG Art 141, FGG §§ 168—182. Richtbeobachtung der Form wirkt Nichtigkeit § 125, wenn nicht in dem Vertrage Übertragung bes Rechtes auf fünftige Auszahlung ber Nachlaßbividende gefunden werden kann (vgl. unten und A 1). Stand bereits das Grundrechtsgeschäft unter dem gleichen Formzwange (§§ 2371, 2385) und war die Beobachtung der Form dabei unterblieben, so kann zwar nicht (wie in § 313 Sat 2) die formgerechte Verfügung den Mangel heilen (a. M. Strohal § 64 bei A 17, Kretsschmar § 89 A 8). Doch wird hierin unter Umständen form-gerechte Bestätigung des Grundgeschäfts zu erblicen sein (§ 141). Der Berufung einer Bertragspartei auf Nichtigkeit wegen Formmangels kann bie andere Bertragspartei unter Umständen den Einwand (Replik) der Arglist (exceptio doli praesentis) entgegen. halten, wenn diejenige Partei, die sich auf die Nichtigkeit beruft, obschon nicht vorsätzlich, die andere in den Irrtum versetzt hat, daß die Form nicht ersorderlich sei (NG Warn 1925 Ar 162 in Anwendung der in NG 107, 361 [vgl. §§ 242 A 4, 313 A 5]) ausgesprochenen Rechtsgrundsätze. In den Fällen der §§ 2371, 2383 (Erbschaftsverkauf) bedarf auch das Verpflichtungsge chaft der gerichtlichen oder notariellen Beurtundung. Wie in den Fällen bes § 318 (vgl. A 2 dazu) ist ein solches Geschäft nichtig, wenn in der notariellen oder gerichtlichen Urtunde der Kauspreis unrichtig angegeben ist (RG Warn 1925 Nr 162). Dadurch wird aber das dingliche Berfügungsgeschäft nicht nichtig, auch nicht, wenn es in der gleichen Urkunde beurrundet ist, wie das schuldrechtliche Geschäft, entsprechend den für die in Grundstädskanfverträgen mitbeurkundete Auflassung und Auflassungsvollmacht vom Reichsgericht (vgl. § 313 A 6 Abs 4) aufgestellten Rechtsgrundsätzen (RG Barn a. a. D.). Die dingliche Berfügung kann jedoch in diesem Falle im Wege des Bereicherungsanspruchs (§§ 812ff.) zurückgesordet werden, sofern nicht § 817 Sat 2 entgegensteht (MG Warn ebenda). — Der Formmangel eines Bersprechens der schenkungsweisen Übereignung des Erbanteils wird durch die formgerechte dingliche Berfügung geheilt (§ 518 Abs 2). In einer als solche unwirksamen Berfügung über den Erbanteil kann eine wirksame schuldrechtliche Berpflichtung zur

libereignung desjenigen, was dem sich Vervflichtenden bei der Auseinandersetung zukommt, gefunden werden (RG 26. 9. 07 IV 37/07). Genehmigung des Vormundschafts-

gerichts §§ 1822 Nr 1, 1643 Abs 1, 1686.

5. Ob man bei der Erbengemeinschaft des BGB von einem Anteile des Miterben an einzelnen Rachlaggegenstanden überhaupt fprechen fann, ift fraglich (verneinend RG 61, 78; dahingestellt 88, 26). § 2083 Abs 2 scheint allerdings vorauszusehen, daß solche Anteile bestehen (bejahend auch Ripp § 82 VI 1). Auf alle Fälle aber ist der Anteil durch das Gesamthandverhältnis in der Weise gebunden, daß weder der einzelne Miterbe noch die Gesamtheit der Miterben über ihn verfügen fann. Deshalb ist die Belastung bes Anteils eines Miterben an einem zum Nachlasse gehörigen Grundstücke mit einer hupothek ober Grundschuld rechtlich unmöglich (RG 88, 26) und eine dahingehende Vormerkung unzulässig (RJA 4, 258). Auch ein Birtsamwerben einer solchen Belaftung gemäß § 185 Abs 2 badurch, daß der Miterbe bei der Auseinandersetzung das Grundstück erwirdt, soll nach RG 88, 27 wegen § 1114 ausgeschlossen sein (anders für das preußische Recht: RG 79, 395). Auch eine schuld. rechtliche Berpflichtung gur Ubertragung der dem Beräußerer guftebenden "Erbanfpruche an bem gesamten Grundbesig" wird (96 61, 76) wegen Fehlens eines Berpflichtungsgegenstandes für nichtig erklärt; doch dürfte hier eine Auslegung dahin, daß als Gegenstand der dem Verpflichteten bei der Auseinandersetzung zufallende Grundbesitz gemeint war, die Aufrechterhaltung ermöglicht haben (so Leonhard Erl VII S. 176 bei Ü 3). Daß für den Fall der Nichtigkeit einer Versügung über den Anteil an einzelnen Nachlaßgegenständen eine wirksame schuldrechtliche Verpflichtung zur Ubertragung biefer Gegenstände oder bes Erlöses aus ihnen (richtiger wohl: eines entsprechenden Unteils an diesen Gegenständen ober dem Erlose aus ihnen), soweit die Gegenstände oder ber Erlos bei ber Auseinandersetzung bem fich Berpflichtenden zufallen, durch Auslegung festgestellt werden kann, ift vom RG 3B 09, 2014 anerkannt. — Aus einem zum Nachlaffe gehörigen Geschäfte soll ein einzelner Miterbe nicht ohne Buftimmung ber anbern ausscheiben konnen, weil barin eine Berfügung über seinen Anteil an einem einzelnen Nachlaßgegenstande liegen wurde (RJA 13, 226). — Wegen der Verfügung liber einzelne Nachlafgegenstände durch sämtliche Miterben f. § 2040 U 1.

§ 2034

1) Berkanft ein Miterbe seinen Anteil an einen Dritten2), so sind die übrigen Miterben zum Borkaufe berechtigt3).

Die Frist für bie Ausübung des Bortauferechts beträgt zwei Monate4).

Das Bortaufsrecht ist vererblich⁵).

G II 1908; B 5 889-841; 6 818, 819,

1. Das Bortaufsrecht ift den Miterben gegeben, um das durch die Zulässigkeit von Berfügungen jedes einzelnen Miterben über seinen Erbteil (§ 2033 Abs 1) ermöglichte Eindringen Fremder in die Erbengemeinschaft einigermaßen einzuschränken. Zu dessen

licher Berhinderung sind die Bestimmungen unzulänglich.

2. Das Vorkaufsrecht ist nur für den Verkaufsfall, nicht für andere Veräußerungsverträge (Tausch, Schenkung) gegeben. Noch weniger, wenn am Anteil bloß ein Pfandoder Nießbrauchsrecht bestellt ist. Der Verkauf muß ferner freiwillig vom Miterben, darf also nicht im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter vorgenommen sein (§ 512). Dem Verkauf durch den Miterben wird aber der Verkauf durch den Erwerber eines Erbteils (§ 2083 Abs 1) gleichzustellen sein. Er muß weiter an einen Dritten, d. h. an einen außerhalb der Erbengemeinschaft stehenden Fremden ersolgen. Daher kein Vor-

kaufsrecht, wenn ein Miterbe an ben andern verkauft.

3. Das Vorkaufsrecht steht den übrigen Miterben zu, nicht aber auch Dritten, an die ein Miterbe seinen Erbeil gemäß § 2038 übertragen hat (A 5). Es wirkt insofern dinglich, als es nach Übertragung des Erbteils auf den Käufer unmittelbar gegen diesen und den weiteren Erwerder des Anteils geltend gemacht werden kann (§§ 2035, 2037). Im übrigen sind die Bestimmungen über das persönliche Vorkaufsrecht (§§ 504—514) ergänzend heranzuziehen. Servorzuheben ist, daß das Recht mit Abschluß des Kausvertrags entsteht (§ 504) und durch sormlose Erklärung gegenüber dem verkaufenden Miterben (§ 505), nach Übertragung des Anteils gegenüber dem Käuser ausgeübt wird (§ 2035). Mehrere Erben können es nur im ganzen, müssen den micht notwendig alle ausüben. Unter Umständen kannes auch von einem einzigen Miterben geltend gemacht werden (§ 518). Die das Vorkaufsrecht ausübenden Miterben haften für den Kauspreis als Gesamtschuldner (§ 427). Soweit sich durch den Vorkauf ihr disheriger Anteil erhöht, sind §§ 1935, 2095 entsprechend antwendbar.

4. Die Zweimonatsfrist beginnt mit ber Mitteilung bes Vertragsinhalts an die einzelnen Borkaufsberechtigten, zu welcher ber Verkäufer gemäß § 510 verpflichtet ist, und

läuft jedem besonders. Sie entspricht der geschlichen Frist beim Vorkaufsrecht an Grundstücken (§ 510 Abs. 2). Sie läuft auch im Falle des § 2037 immer nur vom ersten Berkaufsfalle. Berechnung der Frist §§ 187, 188.

5. Das Vorkaufsrecht ist nicht selbständig übertragbar und geht mit Übertragung des Anteils gemäß § 2033 Abs 1 nur dann auf den Erwerber über, wenn er Miterbe ist (a. M. Planck Erl 2a). Denn die Miterbenschaft, die ein dritter Erwerber des Erbteils nicht zu erlangen vermag (§ 2033 A 1), ist nach Abs 1 für die Ausübung des Vorkaufsrechts wesentlich (DLG 26, 302). Die Vererblickeit ist gegen die Regel des § 514 anerkannt.

§ 2035

Ist der verkauste Anteil auf den Känser übertragen, so können die Miterben das ihnen nach § 2034 dem Berkäuser gegenüber zustehende Borkausserecht dem Käuser gegenüber ausüben. Dem Berkäuser gegenüber erlischt das Borkaussecht mit der übertragung des Anteils!).

Der Berkäufer hat die Miterben von der Abertragung unverzüglich zu

benachrichtigen2).

Œ II 1909; \$ 5 839—842; 6 174, 328.

- 1. Nach ber Negel des § 505 wäre das Vortaufsrecht durch formlose Erklärung gegenüber dem Verpslichteten, d. h. dem verkaufenden Miterben, auszuüben, während es dem Oritten, dem Käuser, gegenüber überhaupt keine Wirkung äußern würde. Hierden abweichend gewährt das Vortaufsrecht der Miterben eine dingliche, auch dem Käuser und seinen Rechtsnachfolgern (§ 2037) gegenüber wirksame Sicherung. Deshalb wird unterschieden, ob sich der verkausende Miterbe durch den Kauschschüß nur erst schuldrechtlich zur Übertragung des Erbteils verpslichtet hat (§ 433). In diesem Falle bleibt es der Regel des § 505. Die übrigen Miterden haben es nur mit dem verkausenden Miterden zu tun und sind ihm nach den mit dem Dritten vereinbarten Bestimmungen als Käuser verpslichtet. Oder es ist bereits zur Ersüllung des Kauses, zur übertragung des Anteils mittels der dinglichen Berfügung des § 2033 gekommen. Dann erlischt nach Sat 2 gegenüber dem verkausendem Miterben jeder Unspruch. Es bleibt nur der Anspruch gegen den Käuser. Er geht aus "übertragung des Anteils auf die Miterben" (§ 2036). Damit ist zusseich ausgesprochen, daß der verkauser Anteil kraft Ausübung des Vorkaufsrechts den übrigen Miterden nicht schon ipso iure anfällt (DLG 9, 387; NG Warn 1925 Kr 131; a. M. Dernburg § 193 V). Die Übertragung hat in der Form des § 2033 Abs 1 Satz 2 zu ersolgen; die Kosten tragen nach Treu und Glauben (§ 242) die das Vorkaufsrecht ausübenden Miterben; § 448 Abs 2 ist auf die gesehliche Verpslichtung des Erbteilskäusers zum Berkause and die Miterben nicht anwenddar (KG Warn 1925 Kr 131). Ihrerseits sind die Miterben dem Käuser zur Erstatung des gezahlten Kauspreises und der etwa auf die Erbschaft gemachten Aussendungen und zur Besteilung von etwa übernommenen Verbindlichseiten, und zwar gesamtschuldenersch
- 2. Daß der verkaufende Miterbe zur unverzüglichen Mitteilung (§ 121) des mit dem Dritten geschlossenen schuldrechtlichen Vertrags verpflichtet ist und daß dieser Mitteilungspflicht auch durch den Dritten genügt werden kann, verordnet bereits § 510 Abs 1. Der Empfang dieser Mitteilung ist entscheidend für den Lauf der zweimonatigen Frist zur Austbung des Vorkaufsrechts (§ 2034 A 4). Die dem Verkäufer des Erbteils serner auserlegte Verpflichtung, die Miterben von der geschenen übertragung underzüglich zu benachrichtigen, soll sie nur darüber aufklären, daß sie von jeht ab nur noch mit dem Käufer zu tun haben und nur diesem gegenüber die Frist wahren können. Solange sie diese Mitteilung nicht erhalten haben, müssen sie der Frist durch Erklärung gegenüber dem Verkäufer wahren können. Bei der Gleichheit der Formvorschriften in § 2033 Abs 1 und § 2371 wird Vertrag und Verfägung meist zusammenfallen, so daß es nur einer Mitteilung des Verkäufers bedarf.

§ 2036

Mit der übertragung des Anteils auf die Miterben wird der Käufer von der Haftung für die Nachlaßverbindlichkeiten frei¹). Seine Haftung bleibt jedoch bestehen, soweit er den Rachlaßgläubigern nach den §§ 1978 bis 1980 berantwortlich ist; die Borschriften der §§ 1990, 1991 sinden entsprechende Anwendung²).

Œ II 1910; B 5 839-842; 6 328.

1. § 2036 schließt sich an § 2035 an und hat den dort geregelten Fall im Auge, daß dem Kauser der Erbteil bereits übertragen war; in diesem Falle wird der Kauser von der Hausertung für die Rachlaßverbindlickkeiten srei, sobald er den Erbteil auf die das Vorlaufsrecht ihm gegenüber ausübenden Miterben weiter übertragen hat. Der Kauser hastet aber nach § 2382 bereits vom Abschlusse das Korlaufsrecht gemäß § 2034 gegenüber den Vertäuser des Erbteils auf ihn; wird bei dieser Sachlage das Vorlaufsrecht gemäß § 2034 gegenüber dem Vertäuser ausgeübt, so kommt der Kausvertrag unmittelbar zwischen diesem und den Miterben zustande und tritt der Kausvertrag mit dem Käuser außer Krast; deshalb nuß auch dereits mit diesem Zeitpunkte die Hastung des Käusers erlöschen (a. M. Planck Erl 2). Auch § 2036 Sap 2 kann in diesem Falle keine Anwendung sinden, da der Käuser noch nicht in den Mitbesig und die Mitderwaltung der Erbschaft gelangt war. — Der Käuser wird, abgesehen don Sap 2, von ieder Hastung beschen vonn er vermöge eines in seiner Berson liegenden kumstandes (z. B. nach §§ 1994, 2005, 2006, ZPD § 780 Abs 1) unbeschränkt hastvar geworden sein sollte. Doch geht in diesem Falle die unbeschränkte Hastung in Ansehngt des hinzu erwordenen Anteils auf die das Borkausstaußbenden Witerben über (§ 2007).

2. Solange der Räufer auf Grund einer Berfügung gemäß § 2083 der Erbengemeinschaft angehört, hat er auch die den Miterben obliegenden Berpflichtungen zu erfüllen. hierzu gehört ordnungsmäßige Verwaltung, Sorgfamkeit in der Berichtigung der Nachlagverbindlichkeiten, unter Umständen rechtzeitige Herbeiführung des Nachlaßkonturses (§§ 1978—1980). Die durch Verletung dieser Verpflichtung entstehenden Eigenverbindlichkeiten des Käufers (§ 1978 A 4) bleiben bestehen, und zwar auch dann, wenn wegen Dürftigkeit des Nachlasses Nachlaßverwaltung oder Nachlaßkonkurs nicht stattgefunden hat, sondern der Käuser des Erbteils gemäß § 1990 vorgegangen und beshalb auf Grund des § 1991 verantwortlich geworben ift. Nur dies will die Berweifung auf §§ 1990, 1991 besagen. Denn bon einer Beldränkung der Haftung auf den Nachlaß im Sinne dieser Baragraphen kann bei einem Räufer, ber sich bes gekauften Anteils bereits wieder entledigt hat, nicht mehr die Rede sein-Soweit der Käufer aus derartigen Eigenverbindlichkeiten haftet, kann er während der Dauer einer Nachlaßberwaltung ober eines Nachlaßkonkurses nur von dem Nachlaß- ober Konkursverwalter (§ 1978), im Falle des § 1990 aber von den Nachlaßgläubigern unmittelbar in Anspruch genommen werden (a. M. Strohal bei Planck 3. Aufl A 1; Leonhard III; wie hier Blanck 4. Aufl.). Seine Aufwendungen fann er von den Rachlafgläubigern nach Maßgabe des § 1978 Abs 3 erstattet verlangen.

§ 2037

überträgt der Räufer den Anteil auf einen anderen, jo finden die Borichriften der §§ 2033, 2035, 2036 entsprechende Anwendung¹).

Œ II 1911; ₿ 5 839—841; 6 818, 819, 828.

1. Der Käufer des Erbanteils kann seinerseits wieder hiersiber dinglich verfügen (§ 2033), har aber gleichfalls die Benachrichtigungspflicht aus § 2035 Abs 2. Auch gegenüber dem zweiten und den ferneren Erwerbern sind die Miterben zur Ausübung des Borkaufsrechts befugt (§ 2035 Abs 1), und zwar ohne Rücksicht barauf, ob dieser Übertragung ein Kauf ober ein anderes schuldrechtliches Geschäft zugrunde liegt. In diesem Falle werden alle vorangehenden Erwerber von der Schuldenhaftung befreit (§ 2036). Die Zweimonatsfrift bes § 2034 Abs 2 läuft den Miterben jedoch auch gegenüber allen späteren Erwerbern von dem ersten Berkaufe durch den Miterben ab und das Borkaufsrecht erlischt ein für allemal durch Nichtausübung innerhalb dieser Frist oder durch Verzicht gegenüber einem Erwerber. haben die Miterben die Ausübung des Borkauferechts gegenüber dem verkaufenden Miterben oder einem Erwerber erklärt und der Erklärungsempfänger überträgt den Erbteil statt an sie an einen Dritten, so werden sie gegen diesen einen Anspruch auf Übertragung des Erbteils an sie nicht geltend machen konnen; die von der zweiten Kommission (Brot 6, 319) beabsichtigte actio in rom scripta hat einen Ausbruck im Gesetze nicht gefunden; sie werden also auf einen Schadensersatanspruch gegen ben Erklärungsempfänger angewiesen sein, fofern sie nicht auch bem neuen Erwerber gegenüber noch in der Lage find, das Borfaufs. recht auszuüben (so Bland 3. Aufl Erl 3; a. M. die zweite Auflage dieses Kommentars).

§ 2038

Die Berwaltung des Nachlasses steht den Erben gemeinschaftlich zu¹). Zeder Miterbe ist den anderen gegenüber verpslichtet, zu Maßregeln mitzu-wirten, die zur ordnungsmäßigen Berwaltung ersorderlich sind²); die zur Erhaltung notwendigen Maßregeln kann jeder Miterbe ohne Mitwirkung der anderen tressen³).

Die Borschriften der §§ 743, 745, 746, 748 finden Anwendung⁴). Die Teilung der Früchte erfolgt erst bei der Auseinandersetung⁵). Ist die Auseinandersetung auf längere Zeit als ein Jahr ausgeschlossen, so kann jeder Miterbe am Schlusse jedes Jahres die Teilung des Reinertrags verlangen⁶).

Œ II 1912; B 5 861, 862.

- 1. Die gemeinschaftliche Verwaltung des Rachlasses begreift in sich die zur Berwahrung, Sicherung, Erhaltung und Bermehrung sowie zur Gewinnung der Antungen erforderlich oder geeignet erscheinenden Maßregeln, wozu auch die Fortsührung eines Geschäftsbetrieds gehören kann. Die Art der Verwaltung kann bei Übereinstimmung samtlicher Miterben von ihnen frei bestimmt werden, dorbehaltlich ihrer Verantwortung gegenüber den Rachlaßgläubigern dei Beschänkung ihrer Haftung (§ 1978). Zur Verwaltung können unter Umständen auch Verfägungshandlungen erforderlich werden, d. h. solche, welche die Substanz des Rachlasses durch Veräußerung oder Belastung von Rachlaßgegenständen dinglich verändern; über diese sind besondere Bestimmungen getrossen (§§ 2033 Abs 2, 2040 Abs 1, 2046 Abs 3). Über die Aushhebung einer mit einem Dritten bestehenden Gesmeinschaft vol. § 2039 A1. Für die Verwaltungsgemeinschaft der Erben ist nur Raum, wenn die Verwaltung nicht einem Rachlaßverwalter (§ 1984), Konkursverwalter (KD § 6) oder Testamentsvollstreder (§ 2205) zusteht. Durch lehnvillige Versügung des Erblasses kann in Form einer von diesem den Erben gemachten Auslage (§ 1940, vgl. auch §§ 2044, 2048) die Verwaltung anders geregelt, insbesondere einem oder mehreren einzelnen Miterden übertragen sein. Bei Vorliegen eines wichtigen Frundes zur Abweichung von den Vestimmungen des Erblasses wird § 712 entsprechend angewendet werden können. Der an einzelne Miterden erteilte Verwaltungsauftrag ist jederzeit widerrusslich und künddar (§ 671).
- 2. Die Mitwirtung ist nicht bloß Zustimmung (§ 744), erfordert vielmehr nach Umständen auch tätiges und rechtsgeschäftliches Handeln. Den Nachlaßgläubigern haften daraus die Miterben als Gesamtschuldner mit dem eigenen Vermögen. Untereinander haben sie sich über die geführten Geschäfte Auskunft zu erteilen, nach Besinden Rechenschaft zu segen (§§ 681, 666), sich Treu und Glauben zu halten (s. auch NG 63, 285). Sie haften einander sür Verschulden nach §§ 276, 278. Ersahansprüche an den Nachlaß sind, sobald es der Stand des Nachlaßes gestattet, spätestens dei der Auseinandersehung auszugleichen (§ 2046). Die Mitwirtung kann nur zur ordnungsmäßigen Berwaltung verlangt werden. Diese (vgl. auch §§ 745, 1374, 1472, 2120, 2130, 2206, 2216) besteht insbesondere in der Besinahme, Verwahrung und Sicherung des Nachlasses, Instandhaltung, Regelung des Gebrauchs und Nutbarmachung fruchtbringender Sachen, Versicherung der Erbschaftssachen, soweit dies nach den Verhältnissen üblich ist, Klarstellung bestrittener Rechtsverhältnisse, Einziehung gefährdeter Außenstände, Belegung versügdarer Kapitalien usw. Zur Kündigung einer Rachlaßforderung ist der einzelne Miterbe nicht berechtigt (NG 65, 5). Untrag auf Erbschein § 2357. Wegen Errichtung eines Nachlaßverzeichnisse vgl. U 7.
- 3. Erhaltungsmaßregeln wie bei ber Gemeinschaft § 744 Abs 2. Ebenso wenn mehrere Testamentsvollstreder bestellt sind (§ 2224 Abs 2). Die Zustimmung der Miterben gilt als im voraus erteilt. Der handelnde Miterbe verpslichtet insolveit im Zweisel zugleich die Gemeinschaft. Die Stellung des Antrags auf Bestimmung einer Inventarfrist gegen den Erben des Schuldners einer zum Nachlasse gehörigen Forderung kann nicht durch einen einzelnen Miterben ersolgen, da sie keine zur Erhaltung notwendige, sondern nur eine zur Erlangung des Rechtes auf unbeschänkte Haftung nützliche Maßregel ist (KV in RJA 16, 50).
- 4. § 743: unentziehbares Recht zum Mitgebrauch ber Nachlaßgegenstände (vgl. § 745 Abs 3 Sat 2), wegen der Früchte s. U 5; § 745: Regelung der Berwaltung und Benutzung durch Stimmenmehrheit nach der Größe der Erbteile, somit ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Ausgleichungspflicht, §§ 2050 ff.; aber immer nur innerhalb der Grenzen einer der Beschaffenheit der Erbschaftsgegenstände entsprechenden ordnungsgemäßen Verwaltung. Die Art der Bestattung des Erbsassensting einer lettwilligen Anordnung nicht durch Stimmenmehrheit der Miterben, sondern nach Maßgabe des mutmaßlichen Willens des Erbsassens im Streitfalle durch das Gericht geregelt (MG 100, 173; vgl. § 1968 A 2). Kein Stimmrecht im Falle widerstreitender Interessen (Vandbeld Recht O5, 344 1679). Sonst Verwaltung und Benutzung nach billigem Ermessen, nötigensals Eutscheidenung darüber im Rechtswege auf Grund bestimmt zu formulierender Anträge (s. § 745 A 3). Zur Einwilligung in Fortführung eines Handelsgeschäfts wird ein Miterbe wegen der nach HBB §§ 27, 25 für ihn dadurch entstehenden persönlichen Haftung für die Veränderung der Nachlaßgegenstände kann nicht verlangt werden (§ 745 Abs 3 Sat 1). § 746: Wirtung für und gegen den Sondernachsolger (Erwerber eines Erbteils). § 748: Verpslichtung zur

anteiligen Tragung der Laften und Kosten. Sie beschränkt sich jedoch auf die im Nachlaß vorhandenen bereiten Mittel und begründet keine Borschußpflicht. Den Gläubigern gegenstber kann ihre Berichtigung als einer Nachlaßverbindlichkeit aus dem eigenen Bermögen bis zur Teilung von jedem Miterben verweigert werden (§ 2059 Abs 1).

- 5. Abweichend von § 743 Abs 1 ist **Teilung der Früchte** hinausgeschoben dis zur Auseinandersetzung (§§ 2042ff.). Erst dann kann übersehen werden, ob dem einzelnen Miterben mit Kücksicht auf Ausgleichungsposten und Schulden an den Nachlaß überhaupt etwas zukommt. Sine frühere Verteilung kann auch durch Mehrheitsbeschluß nicht ins Werf gesetzt werden, wohl aber durch Vereinbarung sämtlicher Miterben (RG 81, 241). Dem ganz unbegründeten Widerspruch eines einzelnen Miterben wird nur etwa mit § 226 begegnet werden können. Ist ein Teil des Nachlasses noch unverteilt geblieden, hat aber einer der Miterben aus der Nachlasmasse bereits vorschußweise gegen die Verpstichtung zur Anrechnung auf seinen dei der schließlichen Auseinandersetzung sich ergebenden Anteil so viel erhalten, daß dadurch dieser Anteil erschöpft ist, so hat er, obwohl formell noch Miterbe, keinen Anspruch auf Teilnahme an den Ruzungen der unverteilten Masse (RG 17. 2. 21 IV 366/20).
- 6. Vorausgesett ist, daß die Auseinandersetung nach §§ 2043, 2044 durch letztwillige Verfügung, wegen der zu erwartenden Geburt eines Miterben oder durch Vereindarung der Erben auf länger als ein Jahr ausgeschlossen ist. Der Teilungsanspruch entsteht nicht schon dadurch, daß sich die Auseinandersetung über Jahressrist verzögert (NG 81, 244). Ist die Auseinandersetung ausgeschlossen, so tritt die Regel des § 743 Abs 1 ein, wiewohl unter Beschränkung auf den Reinertrag, also der Früchte nach Abzug der Gewinnungskosten.
- 7. Eine allgemeine gegenseitige Austunftspflicht ber Miterben als folcher untereinander über ben nachlaß als Inbegriff (§ 260) ift bom Gelete nicht anerkannt und bom Reichsgericht wiederholt abgelehnt worden (vgl. besonders RG 81, 30 und 21. 2. 21 IV 459/20). In der zweiten Auflage Dieses Kommentars ift sie als für die Bragis unentbehrlich bezeichnet und ihre Entwidlung zu einer Rechtsregel befürwortet worben. Ohne eine burch das Geset gebotene Sandhabe wird es aber nicht angängig sein, den Miterben allgemein eine solche Verpflichtung aufzuerlegen, die mit ihren (namentlich aus § 260 sich ergebenben) Folgen für biejenigen, die bem Nachlasse gang ferngestanden haben, recht brudend fein tann. Das Gefet hat dadurch, daß es für die einzelnen Fälle, in denen es eine besondere erb. rechtliche Auskunftspflicht, über die aus den allgemeinen Borschriften über Geschäftsführung und Auftrag (§§ 681, 666) sich ergebende hinaus, für geboten erachtete (§§ 2027 Abs 1, 2, 2028, 2057), gang bestimmte Boraussemungen aufstellte, zu erkennen gegeben, daß es die Auskunfts. pflicht unter Miterben als allgemeine Regel nicht aufstellen wollte. Dem prattischen Bedürfmile burfte auch im wesenklichen genugt sein dadurch, daß jeder Miterbe, der sich unter Inanspruchnahme eines größeren als des ihm zustehenden Erbrechts oder auch ohne dies aus dem noch nicht in den tatsächlichen Mitbesit sämtlicher Miterben übergegangenen Nachlasse in den Besit von Erbschaftsgegenständen gesetzt hat (§ 2027 Abs 1, 2) ober ber auch nur in häuslicher Gemeinschaft mit dem Erbsasser gelebt hat (§ 2028) ober ausgleichungspflichtige Zuwendungen erhalten (§ 2057) oder Geschäfte für die Erbschaft geführt hat, sei es mit oder ohne Auftrag (§§ 681, 666), zur Auskunft verpflichtet ist. Auch dafür, eine solche Auskunftspflicht etwa jedem Miterben, der aus irgendeinem Grunde Schuldner einer Nachlafforderung geworden ist, hinsichtlich dieser seiner Schuld aufzuerlegen, ohne daß sie in dem Schuld. verhältnisse an sich begründet wäre, durfte kein Bedürfnis bestehen. Ein über die allgemein in Rechtsverhältnissen bestehende Pflicht zur Bahrung von Treu und Glauben hinausgehendes besonderes Treueverhaltnis unter ben Miterben ift auch in Re 65, 10 nicht anertannt. In dem besonderen Falle, wo ein voraussichtlich zum Miterben Berufener, ohne in häuslicher Gemeinschaft mit bem Erblaffer zu leben, schon bei beffen Lebzeiten Erbschaftsgegenstände an sich gebracht hat, wird eine die Auskunftspflicht begründende Sachlage jedenfalls bann anzunehmen fein, wenn er biefe Erbichaftsgegenftanbe nach bem Erbfalle unter Beanspruchung eines größeren als bes ihm guftebenben Erbrechts für sich zuruchbehalt (Re 81, 295; val. auch § 2028 U 2). Eine allgemeine Austunftspflicht burfte auch aus der in § 2038 Abi 1 Sat 2 gebotenen Mitwirkung zu Magregeln ber ordnungsgemäßen Berwaltung nicht zu entnehmen sein. Doch wird ben älteren Auflagen zugegeben werben muffen, daß zu folchen Makregeln auch, wie in vielen anderen Fällen, die Errichtung eines Nachlahverzeichnisses gehört, die die Grundlage einer ordnungsmäßigen Berwaltung fremben ober mit anderen gemeinschaftlichen Bermögens bilbet, und daß deshalb die Mitwirfung dazu von den Miterben verlangt werden fann (a. M. auscheinend Re 81, 32), woraus zu folgern sein wird, daß der Miterbe bei der Errichtung des Verzeichnisses nach Treu und Glauben anzugeben hat, was ihm über Nachlaßgegenstände bekannt ist; darin liegt aber keine Auskunstspflicht im eigentlichen Sinne mit den aus § 260 sich ergebenden Folgen (selbständige Borlage eines Verzeich nisses und Offenbarungseid).

§ 2039

Gehört ein Anspruch zum Rachlasse¹), so tann der Verpflichtete nur an alle Erben gemeinschaftlich leisten und jeder Miterbe nur die Leistung an alle Erben fordern²). Jeder Miterbe tann verlangen, daß der Verpflichtete die zu leistende Sache für alle Erben hinterlegt oder, wenn sie sich nicht zur Hinterlegung eignet, an einen gerichtlich zu bestellenden Verwahrer abliefert³)⁴).

E II 1913; \$ 5 843, 862-865.

- 1. Der zum Rachlaffe gehörende Anspruch (vgl. auch §§ 1978, 1991, 2019, 2041, 2888 Abs 1 Sat 2) tann dinglicher ober personlicher Art sein. Dierzu gehört auch der Erbschaftsanspruch §§ 2018 st. Immerhin muß es sich um einen Anspruch im Sinne von § 194, somit um Geltendmachung eines Rechtes handeln, von einem andern ein bestimmtes Tun ober Unterlaffen zu verlangen. Daran fehlt es, folange sich die Miterben nur erst in einer Rechtslage befinden, kraft beren es noch von ihrer Entschließung abhängt, ob und welche Rechte sie in Anspruch nehmen und ob sie sich dafür unter Umständen auch entsprechenden Verpflichtungen unterwerfen wollen. Eine solche Entschließung enthält eine Verstägung über einen Nachlaßgegenstand (§ 2040 Abs 1). Deshalb können Rücktrittsrechte (**KG** 107, 240; 18. 5. 25 V 426/24), Wahlrechte, Wiederkaufs- und Vorkaufsrechte (außer im Falle des § 2034 A 3), Anfechtungs-Wahlrechte, Wiedertaufs und Vortaufsrechte (außer im Falle des § 2004 A. 3), Anfethinigsrechte auf Grund der §§ 119ff. BGB (RG 107, 238, anders bei solchen auf Frund des Ansechtungsgesetzel, Kechte auf Wandlung oder Minderung, der Widerruf der Schenkung nur von alsen Erben gemeinschaftlich ausgesibt werden. Ist die Fälligkeit einer zum Nachlasse gehörenden Forderung von einer Kündigung abhängig, so ist zu dieser einzelner Miterbe nicht befugt, da sie eine Verfügung über die Forderung (§ 2040 Abs 1) enthält (NG 65, 5); dagegen ist jeder einzelne Miterbe befugt, den Schuldner einer fälligen Forderung, wie durch Klagerhebung, so auch durch Mahnung zur Leistung an alse oder hintersegung in Verzug zu seizen. Zu dem Antrage auf Bestimmung einer Anventarfrist gegen den Erben des Schuldners (§ 1994) soll nach Kammergericht (MJA 16, 50) die Mitwirkung aller Miterben des Gläubigers erforberlich sein; doch dürfte das nicht gerechtfertigt sein, da mit dem Antrage die Indentarerrichtung gesordert wird, die sich als eine "Leistung" darstellt, wenn sie auch nicht direkt erzwungen werden kann (§ 1994) soll der Sieben der Antrage die Indentarerrichtung gesordert wird, die sich Leistung viert graden mitgeben kannen vorwellen des Gestauten Al), und da diese Leistung vicht an den einzelnen Miterben, sondern zugunsten des gesamten Nachlasses erfolgen soll, also die ivesentlichen Erfordernisse des § 2039 Sat 1 zutreffen. Auch der Anwendung der Vorlrift auf die Erhebung sovohl positiver ivie negativer Festftellungsklagen, die auf das Bestehen oder Nichtbestehen eines zum Nachlasse gehörigen Anspruchs gerichtet sind, steht nichts entgegen (NG JB 05, 14623; LB 1917, 443; so auch schon für das preußische Necht NG 44, 183). Doch wird zum Ausbruck kommen mussen, daß die Feststellung sich auf die Leistungspflicht an alle beziehen soll. Gegen einen Testamentsvollstreder tann jeder einzelne Miterbe unbeschränft auf Einhaltung ber Grengen seiner Berwaltungsbefugnisse und ordnungsmäßige Berwaltung flagen (RG 73, 26; 29. 10. 17 IV 241/17); es handelt sich babei nicht um jum Nachlasse gehörige Unsprüche, jondern um perfonliche Rechte des einzelnen Miterben. Db der Untrag auf Aufhebung einer mit einem Dritten bestehenden Gemeinschaft, insbesondere durch Zwangs-versteigerung eines Grundstucks, das zu dieser Gemeinschaft gehört, als Geltendmachung eines Anfpruchs im Sinne des § 2039 angesehen werden tann, ift ftreitig; Re (DLG 25, 267) und DLG Raumburg (NaumburgAR 1921, 22) haben die Frage verneint; doch hat das KG (Beschluß vom 24. 2. 22) diese Auffassung ausdrücklich aufgegeben; **RG** 108, 424 hat die Frage bejaht und demgemäß die Bulaffigfeit der Stellung eines folchen Antrage durch einen einzelnen Miterben zugunften aller anerkannt. Die Entscheidung ift nicht unbedenklich, ba ein solcher Antrag (anders wie eine Magerhebung, vgl. oben) doch wohl eine Berfligung über einen Nachlaggegenstand (§ 2040 Abf 1) enthält. — Ein Anspruch auf Berichtigung des Grundbuchs (insbesondere gegen einen auf Grund durch Anfechtung nichtig gewordener Auflaffung als Alleineigeniumer eingetragenen Miterben) fallt unter § 2039 (96 28. 2. 25 V 398/24). Sbenso kann der Antrag auf Aufwertung einer zum ungeteilten Nachlasse gehörigen Forderung auf Grund des Auswertungsgesetzes (val. § 242 A 5) von einem einzelnen Miterben bei der Auswertungsstelle gestellt werden (RG 17. 6. 25 V B 14/25). Die Berausgabe des von einem Geschäftsführer ohne Auftrag bei Führung eines Geschäfts für ben Nachlaß Erlangten fann ein einzelner Erbe erft verlangen, nachdem bie Miterbengemeinschaft die Geschäftsführung genehmigt hat (96 31. 1. 27 IV 567/26).
- 2. Daß sich der Nachlaßschuldner nur durch Erfüllung an die Erbengemeinschaft befreien kann, folgt schon aus §§ 2032, 2033, 2040. Am Erfüllungsort wird durch den Erbfall nichts geändert. Befreiung durch Leistung an den durch Erbschein ausgewiesenen Erben § 2867. Aus dem Grundsat der gesanten Hand würde an sich auch solgen, daß die Mit-

erben nur gemeinschaftlich die Leistung zu fordern berechtigt sind. Dieser Grundsatz ist aber im BBB, im Auschluß an eine im Gebiete des BrALR ausgebildete Pragis, durchbrochen durch Gewährung eines Individualklagrechts an die einzelnen Teilhaber der Erbengemeinschaft. Die Borschrift entspricht derzenigen des § 432, die für den Fall gegeben ist, daß mehrere (ohne in einem Gesamthandverhältnisse stehen zu müssen) eine unteilbare Leiftung zu fordern haben. Sie gilt aber hier auch für teilbare Leiftungen. Leiftung an ihn selbst fann der Miterbe in der Regel weder gang noch zu einem seinem Erbteile entsprechenden Teile verlangen, ausgenommen, wenn es sich etwa um einen Rechtseingriff (Eigentumsftörung) handelt, der ihn allein berührt (RG Barn 1916 Nr 248). Ift der Rlageautrag nicht eutsprechend beschränkt, d. h. auf Leistung an alle gerichtet, so sol bas Gericht in Ausübung des Fragerechts (§ 139 BBO) eine sachgemäße Beschränkung des Antrags herbeisühren (NG Warn 1913 Ar 236d); in IV 503/06 30. 5. 07 ist die Beschränkung sogar von Amts wegen beigestigt. — Widerspruch der übrigen Miterben steht der Geltendmachung des Anspruchs durch einen Miterben nicht entgegen; sind die übrigen nicht zur Empfangnahme der Leistung bereit, so kann er die Hinterlegung erwirken (RG 24. 2. 12 IV 345/11). Rlagen famtliche Miterben auf Leistung an die Erbengemeinschaft, so besteht, da jeder von ihnen auch allein den gleichen Anspruch erheben könnte, keine notwendige Streitgenossenschaft (so Stein, BBD zu § 62 III3 bei Note 50; RG Warn 1913 Nr 235; RG 16. 3. 16 IV 378/15; dahingestellt JW 1911, 10128); a. M. auscheinend NG 96, 52. Auch ein Arrest fann von einem einzelnen Miterben zugunften der Gesamtheit, aber nicht zur Sicherung seines Anteils beantragt werden (RG 30. 5. 07 IV 503/06). Klageberechtigt ist ein Miterbe aus einem gegenseitigen Bertrage, auch wenn er die den Erben obliegende Gegenleistung nicht allein beschaffen kann (a. M. Dernburg V § 177 bei A 15); boch kann ber Schuldner den Einwand aus § 322 erheben mit der dort bezeichneten Folge. — Das Klagerecht des einzelnen Miterben ift ein ihm gustehendes, von dem Rechte der andern unab. hängiges Sonderrecht; er ist nicht Vertreter der andern, sondern klagt nur in eigenem Ramen. Aus dem ergangenen Urteile kann nur der Miterbe, der geklagt hat, Zwangs. vollstredung betreiben, beren Bollziehung allerdings auch den andern zugute tommt. Rechtstraft wird nur für und gegen ihn geschaffen; die übrigen Miterben sind badurch, daß er abgewiesen ist, nicht gehindert, den gleichen Anspruch auch ihrerseits geltend zu machen; anderseits fann ber Schuldner, ber auf die Rlage eines Miterben verurteilt ist, den von den andern erhobenen gleichen Auspruch noch bestreiten (RG Warn 1913 Rr 235; ebenso RG 17. 6. 25 VB 14/25). Durch die Erhebung der Sonderklage eines Miterben wird die Verjährung gegenüber den andern nicht unterbrochen (vgl. auch § 432 Abs 2; a. M. Staudinger Erl 4); deshalb beginnt auch die Frist des § 207 für die Vollendung der Verjährung nicht schon mit dem Zeitpunkte, wo ein Miterbe die Erbschaft angenommen hat. — Wegen dieser beschränkten Wirkungen der Sonderklage hat das Reichsgericht in standiger Rechtsprechung angenommen, daß der Wert des Streitgegenstandes, obwohl die Alage auf die ganze Leistung gerichtet ist, auch wenn der Gegenstand der Leistung eine bestimmte Sache oder Gelbsumme ist, nicht gemäß § 6 nach dem Werte dieser Sache oder dem Betrage der Gelbsumme, sondern gemäß § 8 PD nach dem Interesse dagenden Miterben an der zum Nachlasse zu machenden Leistung zu bemessen ist, bas einem seinem Anteile an der Erbschaft entsprechenden Bruchteile des Wertes der Das einem seinem anteine an bet etoligigt entspreigenoen Stuckteile des Wertes der Leistung gleichsommt. So **RG** 33, 427; 38, 421 (für älteres Recht); ferner Warn 1912 Mr 274. Daran hat das Reichsgericht auch gegenüber dem in der Rechtslehre hervorgetretenen Widerspruche sestgehalten: **RG** 93, 127; Warn 1917 Mr 184; 1. 11. 20 IV 421/19. Das soll auch bei der Klage eines Miterben gegen einen anderen auf Einwerfung eines Betrags in die Erbmasse gelten (**RG** 12. 7. 19 IV 104/19). Es läßt sich versennen, daß diese Rechtsprechung zu einer gewissen harte gegen ben Beklagten führt, ber zu ber gangen Leiftung verurteilt wird, dem aber die dem Werte diefer Leiftung entsprechenden Rechtsmittel (Nevision) abgeschnitten werden; eine Härte übrigens, die mit der auch sonst nicht ohne Widerspruch gebliebenen Auffassung des Reichsgerichts auf prozessualem Gebiete julammenhängt, daß der Wert des Streitgegenstandes niemals höher sein konne als bas Interesse des Klägers (vgl. Busch, BBD zu § 546 A 2). Auch die Anwendung des § 3 BBD auf ben mit der Mage geltend gemachten, auf einen bestimmten Geldanspruch gerichteten Leistungsanspruch durfte nicht unbedenklich sein. — Bei Magen gegen einen Miterben auf Anerkennung (Feststellung) bes Alleineigentums des flagenden Miterben an einer Sache, beren Bugehörigfeit zum Nachlaffe ber Beflagte behauptet, bilbet bagegen unbedent. lich nur eine dem Anteile des beklagten Miterben entsprechende Quote des Wertes der Sache den Streitgegenstand (RG 3. 5. 19 IV 8/19); ebenso ift bei der Klage eines Nach. laggläubigers, insbesondere wenn er Miterbe ift, gegen einen Miterben auf Feftftellung, daß eine vom Rläger geltend gemachte Nachlafforderung besteht, eine dem Anteil des beklagten Miterben an der Erbschaft entsprechende Quote der Forderung Streitgegenstand (RG 1. 11. 20 IV 421/19). — Auch gegen den Miterben, der Nachlaßschuldner ift, kann grundfählich von einem andern Miterben, wenn nicht auf Leistung an alle (ba er an sich felbst nicht leiften tann), fo boch auf hinterlegung bes gangen Schulbbetrages aus § 2039 geflagt werben, da ein teilweises Erlöschen durch Konsusion nicht eingetreten ift (§ 2082 A 2), und zwar ohne Rudficht darauf, ob bei der Auseinandersetzung die Schuld durch Teilung in Natur ausgeglichen werden könnte (RG 65, 5). Doch läßt diese Entscheidung (und ebenso Warn 1913 Rr 236a u. b) bem beklagten Miterben den Ginwand nach, daß bie Ginziehung ber Forderung zum Nachlasse vor der Auseinandersetung schikanvs sei (§ 226) oder doch gegen Treu und Glauben verstoße, wenn mit Sicherheit zu übersehen ift, daß seine Schuld durch feinen Erbteil gedecht wird, fofern nicht ein besonderer Grund vorliegt, der bennoch das Berlangen ber hinterlegung rechtfertigt. Wegen einen Miterben, ber als Burge fur eine Forderung eines andern Miterben an den Erblaffer haftet, tann die gange Burgfchaftsschuld eingeklagt werden, fofern wegen Überschuldung bes Nachlasses anzunehmen ift, daß ber Miterbe, der Gläubiger ift, aus dem Rachlaffe nichts erhalten wurde (916 76, 58). Daß die Ginklagung der Forderung gegen einen Miterben nur zuläffig ware, wenn die Ginziehung dur Tilgung der Nachlagverbindlichkeiten ersorderlich erscheint, kann nicht anerkannt werden. Auch der Klage des Nachlagverwalters gegenüber kann der Miterbe, der Nachlaßschuldner ist, sich nicht darauf berufen, daß die Einziehung nicht zum Zwede der Berichtigung von Rachlagverbindlichkeiten erfolge (NG 72, 260; vgl. § 1985 A 2). — Unter Umftänden kann ausnahmsweise die Sache fo liegen, daß ein einzelner Miterbe Leiftung an ihn selbst berlangen fann; jo wenn er bazu von den übrigen Miterben ermächtigt ift (Warn 08 Rr 651); namentlich aber in folden Fallen, wo bas Ergebnis ber Auseinanberfetung in gulässiger Beise durch die Rlage vorweggenommen und badurch ein weiteres Auseinander. setzungsverfahren vermieden werden tann. Solche Fälle hat das Reichsgericht als vorliegend angesehen, wenn bie eingeklagte Forberung bas einzige Rachlagaktivum bilbet, andere Miterben als die Barteien nicht in Betracht tommen, der Nachlag mit Verbindlichkeiten nicht belaftet ift oder boch eine noch bestehende Nachlagverbindlichteit unmittelbar zwischen ben Parteien ausgeglichen werden kann und der Rläger nur den Anteil an der Forderung berlangt, der ihm bei ber Auseinandersetzung zufallen wurde, indem er zugleich zu erkennen gibt, daß ber Forderungsanteil, der auf den Beflagten bei der Auseinanderfetjung entfallen wurde, diesem verbleiben und daburch deffen Schuld an den Nachlaß als getilgt gelten foll. Erforderlich ift aber, bag alle Boraussemungen für die Durchführung einer Erbauseinanderfetung (§§ 2042ff.) in biefer abgefürzten Form, insbesondere Berfügungebefugnis ber Parteien, vorliegen (vgl. NG Warn 1913 Rr 286a, b, c). — Zugelassen ist vom Neichsgericht auch, daß ein einzelner Miterbe den Anspruch auf Rechnungslegung gegen einen Miterben geltend macht, wenn andere Miterben als Berechtigte nicht in Frage fommen ober den Anspruch nicht geltend machen wollen (RG Warn 1918 Rr 236d).

3. Hinterlegung §§ 372 ff. Durch Landesgeset kann bestimmt werden, daß auch andere als die in § 372 bezeichneten Sachen sich zur Hinterlegung eignen (EG Art 146). Handelt es sich um ein Grundstück, so kann die Herundsgabe an einen gerichtlich zu bestellenden Berwahrer verlangt werden (RG 105, 250). Der Verwahrer wird von dem Anutsgericht

bestimmt, in deffen Begirt fich die Sache befindet (AGG § 165).

4. Die Vorschrift des § 2039 über das Individualklagerecht des einzelnen Miterben wird vom Reichsgerichte, im Anschluß an die ältere preußische Praxis (vgl. auch Prot II 5, 864), in ständiger Rechtsprechung auf die andern Gesamthandsverhältnisse des BGB als anwendbar erklärt; so (ünter Heranziehung des § 432 Abs 1) auf die Gesellschaft (NG 70, 34 und IV 00, 553°); ferner auf die eheliche Gütergemeinschaft, wenn die dem Manne zustehende Verfügungsgewalt durch den Tod erloschen und nicht infolge Fortsetung der Gütergemeinschaft auf die überlebende Witwe übergegangen ist (andernfalls kann nur der urv Verwaltung und Verfügung berusene Chegatte — §§ 1443, 1487 — die Klage erheben). So NG IV 3B 05, 146°2 und für das ältere Recht NG 48, 269; ferner 2. 5. 12 IV 468/11 und — unter Zurüchweisung der in der Rechtslehre erhobenen Vedenken (Hellwig) — Warn 1913 Rr 150

§ 2040

Die Erben tonnen über einen Rachlaggegenstand nur gemeinschaftlich

berfügen1).

Gegen eine zum Nachlasse gehörende Forderung tann der Schuldner nicht eine ihm gegen einen einzelnen Miterben zustehende Forderung aufsrechnen²).

Œ II 1914: B 5 865, 866.

1. Gemeinschaftliche Berfügung über Rachlafgegenstände. Abs 1 erganzt, übereinstimmend mit dem für Bruchteilsgemeinschaften gestenden § 747 Abs 1 Sat 2 (für die Gesell-

ichaft vgl. §§ 709 ff.) positiv die negative Bestimmung des § 2033 Abs 2. Nachlakaegenstand begreift Sachen (§ 90) und Rechte. Begriff ber Verfügung § 2033 A 3. Bgl. auch § 2039 A 1. Hiterbe, so bedarf es seiner Mittvirkung bei der Kündigung nicht (BanDbLG 6, 326). Auch ein Verzicht auf ein Kündigungs, Rücktritts u. dgl. Recht stellt eine Verfügung im Sinne des § 2040 dar (NG Senffl 79 Nr 180). Ebenso der Widerruf eines Auftragsverhältnisses (NG L3 1926 Sp 228; Seuffl 79 Nr 221), während der Widerruf einer abstrakten Bollmacht durch jeden einzelnen Miterben mit Birfung für ihn erfolgen fann, ba er feine Anfgabe eines Rechts enthält. Ferner das Anerkenntnis einer nachlagverbindlichkeit gegenüber dem auß 2059 Abs 2 von dem Gläubiger gegen die Gesanthand erhobenen Anspruche auf Befriedigung auß dem ungeteilten Nachlasse; dagegen kann die gesantschuldnerische Beipsschichtung auß 2058 von jedem einzelnen Mierden nit Wirtung für ihn anerkannt werden (NG JW 02 Beil 208; Gruch 46, 661). Ein Zwangsvergleich im Rachlassenschieben zustande kannagsvergleich im Rachlassenschieben zustande kannagsvergleich im Nachlaßtonkurse kann nur auf Borschlag sämtlicher Miterben zustande kommen (KD § 230). Auch die Ermächtigung an einen Dritten, über Nachlaßgegenstände zu verfügen, muß von allen Erben erteilt sein (NG 67, 27). Die von einem einzelnen Erben getrossen Begründung fann wirksam werden nach § 185 (a. M. NG 93, 292 mit nicht überzeugender Begründung; das Gesamthandsverhältnis schließt nicht aus, daß eine zunächst von dem nichtberechtigten einzelnen Miterben getroffene Verfügung, die deshalb unwirksam ift, durch Genehmigung ber übrigen Miterben zu einer wirksamen Verfügung der Gesamtheit wird; ein Richtig bet torigen unterden in einer intranten Verjugung der Gejamigen into; ein Artigligkeit begründendes gesetliches Verdot, § 134, enthält § 2040 nicht); vgl. auch (für den Fall der Gesellschaft) RG 92, 398. Durch gutgläubigen Erwerb von einzelnen Miterben kann ge-gemäß §§ 982 ff. ein Pfandrecht an Inhaberpapieren erworben werden (NG 67, 27). In der Übertragung des Aftienbesities und der Aftionärrechte auf einen Trenhänder, der dies Kechte für eine bestimmte Zeit unwiderruflich anszuüben berechtigt sein sollte, ist eine Verfügung im Sinne von § 2040 gesunden worden (NG 111, 405); auch gut-gläubiger Erwerd solcher Kechte von einem einzelnen Miterben ist ausgeschlossen (NG a. a. D.); anders wenn es fid um einen blogen Berwahrungsvertrag handelt; Diefer kann eine Erhaltungsmaßregel nach § 2088 Sat 2 Halbsat 2 barftellen (Mr ebenda). Auch bie Annahme der geschulbeten Leistung enthält eine Verfügung; daß sie den Schuldner mur befreit, wenn er an sämtliche Miterben leistet, folgt schon aus § 2089 Sat 1. Auch wenn es fich um eine gegenüber ber Erbengemeinschaft zu treffende Berfügung Auch wenn es sich um eine gegenüber ber Erbengemeinschaft zu tressende Versugung handelt (Kündigung, Ansechtung usw.), kann sie nur Wirkung äußern, wenn sie allen Erben gegenüber ersolgt ist. Dagegen ist kein Miterbe daran gehindert, sich in Beziehung auf einen Nachläßgegenstand schuldrechtlich zu verpsichten, ihn z. B. zu verkaufen. Bestugung des Erbeserben, den seinem Erbeil ensprechenden Teil der Erbschaft auszuschlagen, § 1952 Abs zu der kann gehorn Miterben ebensowenig dinglich verfügen wie der Alleinerbe (§ 2033 A 2). Wohl aber kann jeder Miterbe gemäß § 2033 Abs zu der gleiche Berfügung über seinen Anteil tressen und dadurch derselbe Ersolg herbeigeführt werden. Wegen eines Anspruchs, der auf eine Versägung über Nachläßgegenstände gerichtet ist, kann nur gegen alse Miterben gemeinschaftlich Alage erhoben werden, sofern nicht einige oder einer don ihnen sich bereits freiwillig in rechtsperbindlicher Beite zu der Vertstung einige oder einer bon ihnen sich bereits freiwillig in rechtsverbindlicher Beise zu ber Berfügung bereit erflärt hat oder dazu verurteilt ift (RG 93, 292) oder, was dem gleichzustellen, die Bereitwilligkeit der übrigen Miterben in dem gegen einzelne Miterben eingeleiteten Rechtsstreite unstreitig bleibt (RG 28. 9. 22 IV 548/21 und 111, 338; 112, 132; Warn 1926 Nr 93). Daß ber Klagantrag nur im Sinne einer Berurteilung jur Mitwirfung bei ber bon allen Miterben gemeinschaftlich zu vollziehenden Berfügung zu berfteben fei, tann aus der Magebehauptung, baß bie fibrigen Erben bazu bereit seien, entnommen werden (966 111, 388; 112, 132). Buläffig ift die Rlage gegen einzelne Miterben auch, wenn nur ein fchuldrechtlicher Anspruch auf herbeiführung einer Berfügung in Frage fteht; ein folder tann nach § 2058 gegen jeben einzelnen Erben als Gesamtschuldner gerichtet werden, unter Vorbehalt der Einrede der Hattungsbeschränkung auf den Anteil am Nachlasse (§ 2059 Abs 1; NG 71, 370; Gruch 54, 1964; NG 111, 339). Dabei ist in NG 71, 370 der Antrag auf "Auflassung" als Antrag auf herbeissührung der Auflassung gedeutet worden, während in NG 93, 296 der Antrag auf Bewilligung einer Löschung eine gleich wohlwollende Auslegung nicht erfahren hat. Jebenfalls burfte einem auf Mitwirtung bei ber Berfügung gerichteten Antrage gegen einzelne Miterben ein Bebenten nicht entgegenstehen. Dagegen erforbert der Gefanithands. anspruch auf Befriedigung aus bem ungeteilten Rachlasse gemäß § 2059 Abs 2 Die Berklagung sämtlicher Miterben. Bur Zwangsvollstreckung in den Nachlaß ist ein gegen alle Erben ergangenes Urteil erforderlich (§ 747 BBD). 2. Entsprechend bei der Gesellschaft § 719 Abs 2 und der allgemeinen Gütergemeinschaft

§ 1442 Ubj 2. Die Aufrechnung wird auch badurch nicht wirksam, daß ihr der einzelne Miterbe Bustinmt, da hierin eine Verfügung über die Nachlaßforderung (vol. A 1) enthalten wäre (§ 1977 U 4). Dagegen ist der nach § 2039 von einem Miterben belangte Nachlaßschuldner

nicht gehindert, diesem gegenüber mit seiner ganzen Forderung gegen den Nachlaß aufzurechnen. Auch der einzelne Miterbe darf eine Nachlaßschuld dadurch tilgen, daß er gegenüber dem Nachlaßgläubiger mit einer gegen diesen ihm zustehenden Privatsorderung aufrechnet (RG 11, 119). Dem Nachlaßschuldner ist auch nicht die Ausübung des Zurückbehaltungsrechts an einer gegen einen Miterben ihm zustehenden Forderung gestattet.

§ 2041

Was auf Grund eines zum Nachlasse gehörenden Rechtes oder als Ersatz für die Zerstörung, Beschädigung oder Entziehung eines Nachlaßgegenstandes oder durch ein Rechtsgeschäft erworben wird, das sich auf den Nachlaß bezieht, gehört zum Nachlasse¹). Auf eine durch ein solches Rechtsgeschäft erworbene Forderung sindet die Vorschrift des § 2019 Abs 2 Anwendung²).

⊕ II 1915; \$ 5 866, 867.

- 1. Bermoge ber binglichen Surrogation wird im Berhältniffe unter ben Miterben ohne weiteres Bestandteil des Nachlasses ober des gemeinschaftlichen Bermögens der Erben, was a) auf Grund eines Rechtes, 3. B. durch Erfüllung einer Schuld an den Nachlaß, oder b) als Erfat für Nachlafgegenstände, Sachen und Rechte, ober c) durch Rechts. geschäft, bas fich auf den Nachlaß bezieht, erworben wird. Dieselben Grundfate gelten für das Gesamtgut (§ 1473) und beim Erbschaftskauf (§ 2374), während beim Erbschaftsanspruch (§ 2019 A 2) und bei der Nacherbschaft (§ 2111) entscheidend ift, ob der rechtsgeschäftliche Erwerb mit Mitteln der Erbschaft erfolgt. Demnach gehört auch zum Nachlasse, was ein Miterbe mit eigenen Mitteln für den Nachlaß erworben hat, sofern sich das den Erwerb vermittelnde Rechtsgeschäft auf den Nachlaß bezieht. Anderseits genügt es nicht, daß der Erwerb mit Mitteln der Erbschaft erfolgt ift, wenn das Rechtsgeschäft sich nicht auf den Nachlag bezieht. Db eine solche Beziehung vorliegt, ift Sache ber Beurteilung bes Gingelfalles. Regelmäßig hangt es von der Billensrichtung bes rechtsgeschäftlich tätig werbenben Miterben ab, nämlich bavon, ob er für sich ober für den Nachlaß erwerben will, z. B. bei Anschaffung von Maschinen oder sonstigen Inventarftuden, die im Fortbetriebe der Landwirtschaft oder bes Gewerbes für den Nachlag oder als Bubehör eines Nachlaßgrundstücks Verwendung sinden sollen; doch ist weiter erforderlich, daß das Geschäft auch objektiv mit dem Nachlasse in Zusammenhang gebracht werden kann (NG 24. 4. 1911, Sächstich 6, 516). Als nicht zum Nachlasse gehörig sind deungemäß solche Bermögensftude angesehen worden, die nach dem freien Billen der Erben von einem einzelnen Miterben durch Umfat ber ben Nachlaß bildenden Bermogensstude zu Sondereigentum erworben worden und nach außen hin feiner unumschränkten rechtlichen Berfügung unterworfen find, mag biefer auch im Junenverhaltniffe nur die Rechtsstellung eines Trenhanders der übrigen Beteiligten haben (96 5. 7. 21 VII 3/21). Sat er hierzu eigene Mittel berwendet, so ift er nach §§ 1978, 1991 gegenüber den Nachsaggläubigern und nach §§ 670, 683 f. gegenüber den Miterben ersatberechtigt. Umgekehrt wird er den Miterben ersatpflichtig, wenn er mit Mitteln des Rachlasses (g. B. burch Bertauf eines Nachlaggegenftandes an einen gutgläubigen Dritten) für fich felbft erworben hat. Auch die Surrogate find als Radlag. gegenstände der Berfügungemacht des einzelnen Erben entzogen (§ 2033) und find Gegenstände der Berwaltung und Auseinandersetzung. Bedenklich daher die Stempelentscheidung Re 3. 7. 21 VII 3/21, die ausspricht, daß ein mit Mitteln des Nachlasses von einem Miterben im Einverftandnisse ber übrigen zu Alleineigentum erworbenes Grundstudt nicht zum Nachlasse gehöre, auch wenn die Miterben noch gemeinschaftlich die Erträge beziehen; daß vielmehr bereits durch den Erwerb des Grundftuds auf ben Namen des einen Miterben eine Auseinandersetung des Nachlasses insoweit erfolgt sei. — Soweit ein Miterbe als Erbschafts. besiger in Betracht kommt (§ 2018 A 1), bestimmt sich ber burch ihn vermittelte rechts. geschäftliche Surrogatserwerb nach § 2019, wonach lediglich entscheidet, ob hierzu die Mittel des Nachlasses verwendet sind.
- 2. Zugehörigkeit der Forderung zum Nachlaß mit Wirkung auf den Schuldner, vgl. § 2019 Abs 2 u. A 3. Die Anwendung dieser Borschrift bedeutet, daß der Schuldner einer Forderung, die von einem Miterben für einen Nachlaß begründet wird, die Zugehörigkeit der Forderung zu diesem Nachlasse erst dann gegen sich gelten lassen nuß, wenn er von der Zugehörigkeit (also davon, daß das Nechtsgeschäft sich auf den Nachlaß bezieht) Kenntnis erhalten hat; daß er dis dahin sonach an den Miterben, der die Forderung gegen ihn begründet hat oder an einen Dritten, dem dieser sie abgetreten hat, mit befreiender Wirkung leisten, auch mit diesen Bersonen in Ansehung der Forderung mit Wirkung für den Nachlaß Rechtsgeschäfte vornehmen und Rechtsstreitigkeiten führen (§§ 407, 408); ferner eine ihm gegen den Miterben zustehende Forderung auch dem Nachlasse gegensiber aufrechnen kann (§ 406).

§ 2042

Feder Miterbe kann jederzeit2) die Auseinandersetzung1) verlangen2), soweit sich nicht aus den §§ 2043 bis 2045 ein anderes ergibt2).

Die Borichriften bes § 749 Abf 2, 32) und der §§ 750 bis 758 finden

Anwendung²)³).

& II 1916; \$ 5 881, 882.

1. Auseinandersetung ist die Aufhebung der unter den Miterben bestehenden Gemeinfchaft gur gefamten Sand (§ 2032 21 2). Entsprechend bei andern Gefamthandsverhältniffen : Gefellschaft §§ 730ff., cheliche Gutergemeinschaft §§ 1471ff. Soweit bas Berhältnis zu ben Nachlaggläubigern in Betracht kommt, spricht bas Geset von Teilung (§§ 2059, 2060) und versteht darunter die dingliche Uberführung ber Nachlaggegenstände oder ihres Erlöses in das Einzelvermögen der Miterben (vgl. das Nähere zu den genannten Paragraphen). — Die Auseinandersetung tann gunächst durch außergerichtlichen Bertrag unter ben Miterben selbst erfolgen; in diesem Falle sind die Erben, soweit nicht bindende Teilungs-anordnungen des Erblassers (§ 2048 A 1) vorliegen, weder hinsichtlich des Zeitpunkts, der Art und Beise ober des Inhalts noch binsichtlich ber Form beschrünkt, ba das Gesetz nach feiner Richtung zwingende Borschriften aufstellt (RG Barn 09 Ar 512). Insbesondere kann die Erbauseinandersetzung in der Beise erfolgen, daß ohne förmliche Berechnung und Verständigung über den Bestand und den Wert des Nachlaffes der gesamte Nachlafbestand in Baufch und Bogen einem oder mehreren Miterben zugewiesen wird, gegen gewisse an die übrigen Miterben zu zahlende Abfindungen; eine folche Vereinbarung ist nicht eine als Erbschaftsverkauf wegen Nichtbeobachtung der für diesen bestehenden Formvorschrift (§ 2371) nichtig: fie erzeugt ferner auch ohne Beobachtung der Form für Verfügungen über den Erbanteil (§ 2033 Abf 1 Sah 2) die schuldrechtliche Berpflichtung, keine erbrechtlichen Ansprüche gegenüber ben Miterben mehr geltend zu machen (RG Warn 09 Nr 512). Auch eine vergleichs. weise Bereinbarung, durch welche Personen, die auf die Eigenschaft als Miterben Anspruch gemacht hatten, deren Erbberechtigung aber bestritten war (Erbprätendenten), gegen gewisse Zuwendungen aus dem Nachlasse sich verpflichten, erbrechtliche Ansprüche nicht weiter geltend zu machen, kann als Erbauseinandersehungsvertrag angesehen werden (RG a. a. D.). Der Erbauseinandersehungsvertrag als solcher bedarf keiner Form; soweit jedoch barin die Berpflichtung zur Übereignung von Rachlaßgrundstücken an einen Miterben oder an mehrere Miterben nach Bruchteilen (auch wenn die Bruchteile die gleichen sind wie die bisherigen Erbanteile) begründet wird, ist die Beobachtung der Form des § 313 ersorderlich. Auch bedarf die dingliche Übereignung einzelner Rachlaßgegenstände in Ausführung der Auseinandersetzung an einen Miterben der dafür vorgeschriebenen Formen, bei Grundstüden ber Auflassung (MG 57, 483). Die Aushebung der Erbengemeinschaft kann auch gegenständlich beschränkt werden; sie besteht dann als solche an den vorerst ungeteilten Nachlaggegenständen weiter. Sie kann auch durch Begründung einer Gemeinschaft nach Bruchteilen an dem ganzen Nachlasse oder an einzelnen Nachlasbestandteilen (z. B. dem Mieterträgnisse eines Hauses, NG 26. 3. 09 VII 450/08) unter den bisherigen Erbgemeinschaftern erfolgen. Nach ihrer Aushebung kann sie durch Bereinbarung nicht wiederher-gestellt werden. — Einem abwesenden Beteiligten kann, wenn die Boraussetzungen der Abwesenheitspflegschaft vorliegen (§ 1911 A 1), durch das Nachlafgericht für das Auseinander-setzungsverfahren ein Pfleger bestellt werden (§ 88 FGG); ein solcher Pfleger ist auch zur Aunahme ber Erbichaft für den Abwesenden befugt; die Bestellung tann beshalb schon vor der Umahme ber Erbschaft durch diesen erfolgen; auch kann der Pfleger einen Erbschein für den Ab. wesenden beantragen (DLG Kolmar in RJA 16, 63). Steht ein Miterbe unter Vormund. schaft oder Pflegschaft, so bedarf der Auseinandersetzungsvertrag der Genehmigung bes Bormundschaftsgerichts (§ 1822 Kr 2), an dessen Stelle im Falle bes § 88 FGG im Auseinandersetzungsvermittlungsverfahren das Nachlaßgericht tritt (§ 97 FGG). — Der Bater bedarf nach § 1643 der Genehmigung nur, soweit es sich bei der Auseinandersetung um Rechts. geschäfte im Sinne der §§ 1821 Abs 1 Nr 1—3, Abs 2, 1822 Nr 1, 3, 5 handelt. Bei Eheleuten ist im gesetzlichen Güterstande für die Frau die Zustimmung des Mannes erforderlich, wenn der Erbanteil zum eingebrachten Gute gehört (§ 1395); bei der Gütergemeinschaft, wenn der Erbanteil zum Gesanitgute gehört, nicht die Zustimmung der Frau, auch nicht wenn Grund. ftude zum Nachlasse gehören, da die Verfügung über den Erbanteil keine Verfügung über die Grundstüde darstellt (MJA 4, 117); gehört die Erbschaft zum Vorbehaltsguie, so bedarf die Frau nicht der Zustimmung des Mannes (NG 29. 10. 17 IV 241/17). — Ift ein oder sind mehrere Testamentsvollstreder vorhanden, so liegt diesen die Auseinandersetung ob, sofern nicht anzunehmen ist, daß das Recht dazu ihnen vom Erblasser nicht gewährt werden sollte (§§ 2204, 2208); die Auseinandersetzung durch Vereinbarung unter den Miterben ift bann ausgeschlossen. Der Testamentsvollstreder hat die Auseinandersebung

unter Beobachtung der Borschriften der §§ 2042-2056 vorzunehmen (§ 2204 Abs 1), soweit nicht Teilungsanordnungen des Erblassers vorliegen, insbesondere ihm überlassen ist, nach billigem Ermessen zu versahren (§ 2048 Sat 2). Doch ist nach RG 108, 289 die durch § 2042 Abs 2 vorgeschriebene Anwendung des § 753, insoweit danach die Aussebung der Gemein-Schaft bei Grundstuden in Ermangelung einer Ginigung ber Beteiligten burch Amangs. versteigerung erfolgen mußte, auf die Auseinandersetzung durch einen Testamentsvollstreder, der vom Erblusser ohne Einschränkung der einem solchen kraft Gesetzs zustehenden Besugnisse ernannt ist, ausgeschlossen, da es dem mutmaßlichen Willen des Erblassers nicht entsprechen würde, die dem Testamentsvollstrecker bei der Berwaltung des Nachlasses zustehende freie Verfügungsbefugnis über die Nachlafgegenstände (§ 2205) bei Veräußerungen zum Zwede der Auseinandersetzung einzuschränken. — Ist ein Testamentsvollstrecker nicht beftellt ober zur Bornahme ber Auseinandersetung nicht befugt, so hat auf Antrag (landesgesetslich auch von Amts wegen, FGG § 192) das Nachlaßgericht (ober die sonstige landes-gesetzlich dazu berusene Behörde, FGG § 193) in einem durch das FGG (§§ 86—98) geregelten Versahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Vermittlung der Auseinandersetzung in die Sand zu nehmen, die unter den Beteiligten infolge ausdrücklicher Ruftimmung ober eingetretener Berfäumnis als zustande gefommen anzusehenden Bereinbarungen zu beurfunden und zu bestätigen; die rechtsträftig bestätigte Auseinandersehung hat sodann die Birtung eines rechtsgeschäftlichen Auseinandersehungsvertrags. — Mehrere minberjährige Mit. erben muffen, wenn die Auseinandersetzung vertragsmäßig durch Aufhebung der unter felbst bestehenden Gemeinschaft und unter Abweichung von ben gefet. lichen Auseinandersetzungsregeln erfolgen soll, wegen § 181 jeder durch einen besonderen gesethlichen Vertreter (Inhaber der elterlichen Gewalt, Vormund, Afleger) bertreten sein (NG 67, 61; 71, 162; 93, 334; vgl. § 1795 A 1). Das soll nach NG 93, 336 auch gelten, wenn die Anseinandersetzung nur eine "rechnerische" ist und daher kein eigentlicher Interessengegensatz unter ihnen besteht. Es gilt nicht, wenn die Minderjährigen ben gesamten Nachlaß (also die Summe der Erbteile) an einen großjährigen Miterben gegen bestimmte, an jeden einzelnen von ihnen zu zahlende Absindungssummen übertragen (§ 2033 Abs 1), vorausgesett, daß die dafür vorgeschriebene Form gewahrt ist; wohl aber, wenn die Überlassung einzelner Nachlaßgegenstände an den Miterben in dieser Weise ersolgt (RG 93, 335; a. M. für letteren Fall BanObLGB 9, 126). Durch das Vormundschaftsgericht kann die Vertretungsbesugnis eines gesetzlichen Vertreters für mehrere minderjährige Miterben nicht durch Gestattung nach § 181 erweitert werden (RG 71, 162). Erfolgt aber die Auseinandersetung unter Beobachtung der gesetlichen Auseinandersetungeregeln (§§ 2046 ff., 2042 Abs 2, 752ff.), ohne Abweichung von ihnen, und stellt sich infolgedessen der Auseinandersehungsvertrag als ein lediglich zur Erfüllung der Auseinandersehungsverbindlichkeit (§ 2042 Abs 1) geschlossenes Rechtsgeschäft bar, so steht ber einheitlichen Bertretung nichts entgegen (96 67, 64; 93, 836).

2. Das Berlangen tann grundsählich icderzeit gestellt werden, entsprechend § 749 für die Gemeinschaft, aber, abweichend von § 723 Abs 2 für die Gesellschaft, ist es auch ohne wichtigen Grund "zur Ungeit", d. h. wenn es gur Beit dem Interesse ber fibrigen Miterben zuwiderläuft, nicht ausgeschlossen; immerhin wird das unter Miterben bestehende. den Regeln von Treu und Glauben unterliegende Berhaltnis (f. RG 65, 10) ein schiftanofes (§ 226) ober auch nur argliftiges Borgeben eines Miterben nicht gulaffen. — Das Berlangen fann nicht gestellt werden, solange und soweit die Bestimmungen der SS 2043-2045 entgegenstehen (vgl. das Rähere zu diesen Baragraphen). Außerdem ist es ausgeschlossen, wenn die Miterben die Ausschließung für immer ober auf Zeit vereinbart haben, und es kann, wenn eine Kündigungsfrist vereinbart ist, nur unter Einhaltung dieser gestellt werden. Jedoch ergibt die Anwendbarkeit der §§ 749 Abs 2, 3, 750, 751, daß die Auseinandersetung gleichwohl verlangt werden tann, wenn ein wichtiger Grund vorliegt und, sofern sie nur auf Zeit ausgeschlossen ift, nach dem Tode eines Miterben; ferner daß die Bereinbarung der Ausschließung auch fur und gegen einen Sondernachfolger, insbesondere also den Abertragenehmer eines Erbanteils (§ 2033) wirkt, nicht aber gegenüber dem Gläubiger eines Miterben, der auf Grund eines nicht nur vorläufig vollstreckbaren Schuldtitels den Erbanteil seines Schuldners gepfändet hat. — Berechtigt, das Berlangen zu stellen, ist außer jedem Miterben auch der Erwerber eines Erbteils (§ 2033 A 3); der Nießbraucher eines Erbteils nur in Gemeinschaft mit dem Miterben, dem der Erbteil gehört (§§ 1066 Abs 2, 1089 A 1); ebenso der Pfandgläubiger bis zum Eintritt der Bertaufsberechtigung (§§ 1258 Abs 2, 1273 Abs 2 Sab 2). Das Berlangen ist grundsätlich auf Auseinandersehung der gesamten Erbengemeinschaft zu richten. Das Berlangen einzelner Teilauseinandersehungen ift in der Regel unzuläffig (RG 3B 1919, 42°; 108, 423); jedoch fann teilweise Auseinandersehung unter vorläufiger Ausschlichung eines bestimmten Teiles des Rachlaffes verlangt werden, wenn besondere Grunde es rechtfertigen und badurch den Jutereffen der Erbengemeinschaft tein Eintrag geschieht (RG 328 1910, 84692; RG 7. 12. 16 IV 246/16:

MG 95, 326). — Das gerichtliche Berlangen tann auf Feststellung einzelner Streit. punkte zur Borbereitung der außergerichtlichen oder gerichtlichen Außeinandersetzung beschränkt werden, auch wenn der Erhebung der Auseinandersehungsflage selbst ein hindernis nicht entgegensteht (NG JW 09, 223¹⁵; 1910, 655¹⁴; Recht 1925 Kr 461). Die Außeinanderjehungsklage selbst ist auf Zustimmung zu der von dem Käger beantragten Außeinandersehung, auf Schließung eines Außeinandersehungsvertrags zu richten (NG JW 1910, 655¹⁴); durch das rechtskräftige Urteil wird die Zustimmungserlärung ersetz (§ 894 BBD). Das
auf die Klage ergehende Urteil ist daher nicht, wie bei der gemeinrechtlichen actio familiae ereiseundae, ein Gestaltungsurteil, durch welches der Richter nach freiem Ermessen die Nachlaßgegenstände zuteilt und Kechte an ihnen schafft; vielmehr hat das Gericht nur nach Maßgabe der gestellten Anträge, an die es gebunden ist, über deren Berechtigung zu besinden (beklaratorisches Urteil). Der Kläger muß deshalb einen Auseinandersetungsplan vorlegen und bestimmte Antrage für die Art der Durchführung der Auseinandersetzung stellen (RG 22. 12. 19 IV 303/19; 2. 3. 22 IV 516/21); jedoch soll der Richter besonders sorgfältig durch Ausübung des Fragerechts (§ 189 BBD) darauf hinwirken, daß klare und sachgemäße Anträge gestellt werden (NG 22. 4. 12 IV 449/11; vgl. auch NG Warn 1913 Nr 236 d). Die Rlage fann gegen einen oder einzelne Miterben ohne Zuziehung aller oder gegen einen von mehreren Testamentsvollstredern jedenfalls dann gerichtet werden, wenn es sich nur darum handelt, deren Widerspruch gegen die Bornahme der Auseinandersetzung zu beseitigen (RG 29. 10. 17 IV 241/17). Aber auch die Klage auf Feststellung des Bestandes des Nachlasses behufs Vorbereitung der Auseinandersehung sowie die Auseinandersehungsklage selbst (vgl. oben) kann, wie RG 23. 1. 05 IV 298/04 unter Einschränkung der in JW 04, 6118 aufgestellten Grundsäte ausgesprochen hat, grundsählich gegen einzelne Miterben erhoben werden, ungeachtet der, wie nicht verkannt wird, dadurch für die Auseinandersetung sich möglicherweise ergebenden Schwierigkeiten; die Einrede der mehreren Streitgenoffen steht dem verklagten Miterben nur zu, wenn bei besonderer Sachlage die Rechtsverfolgung gegen ihn allein so sehr Treu und Glauben zuwiderlaufen würde, daß ihm die Erzwingung der gemeinsamen Rechts. verfolgung aller Miterben nicht verfagt werden könnte (so auch RG 20. 11. 19 IV 246/19); Warn 1919 Ar. 42. Es sind das allerdings reichlich unbestimmte Vorbehalte. Richtiger dürfte es wohl sein, wenigftens für die Auseinandersehungsklage selbst (wenn auch nicht für die zur Borbereitung dienenden Feststellungsklagen, MG Recht 1924 Nr 1002), die Heranziehung sämtlicher Miterben zu verlangen. — Besteht der Nachlaß attiv nur aus einer oder mehreren Forderungen gegen einen Miterben, so kann in der Klage auf Herauszahlung der unter Berücklichtigung der bestehenden Nachlaßverbindlichkeiten den Klägern nach Waßgabe ihrer Erbanteile zukommenden Anteile an diesen Forderungen eine zulässige Alage auf Auseinandersehung gefunden werden, auch wenn die Mäger das, was auf sie selbst entfällt, in einem einheitlichen Betrage, ohne Außeinandersehung unter ihnen selbst, verlangen (NG Warn 1913 Ar 236b; s. auch § 2039 U 2). Hat ein Miterbe den gefanten Barüberschuß des mit Verbindlichkeiten nicht oder nicht mehr belasteten Nachlasses in Händen, so können die andern Miterben unmittelbar auf Herauszahlung des ihnen nach Maßgabe ihrer Erbanteile zukommenden Anteils an diesem Barüberschusse klagen, ohne daß es der Darlegung des urspränglichen Pajsivbestandes oder des Bestehens oder Nichtbestehens von Ausgleichungspflichten bedarf (RG Warn 1918 Nr 236c). Um so mehr muß das gelten, wenn durch Teilungsanordnung des Erblassers (§ 2048 A 1) einem oder mehreren Miterben eine bestimmte Summe als Erbteil zugewiesen ift; in folden Fallen konnen biefe, fofern keine besonderen Bedenken bestehen, unmittelbar auf Auszahlung des ihnen zugewiesenen Betrags klagen (NG 2. 3. 22 IV 516/21, in SeuffA 77 Nr 235 auf S. 237). Auf alle Falle kann, falls die Auseinandersetzung Vorbedingung der Zahlung ift, in dem Berlangen der Zahlung das stillschweigend zum Ausdruck gebrachte Berlangen der Auseinandersetung gefunden werden; der Borlegung eines Auseinandersetungsplans bedarf es angesichts der Teilungsanordnung nicht (RG ebenda S. 235).

3. Wegen Anwendung der §§ 749 Abf 2, 3, 751 s. A 2. — Die weiter angezogenen §§ 752—758 betreffen die Art und Weise der Durchführung der Teilung bei einer Gemeinschaft nach Bruchteilen. Ihre Anwendung auf die Auseinandersehung der Erbengemeinschaft ergibt in Verbindung mit den §§ 2046, 2047 folgendes: Junächst sind die Nachlaßverdindlichkeiten, für welche die Miterben als Gesamtschuldner haften (§ 2058 A 2), aus den, soweit ersorderlich, in Geld umzusehenden Nachlaßaktiven zu berichtigen (§§ 755, 2046); ebenso auf Verlangen der beteiligten Miterben die unter den Erben bestehnden Schuldverhältnisse, soweit sich die Forderungen auf die Erbengemeinschaft gründen (§ 756), wozu auch die bereits vor dem Erbfalle zwischen Erblasser und Miterben entstandenen Schuldverhältnisse gehören, so daß sich der Witerbe, der Schuldner des Nachlasses ist, und ebenso seine Konkurszläubiger, sowie der Erwerber seines Erbanteils (§ 2033) seine ganze Schuld auf seinen Erbanteil anrechnen lassen müssen (M 78, 273; a. M. Pland 3. Aufl Erl 4g, wie hier 4. Aufl Erl 1 und § 2046 Erl 3; die auf einer allerdings erweiterten Auslegung der Worte: "vie sich auf die Gemeinschaft gründet" in § 756 beruhende Auslicht des Reichsgerichts

durfte jedoch durch die aus den Motiven — 2, 886 — in Berbindung mit dem bisherigen Rechtszustande — Pralen I 16 § 491 — zu entnehmende Absicht des Geletes hinreichend begründet fein; vgl. näheres § 2046 A 1). Auch Vorempfänge find vorweg auszugleichen (§ 2050). Sodann erfolgt nach § 752 Teilung der Nachlaßgegenstände (Sachen und Rechte, auch Forderungen), soweit sich der Nachlaß oder die einzelnen Gegenstände in gleichartige, den Erbanteilen entsprechende Teile zerlegen lassen, nötigenfalls Zuteilung der so gebildeten Teile durch das Los (FGC § 94). Auch eine Grundschuld ist in dieser Weise in Natur zu teilen (NG 22. 12. 19 IV 303/19). Soweit Teilung in Natur ausgeschlossen, ersolgt nach § 758 Berkauf nach ben Borfchriften über den Pfandvertauf, alfo durch Berfteigerung (§§ 1285ff.), bei Grundstüden durch Zwangsversteigerung (BBG §§ 180ff.), die, falls der Erblaffer die Beräußerung an einen Fremden untersagt hat, unter den Miterben allein zu erfolgen hat (§ 2048, vgl. auch 986 52, 177; vgl. wegen des Testamentsvollstreders auch A 1), und Teilung des Erlöses. Zuteilung von Bruchteilseigentum an Sielle der Zwangsversteigerung von Grundstüden tann ein einzelner Miterbe nicht beanspruchen; es bedarf dazu eines ichuldrechtlichen Bertrags und ber Auflaffung (RG 67, 64; vgl. § 2032 A 2). Der Erblaffer kann die Zwangsversteigerung wie auch den freihandigen Verkauf von Grundfücken zum Zwede ber Auseinandersetung ausschließen (RG 16. 3. 25 IV 118/24 in DI3 1925 Sp. 1265; vgl. auch § 2044 A 1). Jedoch ift nach § 754 ber Verkauf von Forberungen ausgeschlossen, wenn sie bereits eingezogen werden fonnen (96 65. 7). Gehort jum Rochlaffe ein auf den Namen eines Miterben lautendes Sparkassenguthaben, fo kann gegenüber diesem nicht Barzahlung des Betrags, sondern nur Auseinandersetzung und zu diesem Broede gemeinschaftliche Einziehung der Forderung, falls solche möglich, andernfalls Verkauf der Forderung und Teilung des Erlöses verlangt werden (NG 20. 11. 19 IV 246/19). Gegen feitige Gewährleiftungspflicht der Miterben für Die zugeteilten Gegenstänbe (§ 757); ein bor ber endgultigen Auseinandersetung an einem noch zur Gemeinschaft gehörigen Bermögensstude eingetretener Berluft ift von fämtlichen Miterben zu tragen; dagegen trifft, wenn der Nachlaß bereits nach Erbsträngen auseinandergesett ift, ein nach diefer Auseinandersetung eintretender Berluft nur die an dem Erbstrange, dem der Vermögensgegenstand zugeteilt ist, Beteiligten (RG LZ 1918, 159). Über die Anfwertung der auf erbrechtlichen Auseinandersetungsverträgen bernhenden Geldansprüche vgl. § 242 A 5 d y Abs 3. Unverjährbarkeit des Auseinandersehungsanspruchs (§ 758); verjährbar aber ist die Klage gegen einen Miterben als Erbschaftsbesitzer auf Herausgabe des Nachlasses (§ 2018 A 1), und durch den Eintritt dieser Berjährung wird der Auseinandersetzungsauspruch einem solchen Miterben gegenüber, soweit er die Erbschaft besitzt, praktisch wirkungsloß; so (für altes preußisches Recht) **NG** 11. 12. 16 IV 316/16 und 19. 12. 21 IV 179/21. — Grundbuch eintragungen auf Grund der Auseinandersetzung auf Borlage eines Beugnisses bes Rachlaßgerichts für Hypotheken (GBD § 37), landesgesehlich auch für Grundstude (§ 99). — Die Borschriften über die Art und Weise der Auseinandersehung sind sämtlich dispositiver Natur (A 1).

§ 2043

Soweit die Erbteile wegen der zu erwartenden Geburt eines Miterben noch unbestimmt sind, ist die Auseinandersetzung bis zur Hebung der Unsbestimmtheit ausgeschlossen.).

Das gleiche gilt, soweit die Erbteile deshalb noch unbestimmt sind, weil die Entscheidung über eine Chelichkeitserklärung, über die Bestätigung einer Annahme an Kindes Statt oder über die Genehmigung einer vom Erblasser errichteten Stiftung noch aussteht²)³).

E I 2154 II 1917; M 5 690, 691; B 5 883-885.

- 1. Der nasciturus kann, wenn er zur Zeit des Erbfalls bereits erzeugt war, Erbe werden, § 1923 Uhl 2. Nur "soweit" durch die zu erwartende Geburt die Erbteile unbestimmt werden, ist die Auseinandersetung ausgeschlossen. Es besteht deshalb kein Hindernis, sie im übrigen durchzusühren, wenn von der Geburt z. B. nur die Anzahl und Höhe der Kopfteile eines Erbstamms beeinflußt wird. Dann bleibt die Erbengemeinschaft nur in Ansehung der diesem Stamme zugeteilten Nachlaßgegenstände bestehen (s. § 2042 A 1). Dem nach § 1912 bestellten Psieger oder dem Gewalthaber des nasciturus steht die Teilnahme an der Verwaltung (§ 2088) zu.
- 2. Chelichteitsertlärung §§ 1723ff., Unnahme an Kindes Statt §§ 1741ff. (vgl. § 1922 A 2). In beiden Hällen hat die Berfügung oder Bestätigung, wenn sie nach dem Tode des Baters oder des Annehmenden erfolgt, rüchvirkende Kraft (§§ 1733, 1753). Die Borschrift gilt auch, wenn der Erblasser die Abkömmlinge eines Dritten als Erben eingesett hat

(§ 2070) und die Eigenschaft als Abkömmling des Dritten von der noch ausstehenden Entscheidung über eine Chelickeitserklärung oder Annahme an Kindes Statt abhängt. Bezüglich der Stistung ist gleichgültig, ob sie vom Erblasser durch Stistungsgeschäft unter Lebenden (§ 81) oder durch Berfügung von Todes wegen (§ 83) errichtet ist, sofern nur dis zum Tode des Erblassers die nach §§ 80, 84 ersorderliche Genehmigung noch nicht erteilt war; in beiden Fällen gilt die nach dem Tode des Erblassers genehmigte Stistung hinsichtsich der Erbeinsehung als vor dessen Tode entstanden (§ 84). Nach EG Artt 86, 87 gilt das gleiche, wenn die Erbeinsehung juristischer Bersonen oder der Witglieder religiöser Orden usw. nach Landesrecht von staatsicher Genehmigung abhängt. Schon vor Erteilung bieser Genehmigung ist Feststellungsklage der betreffenden Bedachten zulässig (386 75, 406).

3. Eine dem Gesetz zuwider vorgenommene Auseinandersetung hat keine Nichtigkeit aus § 134 zur Folge. Mit Rückicht auf § 2042 Abs 1 und die Entstehungsgeschichte (E I § 2154, Prot II 5, 883) kann § 2043 nicht als zwingendes Berdot, sondern nur so verstanden werden, daß das jedem Miterden an sich jederzeit zustehende Verlangen die zur Heblimmtheit nicht gestellt werden darf. It troßdem die Auseinandersetung erfolgt und wird die Undestimmtheit später in der Weise gehoben, daß der erwartete Witerde nicht Miterde wird, so bleibt die Auseinandersetung in Kraft; war dabei ein Erbteil für den Erwarteten reserviert, so wird dieser nachträglich zu verteilen sein. Wird der Erwartete wirklich Miterde, so ist die Auseinandersetung unwirksam; daran kann auch nichts ändern, daß bei ihr ein etwa für den erwarteten Miterden nach § 1912 bestellter Pfleger mitgewirkt oder ihr zugestimmt hat; denn angesichts der Borschrift des § 2043 ist ein solcher zur Vertretung des Erwarteten bei einer Auseinandersetung nicht berusen (a. M. Kland, S. Aufl., Erl 5 und die 2. Aufl. dieses Kommentars). — And ere Fälle bestehender Undestimmtheit, a. B. Verscholsenheit eines Miterden, noch bestehende Ausschlagungsmöglichseit eines Miterden, rechtsertigen den Ausschlaßpslegers sür den Erbteil (§§ 1911, 1960) abzuhelsen. — Wegen Erteilung eines Erbscheins dei bestehender Undestimmtheit der Erbsteile s. § 2353 A 5.

§ 2044

Der Erblasser kann durch letiwillige Verfügung die Auseinandersetzung in Ansehung des Nachlasses oder einzelner Nachlasgegenstände ausschließen oder von der Einhaltung einer Kündigungsfrist abhängig machen. Die Borschriften des § 749 Abs 2, 3, der §§ 750, 751 und des § 1010 Abs 1 finden

entsprechende Anwendung2).

Die Berfügung wird unwirksam, wenn dreißig Jahre seit dem Eintritte des Erbsalls verstrichen sind. Der Erblasser kann jedoch anordnen, daß die Berfügung dis zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses in der Person eines Miterben oder, falls er eine Racherbsolge oder ein Bermächtnis anordnet, dis zum Eintritte der Racherbsolge oder bis zum Anfalle des Bermächtnisses gelten soll. Ist der Miterbe, in dessen Person das Ereignis eintreten soll, eine juristische Person, so bewendet es bei der dreißigjährigen Frist.

© I 2153 II 1918; M 5 688-690; B 5 882, 883.

1. Die Ausschließung der Auseinandersetzung kann, außer durch Bereindarung der Miterben (§ 2042 A 2), auch durch eine in einer letztwilligen Bersügung getroffene Andrhung des Erblassers erfolgen. Bestritten ist, ob eine solche Anordnung regelmäßig oder nur in besonderen Fällen eine Auflage (§§ 1940, 2192) enthält (für ersteres Pland-Kitgen in den früheren Auflagen, sür letzteres Pland-Strohal, 3. Aufl., Erl 3 und die zweite Auflage dieses Kommentars). Die Bedeutung der Anordnung wird duslegung zu ermitteln sein. Geht ihr Sinn lediglich dahin, daß den einzelnen Miterben das jedem von ihnen zustehende Kecht, auch gegen den Willen der andern jederzeit die Auseinanderschung zu verlang en, entzogen werden soll, so wird sie einer mit Zustimmung sämtlicher Miterben erfolgenden Auseinandersetzung nicht entgegenstehen; in solchem Falle hat die Anordnung den Charakter einer sedem Miterben zu Lasten der übrigen gemachten Zuweindung des Kechtes, die Bornahne der Auseinandersetzung zu verweigern dzw. die Unterlassung des Kechtes, die Bornahne der Auseinandersetzung zu verweigern bzw. die Unterlassung der Auseinandersetzung zu forbern, nuch stellt sich als ein Bermächtnis (§§ 1939, 2147ss.) dar (so Kipp § 84 IV 3a). Die Auseinung kann aber und wird bei obigem Wortlaute in der Regel auch die Bedeutung eines von dem Willen der Erben unabhängigen, selbständigen Willens des Erblassers, daß die Auseinandersetzung unterbleibe, haben; in diesem Falle selbst sich auch eine mit Zustimmung aller Miterben

erfolgte Auseinandersetzung zu ihr in Widerspruch. Dadurch wird freilich ihre bingliche Birksamkeit hinsichtlich ber erfolgten Zuteilung ber einzelnen Nachlafigegenstände nicht beeinträchtigt; denn die Erbteile, die durch die Auseinandersehung realisiert werden, sind veräußerliche Rechte (§ 2033) und die Verfügung über solche kann durch Rechtsgeschäft nicht ausgeschlossen werden (§ 137). Ein gesetzliches Beräußerungsverbot (§ 134) liegt nicht vor und auch als den guten Sitten widersprechend (§ 138) wird eine dem Willen des Erblassers widersprechende Auseinandersetzung nicht ohne weiteres angesehen werden konnen. Die Anordnung hat in diesem Falle den Charafter einer Auflage; das Recht, ihre Bollziehung, alfo die Unterlassung ber Auseinandersetzung, zu fordern, fteht ben einzelnen Miterben nicht im eigenen Vermögensinteresse als durch die Verfügung Bedachten, sondern nur nach § 2194, also behufs Aufrechterhaltung und Durchführung des Wilsens des Erblassers, zu. Außer ihnen noch demjenigen, der im Falle des Wegfalls der Miterben oder eines von ihnen an ihre Stelle zu treten durch Geset oder Verfügung von Todes wegen unmittelbar berufen ist (nächster an die Stelle tretender gesetlicher Erbe, eingesetzter Ersaberbe, im Zweifel auch Nacherbe, §§ 2096, 2102); ferner bei bestehendem öffentlichen Intereffe, 3. B. wenn es fich um Auflösung einer der Offentlichkeit zugänglichen Runftsammlung oder einer dem Gemeinwohl bienenden sonstigen Anstalt handelt, auch die zuständige Behörde. Auch das um die Vermittlung der Auseinandersetzung, wenn auch durch Antrag fämtlicher Miterben, angegangene Nachlaßgericht wird zu einer dem Willen des Erblaffers widersprechenden Auseinandersetzung seine Mitwirkung zu versagen haben. Um aber die Ausführung seiner Anordnung wirtsam zu sichern, wird der Erblasser gut tun, einen Testaments. vollstreder zu ernennen, wodurch die Auseinandersetzung unter den Erben selbst rechtlich und tatsächlich verhindert wird. Doch soll nach KG RJA 16, 323ff. sowie im Recht 1919 Nr 1524 der Testamentsvollstreder an die Anordnung nicht gebunden sein, falls ein "wichtiger Grund" vorliege, was jedoch nur zutreffen dürste, wenn die Anordnung des Erblaffers in diesem Sinne ausgelegt werden kann. — Nach dem Wortlaute ("lettwillige Verfügung") könnte die Anordnung nur durch Testament oder einseitig in einem Erbvertrage (§ 2299) getroffen werden; doch wird angenommen werden können, daß die Ausdrucksweise ungenau ist und die Anordnung, da sie entweder ein Bermächtnis ober eine Anflage darstellt, auch vertragsmäßig im Erbvertrage getroffen werden kann (§ 2278 Abf 2). — Die Anordnung kann sich auf den gesamten Nachlaß, auf einzelne Erbstränge, aber auch auf einzelne Nachlafigegenstände oder einen Inbegriff von folden (§ 260), 3. B. den Grundbefit (RG 110, 271), erstreden; auch im letteren Falle bleibt in Ausehung biefer einzelnen Gegenstände die Erbengemeinschaft als solche bestehen und wird nicht zur Bruchteilsgemeinschaft (§ 2042 Al.); a. M. Dernburg 5 § 178 Al. 13). Aus dem Rechte des Erblassens, die Auseinandersetzung auszuschsließen, folgt als minderes das Recht, sie durch die Anordnungen zu erschweren, z. B. durch die Bestimmung, daß nicht der einzelne Mitschaft und der einzelne der erbe, sondern nur die Mehrheit die Auseinandersetzung des Grundbesites verlangen könne (RG 110, 273), oder daß nicht die Kinder, sondern nur die miterbende Witwe Teilung der Grundstücke oder Beräußerung jum Zwede der Auseinandersetzung fordern könne (96 Recht 1917 Nr 69); wegen Erleichterungen vgl. § 2048 A 1. — Die Anordnung ift als beschwerende Teilungsanordnung unwirksam gegenüber einem als Miterbe berufenen Pflichtteilsberechtigten, wenn ber ihm hinterlassene Erbteil die Hälfte des gesehlichen Erbteils nicht übersteigt (§ 2306); ferner gegenüber der Konkursmasse eines Miterben (§ 16 Abí 2 Sak 2 RD).

2. Ebenso wie auf die Bereinbarung der Miterben über Ausschließung der Auseinandersettung (§ 2042 A 2), sind auch auf die vom Erblasser getrossene Anordnung der Ausschließung die für die Gemeinschaft geltenden Borschriften der SS 749 2165 2, 3, 750, 751 als anwendbar erklärt. Die Unwendung soll aber hier nur eine entsprechende sein, weil nicht eine Bereinbarung, sondern die Anordnung eines Dritten in Frage steht. Danach kann ungeachtet der Anordnung die Auseinandersetzung verlangt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt (§ 749 Abs 2), eine Boraussehung, über deren Borhandensein im Streitfalle das Prozeßgericht zu entscheiden hat, die aber auch von dem um die Bermittlung angegangenen Nachlaßgerichte zu prüfen sein wird, falls die Anordnung eine der Außerkraftsepung durch Vereinbarung der Erben entzogene Auflage (f. A 1) darftellt (a. M. Pland 3. Aufl. Erl 2a). Gine nur auf Zeit getroffene Anordnung tritt mit dem Tode eines Miterben außer Kraft (§ 750). Die Anordnung wirft auch für und gegen den "Sondernachfolger", b. h. den Abertrage. nehmer des Erbanteils eines Miterben (§ 2083), nicht aber gegenüber bem mit endgültigem Bolistredungstitel versehenen Glänbiger eines Miterben, der bessen Erbanteil gepfändet hat, auch nicht gegenüber der Konkursmasse eines Miterben (KD § 16 Abs 2). Außer den genannten Baragraphen ift aber hier auch der § 1010 266, 2 für entsprechend anwendbar erklärt, der eine Sondernachfolge in den Anteil an einzelnen Rachlafigegenständen, und zwar an Grundstüden, voraussett, fo dag er nur gur Anwendung tommien fann, wenn der Erblaffer die Umwandlung der Erbengemeinschaft in Ansehung der in Betracht kommenden Grundstüde in Bruchteilsgemeinschaft zwar gestattet, die Teilung der letzteren aber ausgeschlossen hat; in diesem Falle wird durch die Anordnung dem Sondernachfolger in den Anteil eines Miterben an dem Grundstüde das Necht, die Teilung zu verlangen, nur dann entzogen,

wenn sie als Belastung des Anteils im Grundbuche eingetragen ist.

3. Abs 2 zieht der Wirksamkeit des lettwilligen Teilungsverbots ähnliche zeitliche Grenzen, wie für die Nacherbsolge (§ 2109), das bedingte oder betagte Vermächtnis (§§ 2162, 2163) und die Verwaltung eines Testamentsvollstreckers (§ 2210) gesteckt sind. Das bestimmte Ereignis kann irgendwelchen Inhalts sein, wenn es nur die Verlon eines Miterben dertrifft, z. Verheiratung, Erreichung eines gewissen Alters, Tod (vgl. § 2109 A 3a). Die dreißigährige Frist verlängert sich deshald möglicherweise dis zum Tode des längstlebenden Miterben. Ist aber der Miterbe, in dessen Mosischen die Auseinandersehung ausgeschlossen Person (z. V. eine Stiftung, dis zu deren Erlöschen die Auseinandersehung ausgeschlossen sein schlossen Frist. Das Verdot bleibt ferner über die dreißigjährige Frist hinaus in den Grenzen der §§ 2109, 2162, 2163 wirksam, wenn die Teilung dis zum Eintritt einer Nacherbsolge (§ 2189) oder dem Anfall eines Vermächtnisses (§ 2177) hinausgeschoben ist.

§ 2045

Jeder Miterbe kann verlangen, daß die Auseinandersetzung bis zur Besendigung des nach § 1970 zulässigen Aufgebotsversahrens oder bis zum Abslause der im § 2061 bestimmten Anmeldungsfrist aufgeschoben wird.). Ist das Aufgebot noch nicht beantragt oder die öffentliche Aufforderung nach § 2061 noch nicht erlassen, so kann der Aufschub nur verlangt werden, wenn unverzüglich der Antrag gestellt oder die Aufforderung erlassen wird.).

E II 1919; B 5 881, 882

Fell 1. Das Recht jedes Miterben, den Ausschaft der Auseinandersetzung nach Maßgabe des § 2045 zu verlangen, steht in Zusammenhang mit der ihm in den §§ 2060, 2061 gewährten Möglichkeit, durch gerichtliches Ausgebot der Nachlaßgläubiger gemäß § 1970 oder durch private Ausschaften ausgeschlossenen oder auf die Ausschrung sienen gegenüber den im Ausgebotsversahren ausgeschlossenen oder auf die Ausschrung hin nicht anmelbenden Gläubiger nach der Teilung auf den seinem Erbanteile entsprechenden Teil jeder einzelnen Nachlaßverbindlichkeit zu beschränken, und zwar auch dann, wenn er unbeschränkt (d. h. nicht mehr beschränkbar nut seinenn Bermögen) haftet (ZPO § 997 Abs 2; vgl. näheres zu §§ 2060, 2061). — Beendigung des Ausgebotsversahrens § 2015 A. Luch der der Beendigung gleichstechende Fall der Versämmis des Ausgebotstermins und der Frist ur Beantragung eines neuen der gegebenen Falles auch des neuen Termins (§ 2015 Abs 2) wird das Ausschaft des Miterben ausschließen (a. M. Pland 3. Ausschließeinend auch 4. Ausschlieben Ert 1).

2. Bird das Verlangen der Auseinandersetung vor der Stellung des Antrags auf gerichtliches Ausgebotsversahren oder vor Erlaß einer Aussochenung zur Anmeldung gestellt, so kann der Miterbe eine angemessen Frist verlangen, um unverzüglich, d. h. ohne ichuldhaftes Zögern (§ 121), den Antrag zu stellen oder die Aufforderung zu erlassen. Aach Ablauf der Frist kann er sich der Auseinandersetung nicht mehr widersetzen. Ist das Verlangen im Wege der Auseinandersetzungstlage gestellt, so wird der Aufschubseinwand, wenn er erst im Laufe des Rechtsstreits erhoben wird, nicht zur Abweisung der Alage als verfrüht, sondern nur zu einer Aussetzung der Verhandlung dis zum Ablauf einer vom Gerichte zu bestimmenden Frist zur Stellung des Antrags oder zum Erlassen der Aufsorderung zu sühren haben; § 148 BPD wird wenigstens entsprechende Anwendung sinden können

(Stein, BBD zu § 148 I Abf 2).

\$ 2046

Aus dem Nachlasse sind zunächst die Nachlasverbindlichteiten zu berichtigen¹). It eine Nachlasverbindlichteit noch nicht fällig oder ist sie streitig, so ist das zur Berichtigung Ersorderliche zurückzubehalten²).

Fällt eine Rachlagberbindlichkeit nur einigen Miterben zur Last, so tönnen diese die Berichtigung nur aus dem verlangen, was ihnen bei der

Auseinandersetung autommt3).

Bur Berichtigung ist der Rachlaß, soweit erforderlich, in Geld umzusseten4).

Œ II 1920: B 5 885 886

1. Radlagberbindlichteiten § 1967 U 1. Die Berichtigung ber gemeinschaftlichen Nachlafverbindlichkeiten, für welche die Miterben ben Nachlafgläubigern als Gefamtichuldner haften (§ 2058 U 1), kann nach §§ 755, 2042 Abf 2 bei ber Auseinanderschung aus dem Nachlasse (bein gemeinschaftlichen "Gegenstande" im Sinne des § 755) verlaugt werden (vgl. § 2042 M 3). Beitergehend bestimmt § 2046, daß sämtliche Nachlagverbindlichkeiten (wegen der nicht gemeinschaftlichen vol. aber Abs 2 A 3) "zunächst" zu berichtigen find, also bevor die Aftiva verteilt werden. Die Vorschrift ift dispusitiver Ratur (§ 2042 A3); die Miterben können auch die Berteilung aller oder einzelner Aftiva bor Berichtigung aller oder einzelner Nachlagverbindlichkeiten vereinbaren. Feststellungstlage wegen einer solchen Bereinbarung RG IB 09, 22316. Auch der Erblaffer kann Abweichendes anordnen (§ 2048 A 1). Ift das nicht geschehen, so hat der Testamentsvollstrecker die Vorschrift zu beobachten (§ 2204; **R6** 95, 329). Auch das Nachlaßgericht hat ihr nachzukommen, falls nicht fämtliche Miterben abweichende Antrage stellen. — Die Nachlaggläubiger haben fein Recht auf Beobachtung der Borschrift; sie können aber nach § 2059 Abs 2 in den ungeteilten Nachlag vorgeben und nötigenfalls Sicherungsmagregeln ergreifen. Für die ord. nungsmäßige Berichtigung ber Nachlagverbindlichfeiten sind ihnen außerdem die Miterben, auch wenn sie im übrigen beschränkt haften, im Falle von Nachlagverwaltung oder Nachlaßkonkurs oder bei dürftigem Nachlasse nach Maßgabe der §\ 1978—1980, 1990—1992 mit ihrem eigenen Bermögen verantwortlich. — Auch die Forderung eines Miterben, der Nachlaßgläubiger ist, muß, da Konsusion nicht eingetreten (\ 2032 A 2), auf sein Verlangen vor der Teilung der Aftiva berichtigt und zu diesem Zwede der Nachlaß, soweit nötig, in Geld umgesett werden (Abs 3); die entgegenstehende Braxis des PrALA (IB 1896, 32634; 1897, 35646), die den Miterben, der Gläubiger ist, auf Befriedigung bei der Auseinandersetzung verweist, findet im BGB teine Stüte; doch tann unter besonderen Umständen, namentlich wenn keine bereiten Zahlungsmittel vorhanden find, das Berlangen der Borwegbefriedigung Treu und Glauben, die unter Miterben zu berücksichtigen find (vgl. RG 65, 10), widersprechen und deshalb ausgeschlossen sein (RG 93, 197). In diesem Sinne hat das Reichsgericht ausgesprochen, daß ein Miterbe wegen einer Forderung gegen den Nachlaß gegenüber einem auf Eigentum gegründeten Grundbuchsberichtigungs voer Herausgabeanspruch der Miterben ein Zurundbehaltungsrecht (§ 278) nicht ausüben dürfe, sofern die Berichtigung oder Berausgabe die Miterben erft in den Stand feten würde, den Nachlaß zur Auseinandersehung gemäß §§ 2042, 2046, 2047 und dabei auch zur Berichtigung der Rachlaßsorderung des Miterben zu verwerten (**RG** 30. 6. 24 IV 965/23; vgl. auch Warn 1910 Rr 141; 1913 Rr 233). Unch der Miterbe, bem ein Borausvermachtnis (§ 2150) zugewendet ift, kann grundsählich die Borwegbefriedigung verlangen, fofern nicht ein anderer Wille des Erblassers ersichtlich ist (RG 93, 197). Rach dem gemäß § 2042 Abs 2 auwendbaren § 756 find auch Forderungen eines Miterben gegen einen andern, die fich auf die Miterbengenieinschaft grunden, bei der Auseinanderfeining zu berichtigen, und zwar aus dem auf den oder die Miterben, die Schuldner sind, entfallenden Uberschusse. Diefer Überschuß wird also insolveit bem oder ben Miterben, die Glaubiger sind, zuzuweisen fein. Zu diesen Forderungen gehören nicht nur solche, die ausschließlich in der Gemeinschaft ihre Grundlage haben, wie diejenigen, die aus der Verwaltung des Nachlasses einem Miterben gegen einen anderen entstanden sind (vgl. § 2038 A 2), voer Ersatsorderungen eines Miterben, ber von einem Nachlagglänbiger auf Grund des § 2058 (vgl. U 2 dazu) auf nicht als seinem Erbteile entspricht, in Anspruch genommen worden ift, gegen die übrigen Miterben, jondern auch folche Forderungen, die sich auf ein zwischen dem Erblasser und einem Miterben entstandenes Schuldverhältnis gründen; vgl. näheres § 2042 A 3. — Entsprechende Bestimmungen für die Auseinandersetung bes Gesellschaftsvermogens § 733, des Gesamtgutes der ehelichen Gütergemeinschaft § 1475.

2. Es genügt, daß auch nur unter ben Erben die Berbindlichkeit streitig ift. Der Glänbiger-Miterbe darf schon vor der Teilung gegenüber den anderen Erben die Feststellung der ihm gegen den Nachlaß zustehenden Forderung beauspruchen (NG 18. 5. 05 IV 1/05). Der Gläubiger hat auf die Zurudbehaltung keinen Anspruch, kann deshalb auch nicht (wie im Falle des § 52 Abf 2) Sicherheit verlangen; doch können die Miterben die Zuruchehaltung und Hinterlegung bestimmter Rachlagbestandteile oder Sicherheitsleistung mit ihm vereinbaren, um ihn von einem Vorgehen in den soustigen Nachlaß abzuhalten. — In entsprechender Unwendung der Borschrift wird auch bei Streitigkeiten über eine Ausgleichungspflicht (§§ 2050ff.) das Erforderliche zuruckzubehalten sein (DLG 9, 389). An den zuruckbehaltenen Gegenftänden dauert die Erbengemeinschaft fort (§ 2042 A 1).

3. Gine Nachlagverbindlichkeit fällt nur einem ober einigen Miterben gur Laft, wenn der Erblaffer bei Anordnung von Vermächtniffen oder Auflagen (§§ 2147, 2148, 2192) unr einen oder einige Miterben damit beschwert hat; in diesem Falle haften auch dem Gläubiner (Bermächtnisnehmer oder Auflageberechtigten) gegenüber nur die beschwerten Miterben. Aber auch Nachlagverbindlichkeiten, für welche bem Gläubiger gegenüber fämtliche Miterben

gemäß § 2058 als Gesamtschuldner haften, konnen im Berhältniffe unter den Mit. erben nur einem oder einigen von ihnen zur Laft fallen; so namentlich, wenn der Erblaffer eine dahingehende Teilungsanordnung (§ 2048; RG 95, 328) getroffen hat. In beiben Fallen können biejenigen Miterben, welchen die Verbindlichkeit zur Last fallt, ihre Berichtigung nicht aus bem Gefamtnachlaffe, sondern nur aus demjenigen verlangen, was ihnen bei der Auseinandersetzung zukommt, also aus dem ihnen zuzuweisenden Überschuffe (§ 2047 Abs 1). Auch in diesem Falle findet aber § 2046 Abs 1 grundsählich Anwendung, da Abs 2 sich nicht auf die Zeit der Berichtigung, sondern nur auf die Mittel bezieht, aus denen sie zu erfolgen hat. Wenn daher einzelnen Miterben durch eine Teilungsanordnung bes Erblaffers (§ 2048) bestimmte Nachlaggegenstände, die mit Schulden belaftet sind (insbesondere Grundstüde, auf benen Supotheten laften, aber auch mit Faustpfandrechten belaftete beweg. liche Sachen), auf ihren Erbteil zugewiesen find mit der Maggabe, daß die darauf laftenden Schulden ihnen allein zur Laft fallen follen, fo konnen fie verlangen, daß vor Buteilung der Nachlafgegeuftände an fie (insbesondere vor Entgegennahme der Auflassung durch fie) die darauf laftenden Schulben aus ben Gegenftanden berichtigt, diese also zu biefem Zwede nötigenfalls in Geld umgefett werben; sie brauchen sich nicht darauf verweisen zu laffen, die Schulden selbst zu berichtigen (RG 95, 327). Im übrigen wird die Auseinandersetung so vorzunehmen sein, daß zunächst der den für die Schuld haftenden Miterven zukommende Überschuß berechnet und, soweit nötig, durch Versilberung von Nachlaßgegenständen, bereitgestellt und dann aus ihm, soweit er reicht, die Schuld berichtigt wird. — Diejenigen Miterben, welchen die einzelne Nachlagverbindlichkeit im Berhältniffe unter den Miterben nicht zur Laft fällt, können ihre Berichtigung gemäß §§ 755, 2042 Abs 2 aus dem Nachlasse nur dann verlangen, wenn sie dem Gläubiger gemäß § 2058 als Gesamtschuldner dafür haften; nicht aber im andern Falle, also bei Bermächtnissen und Auflagen, da sie an deren Berichtigung tein Interesse haben. — Werden bei der Auseinandersetzung einer Gruppe von Miterben, die mit einer Nachlagverbindlichfeit als Gesamtschuld beschwert sind, einzelne Nachlafgegenstände unverteilt zur weiteren Teilung unter ihnen zugewiesen, so kann jeber Angehörige biefer Gruppe bie Berichtigung ber Berbindlichkeit vor der Unterteilung diefer Gegenstände verlangen.

4. Soweit zur Berichtigung von Nachlaßverbindlichkeiten Mittel beschafft werden müssen, unterbleibt die Teilung in Natur (§ 752) und ist der Nachlaß auf dem Wege der §§ 753, 754, also, soweit die Miterben nicht anderes vereinbaren, durch Einziehung der bereits einziehbaren Nachlaßaußenstände, im übrigen durch gerichtlichen Verkauf zu versilbern. Welche Gegentände nach § 753 zunächst zum Verkaufe zu stellen sind, kann, da es sich hierbei nicht um einen Verwaltungsatt handelt (§ 2038), nicht durch Stimmenmehrheit (§ 745), sondern im Streitfalse nur vom Prozestrichter entschieden werden. Ein Witerbe darf die Versilberung nicht durch Ausübung eines Zurückbesaltungsrechts wegen seiner Ansprücke auf Erstattung von Aus-

lagen für den Nachlaß verhindern (RG Warn 1910 Rr 141).

§ 2047

Der nach der Berichtigung der Nachlagberbindlichkeiten berbleibende itberschuß¹) gebührt den Erben nach dem Berhältnisse der Erbteile²).

Schriftstude, die sich auf die personlichen Berhältnisse des Erblassers, auf dessen Familie oder auf den ganzen Nachlaß beziehen, bleiben gemeinschaftlich's).

E I 2155 II 1921; M 5 691, 692; B 5 886, 887.

1. Der itberschuß (ebenso bei Austölung der Gesellschaft § 734 und der Gütergemeinschaft § 1476) besteht in den nach Berichtigung der Nachlaßverbindlichseiten (§ 2046), einschließlich der Forderungen einzelner Miterben als Nachlaßgläubiger (vgl. § 2046 Al.), übrigbleibenden Nachlaßgegenständen, dem reinen Aktivbestande des Nachlaßes, zu welchem rechnerisch gemäß § 2055 Abl 1 Satz der Bert der sämtlichen zur Ausgleichung zu bringenden Zuwendungen hinzuzusügen ist. Der Überschuß ist zunächt noch gemeinschaftliches (Gesamthands.) Bermögen der Miterben und nunmehr nach den Grundsähen der §§ 752—754, also soweit möglich durch Teilung in Natur, in Sondervermögen der einzelnen Miterben unzuwandeln. Auf Mitwirkung zu dieser Umwandlung durch Bollzug der erforderlichen dinglichen übereignungsätte (Einigung und Bestüßertragung bei beweglichen Sachen, Auflassung bei Grundstäcken, Einigung und Eintragung bei Rechten an solchen, Abreetungsvertrag bei Forderungen) haben die Gemeinschaftsteilhaber (Miterben und Übertragsnehmer von Erbanteilen) gegenseitig einen schuldrechtlichen Anspruch. Wegen der übertragung des Anspruchs auf das Auseinandersehungsguthaben und deren Wirkung gegenüber Cläudes Auseinandersehungsguthaben und beren Wirkung gegenüber Cläudes Palagen eines Miterben, die bessen erforderlich gepfändet haben, vgl. 960, 126 und dazu § 2033 Al.

- 2. Das Beteiligungsverhältnis der einzelnen Miterben an dem Überschusse (A 1) bestimmt sich nach dem Verhältnisse der Erbteile. Die Erbteile (vgl. § 1922 A 10, § 1927 A 3, § 1951 A 1) sind die durch Verfügung des Erblasses oder Gesch bestimmten, in der Kegel nach Bruchteilen (Quoten) ausgedrückten Anteilsberechtigungen am Nachlasse (a. M. Pland Erl 1, der hier einen anderen Erbteilsbegriff als den "nominellen Erbteil" zugrunde legen will). Nach diesen Quoten erfolgt die Verteilung des Überschusses, also z. B. bei gesetlicher Erbfolge erhält A (Sohn) ½, B und C (Enkel) je ¼ des Überschusses. Isedem von ihnen wird der Wert der von ihm zur Ausgleichung zu bringenden Zuwendungen auf seinen Anteil an dem Überschusse angerechnet (§ 2055 Abs 1 Sah 1; vgl. näheres A 1 %, zu § 2055).
- 3. Daß die sortbauernde **Gemeinschaftlichkeit der Schriststüc** feine Erbengemeinschaft, sondern eine Gemeinschaft nach Bruchteilen sei (so Prot II 5, 887 und die zweite Auflage dieses Kommentars), ist im Gesehe nicht zum Auseinandersetzungsvertrage bestimmt ist, die Gemeinschaft als Gesamthandsverhältnis fortdauert (§ 2032 A 2), zumal da diese Berhältnis die Ethaltung der Schriftstücke in einer Hand und die Einheitlickeit der Berfügung über sie, an der ein wesentliches Interesse bestehen kann, am desten verbürgt. Die Borschrift bedeutet übrigens nur, daß ein Anspruch auf Teilung dieser Schriftsücke (§ 2042 A 3) ausgeschlossen ist; einer Berfügung über sie durch sämtliche Miterben, sei es im Sinne der Begründung einer Bruchteilsgemeinschaft oder der Zuteilung an einen Miterben oder auch der Beräußerung an Dritte, sei es bei der Auseinandersehung oder nachträsslich, sieht die Borschrift nicht entgegen. Sie gilt aber auch von solchen Schriftsücken, die Bermögens oder Berkehrswert haben, namentlich von persönlichen, nicht zur Berössenlichung bestimmten Lebenserinnerungen des Erblassers, die literarische oder historische Bedeutung beithen; zu ihrer Berösserinnerungen der Erblassers, die literarische oder historische Bedeutung beschalb in der Kegel das Einwerständnis aller Miterben erforderlich sein. Auch zur überweisung der Familienpapiere (nicht der Familienbliber, § 2873 Sah 2) an die Familie des Erblassers wird grundsählich die Justimmung sämtlicher Witerben erforderlich sein; ein diese Bustimmung ersehender Wille des Erblassers (vgl. Pland Erl 2) wird nicht ohne weiteres anzunehmen sein, wenn er die gesetzliche Erbsosse such aus der Kermannen hauptsächlich die Kermannen und Belege über die Kerbsosse soegen und gemeinschaftliche Erbsosseie in Betracht.

\$ 2048

Der Erblasser kann durch letztwillige Berfügung Anordnungen für die Außeinandersetzung treffen.). Er kann insbesondere anordnen, daß die Außeinandersetzung nach dem billigen Ermessen eines Dritten erfolgen solle). Die den dem Dritten auf Grund der Anordnung getroffene Bestimmung ist für die Erben nicht verbindlich, wenn sie offendar unbillig ist; die Bestimmung erfolgt in diesem Falle durch Arteil3).

€ I 2152 II 1922; M 5 688; B 5 885.

1. Teilungsanordnungen fönnen durch Testament oder einseitig im Erbvertrag (§ 2299), und zwar auch ohne Erbeinsehung, nicht aber, soweit sie nicht ein Vermächtnis oder eine Auslage enthalten, vertragsmäßig (§ 2278) getroffen werden. Sie können die Art der Verwaltung (§ 2038) wie die eigenkliche Auseinandersehung, insbesondere die Art der Teilung, namenklich die Zuweisung bestimmter Nachlaßegenstände an einzelne Erben mit der Maßgabe, daß diese sich die Gegenstände nach ihrem Werte oder zu vom Erblasser sich der Andersehnen lassen schlaßer seigespeten Versen und schlaßer nicht ausdrücklich vorgeschrieben, sim Gegenstande haben. Ist die Antechnung vom Erblasser nicht ausdrücklich vorgeschrieben, die ist es Auslegungsfrage, ob eine Teilungsanordnung oder eine nicht aurechnungspflichtige Zuwendung, also ein Borausvermächtnis (§ 2150), vorliegt (RG Seufsu 63, 404; RG 18. 6. 18 IV 386/17). Auch eine in Unrechnung auf den Erbteil ersolgte Zuweisung bestimmter Nachlaßgegenstände kann eine Begünstigung entweder deszenigen Miterben, dem die Gegenstände zugewiesen sind, ungeste ihr, und demnach ein Vermächtnis (Zuwendung eines Vermögensvorteils, § 1930 A 3) darstellen (VG Seufssiss seufssiss seufsgensvorteils, § 1930 A 3) darstellen (VG Seufssiss seufsch aus ein Zurch)en der übernahmepreis zu hoher übernahmepreis seltgeset ist, nicht zu entnehmen, daß es sich um ein Vorder zu hoher übernahmepreis seltgeset ist, nicht zu entnehmen, daß es sich um ein Vorder zu hoher übernahmepreis seltgeset ist, nicht zu entnehmen, daß es sich um ein Vorder zu hoher übernahmepreis seltgeset ist, nicht zu entnehmen, daß es sich um ein Vorder zu hoher übernahmepreis seltgeset ist, nicht zu entnehmen, daß es sich um ein Vorderschen zu hoher übernahmepreis seltgeset ist,

ausvermächtnis (§ 2150) handelt, also die zugewendeten Vegenstände nicht auf den Erbteil angerechnet werden sollen (MG Seuffal a. a. D.). Der in einer Teilungsanordnung bestimmte übernahmepreis, insbesondere für ein Grundstück, unterliegt gegebenenfalls der Aufwertung nach ben über diese in der Rechtsprechung (vgl. § 242 A 5 d y Abs 3) entwickelten Grundsätzen (RG 108, 85; Warn 1926 Ar 6). Auch die in einer lehtwilligen Verfügung getroffene Anordnung, daß eine Buwendung zur Ausgleichung gebracht werben foll (§ 2050 A1), hat den Charafter einer Teilungsanordnung. — In der Bestimmung einer lettwilligen Verfügung, daß eine als "Erbe" bezeichnete Perfon "als Erbteil" einen bestimmten Betrag erhalten foll, kann eine Erbeseinsetning dieser Person (vgl. § 2087 A 2) und zugleich eine Teilungsanordnung des Anhalts gefunden werden, daß eine Auseinandersehung mit ihr nicht stattfinden. fie vielmehr den bestimmten Betrag als Abfindung erhalten soll (986 24. 10. 21 IV 147/21); in diesem Falle ist die Bahlbarkeit der Abfindung regelmäßig nicht von der Durchführung der Auseinandersetzung abhängig (966 2. 3. 22, IV 516/21). — Die Teilungsanordnung hat in der Regel die Bedeutung, daß jedem Miterben das Recht zustehen soll, von den andern die Vornahme der Auseinandersetzung nach Maßgabe der Anordnung zu verlangen; in diesem Falle können sich die Miterben in allseitigem Einverständnisse über die Anordnung hinwegseten, sofern nicht ein Testamentsvollstreder vorhanden ist, der für ihre Ausführung Sorge zu tragen hat. Aber auch wenn ein Testamentsvollstrecker nicht bestellt ist, kann der Wille bes Erblassers dahin gehen, daß die Anordnung unabhängig von dem Willen der Miterben zur Ausführung gelangen soll; in biesem Fall hat die Anordnung den Charakter einer Auflage (§ 1940) und gilt hinfichtlich ihrer Bollziehung bas zu § 2044 A 1 hinfichtlich ber Ausschließung der Auseinandersetzung durch den Erblasser Gesagte. — Die Teilungsanordnung gilt als nicht erfolgt, soweit durch sie ein pflichtteilsberechtigter Erbe, bem nicht mehr als die hälfte des gesetlichen Erbteils hinterlassen ist, beschränkt wird (§§ 2306, 2311 Abs 2 Sat 2). — Sowenig wie durch ein Vermächtnis (§ 1939 A 2), kann burch eine Teilungsanordnung bingliche Wirtung erzielt werben; fie begründet lediglich schuldrechtliche Berpflichtungen der Miterben gegeneinander zur Vornahme der ihr entsprechenden binglichen Übertragungsatte.

- 2. Billiges Ermessen eines Dritten entsprechend § 317. Mit der Berufung des Dritten tunn auch seine Ernennung zum Testamentsvollstrecker unter Beschräntung auf die Ausgaben des § 2204 gewollt sein (§ 2208 Abs 1; vgl. A 4 zu § 2208). Soweit er nicht Vollstrecker ist, kann der Dritte die Teilung nicht selsst vornehmen, sondern nur für die Erben verbindliche Bestimmungen tressen. Die nach billigem Ermessen zu tressende Entscheidung über die Art der Auseinandersetung, insbesondere auch über die Veräußerung eines Nachlaßgrundstücks auf andere Weise als durch Zwanasversteigerung, kann der Erblasser auch einem Miterben oder der Mehrheit der Miterben übertragen; den übrigen Miterben wird daburch nicht die dingliche Vesugnis zur Teilnahme an der Versäugering über den Nachlaßgegenstand (§ 2040) entzogen; sondern sie werden nur untereinander schuldrechtlich verpsticktet, die Anseinandersetzung in der durch das billige Ermessen der dazu berusenen Miterben bestimmten Beise vorzunehmen, was nach § 137 Sat 2 zulässig ist (M6 110, 273). Lettwillige Anordnung eines Schiedsgerichts ZBD § 1048; R6 100, 77; vgl. § 1937 A 1.
- 3. Offenbar unbillig (§§ 819, 660) ift die Bestimmung, wenn sie eine handgreifliche, auch dem einfachen Nechtsgefühl ohne verstandesmäßige Erwägung erkennbare Unbilligkeit enthält (manifesta iniquitas § 319). Sie braucht, wenn die Erben hierüber einig sind, bon ihnen nicht beachtet zu werden. Des Urteils bedarf es nur im Streitfalle. Die Rlage ift nicht gegen ben Dritten (außer wenn er Teftamentsvollstreder ift), sondern gegen die widersprechenden Miterben zu richten. Ift die Bestimmung bes Dritten unverbindlich, fo trifft sie das Gericht an Stelle bes Dritten durch Urteil, und zwar, entsprechend dem Willen des Erblassers, gleichfalls nach billigem Ermessen (a. M. Planck Erl 1 Abs 2 und die 2. Aufl. dieses Rommentars). Der Fall, daß der Dritte die Bestimmung nicht treffen fann oder will oder sie verzögert, ist hier dem Falle, daß seine Entscheidung offenbar un-billig ist, nicht, wie in § 319 Abs 1 Sat 2, ausdrücklich gleichgestellt; doch wird man nicht anzunehmen brauchen, daß das absichtlich geschehen und deshalb die entsprechende Unwendung diefer Borschrift hier ausgeschlossen sei; vielmehr wird, um dem Willen bes Erblaffers im Sinne des Wesethes möglichst zu entsprechen, auch in biesem Falle die Entscheidung durch das Gericht, und zwar nach billigent Ermessen, zu treffen sein (a. M. die vorige Auflage dieses Kommentars; wie hier Plank Erl 1 Ab 2 anscheinend mit der Abweichung, daß er das billige Ermessen des Gerichts ausschließt, vgl. oben). — Offenbar unbillig ist die durch eine Mehrheit der Erben getroffene Bestimmung auch, wenn den übrigen zugemuter wird, auf Grund einer von jenen mit einem Dritten früher getroffenen Bereinbarung bas Grundstud an den Dritten gegen einen ganglich entwerteten Papiermartpreis ohne Aufwertung zu verfaufen (96 110, 274).

8 2049

mat ber Erblaffer angeordnet, daß einer ber Miterben das Recht haben foll, ein jum Rachlaffe gehörendes Landgut ju übernehmen, fo ift im Zweifel angunehmen, daß bas Landgut zu dem Ertragswert angesett werden foll1).

Der Ertragswert bestimmt sich nach dem Reinertrage, den das Landgut nach seiner bisherigen wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger

Bemirtschaftung nachhaltig gewähren tann2).

R 5 860, 861: 6 830-335, 448ff.

1. Begriff bes Landguts, im Gegensatz zum landwirtschaftlichen Grundstude (§§ 592, 1421, 1663, 2130), f. § 98, auch §§ 1515, 2312. Das Gefet ftellt eine Auslegungeregel auf, "im Zweifel", die durch den Nachweis eines andern Willens des Erblassers entkräftet wird. Sie beruht auf der Vermutung, der Erblasser habe durch die Bestimmung ermöglichen wollen, daß das Landgut, ohne verkauft zu werden, von dem Miterben in der seiner bis-herigen wirtschaftlichen Bestimmung entsprechenden Weise weiterbewirtschaftet werde. Die Auslegungsregel wird deshalb nicht zutreffen, wenn, wie es unter den heutigen Verhält-nissen vielfach der Fall sein dürfte, der Ertragswert höher ist als der Verkaufswert (Schähungs-

miljen vielfach der Hall fein durfte, der Ertragswert goger in als der Bertunfswert (Schäufingswert; vgl. § 2312 Abf 1 Sat 3; auch von Haufen in DFI 1926 Sp. 1489).

2. Der Ertragswert, im Gegenfate zum Berkehrs (Verfaufs). Werte. Die Art der Ermittlung des Ertragswertes ist nach Art 137 EG in erster Linie den Landesgeschen über-lassen; § 2049 Abf 2 tritt nur hilfsweise ein. Nach Prask Art 83 wird der Ertragswert durch Napitalisserung des jährlichen Keinertrags (d. h. des Bruttoertrags unter Whzug der Bewirtschaftlungslossen der Lasten und Abgaben, jedoch nicht der Hopotheksinsen der Selvitschaftlingstoßen birte bet Eufen ind Augusten, jedoch maßt er Inpoligischen zum verfehrsüblichen Zinssuße ermittelt. Ühnlich nach bahr. AGBGB Art 103 (Kapitalisierung in der Regel nach dem 25fachen Betrage des jährlichen Keinertrags, sofern nicht durch Berordnung eine andere Verhältniszahl bestimmt wird, was durch V. v. 31. 7. 26 geschehen ist, wonach zur Zeit der 18sache Betrag maßgebend ist); serner nach badischem AGGBG in der Fassung v. 13. 10. 25 Art 38 und AusfBD v. 11. 11. 1899 §§ 38ff.; nach hessischen AGBGBB ut 106, 130). — Die bisherige wirtschaftliche Vestimmung des Landschaftlichen AGBGBB und Einsteinschaftliche Vestimmung des Landschaftlichen Ausgaben der Verlieben des Ausgaben des Ausgabe guts als solchen ist maßgebend; doch wird anderseits ordnungsmäßige Bewirtschaftung, auch wenn solche disher nicht stattgefunden hat, unterstellt. Danach können zweckmäßige Anderungen der Bewirtschaftungsweise im einzelnen, die ohne Anderung der wirtschaftlichen Bestimmung des Ganzen durchgeführt werden können, bei der Bemessung des Reinertrags berücksichtigt werden (z. B. Ausübung des Gartenbaues auf dazu geeignetem Boden an Stelle bisherigen Getreidebaues), nicht aber folche, durch welche die wirtschaftliche Bestimmung als Landgut verändert wird, z. B. Ausnutzung einer Fläche als Bauplat für andere als zum Landgute gehörige Gebäude (RG Barn 09 Rr 411), oder bergmännische Aufschließung. — Die gleichen Grundsätze gelten für die Berechnung des Pflichtteils (§ 2312); ebenso im Falle des § 1515 Abf 2.

\$ 2050

1) Abtömmlinge, die als gesetliche Erben zur Erbfolge gelangen2), sind verpflichtet, dasjenige, was sie von dem Erblasser bei dessen Lebzeiten als Ausstattung3) erhalten haben, bei der Außeinandersekung untereinander zur Ausgleichung zu bringen, soweit nicht der Erblaffer bei der Zuwendung ein anderes angeordnet hat4).

Buschüffe, die zu dem Zwede gegeben worden sind, als Gintunfte berwendet zu werden5), sowie Aufwendungen für die Borbildung zu einem Berufe6) find insoweit zur Ausgleichung zu bringen, ale fie das den Bermögensverhältnissen des Erblassers entsprechende Dag überstiegen haben 6a).

Andere Zuwendungen unter Lebenden find zur Ausgleichung zu bringen, wenn der Erblasser bei der Zuwendung die Ausgleichung angeordnet hat?) 8).

E I 2157—2159, 2164 216 3 II 1923; M 5 698—704, 710, 711; B 5 889—891.

1. Die Ausgleichungspflicht beruht auf dem Gebanten, daß bei gewiffen Buwenbungen unter Lebenden, die der Erblaffer seinen zur Zeit der Zuwendung als voraussichtliche Erben in Betracht kommenden Abkömmlingen gemacht hat, im Zweifel nicht angenommen werden tann, daß er dadurch die gleichheitliche Stammeserbfolge der Abkommlinge (§§ 1924ff.) habe durchbrechen wollen, vielmehr anzunehmen ift, daß die Zuwendung nur eine durch die Berhältnisse gebotene Borausgabe auf den fünftigen Erbteil enthalten soll. Gine folche

Bermutung stellt das Gesetz auf für Kapitalzuwendungen zur Ausstattung (§ 2050 Abs 1); für Zuschüsse, die zur Berwendung als Ginfünfte ober Vorbildung für einen Beruf gegeben find, im Falle der Ubermäßigfeit im Berhaltniffe zu dem Bermögen des Erblaffers (§ 2050 Abi 2); für andere Zuwendungen bedarf es einer besonderen Anordnung des Erblassers, um sie ausgleichungspflichtig zu machen (§ 2050 Abf 3). Die Bermutung greift in ber Regel nur Plat bei gesetlicher Erbfolge der Abkömmlinge, bei gewillkürter nur unter den besonderen Voraus. setzungen des § 2052. Sie gilt nur für Zuwendungen an Abkömmlinge, nicht an andere Berwandte ober an ben Chegatten. - Die Borschriften über bie Ausgleichung sind nicht zwingender Natur und hindern nicht eine anderweite Regelung durch die Miterben bei der Auseinandersetung in allseitigem Einverständnisse (RG 30. 5. 07 IV 524/06); die Ausgleichungspflicht tann auch durch felbständigen Bertrag der Miterben (Anerkenntnisvertrag) begründet werden (RG Bang 08, 19 und 20. 11. 19 IV 246/19). — Die Ausgleichungspflicht ist fein gesetzliches Bermachtnis zugunften ber ausgleichungsberechtigten Miterben; fie begründet daher keine Nachlasverbindlichkeit (§ 1967), auch nicht, wenn sie durch den Erblasser bei der Zuwendung angeordnet ist. — Die Ausgleichung ersolgt nicht durch Nückgewähr (Rüadringen) des zugewendeten Gegenstandes in Natur oder dem Werte nach in die Erbmasse (Realfollation), sondern lediglich durch Anrechnung und Minderempfang auf den Erbteil (sog. Idealfollation). Die zur Ausgleichung zu bringenden Vorempfänge stehen im freien Vermögen des Zuwendungsempfängers und bilden rechtlich keinen Bestandteil des Nachlasses; ihre Zugehörigkeit zu diesem wird durch die Anordnung der Ausgleichungspflicht von seiten des Erblassers nicht begründet; auch nicht durch den Vollzug der Ausgleichung, der lediglich ein rechnerischer Borgang ist; eine angeordnete sideitommissarische Substitution in den Nachlaß (Nacherbsolge) erstrecht sich beshalb nicht auf die Vorempfänge und begründet teinen Anspruch auf beren Berausgabe; nur im Wege bes Berschaffungsvermächtniffes (§§ 2169 A 1, 2170 A 1) kann ber Erblasser ben Zuwendungsempfänger ober bessen bamit beschimeren, bas Zugewendete an den Nachlaß herauszugeben. Diese für das gemeine Mecht vom RG (25. 11. 20 IV 191/20) ausgesprochenen Rechtsfäte werden auch für das Recht des BOB zutreffen. Auch nach ber Gestalt, welche bie Ausgleichungspflicht schließlich in bem Gesethuche erhalten hat (vgl. § 2055 A 4), erfolgt tein Einbringen ber Vorempfänge in Natur in den Nachlaß, sondern lediglich eine rechnerische Berudsichtigung ihres Wertes bei der Aus-einandersetzung. — Die Erbengemeinschaft als solche wird durch das Bestehen von Ausgleichungspslichten nicht berührt, auch nicht, wenn ein Miterbe infolge ihrer aus ber Erbschaft nichts zu erhalten hat; er bleibt gleichwohl Teilhabern ber Erbengemeinschaft mit den Verchten und Pflichten eines solchen (Anteil an Berwaltung und Benubung § 2038, sowie an Berfügungsberechtigung § 2040; Schuldenhaftung §§ 2058, 2059 A 4, 2060 A 1, 2014, and char § 2058 (2) A 2059 A 4, 2060 A 1, 2014, and a char § 2058 A 2059 A 4, 2060 A 1, 2014 A 20 bgl. aber § 2058 A 2). Auch ber Erwerber eines Miterbenanteils (§ 2033) tritt in bie Rechte und Pflichten auf Ausgleichung ein. Dem Erbschaftskäufer kommt der Vorteil aus der Ausgleichungspflicht eines Miterben zugute (§ 2872), anderseits ist ihm für eine bestehende Ausgleichungspflicht des Verkäusers dieser gewährleistungspflichtig (§ 2876). — Ist der Erbsall nach Inkrastreten des BVB eingetreten, so sind die Ausgleichungsvorschriften des neuen Rechtes auch dann anzuwenden, wenn die Zuwendung unter früherem Rechte erfolgt ist (RG Seufsu 67, 409 a. E. und Warn 1910 Nr 245; vgl. aber A 7 a. E.). — Ausgleichung nach Beendigung der fortgesetzten Gütergemeinschaft § 1503, bei Berechnung des Psichtteils §§ 2315ff.

2. Rur bie Abtommlinge bes Erblaffers felbft und nur foweit fie als gesetliche Erben (vgl. aber § 2052) zur Erbfolge gelangen, also bie gesetlichen Erben ber ersten Ordnung (§ 1924 A 2), sind an der Ausgleichung beteiligt. Richt also die Abkömmlinge der Eltern, Großeltern, Urgroßeltern und entfernteren Boreltern bes Erblaffers (§§ 1925 ff.), auch nicht der Chegatte. Abkömmlinge, die wegen Berzichts, Ausschließung, Erbunwürdigkeit oder infolge Ausschlagung nicht zur Erbfolge gelangen, bleiben außer Betracht. Doch sind nach § 2051 die an ihre Stelle tretenden entfernteren Abkömmlinge (j. aber auch § 2053) aus.

gleichungspflichtig.

3. Die Ausstattung ist zu verstehen im Sinne von § 1624, einschließlich ber Aussteuer ber Tochter (§§ 1620ff.), begreift aber, soweit nicht § 2053 einschlägt, auch die unmittelbar einem entfernteren Abkommlinge gewährte Ausstattung in sich. Db ber Erblasser zu ihrer Gewährung rechtlich verpflichtet war, wie im Falle bes § 1620, ob sie den Verhältnissen entspricht ober übermäßig ift, ob sie bereits gewährt ober nur erst versprochen und dem gemäß zugleich als Nachlagberbindlichkeit einzustellen ift, macht keinen Unterschied. Doch unterliegt der Ausgleichungspflicht ohne Beschränkung nur diejenige Ausstatiung, die be-kimmt ist, das Kapitalvermögen des Abkömmlings, sei es das Betriebs- ober bloße Ruhungsvermögen, zu vermehren, und die deshalb in Form einmaliger Leiftung von Geld ober sonstigen dauernde Nutung gewährenden Gegenständen gegeben wird; eine in Form bon Rente gegebene Ausstattung wird in der Regel als Zuschuß zu den Ginfünften bestimmt lein und deshalb unter Abf 2 fallen. Auch Aufwendungen für Berufsvorbildung

fallen unter ben Begriff ber Ausstattung, unterliegen aber ber Ausgleichungspflicht nur

unter ber Boraussetzung bes Abs 2. Näheres in A 6.

4. Wegen des Begriffs der Buwendung vgl. U 7. — Da bie Ausgleichung auf bem zu bermutenden Willen des Erblaffers beruht, fo findet fie nicht ftatt, soweit fie der Erb. laffer durch besondere Anordnungen gang ober teilweise erlaffen ober bon Bedingungen abhangig gemacht ober fonft abweichend geregelt hat. Dies tann formlos, auch ftillschweigend (vgl. 21 7), muß aber schon bei ber Buwenbung geschehen sein, tann alfo burch Erbvertrag (RG 90, 422). Zum Nachteil von Pflichtteilsberechtigten kann der Erblasser eine der Ausgleichung nach § 2050 Abs 1 oder 2 unterliegende Zuwendung weder bei ihrer hingabe noch nachträglich von der durch § 2316 gebotenen Berücklichtigung bei Feststellung desjenigen, was auf den gesetzlichen Erbteil eines Abkömmlings fallen würde, behufs Bestimmung seines Pflichtteils ausschließen; § 2316 Abs 3, vgl. A 6 dazu.

5. Justiglie sind, auch sofern sie zur Begründung oder Erhaltung der Wirtschaft eines berheirateten Kindes oder einer selbständigen Lebensstellung bestimmt waren und deshalb unter den Begriff der Ausstatung fallen (A 3; NG 67, 206), nicht ausgleichungdpstischtig, wenn sie als Einkünfte dienen sollen und das den Vermögensverhältnissen des Erblassers entsprechende Maß nicht übersteigen (NG 79, 266). Die Bestimmung als Einkünfte setz voraus, daß sie zur Bestreitung des fortlaufenden Verdrauchs bestimmt sind und daß deshalb eine Wiederholung in gewissen Beitabschilden in Aussischt genommen ist, ohne daß aber eine Verpssischtung dazu inskesondere in Karm einer Leibende (K 750), scharzenweise aber eine Verpflichtung dazu, insbesondere in Form einer Leibrente (§ 759), Abernommen zu sein braucht (vgl. **RG** im Recht 1910 Ar 2578, 2580). Ein nur als einmalige Zuwendung gedachter Buschuß zu einer Babereise fallt beshalb nicht darunter (966 Barn 1910 Dr 288; a. M. Leonhard IV C zu § 2050). Auch Zuschusse, die als Einkünfte dienen sollen, aber keine Ausstattung darstellen, sind ausgleichungspflichtig, wenn sie das bezeichnete Maß

überfteigen.

6. Die Aufwendungen muffen fur bie Borbilbung gu einem Berufe, im Gegenfabe gu ber burch Bolfsichulen ober hohere Lehranftalten vermittelten allgemeinen Ausbildung, gemacht fein. hierher gehören Lehrgelber, die Roften bes Besuchs von Fachschulen, Studien. und Promotionstoften, einschließlich ber Beschaffung der Lernmittel, nicht aber Aufwendungen für die Berufsausübung selbst (Anschaffung von Instrumenten u. dgl.). Solche Auswendungen fallen meist unter den Begriff der Ausstattung (A 3), sind aber tropdem ausgleichungspflichtig nur, soweit sie das bezeichnete Maß übersteigen. Auch Aufwendungen für die Berufsausbildung, die nicht in Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht ersolgen und deshalb nicht unter § 1610 Abs 2 in Verbindung mit § 1602 fallen (z. V. weil der Abkömmling eigenes Vermögen besitzt, vgl. A 1 zu § 1602), sind nur unter den Voraussehungen des Abs 2, nicht unbeschräuft als Ausstattung nach Abs 1 zur Ausgleichung zu bringen (RG 114, 53). Die Berufsausbildung ift regelmäßig beendet, wenn durch Ablegung der Prüfungen die Befähigung zur Befleidung der betreffenden Berufsftellung nachgewiesen ist (RG Warn 1913 Nr 237). Doch ist nicht ausgeschlossen, daß unter Umständen nach Abschluß der ersten Berufsausbildung ein neuer Beruf ergriffen wird, und die Aufwendungen für die Borbildung zu diesem neuen Berufe fallen alsdann gleichfalls unter Abs 2, nicht unter Abs 1 des § 2050 (RG 114, 54). Der Unterhalt während des Borbereitungsdienstes fällt unter die Zuwendungen zur Erlangung einer) Lebensstellung, ift aber als Zuschuß zu Ginkunften, wie auch für die Vorbildung zu einem Berufe, nur nach Abi 2 ausgleichungspflichtig.

6a. Db bas bezeichnete Abermag vorliegt, richtet fich nicht banach, ob bie Bufchuffe ober Aufwendungen zur Erreichung des Zwedes erforderlich waren, und auch nicht nach ben Standesverhältnissen des Erblassers oder des Abkömmlings, sondern lediglich nach den Bermögensverhältnissen des Erblassers. Bei ihrer Beurteilung wird zu berücksichnigen sein, für wieviel Kinder der Erblasser zur Zeit der Zuwendung zu sorgen hatte und mit welchen Veränderungen der Kinderzahl oder seiner Vermögensverhältnisse er als vor fichtiger Familienvater für die Zukunft noch rechnen mußte. Db der Erblaffer die Beträge aus feinen Ginfunften ober aus bem Stamme feines Bermogens entnommen hat, ift nicht

entscheidend, aber für die Frage des Ubermaßes immerhin zu beachten.
7. Der Erblaffer fann Zuwendungen jeder Art durch eine bei der Zuwendung formlos getroffene Anordnung ausgleichungspflichtig machen. Die Buwendung (vgl. auch § 1939 A 4) erfordert tein Rechtsgeschäft zwischen dem Erblaffer und dem Abkommling; sie kann in rein wirtschaftlichen Magnahmen bes Erblaffers ober Nechtsgeschäften zwischen ihm und Dritten jum Ausbrud gekommen fein, burch bie bem Abfommling bei Lebzeiten bes

Erblassers ein Bermögensvorteil aus bessen Bermögen zugeflossen ist; z. B. Bahlung von Schulben bes Abköminlings, Aufwendungen für seine Berufsvorbildung ober Lebensstellung. Rechtsgeschäftliche Zuwendungen können in der Abereignung von Bermögensgegenständen (Eigentumgubertragung an beweglichen Sachen, Gelbaahlungen, Auflaffung von Grundstuden) oder in fonstigen binglichen Berfügungen zu seinen Gunften (Erlaß einer Forberung, Aufgabe eines binglichen Rechtes) bestanden haben; aber auch schon in der Begründung eines schuldrechtlichen Anspruchs des Abkömmlings gegen dem Erblasser (Schenkungsversprechen, § 516, konstitutives Schuldversprechen oder Schuldanerkenntnis, §§ 780, 781) wird der Begriff der Zuwendung erfüllt. Auch Leistungen, durch die einer gesetzlichen Pflicht genügt wird, können unter den Begriff der Zuwendung fallen (NG 73, 377). Richt erforderlich ist vollständige Unentgeltlichkeit der Leiftung (RG 73, 377); auch in der Ausbedingung einer absichtlich zu geringwertig bemeffenen Gegenleiftung bei einem Rauf. ober sonstigen gegenseitigen Bertrage, ferner in ber Binsfreiheit ober bem geringen Binsfuße eines Darlehns kann eine Zuwendung liegen (entsprechend der gemischen Schenkung, § 516 A4). Einigkeit beider Teile über die Unentgeltlichkeit, wie bei der Schenkung (§ 516) ist nicht erforderlich (RG 18. 4. 10 IV 88/10). Soweit eine Leistung aber mit der Verpflichtung zur vollen Rückgewähr (credendi causa) oder zur Erfüllung einer Verbinblichkeit (solvendi causa) gemacht ist, enthält sie keine Zuwendung (RC IV 02 Beil 266 Nr 198 und 13. 6. 10 IV 537/09; NC 67, 308). Auch ein Betrag, der mit der Bestimmung hingegeben wird, daß die Hauptsumme nicht zurückezahlt, aber Zinsen davon entrichtet werden sollen, kann eine Zuwendung enthalten und ausgleichungspflichtig sein, wenn er als Ausstatung gegeben worden ist (NC 30. 10. 16 IV 193/16). Die dei Hingegeben werden ist (NC 30. 10. 16 IV 193/16). Die dei Hingegeben werden ist (NC 30. 10. 16 IV 193/16). gabe oder später getroffene Bestimmung, daß ein als "Darleben" hingegebener Betrag nicht zurückgezahlt, sondern nur nach dem Tode des Erblassers von dem Abkömmlinge dur Ausgleichung gebracht werden soll, enthält eine Zuwendung. Es muß sich aber um eine Zuwendung unter Lebenden handeln; ein Vermächtnis, das auf den Erbteil angerechnet werben foll (§ 2048 A 1), fällt nicht darunter; beninach auch nicht eine Anordnung, daß ein als Darlehen geschuldeter Betrag, wenn er bis zum Tode des Erblaffers noch nicht zuruch. bezahlt fei, nunmehr nicht mehr zurudbezahlt, sondern zur Ausgleichung gebracht werden folle; eine solche Anordnung bedarf der Form der lettwilligen Verfügung; sie schließt dann das Berlangen ber Rückzahlung bes Darlehens vor der Auseinandersetzung aus (§ 2089 M 2). Für Beträge, die ein Abkömmling dem Erblaffer schuldet, können die Miterben auch ohne besondere Anordnung bes Erblaffers ftatt der Bahlung Ausgleichung bei der Auseinandersetung nach Maßgabe der Ansemandersetungsregeln (§§ 2042ff., 756; vgl. § 2042 A 3, § 2046 A 1) fordern (**RG** IV 02 Beil 266 Kr 198). Die Ausgleichungspflicht set ferner voraus, daß aus bem Bermogen des Erblaffers in das Bermogen des Abtommlings etwas in foldher Beise übergeführt ift, bag badurch ber nachlaß eine Berringerung erfahren hat; fie findet beshalb 3. B. nicht ftatt, wenn der Erblaffer zugunften eines Abkömmlings in einem Gefellschaftsvertrage für diesen ein Gintrittsrecht in eine Gesellschaft bedungen hat, an der seine Teilhaberschaft mit seinem Tode erlosch, weil badurch die Erbansprüche der übrigen Miterben nicht beeinträchtigt worden sind, es sei benn, daß festgestellt wurde, daß der Erblasser für die Ausbedingung des Eintrittsrechts besondere Aufwendungen aus seinem Bermogen gemacht habe (96 29. 11. 26 IV 187/26). — Die Anordnung der Ausgleichung fann nur bei der Zuwendung erfolgen, und zwar formlos, fofern nicht die Zuwendung elbst ein formbedurftiges Rechtsgeschaft bildet, deffen Bestandteil die Anordnung ift. Gie wird aber nur von Bedeutung fein fonnen, wenn fie dem Abkommlinge gegenüber erklart ist und dieser sich, ausdrucklich ober stillschweigend burch Annahme der Zuwendung, mit ihr einverstanden erklart hat (RG 67, 308). Sie fann auch auf Bertrag beruhen (RG 20. 11. 19 IV 246/19). Die Anordnung braucht nicht ausbrücklich getroffen zu sein; sie tann sich auch aus den Umständen als stillschweigend gewollt ergeben, z. B. wenn ein Erblasser sein Bermögen in bestimmter Beise unter die Abkömmlinge bei Lebzeiten verteilt hat; auch fann bei einer unter dem alten Rechte gemachten Zuwendung die Absicht des Erb. laffers, daß sie ausgeglichen werden soll, aus den damals geltenden Ausgleichungsvorschriften gefolgert werden (Warn 1910 Nr 245). — Eine nachträgliche Anordnung der Ausgleichung kann nicht durch Rechtsgeschäft unter Lebenden (DLG 21, 318), sondern nur in der Form einer Berfügung von Todes wegen erfolgen; fie enthält ein Bermächtnis, mit welchem ber Abkömmling, der die Zuwendung erhalten hat, zugunsten seiner Witerben beschwert wird, und ist für ihn bindend, ohne daß jedoch sein Pflichtteil dadurch beeinträchtigt wird, weil dieser nur nach dem gesetzlichen Erbteile zu berechnen ist (§ 2316 Abs 1; RG 67, 309; 71, 135). Der Pflichtteil bes Abkömmlings kann burch die nachträgliche Anordnung der Ausgleichungspflicht nur dann beeinträchtigt werden, wenn diese in einem zwischen bem Erblasser und dem Abkömmlinge abgeschlossenen Erbverzichtsvertrage (§ 2346) vereinbart ist (RG 67, 307; 71, 136; 90, 422; vgl. auch A 4). — Daß der Erblasser auch bei Zu-wendungen an andere voraussichtliche Erben als Abkömmlinge (3. B. an Geschwister) eine

Ausgleichungspflicht gemäß § 2050 anordnen könne, ift aus Abs 3 nicht zu entnehmen (so Pland, 3. Aufl., Erl 4 f; a. M. die 2. Aufl. dieses Kommentars); eine solche Anordnung kann aber, wenn sie in der Form der lettwilligen Verfügung getroffen ift, als Teilungsanordnung (§ 2048) aufrechterhalten werden und es wird eine entsprechende Anwendung ber Ausgleichungsvorschriften (§§ 2055, 2056) julaffig sein. Auch im übrigen tann ber Erblaffer burch lettwillige Verfügung die Ausgleichung von Ruwendungen zugunsten und zu Laften geseglicher oder eingesetzter Erben, die Abkömmlinge find, wie anderer Erben beliebig anordnen, solange er dodurch den Pflichtteil keines von ihnen verlett (98 30. 10. 16 IV 193/16). Mit der gleichen Einschränkung kann er auch entfernteren Abkömmlingen, die er unmittelbar zu Erben beruft, die Anrechnung eines durch den näheren Abkömmling, von dem sie abstammen, ihm geschulbeten Betrags auferlegen (NG 13. 6. 10 IV 537/09). — Ist bie Auseinanderschung ohne Berücksichtigung der Ausgleichungspflicht eines Abkömmlings vorgenommen, so wirb im Aweifel ein Bereicherungsauspruch (condictio indebiti) ber Miterben gegen ihn begründet fein, falls nämlich nicht erhellt, daß diese in Reuntnis der Ausgleichungspflicht die Auseinandersehung vollzogen haben (§ 814; 96 20. 11. 19 IV 246/19). — Ausgleichungspflicht nach Beendigung ber fortgefesten Gutergemeinschaft § 1503, bei Berechnung bes Pflicht. teils §§ 2315ff. Ist der Erbfall nach 31. 12. 99 eingetreten, so bestimmt sich die Ausgleichung auch bezüglich der unter altem Rechte gemachten Zuwendungen grunbfählich nach dem Rechte des BGB (NG Seuffa 67 Nr 231 a. E.).

8. Die Beweislast für bas Bestehen einer Ausgleichungspflicht trifft grundsätlich ben, der Anrechnung der betreffenden Zuwendung auf den Erbteil verlangt. Behauptet der Erbe in den Fällen der Abs 1 u. 2, daß ihm die Ausgleichung durch Anordnung des Erb-lassers erlassen sei, so ist er für die Einrede beweispflichtig. Gegenseitige Auskunftspflicht

der Miterben § 2057.

§ 2051

Fällt ein Abkömmling, der als Erbe zur Ausgleichung berpflichtet sein würde, bor oder nach dem Erbfalle weg1), fo ift wegen der ihm gemachten Inwendungen der an feine Stelle tretende Abtommling gur Ausgleichung berbflichtet2).

Sat der Erblaffer für den wegfallenden Abkömmling einen Erfagerben eingesetzt, so ist im Zweifel anzunehmen, daß biefer nicht mehr erhalten soll, als der Abkömmling unter Bernafichtigung der Ausgleichungsbflicht erhalten würde3).

Œ I 2160 II 1924; M 5 704-706; B 5 892, 893; 6 340, 842.

1. Begfall eines Abtommlings burch Tob vor dem Erbfalle (§ 1924), Ausschließung (§ 1938), Ausschlagung (§ 1953), Erbunwürdigkeit (§ 2344), Erbverzicht (§ 2346).

2. In allen biefen Fällen treten an Stelle bes ausgleichungspflichtigen Abkommlings, aber kraft eigenen Erbrechts (§ 1924 A 4) seine Abkömmlinge nach Berhältnis ihrer Erbteile, falls sie nicht durch die Ausschließung (§ 1938 A 2) oder den Berzicht (§ 2349) gleichfalls ausgeschlossen sind. Sie treten dann auch in die Ausgleichungspssicht ein, da diese andernfalls durch Ausschlagung oder Berzicht des Empfängers der Zuwendung vereitelt werden tonnte. Ift der Abkommling mit Ubergehung seines Borfahren vom Erblaffer burch Berfügung von Todes wegen unmittelbar als Erbe eingesett, so ift er nicht an die Stelle eines andern getreten und § 2051 leidet keine Anwendung (NG Warn 1913 Nr 238). Darauf, ob die Abkömmlinge Erben des Beggefallenen geworden find und ob ihnen der Vorempfang felbst zugute gekommen ift, kommt nichts an. Richt erforderlich ist, daß der an die Stelle tretende Abkömmling des Erblassers auch Abkömmling des ursprünglich Ausgleichungsverpflichteten ist; fällt g. B. ber mit einer Zuwendung bedachte Entel des Erblaffers (ber nach § 2058 ausgleichungspflichtig war) weg, ohne Abkömnilinge zu haben, so erhöht sich badurch der Erbanteil seiner Geschwister; biefe treten also auch hinsichtlich ber Ausgleichungspflicht an seine Stelle. Ihre Ausgleichungspflicht beschränkt sich aber auf den Erbanteil des Emp. fangers ber Zuwendung; ihr eigener ursprünglicher Erbanteil wird bavon nicht berührt (§ 1935). Ift anderseits der Erbanteil eines Abkömmlings des Erblassers mit einer Ans. gleichungspflicht belaftet und kommt zu ihm der Erbanteil eines andern, weggefallenen Abkömmlings hinzu, so wird dieser durch die auf dem ursprünglichen Erbanteile lastende Ausgleichungspflicht nicht betroffen. Stirbt ber ausgleichungspflichtige Abkömmling, nach bem er die Erbschaft augenommen hat, so geht die Ausgleichungspflicht mit der Erbschaft auf seine Erben über, gleichviel, ob fie Abkönimlinge bes Erblassers find ober nicht. Stirbt er vor ber Annahme und seine Erben nehmen die Erbschaft an, so trifft fie natürlich gleich. falls die in der Person ihres unmittelbaren Erblaffers begründete Ausgleichungspflicht. -

§ 2051 Abs 1 trifft auch zu, wenn an die Stelle des ausgleichungspflichtigen ein anderer Abkönnmling des Erblassers nicht als dessen gesetzlicher Erbe, sondern infolge Erbeinsetzung nach Verhältnis der gesetzlichen Erbteile tritt (§ 2052). Ist dagegen der kraft solcher Erbeinsetzung eintretende Erbe nicht ein Abkömmling, so kann nur Abs 2 des § 2051 (vgl. A 2)

Plat greifen.

3. Ersaterbe (§§ 2096ff., 2102). Der Ersaterbe kann eingesett sein sowohl für den Fall des Begfallens eines als gesetzlicher Erbe, wie für den Fall des Begfallens eines nach dem Verhältnisse der gesetzlichen Erdeite durch Erbeinsetzung (§ 2052) berusenen Abkömmlings. Ein solcher Ersaterbe soll, auch wenn er nicht Abkömmling des Erdlassers ("in Aweiset") nicht mehr erhalten, als der weggefallene Abkömmling unter Berückstigung der Ausgleichungspflicht erhalten haben würde. Damit ist ausgedrückt, daß dei Berechnung des Erdeils des fremden Ersaterben einerseits die zu Lasten des weggefallenen Abkömmlings wegen der diesem gemachten Zuwendungen begründet gewesene Ausgleichungspflicht, anderseits aber auch das für ihn begründet gewesene Ausgleichungspflicht, anderseits aber auch das für ihn begründet gewesene Ausgenalten Ausgleichung wegen der diesen gemachten Zuwendungen zu verlangen, Berücksigung sinden soll; was der Beggefallene danach erhalten haben würde (also das Gesamtergednis der Auseinandersehung für ihn), bildet die Höckstene anderen Richtung hat der Ersaterbe zu beweisen.

§ 2052

Hat der Erblasser'a) die Abkömmlinge auf dassenige als Erben eingesetzt, was sie als gesetzliche Erben erhalten würden, oder hat er ihre Erbteile so bestimmt, daß sie zueinander in demselben Berhältnisse stehen wie die gesetzlichen Erbteile¹), so ist im Zweisel anzunehmen, daß die Abkömmlinge nach den §§ 2050, 2051 zur Ausgleichung verpflichtet sein sollen²).

& II 1925; \$ 5 891, 892.

1. Die an sich nur für die gesetliche Erbfolge (§ 2050 A 2) vorgeschriebene Ausgleichung unter ben Abkömmlingen foll "im Zweifel" auch eintreten, wenn ber Erblaffer burch Erbeinsetzung entweder den gleichen Erfolg herbeigeführt hat, wie er im Falle der gesetlichen Erbfolge eingetreten fein wurde, indem er die Abkommlinge auf basjenige eingesett hat, was fie als gesettliche Erben erhalten wilrben (was auch badurch geschehen tann, bag er sie ohne nähere Bestimmung einseht, § 2066), ober wenn er sie wenigstens durch entsprechende Bestimmung ihrer Erbteile im Berhältnis zueinander so gestellt hat, wie sie bei gesehlicher Erbsolge steben würden. Im letteren Talle können die den Abkömmlingen zugewiesenen Erbteile abfolut fleiner oder größer sein als die gesetzlichen, indem neben ihnen noch andere, und zwar Nichtabkommlinge, als Erben berufen ober solche, die als gesetliche Erben neben ihnen berufen wären (Ehefrau), ausgeschlossen sind. Dagegen wird § 2052 nach Wortlaut ("bie Abkömmlinge") und Sinn keine Anwendung finden können, wenn ein oder mehrere Abkömmlinge von der Erbschaft ausgeschlossen oder einzelnen Abkömmlingen andere als bie gesetlichen Erbteile zugewiesen find, ba in biesem Falle ber Wille bes Erblaffers, bie Abkönnulinge gleichzustellen, nicht erhellt (a. M. NG 90, 420; Staudinger § 2050 Erl III 3 unter nicht zutreffender Berufung auf Brot II 5, 892). Ift aber einem Abkönnuling ein Borausvermaditnis ausgesett, so steht bas ber Anwendbarteit bes § 2052 nicht entgegen, ba bas Berhältnis ber Erbteile zueinander baburch nicht berührt wird. auch feineswegs ohne weiteres dadurch der Wille des Erblassers erhellt, daß der durch ein solches, auf ben Erbteil nicht anzurechnendes Bermächtnis begünstigte Abkömmling noch weiter dadurch begünstigt werden sollte, daß er auch die ihm unter Lebenden gemachten Auwendungen nicht zur Ausgleichung zu bringen habe (MG 13. 1. 10 IV 150/09 und NG 90, 422). Anderseits wird in ber Zuwendung eines Borausvermächtnisses an einen Abkömmling, wenn andere Abkönimlinge an sich ausgleichungspflichtige Zuwendungen unter Lebenben erhalten haben, nach Lage ber Sache unter Umftänden ber Wille bes Erblaffers gefunden werden können, daß biesen die Ausgleichung erlassen sein foll (RG 90, 421).

1a. Obwohl im Regelfalle des § 2269 die in dem gemeinschaftlichen Testamente zu Erben eingesetzten Abkömmlinge grundsässlich nur als Erben des zuletzt verstorbenen Ehegatten angesehen werden können, so muß doch ihnen gegenüber als "Erblasser" im Sinne des § 2052 (und ebenso im Sinne der §§ 2066—2069) auch der zuerst verstorbene Ehegatte gelten; die im Berhältnis der gesetzlichen Erbteile gemäß § 2052 eingesetzten Abkömmlinge haben deshalb die ihnen von dem zuerst verstorbenen Ehegatten oder aus dessen Nachlaß von dem übersebenden gemachten Zuwendungen nach dem Tode des zuletzt verstorbenen

bei der Auseinandersetzung von dessen Nachlaß nach Maßgabe der §§ 2050, 2051 zur Ausgleichung zu bringen (RG 26. 3. 14 IV 686/13; vgl. auch § 2269 A 2). — Entsprechende Bestimmung für die fortgesetzte Gütergemeinschaft § 2054 Abs 2 (A 3).

2. Liegen die Voraussetzungen des § 2052 vor, so tritt eine gesetzliche Vermutung (..im Zweifel") für ben Billen bes Erblaffers, alfo eine Auslegungeregel, babin ein, daß der Erblasser die Ausgleichung unter den Abkömmlingen nach Maggabe der §§ 2050, 2051 gewollt habe, nämlich sowohl zu Laften berjenigen Abkömmlinge, die felbst eine Zuwendung erhalten haben (§ 2050), wie auch berjenigen, die traft gesetlicher Erbsolge ober als Ersatserben an ihre Stelle getreten sind (§ 2051 Abs 1, 2). Im Falle der Erhöhung des Erbteils eines Abkömmlings burch Unwachsung (§ 2095) gilt auch hier bas in U 2 zu § 2051 hinlichtlich der Erhöhung des gesetzlichen Erbteils Gesagte. — Die Vernutung kann der Abkömmling, ber bei ihrem Zutreffen ausgleichungspflichtig sein wurde, burch ben Nachweis eines gegenteiligen Willens bes Erblaffers widerlegen.

§ 2053

Eine Zuwendung, die ein entfernterer Abkömmling vor dem Wegfalle des ihn von der Erbfolge ausschließenden näheren Abkömmlinges1) oder ein an die Stelle eines Abkömmlinges als Erfakerbe tretender Abkömmling 2) bon bem Erblaffer erhalten hat, ist nicht zur Ausgleichung zu bringen1), es sei benn, daß der Erblasser bei der Zuwendung die Ausgleichung angeordnet hat3).

Das gleiche gilt, wenn ein Abkömmling, bebor er die rechtliche Stellung eines solchen erlangt hatte, eine Anwendung von dem Erblasser erhalten hat4).

E I 2161 II 1926; M 5 706, 707; B 5 892, 898.

1. Begfall bes näheren Abtommlings § 2051 A 1, f. auch § 2069. Die Ausgleichungs. pflicht entipricht bem mutmaglichen Billen bes Erblaffers in ber Regel nur bann, wenn er sich ben mit einer Zuwendung bedachten Abkömmling babei als seinen unmittelbaren gesetlichen Erben vorgestellt hat, bem er gewissermaßen einen Teil ber Erbschaft vorausgewähre. Diese Absicht ist regelmäßig ausgeschlossen, wenn die Zuwendung an einen entfernteren Abtommling por Begfall bes naheren, 3. B. bem Entel bei Lebzeiten bes Baters, gemacht wird. Daher find unter biefer Boraussetung auch folde Zuwendungen, bie nach § 2050 Abf 1, 2 zur Ausgleichung zu bringen sein würden (Ausstattung, übermäßige Auschüsse und Aufwenbungen der dort bezeichneten Urt) nicht ausgleichungspflichtig, borbehaltlich ber besonderen Anordnung ihrer Ausgleichungspflicht (A 3). Da hiernach die Vorstellung des Erblaffers bas Entscheidende ift, so wird die Ausgleichungspflicht auch ben mit der Zuwendung bedachten Abkömmling, deffen Vorfahr zu dieser Zeit bereits weggefallen war, dann nicht treffen, wenn der Erblaffer den Vorfahren irrig noch am Leben glaubte, obwohl der Wortlaut des Gesehes biesen Fall nicht trifft. Umgekehrt wird im Zweifel Ausgleichung als gewollt anzunehnen sein, wenn er ben Bedachten zur Zeit ber Zuwendung irrig schon für seinen gefeplich berufenen Erben bielt.

2. Die gleiche Erwägung (A 1) trifft auch zu, wenn ein vom Erblasser als Ersaterbe (§§ 2096ff., 2102) eingesetter Abtommling, und zwar (wie in Ergänzung des Wortlauts des Gesetze hinzugefügt werden muß) zu einer Zeit, zu der sein als gesetzlicher oder gemäß § 2052 eingesetzter Erbe in erster Linie berufener Vormann noch nicht weggefallen war, eine Zuwendung erhalten hat. Bei einem Ersaberben, ber nicht Abkönim-ling ift, kommt eine Ausgleichungspflicht wegen von ihm persönlich erhaltener Zuwendungen (wegen der seinem Vormanne gemachten Zuwendungen vgl. § 2051 Abf 2 u. A 3)

überhaupt nicht in Frage.

3. Abweichend von § 2050 bedarf es in den Fällen des § 2053 auch für sonst ausgleichungs. pflichtige Zuwendungen einer besonderen Anordnung des Erblassers, die bei der Zu-wendung erfolgt sein muß. Näheres vgl. § 2050 A 7. Die Beweislast, daß eine solche Anordnung erfolgt sei, trifft die Miterben, welche die Ausgleichung des Vorempfangs ver-

4. Abs 2 bezieht sich auf die Legitimation durch nachfolgende Che (§ 1719), durch Chelichkeitserklärung (§§ 1723ff.) und auf die Annahme an Rindes Statt (§§ 1741ff., 1762).

\$ 2054

Eine Zuwendung, die aus dem Gesamtgute der allgemeinen Gutergemeinschaft, der Errungenschaftsgemeinschaft oder der Kahrnisgemeinschaft erfolgt, gilt als von jedem der Chegatten zur Hälfte gemacht¹). Die Zuwendung gilt jedoch, wenn sie an einen Abkömmling erfolgt, der nur von einem der Chegatten abstammt, oder wenn einer der Chegatten wegen der Zuwendung zu dem Gesamtgut Ersatz zu leisten hat, als von diesem Chegatten gemacht²).

Diese Borichriften finden auf eine Zuwendung aus dem Gesamtgute der

fortgesetten Gittergemeinschaft entsprechende Unwendung3).

Œ I 2162 II 1927; M 5 707, 708; B 5 893.

1. Rach der Regel der §§ 1443, 1519, 1549 empfangen Abkömmlinge Zuwendungen aus dem Gefamtgute vom Manne als dem Berfügungsberechtigten, auch wenn die Frau zu Schenkungen ihre Zustimmung erteilt (§ 1446) oder wenn sie in Bertretung des Mannes handelt (§ 1450). An sich vurden daher die Abkömmlinge nur gegenüber dem Rachlasse des Mannes ausgleichungspflichtig sein. Da dieses Ergebnis dem Besen der Gütergemeinschaft und dem Gedanken der Ausgleichungspflicht nicht entsprechen würde, so schreibt das Geset die Ausgleichung der an gemeinschaftliche Abkömmlinge gemachten Zuwendungen gegenüber den Nachlässen beider Ehegatten je zur Hälfte vor. Die Ausgleichung hat deshalb, wenn sie nicht bis zur Beendigung der fortgesetzen Gütergemeinschaft hinausgeschoben ist (§§ 1483, 1557, 1497), regelmäßig zweimal, je zur Hälfte, stattzussinden.

2. Die Zuwendung an einen Abkömmling, der nur von einem der Ehegatten ab-

2. Die Zwendung an einen Abkümmling, der nur von einem der Ehegatten desstammt, gilt als nur von diesem Spegatten; ebenso eine Zwendung, für die einer der Ehegatten dem Gesamtgute Ersat zu leisten hat, als nur von diesem Ehegatten gemacht. Entscheidend ist nicht, welcher Ehegatte die Zwendung gemacht hat, sondern die Abstammung dzw. die Ersatyflicht. MG 94, 262 segt die Vorschrift — und edeuso die gleichlautende des § 2331 — unter Einschränkung ihres Wortlauts, aber wohl in zutreffender Begrenzung ihres Sinnes und Zwecks dahin aus, daß die Auwendung nur insoweit als von dem betreffenden Ehegatten gemacht gilt, als die auf ihn treffende Hegtender Begrenzung ihres einsch wobei nicht der Zeitpunkt der Zuwendung, sondern derzeinge der Beendigung der Eintergemeinschaft maßgebend sein soll (vosl. auch § 2331 A1). Die Ersatysskicht besteht für den Mann, soweit er eine Ausstattung verspricht oder gewährt, die das dem Gesantgut entsprechende Maß übersteigt (§§ 1465, 1467, 1476 Abs 2, 1538, 1549). Bei Zuwendungen anderer Art (§ 2050 Abs 2, 3) kann er ersatysskicht werden durch Vornahme in böslicher Absicht oder ohne Zustimmung der Frau (§§ 1456, 1446) oder durch in bezug auf sein Vorbehaltsgut eingegangene, aber demnächst aus dem Gesamtgute berichtigte Verbindlichkeiten (§ 1460). Die Frau wird ersatysskicht sie in Vertretung des Mannes handelt (§ 1450) oder sonst des Ausgleichungspssicht auf Anordnungen oder Auftrag. Soweit es nach §§ 2050—2053 für die Ausgleichungspssicht auf Anordnungen oder Austrag. Soweit es nach §§ 2050—2053 für die Ausgleichungspssicht auf Anordnungen oder auf den Billen des Erblassers antomnt, ist die Verschreibe Ehegatten maßgebend, der als Geber der Zuwendung zu gelten hat.

3. Fortgestte Gütergemeinschaft sich kaltssteilen der Gegatten hat herbei

3. Fortgesette Gütergemeinschaft §§ 1483st, 1557. Der überlebende Gegatte hat hierbei die rechtliche Stellung des Mannes, die beteiligten Abkömmlinge haben diejenige der Frau, § 1487. Die Ausstattung gemeinschaftlicher Abkömmlinge gilt hiernach als zur Hälfte aus dem Anteile des überlebenden Gegatten, zur Hölfte aus demjenigen der übrigen Abkömmlinge, soweit aber der Überlebende ersappflichtig ist, als nur aus dessen Vermögen gewährt. Der Überlebende ist nach § 1499 Mr 3 ersappslichtig, wenn die Ausstattung im Verhältnis zu dem Gesantgute übermäßig oder einem infolge Verzichtis (§ 1491) oder Ausschließung (§ 1511) oder als nicht gemeinschaftlich (§ 1483) nicht anteilsberechtigten Abkömmling gemacht, soweinschaftlich ist. Ist die Juwendung an einen nicht gemeinschaftlichen Abkömmling gemacht, sowienen der Abkömmling abstammt (vgl. Abs 1 Sat L Hald) oder von dem Ibersebenden, der ersappslichtig ist (vgl. Abs 1 Sat L Hald) von denschen Stegatten, von dem der sebenden, der ersappslicht wird wohl in erster Amie maßgebend sein nüssen. Hat also der überlebende Ehemann einem Abkömmlinge seiner Frau eine Zuwendung aus dem Gesantgute gemacht, für die er diesem Ersap leisten muß, so vir die Ausscleichung zum Aahsische des Mannes zu ersolgen haben. Dasselbe gilt von anderen Zuwendungen (§ 2050 Abs 2, 3), durch die sich der überlebende Gegatte, wenn die übrigen Abkömmlinge nicht zusstindunen, regelmäßig ersapsslichtig macht, § 1456. — Entsprechende Bestimmungen beim Pssichtteilsergänzungsansprach § 2331.

\$ 2055

Bei der Auseinanderseinung wird jedem Miterben der Wert der Bu" wendung, die er zur Ausgleichung zu bringen hat, auf seinen Erbteil angerech" net1). Der Wert der sämtlichen Zuwendungen, die zur Ausgleichung zu bringen

find, wird dem Rachlasse hinzugerechnet, soweit dieser den Miterben zustommt, unter denen die Ausgleichung stattfindet2) 4).

Der Wert bestimmt sich nach der Zeit, zu der die Zuwendung erfolgt ist3).

Œ I 2163 II 1928; M 5 708, 709; B 5 893, 894.

- 1. § 2055 regelt die Durchführung der Ausgleichung nach den Grundsäten der Zdealston, unter Ausschluß des Rückbringens in Natur (§ 2050 A 1). Die Ausgleichung vollzieht sich danach erst dei Gelegenheit der Auseinandersetung, nur rechnerisch und lediglich innerhalb des Kreises der hiervon betroffenen Abkönnnlinge. Dieselben Grundsäte gelten für Berechnung des Pflichteils (§§ 2315, 2316). Der Wert der Zuwendung (maßgebender Beitpunkt Abs 2) bestimmt sich nach Bereinbarung der Beteiligten, sonst nach freier Schätung. Wer einen höheren als den vom Ausgleichungspflichtigen zugegebenen Wert behauptet, ist hierfür beweispflichtig. Der Wert sann bei der Zuwendung von dem Erblasser formlos, nachher nur im Wege der Verfügung von Todes wegen festgesets werden. Die Festsetung ist für die Beteiligten maßgebend, soweit sie nicht den Pflichteil der Ausgleichungsberechtigten oder des Ausgleichungsverpslichteten beeinträchtigt (vgl. A 4, 7 zu § 2050).
- 2. Sind neben den an der Ausgleichung beteiligten Abkömmlingen noch andere gesetsliche oder lettwillig berusene Erben vorhanden (z. B. der überlebende Ehegatte, eingesetze Fremde), so ist von der ermittelten Teilungsmasse aunächst der Betrag der Erbteile zu berechnen, die auf die an der Ausgleichung nicht beteiligten Erben entsallen. Zu dem verbleibenden Reste wird der zissermäßige Gesamtbetrag der Zuwendungen hinzugerechnet. Bon der so gesundenen Masse werden die Erbteile der an der Ausgleichung beteiligten Abkömmlinge derechnet. Bon diesem rechnungsmäßigen Erbteil wird jedem ausgleichungspssichtigen Abkömmling der Wert der empfangenen Zuwendung abgezogen. Der Rest bildet den ihm wirklich auszuschäftitenden Erbteil. Beispiel: Nachlaß 2000. Erben Witwe W (1/4), Ubbömmlinge X, Y, Z (je 1/4). Borweg Erbteil der W 500, verbleibt Teilungsmasse sir der Wbömmlinge 1500. Es haben vorempfangen und einzuwerfen X 500, Y 300, Z 100, zussammen 900. Es entsallen mitsin von 1500 + 900 = 2400 auf jeden Abkömmling 1/2 = 800. Aussammen 1500, womit (zuzüglich der vorweg der W überwiesene 500) der Nachlaß ausgeht.
- 3. Die Zeit der Zuwendung bleibt maßgebend, auch wenn inzwischen Wertserhöhungen oder Bertsverminderungen stattgefunden haben oder die zugewendeten Gegenstände untergegangen sein sollten. Zinsen, Auhungen u. dgl. kommen nicht in Betracht. Etwaige abweichende Anordnungen des Erblasser sind nur mit der oben (A 1) angegebenen Beschräntung wirksam. Doch bezieht sich die Maßgeblichkeit der Zeit der Zuwendung nur auf den Sachwert; später eingetretene scheindere Wertänderungen, die in Wirkschie nur Veränderungen des Wertmessers, in welchem der Sachwert außgedrückt ist, nämlich des Geldes, bedeuten, sind wie bei sonstigen Ausprüchen auf Ersah des Sachwertes, z. V. bei der Enteignung (voll. § 242 A 5d δββ), so auch bei der Ausgleichungspslicht zu berücksichtigen (MG 108, 340). Die Vorschriften des Gesetes sind nicht zwingenden Rechtes, die Verteiligten können deshalb die Ausgleichung auch in anderer Weise (so durch Eindringen in Natur) durchsühren (vgl. § 2050 A 1). Ist die Ausgleichung bei der Ausgeinandersehung unterblieben, so ist unter den Boraussehungen der §§ 812ff. der Vereicherungsanspruch gegeben (vgl. § 2050 A 7)
- 4. Sehr bestritten ist die Frage, in welcher Arr eine bestehende Ausgleichungspflicht auf die Stellung des ausgleichungspssichtigen und der ausgleichungsberechtigten Miterben in der Erbengemeinschaft und die sich aus ihr ergebenden rechtlichen Beziehungen einwirkt. Nach dem E I zum BGB (§§ 2157, 2163) sollte die Ausgleichungspssicht von der Auseinandersetung losgelöste, rein schuldrechssiche Beziehungen unter den beteiligten Miterben erzeugen, für die dingliche Gestaltung des Miterbenrechts aber nicht in Betracht kommen. Dieser Standpunkt hat eine von der zweiten Kommission (Prot 5, 803) ausdrücksich als grundsählich bezeichnete Anderung erfahren dadurch, daß die Ausgleichung in die Auseinandersetung eingegliedert worden ist in der Weise, daß die Anteilsberechtigung an der Teilungsmasse dingegliedert worden ist in der Weise, daß die Anteilsberechtigung an der Teilungsmasse der durch sie eine von dem Berhältnisse der Erbschaftsquoten (Erbteile, § 1922 A 10) abweichende Gestaltung erhält. Diese Wirkung tritt aber erst dei der Auseinandersetung ein. Bis zur Auseinandersetzung hat die Ausgleichungspssicht grundsählich seinen Einsluß auf die Erstaltung der Erbengemeinschaft, weder im inneren Berhältnisse noch nach außen: die Witerben sind nur nach Waßgade der den einzelnen zustehnden Erbschaftsquoten an der Verwaltung und Verstägung siber die Erbschaft der und dabei kimmberechtigt (§ 2038 A 4); auch ein durch ausgleichungspsschlossen zurein Falle eintretender Gefährdung der bei der späteren Auseinandersetzung zu berücksichtigenden Ausgleichungspsschlossen Wisselleichungspsschlicht werden im Bege der einstweiligen Verstügung Seicherungsmaßnahmen erschleichungspsschlossen im Bege der einstweiligen Verstügung Seicherungsmaßnahmen erschleichungspsschlicht werden im Bege der einstweiligen Verstügung Seicherungsmaßnahmen erschleichungspsschlicht werden im Bege der einstweiligen Verstügung Seicherungsmaßnahmen erschleichungspsschlicht werden im Bege der einstweiligen Verstügung Seicherungsmaßnahmen erschleichungspslicht we

griffen werden können (so Planck-Strohal Erl 3; a. M. Dernburg 5 § 182 II; Leonhard zu § 2055 IV C, der so weit gest, ein "Erdrecht ohne reellen Anteil" für ein Unding zu erklären). Die Teilung der Früchte erfolgt nach § 2038 Abs 2 Sat 2 erst bei der Ausseinandersetzung; etwa dennoch schon vorher nach Maßgade der Erdquoten erfolgte Früchteverteilungen werden bei dieser in der Weise zu berücksichtigen sein, daß der ausgleichungspsschlichtige Miterbe die nach Maßgade seiner Aussschlüchtigen sein, daß der ausgleichungspsschlicht zwiel bezogenen Früchte zu erstatten hat (so Planck a. a. D.). — Den Nachlaßgläubigern gegenüber bewirkt die Ausgleichungspsschlicht vor der Auseinandersetzung keine Anderung der gesamtschulden gaftung nach Maßgade der §§ 2058, 2059 (vgl. A 4 zu § 2059). Nach der Auseinandersetzung haften die Miterben untereinander sür etwa noch nicht berichtigte Nachlaßverdindslichteiten, die dei der Auseinandersetzung nicht berücksichtigt sind, nach Maßgade der Bereicherungsgrundsätze unter Berücksichtigung der Ausgleichungspsschlicht. Den Nachlaßsgläubigern gegenüber haften sie auch jetzt grundsätzlich als Gesamtschuldner, jedoch, salls sie das Beschränkungsrecht nicht verloren haben, unter Bordehalt der Beschränkung auf das, was sie wirklich, unter Berücksichtigung der Ausgleichungspsschlicht, aus dem Nachlasserhalten haben. Wegen der Berücksichtigung der Ausgleichungspssicht, aus dem Nachlasserhalten des § 2060 eintretenden anteiligen Haßgleichungspssicht dei der in den Aussnachmefällen des § 2060 eintretenden anteiligen Haßgleichungspssicht dei der in den Aussnachmefällen des Miterben (§ 2033) und der Eläubiger eines Miterben, der dessen Anteils eines Miterben vor der Teilung betreibt (§ 2059 Abs 1 Sat 1) erlangen dadurch hinschlichtlich der Ausgleichungspssicht die gleiche Stellung wie der Miterbe selbst.

§ 2056

Haseinandersetzung zukommen würde, so ist er zur Herauszahlung des Mehrebetrags nicht verhflichtet¹). Der Nachlaß wird in einem solchen Falle unter die übrigen Erben in der Weise geteilt, daß der Wert der Zuwendung und der Erbteil des Miterben außer Ansach bleiben²).

& I 2164 II 1929; W 5 709, 710; B 5 893.

- 1. Der Ausgleichungspflichtige ift nicht ober boch nur rechnungsmäßig Schuldner des Nachlasses. Die Zuwendung verdleibt dem Abkömmling ganz, auch wenn sie rechnerisch den Betrag des auf ihn entsallenden Auseinandersetzungsguthabens übersteigt. Auch ein pstichtteilsberechtigter Abkömmling hat auf Grund der dei Berechnung seines Pflichtteils zu berücksichtengen Ausgleichungspflichtigen Zuwendung (PG 77, 282). Der Pflichtteilsergänzung einer ausgleichungspflichtigen Zuwendung (PG 77, 282). Der Pflichtteilsergänzungspflichtige Zuvendungen; andere ausgleichungspflichtige Zuvendungen (so eine Ausstattung, soweit sie nicht als Schenkung gilt, § 1624) sind bei Berechnung der Pflichteilsergänzung dem Nachlasse nicht hinzugurechnen (PG 77, 282). Der Ausgleichungspflichtige geht somit schlimmstensalls dei der Auseinandersseung leer aus, ohne daß dadurch übrigens seine Erbeneigenschaft beeinträchtigt wird (vgl. § 2055 A 4). Schuldenhaftung s. § 2058 A 2.
- 2. Der hierburch entstehende Ausfall läßt zwar die ideellen Erbteile der ausgleichungsberechtigten Miterben underührt, führt aber zu einer Berringerung des auf sie entfallenden realen Erbteils. Der Icer ausgehende Miterbe scheidet sowohl mit der ihn tressenden Einwersungspost, als auch mit dem Erbteile für die Auseinandersetung aus. Es mindert sich mithin die Teilungsmasses Bruchteils der Teilungsquotient, indem die Bruchteile auf einen andern Renner zu bringen sind. Dabei müssen jedoch die Bruchteile der bei der Auseinandersetung beteiligt bleibenden Miterben zueinander in dem gleichen Verhältnisse verbleiben wie vorher, da sich soult große Undiligseiten ergeden würden. Der Wortsaut des Gesehe, demzusosse der Erbteil des Miterben außer Ansas bleibt, trägt dem allerdings nicht vollständig Rechnung. Beispiel: Rachlaß 2000, Erben 3 Abkömmlinge X mit 1/2, Y und Z mit je 1/4. Es haben vorempfangen und einzuwersen X 400, Y nichts, Z 1000, zusammen 1400. Es würden sonach an sich entsalten von 2000 + 1400 = 3400 auf X 1/2 = 1700 400 = 1300, auf Y 1/4 = 850 0 = 850, auf Z 850 1000 = 0, da er den Mehrenupfang von 150 nicht herauszusahlen hat. Es bleibt deshald Z sowohl mit seinem 1/4 Erbteil als mit seinem Vorempfang von 1000 außer Ansas. Bleiben bei der Außeinandersehung beteiligt X mit 1/2 = 2/4, Y mit 1/4 oder im Verhältnis ihrer Erbteile zueinander X mit 2/3, Y mit 1/4 von 2000 Rachlaß + 400 Einwerfungspost des X = 2400. Siervon erhalten X 2/3 = 1600 400 = 1200, Y 1/3 = 800, womit der Aachlaß ausenden, die einem Bleiden der Burdenung, die einem

wegen zu hohen Vorempfangs für die Auseinandersetzung ausscheibenden Miterben gemacht ist, dem Nachlasse nicht hinzugerechnet werden; der Pflichtteil ist vielmehr nur von dem wirklich vorhandenen Nachlasse zu berechnen, zuzüglich des Bertes von ausgleichungspsschlichtigen Zuwendungen, die an die beteiligt bleibenden Miterben gemacht sind (NG 3. 7. 11 IV 619/10). Insolge Verminderung der Teilungsmasse kann sich das Ausscheiden von Miterben, die mehr als ihren rechnungsmäßigen Erbteil zugewendet erhalten haben, und erneute Berechnung der wirklichen Erbteile wiederholt notwendig machen. Darüber, daß im Falle der Erhöhung des gesetlichen Erbteils durch Wegsall eines gesetlichen Erben (§ 1935) die den einen Erbteil überschwerende Auszleichung von dem andern Erbteil nicht zu tragen ist, s. § 1935 U. 5. Dasselbe gilt von dem Falle der Anwachsung (§ 2095) und von der Berusung zu mehreren Erbteilen durch mehrsache Verwandtschaft (§ 1927 oder Testament (§ 2066).

\$ 2057

Jeder Miterbe ist verpflichtet, den übrigen Erben auf Berlangen Austunft über die Zuwendungen zu erteilen, die er nach den §§ 2050 bis 2053 zur Ausgleichung zu bringen hat¹). Die Borschriften der §§ 260, 261 über die Berpflichtung zur Leistung des Offenbarungseids sinden entsprechende Anwendung²).

E II 1930; B 5 8

- 1. Das Austunfteverlangen ift fein zum Nachlasse gehörenber Anspruch (§ 2039), tann vielmehr von den "übrigen Erben" (vgl. auch § 2034) und somit, da die gebrauchte Mehrheitsform dem nicht entgegensteht, von jedem Miterben für sich gegen einen andern Miterben gestellt und weiter bis gur Gibesseiftung durchgeführt werben. Das Austunfterecht aus § 2057 fteht grundfählich nur ben Miterben zu; boch erstredt sich bas bem Aflichtteils. berechtigten, der nicht Erbe ift, in § 2314 gegebene Recht auf Auskunft über ben Bestand des Nachlasses auch auf die bei Lebzeiten des Erblassers gemachten ausgleichungs. pflichtigen Zuvendungen sowie auf die an Dritte genachten Schenkungen, wegen deren ein Pflichtigen Zuvendungen sowie auf die an Dritte genachten Schenkungen, wegen deren ein Pflichteilsbergänzungsanspruch (§ 2325) gestend genacht werden fann (RG 73, 371, 2. 3S), während RG 73, 374, 4. 3S, den § 2057 sinngemäß auch auf den Pflichtteilsberechtigten, der nicht Erbe ist, anwenden will. Das Necht auf Anskunft nuß neben den Erben auch dem nit der Auseinandersehung beauftragten Testamentsvollstrecker (§ 2204) zustehen; a. M. Standinger Erl 2. Der Nachlaß- und Nachlaßkonkursverwalter wird das Verlangen unt beim Nachlaßkonkursverwalter wird das Verlangen unt beim Nachweis eines besonderen Interesses stellen dürfen. Bezüglich des Austunfispflichtigen muß feststehen, daß er zu den von der Ausgleichungspflicht nach §§ 2050—2058 betroffenen Personen gehort, insbesondere alfo, daß die gesetliche Erbfolge ober § 2052 Blat greift. Gegenstand ber Austunftebflicht find nur die ausgleichungspflichtigen Buwendungen; der Auskunftspflichtige braucht deshalb nicht (wie 96 58, 91 ausgeführt hatte) alle Zuwendungen anzugeben, die er jemals von dem Erblaffer empfangen hat, zum Zwecke der auf Grund biefer Angaben zu treffenden Feststellung, ob fie ausgleichungspflichtig find (9868 73, 376; a. M. auscheinend Standinger Erl 3). Wegen der bementsprechenden Formel bes Offenbarungseides vgl. A 2. — Handelt es sich um ein bereits feststehendes Rechtsgeschäft, das sich äußerlich nicht als Zuwendung darstellt, so hat der die Auskunft verlangende Miterbe nachzutweisen, daß es, gang ober zum Teile, eine Zuwendung (§ 2050 A 7) enthält (NG 3B 06, 35820). Durch die Angabe, daß er feine ausgleichungspflichtigen Zuwendungen erhalten habe, genügt ber Auskunftspflichtige zunächst seiner Auskunftspflicht, vorbehaltlich bes Offenbarungseides (A 2). Rötigenfalls ift ber Austunftspflichtige im Prozesivege und durch Awangsvollstrechung (§ 888 BPD) zur Erteilung der Auskunft anzuhalten. — Wegen der Auskunftspflicht der Miterben als solcher untereinander im Ubrigen s. § 2038 A 7.
- 2. Nach § 260 ist ein Bestandsverzeichnis jedenfalls bann vorzulegen, wenn die Zuwendung einen Inbegriff von Gegenständen umfast hat. Im übrigen ist für die Austunft die Form des Verzeichnisse nicht vorgeschrieden; doch wird sie in ordnungsmäßiger Form, regelmäßig schriftlich und unter Angabe der für die Feststellung der Art und des Vertes sowie der Ausgleichungspssicht erforderlichen Einzelheiten zu erteilen sein. Der Mangel solcher Form wird ohne weiteres den Verdacht, daß die Auskunft nucht mit der erforderlichen Sorgfalt erteilt, und damit gemäß § 260 Abs 2 die Verpflichtung zur Leistung des Ofsendarungseides begründen. Die Vorschrift des § 259 Abs 3 ist nicht für anwendbar erklärt und wird daher nicht anzuerkennen sein, daß der Ofsendarungseid nicht verlangt werden könnte, wenn es sich um Juwendungen von geringer Bedeutung handelt (a. M. die zweite Aussach dies Kommentars). Nach § 261 ist der Ofsendarungseid, falls der Miterbe im Prozeswege dazu vernrteilt ist, vor dem Prozesgericht erster Instanz (§ 889 3 ND), andernsalls vor dem Amtsgerichte des Wohnsitzes des schwurpssichtigen Miterben.

der für die Verpstichtung Erfüllungsort ist (§ 269), zu leisten. Über die Form der Sidesteistung bestimmen die §§ 163, 79 FGG. Der Inhalt des Sides wird, entsprechend dem Inhalte der Auskunftspflicht (A 1), nur dahin zu gehen haben, daß der Schwurpstichtige die zur Ausgleichung zu bringenden Zuwendungen so vollständig angegeben habe, als er dazu imstande sei, wobei es sich nach **RG** 78, 377 (vosl. 374) empfiehlt, die Fassung an die zur Bezeichnung der Ausgleichungsfälle vom Gesehe (§§ 2050—2053) gebrauchten Ausdick anzuschließen, um auch rechtsunkundige Schwurpstichtige über die Bedeutung des Sides möglichst aufzuklären. Im übrigen muß es dem Schwurpstichtigen unter eigener Berantwortung überlassen bleiben, sich zu erkundigen, welche Zuwendungen er auzugeben hat, und im Zweisel zur Wahrung seines Gewissen, welche Zuwendungen er auzugeben hat, und im Zweisel zur Wahrung seine Gemulpstichtigen unter Vorbehalt als empfangen zu benennen. Eine den Umständen entsprechende Anderung der Eidessorm (§ 261 Abs 2) wird namentlich etwaige Behauptungen des Auskunftsberechtigten über bestimmte Zuwendungen zu berücksichtigten haben. Die Kosten fallen nach § 261 Abs 3 dem die Sidesseistung verlangenden Auskunftsberechtigten zur Last. — Liegt der Erbfall vor 1. 1. 00, so ist auch für die Berpflichtung zur Leistung des Offendarungseides das frühere Recht maßgebend (EG Art 213; RG IV 04, 57¹¹ und 29. 2. 04 IV 326/08).

II. Nechtsverhältnis zwischen den Erben und den Nachlafgläubigern

1. Soweit nicht die §§ 2058—2063 Abweichungen enthalten, kommen auch bei Vorhandensein mehrerer Erben die Vorschaftsten des zweizen Titels über die Hacktung des Erben für die Nachlaßverbindlichkeiten (§§ 1967—2017) zur Anwendung; ebenso die ergänzenden Versahrensvorschriften der PPO (§§ 780—785). Auch ein Miterbe kann nicht verklagt werden, bevor er die Erbschaft angenommen hat (§ 1958). Nach der Annahme stehen jedem Miterben die ausschehen Einreden der §§ 2014, 2015 zur Seite. Nachlaßverwaltung und Nachlaßkonkurs, von denen jedoch jene nur gemeinschaftlich von allen Miterben und nur dis zur Teilung beantragt werden kann (§ 2062; wegen des Kachlaßkonkurses vol. ND § 217), sichern auch den Miterben die beschränkte Haftung (§§ 1975ff.). Aus Antrag jedes noch nicht unbeschränkt haftenden Miterben (&PD § 991) kann das Ausgebot der Nachlaßgläubiger durchgesührt und dadurch die Haftung der Miterben gegenüber ausgeschlossenen Eilung auch den machen. Die Unzulänglichkeitseinrede der §§ 1990st. dun jeder Miterbe geltend machen. Die Unzulänglichkeitseinrede der §§ 1990st. dun zwar die zur Teilung auch dann, wenn die Voraussehungen diese Vachlaßes oder Beruhen der Überschuldung auf Vermächnissen wie kar Teilung auch dann, wenn die Voraussehungen dieser Vachlaßen vorlägen (§ 2059 Abs 1 Sab 1). Der Verlust der Veschränkbarteit der Haftung durch Versäumung der ihm gesetzen Inventarfrist, ungetrenes Inventar und Richteistung des Offendarungseides (§§ 1994 Abs 1, 2005 Abs 1, 2006 Abs 3) sowie durch Richtvordehalt im Vorzeschaftlich der Vorseschaftlich der Vorschaftlich der Vorschaftlich er Vorschaftlich der Vorschaftlich der Vorschaftlich der Vorschaft der Vorschaftlich der Vorschaftlich er Korschaftlich der Vorschaft des § 2063 Abs 1 (A 1 dazu) Gegenüber einem Miterben, der Nachlaßgläubiger ist, tritt unbeschäulte Haftung der übergen Miterben nicht ein (§ 2063 Abs 2 u. A 2).

2. Unabhängig bavon, ob die mehreren Erben beschränkt ober unbeschränkt haften, d. h. mit welchen Mitteln — ob nur mit dem ererbten ober auch mit dem eigenen Vermögen — sie für die Nachlaßverbindlichkeiten aufzukommen haben, ist die Frage, ob jeder von ihnen dem Gläubigern für den ganzen Schuldbetrag (gesamtschuldnerisch) haftet oder ob die Schuld nach Verhältnis ihrer Erbauoten geteilt ist (anteilige Haftung). Sowohl die gesamtschuldnerische wie die anteilige Haftung kann sich auf den Nachlaß beschränken oder auch auf das eigene Vermögen des Miterben erstreden. Das Geseh stellt die gesamtschuldnerische Hatung als Regel auf (§ 2058), es durchbricht aber diesen Grundsatzugunsten der anteiligen Haftung nach der Teilung unter den besonderen Vorausssehungen der §§ 2060, 2061, für die unbeschränkte Haftung eines Miterben schon vorser (§ 2059 Abs 1 Satz). Hiernach ist, wie Planck hervorhebt, eine viersach verschiedene Haftung der Miterben denkbar: a) anteilig und beschränktar, d) gesamtschuldnerisch und unbeschränkt. — Haftung dei der sortgeseten Gütergemeinschaft § 1489. Für Schulden des Handelsgeschäfts

5GB §§ 27, 139.

§ 2058

Die Erben haften für die gemeinschaftlichen Nachlagverbindlichkeiten1) als Gosamtschuldner2).

E I 2051 Sat 2 II 1932; M 5 526-580; B 5 867-871.

1. Nachlagverbindlichfeiten § 1967 Al 1. — Gemeinschaftliche Rachlagverbindlich. teiten find zunächst diejenigen, die im Berhältnisse zu den Nachlafgläubigern allen Miterben zur Last fallen (val. § 2046 A 3); nicht gemeinschaftlich unter allen also Diejenigen aus Bermächtniffen und Anflagen, mit benen nur einer ober mehrere einzelne Miterben beschwert find, ferner die Berbindlichfeit ber Miterben eines Aflichtteilsberechtigten biefem gegenüber aur Bervollständigung oder Ergänzung des Pflichtteils (§§ 2305, 2326); für solche Berbind-lichkeiten haben die nicht beschwerten Miterben überhaupt nicht einzustehen. Sind zwar nicht alle, aber mehrere Miterben mit einer Nachlagverbindlichteit belastet, so ist sie unter biefen gemeinschaftlich, und es wird nichts im Wege fteben, ben § 2058 auf fie in ber Beise gur Unwendung gu bringen, daß die mit ihr belasteten Miterben für sie als Gefamt. schuldner haften. So mit Recht Planck-Strohal Erl 1; Leonhard Erl III; a. M. die früheren Auflagen von Pland und die zweite Auflage bicfes Kommentars unter Berufung auf § 2046 Abf 2, ber jedoch nur das innere Berhaltnis unter den Erben betrifft. Es ist nicht abgusehen, aus welchem Grunde das Geset, das die gesamtschuldnerische Saftung der Miterben als Regel aufstellt, eine nur anteilsmäßige Saftung gemäß § 420 gewollt haben follte, wenn nicht alle, sondern nur einige Miterben für fie als haftpflichtige in Betracht tommen; auch der Wortlaut nötigt keineswegs zu einer solchen Annahme. — Die Ansprüche der Nachlaß-gläubiger gegen alle oder einzelne Miterben wegen schuldhaften Gebarens mit dem Nach-lasse im Falle eintretender Nachlaßabsonderung (§§ 1978sf.) sind keine Nachlaßverbindlichfeiten, sondern perfonliche Berbindlichkeiten der Miterben; fie gelten als zum nachlaß gehörig und sind also Nachlahaktiva (vgl. A 4 zu § 1978); § 2058 kann daher auf fie keine Anwendung finden; doch tann eine gesamtschuldnerische haftung aus der gemeinschaftlichen Führung ber Bermaltung, die einer Auftragsübernahme gleichsteht (§§ 1978, 427), ober aus gemein.

schaftlicher unerlaubter Handlung (§ 830) begründet fein.

2. Die gesamtschuldnerische Saftung entsteht mit der Erbengemeinschaft (§ 2082 A 2) und dauert grundsählich auch nach beren Beendigung fort. Nur im Falle des § 2059 Abs 1 Cat 2 (A 4 dazu) und nach der Teilung unter den besonderen Boraussehungen der §§ 2060. 2061 verwandelt sich die gesamtschuldnerische in eine bloß anteilige haftung. - Die Nachlaß. gläubiger konnen die gesamtschuldnerische haftung schon bor der Auseinandersetung gegen. witer den Miterben gestend machen, jedoch nur mit der aus § 2059 Abs 1 Sat 1 sich ergebenden Haftungsbeschränkung. Auch der Gläubiger, der Miterbei ist, ist hieran in der Regel (vol. aber § 2046 A 1) nicht gehindert. **RG** 93, 197 will freisich die Gesamtschuldsstäge eines Miterben als Gläubigers gegen seine Miterben überhaupt ausschließen, weil im Innenverhältnis unter den Miterben keine gesamtschuldnerische Haftung statssinde; doch ist die Begründung nicht überzeugend, da der Miterbe, der den Anspruch erhebt, nicht als Miterbe, sudern als Miterbe, und Aufracht kommt. sondern als Gläubiger in Betracht tommt. Den auf ben Gläubiger nach bem Berhaltniffe eines Erbteils als Miterbe entfallenden Anteil an der Berbindlichkeit muß er sich abziehen lassen; auch werden im Falle bestehender Ausgleichungspflicht des Gläubigers als Miterben die übrigen Miterben berechtigt fein, einen entsprechenden Betrag bis gur Auseinanderschung zurudzubehalten (vgl. § 2055 A 4). Die Gesamtschuldklage braucht nicht gegen sämtliche Miterben erhoben gu werden und es besteht feine notwendige Streitgenossenschaft (BBD § 62) unter den als Gesamtschuldner verklagten Miterben (NG 25. 1. 09 IV 297/08 und 29. 9. 19 IV 156/19; L3 1915, 110030; NG 68, 222; 71, 370; Waru 1926 Nr 216); auders bei der Gesamthandklage aus § 2059 Abs 2 (A 5), die gegen säntliche Miterben gerichtet werden muß (BG 71, 370). Doch kann der Glänbiger das Alagbegehren, daß ein Miterbe sich die Befriedigung des Mägers aus dem ungeteilten Nachlasse gefallen zu lassen habe, gegen diesen im Wege der Einzelklage richten (RG Gruchot 57, 158). Auch die Feststellung ber Forderung kann der Gläubiger gegensiber einzelnen Miterben, die sie bestreiten, betreiben (RG 29. 9. 19 IV 156/19), denn das Urteil erzeugt nur Wirkung unter den Prozesparteien (RG Warn 08 Nr 487). Zur Vollstreitung in den ungeteilten Nachlaß bedarf aber ber Glaubiger eines gegen alle Miterben, wenn auch auf Ginzelklagen, ergangenen Urteils; andernfalls fann er nur die Unteile der vernrteilten Miterben in Anspruch nehmen (8BD § 747; no 68, 221; 71, 371). — Der Erwerber bes Erbteils (§ 2033) tritt, und zwar neben bem beräußernden Miterben, in die gesamtschuldnerische Haftung ein (A 1 zu § 2008). — Die Miterben untereinander sind zunächst nur verpslichtet, zu der Berichtigung der Forderung eines Nachlaßgläubigers, der Befriedigung vor der Auseinandersehung verlangt, mitzuwirfen und bei der Auseinandersetung für die Berichtigung der Nachlaß-verbindlichkeiten aus dem Nachlasse Sorge zu tragen (§§ 2038 Abs 1 Sat 2, 2046). It die Berichtigung einer Nachlasverbindlichkeit bei der Auseinandersetung unterblieben und sie nachträglich von dem Gläubiger gegen einen Miterben auf Grund der gesamtschulbnerischen haftung beigetrieben worden, so tann dieser von den übrigen Miterben anteilemäßige Erfattung, aber nicht nach gleichen Anteilen (§ 426), fondern nach dem Berhältniffe ber Erbanteile verlangen. Sandelt es fich babei um ausgleichungspflichtige Miterben (§§ 2050ff.), fo tommen für ben Erstattungsanfpruch nicht bie quotenmäßigen Erbteile, sondern bassenige, was unter Berücksichung der Ausgleichungspflicht bei der Auseinandersetzung den einzelnen Miterben zugekolsen ist (ihr reeller Erwerb aus der Erbschaft), in Betracht (wgl. § 2055 A 4). — Besonderer Gerückskland der Erbschaft nach ZPO § 28 auch wegen auberer als der in § 27 aufgezählten Nachlasverbindlickkeiten, solange die mehreren Erben nach als Gesantschulder haften.

§ 2059

1) Bis zur Teilung des Nachlasses²) tann jeder Miterbe die Berichtigung der Nachlasberbindlichkeiten aus dem Bermögen, das er außer seinem Anteil an dem Nachlasse hat, berweigern³). Haftet er für eine Nachlasberbindlichteit unbeschränkt, so steht ihm dieses Necht in Ansehung des seinem Erbeteil entsprechenden Teiles der Berbindlichkeit nicht zu⁴).

Das Recht ber Nachlafgläubiger, die Befriedigung aus dem ungeteilten Rachlasse von fämtlichen Miterben zu verlangen, bleibt unberührt⁵).

₢ II 1933; \$ 5 868-875.

1. Die gesamtschuldnerische Haftung der mehreren Erben (§ 2058) entsteht zwar, vorbehaltsich § 1958, schon mit dem Erbfall. Sie ist aber dadurch gemildert, daß die Nachlaßglänbiger, wenn sie Befriedigung aus dem noch ungeteilten Nachlasse verlangen, gleichzeitig oder nacheinander (NG 68, 222) gegen sämtliche Miterben vorgehen nutssen (Uhs 2) und die Zwangsvollstrechung in den Nachlaß mur auf Erund eines gegen alse Erben erlangten Urteils betreiben völlstrechung in den Nachlaß mur auf Erund eines gegen alse Erben erlangten Urteils betreiben können (Uks 3) vor At7). Der Gläubiger des Erblassers, der selbst zur Erbengemeinschaft gehört, braucht die Klage nur gegen die übrigen Miterben zu richten (NG Warn 08 K 221; vgl. auch Uks). Benden sich die Nachlaßglänbiger gegen einen einzelnen Miterben, so steht ihnen nur der Zugriff in seinen Anteil am Nachlaß offen (Uhs 1 Sat 1). In dem einen wie dem andern Falle sind die Miterben berechtigt, die zur Teilung die Befriedigung aus ihrem Privatvermögen zu verweigern, und zwar ohne daß, auch wenn der Nachlaßverwaltung oder Nachlaßtonkurs herbeizussühren braucht. Solange durch daß Bestehen der gesamthanblich gebundenen Erbengemeinschaft (§ 2032 U 2) die Zusammengehörigkeit des Nachlasserwaltung oder Nachlaßtonkurs herbeizussühren braucht. Solange durch daß Bestehen der gesamthanblich gebundenen Erbengemeinschaft (§ 2032 U 2) die Zusammengehörigkeit des Nachlasses als eines Ganzen und die Trennung von dem eigenen Vermögen der Miterben gewahrt ist, erschien die Beschränkung der Hatersellen der Aachlaßgläubiger unbedenklich (Pland Erl 2a; Prot II 5 S. 871). Und selbst wenn ein Miterbe undeschränkt haste, braucht er vor der Teilung dem Nachlaßgläubiger aus seinem Brivatvermögen zunächst nicht gesamtschlaßgläubiger aus seinem Brivatvermögen zunächst nicht nach Auf zu in den ungeteilten Nachlaß vorgehen vollen, darauf angewiesen, den ungeteilten Anteil des Miterben an dem Nachlaße zu pfänden und sich überweisen zu lassen der im Ivachlaße zu pfänden und sich vorgehen vollen, darauf a

2. Die Teilung des Rachlasses ist vollzogen, wenn durch Bereinbarung der Erben oder beklarative Entscheidung bes Richters die Erbengemeinschaft bes § 2032 aufgehoben und bie Rachlafigegenstände ben einzelnen Miterben überwiesen sind. Gleichgültig ift, ob nach Vorschrift des § 2046 Abs 1 zuvor die Nachlagverbindlichkeiten berichtigt sind. Der Nachlaß ift im Sinne des Gesetzes auch dann geteilt, wenn die Erbengemeinschaft nur in Ansehung einzelner Nachlaggegenstände (Grundstüd, Sandelsgeschaft), sei es nach Vereinbarung ber Erben (§ 2042 A 1 a. E.) oder auf Anordnung des Erblassers (§ 2044 A 1), fortgeführt wird. Anderseits bedeutet die Berteilung einzelner, auch wertvoller Nachlassgegenstände noch nicht ohne weiteres die Teilung des Nachlasses als solchen (NG 89, 407). Entscheidend wird nicht sowohl die subjektive Auffassung der Beteiligten (so die zweite Auslage dieses Kommentars), als vielmehr der Umstand sein, ob bereits ein so erheblicher Teil der Nachlaßgegenstände aus der Erbengemeinschaft in das Einzelvermögen der Miterben übergeführt ift, daß die Erbengemeinschaft in ihren wesentlichen Bestandteilen als Ganzes aufgelöst erscheint und das, was in ihr zurudgeblieben ift, sich als etwas von dem ursprünglichen Gemeinschaftsvermögen Verschiedenes barftellt. Wann bas ber Fall, wird eine nicht immer leicht zu entscheidenbe Tatfrage sein. Bebenklich erscheint es aber, wenn NG 89, 408 (gegen Hagen The Ingelieden Bagen in Iherings 3 42, 135 A 95 und Kretschmar BBIFG 15, 337) die vor der endgültigen Nachlafteilung einzelnen Miterben zugewiesenen Nachlaftgegenstände dem unmittelbaren Bugriffe der Glaubiger entziehen will, weil sie nicht zu dem "Anteile des Miterben am Nachlaffe", sondern zu dem Vermögen gehörten, bas der Miterbe außer seinem Anteile am Nachlasse habe. Wenn das Geset von dem "Anteile am Nachlasse" vor der Teilung spricht, so denkt es dabei wohl zunächst an den Regelfall, daß der gesamte Nachlaß noch in der Ge-

meinschaft der Miterben steht und das Recht der Miterben sich in einem Anteile an dieser Gemeinschaft erschöpft. Soweit aber bereits einzelne Nachlaggegenstände aus ber Erbengemeinschaft ausgeschieden und Sonderrechte einzelner Miterben an ihnen begrundet sind, muffen diese Sonderrechte, also im Falle des Eigentums die Gegenstände felbft, an die Stelle des Anteils am Nachlasse treten und dem Zugriffe der Gläubiger auch vor der endgültigen Teilung des Nachlasses unterworfen sein. Zu dem Eigen vermögen des Miterben, das vor dem Zugriffe der Gläubiger geschüht werden soll, gehören sie nicht, zumal, wie die angeführte Reichsgerichtsentscheidung selbst annimmt, gemäß §§ 1978 Abs 2, 1991 Abs 1 eine Berpflichtung des Miterben besteht, sie auf Berlangen der Gläubiger zum Rachlasse zuruckzugewähren. Die Gläubiger auf diesen Anspruch, dessen Begründung und Durchsetung nicht unzweiselhaft erscheint (vgl. A 5), zu verweisen, würde eine erhebliche Gefährbung ihrer Forderungen durch derartige Vorausteilungen bedeuten. — Die Teilung tann auch in der Überlassung des ganzen Nachlasses an einen Miterben gegen Absindung der übrigen durch Zuweisung von Nachlassgegenständen bestehen. Dagegen ift es nicht Teilung, wenn ein Miterbe die Unteile der fämtlichen übrigen Miterben gegen ein nicht aus dem Nachlaffe entnommenes Entgelt erwirbt und dadurch die Erbschaft als Ganges in seiner hand vereinigt (RG 27. 9. 07 VII 504/06). In diesem Falle wird aber weder dem Erwerber der sämtlichen Anteile noch den übrigen Miterben das Verweigerungsrecht aus § 2059 Abs 1 noch zustehen, da die Voraussetzung dafür, das Bestehen einer Erbengemeinschaft (A 1), weggefallen ift. Ebenso liegt die Sache, wenn infolge Ausgleichung bei ber Auseinandersetzung der gesamte Aftivnachlaß einem Miterben zugefallen ober wenn er zur Tilgung von Schulden verbraucht worden ist. Wegen der Urt der Haftung in diesen Fällen (ob gesamtschuldnerisch oder anteilig) vgl. § 2060 U 1; wegen der Zulässigieit der Nachlaß-

verwaltung § 2062 ¥ 2. Wirkung der Teilung auf die Pflichtteilslaft § 2319.

3. Berweigerungsrecht entsprechend §§ 1990 Abs 1, 1992, aber nur mit ausschiedender Wirkung die Verurteilung des Miterben als Gesantschuldner wird dadurch nicht gehindert. Das Verweigerungsrecht stellt ein Mittel zur Beschränkung der Harbung der Fastung des Erben auf den Nachlaß (hier: Nachlaßankeil) dur und lann daher in der Ivangsvollstreckung nur geltend gemacht werden, wenn es dem als solcher verurteilten Miterben in dem Urteise vorbehalten ist (BPD § 780; ein diese Bestimmung einschränkender Zusah, den die zweite Kommission — Prot 5, 875 — beschlossen hatte, ist vom Bundesrat gestrichen worden). Der alsgemeine Vorbehalt der Haftungsbeschränkung genügt; es bedarf nicht des besonderen Ausspruchs, daß die Beschränkung auf den Anteil, und zwar dis zur Teilung, vorbehalten wird (NG 71, 371). Ist nur auf Leistung "aus dem Erbteile" gestagt und verurteilt, so kann den Vorbehalt nur in diesen vollstrecht werden. Im übrigen hat der Miterbe auf Erund des Borbehalts gegen eine in sein Sigenvermögen gerichtete Avangsvollstreckung im Wege der §§ 781, 785, 767, BPD Sinwendung zu erheben. Ersolgt die Zwangsvollstreckung aus Grund der vollstreckdaren Aussertigung eines gegen den Erblasser ergangenen Urteils, die gemäß § 727 BPD erteilt ist, so bedarf es zur Erhebung der Einwendung eines

Borbehalts im Urteile nicht.

4. Der unbeschränkt haftende Miterbe hätte an sich als Gesamtschuldner (§ 2058) bem Nachlaßgläubiger für bessen ganze Forderung schon vor der Teilung mit seinem Privat-verniegen aufzukommen. Zur Milderung der hierin liegenden härte gibt ihm aber das Geseh bis zur Teilung das beneficium divisionis: er braucht bis dahin die Befriedigung des Gläubigers aus seinem Privatvermögen nur für einen seinem Erbteil entsprechen. den Bruchteil der Forderung zu dulden. Und zwar ist hiersur die ideelle Erbquote, nicht der reale Erbteil maßgebend, der sich aus einer etwaigen Ausgleichungspflicht ergibt, die vor der Teilung noch gar nicht durchgeführt sein kann (vgl. §§ 2055 A 4, 2060 A 1). Es handelt sich auch hier, ungeachtet der im übrigen bereits bestehenden Unbeschränkbarkeit, um eine, freilich eigenartige, Beschränfung der Haftung des Erben (§ 780 BBD) in der Form des Verweigerungsrechts ohne Herbeiführung amtlicher Nachlassabsonderung (A 1, 3). Die Berurteilung des Miterben als Gesamtschulbner zur Zahlung des ganzen Betrags wird dadurch nicht gehindert. Der allgemeine Vorbehalt des § 780 genugt auch in diesem Falle; doch wird, wenn die im übrigen unbeschränkte Haftung bereits feststeht, auf Antrag des Glaubigers der Borbehalt entsprechend einzuschränken sein, also 3. B. wenn die Forderung 3000, der Erbteil 1/8 beträgt, dahin, daß dem Beklagten bis zur Teilung die Beschränkung ber Saftung für mehr als 1000 M. auf seinen Anteil am Nachlasse vorbehalten wirb. Sat der Miterbe überhaupt keinen Borbehalt im Urteile erwirkt, so wird er, auch wenn er im allgemeinen noch nicht unbeschräntt haftet, gegenüber der Bwangsvollstredung desjenigen Gläubigers, der das Urteil erwirkt hat, auch die Haftungsbeschränkung aus § 2059 Abs 1 Sat 2 nicht mehr geltend machen konnen (a. M. die zweite Auflage dieses Kommentars). Gine auf eine unteilbare Leistung (§ 431) gerichtete Nachlaßverbindlichkeit wird für die Beitreibung aus dem eigenen Bermögen bes Miterben nur ihrem Geldwerte nach in Betracht fommen konnen und in dieser Gestalt der Teilung nach Maßgabe des Erbanteils unterworfen sein-

5. Die Nachlaßgläubiger können vor der Teilung statt gegen die einzelnen Miterben als Gesamtschuldner (§§ 2058, 2059 Abs 1 Sat 1 u. 2) auch gegen ben ungeteilten Rachlaß norgehen. Das Recht zu biesem Borgehen wird, wie Abs 2 ausbrücklich hervorhebt, burch die in Abi 1 Sat 1 n. 2 vorgesehenen Beschränkungen bes Borgehens gegen bie einzelnen Miterven nicht berührt. Erforderlich und genugend dazu ift das Borhandensein von vollstreckbaren Titeln gegen sämtliche Miterben (§ 747 BBD). Als solche können die gegen die einzelnen Miterben als Gesamtschulbner in einem ober mehreren Brozessen erwirkten Urteile dienen, sofern nicht etwa die Berurteilung ausbrücklich nur auf Leistung aus dem Erbteile lautet; der Borbehalt der haftungsbeschränkung steht nicht entgegen. Der Glaubiger fann aber auch jum Zwede bes Borgehens gegen ben ungeteilten Rachlaß die gegen die Erbengemeinschaft als folche gerichtete Gesamthanbllage erheben. Diese Rlage muß gegen lämtliche Teilnehmer der Erbengemeinschaft (Miterben, Abertragenehmer von Erbteilen) einheitlich gerichtet werden und begründet unter ihnen notwendige Streitgenoffenschaft (3BD § 62; RG 71, 371 und 23. 6. 20 V 353/19). Ob die eine oder die andere Rlage erhoben ift, wird, wenn ce nicht ausbrudlich gefagt ift, im Wege der Auslegung zu ermitteln fein-Nach NG 7. 11. 16 III 208/16 foll die Alage eines Nachlaßglänbigers, auch wenn sie gegen familiche Miterben erhoben ist, als Gesanithandklage nur angesehen werden können, wenn sie unzweideutig auf Befriedigung nur aus dem ungeteilten Nachlaß, ihr Antrag dementiprechend auf Berurteilung gur Bahlung gur Vermeidung der Zwangsvollstredung in diesen gerichtet ist. Richt genügend für die Annahme einer Gesamthandklage soll die Klagebehauptung sein, daß der Nachlaß noch ungeteilt fei, da auch bei ungeteiltem Nachlaß eine Gesantschuldklage gegen sämtliche Miterben erhoben werden kann. Doch dürfte bei un-geteiltem Nachlaß feine Bermutung für eine Gesamtschuldklage sprechen, vielmehr die Annahme, daß aus dem Rachlaß Befriedigung verlangt werde, näher liegen. Ein Ubergang von ber Gesamtschuldtlage zur Gesamthandklage foll nicht als Rlageanderung, fondern als Einschränkung des Klageantrags (§ 268 Ar 2 BBD) gelten: **NG** 93, 198. Auch der Miterbe, der Gläubiger ist, kann die Gesamthandklage erheben; er braucht sie nur gegen die anderen Miterben zu richten und kann sodann nach § 747 BBD in den Kachlaß vollstreden (**RG** Gruch 57, 158; **RG** 13. 6. 18 IV 386/17). — It ein Testamentsvollstreder bestellt, so kann die Zivangsvollstredung in Nachlagbestandteile, die seiner Verwaltung unterstellt sind, nur auf Erund eines gegen ihn ergangenen Arteils erfolgen. Auch gegenüber ber Gefamthandlage konnen bie Miterben, fofern fie nicht ausbrudlich nur auf Leistung aus bem Nachlaffe gerichtet ift, ben Borbehalt ber haftungebeschräntung verlangen, ba andernfalls auch bas auf eine folche Mage ergangene Urteil zum Borgeben gegen ihre Anteile am Nachlaffe und gegen ihr Eigenvermogen dienen konnte. Wenn Nachlagverwaltung ober Nachlag. tonture herbeigeführt ift, fann während ihrer Daner weber bie Klage auf Grund bes Gesamt. chulbverhaltniffes noch die Gefamthand lage gegen die Miterben erhoben werben. Bum ungeteilten Nachlasse gehören auch die Forderungen gegen die Miterben aus der von ihnen ge-führten Berwaltung des Nachlasses, falls amtliche Nachlasabsonderung herbeigesührt ist (§ 1978) oder ein Miterbe von dem Rechte aus § 1991 Gebrauch gemacht hat. Daß solche Aufprliche auch geltend gemacht werben könnten, wenn ohne amtliche Nachlakabsonderung und ohne Vorliegen der Voraussehungen der §§ 1990, 1992 die Miterben nur das Berweigerungsrecht aus § 2059 Abs 1 geltend gemacht haben (so anscheinend RG 89, 408), tann in Ermanglung einer gesetlichen Grundlage nicht anertannt werben.

6. Vemeislast. Steht felt, daß die von dem Nachläßläubiger in Anspruch genommenen Personen Miterben sind. so stellt sich die Klage gegen sie als Gesantschuldner zunächst als begründet dar (§§ 1967, 2058); deshalb wird der Miterbe, der das Berweigerungsrecht aus § 2059 Abs 1 geltend machen will, dessen Boraussehungen darzutun, also zu deweisen haben, daß versonen und nicht stattgesunden hat (NG Barn 1914 Rr 300; dahingestellt NG 18. 1. 12 V 276/11, wo jedoch anersannt ist, daß der Miterbe die Ungeteilsteit behaupten muß; a. M. Planck Erl 3 al § 2058 und die dort Angesührten). It im Urteil der allgemeine Vorweigerungsrechts nach § 2159 Abs 1 noch in der Beweis der besonderen Boraussehungen des Verweigerungsrechts nach § 2159 Abs 1 noch in der Zwangsvollstreckungsinstanz geführt werden. Behauptet der Caubiger, daß der Miterbe unbeschräntt haste und deshalb nur Sat 2 zur Anwendung kommen könne, so hat er den Eintritt der Unbeschränkbarkeit der Haftung nachzuweisen. Die Höhe der Erbquote, die nach Sat 2 in Betracht kommt, wird, wenn sie bestritten ist, der Miterbe zur Darlegung des Umfangs seines Verweigerungsrechts gleich-

falls zu beweisen haben (a. M. Jaeger, Erbenhaftung 26).

§ 2060

Rach der Teilung des Rachlasses haftet jeder Miterbe nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil einer Rachlasverbindlichkeit1):

1. wenn der Gläubiger im Aufgebotsverfahren ausgeschlossen ift2); bas

Aufgebot erstreckt sich insoweit auch auf die im § 1972 bezeichneten Gläubiger sowie auf die Gläubiger, denen der Miterbe unbeschränkt haftet³);

- 2. wenn der Cläubiger seine Forderung später als fünf Jahre nach dem im § 1974 Abs 1 bestimmten Zeitpunkte geltend macht, es sei denn, daß die Forderung vor dem Ablause der sünf Jahre dem Miterben bekannt geworden oder im Ausgebotsversahren angemeldet worden ist⁴); die Vorschrift sindet keine Anwendung, soweit der Cläubiger nach § 1971 von dem Ausgebote nicht betroffen wird⁵);
- 3. wenn der Nachlaßkonkurs eröffnet und durch Verteilung der Masse oder durch Zwangsbergleich beendigt worden iste) 7).

& II 1934; \$ 5 875-879.

1. Der Grundsat gesamtschuldnerischer Haftung mehrerer Erben (§ 2058) bleibt auch nach vollzogener Teilung des Nachlasses (§ 2059 A 2) in Kraft. Er wird nur in den Ansenahmefällen der Rr 1—3 des § 2060 und des § 2061 insofern durchbrochen, als der einzelne Erbe nicht für den ganzen Betrag der Nachlasverbindlichkeit, sondern nur für den seinem Erbteit entsprechenden Bruchteil der Schuld haftet. Der in den §§ 2059 Abs 1 Sah 2 (vgl. A.), 2060 und 2061 gleichlautend wiederkehrende Ausdruck kann nicht verschieden gemeint sein. Auch hier ist deshalb im Berhältnis zu den Nachlaßgländigern wie in § 2059 (A.) die ideelse Erbquote, nicht der durch etwaige Ausgleichungen verschobene reale Erbteil maßgebend; nur im Verhältnisse der Miterben untereinander kommt das Ergebnis der Ausgleichung in Betracht (vgl. § 2055 A.). A. M. auch in dieser Beziehung Leonhard § 2055 III C 2a. Freisich wird dablurch das Ergebnis geschäften, daß, wenn die Miterben ihre Haftung noch auf den Nachlaß beschränken können, dar Miterbieger siellichtlich delser die Rorranksetungen der § 2060 2061 zutreffen von dem der Gläubiger, hinsichtlich deffen die Boraussetzungen der §§ 2060, 2061 gutreffen, von dem Miterben, der infolge ber Ausgleichung aus dem Nachlasse nichts erhalten hat, nichts und von den Miterben, die den ganzen Nachlaß erhalten haben, nur einen ihren ideellen Erbanteilen entsprechenden Bruchteil seiner Forderung erlangen kann, so daß er mit dem Bruchteile, der dem Erbteile des leer ausgegangenen Miterben entspricht, ungeachtet vorhandener Bulanglichkeit des Nachlasses ausfällt. Beispiel: Nachlaß 3000, Witerben A, B, C je zu 1/2; C hat bei der Auseinandersetung infolge Ausgleichung nichts, A und B je 1500 erhalten. Ein ausgeschlossener Gläubiger, der 1500 zu fordern hat, kann von C nichts, von A und B nur je ½=500, zusammen 1000, erlangen, fällt also mit 500 aus. Dieses Ergebnis suchen Planck und Strohal (bei Planck 3. Aufl zu § 2061 Erl 6) auf zwei verschiedenen Wegen zu vermeiben, die beibe nicht zum Biele führen konnen: Pland, indem er annimmt, bag wegen bes im inneren Berhältnisse der Miterben zu berücksichtigenden Ergebnisses der Ausgleichungspflicht ber leer ausgegangene Miterbe ben Erstattungsanspruch, ben er gegen seine Miterben haben wurde, falls er an den Glaubiger einen seinem ideellen Erbteile entsprechenden Betrag zahlen müßte (ben er aber in Wirklichkeit nicht hat, ba er bem Glaubiger nichts zu zahlen hat!), dem Gläubiger abzutreten verpflichtet sei; Strohal, indem er die Grundsätze von der Hattung des Ubernehmers eines Vermögens für die Schulben (§§ 419, 1086 usw.) auf die Saftung der Miterben, die den Nachlaff erhalten haben, entsprechend anwenden will, obwohl diese nicht von dem leer ausgegangenen Miterben dessen Erbteil übernommen, sondern nur das, was ihnen zustand, aus dem Nachlasse erhalten haben. Es wird richtiger sein, sich mit dem Ergebnisse abzufinden, das übrigens nicht mit Leonhard a. a. D. als durch. aus "unannehmbar" bezeichnet werden kann, wenn man bedenkt, daß es sich bei Bulanglichkeit des Nachlasses nur um solche Gläubiger handeln kann, die ihre ungunstige Stellung ber Berfäumung rechtzeitiger Melbung juguschreiben haben (§§ 2060 Rr 1 u. 2, 2061). Die Frage der Teilhaft, d. h. der haftung mehrerer Erben je nur für einen Bruchteil ber Nachlagverbindlichkeiten (pro rata crediti), ift von der Frage ber beschränkten Saf. tung, d. h. der Haftung nur mit den Mitteln des Nachlasses (cum viribus hereditatis) streng zu sondern (Vorbein 2 zu § 2058). — Reben dem Erwerder eines Erbteils bleibt auch der veräußernde Miterbe im Falle der §§ 2060, 2061 anteilig haftbar, und zwar sind beide für den dem Erbteile entsprechenden Bruchteil der Forderung Gesamtschuldner (§ 421). — Hat ein Miterbe den ganzen Nachlaß erhalten, ohne daß Teilung stattgefunden hat (vgl. § 2059 A 2), so wird dieser jedenfalls auch ausgeschlossenen und verspäteten Gläubigern (§§ 2060, 2061) gesamtschuldnerisch für die ganze Forderung haften milsen, während bei den übrigen Miterben, obwohl der Wortlaut des Gesches ("nach der Teilung") nicht zutrifft, nur anteilige Haftung anzunchmen sein wird, da sie nicht schlechter gestellt werden können, als wenn sie etwas aus dem Rachlasse erhalten hätten (für nur anteilige Haftung aller Miterben wegen § 2007 Planck Erl 6). Praktisch kommt allerdings die Haftung der

jenigen Miterben, die aus dem Nachlaffe nichts erhalten, nur in Betracht, wenn fie nicht

mehr in der Lage find, sie auf den Nachlaß zu beschräuten.

2. Aufgebot ber Rachlagglaubiger §§ 1970—1974; entsprechende Wirlung des Privatauf. gebots § 2061. Der von einem Erben gestellte Antrag und das von ihm erwirkte Ausschlußurteil kommen mit dem nach ABD § 997 Abf 1 Gat 2 dem Glaubiger besonders auzubrohenden Rechts. nachteil ber anteiligen Saftung auch den übrigen Erben zustatten, vorbehaltlich ber Borschriften des BBB über die unbeschränkte Haftung, denen zufolge das Verweigerungsrecht gegenüber einem ausgeschlossenen Glaubiger (§ 1973) einem Miterben, ber unbeschränkt haftet, nicht aufteht (§ 2013). Der Untrag begründet zugleich die aufschiebende Einrede aus § 2015. Aufschub der Auseinandersetzung (§ 2045) kommt hier "nach Teilung des Nachlasses" nicht mehr in Frage. Db der Miterbe die Forderung des ausgeschlossenen Glaubigers gefannt hat oder nicht, ift hier ebenfo gleichgultig wie nach § 1973 (A 4 bazu). Anders unten A 4. Daß bas Aufgebot por der Teilung durchgeführt sein mußte, ist weder in § 2060 Rr 1 noch in § 997 8BD gesagt, und es wird baher angenommen werden muffen, daß die Miterben, auch wenn sie bereits geteilt haben, doch noch nachträglich die bloß anteilige Haftung durch das Aufgebot herbeiführen können (a. M. Leonhard II A). Bgl. auch A 6.

3. Pflichtteilsrechte, Bermächtniffe und Auflagen werden, was das Berweigerungsrecht aus § 1973 und die damit verbundene Beschränkung der Erbenhaftung auf den Nachtegi aus § 1973 und die damit verdindene Beschränkung der Ervengusung aus ven Lach auch § 2013 von dem Aufgebote der §§ 1970ff. ucht betroffen. Dagegen kann die Teilhaftung der Miterben auch solchen Ekaubigern gegenüber durch ein derartiges Aufgebot herbeigegeführt werden. Zu diesem Zwecke ist auch der unbeschränkt haftende Miterbe zu dem Antrage auf Erlaß des entsprechenden Aufgebotis (A 2) berechtigt (ZBD § 997 Abs 2). — Nur den in § 1971 genannten dinglich berechtigten Gländigern kann, auch wenn sie im übrigen durch Ausschlußurteil im Aufgebotsversahren ausgeschlossen sind, soweit sie sich auf die Befriedigung aus den ihnen verhafteten Gegenständen be-schränken, die Teilhaftung ebensowenig wie die Haftungsbeschränkung aus § 1978 entgegengehalten werden, was wohl als felbstverständlich bier (anders im Falle ber Nr 2, vgl. A 5)

nicht befonders hervorgehoben ift.

4. Dem Ausschlusse eines Gläubigers im Aufgebotsversahren (Nr 1, N 2) fteht, wie für bie Begrundung der Erschöpfungseinrede nach §§ 1973, 1974, fo auch für den Gintritt ber nur anteiligen Saftung des Miterben die verfpatete Beltendmachung der Forderung gleich. Sie gilt als verspätet und der Miterbe hoftet daher nur noch anteilig, wenn fie später als fünf Jahre nach dem Erbfalle (§ 1922 A 2, 4) erfolgt, jedoch mit ber Abweichung, baß im Falle ber Tobeserklärung bie Frift gur Geltenbmachung nicht mit bem Beitpuntte beginnt, der in dem die Todeserklärung aussprechenden Urteil als Zeitpunkt des Todes festgestellt ift (§ 18), sondern frühestens mit dem Erlasse bieses Urteils (§ 1974 A 6). Die Die Frist wahrende Geltendmachung tann auch außergerichtlich, burch Mahnung usw., erfolgen. Die gesamtschuldnerische Haftung bleibt aber, auch wenn keine Geltendmachung innerhalb der Frist erfolgt ist, bestehen, wenn der Miterbe innerhalb der Frist von der Forberung Renntnis erhalten hat ober bie Forberung in einem bon einem ber Miterben veranlagten Aufgeboteverfahren angemelbet war; in letterem Falle tommt es auf die personliche Kenntnis des in Frage stehenden Miterben nicht an (§ 1974 21 4, 5). Im übrigen ist aber perfönliche Kenntnis des Miterben erforderlich und kann beshalb für die gleiche Forderung ein Miterbe gesamtschuldnerisch, der andere nur noch anteilig haften. - Die Anmelbung auf eine nach § 2061 ergangene Aufforderung bin teht ber Unmelbung in einem Aufgebotsverfahren nicht gleich; über ihre Birfung bgl. § 2061 A 2.

5. Dag den in § 1971 genannten binglich Berechtigten, soweit fie fich auf die Befriebigung aus den ihnen verhafteten Gegenständen beschränten, wie der Ausschluß im Aufgebotsverfahren (vgl. 21 3), fo auch die verspätete Geltendmachung ihrer Forderungen nicht entgegengehalten werden tann, um eine Teilhaftung der Miterben gu begründen, ift vom Gefebe bier (anders wie in jenem Falle) besonders hervorgehoben. — Dagegen wird gegenüber Pflichtteils-, Bermachtnis- und Auflageberechtigten badurch, daß fie erft nach Ablauf der in § 1974 Abs 1 bestimmten Frift ihre Forderungen gestend machen, wie gegenüber andern Nachlaßglanbigern (vgl. A 4), die Teilhaftung der Miterben nach der Teilung begründet; eine der Ar 1 Halbsat 2 (vgl. A 3) entsprechende, dies ausschließende Bestimmung hätte besonderer hervorhebung in It 2 bedurft Gleiches muß gegenüber den Rachlagglaubigern gelten, benen der Erbe unbeschränkt haftet, in Ermangelung einer bem § 2013 entsprechender Borschrift.

6. Das Geset läßt die Eröffnung des Nachlaftonturfes (im Gegensate zur Nachlaßverwaltung, § 2062 Halbfat 2) auch nach der Teilung des Nachlasses zu (NO § 216 Abf 2) und gewährt sogar dem unbeschränft haftenden Miterben das Recht, die Konkurseröffnung zu beantragen (RD § 217 Abf 1). § 2060 Rr 3 nuf deshalb auch diefen nachträglichen Rach.

BOB, Rommentar von Reichsgerichtsraten. V. Bb. 6. Mufl. (Michaelis, Genffarth.) 12

laßkonkurs im Auge haben. Da das Geset selbst nicht unterscheidet, ist es unzulässig, die Teilhaftung nur für den Fall eintreten zu lassen, daß der Konkurs bereits vor der Teilung eröffnet worden ist (anders die herrschende Meinung; vgl. Pland 3. Aust Erl 20; Staudinger Erl 50 und die dort Angeführten). Es wäre auch unbillig, wenn bei einem infolge nachträglich bekannt gewordener Forderungen nach der Teilung eintretenden Konkurse die Miterben die aus dem Nachlasse empfangenen überschüsse herausgeben müßten, aber der Kechtswohltat der anteiligen Haftung verlustig gingen, die sogar dem unbeschränkt hastenden Miterben dusteht, wenn der Konkurs vor der Teilung eröffnet worden ist. Für Verzögerungen des Eröffnungsantrags bleiben die Erben aus § 1980 daneben verantworklich. Ob die Masse unter die Gläubiger aufgeteilt oder ob hiervon etwas für die Erben übriggeblieden ist, macht keinen Unterschied. Auch im ersteren Falle liegt "Teilung des Nachlasses" vor (§ 2059 A 2). Die Teilhaftung tritt im Falle des Zwangsverzleichs (KD § 230) nur ein, soweit der Verzleich selbst nichts anderes bestimmt.

7. Beweislast. Wird ein Miterbe als Gesamtschuldner auf die ganze Forderung verklagt, so hat er, wenn er geltend macht, daß er nach §§ 2060, 2061 nur anteilig haste, zunächst zu beweisen, daß die Teilung ersolgt ist sentsprechend im Falle des § 2050, A 6). Sodann hat er darzutun, zu Nr 1: daß der Gläubiger außgeschlossen ist, zu Nr 2: daß die Fünfsichrefrist verstrichen ist, wogegen dem Gläubiger der Nachweis früher erlangtev Kenntnis des Miterben oder Anmeldung offensteht, zu Nr 3: Beendigung des Nachlaßtonkurses in der dort angegebenen Weise. Sind die Umstände, welche die nur anteilige Hachnung degründen, zur Zeit der Berhandlung des Rechtsstreits bereits eingetreten, so ist der Witerbe auf seine Einwendung hin nur zur Zahlung eines seinem Erbteile entsprechenden Teiles der Forderung zu verurteilen. Ist er als Gesamtschuldner verurteilt, so kann er, falls nachträglich solche Umstände eintreten, die nur anteilige Haftung noch im Zwangsvollstreckungsversahren im Wege des § 767 (Abs 2) BPD geltend machen. Wegen vorher eingetretener Umstände ist eine solche Einwendung im Ivangsvollstreckungsversahren ausgeschlossen. Der Bordehalt der Haftungsbeschränkung im Urteile (§ 780 JBD, s. § 2059 A 3) greist hier nicht durch, da es sich nicht um Absonderung des Eigenvermögens vom Rachlasse handelt.

\$ 2061

Feber Miterbe kann die Nachlaßgläubiger öffentlich auffordern, ihre Forderungen binnen sechs Monaten bei ihm oder bei dem Nachlaßgericht anzumelben¹). Ist die Aufforderung erfolgt, so haftet nach der Teilung jeder Miterbe nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil einer Forderung, soweit nicht vor dem Ablause der Frist die Anmeldung erfolgt oder die Forderung ihm zur Zeit der Teilung bekannt ist²).

Die Aufforderung ist durch den Deutschen Reichsanzeiger und durch das für die Bekanntmachungen des Rachlaßgerichts bestimmte Blatt zu beröffentlichen. Die Frist beginnt mit der letzten Einrückung³). Die Kosten fallen

dem Erben zur Laft, der die Aufforderung erläßt3)4).

Œ II 1935; B 5 877-879.

1. Durch das Privatausgebot sichert der einzelne Miterbe sich und zugleich den übrigen Erben die Teilhaftung. Für die davon verschiedene Frage der Haftungsbeschränkung (Vorbem 2 vor § 2058) ist dagegen nur das förmliche Aufgebotsversahren (§§ 1970 st.) von Bedeutung. Auch der unbeschränkt haftende Erbe ist zum Privatausgebot berechtigt. Der Androhung eines Rechtsnachteils, wie in PPD § 997, bedarf es nicht. — Aufschub der Aus-

einandersetung § 2045.

2. Aufforderung, Fristalauf und Teilung (§ 2059 A 2) zusammen erst bewirken den Eintritt der Teilhastung (§§ 2059 A 4, 2060 A 1), auch zugunsten der unbeschränkt hastenden Erben. War die Teilung schon vor Fristalauf vorgenommen, so tritt der Erfolg erst mit dem Fristalauf ein. Daß die Aufforderung vor der Teilung erfolgen müsse, ist auch hier nicht gesagt und wird deshalb nicht angenommen werden können (vost. § 2060 A 2, 6; a. M. Leonhard III und die zweite Auflage diese Kommentars; auch Standinger Erl 5 d). Es verbleibt dei der gesamtschuldenerschen Haftung der Erben (§ 2058), wenn der Nachlaßgläubiger seine Forderung bei dem das Aufgebot erlassenden Miterben oder bei dem Nachlaßgericht — nicht dei einem beliebigen Miterben — anmeldet. Die ordnungsmäßige Anmeldung wirft gegen alse Erben. Dagegen nacht Kenntnis der Forderung nur denjenigen Erben der Teilhastung verlussig, in dessen Person sie, und zwar zur Zeit der Teilung, vorhanden war. Dieser Zeitpunkt bleibt entscheden, wenn die Teilung auch erst geraume Zeit nach Ablauf der Frist vollzogen wird. Dagegen kann die verfrühte

Teilung dem Erben nicht zugute kommen, wenn er noch vor Fristablauf Kenntnis erlangt. So abweichend vom gerichtlichen Aufgebotsversahren, bei dem die Kenntnis oder Untenntnis des Erben bedeutungslos ist (§ 2060 A 2). Das Privataufgebot wirkt auch gegen die Pflichtteilsberechtigten usw. (§ 1972), läßt aber die dinglich Berechtigten (§ 1971) hinsichtlich der Befriediaung aus den ihnen verhafteten Gegenständen selbstverständlich unberührt, obgleich das hier nicht, wie in § 2060 Ar 2 (vgl. A 5 und 3 zu § 2060) ausdrücklich gesagt ist. Wegen der Fälle, in denen eine Teilung überhaupt nicht stattfindet, vgl. § 2060 A1.

3. Fristberechnung §§ 187, 188, 193. Nur die Kosten des gerichtlichen Aufgebotsversahrens sind von vornherem Nachlaßverbindlichseiten (§ 1967 A 3), nicht auch diejenigen
des privaten Aufgebots. Ein Erstattungsanspruch des Miterben, der das Privatausgebot
ersassen, kann jedoch nach den Grundsähen der Geschäftsführung (§ 683) gegeben sein.

4. Beweistaft. Bgl. § 2060 A 7. Der nach erfolgter Teilung auf Teilhaftung auß § 2061 sich berufende Erbe hat außer der Teilung den ordnungsmäßigen Erlaß der Aufforderung, der Gläubiger seine rechtzeitige Anmeldung oder die Kenntnis des betreffenden Erben zur Zeit der Teilung zu beweisen.

\$ 2062

Die Anordnung einer Nachlaßverwaltung kann von den Erben nur gemeinschaftlich beantraat werden¹); sie ist ausgeschlossen, wenn der Nachlaß geteilt ist²).

\$ 6 342-344.

- 1. Der Antrag auf Anordnung der Rachlahverwaltung (§ 1981) sieht den Miterben nur geneinschaftlich, nicht, wie der Antrag auf Eröffnung des Rachlahtonturses (RD § 217) jedem Miterden zu. Der Antrag ist deshalb unzuläsig, wenn auch mur ein Miterde allen (nicht bloß einzelnen) Nachlaßgläubigern gegenüber unbeschräntt haftbar geworden ist und dadurch das Antragsrecht nach § 2013 verloren hat. Ein Mehrheitsbeschluß ist nicht bindend, da es sich nicht um einen Akt der Berwaltung handelt (§ 2038 A 3). Die hiernach unzulässig erfolgte Angesochen werden (Denkschreichenden Miterden trot FGG § 76 Abs 1 mit Beschwerde angesochen werden (Denkschrift zum FGG E. 45, 46). Zu einem Antrage der Nachlaßgeben.
- 2. Sie ist ausgeschlossen nach Teilung des Nachlasses (§ 2059 A 2), abweichend von § 1981, der für den Alleinerben keine zeitliche Schranke enthält und von KD § 216 Abs 2, der auch nach der Teilung den Nachlaßtonkurs zuläßt. Die Nachlaßverwaltung kann jetzt auch von einem Nachlaßgläubiger nicht mehr beantragt werden. It die Erbengemeinschaft ohne Teilung aufgehoben, z. B. durch Vereinigung fämtlicher Erbteile in der Hand eines Miterden (§ 2059 A 2), se ist die Nachlaßverwaltung nicht außgeschlossen (NG 27. 9. 07 VII 504/06). Were einen Erbteil kann weder Nachlaßverwaltung angeordnet noch Nachlaßkonkurs eröffnet werden (KD § 235). Bohl aber ist Bfändung des Erbteils zulässe (§ 2083 A 3). Rach der Teilung tönnen hiernach die Miterden die beschränkte Haftung nur durch Vorgehen auß § 1970ff., herbeisührung des Nachlaßkonkurse oder mit der Unzulänglichteitseinzede auß §§ 1990—1992 verwirklichen. Wegen Serbeisührung der nur anteiligen Haftung aach der Teilung vol. §§ 2060 A 2, 4, 6, 2061 A 2.

§ 2063

Die Errichtung des Inventars durch einen Miterben kommt auch den übrigen Erben zustatten, soweit nicht ihre Haftung für die Nachlaßverbind-lichkeiten unbeschränkt ist¹).

Gin Miterbe kann sich den übrigen Erben gegenüber auf die Beschränkung seiner Haftung auch dann berufen, wenn er den anderen Rachlafgläubigern gegenüber unbeschränkt haftet2).

E I 2146 II 1936; M 5 676, 677; B 5 741, 747, 805.

1. Inbentarerrichtung § 1993 ff. Ebenso im Berhältnis zwischen Spega'ten § 2008 Abs 1 Sat und Nacherben § 2144 Abs 2, Erbschaftskäuser und Berkäuser § 2383 Abs 2, beim Antrag auf Erlaß des Aufgebots JBD § 997. Die Bestimmung der Inventarfrist muß gegenüber jedem Miterben besonders und braucht nicht einheitlich zu erfolgen. Das auch nur von einem Erben, jedoch über den ganzen Nachlaß (§ 2001 A 1) rechtzeitig und getreu errichtete Inventar wendet, ohne daß es erst noch der Bezugnahme gemäß § 2004 bedarf, von allen Miterben die undeschränfte Haftung ab, soweit sie nicht dem einen oder dem andern durch Fristablauf (§ 1994) oder underreue Errichtung (§ 2005) oder Eides-

verweigerung (§ 2006 Abf 3) ober endlich durch vorbehaltslose Berurteilung (3BD § 780)

bereits verlorengegangen ift.

2. Der untlar gefaßte Abf 2 betrifft ben Fall, daß ein Miterbe oder mehrere von ihnen (als "bie übrigen Erben" bezeichnet) eine Forderung gegen den Rachlaß haben, sei es eine vor dem Erbfalle gegen den Erblaffer oder eine nachher entstandene, 3. B. einen Ersahanspruch wegen Auswendungen für den Rachlaß (§ 1978 Abs 3). Ein wegen einer solchen Rachlagverbindlichkeit in Anspruch genommener miterbe soll sich demgegenüber auf die Befdrantung feiner Saftung auf den Rachlag auch dann berufen tonnen, wenn er die Möglichkeit dazu gegenüber der Gesamtheit der Gläubiger ("den anderen Nachlaßgläubigern") bereits durch Bersamung der ihm gesehren Inventarfrist oder ungetreues Inventar (§§ 1994, 2005) verloren hat. Das bedeutet nicht, daß er einem Miterben, der Nachlaßgläubiger ift, ohne weiteres nur mit dem Nachlasse hafte; sondern nur, daß der eingetretene Berluft der Beschränkungemöglichkeit diesem gegenüber nicht in Betracht tommt. Somit hat er, solange der Nachlaß noch ungeteilt ist, gegenüber einem Miterben, der wegen einer Nachlafforderung in sein Eigenvermögen vorgeht, die Berweigerungseinrede aus § 2059 Abs 1, und zwar nicht nur für den seinen Erbteil übersteigenden Teil (ebenda Sat 2), sondern für die ganze Forderung; er kann jedoch in der Zwangsvollstredung von dieser Einrede nur Gebrauch machen, wenn sie ihm im Urteile vorbehalten ift, da § 780 ZPO durch § 2063 Abs 2 nicht berührt wird. Nach der Teilung kann er, wenn der Rachlaß zur Zeit der Teilung (§ 1990 A 2) durftig oder unzulänglich war, von den Einreden aus ŠS 1990, 1992 Gebrauch machen, auch sich auf ein vorher durchgeführtes Aufgebotsversahren, bei dem der Miterbe als Gläubiger ausgeschlossen worden (§§ 1973, 1974), eine vorher angeordnete Nachlagverwaltung oder durchgeführten Nachlagkonture (§§ 1975 A 1, 1989 A 1) berufen. Er kann aber auch jett noch Konkurderöffnung über den Nachlaß (KD § 216 Abf 2) nicht mehr danegen Nachlagverwaltung (§ 2062 A 2) herbeiführen; ferner Antrag auf Aufgebot der Nachlaßgläubiger (§§ 1970ff.) stellen, der aber nur zum Ziele führt, wenn der Glaubiger fich in dem Aufgebotsverfahren nicht meldet. Macht er von keinem diefer Beschränkungsmittel Gebranch, so haftet er auch dem Gläubiger, der Miterbe ift, mit seinem eigenen Vermögen. Db gesamtschuldnerisch oder anteilig, bestimmt sich nach §§ 2060, 2061. Haftet er als Gesamtschuldner, so kann er dem Glänbiger, der Miterbe ift, den nach Maßgabe der Auseinandersetzung, unter Berudfichtigung etwaiger Ausgleichungspflichten, auf Diefen entfallenden Anteil an der Nachlagverbindlichkeit abziehen, auch von den übrigen Miterben Erstattung des nach diefer Maßgabe zu viel Geleifteten verlangen (§ 2058 A 2). In RG 110, 96 ift freilich angenommen, daß die haftung der Miterben untereinander von vornherein und endgültig eine beschränkte sei; ebenso auscheinend schon 98 93, 197. hat der Erblaffer über einen Gegenstand, hinsichtlich dessen einer oder mehrere oder auch sämtliche Miterben verfügungsberechtigt sind, unberechtigterweise zugunften eines Miterben verfügt, fo tritt danach durch die Beerbung eine Konvaleszenz der unwirksamen Verfügung auf Grund bes § 185 Abs 2 nicht ein, da keine unbeschräufte Haftung der Miterben untereinander und infolgedessen teine Bereinigung von Necht und Pflicht stattfindet; der oder die verfügungs. berechtigten Miterben können deshalb den Gegenstand aus dem Richlasse dinglich zurudfordern (988 110, 94). Das gilt auch dann, wenn der Erblasser als Borerbe unentgeltlich über einen Erbschaftsgegenstand in solcher Beise verfügt hat, in welchem Falle die Berfügung zwar zunächst wirksam ist, aber mit dem Eintritt des Falles der Nacherbschaft gemäß § 2113 unwirksam wird (RG a. a. D.).

Dritter Abschnitt

Testament

Erster Titel

Allgemeine Borschriften

Das Testament oder die letitvillige Versügung ist im Gegensat zum Erbvertrag (§ 1941) einseitige Versügung von Todes wegen, § 1937. Sein möglicher Inhalt ist zu §§ 1937—1940 erörtert. Daß es eine Erbeinschung enthalte, ist nicht notwendig. Von den verschiedenen Arten des Testaments, den Voraussehungen und Formen der Errichtung und Aussehung handeln §§ 2229—2264, von den gemeinschaftlichen Testamenten §§ 2265—2273. Sier beschränkt sich das VGB daraus, die streng persönliche Vatur der lettvölligen Erklärungen hervorzuheben (§§ 2064, 2065), eine Reihe von Vorschriften, meist Auslegungsregeln, zur Bestimmung der Person des Bedachten (§§ 2066—2073) und für gewisse bedingte Zuwendungen aufzustellen (§§ 2074—2076). Eine besondere sich aus Zuwendungen an den Ehegatten oder

Berlobten beziehende Bestimmung enthält § 2077. Die Ansechtung der letztwilligen Berfügung wegen Jrrtums oder Drohung ist in §§ 2078—2083 geregelt. § 2084 nimmt den Grundsat der wohlwollenden Auslegung des Testaments auf; §§ 2085, 2086 beschäftigen sich mit der teilweisen Unwirksamkeit oder der möglichen Unvollständigkeit letztwilliger Berfügungen.

Die auf dem Gebiete des Familienrechts zugelassenen letztwilligen Verfügungen betreffen das eheliche Güterrecht (§§ 1369, 1509, 1511 ff.), das Elternrecht (§§ 1598, 1638—1640, 1651, 1687 f.) und das Vormundschaftsrecht (§§ 1777, 1782, 1792, 1797, 1803, 1856, 1868, 1880,

1909, 1917).

§ 2064

Der Erblasser kann ein Testament nur persönlich errichten¹). E I 1911 II 1937; M 5 246, 247; B 5 817.

1. Die gleiche Bestimmung gilt auch für den Erbvertrag (§ 2274) und den Erbverzicht (§ 2347). Die Notwendigkeit persönlicher Errichtung des Testaments besagt, daß der Erblasser die von ihm gewollten letztwilligen Versägungen schlechterdings nur mit eigenem Mund oder eigener Hand erklären, daß er sich hierbei weder im Willen selbst noch in der Erklärung des Willens von anderen (Voten oder irgendwelchen Mittelspersonen, auch nicht von seinem gesetzlichen Vertreter) vertreten lassen kann. Er tann deshalb den Erben nicht wirklam ermächtigen, seinerseits ein das Erbvermögen belastendes Vermächnis anzuordnen (VS Warn 1911 Nr 42). Dies schließt nicht aus, daß er sich bei seinen letztwilligen Versägungen beraten läßt (FGG § 13) und daß er sich insbesondere zur Beurtundung oder zur vordereitenden Niederschrift der letztwilligen Erklärungen (§ 2238 Abs 1) fremder His bedient. Durch Lod spubilar und Daasspupillartesament des gemeinen Rechts und der §§ 521 ff. II 2 FRUM beseitigt; ein solches früher errichtetes Testament ist unwirksam, wenn das testierunsähige Kind nach dem 31. 12. 99 sierbt (1868 88, 152; 106, 392; L2 1922, 465¹¹ mit Folgerungen für die Aussegung eines Testaments gegen § 2102 Abs 2 im Sinne der Ausschnung nicht nur der Ersah, sondern auch der Nacherbsolge).

§ 2065

1) Der Erblasser kann eine letztwillige Berfügung nicht in der Beise treffen, daß ein anderer zu bestimmen hat, ob sie gelten oder nicht gelten soll²).

Der Erblasser kann die Bestimmung der Person, die eine Zuwendung ershalten soll, sowie die Bestimmung des Gegenstandes der Zuwendung nicht

einem anderen überlaffen3).

E I 1765, 1770 Sat 1, 1777 Sat 1 II 1938; M 5 80, 34—36, 41, 42; B 5 15—21, 23, 34, 30, 39, 40.

1. Abs 1 seht eine in sich vollständige Willenserklärung voraus, deren Gültigkeit aber von der Bestimmung eines Dritten abhängig gemacht wird. Abs 2 handelt von der Ergänzung einer an sich unvollständigen Willenserklärung durch Dritte. In beiden Fällen ist die lehtwillige Verfügung, ohne daß es einer Ansechtung bedarf, unwirtsam. Als der "andere" (im Gegensate zum Erblasser) kommt insbesondere auch der Beschwerte in Betracht.

2. Bestimmung eines andern über Geltung der letitwilligen Berfügung. Sierunter fällt die in das naate Wollen (si voluerit) ober auch das verständige Wollen oder das billige Ermeffen eines andern gefeste Bedingung. Ebenfo ber Borbehalt der Zustimmung, 3. B. bes Bewalthabers, oder die Anordnung einer Testamentsvollstredung für den Fall, daß fie von einem Dritten verlangt werden follte (AGI 42, 228). Der überlebende Chegatte kann im gemein chaftlichen Testamente nicht wirksam ermächtigt werden, lehtwillige Anordnungen des Zuerstverstorbenen, die sich auf bessen Nachlaß beziehen, zu ändern oder zu widerrufen (NG 79, 32). Um eine unzulässige Vertretung im Willen des Erblassers handelt es sich auch, wenn dieser bem Testamentsvollstreder ober sonft einem andern bie für die Beteiligten und ben Richter maßgebende Auslegung des letten Willens überträgt (Re 66, 103). Grundfäglich ift hiervon, fropbem die Abgrenzung in der Brazis Schwierigkeiten machen kann, ber Kall zu unterscheiben, baf im Teftament zur Entscheibung von Streitigkeiten über bie Auslegung bes Testaments ein Schiebsgericht angeordnet wird, bas nicht an die Stelle bes Erblaffers, sondern bes ordentlichen Richters tritt (BBD §§ 1048, 1040). Einer folden Anordnung fteht § 2065 nicht entgegen; jum Schiederichter tann auch ein Teftamentebollftreder bestellt werben (986 100, 76). Es ift ferner möglich, die Gültigkeit ber Berfügung von dem Handeln ober Unterlassen eines Dritten abhängig zu machen, auch wenn es in seine Willkur gestellt ift (Potestativbedingung); es sei benn, daß bas handeln nur auf eine Bertretung bes Erblassers im reinen Wollen hinauslaufen foll. Go fann ein Nacherbe unter ber aufschiebenden ober auflösenden Bedingung, daß ber Borerbe nicht anders über ben Nachlag bon Todes wegen verfüge, eingesetht ober dem Nacherben unter einer berartigen Bedingung ein Vermächtnis auferlegt werden (NG 95, 278 = JW 1920, 286² mit zustimmender Anmerkung von Kipp; JW 1910, 820⁴²; 1925, 2121¹¹ mit zustimmender Anmerkung von Siber; Recht 1916 Kr 253; Seuff 76 Kr 163; BayDbLG 17 A 18; 22 A 275; dagegen Maenner L3 1925, 572—574). Ebensowenig ist es zu beanstanden, wenn dem Dritten bloß die Entscheidung darüber übertragen ist, ob eine vom Erblasser, wenn dem Dritten bloß die Entscheidung darüber übertragen ist, ob eine vom Erblasser, wenn dem Dritten bloß die Entscheidung darüber übertragen ist, ob eine bom Erblasser, wenn dem Erblasser habe (DLG 43, 394). So sit an sich auch ein Vermächtnis gültig, wenn der Erbe nur für einen bestimmten nicht eingertretenen Fall, dessen ahren Voraussehlungen der Erblasser sehsen, nach seinen Gutbessinden von der Auszuhlungspflicht entbunden war (NG 6. 6. 07 IV 529/06). Nicht hierher gehört, wenn dem Testamentsvollstrecker sitr gewisse Auwendungen ein gewisser Spielraum gelassen ist (NG Warn 1912 Kr 174).

3. Bestimmung eines anderen rikkstaktlich der Zuwendung. Die Zuwendung von Todes wegen umfaßt die Erbeinsehung, das Vermächtnis und das Schentungsversprechen (§ 2301 Abs 1). Die Vorschrift des § 2065 ist durch § 2192 auch auf die Auflage übertragen. Sie greift auch dann ein, wenn der Erblasser einen andern, z. B. den Testamentsvollstrecker über seinen Willen mündlich unterrichtet hat (ZW 1925, 21475). Richt hierher gehört der Fall, daß nach dem Willen des Erblassers die Person des Bedachten erst durch den Eintritt gewisser Umstände (Geburt eines Sohnes, vgl. auch § 2105) bestimmt werden soll oder wenn die Bestimmung erst im Wege der Auslegung zu ermitteln ist. Ausnahmsweise kann bei Vermächtnissen und gemäß § 2192, 2193 bei Auflagen die Bestimmung der Person des Vedachten oder doch die Auswahl unter gewissen mehreren Vedachten (§§ 2151—2153, auch § 2072) und ebenso unter gewissen Voraussehungen die Bestimmung des Gegenstandes der Zuwendung (§§ 2154—2156) gewissen Voraussehungen die Vestimmung des Gegenstandes der Zuwendung (§§ 2154—2156) gewissen Voraussehungen die Seiner daß gegen § 2065 Abs 2 berstoßend nichtig ist (RIA 16, 257), könnte ein Vermächtnis an eine so bezeichnete Stiftung gemäß § 2152 gültig sein. Bestimmung der Verson des Testamentsvollstreckers §§ 2198 bis 2200. Erbauseinandersehung nach billigem Ermessen Oritten § 2048.

§ 2066

Sat der Erblasser seine gesetlichen Erben ohne nähere Bestimmung bebacht, so sind diejenigen, welche zur Zeit des Erbsalls seine gesetlichen Erben sein würden, nach dem Berhältnis ihrer gesetlichen Erbteile bedacht.). Ist die Zuwendung unter einer aufschiebenden Bedingung oder unter Bestimmung eines Ansangstermins gemacht und tritt die Bedingung oder der Termin erst nach dem Erbsall ein, so sind im Zweisel diesenigen als bedacht ansyssehen, welche die gesetlichen Erben sein würden, wenn der Erblasser zur Zeit des Eintritts der Bedingung oder des Termins gestorben wäre.).

E I 1771 26 2 II 1939; W 5 37; B 5 32, 33.

1. Borausgesett ist, daß der Erblasser die Versonen der Bedachten als "seine gesetlichen Erben" oder doch mit einem gleichwertigen Ausdruck (Intestaterben, Erben schlechthin, falls er überhaupt noch keine Erben berufen hat) bezeichnet. Sie sind ohne nähere Bestimmung bedacht (so auch in den folgenden Baragraphen), wenn es an jeder Angabe des Namens, Wohnorts oder sonstiger Werkmale bestimmter Personen oder an einem Anhalte für Bemessenscher Verbeile sehlt. Dann gelten nach positiver, den Willen des Erblasses ergänzender Vorschieft diesenigen Personen, und zwar als Testamentserben derufen, die ohne Testament nach der gesehlichen Erbsolge gemäß §§ 1924ss. dernsen serufen, die ohne Testament nach der gesehlichen Erbsolge gemäß §§ 1924ss. dernsentserrichtung — ist schon nach § 2078 U.7. Die Zeit des Erbsalls — nicht der Testamentserrichtung — ist schon nach § 1923 maßgebend. Ühnlich bei der Ausgleichungspsschicht § 2052. Bei Anderung der gesehlichen Erbsolge zwischen Testamentserrichtung und Erbsall bestimmt sich der Kreis der vom Erbsalsser der durch Auslegung ermittelbare, "nähere Bestimmung" enthält, die den Willen des Erbsalsers fundgibt, die von ihm eingesehten gesehlichen Erben seinen nach dem Verdasserrichtung gestellichen Erben seinen nach dem Verdasserrichtung gestenden Rechte zu bestimmung enthält, die dem Verdasserrichtung gestellichen Erben sein nach dem Verdasserrichtung gestellichen Rechte zu bestimmten (NG LZ 1917, 74610; Kecht 1923 Rr 53).

2. In Übereinstimmung mit §§ 158 Abs 1, 163, 2074 gilt bei bedingter oder bestisteter Erbeinsetzung als mutmaßlicher und bis zum Beweise des Gegenteils ("im Zweisel") maßgeblicher Wille des Erblassers, daß für die Erbsolge die fünftige Gestaltung der Verhältnisse zur Zeit des Eintritts der Bedingung oder des Anfangstermins maßgebend sein soll. So auch bei der Nacherbsolge § 2104. — Sind die gesehlichen Erben eines Dritten

bedacht, fo entscheibet freie Auslegung.

§ 2067

Hat der Erblasser seine Berwandten oder seine nächsten Berwandten ohne nähere Bestimmung bedacht, so sind im Zweisel diejenigen Berwandten, welche zur Zeit des Erbsalls seine gesetzlichen Erben sein würden, als nach dem Berhältnis ihrer gesetzlichen Erbteile bedacht anzusehen.). Die Borschrift des § 2066 Sat 2 sindet Anwendung.).

& I 1771 II 1940; Wt 5 36, 87; 13 5 82, 38.

1. Gesetliche Erbfolge der **Berwandten** §§ 1924—1930. Der überlebende Ehegatte und die Berschwägerten sind somit "im Zweisel" nicht bedacht. Auch die Bezeichnung "nächste Berwandte" schlieht die Berwandten der entfernteren Ordnungen an sich nicht aus. Doch ist Auslegungsfrage, ob und inwieweit der Kreis der Bedachten mit Rückscht auf Gradesnähe etwa enger gezogen werden sollte. Sind gewisse Berwandtengruppen genannt (Geschwistern), so entscheidet freie Auslegung, insbesondere auch, ob und wie halbbürtige Geschwister und Geschwisterstinder bedacht sind. Ebenso, wenn den Berwandten eines Dritten etwas zugewendet ist. § 2067 will sür diesen Hall keine Bestimmung treffen (RG Gruch 50, 386). Ohne nähere Bestimmung s. § 2066 A 1.

2. Maggebend Zeit des Eintritts der Bedingung oder des Anfangstermins.

§ 2068

Hat der Erblasser seine Kinder ohne nähere Bestimmung¹) bedacht und ist ein Kind vor der Errichtung des Testaments mit hinterlassung von Abstömmlingen gestorben, so ist im Zweisel anzunehmen, daß die Abtömmlinge insoweit bedacht sind, als sie bei der gesetzlichen Erbsolge an die Stelle des Kindes treten würden²).

& I 1772 II 1941; M 5 37, 88; B 5 33-35.

1. Ohne nähere Bestimmung § 2066 A1.

2. Es handelt sich im Gegensate zu § 2070 um die eigenen Kinder des Erbsassend und im Gegensate zu § 2069 darum, daß das Kind vor der Testamentserrichtung, und zwar durch den Tod weggesallen ist. Ob der Erbsassen ihre den Tod des betreffenden Kindes gekannt dat oder nicht, macht keinen Unterschied. "Im Zweisel" (Auslegungsregel) denkt der Erbsassen, wenn er von Kindern spricht, nicht bloß an Söhne und Töchter, sondern an Abkömmlinge schleckthin. An Stelle des verstordenen Kindes treten dann seine Abkömmlinge nach Stämmen (§ 1924 Abs 3). Unehestiche Abkömmlinge des Erbsassers kommen dei der Erbsossen nach dem Bater nicht in Betracht. Sind die Kinder eines Dritten bedacht, so ist nach allgemeinen Auslegungsregeln zu entschen, ob biermit auch deren Abkömmlinge gemeint sind (KG Gruch 50, 386; § 2069 A 1). Die Vorschrift gilt nicht, wenn das Erbrecht eines Kindes vor der Testamentserrichtung in anderer Weise als durch den Tod erledigt ist (Ausschließung § 1938, Erbberzicht § 2349). Ansechtungsrecht übergangener psischteilsberechtigter Abkömmlinge § 2079.

§ 2069

Hat der Erblasser einen seiner Abkömmlinge bedacht1) und fällt dieser nach der Errichtung des Testaments weg2), so ist im Zweifel anzunehmen, daß dessen Abkömmlinge insoweit bedacht sind, als sie bei der gesetlichen Erbstolge an dessen Stelle treten würden.

& I 1773 II 1942; M 5 37, 88; B 5 83-35

1. Der eigene Abtömmling des Erblassers kann namentlich bedacht sein oder durch Auslegung (§ 2068) als bedacht ermittelt werden. Für diesen Vall wird eine Auslegungszegel (NG 99, 86; L3 1923, 4515) des Inhalts gegeben, daß der Erblasser stillschweigend eine Ersatberufung (§§ 2069, 2190) zugunsten derzenigen Absömmlinge des Bedachten erklärt habe, welche nach § 1924 Abs 3 gesehlich an dessen Etelle berufen wären, nögen sie auch zur Zeit der Testamentserrichtung noch nicht geboren, ihr im Testament bedachter Elternteil damals vielleicht noch gar nicht verheiratet gewesen sein (NG Seuffu 77 Nr 191). Bei einer Nacherbsolge gilt die Regel in dem Sinne, daß, wenn der als Nacherbe eingesette Absömmling wegfällt, diejenigen seiner Absömmlinge Ersatnacherben werden, welche zur Zeit des Nacherbsalls (nicht des Erbsalls) nach § 1924 Abs 3 an seine Stelle treten würden (IFG 1, 154 gegen KG3 31 A 124). Auch wenn die Absömmlinge eines Dritten, ins.

besondere eines nahen Angehörigen, bedacht sind, kann in der Einsetzung dieser Bersonen die Grundlage gesunden werden, von der aus im Wege der Aussegung unter Zuhilse nahme anderweitiger, außerhalb des Testaments liegender Umstände ein weitergebender, auf Ersahderusung der Abkömmlinge der Bedachten gerichteter Wille des Erblassers als im Testament enthalten ermittelt wird (RG JW 1911, 54424; Gruch 61, 324; Seuffu 75 Nr 87); dies selbst dann, wenn der Erblasser an die Möglichkeit des Wegsalss des Bedachten nicht gedacht hat (RG 99, 82; vgl. § 2084 A 2).

2. Im Gegensch zu § 2068 ist vorausgesetzt, das der unmittelbar Bedachte erst nach der Testamentserrichtung, vielseicht erst nach dem Erbfall wegfällt, sei es durch Tod (wie in § 2068), Erbverzicht oder auf eine der andern in § 2094 Al 1 (NG 95, 985.) bezeichneten Arten (FG) 2, 1665.: Eintritt des Falles einer Bervirtungsklausel § 2074 Al 1). Die Borfarst ist auch anwendbar, wenn der näher bezeichnete Abkömmling zwar schon vor der Eestamentserrichtung gestorben ist, aber wenigstens nach der Vorstellung des Erblassers noch gelebt hat (§ 2053 Al 1, § 2107). Sie gilt auch beim Erbvertrag (§ 2279) und dem gemeinschaftlichen Testament, auch wenn es sich um Abkömmlinge des zuerst versterbenden Ebegaatten handelt (RAU 4, 27; KGJ 51, 101). Ein nach § 2069 Berusener ist nicht übergangen und daher nicht nach § 2079 ansechtungsberechtigt (RG Seufstl 77 Nr 191; JW 1925, 27567).

§ 2070

Hat der Erblasser die Abkömmlinge eines Dritten ohne nähere Bestimmung bedacht¹), so ist im Zweisel anzunehmen, daß diesenigen Abkömmlinge nicht bedacht sind, welche zur Zeit des Erbfalls oder, wenn die Zuwendung unter einer aufschiedenden Bedingung oder unter Bestimmung eines Ansangstermins gemacht ist und die Bedingung oder der Termin erst nach dem Erbfall eintritt, zur Zeit des Eintritts der Bedingung oder des Termins noch nicht erzeugt sind²).

E I 1774 II 1948; M 5 88, 89; B 5 85.

- 1. Ohne nähere Bestimmung § 2066 A 1. Abkömmlinge eines Dritten im Gegensate au eigenen Abkömmlingen in §§ 2068, 2069. Lehterenfalls kann es dem durch freie Auslegung zu ermittelnden Willen des Erblassers entsprechen, die zu den betreffenden Beitpunkten noch nicht erzeugten Abkömmlinge wenigstens zu Racherben zu berufen (§ 2101 A 1).
- 2. Die Auslegungsregel des Gesetzes ("im Zweifel") geht davon aus, daß die Absicht des Erblassers, der Abkömmlinge eines Fremden bedenkt, nicht auf Begründung einer Nacherbfolge oder eines Nachvermächtnisses (§ 2191) gerichtet ist, wenn solche Abkömmlinge zu den betreffenden Zeitpunkten nicht mindestens erzeugt waren (§ 1923 Abs 2). Die Hinausschiedung die zur Zeit des Eintritts der Bedingung oder des Ansangstermins entspricht § 2066 A 2.

\$ 2071

Hat der Erblasser ohne nähere Bestimmung eine Alasse von Bersonen oder Personen bedacht, die zu ihm in einem Dienste oder Geschäftsverhältenisse stehen¹), so ist im Zweisel anzunehmen, daß diejenigen bedacht sind, welche zur Zeit des Erbfalls der bezeichneten Alasse angehören oder in dem bezeichneten Berhältnisse stehen²).

E I 1775 II 1944; M 5 39, 42; B 5 35, 36.

- 1. **Bersonentlasse**, z. B. die Schüler einer von dem Erblasser als Lehrer geleiteten Alasse voer die Mitglieder eines Bereins. Solche Mitglieder fönnen im Wege der Auslegung, insbesondere bei sehlender Mechtsfähigkeit des Bereins, auch dann als bedacht angesehen werden, wenn die Zuwendung auf den Berein selbst lautet (§ 2084; **RG** IV 1911, 115⁵³). Als Bersonen, die zu dem Erblasser in einem Dienste voer Geschäftsverhältnisse stehen, kommen Hausgehilfen, Gewerbegehilfen, Privatbeamte u. dgl. in Vetracht. Ohne nähere Bestimmung § 2066 A1. Inwerhin muß der Kreis der Bedachten so sest umgrenzt sein, daß die Einordnung bestimmter Personen möglich ist.
- 2. Die Zeit des Erbfalls gilt, und zwar in Abweichung von den Fällen §§ 2066 A 2, 2070 A 2 auch bei bedingter oder befristeter Zuwendung, als der maßgebende Zeitpunkt (Auslegungsregel "im Zweisel"), wenn nicht ein anderer z. B. auf frühere Angestellte hinweisender Wille des Erblassers bewiesen werden kann.

§ 2072

Sat der Erblasser die Armen ohne nähere Bestimmung bedacht, so ist im Zweifel anzunehmen, daß die öffentliche Armenkasse der Gemeinde, in deren Bezirk er seinen letten Wohnsitz gehabt hat, unter der Anflage bedacht ist, das Zugewendete unter Arme zu verteilen¹).

E I 1776 II 1945; M 5 39, 40; B 5 36, 37.

1. Erbeinsetung und Vermächtnis zugunsten der "Armen" schlechthin werden umgedeutet in die Zuwendung an eine bestimmte öffentliche Kasse (VD über die Fürsorgepslicht v. 13. 2. 24, RGM I 100, § 1 Abs 2, §§ 2, 3, 5) mit der Aussage, das Zugewendete nach ihrem Ermessen unter beliebige Arme — nicht bloß der letten Wohnsitzemeinde — zu verteilen, § 2193. Eigene versolgbare Rechte erwachsen daher den Armen nicht, die Vollziehung kann nur gemäß § 2194 verlangt werden. Ohne nähere Bestimmung § 2066 A 1. Wohnsitz § 7—11. Auch wenn die Armen nur auf die Zinsen angewiesen sind, kann das Kapital selbst als der Armenkasse zugewendet gesten (NG 52, 283).

§ 2073

Harfonen paßt, und läßt sich nicht ermitteln, wer von ihnen bedacht werden sollte, so gelten sie als zu gleichen Teilen bedacht).

E I 1768 II 1946; M 5 32, 83; B 5 22,

1. Borausgescht ist, daß der Erblasser einen bestimmten Bedachten im Auge gehabt, ihn auch unter irgendeiner näheren Bestimmung (§ 2066 A 1) an sich genügend bezeichnet hat, daß aber, weil die Mertmale auf mehrere Personen passen, eine Ungewischeit des Bedachten bestehenbleidt, z. B. mein Entel Karl, die Luisenstiftung, wenn mehrere Entel, mehrere Stiftungen dieses Namens bestehen. Die Bezeichnung "paßt" nur dann auf mehrere, wenn für sie die gleichen, nicht bloß ahnliche Boraussehungen zutressen (NG 1. 10. 06 IV 80/06). Zunächst ind die gewöhnlichen Aussegungsmittel zu erschöpfen (§ 133). Erst wenn sie verlagen, greist das Geset im Widerspruch mit der wahren Absicht des Erblassers mit der Fiktion ein, daß Teilung der Zuwendung unter die mehreren gewollt sei. Verschieden hiervon der Fall, daß der Erblasser von vornherein mehrere wahlweise bedacht hat, §§ 2151, 2152. It der Bedachte so unvollkommen bezeichnet, daß seine Versonlichseit schlechterdings nicht zu ermitteln ist, so ist die Zuwendung wirtungssos (KGF 42, 136).

\$ 2074

1) hat der Erblasser eine letitwillige Zuwendung unter einer aufschiebenden Bedingung gemacht, so ist im Zweisel anzunehmen, daß die Zuwendung nur gelten soll, wenn der Bedachte den Eintritt der Bedingung erlebt²).

C I 1761 II 1947; M 5 24, 25; B 5 11-13.

1. Die allgemeinen Vorschriften über **Bedingung und Zeitbestimmung** (§§ 158—168) gelten grundsätlich auch für Verfügungen von Todes wegen. Insbesondere sind Erbeinsetungen und Vermächtnisse unter ausschiedenden wie auslösenden Bedingungen, unter Bestimmung eines Unsage. wie eines Endtermins zulässig. Bei Erbeinsetungen kommt dann Nacherbsolge in Frage (§§ 2103—2105, 2139), Aufall des Vermächtnisses §§ 2174, 2176, 2177. Über gewisse Arten von Bedingungen enthält das Geseh auch für das Erbrecht seine besonderen Borschriften (M 5, 16—28). So nicht über uneigentliche Bedingungen (notwendige, weil auf Gegenwart oder Vergaungenheit abgestellte oder condiciones juris) oder unmwöliche, widersimige und unerlaubte Bedingungen. Eine unerlaubte Bedingung wird, mag sie als aufschiedende oder ausschiedende geseht sein, nach §§ 134, 138 regelmäßig die ganze lehtwillige Verfügung, wiewohl unter Vorbehalt des § 2085 nichtig machen. Über die vom nachten Wollen oder vom Handeln eines Dritten abhängig gemachten Luwendungen vgl. § 2065 A 2. Endlich sind Auwendungen unter der Bedingung, daß der Bedachte dem Erblasser von Todes wegen oder unter Lebenden etwas zuwende (kaptatorische Verfügungen) an sich nicht verboten. Die Verwirfungstiausch (Entziehung des Jugewendeten oder Beschräntung auf dem Pstlichtteil, salls die Verfügung augerissen werde) ist zusässig. Wie im allgemeinen durch freie richterliche Ausslegung zu ermitteln ist, ob überhaupt eine Vedingung geseht sit und welche Virslegung zu ermitteln ist, ob überhaupt eine Vedingung geseht sit und welche Virslegung zu ermitteln des Erblasser zusommen soll, so gist dies auch für die Frage, welche Handlungen durch die Verwirfungstlausel getrossen werden sollen (NG FRAGE, welche Daublungen derch die Verwirfungsflausel getrossen werden sollen (NG FRAGE, welche Daublungen derch die Verwirfungsflausel getrossen werden sollen (NG FRAGE, welche Daublungen derch die Verwirfungsflausel getrossen werden sollen (NG FRAGE, welche Daublungen derch die Verwirfungsflausel getrossen werden sollen

ift, in benen der Bedachte einen Nichtigkeitsgrund (§ 2078 U 1) ober Anfechtungsgrund (§ 2078 A 2, 4) geltend macht oder ob sie auch solche Fälle treffen foll, in denen er die Bestimmungen des Testaments war formell unangetastet läßt, ihnen aber materiell zuwider-handelt (NG LB 1922, 1977), z. B. dadurch, daß er das Zugewendete oder einen Teil davon auf einen vom Erblasser Ausgeschlossen überträgt. Der Streit über die Echtheit oder (RG 10. 7. 22 IV 692/21) den Sinn des Testaments oder den Bestand des Nachlasses (RG IW 1924, 1718: Klage gegen einen Miterben auf Leiftung des Offenbarungseides hinsichtlich des Nachlagverzeichnisses) fällt nicht ohne weiteres unter die Klausel. Regelinäßig ist bewußter Ungehorsam gegen den letten Willen zu erforbern; solcher liegt nicht vor, wenn ein mit der Klage gegen die Miterben aus einem andern Grunde beauftragter Rechtsanwalt die Anfechtung ohne Wissen und Willen des unter der Verwirkungsklausel stehenden Erben erklärt (NG 323 1916, 119312). Dagegen macht es regelmäßig keinen Unterschied, ob die gegen den Bestand der Berfügung gerichteten Angriffe im Wege der Mage oder zur Entträftung eines auf das Testament gestützten Anspruchs im Wege der Einrede erhoben werden (96 Recht 1916 Rr 1549). Auslegungsfrage ist es auch, ob der Erblasser durch eine Berwirfungsflaufel nur den unzufriedenen Erben selbst oder auch dessen Stamm von der Erbfolge hat ausschließen wollen (NG Warn 1917 Nr 181). Wird durch eine Ansechtung die Berwirkungstaufel selbst vernichtet, was nach § 2085 auch eine Folgeerscheinung der Ansechtung anderer Verfügungen des Testaments sein kann, so kann die Mausel selbstverständlich keine Wirkjamkeit entfalten. Über die Verwirkungsklausel im gemeinschaftlichen Testament val. § 2271

2. Aufschiebende Bedingung § 158 Abs 1. Daß ber Erbe jedenfalls den Erbfall erlebt haben muß, bestimmt schon das Gefet (§ 1923 Abf 1). Ift er zu diesem Zeitpunkt nur auf. schiebend bedingt berufen, so würde sich die ihm hierdurch eröffnete Anwartschaft, Erbe oder doch Nacherbe zu werden (§ 2105 Abs 1), gemäß § 1952 auf seine Erben vererben. Da dies regelmäßig nicht bem Billen bes Erblaffers entspricht, so legt ihn bas Geset babin aus ("im Zweisel"), daß der Bedachte, um Erbe zu werden, nicht bloß den Erbfall, sondern auch den Eintritt der Bedingung erlebt haben müsse. Erst damit vollzieht sich der Anfall der Erbschaft im Sinne von § 1942. Stirbt er vor diesem Zeitpunkte, so gilt die Bedingung als ausgefallen und von einem übergang der erloschenen Anwartschaft auf seine Erben kann nicht mehr die Rede sein. Auch der nur bedingt eingesetzte Erbe kann unerwartet des Eintritts der Bedingung annehmen oder ausschlagen, sobald der Erbfall eingetreten ist (§ 1946). Unter einer aufschiebenden Bedingung: Wegfall des Vedachten ist an sich auch der Ersatzerbe berufen (§ 2096). Allein daß der zuerst Bedachte wegfällt, ist ein gesetliches Begriffserfordernis jeder Ersatzerung, die ja gerade für den Weggefallenen einen Ersat schaffen will. Der Wegfall des zuerst Bedachten kann deshalb nicht als aufschiebende Bedingung im Sinne des § 2074 aufgefaßt werden. Hierzu kommt, daß im Falle der Ausschlagung oder Erbunwürdigkeit bes erstberusenen Erben ber Anfall an den Ersaperben auf die Zeit des Todes des Erblassers gurudbegogen wird (§§ 1953 Abf 2, 2344 Abf 2). Der Ersagerbe braucht mithin nicht notwendig den Wegfall des zuerst Bedachten erlebt zu haben, vielmehr genügt es — wenn tein anderer Wille des Erblassers erhellt —, daß er den Erbfall erlebt hat (hierzu RAN 12, 23). Stirbt er, während die Ersaterbjolge noch ungewiß ist, so gehen seine bedingten Erbrechte im Zweifel auf seine Erben über. Die Auslegungsregel des § 2074 gilt auch für den unter einer aufschiebenden Bedingung eingesetzen Nacherben (§ 2108 Abs 2). Auch das Ersatvermächtnis (§ 2190) gilt entgegen Der Regel des § 2177 als dem Ersahvermächtnisnehmer schon mit dem Zeitpuntte angefallen, wo es der zunächst Bedachte, wenn er nicht ausgeschlagen hatte, erworben haben würde (§ 2180 Abs 3). Jedenfalls muß der Berniächtnisnehmer den Erbfall erlebt haben (§ 2160). — Ift für die Zuwendung ein Anfangstermin bestimmt (§ 163), so handelt es sich bei der Erbeinsehung immer um den Fall der Nacherbfolge (§ 2105 Abs 1). Das Erbrecht geht dann im Falle des § 2108 Abs 2 Sap 1 regelmäßig auf die Erben des Berufenen über. Bei Vermächtnissen ift damit nach § 2177 (A 2) auch ber Anfall hinausgeschoben. Db ber dies incortus ber Bebingung gleichzustellen fei, ift Tatfrage.

\$ 2075

Hat der Erblasser eine lettwillige Zuwendung unter der Bedingung gemacht, daß der Bedachte während eines Zeitraums von unbestimmter Dauer etwas unterläßt oder fortgesett tut1), so ist, wenn das Unterlassen oder das Tun lediglich in der Willfür des Bedachten liegt, im Zweisel anzunehmen, daß die Zuwendung von der austösenden Bedingung abhängig sein soll, daß der Bedachte die Handlung vornimmt oder das Tun unterläßt2).

Œ I 1764 .If 1948; M 5 28, 29; B 5 14, 15.

- 1. Ist das Unterlassen ober Tun als Bedingung der Zuwendung für bestimmte Dauer vorgeschrieben (drei Jahre nicht Alkohol trinken), so ist der Fall des § 2074 gegeben. Bei unsbestimmter Dauer (wenn der Bedachte sich nicht scheiden läßt, sich nicht verheiratet, allsonntäglich zur Kirche geht, dem Testamente nicht zuwiderhandelt) wäre die Zuwendung nach § 2074 auf unabsehdare Zeit, vielsach dis zum Tode des Bedachten hinausgeschoben. Dies entspricht regelmäßig nicht dem Willen des Erblassers.
- 2. Das Gesetz beutet beshalb mittels einer Auslegungsregel ("im Bweisel") die aufschiebende in eine auflösende Bedingung entgegengesetzten Inhalts um, jedoch nur, wenn die Erfüllung der Bedingung in die Willsüt des Bedachten gestellt ist (Potestativbedingung). Die Zuwendung fällt nach § 2075 dem Bedachten sogleich mit dem Erbfall an, ihre Wirkung endigt aber gemäß § 158 Abs 2 mit dem Eintritte der auflösenden Bedingung, d. h. mit dem Augenblick des Zuwiderhandelns oder des Nichtmehrhandelns. Unter § 2075 kann auch der Fall zu bringen sein, daß der Erblasser seinen Kinder zu Erben ernannt, sie dei einer Juwider handlung gegen das Testament aber auf den Pslichtteil gesetzt hat. Die Kinder haben dann, troß § 2806 Abs 1 Sah 2 auch nach der Annahme der Erbschaft, die Wahl, ob sie unter den angeordneten Beschwerungen Erben bleiden oder durch Herbschaft, die Wahl, ob sie unter den angeordneten Beschwerungen Erben bleiden oder durch Herbschaft, die Wahl, ob sie unter den angeordneten Beschwerungen Erben bleiden der durch Herbschaft, die Wahl, ob sie unter den angeordneten Beschwerungen Erben bleiden der durch Herbschaft den Pslichtteil begnügen wollen (RG Seufsu 70 Kr 18). Sicherheit für Wiederherstellung des früheren Zustandes, Herausgabe der Zuwendung (cautio Muciana) hat der Bedachte nicht zu seisten. Darüber, ob der Bedachte auch die in der Zwischenzeit gezogenen Nutzungen herauszugeben hat (§ 159), entscheidt der zu ermittelnde Wille des Erblassers.

\$ 2076

Bezwekt die Bedingung, unter der eine letiwillige Zuwendung gemacht ist, den Borteil eines Dritten, so gilt sie im Zweisel als eingetreten, wenn der Dritte die zum Eintritte der Bedingung ersorderliche Mitwirkung berweigert¹).

E I 1763 H 1949; M 5 27, 28; B 5 13, 14.

1. Bedingung zum Borteil eines Dritten. Der allgemeine Grundsat des § 162, wonach böswillige Bereitelung der Bedingung als Eintritt der Bedingung gilt, findet auch bei den Bersügungen von Todes wegen Anwendung. Im übrigen wird der wirkliche Eintritt der Bedingung durch bloße Erfüllungsbereitschaft des Bedachten nicht ersetzt, wenn sie nicht nach freier Auslegung vom Erblasser als genügend erachtet worden ist. Eine den Wilsen des Erblassers ergänzende, aber widerlegdare Borschrift gibt § 2076 nur für den Fall, daß die Zuwendung nicht bloß wie jede Zuwendung unmittelbar den Borteil des Bedachten, sondern zugleich mittelbar den Borteil eines Dritten bezweckt (X soll 100 erhalten, wenn er dem Z die Benutzung seiner Giebelmauer gestattet). Dieser Zweck darf regelmäßig als gewollt gelten, wenn der Borteil selbst außer Zweisel steht. Berschieden von dem hier vorausgesetzten Tatbestand ist die Zuwendung an X unter einer Auslage zugunsten des Z (§§ 1940, 2195). Die an den Dritten zur Erfüllung einer Bedingung gemachte Leisung ift nicht selbsst Zuwendung (§ 1939 A 4). Ist sie als Bermächtnis gewollt (§ 1939), so geht der hiermit beschwerte zunächtwedachte dadurch, daß der Dritte das Bermächtnis absehnt, der ihm gemachten Zuwendung überhaupt nicht versustig (§ 2085).

S 2077

Eine lehtwillige Berfügung, durch die der Erblaffer seinen Chegatten bedacht hat, ist unwirksam, wenn die She nichtig oder wenn sie vor dem Tode des Erblassers aufgelöst worden ist.). Der Auflösung der She steht es gleich, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes auf Scheidung wegen Berschuldens des Chegatten zu klagen berechtigt war und die Klage auf Scheidung oder auf Aushebung der ehelichen Gemeinschaft erhoben hatte.

Eine lettwillige Berfügung, durch die der Erblasser seinen Berlobten bedacht hat, ist unwirtsam, wenn das Berlöbnis vor dem Tode des Erb-lassers aufgelöst worden ist3).

Die Berfügung ift nicht unwirtsam, wenn anzunehmen ift, daß der Erb- taffer sie auch für einen solchen Fall getroffen haben würde1).

E I 1783 II 1950; M 5 58-55; B 5 58, 59.

1. Die Unwirksamkeit der Bersigung zugunsten des Ehegatten wird auf den mutmaßlichen Willen des Erblassers zurüczesihrt, bedarf deshald nicht der Ansechtung, tritt aber nach Abs 3 nicht ein, wenn ein gegenteiliger Wille erhellt. Der Ehegatte oder Berlobte braucht nicht ausdrücklich in dieser Eigenschaft bedacht zu sein. Auch muß es genügen, wenn er in Erwartung des Zustandekommens der Ehe bedacht und die Zuwendung nach Eheschließung nicht widerrufen ist. Nichtigkeit der Ehe nach §§ 1323—1328 oder infolge wirksamer Ansechtung nach § 1343 Abs 1. Geltendmachung der Nichtigkeit § 1329, der Ansechtung §§ 1341, 1342. Auflösung der Ehe infolge von Scheidung § 1564, der Aussehung der ehelichen Gemeinschaft gleichsteht (§§ 1575, 1586), oder durch Wiederverheiratung nach vorausgegangener Todesertlärung (§ 1348). Ih Ehe oder das Verlöbnis bereits vor dem Erbsall durch Tod des Bedachten ausgelöst, so werden die ihm gemachten Zuwendungen schon nach §§ 1923, 2108, 2160 hinfällig. Entziehung des Pssichteils § 2335.

2. Sat 2 entspricht wortlich bem § 1933, wonach unter ben gleichen Boraussetungen

das gesetzliche Erbrecht des überlebenden Chegatten ausgeschlossen ist.

3. Berlöbnis §§ 1297ff. Auch der ungerechtfertigte Rüdtritt bewirft Ausschiefung. Für die hierdurch vereitelten Erbaussichten ist nur im Rahmen des § 1298 Ersah möglich. Sat das Berlöbnis zur Ehe geführt, so bleibt A 1 anwendbar. — Auf "cheähnliche" oder Freundschaftsverhältnisse ist § 2077 auch nicht entsprechend anzuwenden (RG JB 1927, 120218).

4. Die Beweistaft trifft den früheren Eheatten oder Verlobten, der behauptet, die Aufrechterhaltung der Zuwendung entspreche dem Willen des Erblassers. War der Ehegatte ausdrücklich auch für den Fall der Scheidung mit geringen und bedingten Zuwendungen bedacht, so ist Tatfrage, ob der Erblasser nur die bei Errichtung der Versügung ihm bekannten oder allgemein auch spätere Eheversehlungen verzeihen wollte (NG 14. 6. 06 IV 532/05). — Ahnliche Bestimmungen beim gemeinschaftlichen Testament § 2268 und beim Erbvertrag § 2279.

\$ 2078

1) Eine letiwillige Verfügung⁵) tann angesochten werden, soweit der Erblasser über den Inhalt seiner Erklärung im Fretume war oder eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben wollte²) und anzunehmen ist, daß er die Erklärung bei Kenntnis der Sachlage nicht abgegeben haben würde³).

Das gleiche gilt, soweit der Erblasser zu der Verfügung⁵) durch die irrige Annahme oder Erwartung des Eintritts oder Richteintritts eines Umstandes oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist⁴).

Die Borichriften des § 122 finden feine Anwendung 6) 7).

E I 1779—1781 II 1951; M 5 45—50; B 5 44—52, 62, 63.

- 1. Bon der Anfechtbarkeit zu unterscheiden ist die Richtigkeit letztwilliger Berfügungen. Sie fann barauf beruhen, daß ber Erblaffer der Teftierfabigfeit ermangelt (§§ 2229, 2230; vgl. über die Nichtigkeit eines im Zustande vorübergehender Störung der Geistestätigkeit auf Grund falscher Borftellungen errichteten Testaments RG 23 1920, 2995), daß die gesetliche Form nicht beobachtet ist (§ 125), daß die Berfügung ihrem Inhalte nach etwas völlig Unbestimmtes, Widersinniges, rechtlich oder tatsächlich Unmögliches, Unerlaubtes oder Unfittliches (§ 2171 A 1) anordnet. Auch der Mangel der Ernstlichkeit der Verfügung (bas fertige Testament bedeutet nur eine Schreibubung, ift einem Dritten nur erft gur Begut. achtung vorgelegt, § 118) bewirkt Nichtigkeit, während die Nichtigkeitsgründe des § 116 Sat 2 (Borbehalt) und des § 117 (Scheingeschäft) nicht in Frage kommen, weil bei der lehtwilligen Berfügung kein Erklärungsempfänger vorhanden ist (NG 104, 322). In allen diesen Fällen tritt die Richtigkeit ohne weiteres ein und kann jederzeit von jedem Beteiligten, so auch in Form der Feststellungsklage (§ 256 BBD), geltend gemacht werden. Durch Vergleich der Beteiligten konnen nichtige Verfügungen nicht mit erbrechtlicher Wirkung in Rraft gefett ober durch andere bergleichen erfett, sondern nur schulbrechtliche Berbindlichkeiten begrundet werden (KG 72, 210; auch IB 1911, 8046: Wirkung eines Anerkenntnisvertrags, § 781, auf solche nichtige lettwillige Verfügungen, die, wie die Teilungsanordnung, dem Erben nur eine schuldrechtliche Verpflichtung auferlegen).
- 2. Die Billensmängel des Frrtums und der Drohung führen nur zur Anschibarteit und erst im Ersolge (§ 142 Abs 1) zur Nichtigkeit der lehtwilligen Berfügung. In wörtlicher übereinstimmung mit § 119 Abs 1 unterscheidet das Geset deim Arrtum dem Unkenntnis gleichsteht zwischen Irrtum über den Inhalt der Erklärung, insbesondere über das Besen der Erklärung als einer Berfügung von Todes wegen (der Erblasser kleibet unverbindliche briesliche Wünsche in die Form des Privattestaments) und Irrtum, der zur Abgabe einer Erklärung anderen als des gewollten Inhalts veranlaßt (sich Verschreiben, Versprechen). Wegen

Frrtums über den Inhalt der Erklärung läßt RG LZ 1920, 3406 die Anfechtung eines notariellen Testaments zu, in dem ein Nießbrauchvermächtnis statt der gewollten Borerbfolge angeordnet war, RG 6. 11. 05 IV 229/05 die Anfechtung eines unter Zuziehung eines Dolmetschers aufgenommenen gerichtlichen Testaments, in dem nur die gesetzlichen Erben des Mannes als Nacherben berufen waren, mahrend Erblasserin die beiderseitigen Berwandten als solche einsetzen wollte. Für Ansechtung ist jedoch tein Raum, wenn es sich lediglich um eine ungenaue oder unrichtige, aber im Wege der Auslegung richtigzustellende Ausdrucks. weise des Erblassers handelt (falsa demonstratio non nocet); Auslegung geht der Anfechtung vor (NG Seufful 76 Ar 145; FB 1925, 35912; 1927, 120317). Dagegen ist es für die Anwendung des § 2078, namentlich auch in den Fällen des Abs 2, ohne Bedeutung, wodurch der Erblaffer, insbesondere ob er durch Täuschung in den Frrtum versetzt worden (RG 59, 40: Berhältnis zu § 2339 Nr 3) und ob der Frrtum dem tatsächlichen oder dem Rechtsgebiet angehört (RG Gruch 67, 667: irrige Borstellung eines rechtlichen Erfolgs). Immer wird die lettwillige Verfügung durch Anfechtung nur beseitigt, soweit sie vom Irrtum oder von der Drohung beeinflugt war. Es ift deshalb zugleich in hinblid auf § 2085 von Amts wegen zu prüfen, ob die Tragweite einer gegen die ganze Verfügung gerichteten Anfechtung nicht auf einzelne darin enthaltene Sonderverfügungen zu beschränken ist (98 Gruch 48, 982). Eine aufg 2079 gegründete Anfechtung ichließt nicht zugleich auch die Anfechtung wegen Frrtume aus § 2078 in sich (986 399 1911, 65631; Recht 07 Mr 1171; 28. 3. 23 IV 239/22); über die Möglichkeit der Verbindung der beiden Anfechtungsgründe f. § 2079 A 1 a. E.

3. Abweichend von § 119 Abs 1 ift die irrtümlich getröffene Verfügung nicht darauf zu prüfen, ob sie der Erblasser "bei verständiger Bürdigung des Falles" abgegeben haben würde. Das Gesest lät teinen objektiven Maßstab, sondern nur die subjektive Denks und Anschauungsweise des Erblassers entscheiden. Daß ihm ein Irrtum in der Verson des Bedachten gleichgültig gewesen sein, wird nicht leicht nachzuweisen sein. Unbedeutende Irrungen in der Summe und dem Gegenstande der Zuwendung, bei Teilungs und anderen Anordnungen, werden die Wirksankeit der Verfügung kaum beeinträchtigen. Sierbei kann das Verhalten des Erblassers selbst, der von dem Aufechtungsgrunde noch Kenutnis erhalten hat, von Vedeutung sein (NG 77, 170). Daß er den Widerruf der Verfügung unterlassen hat, schließt jedoch die Anschwerten.

fechtung nicht aus.

4. Als Anfechtungsgrund läßt bas Geset auch den Fretum im Beweggrund gelten, bem es fonft grundfählich die Anerkennung verfagt. Es ift gleichgültig, ob der Frrtum von lelbst aufgetreten oder von einem Dritten durch arglistige Täuschung hervorgerufen ist (A 2). Er tann den Erblasser dazu verleitet haben, einen vermeintlich der Vergangenheit oder Gegenwart angehörenden Umstand zur Zeit der Berfügung als eingetreten anzunehmen (Tod eines früher eingeseyten Erben, besondere Bedürftigkeit des Bedachten). Oder einen Umstand als fünftig, sei es noch zu seinen Lebzeiten oder später (RG 86, 210 Abs 2; L3 1923, 6036), eintretend oder nicht eintretend in Betracht zu ziehen, der sich wider fein Erwarten demnächst nicht verwirklicht oder verwirklicht, vielleicht, ohne daß er hiervon weiß, sich schon zur Zeit der Errichtung der Verfügung verwirklicht oder nicht verwirklicht hatte (daß sich der Bedachte mit der X verheiraten oder nicht verheiraten werde; daß die von dem Bater oder Chemann auf den Niegbrauch oder ein Borerbrecht an ihren Erbteilen beschränkten Rinder oder die Witwe von den Erträgnissen dieses Vermögens allein oder in Verbindung mit ihren sonstigen Einkünften ihren standesmäßigen Unterhalt würden bestreiten können, vgl. Neukirch in JB 1922, 19). Dabei kommen nur Umstände in Betracht, die unabhängig vom Billen des Erblassers eintreten, nicht dagegen solche, die, wie seine Heirat, in seinem Belieben stehen. (RG Recht 1910 Nr 1270; JB 1927, 120317). Daß der Erblasser sich hinsichtlich derzenigen Sachlage, die entgegen seiner Erwartung später tatsächlich eingetreten ist, eine bestimmte Borftellung gemacht habe, ist nicht erforderlich (NG 3B 1925, 35610). Sat er den später eingetretenen Umstand überhaupt nicht bedacht, so steht dies der irrigen Annahme, d. h. der positiven Vorstellung von dem Nichteintritte des Umstandes nicht gleich (NG 86, 206 gegen 77, 174). Deswegen läßt sich aber nicht sagen, daß die vom Erblasser nicht vorausgesehene Geldentwertung die Ansechtung nicht zu begründen vermöchte. Denn im allgemeinen muß davon ausgegangen werden, daß jemand, der in der Zeit vor merkbarer Inflation für die Zukunft Anordnungen vermögensrechtlicher Art traf, mit dem Fortbestehen der bisherigen Bertverhältnisse rechnete, also den Nichteintritt einer wesentlichen Veränderung in dieser Hinsicht erwartete (NGL3 1923, 603°; vgl. § 242 A 5 d 7 Abs 3). Frrtum im Beweggrund (Abs 2, falsche Borstellung über die Höche des Nachlasses) tann zugleich einen Frrtum über den Inhalt (Abs 1) herbeiführen (NG Barn 1912 Nr 88). Borausgesett ist, daß der Erblasser durch derartige irrtumliche Grunde zur lettwilligen Verfügung überhaupt oder zu einzelnen darin getroffenen Anordnungen bestimmt oder doch wesentlich mitbestimmt ist, daß also zwischen Irrtum und Berfügung ein urfächlicher Zusammenhang besteht (Re 50, 240, bes. 59, 33; ferner Birn 1914 Nr 125: Mitbernfung eines zu erwartenden, später totgeborenen Kindes; 388 3, 144: Irrtum über die Fortdauer der Bermögenslage; 98 328 1927, 120317:

Irrtum über den Fortbejtand der Währung). Der Beweis für den ursächlichen Zusammenhang wird erleichtert, wenn der Erblasser in der Verfügung selbst seinen Beweggrund, etwa in der Form der Voraussetzung angegeben hat (expressa causa nocet). Er kann aber auch, wenn dies nicht geschehen, durch andere Umstände erbracht werden. Die Ausschäfteriet der durch Drohung erzwungenen setztwilligen Verfügung entspricht den allgemeinen Grundsähen (§ 123 Abs 1). Erbunwürdigkeit des Drohenden § 2339 Ar 3. Widerrechtlichkeit des mit der Drohung verfolgten Zwedes genügt, so die Drohung der Haushälterin, den hilfsbedürstigen Erblasser zu verlassen, wenn er nicht testiere (KG ZW 02, 286²⁴²).

5. Als ansechtbare letztwillige Verfügung kommt auch der Widerrus einer setztwilligen Verfügung in Vertracht, mag er durch Testament (§ 2254) oder in anderer Weise (§ 8 2255

Verfügung in Betracht, mag er durch Testament (§ 2254) oder in anderer Weise (§§ 2255, 2256) vorgenommen sein (NG 102, 69; NG NJA 11, 180s.; dagegen für andere Fälle als die des § 2254 Maenner L3 1925, 509).

6. Kein Anspruch des Bedachten, der infolge der Ansechtung die ihm gemachte Luwendung versiert, auf Ersah des negativen Interesses.

7. Die Birtung der Ansechtung erschöpft sich in der Nichtigkeit der angesochtenen Versiert der Ansechtung versiert.

fügung (§ 142 Abi 1). Die Anfechtung tann beshalb nicht bem mahren, nicht erklärten Willen des Erblassers zur Wirksamkeit verhelfen (NG L3 1920, 340°). Sie kann insbesondere nicht demienigen, welchen der Erblasser aus Jrrtum zu bedenken unterlassen und beshalb gar nicht erwähnt oder ausgeschlossen hat, nachträglich die ihm eigentlich zugedachte Zuwendung verschaffen (RG 15. 10. 06 IV 111/06). Er könnte nur traft gesehlicher Erbsolge Erbe werden und auch diese ist ausgeschlossen, wenn der ganze Nachlaß gültig vergeben bleibt (RG Banz 06, 15). Doch kann die vom Erblasser gebrauchte zu allgemeine Bezeichnung der Erben ("meine gesetlichen Erben") auf ben wirklich gewollten engeren Kreis dieser Erben (nur die vollbürtigen, nicht auch die halbbürtigen Geschwister) beschränkt und die Erbeinsetung insoweit aufrechterhalten werden (96 70, 391). Ebenso wird gegenüber der Gelbentwertung häufig durch die der Anfechtung borgebende Auslegung geholfen werden können (Re 32 1925, 35912; 1927, 120317; vgl. M 2 und § 2084 M 2). Gine Beftätigung ber anfechtbaren Berfügung (§ 144) burch den Erblasser, der selbst nicht Ansechtungsberechtigter ist, kommt nicht in Frage. Doch kann er sich in einer neuen setzwilligen Versägung darauf beschränken, die ältere trop ihrer Ansechtarkeit aufrechtzuerhalten. Der Ansechtungsberechtigte kann auf die Ansechtung verzichten; ob der Berzicht nur zugunsten eines oder aller Ansechtungsgegner gilt, ist Tafrage. Bergleich und Urteil wirken nach allgemeinen Erundsäßen nur unter den Parteien. — Person des Ansechtungsberechtigten zu Vollenbertungsgegner serbertrags § 2281 ff. Der dort vorgesehene Berusst des Ansechtungsrechts (§ 2285) gilt auch für Unfechtung gemeinschaftlicher Teftamente (98 77, 165).

§ 2079

Gine letitwillige Berfügung tann angefochten werden, wenn der Erblaffer einen zur Zeit des Erbfalls vorhandenen Pflichtteilsberechtigten übergangen hat1), deffen Borhandensein ihm bei der Errichtung der Berfügung nicht bekannt war oder der erst nach der Errichtung geboren oder pflichtteilsberechtigt geworden ift2). Die Anfechtung ift ausgeschlossen, soweit anzunehmen ift, daß der Erblaffer auch bei Renntnis der Cachlage die Berfügung getroffen haben würde3).

Œ I 1782 II 1952; M 5 50-58; B 5 52-58.

1. übergehung des Pflichtteilsberechtigten (§ 2303) liegt vor, wenn ihm im Testament, und zwar unabsichtlich, keine Zuwendung genacht wird (RG L3 1923, 4515). Die Übergehung steht im Gegenfat zur Ausschließung (§ 1938). Die Ausschließung sett bie Absicht bes Erblassers voraus, dem Pflichtteilsberechtigten nichts zuzuwenden. Bei der Abergehung fehlt es an diefer Absicht, der Abergangene geht aber infolge anderweiter Bergebung bes nachlaffes tatfächlich leer aus und behalt nur den Bflichtiefisanspruch (96 59, 62). Dieser Erfolg pflegt gegenüber nahen Angehörigen bem Willen bes Erblaffers nicht zu entsprechen. Das Gesett gewährt deshalb mit dem Anfech-tungsrecht dem Übergangenen ein Mittel, sich mehr als den Pflichtteil, regelmäßig den vollen gesethlichen Erbteil zu verschaffen. Er muß jedoch zur Beit des Erbfalls, wenn auch nur als Erzeugter, und zwar als Pflichtteilsberechtigter (bezüglich ber entfernteren Abtommlinge und der Eltern vgl. § 2309) vorhanden gemefen fein. Ift er gu biefer Beit wieder verftorben oder noch nicht einmal erzeugt, fo fteben ihm oder feinen Erben nach §§ 1928, 2803 weber Erb- noch Pflichtteilsrechte zu. Ift ein Abkömmling erst infolge Begfalls eines Borsahren pflichtteilsberechtigt geworben, so wird er meist nach § 2069 als bedacht und beshalb nicht übergangen zu gelten haben (§ 2069 A 2 a. E.). Richt übergangen ist nach RG 50, 238 sowie JW 1925, 27567 eine Chefrau, die bereits vor der Verheiratung mit dem Erblasser seine Wirtschafterin und während dieser Zeit von ihm mit einer letztwilligen Zuwendung bedacht worden war. Ebensolvenig das Kind des vorverstorbenen Sohnes, wenn der Erblasser dem ganzen Sohnesstamm nur den Pflichtteil zugewendet hatte (NG 2. 7. 06 IV 40/06). § 2079 schließt übrigens das Recht des Pflichtteilsberechtigten nicht aus, eine lettwillige Berfügung auch aus § 2078 anzufechten, wenn dessen besondere Voraussehungen

gegeben sind (AGJ 38 A 121; NG JW 1925, 27567). 2. Das Anfechtungerecht ist weiter bavon abhängig, daß der Pflichtteilsberechtigte, aus Arrtum ober Untenninis des Erblaffers übergangen, nicht bedacht ift. Sonft konnte nur bewußte Übergehung, d. h. Ausschließung (A 1) in Frage tommen. Die Unkenntnis kann darauf beruhen, daß der Erblaffer vom Vorhandensein des Pflichtteilsberechtigten überhaupt nichts gewußt ober ihn bereits verstorben geglaubt hat. Daß ber Erblasser von einer bestimmten Borftellung hierüber beherrscht gewesen sei, ist nicht nötig. Die Bemerkung "da mein Ehemann vor 25 Jahren nach Amerika ausgewandert und voraussichtlich nicht mehr am Leben ist" schließt als bloße Mutmaßung die Unkenntnis der Erblasserin davon, daß er noch am Leben war, nicht aus (NG JW 07, 203°). Die Ansechtung ist auch möglich, wenn der Erblasser zwar die Person des Pflichtteilsberechtigten, vielleicht sogar seine das Pflichtteilsrecht begründenden verwandtschaftlichen Beziehungen zu ihm gekannt, aber aus tatsächlichem oder aus Rechtsirrtum (DLG 34, 313; NG Warn 1927 Nr 35) sein Pflichtteilsrecht als nicht bestehend oder, z. B. infolge der Annahme eines Berzichts (§ 2346), als wieder erloschen angesehen hat. Unkenninis wird vom Geset immer vermutet, wenn das Pflichtteils. recht des Ubergangenen erft nach Errichtung der letiwilligen Berfügung entstanden ist. So insbesonbere, wenn er erst nach bieser Zeit geboren oder legisimiert (§§ 1719. 1723, 1786), oder an Kindes Statt angenommen (§§ 1741, 1757), oder Chegatte des Erblassers geworden ist (§ 2303 Abs 2). Last der Erblasser in Kenntnis der neuen Sachlage das nun-mehr ansechtbar gewordene Testament auch jeht noch bei Kräften, so kann nach Sat 2 die Anfechtung ausgeschlossen sein (RG 77, 170 u. Warn 1918 Nr 212).

3. Beweistaft. Der Tatbestand bes Satz 1 ift vom Aufechtungskläger (§ 2080 Abs 3) hiergegen steht dem Unfechtungsgegner nicht nur der Gegenbeweis offen, daß ber Erblaffer nicht geirrt, sondern den Pflichtteilsberechtigten habe ausschließen wollen. Bielmehr kann er, auch wenn er die Unkenntnis zugeben muß, die Anfechtungsklage schon durch den Nadhweis zu Falle bringen, daß der Erblasser auch bei Kenntnis ber Sachlage nicht anders verfügt hatte. Filr Feststellung biefer allein maggebenden Willensmeinung des Erblassers kommen alle begleitenden oder nachfolgenden Umflände in Betracht, die für die Vorstellungen des Erblassers in Beziehung auf den Pflichtteilsberechtigten erheblich sind, dagegen nicht sonstige Veräuberungen der Sachlage, die etwa auf seinen Willen eingewirkt haben möchten (MG Warn 1912 Ar 117; IFC 1, 168). Dabei ist zu prüsen, ob der unterrichtete und alle Möglichkeiten bedeutende Erblasser die angesochtene Verfügung vollinhaltlich ebenfo oder nur in einem zugunften des Pflichtteilsberechtigten beschränkten Umfange ("fowcit") getroffen haben würde; je nach der Sachlage kann es deshalb genügen, die den Pflichtteilsberechtigten verkurzenden Anordnungen nicht ganz zu streichen, sondern nur entsprechend zu mindern (Re 59, 63; AG Recht 1923 Nr 1247). — Die Anfechtungsgrundsäte des BGB gelten nicht bloß hinsichtlich der Formen und Fristen, sondern auch hinsichtlich der materiellrechtlichen Wirkung der Anfechtung auch gegenüber lehtwilligen Verfügungen (gemeinschaftlichen Testamenten), die vor 1. 1. 00 errichtet worden find, wenn der Anfechtungsgrund unter dem neuen Recht entstanden oder bekannt geworden ift (98 77, 173; Borbem 3 vor § 1922). Pflichtteilsrecht der Witwe f. § 1931 A 5.

\$ 2080

Bur Anfechtung ist derjenige berechtigt, welchem die Aufhebung der lett-

willigen Berfügung unmittelbar zustatten tommen würde1).

Bezieht fich in den Fällen des § 2078 der Frrtum nur auf eine bestimmte Berson und ist diese anfechtungsberechtigt oder wurde sie anfechtungs. berechtigt sein, wenn sie zur Zeit des Erbfalls gelebt hätte, so ist ein anderer zur Anfechtung nicht berechtigt2).

Im Falle des § 2079 fteht das Anfechtungerecht nur dem Pflichtteils.

berechtigten zu3).

Œ I 1784 II 1958; M 5 55-57; B 5 59-66.

1. Anfechtungsberechtigte. Der Erblaffer felbft bedarf bei der freien Widerruflichkeit lettwilliger Verfügungen (§ 2253) der Anfechtung nicht. Dritte sind hierzu nur berechtigt, soweit ihnen die Aufhebung unmittelbar, also nicht erst "beim Wegfall eines anderen" (§ 2341) zustatten kommt. Hiernach find - in Ansehung der ganzen oder nur eines Teiles der lettwilligen Berfügung (§§ 2078 A 2, 2079 A 3) — anfechtungsberechtigt: die geseylichen Erben, soweit Fremde; ber frühere Berufene, soweit ein später eingesetzter Erbe; ber Ersaterbe, soweit ber Saupterbe; der Alleinerbe und die Miterben, soweit Miterben überhaupt oder soweit fie zu höheren Anteilen anfechtbar berufen sind. Bei Vermächtnissen kommt die Aushebung dem Beschwerten, bei ansechtbarem Widerruf dem Bedachten zustatten. Die durch Berbot der Auseinandersetzung (§ 2044), durch Teilungsanordnungen (§ 2048), durch Bestellung eines Testamentsvollstreders Beschwerten, die im Pflichtteil Beschränkten (§§ 2305, 2336) sind an der Beseitigung solcher anfechtbaren Beschränkungen, der bestellte Testamentevollstreder ift an der Aufhebung des Widerrufs seiner Bestellung unmittelbar interessiert. Die nächsten Intereffenten an den in familienrechtlicher Beziehung getroffenen Anordnungen (Borbem vor § 2064) ergeben sich von selbst. Maßgebend für das Interesse ist die Zeit des Erbfalls. Da aber die Wirtung der Ausschlagung auf diesen Zeitpunkt zurudverlegt wird (§ 1953 A 1), so muß bezüglich der Erbeinsehung und des Bermachtnisses (§ 2180 Abf 3), wenn der eigentlich Anfechtungsberechtigte ausschlägt, auch der statt seiner Berusene als unmittelbar beteiligt und deshalb anfechtungsberechtigt gelten. Ob der zunächst Berechtigte sogleich ausgeschlagen oder erst angesochten und dann ausgeschlagen hat (soweit die Anfechtung nicht als Annahme zu gelten hat, § 1943 oder soweit die hierin zu findende Annahme nicht mit Erfolg angefochten ist, § 1954), macht keinen Unterschieb. Jedenfalls bricht mit der Ausschlagung auch feine Legitimation zur Anfechtung nachträglich, aber mit Rückbeziehung auf die Beit des Erbfalls zusammen. Das gleiche hat zu gelten, wenn ber nachsteberechtigte für erbunwurdig erklärt wird (§ 2344). Die Anfechtung der lettwilligen Verfügung kann dem hierdurch Benachteiligten nur dann zustatten kommen, wenn sie den erlittenen Nachteil auch wirklich auszugleichen vermag. Dies ist nicht der Fall, wenn der Erblasser zwar dem Fremden X eine Zuwendung machen wollte, sich aber durch Jrrtum oder Drohung hiervon hat abhalten lassen. Die Ansechtung (des X) kann niemals den Ersolg haben, einem zwar gehegten, aber überhaupt nicht erklärten Willen bes Erblassers Geltung zu verschaffen (RG 23 1920, 3406).

- 2. Wenn der Erblasser aus Fretum seinen Bruder A nur deshalb nicht bedacht hat, weil er ihn verstorben glaubte, so ist nur A und wenn er nach dem Erblasser sirbt, so sind nur A's Kinder und Erben aus § 2078 ansechtungsberechtigt. Sie sind es aber nicht, wenn A schon vor dem Erblasser verstorben ist, obwohl sie im Falle ersolgreicher Ansechtung unmittelbar als gesehliche Erben in Betracht kämen. Denn auf die Kinder hatte sich der Irrtum bes Erblasser nicht bezogen. Im Fall der Drohung gilt die Beschränkung des Abs 2 nicht. Doch ist nach Abs 1 nur ansechtungsberechtigt, wem die Ansechtung zustatten kommt (A 1 a. E.).
- 3. Daß nur der Pflichtteilsberechtigte als ansechtungsberechtigt erklärt ist, will besagen, daß im Falle des § 2079 lediglich Pflichtteilsberechtigte, nicht auch sonstige Dritte als Bersonen in Betracht kommen, denen nach Abs 1 die Ausbedung unmittelbar zustatten kommen würde. Das eigene Ansechtungsrecht des Erblassers gegenüber einem für ihn bindend gewordenen gemeinschaftlichen Testamente wird hierdurch nicht ausgeschlossen (2271 A 6). Das einmal entstandene Ansechtungsrecht ist Bermögensrecht und deshalb vererblich. Dagegen ist das nachte Recht unter Lebenden nicht übertragbar, da die Entscheidung darüber, ob hiervon Gebrauch zu machen sei, nur demienigen zusteht, auf dessen Berson die Voraussehungen des § 2080 zutreffen. Aur nach seiner Person bestimmt sich auch der Fristenlauf. Bohl aber kann es der Ausübung nach einem Dritten überlassen werden. Hat der Berechtigte das im Wege der Ansechtung erst zu verwirklichende Recht (das Recht auf den Nachlasanteil § 2033, die Vermächtnissorderung) übertragen, so muß auch das hierzu dienende Ansechtungsrecht als mit sibertragen gelten. Umgesehrt kann mit Abtretung des Ansechtungsrechts zugleich die Abtretung des damit erst zu erstreitenden Rechtes gemeint sein. Busammen mit diesem Recht ist das Ansechtungsrechts auch pfändbar. Doch kann der Schuldner nicht wider seinen Willen zur Ansechtungserklärung genötigt werden. Bon mehreren Berechtigten ist sebr sit seen ist seinen Werteren Berechtigten ist sebr sit seen ihr geber für sich zur Aussibung des Ansechtungsrechts besugt, soweit die Voraussetzung des Abs 1 auf ihn zutrifft.

§ 2081

Die Ansechtung einer lettwilligen Berfügung, durch die ein Erbe eingesetzt, ein gesetzlicher Erbe von der Erbfolge ausgeschlossen, ein Testamentsvollstreder ernannt oder eine Berfügung solcher Art aufgehoben wird, erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Rachlaftgerichte¹).

Das Rachlaggericht foll die Anfechtungsertlärung demjenigen mitteilen, welchem die angesochtene Berfügung unmittelbar zustatten tommt. Es

hat die Ginficht ber Ertlärung jedem zu gestatten, ber ein rechtliches Inter-

eije glaubhaft macht2).

Die Borichrift des Abs 1 gilt auch für die Aufechtung einer lettwilligen Berfügung, durch die ein Recht für einen anderen nicht begründet wird, insbesondere für die Anfechtung einer Auflage3).

@ II 1954; B 5 66-68, 70-72; 6 844.

1. Abweichend von der Regel bes § 143 Abs 1, wonach die Anfechtung dem jeweiligen Unfechtungsgegner gegenüber zu erklären ift, schreibt bas Geset in ben Fällen bes Ubf 1 u. 8 Ertfärung gegenüber bem Nachlaggericht vor (fo auch § 1955). Dag der Grund der Aufechtung angegeben werde, fordert das Gesetz weder in dem Sinne, daß abstratt die einzelnen Fälle der §§ 2078, 2079 unterschieden, noch in dem Sinne, daß die tonkreten Tatsachen, auf die die Anfechtung gegründet wird, angegeben werden muffen (vgl. RG 65, 88); es ift des halb auch, wenn in der Erklärung nur ein Grund oder nur ein "Umftand" (§ 2078 Abf 2) vorgebracht wird, das Vorbringen weiterer Grunde oder Umftande im Prozest nicht ausgefchloffen (986 25. 2. 24 IV 100/23). Die Erklärung bedarf keiner besonderen Form, muß aber, um wirksam zu werden, dem Nachlaggericht zugegangen sein (§ 130). Erbeinsetzung §§ 2087 ff. einschließlich der Einsetzung eines Nacherben § 2100, Ausschließung § 1938, Ernennung eines Testamentsvollstreders und Bestimmung seines Wirtungstreises §§ 2197 ff. Aufhebung folder Berfügungen §§ 2253ff. (RG Gruch 65, 480: Anwendung des § 2081 auf den Fall des § 2255).

2. Mitteilungepflicht übereinstimmend mit §§ 1953, 1957 u. a. Die Wirksamkeit ber Unfechtung felbst ift hiervon nicht abhängig. Die Mitteilung an den Untragsgegner fann aber eine Anfechtung erseben, die nach der Regel des § 148 unmittelbar diesem Gegner gegen.

über abzugeben gewesen wäre.

3. Rur Berpflichtungen, teine Rechte werden begründet durch die Auflage (§ 1940), durch bas Berbot ber Auseinandersetzung (§ 2044) und durch familienrechtliche Anordnungen (Borbem vor § 2064). Auch durch die Aufhebung derartiger Berfügungen wird kein Recht begründet. Dasselbe gilt von Beschränkungen und Entziehung des Pflichtteils (§§ 2305, 2336). Much hier geschieht in Ermangelung eines Berechtigten die Anfechtung gegenüber bem Rach. laggerichte. Die Regel des § 143 Abs 1 bleibt deshalb in der Hauptsache nur bestehen, wenn es fich um die Anfechtung von Bermächtnis- und (Rechte begründenden) Teilungsanordnungen (§ 2048) ober um Aufhebung folder Anordnungen handelt.

§ 2082

Die Anfechtung tann nur binnen Jahresfrift erfolgen1).

Die Frist beginnt mit bem Zeitpunkt, in welchem der Anfechtungsberechtigte von dem Unfechtungsgrunde Renntnis erlangt. Auf den Lauf der Frift finden die für die Berjährung geltenden Borichriften der 88 203, 206, 207 entsprechende Anwendung2).

Die Unfechtung ift ausgeschloffen, wenn feit dem Erbfalle dreifig Sahre

verstrichen sind3).

E I 1785 II 1955; M 5 68, 69; 6 896

1. Die (abweichend von § 121 Abs 1 bestimmte) Jahressrist ist als gesetsliche Ausschlußfrist sowohl dem Ansechtungsgegner im Falle des § 143 als dem Nachlaggerichte gegenüber

(§ 2081) maßgebend. Fristerechnung §§ 187, 188.

2. Kenntnis erlangen, wie im Falle des § 1944 Abs 2. Der Ansechtungsgrund ist mit dem Erbfall, dem Borhandensein und dem Inhalt der letztwilligen Verfügung in Verbindung mit den einen Frrtum des Erblassers oder einen gegen ihn ausgeübten Zwang und seinen Bestimmung durch den Arrtum des Ervialfers oder einen gegen ihn ausgewien Zwang und leine Bestimmung durch den Arrtum oder Zwang ergebenden Tatumständen der §§ 2078, 2079 entstanden. Bon allen diesen Umständen muß der Ansechtungsberechtigte außreichende Keuntnis erlangt, d. h. sie in zwerfässiger Weise ersahren haben (NG Gruch 59, 481; 65, 480). Im Falle des § 2079 sehlt es an der Kenntnis des Ansechtungsgrundes, solange der Ansechtungsberechtigte ein späteres, ihn berücksichtigendes Testament, wenn auch aus Rechtserrtum, für rechtswirssam (NG 40, 47) oder das ihn übergehende Testament für ungültig hält (NG 107, 192; 115, 30) Kenntnis vom Ansechtungsrecht und von der Notwendigseit der Ausgeschung ist zum Teistkorium nicht erkorderssich (NG 107, 192; 115, 30) der Anfechtung ist zum Fristbeginn nicht erforderlich (MG 107, 194; a. M. Dresden FG 1, 163 für die entsprechende Borschrift in § 2283 Abs 2). Der Fristbeginn ist nicht wie in § 1944 Abs 2 auf die Berkündung der Verfügung abgestellt. Es genägt, daß der Ansechtungsberechtigte ergendwie von ihrem Inhalt unterrichtet worden ist (98 66, 31). § 203: Stillstand ber

Rechtspflege und höhere Gewalt, § 206: Mangel der Vertretung des Geschäftsunfähigen usw. § 207: wenn das Anfechtungsrecht zu einem Nachlasse gehört oder gegen den Nachlas des

Unfechtungsgegners zusteht.

3. Die dreißigjährige Frist (entsprechend § 195) greift ohne Rücksicht auf erlangte Kenntnis durch. Den Beweiß, daß er die Jahresfrist eingehalten habe, hat der Ansechtende zu führen. Dem Gegner steht der Gegenbeweiß schon früher erlangter Kenntnis offen. — Geltendmachung nach Fristablauf § 2083.

§ 2083

Ist eine lettwillige Verfügung, durch die eine Verpflichtung zu einer Leiftung begründet wird, aufechtbar, so tann der Beschwerte die Leistung verweigern, auch wenn die Ansechtung nach § 2082 ausgeschlossen ist.).

Œ II 1956; B 5 70.

1. Der wegen Fristablauss nicht mehr verfolgbare Ansechtungsanspruch kann zeitlich unbeschränkt noch durch Einrede geltend gemacht werden, wenn dem Berechtigten durch ansechtbare Verfügung eine Leistung (Vermächtnis, Auslage, Einwerfung eines Vorempfangs) auferlegt ist (ähnlich §§ 821, 853). Siner besonderen Ansechtungserklärung nach §§ 2081, 148 bedarf es in diesem Falle nicht. Auf Erbeinsehungen oder Teilungsanordnungen ist die Vorschrift nicht anwendbar, da es sich hierbei nicht um Leistungen handelt. — Übertragen auf den Fall der Erbunwürdigkeit § 2845.

§ 2084

Läßt der Inhalt einer letitwilligen Verfügung verschiedene Auslegungen zu, so ist im Zweifel diejenige Auslegung vorzuziehen, bei welcher die Verstügung Erfolg haben kann¹⁾²⁾³).

Œ I 1778 II 1957; W 5 48-45; B 5 48, 44.

1. Wohlwollende Anslegung. § 2084 gibt die allgemeine Auslegungsregel des § 133 in besonderer Beziehung auf das Erbrecht wieder. Er gilt nur für den Zweiselsfall, also nicht, wenn ben Richter gulaffige Willenserforschung (U 2) in ben Stand fett, Die eine von zwei sich barbietenden Auslegungen für zutreffend ober ungutreffend zu erklären (MG Mecht 1919 Nr 1527; vgl. auch RG Warn 1916 Nr 111: einer ihrem Wortlaute nach für einen bestimmten, nicht eingetretenen Fall getroffenen Berfügung wird nach dem Ocsamtinhalte bes Testaments weitergehende Bebeutung beigelegt). Die Borschrift geht nicht barauf aus. ben Bedachten zu begunftigen, sondern hat den Ginn, daß, wenn einerseits eine Auslegung möglich ift, nach ber die lettwillige Berfügung hinfällig werben wurde, anderseits eine Auslegung, nach ber sie aufrechterhalten werden könnte, der zweiten Auslegung ber Vorzug zu geben fei (RG Gruch 53, 97; Warn 1919 Nr 198); für die Antvendung der Borichrift ift beshalb tein Raum, wenn die Verfügung sowohl nach der einen als auch nach der andern Auslegung einen, nur mehr ober minder weitgehenden Erfolg hat (96 Seuffu 75 Nr 107; Streit über die Erstredung des Bermächtnisses eines "Schreibtischs mit Inhalt" auf die Brief- und Buchhnpotheken, über die die hippothekenbriefe und Gintragungsbenachrichtigungen im Schreib. tisch aufbewahrt wurden; **NG** 18. 11. 24 IV 70/24: Streit über die Einsehung des überslebenden Ehegatten zum Vollerben ober bloßen Vorerben). § 2084 kann entsprechend auch dann angewendet werden, wenn die rechtliche Natur der Verfügung selber zweiselhaft ist (NG Recht 1919 Nr 602, 603; LB 1924, 1612: Brivatschenkungsurkunde ober eigenhändiges Testament). Er gibt aber teinen Anhalt für die Auslegung, wenn darüber Streit besteht, ob eine Erklärung des Erblaffers eine Verfügung ober nur einen unverbindlichen Bunfch enthält (RG 23 1927, 5237). Daneben fommt ber Grundfat ber Umgestaltung, § 140, in Betracht (§ 140 A 2). Je nach der Lage des Falles kunn die eine oder die andere dieser beiben Vorschriften die Grundlage dassür geben, die Anordnung einer gesehlich nicht zurlässeinen Pflegschaft in die Bestellung eines Testamentsvollstreckers (NG Warn 1913 Ar 239 und 24. 10. 21 IV 147/21), die Anordnung einer nach § 137 und virssamen dinglichen Verstützungsbeschränkung in die Anordnung einer Vorsund Aacherbsolse oder einer Testamentsstation vollstredung (RG Seuffa 78 Nr 3), die Zuwendung an einen nicht rechtsfähigen Verein in eine Zuwendung an dessen einzelne Mitglieder umzudeuten (RG ZV 1911, 11563).

2. Sonstige Auslegungsgrundfähre. Im allgemeinen ist die Auslegung vom Gesehe nicht eingeengt. Sie sindet nur darin ihre Grenze, daß sie einmal an der vorliegenden Willenserklärung irgendeinen, wenn auch noch so geringen Anhalt sinden muß, anderseits dem völlig unzweideutig ausgedrücken Willen nicht geradezu zuwiderlaufen darf. Innerhald dieser Grenzen können auch sonstige formlose, sogar wegen Formmangels oder aus anderen Gründen nichtige Außerungen des Erblassers und andere außerhald des Testaments liegende

Umstände für die Willeuserforschung verwertet werden (MG JW 1913, 99120; 1918, 1728; Recht 1920 Vr 419, 422; 1925 Nr 900), unter Umständen selbst Bestimmungen eines früheren, aufgehobenen Testaments (MG L3 1916, 129513). Besondere Fälle: MG Warn 1927 Nr 35 (durch Auslegung ermittelte Anordnung im Sinne des § 2324) und 5315 (eigenhändiges Testament in Briefform ohne namentliche Bezeichnung bes Empfängers, aber mit einem Hinweis auf ihn, der durch Umstände außerhalb der Urkunde ergänzt werden kann). Auch in einem formgerechten Testament mitenthaltene stillschweigende Willenserklärungen sind wirtsam, und zwar unabhängig davon, ob der Wille des Erblassers dem das Testament beurkundenden Richter oder Rotar erkennbar war und ihm bewußt geworden ist; immerhin fann die Auffassung, die die Urtundsperson von der Willensrichtung des Erblassers gewonnen hat, für den Beweis dieser Willensrichtung bedeutungsvoll sein (RG 3W 1910, 614; hat, für den Beweis dieser Willensrichtung bedeutungsvoh sein (36 Jzs 1910, 01°; 27. 10. 24 IV 713/23). Der Rücksicht auf Treu und Glauben und Verkehrssitte (§ 157) kommt bei Auslegung von Testamenten neben § 133 keine selbständige Bedeutung zu (NG JW 1912, 344° und Banz 1920, 208). Da die letztwillige Versügung nicht vor dem Erbsalle wirksam wird, können in der Zwischenzeit hinsichtlich des Versonenkreises der Bedachten oder hinsichtlich eines vermachten Gegenstandes Anderungen vorkommen. Das Gesetz gibt für einzelne solche Fälle Auslegungsregeln (§§ 2067—2071, 2169 Abs 3, 2172 Abs 2, 2173). In den durch diese Regeln gewiesenen Richtungen ist auch in anderen Fällen sachlicher aber persäulicher Regenverung durch Auslegung zu ermitteln, mas anderen Fällen sachlicher oder personlicher Beränderung durch Auslegung zu ermitteln, was nach der Willensrichtung des Erblassers zu der Zeit, als die Verfügung von ihm getroffen wurde, als von ihm gewollt anzusehen ist, sofern er vorausschauend das spätere Ereignis bedacht haben würde (NG 99, 82; 110, 306; Gruch 62, 250; 4. 1. 23 IV 100/22). Unter diesem Gesichtspunkt kann auch der Gelbentwertung (§ 242 U 5 d y Abs 3) durch Aussegung Kechnung getragen werden, insbesondere wenn in einer Teilungsanordnung (§ 2004) volle volle werden, das Recht einergrunt ist einen Wecklebrezonisch du einem (§§ 2048, 2049) einem Miterben das Recht eingeräumt ist, einen Nachlaßgegenstand zu einem in Mark bestimmten Preise zu übernehmen (RG 108, 88; JW 1925, 35912), ober wenn ein Summen- oder Rentenvermächtnis in Mark ausgesett ist (§ 2174 A 3); vgl. auch § 2134 A 3, § 2192 A 2. Beim Vorhandensein mehrerer, nebeneinander geltender Testamente (vgl. § 2258) läßt sich die Frage, ob und welche Rechte bestimmten Versonen am Nachlasse 311ftehen, nur auf Grund famtlicher Testamente beurteilen, die in ihrer Gesamtheit den letten Willen enthalten; bei der Ermittsung des letten Willens ist der Richter in biesem wie in soustigen Fällen an die Auffassung der einen oder der andern Partei nicht gebunden (NG JW 1916, 405°; 8. 3. 20 IV 432/19). Auch die Aussegung durch Testamentsvollstrecker ist für den Richter nicht maßgebend (§ 2065 A 2).

3. Die Auslegungsregeln bes BGB gelten, wenn der Erbfall unter seiner Herrschaft eingetreten ist, auch für die Auslegung der vor 1. 1. 00 errichteten Testamente. Doch ist auf die dem Erblasser etwa bekannten Auslegungsregeln und die Sprachweise des älteren Rechtes insosen Bedacht zu nehmen, als er sich dem anpassen und den Inhalt jenes Rechtes zum Bestandteil seines Willeus machen wollte (NG 59, 83; 79, 33; Indich 1927 Nr 482; vgl. für aemenschaftliche Testamente § 2269 U 3 a. E.). Ist der Erblasser bereits vor 1. 1. 00 verstorben, so bleibt sür die Testamentsauslegung ausschließlich das ältere Recht maßgebend (NG 76, 20). Bei Auslegung einer von einem Deutschen im Ausland errichteten Verfügung von Todes wegen kommen, obwohl hiersür nach EG Art 24 an sich beutsches Recht gilt, doch die Besonderheiten der ausländischen Sprache und des ausländischen Rechtsgebrauchs in Betracht NG L3 1924, 741°; 24. 5. 16 IV 38/16).

§ 2085

Die Unwirksamkeit einer von mehreren in einem Testament enthaltenen Berfügungen hat die Unwirksamkeit der übrigen Berfügungen nur zur Folge, wenn anzunehmen ist, daß der Erblasser diese ohne die unwirksame Berfügung nicht getroffen haben würde¹).

E I 1787 II 1958; M 5 60; B 5 69.

1. Der Grundsat des § 189, daß teilweise Richtigkeit in der Regel das ganze Rechtsgeschäft nichtig mache, ist für das Verhältnis der mehreren in einem Testament getrossenen Verkügungen in das Gegenteil verkehrt: grundsähliche Selbständigkeit der Einzelversügungen. Steht hiernach die Unwirksamkeit der einen Verfügung fest, so ist derzeuige, welcher die Unwirksamkeit auch der übrigen Verfügungen behauptet, deweispflichtig dafür, daß sie der Erblasser ohne die unwirksame Verfügung nicht getrossen haben würde (NG 63, 29; 116, 151). Besondere Anwendung des Grundsatzes beim Vermächtnis § 2161, dei der unter einer Auflage gemachten Zuwendung § 2195, bei Zuwendungen an Urfundspersonen § 2235, dei Veurteilung der Tragweite des Biderrufs § 2258. Zuwendung und Auslage sind im Verhältnis zueinander selbständige Verfügungen. Teilweise Unwirksamkeit der Zuwendung hat deshalb nicht notwendig den

Wegfall der damit verknüpften Auflage zur Folge, wenn nicht vom Erblasser die Abhängigseit der Auflage vom Bestande der Zuwendung gewollt war (NG Gruch 52, 1087). Ein Rachtragstestament kann trop Richtigkeit des ersten Testaments dei Kräften bleiben (NG Warn 08 Pr 74). Die Unwirksamkeit begreift in sich nicht bloß die Richtigkeit, z. B. wegen Formmangels (NG 63, 28: von fremder Hand, oder NG Mecht 1921 Ar 582: mit der Masschine geschriedene Berfügung in einem sonst eigenhändigen Testament), sondern auch das Hinfälligenverden der Verfügung aus andern Gründen: Ausschlagung, Ausschl der Bedingung usw. (testamentum destitutum). Handelt es sich nicht um mehrere Berfügungen oder Andreweisen, sondern um die mehreren Bestandteile, aus denen sich eine Berfügung zusammensetz, so ist § 2085 nicht anwendbar, möglicherweise aber § 139. Aus diesem Gesichtspunkt kann unter Umständen ein mehreren Erben auferlegtes Bermächtnis (§ 2148), das einem Teile der Belasteten gegenüber unwirksam ist, den anderen gegenüber teilweise aufrechterhalten werden (NG Seuffu 75 Rr 36). Underseits hat die vom Erblasser gewollte, aber anders als eigenhändig bewirkte Riederschrift einzelner Worte oder Jahlen in einer in einem Privatesstamment getroffenen Verfügung regelmäßig die Richtigkeit dieser Verfügungen zur Folge (NG Seufful 78, 210). — Wegen der wechselbezüglichen Verfügungen in einem gemeinschaftlichen Testament se Verfügungen der beiberseitiaen vertragsmäßigen Verfügungen § 2298.

§ 2086

Ist einer letiwilligen Versügung der Vorbehalt einer Ergänzung beisgesügt, die Ergänzung aber unterblieben, so ist die Versügung wirksam, sofern nicht anzunchmen ist, daß die Wirksamkeit von der Ergänzung absängig sein sollte¹).

E I 1767 II 1859; M 5 81, 82; B 5 21.

1. Während Unvollständigkeit der Einigung im Zweifel das Zustandekommen des Vertrags hindert (§ 154), gilt im Gegenteil die letztwillige Verfügung als jett schon wirklam, obgleich der Erdlasser deinen Vorbehalt in der Verfügung selbst angedeutet hat, daß sie in der vorliegenden Gestalt seinen endsültigen letzten Willen noch nicht enthalte. Dies gilt auch dann, wenn der Erdlasser den Vorbehalt nicht ausdrücklich gemacht, aber in seinem eigenhändigen Testament Raum freigelassen hat, um ergänzende Anordnungen später hineinzuschreiben (NG LZ 1914, 1116¹²). Unter Umständen kann bloßen Unvollständigkeiten der Verfügung durch Aussegung nachgeholsen werden (Offenlassen den Unvollständigkeiten der Verfügung durch Aussegung nachgeholsen werden (Offenlassen der Eumme bei einem Vermächtnis NG IV IV. 39³³). Der Veweiß, daß die setztwillige Verfügung als jetz schon wirksam nicht gewollt sei, liegt demienigen ob, welcher sich auf die Unwirksamseit beruft. — Der Vorbehalt von Nachzetteln (Kodizillarklansel) ist für das VG Bebeutungsloß, da auch die "Ergänzung" immer an die Kormen der letztwilligen Verfügung gebunden ist. Dasselbe gilt von den im Testament in Bezug genommenen Urkunden, soweit sie das Testament ergänzende Villensertsärungen, nicht bloß genauere Bezeichnungen und Erläuterungen des Erstlätten enthalten (testamentum mysticum).

Zweiter Titel

Erbeinsetzung

\$ 2087

Hat der Erblasser sein Bermögen oder einen Bruchteil seines Bermögens dem Bedachten zugewendet, so ist die Berfügung als Erbeinsetzung anzusehen, auch wenn der Bedachte nicht als Erbe bezeichnet ist.).

Sind dem Bedachten nur einzelne Cegenstände zugewendet, so ist im Zweisel nicht anzunehmen, daß er Erbe sein soll, auch wenn er als Erbe bezeichnet ist²).

Œ I 1788 II 1960; M 5 61; B 5 72, 78; 6 847, 848.

1. Es kommt lediglich auf den gemäß § 2084 (s. bort) zu ermittelnden, sachlichen und rechtlichen Inhalt der lettwilligen Verfügung, nicht auf die gesetzechnische Vezeichnung oder auf sakmentale Worte an (§ 133). Für die Erbeinsetung (§ 1937) ist beshalb entscheidend, ob nach dem Willen des Erblassers sein Vermögen als Ganzes oder nach Vruchteilen des Ganzen auf eine oder mehrere andere Personen übergehen soll (§ 1922). Eine unter der Herrschaft des code civil im Rheinland errichtete Verfügung, daß dem Ehegatten alles, was ihm gesetzlich geschenkt und vermacht werden könne, dem Eigentume wie der Nuhnießung

nach geschenkt und vermacht werbe, kann danach, bei Eintritt des Erbsalls nach dem 31. 12. 99, im Sinne der Einsehung des Ehegatten zum Alleinerben ausgelegt werden, wenn sich aus den Umständen (§ 2084 A 2) ergibt, daß der Erblasser dem Gatten alles das hat zuwenden wollen, was er ihm nach dem zur Zeit seines Todes geltenden Rechte nur irgend zuwenden könnte (KG KIA) 16, 70 und KheinKotz 1926, 42; RG 23. 9. 20 IV 126/20). Über die im früheren Gebiet des Baherischen Landrechts in Erbverträgen zwischen gütergemeinschaftslichen Eheseuten häusige Bestimmung, daß der Überlebende den Kindern das Vaters oder Muttergut auszuzeigen habe, vgl. BahDbLG 22 A 255; 23 A 17. Bedienze und befristen Erbeinsehung § 2074. Ob und mit welchem Inhalt eine alternative Erbeinsehung (die Einsehung mehrerer Personen in der Weise, daß nur die eine oder die andere Erbe werden soll) wirksam ist, unterliegt freier Auslegung. Die Erbeinsehung kann als unbedingt gewollt auch in einen Bedingungssah eingekseidet sein (positus in condicione). Daß sie die ganze Erbschaft vergebe, ist nicht ersorderlich (§ 2088).

2. Mit Buwendung einzelner Wegenstände (Sachen ober Rechte § 90) ober mit Buwendung des Pflichtteils (MG 61, 15) will der Erblaffer, wenn er sich über die rechtliche Bedeutung seiner Verfügung klar ist, nur Forderungen an seinen Nachlaß begründen (§§ 1939, 2174, 2304, 2317). So legt das Gesetz seinen Willen "im Zweifel" fogar dann aus, wenn er stan hierbei der technischen Bezeichnung "Erbe" bedient hat. Es kann sich aber hinter dem ungenauen nur einzelne Gegenstände hervorhebenden Ausdruck auch wahrer Erbeinsehungswille verbergen. So wenn das ganze Bermögen nur nach besonders wichtigen Bermögensstücken bezeichnet wird (mein hof, mein Geschäft, meine Bertpapiere, DLG 44, 88) oder wenn das Bermögen nach Gruppen von Gegenständen ganz oder doch vermeintlich ganz aufgeteilt wird (bewegliches, unbewegliches Bermögen), Ban DbLG 11, 172. Auch die Zuwendung einer Summe kann unter Umständen als Bruchteil der zu einem gewissen Wert veranschlagten Erb. schaft gemeint sein. Insoweit ist auch nach BEB Erbeinsetzung ex re certa möglich. gebenenfalls sind dann die Bruchteile nach dem Wertsverhältnis der einzelnen Gegenstände zu bestimmen (RG Warn 1918 Ar 240; AGJ 52, 65); es fann auch Erbeinsetzung unter gegenseitiger Beschwerung mit Vermächtnissen oder Teilungsanordnungen gewollt sein. Hat der Erblaffer den Erbteil eines Miterben im Wege der Teilungsanordnung auf eine bestimmte Summe beschränkt, foll biefer Miterbe also burch Bahlung der Summe abgefunden werden, to ift die Fälligkeit dieser Abfindung regelmäßig nicht von der Durchführung der Auseinandersettung abhängig (96 24. 10. 21 IV 147/21 und Seuffa 77 Nr 149). Zuwendung einer dem Erblaffer felbst angefallenen Erbschaft oder des Bruchteils einer folchen Erbschaft oder bes Unteils an einer fortgesetten Gutergemeinschaft ift regelmäßig Bermächtnis (RG Barn 1917 Rr 122); Erbeinsetung tann aber g. B. bann gewollt sein, wenn ber Erblaffer außer dem Gegenstande der Buwendung tein weiteres Bermögen hinterläßt oder biesen Gegenstand doch bei Errichtung des Testaments im wesentlichen als seinen voraussichtlichen ganzen Nach-laß betrachtet hat (NG 1. 7. 20 IV 82/20; BahDbLG 19 A 146). Auch die Zuwendung eines Bruchteils vom Reinertrage bes Nachlasses stellt sich als ein Vermächtnis bar (legatum partitionis). Dagegen ift es nacherbfolge, wenn bem Erben auferlegt ift, die gange Erbichaft an einen Dritten herauszugeben, § 2103.

§ 2088

Hat der Erblasser nur einen Erben eingesetzt und die Einsetzung auf einen Bruchteil der Erbschaft beschränkt, so tritt in Ansehung des übrigen Teiles die gesetzliche Erbsolge ein.

Das gleiche gilt, wenn der Erblaffer mehrere Erben unter Beschränkung eines jeden auf einen Bruchteil eingesetht hat und die Bruchteile das Ganze nicht erschöbfen.

E I 1790 II 1961; M 5 63, 64; B 5 78, 74.

1. Das BGB lehnt hiermit den Sat ab: nemo pro parte testatus pro parte intestatus decedere potest. Borausgesetht ist, daß der oder die mehreren eingesethen Erben auf — für keden besonders oder gemeinschaftlich — ausgeworfene Bruchteile beschräntt sind, die den Rachlaß nicht erschöpfen und nach der Ansicht des Erblassers nicht erschöpfen sollten. Sonst schlasses 2089 ein. Gehört der eingesethe zugleich zu den gesehlichen Erben, so ist es Aussegungsfrage, ob und wieweit er in letztere Eigenschaft nochmals zur Erbsolge gelangen soll.

§ 2089

Sollen die eingesetzten Erben nach dem Willen des Erblassers die alleinisgen Erben sein, so tritt, wenn jeder von ihnen auf einen Bruchteil der Erbs

schaft eingesett ift und die Bruchteile das Ganze nicht erschöpfen, eine berhältnismäßige Erhöhung der Bruchteile ein1).

@ I 1794 II 1964: M 5 65, 66: B 5 74,

1. Die Berufenen find die alleinigen Erben, wenn fie nach dem Willen des Erblaffers nicht, wie im Falle des § 2088 auf Bruchteile beschränft sind. Das Berhaltnis der bestimmten Bruchteile zueinander, nicht Kopfteile sind maßgebend. Es sind eingesett A zu \(^1/8\), B zu \(^1/8\) c zu \(^1/8\) oder auf den gemeinschaftlichen niedrigsten Nenner gebracht A zu \(^8/94\), B zu \(^6/94\), au \(^3/24\). Sie erben (8+6+3=17) je \(^6/17\), \(^6/17\) und \(^3/17\). Ebenso beim Bermächtnis \(^5/2157\). Gemeinschaftlicher Erbteil § 2093.

\$ 2090

Ift jeder der eingesetzten Erben auf einen Bruchteil der Erbichaft eingesett und übersteigen die Bruchteile das Ganze, so tritt eine verhältnismäßige Minderung der Bruchteile ein1).

& I 1798 II 1963; M 5 65; B 5 74,

1. Es find A zu $^{1}/_{2}$, B zu $^{1}/_{3}$, C zu $^{1}/_{4}$ eingesetzt ober auf den gemeinschaftlichen niedrigsten Nenner gebracht A zu $^{6}/_{12}$, B zu $^{4}/_{13}$, C zu $^{3}/_{12}$. Sie erben (6+4+3=13) je $^{6}/_{13}$, $^{4}/_{13}$ und $^{3}/_{12}$. Seens beim Vermächtnis \S 2157. Gemeinschaftlicher Erbteil \S 2093. S. auch § 2092 Abs 2. Daß die Auslegung zu einem andern Ergebnis führt, ist nicht ausgeschlossen. Bird ber Nachlag nach und nach in aufeinander folgenden Testamenten vergeben, so kommt auch § 2258 in Betracht.

\$ 2091

Sind mehrere Erben eingesett, ohne daß die Erbteile bestimmt find, so sind sie zu gleichen Teilen eingesett, soweit sich nicht aus den SS 2066 bis 2069 ein anderes eraibt1).

@ I 1792 II 1962; Dt 5 64, 65; B 5 74.

1. Sind die Erbteile unbestimmt gelassen und kann durch Auslegung ein anderer Wille des Erblassers nicht ermittelt werden (so insbesondere aus der Gruppierung der Erben nach Stämmen, RG Warn 1918 Nr 128, "Frau und Kinder" ober auberen auf bas gesetzliche Erbrecht beutenden Bezeichnungen), so ergänzt ihn bas Geset dahin, daß Teilung nach Ropfen gewollt fei (fo insbesondere, wenn die Erben hintereinander namentlich aufgeführt find). Sat ber Erblaffer mehrere Erben ohne Angabe von Bruchteilen eingesett, aber ben Rachlaß erschöpfend unter sie verteilt, so ist § 2091 unanwendbar; die Erbteile bestimmen sich vielmehr nach dem Verhältniffe der Berte der ben einzelnen Erben zugewiesenen Vermögens. bletinegt nach bein Berhattusse bet Berte ber bei einzelten Erbeit zigertesen Vermogens-ktüde zum Werte des Gesamtnachlasses (KGF 52, 65; § 2087 U 2). Es behandeln § 2066: Einsetzung der "gesehlichen Erben", § 2067: der "Verwandten", § 2068: der "Kinder", § 2069: der "eigenen Abkömmlinge". Für Einsetzung der Enkel stellt das BGB feine Regel auf. Ebenso beim Vermächtnis § 2157. Gemeinschaftlicher Erbteil § 2093. Unbestimmt-heit insolge eines nicht ergänzten Vorbehalts § 2086.

§ 2092

Sind bon mehreren Erben die einen auf Bruchteile, die anderen ohne Bruchteile eingesett, so exhalten die letteren den freigebliebenen Teil der Erbichaft1).

Erichöpfen die bestimmten Bruchteile die Erbichaft, fo tritt eine berhältnismäßige Minderung der Bruchteile in der Beise ein, daß jeder der ohne Bruchteile eingesetzten Erben so viel erhält wie der mit dem geringsten Bruchteile bedachte Erbe2).

Œ I 1795 II 1965; № 5 66—68; № 5 74, 75.

1. Eingesett sind A zu 1/8, B zu 1/4, C und D ohne Bruchteile. Es erhalten C und D bie

freigebliebenen $^{5}/_{12}$, und zwar gemäß \S 2091 zu gleichen Teilen, somit jeder $^{5}/_{24}$ der Erbschaft.

2. Eingesetz sind A zu $^{3}/_{4}$, B zu $^{1}/_{3}$, C und D ohne Bruchteile. Es erhalten zunächft C und D jeder soviel wie B, also je $^{1}/_{3}$. Gemäß \S 2090 sind sodann die auf $^{3}/_{4}$, $^{1}/_{3}$, $^{1}/_{3}$ und $^{1}/_{3}$ anzunehmenden Erbteile in $^{9}/_{12}$, $^{4}/_{12}$, $^{4}/_{12}$, der $^{9}/_{21}$, $^{4}/_{21}$, $^{4}/_{21}$, $^{2}/_{21}$ unzuwandelm. Eind die Erben ausbrücklich auf den nach Abzug der bestimmten Bruchteile verbleibenden überrest eingesetzt. In ist die Erbeinsetzung im Talle des Abst 2 wibersung und könnte nur Uberrest eingesett, so ift die Erbeinsetung im Falle des Abst 2 widersinnig und konnte nur

gehalten werben, wenn bamit Ersat- ober Nacherbenberufung gewollt ist. Ebenso beim Vernächtnis § 2157. Das Borausvermächtnis gilt für den damit bedachten Erben als reines Veranächtnis (§ 2150) und erleidet deshalb keine Minderung. Gemeinschaftlicher Erbteil § 2093.

§ 2093

Sind einige von mehreren Erben auf einen und denselben Bruchteil der Erbschaft eingesetzt (gemeinschaftlicher Erbteil)¹), so finden in Ansehung des gemeinschaftlichen Erbteils die Borschriften der §§ 2089 bis 2092 entsprechende Anwendung²).

Œ I 1796 II 1966; M 5 68, 69; B 5 75.

1. Der gemeinschaftliche Erbteil, besse Wegriffsbestimmung hier gegeben wird, begründet nach dem mutmaßlichen Willen des Erblassers eine besondere Gemeinschaft der darauf berusenen Erbengruppen oder Untergruppen, die vermöge des Anwachsungsrechts (§§ 2094, 2095) und der Bevorzugung in der Ersatterbolge (§ 2098 Abs 2) auch deim Wegfall einzelner daran beteiligter Erben aufrechterhalten bleibt. De der Erblasser die mehreren Erben aufrechterhalten bleibt. De der Erblasser dundlegung zu ermitteln. Die bloße Jusammensassung mehrerer in einem Sate (A, B und C sollen ½6 erben) oder unter einer Gesammensassung (meine Brüder sollen die Hälfte erben) wird in der Regel nicht genügen (verbis conjuncti). Eher wird die Jusammensassung verschiedener Erbengruppen unter gemeinsamen sausenden Zissern einen Anhalt bieten. Dagegen wird gemeinschaftlicher Erbteil anzunehmen sein, wenn mehrere als wahre Erben (§ 2087 A 2) auf denselben Gegenstand (A und B auf das Gut, C und D auf das Kapitalvermögen) berusen siehen Gerblisser daneben noch die auf die einzelnen entsallenden Unterbruchteile bestimmt hat (A, B und C sollen zusammen ein Drittel, und zwar A 2/9, B und C je ½18 erben).

2. Die Unterbruchteile der mehreren auf denselben Bruchteil eingeseten Erben sind,

2. Die Unterbruchteile der mehreren auf denselben Bruchteil eingesetzten Erben sind, wenn der Erblasser nicht anders verfügt hat, oder wenn nicht §§ 2066—2069 eingreisen, unter sich gleich (§ 2091). In den besonderen Fällen der §§ 2089, 2090, 2092 bestimmen sie sich

nach ben bort gegebenen Borschriften. - Gemeinschaftliches Bermächtnis § 2157.

§ 2094

Sind mehrere Erben in der Weise eingesetzt, daß sie die gesetzliche Erbfolge ausschließen, und fällt einer der Erben vor oder nach dem Eintritte
des Erbfalls weg1), so wächst dessen Erbteil den übrigen Erben nach dem Berhältnis ihrer Erbteile an2). Sind einige der Erben auf einen gemeinschaftlichen Erbteil eingesetzt, so tritt die Anwachsung zunächst unter ihnen
ein3).

Ist durch die Erbeinsetzung nur über einen Teil der Erbschaft verfügt und findet in Anschung des übrigen Teiles die gesetzliche Erbfolge statt, so tritt die Anwachsung unter den eingesetzten Erben nur ein, soweit sie auf einen gemeinschaftlichen Erbteil eingesetzt sind⁴).

Der Erblaffer tann die Anwachsung ausschließen5).

& I 1797, 1798 Ubj 1 II 1967; M 5 69-72; B 5 75, 76.

1. Das BGB spricht von Anwachsung im technischen Sinne nur bei der gewillkürten Erbfolge, wendet aber den Grundsat des § 2094 auch auf den Fall der Erhöhung des Erbteils dei der gesetlichen Erbfolge an (§ 1935). Voraussetzung ist, daß die gesetliche Erbfolge ansgeschlichen Erbfolge an (§ 1935). Voraussetzung ist, daß die gesetliche Erbfolge ausgeschlichen ist (§ 1938), sei es, daß der Erbsasset ist Erbsasset ganz vergeben oder bei nicht erschöhen üt (§ 1938), sei es, daß der Erbsasset gegeben hat, daß die eingesetzen seine alleinigen Erben seine seinen gegeben hat, daß die eingesetzen seine Arbsasset seiner der eingesetzen Erben vor dem Erbsasset (durch Tod § 1923, auch Totgeburt eines erwarteten Kindes RG Warn 1914 Ar 125, Erbverzicht § 2352) oder nach dem Erbsasset (durch Ausschlagung § 2074 oder Nichterteilung der nach Art 86, 87 EG erforberlichen der aufschieden Bedingung, RG 95, 985.) weggesallen ist. Begsall durch Eintritt der aufsösenden Bedingung [§ § 2104 A 1. Auch Wegsall infolge durchgeführter Ansechtung §§ 2078 st. exhört hierher (NG a.a.D.), während eine von vornherein, z. B. nach § 2235 Abs 2, nichtige Erbeinsetung (gegen DLG 43, 394) als nicht geschrieben zu behandeln ist. Ist dieser Wegsall vom Erbsasser nicht bereits vorgesehen, so ergänzt das Geseh seinen mutmaßlichen Willen dahin, daß auch

in den Erbteil des Weggefallenen die gesetliche Erbfolge ausgeschlossen, dieser freigewordene Erbteil vielmehr den übrigen eingesetzten Erben zugewendet sein solle. Der in dieser Beise anwachsende Erbteil gilt nach § 1953 Abs 2 als bereits mit dem Erb. fall angefallen und geht, wenn einer der eingefehten Erben nach dem Erblaffer verslirbt, jusammen mit dem ursprünglichen Erbteil auf deffen Erben über (§ 1952). Beide Erbteile, ber ursprüngliche und ber angewachsene bilben, abgesehen von den Sondervorschriften der §§ 2007, 2095, zusammen einen einheitlichen Erbteil: portio portioni accrescit. Die Annahme ober Ausschlagung bes ursprünglichen ergreift mit Rotwendigkeit auch ben erft später anwachsenben Erbteil (§ 1951 Abf 2).

2. Berhältnis der Erbteile. Es sind eingesett A au 1/2, B au 1/2, C au 1/6. A fällt weg. Bon seinem Erbteil $(^1/_2)$ wachsen an $^2/_3$ (ober $^1/_3$ ber gauzen Erbschaft) benn B, $^1/_3$ (ober $^1/_6$ ber gauzen Erbschaft) benn C. Es erben somit B $^1/_3$ + $^1/_3$ = $^2/_3$, C $^1/_6$ + $^1/_6$ = $^1/_3$ ber Erbschaft. B und C teilen mithin die Erbschaft, wie wenn A überhaupt nicht bedacht wäre

(§ 2089).

3. Gemeinschaftlicher Erbteil \S 2093. Es sind eingesetzt A zu $^1/_3$, B zu $^1/_4$, C und D gemeinschaftlich auf $^5/_{12}$. Es fallen weg erst D, sodann C. Der Anteil des D ($^5/_{24}$) wächst zu nächst an dem C, dessen Erbteil sich hierdurch auf $^5/_{12}$ der Erbschaft erhöht. Diese $^5/_{12}$ wachsen demnächst mit $^5/_{12} \times ^4/_7 = ^5/_{21}$ dem A, mit $^5/_{12} \times ^3/_7 = ^5/_{28}$ dem B an. Es erben somit A $^1/_3 + ^5/_{21} = ^4/_7$, B $^1/_4 + ^5/_{28} = ^3/_7$ der Erbschaft.

4. Im Falle des Abs 2 (§ 2088 Abs) 2) Ausanmentrefsen der gewillkürten und der Schelken serbschaft des Gebruschung in der Versel wirt des gewillt ürten und der

gesetlichen Erbfolge gilt die Anwachsung in der Regel nicht als gewollt. Der durch Wegfall eines eingesetzen Erben frei werdende Erbteil vererbt sich weiter nach ber gesehlichen Erbfolge. Nur innerhalb der auf einen gemeinschaftlichen Erbteil (§ 2093) berufenen Erbengruppe findet Anwachsung statt. Ob und inwieweit schon in der Beschräntung der eingesetzten Erben auf einen Teil ber Erbschaft bie Berufung biefer Erben auf einen gemeinschaftlichen Erbteil zu finden fei, ist Auslegungsfrage.

5. Der Erblaffer fann bie Unwachfung ausschließen nur durch lettwillige Berfügung, es muß aber nicht mit ausbrudlichen Worten geschehen (RG Barn 1914 Nr 125). Gie ift immer ausgeschlossen im Falle der Berufung von Ersaberben (§ 2099), zu denen nach § 2069 A 2 auch die nachrückenden Abkönnnlinge gehören, oder eines Nacherben (§ 2102) Die Anwachsung fann auch nur bezüglich eines einzelnen Miterben ausgeschloffen fein-Sei es, daß er ausbrudlich auf ben ihm zugewendeten Erbteil beschränkt vber, was bem regelmäßig gleichzustellen sein wird, nur auf den Pflichtteil eingeset ist (§ 2804). Ober daß sein Erbteil ausdrücklich von der Anwachsung ausgenommen und damit für ben Fall bes Freiwerdens den gesetzlichen Erben zugewendet ist. — Der anwachsende Erbteil ift auch Bestandteil der Nacherbschaft (§ 2110), gilt aber beim Erbschaftskauf im Zweisel als nicht mit veräußert (§ 2373). Anwachsung bei Bermächtnissen §§ 2158, 2159, beim Erbvertrag § 2279 A 1.

§ 2095

Der durch Anwachsung einem Erben anfallende Erbteil gilt in Anschung der Bermächtnisse und Auflagen, mit denen dieser Erbe oder der wegfallende Erbe beschwert ist1), sowie in Ansehung der Ausgleichungspflicht2) als besonderer Erbteil3).

E I 1799 II 1968; Dt 5 73, 74; B 5 76; 6 90.

1. Wörtlich übereinstimmend mit § 1935 (Erhöhung des gesetzlichen Erbteils). Grundsat der Einheitlichkeit beider Erbteile (§ 2094 & 1) ist insofern streng durchgeführt, als bie Annahme oder Ausschlagung bes einen stets auch den andern Erbteil ergreift und als der Erbe für die Nachlagverbindlichkeiten im allgemeinen unterschiedsloß mit beiden Erbteilen haftet (§ 1935 A 4). Es würde aber zu unbilliger Beschverung des Erben führen, wenn er genötigt wäre, zur Tilgung der nur auf dem einen Erbteil ruhenden, diesen überschwerenden Berbindlichkeiten auch den andern freien Erbteil mit zu verwenden. Dies verhütet § 2095, wiewohl nur in Beziehung auf Bermächtnisse und Auflagen, die nach §§ 2161, 2192 auch bei Begfall bes damit zunächst Beschwerten wirksam bleiben. Voraussetung ift nach § 2007 ferner, daß die mehreren Erbteile verschied en beschwert sind (Sondersall bei Bland U 1). Die besonderen haftungsgrundsäte bei Bermächtnissen und Auflagen s. § 1992. Die Borschrift ift namentlich dann von Bedeutung, wenn der Erbe mit beiden Erbteilen nur beschränkt oder mit dem einen beschränkt, mit dem andern unbeschränkt haftet. Aber auch der schlechthin unbeschränkt haftende Erbe kann in den Fällen des § 2060 vermöge des beneficium divisionis wenigstens so viel erreichen, daß sich nach der Teilung seine Leistungspflicht bezüglich der auf dem ursprünglichen und dem anwachsenden Erbteil ruhenden Vermächtnisse und Auflagen nur auf einen nach der Quote eines jeden dieser Erbteile zu bemessenden Betrag

beschränkt. Nur in Höhe bieser Quote haftet er sodann unbeschränkt auch mit bem eigenen

Vermögen (§ 2060 A 1).

2. Das Anwachsungsrecht gilt nur für die gewillkürte, die Ausgleichungspflicht nur für die geschliche Erbsolge. Es kann sich beshalb hier nur um die lettwillige Berufung von Abkönnmlingen nach § 2052 handeln. Daß zugleich mit dem Erbteile des Wegfallenden auch seine Ausgleichungspflicht dem andern Erben anwächst, ergibt § 2051. Aus § 2056 folgt, daß ungeachtet der Bereinigung beider Erbteile in einer Hand bei der Auseinandersetzung sowohl der mit der Ausgleichungspflicht überschwerte (ursprüngliche oder anwachsende) Erbteil, wie auch die darauf laftenden Borempfängnisse gang außer Betracht zu bleiben haben.

3. Der Erblasser kann abweichende Anordnungen treffen. Er kann zugunsten von Vermächtnissen und Auflagen bestimmen, daß sie nicht bloß von dem ursprünglichen, sondern auch von dem durch etwaige Anwachsung vergrößerten Erbteile zu tragen seien. Ebenso bezüglich der Ausgleichungspflicht. Der Erbe darf jedoch hierdurch nicht im Pflichtteil verkürzt werden (§§ 2306 Abs 1, 2318, 2316) und kann selbstverständlich die Beschräntung seiner Haftung dagegen geltend machen (§ 2007). — Gleiche Grundsätze beim Vermächtnis § 2159. Entsprechende Anwendbarkeit beim Verkauf unter Miterben § 2034 Abs 1.

\$ 2096

Der Erblaffer tann für den Fall, daß ein Erbe bor oder nach dem Eintritte bes Erbfalls wegfällt, einen anderen als Erben einsegen (Erfagerbe) 1).

Œ I 1800 II 1969; Mt 5 74, 75, 77-79; B 5 76.

1. Die Ginsehung eines Erfaterben ift an fich Erbeinsehung unter ber aufschiebenden Bebingung bes Wegfalls bes zunachst Berufenen (§ 2094 A 1), wurde also nach § 2074 an sich voraussetzen, daß ber Ersaterbe den Wegfall erlebt. Allein um eine eigentliche, b. h. um eine willfürlich und rechtsgeschäftlich vom Erblaffer gesette Bedingung handelt es sich bei der Berufung eines Ersaterben überhaupt nicht (vgl. § 2074 A 2). Da überdies die Birkung des Anfalls auf die Zeit des Erbfalls zurückbezogen wird (f. unten), so genügt, daß der Ersaterbe den Erbfall wenigstens als Erzeugter ersebt hat (§ 1923). Stirbt er erst nach dem Erbfall, aber vor Begfall bes junachst Berufenen, fo geht das Ersaperbrecht auf die Erben bes Ersaperben über (§ 1952), wenn nicht ein gegenteiliger Wille bes Erblaffers anzunehmen ift. Dagegen ift fein Raum für die Ersagerbsolge, wenn der zunächst Berusene nach dem Erblasser, aber vor Ablauf der Ausschlagungsfrist verstirdt. Die Erbschaft (bas Ausschlagungsrecht) geht dann auf die Erben des zunächst Verusenen über, § 1952. Erst wenn diese ausschlagen, tritt die Ersatzberusung in Kraft. Kraft gesetzlicher Vermutung gelten die Abkömmlinge eines vom Erblasser eingesen Abkömmlings, falls dieser nach der Testamentserrichtung wegsällt, stets als Ersatzerben berusen, § 2069. Ebenso gilt der Nacherbe zugleich zum Ersatzerben sür den Vorerben berusen, § 2102. Der Erblasser kann mehrere Ersatzerben neben- oder hintereinander berusen. Der an zweiter oder späterer Etelle berusene Ersatzerbe rück auch dann ein, wenn seine nächsten Vordermänner schon vor dem zuerst Berufenen weggefallen waren (substitutus substituto est substitutus instituto). Der Ersaterbe kann Fremder oder Miterbe, er kann auf den ganzen Nachlaß oder einen Nachlaßanteil, an Stelle eines gewillkurten oder eines gesetzlichen Erben (§ 2051 Abf 2) berufen sein. Es kann unter Umftänden auch luft bes Erbrechts auf ben Zeitpunkt bes Erbfalls zurückbezogen; es wird in allen biesen Fallen so angesehen, als ob der zunächst Berusene bereits vor dem Erbfalle gestorben wäre (RG 95, 98). Die Ersatherufung kann auch auf den Fall beschränkt sein, daß der zunächst Berufene nur aus einem bestimmten Grunde wegfällt. Dann tann es sich um eine echte Bedingung mit der Wirtung aus § 2074 handeln. Die bem zunächst Berufenen auferlegten Beschwerungen gehen auf ben Ersaterben über (§§ 2161, 2192). Ebenso die Ausgleichungspflicht (§ 2051 Abs 2). Auch an Teilungsanordnungen (§ 2048) ist er gebunden. Ob seine Berufung von derselben Bedingung abhängig sein soll, die dem zunächst Berufenen geset war, ist Aussegungefrage. Das Borausvermachtnis (§ 2150) fällt bem Ersaberben an, wenn es vom gunächft Bedachten nicht schon erworben war und nach § 2190 als bem Ersaberben zugewendet anzusehen ift (f. auch §§ 2110 Abs 2, 2373). Auf ben Boraus des überlebenben Chegatten (§ 1932) hat ber an seiner Statt berufene Erbe mangels bes hierfür vorausgesetzen perfonlichen Berhältniffes zum Erblasser im Zweifel keinen Auspruch. — Erfannacherbe § 2108 A 3, Erfaherbe beim Erbvertrag § 2279. Erfahvermächtnis § 2190. Uber das Berhältnis des § 2096 zu § 2108 Abf 2 f. § 2108 A 2.

8 2097

Ift jemand für den Fall, daß der zunächst berufene Erbe nicht Erbe fein tann, oder für den Fall, daß er nicht Erbe fein will, als Erfagerbe eingesett, fo ift im Zweifel anzunehmen, daf er für beide galle eingefest ift1).

E I 1801 II 1970; M 5 75; B 5 76.

1. Auslegungsregel. Ebenso beim Ersapvermächtnis § 2190.

\$ 2098

Sind die Erben gegenseitig oder find für einen bon ihnen die übrigen als Erfagerben eingesett, fo ift im Zweifel anzunehmen, daß fie nach dem Berhältnis ihrer Erbteile als Ersaterben eingesett find1).

Sind die Erben gegenseitig als Erfaterben eingesett, fo geben Erben, die auf einen gemeinschaftlichen Erbteil eingesett find, im 3weifel als

Ersaterben für diesen Erbteil den anderen vor2).

Œ I 1808 II 1971; № 5 76, 77; № 5 77.

1. Erben als Ersaterben. A, B, C sind zu \(^1/2\), \(^1/3\) und \(^1/6\) eingesetzt und gegenseitig, oder es sind B und C für A als Ersaterben berusen. A fällt weg. B und C rücken (wie im Falle der Anwachsung \(^2 2094\)) in die Hälte des A nach Berhältnis ihrer eigenen Erbteile \((2:1)\) ein. Sie erben deshalb \(^1/3\) + \(^2/3\) von \(^1/2\) = \(^1/3\) = \(^2/3\), \(^1/6\) + \(^1/3\) von \(^1/2\) = \(^1/6\) der Erbschaft. Sind nur einige der übrigen Witerben für einen oder mehrere Witerben als Ersaterben eingesetzt (A und B für C und D), so rücken A und B gemäß \(^2 2091\) zu gleichen Teilen in die freiwerdenden Erbteile des C oder D ein. Das Gesetz gibt nur eine Außlegungsregel (im Zweisel). Waren \(^3\). Hir A seine Witerben B und C sowie der Fremde X berusen, so kann in Frage, ob alle drei nach Kopfteilen, oder ob A und B nach Berhältnis ihrer Erbteile in den einen, X in den andern Kopfteil einrsicken solsen.

2. Gemeinschaftlicher Erbteil \(^2 2093\). A ift zu \(^1/2\), B, C und D sind zusammen auf \(^1/3\), alle dier sind gegenseitig als Ersaterben eingesetz. B fällt weg. Dann rücken (wie im Falle der Unwachsung \(^2 2094\)) nur C und D in den freiwerdenden Erbteil des B ein. A ist nicht be-

ber Anwachsung § 2094) nur C und D in den freiwerdenden Erbteil des B ein. A ist nicht beteiligt. Seine Ersatberufung wird erst wirksam, wenn auch C und D weggefallen find. Den Erbteil anzunehmen, den Ersaherbteil aber auszuschlagen oder umgekehrt ift nur gestattet, wenn beibe Berufungen auf verschiebenen Grunden (3. B. Testament und Erbvertrag) beruhen oder wenn der Erblasser eine verschiedenartige Erklärung zugelassen hat (§ 1951 Abs 1, 2 u. 8). Abweichend vom Anwachsungsrecht (§ 2095) gilt der Ersaperbteil in allen Stütten, nicht bloß bezüglich der Bermächtnisse, Auflagen und der Ausgleichungspflicht als besonderer Erbteil (§ 2007). Ersapvermächtnis § 2190.

\$ 2099

Das Recht des Ersatzerben geht dem Anwachsungsrechte bor1). E I 1798 216 2 II 1972; DR 5 78; B 5 76.

1. Ersaterbe § 2096, Anwachsungerecht § 2094. Die Einsetung eines Ersaterben bebeutet deshalb immer Ausschließung der Anwachsung (§ 2094 Abf 3). Db der für mehrere Erben berufene Ersaterbe bei Begfall ichon eines ober erft aller Miterben einrucken soll, ift Auslegungsfrage. Erfapvermächtnis § 2190.

Dritter Titel

Einsetzung eines Racherben

Dem BBB ist ber Sat: semel heres, semper heres unbekannt. Es läßt beshalb geschen. daß mehrere Personen, Vorerbe und Nacherbe, hintereinander Erben einer und derselben Erb. schaft werden, §§ 2100, 2139. Diese Gestaltung der Erbfolge kann nur durch den Willen des Erblasser geschaffen werben, die §§ 2101—2107, 2110 helsen, soweit dieser Wille unvollkommen ausgedrückt ist, mit ergänzenden und auslegenden Bestimmungen nach. Das Gesetzieht aber der Wirsamkeit der Nacherbeinsehung zugleich gewisse zeitliche Grenzen (§ 2109). Dem Nacherben wird schon mit dem Erbfalle eine Antvarschaft auf die Nacherbsolge eröffnet, die ein Bermögensrecht darstellt und regelmäßig veräußerlich und vererblich ist (§ 2108). In die wirkliche Erbenstellung rückt er dagegen erst mit "Eintritt des Falles der Nacherbsolge" ein (§ 2139). Bis dahin ist der Borerbe Herr der Erbschaft, diesem steht daher grundsählich die freie Versügung über die Erbschaftsgegenstände zu (§ 2112). Seine Versügungsmacht ist aber mit Nücksicht auf das Necht des Nacherben in wichtigen Beziehungen eingeschränkt, §§ 2113—2115. Uns demselben Grunde sind ihm eine Reihe von Einzelpstichten auserlegt, die in der Verdsstung zur ordnungsmäßigen Verwaltung des Nachlasse gipfeln (§ 2130). Dem Nacherben sind sich den vor Eintritt seiner Erbsolge gewisse Kontrollrechte eingeräumt, so insbesondere in den §§ 2121—2123, 2127—2130, anderseits ist er nach § 2120 auch zur Einwilligung in notwendig werdende Verstügungen des Vorerben verpslichtet. Das Gesch kennt eine befreite Vorerbschaft und die Einsetzung des Nacherben auf den Überrest (§§ 2136—2138).

§ 2100

- 1) Der Erblasser kann einen Erben in der Weise einsetzen, daß dieser erst Erbe wird, nachdem zunächst ein anderer Erbe geworden ist (Nacherbe)²).
 - E I 1804 Sat 1 II 1978; M 5 81—88; B 5 78.
- 1. Borerbe und Nacherbe find in zeitlicher Aufeinanderfolge mahre Erben, Gefamtrechtsnachfolger (§ 1922) einer und berselben Erbschaft. Der Nacherbe ist nicht etwa Erbe des Borerben. Die Erteilung einer Bollmacht durch ben Borerben ift deshalb unwirksam, wenn sie erst nach Eintritt der Nacherbsolge zur Geltung kommen soll (AGH 50, 159). Borerbe und Nacherbe haften für die Nachlaßverbindlichkeiten (§§ 2144, 2145). Der Borerbe ift nicht bloß Nutungsberechtigter am Nachlaß (§§ 2111 A 3, 2133), wie beim Nießbrauch an ber Erbschaft (§ 1089). Er hat vielmehr das Verfügungsrecht über die Erbschaftsgegenstände (§§ 2112, 2129, 2140), soweit er darin nicht zugunsten des Nacherben dinglich (§§ 2118ff.) oder schuldrechtlich (§§ 2116ff.) beschränkt ist. Ift er Miterbe, so steht ihm die Verfügung über seinen Anteil an der Borerbschaft zu und auch die Pfändung dieses Anteils ift zulässig (§ 2033 A 3), wiewohl unvorgreiflich bem Rechte des Nacherben (§ 2115, BPD § 773). Der pfändende Gläubiger bleibt beshalb prattisch auf die Nutungen des Erbteils oder, wenn der der Borerbe vor dem Nacherbfall, so geht sein Recht auf seinen Erben über, dleibt diesem aber nur bis zum Eintritt des Nacherbfalls (RG 24. 11. 27 IV 211/27). In der Zwischenzeit steht dem Nacherben aber bereits eine Anwartschaft auf die Erbschaft, ein "Recht" zu, das auch schon vor dem Eintritt der Nacherbfolge gewisse Wirkungen äußert (RG 65, 145), auf seine Erben übergeht und Gegenstand rechtsgeschäftlicher Verfügungen und ber Bfandung sein kann (§ 2108 A 2).
- 2. Die Einsetzung des Racherben fann, wie die Ginsetzung jedes Erben, nur durch Berfügung von Todes wegen erfolgen (§§ 1937, 1941). Bleibt danuch unklar, ob es fich um Borund Nacherbschaft, oder um Zuwendung des bloßen Nichbrauchs am Erbteil, 3. B. der eingesetten Kinder handelt, so ist entscheidend, ob der in der Form des Nießbrauchs Bedachte, wenn auch unter weitgehenden Verfügungsbeschränkungen, nicht dennoch Herr des Nachlasses und ein anderer erst nach ihm Erbe sein soll (**RG** ZW 1911, 28315; 1918, 4343 mit A; Warn 1927 Nr 57; Dresden IFG 3, 156). Über Auslegungszweifel beim gemeinschaftlichen Testament vgl. § 2269 A 2. Auch im Falle des § 2104 wird die Einsehung der gesetzlichen Erben vom Gesetze wenigstens fingiert. Der Racherbe tann auf das Ganze oder nur auf einen Bruchteil der Erbichaft berufen sein (§ 2087). Mehrere Erben können, wiewohl mit der zeitlichen Grenze des § 2109, als sich nacheinander folgend bestimmt werden. Der erste Nacherbe sieht dann nach Eintritt bes ersten Falles der Nacherbfolge dem folgenden Nacherben wieder als Vorerbe gegenüber usw. Ersatnacherbe § 2096. Auslegungsfrage ist, ob in dem an den Erben gerichteten Verbote, lettwillig zu verfügen, eine Nacherbeneinsetzung seiner gesetzlichen Erben enthalten ist (§ 2108 U 1). Die Auferlegung der Verpflichtung, einen Bruchteil ber reinen Erbschaft herauszugeben, ist regelmäßig nicht als Anordnung einer Nacherbichaft, sondern eines Bermächtnisses zu verstehen (§ 2087 A 2). Kommt es nicht zur Erbfolge des Vorerben, weil er vor dem Erblasser verstorben ist, oder weil das sein Erbrecht beendigende Ereignis schon vor dem Erbfall eintrat, so kommt es auch nicht zur Nacherbsolge. Wohl aber wird der Nacherbe dann regelmäßig als Ersatzerbe eintreten (§ 2102).

§ 2101

Ist eine zur Zeit des Erbsalls noch nicht erzeugte Person als Erbe eingesetzt, so ist im Zweisel anzunehmen, daß sie als Nacherbe eingesetzt ist. Entspricht es nicht dem Willen des Erblassers, daß der Eingesetzte Nacherbe werden soll, so ist die Sinsetzung unwirtsam¹).

Das gleiche gilt von der Einsetzung einer juriftischen Person, die erst nach dem Erbfalle zur Entstehung gelangt; die Borschrift des § 84 bleibt

unberührt2) 3).

E I 1758 Abi 2 II 1974; M 5 12, 13; B 5 7-10; 6 90; MH 817.

1. Nach § 1923 kann nicht Erbe werden, wer zur Zeit des Erbfalls nicht wenigstens erzeugt war (anders beim Vermächtnis § 2178). Die Berufung einer solchen Person als Erbe (ober Ersaherbe) muß deshalb unwirksam bleiben, wenn sie schlechterdings nur als Erbeinsetung gewollt ist. Das Geseh wandelt aber durch Auslegungsvorschrift ("im Zweisel") die äußerlich unwirksame Erksärung in eine wirksame um (§ 140), indem sie in eine Nacherbeinsetung umgedeutet wird, sür deren Bestand Leben oder Erzeugtsein des Bedachten zur Zeit des Erbfalls nicht Boraussehung ist (§ 2108 U 1). Der Fall der Nacherbsolge, gegebenenfalls auch einer zweiten Nacherbsolge (RG Warn 09 Nr 30), tritt mit der Geburt des oder der mehreren solchergestalt Bedachten ein (§ 2106 Uhs 2). Die Frage der Nacherbsolge ist mithin erst dann erledigt, der Kreis der in Betracht kommenden Personen erst dann geschlossen, wenn gewiß ist, daß eine Geburt nicht mehr zu erwarten steht. Psleoschaft für die noch unbekannten Nacherben § 1913, Testamentsvollstrecker § 2222. "Die Ksche Nachsommenschaft" kann hiernach als Nacherbe berufen sein, auch die Eintragung oder Umschreibung einer Hypothek auf ihren Namen ist zulässig (RG 61, 355; 65, 277; FW 1911, 36210).

2. Entstehung einer juriftischen Person, d. h. Erlangung der Rechtsfähigkeit beim Berein §§ 21—23, bei der Stiftung § 80. Mit der Entstehung tritt der Anfall der Nacherbschaft ein (§ 2106 Abs 2). Bei einer Stiftung, die vom Erblasser in der Berfügung von Todes wegen selbst degründet, aber erst nach seinem Tode genehmigt ist, singiert das Gesey, sie sei schon vor dem Tode entstanden (§§ 88, 84). Da bis zur Genehmigung eine Stiftung, von der die Erbschaft angenommen werden könnte, nicht vorhanden ist, auch ein Vorerbe nicht eintritt, so muß die Bervaltung des Nachlasses die dahin gemäß §§ 1960ss. von einem Nachlaspsleger geführt werden. — Halbs 1 des Abs 2 hat von Stiftungen nur solche im Auge, die auch vom Stifter noch nicht begründet oder die von anderen Personen als dem Stifter in Er-

wartung des Entstehens eingesett sind.

3. Beweispflichtig dafür, daß eine Nacherbeinsehung nicht beabsichtigt war, ist berjenige, welcher die Unwirksamkeit der Einsehung behauptet. Dieser Beweis ist durch § 2084 noch erschwert. Rein Beschwerderecht des Vorerben gegen Anordnung der Pflegschaft (A 1) DLG 8, 323.

§ 2102

Die Einsetzung als Nacherbe enthält im Zweifel auch die Einsetzung als Ersatzerbe1).

Ist zweiselhast, ob jemand als Ersatzerbe oder als Nacherbe eingesett ist, so gilt er als Ersatzerbe²).

Œ I 1802 II 1975; M 5 75, 76; B 5 76, 77.

1. Die Auslegungsregel ("im Zweifel") gibt ber erklärten Berufung bes Z zum Racherben nach dem X als Borerben den nicht erklärten Inhalt: Z werde zugleich zum Erfatserben für den etwa wegfallenden Erben X berufen. Diese Ersaberufung ist nur wirklam, wenn Z zur Zeit des Erbfalls mindestens erzeugt ist (§ 2096 Al 1). Trifft dies nicht zu, so könnte er nur Nacherbe werden, und zwar gemäß § 2106 Abs 2 mit seiner Geburt. Bis dahin oder dies zum Eintritt eines sonstigen die Nacherbsolge eröffnenden Ereignisse wären (da der Borerbe X weggefallen ist) die gesetlichen Erben die Borerben (§ 2105). Lebte Z bereits zur Zeit des Erbfalls, so wird er, wenn der Borerbe X wegfällt, unmittelbar gewöhnlicher Erbe. War er als (Nach- und nuumehr) Ersaherbe eines Miterben berufen, so schließt er das Anwachsungsrecht der übrigen Miterben aus (§ 2099). Die Ersahberufung enthält niemals umgekehrt auch eine Nacherbeinsehung.

2. Der einmal zur Erbfolge kommende Erbe soll im Zweisel nicht mit einer Nacherbschaft beschwert sein. Hat z. B. der Erblasser als Erben berusen den X und "an Stelle des X ober nach ihm" die sämtlichen Kinder des Z, so rücken, wenn X weggesallen ist, nur die lebenden ober doch bereits erzeugten Kinder des Z als Ersaherben ein. Die noch nicht erzeugten gelten

hier nicht (wie nach § 2101 Abs 1) als Nacherben, sonbern nur als Ersatzerben berufen, und biese ihre Berufung ift nach § 1923 unwirksam. It X wirklich Erbe geworden, so ist er, da die Kinder des Z nicht als Nacherben zu gelten haben, gewöhnlicher, unbeschwerter Erbe, während die Ersatzerufung der Zschen Kinder durch den Erbantritt des X hinfällig geworden itt. Über einen Fall, in dem eine "Substitution" gegen die für Zweiselsfälle gegebene Regel aus dem Ausammenhange des Testaments im Sinne der Andrendung nicht nur der Ersatz, sondern auch der Nacherbsolge auszulegen war, weil sich nur so der vom Erblasser verfolgte Zweiserreichen ließ, s. NG L3 1922, 465¹¹. — Entsprechende Anwendung von Abs 1 u. 2 beim Rachvermächtnis § 2191.

§ 2103

Hat der Erblasser angeordnet, daß der Erbe mit dem Eintritt eines bestimmten Zeitpunkts oder Ereignisses die Erbschaft einem anderen herausgeben soll, so ist anzunehmen, daß der andere als Nacherbe eingesett ist.).

E I 1805 II 1976; W 5 88, 84; P 5 78.

1. Die Anordnung, die Erbschaft oder einen Teil der Erbschaft (§ 1922) einem andern berauszugeben (§ 2130), enthält nach erganzender Bestimmung des Gesets eine Nacherdeinschung. Doch kann Aussegung im einzelnen Falle, insbesondere dann, wenn nach dem wahren Willen des Erblassen nur ein Wertanteil der Erbschaft herauszugeben ist, zu der Unnahme einer bloßen Vermächtnisanordnung führen (§ 2087 A 2, Bahdb2G 22 A 94). Die Gerauszabe kann einem gewillkürten oder einem gesehlichen Erben auferlegt sein. Immerhim muß ersennbar sein, daß der hiermit Beschwerte wenigstens vorübergehend Erbe (Vorerbe) sein soll (NG 23 1923, 321¹⁰). Die Anordnung, A solle Erbe sein, habe aber die Erbschaft sofort an X herauszugeben, verneint damit zugleich das angebliche Erbrecht des A und ist nichtig, wenn sie nicht als unmittelbare Erbeinsehung des X, möglicherweise in Verbindung mit der Ernennung des A zum Testamantsvollstrecker, gehalten werden kann. Es ist Ausbegungsfrage, ob in dem Verbot, über die Erbschaft lestwillig zu versügen oder in dem Gebot, einen Bestimmten Dritten als Erben zu ernennen, eine Herauszabeverpssichtung und damit eine Racherbschaft zugunsten der gesellichen Erben oder des Dritten gesunden werden kann (§ 2100 V 2).

§ 2104

Hat der Erblasser angeordnet, daß der Erbe nur bis zu dem Eintritt eines bestimmten Zeitpunkts oder Ereignisses Erbe sein soll, ohne zu bestimmen, wer alsdann die Erbschaft erhalten soll, so ist anzunehmen, daß Nacherben diesenigen eingesetzt sind, welche die gesetzlichen Erben des Erblassers sein würden, wenn er zur Zeit des Eintritts des Zeitpunkts oder des Ereignisses gestorben wäre. Der Fiskus gehört nicht zu den gesetzlichen Erben im Sinne dieser Borschrift.

& I 1807 II 1917: M 5 86, 87: B 5 79, 80.

1. Beschränkt sich der Erdlasser darauf, das Erdrecht des eingesetzen Erden durch Bestimmung eines Anfangs, oder Endtermins, einer aufschiedenden oder auflösenden Bedingung zeitlich zu begrenzen, so will er jedenfalls eine Vor- und Nacherbsolge. Seine Verfügung ist aber unvollständig, wenn er entweder a) die Nacherben (§ 2104) oder b) die Vorerben (§ 2105) weder ausdrücklich noch in sonstiger durch Ausderdung (§ 2084 A 2; DCG 43, 398) zu ermittelnder Weise bezeichnet hat. Das Geseichzeit geneint seinen konstruktive Nacherbsolge). Rommen sie als Nacherben in Vertracht, so bestimmen sich ihre Versonen und ihre Erdbeile nicht nach dem sonst sin Vertracht, so bestimmen sich ihre Versonen und ihre Erdbeile nicht nach dem sonst für die gesetzliche Erbsolge maßgebenden Zeitpunkt des Todes des Erbsasser (§ 1922), sondern auf Erund der Fistion, daß der Erdbasser zeitpunkt des Todes des Erdsassers, sonder auf Erund der Fistion, das der Erdsasser Acherben werden. Sie bleiben während der Schwebezeit undefannt und können deshalb ihre mit der Nacherbeneigenschaft verdundenen Rechte und Pflichten nur durch einen Pfleger (§ 1918) oder Testamentsvollstrecker (§ 2222) ausüben. Die Benennung eines Nacherben schlasser sich Anwendung des § 2104 auch dann aus, wenn der Benannte schon vor dem Erdsasser sicht anwendung des § 2104 auch dann aus, wenn der Benannte schon vor dem Erdsasser sicht erken und vorhanden, oder ist ihr Erdrecht durch Ausschließung, Erdverzicht, Erdundsürdsseit weggefallen, so verbleibt, da der Fiskus nicht in Frage kommt (U 2), die Erdschaft dem Vorerben oder seinen Erden. Dagegen ist der gesetliche Erde, der Anteil an der Erdschaft ausgeschlagen hat, dadurch nicht gehindert,

bemnächst den Anteil an der Nacherbschaft anzunehmen (§ 1951 Abs 1). Sind von mehreren anwachsungsberechtigten Miterben einer oder einige nur auf Zeit oder auflösend bedingt als Erben eingesetzt, so wird sowohl die entsprechende Anwendung des § 2094 wie die Auslegung des letzten Willens regelmäßig dazu führen, daß der erledigte Erbteil den übrigen Miterben als Nacherben anwachsen und nicht den gesetzlichen Erben zukommen soll. Haben sich Sebengatten in einem gemeinschaftlichen Testament als Vorerben eingesetzt, aber nur für den Fall, daß aus der Ehe Kinder hervorgehen, bestimmt, daß die Kinder Kacherben sein sollen, so sommt § 2104 nur in Vetracht, wenn aus dem Testament der Wille der Erblasser sein sollen, seht, daß der überlebende Shegatte auf seden Fall, also gleichviel ob Kinder aus der She hervorgehen oder nicht, die Erbschaft nur die zum seltzgeiten Zeitpunkt behalten soll (FS 2, 151).

2. Rein Nacherbrecht bes Fistus (§ 1936). Wohl aber fann er nach § 2105 Borerbe werden.

Bgl. für das Bermächtnis § 2149.

§ 2105

Hat der Erblasser angeordnet, daß der eingesetzte Erbe die Erbschaft erst mit dem Eintritt eines bestimmten Zeitpunkts oder Ereignisses ershalten soll, ohne zu bestimmen, wer bis dahin Erbe sein soll, so sind die geseklichen Erben des Erblassers die Borerben.

Das gleiche gilt, wenn die Persönlichkeit des Erben durch ein erst nach dem Erbfall eintretendes Ereignis bestimmt werden soll2) oder wenn die Einsetzung einer zur Zeit des Erbfalls noch nicht erzeugten Person oder einer zu dieser Zeit noch nicht entstandenen juristischen Person als Erbe nach § 2101 als Nacherbeinsetzung anzusehen ist3).

E I 1808 II 1978; M 5 87, 88; B 5 80.

1. Das Gesetz ergänzt die unterbliebene Bestimmung der Borerben, wie § 2104 diejenige der Nacherben, indem es die geschlichen Erben, aber abweichend von § 2104 nach dem hierfür allgemein gestenden Zeitpunkte des Erbfalls (§ 1922) als berusen ansieht. Hierzu gehört auch der Fiskus § 1986. Der Fall des Abs 1 ift namentlich gegeben, wenn der Erbe unter einer ausschiedenden Bedingung eingesetzt ist (§ 2074). Fehlt es für die Zeit des Schwebens der Bedingung an einem Erben, so treten die gesehlichen Erben inzwischen als Borerben ein (§ 1942 A 2).

2. Durch ein künftiges Ereignis bestimmt ist z. B. ber künftige Ehemann der X. Tritt das Ereignis schon vor dem Erbfall ein, so kommt es sogleich zur gewöhnlichen Erbfolge. Dassselbe gilt, wenn der Erblasser bei der Erbeinsehung eine bestimmte, ihm jedoch undekannt gebliedene Person im Auge hatte und diese nur nach einem der Bergangenheit angehörigen Ereignis bestimmt hat, z. B. seinen Lebensretter (§ 1960 Ubs 1). Ist von mehreren eingesetzten Erben der X unter einer ausschiedenen Bedingung oder von einem Anfangstermin ab als Erbe eingesetzt, so kann als Wille des Erblassers auch ermittelt werden, daß nicht die gesetzlichen, sondern die übrigen eingesetzten Miterden Borerben auf den Erbteil des X sein sollen.

3. Die bereits erzeugte Berfon wird mit ber Geburt (§ 1928 Abf 2), die vom Erblaffer selbst errichtete Stiftung mit der Genehmigung (§ 84) unter Rudbeziehung auf den Erbfall

sogleich gewöhnlicher Erbe.

§ 2106

Hat der Erblasser einen Nacherben eingesetzt, ohne den Zeitpunkt oder das Ereignis zu bestimmen, mit dem die Nacherbsolge eintreten soll, so fällt die Erbschaft dem Nacherben mit dem Tode des Borerben an1).

Ist die Einsetzung einer noch nicht erzeugten Person als Erbe nach § 2101 Abs 1 als Nacherbeinsetzung anzusehen, so fällt die Erbschaft dem Nacherben mit dessen Geburt an. Im Falle des § 2101 Abs 2 tritt der Anfall mit der Entstehung der juristischen Person ein²).

E I 1809 II 1979; M 5 88, 89; B 5 80, 81.

1. Innerhalb der Grenzen des § 2109 steht dem Erblasser frei, den Zeitpunkt des Anfalls der Erbschaft an den Nacherben nach seinem Belieben zu bestimmen. Ist dies unterdlieben, so bestimmt ergänzend das Geset den Tod des Vorerben als den regelmäßigen Fall des Eintritts der Nacherbsolge (§ 2139). Dasselbe gilt, wenn die Zeit der Herausgabe an den eingesetzen Nacherbsolden dem freien Besieben des Vorerben überlassen ist (§ 2181). Ist zur Zeit des Todes des Vorerben der Fall der Nacherbsolge noch nicht eingetreten, so geht die Erbschaft, besaftet mit der Pflicht zur künftigen Herausgabe an den Nacherben, zunächst auf

die Erben bes Vorerben fiber. Das Erleben eines Zeitpuntts ober der Gintritt eines Ereignisses tann aber auch in bem Sinne als Bedingung ber Nacherbfolge bestimmt sein, daß hiervon zwar die Berufung als Nacherbe, nicht aber zugleich auch der Anfall der Nacherbschaft abhängig sein soll, z. B. X soll Nacherbe werden, wenn er bis . . . ein Amt erlangt (aber - selbstverstänblich - die Erbschaft erst nach bem Tobe bes Borerben erhalten). Bererblichkeit bes

Unwartschaftsrechts schon vor bem Anfall § 2108 Abs 2.

2. Abs 2 erganzt ben Willen des Erblassers nur für ben Fall, bag er bie noch nicht erzengte Berson oder die noch nicht entstandene juristische Person schlechthin als Erben eingesetzt hat. Diese Einsetzung wird nach § 2101 in eine Nacherbeinsetzung umgedeutet. Ist der noch nicht erzeugte Z ausbrücklich als Nacherbe nach dem X berufen, fo ist nach Abs 1 als Wille des Erblassers zu vermuten, daß Z erst nach dem Tode des X Nacherbe werden solle. Sicherungsrechte ber noch nicht erzeugten Nacherben schon bor ber Geburt 96 65. 283. Diefe Rechte können nur im Rechtswege gegen den Borerben, nicht durch Berwaltungsanordnungen des Vormundschaftsgerichts gewahrt werden (DLG 82, 55). Lgl. auch § 2101 A 1.

8 2107

Sat der Erblaffer einem Abkömmlinge, der gur Zeit der Errichtung der letitwilligen Verfügung feinen Abtommling hat ober bon bem der Erblaffer zu biefer Zeit nicht weiß, daß er einen Abkömmling hat1), für die Beit nach deffen Tode einen Racherben bestimmt2), fo ift anzunehmen, daß der Racherbe nur für den Fall eingesett ift, daß der Abkömmling ohne Nachkommenschaft stirbt3).

Œ I 1811 II 1980; M 5 89, 90; B 5 82, 88.

1. Das Gesetz vermutet, ähnlich wie bei ber unwissentlichen Übergehung eines Pflichtteils. berechtigten (§ 2079, f. auch § 2069), der Erblaffer wolle seine entfernteren Abkömmlinge nicht hinter einem Fremden zurückseten. Es deutet deshalb die unbedingt erklärte in eine bloß bedingte Nacherbeinsetzung um. Begriff des Abkömmlings § 1924 A 2. Maßgebend ift die Zeit der Errichtung der letitwilligen Berfügung. Daraus allein, daß der Erblasser nach erlangter Nenntnis vom Vorhandensein entfernterer Abkömmlinge seine Berfügung nicht geändert hat, kann mithin nicht der Wille gefolgert werden, die Nacherbeinsetung aufrechtzuerhalten. Auch formlose Erklärungen dieses Inhalts reichen hierzu nicht aus, wenn steinicht einen Rückschluß auf die Zeit der Testamentserrichtung zulassen. Unkenntnis vom Vorhandensein eines Abkömmlings § 2079 A 2. Ob sie dadurch ausgeschlossen wird, daß der Erblasser von der Schwangerschaft eines weiblichen Abkömmlings weiß, ist Tatfrage (NG 9. 6. 04 IV 504/03).

2. Der Nacherbe niuß ausbrücklich oder stillschweigend (§ 2106 Abs 1) für die Zeit nach dem Tode des Borerben bestimmt sein. Die "Annahme" greift beshalb nicht Plat, wenn der Nacherbe für einen andern Zeitpunkt oder für den Fall des Eintritts eines bestimmten Ereignisses (§ 2105) ober wenn eine noch nicht erzeugte Person ober eine noch nicht entstandene juristische Berson als Nacherbe eingesett ift, ba dann der Zeitpunkt der Geburt des Nacherben usw. entscheidet (§ 2106 Abs 2). In biesen Fällen gilt als genügend beutlich ausgebriedt, daß ber etwa nachgeborene ober ber unbekannte Abkömmling — unbeschadet natürlich

seines Pflichtteilsrechts — ganz von ber Erbschaft ausgeschlossen sein soll.

3. "Bit anzunehmen" bedeutet nicht, baß ber eingesette Nacherbe mit bem Gegenbeweis ausgeschlossen fein folle, seine Berufung fei bom Erblasser (zur Beit ber Testamentserrichtung A 1) unbedingt gewolft. Hinterläßt der als Vorerbe eingesetzte Abkönimling achtonimen, sei es auch, daß sie nur erst erzeugt sind (§ 1928), so kommt darauf nichts an, ob sie auch seine Erben werben ober ob sie bie Erbschaft bes Borerben ausschlagen, biervon ausgeschloffen find, barauf verzichtet haben ober für erbunwürdig erklärt find. Die Berufung bes fremden Nacherben wird vielmehr ipso jure und ohne daß es einer Anfechtung bedarf, unwirksam. Trot ber scheinbar entgegenstehenden Fassung ift der eingesette Nacherbe nicht aufschiebend, sondern auflosend bedingt berufen. § 2074 tommt deshalb nicht in Frage Jener erwirbt vielmehr das "Nacherbenrecht" schon mit dem Erbfall als vererbliches necht (§ 2108 A 2), geht aber, wenn der als Vorerbe eingesepte Abkömmling Nachkommenlogaft hinterläßt, seiner Racherbenstellung wieder verlustig und ift, wenn er die Erbichaft angenommen hat, dem Erbschaftsanspruch der Erben des Borerben ausgesett.

§ 2108

Die Borichriften bes § 1923 finden auf die Racherbfolge entsprechende Anwendung1).

Stirbt der eingesetzte Racherbe vor dem Eintritte des Falles der Racherbfolge, aber nach dem Eintritte des Erbfalls, so geht sein Recht auf seine Erben über, sosern nicht ein anderer Wille des Erblassers anzunehmen ist²). Ift der Nacherbe unter einer aufschiebenden Bedingung eingesetzt, so bewendet es bei der Borschrift des § 2074³).

E I 1810, 2026 Abf 2 II 1981; M 5 89, 489; B 5 81, 82, 614.

- 1. Die entsprechende Anwendung des § 1928 führt dazu, daß Racherbe nur werden kann, wer zur Zeit des Eintritts der Racherbsolge (§ 2139), also beim Eintritt des hiersür bestimmten Zeitpunkts oder Ereignisses (§§ 2108—2105) oder beim Tode des Vorerben (§ 2106) ledt oder doch mindestens erzeugt ist, wenn er demnächst lebend geboren wird. Richt erforderlich ist dagegen, daß er bereits zur Zeit des Erbfalls gelebt hat (§ 2101). Abs 2 läßt es indessen vermöge der Vererbsichteit des erlangten Rechtes auch dann zur Nacherbsolge—zwar nicht des Nacherben selbst, wohl aber seiner Erben kommen, wenn der Nacherbsolge war nicht des Eintritts der Nacherbsolge nicht mehr ledt, jedoch nach dem Erbfall gelebt und die Anwartschaft auf die Nacherbsolge bereits erworden hatte. Entsprechend § 1923 Abs 2 gilt der Zur Zeit des Eintritts der Nacherbsolge nur erst erzeugte Nacherbs schon als vor diesem Zeitpunkte geboren. Dagegen kommt eine Rücheziehung nicht in Frage, wenn in dem Falle des § 2101 nach § 2106 Abs 2 gerade mit der Geburt der Eintritt der Nacherbsolge begründet wirb (Ebbede, Recht 1914, 182 gegen Pland A 4 b γ). S. auch § 2109 A 3 b.
- 2. Stirbt ber eingesette Racherbe vor bem Erblaffer, so wird seine Berufung von selbst hinfällig; der eingesetzte Erbe tritt nunmehr als Erbe zu vollem Rechte in die Erbfolge ein (986 398 07, 25920). Hat er bagegen, gleichviel ob er als erster ober späterer Racherbe eingefett ift, ben Erblaffer überlebt, fo hat er damit unentziehbare Nechte erworben, die vermöge bes Grundfates der Bererblichteit Diefer Anwartichaft als Bestandteil seines Rachlaffes auf seine Erben übergehen (NG 65, 144; 103, 354, wo hieraus gesolgert ist, daß der Nacherbe seine Erben auch in Ansehung des ihnen beim Eintritte des Nacherbsolgesalls anfallenden Bermögens durch die Anordnung einer weiteren Nacherbfolge oder einer verwaltenden Teftamentsvollstredung beschränken tann). Die Bererblichkeit ift jedoch ausgeschlossen, wenn ein gegenteiliger Wille des Erblassers besonders erklärt ist ober ans den Umftanden erhellt. Abs 2 stellt danach keinen ergänzenden Rechtssatz, sondern eine bloße Austlegungsregel auf (NG 106, 355). Wer die Unübertragbarkeit der Anwartschaft behauptet, ist für den darauf gerichteten Willen des Erblassers beweispflichtig. Der Abergang wird nicht ohne weiteres dadurch ausgeschlossen, daß der Erblasser für den Nacherben durch besondere Anordnung (§ 2096) oder stillschweigend (§ 2069) einen Ersaberben ernannt hat; es ist vielmehr nach dem übrigen Juhalte der Verfügung und auf Grund sonstiger jur Auslegung geeigneter Umftande ju prufen, ob der Erb. laffer burch die Erfatberufung hat zum Ausbrucke bringen wollen, daß die Erbanwartschaft nicht auf die Erben bes Racherben, sondern auf den Ersaterben übergehen foll (916 95, 97 und 19. 2. 20 IV 446/19; a. M. in Übereinstimmung mit der 2. Aufl. RG 1. 36 RJU 16, 249, gefürzt 328 1919, 5131 mit guftimmenden Bemerfungen von Bergfelder. Die Streitfrage ift von feiner großen praktischen Bedeutung. Das Reichsgericht ist sowohl in den beiden angeführten Urteilen als auch in zwei Beschlüssen vom 11. 7. 21, Seuffu 77 Nr 39 und Recht 1922 Nr 1429, in denen es die vom Kammergericht auf Grund FGG § 28 Abs 2 nachgesuchte neue grundsätliche Stellungnahme abgelehnt hat, dazu gelangt, daß Auslegung des Testaments die Bererblichkeit als nicht vom Erblasser gewollt ergebe). Entsprechendes gilt für das Berhältnis des Nacherbenrechts zum Anwachsungsrechte von Mitnacherben (§ 2094); die Bererb. lichkeit geht, soweit kein entgegengesehter Wille bes Erblaffers erhellt (NG 106, 357), ber Anwachsung vor (vgl. AG 3. 38 39 1919, 8361 für preußisches Recht und v. Blume daf.). Im Falle bes § 2104 tann die Bererblichkeit begriffsmäßig nicht in Frage kommen, da die Berson des Nacherben erst mit dem Gintritt der Nacherbfolge feststeht. Mit der Möglichkeit eines übergangs der Anwartschaft von Todes wegen ist zugleich auerkannt, daß fie auch durch Rechtsgeschäft unter Lebenben übertragen (ober verpfändet) werben fann; die Berfügung bedarf ber Form bes auch bei Borhandenfein nur eines Nacherben sinngemäß anzuwendenden § 2033 Abs 1 (9868 101, 185 und 103, 358; Gruch 52, 680; KG MIN 16, 235f.). Überträgt der Nacherbe sein Recht dem Borerben, so wird dieser Bollerbe (RG a. a. D., RG Seuffn 78 Rr 141). Für schuldrechtliche Berträge gelten die §§ 2871, 2385, für die Pfändung 3BO §§ 851, 857 (hierzu KGJ 42 S. 234 u. 242; DLG 26, 332). Ist das Nacherbenrecht im Grundbuch eingetragen (GBD § 52), fo ift auch das daran durch Berpfändung oder Pfändung begrundete Pfandrecht eintragbar (96 83, 434).

3. Unter ber aufschiedenden Bedingung ift nicht die gesetliche Bedingung jeder Nacherbeinseung: Erleben des Eintritts der Nacherbsolge, sondern der Fall verstanden, daß das Nacherbewerden außerdem vom Eintritt oder Nichteintritt irgendeines Ereignisses abhängig

gemacht ift. Deshalb läßt sich auch die Berufung eines Ersagnacherben nicht im technischen Sinne als Einsetzung eines Nacherben unter einer aufschiebenden Bedingung (Begfall bes zunächst berufenen Nacherben) bezeichnen. (Bgl. § 2074 A 2, § 2096 A 1.) Vielmehr hat auch der Ersahnacherbe, gleich dem Nacherben (A 2), im Zweifel schon mit dem Erbfall eine Anwartschaft auf die Nacherbschaft erworben, die sich auf seine Erben vererbt, wenn er vor Wegfall des zunächst berufenen Nacherben verstirbt (RJA 11, 147; 12, 22; DLG 32, 87 mit Folgerungen aus dieser Nechtsstellung). Handelt es sich dagegen um eine eigentliche, d. h. eine vom Erblasser willfürlich und rechtsgeschäftlich gesetzt Bedingung, so fällt gemäß § 2074 bie Nacherbschaft nur an, wenn die Bedingung bei Lebzeiten des Nacherben oder Ersannacherben eingetreten ist. Der Anfall kann beshalb unter Umständen bis zum Tobe des berusenen Nacherben in der Schwebe bleiben. So namentlich, wenn es sich um Potestativbedingungen handelt, z. B. Berusung des X für den Fall, daß er die Z heirate oder nicht heirate. Im Falle der Ginsetzung eines Nacherben unter der aufschiebenden Bedingung, daß der Borerbe nicht anders über den Nachlaß verfügt (§ 2065 A 2), bleibt der Anfall in der Schwebe, bis mit dem Tode des Vorerben gewiß wird, ob er eine die Nacherbschaft beseitigende Verfügung von Tobes wegen getroffen hat. Während dieses Schwebezustandes fann die Anwartschaft, boppelt bedingt durch die gesetliche wie durch die eigentliche Bedingung, gwar nicht Gegen. stand ber Bererbung sein; benn ber Tob bes Berufenen vor Eintritt ber Bedingung macht ja sein Recht nach § 2074 hinfällig. Wohl aber kann er hierüber unter Lebenden für den Fall leiner Nacherbfolge wirksam verfügen. — Ist eine juristische Verson als Nacherbe eingestellt, so muß sie spätestens zur Zeit des Eintritts der Nacherbsolge bestanden haben und noch be-stehen. Doch genügt, daß die Stiftung erst nach diesem Zeitpunkt staatlich genehmigt wird, wenn sie vom Erblasser selbst errichtet ist, § 84.

§ 2109

Die Einsetzung eines Nacherben wird mit dem Ablaufe bon dreißig Jahren nach dem Erbfall unwirtsam, wenn nicht vorher der Fall der Nacherbsolge eingetreten ift.). Sie bleibt auch nach dieser Zeit wirtsam2):

1. wenn die Nacherbfolge für den Fall angeordnet ist, daß in der Person des Borerben oder des Nacherben ein bestimmtes Ereignis eintritt, und derzenige, in dessen Person das Ereignis eintreten soll, zur Zeit des Erbfalls lebt3);

2. wenn dem Borerben oder einem Racherben für den Fall, daß ihm ein Bruder oder eine Schwester geboren wird, der Bruder oder die Schwester als Racherbe bestimmt ist4).

Ist der Borerbe oder der Nacherbe, in bessen Person das Ereignis einstreten soll, eine juristische Person, so bewendet es bei der dreißigjährigen Frist⁵).

E I 1818 II 1982; M 5 90-92; B 5 83-89, 214, 215, 237-240; 6 91, 92.

1. Dem Willen bes Erblassers ist grundsätlich die Kraft abgelprochen, durch Einsetung eines Nacherben wirksam Verfügungen zu treffen für den Fall des Eintritts von Umständen, die sich nicht längstens ein Menschenalter, dreißig Jahre nach seinem Tode verwirklicht haben. Seenso dei Anordnung von Vermächtnissen § 2162, 2163, dei Bestellung eines Testamentsvollstreders § 2210, deim Erlaß von Teilungsanordnungen § 2044 (vgl. auch §§ 567, 1202). In allen Fällen des § 2109 ist gleichgültig, wie ost innerhalb des zusässigigen Zeitraums der Fall der Nacherbsige eintritt. Der einrückende Nacherbe tritt dann dem hinter ihm berufenen Nacherben als Borerbe gegenüber. Haben sich die vorgesehenen Umstände innerhalb des dreißigisährigen oder des in den Fällen der Nr 1 u. 2 zusässigigen längeren Zeitraums nicht verwirklicht, werbleibt der Nachlaß dem berusenen (oder letztberufenen) Vorerben zu vollem unbeschränkten Erbrecht und vererbt sich nach ihm auf seine Erben weiter. Die für einen späteren als den gesellich zusässigligen äußersten Zeitpunkt angeordnete Nacherbeinsetung ist von vornherein unwirksam. Es müßte denn im Wege der Aussegung (§ 2084) gelingen, eine Verfürzung der Frist auf das zusässissenen kann ihm einer Koller gewollt zu ermitteln. — Fristberechnung Sig 187, 188. Die landesrechtlichen Vorlässissen über Familienstden. — Fristberechnung St. 187, 188. Die landesrechtlichen Vorlässen über Familienstden ihm ihm einer Bor- und Nacherbschaft in dem das Fibeitommiß auflösenden Familienschluß in Swalselschaft in dem das Fibeitommiß auflösenden Familienschluß

2. Die Boraussehungen ber in Rr 1 u. 2 getroffenen Ausnahmebestimmungen von

ber Regel des Sat 1 sind von demjenigen zu beweisen, welcher sich auf die Wirksamkeit der Nacherbeinsetzung beruft.

- 3. Rr 1 stellt zwei Erfordernisse auf, die beide zusammentreffen mulsen. a) Die Rach. erbfolge muß auf ein in der Perfon des jeweils in Betracht kommenden Borerben oder Racherben eintretendes Greignis abgestellt sein. Dies trifft gu, wenn das Ereignis in einem Tun ober Unterlassen oder Erleiden des Betreffenden besteht. So vor allem Tod des Vorerben und Potestativbedingungen (Z soll Nacherbe sein, wenn er die N heiratet, wenn der Borerbe X sich wieder verheiratet). Jedenfalls muß das Ereignis die Person des Bor- ober Nacherben in irgendwelchen rechtlichen oder wirtschaftlichen, g. B. in Familienbeziehungen zu beeinflussen geeignet sein (Geburt eines Rindes). Die rein außerliche Berbindung eines für ben Betreffenden völlig gleichgültigen Ereignisses mit seiner Person (Z soll Nacherbe sein, wenn er den Ausbruch des Atna erlebt) kann dem Gesetze nicht genügen (ähnlich Kipp § 91 III 2, a. M. Standinger A 3 zu a und dort Angeführte). Das Ereignis braucht den Eintritt der Nachersolge nicht unmittelbar herbeizuführen, es genügt, daß der Nacherbe damit nur die Auwartschaft auf den fünftigen (3. B. bis zum Tobe des Vorerben hinausgeschobenen) Anfall der Erbschaft erlangen foll. b) Der betreffende Bor- oder Nacherbe muß zugleich zur Zeit des Erbfalls gelebt haben. Nach § 1923 genügt jedoch, daß er beim Tode des Erblassers bereits erzeugt war. Unter dieser zweiten Boraussehung ist gleichgültig, ob das als Bedingung der Nacherbfolge gesetzte Ereig-nis (a) sich vor oder erst nach Ablauf von dreißig Jahren nach dem Erbfall verwirklicht. Daß der erste Vorerbe den Erbfall erlebt haben muß, folgt schon aus § 1923. Sind mehrere Nacherben hintereinander berufen, so kann geschehen, daß ber für den betreffenden Nacherbfolgefall in Betracht kommende zweite oder fpatere Borerbe (fruherer Nacherbe) erft nach bem Tode bes Erblassers erzeugt ist (so § 2101). Dies ist innerhalb von dreißig Jahren jedenfalls kein Hindernis dafür, daß er Nacherbe wird. Aber auch nach ihm (als nunmehrigem Vorerben) fann es zu einer weiteren Nacherbfolge kommen. Und zwar selbst bann, wenn sich bas maß. gebende Ereignis auch erst nach Ablauf von dreißig Jahren in der Person des jeht einrüden-den Nacherben verwirklicht, falls nur dieser neue Nacherbe schon zur Zeit des Erbfalls gelebt hat. Die Grundsäte der Ar 1 treffen auch zu, wenn eine Ersapnacherbfolge angeordnet ist (§ 2096).
- 4. Nr 2 sieht in dem behandelten Falle von jeder Fristsetung und auch davon ab, daß (außer dem ersten Vorerben) irgend eine der sonst in Betracht kommenden Versonen (Nacherben, Nacherbengeschwister) schon zur Zeit des Erbfalls gelebt haben müsse (M 3 b). Die Geschwister des Vorerben oder Nacherben müssen mitsen mit ihm durch (eheliche oder uneheliche) Gedurt verdunden sein. Dies trifft auch zu auf Halbgeschwister und Legitimierte (§§ 1719, 1736), nicht aber auf angenommene Kinder (§ 1763). Der Wille des Erbsasser ist dassur maßgebend, ob die als Nacherben bestimmten Geschwister sogleich mit der Geburt des betreffenden Geschwisterteils (§ 2106 Abs 2) einrücken sollen oder nacheinander (je nach dem Tode des älteren Geschwisterteils) oder erst mit dem Eintritte eines bestimmten Ereignisses (Erreichung eines gewissen Lebensalters). Regelmäßig werden die lebenden Geschwister den nachgeborenen nur den auf sie entfallenden Unteil der Erbschaft als Nacherben herauszugeben haben.
- 5. Für die Zeit dis zu dreißig Jahren können auch juriftische Versonen bedingt oder unbedingt als Nacherben eingesett werden, soweit nicht landesgesetzliche Vorschriften entgegenstehen, EG Art 86.

§ 2110

Das Recht bes Nacherben erstredt sich im Zweifel auf einen Erbteil, der bem Vorerben infolge bes Begfalls eines Miterben anfällt1).

Das Recht des Racherben erstreckt sich im Zweifel nicht auf ein dem Borerben zugewendetes Borausvermächtnis?).

Œ I 1814 II 1983; M 5 92, 93; B 5 89, 90.

- 1. Der Nacherbe rückt in den gesamten Erbteil des Vorerben ein, auch insoweit er sich infolge **Begsalls eines Miterben** durch Erhöhung des gesetlichen Erbteils (§ 1935) oder durch Anwachsung (§ 2094) oder durch Berusung des Vorerben zum Ersaherben eines Miterben (§ 2096) erweitert hat. Ob der Miterbe vor oder nach Eintritt des Falles der Racherbsolge (§ 2139) weggesallen ist, macht keinen Unterschied. Rückbeziehende Wirkung der Ausschlagung § 1953, der Erbunwürdigkeitserklärung § 2344, des Nichterlebens der ausschlagung § 2074 sowie in den Fällen des § 2078 und des EG Art 86 Sah 2 Halbs 2, Art 87 Abs 2 Sah 2 (§ 2096 A 1; RG 95, 985.).
- 2. Vorausvermächtnis § 2150. Abs 1 u. 2 geben nur Austegungsregeln ("im Zweifel"). Ein gegenteiliger Wille des Erblassers ist von dem zu beweisen, der hieraus Rechte ableitet. Zum Teil adweichend beim Erbschaftstauf § 2373.

\$ 2111

Bur Erbichaft gehört1), mas ber Borerbe auf Grund eines gur Erb. ichaft gehörenden Rechtes ober als Erfat für die Zerftorung, Beichabigung ober Entziehung eines Erbichaftsgegenstandes ober durch Rechtsgeschäft mit Mitteln ber Erbschaft erwirbt2), sofern nicht ber Erwerb ihm als Rugung gebührt3). Die Bugehörigfeit einer burch Rechtsgeschäft erworbenen Forderung zur Erbichaft hat ber Schuldner erft bann gegen fich gelten gu laffen, wenn er bon ber Jugehörigteit Renntnis erlangt; bie Borichriften ber SS 406 bis 408 finden entibrechende Unwendung4).

Bur Erbichaft gehört auch, mas ber Borerbe bem Anbentar eines erb.

schaftlichen Grundstücks einverleibt5).

E I 1825 II 1984; M 5 109—111; B 5 100, 114, 115; 6 168, 319, 324—826.

1. Dingliche Surrogation wie beim Erbschaftsanspruch (§ 2019) und bei ber Erbengemeinichaft (§ 2041). Die naber bezeichneten Erwerbungen werden, auch im Falle befreiter Borerhschaft (§ 2041). Die naher vezeichneren Erwerbungen werden, auch im zaue verreiter Borerhschaft (NG Barn 1920 Ar 203), ohne weiteres Bestandteile der Erbschaftsmasse, unterliegen je nach ihrer Art aus den §§ 2112ff. sich ergebenden Berfügungsbeschränkungen, sowie gegebenenfalls der Eintragungspssicht nach GBD § 52 und gehen seinerzeit mit auf den Nacherben über (NG Barn 1913 Ar 427). Dagegen kann der Borerbe nicht Gegenstände seines freien Bermögens mit dinglicher Wirkung der Erbschaft zuweisen (RGI 40, 183; vgl. NG 92, 142 zu § 1870 und 25. 10. 20 IV 116/20 für preußisches Recht).

2. Bon den drei Gruphen der Eutrogate stimmen die beiden ersten überein mit § 2041.

Jum Erwerb auf Grund eines Rechtes gehört Verbindung, Vermischung (§§ 946ff.), die Schathälfte (§ 984), die Anlandung (EG Art 65), die Erstigung vermöge des zur Erbschaft gehörigen Besitzes (§§ 857, 987ff.), die Annahme einer dem Erblasser angefallenen Erbschaft (§ 1952), nicht aber Erwerd des Eigentums am Grundstüde des Erblassers auf Grund eines Ausschlußurteils nach § 927 (RG 76, 360). Erwerd durch Rechtsgeschäft mit Mitteln der Erbschaft wie § 2019 A 2. Um ein Surrogat dieser Gruppe handelt es sich, wenn eine Eigentünrergrundschuld dadurch entsteht, daß eine auf dem Nachlaßgrundstück ruhende Hypothek mit Erbschaftsmitteln bezahlt wird. Ersolat die Zahlung aus eigenen Mitteln des Vorerben, so fällt die Eigentünnergrundschuld dann als ein Surrogat der ersten Eruppe in den Nachlaß, wenn ihr Erwerb burch den Borerben wesentlich barauf beruht, bag er infolge ber Borerhfolge Eigentümer des Grundstück geworden ist: die erforderlich gewesene Auswendung hat ihm der Nacherbe zu erseben Pland § 2126 A 2; a. M. NG NIU 16, 118 mit der in Ichaft gehörenden Rechts nur ein Erwerd gemacht sei, der auf Grund eines zur Erbschaft gehörenden Rechts nur ein Erwerd gemacht sei, der auf Grund des Nechts ohne verschaft gehörenden Rechts nur ein Erwerd gemacht sei, der auf Grund des Nechts ohne verschaft gehörenden Rechts der ein Erwerd gemacht sei, der auf Grund des Nechts ohne verschaft gehörenden Rechts der ein Erwerd gemacht sei, der auf Grund des Nechts ohne verschaft geweicht gehörenden Rechts auf Grund des Rechts ohne verschafts geweicht gehörenden Rechts der ein Erwerd gehörenden Rechts der ein Erwerd gehörenden Rechts gehörenden Rechts auf Grund gehörenden Rechts gehören gehö mittelndes Rechtsgelchäft des Vorerben erzielt worden sei; desgl. Hamburg IFG 2, 481). Wird ein Erwerb teilweise mit Mitteln der Erbschaft gemacht (3. B. dem Vorerben bei der Anseinandersehung mit seinen Miterben auf seinen Erbteil ein Nachlakarundstüd mit der Bestimmung zugeteilt, das er die auf dem Grundstüde lastenden Hypotheten als Selbstichulbner übernimmt), so gehört ber Erwerb zu bem entsprechenden Teile zur Erbschaft **NG** 89, 53: 90, 97). Werden Erbschaftsgegenstände in eine Gesellschaft eingebracht, so fällt ein entsprechender Anteil an dem Anspruch auf das fünftige Auseinandersetzungsguthaben in den Nachlaß (MG Warn 1920 Ar 203). Richt erforderlich ist es, daß sich das Rechtsgeschäft "auf den Nachlaß bezieht" (§ 2041 A1). Der Borerbe fann mithin, sobald er ursprüngsliche Erbschaftsgegenstände oder deren Surrogate, auch verbrauchdare Sachen zum Awede des Controlles und Verbrauchder Sachen zum Willes Erwerbs aufwendet, die Zugehörigteit des Erwordenen zur Erbschaft durch seinen Willen überhaupt nicht hindern. Dies trifft auch auf bedingte Erwerbungen zu. Hierzu gehört der Bersicherungsanspruch, wenn die Prämie aus Mitteln der Erbschaft bezahlt ist. Auch wenn die Prämie aus Mitteln der Erbschaft bezahlt ist. dies nicht geschieht, wird die Berficherung von Erbschaftssachen als zugunsten auch des Nach. erben genommen zu gelten haben. Erjahfrage [. § 2124. Fallige Versicherungsansprüche gehören zu bem als Ersah für die Zerstörung usw. gemachten Erwerbe.

3. Im Gegensate zum Erbschaftsbesither (§ 2020) gebührt bem Vorerben als wahrem Erben

und Trager ber gur Erbichaft gehörigen Rechte enbgultig ber Bezug ber Runungen (§ 100). Dem entspricht, daß er auch die gewöhnlichen Erhaltungstoften zu tragen hat (§ 2124). Rubung eines Walbes § 2123, ordnungswidriger und übermäßiger Fruchtbezug § 2188. Das Recht auf die Autungen beginnt mit dem Erbfall und endet mit Eintritt der Racherbfolge. Es verbleibt dem Borerben, auch wenn ihm durch Bestellung eines Testamentsvollstreders die Berwaltung entzogen ist (§ 2209). Der Erblasser kann jedoch durch Anordnung von Vermächtnissen zugunsten des Nacherben oder durch Auflagen den Borerben — unbeschadet seines Pflichtteilsrechts - schuldrechtlich verpflichten, bem Nacherben schon vor Eintritt ber Nacherbfolge bie

Nutungen herauszugeben (NG Warn 1912 Ar 174). Für eine etwaige Verteilung ist § 101 maßgebend, soweit nicht ein anderer Wille des Erblassers erhellt. So bei Dividenden und Gewinnanteilen RG Warn 08 Ar 71. Darüber, ob Bezugsrechte bei Kapitalerhöhungen einer Aftiengesellschaft oder Gesellschaft nu. b. H. zu den Authungen gehören, vgl. § 99 A 10, § 100 A 5, § 1068 A 3; FG 2, 159. Obwohl freies Eigentum des Vorerben, gelten die Früchte den Nachlaßgläubigern gegenüber doch als Bestandteite des Nachlasses.

4. Wörklich übereinstimmend mit § 2019, s. dort A 3. Bgl. auch §§ 2129 A 3, 2140 A 1.
5. Entsprechend bei der Bacht § 588, beim Rießbrauch § 1048 und bei der Rugnießung des Mannes § 1378. Dabei ist voransgesetzt, daß der Vorerbe die Einverleibung in das Inventar aus eigenen Mitteln vornimmt, da sonst schon Abs 1 einschlägt. Invielveit er Estat verlangen kann, bestimmen §§ 2124, 2125. Eine "Einrichtung" und damit das Recht der Wegnahme kommen nicht in Frage, da es sich hier unr um den Ersat oder die Vermehrung eines bereits vorhandenen Indentars handelt.

§ 2112

Der Borerbe tann über die zur Erbschaft gehörenden Gegenstände verstügen, soweit sich nicht aus den Borschriften der §§ 2113 bis 2115 ein ans deres ergibt¹).

E I 1815, 1828 216 1, 2 II 1985; M 5 93, 94, 114-116; B 5 97-99.

1. Der Borerbe ist wahrer Erbe. Er kann deshalb grundsählich gleich dem gewöhnlichen Erben über die Erbichaftsgegenstände verfügen. Doch find ihm dabei im Interesse bes hierdurch gefährdeten Nacherben dingliche (§§ 2113—2115) und schuldrechtliche (§§ 2116ff., 2130) Beschulden auferlegt. Zwischen Bor und Nacherben besteht insoweit ein gesetliches Schuldverhältnis (RG 59, 202). Bon den meisten dieser Beschränkungen kann ihn der Erblasser befreien (§ 2136). Anderseits kann ihm die Berwaltung und damit die Verfügungsmacht burch gerichtliche Anordnung auch gaut entzogen werden (§ 2129). Berfligung im Sinne von § 185 im Gegensat zur Begründung eines bloß schulbrechtlichen Verhältnisses. Der Borerbe behalt mithin die Befugnis, sich in bezug auf die seiner Berfugung entzogenen Gegen. ftände 3. B. durch Abschluß von Kaufverträgen wirksam zu verpflichten (RG 3W 1912, 1883 und Recht 1921 Nr 1631). Bloß tatfächliche Verfügungen (Zerftörungen, Beschädigungen) machen den Vorerben nach § 2130 ersappflichtig. Geine Verfügungsmacht ist nur beschränkt in Unfehung einzelner gur Erbichaft gehörender Gegenstände, Sachen und Rechte (§ 90). Nicht alfo, wenn er Miterbe ift, in Ansehung des Borerbteils selbst, bas er vielmehr gemäß § 2033 frei veräußern kann, jedoch unbeschadet des Rechtes des Nacherben, mit dem es auch in der hand des Erwerbers belaftet bleibt (§ 2100 A 1; f. auch § 2376 Abf 1). Als Miterbe fann er, gleichviel ob er allein oder ob auch andere Miterben mit der Nacherbschaft belastet find, jederzeit Auseinandersetung verlangen (§ 2042). Bgl. hierzu RG 75, 366. Kur soweit bei ber Durchführung der Auseinandersetzung Berfügungen im Sinne von §§ 2118ff. nötig werden, bedarf er der Mitwirtung des Nacherben. Ihm allein steht unbeschadet seiner Berantwortung aus § 2130 die Entschließung zu über Unnahme einer dem Erblasser angefallenen Erbschaft (§ 1952). Ebenso über Fortführung eines Handelsgeschäfts (HBB §§ 22, 31, DLG 4, 456). Auch durch Berfügung von Todes wegen kann der Borerbe die Erbschaft und damit die Vorerbenstellung für sich allein oder zusammen mit seinem eigenen Bermögen einem Dritten zuwenden. Diese Berfügung wird gegenstandslos, wenn der Eintritt der Nach. erbfolge mit dem Tode des Borerben gusammentrifft. Sie bleibt jedoch unbeschabet aller Rechte des Nacherben in der Zwischenzeit auf so lange wirksam, als der Anfall der Nacherbschaft noch weiter hinausgeschoben ift (§ 2106 A 1). Die Prozefführung ift an sich und abgesehen von der verfügenden Wirkung gewisser Urteile, die zur Abgabe von Willenserklärungen verpslichten (BPO §§ 894, 895), nicht Berfügung, der Vorerbe ist an sich hierin nicht beschränkt (NG 3B 1918, 4343). Das ergangene rechtskräftige Urteil kommt nach BBD § 326 auch dem Nacherben zugute, wenn es zu seinen Gunsten ausgefallen ist und über eine Nachlaß. verbindlichkeit oder über einen der Nacherbfolge unterliegenden Gegenstand ergeht. Rur wenn der Borerbe über einen solchen Gegenstand ohne Zustimmung des Nacherben zu ver-fügen besugt ist, wirkt es auch gegen den Nacherben (vgl. auch § 1380). Unterbrechung des Berfahrens bei Eintritt der Nacherbsolge BBO §§ 242, 246 (hierzu **RG** 75, 363), vollftredbare Ausfertigung § 728 Abs 1. — Berfügungsbeschränkungen des Vorerben infolge ber Bestellung eines verwaltenden Testamentsvollstreders §§ 2211 ff. (s. auch § 2222). Eintragungen im Grundbuch GBO § 52 (§ 2118 A 2)

§ 2113

Die Berfügung des Borerben über ein zur Erbschaft gehörendes Grundstud')

ift im Falle des Eintritts der Nacherbfolge insoweit unwirksam, als fie das

Recht des Racherben vereiteln oder beeinträchtigen würde2).

Das gleiche gilt bon der Berfügung über einen Erbschaftsgegenftand, die nnenigeltlich oder zum Zwede der Erfüllung eines bon dem Borerben erteilten Schenkungsversprechens erfolgt3). Ausgenommen find Schentungen, durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Unftand gu nehmenden Rücksicht entsprochen wird4).

Die Borichriften zugunften derjenigen, welche Rechte bon einem Richt-

berechtigten herleiten, finden entsprechende Anwendung5).

€ I 1828, 1839 II 1986; M 5 114—116, 129, 130; B 5 97—104, 109—112, 130; 6 129, 130.

Bu Abi 1 Befreiung zulässig § 2136.

?1. Den Grundstuden sind gleichgeftellt Erbbaurechte (BD v. 15. 1. 19 § 11) und die EG Mrtt 63, 196 erwähnten Rechte. Rechte an Grundstillen § 873 U.6. Wegen der Hypotheken-forderungen, Grundschulden und Nentenschulden s. auch § 2114 A1. Gleichgültig ist, ob das Grundstud usw. schon von Anfang an zur Erbschaft gebort ober erft im Wege ber Surrogation (§ 2111) Bestandteil geworden ist. Berfügung über ein Grundstück (vgl. auch §§ 1445, 1821 · Nr 1) ist Abertragung des Eigentums, Dereliktion (§ 928) und Belastung mit einem Rechte (§ 873); Verfügung über ein Recht am Grundstück ist Aushebung des Rechtes, Übertragung, Belaftung mit einem Rechte, Anderung des Rechtsinhalts (§§ 873-877), nicht aber Ber-

mietung und Berpachtung (§ 2135).
2. Die Unwirksamkeit der Berfügung beruht nicht auf einem gesehlichen Beräußerungsverbot (§ 185). Sie ift bedingt (durch ben Fall des Eintritts der Nacherbfolge) und zugleich ihrem Umfang nach begrengt (soweit sie das Recht des Nacherben vereiteln ober beeinträchtigen wurde). Die Verfügung ift beshalb von Unfang an wirtsam, wenn sie auf die Dauer des Rechtes des Borerben beschränkt ift. Sie wird ferner voll wirksam, sobald festfteht, daß es überhaupt nicht zur Nacherbfolge kommen wird. Auch Zustimmung des Nacherben macht die Verfügung voll wirksam (§ 185; RG 65, 219; Warn 1914 Nr 126). Derselbe Erfolg tritt ein, wenn der Vorerbe das mit dem Rechte des Nacherben besastete Grundstück oder Recht zum freien Eigentum erwirbt oder, wenn ber Nacherbe unbeschränkter Erbe bes Borerben wird (§ 185 Ab) 2); hat der Borerbe die Berfügung indeffen zugunften eines der mehreren Mitnacherben getroffen und wird er von allen diesen beerbt, so wird die Verfügung nach § 185 Abs 2 Sat 1 Halbsat 3 nicht wirksam, weil dann im Verhältnis der Miterben untereinander die unbeschräntte haftung ausgeschlossen ift (RG 110,194). Zur Einwilligung lann der Nacherbe unter Umftanden gezwungen werden (§ 2120). Der Nacherbe fann die Unwirtsamteit der ihn benachteiligenden Berfügung unter Umständen schon vor Eintritt der Nacherb. folge durch Feststellungsklage gegen den Vorerben geltend machen. So in einem landrecht-lichen Falle anerkannt RG 24. 6. 07 IV 551/06. Die Vereitelung oder Beeinträchtigung des Racherbenrechts (§§ 161 Abf 1, 883 Abf 2) wird im Falle der Beräußerung oder Belaftung eines Grundstude immer gegeben sein, wenn sie nicht in Erfüllung einer bereits vom Erblasser eingegangenen Berbindlichkeit (Auflassung eines von ihm verkauften Hauses) vorgenommen wird. Ebenso bei ber Berfügung über ein Recht am Grundstud, es mußte benn bamit eine bloß formale Rechtsänderung (Berwandlung der Buchhpothet in Briefhpothet) oder fogar eine Besserung z. B. in der Rangstellung (§ 880) herbeigeführt werden. Jedenfalls wird die Beeinträchtigung dadurch nicht beseitigt, daß wirtschaftlich angesehen die Lage des Nacherben durch die Berfügung nicht verschlechtert wird, daß 3. B. ber Borerbe für das veräußerte Grund. pud den vollen Geldwert gezahlt erhält. Immerhin geht ihm das ihm zugedachte Grundstüd dadurch verloren. Nur für die Falle des Abs 2 kommt die Entgeltlichteit in Betracht. Mit dem Eintritt der nacherbfolge endigt die Birkung der dem Abs 1 zuwiderlaufenden Berfügung und tritt der fruhere Rechtszustand wieder ein (§§ 163, 158). Mit Diesem Zeitpunkt kann beshalb bie Unvirksameit von jedem, nicht bloß vom Nacherben geltend gemacht werden (RG Barn 1914 Kr 126; a. M. Dernburg V § 58 A 2), jedoch unbeschadet der während der Schwebezeit von Dritten erlangten Rechte (Abs 3). Das Recht des Nacherben und, soweit der Borzeit von erbe von Beschränfung seines Berfügungsrechts befreit ift, auch die Befreiung find, wenn Der Racherbe nicht hierauf verzichtet hat (96 61, 232), von Amts wegen im Grundbuch einzutragen (GBO § 52). Berzicht bes Racherben auf die Eintragung ober die von ihm bewilligte Loichung der Eintragung des Nacherbenrechts hat nicht den Berlust dieses Rechtes gur Folge, sondern nur, daß er den sich aus der Eintragung nach § 892 Abs 1 San 2 ergebenden Schutz gegen beeinträchtigende Berfügungen bes Borerben gegenüber einem autgläubigen Erwerber einbist (RG 26. 5. 21 IV 574/20; KG RJA 17, 64). Durch die Eintragung des Racherbenrechts entsteht kein Necht am Grundstück ober an bem zur Erbschaft gehörenden Rechte am Grundstild (RG 83, 436), auch keine dingliche Belastung im Sinne von BPD § 24

(96 102, 103). Ift das Nacherbenrecht eingetragen, fo steht der grundbücherlichen Eintragung von Berfügungen des Borerben, da eine Sperre des Grundbuchs nicht eintritt (§ 892), nichts entgegen (Seuffa 69 Ar 253); ausgenommen wenn es sich um Löschungen auf Grund einer Berfügung des Borerben handelt (986 65, 219; 102, 338; dagegen Maenner LZ 1925, 13ff.). Ist die Eintragung nicht geschehen, so darf bas Grundbuchamt auf Grund einer Verfügung auch des befreiten Borerben feine Rechtsanderung in das Grundbuch eintragen, es fei benn, daß die Einwilligung bes Nacherben in die Verfügung gemäß GBD § 29 ihm nach gewiesen oder offenkundig oder daß ihre Notwendigkeit durch die ganze Sachlage ausgeschlossen ist. So geeignetenfalls auch, wenn es sich um eine Löschungsbewilligung des befreiten Borerben handelt (**NG** 69, 260; über die Notwendigkeit der Austimmung des Nacherben zur Löschung im Falle nichtbefreiter Borerbschaft s. NV RIA 16, 145). Von den im vorletzen Sate angeführten Fällen abgesehen, läßt sich mit den im Grundbuch verfahren zulässigen Belveismitteln, außer durch eine beglaubigte Erklärung des Nacherben, nicht mit Sicherheit feststellen, ob die Verfügung des Vorerben eine entgeltliche ober unentgeltliche und ob fie beshalb nach Abf 2 auch dem befreiten Borerben verboten ift. So ausführlich Re 61, 228; 65, 214 u. 70, 333; dagegen Planck § 2136 A 3. Die neuere Rechtsprechung sieht die Uneutgeltlichkeit einer Verfügung des befreiten Vorerben regelmäßig als durch die Sachlage ausgeschlossen au, wenn die Eintragungsbewilligung des Borerben Bestandreil eines zweiseitigen entgeltlichen Geschäfts ift (AG3 38 A 223; 40, 174) oder die von ihm erklärte Auflassung auf einem zweiseitigen entgeltlichen Geschäfte beruht (MJU 11, 123; 16, 330; RG Seuffu 78 Nr 192), läßt auch eine einseitige Erkarung eines folchen Borerben zum Nachweise der Entgeltlichkeit genugen, wenn die Richtigkeit dieser Erklärung durch andere in der Form von GBO § 29 nachgewiesene Umftände bestätigt wird (KGJ 40, 180; 41, 176; DLG 30, 201; noch weitergehend Ban DbLG JW 1923, 10361: ber Grundbuchrichter werde einer Erklärung des Borerben, daß die Berfügung entgeltlich fei, Bertrauen schenken durfen, wenn nicht besondere Anhaltspuntte für die Unrichtigkeit der Erklärung gegeben seien). Die Frage ist gegenstandslos, wenn der Nacherbe, sei es auch vertreten durch den Borerben, die Beräußerung des Grundftlicks felbst mit vorgenommen hat (MG Warn 1912 Nr 399). Aufhebung einer Eigentilmergrundschuld durch den befreiten Bor-

erben KGJ 43, 263; IFG 2, 481.
3. Die unentgeltliche Verfügung über Erbschaftsgegenstände jeder Art, Sachen und Rechte (§ 90), nicht bloß Grundftude, ift auch dem befreiten Vorerben nicht gestattet (A 2) und macht ihn nach § 2138 Abs 2 gegenüber dem Nacherben schadensersappslichtig. Sie wird stets eine Bereitelung bes Rechtes bes Nacherben enthalten und fann beshalb nur Wirksamteit behalten, wenn der Nacherbe einwilligt oder wenn es überhaupt nicht zur Nacherbfolge kommt. Sie ist nicht notwendig Schenkung (§ 516). Es genügt, daß ohne Gegenleiftung, vielleicht nur in Erwartung einer folchen verfügt ift. Die Berfügung ift inbessen nicht icon bann gang oder teilweise unentgeltlich, wenn ber Borerbe für das, was er aus der Erbschaft opfert, bei objektiver Betrachtung kein oder kein volles Entgelt erhält, sondern es muß hinzukommen entweder, daß er auch nach feiner eigenen Ginschähnig tein oder tein volles Entgelt erhalt, oder daß er unter dem für ihn (wie für den Testamentsvollstrecker § 2216 Abs 1, § 2205 A 4) maßgebenden Gesichtspunkt der ordnungsmäßigen Verwaltung (§§ 2120, 2130) bei Rücksichtnahme auf seine künftige Herausgabepflicht das von der andern Seite Geleistete nicht als entsprechenden Gegenwert hatte ansehen durfen (RG 81, 364; 105, 248; KG 3H 1925, 3751). Bon diesem Standpunkt ans ift auch der Verkanf eines hauses zu einem den niedrigen Grundftudspreisen der Juflationszeit aufprechenden Breife (90 Andsch 1926 Nr 940; AG JW 1925, 3797 und JHG 3, 278) sowie der in gahlreichen Entscheidungen (so JW 1924, 20431; 1925, 39611 u. 5039; DLG 44, 56; JHG 2 S. 388, 433, 436) behandelte Fall zu benrteilen, daß der Borerbe (oder Testamentsvollstreder) in der Juflationszeit über eine Spothet gegen Auszahlung in Papiermark durch vorbehaltlose Quittung, Boschungs bewilligung oder Abtretung verfügt; vgl. auch Res 117, 97. Dem an die Anforderungen einer ordnungsmäßigen Berwaltung gebundenen Ermessen bes Borerben tommt aber nur für die Einschätzung einer Leiftung als Gegenwert einer andern Leiftung Bedeutung gu-Dagegen wird eine Leiftung, fur die ber Leiftenbe gar teine Gegenleiftung erhalt, nicht badurch entgeltlich, daß sie in dem irrigen Glauben an eine Gegenleiftung bewirkt wird (966 105, 246; Gruch 68, 67: Erfüllung einer vermeintlichen Rachlagverbindlichkeit). Reine unentgeltliche Verfügung ist die Versäumnis eines Erwerbs, Ausschlagung einer dem Erblaffer angefallenen Erbichaft, Duldung ber Berjährung.

4. Erlaubte Schenkungen f. § 534 (auch §§ 1446, 1641, 1804, 2205, 2330). Der Sat bezieht sich nur auf Verfügungen unter Lebenden (Ban DbLG 25 A 4). Steine sittliche oder Anftandspflicht bes zum Borerben berufenen überlebenden Elternteils, eine Ausgleichung unter den Kindern wegen ihrer bereits empfangenen Ansstattungen (vgl. §§ 2050, 2052) schon burch Rechtsgeschäft unter Lebenden vorzunehmen (RG LB 1922, 4107).

5. Übereinstimmend mit § 161 Abs 8, bort A 3 und BBD § 325 Abs 2. Der gutgläubige

Erwerber muß darüber in Unkenntnis sein, daß der vom Vorerben veräußerte Gegenstand zur Erbschaft gehört oder den Vorerben irrig für befreit gehalten haben. Der Schut kommt auch dem Empfänger der unentgeltlichen Leistung zugute (A 3), doch bleibt er dem Bereicherungsanspruch aus § 816 Abs 1 ausgesett. Noch weitergehender Schut des Erwerbers bei Erteilung eines Erbscheins an den Vorerben, worin die Nacherbsolge unerwähnt geblieben ist, §§ 2366, 2363.

§ 2114

Gehört zur Erbschaft eine Sypothekenforderung, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld, so steht die Kündigung und die Einziehung dem Borerben zu¹). Der Borerbe kann jedoch nur verlangen, daß daß Kapital an ihn nach Beibringung der Einwilligung des Nacherben gezahlt oder daß es für ihn und den Nacherben hinterlegt wird²). Auf andere Berfügungen über die Hentenschuld sinden die Borschriften des § 2113 Anwendung³).

E I 1818—1821, 1828 II 1987; M 5 96—98, 114—116; B 5 104.

Befreiung zulässig § 2136.

- 1. Sphothet §§ 1113ff., Grundschuld §§ 1191ff., Rentenschuld §§ 1199ff. sind Rechte am Grundstück. Die Verfügung hierüber, wozu auch Kündigung und Einziehung gehoren, unterliegt beshalb an sich den Beschräntungen des § 2113. Der Vorerbe ist jedoch (in weiterem Maße als der Nießbraucher §§ 1077, 1080) insofern freier gestellt, als ihm die Kündigung unter der auß § 2131 sich ergebenden Verantwortung selbständig überlassen ist. Demgemäß ist auch die vom Schuldner dem Vorerben gegenüber erklärte Kündigung voll wirksam.
- 2. Auch die Einzichung ist nicht (wie beim Nießbrauche § 1078) von der Mitwirkung des Nacherben abhängig. Das Zahlungsverlangen ist aber inhaltlich in der Weise beschränkt, daß den Rechten des Nacherben kein Abbruch geschehen kann. Seine Einwilligung, d. h. vorherige Zustimmung (§ 183) ist auf Verlangen und regelmäßig schon im Hindlick auf GBD § 29 in öffentlich beglaubigter Form zu erteilen, § 2120. Sie kann zum Zwede der Befreiung auch vom Schuldner beansprucht werden. Hinterlegung § 372. Der hinterlegte Betrag wird im Falle des § 378 Surrogat der Erbschaft (§ 2111); zur Versäugung hierüber ist die Zustimmung des Nacherben erforderlich (§ 2116 Ubs 2). Die Vorschrift trifft auch gegenüber dem persönlichen Schuldner zu, der nicht Eigenführer ist (§ 1143) und sindet auch Anwendung, wenn der Schuldner freiwillig leistet (hierzu NGI 50, 217). Dagegen ist der Vorerbe in Ansehung anderer Forderungen, insbesondere aus Zinsrückstände nach § 2112 nicht beschränkt.
- 3. Andere Berfügungen als Kündigung und Einziehung § 2113 A 1. Hierzu gehört auch bie Aufrechnung, wenn sie vom Vorerben erklärt wird.

§ 2115

Gine Bersügung über einen Erbschaftsgegenstand, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder der Arrestvollziehung¹) oder durch den Konkursverwalter ersolgt²), ist im Falle des Eintritts der Nacherbsolge insoweit
unwirksam, als sie das Recht des Nacherben vereiteln oder beeinträchtigen
würde³). Die Versügung ist unbeschränkt wirksam, wenn der Anspruch
eines Nachlaßgläubigers oder ein an einem Erbschaftsgegenstande bestehendes Recht geltend gemacht wird, das im Falle des Eintritts der Nacherbsolge dem Nacherben gegenüber wirksam ist⁴).

E I 1829 II 1988; M 5 117; B 5 112-114; 6 92, 98.

1. Wie die vom Vorerben vorgenommenen Verfügungen im Falle des § 2113, so sind auch die gegen ihn ergehenden Verfügungen unwirksam, wenn sie im Wege der Iwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung stattfinden. Und zwar auch wenn der Vorerbe nach §§ 2136, 2137 befreit ist, sowie rücksichtlich aller Arten von Erbschaftsgegensstanden, also auch beweglicher Sachen und Rechte, die zur Erbschaft gehören. ZPO § 773 verbietet dentgemäß die Veräußerung und Überweisung der zu einer Vorerbschaft gehörenden Gegenstände und gibt dem Nacherben ein Widerspruchsrecht. Nur um Verwirklichung einer rechtsgeschäftlichen (urteilsmäßigen), nicht um eine im Wege der Zwangsvollstreckung ergehende Verfügung handelt es sich in den Fällen der Verurteilung zur Abgabe einer Willenserksärung nach ZVO §§ 894, 895 u. 897. Der Zwangsvollstreckung muß folgerichtig auch die Aufrechnung

als eine Form der Selbstbefriedigung gleichgestellt werden. In Fortbildung des § 894 ist beshalb dem Nachlafschuldner, der zugleich persönlicher Gläubiger des Borerben ist, verwehrt,

mit diefer Forderung gegen seine Nachlaßschuld aufzurechnen (RG 80, 32).

2. Im Konkurs über das Bermögen des Borerben ist das dem Konkursverwalter zustehende Berfügungsrecht (KD § 6 Abs 2) mit Bezug auf die Erbschaftsgegenstände beschränkt. Freie Verfügung ist ihm auch nicht zur Erfüllung eines zweiseitigen Vertrags (KD § 17) eingeräumt. Die Beräußerung der Erbschäftsgegenstände ist ihm durch KD § 128 noch besonders unterlagt. Der Nacherbe kann hiergegen den Schut des Konkursgerichts anrusen (KD § 83), hat aber kein Aussonderungsrecht aus KD § 43, da der Erbschaftsgegenstand immerhin dis zum Eintritt der Nacherbssgeden Gemeinschuldner als wahrem Erden gehört (a. M. Dernburg V§ 58 U 11).

3. Die Unwirksamkeit der Bersügung ist eine bedingte und begrenzte wie § 2118 A 2. Jedenfalls ist die Bornahme der Zwangsvollstredung zulässig und steht auch dem Nacherben insoweit kein Widerspruchsrecht zu, als es sich um die Begründung von Psandrechten gemäß BBO §§ 804, 829, 846 st., 857 st., 930 oder um Eintragung einer Sicherungshhpothek nach §§ 866 st. (NJA 4, 59) oder nur um Beschlagnahme des Grundstüder nach ZBG §§ 20 st. handelt. Nicht betroffen durch § 2115 sind Bollstredungshandlungen, die sich auf die dem Borerben Ausungen (§ 2111 U 3) beschränken (NG 80, 7). S. jedoch ZBO § 863. So auch die Zwangsverwaltung nach ZBG §§ 146 st. Nur die Beräußerung und Überweisung ist ausgeschlossen Ausungswervellung sie zur Nacherbsolge kommt, kann der Nacherbe Beseitigung aller Bollstredungsmaßregeln verlangen. Borher hat er nach § 2128 gegebenenfalls das

Recht auf Sicherheitsleiftung.

4. Das Recht des Nacherben wie jedes andern Erben muß unbedingt den Unipriichen der Rachlaggläubiger weichen (§ 1967). Auch bann ift ohne Rücksicht auf den Racherben bie völlige Durchführung der Zwangsvollstreckung zulässig, wenn sie auf Grund eines Rechtes an einem Erbichaftsgegenstande vorgenommen wird, bas entweder bereits vom Erblaffer (somit zugunsten eines Nachlaßgläubigers) oder auch erft vom Vorerben begründet worden ist, vorausgesett, daß das Recht auch gegenüber dem Nacherben wirksam ift. So bei allen Berfügungen, zu benen ber Nacherbe eingewilligt hat (§ 2120) ober die der Borerbe in Beziehung auf Grundstüde oder Rechte an Grundstüden ohne Benachteiligung des Nacherben (§ 2113 Abf 1) oder in Beziehung auf andere Gegenstände entgeltlich vorgenommen hat (§ 2113 Abs 2). Ebenso bei Hypothekenzinsen und Reallasten, die der Borerbe unbefriedigt gelassen hat (§§ 1107, 1108, 1118). Ift das Recht am Erbschaftsgegenstand erst im Wege der Zwangs. vollstreckung gegen den Vorerben erlangt (Pfandrecht), so ist seine fernere Geltendmachung burch Sat 1 (A 3) ausgeschlossen. Unter den gleichen Voraussetzungen sind die Verfügungen bes Ronfursverwalters unbeschräntt wirtfam. - Die Borichrift jum Schute ber Nicht. berechtigten (§ 2113 A 5) ist hier nicht aufgenommen. Hiernach erlangt auch ber gutgläubig, d. h. ohne Kenntnis des Nacherbenrechts mit der Zwangsvollstredung vorgehende Gläubiger ober mit bem Konfursverwalter verhandelnde Dritte burch die betreffenden Berfügungen keine gegen ben Nacherben wirksamen Nechte. Rommt es jedoch zu einer wirklichen Beräußerung, so wird der Erwerber nach §§ 1244, 932 ff., 892 geschütt. Bei der Zwangsversteigerung gilt dies sogar dann, wenn dem Ersteher das Nacherbenrecht bekannt war, sofern es nicht eingetragen oder rechtzeitig angemeldet war (3BG § 37 Nr 4, 5, §§ 44f., 52, 90f.). — Ahnliche Vorschriften in §§ 135, 161, 184, 853, 499, 883.

§ 2116

Der Vorerbe hat auf Berlangen des Nacherben die zur Erbschaft gehörenden Inhaberpapiere nebst den Erneuerungsscheinen bei einer Hinterlegungsstelle oder bei der Reichsbant mit der Bestimmung zu hinterlegen, daß die Herausgabe nur mit Zustimmung des Nacherben verlangt werden kann¹). Die Hinterlegung von Inhaberpapieren, die nach § 92 zu den vers brauchbaren Sachen gehören, sowie von Jinss, Kentens oder Gewinnanteilscheinen kann nicht verlangt werden²). Den Inhaberpapieren stehen Orderpapiere gleich, die mit Blankoindossament versehen sind³).

über die hinterlegten Papiere tann der Borerbe nur mit Zustimmung

des Nacherben verfügen4).

Œ I 1822 II 1989; M 5 98—100; B 5 99, 106—109; 6 98, 94.

Befreiung guläffig § 2136.

1. Der Vorerbe ist bezüglich der Inhaberpapiere (§§ 793ff., 1195; Inhaberaktien HB §§ 179, 320) und Erneuerungsscheine (§ 805) nur schulbrechtlich und nur insweit gebunden, als der Nacherbe das Verlangen nach hinterlegung gestellt hat. Schadensersappslicht

nach § 2130. Legitimationspapiere (§ 808), z. B. Sparkassensicher gehören nicht zu ben Inhaberpapieren. Hinterlegungsstellen nach Landesgesetz EG Artt 144—146. Die gleiche Art ber Hinterlegung ist vorgeschrieben beim Nießbrauch § 1082, gesetzlichen Güterrecht § 1392 und für die vormundschaftliche Berwaltung § 1814.

- 2. Die Inhaberpapiere sind verbrauchbare Sachen, wenn ihr bestimmungsmäßiger Gebrauch in dem Verbrauch ober in der Veräußerung besteht, z. B. Banknoten, das Betriebstapital eines Bankgeschäfts (s. auch § 1084).
- 3. Orberhapiere HBB § 363, Blankoinbossament BD Art 12. Der Borerbe kann sich mithin ber Hinterlegungspssicht baburch entziehen, daß er das Papier an Orber indossiert, BD Art 18.
- 4. Ist es einmal zur hinterlegung gekommen, so ist, solange sie dauert, jede ohne Justimmung des Racherben (§§ 182—184) vorgenommene Verfügung von Ansang an und nicht bloß wie im Falle der §§ 2118 A 2, 2115 A 3 bedingungsweise unwirklam. Verpflichtung des Nacherben zur Zustimmung § 2120.

§ 2117

Der Borerbe kann die Inhaberpapiere, statt sie nach § 2116 zu hinterlegen, auf seinen Namen mit der Bestimmung umschreiben lassen, daß er über sie nur mit Zustimmung des Nacherben verfügen kann. Sind die Papiere von dem Reiche oder einem Bundesstaat ausgestellt, so kann er sie mit der gleichen Bestimmung in Buchforderungen gegen das Reich oder den Bundesstaat umwandeln lassen.

Œ I 1822 A61 1 II 1990; Wt 5 99, 106-108; 6 98, 94.

Befreiung zulässig § 2186.

1. Umschreibung auf ben Namen § 806, EG Art 101. RSchulbbe v. 31. 5. 10 §§ 1, 4, 10, 18; Staatsschulbbuch EG Art 97. Gleiche Borschriften für die Verwaltung des Mannes und des Vormundes §§ 1893, 1815.

§ 2118

Gehören zur Erbichaft Buchforderungen gegen das Reich oder einen Bundesstaat, so ist der Borerbe auf Berlangen des Nacherben berpflichtet, in das Schuldbuch den Bermert eintragen zu lassen, daß er über die Forderungen nur mit Zustimmung des Nacherben berfügen kann.).

Œ II 1191; B 5 99, 106-108; 6 98, 94.

Befreiung guläffig § 2186.

1. Wie beim Vormund § 1816. ASchuldbe v. 31. 5. 10 §§ 3, 10, 18. Trifft auch zu, wenn die Buchforberungen erst nachträglich zur Erbschaft erworben sind (§ 2111).

§ 2119

Geld, das nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Birtschaft dauernd anzulegen ist, darf der Borerbe nur nach den für die Anlegung von Mindelgeld geltenden Borschriften anlegen¹).

∉ II 1992; № 5 104, 105.

Befreiung gulaffig § 2136.

1. Der Borerbe ist etwas freier gestellt als der Mann, der Vater oder der Vormund (§§ 1377, 1642, 1806), indem er nicht verpslichtet ist, Geld dauernd anzulegen, soweit es nicht zur Bestreitung von Ausgaben bereitzuhalten ist. Immerhin sind hierfür nicht seine eigenen Gepslogenheiten (§ 2131), sondern die Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft (§ 2038 A 2) maßgebend. Jedenfalls aber hat er, wenn er einmal eine dauernde Anlage vornimmt, hierbei auf mündelmäßige Sicherheit (§§ 1807, 1808, EG Artt 144, 212) Bedacht zu nehmen, hierzu NG 78, 4. Die Genehmigung des Kacherben zur Ersebung des Geldes wie in § 1809 braucht er bei der Anlegung nicht auszubedingen. Auch seine Zustimmung zur Anlegung wie in § 1810 braucht er nicht einzuholen (5. jedoch § 2128). In der Anlegung von Geldern zu bloß vorübergehenden Zwecken (Bankguthaben, Ansamlung von Betriedsmitteln) ist er nur nach Maßgade der §§ 2181, 277 beschänkt. Keinesfalls ist er genötigt, vom Erblasser überkommene unsichere Anlagen in mündelmäßige umzuvandeln. — Ahnlich beim Rießbrauch § 1079 und beim Pfandrecht an Forderungen § 1288.

§ 2120

Bit gur ordnungsmäßigen Berwaltung, insbesondere gur Berichtigung von Nachlagberbindlichkeiten, eine Berfügung erforderlich, die der Borerbe nicht mit Birkung gegen den Racherben vornehmen tann, fo ift der Racherbe bem Borerben gegeniiber berpflichtet, seine Ginwilligung gu der Berfügung zu erteilen1). Die Ginwilligung ift auf Berlangen in öffentlich beglaubigter Form zu erklären2). Die Roften der Beglanbigung fallen dem Borerben aur Last3).

Œ I 1823, 1828 Abi 3, 1881 II 1998; M 5 107, 108, 116, 117, 120; ⅓ 5 109, 112; 6 94.

1. Ordnungsmäßige Verwaltung § 2038 A 2. Gebacht ist vorzugsweise an die Notwendigkeit einer Berfilberung von Nachlaßgegenständen, um Mittel zur Bezahlung von Nachlaßschulden zu gewinnen. Diese Bersilberung ist mit Wirkung gegen den Nacherben bem Borerben allein nicht gestattet, wenn es sich handelt um Grundstücke ober Nechte an Grundstüden (§§ 2113 Abs 1, 2114) oder um die Berfügung über Papiere oder Buchforde. rungen, die gemäß §§ 2116-2118 hinterlegt ober umgeschrieben sind. Die Einwilligung bes Racherben ober bes für ihn bestellten Testamentsvollstreders (§ 2222), die gemäß §§ 183 im boraus zu erklären ift, aber auch als Genehmigung (§ 184) die Berfligung nachträglich wirfam macht, ist in solchen Fällen unentbehrlich und darf nicht verweigert werden; anders auch im Falle befreiter Vorerbschaft, wenn die Maßregel (Einziehung einer Hypothef) erweislich zur Vereitelung des Nacherbenrechts ersolgt (NG 70, 332). Besteht die Nachlaße verdickliefteit unmittelbar in der Vornahme einer Verstügung nach § 2113 Abs 1, z. B. in der Aussaliung eines bereits vom Erblasser veräußerten Grundstäds, so bedarf es zwar materiell der Einwilligung des Nacherben nicht, immerhin muß sie formell dem Grundbuchamte nachgewiesen werben (§ 2113 A 2). Die Verpflichtung besteht nur gegenüber dem Vorerben, nicht also auch gegenüber bem Dritten, der an der Wirksamkeit der Verfügung interessiert ift. Der Borerbe ift aber an ber Abtretung seines Anspruchs auf Einwilligung nicht gehindert. Macht ber Nacherbe gegen ben britten Erwerber eines Erbschaftsgegenstandes die Unwirksam. feit geltend, so darf ihm der Dritte, salls er nicht ohnedies durch § 2113 Abs 3 in seinem Erwerbe geschützt ist, mit der Einrede (exceptio doli) begegnen, daß er gemäß § 2120 die Berfügung nachträglich zu genehmigen habe (a. M. Levnhard IV). Ebenfo fann, wer ein Grundftud bom befreiten Borerben entgeltlich erworben hat und geltend machen will, daß ber Nacherbenvermert (§ 52 GBD) dadurch gegenstandslos geworden sei, gegen den einen gegenteiligen Standpunkt vertretenden Nacherben unmittelbar auf Einvilligung in die Lofdung klagen (RG Mosch 1926 Mr 939). Der Beweis, daß der Nacherbe zur Einwilligung verpflichtet sei, ist vom Vorerben (ober gegebenenfalls dem dritten Erwerber) zu führen. — Die Vorschrift gilt in dem RG 90, 96 dargelegten Sinne entsprechend, wenn zur ordnungsmäßigen Berwaltung die Eingehung einer Nachlagberbindlichkeit erforberlich ift.

2. Beglaubigung § 129, FGG §§ 167, 18 , 191.
3. Die Kosten gehören also nicht zu den Nachlaßverbindlichkeiten § 1967, sondern äählen zu den Erhaltungskosten § 2124 Abs 1.

§ 2121

Der Borerbe hat dem Racherben auf Verlangen ein Berzeichnis der zur Erbichaft gehörenden Gegenstände mitzuteilen. Das Berzeichnis ift mit der Angabe des Tages der Aufnahme zu versehen und von dem Borerben zu unterzeichnen; ber Borerbe hat auf Berlangen die Unterzeichnung öffentlich beglaubigen zu lassen1).

Der Nacherbe tann verlangen, daß er bei der Aufnahme des Berzeich.

nisses zugezogen wird2).

Der Borerbe ist berechtigt und auf Berlangen des Racherben verpflichtet, das Berzeichnis durch die zuständige Behörde oder durch einen zuständigen Beamten oder Notar aufnehmen zu laffen3).

Die Roften der Aufnahme und der Beglaubigung fallen der Erbichaft zur Last4).

€ I 1815, 993, 1042 II 1994; M 5 103; B 5 93, 94, 98; 3 394—396.

1. Befreiung nach § 2136 nicht zulässig. Das Berzeichnis der Erbichaftsgegenftande (so auch beim Nießbrauche § 1035 und gesetlichen Guterrechte § 1372) umfaßt nur die Aftiven der Erbschaft, Sachen und Nechte (§ 90) nach dem Bestande zur Zeit des Erbsalls (DLG 82, 57) und braucht nicht, wie das Inventar (§ 2001 Abf 2) eine Beschreibung und Wertsangabe zu enthalten. Seine Beweiskraft ist, da die Vermutung des § 2009 hier nicht gilt, nach allgemeinen Grundsäten zu beurteilen. Es ist mitzuteilen, nur auf Verlangen des Kacherben, das im Prozesiwege durchzusetzeilen ist (DLG 8, 274) und nur während der Dauer der Vorerbschaft, nicht mehr nach Eintritt des Nacherbsalls gestellt werden kann (RG 98, 25). Sind mehrere Nacherben nebeneinander oder nacheinander eingesetzt, so kann jeder einzelne bieses Recht, wie die Rechte aus §§ 2127, 2128, selbständig geltend machen (so für den ersten Fall **NG** 98, 26 und Seuffl 74 Nr 34). Ist der Vorerbe zugleich Gewalthaber des Nacherben, so ist er schon nach §§ 1640, 1686 zur Aufnahme und Einreichung des Verzeichnisses an das Vormundschaftsgericht verpstlichtet (**NG** 65, 142). Das Verzeichnis braucht nur einmal aufgeftellt zu werben. Uber fpatere Beranderungen im Beftande ber Erbichaft (Anfall eines Miterbenanteils § 2110, Surrogation § 2111) hat der Borerbe nur im Falle des § 2127 Austunft zu erteilen und nur insolveit ist er nach § 260 zum Ofsenbarungseibe verpslichtet (DLG 21, 325; 26, 337; 32, 57). Beglaubigung § 129, FGG §§ 167, 183, 193.

2. Der Nacherbe ist zur Anwescnheit nur berechtigt, nicht aber, auch auf Verlangen bes

Borerben nicht, bazu verpflichtet. Ebensowenig zur Mitwirtung ober auch nur zur Außerung

über die Richtigkeit und zur Mitunterzeichnung. 3. Die Zuständigkeit bestimmt sich nach Landesrecht. Der Nacherbe kann sich auch damit

begnügen, daß der Vorerbe die Behörde nur zuzieht (§ 2002).

4. Die Kosten sind Nachlaßverbindlichkeit § 1967. Dies schließt nicht aus, daß sie den Vorerben im Verhältnis zu Dritten als eigene Verbindlichkeit treffen. Hat der Vorerbe das Verzeichnis aus eigener Bewegung aufgestellt, so können die Kosten als Verwendungen nach §§ 2124, 2125 in Betracht fommen.

§ 2122

Der Borerbe tann den Zuftand der zur Erbschaft gehörenden Sachen auf seine Roften durch Sachberständige feststellen laffen. Das gleiche Recht fteht bem Racherben gu1).

Œ I 1815, 992 II 1995; M 5 103; B 5 94, 99.

1. Befreiung nach § 2136 nicht zulässig. Wie beim Niegbrauch § 1034, bem gesetlichen Güterftande § 1872 und ber Errungenschaftsgemeinschaft § 1528. Die Feftftellung bes 3ustandes ber Sachen (§ 2111) tann (aber immer nur mahrend ber Dauer ber Borerbichaft, RG 98, 26) auch wiederholt und ohne die Boraussetzungen der §§ 2127, 2128 verlangt werden, solange das Berlangen nicht in Schikane ausartet (§ 226). Vorzeigungspflicht des Vorerben § 809. Berfahren FGG §§ 15, 164.

S 2123

Gehört ein Wald zur Erbschaft, so tann sowohl der Borerbe als der Nacherbe verlangen, daß das Dag der Rugung und die Art der wirtschaftlichen Behandlung durch einen Wirtschaftsplan festgestellt werden. Tritt eine erhebliche Anderung der Umstände ein, so tann jeder Teil eine entsprechende Anderung des Birtschaftsplans verlangen. Die Kosten fallen der Erbichaft zur Laft.

Das gleiche gilt, wenn ein Bergwerk ober eine andere auf Gewinnung

von Bodenbestandteilen gerichtete Anlage zur Erbschaft gehört1).

E II 1996; B 5 127, 128; 6 844.

Befreiung guläffig § 2186.

1. Wald- und Bergwertsnutung wie beim Nieftbrauch vgl. § 1038. Die Kosten sind Nachlagverbindlichkeit § 1967.

\$ 2124

Der Borerbe trägt dem Racherben gegenüber die gewöhnlichen Erhal-

tungskoften1).

Undere Aufwendungen, die der Borerbe zum Zwede der Erhaltung von Erbichaftsgegenständen ben Umständen nach für erforderlich halten darf. tann er aus der Erbschaft bestreiten2). Bestreitet er sie aus seinem Bermögen, so ist der Nacherbe im Falle des Eintritts der Nacherbsolge zum Erfate verpflichtet3).

Œ I 1815, 997—999 II 1997; ₩ 5 108, 104; № 5 100, 115—121.

1. Die gewöhnlichen Erhaltungetoften find in Wegenfat geftellt zu anderen Aufwenbungen zum Zwede der Erhaltung (Abs 2), zu Verwendungen (§ 2125) und zu den außer-ordentslichen Lasten (§ 2126). Es sallen deshalb darunter, obschon nicht eigentlich der Er-haltung, sondern der Verwaltung der Erbschaft dienend (Prot 5, 119), die gewöhnlichen Lasten wie Abgaben, Renten, Binfen ber Nachlafichulden, die üblichen Berficherungeprämien usw. Eigentliche Erhaltungstoften find Aufwendungen für Erhaltung ber Sache in ihrem wirtschaftlichen Bestande einschließlich der zur gewöhnlichen Unterhaltung gehörenden Ausbesserungen und Erneuerungen (§ 1041, auch §§ 582, 601), somit auch die gur Fortstührung eines gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebs im bisherigen Umfange notwendigen Ausgaben. Der Borerbe hat diese Kosten als Gegensatz für die ihm gebührenden Nutungen (§ 2111 A 3) — jedoch regelmäßig ohne Kücksicht barauf, ob er hierin volle Decum findet oder nicht — auf die Dauer seines Rechts selbst zu tragen (§ 108). Immerhin kann im Einzels fall auch der Umstand, ob Erhaltungskosten aus den regelniäßigen jährlichen Ruhungen bestritten werden konnen, für ihre Unterordnung unter die gewöhnlichen ober die außerordeutlichen Erhaltungskoften erheblich sein; so können Koften der Ansbesserung einer Hausfassabe als außerordentliche Aufwendungen angesehen werden, wenn infolge der Zwangswirtschaft die Hauserträgnisse für diese Kosten auch bei Zugrundelegung eines mehrjährigen Bewirt-schaftungszeitraums nicht ausreichen (DLG Frankfurt und Herzfelder, IN 1924, 987). Daß der Borerbe die Rosten dem Nacherben gegenüber zu tragen hat, bedeutet, daß er hierfür nicht Ersat oder Befreiung nach § 257 verlangen kann und daß er auch nach Sintritt der Nach-erbfolge dafür aufzukommen hat (§ 2145 Abs 1), soweit nicht nach §§ 2130, 592, 593 für das lette Jahr ein Ausgleich stattsindet. Bernachlässigt er die Erhaltung der Erbschaft, so macht er sich gemäß §§ 2130, 2131 schadensersatzsschlichtig. Der Erbsasser kann ihn von der Berpflichtung nach Abs 1 nicht befreien (§ 2136). Dagegen kann er sich vom Nacherben ermächtigen lassen, Aufwendungen, die nicht unter Abs 2 fallen, aus der Erbschaft zu bestreiten (Ban DbLG 21 A 5).

2. Zu den anderen Auswendungen gehören außergewöhnliche Ausbesserungen und Erneuerung von Erbschaftsgegenständen (§§ 1042, 1043), wobei auch an Sachindegriffe (Landgut, Herde, Handelsgeschäft) zu denken ist. Auch die Kosten des im Interesse der Erbschaft über einen Erbschaftsgegenstand nicht leichtsertig geführten Rechtsstreits fallen (abweichend § 1387 Kr 1) der Erbschaft zur Last. Über Notwendigkeit und Umfang der Auswendungen zu entscheiden, steht wie deim Beauftragten (§ 670) in dem gutgläubig außgeübten Ermessen des Vorerben. Er kann die Auswendungen aus der Erbschaft oder ihren Surrogaten (§ 2111) bestreiten, somit auch Erbschaftsgegenstände hierzu in Geld umsetzen und in den Fällen des

§ 2120 die erforderliche Einwilligung des Vorerben erzwingen.

3. Aus seinem Bermögen bestreitet der Vorerbe die Auswendungen auch dann, wenn er hierzu die Auhungen der Erhschaft verwendet (§ 2111 A 3). Die Ersathflicht des Racherben entsteht erst mit der Racherbsolge (§ 2189). Bis dahin verbleiben dem Vorerben die Auhungen der Erbschaft, er kann deshalb auch erst von diesem Zeitpunkt ab Verdinsung verlangen (§ 256). Anspruch auf Befreiung von Verbindlichseiten § 257. Der Ersatnspruch ist nicht wie gegenüber dem Eigentumsanspruch (§ 1001) davon abhängig, daß der Racherbe den betreffenden Erbschaftsgegenstand erlangt. Auch Verwendungen auf untergegangene Gegenstände sind zu ersehn (!. jedoch § 2138 A 2). Die Ersatsslicht ist aber Nachlasverbindlichkeit und unterliegt deshalb in jedem False der Beschräntung der Hastung, auch wenn der Nacherbe sonst unbeschränkt hastet, § 2144 Abs 3. Zurückbehaltungsrecht des Vorerben § 273.

§ 2125

Macht der Borerbe Berwendungen auf die Erbschaft, die nicht unter die Borschrift des § 2124 fallen¹), so ist der Racherbe im Falle des Eintritts der Racherbsolge nach den Borschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag zum Ersaße berpflichtet²).

Der Borerbe ift berechtigt, eine Ginrichtung, mit der er eine gur Erb.

schaft gehörende Sache versehen hat, wegzunehmen3).

E I 1815, 1010 II 1998; M 5 103, 104; B 5 100, 115-121.

1. Die Verwendungen sind hier in Gegensatz gestellt zu den gewöhnlichen und außergewöhnlichen Erhaltungskosten des zu 2124. Im übrigen ist die Bestimmung dem Nießbrauch, nachgebildet zu 1049. Es handelt sich somit a) um Ausgaben im Interesse der Erhschaft, die über den Erhaltungszweck hinausgehen, z. B. Berbesserungen in der Austurart, Um- und Erweiterungsbauten, Vermehrung des Betriebskapitals, oder b) um Ausgaben, die zwar dem Erhaltungszwecke dienen, aber (wie die Ausbesserung einer veralteten Maschinenanlage) vom Borerben nicht hätten sier ersorderlich erachtet werden dürsen. Die Verwendungen können

auf einzelne Gegenstände, aber auch auf die Erbichaft im ganzen gemacht fein, g. B. die Roften

eines Rechtsstreits, der zur Feststellung des Erbrechts geführt wird.

2. Der Nacherbe ist, wie nach § 2124 Abs 2 nicht vor Eintritt ber Nacherbsolge, jedoch nicht gleich dem Auftraggeber, sondern nach den Vorschriften über die Geschäftssührung ohne Auftrag ersatpssichtig. Danach steht dem Vorerben wie nach § 2124 Abs 2 bei den Verwendungen zu Erhaltungszwecken der volle Ersatanspruch aus §§ 683, 670 zu, soweit die Verwendungen dem Interesse und dem wirklichen oder dem mutmaßlichen Willen des Nacherben entsprechen oder soweit dem Vorerben § 679 zur Seite steht. Trifft dies nicht zu, so haftet der Nacherbe nach § 684 jedenfalls soweit er bereichert ist. Im übrigen gilt von dem Ersatanspruch das § 2124 A 8 Gesate.

3. Das Begnahmerccht (§ 258) steht bem Geschäftsführer an sich nicht zu, ist beshalb bem Borerben besonders eingeräumt. Der Borerbe ist zur Wegnahme nur berechtigt, nicht

perpflichtet.

§ 2126

Der Borerbe hat im Berhältnisse zu dem Nacherben nicht die außerordentlichen Lasten zu tragen, die als auf den Stammwert der Erbschaftsgegenstände gelegt anzusehen sind¹). Auf diese Lasten sinden die Borschriften des § 2124 Abs 2 Anwendung.²)

E I 1815, 1003 Nr 1 II 1999; M 5 103, 104; B 5 100, 115—120

1. Indem der Vorerbe von Tragung der außerordentlichen Laften (§§ 995, 1047, 1385 Nr 1) befreit wird, ist mittelbar zugleich seine Berpslichtung anerkannt, die ordentlichen öffentlichen oder privatrechtlichen Lasten (§ 103) als Gegensat sür die ihm zusließenden Nuhungen selbst zu tragen (§ 2124 Al 1). Dies gilt auch von den außerordentlichen Lasten, soweit sie, wie z. B. die Einquartierungskaft, nicht auf den Stammwert gelegt sind. Dagegen kommen als solche den Stammwert ergreisende Lasten (M 3, 516) in Betracht: a) fällig werdende Hydochesen und Grundschulden, Zwangsauswendungen sür Neu- und Umbauten, Abjazentendeiträge u. dgl.; d) die der Erbschaft als Ganzem — nicht dem Vorerben für seine Berson — auserlegten Vermächtnisse und Auslagen (NG Recht O9 Nr 694: Auslegungsfrage, ob ein Rentenvermächtnis im Verhältnisse zwischen dem Vorerben und dem Nacherben nur dies Einksünfte oder das Stammvermögen belasten soll); o) die Besitzsteuer uach dem Vel-Stick v. Z. 7. 13; der Wehrbeitrag nach dem Wehrbe v. Z. 13 und die außerordentlichen Kriegsabgaben, soweit sie dom Vermögen und nicht vom Einkommen erhoden wurden (Ku und Herzsselder IV 1920, 5642); das Reichsnotopfer nach dem Ges v. 31. 12. 19 § 54; der Ausschlage zur Vermögensteuer nach dem Ges v. 32. 22 § 32, jetzt die Vernögensteuer nach dem Ges v. 30. 8. 24; die Erbschaftsteuer nach dem Erbschaftung nach dem Ges v. 30. 8. 24; die Erbschaftsteuer nach dem Erbschaftung v. 22. 8. 25 §§ 7, 15 Abs 4 (über das frühere Rechtsvol. Dies das frühere Rechtsvol. Dies das den Verlagensteuer und der Vertrag erhoden werden und gehören deshalb nicht hierher (Van Obev 22 A 324).

2. Der Borerbe tann berartige Lasten aus der Erbschaft bestreiten und hat, insoweit er

fie aus seinem Bermögen bestreitet, ben Ersabanspruch (§ 2124 A 2/3).

§ 2127

Der Racherbe ist berechtigt, von dem Borerben Austunft über den Bestand der Erbschaft zu verlangen¹), wenn Grund zu der Annahme besteht, daß der Borerbe durch seine Berwaltung die Rechte des Nacherben erheblich verletz²).

Œ II 2000; B 5 96, 97.

Befreiung zuläffig § 2136.

- 1. Das Kecht, Austunft zu verlangen, schließt nach § 260 das Recht in sich, Vorlegung eines (privatschriftlichen) Berzeichnisses bes derzeitigen Bestandes und gegebenensalls den Offenbarungseid zu verlangen. Hat der Vorerbe bereits nach § 2121 Berzeichnis gelegt, so genügt Angabe der seitbem eingetretenen Beränderungen. Die Auskunft kann, wenn ein neuer Grund gegeben ist, wiederholt verlangt werden. Bon mehreren, auch nacheinander berusenen Nacherben steht das Recht jedem besonders zu (§ 2121 A 1). Für den noch unbekannten Nacherben hat sein nach § 1918 bestellter Psleger zu sorgen. Ist nach § 2222 ein Testamentsvollstreder bestellt, so ist dieser zu dem Auskunftsverlangen ausschließlich berechtigt.
 - 2. Das Rocht bes Nacherben besteht in dem Anspruch auf Herausgabe der Erbschaft in

der § 2130 vorausgesetzen Beschaffenheit. Daraus folgt, daß nicht ordnungsmäßige Verwaltung, auch wenn sie nicht böswillig ist, das Verlangen rechtsertigt, wenn sie zugleich eine erhebliche Verletung der Nechte des Nacherben (auf sorglame Verwaltung) enthält. Immerhin muß die Besorgnis durch die Art der Verwaltung begründet sein. Ungünstige Vermögenslage des Vorerben (§ 2128 U 1) reicht für sich allein nicht aus. — Das Verlangen ist nötigensalls im Klagewege geltend zu machen. Es kann nur während der Dauer der Vorerbschaft gestellt werden, nach deren Beendigung dem Nacherben das Necht aus § 260 ohne weiteres zusteht (NG 98, 26). Für die Voraussetzungen ist der Nacherbe beweispsichtig.

§ 2128

Bird durch das Berhalten des Borerben oder durch seine ungünstige Bermögenslage die Besorgnis einer erheblichen Berletzung der Rechte des Nacherben begründet¹), so kann der Nacherbe Sicherheitsleistung verstangen²).

Die für die Berpflichtung des Nießbrauchers zur Sicherheitsleiftung geltenden Borschriften des § 1052 finden entsprechende Anwendung³).

E I 1815, 1005, 1006 II 2001; M 5 104; B 5 100, 121-125.

Befreiung zuläffig § 2136.

1. Der Borerbe ist, wie der Nießbraucher (§ 1051) oder der Ehemann (§ 1391, hierzu MG 60, 182 und Warn 1916 Ar 228) nicht allgemein, sondern nur unter den besonderen Voraussehungen des § 2128 zur Sicherheitsleistung verpstächtet. Ühnlich § 1981 Ubs 2. Daneben bleibt das Recht des Nacherben bestehen, auf Befolgung des § 2119 zu dringen (NG 73, 7). Das Verhalten des Vocerben braucht weder arglistig noch überhaupt pflichtwidrig zu sein (NG Seufsu 74 Ar 34), muß aber objektiv die vom Gesch ersorderte Besongnis rechtsertigen. So insbesondere dei unordentlicher Verwaltung des der Nacherbschaft unterliegenden Verwögens (§§ 2127, 2130), dei unrichtigen Augaben in einem Achlasverzeichnisse, das der Vorerbe mit oder ohne gesetlichen Zwang aufgestellt hat (NG Recht 1922 Ar 86), oder bei eigenmächtiger Vornahme der durch §§ 2118ff. ihm untersagten Verstäumgen; unter Umständen aber auch bei schlechter Verwaltung eines anderen Vermögens, das der Vorerbe in Händen aber auch bei schlechter Verwaltung eines anderen Vermögens, das der Vorerbe in Händen hat, insbesondere seinen eigenen freien Vermögens (NG ZV 17). Ob die ungünstige Verwögenslage schon bei Unsall der Erbschaft vorhanden voder erk später eintritt, ist gleichgültig. Sie allein genügt aber nicht. Es muß auch hier dazussennen, daß, etwa wegen drohenden Zugriss der Eläubiger des Vorerben oder zu befürchtender Veräußerung den Nachlaßgegenständen eine, und zwar erhebliche Verlehung der Nacherbenrechte zu besorgen steht.

2. Das Verlangen kann (bei einer Mehrheit von Nacherben von jedem einzelnen, § 2121 A 1) unmittelbar auf Sicherheitsleistung gemäß §§ 232 ff. gerichtet werden und jeht nicht voraus, daß der Vorerbe hierzu bereits rechtskräftig verurteilt oder daß ihm zuvor nach § 2129 die Verwaltung entzogen ist (NG 59, 200). Die Sicherheit ist vom Vorerben

nicht bloß mit der Erbschaft, sondern auch mit dem eigenen Bermögen zu leisten.

3. Der Anspruch gegen den Vorerben steigert sich gemäß § 1052 dis zur Entziehung der Verwaltung und Bestellung eines Verwalters mit den weiteren Folgen des § 2129, wenn es zur rechtskräftigen Verurteilung dazu gekommen ist, die Sicherheit zu leisten, und wenn die ihm hierfür zu bestimmende Frist (BPO § 255 Abs 2) verstrichen ist. Die Entziehung der Verwaltung erfolgt im Klagewege, die Bestellung des Verwalters durch das Prozespericht. Die Entziehung ist aufzuheben, wenn die Sicherheit nachträglich geleistet wird. — Allgemeine Sicherungsmaßregeln zugunsten des Nacherden im Wege des Arrestes oder der einstweisigen Verfügung sind durch § 2128 nicht ausgeschlossen. Sie können sich dis zur vorläusigen Entziehung der Verwaltung steigern, und zwar selbst dann, wenn der Erblasser beiteiung angeordnet oder den Nacherden nur auf den Überrest eingeset hat (§§ 2136, 2137).

§ 2129

Wird dem Vorerben die Berwaltung nach den Vorschriften des § 1052 entzogen, so verliert er das Recht, über Erbschaftsgegenstände zu ver-

fügen1).

Die Borschriften zugunsten derjenigen, welche Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten, finden entsprechende Anwendung²). Für die zur Erbschaft gehörenden Forderungen ist die Entziehung der Berwaltung dem Schuldner gegenüber erst wirksam, wenn er von der getroffenen Anordnung Kenntnis erlangt oder wenn ihm eine Mitteilung von der Anordnung zugestellt wird3). Das gleiche gilt von der Aushebung der Entziehung4).

& II 2002; \$ 5 124, 126; 6 819.

Befreiung zuläffig § 2136.

1. Die Entziehung der Verwaltung (§ 2128 A 3) hat schlechthin den Verlust des Versügungsrechts zur Folge. Zugleich ist der Borerbe dem bestellten Verwalter zur Herausgabe der Erbschaft verpslichtet, behält aber den Anspruch auf die Auhungen (§ 2111 Å 3). Die erforderlichen Versügungen, wo nötig mit Zustimmung des Nacherben, sind vom Verwalter zu treffen. Doch erlangt auch eine vom Vorerben getroffene Versügung durch Genehmigung des hieran allein interessierten Nacherben Wirksamfeit (§ 185 Abs 2). Die Entziehung tritt ein mit der Vollitreckorfeit der sie anordnenden Entscheidung. Die Versügungsbeschränkung ist, wenn auch nicht von Amts wegen wie GBD § 52, so doch auf Antrag des Nacherben oder des bestellten Verwalters im Grundbuch einzutragen (GBD §§ 22, 18).

2. Vgl. § 2113 A 5.

3. Entsprechend dem Nießbrauch § 1070 Abs 2 und dem Pfandrecht an Rechten § 1275. Die regelmäßig vom Verwalter oder vom Nacherben ausgehende Mitteilung an den Schuldner ist, wenn sie erfolgt in Form der Zusteslung, auch der Ersatzustellung (ZPO §§ 181—184), ohne Rücksicht auf erlangte Kenntnis wirtsam. Nicht geschützt ist der Dritte, der vom Vorerben eine Forderung durch Abtretung erwirdt, soweit ihm nicht §§ 892, 898 zustatten kommen. Auch auf Erbschein kann er sich nicht berusen (§ 2366), da der Erbschein über das Fortbestehen des Verfügungsrechts nicht Auskunft zu erteiten bestimmt ist.

4. Entsprechend § 1070 Schlußsat. Die Entziehung der Berwaltung ist aufzuheben,

wenn der Vorerbe nachträglich Sicherheit leistet, § 1052 Abs 3.

§ 2130

Der Vorerbe ist nach dem Sintritte der Nacherbsolge verpflichtet, dem Nacherben die Erbschaft in dem Zustande herauszugeben, der sich bei einer bis zur Herausgabe sortgesetzten ordnungsmäßigen Verwaltung ergibt¹). Auf die Herausgabe eines landwirtschaftlichen Grundstücks sindet die Vorschrift des § 592, auf die Herausgabe eines Landguts sinden die Vorschriften der §§ 592, 593 entsprechende Anwendung²).

Der Borerbe hat auf Berlangen Rechenschaft abzulegen3).

E I 1815, 1007 II 2008; M 5 101, 102; B 5 95, 96, 100, 128.

Befreiung zuläffig § 2186.

- 1. Die Hernungabehilicht ist wie bei der Pacht (§ 591) nach Inhalt und Umsang durch einen obsettiven Maßstab bestimmt: das Ergebnis einer dis zur Herausgabe fortgesetten ordnungsmäßigen Berwaltung. Was dem Vorerden hiernach im einzelnen obliegt (§ 2088 U.2), bestimmt sich nach allgemeinen Lebensanschauungen. Zedenfalls kann der Nacherbe nicht eine einzelne Verwaltungshandlung des Vorerben herausgreisen, sondern muß auf das Gesamtergebnis der Verwaltung sehen (Prot 5, 96). Underseits kann sich der Vorerbe von der objektiv gegen ihn begründeten Haftung durch den Nachweis bestreien, daß er auch in eigenen Angelegenheiten nicht sorgfältiger zu versahren psiege (§ 2131), wenn ihm nicht grobe Fahrlässigisteit zur Last fällt (§ 277). Der Herausgabeanspruch umfaßt auch die Surrogate der Erbschaft (§ 2111), ist aber seiner Natur nach schuldrechtlich und entsteht erst mit Eintritt der Nacherbsolge (§ 2139). Nimmt der Vorerbe darüber hinaus die Erbenstellung in Anspruch, so ist en nunmehr auch dem Erbschaftsanspruch des Nacherben ausgeset (§§ 2018sfs.). Auch im Falle der Befreiung (§ 2136) kann der Vorerbe von der Herausgabeverpstichtung selbstwerständlich nicht ganz entbunden werden. Sie beschränkt sich nach § 2138 nur auf die noch vorhandenen Erbschaftsgegenstände. Die Prüfung der Empfangsberechtigung ist Sache des bischerigen Vorerben. Gibt er die Erbschaft einem Nichtberechtigten heraus, so kann er sich dem wahren Nacherben gegensüber nicht etwa auf § 2140 berufen (NG Warn 1918 Nr 213). Ersahanspruch des Vorerben wegen seiner Berwendungen §§ 2124, 2125, Zurüdbehaltungstecht § 273, Verpslichtung zum Wertsersat § 2134, Verteilung der Früchte und Lasten Racherbsolge §§ 2127—2129. Tritt die Racherbsolge durch den Tod des Vorerben ein, so trissft die Herausgabepflicht an seiner Stelle seinen Erben (NG Recht 1920 Nr 421).
- 2. Entsprechend dem Nießbrauch, vgl. § 1055 Abs 2.
 3. Die Rechenschaftspflicht umfaßt nach § 259 und ebenso die Herausgabepflicht nach § 260 gegebenenfalls die Pflicht zur Leistung des Offenbarungseides. Bei der Rechnungslegung scheiden die Einnahmen aus, soweit sie Nuhungen sind (§ 2111 A 3). Ebensowenia

kommen unter den Ausgaben die vom Borerben zu tragenden gewöhnlichen Erhaltungskosten in Frage (§ 2124 Abs 1). Überhaupt dürfen an die Rechnung des Borerben, der Herr der Erbschaft ist und nur nach Art eines Berwalters beurteilt wird, nicht gleich strenge Anforderungen wie an den eigentlichen Berwalter fremden Gutes gestellt werden.

§ 2131

Der Vorerbe hat dem Nacherben gegenüber in Ansehung der Berwaltung nur für diejenige Sorgfalt einzustehen, welche er in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt¹).

E I 1815, 991 II 2004; M 5 102; B 5 96, 99.

Befreiung gulaffig § 2136.

1. Der subjektive Maßstab der Sorgsalt in eigenen Angelegenheiten (vgl. auch §§ 690, 708, 1359, 1664) kommt von vornherein nicht in Betracht, soweit das Geseh dem Borerben bestimmte Verhaltungsmaßregeln vorschreibt (§§ 2116—2119, 2123, 2133, auch NG 73, 6), oder ihn schlechtsin zum Wertsersah verpstichtet (§ 2184). Ferner nicht, wenn es sich um ein grobsahrlässiges (§ 277) oder gar um ein argissitiges, auf Benachteiligung des Nacherben abzielendes Verhalten handelt. Für letzteren Fall kann ihm auch vom Erblasser die Haftung nicht erlassen werden (§ 2138 Abs 2). Im übrigen steht dem aus § 2130 an sich haftpslichtigen Vorerben der Gegenbeweis offen, daß er auch in eigenen Angelegenheiten nicht anders zu versahren pslege.

§ 2132

Beränderungen oder Berichlechterungen von Erbichaftssachen, die durch ordnungsmäßige Benutzung herbeigeführt werden, hat der Vorerbe nicht zu vertreten.).

E I 1815, 1007 Ab 1 II 2006 Abj 2; M 5 98; B 5 101, 128.

1. Übereinstimmend mit dem Grundsate des § 2180, auch bei der Miete § 548, der Leite § 602 und dem Nießbrauch § 1050. Damit ist zugleich anerkannt, daß der Borerbe für Beränderungen und Berschlechterungen einzustehen hat, soweit er den Beweis nicht führen kann, daß sie durch ordnungsmäßige oder doch mindestens seinen sonstigen Gepflogenheiten entsprechende Benutung (§ 2181) verursacht sind. Für den befreiten Vorerben (§ 2186) entfällt jede Beweispflicht.

§ 2133

Zieht der Vorerbe Früchte den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zuwider oder zieht er Früchte deshalb im itvermaße, weil dies infolge eines besonderen Ereignisses notwendig geworden ist1), so gebührt ihm der Wert der Früchte nur insoweit, als durch den ordnungswidrigen oder den übermäßigen Fruchtbezug die ihm gebührenden Ruhungen beeinträchtigt werden und nicht der Wert der Früchte nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zur Wiederherstellung der Sach zu verwenden ist2).

E I 1815, 988 Abf 2 II 2005; M 5 101; B 5 127, 128.

Befreiung zuläsfig § 2186.

1. Der entsprechenden Bestimmung beim Nießbrauch (§ 1039) nachgebildet. Daß dem Borerben die bei ordnungsmäßiger Verwaltung (§ 2180 A 1) gezogenen Nutungen eigentümlich gehören, ergibt § 2111 (A 3). Dier ist voraußgeseht, daß im Vergleich zu den gewöhnlichen Nutungen ein **Übermaß von Früchten** gezogen wird, entweder infolge ordnungswidriger Bewirtschaftung (Raubbau, Verkauf des zur Fortsührung der Wirtschaft nötigen Strohes usw.) oder notgedrungen infolge eines besonderen zufälligen Ereignisses (Windbruch usw.). Auch diese übermäßigen Früchte würden nach §§ 100, 958 an sich dem Vorerben gebühren, wenn das Geseh nicht einen Ausgleich träse.

2. Der Vorerbe bleibt auf die tatsächlich im Übermaß gezogenen Früchte nur insoweit berechtigt, als sie dem Ergebnis der gewöhnlichen, ordnungsmäßigen Bewirtschaftung entsprechen. Den Rehrertrag hat er bei Eintritt der Nacherbsolge mit der Erbschaft grundsätlich an den Nacherben herauszugeben oder zu ersehen. Hiervon kürzt sich jedoch der Ausfall an Früchten, den er infolge ordnungswidrigen oder übermäßigen Fruchtbezugs erleidet. (Der Worgen Wald trägt normal 100, hat infolge Windbruchs getragen im 1. Jahre 1000, im

2., 3. und 4. Jahre nur 25. Dem Borerben gebühren auf 4 Jahre 400, er hat gezogen 1075 und hat dem Nacherben deshalb herauszugeben 675.) Diefe Kürzung ist jedoch ("und nicht") infoweit ausgeschlossen, d. h. der übermäßige Fruchibezug (1000 infosge Windbruchs) ist an ben Nacherben insoweit unverkurzt herauszugeben, als er zur Wiederherstellung ber Sache zu verwenden ist. Beträgt somit der Aufforstungsaufwand 900, so hat der Vorerbe ohne Anspruch auf Ersat wegen des Fruchtausfalls im 2. bis 4. Jahre dem Nacherben die vollen 900 herauszugeben. Hat der Borerbe die Wiederherstellung selbst vorgenommen, so hat er insoweit, als er durch die mehr gezogenen Frlichte nicht gedeckt ift, den Ersatanspruch wegen Verwendungen aus §§ 2124, 2125. Beruht der übermäßige Fruchtbezug auf einem nach §§ 2130 bis 2132 vom Borerben zu vertretenden Berschulden, so ist er dem Nacherben (wie in § 2134) für den hiernach nicht ausgeglichenen Schaden ersappflichtig. Rut Sicherheitsleiftung (wie in § 1039) ist er nicht verbunden, wenn nicht § 2128 einschlägt.

\$ 2134

hat der Borerbe einen Erbschaftsgegenstand für sich verwendet, so ist er nach dem Gintritte der Racherbfolge dem Racherben gegenüber gum Erfate bes Wertes berpflichtet1). Eine weitergehende Saftung wegen Berichuldens bleibt unberührt2)3).

E I 1815, 1007 Abf 1 II 2006 Abf 1; M 5 93; B 5 100, 128, 129.

Befreiung zuläffig § 2136.

1. Borausgesett ift die Berwendung eines Erbichaftsgegenstandes (ober eines bafür erlangten Surrogats § 2111), die dem Borerben die ihm burch § 2130 auferlegte Berpflichtung sur herausgabe des Gegenstandes unmöglich macht. An die Stelle bes Gegenstandes tritt in biesem Falle, wie bei der Surrogation eine Forderung gegen den Vorerben auf Wertsersat. Der Erbschaftsgegenstand kann auch in einem z. B. vom Borerben zur Aufrechnung mit einer eigenen Schuld benutten Rechte (§ 90) bestehen. Hauptfall ist die Verwendung von Geld und anderen verbrauchbaren Sachen (§§ 92, 1877 Abi 2). Auch andere Sachen können burch Berbindung oder Bermischung mit eigenen Sachen bes Vorerben ober durch eine von ihm vorgenommene Berarbeitung (§§ 946, 948, 950) vom Vorerben verwendet und badurch untergegangen sein. Maßgebend für die Sohe des Bertsersates ist die Zeit der Verwendung. Er tann nicht vor Eintritt der Nacherbfolge gefordert werden.

2. Die Schabensersaupflicht wegen Berichuldens im Umfange ber §§ 280, 249ff. ift icon durch vie Tatsache der Verwendung begründet, wenn hierin ein Akt ordnungswidriger Verwaltung zu finden ist, § 2130, und der Erbe sich auch nicht mit der Einrobe aus § 2131 bestein kann. Böswillige Verminderung der Erbschaft § 2138 Abs 2. Auch die Art der Verwendung kann eine schuldhafte sein, z. B. Schädigung des Nachlaßgrundstüds durch Herausnahme

und Verwendung eines Balkens.

3. Ift ein nichtbefreiter Borerbe, insbesondere bie Bitwe bes Erblassers, durch bie von diesem nicht vorhergesehene Wirtschaftstatastrophe (Gelbentwertung) in Not geraten, so tann erganzende Testamentsanslegung (§ 2084 A 2) den Vorerben unter Umständen trop §§ 2130, 2134 berechtigt erscheinen lassen, das Kapital anzugreisen oder von dem es verwaltenden Testamentsvollstrecker die zur Abwendung der Notlage ersorderlichen Zuschüssen; es kommt für die Ausslegungsfrage darauf an, ob der Erblässer in erster Linie den Vorerben sichertstellen oder dem Nacherden das Kapital erhalten wollte (val. einerseits 3B1FG 22, 346, auch 3B 1922, 134316 u. 13461, anderseits Ceuffal 78 Dr 38).

8 2135

hat der Borerbe ein zur Erbschaft gehörendes Grundstück vermietet oder berhachtet, fo finden, wenn das Miets oder Bachtberhältnis bei dem Eintritte der Racherbfolge noch besteht, die Borichriften bes § 1056 entsprechende Anwendung1).

E I 1815, 1008 II 2007; M 5 104, 105; B 5 101, 129.

1. Ebenso bei ber ehemannlichen und väterlichen Rubniehung §§ 1423, 1663. Danach tritt der Nacherbe mit Eintritt der Nacherbfolge an Stelle des Borerben in die aus bem Mict. voer Bachtverhaltnis fich ergebenden Pflichten bes Bermieters ober Berpachters ein, ber Vorerbe bleibt aber innerhalb der Grenzen des § 571 als Bürge haftbar. Dem Nacherben kommt die vom Mieter oder Pächter geleistete Sicherheit zugute, § 572. Versügungen des Vorerben über den Miet- oder Pachtzins sind im Umfange des § 573 Sat 1, Rechtsgeschäfte zwischen Wieter ober Pächter und bem Vorerben und Aufrechnung gegen die Miets oder Bachtzinsforderung des Nacherben mit einer dem Mieter oder Pächter gegen den Vorerben zustehenden Forderung nach Vorschrift der §§ 574, 575 wirksam. Die Anzeige des Vorerben an den Mieter oder Pächter, daß die Nacherbsslige eingetreten sei, ist für den Vorerben bindend, § 576. Die gleichen Birkungen treten in Beziehung auf den Nacherben ein, der das vermietete Grundstück einem folgenden Nacherben herauszugeben hat, § 579. Kündigungsrecht des Nacherben gegenüber dem Mieter oder Pächter §§ 1056 Abs (2, 565, 566, Necht des Mieters oder Pächters, den Nacherben hierüber zur Erklärung aufzusordern § 1056 Abs (3. — Nach § 2120 kann der Nacherben hierüber zur Erklärung aufzusordern ben Eintritt der Nacherbsslige hinaus wirksame Verlängerung des Pachts oder Mietsvertrags einzuwilligen, wenn sie durch die Umstände geboten ist.

§ 2136

Der Erblasser kann den Vorerben von den Beschränkungen und Berpsslichtungen des § 2113 Abs 1 und der §§ 2114, 2116 bis 2119, 2123, 2127 bis 2131, 2133, 2134 befreien¹).

E I 1824 II 2008; M 5 103, 109; B 5 109.

1. Die Bulaffigfeit einer Befreiung bes Borerben bon ben hier ermähnten Befchran. tungen und Verpflichtungen, die nicht ausdricklich erklärt zu fein braucht (RG 69, 259; DLG 26, 338), ift bereits bei ben einzelnen Paragraphen hervorgehoben und erläutert. S. auch § 2137. Daraus ergibt sich, daß auch bei weitestgehender Befreiung der Vorerbe nicht unentgeltlich über Erbschaftsgegenstände verfügen barf (§ 2113 Abf 2), daß der Erblaffer Verfügungen im Wege der Zwangsvollstredung oder durch den Konkursverwalter nicht für wirksam erklären kann (§ 2115), den Vorerben nicht von der Inventarpflicht (§§ 2121, 2122), nicht von der Berpflichtung zur Tragung der gewöhnlichen Erhaltungskoften (§ 2124 Abs 1) befreien kann. Doch tann er ihm in letterer Beziehung die aus §§ 2130, 2131, 2134 sich ergebende Vertretungs. pflicht erlassen. Böllige Befreiung bes Vorerben von allen Schranken ist auch badurch nicht ju erreichen, daß er unzuläffigerweise zum Testamentsvollstreder für den Racherben (§ 2222) oder vom Erblasser für sich und seine Erben zum Bevollmächtigten in allen seinen Angelegenheiten bestellt wird (NG 77, 177; NGJ 43, 157; 52, 78; § 2222 A 1). Daß dem Borerben die Haftung für Arglist nicht erlassen werden kann, ist in § 2131 A 1 schon erwähnt, vol. auch § 2138 Abs 2. Die Befreiung kann sich auf alle (§ 2137 Abs 1) oder nur auf einzelne Beschränkungen und Berepslichtungen erstrecken. Umgekehrt ist der Erblasser nicht gehindert, durch Anordnung von Vermächtnissen und Auflagen die gesetlichen Berpflichtungen des Vorerben, insbesondere den Umfang seiner Herausgabepflicht (§ 2130) 3. B. durch Erstredung auf gezogene Rubungen und gemachte Ersparniffe noch über die gefetilichen Borichriften hinaus zu fteigern. Er fann auch die Berwaltung gang einem Teftamentsvollstreder übertragen (§§ 2205, 2209, 2338 Abf 1). — Im Grundbuch ist neben dem Rechte bes Nach-erben auch die Befreiung bes Vorerben von Amts wegen einzutragen, GBO § 52 (§ 2118 A 2). Im Erbichein ift nicht nur völlige Befreiung bes Borerben, sondern auch eine Teilbefreiung zu beurfunden (§ 2368 A 4).

§ 2137

Hat der Erblasser den Racherben auf dasjenige eingesetzt, was von der Erbschaft bei dem Eintritte der Nacherbsolge übrig sein wird, so gilt die Befreiung von allen im § 2136 bezeichneten Beschräntungen und Berspslichtungen als angeordnet1).

Das gleiche ift im Zweifel anzunehmen, wenn der Erblaffer bestimmt hat, daß der Borerbe zur freien Berfügung über die Erbschaft berechtigt

sein soll2).

© I 1839, 1841 II 2009; Dt 5 129, 180, 182; B 5 150-158.

1. Einsetung auf den überrest (sideicommissum ejus quod supererit). Ist sie erklärt, so ist kraft ergänzender, aber eine andere Auslegung nicht zulassender Bestimmung des Gesetes vom Erblasser auch Besreiung von allen Beschränkungen und Verpstichtungen gewollt. Soweit jedoch dem Erblasser die Möglichkeit einer Vefreiung des Vorerben überhaupt entzogen ist (§ 2136 A 1), bleibt er auch bei der Einsehung auf den Uberrest gebunden. Ebenso verbleibt es bei dem Grundsatze der Surrogation nach § 2111 (s. § 2188 A 1).

2. Räumt der Erblasser dem Vorerben "freie Berfügung" ein (f. über biesen Begriff PG 44, 77), so stellt das Gesetz nur eine Auslegungsregel auf. Der Wille des Erblassers

kann insbesondere auf Befreiung bloß von den eigentlichen Verfügungsbeschränkungen (§§ 2113 Abi 1, 2114) gerichtet sein. — Eintragung im Grundbuch EBO § 52, Angabe im Erbschein § 2363.

§ 2138

Die Berausgabebflicht des Borerben beschränkt sich in den Fällen des § 2137 auf die bei ihm noch borhandenen Erbschaftsgegenstände1). Für Berwendungen auf Gegenstände, die er infolge diefer Beschränkung nicht heranszugeben hat, tann er nicht Erfatz berlangen2).

Sat der Borerbe der Borichrift des § 2113 Abi 2 zuwider über einen Erbichaftsacaenstand verfügt oder hat er die Erbschaft in der Absicht, den Nacherben zu benachteiligen, bermindert3), so ist er dem Nacherben zum

Schadenserfate verbflichtet4).

€ I 1840 II 2010; M 5 130—132; B 5 150—158.

1. Für ben Umfang ber Herausgabebilicht mit ben aus § 260 fich ergebenden weiteren Berpflichtungen ist nicht, wie nach § 2130 ber bei ordnungsmäßiger Verwaltung sich ergebende, sondern der tatfächliche Buftand ber Erbichaft, der "Überrest" in der hand des Vorerben bei Eintritt der Nacherbfolge maßgebend. Selbstverständlich sind auch die nach § 2111 an Stelle ber ursprünglichen Erbschaftsgegenstände getretenen und noch vorhandenen Surrogate herauszugeben. Ein gesetzliches Necht des Vorerben, irgend etwas von der Erbschaft für sich durückzubehalten (quarta Falcidia), besteht nicht.

2. Der Erfatzanipruch wegen Verwendungen (§§ 2124 Abf 2, 2125) fteht bem Vorerben nur zu, soweit es wirklich zur Herausgabe der Erbschaft (wenn hierauf im ganzen Verwendungen erfolgt sind, § 2125 A 1) oder der einzelnen von der Verwendung betroffenen Erbs chaftsgegenstände kommt. Sein Ersatianspruch bleibt jedoch bestehen, soweit die Gegen-tande etwa durch Zufall untergegangen sind ("infolge dieser Beschräntung"). Für Gegenstände, die der Vorerbe, sei es auch schuldvoll (jedoch nicht arglistig Abs 2) für sich verwendet

hat, braucht er vermöge der Befreiung von § 2134 nicht aufzukommen.

3. Much ber auf ben Überreft eingejehte Borerbe ift nicht gu unentgeltlichen Berfügungen ober zu Versügungen ermächtigt, die zum Zwecke der Erfüllung eines selbst erteilten Schentungsversprechens erfolgen, § 2113 Abs 2. Ebensowenig kann ihm die Haftung für Arglist erlassen werden (§§ 276 Abs 2, 226; ebenso bei der Gütergemeinschaft § 1456).

4. Echadendersat §§ 249ff., 280. Schon vor Eintritt der Erbfolge besteht unter Umstellungsverschaft §§ 249ff., 280.

ständen der Anspruch auf Sicherheitsleiftung, § 2128 U 1, auch ift der Schut durch einstweilige Berfügungen (§ 2128 A 8) und selbst die Erhebung der Feststellungsklage (§ 2113 A 2) nicht ausgeschlossen. Der Cadensersatzuch, für bessen Umfang die Zeit des Eintritis der Nacherbsolae maßgebend ist, steht nicht bloß aushilfsweise zu. Soweit der Nacherbe die Unwirksamkeit der unentgeltlichen Verfügung auch gegen den dritten Erwerber geltend machen kann, ist er nicht gehindert, dis zum völligen Ausgleich des Schadens (§ 251) neben- oder nacheinander sowohl gegen den Dritten als gegen den Vorerben vorzugehen.

§ 2139

Mit dem Eintritte des Falles der Nacherbfolge1) hört der Borerbe auf. Erbe zu fein, und fällt die Erbichaft dem Racherben an2).

E I 1804 Sat 2 II 2011; M 5 82, 83; B 5 78.

- 1. Darüber, wann der Fall der Nacherbfolge eintritt, oder die Erbschaft dem Nacherben "anfällt", bestimmt zunächst der Wille des Erbsassers (§ 2100), aushilfsweise das Geset (Tod des Borerben, Geburt des Nacherben oder Entstehung der juristischen Berson, § 2106). Einsetzung des Nacherben unter einer aufschiebenden Bedingung § 2108 A 3. Borausgesett ift, daß der Nacherbe oder daß doch seine Erben den Eintritt der Nacherbfolge erlebt (§ 2108 A 1) und die Nacherbschaft nicht bereits ausgeschlagen haben (§ 2142).
- 2. Der Anfall der Erbschaft tritt wie im Falle der gewöhnlichen Erbfolge (§§ 1922 A 2, 1942 A 1) unmittelbar fraft bes Gesetes ein, b. h. bas Bermögen bes Erblassers nicht des Borerben — geht nunmehr mit einem Rechtsatt als Ganges (RG 65, 144) auf den Nacherben über. Er erwirbt damit also, vorbehaltlich des Ausschlagungsrechts, schon vor der Herausgabe (§ 2130 A 1) das Eigentum an den zur Erbschaft gehörigen Sachen, die damit verbundenen Gläubigerrechte und tritt in die Nachlagverbindlichkeiten ein (§ 2144). Auch der Besit geht nach § 857 grundsätlich ohne weiteres auf ben Nacherben über. Soweit jedoch der Borerbe ben Besit schon tatsächlich ausgeübt hatte, ist hierzu Besithübertragung durch den

Vorerben ober seine Erben ersorberlich. Vor Eintritt ber Nacherbfolge kann sich ber Vorerbe seiner Erbenstellung und damit der Schuldenhaftung (§ 2145) auch nicht durch Nechtägeschäft mit dem Nacherben zu dessen Gunsten entäußern (Nzind JW 1923, 138²). Doch kann er dem Nacherben gegenüber auf die Ausübung des Vorerbrechts verzichten und ihm den Nachlaß heransgeden (NG Necht 1916 Nr 831). Auch ist ihm die schuldrechtliche Veräußerung an den Nacherben durch Erbschaftskauf §§ 2371 ff. oder die dingliche Übertragung seines Nachlaßanteils (§ 2033) nicht verwehrt. Dagegen kann nicht nur der Mitnacherbe, sondern auch der Alleinnacherbe seine Anwartschaft vor Eintritt der Nacherbschaft wirdenbern auch der Alleinnacherbe seine Anwartschaft vor Eintritt der Nacherbschaft nicht dewirkt der Eintritt der Nacherbsolge Unterdrechung des zwischen dem Vorerben und einem Dritten anhängigen Rechtsstreits, JPO §§ 242, 246. Der Nacherbschand den Nechtsstreit aufnehmen, ist aber vor der Annahme zur Fortsetung nicht verpsichtet, JPO § 239 Ubs 5. Wirksamkeit des ergangenen Urteils BPO §§ 326, 728. Bgl. hierzu § 2112 U. Im Nachlaßkonkurse KO § 231. Unspruch des Nacherben auf Herausgabe des dem Vorerben erteilten Erbscheins § 2363 Ubs 2.

§ 2140

Der Borerbe ist auch nach dem Eintritte des Falles der Nacherbfolge zur Berfügung über Nachlaßgegenstände in dem gleichen Umfange wie vorher berechtigt, bis er von dem Eintritte Kenntnis erlangt oder ihn kennen muß. Sin Dritter kann sich auf diese Berechtigung nicht berusen, wenn er bei der Bornahme eines Rechtsgeschäfts den Eintritt kennt oder kennen muß.).

1. Die Vorschrift ist dem ehelichen Güterrecht (§§ 1424, 1472, 1497, 1546, 1549), der elterlichen (§ 1682) und vormundschaftlichen Verwaltung (§ 1893) entlehnt. Ühnlich dei der Vollmacht § 169, dem Auftrage § 674, der Gesellschaft § 729. Das Versügungsrecht des gutgläubigen Vorerben (§§ 2112ff.) bleibt auch nach Eintritt der Nacherbsvolge zu seinen eigenen Gunsten (in Ansehung der Verantworklichkeit gegenüber dem Nacherben) und des gutem Glauben des Dritten auch zu dessen Gunsten (Virssansteit der Verfügung) bestehen. Kenntnis erlangen § 1944 A. 2., Kennenmüssen, § 122. Ist der Vorerbe in bösem Glauben, so ist auch der gutgläubige Erwerber nicht geschützt, es sei denn, daß er sich auf den öffentslichen Glauben des Grundbuchs (§§ 892, 893), dei beweglichen Sachen auf § 932 oder auf einen die Vorerbeneigenschaft nicht kennzeichnenden Erbschein (§ 2866) berusen kann. Augenscheinlich hat das Geseh nicht bloß dingliche Verfügungen im technischen Sinne (§ 2112 A 1), sondern (vgl. Sat 2) auch rechtsgeschäftliche, bloß schulbrechtliche Verpssichtungen im Auge. Dies sührt zur entsprechenden Anwendbarkeit auch der zum Schulbe des Schulbners getrossenen Bestimmungen der §§ 406—408, 412. Jedoch wird insoweit (mit Pland A 2) überall das Kennenmüssen der Schulbners der Kenntnis gleichzussellen sein. Verfügt, nachdem Gegenstand, ohne zu wissen der Fall der Racherbsolge eingetreten ist, sein Erbe über einen Gegenstand, ohne zu wissen das Verzus der Racherbsolge eingetreten ist, sein Erbe über einen Gegenstand, ohne zu wissen das Verzus der Racherbsolge eingetreten ist, sein Erbe über einen Gegenstand, ohne zu wissen das Verzus der Racherbsolge eingetreten ist, sein Erbe über einen Gegenstand, ohne zu wissen das Verzus der Racherbsolge eingetreten ist, sein Erbe über einen Gegenstand, ohne zu wissen das Verzus der Racherbsolge eingetreten ist, sein Erbe über einen Gegenstand, ohne zu wissen das Verzus der Racherbsolge eingetreten ist, sein Erbe über einen Gegenstand, ohne zu wissen.

§ 2141

Ist bei dem Eintritte des Falles der Nacherbsolge die Geburt eines Nacherben zu erwarten, so sinden auf den Unterhaltsanspruch der Mutter die Borschriften des § 1963 entsprechende Anwendung¹).

E I 2027 II 2014; M 5 489, 490; B 5 618.

1. Ist eine noch nicht erzeugte Verson als Erbe eingesett, so ist, strenggenommen, ber Fall ber Nacherbsolge nicht vor ihrer Geburt eingetreten (§ 2106 Abs 2). Augenscheinlich will aber das Geseh den Unterhaltsanspruch der Mutter schon zulassen, wenn der berufene Nacherbe auch nur als Erzeugter vorhanden ist. Im übrigen vgl. § 1963.

§ 2142

Der Nacherbe kann die Erbschaft ausschlagen, sobald der Erbfall eingetreten ist.

Schlägt der Nacherbe die Erbschaft aus, so verbleibt sie dem Borerben2), soweit nicht der Erblasser ein anderes bestimmt hat3).

@ I 1882 II 2012; M 5 120-123; B 5 181.

- 1. Was Abs 1 für die Ansichlagung besonders ausspricht, folgt für diese und die Annahme bereits aus § 1946. Der Nacherbe fann banach vom Erbfall an (§ 1922 A 4), schon bevor die Erbschaft ihm angefallen ist (§ 2139), Ausschlagung oder Annahme mit bindender Wirkung erklären. Ift die Gleichstellung beider nach ber Fassung des Gesetes auch zweifelhaft, fo fprechen für fie doch überwiegende Grunde, insbesondere der Billigkeit und des Berkehrs, fo das Bedürfnis, denjenigen, welchem der Nacherbe seine Anwartschaft veräußert oder verpfändet hat (§ 2108 A 2), gegen eine spätere Ausschlagung des Nacherben zu sichern (NG 80, 377; bagegen 2. Aufl. und Manten, Gruch 60, 937; gegen biefen Predari ebenda 959). Auch der unter aufschiebender Befriftung oder Bedingung (§§ 2105, 2108) oder der erft an zweiter und fernerer Stelle berufene Nacherbe tann fogleich nach bem Erbfall ausschlagen ober annehmen. Die Annahme fann nach allgemeinen Grundfaben (§ 1943 A 1) auch burch pro herede gostio erfolgen. Gine solche liegt in ber Beräußerung ober Berpfändung der Unwartschaft durch den Nacherben, dagegen für sich allein noch nicht in der Wahrnehmung von Rechten und Pflichten, die unabhängig davon, ob der Nacherbe die Erbschaft bereits angenommen hat, während der Dauer der Borerbschaft zwischen dem Nacherben und dem Borerben bestehen, §§ 2116ff., 2127f., 2120 (NG 80 S. 383, 385). Die Ausschlagungsfrift beginnt nach § 1944 mit dem Zeitpunkte, zu welchem der Nacherbe von dem Anfall und dem Grunde der Berufung Kenntnis erlangt hat, also nicht früher als der Fall der Nacherbfolge eingetreten ift; in dem besonderen Falle des § 2306 ift der Friftbeginn zugunften des Pflichtteilsberechtigten, der als Nacherbe eingeset ist, sogar noch weiter hinausgeschoben (NG 59, 341; L3 1925, 107110). Für den Fristenlauf bleibt gemäß § 1944 Abs 3 ber lette Wohnsit des Erblassers, nicht etwa des Vorerben maßgebend. Ob ber Nacherbe von dem Rechte der Ausschlagung schon nach Eintritt des Erbfalls Gebrauch machen will, steht bei ihm. Doch kann er burch § 2806 und die ihm drohende dreijährige Verjährung bes Pflichtteilsunspruchs (§ 2832) als Pflichtteilsberechtigter genötigt sein, schon vor Eintritt der Nacherbfolge auszuschlagen (NG 59, 346). Da RG 66, 30 den Beginn der Verjährung nicht von der amtlichen Verkundung der beeinträchtigenden Verfügung abhängig fein läßt, kann der Pflichtteilsberechtigte der Regel des § 1944 Abs 2 zuwider sogar schon vor der Verkündung sich zur Ausschlagung gezwungen sehen.
- 2. Die Ausschlagung bes Nacherben macht die Nacherbsge hinfällig, wie wenn sie nicht angeordnet wäre. Dasselbe gilt, wenn der Nacherbs schon vor dem Erbfall durch Tod (§ 2108 A 2) oder Erbverzicht (§ 2852) oder nach dem Erbfall, sei es vor oder nach Eintritt der Nacherbssolge, durch Erdundwürdigkeitserklärung (§§ 2840 Abs 2, 2844) oder sonst mit rückdeichender Wirkung (§ 2110 A 1) weggefallen ist. Unter mehreren Nacherben greift in den Fällen des § 2094 das Anwachsungsrecht Plat. Vertragsmäßiger Verzicht auf die Nacherbschaft zwischen Vor- und Nacherben ist nur schuldrechtlich wirklam; s. aber über die Möglichsteit und die Wirkung der Übertragung der Anwartschaft des Alleinnacherben auf den Vorerben § 2139 A 2, § 2108 A 2.
- 3. Eine anderweitige Bestimmung des Erblassers liegt insbesondere in der Berusung eines Ersatnacherben (§ 2096), auch in der stillschweigenden Berusung der Abkömmlinge eines weggefallenen Abkömmlings (§ 2069; RG Warn 1913 Nr 241). Sind die Nacherben im Falle des § 2104 durch das Geseth bestimmt, so rücken im Falle der Ausschlagung der zunächst Berusenen gemäß § 1953 die entsernteren gesehlichen Erben nach. Erst wenn alle ausgeschlagen haben, ist die Nacherbsolge vereitelt, da der Fiskus als Nacherbe nicht in Frage tommt. Ist ein bestimmter Nacherbe eingesept, aber bereits vor dem Erblasser verstorben, so kommt § 2104 überhaupt nicht in Frage (NG FW O7, 259²⁰).

§ 2143

Tritt die Nacherbfolge ein, so gelten die infolge des Erbfalls durch Bereinigung von Necht und Berbindlichkeit oder von Recht und Belastung erloschenen Rechtsverhältnisse als nicht erloschen.).

E I 1833 II 2013; M 5 107, 123; B 5 131.

1. Der Vorerbe erlangt mit dem Aufhören seines Erbrechts (§ 2139) seine frühere Rechts. stellung als Gläubiger oder Schuldner des Erblassers gegenüber der nun in der Hand des Nacherben besindlichen Erbschaft, und zwar ohne weiteres zurück (§§ 158 Abs (2, 163). Auch die damit verdunden gewesenen Nebenrechte (Pfand, Bürgschaft) leben im vollen Umfange wieder auf. Die Versährung der in Vetracht kommenden Unsprücke ist während der Dauer des Vorerbenverhältnisse nach § 202 Abs (1 gehemmt. Dies gilt auch dann, wenn der Vorerbe dem Nacherben nur einen Bruchteil der Erbschaft herauszugeben hat. Denn die damit entstehende Erbengemeinschaft hat zur Folge, daß sich Erbschaft und eigenes Vermögen des Vorerben nun gesondert gegenüberstehen, § 2032 AL. Byl. auch §§ 1976, 1991, 2175, 2377.

§ 2144

Die Borschriften über die Beschränkung der Haftung des Erben für die Rachlasverbindlichkeiten gelten auch für den Nacherben¹); an die Stelle des Nachlasses tritt dasjenige, was der Nacherbe aus der Erbschaft erlangt, mit Einschluß der ihm gegen den Borerben als solchen zustehenden Ansprüche²).

Das von dem Vorerben errichtete Inventar kommt auch dem Nacherben zustatten3).

Der Nacherbe kann sich dem Borerben gegenüber auf die Beschränkung seiner Haftung auch dann berusen, wenn er den übrigen Nachlaßgläubigern gegenüber unbeschränkt haftet⁴).

& I 1836 II 2015; M 5 126; B 5 149, 829.

1. Haftung des Nacherben für die Nachlaßverbindlichteiten. Da Vorerbe und Nacherbe beide wahre Erben sind, so haften beide für die Nachlaßverdindlichfeiten. Die Erundfäte über Beschräftung der Haftung des Erben (§§ 1975—1992) seiden daher, soweit nicht §§ 2144, 2145 Abweichendes bestimmen, auf beide unmittelbare Anwendung. Insbesondere ist der Nacherbe berechtigt, auch seinenseits das Aufgedverfahren zu beantragen (§ 1970 A 2) und die vom Borerben daraus bereits erlangten Kechte gestend zu machen (3PD §§ 998, 997). Die Fünsignkrössisch daraus bereits erlangten Kechte gestend zu machen (3PD §§ 998, 997). Die Fünsignkrössisch vom Vorerben, der aufgehört hat Erbe zu sein (KD § 217), aber jederzeit vom Nacherben, von einem Nachlaßgländiger nur innerhalb zweier Jahre seit dem endgültigen Erwerbe der Erbschaft durch den Nacherben beantragt werden (KD § 220; a. M. Jaeger, KD §§ 217—220 A 23, der die Frissisch sie Erustung werden seinen Nachschaft durch den Vorerben beginnen läßt). Besand sich bei Eristschssin mit der Anacherbsge die Erbschaft unter Nachschaft unten bei Gründe des § 1981 A 3 auch für den Nacherben zutressen seitelst unter Nachschaft der Kründe des § 1981 A 3 auch für den Nacherben zutressen sein sich dagegen ausguschen, wenn der Anacherbe die Anordnung der Verwerben gestellt voar (§ 1988 A 3). Seinerseits kann der Nacherbe die Anordnung der Verwerben gestellt voar (§ 1988 A 3). Seinerseits kann der Nacherbe die Anordnung der Verwerben gestellt voar (§ 1988 A 3). Seinerseits kann der Nacherbe die Anordnung der Verwerbe gestellt voar (§ 1988 A 3). Seinerseits kann der Nacherbe die Anordnung der Verwerbe gestellt voar (§ 1988 A 3). Seinerseits kann der Nachsche die Anordnung der Verwerbe der Erbschaft beit seinrede (§§ 1900—1992) bleiben die dem Vorerben nur sür seine Personder aus den Rugungen der Erbschaft auferlegten Beschwenungen ganz außer Vertracht. Sie sind im Verässisch Versen zur Alf fallen. Im übrigen hat der Vachserbe alle Nachsläßerbindlichseiten im Sinne des Vorerben zur Aaft fallen. Beihrend

2. Der Nacherbe haftet nicht mit dem ursprünglichen, sondern nur mit dem gemäß § 2130 ihm herauszugebenden Nachlasse. Als aus der Erbschaft erlangt gelten dieser Herausgabeanspruch selbst (s. auch § 2383 A 3) sowie etwaige gegen den Borerben aus §§ 2130—2134, 2138 Abs 2 zu erhebende Schadensersahansprüche, gegebenensalls gefürzt durch die Ersahansprüche des Vorerben wegen Verwendungen aus §§ 2124, 2125. Nur derartige Ansprüche stehen dem Nacherben gegen den Vorerben "als solchen" zu. Sonstige zwischen beitehende Schuldverhältnisse kommen den Nachlaßgläubigern gegenüber nicht in Vetracht.

3. Das Inventar des Vorerben kann dem Nacherben in Wahrheit nur dann "zustatten kommen", wenn seine Inventarpslicht mit derjenigen des Vorerben inhaltlich identisch ist. So auch im Falle des § 2008 U. 5. Schon hieraus ergibt sich, daß das vom Nacherben zu legende Juventar in Übereinstimmung mit § 2001 die beim Eintritt des Erbsalls vorhandenen Nachlaßgegenstände, nicht das aus der Erbsalfast Erlangte (U.2) auzugeben hat (str.; vgl. Planck U.5b, Standinger II.2). Für diese Angaben gewährt das nach § 2121 vom Vorerben mitzuteisende Verzeichnis einen guten Anhalt. Dem berechtigten Juteresse der Nachlaßgläubiger, von den seitbem vorgekommenen Anderungen und dem dermaligen Stande des Nachlasses, won den seitbem vorgekommenen Anderungen und dem dermaligen Stande des Nachlasses Aenutnis zu erhalten, wird durch die nach §§ 1978 U.2, 1991 U.1 dem Nacherben obliegende Auskunftspssicht genügt. Die Untersagen hierfür stehen ihm in der vom Vorerben gesegten Nechenschaft (§ 2130 U.3) oder, wenn dieser befreit war, in der von ihm nach § 260 zu erteilenden Auskunft (§ 2138 U.1) zu Gebote. Hat der Vorerbe ordnungsmäßiges Inventar errichtet, so darf dem Nacherben die Inventarfrist aus § 1994 überhaupt nicht bestimmt werden. Nur die neue Inventarfrist aus § 2005 Ubs 2 könnte in Frage kommen,

sie kann aber bannit allein, daß sich der Bestand der Erbschaft seit dem Erbsall verändert habe, nicht begründet werden. Hatte der Vorerbe durch ungetreue Juventarerrichtung nach § 2005 Abs 1 die Haftungsbeschränkung verwirkt, so kann daß nicht einmal dem Vorerben nützende Inventar auch dem Nacherben nicht "zustatten kommen". Da der Nacherbe nicht wissen kann, ob nicht das Juventar des Vorerben an dem Mangel des § 2005 Abs 1 leidet und deshalb für ihn nutsos ist, so gebietet die Vorsicht, sich nicht auf das Inventar des Vorerben zu verlassen, vielmehr eigenes Inventar zu errichten oder sich mindestens auf das Inventar des Vorerben zu verlassen, vielmehr eigenes Inventar zu errichten oder sich mindestens auf das Inventar des Vorerben zu berusen, und damit, sosen er gutgläubig ist, der Juventarpslicht gemäß § 2004 zu genügen. Hatte der Vorerbe überhaupt kein Inventar gelegt, so ist die selbständige Inventarpslicht des Racherben auß § 1994 begründet.

4. Auch die dem Vorerben gegenstber dem Nacherben aus §§ 2124 Abs 2 dis 2126, 2121 Abs 4 zustehenden Ersahansprüche sind Nachlaßverbindlichkeiten. Ebenso die gemäß § 2143 wieder aufgelebten Forderungen des Vorerben gegen den Nachlaß. Insoweit kann der Nacherbe, gleich dem Miterben, der beschränkten Hattung niemals verloren gehen. Immerhin hat er sie besonders geltend zu machen und den Vorbehalt im Urteil nach 3PO § 780 zu erwirken

(§ 2063 A 2).

\$ 2145

Der Vorerbe haftet nach dem Eintritte der Nacherbfolge für die Nachlaßverbindlichkeiten noch insoweit, als der Nacherbe nicht haftet¹). Die Haftung bleibt auch für diejenigen Nachlaßverbindlichkeiten bestehen, welche im Verhältnisse zwischen dem Vorerben und dem Nacherben dem Vorerben zur Last fallen²).

Der Vorerbe kann nach dem Eintritte der Nacherbsolge die Berichtigung der Nachlaßverbindlichkeiten, sosern nicht seine Haftung unbeschränkt ist, insoweit verweigern, als daßjenige nicht ausreicht, was ihm von der Erbschaft gebührt³). Die Vorschriften der §§ 1990, 1991 finden entsprechende

Unwendung4).

E I 1887 966 1 II 2016; M 5 126, 127; B 5 149, 150, 829.

1. Die Haftung des Borerben ist mit dem Aufhören seiner Borerbeneigenschaft (§ 2139) grundsätlich erloschen. Er verliert damit für die gegen den Nachlaß zu erhebenden Andprüche die Passivlegitimation und kann noch im Zwangsvollstreckungsversahren geltend machen, daß sie nicht mehr vorhanden ist (BBD §§ 767, 769). Die Haftung bleibt ausnahmsweise auf ihm liegen, soweit sie nicht gemäß § 2144 auf ben Nacherben übergegangen ist. Daß und inwieweit ber Nacherbe nicht haftet, ist von dem gegen den Borerben flagenden Gläubiger zu beweisen. Der Nacherbe haftet nicht a) für Eigenverbindlichkeiten des Vorerben, wofür dieser von vornherein nur mit seinem Bermögen haftet. Hierher gehören die Ansprüche wegen Verletung der Verwaltungspflicht nach § 1978 (A 4). Ferner die bem Nacherben aus Berschulden bes Borerben (§§ 2131, 2134, 2138) entstandenen Ansprüche. Endlich rechtsgeschäftliche Verpflichtungen, die der Vorerbe, wenn auch in Beziehung auf den Nachlaß, so doch als persönlicher Schuldner eingegangen ist (§ 1967 A 3), ohne daß der Nachlaß auch nur mit der Verpflichtung, ihn hiervon zu befreien, belastet wäre (so 3. B. aus Nechtsgeschäften zu Zweden ber gewöhnlichen Erhaltung § 2124 Abs 1, Beglanbigungskoften § 2120, Sachverständigenkosten § 2122). Die Haftung bes Nacherben kann b) ausgeschlossen sein, weil der Nacherbe nur beschränkt haftet und der Nachlaßgläubiger infolge der Erschöpfung des Nachlasses in der Hand des Nacherben ganz oder teilweise leer ausgeht. "Insoweit" dies der Fall ist, kann der Borerbe auch nach vollskändiger Herausgabe bes Nachlasses mit dem Betrage der hiervon gezogenen Nutungen (§ 2111 A 3) haftbar gemacht werden (A 3). Haftete ber Borerbe felbst unbeschränkt, so erstreckt sich seine Haftung, ohne daß hieran durch den Eintritt der Nacherbfolge etwas geändert würde, nach wie vor auf die ganze betreffende Nachlaßschuld, also ohne Nücksicht darauf, wieviel davon aus ber Erbschaft in ber hand bes Nacherben beizutreiben ware. Sie minbert sich nur um dasjenige, was tatfächlich vom Nacherben erlangt ift. Ganz dasselbe hat aber auch dann zu gelten, wenn außer dem Borerben auch der Nacherbe unbeschränkt haftbar geworben ift. So unter näherer Begründung Pland A 3; a. M. Dernburg V § 60, IVa, Staubinger II 4, Ripp § 96 A 11. Gegenüber ben Ersatausprüchen des Borerben kommt dem Racherben auch in diesem Falle die Ausnahmevorschrift des § 2144 Abs 3 austatten. c) Endlich kommt eine Haftung des Nacherben von vornherein nicht in Frage, soweit es sich um setzwissige Beschwerungen lediglich des Borerven handelt (§ 2144 A1).

2. Es muß sich auch hierbei um Nachlaßverbindlichkeiten handeln (§ 1967). Eigenverbindlichkeiten des Borerben im Sinne von A 1 a kommen von voruherein für den Nacherben nicht

in Frage. Im Berhältniffe zwischen Borerben und Nacherben hat ber Borerbe allein, als Gegensat für die ihm gebührenden Ruhungen, für Binsen, Laften als gewöhnliche Erhaltungskoften aufzukommen (§ 2124 A 1). Sie konnen aber, soweit sie rudftandig gelassen sind, auch vom Nacherben, je nachdem unter seiner beschräntten ober unbeschränkten Saftung beigetrieben werden. Die Vorschrift ergibt, daß sich bie betreffenden Nachlaggläubiger auch nach Eintritt der Nacherbfolge unmittelbar an den Borerben halten dürfen. erbe geleistet, so bleibt sein Erstattungsanspruch an den Borerben unberührt.

3. Der Borerbe hat nach Eintritt ber Nacherbfolge den Nachlaß an den Nacherben herauszugeben und kann deshalb, soweit er für Nachlaßverbindlichkeiten noch in Auspruch genommen werden barf, seine gaftungsbeschräntung nicht mehr badurch geltend machen, daß er die Gläubiger auf ben nachlaß und damit auf ben Nacherben verweift. Statt bessen haftet er mit bem, was ihm von der Erbschaft gebührt. Dies sind vor allem die von der Erbschaft gezogenen und die etwa noch vorhandenen Nuhungen (§ 2111) und im Falle der befreiten Borerbschaft Berwendungen, die er aus der Erbschaft seinem eigenen Berniögen zugeführt hat (§ 2134).

4. Bei Geltendmachung der beschränkten Haftung ist der Borerbe, da für ihn Nachlaß-konkurs und Nachlaßverwaltung nicht mehr in Frage kommen (§ 2144 A 1), ohne Rücksicht auf den Umfang des Nachlasses auf die Unzulänglichkeitseinrede der §§ 1990, 1991 beschränkt. Die Bezugnahme auf § 1991 und damit §§ 1978, 1979 ergibt zugleich, daß der Vorerbe, selbst der befreite Vorerbe auch insoweit für die Nachlagverbindlichkeiten, und zwar aus eigenem Bermögen aufzukommen hat, als er für ordnungswidrige Berwaltung, ins. besondere für Verschleuderung des Nachlasses verantwortlich geworden ist (§ 1978. U.). Diese Ansprüche werden zugunsten der Gläubiger als ein noch bei dem Vorerben vorhandenes Aktivum des Nachlasses behandelt (§ 1978 A 4). Damit identische Ansprüche können unter den Gesichtspunkten ber §§ 2130—2134, 2138 Abs 2 auch bent Nacherben gegen ben Vorerben zustehen und insofern auch Bestandteile bes in ber Sand bes Nacherben befindlichen Nachlasses bilben. Die Nachlaßgläubiger sind aber nicht genötigt, sich auf dem Umwege der Pfändung beim Nacherben an diese Ansprüche zu halten, sondern können sich, soweit ihnen der Vorerbe überhaupt haftet und bis zum Belaufe dieser Haftung, auch unmittelbar an seinem Vermögen Auch ber Borerbe hat sich die Geltendmachung der beschränkten haftung gemäß 390 § 780 zu sichern, wenn er den Nachweis seiner Befreiung nicht schon im Prozesse führen will - haftung des Vorerben für die Verbindlichkeiten eines von ihm fortgeführten Sandels. geschäfts HGB § 27.

§ 2146

Der Vorerbe ist den Nachlafgläubigern gegenüber verpflichtet, den Eintritt der Nacherbfolge unverziglich dem Nachlaggericht anzuzeigen. Die Anzeige des Borerben wird durch die Anzeige des Nacherben ersett.).

Das Nachlaggericht hat die Einsicht der Anzeige jedem zu gestatten, der ein rechtliches Anteresse glaubhaft macht2).

& II 2017; B 5 149, 150.

1. Die Anzeigepflicht ist dem Borerben, nach seinem Tode seinen Erben auferlegt. Verstoß hiergegen macht ihn ben Nachlaßgläubigern schabensersatoflichtig. Unverzüglich § 121. Nachlaßgericht FGG §§ 72, 73, EG Art 147.

2. Das Nachlaßgericht ist nicht wie in § 1953 Abs 3 zur Mitteilung an die Interessenten verpflichtet. Zu diesen gehören die Nachlafgläubiger, aber mit Rücklicht auf §§ 2111, 2129 auch die Nachlaßschuldner und Dritte (§ 2140). Uhnlich § 2010 und die bort AI angeführten Vorschriften.

Vierter Titel

Bermächtnis

§ 2147

Mit einem Bermächtniffe1) tann der Erbe oder ein Bermächtnisnehmer beschwert werden2). Soweit nicht der Erblasser ein anderes bestimmt hat, ist der Erbe beschwert3).

E I 1756 266 2, 1842 II 2018; M 5 10, 136, 137; B 5 6, 160, 161.

Entsprechend anwendbar auf die Auflage § 2192.

1. Die Anordnung des Bermächtnisses (Begriff § 1939) kann nur burch Testament ober Erbvertrag erfolgen. Im Erbvertrage sowohl durch vertragsmäßige Berfügung, die sich auch auf das Vermächtnis beschränken kann, Vermächtnisvertrag (§ 2278), als durch einseitige Berfügung (§ 2299). Auch die nicht sogleich vollzogene Schenkung von Todes wegen wird als Bermächtnis behandelt, § 2301.

Über die Aufwerfung von Geldansprüchen aus Bermächtnissen f. § 2174 A 3. 2. Der Beschwerte ift Schuldner, der Bedachte Glaubiger in dem durch bas Bermachtnis begrundeten Schuldverhaltnis, § 2174. Es entsteht hiermit eine Nachlagverbindlichkeit, § 1967 A 4. Rur ber Erbe ober ber Bermachtnisnehmer fann beschwert werben. Der Erbe, gleichviel ob gewöhnlicher, gesetzlicher oder gewillfürter, Testaments- oder Bertragserbe (f. jedoch § 2289 Abs 1), Ersaterbe, Bor- oder Racherbe — jeder für seine Person oder schiedethin die Erbschaft (RG 14. 4. 21 IV 562/20) mit der Wirkung, daß der das Vermachtnis erfüllende Borerbe dieserhalb bem Nacherben einen Abzug machen fann (§ 2126 A 1). Sind dem Nacherben Leiftungen auferlegt, bie er schon vor Eintritt der Nacherbfolge bewirken foll, fo tann es fich nur um die Setung einer Bedingung für bas Racherbrecht ober um einen unberbindlichen Bunsch des Erblassers handeln (RG a. a. D.). Nicht beschwert werden kann ber Erbeserbe, obichon er in die Lage kommen tann, ein erft beim Tobe bes Erben fallig gewordenes Bermachtnis aus ber ihm angefallenen Erbichaft zu entrichten (§ 2181 21 1, Re Barn 1919 Nr 198). Beschwerung des als Erbe berufenen Pflichtteilsberechtigten § 2306. Ift der Bermächtnisnehmer felbst wiederum mit einem Bermächtnis beschwert (§§ 2186 vis 2188), so spricht man von einem Untervermächtnis. Nachvermächtnis § 2191, fog. gesetliche Bermachtniffe § 1939 A 5. Der von Tobes wegen Beschenkte kann nur, soweit er als Bermachtnisnehmer zu gelten hat, mit einem Bermachtnis beschwert werden, also nicht ber Empfänger einer bereits vollzogenen, wenn auch unter Borbehalt des Widerrufs erflarten Schentung (§ 2301). hier kann nur eine Auflage im Sinne von § 525 in Frage kommen. Ferner kann mit einem Bermächtnis nicht beschwert werden, wer nur mittelbar aus ber Erb. schaft etwas erlangt. So der Empfänger einer Leistung, die condicionis implendae causa bewirft ift (§ 1939 A 4), ober ber Ehemann ober Gewalthaber, bem die Rutniegung an ben der Frau oder den Gewaltunterworfenen gemachten Zuwendungen zusteht. Im Falle des § 381 kann der Versprechensempfänger die für den Dritten ausbedungene Leistung zwar vertragemäßig von anderweiten erft burch ben Dritten zu erfullenden Leiftungen abhangig machen. Dies tann nach § 332 auf Grund vertragemäßigen Borbehalts auch einsettig in einer Berfügung von Tobes wegen geschehen. Gine eigentliche Beschwerung bes Dritten

mit einem Vermächtnis liegt aber auch hierin nicht. 3. Der Erbe ist beschwert traft verfügender, den Willen des Erblassers ergänzender Bestimmung. Der abweichende Wille braucht jedoch nicht ausdrücklich erklärt zu sein. Das Ver-

mächtnis bleibt regelmäßig auch nach Wegfall bes Beschwerten wirksam, § 2161

§ 2148

Sind mehrere Erben ober mehrere Vermächtnisnehmer mit demfelben Vermächtnisse beschwert, so sind im Zweisel die Erben nach dem Verhältnisse der Erbteile, die Vermächtnisnehmer nach dem Verhältnisse des Wertes
der Vermächtnisse beschwert¹).

E I 1843 II 2019; M 5 137; B 5 161.

Entsprechend anwendbar auf die Auflage § 2192.

1. Gegenüber der gesetzlichen Auslegungsregel steht der Nachweis offen, daß der Erblasses insbesondere mit Rücksicht auf die Art der Bermächtnisseistung und die persönlichen Berhältnisse der mehreren Beschwerten eine andere Verteilung gewollt habe. Die er bei der Anordnung die mehreren Beschwerten namentlich oder nur in ihrer Erden- usw. Eigenschaft bezeichnet hat, macht keinen Unterschied. Die mehreren Erden sind, wenn sie sämtlich der schwert sind, dem Bedachten gegenüber Gesamtschuldnere, § 2058 st. Die Erdeite sind nur im Verhältnisse der Miterben zueinander maßgebend (§ 426). Sind nur einige von mehreren Miterden (§ 2046 Abs 2) oder sind mehrere Vermächtnisnehmer beschwert, so sind sie im Zweisel (aber §§ 421, 431) dem Vedachten von vornherein nur anteilig verpssichtet (§ 420). Für Ermitslung des Wertes der Vermächtnissehmer beschwert, so sind sie im Zweisel (aber §§ 421, 431) dem Vedachten von vornherein nur anteilig verpssichtet (§ 420). Für Ermitslung des Wertes der Vermächtnisse des Erdsalls, gegedenenfalls unter Berücksitzung der Zweisenschaften sie verwächtnisse des Erdsalls, gegedenenfalls unter Berückstrung (A oder B soll zahlen) wird in der Regel als Auferlegung eines gesamtschulden Vermächtnisse auszuschaften sermächtnisse auszuschaften vernächtnisse auszuschaften vernächtnisse degenisder einem Teile der mehreren Belasteten unwirksam ist, teilweise aufrechtzuerhalten, s. § 2085 Al 1.

§ 2149

Hat der Erblasser bestimmt, daß dem eingesetzten Erben ein Erbichafts. gegenstand nicht zufallen soll, so gilt der Gegenstand als den gesetzlichen

Erben vermacht1). Der Fistus gehört nicht zu den gesetlichen Erben im Sinne dieser Borichrift2).

Œ I 1791 II 2020; M 5 64; B 5 74, 79, 80.

1. Der nur verneinend ausgedrückte Wille bes Erblassers wird zu einer Zuvendung an die geschlichen Erben (§§ 1924 ff.), und zwar nach Verhältnis ihrer Erbteile ergänzt. Ahnlich, wenn es sich um unvollständige Vergebung des Nachlasses (§ 2088) oder um die unterbliebene Vezeichnung der Nach oder Vorerben handelt (§§ 2104, 2105). Die so gesalte Bestimmung ist untvirssam, wenn die gesetlichen Erben selbst eingesetzt sind (§ 2066). — Ein Verbot des Erblassers, über einen Nachlasgegenstand unter Lebenden oder von Todes wegen zu versügen, ist regelmäßig unwirksam, wenn es nicht als Nachvernschtnis aus §§ 2191, 2338 aufrechtzuerhalten ist. Ebensowenig steht es in der Macht des Erblassers, eine Zuwendung an den Bedachten dem Zugriffe der Gläubiger des Vedachten zu entziehen, wenn der Bedachte nicht zugleich selbst in der Verfügung wirksam beschren zu entziehen, wenn der Bedachte nicht zugleich selbst in der Verfügung wirksam beschrenz u entziehen, wenn der Bedachte nicht zugleich selbst in der Verfügung wirksam beschrenz zu entziehen, wenn der Bedachte nicht zugleich selbst in der Verfügung wirksam beschrenz zu entziehen, wenn der Bedachte nicht zugleich selbst in der Verfügung wirksam beschrenz zu entziehen, wenn der Bedachte nicht zugleich selbst in der Verfügung wirksam beschrenz zu entziehen, wenn der Bedachte nicht zugleich selbst in der Verfügung wirksam beschrenz zu entziehen, wenn der Verfügung vortschrenz zu entziehen, wenn der Verfügung wirksam beschrenz zu entziehen, wenn der Verfügung wirksam der Verbauften zu entziehen.

2. Ausschluß des Fistus (§ 1936) wie bei der Nacherbfolge § 2104 a. E. Beim Mangel gesehlicher Erben verbleibt mithin der ausgenommene Gegenstand dem eingesetzten Erben.

§ 2150

Das einem Erben zugewendete Bermächtnis (Boransbermächtnis) gilt als Bermächtnis auch insoweit, als der Erbe selbst beschwert ist1).

E I 1845 Abi 1, 2 II 2021; M 5 139, 140; B 5 162, 163.

1. Borausbermächtnis (Pralegat). Handelt es sich um einen Alleinerben, so ift die Anordnung, er solle einen Erbschaftsgegenstand im voraus als Vermächtnis erhalten, an sich bedeutungslos. Sie ift aber wirksam, insofern sie dem Erben in der Eigenschaft als Bermächtnis-nehmer eine günstigere Stellung gewährt (RG BBIFG 14, 236; Warn 1913 Rr 428). So hat die Umvirksamkeit der Erbeinsetzung regelmäßig nicht auch die Unwirksamkeit des Vermächtnisses zur Folge (§ 2085). Schlägt er die Erbschaft aus, so kann er doch das Vermächtnis annehmen, wenn er nicht mit diesem nur unter der Bedingung, dass er Erbe werde, bedacht ist. Im Falle der Nacherbsolge verbleibt das Vorausvermächtnis dem Vorerben, § 2110, beim Erbschaftskaufe gilt es als nicht mitverkauft, § 2373. In allen Fällen, wo auch sonft die durch Vereinigung von Rechten und Verbindlichkeiten erlöschenden Rechtsverhältnisse nicht erlöschen, kann der Bedachte seine Rechtsstellung als Nachlaßgläubiger (§ 1967) unbeschänkt geltend machen. So im Falle der Nachlaßverwaltung und des Nachlaßkonkurses (§§ 1976, 1984; ND § 226 Nr 5), der Unzulänglichteitseinrede (§ 1991 Abs 2), beim Erbschaftskauf (§ 2377). Ebenso gegen den Testamentsvollstrecker (§ 2213). Dies tritt besonders hervor, wenn einer von mehreren Erben im voraus bedacht und zugleich selbst mit beschwert ist. Er kann seine Bermächtnissorderung gegen bie Miterben, wie jeder andere Miterbengläubiger, mit der Gesanthandstlage aus § 2059 Abs 2 gestend machen, muß sich aber unter Umständen, § 2046 A 1, darauf verweisen sassen, seine Befriedigung bei der Auseinandersetzung zu suchen (**RG** 93, 196). Ift mehreren Miterben dasselbe Vorausvermächtnis vermacht, so gesten sie nach §§ 2157, 2091 im Zweisel nicht als nach Berhältnis ihrer Erbteile, sondern nach gleichen Teilen bedacht. Anrechnung des Borausvermächtnisse auf den Pflichtteil § 2307. Ist der mit dem Bermächtnis bedachte Miterbe selbst nicht mit beschwert, ist es vielmehr lediglich den anderen Miterben auserlegt, so gelten die allgemeinen Grundsähe (§ 2046 A 3). So namentlich auch dann, wenn sich hinter einer Teilungsanordnung eine Bevorzugung des einen Erben auf Kosten der übrigen Erben verbirgt und in Wahrheit damit ein Vermächtnis gewollt ift (vgl. § 2048 A 1). Gegenstand eines Boransvermächtnisses kann auch ein einem Miterben an einem Nachlaßgrundstück zu bestellendes dingliches Vorkaufsrecht sein (MG 108, 84). Die lettwillige Anordnung über die Ausgleichung einer Schenkung kann als ein den Gegenstand der Schenkung betreffendes Borausvermächtnis ausgelegt werden, wenn die Schenkung unter Lebenden unwirksam war (NG 82, 149). — Ob in der Einsetzung als Ersatzerbe zugleich eine Ersatzerufung auf das Borausvermächtnis (§ 2190) liegt, ist eine (nicht aus den §§ 2110 Abs 2, 2373 zu entscheidende) Auslegungsfrage (DLG 34, 283).

§ 2151

Der Erblasser kann mehrere mit einem Bermächtnis in der Beise bebenten, daß der Beschwerte oder ein Dritter zu bestimmen hat, wer von den
mehreren das Bermächtnis erhalten soll').

Die Bestimmung des Beschwerten erfolgt durch Erklärung gegenüber bemienigen, welcher bas Bermächtnis erhalten foll: die Bestimmung bes

Dritten erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Beschwerten2).

Rann der Beschwerte oder der Dritte die Bestimmung nicht treffen, so find die Bedachten Gefamtgläubiger3). Das gleiche gilt, wenn das Rachlafgericht dem Beschwerten ober bem Dritten auf Antrag eines der Beteiligten eine Frift zur Abgabe der Ertlärung bestimmt hat und die Frift verstrichen ift, sofern nicht borber die Erklärung erfolgt4). Der Bedachte, ber bas Vermächtnis erhält, ift im Ameifel nicht zur Teilung verpflichtet8) 5).

E I 1770 Sak 2, 1769 Uhi 2 II 2022; M 5 33-36; B 5 23-30, 42, 43.

1. Mehrere Bedachte. Abweichung von bem Grundsate bes § 2065 Abs 2, wonach ber Erblasser die Bestimmung einer Berson, die eine Zuwendung erhalten foll, nicht einem andern überlaffen darf. Borausgesett ift, daß der Kreis der mehreren — mindeftens zwei — Bersonen, unter benen zu wählen ift, vom Erblaffer wenigstens so weit umgrenzt ift, daß es nicht an einem Anhalt für Bestimmung des Bedachten fehlt. Bo die Grenze liegt, ist Tatfrage. RG 96, 15 hat die nach dieser Stelle erforderliche Umgrenzung bei einer Verfügung vermißt, nach der eine bestimmte Geldsumme "an verschiedene Bereine und wohltätige oder gemeinnütige Anstalten sowie bedürftige Berfonen" einer Stadt verteilt werden sollte, die Berfügung aber als die Anordnung einer Auflage nach § 2193 gelten lassen; s. auch 3W 1925, 21475.

2. Die Auswahl tann bem Beichwerten (§ 2147) oder einem Dritten, insbesondere bem Testamentsvollstreder, auch mehreren Personen gemeinsam übertragen sein. Sie sind in ihrer Entscheidung nicht, auch nicht, wie in den Fällen der §§ 2155 Abs 3, 2156 oder § 319 durch Berweisung auf Billigkeit beschränkt. Ihre Bestimmung ift beshalb, felbst wenn ber Erblaffer für die Auswahl gewiffe Beifungen erteilt hatte und hiergegen verfloßen ware, jeder Anfechtung entzogen (a. M. Dernburg § 67 III c), es müßte benn arglistig verfahren sein. Die Bestimmung ist eine einem andern gegenüber abzugebende Willenserklärung und unwiderrustid (§§ 130—132). Ist sie mehreren übertragen, so gist § 317 Abs 2, bei mehreren Testamentsvollstredern § 2224.

3. Die Bedachten sind Gesamtglänbiger §§ 428ff. abweichend von § 2157, wonach die mehreren regelmäßig nach Bruchteilen bedacht sind. Der Schluffat des § 2151 schließt die aus § 430 folgende Verpflichtung eines Berechtigten aus, das ausgezahlte Vermächtnis den Mitberechtigten anteilig zukommen zu lassen. Bielmehr sichert ihm der erste Zugriff bas ganze Bermächinis. Anderseits tann ber Beschwerte gemäß § 428 nach seinem Belieben an jeden Berechtigten leisten. Gegenüber einer mehrfachen Verurteilung ift er durch BBD § 767 mit bem Nachweise geschütt, daß er inzwischen die Bestimmung getroffen ober geleistet habe.

4. Im Falle ber Bergogerung burch bie Bahlberechtigten steht ben möglichen Bedachten kein Alagerecht zu, vielmehr seht auf ihren Antrag bas Nachlaßgericht Frist nach FGG § 80. Als Beteiligter kommt, wenn die Bestimmung einem Dritten übertragen ist, auch der Beschwerte in Betracht. Die sofortige Beschwerbe bes § 80 fann rügen, daß der Aufgeforderte überhaupt nicht zur Erklärung verpflichtet sei ober daß er sich bereits erklärt habe, ober sie kann bie Art der Fristsetung betreffen. Gegen Ablehnung der Berfügung einsache Beschwerde nach FGG §§ 19ff. Hat der Dritte die Frist verstreichen lassen, so kann der Beschwerte nach seinem Belieben leisten (A 3). Eine nach Fristablauf, sei es auch vor der Leistung abgegebene Erklärung des Dritten bindet ihn nicht.

5. Beweistaft. Ber das Bermächtnis fordert, hat zu beweisen, daß er als Berechtigter bestimmt ist. Klagt er als Gesamtgläubiger, so hat er zu beweisen, daß die Bestimmung (z. B. wegen Todes oder Geschäftsunfähigkeit des hierzu Berufenen) nicht erfolgen kann oder daß die Frist bestimmt und verstrichen ist. Der Beschwerte kann einwenden, daß die Frist gewahrt fei, oder, wenn er selbst wahlberechtigt ist, jeht noch die Wahl treffen (Kosten 3PO § 93).

§ 2152

Hat der Erblasser mehrere mit einem Vermächtnis in der Weise bedacht, daß nur der eine oder der andere das Bermächtnis erhalten soll, so ift anzunchmen, daß der Beschwerte bestimmen foll, wer von ihnen daß Bermächtnis erhält1).

E I 1769 A6 2 II 2023; M 5 34; B 5 28-26, 42, 43.

1. Sind (zwei ober) mehrere alternativ bedacht, so ergänzt das Geset in Übereinstimmung mit § 262 ben Willen bes Erblaffers bahin, daß die Bestimmung gemäß § 2151 Abs 2, 3 burch den Beschwerten erfolgen soll. — Alternative Beschwerung § 2148 A 1.

§ 2153

Der Erblasser kann mehrere mit einem Bermächtnis in der Beise besten, daß der Beschwerte oder ein Dritter zu bestimmen hat, was jeder von dem vermachten Gegenstand erhalten soll. Die Bestimmung erfolgt nach § 2151 Abs 21).

Kann der Beschwerte oder der Dritte die Bestimmung nicht treffen, so sind die Bedachten zu gleichen Teilen berechtigt. Die Borschrift des § 2151 Abs 3 Sat 2 findet entsprechende Anwendung²).

E I 1777 Sat 2 II 2024; M 5 41, 42; P 5 89-42.

- 1. Abweichend von dem Grundsatze des § 2065 Abs 2 läßt das Gesetz zu, die Bestimmung der Anteile an einem vermachten Gegenstande (Summe, Sache, Kecht § 90) einem andern zu überlassen. Die Anteile können körperlich, oder, so bei unteilbaren Sachen (Landgut), nach ideellen Bruchteilen bestimmt werden. Kach § 2151 Abs 2 erklärt der Beschwerte die Beschmung gegenüber dem, der das Bermächtnis erhalten soll, der Dritte gegenüber dem Beschwerten. Der Beschmungsberechtigte kann nach dem Willen des Erblasser auch als ermächtigt gelten, ungleich zu teilen, sogar einen der Bedachten ganz zu übergehen. Die Beschmung braucht nicht gleichzeitig, sie kann aber, weil einen Teilungsaußpruch enthaltend, nur einheitlich in dem Sinne ersolgen, daß sie für die Beteiligten erst dann verdindlich wird, wenn die völlige Austeilung des Gegenstandes durchgeführt ist (a. M. Strohal I § 29 A 24; Dernburg V § 67 A 7; Leonhard, II). Berzögerungen wird durch Fristetung nach § 2151 Abs Sat 2 abgeholsen. Ist die vollzogene Austeilung in sich widerspruchsvoll, sind z. B. mehr Teile vergeben als das Ganze hergibt, so ist sie merchtigt.
- 2. Die einmal vollzogene Verteilung ist für den Bestimmenden unwiderruflich und für die Bedachten, außer im Falle der Arglist unanfechtbar (§ 2151 A 2). Kommt es nicht zur Verteilung, so werden die mehreren Bedachten abweichend von § 2151 A 3 nicht als Gesamtgläubiger, sondern als Bruchteilsgläubiger zu gleichen Teilen auf den Gegenstand des Vermachtnisses berechtigt. § 2151 Ab 3 Sah 2 behandelt die Frisseung durch das Nachlaßgericht. Die §§ 2151 u. 2153 können verbunden anwendbar werden, wenn der Erblässer dem Verschen oder einem Dritten überlassen hat, sowohl die Empfänger aus einem Arcise mehrerer Versonen als auch die ihnen zuzuwendenden Vermächtnisanteile zu bestimmen (NG 96, 17). Kommt es in diesem Falle nicht zur Bestimmung, so kann jeder Angehörige des bedachten Personenkreises den Gegenstand als Gesamtgländiger sordern (§ 2151 A 8), muß aber jedem Mitbedachten den ihm gebührenden gleichen Anteil zukonnmen lassen.

§ 2154

Der Erblasser kann ein Bermächtnis in der Art anordnen, daß der Bestachte von mehreren Gegenständen nur den einen oder den anderen ershalten soll¹). Ist in einem solchen Falle die Wahl einem Dritten übertragen, so erfolgt sie durch Erklärung gegenüber dem Beschwerten²).

Rann der Dritte die Bahl nicht treffen, fo geht das Bahlrecht auf den Beschwerten über. Die Borschrift des § 2151 Abs 3 Sat 2 findet entsprechende

Anwendung3).

& I 1862 II 2025; M 5 170-172; B 5 193-196.

Entsprechend anwendbar auf die Auflage § 2192.

1. Wahlbermächtnis. Gleichgülltig ift, ob die mehreren Gegenstände individuell ober nur der Gattung nach (§ 2155) bestimmt sind, ob sie bereits zur Erbschaft gehören oder dem Bedachten erst noch zu verschaffen sind (§§ 2169, 2170). Die Voraussehung des Gesehes ist auch gegeben, wenn der Erbsassen as Vermächtnis in einer Weise bezeichnet hat, die auf mehrere in der Erbschaft vorhandene Gegenstände zutrifft. Dagegen handelt es sich um ein bedingtes Vermächtnis, wenn die Bestimmung des Gegenstandes von einem Ereignis abhängig gemacht ist (Losziehung, das gewinnende Pferd).

2. Für das durch das Wahlbermächtnis entstehende alternative Schuldverhältnis (§ 2174) gelten, soweit nicht ein anderer Wille des Erblassers erhellt, die Vorschriften der §§ 262—265. Danach steht die Wahl im Zweifel dem Beschwerten zu. Sie kann auch dem Bedachten ober einem Dritten übertragen sein. Erklärung des Dritten gegenüber dem Beschwerten wie

§ 2151 A 2.

3. Wird die Wahl durch den Dritten unmöglich, so wird die Kegel des § 262, Wahlrecht des Schuldners wiederhergestellt. Wird sie verzögert, so greift die Fristsehung durch das Nachlaßgericht (§ 2151 A 4), nach verstrichener Frist wiederum das Wahlrecht des Beschwerten ein. Wird die Wahl durch den Beschwerten oder den Bedachten verzögert, so sindet § 264 Anwendung. Sind hüben oder drüben mehrere Wahlberechtigte vorhanden, so können sie regelmäßig (§ 747, bei beschwerten Miterben auch § 2040 Abs 1) die Wahl nur gemeinschaftlich vornehmen. Ist in verschiedenen letztwissigen Verfügungen das Wahlrecht nacheinander verschiedenen Personen übertragen, ohne daß die jüngere die ältere Versügung ausseht, so sind alse wahlberechtigt und die zuerst ausgeübte Wahl entschiedet. Die Pflicht zur Vorzeigung der für die Wahl in Vetracht kommenden Gegenstände liegt dem Beschwerten nach §§ 242, 809 ob.

§ 2155

Hat der Erblaffer die bermachte Sache nur der Gattung nach bestimmt, so ist eine den Verhältnissen des Bedachten entsprechende Sache zu leisten.).

Ist die Bestimmung der Sache dem Bedachten oder einem Dritten übertragen, so sinden die nach § 2154 für die Wahl des Dritten geltenden Borschriften Anwendung²).

mutual statement size has s

Entspricht die von dem Bedachten oder dem Dritten getroffene Bestimmung den Berhältnissen des Bedachten offenbar nicht, so hat der Beschwerte so zu leisten, wie wenn der Erblasser über die Bestimmung der Sache keine Anordnung getroffen hätte³)⁴).

EN 1863 II 2026; M 5 173, 174; B 5 193-201.

Entiprechend anwendbar auf bie Auflage § 2192.

- 1. Gattungsvermächtnis. Die vermachte (förperliche) Sache kann schlechthin nur der Gattung nach bestimmt (§ 243), das Vermächtnis kann aber auch auf eine im Nachlaß vorhandene Gattungssache beschränkt sein (gemischtes Gattungsvermächtnis). Im sehteren Falle kaun es sich auch um ein Wahlvermächtnis nach § 2154 handeln. Die individuelle Sachleistung bestimmt sich nach den Verhältuissen (nicht den Vedürssissen) des Vedachten. Ist z. V. dem X und dem Z je ein Pere vermacht und sind im Nachlasse ein Reit- und ein Wagenpserd vorhanden, so gedührt dem Kavalleristen X das Neitpserd, dem lahmen Z das Wagenpserd vorhanden, so gedührt dem Kavalleristen X das Neitpserd, dem lahmen Z das Wagenpserd. Wenn dieser Maßstad versagt, hat der Beschwerte nach § 243 Sachen von mittlerer Urt und Güte zu seissen. Hat der Erblasser dem Bedachten eine Sache der vermachten Urt in der Absich, das Vernächtnis im voraus zu erfüllen, schon unter Lebenden zugewendet, so wird das Vattungsvermächtnis dadurch allein noch nicht hinfällig (NG Bruch 63, 4765.; §§ 2174 U 1,
- 2. Die Bestimmung der Sache liegt nach § 243 grundsählich dem Beschwerten ob. It sie dem Bedachten oder einem Dritten übertragen, so hat sich der Bestimmungsberechtigte nach § 2154, gegebenensalls nachdem ihm auf Antrag des Beschwerten gemäß § 2151 A 4 Frist gesetht ist, gegenüber dem Beschwerten zu erklären. Im Falle der Unmöglichseit einer Erklärung oder des Verstreichens der Frist fällt das Bestimmungsrecht an den Beschwerten zurück.
- 3. Discubare Unbilligkeit. Auch für die von dem Bedachten oder dem Dritten zu tressende Bestimmung sind nach Abs 1 die Verhältnisse des Bedachten maßgebend. Die von ihnen getrossene Bestimmung ist zwar unwiderrussich, aber abweichend von §§ 2151 A 2, 2153 A 2, 2154 A 2 nicht unansechtdar. Offenbare Unbilligkeit der getrossenen Bestimmung (§ 319 A 1, vgl. auch §§ 2048, 2217), gemessen wiederum an den Berhältnissen des Bedachten, hat vielt wen Kückfall des Bestimmungsrechts an den Beschwerten zur Folge (der mit einem Pferde bedachte Gutsverwalter wählt aus dem auch mit Gebrauchspserden besetzen Stalle das teuerste Kennpserd). Gewährleistungspsischet §§ 2182 Abs 1, 2183.
- 4. Beweistast. Der Bedachte hat zu beweisen, daß die von ihm beanspruchte Sache seinen Berhältnissen entspricht oder nach Abs 2 vom Dritten bestimmt ist. Will der Beschwerte hiervon abweichen, so hat er die offenbare Unbilligkeit der getroffenen Bestimmung zu beweisen.

§ 2156

Der Erblasser kann bei der Anordnung eines Vermächtnisses, dessen 3weck er bestimmt hat, die Bestimmung der Leistung dem billigen Ermessen des Beschwerten oder eines Dritten überlassen¹). Auf ein solches Ber-

mächtnis finden die Borschriften der §§ 315 bis 319 entsprechende Anwendung2).

E I 1777 Sat 1 II 2037; M 5 41; B 5 89, 43.

Entsprechend anwendbar auf die Auflage § 2192.

1. Biventbestimmung. Borausgesett ift, bag ber Erblaffer bie Bermächtnisanordnung selbst getroffen (nicht bloß einen Dritten hierzu ermächtigt hat, Re Warn 1911 Nr 42), daß bie Person des Bedachten bestimmt oder doch nach §§ 2151, 2152 bestimmbar ift (weitergehend bei Anflagen § 2193), daß aber der Gegenstand der Leiftung nur aus dem angegebenen Zwecke ermittelt werben kann. Inwieweit diese Zweckangabe ausreicht, ist Tatfrage (Bermächtnis an X zur Beftreitung feiner Studienkoften, ju einer Reife nad) Indien).

2. Billiges Ermessen des Beschwerten § 315, eines Dritten §§ 317, 319. Bei Wegsall des Dritten kann die Billigkeit schlechthin entscheiden sein (MG IV 01, 856 48). Bestimmung durch den Beschwerten gegenüber dem Bedachten (§ 315 Ubs 2), durch den Dritten gegenüber dem Beschwerten oder dem Bedachten (§ 318 Ubs 1). Ansechung der Bestimmung § 318 Ubs 2, offenbare Unbilligkeit, Unmöglichkeit oder Verzögerung der Bestimmung durch

ben Dritten § 319 Abf 1 (Abf 2 kommt nicht in Frage).

§ 2157

Bit mehreren derfelbe Gegenstand bermacht, fo finden die Borichriften ber SS 2089 bis 2093 entsprechende Anwendung1).

Œ I 1846 II 2028; № 5 140, 141; № 5 163.

1. Gemeinschaftliches Bermächtnis. Derselbe Gegenstand tann ben mehreren in berselben ober in mehreren nacheinander errichteten Verfügungen (s. jedoch § 2258) vermacht sein. Rach den für die Einsehung mehrerer Erben geltenden Vorschriften sind die mehreren Bermächtnisnehmer, soweit sich nicht auf §§ 2066, 2069 (gesetzliche Erben, Abkömmlinge) ein anderes ergibt, zu gleichen Teilen bebacht (§§ 2091, 2093). Es entsteht mithin unter ihnen Gemeinschaft nach Bruchteilen, §§ 741ff. Sind die Bruchteile oder Summen bestimmt und übersteigen sie bas ben mehreren zugewendete Ganze oder erschöpfen sie bas Ganze nicht, so tritt entsprechende Verminderung oder Erhöhung der Teile ein (§§ 2089, 2090). Zuwendung teils nach Bruchteilen, teils ohne Bruchteile § 2092. Ob beim Vermächtnis einer teilbaren Leiftung, insbesondere beim Summenvermächtnis, ein gemeinschaftliches ober ob mehrere Bermächtnisse anzunehmen find (§ 420), ift Auslegungsfrage.

\$ 2158

Ift mehreren berfelbe Gegenstand vermacht, jo mächft, wenn einer von ihnen bor ober nach dem Erbfalle wegfällt, beffen Unteil den übrigen Bedachten nach bem Berhältnis ihrer Unteile an. Dies gilt auch bann, wenn der Erblaffer die Anteile der Bedachten bestimmt hat1). Gind einige der Bedachten zu demfelben Anteile berufen, fo tritt die Anwachsung gunächst unter ihnen ein2).

Der Erblaffer tann die Anwachsung ausschließen3).

Œ I 1870, 1871 II 2029; № 5 184—186; № 5 215, 216.

1. Das Unwachsungerecht beim Bermachtnis entspricht ber Unwachsung ber Erbteile in §§ 2094, 2095. Voraussetzung ift a) ein gemeinschaftliches Bermächtnis im Ginne von § 2157. Es ist immer gegeben bei Unteilbarfeit der Leistung. Es ist aber bei teilbaren Leistungen auch dann nicht ohne weiteres ausgeschlossen, wenn der Erblasser bie Anteile nach Bruchteilen oder Summen bestimmt hat. Sind 1000 oder ist eine Forderung von 1000 dem A. B. C mit \(^1/_{10}\). \(^1/_{10}\) oder auch mit 500, 300, 200 vermacht, so ist es Ausseaungsfrage, ob ein Vermächtnis zu 1000 oder ob drei Einzelvernächtnisse zu 500, 300 und 200 vorliegen.

b) Begfall eines Mitbedachten, sei es vor dem Erbfalle durch Tod, Verzicht (§§ 2160, 2352) oder nach dem Erbfalle, aber mit Rückbeziehung auf den Zeitpunkt des Erbfalls durch Ausschlagung, Unwürdigkeit (§§ 2180, 2345), Unwirksamwerden der Zuweidung infolge Anfechtung (§ 2078 A 2), Aussalls der Bedingung (§§ 2074, 2177), insbesondere auch nach §§ 2162, 2163 oder infolge Richterteilung der nach Artt 86, 87 EG erforderlichen staatschen Genehmigung. Fallt der Mitbebachte erft nach der Annahme durch Sintritt einer auflösenden Bedingung weg, so wird mit Planck A 5 gegen Strohal § 29 A 27 anzunehmen sein, daß die übrigen Bedachten für diesen Fall aufschiebend mitbedacht sind. Über die sonstigen Wirtungen der Anwachsung vgl. § 2094 A 1.

- 2. Engere Gruppe der gemeinschaftlich Bedachten wie § 2094 A 3.
- 3. Ausschließung der Anwachsung wie § 2094 A 5, sei es durch Berufung eines Ersatvermächtnisnehmers (§§ 2190, 2099) ober badurch, daß der Erdlasser zu erkennen gibt, das Vermächtnis solle beim Wegfall des Bedachten hinfällig werden, d. h. dem Beschwerten zugute kommen.

§ 2159

Der durch Anwachsung einem Bermächtnisnehmer anfallende Anteil gilt in Ansehung der Bermächtnisse und Auflagen, mit denen dieser oder der wegfallende Bermächtnisnehmer beschwert ist, als besonderes Bermächtnis.

E I 1872 II 2030; M 5 186; B 5 215, 216.

1. Selbständigkeit der Vermächtnisanteile. Wörtlich übereinstimmend (bis auf die hier nicht in Vetracht kommende Ausgleichungspflicht) mit § 1935, Erhöhung des gesetzlichen Erbteils und § 2095, Anwachsung der Erbteile. Der Vermächtnisnehmer, dem durch Anvachsung ein Anteil anfällt, kann deshalb von dem Unterbedachten nur die zum Verte des beschwerten Anteils in Anspruch genommen werden (§ 2187). Kommt der Wegsall des Bedachten infolge Ausschließung der Anwachsung dem Erben oder sonstigen Beschwerten zustatten (§ 2158 A 3), so haftet auch dieser für das auf dem frei gewordenen Anteil ruhende Untervermächtnis oder die Ausschaft nur mit der gleichen Beschwarten (§ 2187 Abs.).

§ 2160

Gin Bermächtnis ift unwirtsam, wenn der Bedachte gur Zeit des Erb= falls nicht mehr lebt1).

Œ I 1868 II 2031; M 5 181; B 5 212.

1. Erleben bes Bermächtnisanfalls (§§ 2176, 2177) ist für den Bedachten (so gut wie für den Erben §§ 1923 Abs 1, 2074) Bedingung der Birksamkeit der Zuwendung. Im Gegensate zum Erben (§ 1923 Abs 2), aber entsprechend der Nacherbsolge (§§ 2101 A 1, 2108 A 1), braucht jedoch der Vermächtnisnehmer zur Zeit des Erbsulls nicht bereits erzeugt oder soult bestimmt zu sein (§ 2178). Die Unwerksamkeit tritt nur ein, wenn kein Ersahvermächtnisnehmer (§ 2190, auch nicht stillschweigend § 2069 A 1) berufen ist und keine Anwachsung (§ 2158) stattfindet. Sie kommt dem Beschwerten zugute, nicht etwa dem gesetzlichen Erben (vgl. § 2149) oder beim Untervermächtnisse eingesetzten Erben.

§ 2161

Ein Vermächtnis bleibt, sofern nicht ein anderer Wille des Erblassers anzunehmen ift, wirksam, wenn der Beschwerte nicht Erbe oder Vermächtnisnehmer wird¹). Beschwert ist in diesem Falle derjenige, welchem der Begfall des zunächst Beschwerten unmittelbar zustatten kommt²).

Œ I 1876 II 2032; № 5 189-191; № 5 221.

Entsprechend anwendbar auf bie Auflage § 2192.

- 1. Begjall bes Beichwerten. Entsprechenb bem Gebanken bes § 2085 bleibt die Wirksamkeit des Vermächtnisses von dem Begfall des damit beschwerten Erben oder Vermächtnisnehmers grundsätlich unberührt. Dies gilt auch dann, wenn infolge Begfalls des beschwerten Erben der mit dem Vermächtnisse Bedachte gesetzlicher Miterbe wird (§ 2150; RG Recht 1913 Nr 1615). Ein anderer Bille des Erblassers braucht nicht notwendig in der letztwilligen Verfügung erklärt zu sein, er kann sich auch aus den Umständen, insbesondere auß einem Inhalt des Vermächtnisses ergeben, der nur von dem eigentlich Beschwerten geleistet werden kann (Erteilung von Unterricht).
- 2. Der Wegfall bes zunächst Beschwerten kommt zustatten (rechtsich, wenn auch nicht notwendig wirtschaftlich), je nachdem an Stelle des Erben oder Vermächtnisnehmers, dem Ersatderufenen, dem Anwachsungsberechtigten, an Stelle des eingesetzten Erben dem gesetzlichen, an Stelle des nächstberufenen dem entfernteren gesetzlichen Erben, wie dem Fiskus. Der Bedachte soll aber aus dem Wegfall auch keinen Vorteil haben. Der nachrückende Vermächtnisnehmer haftet deshalb nach § 2187 Abs 2 nicht weiter, als der Weggefallene gehaftet haben würde.

§ 2162

Gin Bermächtnis, das unter einer aufschiebenden Bedingung oder unter Bestimmung eines Anfangstermins angeordnet ist, wird mit dem Ablaufe von dreißig Jahren nach dem Erbsall unwirksam, wenn nicht vorher die

Bedingung oder der Termin eingetreten ift1).

Ist der Bedachte zur Zeit des Erbfalls noch nicht erzeugt oder wird seine Bersönlichkeit durch ein erst nach dem Erbfall eintretendes Ereignis bestimmt, so wird das Bermächtnis mit dem Ablaufe von dreißig Jahren nach dem Erbfall unwirksam, wenn nicht vorher der Bedachte erzeugt oder das Ereignis eingetreten ist, durch das seine Bersönlichkeit bestimmt wird?).

G I 1869 II 2033; M 5 182, 183; B 5 212-215.

1. §§ 2162, 2163 beschränken die zeitliche Wirksamkeit der Vermächtnisse in demselben Maße, wie § 2109 diejenige der Nacherbschaft. Bedingtes und betagtes Vermächtnis §§ 2177, 2074. Auch das Untervermächtnis (§ 2186) und das Nachvermächtnis (§ 2191) fallen hierunter.

2. Nach § 2178 fällt in den Fällen des Abs 2 das Vermächtnis an mit der Geburt des Bedachten ober nit Eintritt des maßgebenden Ereignisses. Die dreißigjährige Frist kann sich beshalb noch um die Empfängniszeit verlängern.

§ 2163

Das Bermächtnis bleibt in ben Fällen des § 2162 auch nach dem Ab-

laufe bon dreißig Jahren wirtfam:

1. wenn es für den Fall angeordnet ist, daß in der Person des Besichwerten oder des Bedachten ein bestimmtes Ereignis eintritt, und derzenige, in dessen Person das Ereignis eintreten soll, zur Zeit des Erbfalls lebt;

2. wenn ein Erbe, ein Nacherbe ober ein Vermächtnisnehmer für den Fall, daß ihm ein Bruder ober eine Schwester geboren wird, mit einem Vermächtnisse zugunsten des Bruders ober der Schwester be-

schwert ist.

Ist der Beschwerte oder der Bedachte, in dessen Person das Ereignis eintreten soll, eine juristische Person, so bewendet es bei der dreißig- jährigen Frist.).

Œ II 2034; \$ 5 212-215, 225, 23 -240; 6 91, 92.

1. Die beiben hier zugesassenen Ausnahmen von der Regel des § 2162 entsprechen wörtlich ben für die Nacherbschaft gegebenen Vorschriften bes § 2109, s. dort.:

§ 2164

Das Bermächtnis einer Sache erstredt sich im Zweifel auf das zur Zeit

des Erbfalls vorhandene Zubehör1).

Hat der Erblasser wegen einer nach der Anordnung des Bermächtnisses erfolgten Beschädigung der Sache einen Anspruch auf Ersatz der Winderung des Wertes, so erstreckt sich im Zweisel das Bermächtnis auf diesen Anspruch²).

E I 1859 II 2035; M 5 163, 164; B 5 179, 180.

1. Jubehör §§ 97, 98, auch §§ 314, 926. Die Vorschrift enthält nur eine Auslegungsregel. Danach ist maßgebend für den Umfang der Leistung der tatsächliche Zustand zur Zeit des Erbfalls. Hinsichtlich des Zubehörs auch dann, wenn im Falle des bedingten oder betagten Vermächtnisse der Aufall hinausgeschoben ist, § 2177 (a. M. Plaus A 1, Leonhard, II, C). Der Wortlaut des Abs 1 ist unzweideutig, § 2177 stellt den Aufall ausdrücklich im Gegenetz zum Erbfall, ein Übersehen scheint deshald ausgeschlossen. Auch innere Gründe sprechen dasum Erbfall, ein Übersehen schein, hinsichtlich des Zubehörs den bedingt Beschwerten schon vom Erbfall ab als gebunden zu behandeln (vgl. auch §§ 160 Abs 1 u. 2179). Was Zubehör ist, entscheidet das Geseh, nicht die Meinung des Erblassers (a. M. Dernburg V § 76 A 5), es sei denn, daß die Anselbard von des Geschunden von Erbsassers (a. M. Dernburg V § 76 A 5), es sein denn, daß die Anselbard von der Geschunden von Geben der Verschung von des Erblassers (a. M. Dernburg V § 76 A 5), es sein denn, daß die Anselbard von der Verschung von d

orbnung des Vermächtnisses eine über das Gesetz hinausgehende Tragweite enthalten soll. Gleichgültig ist, ob die tatsächlich vorhandenen wirklichen Zubehörstücke zur Erbschaft gehören (§ 2170) oder ob sie vorübergehend von der Hauptsache getrennt sind (§ 97 Abs 2).

2. Ersatansprliche wegen Beschädigung. Sie können hervorgehen aus schon bestehenben Schuldverhältnissen (gegen den Mieter) oder sonstwie aus Nechtsgeschäft (Versicherung) oder aus unerlaubter Handlung. Ersatansprüche wegen Untergangs oder Entziehung der Sache §§ 2169, 2172. Zu beachten ist, daß der Entschädigungsanspruch (§§ 249ss.) bereits bei Lebzeiten des Erblassen, aber erst nach Anordnung des Vermächtnisses entstanden sein muß, wenn die Auslegungsregel Platz greisen soll. Nach § 2174 steht ferner dem Bedachten der Anspruch auf Abtretung des Ersatzanspruchs nur dem Beschwerten gegenüber zu. Ersann ihn nicht ohne weiteres gegen den Dritten geltend machen. Im Sinne des Gesetzs dürfte liegen, auch die Gewährleistungsansprüche wegen Mängel der Sache (§§ 459ss.) zu den hier gemeinten Ansprüchen zu sählen. Kur der Wandlungsanspruch ist, weil nicht aus Ersatz einer Wertninderung gerichtet hiervon auszunehmen. Ersatzanspruch des Veschwerten wegen Verwendungen § 2185.

8 2165

Ist ein zur Erbschaft gehörender Gegenstand vermacht, so kann der Bermächtnisnehmer im Zweifel nicht die Beseitigung der Rechte verlangen, mit denen der Gegenstand belastet ist.). Steht dem Erblasser ein Anspruch auf die Beseitigung zu, so erstreckt sich im Zweisel das Bermächtnis auf diesen Anspruch.

Ruht auf einem vermachten Grundstüd eine Shpothek, Grundschuld oder Rentenschuld, die dem Erblasser selbst zusteht, so ist aus den Umständen zu entnehmen, ob die Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld als mitvermacht zu gelten hat3) 4).

∉ I 1861 II 2036; M 5 165—169; B 5 181—188.

- 1. Im Zweifel (Auslegungsregel) kein Auspruch des Vermächtnisnehmers auf Beseitigung dinglicher Acchte. Borausgeseht ist Zugehörigkeit des Vermächtnisgegenstandes (Sache oder Necht § 90) zur Erbschaft. Die Vorschrift ist daher nicht anwendbar auf das Verschaftungsvermächtnis § 2170. Die Zuwendung des Erbschaftsgegenstandes muß ferner unmittelbar den Juhalt des Vermächtnisses bilden. Wäre nur das Necht vermacht, einen solchen Gegenstand aus der Erbschaft zu kaufen, so käme die Gewährleistung des Beschwerten nach §§ 484 ff. in Frage (NG Warn 1913 Nr 242). Als Grundsatz gilt, daß der Gegenstand auf den Vermächtnissiehmer übergeht in derjenigen nicht bloß tatsächlichen (§ 2164 V 1), sondern auch rechtlichen Beschaffenheit, in welcher er sich zur Zeit des Aufalls besindet, also auch mit den dem Erblasser etwa entstandenen Einreden (§§ 1137, 1211, 1254): res transit cum suo onere. In Vetracht kommen nur dingliche Velastungen, bei denen auch der Veschwerte der Verechtigte sein kann, § 2175. Handelt es sich um Rücktände von wiederkehrenden dingslichen Leisungen, so wirt meist Vefreiung des Vedachten von der nachträglichen Erfüllung gewollt sein. Gleichgültig ist, ob der Erblasse die Belastung gekannt hat. Trifft dies zu, so ist um so mehr anzunehmen, daß der Vedachte die Belastung tragen solle (Wegen Hypothesen und Grundsschulden vost. auch §§ 2166—2168.) Zu den dinglichen Velastungen gehört nicht das Miet- und Kachtrecht. Der Vermächtnisnehmer tritt vielnehr regelmäßig in den Vertrag ein (§ 571) und muß die Verschaften des Erblassers gegen sich gelten lassen (§ 573).
- 2. Im Falle des Sah 2 (wenn 3. B. der Erblasser die Last selbst abgelöst, den Pfaudschilling gezahlt hatte) gilt die entgegengesehte Vermutung: zugleich mit dem Vermächtnisgegenstand geht auch der Veseitigungsanspruch auf den Vedachten über. Er selbst hat ihn deshalb durch Klage oder Einrede geltend zu machen und kann die Beseitigung regelmäßig nicht vom Beschwerten verlangen.
- 3. Für den Fall der Belastung eines vermachten Grundstücks mit einer Eigentümershypothet ober Eigentümergrundschuld (§§ 1163, 1177, 1196 u. a.) stellt das Gesetz überhaupt keine Regel auf, sondern läßt lediglich die Umstände entscheiden.
- 4. Beweislast. Der Vermächtnisnehmer ist dafür beweispslichtig, daß der Erblasser seine Befreiung von den Lasten gewollt habe. Beweist er, daß der Beseitigungsanspruch bereits dem Erblasser erwachsen war (A 2), so trifft den Beschwerten der Gegendeweis, daß dieser Anspruch gleichwohl nicht mit vermacht sei. Der Bedachte ist auch dafür beweispflichtig, daß ihm die Sigentümergrundschuld vermacht sei (A 3).

\$ 2166

Ist ein vermachtes Grundstild, das zur Erbschaft gehört, mit einer Sphosthet sür eine Schuld des Erblassers oder für eine Schuld belastet, zu deren Berichtigung der Erblasser dem Schuldner gegenüber verpflichtet ist, so ist der Bermächtnisnehmer im Zweifel dem Erben gegenüber zur rechtzeitigen Bestiedigung des Gläubigers insoweit verpflichtet, als die Schuld durch den Wert des Grundstücks gedeckt wird. Der Wert bestimmt sich nach der Zeit, zu welcher das Eigentum auf den Vermächtnisnehmer übergeht; er wird unter Abzug der Belastungen berechnet, die der Hhoothet im Range vorgehen²).

Ist dem Erblasser gegenüber ein Dritter zur Berichtigung der Schuld verpflichtet, so besteht die Verpflichtung des Vermächtnisnehmers im Zweisel nur insoweit, als der Erbe die Verichtigung nicht von dem Dritten erlangen

tann3).

Auf eine Sphothet ber im § 1190 bezeichneten Art finden diese Borschriften teine Anwendung4).

& II 2037; \$ 5 182, 183, 188-192; 6 896.

1. Auslegungsregeln betreffend bie Berpflichtung bes Bermächtnisnehmers zur Befriebis gung bon Sypothetengläubigern. Gie beziehen sich nicht auf bas Berschaffungsvermächtnis § 2170, das vermachte Grundstück muß vielmehr (wie in § 2165) zur Erbschaft gehören. Die Berpflichtung, im Zweifel die Geltendmachung dinglicher Nechte in das vermachte Grundftud geschehen zu laffen, ergibt sich schon aus § 2165 A 1. Diefe Berpflichtung fteigert, fich bis zu einem personlichen Schuldverhaltnis bes Bermachtnisnehmers gegenüber bem Erben (auch wenn er nicht der Beschwerte ift) des Inhalts, daß er rechtzeitig für Befriedigung bes Gläubigers zu forgen hat und dem Erben aus der Bergogerung schadens. ersatpflichtig wird. Der Glaubiger erwirbt baburch (so auch § 329) feine unmittelbaren Rechte. Die gesteigerte Berpflichtung tritt jedoch nur unter der Boraussetung ein, daß der Erblasser entweder persönlicher Schuldner der durch die Hypothek gesicherten Forderung war oder baß er, wenn die hopothet für eine fremde Schuld bestellt war (§ 1113), dem Schuldner perfönlich aufzukommen hatte. Richt also, wenn der Erblasser überhaupt nur mit dem Grundstück Rugleich vermindert sich die Haftung des Vermächtnisnehmers insofern, als sie durch ben Wert bes Grundstüds nach oben begrenzt ift. Mit dem überschießenden Betrage — aber auch nur mit diesem (§ 1143) — geht deshalb die Forderung gegen ben Erben auf den Bermächtnisnehmer über, wenn er ben Gläubiger voll befriedigt. Umgefehrt fann ber Erbe, wenn er den Gläubiger befriedigt, vom Vermächtnisnehmer nur Erfat bis zur Sohe des Grundstückswerts verlangen, und nur insoweit geht die Hypothek auf ihn über (§ 1164).

2. Für die Bertsbestimmung ist nicht die Zeit des Vermächtnisanfalls (§§ 2176—2178), sondern der zufällige Zeitpunkt entschiedend, wo das vermachte Grundstüd dem Bedachten aufgelassen worden ist (§§ 873, 925). Gemäß Abs Z bleiben Höchstbetragshypotheken auch bei Anrechnung der Belastungen außer Betracht. Der hiernach sestgektellte Grundstüdswert bleibt im Verhältnis zwischen Erben und Vermächtnisnehmer maßgebend, auch wenn sich bei der späteren Zwangsversteigerung ein höherer oder geringerer Wert herausstellen sollte.

3. Im Falle des Abs 2 ist der Bermächtnisnehmer nur hilfsweise verhaftet und kann, wenn er den Hypothekengläubiger voll befriedigt, vom Erden insolveit Abtretung seiner Rückgriffsansprücke an den Dritten verlangen. Der Erde ist jedoch nicht genötigt, bevor er den Bermächtnisnehmer in Anspruch nimmt, den Dritten auszuklagen, wenn er sonst seine Zahlungs.

unfähigkeit nachweisen fann.

4. § 1190: Höchstetrag shupothek A2. — Die Beweispflicht liegt bemjenigen ob, welcher aus der lettwilligen Anordnung des Erblassers weitergehende Nechte für sich ableitet. — Sind bewegliche Sachen vermacht, so kann der Bermächtnisnehmer zwar nicht Beseitigung des Pfandrechts verlangen (§ 2165), ist aber auch nicht, wie bei der Hypothek zur Bestiedigung des Eläubigers verbslichtet. Tut er es doch, so erwirdt er gemäß §§ 1249, 268 Ubs 3 dessen Forderung gegen den Erben.

\$ 2167

Sind neben dem vermachten Grundstüd andere zur Erbschaft gehörende Grundstüde mit der Hhpothet belastet, so beschräntt sich die im § 2166 bestimmte Berpflichtung des Bermächtnisnehmers im Zweisel auf den Teil

der Schuld, der dem Verhältnisse des Wertes des vermachten Grundstück zu dem Werte der sämtlichen Grundstücke entspricht. Der Wert wird nach 8 2166 Abs 1 Sak 2 berechnet1).

E II 2038; B 5 182, 183, 188-193; 6 896.

1. Die Auslegungsvorschrift des § 2166 ist für den Fall näher ergänzt, daß eine **Ecsanthpothet** sowohl auf dem vermachten, als auch auf anderen Rachlaßgrundstüden eingetragen ist. Der Vermächtnisnehmer ist dem Gläubiger der Gesanthppothet selbstverständlich mit dem Grundstüd unbeschräntt verhaftet (§ 1182 Abs 1). Im Verhältnis zum Erden beschräntt sich aber seine Haftung auf den zu ermittelnden verhältnismäßigen Teilbetrag (vgl. auch § 1172 Abs 2). Der Vert sämtlicher hierbei in Vetracht kommender Grundstüde ist gemäß § 2166 Abs 1 sach 2 nach dem Beitpunkt einzustellen, in dem daß Eigentum an dem vermachten Grundstüden, so fommen für das Rechtsverhältnis zwischen Erden und Vermächtnisnehmer diese Grundstäge überhaupt nicht in Betracht. Es verbleibt bei der Regel des § 2166.

§ 2168

Besteht an mehreren zur Erbschaft gehörenden Grundstüden eine Gesamtgrundschuld oder eine Gesamtrentenschuld und ist eines dieser Grundstüde bermacht, so ist der Bermächtnisnehmer im Zweisel dem Erben gegensüber zur Bestiedigung des Gläubigers in Höhe des Teiles der Grundschuld oder der Kentenschuld verpslichtet, der dem Berhältnisse des Wertes des bermachten Grundstücks zu dem Werte der sämtlichen Grundstück entspricht. Der Wert wird nach § 2166 Abs 1 Sat 2 berechnet.).

Ist neben bem vermachten Grundstüd ein nicht zur Erbschaft gehörendes Grundstüd mit einer Gesamtgrundschuld oder einer Gesamtrentenschuld belastet, so finden, wenn der Erblasser zur Zeit des Erbsalls gegenüber dem Eigentümer des anderen Grundstüds oder einem Rechtsvorgänger des Eigentümers zur Bestiedigung des Gläubigers verhslichtet ist, die Borschriften des § 2166 Abs 1 und des § 2167 entsprechende Anwendung²).

@ II 2039; \$ 5 182, 183, 188-193; 6 896.

1. Die Auslegungsgrundsätze der §§ 2166, 2167 sind weiter ergänzt für den Fall, daß auf dem vermachten Erundstück eine **Eczamtzundschuld oder Gesamtzentenschuld** eingetragen ist (§§ 1182, 1192, 1199). Abs 1 sept voraus, daß nur Rachtaßgrundstück damit belastet sind. In diesem Falle tritt der Vermachtnissnehmer, salls er nicht Beseitigung der Erundschuld verlangen kann (§ 2165 A 1), zu dem Erben in ein persönliches Schuldverhältnissfraft bessen er dem Erben gegenüber — unveschadet seiner vollen Haftung gegenüber dem Gläubiger — nur auf den verhältnismäßigen Teilbetrag der Erundschuld (§ 2167), sowie selbstwerständlich nur mit dem nach § 2166 Abs 1 Sah 2 zu bestimmenden Werte des Erundstück als verhaftet gilt. Nur innerhalb der hierdurch gezogenen Grenzen leidet § 1173 in Verb. mit

§ 1192 Univendung.

2. Sind neben dem vermachten noch andere nicht zur Erbschaft gehörende Grundstüde belastet, so kommt es daraus an, ob der Erbsasser zur Zeit des Erbsalls gegenüber dem Eigentümer des andern Grundstüds oder einem Nechtsvorgänger des Eigentümers zur Bestiedigung des Gesantgrundschuldgläubigers verpslichtet war (z. B. aus der Schuldübernahme im Falle des § 415 Ubs 3, vgl. auch § 1173). Trisst dies zu, so wird, wie die Berweisungen ergeben, der Bermächtnisnehmer dem Erben dis zum Werte des ihm zugewendeten Grundstüds verpslichtet, wenn nur dieses alsein mit der Gesamtgrundschuld belastet ist (§ 2166 Ubs 1). Sind daneben noch andere Nachlaßgrundstüde belastet, so vermindert sich seine Verpslichtung weiter dis zu dem auf das vermachte Grundstüd entsaltenden Teilbetrag (§ 2167). Bestand auf des Erbsassers seine Bestiedigungsverpslichtung gegenüber den sonsigen, dermaligen oder früheren Grundschuldnern, so entstehen zwischen und Vermächtnisnehmer überhaupt keine besonderen Verpslichtungen, der Bedachte ist vielmehr von der Aussassehren Gesamtgrundschuldner neben den anderen Eigentümern

§ 2169

Das Bermächtnis eines bestimmten Gegenstandes ift unwirtsam, soweit der Gegenstand zur Zeit des Erbfalls nicht zur Erbschaft gehört, es fei

benn, daß der Gegenstand dem Bedachten auch für den Fall zugewendet

fein foll, daß er nicht zur Erbichaft gehört1).

Sat der Erblaffer nur den Befit der vermachten Sache, fo gilt im Zweifel der Besit als vermacht, es fei denn, daß er dem Bedachten keinen rechtlichen

Borteil gewährt2).

Steht dem Erblasser ein Anspruch auf Leistung des vermachten Gegenstandes oder, falls der Gegenstand nach der Anordnung des Bermächtnisses untergegangen oder dem Erblasser entzogen worden ist, ein Anspruch
auf Ersatz des Wertes zu, so gilt im Zweisel der Anspruch als vermachts).

Bur Erbichaft gehört im Ginne bes 216f 1 ein Wegenstand nicht, wenn

ber Erblasser zu bessen Beräußerung verpflichtet ist4).

E I 1848 II 2040; M 5 142-148; B 5 165-170.

1. Bur Birtfamteit eines Bermächtniffes ift grundfählich erforberlich, daß ber vermachte Gegenstand, Sache oder Recht (§ 90), oder der Gegenstand, an dem durch Vermächtnis ein Recht begründet werden soll, wenn auch nicht zur Zeit der Anordnung, so doch zur Zeit des Erbfalls sich im Vermögen des Erblassers befindet. Diese Zugehörigkeit kommt jedoch von vornherein nicht in Frage beim Gattungsvermächtnis (§ 2155). Aber auch das Vermächtnis eines individuell bestimmten Gegenstandes kann trot der Nichtzugehörigkeit zur Erbschaft ausnahmsweise wirksam sein, wenn die Anordnung dahin auszulegen ist, daß sie auch für diesen Fall in Kraft treten solle (Vegründung eines Insistrechts oder Rutungsrechts an einem nicht zum Nachlasse gehörigen Hause oder landwirtschaftlichen Grundstücke, RG Warn 1911 Rr 278, Seuffel 80 Rr 14). Es handelt sich dann um das Berschaffungsvermächtnis des § 2170. Rechtlich gleichgültig, aber regelmäßig von Bedeutung für die Auslegung der Vermächtnisanordnung ist es, ob der Erblasser die Nichtzugehörigkeit gekannt hat oder nicht. Es macht ferner keinen Unterschied, ob der Gegenstand dem Beschwerten, bem Bedachten oder einem Dritten gehört. Der Beweis, daß ber Gegenstand nicht zur Erbdast gehört, ist vom Beschwerten, der Gegenbeweis, daß die Zuwendung auch für diesen Fall gewollt war, vom Bedachten zu führen (RG Seuffll 80 Nr 14). Sind nur Teile des vermachten Gegenstandes vorhanden, so bleibt das Vermächtnis "soweit" in Krast. Gehört der vermachte Gegenstand zu dem noch ungeteilten Nachlaß eines Dritten, an dem der Erblasser als Miterbe beteiligt ist, so gehört der Gegenstand auch nicht zu einem Bruchteile zur Erbschaft dieses Erblassers, ob das Vermächtnis des Gegenstandes in das Vermächtnis eines Teiles des Anschlassers ab das Vermächtnis des Gegenstandes in das Vermächtnis eines Teiles des Anschlassers auch der Gegenstandes in das Vermächtnis eines Teiles des Anschlassers auch der Gegenstandes in das Vermächtnis eines Teiles des Anschlassers auch der Gegenstandes in das Vermächtnis eines Teiles des Anschlassers auch der Gegenstandes in das Vermächtnis eines Teiles des Anschlassers auch der Gegenstandes in das Vermächtnis eines Teiles des Anschlassers auch der Gegenstandes der Gegenstandes in das Vermächtnis eines Teiles des Anschlassers auch der Gegenstandes der Gegenstandes des Gegenst teils des Erblassers an dem Nachlasse des Dritten umzubeuten ist, ift Auslegungsfrage (NG 105, 246). Ist die in der Erbschaft stedende Erbschaft eines Dritten selbst vermacht, so betrifft das Vermächtnis eine Rechtsgesamtheit, nicht bestimmte einzelne Gegenstände im Sinne der §§ 2169, 2170 (NG Warn 1917 Nr 122). — Hatte der Erbsasser den Gegenstand bes Bermächtnisses bereits vor Errichtung des Testaments durch Bertrag mit einem nichtbevollmächtigten Vertreter bes Dritten veräußert, so ist bas Vermächtnis nach der Regel des Abs 1 auch dann unwirksam, wenn der Vertrag durch den Dritten erst nach dem Tode des Erblassers genehmigt wird; insbesondere kann die das Bermächtnis enthaltende letztwislige Berfligung nicht aus § 184 Abs 2 aufrechterhalten werden, da diese Borschrift eine vor der Genehmigung von dem Genehmigungsberechtigten selbst oder aus dessen Recht zugunften eines Dritten vorgenommene Verfügung voraussetzt (§ 184 A 2; RG 25. 4. 21 IV 549/20).

2. Auch der bloße **Besits** kann als Vermögensvorteil (§ 1939) vermacht werden. Sin auf Zuwendung des Gegenstandes selbst (des Hauses, des Pferdes) sautendes Vermächtnis soll deshalb nach der Auslegungsregel des Gesehes in eine Zuwendung des Besitzes am Gegenstande umgedeutet werden, wenn der Erblasser selbst hieran nur den — mittelbaren oder unmittelbaren — Besitz gehabt hat (der Erblasser hatte das Haus nur mietweise inne, das Pferd nur in Verwahrung). Auch hier kommt es auf die Vorstellung des Erblassers über sein Mecht an der besessen säche nicht an. Der Veschwerte kann sich mit dem Gegendeweis besteien, daß der Besitz dem Bedachten keinen rechtlichen Vorteil gewähre. Dies kann jedoch nur bei dem wissentlich unrechtmäßigen Besitz zutreffen, da soust schon die Tatsache des Besitzs Kechte erzeugt (Besitzschut §§ 858 ff., Ersthung §§ 937 ff., Auhungsder

rechte §§ 987ff., Ersah wegen Verwendungen §§ 904ff., Vermutung des Eigentums § 1006).

3. Ersahansprüche. Auch hier ist Voraussehung, daß die Vermächtnisanordnung auf einen bestimmten, zur Zeit des Erbfalls aber noch nicht ober nicht mehr im Nachlaß vorhandenen Gegenstand lautet. Die Anordnung wird dann (ähnliche Surrogationsgrundsätze §§ 2041, 2111, 2164, 2374) in das Vermächtnis des betreffenden Ersahanspruchs umgedeutet. Dies hat auch zu gelten, wenn der Ersahanspruch bereits vor Anordnung des Vermächtnisses entstanden, dem Erblasser aber hiervon nichts bekannt geworden war. War der Wertsersah schon vor Eintritt des Erbfalls geleistet, so gilt nach § 2173 im Zweisel der geseistete Gegenstand

als zugewendet. Zu den Ersahansprüchen gehört auch der Bereicherungsanspruch, wie für den besonderen Fall des § 951 in § 2172 A 3 anerkannt ist. Hat der Erblasser für den in der Bermächtnisanordnung bezeichneten bestimmten Gegenstand (Zuchthengst "Jupiter") nachher selbst Ersah beschafft (Zuchthengst "Erzelsior"), so ist es reine Auslegungsfrage, ob der Ersah

gegenstand als zugewendet gelten barf.

4. Die hinsichtlich eines Gegenstandes bestehende Beräußerungspflicht hebt seine Zugehörigkeit zur Erbschaft an sich nicht auf, hat aber trotbem die Unwirksamkeit des den Gegenstand betreffenden Vermächtnisses grundsätlich zur Folge. Das Vermächtnis wird auch badurch nicht wirksam, daß die Veräußerungspslicht nach dem Erbsall wieder wegfällt. Nach Abs 2 kann auch an einer solchen Sache der Vesit bis zur Serausgabe vermacht sein und ensprechend Abs. 3 kann die dem Erbsasses sie Veräußerung gebührende Gegenleistung als vermacht gesten.

§ 2170

Ist das Vermächtnis eines Gegenstandes, der zur Zeit des Erbfalls nicht zur Erbschaft gehört, nach § 2169 Abs 1 wirksam, so hat der Beschwerte

ben Gegenstand bem Bedachten gu berichaffen1).

Ist der Beschwerte zur Berschaffung außerstande, so hat er den Bert zu entrichten. Ist die Berschaffung nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen möglich, so kann sich der Beschwerte durch Entrichtung des Bertes befreien²).

Œ I 1849 II 2041; M 5 148, 149; B 5 170, 171.

1. Verschaffungsvermächtnis. Gehört der individuell bestimmte Gegenstand, der selbst oder an welchem ein noch zu begründendes Recht vermacht ist (§ 2169 A 1; NG L3 1923, 4547), einem Dritten, so hat ihn der Beschwerte vom Dritten zu erwerden und nebst dem Zubehör (§ 2164) auf den Vedachten zu übertragen oder ihm das Recht vom Dritten zu verschaffen. Gehört er dem Beschwerten, so ist dieser kraft § 2174 dem Bedachten unmitteldar zur Leistung verpslichtet. Seine Gewährleistungspslicht bestimmt sich nach § 2182 Ubs 2, 8. Gehörte er bereits dem Bedachten, so erledigt sich das Vermächtnis als gegenstandslos, es müßte denn dahin umzudeuten sein, daß der vom Erblasser daran außgeübte Bestih vermacht sei (§ 2169 A 2) oder daß der Beschwerte die darauf ruhenden Belastungen zu beseitigen habe, unter Umständen, daß er dem Bedachten seine etwaigen Anschaffenskoften, vielleicht auch den Wert des Gegenstandes zu vergüten habe. War der Bedachte dem Erblasser zur herspsichtet, so liegt Befreiungsvermächtnis vor. — Da zur Außgleichung zu beringende Verenpsänge (§§ 2050, 2052) keinen Bestandteil des Rachlasse kliden und sich eine vom Erblasser augevahrtes Racherbsolge daher nicht auf sie erstreckt, so kann ein dem Racherben zugedachtes Recht auf diese Gegenstände nur im Wege des Verschaffungsvermächtnisses begründet werden (NG 25. 11. 20 IV 191/20).

2. Wird dem Beschwerten die Verschafsung nach Eintritt des Erdfalls (zur Zeit des Erdfalls [. § 2171 A 1) und bevor seine Verpslichtung zur Entrichtung des Wertes entstanden ist (Abs 2 Sah 1) objektiv unmöglich, z. B. durch Untergang der Sache, so wird er schon nach allgemeinen Grundsäten von der Leistung völlig befreit, § 275 Abs 1, und kann nur mit einem etwa erlangten Ersah oder Ersahanspruch herausgabepslichtig werden, § 281. Dier ist nur der Fall der subsektiven Unmöglichkeit behandelt, z. B. weil der Dritte die Pergabe der Sache schlechterdings verweigert. Steht dies sest, so weil der Dritte die Dergabe der Sache schlechterdings verweigert. Steht dies sest, so verwandelt sich damit der ursprüngliche Vermächnisanspruch in eine Forderung auf Wertsersah. Die spatere Vereit willigkeit des Dritten zur Gergabe der Sache ändert hieran nichts. Der subsektiven Unmöglichseit wird vom Gesehe die Kotwendigkeit underhältnismäßiger Aufwendungen gleichgestellt (der Dritte fordert einen übermäßig hohen Preis). In diesem Falle bleidt jedoch der ursprüngliche Verschaffungsanspruch bestehen, die sich der Beschwerte durch die Wertsentrichtung davon besreit (vgl. auch §§ 251 Abs 2, 633 Abs 2). Zum Teil a. M. Planck A 2. Der Wert ist nach obsektivem durch die Verschränsschaftungen bestimmten Maßsabe für die Zeit des Entstehens der Ersahverpslichtung abzuschähen. — Bösliche Vereitelung des Vermächtnisse beim

Erbvertrag § 2288.

§ 2171

Ein Bermächtnis, das auf eine zur Zeit des Erbfalls unmögliche Leiftung gerichtet ist oder gegen ein zu dieser Zeit bestehendes gesetzliches Berbot verstößt, ist unwirtsam. Die Borschriften des § 308 finden entsprechende Anwendung¹).

G I 1858 II 2042; M 5 154—156; B 5 172, 173.

Entsprechend anwendbar auf die Auflage § 2192.

1. Das Bermächtnis ist Rechtsgeschäft. § 138 Abs 1 ergibt beschalb ohne weiteres, baß ein gegen die guten Sitten verstoßendes Bermächtnis nichtig ist. Für die Beurteilung der Sittenwidrigkeit ift an und für sich die Beit der Bornahme des Geschäfts, hier also der Unordnung des Bermächtnisses maßgebend. Im Streitfalle hat aber der Richter lediglich die zur Zeit des Urteilserlasses herrschende Anschauung des vir bonus zugrunde zu legen und barf ben hiernach als unsittlich erkannten Vermächtnisanspruch nicht verwirklichen helfen. RG 23-1922, 5562 billigt die Richtigerklärung einer letztwilligen Zuwendung, die von einem Manne einem andern Manne nur deshalb gemacht war, um ihm für geleistete Dienste wibernatürlicher Unzucht ein Entgelt und eine Belohnung zu gewähren; Re 328 1910, 66 u. 1911, 296 die Nichtigerklärung eines Bermachtnisses, bas von einem Chemann einer Frauensperson zur Belohnung für Geschlechtsverkehr und um fie zu besten Fortsetzung zu bestimmen ausgesetzt war. RG LB 1927, 5816 erklärt ein Vermächtnis zur Belohnung ehebrecherischen Verkehrs auch für den Fall, daß es nicht zugleich bestimmt war, die Bedachte gur Fortsetung des Bertehrs geneigt zu machen, mindestens dann für sittenwidrig, wenn der Erblasser die Auszahlung des Bermachtnisses seinen Kindern zumutet (vgl. RG 111, 153f.). Anderseits ist nach RG Warn 1910 Nr 371 die Zuwendung eines Erblassers an die Mutter seiner im Chebruch erzeugten Kinder nur unter besonderen Umständen (3. B. bei gröblicher Benachteiligung ber eigenen Angehörigen) sittenwibrig. Ebenso folgt schon aus § 134 die Nichtigkeit bes gegen ein gesetliches Berbot verstoßenden Bermächtnisses. hier ift nur hinzugefügt, daß für die Beurteilung der Gesehwidrigkeit (entgegen der regula Catoniana) nicht die Zeit der Testamentserrichtung, sondern die Zeit des Erbfalls maßgebend sein soll. Derselbe Grundsatz gilt in Übereinstimmung mit den für den Vertrag getroffenen Vorschriften § 306 bei dem auf eine unmögliche Leistung gerichteten Vermächtnis. Ist jedoch der Vermächtnisanfall über die Zeit des Erbfalls hinausgeschoben (§ 2177), so ist, wie die Bezugnahme auf § 308 (und § 309) ergibt, das Vernächtnis wirksam, wenn die Gesehwidrigkeit oder Unmöglichkeit wenigstens zur Zeit des Anfalls gehoben und das Vermächtnis für diesen Fall angeordnet ist. Vorausgeseht ist objektive, schon vor dem Erbfall vorhandene Unnigglichkeit der Leistung, gleichviel ob aus natürlichen oder aus Rechtsgründen (Untergang der Sache, Berkehrsverbot, Unübertragbarkeit des vermachten Nechtes § 399). Doch tann nach § 2169 A 3 ein bem Erblaffer zustehender Ersatianspruch als vermacht gelten. Die Folgen einer erst nach bem Erbfall eintretenben, auch ber bloß subjettiven Unmöglichkeit ber Leistung sind in §§ 275, 2170 A 2, 2179 geregelt. Ift das Vermächtnis aufschiebend ober auflosend unter einer unmöglichen Bedingung (Verheiratung mit ber Schwester) angeordnet, so ist nach allgemeinen Grundsähen im ersteren Falle die Zuwendung als univirksam, die auflösende Bedingung bagegen als nicht beigefügt zu behandeln.

§ 2172

Die Leistung einer vermachten Sache gilt auch dann als unmöglich, wenn die Sache mit einer anderen Sache in folder Beife berbunden, bermifcht oder vermengt worden ift, daß nach den §§ 946 bis 948 das Eigentum an der anderen Sache sich auf sie erstreckt oder Miteigentum eingetreten ist, oder wenn sie in solcher Weise verarbeitet oder umgebildet worden ist, daß nach § 950 derjenige, welcher die neue Sache hergestellt hat, Eigentumer geworden ift1).

Ift die Berbindung, Bermischung ober Bermengung durch einen anderen als den Erblaffer erfolgt und hat der Erblaffer dadurch Miteigentum erworben, fo gilt im Zweifel das Miteigentum als bermacht; fteht dem Erb. laffer ein Recht zur Wegnahme der verbundenen Sache zu, fo gilt im Zweifel dieses Recht als vermacht2). Im Falle der Verarbeitung oder Umbildung durch einen anderen als den Erblaffer bewendet es bei der Borfchrift des

§ 2169 2165 33).

Œ I 1854 II 2043; DR 5 178, 174; 6 896.

1. Die Berbindung beweglicher Sachen mit einem Grundftud (§ 946) ober mit anderen beweglichen Sachen (§ 947) ober bie Bermischung beweglicher Sachen miteinander (§ 948) bewirkt Untergang der Sache im Rechtssinn und deshalb Unmöglichkeit der Leistung. gleiche gilt, wenn die vermachte Sache im Wege der Berarbeitung oder Umbildung als Stoff sur Herstellung einer neuen Sache benutt worden ist und der Wert des Stoffes nicht überwiegt (§ 950). Sat der Erblaffer felbst oder hat mit seinem Willen ein Dritter nach Unorbnung des Vermächtnisses die Verbindungen vorgenommen, so gilt das Vermächtnis als erledigt. Doch kann unter Umständen der Vermächtniswille auch dahin ausgelegt werden, daß die neugebildete Sache oder daß Wertsersatz für die untergegangene Sache vermacht sein sollte. Auch Miteigentum oder ein Begnahmeanspruch gegen den Beschwerten im Sinne von Abs 2 kann als vermacht gesten, obwohl bei einer vom Erblasser selbst vorgenommenen Umgestaltung einer eigenen Sachen von Rechten solchen Inhalts, die schon in seiner Verson entstanden wären, nicht eigentlich gesprochen werden kann.

2. Ist die Verbindung durch einen andern als den Erblasser und ohne seinen Willen erfolgt, so verbleibt es zwar bei der Unmöglichkeit der Leistung und infolgedessen der Unwirksamkeit dieses Vermächtnisses. Es wird aber nach gesehlicher Auslegungsregel ("im Zweifel" bis zum Gegenbeweis des Beschwerten) dahin umgedeutet, daß an Stelle des ursprünglichen Gegenstandes die dem Erblasser aus §§ 947, 948, 951 Abs 2 entstandenen Miteigentums- und

Wegnahmerechte als vermacht gelten.

3. Soweit dem Erblasser, wie insbesondere im Falle der Berarbeitung und Umbildung der Bereicherungsauspruch aus § 951 Abs 1 zustand, gilt nunmehr dieser als vermacht (§ 2169 A 3).

§ 2173

Hat der Erblasser eine ihm zustehende Forderung vermacht, so ist, wenn vor dem Erbsalle die Leistung erfolgt und der geleistete Gegenstand noch in der Erbschaft vorhanden ist, im Zweisel anzunehmen, daß dem Bedachten dieser Gegenstand zugewendet sein soll. War die Forderung auf die Zah-lung einer Geldsumme gerichtet, so gilt im Zweisel die entsprechende Geldsumme als vermacht, auch wenn sich eine solche in der Erbschaft nicht vorsindet.) 2).

Œ I 1855 II 2044; M 5 157, 158; B 5 174-176.

1. Forderungevermächtnis. Ift die bermachte bem Erblaffer guftebenbe Forderung burch Leiftung an ben Glaubiger erloschen, fo tann fie auch nicht mehr Gegenstand bes Bermächtniffes fein und bas Vermächtnis ware insoweit nach § 2171 unwirtsam. Es wird aber, ähnlich wie in § 2169 Abs 3 in ein Vermächtnis auf Leistung des Forderungsgegenstandes umgebeutet, falls dieser zur Zeit des Erbfalls noch in Natur in ber Erbschaft vorhanden ift. Beim Gelbforberungsbermachtnis - nicht auch beim Bermachtnis einer Forberung auf Leistung verbrauchbarer ober vertretbarer Sachen - wird auch von diesem Erfordernis ab. gesehen. Das Geseh erteilt jeboch nur Auslegungsregeln, läßt mithin bem Beschwerten ben Gegenbeweis nach, daß das Vermächtnis nur auf die Forderung in dem zur Zeit des Erbfalls bestehenden Betrage gerichtet war. Ist der Forderungsgegenstand nicht mehr vorhanden, hat ihn namentlich der Erblasser selbst schon weiterveräußert, so wird das Bermächtnis nur schwer als Berschaffungsvermächtnis (§ 2170) aufrechtzuerhalten sein. Ob die Forderung dem Erblasser schon bei Anordnung des Bermächtnisses zustand, oder ob sie ihm surrogationsweise erst später entstanden ist (§§ 2164 Abs 2, 2169 Abs 3), macht keinen Unterschied. Ebensodvenig, ob der Erblasser die Forderung eingezogen hat oder ob sie freiwillig vom Schuldner erfüllt ift. Unfrechnung fteht ber Leiftung gleich. Wenn ber Befchwerte nach bem Erb. fall über die Forderung verfügt, so wird er dem Bedachten ersappslichtig. Erlischt sie durch Aufrechnung von seiten des Schuldners, so haftet er dem Bedachten auf Bereicherung. Stand Die Forberung nicht bem Erblaffer, sondern bem Beschwerten ober einem Dritten zu und war ein Berschaffungsvermächtnis gemeint, so ist es Sache freier Auslegung, ob der vor dem Erbfall an den Gläubiger geleistete Gegenstand als vermacht zu gelten hat. Im übrigen kann das Forderungsvermächtnis auch durch das Bermächtnis der Schuldurkunde, des Sparkassenbuchs usw. ausgebrückt sein (s. aber auch RG Seuffu 75 Nr 107: Das Vermächtnis eines "Schreibtsches mit Inhalt" braucht nicht auf die Brief- und Buchhnpotheken bezogen zu werden, über die die Sppothekenbriefe und Eintragungsbenachrichtigungen im Schreibtisch aufbewahrt wurden, § 2084 A 1). Bestehende Nebenrechte der Forderung (Pfand, Bürgschaft) gelten im Zweifel als mitvermacht. Aus § 2174 hat der Bedachte gegen den Beschwerten den Anspruch auf Übertragung der Forderung nach §§ 398ff. mit Zinsen seit Anfall bes Bermächtnisses (§ 2184). Sind verkehrsfähige Schulbverschreibungen auf ben Inhaber vermacht und hat ber Erblaffer burch Berkauf barüber verfügt, so bilbet im Zweifel ber erzielte Erlös ben nunmehrigen Gegenstand bes Vermächtnisses (DLG 10, 302).

2. Nicht besonbers geregelt, aber auch nach BGB zulässig ist a) bas Besteiungsvermächtnis: Buwenbung ber Befreiung von einer bem Bedachten gegen ben Erblasser, ben Beschwerten ober einen Dritten obliegenben Schuld. Sie kann, wenn ber Bedachte Schuldner bes Erblasser ist, auch in dem Vermächtnis der Forderung an den Bedachten ausgedrückt sein. Sie verpflichtet den Beschwerten in den beiden ersten Fällen zum Schulderlaß, zu Quittungs.

leistung und Rückgabe des Schulbscheins (§§ 368, 371), Freigabe der bestellten Sicherheiten und gewährt dem Bedachten eine Einrede, wenn er vom Beschwerten auf Erfüllung belangt wird. Ist der Eläubiger ein Dritter, so hat der Beschwerte die Besteining herbeizusühren (NCL) 1914, 760°). Ist die Schuld schon vor dem Erbsall von dem Bedachten zurückgachlt, so kann die Auslegung zu der Annahme sühren, daß ein Bermächtnis der Schuldsumme gewolft ist. So NG Gruch 62, 248 sür einen Fall, in dem die Schuld des Bedachten an dem Erblasser nicht von diesem selbst, sondern von dessen Pfleger ohne Kenntnis des Besteiungsvermächtnisses eingezogen worden war. der Anaberrachtnisses eingezogen konden werden seine Anaberrachtnisses eingezogen worden war. der Anaberrachtnisses eingezogen worden war. der Anaberrachtnisses eingestung einerklasses eingeschalt dem Schuld dem Schuld dem Schuld dem Schuld der Schuld zu seine Schuld dem Schuld der Schuld der Schuld der Anaberrachtnisses einer unwirksamen Schuld zur Zeit des Erbsalls schon gestigt, so ist das Vermächtnis nach § 2171 unwirksam. Dat ein in allgemeiner Gütergemeinschaft lebender Sehmann verfügt, daß dem Kähnere einer das Verlanden werden, daß die Schuld im Verhältnisse zwischen solle, so kann dies dahin verstanden werden, daß die Schuld im Verhältnisse zwischen sollen ben Keigern den Kahlessen der Anseinandersetzung der Eitergemeinschaft licht dem Verhältnisse zwischen sonderen bem verschalben verschand des Vermächtnisses aus Last fallen solle (NG 21. 11. 21 IV 264/21). — Sind sonsteren hiersür geltenden Vorschriften (Indepriss, so bestimmt sich sein Inhalt nach den besonderen

§ 2174

Durch das Vermächtnis wird für den Bedachten das Recht begründet, von dem Beschwerten die Leistung des vermachten Gegenstandes zu fordern¹) ²) ³).

© I 1865 II 2045; W 5 176; B 5 201—210; 6 844—846.

1. Durch bas Bermächtnis wird, wie auch beim Pflichtteil § 2303, nur ein Forderungsrecht bes Bedachten gegen den Beschwerten begründet. Der zugewendete Gegenstand geht daher nicht, wie beim Bindikationslegat bes gemeinen Rechtes unmittelbar traft Gesetzes auf ben Bedachten über. Bielmehr liegt dem Beschwerten ob, die zur Verwirklichung der Vermachtnisanordnung erforderlichen Nechtsatte vorzunehmen (Eigentumsübertragung, Abtretung, Neubegründung von Nechten, Erlaß der Schuld beim Befreiungsvermächtnis § 2178 A 2 a usw.). Im übrigen bestimmen sich die gegenseitigen Rechte und Aflichten der Beschwerten und Bedachten nach den allgemeinen Vorschriften über Schuldverhält. niffe. So insbesondere in der Frage der Bertretung eigenen und fremden Verschuldens (§§ 276ff.) und der Berzugefolgen (§§ 286ff.). Demgemäß sind Zinsen von einem Geld-vermächtnis regelmäßig nur als Berzuge, oder Prozeßzinsen nach §§ 288, 291 zu entrichten (NG 23 1917, 1918; Warn 1927 Mr 35). Die Bewirkung der Leifung auf die Bermächtnisschuld untersteht auch ben Anforderungen des § 242 (NG 11. 11. 20 IV 231/20; 9(3). Auch schon vor Annahme der Erbschaft oder des mit einem Untervermächtnis belafteten Bermächtnisses barf der Beschwerte der Verwirklichung des Vermächtnisauspruchs nicht entgegenhandeln. Beim hinausgeschobenen Vermächtnisaufall §§ 2179, 160. Besoudere Vorschriften für die Erfüllung §§ 2181-2189. Die durch die Erfüllung entstehenden Roffen find vom Beschwerten zu tragen (RFinh 1 A 126). Für die den Vermächtnisnehmer treffende Erbschaftsteuer haftet der Erbe oder Testamentsvollstreder nach Maßgabe des § 15 Erbsch. Sto in der Fassung v. 22. 8. 25 und der §§ 87 Abs 2, 90, 95 NAlbgD; er darf deshalb ein Gelbbermächtnis um ben Steuerbetrag fürzen; bei andern Vermächtnissen hat er bis zur Entrichtung ober Sicherstellung der Steuer durch den Bermächtnisnehmer ein Zuruckbehaltungsrecht. Die in der 5. Aufl angeführten Bestimmungen des Reichsnotopfergesebes v. 31. 12. 19 § 52 und des ErbschSty v. 10. 9. 19 § 7 Abs 4 haben inzwischen ihre Bedeutung verloren. Als Leistungsort wird regelmäßig der lette Wohnort des Erblaffers in Frage kommen (§ 269). Auch wenn bies gegebenenfalls nicht zuträfe, ist für Magen, welche Aniprüche aus Vermächtniffen betreffen, das Gericht der Erbschaft (BPD § 27) zuständig-Ein gesetlicher Anspruch auf Sicherstellung steht dem Bermächtnisnehmer nicht zu. Doch tann sich ein solcher Anspruch für ihn unter Umständen aus der Bermächtnisanordnung ergeben (RG IRdich 1925 Mr 1526). Unter ben Boraussehungen des § 1981 Abs 2 fann er als Nachlaggläubiger die Nachlagverwaltung beantragen. Ferner fann er fich gegebenenfalls durch Arrest oder einstweilige Verfügung, insbesondere durch Eintragung einer Bormerkung (§ 885) schüten lassen. Einen Auspruch auf Auskunfterteilung hat er gegen den Beschwerten nur, wenn ihm der Anspruch mitvermacht ift, was als stillschweigend geichehen z. B. angenommen werden kann, wenn Wegenstand des Vermächtniffes "der halbe

Wert bes Nachlasses" ober ein bestimmter Teil bes sich "bei günstiger Berwertung der Immobilien" ergebenden Erlöses ift (DLG 26, 340; 42, 136). hat der Erblaffer dem Bedachten ben Bermaditnisgegenstand bereits unter Lebenden zugewendet (vgl. über die Mog. lichkeit ber Nechtenatur einer folden Autvendung als Schenfung RG 95, 12), fo ift bas Bermächtnis, wenn es sich um eine Einzelsache handelt, nach § 2169 Abs 1 unwirksam. Das Gattungsvermächtnis (§ 2155) bleibt an sich in Rraft. Doch ift Talfrage, ob bas Bermächtnis nicht unter ber ftillschweigenden Bedingung angeordnet ift, daß der Erblaffer den Bebachten nicht felbst noch befriedigen werbe (RG Gruch 63, 476f.). Der in ber Unnahme ber Zuwendung unter Lebenden regelmäßig enthaltene Berzicht bes Bedachten auf das Bermächtnis bedarf, um wirksam zu sein, der Form des § 2348 (§ 2352).

2. Die Vermächtnisschuld ift, wenn ber Erbe bamit beschwert ift, Rachlagberbindlichteit (§ 1967). Sie unterscheidet sich aber von anderen Berbindlichkeiten baburch, bag fie - gleich bem Pflichtteil - zur Voraussetzung hat, daß nach Tilgung ber eigentlichen Nachlafichulden ein Nachlaguberschuß vorhanden ift. Underseits hat der Erbe feinen Unspruch barauf, daß ihm irgend etwas (Kalgibische Quart) vom Nachlag verbleibe. hierauf und auf ber Tatsache, daß dem Erben das Bermächtnis regelmäßig aus den lettwilligen Berfügungen bes Erblaffers befannt ift, beruhen folgende Besonberheiten: Das Bermachtnis wird, außer nach Teilung des Nachlaffes unter Miterben (§ 2060 A 3) durch das Aufgebot nicht betroffen, § 1972, hat aber fogar hinter ben ausgeschloffenen Gläubigern gurudzutreten (§§ 1978 21 4, 1974 A 7). Im Verhältnis von Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen zueinander haben die Pflichteilsrechte den Vorrang, § 1974 A 7; KD § 226. Im übrigen kann der Erblasser den Rang ordnen, § 2189. In diesem Verhältnis hat der Erbe auch im Falle der Unzulänglichkeitseinrede für die Verichtigung Sorge zu tragen, § 1991 A 4, aber auch § 1979. Beruht die Überschuldung bes Nachlasses auf Bermachtniffen, so ift ber Erbe beshalb allein nicht jum Antrag auf Eroffnung bes Nachlaftonturfes verpflichtet, §§ 1980, 1992. Inwieweit im übrigen Bermächtnisse vom Pflichtteilerechte beeinflußt werden, ergeben §§ 2306, 2318, 2321-2823. Besonberheiten im Rachlaftonfurse ND §§ 219, 222, 226, 227, 230. Saftung bes Borerben § 2145. Fälligfeit bes Untervermächtniffes, mit bem ein Bermächtnisnehmer beschwert ist und Beschränkung seiner Haftung §§ 2186—2188, Anfechtung bes Vermächt-nisses wegen Erbunwürdigkeit bes Bebachten § 2345.

3. Aufwertung. a) Darüber, ob ein in Mark ausgesettes Summen- ober Rentenvermächtnis aufzuwerten ift, entscheidet in erster Linie der im Testament kundgegebene Wille des Erblassers. So kann sich ergeben, daß jede Aufwertung zu unterbleiben hat (NG 7. 2. 27 IV 702/26: Em Hamburger Kanfmann hatte in seinem Testament vom 29. 6. 22 einer Person eine Jahresrente von 60000 M, dann in einem Rachtrage vom 21. 2. 23, ohne dieses Martvermächtnis zu streichen, eine Jahresrente von 4 Contos de reis, brasilianischem Rechnungsgeld, und schlieflich in einem Rachtrage vom 11. 11. 23 noch von 4 weiteren Contos de reis vermacht). Ju der Regel wird, insbesondere bei Markvermächtnissen aus der Zeit vor merkbarer Inflation, Aufwertung seeboten sein; und zwar, namentlich bei einem zum Unterhalt bestimmten Reutenvermächtnis (wie in dem Falle RG 15. 12. 27 IV 215/27), auch dann, wenn der Erblaffer noch längere Zeit während der Inflation gelebt hat, ohne sein Testament zu ändern. Es muß in diesen Fällen im Wege ergänzender Testamentsanslegung (§ 2084 A 2) festzustellen versucht werden, wie der Erblasser selbst nach seiner aus dem Testament, gegebenenfalls unter Milberücksichtigung von Umftänden außerhalb des Testaments, zu entuchmenden Willensrichtung die Aufwertungsfrage gelöst haben würde, wenn er mit der Geldentwertung gerechnet hätte. Bersagt bieles Hilfsmittel, fo ist über die Frage an der hand des § 242 zu entscheiden (A 1: § 242 A 5d 7 Abs 3). Unter dem einen wie unter dem andern Gesichtspunkt wird im allgemeinen nur in dem Maße aufzuwerten sein, wie der Nachlaß bei der nach der Testamentserrichtung eingetretenen Entwicklung ber wirtschaftlichen Berhältniffe seinen Wert behalten hat. Für die Bestimmung dieses Wertverhältnisses ist grundsätzlich nicht der Zeitpunkt des Erbfalls (fo RG JB 1926, 15891), fondern der Zeitpunkt makgebend, in dem der Bedachte das ihm Bugelvendete in die Sand bekommt; beruht eine Sinausschiebung dieses Zeitpunkts auf vertretbaren handlungen bes einen oder des andern Beteiligten, fo kann ein früherer Zeitpunkt in Betracht kommen (NG 108, 86 Abf 3; 3W 1925, 36012; vgl. auch Bamberg Bang 1925, 294 über die Berechnung eines Quotenvermächtniffes). Gine über das angegebene Daß binausgehende Aufwerting bedarf ber Begründung aus den besonderen Umftänden des Kalles (RG Warn 1927 Nr 35: Testament, aus dem der Wille des Erblassers erhellte, binfichtlich der Erhaltung des Wertes der Zuwendungen den Vermächtnisnehmer vor dem Erben zu bevorzugen; A. 328 1926, 18462: Berniachtnis einer zum Unterhalt bestimmten Rente an den Stiefbruder zu Lasten der als Erbin eingesetzten Stadtgemeinde; RG Warn 1926 Mr 6: Bermächtnis einer zum Unterhalt bestimmten Rente an die zweite Chefrau gegen deren Verzicht auf ihr gesetzliches Erbrecht, nachdem der mit dem Vermächtnis als gesetzlicher Erbe beschwerte Sohn erster, Ebe Schon vorher durch die Aberlassung bes väterlichen Geschäfts versorgt worden war; **RG** Warn 1927 Rr 85: Vermächtnis einer Pension durch die Mutter eines damaligen Landesherrn an die Witwe ihres früheren Hofmarschalls). Der Fall eines Kentenwermächtnisses kann auch so liegen, daß es für die Auswertung nicht sowhl auf das Maß der Erhaltung des Wertes der Substanz als vielmehr auf das Maß der Erhaltung des Wertes der Substanz als vielmehr auf das Maß der Erhaltung der Erhaltung des Wertes der Substanz als vielmehr auf das Maß der Erhaltung der Erhaltung der Kenten der Kommen geines Miterben selfgeste Kente). LBei der Auswertung eines Summen oder Kentenvermächtnisses gegenüber einem Erben, der sich den Rachlaß in seinem ursprünglichen Wert erhalten hat, braucht der sog. Verarmungsfatter (§ 242 V 5 d a Abs 2) auf seiten des Vermächtnisnehmers jedenfalls dann nicht berücksichtigt zu werden, wenn das Vermächtnis nach dem Willen des Erblasses in einem bestimmten Verhältnisse zum Werte des Rachlasses stehen sollte NG FW 113, 136), auf ein Eeldvermächtnis gelestete Zahlung noch als Vollzahlung oder nur als ein durch einen Aufwertungsanspruch auszugleichende Teilzahlung stehen Falles ab (RG 114, 404; 115, 205; FW 1927, 1833¹⁴).

b) In die Anwendung dieser "allgemeinen Vorschiften" greift das Aufwertungsgeschung gesten d. 7. 25 grundsählich nicht ein (§ 62). Es bestimmt in § 63 Abs 2 Kr 2 sogar auszrücklich, daß als Vermögensanlagen, deren Auswertung 25 v. H. des Goldmarkbetrags Geschäfts versorgt worden war; RG Barn 1927 Nr 85: Vermächtnis einer Benfion durch

ausdrücklich, daß als Bermögensanlagen, deren Aufwertung 25 v. H. des Goldmartbetrags ansdrücklich, daß als Vermögensanlagen, deren Aufwertung 25 v. H. des Goldmarkbetrags nicht übersteigen darf, Ausprüche nich, gelten, die auf den Beziehungen zwischen Erben und Vermächtnissehmern beruhen. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf den Fall, daß eine Vermächtnissehmern beruhen. Diese Vestimmung erstreckt sich auch auf den Fall, daß eine Vermächtnissehmern nach § 607 Abs 2 BGV in ein Darlehn umgewandelt oder zum Gegenstand eines Vergleichs gemacht ist (NG JW 1926, 11431; 1927, 183311). Nach § 63 Abs 4 kann das Gericht über die Fälligkeit und die Verzinsung des Auswertungsbetrags nach billigem Ermessen entscheiden; es darf jedoch über das auß §§ 25, 26, 28 Auswertschliche Maß hinaus ohne Zustimmung des Vermächtnissehmers Stundung oder Zinsermäßigung nicht gewähren. Ist die Vermächtnissehmers Stundung oder Zinsermäßigung nicht gewähren. Ist die Vermächtnissehmers Stundung oder Zinsermäßigung nicht gewähren. Ist die Vermächtnissehmers Stundung der persönlichen Forderung, mit den sich auß §§ 11, 12 ergebenden Einschräufungen, nach § 10 Abs 1 Kr 2 Auswertung au vermächtnigs Statt augenommen, so ist die Verechnung des der Auswertung zugrunde zu legenden Goldmarkbetrags nach § 3 Kr 2 Auswertung, also ebenso vorzunehmen, wie wenn die Hypothesensorderung vermacht worden wäre (RG KW 1926, 26932; Baydb&W 25 A 402).

\$ 2175

Dat der Erblaffer eine ihm gegen den Erben zunehende Forderung oder hat er ein Recht vermacht, mit dem eine Sache oder ein Recht des Erben belastet ift, jo gelten die infolge des Erbfalls durch Bereinigung von Recht und Berbindlichteit oder von Recht und Belaftung erloschenen Rechtsberhältnisse in Ansehung des Bermächtnisses als nicht erloschen1).

Œ I 1866 II 2046; M 5 176, 177; B 5 203, 210,

1. Ist eine zur Zeit des Erbfalls bereits bestehende Forderung gegen den Erben ober ein gegen ihn zustchendes dingliches Recht Gegenstand bes Vermächniffes, so würde nach bem vom BUB stillschweigend angenommenen Grundsah der Konfusion oder Konsolidation (Vorbent 2 vor § 241) das Recht mit dem Erbfall erlöschen und das Vermächtnis nach § 2169 A 1 unwirksam werden. Dieser Erfolg ist unvermeidlich, wenn es sich um nicht übertragbare (§§ 399f., 1059, 1092) ober um mit bem Tobe des Erblassers erlöschenbe Nechte handelt (§§ 1061, 1090). Das Gefet verhindert aber im übrigen die Unwirksamkeit badurch, daß es (übereinstimmend mit §§ 1976, 1991, 2148, 2377, für Grundstücke vgl. § 889) das vermachte Necht weiter bestehen läßt. Damit sind zugleich die hiermit verbundenen Nebenund Sicherungsrechte mit Wirkung auch gegen Dritte aufrechterhalten. Die Bereinigung gilt nur in Unsehung bes Bermachtnisses als nicht erfolgt. Die Privatgläubiger bes Erben können sich beshalb nicht darauf berufen, um gum Schaden des Bermächtnisnehmers die ererbte (und zugleich vermachte) Forderung für sich mit Beschlag zu belegen. Im übrigen tritt die Bereinigung ein, so daß sich die Nachlaßgläubiger nur unter den Voraussehungen ber §§ 1976, 1991 an die Forderung oder das gegen den Erben bestehende Recht halten fonnten. Bestand die vermachte Forberung überhaupt nicht, so tann gleichwohl ein Berschaffungsvermächtnis gewollt sein (§ 2170). Ift umgekehrt ber vermachte Gegenstand mit einem bem Erben gegen ben Erblaffer guftehenben Rechte, g. B. einem Pfanbrechte belaftet, fo folgt aus § 2165 U 1, daß der Bebachte die Beseitigung dieses Rechtes im Aweisel nicht verlangen kann und daß schon beshalb die Vereinigung als ausgeschlossen zu gelten hat (§ 1256).

§ 2176

Die Forderung des Vermächtnisnehmers kommt, unbeschadet des Rechtes, das Vermächtnis auszuschlagen, zur Entstehung (Anfall des Vermächtnisses) mit dem Erbfalle1).

E I 1867 Abi 1 II 2047 Sat 1; M 5 177, 178; B 5 210, 211.

1. Anfall des Bermächtnisses. Wie die Erbschaft mit dem Tode des Erbsassers, dem Erbfall auf den Erben übergeht (§§ 1922, 1942), so entsteht mit demselben Zeitpunkt, gleichfalls unmittesvar kraft des Gesetzes, auch der Vermächtnisanspruch des § 2174 als ein zum Vermögen des Bedachten gehöriger veräußerlicher und vererblicher Vestandeil. Es seidenn, daß der Anfall gemäß §§ 2177st, hinausgeschoben ist. Dabei ist zwischen dem Anfall des Vermächtnisses und der nach dem Testament, geeignetensalls unter Verücksichung der Verschrissitte, zu bestimmenden Fälligkeit des Vermächtnisanspruchs (§ 2181) wohl zu unterscheiden (Seufst 72 Nr 55). Der Anfall ist nicht davon abhängig, daß der Erbe die Erbschaft angenommen hat. Doch besteht vorher kein Klagerecht, § 1958. Ebenso ist der mit einem Untervermächtnis beschwerte Bedachte nicht vor Fälligkeit des Hauftwermächtnisses zur Erfüllung verpslichtet, § 2186. Fallen Erbsall und Vermächtnisansall zusammen, so muß der Vermächtnisnehmer (wie der Erbe dem Erbfall erlebt haben, § 2160. Ist der Vermächtnisansall aus einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben (§§ 2177ff.), so genügt, daß der Vermächtnisnehmer wenigstens zu diesem Zeitpunkt gelebt hat, während die Erbeinsehung des postumus im gleichen Falle nur als Nacherbsolge gehalten werden kann (§§ 2101 U 1). Dem Erleben steht jedoch bei der Erbsolge vie beim Vermächtnis gleich, daß der Vedachte wenigstens als Erzeugter vorhanden ist (§§ 1923 Ubs 2, 2178). Wegen der Nechte in der Zwischenzeit zwischen Erbsall und Unfall vgl. § 2179. Der Unfall des Vermächtnisses hat ebenso wie der Erbschafts ausschlaugungsrechts zur Folge. Doch ist abweichend von der Erbschaft die Möglichseit der Unsschlaung regelmäßig an teine Frist und teine Form gebunden, § 2180 U 1/2. Recht des Verdächten auf ben Fruchtgenuß vom Anfall ab § 2184. Unwirksamseit des Vermächtnisses durch Beitablauf §§ 2162, 2163.

§ 2177

Ist das Vermächtnis unter einer aufschiebenden Bedingung oder unter Bestimmung eines Ansangstermins angeordnet und tritt die Bedingung oder der Termin erst nach dem Erbsall ein, so erfolgt der Ansall des Vermächtnisses mit dem Eintritte der Bedingung¹) oder des Termins²).

E 1 1867 Mr 1 II 2047 Sat 2; M 5 178-181; B 5 210-212.

1. Hanbelt es sich um ein ausschiebend bedingtes Vermächtnis, so ist zunächst zu untersuchen, ob die Zuwendung nach dem Willen des Erblassers nur gelten soll, wenn der Bedachte den Eintritt der Bedingung erlebt. a) Ist diese Frage nach der Regel des § 2074 zu bejahen, was insbesondere dann zutrifft, wenn das als Bedingung gesetzte Ereignis zu der Person des Bedachten in Beziehung steht, so ist die Zuwendung doppelt bedingt durch den Eintritt des Ereignisses und sein Erleben durch den Bedachten. d) Ist die Frage zu verneinen, so erhellt zugleich als wahrer Wille des Erblassers, daß die Zuwendung für den Fall des Erntritts der Bedingung entweder dem Bedachten selbs den wenn er zu diesem Zeit punkte nicht mehr lebt, seinen Erben gemacht sein soll. Der Bedachte erwirdt aber nicht nur in diesem Falle, sondern auch im Falle a (anders 2. Aufl.) mit dem Erbfall eine Anwartschaft, die gleich anderen bedingten Kechten (§ 2179) einen Bestandteil seines Bermögens bildet, zum Gegenstand einer rechtsgeschäftlichen Berfügung gemacht und gepfändet werden kann (Konnach and Konnach einer rechtsgeschäftlichen Berfügung gemacht und gepfändet werden kann (Konnach and Konnach einer Rechten). Der Bermächnisanspruch kommt jedoch nach der allgemeinen Borschift des § 158 Abs 1 erst mit Eintritt der Bedingung zur Entstehung. Dies bringt das Geset dadurch zum Ausdruch, daß es die dahin den Anfall des Bermächtnisses bringt das Geset dadurch zum Ausdruch, daß es die dahin den Anfall des Bermächtnisses bringt das Geset dadurch zum Ausdruch, daß es die dahin den Anfall des Bermächtnisses bringt das Geset dadurch zum Ausdruch, daß es die dahin den Anfall des Bermächtnisses bringt das Geset dadurch zum Ausdruch, daß es die dahin den Anfall des Bermächtnisses bringt das Geset dadurch zum Ausdruch, daß es die dahin den Anfall des

2. Handelt es sich um eine Zuwendung unter Bestimmung eines Ansangstermins, so kommt § 2074 von vornherein nicht in Frage; die Zuwendung ist (falls freie Auslegung nicht etwa ergibt, daß sie nach dem voahren Willen des Erblassers unter der Bedingung des Erlebens des bestimmten Zeitpunkls durch den Bedachten gemacht ist als vererbliche Anvartschaft erworden (WG Warn 1919 Nr 90; 1920 Nr 202). Aber auch hier soll der Vermächtnissanspruch als künftiges Recht erst mit dem Ansangstermin zur Entstehung kommen (§ 163). Insbesondere ist nicht bloß die Fälligkeit des Anspruchs (§ 2181), sondern der Ansall selbs hinausgeschoben. Dies hat namentlich zur Folge, daß der Bedachte erst vom Eintritte des Termins ab auf die Früchte Anspruch hat (§ 2184). Doch ist zuzusehen, ob nach dem wahren

Willen des Erblassers nicht sofortiger Anfall und nur Aufschub der Fälligkeit gewollt ist. So insbesondere, wenn dem X 1000, zahlbar 10 Jahre nach dem Tode des Erblassers, mit der Bestimmung vermacht sind, daß der Beschwerte die dahin die Jinsen zu zahlen habe (ähnliche Fälle DEG 30, 206; RG Recht 1913 Ar 2883). Auch deim Vermächtnis wiedertehrender Leistungen ist Tatfrage, od das Bezugsrecht als sofort anfallendes einheitliches Recht, oder od eine Reihe einzelner nach § 2177 zu beurteilender Vermächtnisse ienheitliches Recht, oder od eine Reihe einzelner nach § 2177 zu beurteilender Vermächtnisse zugwendet ist. So kann eine Jahresreute auf die Ledenszeit des Sohnes und Erben diesem als Voransvermächtnis, zugleich von seinem Tode ab aber dem Enkel vermacht sein MG Necht 07 Ar 1128). Bei der Leibrente (§ 759) wird es sich nach RG 67, 210 innner um ein derartiges in sich geschlossense einheitliches Recht handeln. In den Fällen des § 2177 ist das Vermächtnis nur wirksam, wenn und soweit der Anfall innerhalb der zeitlichen Grenzen der § 2162, 2168 kattsindet. Hinausschiedung des Vermächtnisanfalls beim gemeinschaftlichen Testamente (§ 2269 Abs 2) und beim Erdvertrag (§ 2280). Der Fall, daß der Gegenstand der Auwendung selbst in einem bedingten oder betagten Rechte besteht, hat nichts Besonderes. Nur darauf kommt es an, ob die Zuwendung bedingt oder betagt gewollt ist.

§ 2178

Ist der Bedachte zur Zeit des Erbfalls noch nicht erzeugt oder wird seine Persönlichkeit durch ein erst nach dem Erbfall eintretendes Ereignis bestimmt, so ersolgt der Ansall des Bermächtnisses im ersteren Falle mit der Geburt, im letteren Falle mit dem Eintritte des Ereignisses¹).

E I 1867 Nr 2, 8 II 2048; M 5 180, 181; \$ 5 210—212.

1. Abweichend von der Erbfolge (§ 1923), aber übereinstimmend mit der Nacherbfolge (§§ 2101, 2105) läßt das Geset ein Bermächtnis wirksam werden, das einem bei Eintritt des Erbfalls noch nicht einmal erzeugten oder noch nicht bestimmten Bedachten zugewendet ist, vorausgesetzt, daß die zeitlichen Grenzen der §§ 2162, 2168 innegehalten sind. Der Ansalt wird aber in diesen Fällen bis zur Hebung der Unbestimmtheit hinausgeschoben (§ 2106 Abs 2). War der Bedachte bei Eintritt des Erbfalls bereits erzeugt, so wird der Ansalt nach der entsprechend anzuwendenden Negel des § 1923 Abs 2 von der Geburt auf den Zeitpunkt des Erbfalls zurückdezogen. Es bleibt mithin dei der Regel des § 2176. Der Wortlaut des Gesetzs deckt auch den Fall, daß eine noch nicht enstlandene juristische Verson bedacht ist. Ist der Erblasser zugleich deren Stifter, so gilt sie nach § 84 im Falle späterer Genehmigung als schon mit seinem Tode entstanden und auch hier bleibt es bei der Negel des § 2176.

§ 2179

Für die Zeit zwischen dem Erbfall und dem Anfalle des Bermächtnisses sinden in den Fällen der §§ 2177, 2178 die Vorschriften Anwendung, die für den Fall gelten, daß eine Leistung unter einer aufschiebenden Bedingung geschuldet wird¹).

& I 1867 Abf 3 II 2049; M 5 179-181; B 5 211, 212.

1. Wenn auch während des Schwebens der Bedingung, vor Eintritt des Anfangstermins und solange die Unbestimmtheit des Bedachten andauert (§§ 2177, 2178) ein Schuldverhältnis im Sinne von § 2174 noch nicht besteht, so sind doch nach Maßgade der §§ 158—168 bereits für die Zwischen Vorhalden. Insbesondere macht er sich nach § 160 Abs 1 durch schuldhafte Vereitelung oder Beeinträchtigung des Vermächtnissed dem Bedachten schabensersappslichtig und muß nach § 162 Abs 1, wenn er den Eintritt der Bedingung arglistig verhindert, die Bedingung als eingetreten gelten lassen. Der Vedate kann die ihm aus Verschulden des Beschwerten entstandenen Schadensersap- und Surrogatsansprüche (§ 281) erst nach Anfall des Vermächtnisses geltend machen. Schou vorher ist aber nicht ausgeschlossen, daß er sich durch einstweilige Versigung sichert oder im Konkurse Sicherung beausprucht (BPO §§ 916 Abs 2, 936, KO § 67). Geeignetenfalls sind die Vechte des Vedachten durch einen Pfleger wahrzunehmen (§ 1913). Auch wenn er vor Annahme der Erbschaft oder des mit einem Untervermächtnis beschwerten Vermächtnisse der Juwendung arglistig entgegenhandelt, macht sich der Beschwerte haftbar (§ 2174 Al 1). Entsprechende Verpslichtungen entstehen nach § 160 Abs 2 aus seingung zugetvendet war. Nach § 150 endlich kann der Erbschrist unter einer auflösenden der Bedingung zugetvendet war. Nach § 150 endlich kann der Erbschre, innerhalb der Zeitgrenzen der §§ 2161, 2162 die Rüchteziehung des Auflassauf einen krüberen Zeitpunkt und damit zugleich die Herausgade der Früchte von diesem Zeitpunkt ab anordnen (§ 2184).

\$ 2180

Der Bermächtnisnehmer tann bas Bermächtnis nicht mehr ausschlagen,

wenn er es angenommen hat1).

Die Annahme sowie die Ausschlagung des Bermächtnisses erfolgt durch Ertlärung gegenüber bem Beschwerten2). Die Ertlärung tann erft nach bem Eintritte bes Erbfalls abgegeben werden; fie ift unwirksam, wenn fie unter einer Bedingung ober einer Zeitbestimmung abgegeben wird3).

Die für die Unnahme und die Ausschlagung einer Erbichaft geltenden Borichriften bes § 1950, bes § 1952 Abf 1, 3 und bes § 1953 Abf 1, 2 finden

entiprechende Unwendung4).

Œ I 1873 II 2050; M 5 186-189; B 5 216-220.

1. Bum Erwerbe bes Vermächtnisses bedarf es an fich (wie auch bei ber Erbschaft § 1943 A 1) feiner Annahme. Der Bermächtnisanspruch entsteht vielmehr unmittelbar traft bes Gesetzes (§ 2176 A 1). Sat der Bedachte aber die Annahme (zu unterscheiden von der Annahme des geleisteten Vermächtnisgegenstandes) einmal erklärt, so ist sie und ebenso ist die einmal erklärte Ausschlagung (wie bei der Erbschaft §§ 1948 A 1, 1945 A 1) unwiderruflich. Abweichend von der Erbschaft (§ 1944 A 1) besteht jedoch für das Vermächtnis keine Ausschlagungsfrist. Das — noch nicht angenommene — Vermächtnis kann mithin jederzeit, auch von den Erben des Bedachten (Abs 3) noch ausgeschlagen werden. Nur in dem besonderen Falle des § 2307 Abs 2 darf der mit einem Vermächtnisse beschwerte Erbe dem be-

dachten Pflichtteilsberechtigten zur Erklärung Frist seben. 2. Weber die Annahme, noch (abweichend von der Erbschaft § 1945) die Ausschlagungsertlärung ift an eine Form gebunden. Beibe tonnen somit auch ftillschweigend abgegeben werden. Go insbesondere die Unnahme durch Unnahme ber Bermachinisleistung, die Aus. schlagung durch beren Verweigerung oder badurch, daß ber Bedachte eine anderweite Berfügung über ben Bermächtnisgegenstand geschen läßt. Beibe können wirksam nur gegen-über bem Beschwerten (§§ 130-182), nicht asso, wie für Ausschlagung ber Erbschaft vorgeschrieben (§ 1945 A 2), gegenüber bem Nachlaggericht abgegeben werben. Doch ift bie Ausschlagung wirksam, wenn sie dem Nachlaßgericht zugegangen und von diesem dem ver-nutlichen Willen des Erklärenden gemäß dem Beschwerten übermittelt ist (NG 113, 237; 19. 3. 06 IV 496/05). Die Erklärung gegenüber bem Rachlafpfleger ober bem Teftaments. vollstreder (auch gegenüber einem nach § 2223 jur Fürsorge für die Ausführung eines Unterober Nachvermächtnisses bestellten Testamentsvollstreder (RG DI3 1924, 475) ift wirksam, sofern der Vermächtnisauspruch gegen diese Personen geltend gemacht werden kann (§§ 1960 A 4, 1961 A 2; § 2213).

3. Die vor Eintritt des Erbfalls (§ 1922) abgegebene Unnahme. oder Ausschlagungs. erklärung binbet ben Bebachten nicht. Nur ber Bergicht burch Vertrag mit bem Erblaffer ift fogleich wirkfam, § 2352. Wohl aber konnen die Erklärungen schon vor Anfall bes Bermächtnisse erfolgen, wenn der Anfall über den Zeitpunkt des Erbfalls hinausgeschoben ift (§ 2176 U 1), insbesondere also schon vor Eintritt ber Bedingung ober bes Unfangstermins (§ 2177). Das Berbot der Bedingung und Zeitbestimmung entspricht dem § 1947.

4. Gemäß § 1950 können Annahme und Ausschlagung nicht wirksam auf einen Teil des Bermächtniffes beschränft werden. Bohl aber tann grundfäglich ber mit mehreren Bermächtnissen Bedachte bas eine annehmen und bas andere ausschlagen. Rach § 1952 Ubf 1 ift bas Annahme- und Ausschlagungsrecht vererblich, nach Abs 3 kann von mehreren Erben bes Bedachten ieder den seinem Erbteil entsprechenden Teil des Vermächtnisses ausschlagen. Nach § 1953 Abs 1, 2 wird die Wirkung der Ausschlagung auf den Zeitpunkt des Vermächtnisanfalls zurudbezogen. Das Vermächtnis gilt in diesem Falle, soweit nicht Anwachsung eintritt (§§ 2158, 2159), als fogleich dem Erfabbedachten (§ 2190) angefallen. Bon der einmal erflärten Unnahme ober Ausschlagung wird zugleich auch bas erst fünftig anwachsende Bermachtnis mitergriffen. Der Erfatbedachte braucht nicht, wie ber Erfaterbe, im Falle bes § 1953 Abs 2 schon zur Zeit des Erbfalls gelebt zu haben (§ 2160 A 1). Er muß aber auch nicht notwendig den Vermächtnisaufall selbst erlebt haben, wenn dessen Zeitpunkt nach §§ 2176-2178 hinausgeschoben war. Fällt vielniehr ber gunachft Bedachte meg, nachdem er bereits eine Unwartschaft auf das Bermächtnis erworben hatte (§ 2177 U 1), so ruct ber Erfatbebachte in biefes Unwartichafterecht ein und vererbt es an feine Erben, wenn er felbft bor dem eigentlichen Vermächtnisanfall verftirbt. Das Untervermächtnis wird durch Ausschlagung bes beschwerten Hauptvermächtnisses nicht berührt (§ 2161). — 3m übrigen unterliegen Unnahme und Ausschlagung ben allgemeinen Borschriften über Willensertlarungen §§ 116ff., fo insbesondere über Bertretung und Bollmacht §§ 164ff., Einwilligung und Genehmigung §§ 182 ff. Die Frau bebarf nicht ber Zustimmung des Mannes (§§ 1406 Nr 1, 1453, 1519, 1549). Das Erfordernis vormundsschaftsgerichtlicher Genehmigung für Gewalthaber und Vormund ist in §§ 1643 Abs 2, 1822 Nr 2 geregelt. Die Ansechtung unterliegt, außer in dem Sondersalle des Pflichtteilsberechtigten (§ 2308), nicht den für die Erbschaft gegebenen (§§ 1954—1957), sondern den allgemeinen Vorschriften der §§ 142 ff. Die Ansechtung ist nicht Schenkung (§ 517). Im Konkurs ist nur der Gemeinschuldner zur Annahme oder Ausschlagung des vor Eröffnung des Versahrens angefallenen Vermächtnisses befugt, KO § 9.

§ 2181

Ist die Zeit der Erfüllung eines Vermächtnisses dem freien Belieben des Beschwerten überlassen, so wird die Leistung im Zweisel mit dem Tode des Beschwerten fällig1).

E I 1766 II 2051; M 5 81; B 5 21.

Entsprechend anwendbar auf die Auflage § 2192.

§ 2182

Ist eine nur der Gattung nach bestimmte Sache vermacht, so hat der Beschwerte die gleichen Verpslichtungen wie ein Verkäuser nach den Vorschriften des § 433 Abs 1, der §§ 434 bis 437, des § 440 Abs 2 bis 4 und der §§ 441 bis 4441).

Dasselbe gilt im Zweifel, wenn ein bestimmter nicht zur Erbschaft ge-

ergebenden Beschränkung der Saftung2).

Ist ein Grundstüd Gegenstand des Bermächtnisses, so haftet der Beschwerte im Zweifel nicht für die Freiheit des Grundstüds von Grundbienstbarkeiten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten und Reallasten³).

G I 1879 II 2052; M 5 196-198; B 5 226-230.

1. Gewährleistung beim Gattungsvermächtnis (§ 2155). Sie bestimmt sich beim Tehlen anderer Bestimmungen des Erblassers nach ben erganzend anzuwendenden Borschriften für Rechtsmängel (Sachmängel vgl. § 2183) wie folgt. § 483 Abs 1: Der Beschwerte hat bem Bedachten die Sache zu übergeben und ihm baran bas Eigentum zu verschaffen, und zwar nach § 434 frei von Rechten Dritter, nach § 435 unter kostenfreier Löschung nicht bestehender, im Grundbuch ober Schiffsregister eingetragener Rechte, jedoch gemäß § 486 ohne haftung für Freiheit des Grundstücks von öffentlichen Abgaben und anderen nicht eintragungsfähigen öffentlichen Lasten; § 437 Abs 2 (Abs 1 kommt nur für das Verschaffungs-vermächtnis A 2 in Frage): beim Vermächtnis von Wertpapieren haftet der Veschwerte dafür, daß sie nicht zum Zwecke der Kraftloserklärung aufgeboten sind. § 440 Abs 2-4 macht den Beschwerten, wenn er die vermachte bewegliche Sache dem Bedachten übergeben hat, unter gewissen Voraussehungen wegen Entwährung schadensersappflichtig, § 441 ebenso, wenn Belihrechte vermacht sind. § 442 ertlärt ben Bedachten für Mängel im Rechte beweispflichtig, § 443 spricht im Falle der Arglist des Beschwerten einer auf Erlaß oder Beschränkung der Gewährleistungspflicht gerichteten Bereinbarung die Wirksamkeit ab, § 444 endlich begründet eine Berpflichtung des Beschwerten zur Auskunstserteilung und zur Herausgabe bon Beweisurfunden.

2. Beim Berschaffungsvermächtnis (§ 2170) gelten "im Zweifel", somit nur als Auslegungsregel dieselben Grundsähe, gleichviel ob es sich um das Vermächtnis einer körperlichen Sache ober eines Nechtes handelt (§ 90). Im letteren Falle hat der Beschwerte, wenn das vermachte Necht zum Besit der Sache berechtigt, dem Bedachten auch die Sache zu übergeben (§ 433 Uhs 1). Im übrigen haftet er nur für den rechtlichen Bestand des Nechtes (§ 437 Ubs 1), hat deshalb auch etwaige Mängel des verschaften Nechtes zu beseitigen. Zede Haftung entfällt, wenn der Beschwerte gemäß § 2170 Ubs 2 den Wert entrichtet hat.

3. Beim Vermächtnis eines zu verschaffenden Grundstlick wird die aus § 484 sich ergebende Verpflichtung des Beschwerten, das Grundstück frei von Rechten Dritter zu verschaffen, außer durch § 436 noch dahin eingeschänkt, daß der Beschwerten nicht sür die Freiheit von Grunddienstdarkeiten (§§ 1018 sf.), beschränkten persönlichen dienstdarkeiten (§§ 1090 sf.) und Reallasten (§§ 1105 sf.) einzultehen hat. Wohl aber ist er abweichend von § 2165 U 1 beim Verschaftungsvermächtnis im Zweisel zur Beseitigung der darauf ruhendem Grundschulden und Hypotheken usw. verpslichtet. — Aus dem Gesagten ergibt sich für die Haftung des Veschwerten im übrigen, daß er für Sachmängel, außer deim Gatungsvermächtnis in den Grenzen des § 2183, überhaupt nicht, und daß er, wenn eine zur Erbschaft gehörende Einzelsache vermacht ist, auch nicht für Mängel im Rechte einzustehen hat (§ 2165 U 1). Beim Wahlvermächtnis (§ 2154) bestimmt sich der Umfang der Haftung nach der Natur des gewählten Gegenstandes. — Soweit der gutgläubige Vermächtnisnehmer durch § 932 geschützt ist, hat er gegen den Veschwerten keinen Gewählteistungsanspruch, auch nicht insoweit er nach § 816 Ubs 1 Sat 2 zur Ferausgabe der Vereicherung genötigt worden ist.

§ 2183

Ist eine nur der Gattung nach bestimmte Sache vermacht, so kann der Bermächtnisnehmer, wenn die geleistete Sache mangelhaft ist, verlangen, daß ihm an Stelle der mangelhasten Sache eine mangelsreie geliesert wird. Hat der Beschler arglistig verschwiegen, so kann der Bermächtnisnehmer statt der Lieserung einer mangelsreien Sache Schadensersatz wegen Richtersüllung verlangen. Auf diese Ansprüche sinden die sür die Gewährleistung wegen Mängel einer verkauften Sache geltenden Borschriften entsprechende Anwendung²).

G I 1879 II 2053; M 5 196-198; B 5 226-280.

- 1. Eine Gewährleistung für Sachmängel (Nechtsmängel § 2182) finbet nur beim Gattungsvermächtnis (§ 2155) statt. Der Bebachte ist aber von den brei im Falle des Gattungskaufs ihm zur Verfügung gestellten Ansprüchen des § 480 Abs 1 nur auf den britten: Lieferung einer mangelfreien Sache und entsprechend § 480 Abs 2 auf Schabensersat wegen arglistiger Verschweigung eines Fehlers beschränkt. Die Ansprüche auf Minderung und Wandlung kommen der Natur der Sache nach hier nicht in Frage.
- 2. Die entiprechende Anwendung der Kausborschriften §§ 459ff. ergibt insbesondere, baß Kenntnis des Mangels auf seiten des Bedachten grundsählich die Haftung ausschließt (§§ 460, 464) und daß die Ausprüche bei beweglichen Sachen in 6 Monaten verjähren (§ 477). Biehmängel §§ 481ff.

§ 2184

Fit ein bestimmter zur Erbschaft gehörender Gegenstand vermacht¹), so hat der Beschwerte dem Bermächtnisnehmer auch die seit dem Anfalle des Bermächtnisses gezogenen Früchte²) sowie das sonst auf Grund des vermachten Rechtes Erlangte herauszugeben³). Für Nutungen, die nicht zu den Früchten gehören, hat der Beschwerte nicht Ersatz zu leisten⁴)⁵).

& I 1878 II 2054 Abj 1; M 5 194-196; B 5 221-225, 230-232.

- 1. Herausgabe der Früchte kommt nur in Frage, wenn ein bektimmter zur Erbschaft gehörender Gegenstand, Sache oder Necht (§ 90), vermacht ist. Also nicht beim Gattungsbermächtnis (§ 2155), wo es sich nur um Verzugsfolgen nach §§ 286 st. handeln kann (§ 2174 A 1). Beim Wahlvermächtnis (§ 2154) ist vorgängige Bestimmung des Gegenstandes durch Vollziehung der Wahl vorausgesett. Die Vorschriften des § 2184 sind übrigens nur ergänzender Natur.
- 2. Herauszugeben sind die natürlichen ober bürgerlichen Früchte (§ 99), die der Beschwerte seit Anfall des Bermächtnisses (§§ 2176—2178) wirklich aus dem Gegenstande des Bermächtnisses gezogen hat, gleichviel ob auch der Bedachte bei sofortiger Erfüllung die

Früchte gezogen haben würbe. Ist ein Wohnungsrecht Gegenstand bes Vermächtnisses, so kommt Fruchtbezug aus biesem Nechte nicht in Frage (DLG 6, 313).

- 3. Auf Erund des vermachten Rechtes können erlangt sein die Schathälfte (§ 984), die Anlandung (EG Art 65), durch Verbindung der vermachten Sache hinzugefügte Bestandteile (§§ 946, 947 Abs 2), während der insolge Untergangs des Vermächtnisgegenstandes erlangte Ersah oder Ersahauspruch schon durch § 281 von der Herausgabepflicht betroffen wird.
- 4. Dagegen verbleiben dem Beschwerten die Autungen, soweit sie bloß in den Vorteilen bestehen, welche der Gebrauch der Sache oder des Nechtes gewährt (§ 100, z. B. Gartengenuß, Wohnen in dem vermachten Hause), auf so lange, als er mit Erfüllung des Vermächtnisanspruchs nicht in Verzug gerät.
- 5. Nach allgemeinen Grundfäßen haftet der Beschwerte für die Früchte nur unter Abzug der Gewinnungskosten (§ 102), gegebenensalls nach den Teilungsgrundsähen des § 101 und soweit die Früchte in Natur nicht mehr vorhanden sind, auf Bereicherung. Anderseits steigert sich seine Herausgabepslicht durch Eintritt des Berzugs nach §§ 286 ff. und von der Rechtshängigsteit ab nach den § 292 in Bezug genommenen Grundsähen. Nach § 990 ist die Kenntnis des Beschwerten von seiner Erfüllungspslicht der Rechtshängigsteit gleichgestellt. Insbesondere sind von da ab auch die Nuhungen herauszugeben und ist für versäumte Nuhungen Ersat zu leisten (§ 987).

§ 2185

Ist eine bestimmte zur Erbschaft gehörende Sache vermacht¹), so kann der Beschwerte für die nach dem Erbsall auf die Sache gemachten Berwendungen sowie für Auswendungen, die er nach dem Erbsalle zur Bestreitung von Lasten der Sache gemacht hat, Ersatz nach den Borschriften verlangen, die für das Berhältnis zwischen dem Besitzer und dem Eigenstimer gelten²).

G I 1880 II 2055; M 5 199-204; B 5 238-286.

- 1. Wie in § 2184 ist vorausgeseht, daß es sich um einen bestimmten zur Erbschaft gebierenden Gegenstand handelt. Sier kommt aber nur eine Sache (§ 90), nicht ein Recht in Betracht. Beim Bahl-, Gattungs- und Verschaffungsvermächtnis (§§ 2154, 2155, 2170) kann es sich nur fragen, ob nach allgemeinen Grundsätzen ein Vereicherungsanspruch des Beschwerten gegeben ist.
- 2. Der Erfaganspruch bes Beschwerten wegen Berwendungen und Aufwendungen regelt sich nach Borschrift der §§ 994—1003. Er besteht grundsählich schon wegen der vom Erbfall (§ 2176), nicht erst von dem eiwa hinausgeschobenen Bermächtnisanfall ab (§§ 2177, 2178) gemachten Berwenbungen. Hierzu gehören nach Befinden auch die in Unsehung bes Bermächtnisgegenstandes entstandenen Rechtsstreitskosten. hinsichtlich ber Laften ber Sache ist nicht unterschieden zwischen öffentlichen und privatrechtlichen, gewöhnlichen und außerordentlichen Lasten (so §§ 108, 1047, 2126). Doch ist insoweit gemäß §§ 994 Abs 1 Sat 2, 995 Sat 2 der Ersatanspruch eingeschränkt für die Zeit, für welche dem Beschwerten die Nuhungen der Sache verdseiben. Dies trifft nach § 2184 regelmäßig zu für die Zeit vom Erdal bis zum Bermächtnisansall. Da aber nach § 2184 A 4 dem Beschwerten die Ruhungen, soweit sie in Gedrauchsvorteisen bestehen, noch darüber hinaus zukommen können, so hat er auch für diejenigen Verwendungen keinen Ersahanspruch, welche er zu eben diesen Gebrauchszwecken gemacht hat (Fütterung des von ihm benubten Bug- oder Reitpferdes). In demselben Umfange ist nach § 256 auch der Binsanspruch des Beschwerten eingeschränkt. Anspruch auf Befreiung von Verbindlichkeiten § 257. — Im einzelnen genügt hervorzuheben: Der Beschwerte kann notwendige Verwendungen immer, jedoch soweit sie nach erlangter Kenntnis vom eingetretenen oder für einen bestimmten Zeitpunkt bevorstehenden Bermächtnisanfall gemacht sind (§ 990), nur nach den Vorschriften über auftragslofe Geschäftsführung ersetzt verlangen, §§ 994, 995. Insoweit der beschwerte Erbe gegen den Willen des Bedachten, aber in Ausübung seiner Berwaltungspflicht Auswendungen vornimmt, steht ihm nach § 1978 Abs 3 der Ersahanspruch nur gegen den Nachlaß, nicht gegen den Bedachten zu (§ 683; a. M. Strohal I § 33 A 271). Wegen anderer als notwendiger Aufwendungen besteht der Ersahanspruch nur, soweit sie vor Kenntnis des Vermächtnisanfalls gemacht find und der Wert der Sache hierdurch erhöht bleibt, § 996. Der Beschwerte fann auch die Ersahanspruche eines Rechtsvorgängers (Borerben, Borvermächtnisnehmers) geltend machen, § 999, die von ihm verbundene Sache abtrennen, § 997 und seinen Ersahanspruch sowohl flageweise als durch Ausübung des Zurlichehaltungsrechts verfolgen, §§ 1000—1008, 273. Der Bedachte kann sich vom Ersabanspruch durch Burudgabe befreien, § 1001.

§ 2186

Ist ein Vermächtnisnehmer mit einem Bermächtnis oder einer Auflage beschwert, so ist er zur Erfüllung erst dann verpflichtet, wenn er die Erfüllung des ihm zugewendeten Bermächtnisses zu verlangen berechtigt ist1) 2).

E I 1877 II 2056; M 5 192, 198; B 5 221.

1. Fälligkeit des Unterdermächtnisses (§ 2147 A 2). It das damit beschwerte Hauptvermächtnis selbst noch nicht angefallen (§§ 2176—2178), so kann von Geltendmachung des Untervermächtnisse regelmäßig nicht die Rede sein. Borausgesett ist vielmehr, daß beide Vermächtnisse angefallen sind, daß aber die Fälligkeit des Untervermächtnisse vor derzenigen des Hauptvermächtnisse eintritt, sei es infolge letztwilliger Anordnung (X soll zu ihm beliebender Zeit dem V 1000, V aber der Z dei ihrer Verheiratung 500 auszahlen, 2181), sei es weil sich die Erfüllung des Hauptvermächtnisse wegen Verzögerung der Erbschaftsannahme (§ 1958) oder durch Geltendmachung der aufschiedenden Sinreden hinauszieht (§§ 2014, 2015). In diesen Fällen wird auch die Fälligkeit des Untervermächtnisse entsprechend hinausgeschoden. — Fürsorge für Ausführung der auferlegten Beschwerungen durch einen Testamentsvollstreder § 2223.

2. Beweislaft. Der Untervermächtnisnehmer hat im Bestreitungsfalle die Fälligkeit beider Vermächtnisse nachzuweisen. Dagegen gehört nicht zur Alagebegründung, daß das Hauptvermächtnis von dem damit Bedachten angenommen oder gar, daß es schon erfüllt sei. Es genügt, daß er es "zu verlangen berechtigt ist". Behauptet der Beschwerte das Hauptvermächtnis ausgeschlagen zu haben (§ 2180), so ist er damit beweispslichtig. Schlägt er erst nach der Alageerhebung aus, so wird die Alage hinfällig, der Untervermächtnisnehmer trägt die Kosten und wird nur ausnahmsweise aus § 826 Schadloshaltung fordern dürfen.

§ 2187

Ein Bermächtnisnehmer, der mit einem Vermächtnis oder einer Auflage beschwert ist, kann die Erfüllung auch nach der Annahme des ihm zuge-wendeten Vermächtnisses insoweit berweigern, als dasjenige, was er aus dem Vermächtnis erhält, zur Erfüllung nicht ausreicht.).

Tritt nach § 2161 ein anderer an die Stelle des beschwerten Bermächtnisnehmers, so hastet er nicht weiter, als der Bermächtnisnehmer hasten

wiirde2).

Die für die Haftung des Erben geltenden Borschriften des § 1992 finden entsprechende Amwendung3).

@ 1 1876 Ubf 2, 1881 II 2057; M 5 190, 191, 206, 207; B 5 221, 227, 884, 885.

1. Entsprechend der beschränkten Haftung des Erben (ähnlich auch bei der Schenkung § 526) reicht die Haftung des mit einem Unterdermächtnis beschwerten Hauptvermächtnisnehmers nicht weiter als auf dassenige, was er selbst aus dem Hauptvermächtnis erhält. Ob
er das lehtere schon angenommen hat oder nicht, ist gleichgültig. Sind dem X 100 vermacht
und ist er zugunsten des Z mit 1000 beschwert, so hat Z nur auf 100 Auspruch. Der Beschwerte kann deshalb einwenden und hat gegebenenfalls zu beweisen, daß das Hauptvermächtnis von vornherein oder z. B. weil er es nur zum Teil habe beitreiben können, zur
Erfüllung des Untervermächtnisses nicht ausreiche. Er bleibt jedoch durch das nach § 2174
begründete Schuldverhältnis dem Untervermächtnisnehmer zur Sorgfalt in Geltendmachung
seines eigenen Bermächtnisses verpsichtet und kann ihm aus Verschulden mit dem eigenen
Vermögen haftbar werden. Neinesfalls ist er genötigt, den Zweitbedachten vorschußweise
zu bestiedigen. — Weiteres Küzungsrecht § 2188.

2. Auch wenn der durch Wegfall des Hauptvermächtnisse frei werdende Erbe oder wenn ein Anwachsungsberechtigter oder der vielleicht auch ohnedies bedachte Ersahvermächtnissnehmer (§§ 2159, 2161) zur Erfüllung des Untervermächtnisse aus den ihm sonst gewordenen Zuwendungen an sich imstande wäre oder wenn der Erbe unbeschränkt haftete, bleibt auch

seine, bes andern haftung in gleichem Umfange beschränkt wie nach Abf 1.

3. Es gelten die Grundfätze der Unzulänglichteitseinrede, wobei der Wert des Hauptvermächtnisse dem Nachlaß im Sinne von §§ 1990—1992 entspricht. Hiernach hat der Beschwerte, wenn er die Unzulänglichkeit nicht schon im Prozesse nachweist, nach &PD § 786 den Vorbehalt der Veschwarten Haftung im Urteile zu erwirken und demnächst in der Zwangsvollstredung seine Einwendungen gestend zu machen. Er hat das aus dem Hauptvermächtnis Erlangte dem Zweitbedachten zum Zwecke der Beschwangsvollstredung

herauszugeben und kann sich durch Abtretung des eigenen Vermächtnisauspruchs (§ 1990 Abs 1), aber auch durch Auszahlung des Bertes des Hauptvermächtnisses (§ 1992 Sap 2) von jedem Anspruch des Zweitbedachten befreien. Nach §§ 1991, 1978, 1979 ist er ihm für Vereitelung seiner Befriedigung verantwortlich, anderseits zu Ersapansprüchen noch über § 2185 hinaus derechtigt. Die Birkung der Konfusion tritt nicht ein (§ 1991 Abs 2), die rechtstästige Verurteilung des Veschwerten zur Leistung eines Untervermächtnisse wirkt anderen Zweitbedachten gegenüber wie Befriedigung (§ 1991 Abs 3). Wehrere Untervermächtnisse hat er in der Reihenfolge des § 1991 Abs 4 (vgl. aber auch § 2189) zu erfüllen.

§ 2188

Bird die einem Bermächtnisnehmer gebührende Leistung auf Grund der Beschränkung der Haftung des Erben, wegen eines Pflichtteilsanspruchs oder in Gemäßheit des § 2187 gekürzt, so kann der Bermächtnisnehmer, sofern nicht ein anderer Wille des Erblassers anzunehmen ist, die ihm auf-erlegten Beschwerungen berhältnismäßig kürzen.).

Œ I 1882 II 2058; № 5 207; № 5 237.

1. Berhältnismäßige Kirzung der Beschwerungen. Zu einer Kürzung des beschwerten Hauptvermächtnisse kann es kommen a) auf Grund der Haftungsbeschränkung des Erden, soweit das Vermächtnis im Nachlaßkonkurs (KD § 226) oder infolge Geltendmachung der Unzulänglichkeitseinrede (§§ 1990—1992) ausfällt; b) wegen eines Pflichtteilsanspruchs §§ 2318, 2322—2324; c) gemäß § 2187, wenn der Beschwerte selbst schon als Untervermächtnisnehmer eine Kürzung ersahren hatte und nun einem Drittbedachten gegenübersteht. In diesen Fällen ist er nach der zu vermutenden, aber durch den Bedachten widerlegdaren Absicht des Erblassers auch dann berechtigt, die erlittene Einbuse verhältnismäßig auf den Bedachten zu übertragen, wenn das Vermächtnis trot der Kürzung an sich zur vollen Befriedigung des Bedachten ausreichen würde. Sind ihm von 1000 Kauptvermächtnis 250 = ½ gefürzt, so kann er von 200 Untervermächtnis gleichsalls ¼ = 50 abziehen. Ist die Kürzung wegen Unteilbarkeit der Zuwendung ausgeschlossen und versteht sich der Rächstedachte nicht zur Absindung, so braucht der Beschwerte nur den entsprechend gefürzten Wert der Zuwendung zu leisten

§ 2189

Der Erblasser kann für den Fall, daß die dem Erben oder einem Bermächtnisnehmer auferlegten Vermächtnisse und Auflagen auf Grund der Beschränkung der Haftung des Erben, wegen eines Pflichtteilsanspruchs oder in Gemäßheit der §§ 2187, 2188 getürzt werden, durch Versügung von Todes wegen anordnen, daß ein Vermächtnis oder eine Auflage den Vorrang vor den übrigen Beschwerungen haben soll.).

& I 2117 Ab 2 Nr 4 II 2059; M 5 638; B 5 770; 6 819.

1. Hat X von den ihm zugewendeten 1200 an A, B und C je 100, 400 und 1000 zu entrichten und ist angeordnet, daß C den Borrang haben soll, so empfängt C volle 1000, in den Rest von 200 teilen sich A und B nach dem Verhältnis von 1:4, es empfangen somit A 40, B 160. Eine derartige Ranganordnung bleibt auch im Rachlaßtonkurse wirksam, das dem Pflichtteil gleichkommende Vermächtnis rangiert jedoch vor den übrigen Beschwerungen (KD § 226 Abs 3).

\$ 2190

Hat der Erblasser für den Fall, daß der zunächst Bedachte das Bermächtnis nicht erwirdt, den Gegenstand des Bermächtnisses einem anderen zugewendet, so sinden die für die Einsetzung eines Ersatzerben geltenden Borschriften der §§ 2097 bis 2099 entsprechende Anwendung¹).

E I 1871 Abi 2 Sat 2, 1883 II 2060; M 5 186, 207, 208; B 5 216, 287.

1. Ersatvermächtnis entsprechend der Bernfung eines Ersaterben § 2096. Die entsprechend anwendbaren Vorschriften ergeben nach § 2097: es macht keinen Unterschied, ob der Ersatbedachte für den Fall berufen ist, daß der Erstbedachte das Vermächtnis nicht annehmen kann oder nicht annehmen will. § 2098: Die Gleichartigkeit mit der Erbeinsehung ist nur dann gegeben, wenn die mehreren Bedachten zu Bruchteisen auf denselben Vermächt-

Auflage 259

nisgegenstand berufen sind. Sind sie sich in diesem Falle zugleich gegenseitig ober sind für einen die übrigen nacheinaesett, so rücken sie nach Verhältnis des einem jeden zugewendeten Vermächtnisses ein. Sind mehrere mit selbständigen Vermächtnissen Bedachte sich gegenseitig nacheingesett, so rücken sie nach Kopfteilen ein. § 2098 Ubs 2 ergibt den Vorrang der zu einer Untergruppe vereinigten vor den übrigen Ersahdedachten, § 2099 den Vorrang der Ersahderusung vor dem Anwachsungsrecht (§ 2158). Der Nachvermächtnissehmer gilt zugleich als Ersahdedachter, §§ 2191 Ubs 2, 2102. Die Ubsömmlinge eines bedachten eigenen Absömmlings gelten immer zugleich als Ersahdedachte, § 2069. Darüber, ob der Ersahdedachte den Erbsall oder den Vermächtnissensall erlebt haben müsse, vol. § 2180 U 4.

§ 2191

Sat der Erblasser den vermachten Gegenstand von einem nach dem Anfalle des Bermächtnisses eintretenden bestimmten Zeitpunkt oder Ereignis an einem Dritten zugewendet, so gilt der erste Bermächtnisnehmer als beschwert¹).

Auf das Bermächtnis finden die für die Einsetzung eines Racherben geltenden Borschriften des § 2102, des § 2106 Abs 1, des § 2107 und des § 2110 Abs 1 entsprechende Anwendung²).

Œ I 1884, 1885 II 2061; M 5 208—211; B 5 237.

- 1. Nachvermächtnis. Der Nachvermächtnisnehmer erwirbt ben Anspruch auf ben Bermächtnisgegenstand (Einzelsache ober vertretbare Sache, Geld), nachdem zuvor ein anderer, ber Borvermächtnisnehmer, benselben Gegenstand gehabt hat (§ 2100). Beschwerter und somit Schuldner des durch § 2174 begründeten Anspruchs ist der erste Bermächtnisnehmer. Gegen diesen und nicht gegen den Erben ist daher auch eine Alage auf Feststellung des Nachvermächtnisses zu richten (NG Warn 1916 Ar 54). Schlägt der Berusene das Nachvermächtnis aus, so verbleibt es dem ersten Bermächtnisnehmer, es sei denn, daß ein Anwachstungsberechtigter (§ 2158) oder Ersahbedachter (§ 2190) vorhanden ist (NG a. a. D.).
- 2. § 2102: Das Nachvermächtnis gilt im Zweisel zugleich, eine ihrer Art nach zweiselhafte Berusung nur als Ersahvermächtnis. § 2106 Abs 1: In Ermanglung anderer Bestimmungen fällt das Nachvermächtnis den späteren Bedachten mit dem Tode des Borvermächtnisuchmers an. § 2107: If ein Abstimmling, der zur Zeit der Vermächtnisanvordnung keinen Abtömmling hatte oder von dem der Erblasser zu dieser Zeit nucht wußte, daß er einen Abstömmling habe, für die Zeit nach seinem Tode mit einem Nachvermächtniselselstet, so ist anzunehmen, daß das Nachvermächtnis nur für den Fall angeordnet ist, daß der zunächst Bedachte ohne Nachsommenschaft stirbt. § 2110 Abs 1: Das Nachvermächtniserstreckt sich im Zweisel auf das dem Bordermächtnisnehmer infolge Wegsalls eines Witbedachten angesallene Bermächtnis. Bon den auf das Nachvermächtnis nicht übertragenen Borschriften ist hervorzuheben: Das Nachvermächtnis bewirft keinen Übergang des Bermächtnisgegenstandes kraft Gesetzes (§ 2139), sondern erzeugt nur den schuldrechtlichen Unspruch des § 2174. Der Vorvermächtnisnehmer ist nicht wie der Vorerde (§§ 2112ss.) in der Berstügung über den Bermächtnisgegenstand dinglich beschränkt, ist aber dem Nachbedachten schon vorher schuldrechtlich verhastet und kann deshald nach Maßgade der prozeseund konkursrechtlichen Borschießlichun verhastet und kann deshald nach Maßgade der prozeseund konkursrechtlichen Borschießlichung verhsichtet (MG Warn 1910 Rr 157). Die Surrogationsgrundsüge (§ 2111) kommen nur beschänkt zur Anwendung (§§ 2164 A 2, 2169 A 3). Das Nachvermächtnis kann nacheinander besiedig vielen Bedachten anfallen, unterliegt aber der Zeitlichen Beschränktung der § 2162, 2163.

Fünfter Titel

Auflage

Die Begriffsbestimmung der Aussage ist in § 1940 gegeben. Vorausgesetzt ist ein Beschwerter wie beim Vermächtnis, dagegen ist kein Bedachter vorhanden, da demjenigen, welchem die Erfüllung der Aussage zustatten kommt, dem Begünstigten, keinerlei Rechte zustehen. Soweit der Erbe beschwert ist, gehören die Verbindlichkeiten aus Aussagen zu den Nachlagsverbindlichkeiten, § 1967. Gerichtsstand BBO § 27.

17*

\$ 2192

Auf eine Auflage finden die für lettwillige Zuwendungen geltenden Borschriften der §§ 2065, 2147, 2148, 2154 bis 2156, 2161, 2171, 2181 entstrechende Anwendung¹⁾²).

& I 1886 II 2062; M 5 211, 212; B 5 240—243, 805, 808.

1. Die hier angezogenen Bestimmungen über das **Bermächtnis** sind bereits bei den einzelnen Paragraphen als auf die Auslage **entsprechend anwendbar** kenntlich gemacht. Sie betreffen: § 2065 die Unwirksamkeit einer Auslage, dei der die Entscheidung über die Giltigkeit, den Gegenstand oder die Person des Begünstigten einem andern überlassen ist (s. jedoch §§ 2156, 2193), §§ 2147, 2148 die Person und den Berhältnisanteil des Beschwerten, §§ 2156 die Bestimmung des Gegenstandes der Auslage nach Wahl des Beschwerten oder eines Dritten, der Gattung nach, nach dilligem Ermessen, § 2161 fortdauernde Wirssamkeit der Auslage dei Beschwerten vohre eines Dritten, der Gattung nach, nach dilligem Ermessen, § 2161 fortdauernde Wirssamkeit der Auslage bei Wegsall des Beschwerten, § 2171 Unwirssamkeit der auf eine unmögliche oder verbotene Leistung gerichteten Auslage, § 2181 Fälligseit der Auslage spätestens deim Tode des Beschwerten. Sowohl vom Vermächtnis als von der Auslage handeln § 2159 (Fall der Anwachsung) und §§ 2186—2189 (Hinausschiedung der Fälligseit der Auslage, beschwerten, Kangverhältnis mehrerer Auslagen, Richt anwend dar sind die auf den Bedachten bezüglichen Bestimmungen, da ein mit Forderungsrecht ausgestatteter Begünstigter dei der Auslage nicht denkbar ist (s. jedoch § 2193). Auch § 2307 ist auf Auslagen nicht entsprechend anwenddar (NG 5. 12. 27 IV 299/27). Zeitlich ist der Wirssamkeit der Auslage, wie die Richtübernahme der §§ 2162, 2163 ergibt, keine Grenze gezogen.

2. Gelbentwertung. Besteht die Leistung, zu der der Erblasser den Erben oder Bermächtnisnehmer durch die Auflage verpslichtet hat, in einer in Mark feltgesetzen Zahlung, so gilt für die Frage, ob und in welchem Maße eine Auswertung stattzusinden hat, das für die Auswertung von Geldvermächtnissen Kallen Maße eine Auswertung stattzusinden hat, das für die Auswertung von Geldvermächtnissen Frage eine Auswerflichte stann, wenn Gegenstand der Auflage ein Beräußerungsverbot (§ 1940 A 4) st und dieses Terbot durch die vom Erblasser nicht vorhergesehne Wirtschaftskaastrophe den ihm vom Erblasser dinn verloren hat, ergänzende Testamentsanssegung unter Umständen zur Beseitigung oder Einschränkung der Auslage führen (vgl. § 2134 A 3). Hat die Geldentwertung das dem Beschwerten vernachte oder auf ihn vererbte Kapital in dem Maße betrossen, daß ihn die Vollziehung der ihm auferlegten Sachleistung ärner nachen würde, als er ohne die letztwillige Zuwendung gewesen wäre, so haftet er nach § 2187 und dem in § 526 zu findenden allgemeinen Rechisgedanken (MG 112, 213) nicht über den Wert des Empfangenen hinaus. Im Wege ergänzender Testamentsanssegung (§ 2184 A 2) kann niöglicherweise das nachträgstich entstandene Misverhältnis zwischen der entwerteten Zuwendung und der wertbeständigen Aussanden und in weitergehendem Maße ausgeglichen

werden.

§ 2193

Der Erblasser kann bei der Anordnung einer Auflage, deren Zwed er bestimmt hat, die Bestimmung der Person, an welche die Leistung ersolgen soll, dem Beschwerten oder einem Dritten überlassen.).

Steht die Bestimmung dem Beschwerten zu, so kann ihm, wenn er zur Bollziehung der Auflage rechtskräftig verurteilt ist, von dem Kläger eine angemessene Frist zur Bollzichung bestimmt werden; nach dem Ablaufe der Frist ist der Kläger berechtigt, die Bestimmung zu tressen, wenn nicht

die Bollziehung rechtzeitig erfolgt2).

Steht die Bestimmung einem Dritten zu, so ersolgt sie durch Erklärung gegenüber dem Beschwerten. Kann der Dritte die Bestimmung nicht treffen, so geht das Bestimmungsrecht auf den Beschwerten über3). Die Borschrift des § 2151 Abs 3 Satz 2 sindet entsprechende Anwendung; zu den Beteiligten im Sinne dieser Borschrift gehören der Beschwerte und diesenigen, welche die Bollziehung der Auflage zu verlangen berechtigt sind4).

Œ II 2063; B 5 30-82.

1. Der Grundsatz bes § 2065 Abs 2 ift beim Bermächtnis schon hinsichtlich bes Gegenstandes der Leistung durchbrochen (§ 2156) und wird bei der Auflage noch weiter abgeschwächt, insofern auch die Person des Beglinstigten nicht vom Erblasser selbst bestimmt zu sein braucht. Nur die Zwedbestimmung der Auflage muß von diesem selbst ausgehen und zugleich genügend beutlich fein, um banach bem Beschwerten ober bem Dritten die Auswahl bes Leiftungsempfängers zu ermöglichen (10000 bem atabemischen Genat zu X zu Reiseftipendien für Xiche Künstler; vgl. auch RG 96, 15 - § 2151 A 1 -, ferner RG Recht 1920 Rr 1531, wonach die nach der Aussetzung von Bermächtniffen getroffene Anordnung, daß der Kest des Vermögens zu Wohltätigkeitszweiten nach dem Ermessen des Testaments-vollstreders Verwendung finden soll, dem § 2193 genügt). Die Bestimmungen der §§ 2151 Abs 1, 2, 2152, 2153 Abs 1 — nur insoweit könnten sie dei der Auslage in Frage kommen sind, weil durch § 2198 ersett, auch nichtlentsprechend anwendbar (a. M. Dernburg V § 87 A 2, Leonhard, II). Für die Bestimmung ist, wenn feststeht, daß die Voraussekungen des Abs 1 gegeben sind, freies, auch nicht burch Billigkeit beschränktes Ermessen maßgebend, eine Anfechtung beshalb wie im Falle bes § 2151 A 2 nur wegen Arglift ftatthaft.

2. Bestimmung durch den Beschwerten. Borausgesett ist, daß einer der nach § 2194 Berechtigten oder daß der Testamentsvollstreder (§§ 2208 Abs 2, 2228) die Bollziehung der Auflage betrieben hat und daß die Frist entweder im Urteile (BPD § 255) oder daß sie nachmals vom Kläger selbst bestimmt ist. Letterenfalls ist der Streit über Angemessenheit der Frist nach BPD § 766 vor dem Bollstreckungsgericht auszutragen. Die rechtzeitige Boll. Biehung ber Auflage muß vor Fristablauf erfolgt fein. Nachträgliche Bollziehung befreit den Beschwerten nicht, wenn er an eine andere als die nunmehr vom Mager bezeichnete

Berfon leiftet.

3. Bestimmung durch einen Dritten. Unwiberrufliche Erflärung gegenüber bem Beschwerten wie in § 2151 Abs 2, Abergang bes Bestimmungsrechts wie beim Wahlvermächtnis § 2154 Abi 2, entweder fogleich, wenn die Bestimmung durch ben Dritten unmöglich ift ober wenn er fie verzögert ober verweigert und die ihm vom Nachlaggericht gesette Frift ver-

4. Das Radlangericht kann nur bem Dritten, nicht auch bem Beschwerten (hierüber A 2) bie Frift nach § 80 FGG bestimmen. Beschwerberecht § 2151 A 4. Beteiligte find ber Be-Schwerte, ber Dritte sowie die nach §§ 2194, 2208 Abf 2, 2223 zu bem Berlangen auf Boll. ziehung ber Auflage Berechtigten, nicht aber biejenigen, welchen die Erfüllung ber Auflage zugunsten gereichen würde (bie Aschen Künstler).

§ 2194

Die Bollziehung einer Auflage tonnen der Erbe, der Miterbe und derjenige verlangen, welchem der Wegfall des mit der Auflage gunächft Befcmerten unmittelbar zustatten tommen würde1). Liegt die Bollziehung im öffentlichen Intereffe, fo tann auch die guftandige Behorde die Bollziehung verlangen2).

Œ 1 1888 II 2064; M 5 214-216; B 5 244-246.

1. Ein anderer, dem ein Recht auf die Leistung zustlinde, ist bei der Auflage nach § 1940 nicht vorhanden. Insbesondere hat berjenige, welchem die Erfüllung zugunsten gereichen würde, kein Magerecht, z. B. nicht der Z, wenn dem X 100 mit der Auflage vermacht sind, babon 50 bem Z gu ichenten, es fei benn, daß fich hinter ber gewählten Form eine Bermächtnisanordnung (von 50 zugunften bes Z) verbirgt. Das Geset verleiht deshalb ein Klagerecht auf Bollgiehung ber Auflage jedenfalls bem Er ben (gegen ben beschwerten Bermächtnis. nehmer), je bem Miterben (gegen ben beschwerten Miterben oder Bermächtnisnehmer), ferner bem Testamentsvollstreder (§§ 2208 Abs 2, 2228), endlich jedem, bem ber Begfall bes zunächst Beschwerten unmittelbar zugute fommen würde, ba er nach §§ 2161, 2192 in biesem Falle selbst zur Erfüllung ber Auflage gehalten sein würde.

In Frage kommen die § 2161 A 2 bezeichneten Personen. 2. In zweiter Linie ist bas Rlagerecht der zuständigen Behörde verliehen, wenn bie Bollziehung im öffentlichen Interesse liegt. Ein solches Interesse kann auf wirtschaft-lichem, religiösem oder ibeellem Gebiete (Kunst und Wissenschaft) liegen und steht im Gegenfat jum reinen Brivatintereffe. Welche Behörden zuständig sind, bestimmt sich nach Landes. recht. Ahnlich bei der Schenkung § 525 Abs 2. — Das Alagerecht enthält keine Magepslicht. Es wird von dem Berechtigten im eigenen Namen ausgeübt, er ist Partei im Prozesse, Gläubiger im Konkurse sowid des Nachlasses (ND § 226 Kr 5) als des Beschwerten, kann aber die Leistung nicht an sich selbst beanspruchen und an ihrer Stelle nicht Schadensersauben Nichterfüllung fordern. Das Necht ist vererblich, sowei es sich um Privatpersonen handelt (a. M. Kipp § 118 III), aber mangels eines Bermögenswerts nicht pfändbar. Von mehreren Berechtigten kommischer des Alleichung der anna Ausgeschlichten kommische eines Bermögenswerts nicht pfändbar. Von mehreren Berechtigten fann jeber die Boligiehung ber gangen Auflage felbständig forbern, aber er verlangt die Leistung nicht für sich; die mehreren sind beshalb nicht Gesamigläubiger im Ginne ber §§ 428ff.

\$ 2195

Die Unwirksamkeit einer Auflage hat die Unwirksamkeit der unter der Auflage gemachten Zuwendung nur zur Folge, wenn anzunehmen ift, daß der Erblasser die Zuwendung nicht ohne die Auflage gemacht haben würde1). Œ I 1887 II 2065; M 5 248, 245; 6 95.

1. Selbständigkeit von Auflage und Zuwendung. Die Vorschrift enthält einen besonderen Unwendungsfall bes in § 2085 aufgestellten Grundsates der Unabhängigkeit mehrerer in einem Testament aufgestellter lettwilliger Verfügungen (NG 28. 5. 06 IV 565/05). Die Wirksamkeit ber Anflage bleibt gang unberührt, wenn sie ohne jede Rudficht auf eine Buwendung angeordnet ift. An Stelle des wegfallenden rückt dann einsach ein anderer Beschwerter ein (§§ 2161, 2192). Aber auch wenn zwischen Zuwendung und Auslage ein Zusammenhang besteht, kommt mit der Unwirksamkeit der Auflage nicht notwendig auch die Buwendung zu Falle. Entscheidend ift die frei zu ermittelnde Billensmeinung bes Erblaffers. Sie wird in der Regel nur dann zur Unwirksamkeit der Zuwendung führen, wenn die Auflage als Zwed der Zuwendung erscheint, so daß der Beschwerte, ähnlich dem Verhältnis von Leistung und Gegenleistung, durch die Zuwendung in den Stand gesetzt oder doch dazu bewogen werden soll, die Auflage zu erfüllen. Der Beweis, daß eine derartige Abhängigseit der Zuwendung von Erfüllung der Auflage gewollt sei, ist von demjenigen zu führen, welcher bie Unwirksamkeit der Zuwendung behauptet. Umgefehrt fällt auch nicht notwendig die Auflage weg, wenn sich die Zuwendung (zu einem Teile) als unwirksam erweist (NG Gruch 52, 1087). Es macht keinen Unterschied, ob die Unwirksamkeit der Auflage schon von vornherein vorhanden war (z. B. Unmöglichkeit, Willensmängel der betressenden Anordnung) oder ob sie erst nachträglich einritt (Ausfall der Bedingung, Verweigerung der zur Vollziehung notwendigen Mitwirkung eines Dritten, wobei § 2076 nicht anwendbar). Die Auflage ist nicht schon dann unwirksam, wenn es sich bloß um eine durch die veränderten Umstände gebotene andere Art der Bollziehung handelt (RG 29. 4. 07 IV 506/06). Unmöglichkeit der Vollziehung f. auch § 2196.

§ 2196

Bird die Bollziehung einer Auflage infolge eines von dem Beschwerten ju bertretenden Umstandes unmöglich1), so tann derjenige, welchem der Begfall bes zunächst Beschwerten unmittelbar zustatten tommen würde, die Berausgabe ber Zuwendung nach den Borichriften über die Berausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung insoweit fordern, als die Zuwendung zur Vollziehung der Auflage hätte verwendet werden müffen2).

Das gleiche gilt, wenn ber Beschwerte zur Bollziehung einer Auflage, die nicht durch einen Dritten vollzogen werden kann, rechtskräftig berurteilt ift und die zulässigen Zwangsmittel erfolgloß gegen ihn angewendet worden find3).

Œ II 2066; B 5 246, 247; 6 95.

1. Unmöglichteit der Bollziehung ber Auflage tann nach § 2195 Unwirksamkeit auch der Zuwendung zur Folge haben. Bleibt die Zuwendung bei Kraften, so kommt die Unmöglichkeit der Vollziehung dem Beschwerten zustatten (§ 275). Er soll sich jedoch nicht badurch

bereichern dürfen, daß er die Erfüllung schuldvoll unterläßt (§§ 276ff.).

2. Bereicherungsanspruch. Gin Glaubiger, ber wegen Richterfüllung ber Auflage aus §§ 280ff. Schadensersat beauspruchen könnte, ist bei der Auflage nicht vorhanden, § 1940. Das Geset gibt statt bessen ben gegebenenfalls nachruckenden Beschwerten (§ 2161 A 2) nicht aber auch bem Testamentsvollstreder und nicht ben nach § 2194 A 2 Kageberechtigten Behörben — ben Bereicherungsanspruch insoweit, als der Beschwerte durch schuldvolle Nicht. erfüllung der Auflage einen ungerechtfertigten Geminn machen wurde. Der Betrag der Bereicherung wird regelmäßig dem Betrage bes ersparten Erfüllungsaufwandes gleich. kommen und bemist sich im fibrigen nach § 818. Mehrere Beschwerte haften, soweit jeder bereichert ist. Entsprechender Auspruch des Schenkers § 527.

3. Fruchtlose 3wangsvollstredung gegen ben Beschwerten steht der verschulbeten Unmöglichkeit der Erfüllung gleich, wenn es sich bei ber Auflage um unvertretbare Handlungen ober um Unterlassungen handelt. Rlageberechtigte § 2194. Die zulässigen Zwangs. mittel ergeben sich aus JPD §§ 888, 890. § 887 (vertretbare Handlungen) kommt nicht in Frage. Erfordert die Erfüllung der Auflage überhaupt keine Aufwendungen (jährlicher Besuch des Grabes), so ist nach Erschöpfung der Awangsmittel auch kein Bereicherungsanspruch

gegeben.

Sechster Titel

Testamentsvollstreder

Der Testamentsvollstreder des BGB ist im eigentlichen Sinne weber Vertreter des Erblasser noch des Nachlasses noch des Erben (NG 56, 330; 76, 125, wenn auch Bertreter des Nachlasses in dem weiteren Sinne des § 207, NG 100, 281, und gesehlicher Vertreter im Sinne gewisser Prozesvorschriften, § 2212 V 1), vielmetr Täger eines Umtes (§ 2202 Ubs 1), das seinen hauptsächlichen Inhalt zwar durch die Unordnungen des Erblassers empfängt (NG 75, 302), aber vom Gesehe mit selbständigen, auch gegen den Erben und Dritte wirfsamen Besugnissen (§§ 2208 Ubs 2, 2211, 2214), insbesondere mit einem weitgehenden Verwaltungs und Versügungsrecht ausgestattet ist. §§ 2203—2205 stellen als die drei Hauptausgaden des Testamentsvollstreders nebeneinander: die Ausführung der lettwilligen Versügungen, die Erdauseinandersehung unter mehreren Erben und die Verwaltung der lettwilligen Versügungen, die Erdauseinandersehung unter mehreren Erben und die Verwaltung der Verlasseinandersehung unter mehreren Erben und die Verwaltung der Verlasseinandersehung unter mehreren Erben und die Verwaltung der Verlassen des Verlassen von Lassen Verlassen von Erdassen von Lassen Verlassen von Erdassen von Erdassen von Lassen Verlassen von Erdassen von Lassen Verlassen von Lassen von La

§ 2197

Der Erblaffer tann durch Teftament einen oder mehrere Teftamentsvoll-

streder ernennen1).

Der Erblasser kann für den Fall, daß der ernannte Testamentsvollstreder vor oder nach der Annahme des Amtes wegfällt, einen anderen Testaments-vollstreder ernennen²).

G I 1889 II 2067; W 5 217-219; B 5248.

1. Die Ernennung des Testamentsvollstreders muß durch Testament erfolgen, das keine Erbeinsehung zu enthalten braucht (§ 1988), sich vielleicht soaar auf die Ernennung beschränkt. Anfechtung der Berkigung § 2081 Abs [1, selbschändige Wirssamker § 2085. Dem Testament keht einseitige Wersügung im Erdvertrage gleich (§ 2299), dagegen ist eine erdvertragsmäßige Ernennung unklatikast (§ 2278 Abs 2). Sine Bestellung des Testamentsvollstreckers durch Bertrag mit dem Erdsasser würde nur als Auftrag wirksamentsvollstreckers durch Bertrag mit dem Erdsasser wirden werden. Wohl aber kann sich der Testamentsvollstrecker durch Vertrag mit dem Erdsasser werden. Wohl aber kann sich der Testamentsvollstrecker durch Vertrag mit dem Erdsasser wur Unnahme des Amtes wirksamerpssichten (§ 2202 A 2). Die Testamentsvollstreckung draucht nicht mit seierlichen Worten angeordnet zu werden, wenn nur über den Willen des Erstassers sein Zweisel besteht. Dieser Wille kann in die Form einer Hosstamen oder eines Wunsches gekleidet sein; der Anordnung teht auch die Angabe des Beweggrundes einer Hilse des Erdsasserstehe sein; der Anordnung als Wilgere nicht entgegen (RG 92, 72). Über die Wöglichseit, die Anordnung einer gelehlich nicht zusässerschaft zu sich kannen von der eines Wunsche kannen werden, i. § 2084 A 1. Wer Verwaltungsbestagnisse mer Hestellung eines Testamentsvollstrecker unsplicherweise aber Vererbe (Bahdbus Banz) 1923, 20, voll. § 2100 V 2). dinschtlich der Person des Vollstreckers bestehen außer nach § 2201 keine Beschränkungen. Auch Frauen, Anskänder, juristische Vergenen Interesche Schap. Der Gerben des Vergenen des Vergenen voraussest, nicht zum alleinigen Testenen (WG 61, 139); der alleinige Tebe oder Vorerbe kann zwar, von dem Halle des § 2223 abgesehen, da der Zestamentsvollstrecker des Erden voraussest, nicht zum alleinigen Testamentsvollstrecker des Erden voraussest, in icht zum alleinigen Testamentsvollstrecker des Erden voraussest, in icht zum alleinigen Testamentsvollstrecker ner Erden voraussest, in icht zum alleinig

für einen bestimmten Erbteil oder ein Vermächtnis, oder nur einem bestimmten Erben gegenüber ersolgen, weiter unter der Bestimmung eines Ansangs- oder Endternins, unter einer auflösenden oder (Abs 2) einer ausschiedenden Bedingung, so in einem gemeinschaftlichen Testament durch den erstversterbenden Ehegatten für seinen Nachlaß unter der Bedingung, daß der überlebende Ehegatte für seinen eigenen Nachlaß einen Vollstrecker ernenne (NG LB 1921, 4577). Mehrere Testamentsvollstrecker § 2224, Ernennung durch andere als

den Erblasser §§ 2198—2200.

2. Die Ersauernennung gilt auch für den Fall, daß der Ernannte das Umt ablehnt. Es können mehrere Ersaunänner nacheinander bestellt sein. — Miteintragung der Unordnung der Testamentsvollstreckung bei der Eintragung des Erben im Erundbuch (GBD § 58) und im Schiffsregister (FGG § 118). Zeugnis über die Ernennung § 2868, Angabe im Erbschein § 2364, Nachweis vor dem Grundbuchamt GBD § 86 und zum Schiffsregister FGG § 107.
— Die Ernennung eines Testamentsvollstreckers zu dem Zwecke, daß dieser das Gesantgut der fortgesetzten Gütergemeinschaft in Besitz und Verwaltung nehme, ist unwirksam (§ 1518; NG L3 1916, 47611).

S 2198

Der Erblasser kann die Bestimmung der Person des Testamentsbollsstreders einem Dritten überlassen¹). Die Bestimmung ersolgt durch Erstlärung gegenüber dem Nachlasgerichte; die Erklärung ist in öffentlich besglaubigter Form abzugeben²).

Das Bestimmungsrecht des Dritten erlischt mit dem Ablauf einer ihm auf Antrag eines der Beteiligten von dem Rachlafgerichte bestimmten

Frist3).

E I 1890 II 2068; D 5 219; B 5 248-250; 6 95, 96.

1. Die Bestimmung des Testamentsvollstreders durch einen Dritten durchbricht wie beim Vermächtnis (§§ 2151ff.) den Grundsat des § 2065. Die Ermächtigung des Dritten kann wie in § 2197 Abs 1 nur durch Testament ausgesprochen werden. In der Auswahl des Dritten, der jedoch selbstverständlich geschäftssähig sein muß, ist der Erdlasser nicht beschräten, er kann die Bestimmung auch mehreren Dritten oder einer Körperschaft, sogar (NG 92, 68) dem Erben selbst überlassen. Der Dritte bestimmt den Testamentsvollstreder nach freiem Belieben, ist im allgemeinen nicht gehindert, sich auch selbst zu bestimmen und haftet außer im Falle der Arglist nicht für schulbhaste Auswahl. Bei ofsendaren Mißgrissen hilft das Entlassungsrecht des Nachlaßgerichts aus (§ 2227). Die Bestimmung darüber, ob überhaupt eine Testamentsvollstredung stattsinden soll, kann einem Dritten nicht überlassen werden (NJA 12, 63).

2. Die Bestimmung erfolgt (wie bei der Ausschlagung § 1945 Abl 1) durch unwiderrussliche Ertlärung gegenüber dem Nachlaßgericht (§§ 130 ff.). Beglaubigung § 129, FGG §§ 167, 183 184 191 200. Die Kinlicht der Ertlärung if iedem Interessenten zu gestatten

183, 184, 191, 200. Die Einsicht der Erkärung ist sedem Interessenten au gestatten.

3. Fristsehung wie beim Vermächtnis und der Aussage (§§ 2151 Abs 3, 2198 Abs 2). Beteiligte sind, wie in §§ 2202 Abs 3, 2216 Abs 2, 2227 Abs 1 außer dem Erden, Nacherben, Pstichteilsberechtigten, Vermächtnisnehmer, Aussageberechtigten (§ 2194) auch die sonstigen Nachlaßgläubiger (§ 2218, BVD § 748) und die Mitvollstreder. Hat der Erbsasser eine Frist gesetzt, so erlischt das Bestimmungsrecht des Dritten jedenfalls mit dem Absaufe dieser Frist die Sehung einer kürzeren Frist durch das Nachlaßgericht wird daburch aber nicht ausgeschlossen. Die Fristbemessung der Krift durch das Nachlaßgericht unterliegt der sofortigen Beschwerde nach FGG § 80, die Absehnung einsacher Beschwerde nach FGG §§ 19, 20. Sine Verlängerung der Frist ist nicht statthaft (FGG § 18 Abs 2). Unterläßt der Dritte die Bestimmung innerhalb der Frist, so wird die Bestellung eines Testamentsvollstreders überhaupt hinfällig.

§ 2199

Der Erblasser kann den Testamentsvollstreder ermächtigen, einen oder mehrere Mitvollstreder zu ernennen1).

Der Erblaffer tann den Testamentsvollstreder ermächtigen, einen Nachfolger zu ernennen2).

Die Ernennung erfolgt nach § 2198 Abf 1 Sat 23).

& I 2069; \$ 5 248-250.

1. Die Ermächtigung des Testamentsbollstreders zur Ernennung von Witvollstredern kann wie die Ernennung des Testamentsvollstreders selbst nur durch Testament ersolgen (§ 2197). Sie kann jedem der gemäß §§ 2197, 2198, 2200 ernannten Bollstreder, auch mehreren gemein-

sam (Zuwahl) entweder so, daß nur der übereinstimmende Wille der disherigen Vollstreder zur Ernennung eines Mitvollstreders führt (DLG 44, 96) oder mit Stichentscheid des Nachlaßgerichts (§ 2224 A2) beigelegt werden. Der Testamentsvollstreder fann vom Erblasser in der Answahl beschränkt, aber zur Wahl auch förmlich verpflichtet sein. Jedenfalls ist er dem Erben für sorgfältige Wahl durch §§ 2218, 2219 verhaftet. Ans eigener Machtvollstommenheit kann er eine Wahl nicht vornehmen. Es ist auch ausgeschlossen, daß der Erblasser, statt die Ermächtigung selbst zu erteilen, einem andern das Recht einräumt, den ernammen Testamentsvollstreder zur Ernennung eines Mitvollstreders zu ermächtigen (DLG 44, 100).

2. Die Ernennung des Nachfolgers tann der Testamentsvollstreder regelmäßig nur vornehmen, solange er selbst noch im Umte ist und nur für den Fall der Beendigung seines Umtes gemäß §§ 2225—2227, nicht indem er das Umt unmittelbar auf einen Dritten überträgt (a. M. Pland U.4). Das Kammergericht (NJU 12, 112) gestattet ihm auch die Ernennung eines Nachsolgers mit abgegrenztem Birkungskreise, während er im übrigen das Umt weitersührt, salls sich ein dementsprechender Wille des Erblassers ermitteln läst. Inwieweit er sich in Ausübung des Umtes vertreten lassen darf s. § 2218 U.1. Die Ernennung seht die Bezeichnung einer bestimmten Person voraus, der Testamentsvollstreder kann mithin nicht schlechthin seine Erben zu Nachsolgern berusen (§ 2225 U.2). Durch Auslegung des Testaments ist zu ermitteln, ob dem ernannten Nachsolger wiederum das Recht zur Ernennung seines Nachsolgers zustehen soll.

3. Difentlich beglaubigte Ertlärung gegenüber bem Rachlaggericht, wenn ber Erblaffer nicht ein Mehr. 3. B. Beurtundung nach § 128 vorgeschrieben hat. Alteneinsicht § 2228.

\$ 2200

Hat der Erblasser in dem Testamente das Nachlaßgericht ersucht, einen Testamentsbollstrecker zu ernennen, so kann das Nachlaßgericht die Ernennung vornehmen¹).

Das Rachlaggericht soll bor ber Ernennung die Beteiligten hören, wenn es ohne erhebliche Berzögerung und ohne unberhältnismäßige Kosten gesichehen kann²).

Œ II 2070: B 5 250-252.

1. Die Ernennung durch das Nachlaßgericht ist in das pflichtmäßige Ermessen des Gerichts gestellt; sie kann nicht nur aus dienstgeschäftlichen Gründen, sondern auch deswegen abgelehnt werden, weil eine Testamentsvollstreckung mit Klüssicht auf die Lage des Nachlassen und derechtigte Juteressen, weil eine Testamentsvollstreckung mit Klüssicht auf die Lage des Nachlassen und derechtigte Juteressen von Andlaßbeteiligten nicht zweckmäßig erscheint (KGJ 45, 114). Sie kann niemals von Umts wegen ersolgen, seht vielmehr ein Ersuchen des Erblassers voraus, das im Testamente gestellt sein muß, aber durch freie Aussegung daraus ermittelt werden kann (vgl. DLG 40, 132; 42 S. 128 u. 139; 43, 401 U.1b). Ob ein die Ernennung rechtfertigendes Ersuchen vorliegt, ist nur vom Nachlaßgericht und den ihm übergeordneten Beschwerdeinstanzen (U.2) zu prüfen; hat das Nachlaßgericht den Testamentsvollstrecker ernannt, so kann dessen vorliege (Plank U.1), RG Necht 1925 Nr 2438; a. M. Leonhard I.D, Schlegelberger FGG § 81 U.4 und für das frühere preußische Recht RGJ 31 A.86; vgl. § 2227 U.2 a. E.). Das Ersuchen kann bedingungsweise gestellt, auf Ernennung eines Mitvollstreckers gerichtet sein, begreift regelmäßig auch die Bestellung eines etwaigen Nachfolgers in sich und bleibt jedenfalls in Kraft, dis ein zur Annahme bereiter Testamentsvollstrecker gefunden oder der Versuchen der Vestellung mißlungen ist. Das Gericht hat völlig freie Wahl und kann auch ohne besonderes Ersuchen mehrere Vollstrecker ernennen.

2. Beceiligte § 2198 Å 3. Sosottige Beschwerde gegen die Ernennung FGG § 81, beren iedoch der nach § 2202 Abs 2 ablehnungsberechtigte Testamentsvollstrecker selbst nicht bedarf. Wird die Ernennung auf Beschwerde aufgehoben, so bleiben doch die inzwischen vom Testamentsvollstrecker oder ihm gegenüber vorgenommenen Rechtsgeschäfte wirksam, FGG § 32. Gegen die Abschnung der Ernennung ist einsache Beschwerde nach FGG §§ 19, 20 Abs 1 negeben. Beschwerdeberechtigt sind die Erben, und zwar jeder einzelne Miterbe, auch in Aussehung einer vom Erblasser für den Erbteil eines andern Erben angeordneten Testamentsvollstreckung (RJA 11, 15), der Mitvollstrecker und die Nachlaßgläubiger, insbesondere auch Bermächtnisnehmer (RJA 8, 189) und Pflichtteilsberechtigte (DLG 40, 132 A 1 b). Dat das Nachlaßgericht einen Testamentsvollstrecker ernannt und dieser das Amt angenommen, das Beschwerdegericht aber die Ernennung aufgehoben, so hat der Ernannte die weitere Beschwerde gegen die Aussehung (RGJ 40, 42). Recht der Beteiligten auf Afteneinsicht

und Ausfertigungen FGG §§ 78, 85.

\$ 2201

Die Ernennung des Testamentsbollstreders ift unwirksam1), wenn er gu der Zeit, zu welcher er das Umt anzutreten hat2), geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigteit beschräntt ift3) oder nach § 1910 zur Besorgung feiner Bermögensangelegenheiten einen Bfleger erhalten hat4).

Œ I 1891 II 2071; M 5 219, 220; B 5 252,

1. Unwirtsamteit der Ernennung. Die Ernennung verliert in allen Fällen (§§ 2197 bis 2200) durch Mängel ber Geschäftsfähigkeit, die bis zu dem in A2 angegebenen Zeitpuntt eintreten, von felbst ihre Kraft, ohne daß fie, auch im Falle des § 2200, noch beson-

ders aufgehoben zu werden braucht.

2. Maßgebend ist der Zeitpunkt, zu welchem er das Amt anzutreten hat, b. h. wo er, abgesehen von der Geschäftsfähigkeit, sich über Annahme des Anttes nach § 2202 Abs 2 zu erklären in der Lage ist (RJA 11, 92). Ist die Ernennung unter Bestimmung eines Aufangstermins oder unter einer ausschieden Bedingung erfolgt (§ 2197 A 1), so ist, wenn die Annahme schon vorher erklärt war (§ 2202 A 8), der Eintritt des Termins oder der Bedingung Erfolgt die Aufhebung ber Entmündigung oder der vorläufigen Vormund. schaft erft nach dem hiernach maßgebenden Zeitpunkte, so hat sie (abweichend von dem Grundsate des § 115 und FGG § 61) keine rückwirkende Kraft. Erlöschen des Amtes insolge später eintretender Unfähigkeit § 2225.
3. Geschäftsunfähigkeit § 104, beschränkte Geschäftsfähigkeit des Minderjährigen § 106, des wegen Geistesschwäche, Verschwendung oder Trunksucht Entmündigten oder nach

§ 1906 unter vorläufige Vormundschaft Gestellten § 114.

4. § 1910: Pflegichaft wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen. Doch ist der Testamentsvollstreder nicht unfähig, bem ein Bfleger nur für seine Berson ober für einzelne Bermögensangelegenheiten bestellt ist. — Der Gemeinschuldner ist an sich nicht unfähig zum Testamentsvollstreder. Doch kann die Konkurseröffnung, und zwar schon vor Untritt des Amtes einen Grund zur Entlassung bilben (§ 2227). Dasselbe gilt vom Chrverluft. - Die Ernennung kann übrigens, wie jede lettwillige Verfügung, nach allgemeinen Grundfäten angefochten werben, § 2078.

§ 2202

Das Amt des Testamentsvollstreders beginnt mit dem Zeithuntt, in welchem der Ernannte das Amt annimmt1).

Die Annahme sowie die Ablehnung des Amtes erfolgt durch Ertlärung gegenüber dem Rachlaggerichte2). Die Ertlärung tann erft nach dem Gintritte des Erbfalls abgegeben werden; sie ist unwirtsam, wenn sie unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung abgegeben wirb3).

Das Rachlaggericht tann dem Ernannten auf Antrag eines der Beteiligten eine Frift zur Ertlärung über die Annahme bestimmen. Dit bem Ablaufe der Frist gilt das Amt als abgelehnt, wenn nicht die Annahme

vorher erklärt wirb4).

E I 1892 II 2072; M 5 220-222; B 5 252, 253,

1. Der Beginn des Amtes fällt mit der Annahmeerklärung nur der Regel nach zusammen. Ausnahme s. A 3. Rechtsgeschäfte, die der Testamentsvollstreder vor Amtkantritt vornimmt, sind unwirksam und können auch durch den bloßen Amtkantritt nicht wirksam werden. Wohl aber dadurch, daß der Testamentsvollstreder den von ihm geschlossen Vertrag oder das vorgenommene einseitige Rechtsgeschäft gemäß §§ 177, 180 nach dem Amtsantritt genehmigt. Denn er kann hierbei nur als Vertreter des künstigen Testamentsvollstreders — allerdings seiner selbst — gehandelt haben. Rimmt er Verfügungen vor, so sind es Verfügungen eines Richtberechtigten, die gemäß § 185 Ubs 2 dadurch wirksam werden, daß er sie nach Amts. antritt als nunmehr Berechtigter genehmigt.

2. Die Annahme ober Ablehnung ist nur wirkfam, wenn sie dem Rachlaggericht gegenüber abgegeben wird (§ 130 Abs 3). Eine Annahme durch schlüssige Handlungen, entsprechend ber pro herede gestio (§ 1943 A 1) ist beshalb ausgeschlossen. Immerhin ist die Erklärung an teine Form gebunden, tann privatschriftlich (96 32 1910, 8039), auch durch Bevollmächtigte abgegeben werden und in anderen an die Behörde gerichteten Anträgen oder Außerungen stillschweigend enthalten sein (RG 81, 171; Warn 1914 Nr 63). Annahme und Ablehnung sind unwiderruflich, doch verbleibt dem Annehmenden das Kündigungsrecht. Die Frau bedarf zur

Annahme nicht der Zustimmung des Mannes (§ 1399 Abs 1). Da es sich bei der Amtsübernahme nicht um die Verpstichtung zu einer Leistung im Sinne des § 1358 handelt, ist das Kündigungsrecht des Mannes ausgeschlossen (a. M. Planck A 10, Crome § 674 A 37, Leonhard, VII). Hatte sich der Ernannte durch Vertrag mit dem Erbsasser zur künftigen Annahme bes Amtes verpflichtet, fo kann er hierauf oder auf Zahlung einer etwa bedungenen Vertrags. strafe ober wegen Nichterfüllung auf Schabensersat verklagt werben. Der Zwangsvollstredung aus dem auf Annahme oder Wahrnehmung des Amtes lautenden Urteil könnte der widerftrebende Schuldner jederzeit mit der Kündigung begegnen (§ 2226). Jit dem in Aussicht genommenen Testamentsvollstrecker eine Zuwendung mit der Auslage gemacht, das Umt zu übernehmen, so entscheiden §§ 2194, 2195. Die unter einer Bedingung gleichen Inhalts gemachte Zuwendung wird mit der Absehnung ohne weiteres hinfällig. — Zeugnis über bie Ernennung bes Testamentsvollstreders § 2368. Es bient bem Grundbuchamt gegenüber zugleich als Nachweis der geschehenen Annahme (RG JW 06, 1328). Angabe im Erbschein § 2364, Afteneinsicht § 2228, Vergütung § 2221.

3. Wenn die Annahme oder Ablehnung auch nicht bor bem Erbfall, ober falls es fich um Testamentsvollstreder für die Nacherbschaft handelt, nicht vor Eintritt der Nacherbsolge (§ 2139) ertlärt werden fann, so ift doch der Ernannte nicht notwendig icon von diesem Zeitpuntte ab verpflichtet fich zu erklären. Insbesondere kann er, wenn er unter Bestimmung eines späteren Unfangstermins ober unter einer aufschiebenben Bebingung ernannt ift, nicht bor Eintritt bes Termins ober der Bedingung durch Fristehung (Abs) 3 zur Erklärung angehalten werben. Keinesfalls kann in diesem Falle die etwa schon vorher erklärte Annahme den Beginn des Amtes (Abs) 1 zur Folge haben. Die Unwirksamkeit der bedingten oder betagten Erklärung der Annahme oder Ablehnung selbst (wie §§ 1947, 2180) ist kein Hindernis, sich sogleich nach dem Erbfall endgültig über Annahme oder Ablehnung des nur erst bedingt oder befristet angetragenen Umtes zu erklären. Ist der Ernannte zur Zeit dieser Erklärung in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so kann er die Annahme nach allgemeinen Grundsäten (§§ 107,

Sejagrsjagigtet beigrant, is tann et die Annahme nach ungeneinen Stundagen (IN 107, 114) unter Einwilligung seines gesetzlichen Bertreters erklären. § 2201 sorbert Geschäftsfähigkeit nur für die Zeit best Amtsantritts (a. M. Pland A 10).

4. Bon der Fristbestimmung durch das Nachlaßgericht und dem Beschwerderecht gilt das § 2198 A Gesagte. Die Frist auch gegen den über seine Ernennung in Rechtsirrtum besindlichen Testamentsvollstreder und ungeachtet der gegen die Fristbestimmung einzelsaten Beschwerde (NAT 48, 86). Mildhung der Fristbestimmung im Kalle hefristeter eingelegten Beschwerde (KGJ 48, 86). Ablehnung der Fristbestimmung im Falle befristeter oder bedingter Ernennung, s. oben A 8.

§ 2203

Der Testamentsvollstreder hat die letitwilligen Berfügungen des Erblaffers zur Ausführung zu bringen1).

Œ I 1897 Abj 1 II 2078; M 5 226—228; B 5 261—272, 283.

1. Die Ausführung der letztwilligen Verfügungen ist die bornehmste, wenn auch nicht bie einzige Aufgabe bes Testamentsvollstreders (§§ 2204ff.). Die Aufgabe liegt grundsätzlich auch bem jum Testamentsvollstreder bestellten Miterben ob (96 61, 142) und betrifft Berfügungen aller Art, auch familienrechtlichen Inhalts, sofern der Testamentsvollstrecker rechtlich und tatfächlich zu ber Ausführung imftande und nicht vom Erblaffer felbst beschränkt ist. Auch mit ber Ausführung einer Bestattungsanordnung, selbst als einziger Aufgabe, kann ein Testamentsvollstreder betraut werden (NG IW 1912, 54018; Josef in Gruch 65 S. 308—310 gegen Kipp § 113 A 5). Wenn ber Testamentsvollstreder Verfügungen nicht unmittelbar gegen Kipp g 118 u d). Wenn ber Leiminenwonistente Serjugungen nach unintretotic ausführen kann, kann er im Zweifel die Ausführung, insbesondere die Erfüllung einer Auflage vom Erben verlangen (§ 2208 Abs 2). Er kann auch zur Fürsorge für Ausführung der einem Vermächtnistehmer auferlegten Beschwerungen berufen sein (§ 2228). Nach § 88 hat er die Genehmigung einer vom Erblasser errichteten Stiftung nachzusuchen. Der Testamentsvollstreder handelt bei der Ausführung kraft eigenen, ihm vom Erblasser übertragenen Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Weisungen des Erben unabschwerten Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Rechtes (NG 56, 330; 59, 365), sit deshalb von den Rechtes (NG 56, 330; 59, 330; 59, 365), sit deshalb von den Rechtes (NG 56, 330; 59, 330; 59, 330; 59, 3 hängig und kann auch burch ben übereinstimmenben Willen ber Miterben nicht gebunden oder zur Vornahme ihm untersagter Handlungen, z. B. unentgeltlicher Verfügungen ermächtigt werben (NG 74, 215; 105, 249f.). So insbesondere bei der Enterbung in guter Absicht (§ 2938 Abs.) Das Rechtsverhältnis zwischen Testamentsvollftreder und Erben regelt im übrigen § 2218. Der Erbe kann auch seinerseits den Testamentsvollstreder auf Ausführung der lehtwilligen Verfügungen, z. B. Auszahlung von Verwächtnissen in Ansprach, nehmen. Frustett über Erstillsbeit aber Tragmeite einzelner Verfähren in Ansprach, Entsteht Streit über Gultigfeit ober Tragweite einzelner Berfügungen, 3. B. einer Bermächtnisanordnung, so steht beiden gegeneinander die Feststellungsklage zu. Das rechtliche Interesse des Erben besteht darin, daß er Träger der Verpflichtungen bleibt, dassenige des Testamentsvollstreckers in der nach § 2219 ihn tressenden Verantwortslichkeit (hierzu NG Barn 1912 Rr 174, 8). Die Erfüllung einer Berbindlichkeit muß der Erbe zwar gelten laffen,

boch steht ihm unter Umständen nach § 812 der Bereicherungsanspruch, z. B. gegen den Empfänger eines diesem nicht gebührenden Vermächtniss zu (RG 1. 10. 06 IV 80/06). Geeignetensalz kann der Erbe einschreiße Verfügungen gegen den Testamentsvollstrecker ausdringen. Über Bestehen oder Richtbestehen eines Erbrechts kann zwischen einem Erbansprecher und dem Testamentsvollstrecker grundsätlich nicht gestritten werden; es folgt dies daraus, daß der Testamentsvollstrecker weder einen bestimmten Erben vertritt, noch die Rechte der Erben am Nachlasse, sondern gegedenensalls (§ 2205) den Nachlasse sehnen eine Aussnahme von dem Grundsatze begründen; so, wenn von der mit der Klage begehrten Feststellung, daß ein unter der Berwirkungsklausel (§ 2074 A 1) zugewendetes Erbrecht verwirkt vober nicht verwirkt sei, die Art der vom Testamentsvollstrecker vorzunehmendenn Erbteilung oder loust die Vollziehung einer letztwilligen Verfügung abhäugt (RG 106, 47 f.; Grund 62, 681; 28 1922, 1977). Die Frage des Erbrechts kann auch, wenn der Testamentsvollstrecker aus Anslaß der ihm obliegenden Geschäftsführung klagt oder verklagt wird, als bloße Vorfrage in den Urteilsgründen oder gemäß ZBD § 280 zur Entscheidung kommen (RG 3BD 09, 5212; 18. 11. 19 IV 218/19). Daß in dem Prozesse mit dem Testamentsvollstrecker insbesondere die Gültigskeit deine Ernennung enthaltenden Testaments zu prüsen ist, ergibt sich aus der Bedeutung biese Punktes sür seine Sachbesungs zu prüsen ist, ergibt sich aus der Bedeutung dem Testamentsvollstrecker nur gegenüber Verfügungen, die seine Kennennung enthaltenden Testamentsvollstrecker nur gegenüber Verfügungen, die seine Kennennung enthaltenden Testamentsvollstrecker nur gegenüber Verfügungen, die seine Kechte ausheben oder bescheinanis (RG 3B 1919, 72411; vgl. auch RG 23 1922, 5133). Das Unsechtungsrecht (§ 2078) hat der Testamentsvollstrecker nur gegenüber Verfügungen, die seine Kechte ausheben oder Erbscheins § 2364 Abl 2. — Darüber, daß der Testamentsvollstrecker dem Erbscheine Schaler micht zur authentisch

§ 2204

Der Testamentsvollstreder hat, wenn mehrere Erben vorhanden sind, die Anseinandersetzung unter ihnen nach Maßgabe der §§ 2042 bis 2056 zu bewirken¹).

Der Testamentsvollstreder hat die Erben über den Auseinandersetzungsplan vor der Ausführung zu hören2).

© I 1898, 2156 II 2074; M 5 228—231; B 5 272—276; 6 96—98, 348, 849.

1. Die Anseinanderschung unter Miterben gehört ohne weiteres zu den Aufgaben des Testamentsvollstreders, wenn sie ihm nicht nach §§ 2208, 2209 entzogen ist. Eine gericht. liche Auseinandersetung findet deshalb überhaupt nicht, auch auf übereinstimmenden Antrag aller Beteiligten nicht statt, wenn ein hierzu berechtigter Testamentsvollstreder vorhanden ift, FGG § 86 Abf 1. Wie bie in Bezug genommenen Bestimmungen ergeben, hat sich ber Testamentsvollstreder ber Auseinandersetzung zu enthalten, solange ber Bornahme einer ber Gründe der §§ 2043—2045 entgegensteht; ihn bindet auch eine Bereinbarung ber Erben, bie Erbengemeinschaft fortzuseten (§§ 2042, 749ff.). Jedoch haben diese Beschränfungen nur schuldrechtliche Bedeutung, eine im Biderspruche mit ihnen vorgenommene Berfügung des Testamentsvollstreders ift wirksam (AGF 52, 113). Für die Anseinandersetning selbst find zunächst die Anordnungen des Erblassers bindend. Wenn sie dem billigen Ermessen bes Testamentsvollstreders anheimgestellt ift (§ 2048), ist bieses Ermessen, sonft sind die gesehlichen Vorschriften der angezogenen §§ 2042 st. maßgebend (vgl. für einen Fall der Anwendung des § 2046 **RG** 95, 325). Kraft seiner Versügungsmacht über den Nachlaß (§ 2205) kann er den Erben einzelne Erbschaftsgegenstände unmittelbar übertragen, z. B. Nachlaßgrunder stude an sie auflassen, und Rechte für sie begründen. Er muß auch trop § 753 zum freihändigen Berkauf zu Zweden der Teilung als berechtigt gelten, und zwar nicht nur nach außen hin, sondern auch im schuldrechtlichen Innenverhältnisse zu den Erben (RG 108, 289; zustimmend Endemann IV 1925, 785 zu 38; vgl. NGI 52, 119). Ist der Testamentsvollstrecker zugleich Miterbe, so kann er regelmäßig das zu teilende Nachlabgrundstüd zu dem ihm zukommenden Bruchteil auch an sich selbst auflassen (RG 61, 142). Der Testamentsvollstrecker hat auch die Lusgleichung der Miterben herbeizussischen, bleibt aber bei der nachgiebigen Natur der §§ 2050—2056 an eine etwaige abweichende Regelung der Ausgleichungspflicht durch Vertrag der Erben gebunden. Das Auskunftsverlangen des (nicht mit angezogenen) § 2057 steht ihm außer in Vollmacht eines Erben nicht zu. Im übrigen braucht der Testamentsvollstreder Vereinbarungen der Erben über eine von den Anordnungen des Erblassers oder den gesetlichen Borschriften abweichende Auseinandersetzung nicht zu berücksichtigen (RG 61, 145). Bielmehr bindet seine Auseinandersetung die Erben. Vormundschaftsgerichtlicher

Genehmigung gemäß § 1822 Nr 2 bedarf sie nicht, da es sich dabei nicht um einen Vertrag handelt. Der nur für einen Erbteil oder einen bestimmten Erben ernannte Testamentsvollstreder kann die Auseinandersetzung betreiben und vertritt hierbei den Erben, er kann sie aber nicht selbst vornehmen.

2. Ein Auseinandersetzungsplan ist zwar im allgemeinen nicht ersorberlich, aber durch Abs 2 ist dem Testamentsvollstrecker (wie nach § 93 FGG dem Nachlaßgericht) die Ansertigung stillschweigend vorgeschrieben. Sie ist erst dann geboten, wenn die Nachlaßverbindlickseiten getilgt sind und der Überschuß (§ 2047 A 1) zur Verteilung reis ist. Der Plan bedarf nicht der Genehmigung der Erben, die nur zu hören sind. Die Plansselstlung hat keine dingliche Wirkung. Sie verpstlichtet die Erben, einander die ihnen zugeteilten Nachlaßgegenstände zu übertragen. Kraft seiner Versäungsmacht (A 1) kann der Testamentsvollstrecker diese Verpstlichtung trotz eines etwaigen Widerspruchs der Verpstlichteten erfüllen; zur Übertragung auf den berechtigten Miterben ist aber desse Perpstlichteten erfüllen; zur Übertragung auf den berechtigten Miterben ist aber desse perpstlichteten dem Trundbuchamt nicht erbracht zu werden (AGI 81 A 299). Die Erben bleiben berechtigt, die Ausschamt nicht erbracht einstweilige Versügung zu hemmen und klagend anderweite Auseinandersetzung zu verlangen, wenn sie Versehung der letztwilligen oder gesehlichen Teilungsvorschriften oder im Falle des § 2048 A 2/3 offendare Unbilligkeit nachweisen können.

§ 2205

Der Testamentsvollstreder hat den Nachlaß zu verwalten¹). Er ist insbesondere berechtigt, den Nachlaß in Besitz zu nehmen²) und über die Nachlaßgegenstände zu verfügen³). Zu unentgeltlichen Berfügungen ist er nur berechtigt, soweit sie einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprechen⁴).

E I 1899 Abf 1 Sat 1, 1900 II 2075; M 5 231—283; B 5 276—282, 527, 258.

1. Bur ordnungsmäßigen Berwaltung bes Nachlaffes (§ 2038 A 1/2) ift ber Teftaments. vollstreder traft seines Amtes ohne weiteres sowohl berechtigt als verpflichtet (§ 2216). Sie endet, wenn mehrere Erben vorhanden find, regelmäßig mit Bollzug der Auseinandersetzung (§ 2204). Wie lange sie soust zu danern hat, bestimmt sich nach den Anordnungen des Erblassers. Sie ist regelmäßig nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zur Ausführung der lettwilligen Verfügungen und zur Auseinandersetung sowie zur Erfüllung sonstiger dem Testamentsvollstreder zugewiesenen Aufgaben (§ 2209 A 2) gedacht, kann ihm inger dem Letantentsvollstreder zugevieleich Aufgaben (§ 2209 A 2) geodah, fann ihm aber auch als einzige Aufgabe übertragen sein, §§ 2209, 2210. Sie besteht vor allem in der Vestigergreifung (N 2) und Sicherung des Nachlasserzeichnisses (§ 2215), ferner in der Anstandhaltung der Erbschaftsgegenstände, Bewirtschaftung, Fruchtziehung usw. Der Testamentsvollstreder ist zur Entgegennahme empfangsbedürftiger Willenserklärungen, die der Durchssiehung oder Vorbereitung der Auseinanderssehng, beharft ung (N 1 283/23, in J 1924, 97014 mit unrichtigem Altenzeichen). Er kann Prokuristen für das zum Nachlasse gehörige Handelsgeschäft bestellen (NFU 11, 271). Berichtigung der Nachlagverbindlichkeiten ist nicht (wie bei der Nachlagverwaltung § 1985 Ubs 1) Ziel der Verwaltung. Diese bringt aber von selbst mit sich, daß fällige Schulben bezahlt und lästige abgestoßen werden. Jedenfalls darf die Auseinandersetzung nicht vor Berichtigung ober Sicherung ber Berbindlichkeiten vorgenommen werden (§ 2046 Abf 1). And, für die Berichtigung der Steuern, die der Erblaffer schuldig geblieben ift, und der aus bem Nachlaß als solchem zu entrichtenden Steuern hat der Testamentsvollstreder unter perfönlicher Berantivortung zu sorgen (MNbgD §§ 84, 85, 87, 90 in Verbindung mit ErbschStG v. 10. 9. 19 §§ 17, 19, 30 Abs 3, in der Fassung v. 7. 8. 22 § 18 Abs 4, 6 und in der Fassung v. 22. 8. 25 § 15 Abs (3, 5; vgl. auch MErbschStG v. 3. 6. 06 § 32). Die Vertretung des Erben im Stenerprozeß gebort nicht zu den regelmäßig einem Testamentsvollstrecker obliegenden Aufgaben (AFinh 3B 1923, 6224). Rlagerecht auch des einzelnen Miterben gegen den Testamentsvollstreder auf Erfüllung seiner Obliegenheiten 96 73, 26. Für die Dauer der Nachlaßverwaltung geht das Verwaltungsrecht im vollen Umfange auf den Nachlaßverwalter über (§ 1985 Abf 1). Der Testamentsvollstrecker kann aber selbst zum Verwalter bestellt werden (§ 1981 A 5). Beschräntung und Ausdehnung der Verwaltungsbefugnisse §§ 2208—2210, Unübertragdarkeit § 2218 A 1, Prozessführung §§ 2212, 2213 (s. auch § 2203 A 1), Verantwortlichkeit § 2219. Der Testamentsvollstrecker kann die Eröffnung des Nachlaftonturses (RD § 217), das Aufgebot der Nachlafgläubiger (§ 1970 A 2), die Zwangs. versteigerung der Nachsaßgrundstücke beantragen (3BG § 175), sich auch für den Erben den Erbschein (§ 2858 A 8) und für sich selbst ein besonderes Zeugnis des Nachsaßgerichts erteilen sassen (§ 2868).

- 2. Der Besit geht nach § 857 nur auf ben Erben, nicht auf ben Testamentsvollstrecker über. Hat ber Erbe vom Nachlasse bereits tatsächlich Besit ergriffen, so kann der Testamentsvollstrecker von ihm wie von jedem Dritten Übertragung des Besitzes und Auskunft nach § 260 verlangen, soweit er dem Erben nicht einzelne Gegenstände gemäß § 2217 zu überlassen hat. Der Erbe ist, wenn der Testamentsvollstrecker den tatsächlichen Besitz erlangt, mittelbarer Besitzer (§ 868).
- 3. Die Berfligungsmacht ist dem Testamentsvollstreder zwar nur zur Berwirklichung feiner Aufgaben eingeräumt, fie fteht ihm aber (abgesehen von Sag 3) unbeschränkt und ausschlieglich zu (§ 2211) mit ber Wirfung, daß die von ihm (und ihm gegenüber) vorgenommenen dinglichen und rechtsgeschäftlichen Alte im Bereiche bes Nachlagvermögens für (und gegen) den Erben oder die Erbengemeinschaft rechtlich wirksam sind (RG 59, 366; 68, 259). Dies gilt von dem zum Testamentsvollstreder bestellten Miterben auch dann, wenn die Berfügungen zugleich seinem eigenen Interesse bienen (Auflassung zu Bruchteilen an sich selbst); § 181 steht nicht entgegen (RG 61 S. 139, 145). Liegt ein Widerstreit der perkönlichen Interessen bes Testamentsvollstreders mit benen seines Amtes vor, wie in ber Regel beim Verkauf eines Nachlaßgegenstandes an ihn, so kann er nicht verfügen, gleichviel ob er Miterbe ift oder nicht (96 61, 143); das Verfügungsrecht steht dann (wenn nicht etwa Mitvollstrecker vorhanden sind, f. hierliber § 2224 A 3/4) dem ober den Erben zu (AG RIA 16, 139; § 2225 A 1 a. E.). Rechtsgeschäfte, die der Testamentsvollstrecker mit Dritten unter Migbrauch seines Amtes abschließt, sind für die Erben nicht verbindlich, wenn ber Dritte den Mißbrauch erfannte oder infolge von Fahrläffigkeit nicht erfannte (98 75, 301; 83, 348). Gin für den Nachlaß gemachter Erwerd kommt zwar dem Erben zu, unterliegt aber sogleich wieder der Berwaltung des Testamentsvollstreckers. Sein guter Glaube ist hierbei entschiedend. Das Verfügungsrecht (Inhalt Borbem 7 vor § 104) erstreckt sich auf alle Nachlaßgegenständs. Sachen und Rechte (§ 90), soweit sie dem Erben nicht als höchstpersonliche zustehen. Der Testamentsvollstreder kann beshalb bas in § 1477 Abs 2 bestimmte Abernahmerecht aussiben (RG 85, 1). Dagegen tann er eine Schenfung bes Erblassers nicht widerrufen (§ 580 Abf 2), sich nicht über Annahme oder Ausschlagung einer dem Erblasser vererbten Erbschaft erklären (§ 1952), nicht wegen Erbunwürdigkeit aufechten (§ 2840). A. M. Strohal I § 40a A 14; Leonhard, III C 3. Das Recht am Namen (§ 12) tann er auch dann, wenn es vom Erblasser zum Gegenstand einer vertraglichen Abrede gemacht ist, wegen der auch dann fortbestehenden höchstpersönlichen Natur des Rechtes nicht wahrnehmen (NG Recht 1921 Nr 2319). Ist der Erbe minderjährig, so steht dem Bormund oder Gewalthaber teine Anteilnahme an ber Bermaltung, nur die Bertretung des Erben gegenüber dem Teftamentsvollstreder zu; die Bestimmungen, welche die gesethlichen Bertreter Minderjähriger an die Genehmigung des Bormundschaftsgerichts binden, greifen gegenüber dem Testamentsvollstreder nicht Plat (Seuffu 78 Ar 142). In der Berfügung über Rachlaggrundftude und grundbucherlich oder im Schiffsregister eingetragene Rechte ist er, auch beim Vorhandensein eines Nacherben (LB 1916, 9625), gleichfalls nur durch Sat 8 beschränkt. Seine Eintragungsbewilligung genügt ohne Zwischeneintrag des Erben (GBO § 41 Abs 2, FGG § 111 Abs 2). Über die Miteintragung der Anordnung der Testamentsvollstreckung bei Eintragung des Erben und ben Nachweis der Besugnisse bes Testamentsvollstreckers s. § 2197 A 2. Das Recht, über seinen Anteil am Nachlasse zu verfügen (§ 2033), verbleibt bem Miterben, andert aber nichts an dem Umfange des dem Testamentsvollstreder zustehenden Verfügungsrechts (vgl. § 2208 U 4).
- 4. Nur unentgeltliche Verfügungen (mit der dem § 584 eutsprechenden Ausnahme) sind dem Testamentsvollstrecker verwehrt und, wenn sie dennoch vorgenommen sind, ohne Kücksicht auf die Kenntnis des Empfängers und selbst mit Zustimmung des Erden (NG 74, 218; 105, 249f.) unwirksam. Das Erwudduchamt kann sich jedoch hier, wo es sich anders als beim Vorerden (§ 2113 A 2) sedissich um eine Frage der Legitimationsprüfung des Verwalters eines fremden Vermögens handelt, bei den Erklätungen der Veteiligten begnügen, daß die Verfügung keine unentgeltliche sei, es sei denn, daß desondere Umstände einen des fremmten Anhalt für die Annahme des Ecgenteils dieten (NG 65, 223). Der Sah ist für normale wirtschaftliche Verhältnisse aufgestellt und gilt deshald nicht für die Inflationszeit mit ihrer erfahrungsmäßigen Wertverschlenderung (380 3, 280). Begriff der unentgeltlichen Verfügung § 2113 A 3.

§ 2206

Der Testamentsvollstreder ist berechtigt, Berbindlichkeiten für den Rachlaß einzugehen, soweit die Eingehung zur ordnungsmäßigen Berwaltung erforderlich ist¹). Die Berbindlichkeit zu einer Berfügung über einen Rachlaßgegenstand kann der Testamentsvollstreder sür den Rachlaß auch dann eingehen, wenn er zu der Berfügung berechtigt ist²). Der Erbe ist verpflichtet, zur Eingehung solcher Verbindlichkeiten seine Einwilligung zu erteilen3), unbeschabet bes Rechtes, die Beschränkung seiner Haftung für die Nachlasverbindlichkeiten geltend zu machen4).

& I 1902 II 2076; M 5 234, 235; B 5 528-530, 544, 545.

1. Die Befugnis des Testamentsvollstreders zur Eingehung von Berdindlichkeiten sür den Nachlaß besteht nicht wie seine Versügungsmacht nach § 2205 unbeschränkt. Sie reicht nur so weit, als zur ordnungsmäßigen Berwaltung (vgl. § 2216 U 1) ersorderlich ist. Auch Wechselverdindlichkeiten können in diesen Rahmen fallen (NG 60, 30). Das Ersordernis ist nicht in objektivem Sinne zu verstehen; es genügt vielmehr, wenn der Erdubiger die Abernahme der Berdindlichkeit nach den Unständen ohne Fahrlässeit als geboten angesehen hat (NG 83, 348; a. M. Staudinger U 1). Soweit die Erenze weder objektiv noch nach der entschuldbaren Auffalsung des Gläubigers eingehalten ist, erwirdt dieser gegen den Nachlaß keine Rechte, er kann sich gemäß § 179 nur an den Testamentsvollstrecker halten. Dasür, daß die Erenze eingehalten sei, ist der Gläubiger beweispflichtig. Die Besugskann dem Testamentsvollstrecker bom Erdlasser entzogen, inhaltlich oder gegenständlich beschränkt (§ 2208), er kann auch umgekehrt von jeder Beschränkung entbunden sein (§§ 2207, 2209 U 3).

2. Die Beschränkung der A 1 entfällt auch dann, wenn der Testamentsvollstrecker zur Berfügung über einen Nachlaßgegenstand berechtigt ist und eine Berbindlickeit zu eben dieser Berfügung eingeht. Da die Berfügungsmacht des Testamentsvollstreckers grundsätlich und abgesehen von § 2205 A 4 und § 2208 A 1 unbeschränkt ist, so braucht der Gläubiger, er z. B. mit dem Testamentsvollstrecker einen Kausvertrag über einen Nachlaßgegenstand abschließt, nicht zu prüsen, ob das Nechtsgeschäft zur ordnungsmäßigen Verwaltung ersorderlich sei, sondern nur, ob dem Testamentsvollstrecker hierüber die Verfügung zusteht (RGS 27 A 192,

vgl. auch §§ 1445, 1821 Nr 3, 1822 Nr 1).

3. Die im Kahmen des Abs 1 eingegangenen ("solde") Verbindlichkeiten verpstichten zwar den Erben ohne weiteres ("für den Rachlah"). Die Einwilligung des Erben (§ 183) schützt aber den Testamentsvollstrecker vor Schadensersaussprüchen aus § 2219, den Vertragsgegner vor Einwendungen des Erben aus Abs 1. Sie entbindet ihn jedoch nicht von der Verpssichtung, die sehtwilligen Versügungen zur Ausführung zu bringen (§ 2203) und deckt nicht unentgeltliche (§ 2205) oder zu eigenem Außen vorgenommene Versügungen des Testamentsvollstreckers (KV 74, 215). Die Sinvilligung kann ferner notwendig werden, wenn der Erbe z. B. durch Sintragungen im Grundbuche als alleiniger Versügungsberechtigter ausgewiesen ist. Der Testamentsvollstrecker (nicht auch der Dritte) kann gleich dem Vorerben (§ 2120) die Sinvilligung des Erben im Klagewege herbeiführen. Umgesehrt steht dem Erben frei, gegen den Testamentsvollstrecker oder den Dritten auf Unverbindlichkeit des Geschäfts Feststellungsflage zu erheben.

4. Die vom Testamentsvollstrecker eingegangenen Verbindlichkeiten sind, weil den Erben als solchen tressend, Nachlaßverbindlichkeiten, § 1967. Im Nachlaßkonkurse gehören sie zu den Massechulden, KD § 224 Nr 5. Sie unterliegen deshald auch den Grundsätzen von der Beschränkung der Haftung des Erben. Darf er sich hierauf nicht berufen (Vordem 3. 4 vor § 1967), so haftet er auch für die hier fraglichen Verbindlichkeiten unbeschränkt. Doch bedarf das wegen einer Nachlaßverbindlichkeit gegen den verwaltenden Testamenisvollstrecker er-

gehende Urteil keines Vorbehalts (BBD § 780 Abf 2).

§ 2207

Der Erblasser tann anordnen, daß der Testamentsvollstreder in der Singehung von Berbindlichkeiten für den Nachlaß nicht beschränkt sein solls). Der Testamentsvollstreder ist auch in einem solchen Falle zu einem Schenkungsversprechen nur nach Maßgabe des § 2205 Sat 3 verechtigt2).

Œ I 1902 II 2077; IR 5 234, 235; IB 5 528-530, 542, 543.

- 1. Vefreiung von den Beschränkungen des § 2206 durch letztwillige Anordnung, wie sie in § 2186 auch gegenüber den Beschränkungen des Vorerben zugelassen ist. Sie gilt im Falle des § 2209 als stillschweigend ausgesprochen. Der Testamentsvollstrecker bleibt gleichwohl zur ordnungsmäßigen Verwaltung verpstichtet (§§ 2220, 2216), kann deshalb auch in diesem Falle zu seiner Entlastung die Einwilligung des Erben nach § 2206 Abs 2 verlangen (a. M. Staudinger).
- 2. Zu Schenkungsversprechen kann ber Testamentsvollstrecker (ebensowenig wie ber Borerbe §§ 2136, 2113 Abs 2) allgemein auch vom Erblasser nicht ermächtigt werden. Lgl. auch § 2205 A 4.

S 2208

Der Testamentsvollstreder hat die in den SS 2203 bis 2206 bestimmten Rechte nicht, soweit anzunehmen ist, daß sie ihm nach dem Willen des Erblaffers nicht zustehen sollen1). Unterliegen der Berwaltung des Testaments= vollstreders nur einzelne Rachlakgegenstände, so stehen ihm die im § 2205 Sat 2 bestimmten Befugnisse nur in Ansehung dieser Gegenstände zu2).

Sat der Testamentsvollstreder Verfügungen des Erblassers nicht selbst jur Ausführung zu bringen, fo tann er die Ausführung von dem Erben berlangen, fofern nicht ein anderer Wille des Erblaffers anzunehmen ift3) 4).

E I 1905 II 2078; M 5 241; M 5 802, 809, 810, 528, 542, 543, 545.

1. Die Beschräntung ber Richte bes Testamentsvollstreders ober die völlige Entziehung einzelner Rechte braucht nicht ausdrücklich angeordnet zu sein, kann sich vielmehr auch aus den Umständen ergeben. Daß fie als Ausnahme von der Regel der §§ 2208—2206 gewollt sei, hat zu beweisen, wer sich hierauf beruft (NG 61, 142). Die Beschräntung ift auch gegen Dritte wirksam. Sie ist in bem Zeugnis bes § 2368 anzugeben, soweit sie sich auf das Berwaltungsrecht des Testamentsvollstreckers bezieht. Ift dies unterblieben, so ist der Dritte gemäß § 2366 durch den öffentlichen Glauben des Zeugnisses geschützt. Hiervon abgesehen kann er sich auf Unkenntnis der Beschränkung nicht berufen.

2. Ift das Berwaltungsrecht des Testamentsvollstreders gegenständlich beschräntt, fo hat er nur in Ansehung ber einzelnen Nachlaßgegenstände (Sachen, Rechte, auch Inbegriffe von Gegenständen, z. B. Handelsgeschäft) das Recht auf Besitzergreifung und bas Berfügungs. recht, jedoch inhaltlich im vollen Umfange des § 2205. Insbesondere ist er ermächtigt, in Beziehung auf diesen Gegenstand nach § 2206 für den Nachlaß Verbindlichkeiten einzugehen. Die nur in Beziehung auf einen Erbteil angeordnete Vollstreckung derechtigt den Testaments. vollstreder nicht zur Verfügung nach § 2033 (vgl. die solgende A 4), sondern nur zur Vertretung dieses Viterben und Wittvirfung bei der Ausseinandersetzung. Ob ihm auch die Verwaltung an den dem Miterden zugeteilten Gegenständen zustehen soll, ist Aussegungsfrage.

3. Dem Testamentsvollstreder verbleibt das Aussichtateiht über Aussiührung der lettenten Versischen der Lettenten verbleibt das Aussichtateiht über Aussiührung der lettenten verbleibt das Aussichtatenten verbleibt das Aussichtatenten verbleibt das Aussichtatenten verbleibt der Versischen verbleibt der Ve

willigen Berfilgungen, wenn ihm, gegen § 2203, die Ausführung selbst nicht zusieht. Kraft bessen den Grben oder nach § 2223 gegen den beschwerten Vermächtnisnehmer im Rlagewege vorgehen, wenn der Beschwerte nicht einen andern Willen des Erblassers nachweist. Ein Testamentsvollstreder kann auch mit der Bestimmung ernannt werden, daß lediglich seine Zustimmung zu Berfügungen bes Erben über Nachlaßgegenstände erforderlich sein soll (KGF 44, 81).

4. Gine Erweiterung ber Machtbefugniffe bes Teftamentsvollstreders über bie Grenzen ber §§ 2203—2210 hinaus, insbesondere die allgemeine Ermächtigung zu Schenkungen ift ungultig (§ 2207 A 2). Auch die Befugnis, über einen Erbteil zu verfügen ober bei einer folchen Berfügung des Miterben (§ 2083) nitzawirken, kann ihm nicht mit dinglicher Wirkung eingeräumt werden (MG JB)1915, 2457). Ebenso kann zur Eingehung einer personlichen Berpslichtung durch den Erben, mag sich diese Berpslichtung auch auf einen Nachlaßgegenskand beziehen, die Zustimmung des Testamentsvollstreders nicht mit Wirkung gegenwider dem anderen Bertragsteile für erforderlich erklärt werden (NGI 44, 86). Keine authentische Auslegung des Testaments durch den Testamentsvollstreder § 2065 A 2. Überall da, wo einem Dritten vom Erblasser gemisse Kehrenzern werden dürken sie Se 2009 wo einem Dritten vom Erblasser gewisse Befugnisse übertragen werden durfen (fo §§ 2048, 2151, 2153-2156, 2193), tann auch ber Testamentsvollstreder als bieser Dritte bestimmt werden. Soweit dem Testamentsvollstrecker "sonstige Aufgaben" zugewiesen sind (§ 2209 U 2), erwachsen ihm daraus teine selbständigen Befugniffe.

\$ 2209

Der Erblaffer tann einem Teftamentsvollstreder die Berwaltung des Nachlasses übertragen, ohne ihm andere Aufgaben als die Berwaltung zuzuweisen1); er tann auch anordnen, daß der Testamentsvollstreder die Berwaltung nach der Erledigung der ihm fonst zugewiesenen Aufgaben fortzuführen hat2). Im Zweifel ift anzunehmen, bag einem folden Testaments. vollstreder die im § 2207 bezeichnete Ermächtigung erteilt ist3).

E II 2079; B 5 302, 303, 305-807, 529, 530, 548, 546.

1. Ift bem Testamentsvollstreder nur bie Berwaltung als einzige ober boch bie beiben anderen Hauptaufgaben (§§ 2203, 2204) überdauernde Verrichtung zugewiesen, so ift die Wirksamkeit einer solchen Anordnung nach § 2210 zeitsich begrenzt. Die Verwaltung kann sich auf ben ganzen Nachlaß erstrecken (§ 2205) und wird dann regelmäßig ein Teilungsverbot in sich begreifen (§ 2044). Sie kann nach § 2208 auch inhaltlich oder gegenständlich beschränkt sein. Die Anordnung ermöglicht dem Erblasser, den Erben auf geraume Zeit, insbesondere über die Volläßtrigkeit hinaus von der Verfügung über den Nachlaß auszuschließen, § 2211 Abs 1, so insbesondere bei der Enterdung in guter Absicht, § 2338 A 4, und zugleich den Zugriff der Gläubiger des Erben auf den Nachlaß zu verhindern, § 2214. Sie ist ferner ein Mittel, das gesehliche Verwaltungsrecht des elterlichen Gewalthabers oder des Vormundes (§§ 1638, 1686, 1794) auszuschließen. Die Vestellung eines Pflegers nach § 1909 Abs 1 Sat 2, die von Amts wegen zu erfolgen hat, wird allerdings durch die Anordnung nicht entbehrlich gemacht (RC) 38 A 73). Diese kann auch dazu dienen, dem Gewalthaber (z. B. der Bitwe) die Bertwaltung in der Eigenschaft als Testamentsvollstrecker und beshalb frei von den sonst beschenden gesehlichen Beschränkungen zu übertragen. Bon den hierin liegenden Beschränkungen seines Erbrechts kann sich der Erde nur gemäß § 2306 (Pflichtteil) frei machen. Für das Kechtsverhältnis zwischen Testamentsvollstrecker und Erden während der Dauer der Bertvaltung die §§ 2215—2219 maßgebend.

2. Der Kreis der dem Testamentsvollstrecker zuzuweisenden sonstigen Ausgaben (z. B. Erziehung der Kinder, Herausgabe des literarischen Nachlasses, Leistung von Rechtsbeistand) ist vermöge der Testierfreiheit an sich unbeschränkt, der Erblasser kann sich hierzu auch der Auslage (§ 1940) oder der bedingten Zuwendung an den Testamentsvollstrecker bedienen. Die gesehlichen Besugnisse des Testamentsvollstreckers vermag er aber hierdurch nicht zu ers

weitern (§ 2208 A 4).

3. Unbeschränkte Ermächtigung zur Eingehung von Nachlaßverbindlichkeiten, in Beziehung sei es auf den ganzen Nachlaß (§ 2207) oder auf einzelne seiner Verwaktung zugewiesene Nachlaßgegenstände (§ 2208 A 2).

§ 2210

Eine nach § 2209 getroffene Anordnung wird unwirksam, wenn seit dem Erbfalle dreißig Jahre verstrichen sind. Der Erblasser kann jedoch anordnen, daß die Berwaltung bis zum Tode des Erben oder des Testaments-vollstreckers oder bis zum Eintritt eines anderen Ereignisses in der Person des einen oder des anderen sortdauern soll.). Die Borschrift des § 2163 Abs 2 sindet entsprechende Anwendung.).

Œ II 2080; B 5 808, 805, 808; 6 91, 92,

1. Nur die beiondere Berwaltung des § 2209 ist, wie die Nacherbschaft (§ 2109), das Bermächtnis (§ 2162) und das Tellungsverdot (§ 2044), zeitlich begrenzt. Die zur Ersüllung der nach §§ 2203, 2204 dem Testamentsvollstrecker obliegenden oder der ihm sonst zugewiesenen Aufgaben (§ 2209 A 2) ersorderliche Berwaltungsbegugnis unterliegt diesen Grenzen nicht. Sin Bechsel in der Person des Testamentsvollstreckers während diese Zeitraums ist ohne Bedeutung, wenn die Berwaltungsdaner nicht auf Lebenszeit des Testamentsvollstreckers abgestellt ist. Dem Erblasser ist eine Berlängerung des Zeitraums unter den gleichen Borauselehungen wie in §§ 2109 Nr 1, 2163 Nr 1 (s. dort) gestattet. Soll die Berwaltung dis zum Tode eines Nachfolgers des Testamentsvollstreckers (§ 2199 U 2) oder dis zum Eintritt eines Ereignisses des Testamentsvollstreckers (§ 2199 U 2) oder dis zum Eintritt eines Ereignisses in der Berson dieses Nachfolgers dauern, so muß der dertessenden Nachfolger, wenn eine Umgehung des Gesetzes verhütet werden soll, vor Absauf von 30 Jahren mindestens ernannt sein. — Lebenszeit des Abkömmlings als Zeitgrenze im Falle des § 2338 (A 2).

2. Ift der Testamentsvollstreder eine juriftische Berjon, so bewendet es bei der 30 jahrigen

Frift.

§ 2211

über einen der Berwaltung des Testamentsvollstreders unterliegenden Rachlaggegenstand kann der Erbe nicht verfügen1).

Die Borschriften zugunsten derjenigen, welche Rechte von einem Richt-

berechtigten herleiten, finden entsprechende Unwendung2).

E I 1901 II 2081 Mbf 1 Sat 1, Mbf 2; M 5 233, 284; B 5 286, 287, 581, 582; 6 129, 180.

1. Kein Verfügungsrecht des Erben. Das durch § 2205 dem Testamentsvollstreder übertragene und nicht gemäß § 2208 entzogene Verfügungsrecht über die Nachlaßgegenstände schließt, solange der Nachlaß im ganzen oder ein einzelner Nachlaßgegenstand der Verwaltung des Testamentsvollstreckers unterliegt (§§ 2205 A 1, 2209, 2217 A 1; vgl. auch § 2225 A 1 a. E.), das Verfügungsrecht des Erben gänzlich aus. Und zwar sogleich vom Erbsall, nicht erst vom

Amtsantritte bes Testamentsvollstreders ab (§ 2202; KG3 40, 196). So ift ber Erbe des Mieters nicht berechtigt, bas Mietverhältnis zu kundigen (NG 399 1910, 82043). Zum Schute bes Testamentsvollstreders bient die Gintragung im Grundbuche und Schiffstegister (GBD § 53, FGG § 118). Nicht gehindert ist der Erbe, gemäß § 2038 über seinen Anteil am Nach-lasse zu verfügen, ohne daß jedoch die Fortdauer der dem Testamentsvollstrecker zustehenden Rechte hierdurch beeinträchtigt wird (§ 2208 A 2). Verfügung ist gemeint als dingliche im Gegensatz zur tatsächlichen Verfügung und zur bloß schuldrechtlichen Verpslichtung (Vorbem 7 vor § 104). Der Erbe ist daher durch das Versügungsrecht des Testamentsvollstreckers an der Eingehung von Schuldverhältnissen in Beziehung auf einen Nachlaggegenstand (RG Recht 1921 Ar 1894), auch am Abschluß bes Erbschaftskaufs (§ 2876 A 8) nicht gehindert, kann aber nicht erfüllen, solange ihm das Verfügungsrecht des Testamentsvollstreders entgegensteht oder wenn der Testamentsvollstreder andertveit versigt hat. Die dennach vorgenommene Versügtung des Erden ist nicht, wie dei einem Beräußerungsverbote im Sinne des f 135, nur relativ, d. h. nur gegenüber dem Testamentsvollstreder selbst und denjenigen Personen, in deren Interesse die Testamentsvollstredung angevodnet ist (so Planck A und 2. Ausl. dieses Bertes sowie beiläusig **RG** Warn 1919 Nr 71), sondern, da die Veschranstungen des Erden bei vorhandemer Testamentsvollstredung über den Mangel der Versüherungskestungs hingusgeden schleschicht unwirklame is kann aber voch 1925 Uhl äußerungsbesugnis hinausgehen, schlechthin unwirksam; sie kann aber nach § 185 Abs 206 2 daburch wirksam werben, daß der Testamentsvollstrecker sie genehmigt ober daß sein Recht wegfällt (RG 87, 482). Eine bedingt ober betagt — für den Fall der Erlangung des freien Verfügungsrechts — vom Erden vorgenommene Versügung wird mit Eintritt der Bebingung ober des Termins ohne weiteres wirksam und erzeugt gemäß § 160 schon borber eine Bindung der Beteiligten. — Gebührt ein Nachlaßgegenstand auf Grund der lettwilligen Berfügung dem Testamentsvollstreder für seine Person (z. B. ein ihm vermachtes Grundstid), so kann er gegen den Erben auf die Leistung (Auflassung) klagen. Er begibt sich damit in Ansehung dieser Leistung ber eigenen Berfügung über ben Gegenstand und überläßt ihn jum Zwede ber Erfüllung der Berbindlichkeit dem Erben (96 82, 149). Er tann aber auch die Berbindlichkeit an sich selbst erfüllen (val. RG 61, 189; § 2205 A 3).

2. Der Schut des guten Glaubens fieht bem Erwerber eines Grundstuds ober eines eingetragenen Rechtes (§§ 892, 898), einer beweglichen Sache (§§ 982ff.), eines Riefbrauchs ober Pfandrechts (§§ 1032, 1207) bann zur Seite, wenn er sich unverschulbet in Unkenntnis bartiber befindet, daß die Sache überhaupt zum Nachlaß gehört ober daß ein Testamentsvollstrecker bestellt ist ober wenn er irrig glaubt, daß die Sache der Verwaltung des Testamentsvollstreders nicht unterliege. Dagegen ist Irrtum über die allgemeinen Schranken, die den Berwaltungsbefugnissen bes Testamentsvollstreders gezogen sind, für den Dritten kein Entschuldigungsgrund (RG 74, 219).

§ 2212

Ein der Verwaltung des Testamentsvollstreders unterliegendes Recht tann nur von dem Testamentsvollstreder gerichtlich geltend gemacht werden1). E I 1908 Whi 1 II 2082; M 5 285, 236; B 5 287-291, 582.

1. Die gerichtliche Geltendmachung eines Rechtes ift bem Teftamentsvollstreder ebenfo ausichlieflich vorbehalten wie das Berfügungsrecht (§§ 2205, 2211), wenn und insoweit das betreffende Recht seiner Berwaltung unterliegt (§§ 2205 A 1, 2208, 2209, 2217 A 1), gleichviel ob die Geltendmachung bor den ordentlichen ober vor Verwaltungsgerichten, im Schiedsverfahren, im Wege ber Rlage, Einrede, Wiberklage ober durch Aufrednung im Prozesse ober im Berfahren der freiwilligen Gerichisbarkeit, 3. B. mit dem Antrag auf Berichtigung des Grundbuchs durch Eintragung des Erben als Berechtigten, erfolgt (NG 61, 145; KO RJA 16, 232). Der Erbe ist von der Geltendmachung gänzlich ausgeschlossen, nur der Testamentsvollstreder ist Partei (NG JB 1912, 14726). Da dieser für die Kosten eines Prozesses nur mit dem Nachlasse haftet, kann ihm mangels der Boraussehungen des § 114 390 das Armenrecht nicht bewilligt werben (966 81, 292; a. M. DLG Minchen JW 1925, 215514 u. Sternberg baf zu 14). Die Eigenart seiner Parteistellung frast Amtes bringt es mit sich, daß vielkach und insbesondere da, wo die materiellen Wirkungen entscheiden, nicht die für Parteien, sondern die für gesetliche Bertreter geltenden Prozesporschriften, so bei dem Bechsel ber Person des Testamentsvollstreders (BBO § 241) sinngemäß anzuwenden sind (NG Warn 1918 Mr 880; 1915 Nr 84). Er ift mit Bezug auf einen Nachlaganspruch, ber nur von ihm geltend gemacht werden tann, auch Bertreter bes nachlasses in bem weiteren Ginne bes § 207; Die Berjährung eines solchen Ansprucks vollendet sich beshalb nicht vor Ablauf von sechs Monaten ober des für die Berjährung bestimmten kürzeren Zeitraums von dem Zeitpunkt au, in dem er sein Amt gemäß § 2202 angenommen hat (NG 100, 279). Lehnt der Testamentsvollstrecker die Führung eines Prozesses ab, so kann der Erbe nur seine Entlassung beautragen (§ 2227) oder ihn nach § 2218 im Klagewege dazu anhalten (NG Gruch 50, 887). Da jedoch das Urteil für

und gegen ben Erben wirft (BBO § 327), fo kann er als Rebenintervenient beitreten und gilt bann als Streitgenosse bes Testamentsvollstreders (BBD §§ 66, 69). Durch §§ 2216 Abf 1, 2219 tann ber Teftamentsvollftreder auch verpflichtet fein, ihm ben Streit zu verfünden (BBD S§ 72ff.). Sauptintervention bes Erben (BBD § 64) ift bentbar, wenn er bem Teftamentsvollstreder seine Bollstredereigenschaft ober wenn er bestreitet, bag bas betreffende Recht seiner Berwaltung unterliege. Aufnahme bes burch den Tod des Erblassers unterbrochenen Berfahrens BBD § 243. Erledigung ber Testamentsvollstredung mahrend bes Prozesses bewirkt, im Gegensate jum Wechsel ber Person bes Bollstreders, feine Unterbrechung Bollstredbare Ausfertigung für und gegen ben Erben BPD § 728. Auch zur Erhebung bes Erb. chaftsanfpruchs gegen ben britten Erbichaftsbesiger ift ber Teftamentsvollstreder ausschließ. lich legitimiert (§ 2018 H 1), ebenfo gur Erhebung ber erbichaftlichen Gingelanfprüche nach § 2029; besgleichen zur Geltendmachung eines zum Nachlasse gehörigen Erbanspruchs an dem Nachlaß eines vor dem Erblasser gestorbenen Dritten (RG Warn 1919 Nr 136). Dagegen ift es ausgeschlossen, daß der Testamentsvollstreder gegen ben burch Berfugung von Todes wegen ernannten Erben unter der Behauptung, daß er nicht Erbe sei, den Erbschafts-anspruch erhebt (§ 2203 A 1). Wird in einem Prozesse mit dem Testamentsvollstrecker, was eemäß § 2203 A 1 unter Umftänden allerdings möglich ist, das Bestehen oder Nichtbestehen eines Erbrechts sestgelellt, so schaft diese nicht unter PBD § 327 fallende Enscheidung seine Rechtskraft unter den mehreren Erbansprechen (NG IW 09, 5218; 1919, 72411). Anderseits bindet auch eine unter ben Erbansprechern ergehende Entscheidung den Testamentsvollstrecker nicht; die Leiftung an die fiegreiche Bartei wird ihn aber regelmäßig befreien. - Der verwaltenbe Testamentsvollstreder ift berechtigt, bas Ausgebot (BBD § 991), die Eröffnung bes Rachlaftonfurfes (RD § 217) und die Anordnung der Rachlafverwaltung zu beantragen (§ 1981 A 1). Baffivprozeß § 2213.

§ 2213

Gin Anspruch, der sich gegen den Nachlaß richtet, kann sowohl gegen den Erben als gegen den Testamentsvollstreder gerichtlich geltend gemacht werden. Steht dem Testamentsvollstreder nicht die Berwaltung des Nachlasses zu, so ist die Geltendmachung nur gegen den Erben zulässig. Ein Pflichtteilsanspruch kann, auch wenn dem Testamentsvollstreder die Berwaltung des Nachlasses zusteht, nur gegen den Erben geltend gemacht werden.

Die Borschrift bes § 1958 findet auf den Testamentsvollstreder feine Anwendung4).

Gin Nachlaßgläubiger, der seinen Anspruch gegen den Erben geltend macht, tann den Anspruch auch gegen den Testamentsvollstreder dahin geltend machen, daß dieser die Zwangsvollstredung in die seiner Berwaltung unterliegenden Nachlaßgegenstände dulde⁵).

© I 1903 Ubj 2, 1904 II 2083 Ubj 1, 2; M 5 286, 297; B 5 287—289, 291—301, 532—539, 541, 542; 6 849, 850, 896, 897.

1. Passiblegitimation des Testamentsvollstreders. Während im Attivpropesse die Prozestegitimation dem verwaltenden Testamentsvollstreder ausschließlich zusteht (§ 2212), ist als Beklagter im Passidien Tegelmäßig sowohl der Erbe, als Schuldner der detressen Vachlaßverdindssteht, wie der Testamentsvollstreder dieser mit Küdsicht auf sein Versügungsrecht über den Nachlaß (§ 2205 V 3) legitimiert. Dies sit auch dann, wenn es sich um einen bloßen Feststellungsandoruch handelt. Auch der Anspruch auf Herausgabe eines Gegenstandes, der sich in dem vom Testamentsvollstreder gemäß seden Vachlasse der sich in dem vom Testamentsvollstreder gemäß werden; PV 2005 V 2 in Besit genommenen Nachlasse besindet, kann gegen den Erben geltend gemacht werden; PV 3V 5 748 sieht nur der Jwangsvollstredung in den Nachlaß entgegen, solange die Berwaltungsbesugnis des Testamentsvollstreders dauert (NG Mecht 1921 Nr 1395). Anderden Testamentsvollstreder erhoben werden, wenn dieser den Nachlaß noch nicht in Besit genommen hat (Hanschaft 1920 Beibl 190). Das gegensiber den Testamentsvollstreder allein ergehende Urteil wirst nach BV § 327 auch (für und) gegen den Erben, selbst wenn dieser undeschner Urteil wirst nach BV § 327 auch (für und) gegen den Erben, selbst wenn dieser undeschner Lestamentsvollstreder; zur Zwangsvollstredung in den von ihm verwalteten Nachlaß ist nach BV § 748 ein gegen ihn ergehendes Urteil erforderlich. Ans einem nur gegen den Erben erlassenen Schiedsspruch sann daher auch das die Zwangsvollstredung erst ermöglichende Bollstredungsverteil des § 1042 ZVD nicht ergehen (NG 56, 827). Ist die Klage

nur gegen den Testamentsvollstreder oder nur gegen den Erben erhoben, fo kann jeder dem andern als Nebenintervenient beitreten (BPO §§ 66ff.), der Erbe wird dadurch Streitgenosse bes verklagten Testamentsvollstreckers, nicht aber umgekehrt der Testamentsvollstrecker Streitgenoffe des verklagten Erben (BBD § 69). Die Streitverfündung an den andern fteht bem Teftamentsvollstreder immer, gegebenenfalls auch dem Erben zu (BPD § 72). Ift ein gegen den Erblaffer auhängig gewesener Rechtsftreit durch deffen Tod unterbrochen, so kann das Verfahren gemäß BBO § 243 durch den Testamentsvollstrecker oder gegen ihn, nach Beginn seines Amtes (§ 2202), aufgenommen werden. Neben der so herbeigeführten Beendigung ber Unterbrechung, aber auch ohnedies kann das Berfahren gemäß BBD § 239 von bem Erben aufgenommen ober die Aufnahme gegen ihn vom Gegner erzwungen werben; ber Testamentsvollstreder und der Erbe sind, wenn beide freiwillig oder gezwungen den Prozeß fortseigen, Streitgenossen. Wegsall der Testamentsvollstreckung während des Rechtsstreits bewirkt keine Unterbrechung. Bei einem Wechsel in der Person des Vollstreckers wird das ihm gegenüber anhängige Verfahren gemäß BBO § 241 unterbrochen (§ 2212 U 1). Bollftrectbare Ausfertigung des gegenüber dem Testamentsvollstrecker ergangenen Urteils für und gegen den Erben BBD § 728 Abf 2, bestgleichen best gegen ben Erblaffer ergangenen Urteils für und gegen den Testamentsvollstreder BPO § 749, s. auch § 779 Abs 2. Das gegen den Testamentsvollstreder erlassene Urteil bedarf nicht des Borbehalts, BPO § 780 Abs 2. Neben dem Gerichtsstande der Erhschaft (BPO §§ 27, 28) kommt, da der Testamentsvollstreder selbst Partei ift (§ 2212 A1), auch sein allgemeiner Gerichtsftand nach BBD §§ 13ff. in Be-– Der Testamentsvollstrecker ist gegen den Erbschaftsanspruch passiv nicht legitimiert tracht. -

2. Voraussetzung für die Passivegitimation des Testamentsvollstreckers ist, daß ihm die Verwaltung des ganzen Nachlasses zusteht (§ 2205 A 1), mag er auch einzelne Nachlassegenstände dem Erben nach § 2217 zur freien Verfügung überlassen haben. Es sei denn, daß sich gerade hierauf der Rechtsstreit bezieht. Der Testamentsvollstrecker ist überhaupt nicht legitimiert, wenn ihm die Verwaltung völlig entzogen ist, er kann dann auch der Zwangsvollstreckung nicht widersprechen. Ist die Verwaltung auf einzelne Nachlassgegenstände beschränkt (§ 2208 A 2), so ist der Anspruch selbst dann gegen den Erben zu verfolgen, wenn er sich, wie z. B. bei den dinglichen Klagen des § 24 BPO, auf eben diesen Gegenstand vezieht. Doch ist nach BPO § 748 Abs 2 die Zwangsvollstreckung in den Gegenstand nur zulässig, wenn zug eich der Testamentsvollstrecker zur Dubung verurteilt ist. Es genügt deshalb nicht, die Sporthekentlage auf Zahlung aus dem Grundstück (§§ 1113, 1191) nur gegen den Testamentsvollstrecker zu richten, obwohl die Urteilsformel in diesem Falle der Fassung des Abs 3 zu entsprechen psiegt.

3. Der Pflichtteilsanspruch §§ 2308ff., einschließlich des Verlangens auf Auskunftserteilung nach § 2314 (so Re 50, 224), kann zwar nur gegen den Erben geltend gemacht werden, doch bedarf es nach BPD § 748 Abs 3 auch in diesem Falle, soweit der Verechtigte sich an den der Testamentsvollstreckung unterliegenden Nachlaß oder die einzelnen vom Testamentsvollstrecker verwalteten Nachlaßgegenstände halten will, des Urreils gegen den Testamentsvollstrecker auf Duldung der Zwangsvollstreckung (U.5). Nicht hierher gehört der Fall, daß der Pflichtteilsberechtigte auf Grund von § 2306 die Unwirksanteit einer ihn beschriben Testamentsvollstreckung behandtet und deshalb negative Feststellungsstage gegen den Testamentsvollstrecker erhebt, sowie der Fall, daß über den Bestand des Pflichtteilsrechts nur als eine Voraussehung eines andern Anspruchs gestritten wird.

4. Der Anspruch kann vor Annahme der Erbschaft nach § 1958 nicht gegen den Erben, wohl aber gegen den Testamentsvollstrecker, soweit er passiv legitimiert ist erhoben werden. Borausgesetzt ist, daß sein Amt nach § 2202 begonnen hat. Entsprechend beim Nachlaßpfleger

3 1960 2066 3.

5. Steht dem Testamentsvollstrecker die Verwaltung zu (A 2) und handelt es sich nicht um einen Pflichtteilsauspruch (A 3), so steht es im Belieben des Nachlaßgläubigers, ob er Erben und Testamentsvollstreder — als Streitgenossen oder in besonderen Prozessen — beide auf Leiftung (a. M. DLG 3, 12), ober ob er nur ben Erben auf Leiftung, den Testamentsvollstreder auf Duldung der Zwangsvollstredung verklagen will. Auf diesen Anspruch ift er beschränkt, wenn das Verwaltungsrecht des Testamentsvollstreckers sich nur auf einzelne Nachlaßgegen. ftände bezieht oder wenn der Pflichtteil verlangt wird. Ift der Klageantrag gegen den Teftamentsvollstreder gleichwohl auf Leistung gerichtet, so ist doch darin der Unspruch auf Dulbung der Zwangsvollstreckung als das Mindere mit enthalten und dementsprechend sogar in der Revisionsinstanz zu erkennen (36 24. 6. 07 IV 121/07). Ohne ein Urteil dieses Inhalts fann der Mäger nach BPD § 748 Abs 2, 3 die Zwangsvollstrechung nicht betreiben. Darans folgt aber nicht, daß die Klage gegen den Testamentsvollstreder mit derjenigen gegen den Erben verbunden werden ning, oder daß der Testamentsvollstreder nur verurteilt werden tann, wenn vorher der Erbe zur Leiftung vernrteilt ift (96 109, 166; vgl. für den ähnlichen Fall von BBD § 739: 96 59, 234; 39 1919, 31922). Der auf Duldung belangte Testaments. vollstrecker ift nicht gehindert, gegen den geltend gemachten Anspruch, auch den Pflichtteilsanspruch, alse dem Erben zustehenden materiellen Einreden geltend zu machen. Daß gegen den Erben bereits rechtskräftiges Leistungsurteil ergangen ist, steht ihm ebensowenig entgegen, wie dem Erben ein gegen den Testamentsvollstrecker ergangenes rechtskräftiges Dulbungsurteil. Wohl aber kann der Testamentsvollstrecker sich auf die Nechtskraft eines den Anspruch gegen den Erben abweisenden Urteils berufen.

§ 2214

Gläubiger des Erben, die nicht zu den Nachlafgläubigern gehören, tönnen sich nicht an die der Berwaltung des Testamentsvollstreckers unter-liegenden Nachlafgegenstände halten¹).

E II 2083 Ubf 8; B 5 297, 298, 542; 6 398.

1. Die Stellung der Nachlaßgläubiger regelt § 2213. Durch Bestellung eines verwaltenden Testamentsvollstreckers (§§ 2205, 2209) und auf die Dauer dieser Verwaltung (§ 2210) werden die Privatgländiger des Erben ausgeschloßen vom Zugriff auf den Nachlaß überhaupt oder doch, wenn die Verwaltung des Testamentsvollstreckers gegenständet beschraupt ist (§ 2208 U.2), vom Zugriff auf die ihr unterliegenden Gegenstände. Eine Zwangsvollstreckung in diese Gegenstände zu ihren Eunsten ist nicht statthaft (NG L3 1916, 14738). Dieser Rechtszustand ist eine Folge der dem Testamentsvollstrecker eingeräumten ausschließlichen Verfügungsmacht und tritt (wie § 2211 U.1) sogleich mit dem Erbsall, nicht erst mit dem Amisbeginn des Testamentsvollstreckers ein. Er wirkt praktisch wie eine zugunsten der Nachlaßgläubiger eintretende Absonderung des Nachlasses vom Privatverwögen des Erben, verhindert aber mangels einer positiven dem § 1976 entsprechenden Vorlchift nicht das Erlöschen durch Vereinigung von Necht und Verdindschleit (a. M. Strohal § 40a U.4). Wer ein dingliches Necht an einem Erbschaftsgegenstande hat, kann den Gegenstand troß des Vervaltungsrechts des Testamentsvollstreckers in Auspruch nehmen; auch der Inhaber der elterlichen Gewalt über den Erben kann die ihm auf Grund seines gesehlichen Nutzusesungsrechts zustehnden Unsprüche gegen den Testamentsvollstrecker erheben (NG IN 1913, 74019). — Die Vorschrift des § 2214 gehört dem unateriellen Kecht an, sie kommt beshald troß KO § 13 auch im Konturse des Erben voll zur Wirtung. Sie ist von Amts wegen zu beachten und von wötig auf dem Wege des § 766 ZBD zur Geltung zu bringen. Die Pfändung des Unteils eines Witerben (§ 2033 U.3) ist dem Privatgländiger des Witerben nicht verweers.

§ 2215

Der Testamentsvollstreder hat dem Erben unverzüglich nach der Annahme des Amtes ein Berzeichnis der seiner Berwaltung unterliegenden Nachlaßgegenstände und der bekannten Rachlaßverbindlichkeiten mitzuteilen¹) und ihm die zur Ausnahme des Inventars sonst ersvrderliche Beihilse zu leisten²).

Das Berzeichnis ist mit der Angabe des Tages der Aufnahme zu versiehen und von dem Testamentsvollstreder zu unterzeichnen; der Testamentsvollstreder hat auf Berlangen die Unterzeichnung öffentlich beglaubigen

zu laffen8).

Der Erbe tann berlangen, daß er bei der Aufnahme des Berzeichniffes

augeangen wirb4).

Der Testamentsvollstreder ist berechtigt und auf Verlangen des Erben verpflichtet, das Verzeichnis durch die zuständige Behörde oder durch einen zuständigen Beamten oder Notar aufnehmen zu lassen⁵).

Die Roften ber Aufnahme und der Beglanbigung fallen dem Rachlasse

zur Last'6).

G I 1906 II 2084; M 5 241, 242; B 5 310-312.

Befreiung unguläffig § 2220.

1. Der Testamentsvollstreder hat dem Erben das **Nachlagverzeichnis** unverzüglich (§ 121) nach Annahme des Amtes (§ 2202) und unverlangt mitzuteilen. Doch kann ihm der Erbe — nicht auch der Erblasser — die Mitteilung erlassen (LB 1924, 289°). Die Berpslichtung besteht nur gegenüber dem Erben, erstreckt sich aber, wenn mehrere Erben vorhanden sind, jedem gegenüber auf den ganzen Nachlaß. Der Bermächtnisnehmer hat als

solcher barauf keinen Unspruch. Ift er jedoch mit dem Niegbrauche am Nachlasse bedacht, so ergibt sich die Pflicht des Testamentsvollstreckers zur Mitwirkung und Auskunft aus §§ 1035, 1068 (RG JW 04, 3387). Gegebenenfalls hat der Testamentsvollstrecker nach § 260 Abs 1 den Offenbarungseid zu leisten. Das Verzeichnis dient als Grundlage der dem Testamentsvollstreder obliegenden ordnungsmäßigen Berwaltung (§ 2216 Abf 1) und ift für seine

Schabensersatpflicht von Bebeutung (§ 2219).
2. Die Pflicht zur Beihilfe des Testamentsvollstreders bei Aufnahme des Inventars besteht selbständig neben ber Berzeichnispflicht bes Testamentsvollstreders, wenn ber Erbe Testwillig (§ 1993) ober weil ihm Inventarfrist bestimmt ist (§ 1994), damit vorgeht. Dem Testamentsvolssteder selbst kann die Frist nicht bestimmt werden. Die Beihilse besteht insbesondere in Auskunftserteilung über die Nachlaßschulden, die in seinem Besite besindlichen besondere in Auskunftserteilung über die Nachlaßschulden, die in seinem Besitze besindlichen Rachlaßgegenstände und in deren Borzeigung. Die für das Inventar ersorderliche Besichreibung und Wertsangabe (§ 2001 Abs 2) ist zweckmäßig, aber für das Berzeichnis des Testamentsvollstreckers nicht vorgeschrieben. Hat der Erbe gemäß § 2314 auf Verlangen eines Pflichtteilsberechtigten ein Berzeichnis der Nachlaßgegenstände unter Zuziehung des Pflichtteilsberechtigten herzustellen und dabei auch den Wert der Gegenstände ermitteln zu lassen, so hat der Testamentsvollstrecker seinerseits entsprechende Verpslichtungen gegenüber dem Erben. Dies folgt aus der Beihlstepslicht nach § 2215 Abs 1, auch aus § 2218 mit § 666 (NG IN 1916, 678). Genügt das Verzeichnis des Testamentsvollstreckers den Ansorderungen des Inventars, so kann sich der Erbe nach § 2004 hierauf berusen. Der Erbe ilt seinerseits dem Testamentsvollstrecker nur im Umfange des § 2205 A 2 auskunftspssichtig. seits dem Testamentsvollstreder nur im Umfange des § 2205 A 2 auskunftspflichtig. 2. Das privatschriftliche Berzeichnis genügt wie beim Borerben (§ 2121). **Beglaubigung**

(§ 129) fann vom Erben verlangt werden.

4. Berlangen der Auziehung wie beim Nacherben § 2121 A 2. Gin Berzicht auf die Borlegung eines amtlichen Berzeichniffes fann nicht ohne weiteres baraus gefolgert werden, bağ ber Erbe fich jahrelang bei bem ihm mitgeteilten Privatverzeichnisse beruhigt hat (Re 323 1916, 6734).

5. Entsprechend den Borschriften beim Inventar § 2002.

6. Die Roften find im Konturse Masseschulden, RD § 224 Mr 5. Entsprechend § 2121 Abs 4. Bur Sicherheiteleiftung ift der Testamentsvollstreder durch das Gelet nicht verpflichtet. Schabensersappflicht § 2219.

\$ 2216

Der Testamentevollstreder ift gur ordnungemäßigen Bermaltung des Rachlasses verpflichtet1).

Anordnungen, die der Erblaffer für die Berwaltung durch letitwillige Berfügung getroffen hat, find bon dem Testamentsbollstreder zu befolgen2). Sie können jedoch auf Untrag des Testamentsvollstreders oder eines anderen Beteiligten von dem Rachlaggericht außer Rraft gefett werden, wenn ihre Befolgung den Rachlag erheblich gefährden würde3). Das Gericht foll vor ber Enticheidung soweit tunlich die Beteiligten hören4).

Œ I 1899 Nbj 1 Sat 1 II 2085; M 5 231; B 5 276—279, 288, 284, 591.

Befreiung unguläffig § 2220.

1. Begriff ber ordnungemäßigen Berwaltung §§ 2038, 276. Der Inhalt der Berwaltungspflicht bestimmt sich naher banach, ob bem Testamentsvollstreder die Berwaltung nur als Mittel zur Ausführung der lettwilligen Berfügungen und zur Erbauseinandersetzung (§§ 2203, 2204), ober ob fie ihm für langere Dauer, in größerem ober geringerem Umfange, als Gelbftzweck oder zur Erfüllung sonstiger Aufgaben übertragen ist (§§ 2205, 2208, 2209). Bur ord. nungsmäßigen Führung einer solchen Berwaltung kann es gehören, daß nicht nur dem Erben selbst die Bestreitung eines standesmäßigen Unterhalts ermöglicht (RG Recht 1922 Ar 615). sondern er auch in den Stand gesetzt wird, seinen Unterhaltspflichten zu genügen (Re 23 1918, 12681.). Für die Behandlung von Nachlaßgelbern und Wertpapieren durch den Testamentsvollstreder gelten die §§ 2116ff. auch dann nicht, wenn ein Nacherbe vorhanden ist (RGF 44, 87). Eingehung von Berbindlichkeiten aus Anlaß ber Berwaltung §§ 2206, 2207. Der Testamentsvollstreder ift für seine Berwaltung ben Erben, bon benen die Bornahme einer pflichtmäßigen Berwaltungshandlung auch durch Mage erzwungen werben kann (966 a. a. D. und insbes. Re 73, 26) und etwaigen Bermachinisnehmern (§ 2219), nicht aber, wie der Rachlagverwalter (§ 1985 A 3) unmittelbar auch sonstigen Nachlaggläubigern verantwortlich. Doch versteht sich von felbst, daß er ihre Interessen gleich dem Erben selbst (§ 1978 A 2) vorzugeweise mit im Auge zu behalten hat. Grobe Pflichtverletung und Unfähigfeit als Entlassungsgrund § 2227 Abs 1

2. Anordnungen des Erblassers verpflichten den Testamentsvollstrecker nur, wenn sie te hewillig getroffen sind, dann aber derart, daß er auch bei Einigkeit der sämtlichen Beteiligten über ihre Richtbefolgung nicht von ihnen abgehen darf. Der Wirksamsteit von Berfügungen, die er ihnen zuwider vorgenommen hat, stehen sie nicht entgegen (RJA 10, 114). Sersignungen, die ihm im Wege eines Auftrags unter Lebenden erteilt sein sollten, können vom Erben jederzeit widerrusen werden (§ 2197 A 1). Soweit settwissige Anordnungen seine Rechte ausheben oder beschränken, ist er gegebenenfalls zur Ansechtung berechtigt (§ 2203 A 1). Der Dritte, dem die Anordnung zustatten kommt, kann aus ihr kein Recht für sich herleiten, so auch in dem Falle, daß dem Testamentsvollstrecker ausgegeben ist, dem zu seiner Unterstützung anzunehmenden Rechtsanvalt eine bestimmte Vergütung zu zahlen (RG Recht O7 Ar 2334).

3. Außertraftsetung durch das Nachlaßgericht sehr einen Antrag des Testamentsvollstreckers oder anderer Beteiligter (wie in § 2198 A 3, aber mit Ausschluß einfacher Nachlaßgläubiger) und die Besorgnis einer erheblichen Gefährdung des Nachlasse voraus (ähnlich bei der Verwaltung des Vachlasses und des Gewalthabers, §§ 1803 Abs (2, 1639 Abs (2). Sierher gehörte in der Zeit fortschreitender Geldentwertung z. B. der Fall, daß der Erblasse die Anlegung des Nachlasses in mündelsicheren Staatspapieren angeordnet hatte (Hansteine Gesährdung des Nachlasses durch sie bereits dadurch vesetzt ist, daß der Testamentsvollstrecker ihr eigenmächtig zuwidergehandelt hat (KIN 10, 114; a. M. Kipp § 123 A 6). Bloße Unzwecknäßigkeit genügt nicht, auch die Abänderung wird möglichst im Sinne des Erblasses zu erfolgen haben. Teilungsanordnungen zusammenfallen, z. B. die übertrieben hohe Preissessschaft ein zu veräußerndes Grundstud.

4. Gehör der Beteiligten, insbesondere auch des Testamentsvollstreckers selbst (wie in §§ 1826, 1827, 2200, 2227, 2860), soweit dies tunkich, d. h. ohne übermäßigen Auswand an Beit und Kosten ausführbar ist. Gegen die Entscheidung ist die einfache Beschwerde gegeben; beschwerdeberechtigt ist im Falle der Jurichveisung des Antrags nur der Antragsteller, sonst jeder in seinem Rechte Beeinträchtigte, von mehreren ihr Ant gemeinschaftlich sührenden Testamentsvollstreckern jeder einzelne (FGG §§ 19, 20, 82). — Der Erdlasser tann den Testamentsvollstrecker von der Pflicht zur ordnungsmäßigen Berwaltung weder besteien noch das Mass der von ihm zu vertretenden Sorgsalt (§ 276) herabmindern (a. M. Strohal

§ 40a A 37), noch die Unabanderlichfeit seiner Anordnungen bestimmen.

\$ 2217

Der Testamentsvollstreder hat Nachlaßgegenstände, deren er zur Erfüllung seiner Obliegenheiten offenbar nicht bedarf, dem Erben auf Berlangen zur freien Berfügung zu überlassen¹). Mit der überlassung erlischt

fein Recht zur Berwaltung der Gegenstände2).

Wegen Nachlaßverbindlichkeiten, die nicht auf einem Vermächtnis oder einer Auflage beruhen, sowie wegen bedingter und betagter Bermächtnisse oder Auflagen kann der Testamentsvollstrecker die überlassung der Gegenstände nicht berweigern, wenn der Erbe für die Berichtigung der Verbindslichkeiten oder für die Vollziehung der Vermächtnisse oder Auflagen Sichersheit leistet.

@ I 1907 II 2086; M 5 242, 243; W 5 312-314, 543.

1. Der Testamentsvollstreder hat schon vor Beendigung seines Amtes Nachlaßgegenstände dem Erden zu überlassen, soweit offendar, d. h. ohne weitläusige Beweiserhebungen (Prot 5, 313, s. anch §§ 319, 1591, 1717, 2048) erhellt, daß er ihrer nicht bedarf. Beschräufen sich die Obliegenheiten des Testamentsvollstreckers auf Aussührung letiwissigne nur duseinandersehung (§§ 2203, 2204), so bedarf er der Nachlaßgegenstände nur insoweit, als er sie Dritten herauszugeben, oder, um Mittel zur Tilgung der Nachlaßgerenstände nur insoweit, als er sie Dritten herauszugeben, oder, um Mittel zur Tilgung der Nachlaßgereinblichseiten zu gewinnen, zu versilbern hat. Ist er dagegen schlechtsin und auf längere Dauer mit der Verwaltung beauftragt (§ 2209), so werden hiervon regelmäßig alle Nachlaßgegenstände betroffen, an denen fremde Verwaltung möglich ist (§ 2205 A 3); für die Antwendung des § 2217 ist dann kein Raum (NG 19. 3. 23 IV 313/22). It die Verwaltung auf einzelne Nachlaßgegenstände beschränkt (§ 2208 A 2), z. B. auf ein Landgut, Handelsseschäft, so ist Tastrage, welche einzelne Gegenstände dem Testamentsvollstrecker hiersürenteberlich sind. Er ist nur auf das nötigenfalls im Klagewege gestend zu machende Verlangen des Erben (bei mehreren Erben der Gesamtheit der Erben, NG 2. 3. 22 IV 516/21)

zur Überlassung verpflichtet. Dies schließt nicht aus, daß er, unter seiner Verantwortung aus § 2219, die Gegenstände auch unverlangt dem Erben überläßt (KGF 40, 210). Jedenstäls hat er ihm, wenn er die Gegenstände herauszugeben oder von vornherein im Besitze bes Erben zu verschaffen, sonach ihn beschränkende Eintragungen (GBD § 53, FGG § 118) löschen zu lassen.

2. Mit der Überlassung erlischt das Berwaltungsrecht, zugleich aber das hiervon unzertrennliche Versügungsrecht des Testamentsvollstreckers (§§ 2205 A 3, 2211 A 1), ebenso das Recht, in Beziehung auf diese Gegenstände Nachlasverbindlichkeiten einzugehen (§ 2206 A 1) und darüber Prozeß zu führen (§§ 2212 A 1, 2218 A 2). Ist der Gegenstand einmal dem Erben zur freien Verfügung überlassen, so kann ihn der Testamentsvollstrecker nicht mehr, auch wegen

Irrtums nicht zurückfordern.

3. Durch Sicherheitsleistung nach §§ 292ff. kann ber Erbe die Herausgabe immer dann erzwingen, wenn der Testamentsvollstrecker die Nachlaßgegenstände zurüchalten will, um sie zum Zwecke der Tilgung gewöhnlicher Nachlaßverdindlicheiten einschließlich der Pflichtteils-ansprüche zu versitbern, oder wenn er bestimmte Gegenstände beim Eintritt einer Bedingung oder eines Termins an bestimmte Bedachte oder Auflageberechtigte auszuhändigen hat. Nicht dagegen kann er die Überlassung von Gegenständen sordern, die zur Bollziehung bereits fälliger Bermächtnisse und Auflagen bestimmt sind. Die Sicherheit ist dem Testamentsvollstrecker zu bestellen und kann von dem beteiligten Gläubiger nur in Anspruch genommen werden, wenn sie ihm abgetreten oder im Wege der Zwangsvollstreckung überwiesen ist. — Der Testamentsvollstrecker kann durch den Erblasser von der Überlassungsvollstreckers bei vorzeitiger Ausantwortung von Nachlaßgegenständen gegensiber dem Steuersisch gemäß den § 2205 U 1 angeführten Steuergesehen.

§ 2218

Auf das Rechtsverhältnis zwischen dem Testamentsvollstrecker und dem Erben finden die für den Auftrag geltenden Vorschriften der §§ 664, 666 bis 668, 670, des § 673 Satz 2 und des § 674 entsprechende Anwendung. Bei einer länger dauernden Verwaltung kann der Erbe jährlich Rech-

nungslegung verlangen2).

E I 1908 Abi 1, 2 II 2087; M 5 244; B 5 263, 314-316.

Befreiung unguläffig § 2220.

1. Das Nechtsverhältnis zwischen Testamentsvollstreder und Erben ift nicht felbst Auf. trag, sondern nur in gewissen Beziehungen bem Auftrage nachgebilbet. Es ergeben § 664: Der Testamentsvollstreder fann sein Amt zwar jederzeit niederlegen (§ 2226), auch im Falle bes § 2199 Abs 2 einen Nachfolger ernennen, darf es aber, auch nicht mit Zustimmung bes Erben, im ganzen nicht einem Dritten übertragen (RG 81, 170), auch nicht in dem Sinne einen Dritten oder einen Mitvollstreder zum Generalbevollmächtigten bestellen, daß er diesen frei schalten läßt. Die Bestellung von Prokuristen für das zum Nachlaß gehörige Handelsgeschäft ist als Verwaltungsmaßregel (§ 2216 A 1) nicht ausgeschlossen (RIA 11, 271). Überträgt er bem Dritten einzelne Berrichtungen, wozu er regelmäßig als ermächtigt gelten barf, im Falle ber Verhinderung sogar verpflichtet sein tann, so haftet er für Verschilben in der Auswahl sowie für Berschulden eines Gehilfen. Umgekehrt kann auch der Erbe seine ihm aus §§ 2215—2217 gegen den Testamentsvollstrecker zustehenden Ansprüche selbst nicht übertragen, wohl aber die auf diesem Grunde entskandenen Herausgabe- und Ersahansprüche. Der Testamentsvollstreder tritt jedoch im Falle der Beräußerung des Erbanteils (§ 2083) zu dem Erwerber ohne weiteres in Bezichungen. Die Auskunstspflicht besteht bloß gegenüber dem Vorerben, gegenüber dem Nacherben nur unter den besonderen Boraussetungen des § 2127 (**NG** Recht 1913 Nr 221). § 666: Benachrichtigungs- und Auskunftspflicht (vgl. § 2215 A 2). Rechenschlaftsablegung, sobald der Testangentsvollstrecker die ihm obliegende Aufgabe im wesentlichen erfüllt hat; s. auch Abs 2 und § 259 (Erstreckung des Offenbarungseids darauf, daß der Nachlaßbestand nicht durch die Anseitung von Ausgaben, die nicht zu Nachlaßzweden gemacht worden sind, als zu niedrig hingestellt wird, RG 3W 1913, 11507). Unter Umftänden auch ichon bor ber Durchführung bes Amtes einerseits Unspruch gegen den Testamentsvollstreder auf Schlufrechnung, 3. B. dann, wenn die zur Ausführung des letten Willens dienende Verwaltungstätigkeit im Sinne bes § 2205 beendigt ist und eine selbständige Verwaltungstätigkeit im Sinne des § 2209 beginnt (NG LZ 1919, 124319); anderseits Anspruch des Testamentsvollstreckers auf Entlastung wegen eines einzelnen Geschäfts (RG Barn 09 Nr 245) ober Mage auf Feststellung eines künftigen Empfangs. berechtigten (NG Warn 1912 Nr 174, 3). § 667: Beransgabe der Erbichaft nach, im Falle des § 2217 schon vor Endigung des Anites. § 668: Berzinsung vom Testamentsvollstrecker

für sich verwendeten Gelbes. § 670: Ersappsticht des Erben für Auswendungen des Testamentsvollstreckers innerhalb der Grenzen seiner Haftung für Nachsahverdindlichkeiten (s. auch KO § 224 Nr 6). Zurückbehaltungsrecht des Testamentsvollstreckers § 273, aber kein Recht auf Borschuß (§ 669 nicht anwendbar). § 678 Sat 2: Anzeige- und vorläusige Besorgungspstlicht der Erben des Testamentsvollstreckers, wenn das Amt nach § 2225 durch seinen Tod endete. § 674: Das ohne Wissen des Testamentsvollstreckers, z. B. durch Eintritt einer auslösenden Bedingung (Berheiratung des Erben) oder gemäß § 2210 Satz 2 erlöschende Amt gilt zugunsten des Testamentsvollstreckers als sortwestehend, die er vom Erlöschen Kenntnis erlangt oder das Erlöschen kennen muß. Unter diesen Voraussehungen ist auch der vom Testamentsvollstrecker abgeleitete Erwerd des gutgläudigen Dritten geschüßt (§ 169). Nicht aber, wenn der Testamentsvollstrecker in dösem oder wenn er fahrlössigigerweise in fallschem Glauben war. Auch der Vorweis des Zeugnisses dett in diesem Falle den Dritten nicht (§ 2368 U 7). Nur der öffentliche Glaube des Grundbuchs (§§ 892, 893) kann ihm aushelsen.

Rur der öffentliche Glaube des Grundbuchs (§§ 892, 893) kann ihm außtelsen.

2. Abweichung von § 666 in besonderem Sindlick auf §§ 2209, 2210. Das Recht des Erben auf Rechnungslegung ist ein vermögensrechtlicher Anspruch, der bei Pfändung des Erbteils auf den Pfändungsgläubiger mit übergeht; einer Erschwerung der Verpstichtung des Testamentsvollstreckers bei dem Vorhandensein mehrerer Pfändungsgläubiger ist durch entsprechende Anwendung des § 432 zu begegnen (RG L3 1916, 1473°). — Zu anderen Beteiligten als dem Erben steht der Testamentsvollstrecker von § 2219 A 2 abgesehen überhaupt in keinem Rechtsverhältnis. Insbesondere ist er dem Pflichtteilsberechtigten und regelmäßig auch dem Vermächtnisnehmer nicht zur Auskunft verpstlichtet (RG 50, 224 und JW 04, 338°). In den besonderen Fälen, in denen ein Anspruch auf Auskunftserteilung als mitvermacht anzusehen ist (§ 2174 A 1), kann bieser Anspruch aber gemäß § 2218 auch gegen

den verwaltenden Testamentsvollstreder geltend gemacht werden.

§ 2219

Berlett der Testamentsvollstreder die ihm obliegenden Berpflichtungen, so ist er, wenn ihm ein Verschulden zur Last fällt, für den daraus entstehenden Schaden dem Erben¹) und, soweit ein Vermächtnis zu vollziehen ist, auch dem Vermächtnisnehmer verantwortlich²).

Mehrere Teftamentsvollftreder, denen ein Berfculben gur Laft fällt,

haften als Gesamtschuldner3).

G I 1908 Mbf 1 II 2088; Dl 5 244; B 5 263, 315.

Befreiung unguläffig § 2220.

1. Der Testamentsvollstreder steht nur zum Erben, gegebenenfalls auch bem Bor- ober Nacherben, in einem gesetzlichen Schuldverhältnis (§ 2218) und ist beshalb grundsätzlich nur dem Erben ichadensersappflichtig, ausnahnisweise auch bem Vermachtnisnehmer. Samtliche bem Teftamentsvollstreder obliegende Verrichtungen (§§ 2203—2209, 2212—2218, 2226 Sat 3) unterstehen danach dem Grundsate des § 276, wonach er Vorsat und Fahrlässigkeit zu vertreten hat. hat er das in seiner Berwaltung befindliche, von ihm nach den bisher maggebenden Grundsätzen angelegte Vermögen in der Inflationszeit der Entwertung verfallen lassen, so kann ihm dies nicht ohne weiteres zum Verschulben angerechnet werden (RG 11. 11. 26 IV 216/26; vgl. Aufwell § 79). Klagerecht bes einzelnen Miterben gegen den Testaments. vollstreder auf Einhaltung der Grenzen seiner Berwaltungsbefugnis und Vornahme einer pflichtmäßigen Verwaltungshandlung **NG** 73, 28 (§ 2216 A 1). Ift, wie bei der Auskunftspflicht oder der Herausgabepflicht (§ 2218 A 1), eine Leistung an den Erben zu bewirfen, fo bestimmt sich beim Borhandensein einer Erbengemeinschaft das Klagerecht des einzelnen Miterben zwar, da der Anspruch nicht zum Nachlasse gehört, sondern erst in der Person der Erben entsteht, nicht nach § 2039, wohl aber nach der entsprechenden Vorschrift des § 432 (vgl. 96 86, 68; herzfelder in 328 1925, 2147 zu 5). Soweit der Erblasser den Testaments. vollstreder von der Erfüllung seiner Obliegenheiten nicht befreien kann (§ 2220), kann er auch das Maß seiner Vertretungspflicht nicht herabmindern (a. M. Strohal § 40a A 36). Seine Saftung für Bertreter und Wehilfen ergibt § 664 (§ 2218 N 1). Steht ihm die Ernennung eines Mitvollstreckers oder des Nachfolgers zu (§ 2199), so hat er ein bei der Auswahl ihn treffendes Verschulben gleichfalls zu verfreten. Ebenso haftet im Falle des § 2200 nach § 839 der Nachlaßrichter. Schadensersat §§ 249ff. Strafrechtliche Verantwortung des Testamentsvollstreckers Stow § 266 Rr 1, haftung für die Erbichaftesteuer und für Steuern, die der Erblaffer ichuldig geblieben ist, § 2205 A 1. Die Saftung bes Erben für handlungen bes Testamentsvollstreders erstredt sich soweit, als badurch Nachlagverbindlichteiten begründet werden (§ 1967). Dies trifft zu, folveit der Teftamentsvollstreder innerhalb bes durch die letitwillige Verfügung des Erblassers und die gesetzlichen Vorschriften bestimmten Rechtstreises tätig wird, nicht aber

soweit er aus Veranlassung seines Amtes Dritten Schaden zufügt (Streitfrage, vom NG Warn 1914 Nr 127 dahingestellt gelassen).

- 2. Die Haftung bes Testamentsvollstreckers ist durch positive Vorschrift auch gegenüber dem Bermächtnisnehmer begründet, und zwar auch wenn es sich, wie im Falle des § 2228, um ein Untervermächtnis handelt. Die Schadensersahpssicht tritt nur ein, soweit der Bedachte vom Beschwerten Besciedigung nicht erlangen kann. Überdies, wenn der Erbe beschwert ist, nur in dem Umfange, in dem dieser nach §§ 1991 Abs 4, 1992 zur Entrichtung des Vermächtnisses verbunden war
- 3. Die gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Bollstrecker (§§ 421 ff.) vorausgesetzt, daß jeden ein Mitverschulden trifft entspricht der Haftung mehrerer Vorstandsmitglieder und Liquidatoren (§§ 42, 53) oder mehrerer Vormünder (§ 1883). Sie besteht nur, soweit sie das Amt gemeinschaftlich führen (§ 2224). It jedem ein besonderer Wirkungstreis zugewiesen, so haftet er für sich allein, wenn den übrigen auch kein Aussichtetzecht zuseht. Im Verhältnis zueinander sind sie nach § 426 zu gleichen Teilen ersapssichtig. Der bloß aussichtsführende Testamentsvollstrecker (§ 2208 A 3) kann jedoch entsprechend § 1883 Abs 200 von den übrigen nicht mit in Anspruch genommen werden. Verjährung § 195. Haftung aus unerlaubter Handlung §§ 840, 852.

§ 2220

Der Erblaffer kann den Testamentsvollstreder nicht von den ihm nach den §§ 2215, 2216, 2218, 2219 obliegenden Berpflichtungen befreien.

E I 1906 Abi 1, 1908 Abi 3 II 2089; M 5 241, 242, 244; B 5 263, 310, 314, 316; 6 98.

Bei den betreffenden Vorschriften bereits berücksichtigt.

§ 2221

Der Testamentsvollstreder tann für die Führung seines Amtes eine ans gemessene Bergütung verlangen, sofern nicht der Erblasser ein anderes bestimmt hat1).

E I 1909 Sat 1 II 2090; M 5 244, 245; B 5 316, 317.

1. Bergütung. Hat ber Erblasser lettwillig selbst eine Vergütung ausgeworfen ober hat er jede Vergütung ausgeschlossen, so bleibt diese Bestimmung maßgebend, wenn sie nicht burch Bertrag mit dem Erben genndert wird. Ob darin, daß dem Testamentsvollstrecker eine Zuwendung gemacht ist, der Ausschluß eines besonderen Bergütungsanspruchs liegt, ist Auslegungsfrage. Die Bergütung ist, auch wenn sie lehtwillig zugesprochen ist, kein Bermächtnis, sondern eine gewöhnliche Nachlaßverbindlichkeit. Es sei denn, daß aus der unangemessenen Höhe ber zugebilligten Vergütung ein Vermächtniswille erhellt (§ 1939). Die Bergütung ist im Nachlaftonkurse Masseschuld (KD § 224 Nr 6) und selbst dann aus bem ganzen Nachlaffe zu entrichten, wenn der Testamentsvollstreder nur für einen Erbteil bestellt ist. Dem Nachlaßgericht steht (anders beim Nachlaßpfleger §§ 1960 A 4, 1836) die Festsehung nicht zu (RIA 4, 140). Es tann die Befugnis, da seine Zuständigkeit gesehlich umgrenzt ist, auch nicht durch eine lettwillige Verfügung erhalten; eine solche Verfügung kann aber unter Umständen dahin ausgelegt werden, daß die mit den Verrichtungen des Nachlaßgerichts betraute Person die Vergütung entsprechend den §§ 317, 2156 festseten solle; die Festsetung fann dann, wenn sie der Billigkeit nicht entspricht, auf Rlage geandert werden (Geuffa 78 Rr 143). Im allgemeinen hat der Testamentsvollstrecker den Bergutungsauspruch, notigen. falls im Brozesse, gegen den Erben geltend zu machen, der die beschräntte Saftung vorschützen fann. Es fann auch zu einer negativen Feststellungsklage bes Erben gegen den Testamentsvollstreder darüber kommen, daß dieser nicht mehr als den vom Kläger bezeich. neten Betrag als Berglitung verlangen dürfe. Zur Führung eines solchen Brozesses bedarf eine Ehefran als Erbin nicht der Zustimmung ihres Mannes, wenn ihr die Erbschaft gemäß § 1869 als Borbehaltsgut zugewendet ist (RG 29. 10. 17 IV 241/17). Der Richter kann die Bergittung in hundertteilen der Nachlagmasse ober als runde Summe festsetten; er braucht babei, unter gebotener Bürdigung der besonderen Berhaltniffe des Ginzelfalls, nur den Bert der Gesamtarbeit, nicht den jeder einzelnen Arbeit des Testamentsvollstreders zu berücksichtigen (NG 1. 11. 18 VII 219/18). Reben der Bergütung hat der Testamentsvollstrecker Anspruch auf Ersat seiner Auslagen (§§ 2218, 670) sowie auf Bezahlung der berufsmäßigen, regelmäßig nur gegen Entgelt geleisteten Dienste (Rechtsanwalt), soweit auch der Laien-Lestamentsvollstreder derartige Dienste innerhalb seines Amtes nicht selbst verrichtet haben wurde (§ 1835 Abs 2). DLG 25, 16 will ihm nicht Ersat der Kosten gestatten, die er für Aufstellung des Teilungsplans durch einen Rechnungsverständigen gezahlt hat. Leistung von

Vorschüssen (§ 669, in § 2218 nicht mitangezogen) kann er vom Erben nicht verlangen, unt so weniger, als er gewöhnlich über ben Nachlaß verfügen und sich daraus wegen seiner Aufwendungen und ber ihm zustehenden Vergütung selbst befriedigen kann (SeuffN 75 Nr 227). Die Vergütung ist regelmäßig nach Veendigung des Amtes (über abweichende Übung in Hamburg vgl. Hans 1918 Veibl 82), bei länger andauernder Verwaltung periodisch (§ 2218 Abs 2) zu entrichten. Im Falle vorzeitiger Veendigung des Amtes ist der an sich angemessen Sah entsprechend zu mindern (vgl. auch § 628). Verjährung § 195 (IV 1918, 741°).

§ 2222

Der Erblasser tann einen Testamentsvollstreder auch zu dem Zwede ernennen, daß dieser bis zu dem Eintritt einer angeordneten Nacherbsolge die Rechte des Nacherben ausübt und dessen Pflichten erfüllt1).

@ II 2091; B 5 309; 6 99.

1. Testamentsvollstreder im Interesje des Nacherben. Der Birfungstreis des Testamentsvollstreders erstredt sich regelmäßig auf eine durch Erbsall oder Eintritt der Nacherbsolge bereits eröffnete Erbschaft. § 2222 gestattet, für die Zeit vor Anfall der Nacherbsolge bereits eröffnete Erbschaft. § 2222 gestattet, für die Zeit vor Anfall der Nacherbsolge bereits eröffnete Erbschaft. § 2222 gestattet, für die Zeit vor Anfall der Nacherbschaft (§ 2139) zur Wahrnehmung der Rechte des Nacherben (§§ 2116—2119, 2121—2123, 2127—2129, ZPI) und zur Erstüllung seiner Pssichten (§§ 2120, 2123) einen Testamentsvollstreder zu bestellen. Innerhalb der hierdurch gezogenen Grenzen gelten sür den Testamentsvollstreder die allgemeinen Grundsäge, insbesondere seine ausschließliche Versägungsmacht und Brozeßlegitimation (§§ 2211—2213). Die hierin liegende Beschänkung der Nechte des Nacherben macht es notwendig, auch in der Eintragung nach GBO § 52 die Bestellung des Testamentsvollstreders mit zu erwähnen (RGJ 40, 198). Vermert im Erbschein § 2868 V 3. Durch die Ernennung eines solchen Testamentsvollstreders sann sich die sonst nach Ses 1912, 1918 gebotene Bestellung eines Pssegers sür den Nacherben erledigen. Ist dem Vorlagen dem Vorlagen den Vorlagen dem Vorlagen der Vorlagen dem Vorlagen den Vorlagen der Vorlagen dem Vorlagen der V

§ 2223

Der Erblaffer tann einen Testamentsvollstreder auch zu dem Zwede ernennen, daß dieser für die Aussührung der einem Bermächtnisnehmer auferlegten Beschwerungen sorgt1).

E I 1910 II 2092: M 5 245, 246: B 5 317.

1. Dem Testamentsvossstreder ist zwar durch § 2203 alsgemein die Ausführung lettwilliger Verfügungen übertragen. IDa er jedoch grundsählich nur zum Erben in einem Rechtsverhaltnis steht (§§ 2218 A 2, 2208 A 3), so bedurfte es einer besonderen Vorschrift, um ihn auch dem beschwerten Vernächtnisnehmer gegenüber zur Fürsorge für Untervermächtnisse und Auch dem beschwerten Vernächtnissehmer gegenüber zur Fürsorge für Untervermächtnisse und Aufbermächtnissehmer gegenüber zur Fürsorge für Untervermächtnisse und Aussegung aus der allgemeinen Bestellung des Testamentsvollstreckers ermittelt werden. Die Fürsorge kann ihm aber auch als einzige Aufgabe übertragen sein. Auch für die so beschräfte Testamentsvollstreckung gelten, soweit anwendbar, die allgemeinen Vorschriften, wobei der Erbschaft das beschwerte Vermächtnis gleichzustellen ist. Darans folgt insbesondere, daß der Vermächtnisnehmer, soweit die Verwaltung dem Testamentsvollstrecker zusteht, von der Verfügung über den Vermächtnisgegenstand und dessen gerichtlicher Einforderung ausgeschossen ist (§§ 2211, 2212) und daß der Testamentsvollstrecker gegen die Alage des Zweitbedachten und der Aussageberechtigten (§ 2194) im Umsange des § 2213 passible legitimiert ist (MG DZZ 1924, 475). Anderseits steht dem Testamentsvollstrecker, doweit er die Beschwerung nicht selbst ausssühren kann, nach § 2208 Abs 2 die Klage gegen sen beschwerten zu.

S 2224

Mehrere Testamentsvollstrecker führen bas Amt gemeinschaftlich1); bei einer Meinungsverschiedenheit entscheidet das Nachlafgericht2). Fällt einer von ihnen weg, so führen die übrigen das Amt allein3). Der Erblasser tann abweichende Anordnungen treffen4).

Jeder Testamentsvollstreder ist berechtigt, ohne Zustimmung der anderen Testamentsvollstreder diejenigen Magregeln zu treffen, welche zur Erhaltung eines der gemeinschaftlichen Verwaltung unterliegenden Rachlaggegenstandes notwendig find5).

E I 1893 II 2093; M 5 222, 223; \$ 5 255-257.

1. Mehrere Testamentsvollstreder (§§ 2197, 2199, 2200 A 1) führen das Amt gemein. schaftlich sowohl nach innen, indem sie ihre Beschlüsse nur einstimmig fassen können, wie nach außen, indem sie (abweichend von HGB § 115 Abs 1) grundsätlich sämtlich bei einem Rechtsgeschäfte tätig zu werden haben. Doch können sie unbeschadet ihrer Haftung nach §§ 2218 A 1, 664 die Ausführung einem aus ihrer Mitte ober einem Dritten übertragen. Insoweit mehreren von ihnen ein Verschulden zur Last fällt, haften sie als Gesamtschuldner, § 2219 Abs 2. Eigenmächtige Teilung des Wirkungetreises entbindet sie nicht von der gemeinschaftlichen Verantwortung, s. aber A 4 u. 5. Das Auskunfts, und Rechenschafts. verlangen kann auch gegen einen einzelnen Testamentsvollstrecker geltend gemacht werden (98 328 1913, 49517). Die Steuerbehörde (§ 2205 A 1) kann bis zur Höhe des von mehreren Testamentsvollstreckern verwalteten Nachlasses jeden von ihnen in Anspruch nehmen und es

ihm überlassen, die nach dem bürgerlichen Recht etwa erforderliche Mitwirkung des oder der Mitwollstrecker seinerseits herbeizusühren (RFind ZW 1925, 20387).

2. Das Nachlaßgericht ist zur Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten wie im Falle des § 1797 Abs 1 das Vormundschastsgericht berusen. Die Entscheidung kann nicht nur von jedem Testamentevollstreder, sondern auch von sonstigen Beteiligten beantragt werden (MIA 13, 94). Der Prozesiweg unter den Testanientsvollstreckern zur Schlichtung einer Meinungsverschiebenheit über eine gemeinschaftlich auszusührende Amtshandlung ist ausgeschlossen (DLG 1, 196). Steht aber nicht fest, daß die in Rede stehende Amtshandlung den mehreren Bollstredern gemeinschaftlich obliegt, besteht vielmehr Streit darüber, wer von ihnen sie vorzunehmen hat oder ob sie gemeinschaftlich vorzunehmen ist, so entscheidet hierüber das Prozefigericht (DLG 26, 357). Eine Meinungsverschiedenheit im Sinne bes § 2224 liegt auch nicht vor, wenn unter zwei Testamentsvollstredern, von benen der eine zugleich Nachlaß. schulbner ift, Streit darüber besteht, ob dieser auf Grund seiner Schuld eine Leistung an ben Nachlaß zu bewirken hat. In solchem Falle ist der zweite Testamentsvollstreder gemäß A 3, unter Umständen auch A 5 für sich allein zur gerichtlichen Geltendmachung der Nachlaßforberung befugt (98 98, 173; KGJ 46, 134). Die auf Bornahme eines Rechtsgeschäfts lautende Entscheidung des Nachlaßgerichts tritt nach FGG §§ 82 Abs 2, 53 Abs 1, vorbehaltlich § 53 Abs 2 erst mit der Rechtskraft in Birksamkeit. Die Beschwerde steht, und zwar als sofortige jedem Testamentsvollstrecker selbständig, überdies aber den sonstigen Beteiligten, Erben, Bedachten und Auflageberechtigten aus § 2194 zu (FGG §§ 60 Ar 6, 20, 82 Abs 1). Das Nachlaßgericht darf sich nicht insofern an die Stelle der Testamentsvollstreder seben, als es eine von keinem derfelben vertretene Meinung zur Geltung bringt. Anderfeits tann es nicht gezwungen werden, einer ber Meinungen beizutreten, wenn es fämtliche Meinungen verwirft. Es hat beshalb, wenn es ihm nicht gelingt, einen der Testamentsvollstreder zur entsprechenden Antragstellung zu bestimmen, die Entscheidung abzulehnen und in wichtigen Angelegenheiten ben Beteiligten zu überlassen, die Entlassung des oder der widerspenstigen Testamentsvollstreder nach § 2227 herbeizuführen (so Schaub in DIS 08, 700; a. M. Dernburg V § 138 A 2).

3. Der Begfall eines Testamentsvollstreders tann in der Ablehnung des Amtes oder in der Beendigung nach §§ 2225, 2227, aber auch barin seinen Grund haben, daß er im einzelnen Falle durch rechtliche in seiner Person liegende Gründe an der Mitwirkung an einem Rechtsgeschäfte (MG 58, 300; 61, 139) ober an einer Brozeschandlung (NG 98, 173) dauernd verhindert ift. Borübergehende Berhinderung durch Arantheit u. dgl. ist kein Wegfall.

4. Der Erblasser kann letitwillig abweichende Anordnungen insofern treffen, als er jedem der mehreren Testamentsvollstreder einen besonderen Wirkungstreis mit eigener Berantwortung anweist, jeden nach außen zur vollen Bertretung ermächtigt (A 1), Mehrheitsbeschlusse zuläßt (Kollegialverfassung), die Entscheidung des Nachlafigerichts ausschließt, sie einem Dritten ober auch einem der Testamentsvollstrecker überträgt (A 2), mit Wegfall des einen auch das Amt der anderen erlöschen läßt oder nach § 2197 Abs 2 für Ersat sorgt (A 8) n. dgl. Die abweichenden Anordnungen sind im Bollstrederzeugnis (§ 2368) mit anzugeben. Unzulässig ist, die Wirksamkeit von Rechtshandlungen bes Testamentsvollstreckers von der Genehmigung

bes Nachlafgerichts abhängig zu machen, ba der Erblasser über den Wirkungskreis von Behörden nicht bestimmen kann.

5. Ohne Justimmung der anderen zu handeln ist der Testamentsvollstrecker, wie bei der Gemeinschaft (§ 744 Abs 2) und der Erbengemeinschaft (§ 2088 Abs 1) nur unter der Borausssehung ermächtigt, daß es sich um dringliche Erhaltungsmaßregeln handelt. Dazu kann auch die Klage auf Feststellung einer Nachlaßforderung oder ihre gerichtliche Beitreibung gehören (NG 98, 178; JB 02 Beil 244135). Nimmt ein Testamentsvollstrecker ein Kechtsgeschäft oder eine dingliche Verfügung vor, ohne durch Abs 2 gedeckt zu sein, so kann die Handlung nach §§ 177 st., 185 nur durch Genehmigung der übrigen oder durch beifällige Entscheidung des Rachlaßgerichts (A 2) wirksam werden. Abweichende Anordnungen des Erblasser sind auch in dieser Hinsch zulässig (A 4; a. M. Planck A 10).

§ 2225

Das Amt des Testamentsvollstreders erlischt¹), wenn er stirbt²) oder wenn ein Fall eintritt, in welchem die Ernennung nach § 2201 unwirksam sein würde³).

E I 1894 II 2094; M 5 223; B 5 257-259.

- 1. Die Beendigung des Amtes des Testamentsvollstreders tritt immer von selbst ein, ohne daß es (wie bei der Nachlaßpslegschaft \ 1960 A 4) einer förmlichen Ausbeung oder einer Anzeige der Amtsniederlegung an das Nachlaßgericht bedarf. So durch Erledigung aller dem Testamentsvollstreder zugewiesenen Ausgaben (NG 81, 166). Seenso durch Eintritt der auslössendere Bedingung oder des Endtermins, so insbesondere im Falle des \ 2210. Das dem Testamentsvollstreder erteilte Zeugnis wird mit Beendigung des Amtes don selbst traftlos, \ 2868 Abs 3, die Bermerke im Grundbuch und Schiffsregister (GBD \ 538, FGG \ 118) sind auf Antrag des Erben zu löschen. Herausgabe- und Rechenschässpslicht \ 28218 A 1, 666, 667, Wirksamkeit einer nach Beendigung des Amtes dorgenommenen Berfügung \ 674. Sine dom Testamentsvollstreder erteilte Vollmacht erlischt mit Beendigung des Amtes (KGZ 41, 79). Auf den Gang eines schwebenden Prozesses ist die Beendigung des Amtes ohne Einfluß (S 2212 A 1, 2218 A 1). Nicht beendet wird das Amt des Testamentsvollstreders dadurch, daß er zum Vornunde des Alleinerben bestellt wird (KGZ 48, 141). Auch nicht durch Eröffnung des Nachlaßtenkurses der der Nachlaßverwaltung (NG Grud) 63, 617). Konkurseröffnung über das Vermögen des Testamentsvollstreders kann nur einen Entlassung nach \ 2227 bilben. Der Wegsall der Testamentsvollstredung hat zur Folge, daß die Ausschließung des Erben den Berfügungsrechte (S 2211 A 1) auspört. Diese Folge tritt auch dann ein, wenn der Testamentsvollstreder durch rechtliche, in seinen Verlone der Kanstamentsvollstreders der Kerlon liegende Gründe an einer bestimmten Verfügung über einen Nachlaßgegenstand verhindert ist (vgl. \ 2224 A 3). Auch in einem solchen Falle steht das Verfügungsrecht dem Erben zu (KG RIN 16, 139).
- 2. Tod des Testamentsvollstreders. Das Amt geht nicht auf seine Erben über, soweit nicht der Erblasser einen bestimmten Erben nach § 2197 Abs 2 als Nachsolger ernaunt hat. Die Berufung des oder der Erben schlechthin ist keine "Ernennung". Anzeigepflicht und vorläusige Fortsührung des Amtes durch die Erben des Testamentsvollstreders §§ 2218 A 1, 673 Sat 2.
- 3. Eintritt der Geschäftsunfähigkeit ober ber beschränkten Geschäftsfähigkeit, Bestellung eines Pflegers nach § 1910 zur Besorgung der Bermögensangelegenheiten. Eine Wiederaushebung der Entmündigung ober der Pflegschaft läßt das einmal erloschene Umt nicht wieder ausleben.

§ 2226

Der Testamentsvollstreder tann das Amt jederzeit tündigen¹). Die Künsbigung erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlafgerichte²). Die Borschriften des § 671 Abs 2, 3 finden entsprechende Anwendung¹).

E I 1895 II 2095; M 5 223, 224; B 5 259, 260.

1. Das Kindigungsrecht steht dem Testamentsvollstrecker gleich dem Beauftragten (§ 671 Ubs 1) jederzeit zu, und zwar ohne daß er dabei über den Grund Rechenschaft zu geben hätte. Doch darf er, außer wenn ein wichtiger Grund vorliegt, nicht zur Unzeit kündigen (§ 671 Ubs 2). Hatte er durch Bertrag mit dem Erblasser oder dem Erben auf das Kündigungsrecht verzichtet, so darf er nur aus wichtigen Gründen kündigen (§ 671 Ubs 3). Über auch die unzeitige oder grundlose Kündigung bringt das Unit zum Erlöschen und kann den Testamentsvollstrecker nur schadensersatzpflichtig machen. KJU 12, 112 (§ 2199 U 2) läßt die Beschräns

fung ber Kündigung auf einen Teil des Amtes zu, wenn sich ein entsprechender Wille des Erblassers seststellen läßt. Dem Spemann steht auß § 1858 kein Kündigungsrecht zu (§ 2202 A 2).

2. Erklärung gegenüber dem Nachlaßgericht, jedoch ohne Formzwang wie § 2202 A 2
Wirksamkeit § 180. Sinsicht der Akten § 2228.

§ 2227

Das Nachlaßgericht kann den Testamentsvollstrecker auf Antrag eines der Beteiligten entlassen¹), wenn ein wichtiger Grund vorliegt; ein solcher Grund ist insbesondere grobe Pflichtverlehung oder Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschästeführung²).

Der Testamentsvollstreder soll vor der Entlassung wenn tunlich gehört werden³).

Œ I 1896 II 2096; M 5 224—226; B 5 260, 261.

- 1. Die Entlassung des Testamentsvollstreckers kann nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag, auch schon vor Beginn des Amtes (§ 2202) erfolgen. Hierzu sind die Beteiligten im Sinne von § 2198 A 3, also einschließlich der Nachlaßgläubiger und Mitvollstrecker berechtigt, dagegen nicht der Testamentsvollstrecker selbst, dem vielmehr nach § 2226 das Kündigungsrecht zusteht. Die nach Dienstordnungen zur Versagung der Erlaubnis berechtigte Behörde (§ 1888) hat kein eigenes Antragsrecht, sie kann den Beamten nur zur Kündigung anhalten. Das Nachlaßgericht wird im Wege der freiwilligen Gerichtsbarkeit ittig, der Prozesung ist damit ausgeschlossen. Sigentliche Aussichtssechte stehen dem Nachlaßgerichte nicht zu, auch nicht dei darauf gerichteten Anordnungen des Erblasses (DLG 40, 136 A 1). Sine zeitweilige Entlassung ist unstathaft; desgleichen eine einstweilige Anordnung des Nachlaßgerichts auf vorläufige Amtsenthedung (ISC 3, 172).
- 2. Was als wichtiger Grund zu gelten habe, ist dem pflichtmäßigen Ermessen des Nachlaßgerichts anheimgestellt. Pflichtverletung (grober Art, z. B. durch eine von den Umständen nicht gebotene Bevorzugung der eigenen geldlichen Intercssen vor denen der Erben, DEG 44, 98) und Unsähgteit sind (wie in § 27 Abs 2) nur beilpielsweise ausgesührt. Verschulden des Testamentsvollstreders ist nicht worausgesetzt (KGF 36 A 74); es genügt, daß er durch sein der die bei ihm tatsächlich bestehenden Berhältnisse begründeten Anlaß zu der Annahme gibt, sein Berbleiben im Amte werde die Außführung des letzten Willens beeinträchtigen oder die bei ihm tatsächlich der Beteiligten gesährben (DCG 30, 210). Unter diesem Gesichtspunkte sind auch Feinbschaft zwischen dem Bollstrecker und dem Erben (DCG 26 S. 357 u. 358; 40, 137) oder zwischen Mitvellstreckern (MI 14, 25) und längere Abwesenheit des Bollstreckers (RGI 47, 92) als Entlassungsgründe zu würchgen. Die Berhinderung des Bollstreckers, bei einer einzelnen Nachlaßgründe zu würchgen. Die Berhinderung des Bollstreckers, bei einer einzelnen Nachlaßsisch und vorbehaltlich einer besonderen Sachlage (wie in dem Kalle RFG 3, 169) uoch kein wichtiger Erund zu seiner Entlassung 174; vol. §§ 2224 V 2/3, 2225 V 1 a. E.). Dagegen wird die Klarstellung des Umstandes, daß das Nachlaßgericht den Testamentsvollstrecker ohne ein die Ernennung rechtsertigendes Ersuchen des Erbsassericht den Testamentsvollstrecker ohne ein die Ernennung rechtsertigendes Ersuchen des Erbsassericht den Testamentsvollstrecker ohne ein die Ernennung rechtsertigendes Ersuchen des Erbsassericht den Testamentsvollstrecker ohne ein die Ernennung rechtsertigendes Ersuchen des Erbsassericht den Testamentsvollstrecker ohne ein die Ernennung rechtsertigendes Ersuchen des Erbsassericht den Testamentsvollstrecker ohne ein die Ernennung rechtsertigendes Ersuchen des Erbsassericht den Testamentsvollstrecker ohne ein die Ernennung rechtsertigendes Ersuchen des Erbsassericht den Testamentsvollstrecker ohne ein die Ernennung ersuchen
- 3. Gehör wie § 2216 A 4. Dem Testamentsvollstreder steht gegen seine Entlassung sofortige Beschwerde (FGG) § 81 Abs 2), den Beteiligten gegen die Ablehnung einsache Beschwerde zu (FGG §§ 19ff.). Afteneinsicht und Aussertigungen FGG §§ 78, 85. Anwendbarkeit des älteren Rechtes RG 46, 70.

§ 2228

Das Nachlaßgericht hat die Einsicht der nach § 2198 Abs 1 Satz 2, § 2199 Abs 3, § 2202 Abs 2, § 2226 Satz 2 abgegebenen Ertlärungen jedem zu gestatten, der ein rechtliches Interesse glaubhaft macht¹).

B 6 838, 839

1. Akteneinsicht wie § 1953 A 5. Es betreffen § 2198: Die Bestimmung des Testamentsvollstreders durch einen Dritten, § 2199: Bestimmung des Mitvollstreders ober Nachfolgers
durch dem Testamentsvollstreder, § 2202: Annahme- vder Absehnungserklärung, § 2226: Kündigung. Bgl. auch FGG §§ 34, 78, 85.

Siebenter Titel

Errichtung und Aufhebung eines Testaments

Das BBB unterscheidet zwischen ber ordentlichen und außerordentlichen Testaments. form. Als orbentliche Testamente kennt es bas vor Richter ober Notar errichtete (§§ 2231 Rr 1, 2282—2246) und das eigenhändige Privattestament (§§ 2281 Nr 2, 2247, 2248). Als außerorbentliche Testamentsformen bas Gemeinde. Seuchen und Seetestament (§§ 2249 bis 2252). Daneben kommt das privilegierte Militärtestament in Betracht. Es war früher in § 44 KMil v. 2. 5. 74 mit § 20 EGMSIGO v. 1. 12. 98 geregelt; diese Be macht und den nach bem Militärstrafgeset ben Militärgeseten unterworfenen Bersonen, auch von Kriegsgefangenen und Geiseln, solange sie sich in der Gewalt des Feindes befinden, in ben in § 38 Mr 3a bis e angegebenen Formen errichtet werden. Dieselben erleichterten Formen stehen Bersonen der Besatung eines in Dienst gestellten Fahrzeugs ber Reichsmarine folvie andern an Bord genommenen und dort befindlichen Personen auch zu anderen Zeiten als denen eines Krieges oder einer Maßnahme nach NVerf Art 48 so lange offen, als sich das Fahrzeug außerhalb eines inländischen Hafens befindet. Als Nottestament verliert das Militärtestament mit dem Ablaufe eines Jahres nach dem Aufhören des die erseichterte Form zulassenden Bustandes seine Gültigkeit (§ 38 Nr 3g). Ein ordentliches öfsentliches Testament mit unbeschräukter Gültigkeitsdauer kann im Felde oder während des Aufenthalts eines Fahrzeugs der Reichsmarine außerhalb eines inländischen Hafens der militärischen Urkundspersonen (Kriegs- oder Oberkriegsgerichtsrat mit dem jetzt als Urkunds-beamter der Geschäftsstelle des Willitärgerichts bezeichneten Militärgerichtsschreiber) errichtet werden nach Maggabe des Misses v. 28. 5. 01, §§ 1, 2; FGE § 184; Bef v. 4. 1. 15, NGBI 18, §§ 1, 2, 6 (Schlegelberger a. a. D. 243f., 246ff.) und Bef v. 8. 3. 17, NGBI 29, §§ 1, 3 (Ortsangabe in den Protofollen militärischer Urfundspersonen mit rückwirfender Kraft v. 1. 8. 14 au für entbehrlich erklärt). Testamente vor Reichskonsuln in den Konsulargerichtsbezirken KonstSS v. 7. 4. 00 §§ 2, 7 Nr 2, 19 Nr 1 (vgl. auch § 38), in den sonstigen Konsulss v. 8. 11. 67 § 16 und EG Art 38; in den Schutzgebieten vor Konsularbezirten Konsuls v. 8. 11. 07 § 10 und EG Att 38; in den Schußgebieren vor den zur Ausäbung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beaunten mit Ausschlüß von Notaren (Schußgebs v. 10. 9. 00 §§ 2, 3; V. 9. 11. 00 § 11). Besonderheiten wegen des Anerbenrechts EG Att 64, der Hausderfassungen der ehemals souderänen Hauser und des hohen Abels EG Art 57, 58 (durch MBers Art 109 nicht beseitigt **RG** 101, 185; 108, 1925). — Internationales Recht über die Testierfähigkeit EG Artt 7, 24 Abs 3, die Testamenteform Art 11 Abf 1. Abergangsvorschriften EG Artt 214, 215.

§ 2229

1) Wer in der Geschäftsfähigkeit beschräntt ist, bedarf zur Errichtung eines Testaments nicht der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters2).

Gin Minderjähriger tann ein Testament erft errichten, wenn er bas

sechzehnte Lebensjahr vollendet hat3).

Wer wegen Geistesschwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigt ist, kann ein Testament nicht errichten4). Die Unfähigkeit tritt schon mit der Stellung des Antrags ein, auf Grund dessen die Entmündigung erfolgt 5) 6).

& I 1912 II 2097; M 5 247-258; B 5 317-325; 6 73.

1. Nach den allgemeinen Borschriften über die Wirksankeit der Rechtsgeschäfte sind von der Testamentserrichtung schlechthin ausgeschlossen: a) Geschäftsunsähige, d. h. nach § 104 Nr 1 Personen unter 7 Jahren, Nr 2 dauernd Unzurechnungsfähige (NG DZ3 1921, 78 über den Unterschied zwischen einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande der Geistesstörung und einem auf bloßer Willensschwäche beruhenden Zustande leichter Beeinflußbarkeit), Nr 3 wegen Geisteskrautheit Entmündigte, solange die Entmündigung sormell

au Necht besteht. Ist der Arankheitszustand der § 104 unter Nr 2 Genannten in sichten Zwischemannen behoben, so sind sie, falls sie nicht entmündigt sind (Nr 3), während dieser Zeit auch geschäftssähig und können wirksam testieren (NG 8. 3. 06 IV 420/05, 18. 5. 08 IV 367/07). Auch die Entmündigung (Nr 3) sieht unter den besonderen Boraussehungen des § 2230 der Gültigkeit des Testaments nicht entgegen; d) Versonen, die sich während der Errichtung im Justande der Bewußtsosigkeit oder vorübergehenden Störung der Geisteskätigkeit besinden, § 105 Abs 2. Der vorliegende Paragraph entzicht die Testiersfähigkeit: c) den Minderjährigen unter 16 Jahren Abs 2, d) den wegen Geistesschwäche, Verschwendung oder Trunksucht Entmündigten Abs 3, s. sedoch §§ 2230, 2253 Abs 2. Daß der Testierunsähige auch nicht durch seinen gesehlichen Verreter testieren kann, solgt aus § 2064, wonach der Erblasser in Testament nur persönlich errichten kann. Nachträglicher Erwerd der Testiersähigkeit nacht das Testament nicht gültig (IV 1916, 6071; NG 111, 252; vgl. aber § 2231 A 7).

2. Bon ben in der Geschäftsfähigkeit Beschränkten (§§ 106, 114) scheiden die A 1 unter e und d Genannten aus. Die vorläufige Bevormundung nach § 1906 ist an sich kein hindernis der Testamentserrichtung. Ebensowenig die Pflegschaft wegen Gedrechschsteit nach § 1910. S. jedoch beim Erbertrag §§ 2290 Abs 3, 2292. Auch wenn die vorläufige Bevormundung auf Grund eines Entmündigungsantrags wegen Geisteskrankheit erfolgt, bleibt für die Frage der Testerfähigkeit maßgebend, ob der Bevormundete im Augenblicke der Testamentserrichtung nach § 104 Ar 2 wirklich unzurechnungssächig vor. Aur in den Fällen des Abs 3 (Geistesschwäche usw.) hat die Antragstellung zurückbeziehende Wirkung (NG JW 1919, 724¹⁰). Zedensalls entfällt, soweit der beschränkt Geschäftssähige überhaupt testierfähig ist, die

sonst durch § 107 gebotene Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

3. Der Minderjährige unter 16 Jahren (Berechnung des Lebensalters § 187 Abf 2) ift schlechthin testierunfähig (A 1). Von da ab steht er nach Abs 1 dem Volljährigen gleich, ausgenommen, daß er mahrend der ganzen Dauer der Minderjährigkeit sich des eigenhändigen Testaments nicht bedienen (§ 2247) und das öffentliche Testament nur durch mundliche Erflärung errichten (§ 2238 Abf 2), alfo, wenn er ftumm oder fonft am Sprechen verhindert ist, überhaupt nicht testieren kann. Für ben Erbvertrag f. §§ 2275, 2290, 2292. Die §§ 2288 Abs 2, 2247 enthalten sachlich eine Beschränkung der persönlichen Fähigkeit zur Testamentserrichtung (vgl. 98 111, 252), werden aber im Zusammenhange des Gesetes, anders als die dem § 2238 Abs 2 eutsprechende Borschrift des Pruln I 12 § 17, als Formvorschriften behandelt. Daraus wird gemäß EB Art 11 Abi 1 Sat 2 zu folgern fein, daß bas von einem minderjährigen Deutschen über 16 Jahre im Ausland durch Abergabe einer Schrift ober privatschriftlich errichtete Testament gültig ist, wenn ihm bas dortige Recht solche Errichtung gestattet. Um nichts anderes als um eine Beschräntung der Teftierfähigteit handelt es sich bei der durch EG Art 200, PrUG Art 48 aufrechterhaltenen Bestimmung des PrGes v. 16. 4. 60 § 6, wonach Cheleute in westfälischer Gütergemeinschaft bei bestehender beerbter Che über das gemeinschaftliche Vermögen nur gemeinschaftlich von Todes wegen verfügen können, also von einsettigen lettwilligen Verfügungen ausgeschlossen sind (96 2. 6. 21 IV 622/20; vgl. auch 986 111, 249ff. und dagegen Endemann 3W 1926, 548, der die Gültigkeit einer einseitigen lettwilligen Verfügung eines westfälischen Chegatten nur nach ber Rechtslage entschieden sehen will, die zur Zeit seines Todes bestanden habe, damit aber dem in den Mot zu § 6 des Münsterschen Entwurfs ausgesprochenen, dem § 6 des Ges von 1860 zugrunde liegenden Gedanten nicht gerecht wird, daß in einer für den Zusammenhalt der Familie so wichtigen Angelegenheit ein Zusammenwirken beider Chegatten zu fordern sei)

4. Seistesschwäche, Berschwendung oder Truntsucht für sich allein heben die Geschäftsfähigkeit und damit die Testierfähigkeit nicht auf. Nur die deshald ausgesprochene Entmündigung, obwohl sie nach § 114 nur zur beschränkten Geschäftsfähigkeit führt, hat zugleich den Berlust der Testierfähigkeit zur Folge (A 1). Doch bleibt der Entmündigte nach § 2253 Abs 2 auch jeht noch zum Widerrus eines vor der Entmündigung errichteten Testaments

befugt. S. auch § 2230.

5. Kommt es überhaupt nicht zur Entmündigung, so bleibt das während des Versahrens errichtere Testament wirksam, auch wenn eine vorläufige Vormundschaft nach § 1906 angeordnet war. Dagegen wird die Wirkung der einmal ausgesprochenen Entmündigung (BBO §§ 661, 683) zurückszogen auf den Zeitpunkt der Antragstellung (BBO §§ 647, 680). Nicht aber auch

im Falle der Entmundigung wegen Geistesfrankheit (A 2)

6. Beweislast. Der Mangel der Testterfähigkeit ist gegenüber einem ordnungsmäßig errichteten Testamente für die Zeit der Testamentserrichtung von demjenigen zu beweisen, welcher Nichtigkeit des Testaments behauptet (MG Warn 1913 Nr 243). Im Falle des \text{104 Nr 2 genügt nicht der Nachweiß, daß sich der Erblasser "um" diese Zeit in dem dort voraußgeletten Zustande befunden hat (NG Warn 1919 Nr 179; anders 2. Aufl.). Ist die Geschäftssähigkeit sür den Zeitpunkt der Testamentserrichtung durch öffentliche Urkunde bezeugt, de trisst nach ZV § 418 die Beweislast für die Unrichtigkeit der bezeugten Tatsache, wenn der

Beweis landesgesetlich überhaupt zulässig ift, unter allen Umständen den dies Behauptenden (**NG** 18. 5. 08 IV 367/07). Im Falle des Abs I braucht der Beweis nur darauf gerichtet zu werden, daß das Testament nach der Antragstellung errichtet ist (i. jedoch § 2230). — Sonstige Beschränkungen der Testierfähigkeit sind dem BGB unbekannt. Gittergemeinschaftliche Ehegatten § 1516.

§ 2230

Hat ein Entmindigter ein Testament errichtet, bevor der die Entmindigung anssprechende Beschluß unansechtbar geworden ist, so steht die Entmindigung der Gilligkeit des Testaments nicht entgegen, wenn der Entmindigte noch vor dem Eintritte der Unansechtbarkeit stirbt¹).

Das gleiche gilt, wenn ber Entmindigte nach der Stellung des Antrags auf Wiederaushebung der Entmindigung ein Testament errichtet und die

Entmündigung dem Antrage gemäß wiederaufgehoben wird2).

Œ II 2098; B 5 320, 321, 326.

- 1. Die Teftierunjähigteit des Entmindigten (§§ 104 Nr 3, 2229 Abs 3) tritt nach BPO §§ 661, 688 mit Austellung des Entmindigungsbeschlusses in Wirksamkeit und wird in den Fällen des § 2229 Abs 3 sogar auf den Zeitpunkt der Antragkellung zurückdezogen. Der Beschluß wird unanfechtbar, wenn die Monatöfrist der §§ 664, 684 BPO abgelaufen oder wenn die rechtzeitig erhobene Klage rechtskräftig abgewiesen oder wenn sie zurückgenommen ist. Solange hiernach die Ansechtung möglich oder ein Ersolg der unternommenen Ansechtung nicht ausgeschlossen ist, bildet die Tatsache der Entmindigung sir sich allein kein Hindernis wirksamer Testamentskerrichtung, wenn der Entmindigte innerhalb dieses Zeitraums stirbt. Vielmehr hat dersenige, welcher Unwirksamkeit des vom Entmindigten errichteten Testaments behauptet, nach allgemeinen Grundsähen den Mangel der Geschäftsfähigkeit aus § 104 Kr 2 oder § 105 (andere Fälle können hier nicht in Frage kommen) für die Zeit der Testamentskerrichtung zu beweisen.
- 2. Selbst Unansechtbarkeit der Entmilndigung steht der Testamentserrichtung nicht entgegn, wenn sie in die Zeit nach Stellung des Wiederaushebungsantrags fällt (ZBD § 675, 685) und wenn es demnächt wirlich zur Wiederaushebung der Entmilndigung kommt (ZKD § 672, 679 Abs 4, 686 Abs 4). Damit ist zugleich ausgesprochen, daß zur Zeit des die Wiederaushebung anordnenden Beschusses der Urteils ein Grund zur Entmündigung nach § 6 nicht nehr vorgesegen habe. Demjeutgen, welcher die Ungültigkeit des Testaments behaubtet, ist jedoch der Beweis nicht abgeschnitten, daß der Erblasser gleichwohl zur Zeit der Testamentserrichtung wissensunfrei im Sinne von §§ 104 Ar 2, 105 gewesen sei. Dasgesch ist nach Abs 2 der Beweisantritt ausgeschlossen, daß der Erblasser wegen Geistesschwäche, Berschwendung oder Trunksucht damals noch mit Recht entmündigt gewesen sei. Das in der Zeit nach Zustellung des unangesochtenen oder erfolglos angesochtenen Entmündigungsbeschlusses die zur Stellung des Wiederaushebungsantrags errichtete Testament ist und bleibt dagegen nichtig. Übergangsbestinnnung EG Art 215 Abs 2.

§ 2231

Gin Testament tann in ordentlicher Form1) errichtet werden:

1. bor einem Richter ober bor einem Rotar2);

- 2. durch eine von dem Erblasser3) unter Angabe des Ortes und Tages5) eigenhändig geschriebene4) und unterschriebene6) Erklärung7).
- E I 1914, 1915 Abi 1 Sah 1 II 2099 Abi 1; W 5 261; B 5 326—330; RV 318—321; RTBerh 726—741.
- 1. Als ordentliche Testamentssormen fennt das BGB das (vorzugsweise so genaunte) öffentliche Testament (Ar 1) und das Krivattestament (Ar 2), das vom Gesetz im allgenteinen, aber doch nicht in seder Hussicht (s. A 7 a. E.) als dem öffentlichen Testamente aleichwertig behandelt wird. Dem stehen als außervordentliche Formen mit beschänkter Gültigseitsdauer (§ 2252) gegensiber das Gemeinder, Seuchens und Seetestament der §§ 2249—2251. Uber sonstige neben dem BGB in Kraft gebliebene Testamentssormen se Vordem vor § 2229.
- 2. Zur Beurtundung des öffentlichen Testaments (§§ 2232—2246) können laudesgesehlich entweder nur die Gerichte oder nur die Notare für zuständig erklärt werden (EG Art 141). Zur Aufnahme des richterlichen Testaments ist nur der versassungsmäßig (GBG §§ 2ff.) bestellte Einzelrichter ("vor einem Richter"), sonach der Amtsrichter besugt (FGG § 167

- Abs 1). Inwieweit der Richter hierbei durch einen im Borbereitungsdienst stehenden Rechtstundigen vertreten werden kann, bestimmen die Landesgesetze. Nach dem durch FGG § 2 für anwendbar erklärten § 167 GBG darf zwar der Richter Amtshandlungen außerhalb seines Bezirks ohne Zustimmung des Amtsgerichts des Ortes nur vornehmen, wenn Gesahr im Verzug obwaltet, und er hat in diesem Falle dem zuständigen Amtsgericht nachträglich hiervon Anzeige zu machen. In ähnlicher Beise ist landesgeselich die Zuständigkeit der Rotare abgegrenzt. Allein die Gilktigkeit eines Testaments kann wegen Verlehung dieser örtlichen Zuständigkeitsvorschriften niemals in Frage gestellt werden. Selbst dann nicht, wenn Richter oder Rotar anßerhalb der einzelskaatsichen Landesgrenzen tätig geworden wären (FGG § 7). Denn das Geset erklärt ohne jede Einschränkung "einen Richter oder einen Rotar" sürzuständig, wobei als selbstverständlich nur so viel vorausgesetzt ist, daß es sich um innerhalb des Deutschen Keichs tätig werdende, gemäß EG Art 141 sachlich zuständige beutsche Richter oder Rotare handelt (a. M. Planck U 8 a).
- 3. Privattestament. Die vom Gest ersorberten Formen sind so einsach und leicht erfüllbar, daß kein Erblasser Richtigkeit aus § 125 zu besorgen hat, wenn er seinen letzten Willen so, wie er ihn im Augenblicke der Errichtung wirtlich hegt, ohne Benutung eines Bordrucks mindestens mit der Sorgsalt niederschreibt, die jedermann an einen Brief geschäftlichen Inhalts zu wenden psiegt. Läßt er sich auf Absonderlichkeiten in der Wahl der Schriftzeichen, des Schreibmaterials, im Gedrauche von Abkürzungen, in der räumlichen Anordnung des Schreifigkaß usw. ein, so setzt er die Gültigkeit des Testaments in einer mit dem Ernst des Attes nicht verträglichen Weise aufs Spiel. Die Form eines an einen Bedachten, einen Beschwerten, einen Testamentsvollstrecker oder eine sonstige Vertrauensperson gerichteten Priefes genügt. Ist die Person des Bedachten im Texte des Briefes nicht genannt, enthält der Brief aber Anhaltspunkte zur Bestimmung seiner Persönlichkeit, so können auch änstere Umstände, insbesondere die auf dem Umschlage des Briefes siehende Anschrift zu seiner näheren Kennzeichnung herangezogen werden (§ 2084 A 2; RG L3 1927, 5815; wegen der Unterschrift eines in Briefform errichteten Testaments vol. A 0, wegen der Möglichseit der Berbindung des Testaments mit anderen brieflichen Mitteilungen A 4). Ist der Berfassen dem Erfordernissen keinschliches Testaments untende gekommen sei, so kann der Juhalt des Schriftslicks nicht als rechtsgeschässeschaftsliche Wilsensertsarung ausgesasst werden; bloße Bweise sein unch als rechtsgeschässeschaftsliche Wilsensertsarung ausgesasst werden; bloße Umschlichkeit, wenn der Erblasser bei Wöglichkeit, ein Testament in mehreren Urschriften herzustellen (A 4 gegen E.), nicht kennt und beshalb eine von ihm nach der Urschriften herzustellen (V 4 gegen E.), nicht kennt und beshalb eine von ihm nach der Urschriften herzustellen (U 4 gegen E.), nicht kennt und beshalb eine von ihm nach der Urschriften herzustellen (U 4 gegen E.), nicht kennt und beshalb eine von ihm nach der Urschriften gestente
- 4. Haupterfordernis ift eigenhändige Riederschrift des Testaments in seinem gesamten Wortlaute, also einschließlich ber Angabe bes Ortes und Tages. Der Erblasser muß sich (wenn er nicht als Krüppel auf ben Gebrauch eines andern Körperteils angewiesen ist) zum Schreiben unmittelbar ber Sand bedienen. Deshalb ift mechanische Berftellung mit Silfe von Typen (Drud, Maschinenschrift) ober burch mittelbare Kraftanwendung (Durchpausen) aus. geschlossen. Schreiben mit frember Unterstützung (geführter Feber) ist so lange eigenhändiges Schreiben, als der Schreibende dabei selbst noch die Gestalt der Schriftzüge bestimmt; nicht wenn die hand des Erblaffers bei der Riederschrift, sei es auch nur einzelner Worte oder Zahlen, völlig unter fremder Herrschaft und Leitung steht (RG Warn 09 Nr 81; 1911 Nr 336; KGJ 48, 82; BaydbLG JW 1921, 276¹). Der Stoff, auf welchem (Papier, Holz, Metall, Stein) und mittels bessen (Pinte, Bleistift, Pinsel, Griffel, Meißel) die Niederschrift bewirkt wird, ist gleichgültig. In **NG** JW 1910, 291²⁸ ist die Niederschrift mittels Griffels auf ber Schiefertafel für einfache ländliche Berhaltniffe nicht beanftandet, aber hervorgehoben, daß die Benutung besonders rasch vergänglicher Stoffe dem Wesen des Testaments widerfpricht und feine Ernftlichfeit in Frage ftellen tann. Die Bahl ber Sprache - einer toten ober lebenbigen — steht bem Erblasser frei, falls er sich barin genügend verständlich machen tann. Ebenso die Wahl ber Schriftzeichen (ber benutten ober einer andern Sprache), insbesondere ber Stenographie, wenn die Möglichkeit der Entzifferung nicht blog auf einen engen Rreis von Sachkennern beschränkt ift. War ber Erblaffer felbst nicht imstande, bas von ihm Geschriebene zu lefen, so ift bas Testament nach § 2247 nichtig. Der Bufat einzelner Berfügungen, ben ber Erblaffer bei ber Abfaffung bes Toftaments von fremder hand fertigen läßt ober in Maschinenschrift fertigt, macht nicht notwendig das ganze Testament nichtig, vielmehr ist hierüber nach § 2086 zu entscheiden (RG 68, 28 und Recht 1921 Nr 582). Nicht erforderlich ist, daß die Niederschrift eine in sich geschlossene selbständige Urkunde bildet, dafern sie nur nach dem Willen des Erblassers eine sogleich wirksame Verfügung von Todes wegen (nicht bloß ein Entwurf, die Mitteilung des Borhabens zu testieren u. dal.) sein soll. Das Testament kann beshalb auch einem Brief (NG IW or,

14325; A 3) ober bem Antrag an eine Behörde (RBirtich JB 1923, 1972) einverleibt sein. Ebenso kann es mehrere lose Blätter umfassen, wenn beren Zusammengehörigkeit festseht. Es kann endlich auch in mehreren urschriftlichen Exemplaren hergestellt werden, wozu besonberer Anlaft vorliegt, wenn (3. B. bei einer Errichtung im Felbe) der Berluft einer Teftaments. schrift zu befürchten ist (NG LZ 1928, 32211). Unzulässig ist die Verweisung auf eine Urkunde, die ihrerseits der Testamentsform entbehrt, tostamentum mysticum (NG Warn 1915 Rr 210; 1917 Rr 59, 1925 Rr 29; bgl. aber 21 7 fiber ben Fall, daß die fruhere Erflärung gum Be-

standteil einer neuen formgerechten Verfügung gemacht ist). 5 Die Angabe des Ortes und Tages ist Bestandteil ber Testamentserklärung und muß beshalb gleichfalls eigenhändig geschrieben sein. Die Benugung eines Vordrucks oder eines Stempelausdrucks oder ber Maschinenschrift für die Orts- oder Zeitangabe genügt nicht (NG 115, 113; IV 08, 386²¹; 1915, 448⁷; 1920, 785¹¹; s. aber auch KG RJA 10, 172 und Dresden LZ 1920, 728³, wonach die Beschaffenheit der Testamentsurtunde und damit auch ein auf ihr befindlicher Vordruck zwar nicht zum Ersat einer fehlenden, wohl aber zu Erläuterung einer unklaren eigenhändigen Ortsangabe "Nürnberger Straße 21" ober felbst "in meiner Bohnung" bienen taun). Das Datum muß fich ferner auf ber Teftamentsurkunde felbit, sei es auch auf ber aufgeklebten Stempelmarke (RC 3R 1910, 23719) befinden. Sieht es nur auf bem bas Testament enthaltenden Umschlag, so ist Tatfrage, ob die Aufschrift auf bem Umschlag in Vollziehung des Testamentsatts oder zu einem andern Zwede (Hinweis auf den Juhalt des Umschlags) bewirkt worden ist (NG a. a. D. und JW 02 Beil 286213; vgl. A 6). Ein bestimmter Plat auf ber Testamentsurkunde — am Kopfe, im Text ober am Ende — ist dem Datum nicht zugewiesen. Wenn nach Beschaffenheit des Falles an der Zugehörigkeit bes Datums zur Verfügung kein Zweifel ift, kann es räumlich auch unter ber Unterschrift Blat finden (RG 52, 277; Warn 1919 Nr 70). In beständiger Rechtsprechung hält das Reichsgericht an dem Erfordernis des wahrheitsgetreuen Datums fest. So RG 51, 166; 52, 282; 64, 428; 109, 372; JW 02 Beil 282; 07, 36615; 1914, 59210; 1923, 5943; dagegen Pland V II 4f und bie bort Bitierten. Das Datum ift im Unterschied von ber eigentlichen testamentarischen Berfügung nicht Willenserklärung, sonbern Zeugnis ("Angabe"). Und zwar ein Beugnis, bessen Erteilung — mit Beweistraft bis zum Nachweise bes Gegenteils — zugleich mit ber Ermadtigung, einen gesetlichen Formalatt zu vollziehen, aufnahmeweise bem Auefteller einer Privaturfunde übertragen ift. Cowenig ben fonft hierzu berufenen öffenilichen Organen freifieht, ben von ihnen vorgenommenen Aft willfürlich zu batieren (§ 2241 Ar 1), somenig fieht es auch im Belieben bes Errichters eines Privattestaments. Sierzu tommt, bag bas Datum für die Beurteilung der Teftierfähigkeit, für das Berhältnis zu anderen Berfügungen von Todes wegen und für Auslegung bes Testamentsinhalts stets von größter Bebeutung ift. (Beweissicherung für bas Datum PrBCG Artt 58, 59). Die versehentlich falfche Datierung ist nur dann sur Des Lutum prose unt vo, vo). Die versepentitig saligne Datierung ist nur dann sur den Bestand des Testaments unschählich, wenn das gewollte Datum ohne weiteres aus dem sonsigen Inhalte des Testaments erkant werden kann; auch die Verwertung offeninndiger Tatsachen ist hierdei nicht grundsätlich ausgeschlossen. Tagegen kann dem Formmangel nicht dadurch abgeholsen werden, das demnächt im Prozesse und mit hilfe der gewöhnlichen Beweismittel die wirklich gewollte Tatierung ermittelt wird. So hat NG 64, 428 ein am 18. April 1904 errichtetes, aber irrtumlich vom 18. April 1804 batiertes Testament als gultig anerkannt, ebenso 96 32 1917, 9252 ein vom 7. Dezember 1818 statt 1918 batiertes Testament. Bon folden Fällen abgesehen, besieht für ten Ciblaffer tie Deglid feit, batiertes Testament. Bon solchen Fällen abgesehen, besteht sür den Ciblasser die Orglickit, ein falsches Datum nachträglich zu berichtigen, nur in bemselben Sinne, in dem er auch soust ein wegen Formmangels nichtiges Testament wirksam machen kann (N. 7). Um wahrheitsgetreu zu sein, muß die Datierung grundsählich auf den Zeitzunkt der Fertigstellung des Testaments, regelmäßig also der unterschriftlichen Bollziehung abgestellt werden. Zedenfalls enthalten sachlich abändernde Zusähle zu dem dereits abgeschlossenen Testamente, auch hätere Ausfüllung sachlicher Lücken immer einen neuen selbständigen Testamentsält, der in sich den Erfordernissen des § 2231 genügen muß (NG 71, 302; 111, 262; JW 1917, 925²; Warn 1919 Nr 70). Das Geseh nötigt jedoch nicht dazu, eine sonst im Kechtsseben ungewöhnliche Peinlichseit der Datierung zu erfordern. Jat z. B. der von Berlin am 12. 12. 26 um 10 Uhr abends im Schnellzug abreisende Erbsasser die Niederschrift seines Testaments, das mit dem Datum "Berlin, den 12. 12. 26" überschrieben ist, noch innerhalb oder alsbald nach dem Verlassen des Verliner Weichbildes begonnen und kuz vor Leipzig nach 12 Uhr nachts abaelchlossen, so braucht die Gültigseit des Testaments nicht beanstandet nach 12 Uhr nachts abgeschlossen, so braucht die Gultigfeit bes Testaments nicht beanstandet nach 12 Uhr nachts abgeschlossen, so draucht die Guingert des Lestaments nicht beaustander zu werden. Darüber hinaus fann gesagt werden, daß, wenn sich die Errichtung eines eigen-händigen Testaments in einheitlichem Nechtsgeschäft, z. B. wegen des Umfangs der niederzuschreibenden Anordnungen oder wegen Erschöpfung des Erblassers, über mehrere Tage erstreckt, die Datierung vom ersten dieser Tage eine zwar ungenaue, aber deshalb noch nicht sormversetzende Zeitangabe ist (IFG 1, 170). Die richtige Begrenzung ist wesenslich Sache tatsächlicher Beurteilung. Im Falle mehrsacher Datierung schließt das jüngste durch Unterschrift gedeckte Datum das Testament ab (NG 115, 112); wird aber durch die mehrsache

Orts oder Zeitangabe unkenntlich, an welchem Orte oder zu welcher Zeit das Testament errichtet ift, fo steht das dem ganglichen Feblen der Angabe gleich (RBF 37 A 119;

R3A 16, 247).

Die Angabe bes Ortes erfordert eine nach den Anschauungen des Berkehrs hinlänglich dentliche Bezeichnung des Teiles der Erdoberfläche, auf dem das Testament errichtet wird. Daß der etwa hiervon verschiedene Wohnort des Erblassers im Ortsdatum angegeben wird, genügt grundfählich nicht (Re Barn 1925 Rr 29; 3B 1923, 5943 gegen Sanf&3 1921 Beiblatt 204). Wieweit in den Anforderungen an Genanigfeit der Ortsbezeichnung zu geben fei, ift Tatfrage (f. Abs 1 dieser Anmerkung gegen Ende). Es ift klar, daß die Bezeichnung "Deutschland" ungenitgend, "Leipzig, Zeiher Strafe 29 III I." dagegen übertrieben peinlich wäre. Die Angabe "Berlin W" bei Errichtung in dem postantlich zu Berlin gehörigen Teile eines damals noch nicht eingemeindeten westlichen Bororts reicht aus (NG 328 1915, 1946; Recht 1923 Rr 757; f. aber auch Re Gruch 63, 100). Berfehrsübliche Abfurgung der Ortsbezeich. nung sind nicht unftatthaft ("Blu." = Berlin RG 3B 07, 14325; "Bob." = Baderborn RS 87, 113; "Abg." für den "Mummelsburg" genannten Ortsteil der damaligen Stadtgemeinde Berlin-Lichtenberg ABS 47, 96). Ebensowenig Ortsbezeichnungen, wie Frankfurt, Freiburg, Königsberg, Neuftadt, trob fehlenden Unterscheidungsmerkmals von gleichnamigen Orten (RC 328 07, 14325). Dagegen genugtsbie bloge Angabe von Strafe und Sansnummer im Datum nicht, es fei denn, daß aus ihr wegen ihrer Befonderheit oder aus dem soustigen Inhalte des Teftaments oder aus der Beschaffenheit der Teftamentsurfunde (vgl. Sat 2 des vorigen Absahes) die Ortschaft, zu der die Straße gehört, entnommen werden könnte. Wird das Testament während einer Gee- oder Luftreise errichtet, so genügt eine Ortsangabe, wie die "an Bord des Dampfers Nordland auf der Fahrt von Stettin nach Riga" oder "an Bord des Luftschiffs ZR III auf der Fahrt von Friedrichshafen nach New York".

Die Angabe des Tages muß nicht unbedingt talendermäßig erfolgen, doch fo, daß fich der Ralendertag der Errichtung filt die Testamentsbeteiligten aus der Urfunde ergibt. Daber reicht die Angabe "im Juli 1915" nicht ans (RGSt LB 1916, 24621), ebensowerig die feine Jahreszahl enthaltende Angabe "den 15. Juli 730 nachm." in dem Testament eines am 16. Juli erhängt Aufgefundenen, auch wenn das Testament auf die Absicht, in den Tod zu gehen, erignist Anischenen, auch vollen dis Lestantent auf die Abslass, in den Lod zu gehen, hinweist (RG FE) 1923, 604¹⁶). Dagegen genügt "Kalmsvnutag 1909" oder die Bezugnahme auf allgemein bekannte oder sich im Leben des Erblassers zeitlich hervorhebende Ereignisse "Kaisers Geburtstag 1910", "am 40. Jahrestage der Schlacht von St. Krivat", "1914 am Tage des Kaiserlichen Modifinachungsbesehls" (vgl. DLG 30, 211) oder "an meinem 70. Geburtstage", "an meinem goldenen Hochzeitstage". Unzweidentige versehrsübliche Abkürzungen (23. 11. 07) sind zusässigige.

6. Die Unterschrift bildet den eigentlichen Abschluß bes Testaments, gehört deshalb richtigerweise als unterfte Zeile unter die Urfunde und bedt jedenfalls den ganzen barilber stehenden Testamentsinhalt. Doch fann auch eine auf ein voll beschriebenes Blatt oder auf die voll beschriebene Borderseite eines Blattes quer gesetzte Unterschrift genügen (MG 23 1920, 16110). Auch ist bas der Unterschrift erst nachfolgende Datum nicht notwendig ungultig (A 5 Abf 1). Befindet sie sich lediglich auf dem die lettwillige Berfügung ent. haltenden verschloffenen Briefumschlag, so kommt es darauf an, ob fie ber äußeren Erscheinung nach als Fortsetzung des im Umschlag befindlichen Schriftstude dessen Inhalt oder ob sie nur einen selbständigen, auf den Umichlag gebrachten Bermert dedt; der durch Umftande außerhalb der Urkunde, d. h. des Umschlags mit der Einlage, nachweisbare Wille des Erblassers, burch die Unterschrift auf dem Umschlage die letztwillige Berfugung zu vollziehen, ersetzt nicht die Erfüllung des Formerforderniffes, daß die Unterschrift die Berfügung der außeren Erscheinung nach deden muß (RG 61, 7; 110, 166). Die Unterschrift erfordert eigenhändige Namensunterschrift (§ 126; dahingestellt gelussen RG 87, 110f., ausgesprochen RG 110, 168). Sie wird verständigerweise so geleistet, daß sie in Berbindung mit dem Inhalte des Testaments oder offenkundigen Tatsachen die Joentität des Erblassers außer Zweifel stellt. Inwieweit hierzu ber bloge Familienname genügt, ober auch Borund Zuname oder eine sonstige nahere Bezeichnung nötig ift, ift Tatfrage. Die Formvorschrift wird aber burch die Unterzeichnung mit dem blogen Familiennamen stets erfüllt. Der Gebrauch eines unrichtigen, aber tatfächlich vom Erblaffer geführten Vornamens ift un. schädlich (MG Warn 1913 Nr 300), ebenso eine Verstilmmelung bes Namens, wenn sie dessen Erkennbarkeit nicht ausschließt (f. einerseits RGI 50, 79, anderseits NGSt 48, 231). Reines. falls reicht die Bezeichnung des Erblassers mit einer bloßen Eigenschaft, sei es auch einer Familienbeziehung aus, wie z. B. "Euer Bater" (a. M. Dernburg V & 29 A 12), auch bann nicht, wenn die Berson des "Baters" in einer auch für Dritte erkennbaren Weise aus dem Testament, 3. B. aus einer genugend beutlichen Bezeichnung ber "Kinber" entnommen werben könnte (RJU 16, 220; anders in bieser hinsicht 2. Aufl.). Bei Testamenten in Briefform genügt die im brieflichen Berkehr übliche Unterschrift mit dem Bornamen (KGI 48. 85; 50, 80; 3B 1916, 9781 nach dem Vorgange von 96 87, 109, wo diese Unterzeichnung bei Erklärungen an nahe Angehörige mindestens für den Fall zugelassen ist, daß sich aus dem durch die Unterschrift gedecken Texte die Berson des Ausstellers für jeden Dritten mit Sicherheit ergibt; s. auch **US** Warn 1918 Nr 62 und LZ 1922, 2935). Sonst fann der bloße Borname genügen, wenn sein alleiniger Gebrauch, wie seinerzeit in Deutschrand bei fürstlichen Personen oder wie des kirchlichen Würdenträgern üblich ist. Auch das Psendonhun eines unter diesem Namen bekannten Schriftsellers oder Künstlers. Schenso die Unterzeichnung eines Einzelkaufmanns mit der ihm zustehenden Firma. Das Handseichen, auch das beglanbigte (§ 126 Abs 1), kann die Unterschrift nicht ersetzen. Die Mtt-

unterschrift von Zengen ift nicht notwendig, aber unschädlich.
7. Das Geseh erfordert teine Einheit ber Errichtungshandlung. Es ist beshalb gleichgültig, wann der Text des Testaments und ob er etwa im Austande der absoluten ober relativen Testierunfähigkeit (§ 2229 A 1, 3) niedergeschrieben ift, wofern nur das Hindernis im Angenblicke bes Testamentsabschluffes burch Datum und Unterschrift gehoben war; ber Erblasser kann auch das von ihm zu einem anderen Zwede oder als früheres Testament Niedergeschriebene dazu benuten, um es durch eigenhändige Ergänzung mit neuer Datierung iv zu vollenden, daß es sein nunnehr gewolltes Testament barftellt; ob das frühere Testament gultig ober ans bem schon angegebenen Grunde fehlender Testierfähigfeit oder wegen eines Formverstoßes nichtig war, macht babei keinen Unterschied (RG 111, 247; 115, 111; Warn 1919 Ar 70). Durchftreichungen, Radierungen, Einschaltungen beeinträchtigen an sich und vorbehaltlich ber Entscheidung aus BBD § 419 bie Gultigfeit bes Testaments nicht. Eine nach Albschluß des Testaments borgenommene Durchstreichung wirft regelmäßig als Widerruf (§ 2255). Eine jest erst hinzugesette sachlich neue Ginschaltung erfordert, um als Berfligung nicht bloge Erläuterung) wirksam zu sein, von neuem Wahrung der Testamentsform (U 5). Aber bie Dedung eines Randvermerks burch bas am Ropfe der Urfunde stebende Datum . RG 28 1914, 111710. Der Beweis der Formgültigkeit des Testaments ist im Bestreitungsfalle von bem gu fuhren, der sich auf bas Testament beruft (auch gegenüber der Mage auf Feststellung der Richtigkeit, RG Seuffel 74 Rr 141); ebenso steht es mit der Beweislaft bei einem Streite barüber, ob eine Urfunde den letten Billen bes Erblaffers enthält ober nur einen Entwurf barftellt (916 28 1922, 46612). Bu der Frage, ob fich hierbei ber auf Grund bes Teftaments mit dem Erbschein ausgestattete Erbe auf bie Bermutung des § 2365 berufen darf, vgl. bort 21 2. Ift die Echtheit der Unterschrift bargetan, fo wird bis zum Nachweis des Gegenteils auch vermutet, daß die Orts. und Zeitangabe ber Bahrheit entspricht (96 64, 428; Barn 1919 Rr 70; 23. 6. 27 IV 11/27). Dagegen ist mit der Echtheit ber Unterschrift nur belviesen, daß das Darüberstehende vom Erblaffer erklart, nicht aber daß es eigenhändig geschrieben sei. Die Eigenhändigkeit dieser Niederschrift ist vielmehr von dem, der sich ans Testament berust, noch besonders zu beweisen (RG Seufsu 74 Ur 141; a. M. Dernburg V § 80 U 7). — Minderjährige und Personen, die Geschriebenes nicht zu lesen vermögen, können sich des Privattestaments nicht bedienen, § 2247. Amtliche Verwahrung §§ 2248, 2256 Abs 8, Ablieferungspssisch § 2250. Gemeinschaftliches Privattestament § 2267. In Grundbuchangelegenheiten (GBD § 36), beim Schiffspsandrecht (FGG § 107 Abs 2) jund nach ASchuldbur v. 31. 5. 10 § 16 ist das Privattestament als Beweismittel für die Erbfolge und für die Ernennung eines Testamentsvollstreders nicht augelassen, fo bag biefer Beweis burch einen Erbichein ober ein ihm gleichgeftelltes Zeugnis geführt werden muß, anders 3BG § 17 Abf 8.

§ 2232

Für die Errichtung eines Testaments vor einem Richter oder bor einem Rotar gelten die Borschriften der §§ 2233 bis 22461).

AB 821.

I. Neben den hier angezogenen und diese **Borschriften ergänzend** ("unbeschadet" FGG § 168) kommen die Bestimmungen des FGG §§ 169—182 über gerichtliche und notarielle Urkunden in Betracht, insdesondere § 176 Abs 3 (Feststellung der Personenidentität) und § 182 (Aussertigungen und Auszüge). Im üdrigen besteht zwischen BGB und FGG meist wörtliche Übereinstimmung. Insoweit sie verschieden sind (§§ 2284—2237) ist das BGB maßgebend (KGZ 51, 91). Außerdem greisen ergänzend ein etwaige Borschriften der Landesgesend (KGZ 51, 91). Außerdem greisen ergänzend ein etwaige Borschriften der Landesgesehe (KGG § 200), doch ist ein Berstoß hiergegen ohne Einstuß auf die Gistligkeit der Berstügund von Todes wegen (KG Art 151, **RG** 58, 152). Nur die Bersehungslandesgesehlicher Borschriften über die sachliche Auständigkeit (z. B. der Richter oder Notare CG Art 141, auch Art 57, 58), nicht auch von Borschriften über die örstliche Juständigkeit (§ 2281 A 2) hat Nichtigkeit der Beurkundung zur Folge. Hat nach gesenüber den konkare oder Notars (§ 889, CG Art 77, NBers Art 181), insdesondere auch gegenüber denjenigen Personen, zu deren Gunsten das ungültige Testament errichtet wurde (RG 58, 296; 95, 219; Barn 1917 Rr 243).

§ 2233

Bur Errichtung des Testaments muß ber Richter einen Gerichtsschreiber oder zwei Zengen1), der Rotar einen zweiten Rotar oder zwei Zengen2) zuziehen3).

E I 1915 A61 1 Say 2, A61 2 II 2099 A61 2; M 5 261—263; B 5 830—332.

1. Der Gerichtsichreiber ift identisch mit der durch das Ges. v. 9. 7. 27, RGBI I 175, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle bezeichneten Amtsperson (des Amtsgerichts) in GBG § 153, FGG §§ 11, 21, 169ff. Seine Bestellung erfolgt ausschließlich nach Landesrecht. Ob die Riederschriften von ihm ober vom Richter selbst vorgenommen werden, ist gleich. gillig. Die Zeugen sind Solennitätszeugen. Sie werden nicht besonders in Pflicht genommen und erfüllen ihr Amt burch bloße Anwesenheit während des Errichtungsaftes (§ 2239) und Mitvollziehung bes Protofolis (§ 2242 Abf 8). Unfähigfeitsgrunde §§ 2284—2237. Un Stelle bes Gerichtsschreibers ober ber Zeugen tann ber Richter (nicht ber Notar) nach Landesrecht eine besonders dazu bestellte Urkundsperson zuziehen (EG Art 149, Sächsche v. 18. 6. 98 § 46). 2. Rotar. Das Notariat ist nur landesgesetzlich geordnet. Dem nur als Solennitäts.

person amtierenden "zweiten Notar" (§ 2236) steht der die Testamentsverhandlung leitende und die Riederschrift besorgende als "beurkundender Notar" (§§ 2236, 2237 Nr 4) gegenüber.

3. Gerichtsichreiber, Beugen und zweiter Rotar muffen vom Richter ober vom beurkundenden Notar (nicht vom Erblaffer RG BBIFG 14, 168 mit Folgerungen für die Regreß. pflicht bes Richters ober Rotars) zugezogen, b. h. in irgendeiner Form zur Anwesenheit bei ber Testamentserrichtung veranlaßt und in die Lage gebracht werden, dabei "mitzuwirken" (§ 2242 Abs 3). Bloß zufällige Anwesenheit genugt nicht.

\$ 2234

Als Richter, Notar, Gerichtsschreiber oder Zeuge tann bei der Errichtung des Testaments nicht mitwirken1):

1. der Chegatte des Erblassers, auch wenn die Che nicht mehr besteht2);

2. wer mit dem Erblaffer in gerader Linie oder im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert ist3).

E I 1916 Abi 1 II 2100; M 5 263, 264; B 5 832-334.

1. Die Ansichliegungsgründe ber §§ 2234-2236 find im Gegensah zu § 2237 zwingen. ben Rechtes ("tann nicht"). Sie beziehen sich sowohl auf ben beurkundenden wie auf den zweiten Notar (§ 2233 A 2). Die tropbem erfolgende Mitwirkung hat Nichtigkeit bes Testamente gur Folge. Entsprechend anwendbar auf ben Dolmetscher (§ 2244), die landesgesehlich zugelassene Urfundsperson (EG Art 149 Abs 2) und bei den außerordentlichen Testamentsformen der §§ 2249—2251, sowie beim Erbvertrag § 2276. Die Ausschließungsgrunde für den Richter nach Foo § 6 tommen baneben nicht in Betracht.

2. Chegatte wie FGG § 170 Nr 2, nicht auch der Verlobte. 3. Verwandte (§ 1589) und Verichwägerte (§ 1590) wie FGG § 170 Nr 8. Die Schwägerschaft dauert auch nach Auflösung der Ehe fort, § 1590 Abs 2. Legitimation und Chelicheits. erflärung SS 1719, 1736 ff., Annahme an Kinbes Statt SS 1757, 1762 ff., uneheliche Kinber § 1705.

§ 2235

Als Richter, Notar, Gerichtsschreiber oder Zeuge kann bei der Errichtung des Testaments nicht mitwirken1), wer in dem Testamente bedacht wird ober wer zu einem Bedachten in einem Berhältniffe ber im § 2234 bezeichneten Art, ftcht2).

Die Mitwirkung einer hiernach ausgeschlossenen Person hat nur zur

Kolge, daß die Auwendung an den Bedachten nichtig ist3).

E I 1916 Abi 2 II 2101; M 5 265, 266; B 5 392-384.

1. Zwingenben Rechtes (§ 2234 U 1) f. aber Abf 2. Bezieht fich sowohl auf ben be-

urfundenden wie auf ben zweiten Notar (§ 2283 N 2).

2. Bedachte find ber Erbe (auch ber Rach. und Erfagerbe), Bermachtnisnehmer, nicht aber der durch eine Auflage Begunstigte (§ 2192 A 1). Auch nicht der im Testament als Vormund oder Pfleger Benannte (§§ 1776 Abs 1 Rr 1 u. 2, 1777, 1915—1917; RIA 16, 167). Ebensowenig ber jum Testamentsvollstreder Ernaunte (§§ 2197ff.; BanDbLG 19 A 113),

selbst wenn ihm eine Vergütung nach § 2221 ausgeseht ist. Übersteigt sie das übliche Maß, fo ift sie insoweit nach Abs 2 zu streichen. Die Unfähigkeit mit der Folge des Abs 2 ift auch bann vorhanden, wenn der bedachte Richter, weil das Testament verschlossen fibergeben wird, pon ber Ruwendung keine Kenntnis erlangt (AGI 51, 93). Sie bleibt aber gultig, wenn das übergebene Testament als Privattestament aufrechterhalten werden kann (§ 2238 A 3). Für den Bestand der Zuwendung ist es unschädlich, wenn der Richter usw. nicht persönlich, sondern nur als gesetzlicher Vertreter (der Gemeinde, NG Warn 1911 Nr 279) bedacht ift, ober wenn er zu bem Bebachten erft nach ber Teftamentserrichtung in ein Berhaltnis ber bezeichneten Art tritt.

3. Nur relative Richtigfeit im Gegensat zu der absoluten Wirkung der Unfähigfeits. grunde §§ 2284, 2286. Db bie nichtigfeit ber betreffenden Buwendung die Unwirtsamteit bes ganzen Testaments zur Folge hat, ist nach § 2085 zu beurteilen. — Der Schreiber bes übergebenen Testaments (S C Libonianum) tann gultig behacht werben. Gegebenenfalls

Anfechtung aus § 2078.

\$ 2236

Mis Gerichtsschreiber oder zweiter Rotar oder Benge tann bei der Errichtung des Testaments nicht mitwirken, wer gu dem Richter oder dem beurkundenden Rotar in einem Berhältnisse der im § 2234 bezeichneten Art steht1).

E I 1917 Abi 1 II 2102; M 5 266; B 5 334, 335.

1. Awingenden Rechtes § 2234 A 1. § 2234: Che, Verwandtschaft, Schwägerschaft Db bie Sollennitätspersonen untereinander in einem derartigen Berhaltnis fteben, ift ohne Bedeutung. Ebenso FGG § 172.

\$ 2237

Mis Zeuge foll bei ber Errichtung des Testaments nicht mitwirken1):

1. ein Minderiähriger:

- 2. wer der burgerlichen Chrenrechte für verlustig erklart ift, während der Zeit, für welche die Aberkennung der Ehrenrechte erfolgt ift;
- 3. wer nach den Borichriften der Strafgesetze unfähig ift, als Beuge eidlich bernommen zu werden;
- 4. wer als Gefinde oder Gehilfe im Dienste des Richters oder des beurkundenden Rotars fteht.

₹ I 1917 216 2, B II 2108; DR 5 266-270; B 5 834-836.

1. Das "Soll" im Gegensate zu "Muß" (§ 2288) ober "kann nicht" (§§ 2284—2286) will bie Untauglichkeitsgründe der Nr 1—4 nur als Ordnungsvorschriften kennzeichnen, beren Verletjung Ungultigfeit bes Testaments nicht zur Folge hat. Ebenso FGG § 178. Dagegen folgt aus der Natur der Sache, daß als Zeuge nur mitwirken kann, wer die Fähigkeit besitzt, die einzelnen Vorgänge des Testamentsakts wahrzunehmen, sollte er auch in Wahrheit nicht darauf geachtet oder das Gehörte nicht ersaßt und verstanden haben. Hiernach sind jelbst. verständlich als Zeugen ausgeschlossen Blinde, Taube und (außer im Falle des § 2245) der deutschen Sprache Unkundige (§ 2240). Ebenso dauernd oder auch vorübergehend Geschäftsunfähige (§§ 104, 105). Stumme wenigstens dann, wenn sie sich nicht genügend verständlich machen können. Endlich Zeugen, die nicht wenigstens ihren Namen schreiben können (§ 2242 Abs 3). Die Zuziehung solcher Zeugen macht bas ganze Testament nichtig. Frauen und Ausländer sind unbeschränkt zeugensähig. Ebenso FGC § 173. Weitergehende landesgestliche Vorschriften sind auf die Gultigkeit des Testaments ohne Einstuß (EG Art 151).

Bu Rr 1: Minderjährige (und nicht für volljährig Erflarte) §§ 2, 3. Dagegen sind bie wegen Geistesschwäche, Verschwendung und Truntsucht Entmundigten oder vorläufig Be-vormundeten den Minderjährigen nur in Ansehung der Geschäftsfähigkeit gleichgestellt (§ 114), sonach zur Mitwirkung als Sollennitätszeugen an sich nicht untauglich. Beim Feldte stament können auch Minderjährige als Zeugen mitwirken, wenn sie dem aktiven Heere angehören (MilFGG v. 28. 5. 01 § 2). Für das Militärtestament bestehen nach RWehrG § 38 Nr 3 (Vorbem vor § 2229) wie früher nach KMiG v. 2. 5. 74 § 44 Nr 2, 3 überhaupt keine bestehen nach RWehrG § 38 Nr 3

fonderen Anforderungen an die Fähigkeit ober Tauglichkeit ber Zeugen. Bu Rr 2: Berluft ber bürgerlichen Ehrenrechte StyB §§ 32—38. Die nach § 34 Rr 5 eintretende Unfähigfeit, Zeuge zu sein, ist burch die Sollvorschrift bes BGB (EG Art 82) für Testamente entsprechend abgeschwächt.

Bu Rr 3: Unfahigteit zum Zeugnis StoB § 161 als Folge ber Berurteilung wegen

Meineid .

Bu Nr 4: **Cefinde oder Chilse.** Über das Gesindeverhältnis bestimmte das Landestrecht (EG Art 95). Nach der Ausschung der Gesindeverhaltnis bestimmte das Landestrecht (EG Art 95). Nach der Ausschung der Gesindeverhaltnissen durch Nr 8 VO v. 12. 11. 18 (MGBI 1803) wird der Begriff lediglich aus den Lebensverhältnissen zu entnehmen und, unter Ausschles untergeordnete häusliche oder persönliche Dienste verrichten. Gehilsen im Dienste des Nichters können nicht in Betracht kommen, da Nichter wie Gehilse die im Dienste des Kaates stehen. Zu den Gehilsen des Notars gehören nur die zur dauernden Dienstleistung im Beruse, gleichviel ob zu juristischen oder rein mechanischen Verrichtungen augenommenen Hilfspersonen, nicht bloß vorübergehend Beschäftigte (Gepäckträger). Ob die Zeugen zum Erdlasser oder zum zweiten Notar (§ 2233 A 2) oder zueinander im Dienst oder Gehilsen verhältnis stehen, ist gleichgültig — Anwendbarkeit auf den Dolmetscher § 2244, auf das Gemeindetestament § 2249, den Erdvertrag § 2276 und mit Ansnahme von Nr 4 auf das Seuchen, und Seetestament §§ 2250, 2251.

§ 2238

Die Errichtung des Testaments ersolgt in der Weise¹), daß der Erblasser dem Richter oder dem Notar seinen letzten Willen mündlich erklärt²) oder eine Schrift mit der mündlichen Erklärung übergibt, daß die Schrift seinen letzten Willen enthalte³). Die Schrift kann offen oder verschlossen übergeben werden⁴). Sie kann von dem Erblasser von einer anderen Person geschrieben sein⁵).

Wer minderjährig ift oder Geschriebenes nicht zu lefen vermag, tann

das Teftament nur durch mündliche Erklärung errichten8).

€ I 1918, 1922 II 2104; 5 270, 271, 277; \$ 5 836, 889.

1. Die eigentsiche Errichtung des Testaments besteht in der mündlichen Erklärung des letten Willens oder in der Übergabe der Schrift und der sie begleitenden Erklärung (MG 61, 149). Im Sinne des Gesehret gehört aber zu dem Testamentsakt auch die Herstellung des siber die Errichtung" aufzunehmenden Protokolls (§ 2240), der sich zuschlesse siner Ordnungsvorschrift (§ 2246) die Versiegelung und Verwahrung des Protokolls auschließen soll. Ein Versiegen die Formvorschriften des § 2238 wirkt immer Nichtigkeit (§ 125). Der Erblasser kann vor Richter oder Notar (§ 2231 Nr 1) in der einen oder der andern Form nur persönlich testieren, § 2064. Testierfähigkeit §§ 2229, 2230 (s. auch unten N 6).

2. Die mündliche Erklärung des letten Willens richtet sich an den amtierenden Richter

ober Notar. Sie allein ist maßgebend, barauf ob sie von der Amtsperson richtig verstanden ist, kommt nichts au (MG JB 1910, 614; 27. 10. 24 IV 713/23; § 2084 A 2). Sie kann nur durch bas Mittel der Sprache, auch einer fremden Sprache (96 85, 308), alfo unr burch die lantliche Bildung von Borten, die von den mitwirkenden Personen (§§ 2233, 2289) muffen verstanden werden können (RG 108, 400f.), niemals durch bloße Zeichen oder Gebärden (Kopfnicen) erfolgen (RG 85, 125f.). Stumme sind beshalb auf schriftliche Übergabe des Testaments beschränkt (§ 2243), wenn sie sich nicht in der Lautsprache verkändlich machen können. Der Erblasser braucht sich nicht in ausführlicher oder zusammenhängender Rede zu äußern, die Erflärung fann vielmehr auch im Wege ber Rebe und Gegenrede, Frage und Antwort zwischen dem verhandelnden Beaniten und dem Erblaffer zum Ansbrud gelangen (96 Grud) 65, 99). Auch die Benutung von Riederschriften ift hierbei nicht ausgeschlossen (RG 63, 87). Riemals aber kann das bloße Verlesen des Protokolls und bessen Genehmigung durch den Erblasser (§ 2242) die mündliche Erklärung ersetzen; benn berfelbe Vorgang fann nicht die Bedeutung der Abgabe einer Erklärung und gleichzeitig bie ber Genehmigung einer bereits abgegebenen Erklärung haben (RG 85, 120; 86, 391; 3B 1920, 6417; Gruch 65, 99). Ebensolvenig ist bie Bezugnahme auf eine Schrift gemäß FGG § 176 Abs 2 ausreichend, wenn sie nicht von ber besonderen hierfür vorgeschriebenen Erklärung (A B) begleitet ist (FGG § 168; NG 61, 149; Recht 1918 Nr 736). Indessen hat NG (3. 38) 92, 27 für die Erklärung, daß die übergebene Schrift ben letten Willen enthalte, ben Ersat durch die Genehmigung des Protofolls zugelassen (s. bagegen Herzfelber JW 1918, 368 zu 7).

3. Mergabe des letten Willens. Für die zu übergebende Schrift gilt hinsichtlich des Stoffes, der Sprache, der Schriftzeichen das beim Privattestament Gesante (§ 2281 A 4). Dagegen ist Eigenhändigkeit der Niederschrift nicht erforderlich (A 5), die Benuhung von Typen (Druck, Maschinenschrift) zusässig, Datierung und Unterschrift ganz entbehrlich. Mehrere gleichzeitig überreichte Willenserklärungen, auch wenn sie verschieden datiert sind, gelten als einheitlich im Augenblick der Übergade abgegeben. Insoweit sie sich widersprechen, heben sie sich gegenseitig auf. Erfüllt die übergebene Schrift sämtliche Erfordernisse des § 2281 Nr 2, so bleibt sie als Privattestament in Kraft, auch wenn der öffentliche Errichtungsatt

ans irgendeinem Grunde ungultig fein oder gemäß § 2252 werden follte (AGS 50, 81). Es mußte denn bewiesen werden, daß der Erblasser die fertiggestellte Schrift bis gur Abergabe in Amtshand nur als unverbindlichen Entwurf behandelt wiffen wollte (vgl. aber § 2086). Die Ubergabe erfordert ichon zur Beseitigung von Identitätszweifeln, daß der Erblaffer selbst die Schrift dem Richter ober Notar körperlich, wenn auch nicht gerade von Hand zu Hand aushandigt. Es genugt bestiglb nicht, bag er ein Schriftftud als fein Teftament bezeichnet, das sich überhaupt nicht niehr in seinem Besit, vielleicht bereits in der hand einer der mitwirkenden Bersonen befindet (NG 81, 34). Dagegen genügt es, wenn der Richter oder Notar bas in feinem Besitze befindliche Schriftstud bem Erblaffer in greifbare Rabe hinlegt und bann in Gegenwart der übrigen mittvirkenden Bersonen mit erklärter Zustimmung des Erblaffers an fich nimmt (NG Warn 1914 Nr 88; DLG 44, 99). Die den Übergabeaft begleitende mundliche Erklärung ersordert nicht den Gebrauch feierlicher Worte. Es genügt, wenn der Erblasser die Frage des Testamentsbeamten, ob die übergebene Schrift seinen letzen Willen enthalte, mit "Ja" beautwortet (A 2); es genügt auch, daß der Testamentsbeamte dem Erblaffer jagt, wenn er wolle, daß die Schrift als fein Teftament gelten folle, fo muffe er ihm die Worte "das ift mein Testament" nachsprechen, und daß der Erblaffer, der etwa infolge einer Krankheit unr mühsam sprechen kann, darauf die vier ihm einzeln vorgesprochenen Worte einzeln nachspricht; auch auf solche Weise kann, wie durch die Antwort "Ja" auf eine entsprechende Frage, ein auf eigenem Billensentschluß bernhendes Bekenntnis zum Inhalte der Schrift als lettem Willen kundgegeben werden (RG 108, 400). Im übrigen gilt das Al 2 Gesagte. Durch die Aberreichung und durch Aufnahme des Protofolls wird das überreichte Schriftstud selbst Bestandteil der öffentlichen Urfunde (NG 84, 165f.). Die mundliche Erklärung tann fich zugleich auf Bufate, Anderungen oder Berichtigungen zu bem fachlichen Inhalt des übergebenen Testaments erstrecken. Gesetlich besteht kein Hindernis, in dieser

Weise beibe Formen der Testamentserrichtung zusammenzusassein (RG 82, 149). 4. Das verschlossen übergebene Schriftstüd darf vom Richter oder Rotar nicht geöffnet, das verschwere nicht gegen den Willen des Erdlassers eingesehen werden. Auf offendare Mängel wird ex officio nobili ausmerksam zu-machen sein. Abergabevermerk auf der Urkunde

selbst ist zwedmäßig, aber gesetlich nicht vorgeschrieben.

5. Das übergebene Testament braucht nicht eigenhändig geschrieben zu sein (U. 3). Derienige, welcher es niedergeschrsehen hat, ist von der Mitwirkung bei der Testamentserrichtung
nicht ausgeschlossen. Soweit nicht § 2285 entgegensteht, kann er darin auch wirksam bedacht
werden.

6. Minderjährige, soweit sie nicht für volljährig erklärt sind (§ 3), sind wie vom Privattestament (§ 2247), so auch vom öffentlichen Testament in Form der Übergabe, auch in den källen der §§ 2240, 2250 Albs 1, ausgeschlossen (§ 2229 A 3). Dasselbe gilt von dem, der Geichriedenes nicht zu lesen vermag, gleichviel od er hieran durch danerndes körperliches Unvernögen wie der Blinde oder in sehr hohen Erdenachsichtige (MS 86, 886; FO 8), 180° oder durch vorübergehende Beeinträchtigung der Sehraft, oder wegen Berstandes oder Erziehungsmängeln (Analphabet) verhindert ist. Das Lesevernögen muß auch in bezug auf das überreichte Schriftstät wenigstens insolveit vorhanden sein, daß der Erblasser Gelgriedenes dieser Art im allgemeinen zu lesen vermag (RS 76, 94, zugleich über die Beweischsschlicht bessen dieserundten Schriftzeichen (Stenographie usw.) nicht entzissern kann oder die benutzte fremde Sprache nicht versteht. Voses Schreidunvernögen ift unschäblich. Stumme sind umgekehrt auf das schriftsich übergebene Testament beschränkt (§ 2243) und deshalb von der Testamentserrichtung ganz ausgeschlossen selament sindersährig oder des Lesens unvernögend sind.

§ 2239

Die bei der Errichtung des Testaments mitwirkenden Personen1) muffen während der ganzen Verhandlung zugegen sein2).

E I 1915 Abi 8 II 2105; M 5 268; B 5 331, 332.

1. Die mitwirkenden Personen sind die in § 2233 Genannten. Der Erblasser gehört dazu nicht, braucht mithin der Vollziehung des Testamentsprotokolls durch die Mitwirkenden (§ 2242 Abs) nicht notwendig beizuwohnen (NG 85, 128; JW 05, 24°e). Er ist vielmehr in §§ 2241 Nr 2, 2242, 2245 zu den Mitwirkenden ausdrücklich in Gegensatz gestellt. Edensonenig der Dolmetscher (§ 2244 Abs) 1, wo § 2239 nicht mit angezogen ist; Näheres § 2244 A 7).

2. Die ganze Berhandlung begreift nicht nur die eigentliche Testamentserklärung und den Akt der Schriftübergabe nach § 2238, sondern auch die in §§ 2242—2245 erwähnten Erklärungen und sonstigen Vorgänge, demgemäß auch die Verlesung, Genehmigung und Unterkeichnung des Protokolls in sich. Insbesondere genügt nicht, daß die Zeugen nur diesem letten

Teile der Testamentsverhandlung beigewohnt haben (96 63, 86; vgl. § 2238 A 1/2) ober bağ ber Gerichtsschreiber nur bas Dittat bes Richters zu hören bekommt (NG 3W 09, 46121). Abwesenheit eines Mitwirkenden auch nur bei einem bieser Borgange macht bas gange Testa. ment nichtig (§ 125). Insofern enthält das BGB eine bewußte Abweichung von FGG § 174. Die Unterschrift eines Mitwirkenden tann, soweit das überhaupt noch zulässig ift (§ 2242 A 5), nur in Gegenwart der übrigen Mittwirkenden rechtswirksam nachgeholt werden (RJA 14, 270). Bugegensein sest voraus, daß die Mitwirkenden den Erblasser während der Berhandlung, soweit diese in seiner Gegenwart stattzusinden hat (vgl. A 1), sehen und hören können. Db die Beugen der Berhandlung auch tatfächlich gefolgt find, ist nicht entscheidend. Die Mitwirlung bei ber Bersiegelung und Berwahrung bes Testaments ist nur burch die Ordnungs. vorschrift des § 2246 angeordnet. Bei vorbereitenden Gesprächen ist die Anwesenheit der übrigen Mitwirkenden nicht erforderlich, ebensuvenig während der Abfassung und Riederschrift des Protofolls, die (als vorbereitender Entwurf) der eigentlichen Testamentsverhandlung logar vorausgegangen sein darf (RC 85, 124; JW 1915, 58116; Gruch 50, 115 und 65, 99). Aberhaupt erfordert das Gesetz feine Einheit der Errichtungshandlung. Unterbrechungen selbst von längerer Dauer machen ben Att nicht ungültig, wenn zugleich bas Brotofoll über etwaige Veränderungen des Ortes und Tages der Verhandlung wahrheitsgetreuen Ausschluß gibt (§ 2241 Nr 1). Zeitweilige Entsernung eines Mitwirkenden ist ohne Bedeutung, wenn in seiner Abwesenheit nicht verhandelt worden ist (RG Warn 1918 Rr 207 u. 244). Ein Wechsel der mitwirkenden Personen vor Abschluß des Testamentsatts ist bagegen schon mit Rudficht auf § 2242 Abs 3 ungulässig. - § 2239 findet auf bie außerordentlichen Testamentsformen (§§ 2249, 2250 Abf 1) und ben Erbvertrag Unwendung (§ 2276).

§ 2240

über die Errichtung des Testaments muß ein Protofoll in dentscher Sprache aufgenommen werden¹).

& I 1919 A6 1 II 2106; M 5 271; B 5 236, 287.

1. Das Protofoll (§§ 2240—2242) ist wesentlicher Bestandteil des Errichtungsakts, ebenso bei den außerordentlichen Testamentsformen der §§ 2240—2251 und beim Erbvertrag § 2276. Die deutsche Sprache ist auch bei Zuziehung eines Dolmetschers (§ 2244), im Falle des § 2245 ist wenigstens deutsche Übersetzung vorgeschrieben. Für sonstige Förmlichkeiten des Protofolls bleiben mit dem Vorbehalt aus EG Art 151 die Landesgesetze maßgebend. Entsprechend FGG § 175.

\$ 2241

Das Prototoll muß enthalten1):

1. Drt und Tag der Berhandlung;

2. die Bezeichnung des Erblassers und der bei der Berhandlung mitwirtenden Personen;

3. die nach § 2238 erforderlichen Erklärungen des Erblassers und im Falle der itbergabe einer Schrift die Feststellung der itbergabe.

E I 1919 Abi 2 II 2107; M 5 271, 272; B 5 836—338.

1. Die hier und in den folgenden §§ 2242—2245 aufgestellten Erfordernisse des Testamentsprototolls sind wesentlich ("muß"), so daß ihre Berlehung Richtigkeit des Testaments zur Kolge hat (§ 125). Zugleich sind sie erschöpfend. Insbesondere bleibt die Berlehung weitergehender landesgesehlicher Borschriften auf die Gilltigkeit ohne Einsluß (EG Art 151). Die Beweiskraft der danach hergestellten öffentlichen Urkunde ist nach ZPO §§ 415, 418,

419 zu beurteilen.

Zu Nr 1: Die Angaben siber **Drt und Tag der Verhandlung** müssen, wie beim Privattestament (§ 2231 A 5) der Wahrheit entsprechen. So **RG** (4. 3S) 81, 95; 3W 1917, 468¹¹ und **RG** (5. 3S) 109, 368 gegen **RG** (3. 3S) 74, 421, wo die Form auch bei versehentlich falscher Datierung als gewahrt und die Gültigkeit des Testaments hierdurch nicht als beinträchtigt angesehen wird; diesen Standpunkt hat der 8. 3S jeht aufgegeben (**RG** 109, 371). Offendare Versehen sind unschäblich, wenn sie aus dem Protokols selbst (DLV 44, 99) oder auch, wie der 4. 2S a. a. D. und in **RG** 84, 163 zuläßt, aus gleichzeitigen mit dem Testamentsakt unmittelbar zusammenhängenden antlichen Beurkundungen berichtigt werden können; insbesondere kann hierzu die antliche Ausschlichen Beurkundungen berichtigt werden können; insbesondere kann hierzu die antliche Ausschlichen Beurkundungs bes Protokols expeden (**RG** 3W 1911, 58936). Nur die ansgeschriedene kalendermäßige Bezeichnung des Tages entspricht der Bedeutung der öffentlichen Urkunde, wenn auch der Gebrauch siblicher Ab-

türzungen die Gültigkeit nicht beeinträchtigen mag (KC 58, 152). Für die Ergänzung einer mangelhaften Angabe ("Verhandelt in Leipzig am . . . Mai 1920") gilt dasselbe, wie für die Berichtigung eines offenbaren Versehns (KGJ 50, 76; s. auch KC Warn 1917 Nr 248). Eine im Protofoll gänzlich sehlende oder nur mit "hier" (ohne Bezug auf eine sonstige Ortsbezeichnung) oder "heute" gemachte Ortsboer Leitangabe kann aber nicht auf andere Weise ersett werden (NG TW 1917, 9263). Erstreckt sich die Testamentsverhandlung selbst (im Gegensah zu vorbereitenden Besprechungen oder einer vorbereitenden Riederschrift § 2239 A 2) über mehrere Tage, so muß das Protofoll hierüber Aufschluß geben. Die für das Privatestament § 2231 A 5 (mit IFG 1, 170) vertretene misdere Aufschluß geben. Die für das öffentsliche Testament nicht übertragen werden. Immerhin wird eine bald nach Nitternacht absechsossen und kann bestellt übertragen werden. Immerhin wird eine bald nach Nitternacht absechsossen nicht für nichtig erklätt zu werden brauchen (dahingestellt gelassen KG 109, 369f.).

Bu Kr 2: Die Bezeichnung muß nicht notwendig eine namentliche, aber doch so bestimmt sein, daß sie die Personen der Beteiligten ergibt. Bezüglich der Person des Erblasser kann auch ein regelmäßig geführtes Pseudonym genügen (§ 2231 A 6). Sine besondere Aufführung der Mitwirkenden als Richter, beurtundender Rotar, zweiter Rotar (§ 2233 A 2), Bengen ist ratsam, aber entbehrlich, wenn hierüber nach dem Gesamtinhalt des Protocolls kein berechtigter Zweifel möglich ist (v. 11. zu JW 1925, 38716 einerseits Herzselder ebenda andererseits Josef das. 754). Die Personen brauchen nicht seierlich als "bei der Verhandung mitwirkend" genannt zu werden (RG JW 09, 2016). Die Bezeichnung gehört ordnungsmäßig in den Terr des Protocolls, es kann aber, salls an der Einheitlichkeit der Beurkundung kein Zweifel besteht, unter Umständen genügen, wenn sich die Bezeichung am Rande des Protocolls besindet, oder wenn sie (RG 50, 16) erst aus der Unterschrift ersichtlich wird, während im Terte nur von "den unterzeichneten Gerichtspersonen" die Rede ist. Die Aufnahme einer Feltstellung über die Joentität des Erblassers (FGG § 176 Abs 3) und über seine Geschäftsfähigkeit ist wünschenswert, aber nicht notwendig.

Au Ar 8: Erklärung des Testamentsinhalts selbst ober, bei Übergabe einer Schrift, die Tatsache der Übergabe und der sie begleitenden Erklärung. Die Feststellung dieser Tatsache kann auch in der protokollierten Erklärung: "Wir überreichen hiermit..." gefunden werden (RG Warn 08 Ar 74). Ob die Schrift offen oder verschlossen übergeben war, ning nicht notwendig protokolliert werden. — Versiegelung, Aufschrift und Verwahrung § 2246.

§ 2242

Das Prototoll muß vorgelesen, von dem Erblasser genehmigt und von ihm eigenhändig unterschrieben werden.). Im Prototolle muß sestgestellt werden, daß dies geschehen iste). Das Prototoll soll dem Erblasser auf Berlangen auch zur Durchsicht vorgelegt werden.).

Ertlärt der Erblaffer, daß er nicht ichreiben tonne, so wird seine Unter-

schrift burch die Feststellung dieser Ertlärung im Prototoll ersett4). Das Prototoll muß bon den mitwirtenden Bersonen unterschrieben

werden⁵).

Æ I 1919 2[6] 8, 4, 1920 II 2108; M 5 278—276; % 5 836—339.

1. Sat 1 hat nur das **Kroivfoll** im engeren Sinne, d. h. alle nach § 2241 Nr 1—8 wesentlichen Bestandteile im Auge, nicht die in § 2241 Nr 8 bezeichnete Schrift, auch wenn sie ofsen übergeben wird (NG 84, 165), ebensowenig die nach Sat 2 (NG 79, 368), nach Abs 2 (NG 68, 81; 86, 891) und nach §§ 2243 Abs 2, 2244 Abs 3, 2245 Abs 2 dem Prototoll einzuberleibenden Keststellungen und Versicherungen. Insbesondere ist auch die Beurtundung über Ort und Tag der Verhandlung worzusesen und zu genehmigen (NG 50, 215); ebenso die Bezeichnung der der Verhandlung mitwirkenden Personen (NG 3W 1911, 804*). Si sit aber zulässig, daß zunächst der die einleitenden Augaben des § 2241 Nr 1 n. 2 enthaltende Teil des Prototolls vorgelesen, dann erst der nach § 2238 ersorderliche eigentsiche Errichtungsvorgung vollzogen, gemäß § 2241 Nr 3 prototolliert und darauf dieser Teil des Prototolls vorgelesen wird (NG 108, 403). Die Vorseizung, gleichviel von welchem der Mitwirkenden sie vorgenommen wird, ist auch dei Taudheit des Erblassers wesentsich, unverzichtar und wird weder durch sand beit Taudheit des Erblassers wesentsich, unverzichtar und wird weder durch sand sit nach durch die Durchsicht des Prototolls (U 3), erseit. Für die Genchmanng ist mündliche Erstäung (§ 2238 U 2) nicht vorgeschrieben, sie kann deshalb auch stillschweigend außgedrückt werden (Kopfniden; NG 108, 403), sit aber nicht schon in der Unterschrift wird, nut der Vorsesung und Genehmigung des Prototolls in einen einzigen Verhaudlungsvorgung zusammenzuziehen, s. § 2238 U 2. Die Unterschrift muß eine eigenhändige sein und den Ersordernssen, s. § 2231 U 6 enterschrift muß eine eigenhändige sein und den Ersordernssen, s. § 2231 U 6 enterschrift muß eine eigenhändige sein und den Ersordernssen, s. § 2231 U 6 enterschrift muß eine eigenhändige sein und den Ersordernssen, s. § 2231 U 6 enterschrift muß eine eigenhändige sein und den Ersordernssen.

sprechen. Dies ist nicht deshalb ausgeschlossen, weil eine zweite Person mitbestimmend an der Herstellung der Unterschrift mitgewirkt hat (NG Warn 1911 Nr 386; § 2281 A 4). Die Unterschrift kann nicht durch Handzeichen ersetzt werden, muß nicht notwendig mit der im Protokoll enthaltenen Bezeichnung des Erblassers (§ 2241 Nr 2) übereinstimmen und nuß räumlich zu dem vorangebenden Protokoll einschließlich des Bernerks über Vorlesung und Genehmigung in einem Verhältnis stehen, daß dessen Irnhalt hierdurch als gedeckt angesehen werden kann. Auch der Vlinde hat, wenn er dazu imstande ist, zu unterzeichnen; andernsalls muß der Ersatsonworschrift des Abs 2 genügt werden (NG 86, 385).

2. Die Feststellung ist eine von den mitwirkenden Bersonen ausgehende Bezeugung, die einer besonderen Vorlesung und der Genehmigung des Erblassers nicht bedarf, aber durch seine Unterschrift auch nicht erseth wird. Sie nuch sich auf alle drei Erfordernisse: Borlesung, Genehmigung, Unterzeichnung erstrecken (FG 1, 355; NG FB 04, 2082; über die Grenzen der Möglichkeit, etwaige Zweisel oder Untsarheiten der protokolsarischen Feststellung aus Vorgängen außerhalb des Protokolls aufzuhellen, s. A 5 a. E.). Der Feststellung aus Vorgängen außerhalb dem gesamten Protokoll räumlich nachsosen und kann anch einer nun erst beginnenden, vom Erblasser unterschriedenen Zusat decken, wenn dem Protokolle zu entnehmen ist, daß sich der Vermert auch hierauf beziehen soll (NG FW 1911, 76628). Der Gebrauch der üblichen Abkürzung: "B. g. u." kann als genügend angesehen werden (NG 53, 150). Ebenso die Feststellung, "das Testament" (statt Protokolls) sei vorgelesen worden (NG Banz) 808, 19).

3. Die Vorlegung zur Durchsicht (für den Fall eines Verlangens des Erblassers durch bloße Ordnungsvorschrift angeordnet) braucht nicht notwendig beurkundet zu werden, kann aber die unterbliebene Vorlesung auch dann nicht ersehen, wenn sie allen Mitwirtenden

gegenüber erfolgt wäre (BrFGG Art 41).

4. Die Unterschrift ift entbehrlich, wenn ein Doppeltes vorliegt: Erkfärung bes Erb. laffers und Feststellung diefer Ertlärung im Protofoll. a) Die Ertlärung des Erblaffers muß dahin gehen, daß er nicht schreiben könne. Die Erklärung, nicht schreiben zu wollen oder nur schlecht schreiben zu können, genügt nicht. Die Erklärung ist die einzige vom Gesetz zugelassene Erkenntnisquelle für die Schreibensunfähigkeit. Darauf, ob fie ber Bahrheit entspricht und auf welchen Grunden fie beruht, tommt nichts an. Der beurkundende Beamte darf hierüber gar teine Erörterungen anstellen. Die Erflärung tann beshalb niemals burch das bloß objektive Zeugnis der Urkundspersonen ersett werden, der Erblaffer sei (weil infolge von Schlaganfällen gelähmt) zur Unterzeichnung angerstande gewesen. Auch burch eine Auslegung, als beruhe bas Bengnis auf ber Erklärung des Erblaffers, tann in solchen Fällen nicht nachgeholfen werden (RG 69, 79 gegen 65, 875 a. E.; j. aber auch RG 3FG 4, 155). Dagegen ist die Erklärung an eine Form nicht gebunden. Sie kann auch in der Genehmigung bes eine objektive Feststellung bes Schreibunvermögens enthaltenben Brotofoll. textes (98 56, 368; 69, 83; 75, 374; 328 09, 31413), regelmäßig auch in der Unterfreugung des Protofolls mit dem Handzeichen gefunden werden (96 69, 83; 328 08, 55617; Warn 1917 Nr 243; AGS 37 A 126 und AG SRojch 1925 Nr 1527). b) Feststellung der Ertlärung im Prototoll. Sie ist auch hier lediglich Bengnis der Urfundspersonen (A 2) und bilbet feinen Bestandteil bes vorzulesenden, vom Erblasser zu genehmigenden und zu unterzeichnenden Protofolls (A 1). Gine Boriefung und Genehmigung diefes Feststellungsvermerts burch ben Erblaffer ist deshalb überflüffig. Wohl aber ift fie, wie schon unter a bemerkt, eine genügende Grund. lage bafür, die in dem Bermerk enthaltene objektive Beurkundung bes Schreibunvermögens unn auch als die vom Geseth erforderte subjektive Erklärung des Erblaffers, er konne nicht schreiben, aufzusaffen. Im übrigen reicht es aus, wenn die Feftstellung irgendwie auf die Erflärung des Erblaffers Bezug nimmt, fo wenn vermertt wird: der Erblaffer habe nicht unterschrieben, weil er des Schreibens unkundig "sei", oder: er habe, weil des Schreibens unkundig (wegen Schwäche schreibensunfähig), das Protokoll nur mit dem Handzeichen versehen (NG 65, 375; 69, 88; Warn 1917 Nr 248) oder: er habe erklärt, blind zu sein, und mit Rücksicht auf seine Blindheit nicht unterschrieben (NG 86, 385).

5. Die Unterschrift der mitwirkenden Fersonen (§ 2289 A 1) nuß sich zu dem Brotofoll auch räumlich in einem Verhältnis besinden, daß daburch sein gesanter Inhalt, einschließlich etwaiger Randvermerke, des Vermerks über Vorlesung und Genehmigung, der Unterschrift des Erblassers und der soust vorgeschriedenen Feststellungen gedeckt wird. Die Unterschriften brauchen jedoch nicht notwendig die letzten Worte des Protofolls zu bilden (NG 68, 297: Vermerk "unterschrieden" erst unter der Ramenszeichnung, vol. auch KGF 43, 100). Die Unterzeichnung muß eine eigenhändige sein und kann weder durch Handen noch durch Feststellung des Schreibunvermögens ersetzt werden. Ist sie ganz unterblieden, so wird sie durch einen besonders zu beurkundenden Alt nachgeholt werden dürsen, solange noch res integra, d. h. solange das Testament noch nicht eröffnet ist (KGF 88 A 141, aber auch RG 79, 366). Nicht wesentlich ist, daß auch der Erblasser, der selbst zu den mitswirkenden Personen nicht gehört, der Unterzeichnung beiwohne (§ 2289 A 1). Es ist beshalb

der Gültigkeit des Testaments unschädlich, wenn der Erblasser stirbt oder geschäftsunsahig wird, nachdem er das verlesene Protokoll genehmigt und unterzeichnet oder die Erklarung abgegeben hat, daß er nicht schreiben könne (a. M. Staudinger A IV; Ripp § 14 bei A 40; Leonhard VI). — Die Beodachtung der wesentlichen Förmlichkeiten muß aus dem Protokolle selbst hervorgehen oder aus Borgängen, die mit seiner Errichtung in unmittelbarem Busammen-hange stehen (NG 86, 390; 97, 298; FB 1927, 1205¹⁹; § 2241 A 1 31 Ar II) und kann nicht anderweitigen Ermittlungen entnommen werden (NG IV 04, 208²¹). Entsprechend FGG § 177.

8 2243

Wer nach der Aberzeugung des Richters ober des Notars stumm oder sonst am Sprechen verhindert ist, kann das Testament nur durch Abergabe einer Schrift errichten¹). Er muß die Erklärung, daß die Schrift seinen letzten Willen enthalte, bei der Berhandlung eigenhändig in das Protokoll oder auf ein besonderes Blatt schreiben, das dem Protokoll als Anlage beigefügt werden muß²).

Das eigenhändige Riederschreiben der Ertlärung sowie die Aberzeugung des Richters oder des Notars, daß der Erblasser am Sprechen verhindert ift, muß im Prototolle festgestellt werden3). Das Prototoll braucht von

dem Erblaffer nicht befonders genehmigt zu werden4)5).

E I 1921 II 2109; M 5 276, 277; B 5 339.

1. Darüber, wer finmm oder sonst am Sprechen verhindert sei, entscheibet lediglich die pslichtmäßige, nach freier Brüfung gewonnene Uberzeugung des beurkundenden Beamten (nicht wie in § 2242 A 4 a die Erklärung des Erblasser.). Das Testament kann beshald nicht mit der Behauptung angesochten werden, der Erblasser häte sprechen können; es kömnte nur durch den nach BBD § 418 Abs 2 aufässignen Beweis enkkräftet werden, daß der Beamte jene Uberzeugung nicht gehabt habe (RC 108, 402). Kann sich der Stumme in der Lantsprache verständlich machen, so ist er auch zu mündlichen Erklärungen im Sinne von § 2288 befähigt. Dagegen ist die Zeichensprache für Kundgebung des letzten Willens ausgeschlossen. Wer am Sprechen und gleichzeitig am Schreiben (A 2) verhindert ist, kann deshald überhaupt nicht testicren (RJA 17, 70). Ebenso derzienige am Sprechen Verhinderte, welcher minderjässig oder lesenzunvermögend ist (§ 2238 A 6). Ob die Verhinderung am Sprechen dauernd oder nur vorübergehend ist, z. B. auch nur auf einem ärztlichen Verdote beruft, macht keinen Unterschied. Ubergabe einer Schrift § 2288 A 3.

2. Die eigenhändige schriftliche Erklärung (§ 2281 A 4) ersett die mündliche Erklärung

2. Die eigenhändige schriftliche Erklärung (§ 2281 A 4) ersett die mündliche Erklärung nach § 2288 A 3. Sie muß beshalb gleich dieser bei der Verhandlung abgegeben, d. h. vor den Augen der mitwirkenden Personen (§ 2289) niedergeschrieben werden, darf nicht schon vorher hergestellt sein, braucht aber nicht unterschrieben zu werden und dem Gesetze nicht wörklich zu entsprechen. Da das Protokoll oder ein besonderes als Anlage beiaufügendes Blatt vorgeschrieben ist, wird der Umschlag des verschlossen übergebenen

Schriftstüds zur Riederschrift nicht benutt werben burfen.

3. Neben den hier vorgeschriedenen besonderen Feststellungen ist die Feststellung der Schriftübergabe (§ 2241 A 1 zu Nr 8), serner die Feststellung der Protosollvorlesung und Unterzeichnung, wenn auch nicht der Genehmigung (§ 2242 A 2), gegebenenfalls auch die Feststellung nach § 2244 Abs 3 geboten. Darüber, daß es der Vorlesung dieser Feststellungen

nicht bedarf, f. § 2242 A 4 b.

4. Das Prototoll bedarf zwar nicht der Genehmigung, die nur schriftlich erfolgen könnte, wohl aber der Borlesung — einschließlich der niedergeschriebenen Erklärung — und der Unterschrift des Erblassers nach § 2242 A 1, selbst dann, wenn die eigenhäudige Erklärung (A 2) von ihm bereits unterschrieben worden wäre. — § 2243 gilt auch für das Gemeindetestament (§ 2249), nicht aber für das Senchen und Seetestament vor Zeugen, da hier nur mündliche Erklärung statthaft ist (§§ 2250, 2251). Entsprechend FGG § 178.

5. Blinde sind auf das öffentliche, mündlich erklärte Testament beschränkt (§ 2288 A 6). Taube sind unbeschränkt testiersähig. Bur Kontrolle des Protokolls können sie Durchsicht verlangen (§ 2242 A 3). Taubstumme können, wenn schreibkundig nach § 2248, wenn die

Lautsprache beherrschend auch nach § 2238 testieren.

\$ 2244

Ertlärt der Erblaffer, daß er der deutschen Sprache nicht mächtig fei1), so muß bei der Errichtung des Testaments ein vereideter Dolmetscher zu-

gezogen werden2). Auf ben Dolmeticher finden die nach den SS 2234 bis 2237 für einen Zeugen geltenden Borichriften entsprechende Unwendung3).

Das Prototoll muß in die Sprache, in der fich der Erblaffer erklärt, überfett werden4). Die überfetung muß von dem Dolmeticher angefertigt oder beglaubigt und borgelesen werden; die Abersetung muß bem Proto-

toll als Anlage beigefügt werden5).

Das Prototoll muß die Ertlärung des Erblaffers, daß er der deutschen Sprace nicht mächtig fei, sowie ben Ramen bes Dolmetichers und bie Feststellung enthalten, daß der Dolmeticher die Abersetung angesertigt ober beglanbigt und fie vorgelejen hat6). Der Dolmetscher muß das Prototoll unterichreiben?).

€ I 1928 216 1-3 II 2110; M 5 278, 279; B 5 839-842.

1. Dafür, ob ber Erblaffer der bentichen Sprache nicht mächtig fei, ift, wie im Falle bes § 2242 A 4 einzige Erkenntnisquelle die Erklärung bes Erblaffers. Auch bann, wenn fie nach Aberzeugung des beurfundenden Beamten mahrheitswidrig ift, barf er bie Aufnahme des Testaments nicht ablehnen (a. M. DLG 1, 409). Gie ist auch im Falle des § 2248 an feine Form gebunden. Deutsche ift nicht gleich hochbeutscher Sprache. Berfieht ber Beamte die vom Erblasser gebrauchte Mundart nicht, so ist er in der Wahl der Mittel, um eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen, nicht beschränkt.

2. Der Dolmetscher muß vereibet fein. Die Beteiligten konnen hierauf nicht wie nach Hos § 9 verzichten. Ift ber Dolmeischer nicht im allgemeinen vereibet, so hat ber Nichter ober Notar nach Lanbesrecht, eb. nach GBG § 191 bie Vereibung vorzunehmen. Er ist sörmlich zuzuziehen, § 2288 U 8, und zwar neben ben bort genannten Personen. Der Dolmetscher tann beshalb nicht gleichzeitig als Gerichtsschreiber (MIN 2, 59, abweichend

Oimeister inm vesignt nicht gietigering als Gertchisstistever (vizet 2, vo, übweichend ERG § 192), Notar ober Zeuge mitvirken.

3. § 2284: Aussichließung des Ehrgatten, gewisser Verwandter und Verschwägerter des Erblassers, § 2285: Richtigseit der dem Dolmetscher oder seinen Angehörigen gemachten Anteundungen, § 2286: Aussichließung wegen der Beziehungen zum Richter oder deurfundenden Notar, § 2287: Sollvorschriften wegen gewisser Untauglichseitsgründe.

4. Der eigentlichen Testamentserrichtung nach §§ 2288, 2248, die von seine des Erblassers der Schaffers in der fremden Sprache erklärt und vom Dolmetscher beutsch wiedergegeben wird, bei Wiederschrift des Arptivalls in deutscher Sprache im Kalle des § 2248 zugleich

folgt die Riederschrift des Prototolls in deutschre Sprache, im Jalle des § 2248 zugleich die Entgegennahme der die Übergabe begleitenden fremdsprachlichen Erklärung und deren übersetzung. Das deutsche Prototoll ist demnächst in die fremde Sprache schriftlich zu

übersetzen. Kein Rebenprotokoll in der fremden Sprache, s. jedoch § 2245.

5. Ob die übersetzung vom Dolmetscher selbst oder einer andern, vielseicht gewandteren Person vorgenommen wird, ist gleichgültig. Jedenfalls muß sie vom Dolmetscher sersche Doglandigt werden (§ 129). Sie bedarf nicht der Genkingung des Erdlasses. Als eigentstischer maßgehonder Aucht der Tollomentschlassen eine Ramen sunterschrift biegen maßgehonder Aucht der Tollomentschlassen eine Ramen sunterschlieben. licher maßgebender Inhalt ber Testamentserklärung gilt bas deutsche Prototoll. Die Behandlung ber Übersetung als Anlage (§ 2246) erforbert nicht formliche Berbindung mit

dem Protofoll.

6. Die Erklärung, der deutschen Sprache nicht mächtig zu fein, ift unmittelbarer Bestandteil bes Prototolis. Sie bedarf deshalb der Vorlejung, Genehmigung und Unterschrift des Erblassers und kann nicht, wie im Falle bes § 2242 A 4 b durch eine entsprechende Feststellung ersett werden (a. M. Pland U 6). Wohl aber gilt das dort Gesagte von den sonstigen Feststellungen, insbesondere von der namentlichen Aufführung oder einer souft genügenden Bezeichnung bes Dolmetschers (MGI 35 A 83). Wesentlich ift auch, bag ber Dolmetscher im Protofoll als berjenige genannt ift, ber die Abersetung angesertigt ober beglaubigt und fie vorgelesen habe (KGF 89 A 75; NG JW 1915, 58216; aber auch NG 97, 295, wonach in bem Protofoll eine genugende Feststellung ber Unfertigung oder Beglaubigung ber Ubersetzung durch den Dolmetscher gefunden werden kann, wenn barin gesagt ift, daß der Dolmetscher die Verhandtung in der "beigefügten" Übersehnig vorgelesen habe, und wenn diese Uberfetzung mit einem vom Dolincischer unterschriebenen, die Richtigkeit ber Uberfetzung bezeugenden Bermerk abgeschloffen ift).

7. Geziemenderweise hat ber Doimetscher bem ganzen Errichtungsatte beizuwohnen. Da er jedoch nicht zu den mitwirkenden Berfonen gehort (§ 2289), fo genügt die Unwesenheit bes Lolmetschers, folange er gebraucht wirb. Insbesondere ift fie unerläglich mahrend ber ihm allein obliegenden Borlesung ber Abersetung. Geine Unterschrift hat er in Gegenwart ber Mitwirkenden, nicht notwendig auch bes Erblassers, unter bas Protofoll zu seben. Daraus folgt, daß er die Anfertigung der Abersetung ober beren Beglaubigung sowie ihre

Beifügung als Anlage später nicht nachholen fann. — Richtigkeit bei Verletung ber Form. porschriften § 125. Gie gelten auch für ben Erbvertrag (§ 2276) sowie für bas Gemeinbe. nicht aber für das vor Zeugen errichtete Seuchen- und Seetestament (§§ 2249—2251). Entsprechend FGG §§ 179, 180.

8 2245

Sind fämtliche mitwirtende Berfonen ihrer Berficherung nach ber Sprache, in der sich der Erblasser erklärt, mächtig1), so ist die Zuziehung eines Dol-

metidere nicht erforderlich2).

Unterbleibt die Zuziehung eines Dolmetschers, so muß das Protokoll in der fremden Sbrache aufgenommen werden3) und die Erklärung des Erblaffers, daß er der beutichen Strache nicht mächtig fei, fowie die Berficherung der mitwirtenden Berfonen, daß fie der fremden Sprache mächtig feien, enthalten4). Gine beutiche übersetung foll als Anlage beigefügt werden5).

E I 1923 Ubi 4 II 2111; M 5 279, 280; B 5 839-842.

1. Testament in fremder Sprache. Erste Boraussehung ist, daß der Erblasser seiner – formlosen — Erklärung zusolge der beutschen Sprache nicht mächtig ist (A 4). Gibt er otiese Erklärung nicht ab, so verbleibt es bei der beutschen Geschäftssprache. Ferner müssen sämtliche mitwirkende Personen (§ 2239) der betreffenden fremden Sprache mächtig sein. Hierzu ist ihre Versicherung ersorderlich, aber auch genügend, selbst wenn sie der Wahrheit nicht entspräche. Der Erblasser selbst hat die gleiche Versicherung nicht abzugeben.

2. Die Zuziehung des **Dolmetschre** ist "nicht ersorderlich", der leitende Veamte ist aber daran nicht gehindert, auch wenn die Voraussehung des Abs 1 äußerlich gegeben ist, ins-

besondere, wenn er ben abgegebenen Versicherungen mißtraut. Wird ber Dolmetscher zu-gezogen, so sind lediglich die Formvorschriften des § 2244 maßgebend.

3. Im Gegensat zu § 2244 A 5 ift bas frembiprachliche Prototoll maggebend. Es muß selbstwerftanblich allen sonftigen für bas Arvtofoll erteilten Kormporfchriften entsprechen.

Deutsche Ubersetung 2 5.

4. Die Ertlärung des Erblaffers ift, wie im Falle des § 2244 A 6, unmittelbar Bestandteil des Protofolls, deshalb vorzulesen, vom Erblasser zu genehmigen und zu unterzeichnen. Dagegen enthält die Bersicherung der Mitwirkenden lediglich eine Feststellung

5. Die Beifigung einer deutschrieben in NG JB 08 Beil 30°°).

5. Die Beifigung einer deutschrieben überschung als Anlage (§ 2246) ist nur ordnungschalber vorgeschrieben. Es ist gleichgültig, von wem sie angesertigt ist, sie bedarf auch nicht wie im Falle des § 2244 A 5 der Vorlesung und Beglaubigung. — Anwendbar auf die außere orbentlichen Teftamenteformen [§§ 2249-2251 und ben Erbvertrag § 2276. Entsprechenb FOG § 179.

\$ 2246

Das iiber die Errichtung des Testaments aufgenommene Arotofoll foll nebst Anlagen, insbesondere im Falle der Errichtung durch übergabe einer Schrift nebft biefer Schrift1), bon dem Richter ober bem Rotar in Gegen. wart der übrigen mitwirkenden Personen und des Erblaffere 2) mit bem Amtsfiegel berichloffen, mit einer bas Teftament naber bezeichnenden Aufichrift, die bon dem Nichter oder dem Notar zu unterschreiben ift, bersehen3) und in besondere amtliche Berwahrung gebracht werden4).

Dem Erblaffer foll über bas in amtliche Berwahrung genommene Tefta-

ment ein hinterlegungeschein erteilt werben5).

E I 1932 Abi 1, 2 II 2112; M 2 295, 296; B 5 851.

1. Amtliche Bermahrung und Berichliegung bes Testaments. Der Testamentsatt geht mit Unterzeichnung des Protofolls nach § 2242 Abi 8 zu Ende. Nichtbefolgung der hier erteilten Ordnungsvorschriften ist beshalb auf die Gültigkeit des Testaments ohne Einstuß. Als Anlagen kommen in Frage bie übergebene Schrift § 2238 Abs 1, bas besondere Blatt § 2243 Abs 1, die Übersetung §§ 2244, 2245. Die Aufnahme sonstiger Anlagen ift unstatt. haft, aber unschädlich.

2. Die zwingende Borfdrift bes § 2239 über bie Gegenwart ber Mitwirtenben wird infolge ber blog reglementarischen Natur ber Borschriften über Berschluß und Aufschrift insoweit von selbst zur Ordnungsvorschrift. Die Amwesenheit des Erblassers ist gleichfalls nicht wesentlich (§ 2242 A 5).

3. Nähere Anweisungen über Berschluß usw. nach Landesrecht. Das Amtssiegel wird burch Trocken- oder Farbenstempel, die einen Berschluß nicht herzustellen vermögen, nicht

ersett. Mitverschluß durch sein Privatsiegel ist dem Erblasser nicht verwehrt.

4. Besondere amtliche Berwahrung im Gegensch zu der gewöhnlichen Aftenverwahrung (NG 48, 99). Nähere Bestimmungen über die Berwahrungsstelle, die mit dem Nachlaßgericht nicht zusammenzufallen braucht (NG 53, 308), insbesondere über die Zuständigkeit der Notare zur eigenen Berwahrung nach Landesrecht. Die Borte "in Gegenwart der stdrigen mitwirkenden Bersonen und des Erblasserscht. Die Borte "in Gegenwart der stdrigen mitwirkenden Bersonen und des Erblassers" (A2) sind auf die Berwahrung nicht zu beziehen. Amtliche Berwahrung des Privattestaments § 2248, Rücknahme aus der Berwahrung § 2256, Einsicht § 2264. Unwendbar auf das Gemeindetestament § 2240, im Zweisel auch auf den Erbvertrag § 2277.

5. Der hinterlegungsichein ift von Amts wegen und trop etwaigen Bergichts gu er-

teilen. Die Testamentsurschrift darf dem Erblasser niemals überlassen werden.

§ 2247

Wer minderjährig ist oder Geschriebenes nicht zu lesen bermag, kann ein Testament nicht nach § 2231 Nr 2 errichten1).

AB 321.

1. Minderjährige und Lesensunfähige (§ 2288 A 6) sind nicht bloß ausgeschlossen vom Privattestament (§ 2231 Ar 2), sondern nach § 2238 Abs 2 auch vom schriftlich übergebenen Testament, deshalb beschränkt auf das mündlich erklärte Testament vor Richter oder Notar (§ 2238) oder Gemeindevorsteher (§ 2243) oder drei Zeugen (§§ 2250, 2251). Sind sie kumm oder am Sprechen verhindert (§ 2243), so können sie überhaupt nicht testieren. Über die rechtliche Natur der Bestimmung s. § 2220 A 3.

§ 2248

Ein nach § 2231 Nr 2 errichtetes Testament ist auf Berlangen des Erblassers in amtliche Berwahrung zu nehmen¹). Die Borschrift des § 2246 Abs 2 findet Anwendung²).

AB 321.

- 1. Die antliche Berwahrung des Privattestaments macht es nicht, wie die Übergabe der Schrift nach § 2238, zum öffentlichen Testament. Sie sindet nur auf Verlangen des Erblassers statt, das formlos und regelnäßig auch durch einen Vertreter gestellt werden kann (NJN 1, 146). Nücknahme ist zulässig, sie gilt nicht als Widerruf, § 2256 Abs & Absservuf, § 2256 Absservuf, § 2256 Absservuf, § 2256 Absservuf, § 2250.
 - 2. hinterlegungsichein.

§ 2249

Ist zu besorgen, daß der Erblasser früher sterben werde, als die Errichtung eines Testaments vor einem Richter oder vor einem Rotar möglich ist1), so kann er das Testament vor dem Borsteher der Gemeinde, in der er sich aushält, oder, falls er sich in dem Bereich eines durch Landesgesetz einer Gemeinde gleichgestellten Berbandes oder Gutsbezirkes aushält, vor dem Borsteher dieses Berbandes oder Bezirkes errichten2). Der Borsteher muß zwei Zeugen zuziehen3). Die Borschriften der SS 2234 bis 2246 sinden Anwendung; der Borsteher tritt an die Stelle des Richters oder des Notars4).

Die Besorgnis, daß die Errichtung eines Testaments vor einem Richter oder vor einem Rotar nicht mehr möglich sein werde, muß im Prototolle sestgestellt werden⁵). Der Giltigkeit des Testaments steht nicht entgegen,

daß die Besorgnis nicht begründet war6).

E I 1925, 1932 M6 1, 2 II 2113; M 5 281, 282, 295, 296; B 5 842—345, 851; AB 822.

1. Gemeindetestament. Die hier vorausgesetzte Besorgnis, auf deren objektive Begründetheit es nach Abs 2 nicht ankommt, wird regelmäßig nur in Land- oder kleineren Stadt- gemeinden gegeben sein. Doch ist die Art der Gemeinde (t. ruri conditum) nicht entscheidend.

Auch wenn ein Amtsgericht ober ein Notar barin seinen Sit hätte, ist das Gemeindetestament nicht ausgeschlossen. Weber der Richter noch der Rotar dürsen rechtzeitig erreichbar sein, die Feststellung (A 5) muß sich daher auf beide Alternativen erstrecken (NG Warn 1917 Rr 243, KG JRdich 1925 Rr 1689; offengelassen IV 08 Beil 64¹⁴⁸, Unerreichbarkeit des Amtsrichters dei der besonderen Sachlage für genügend erklärt JW 02 Beil 216⁶⁵, als Tatsrage behandelt JW 05, 24²⁶). Besondere Voraussetzung der Absperrung § 2250 Abs 1.

- 2. Aufenthalt bes Erblassers in der Gemeinde, sei es auch bloß vorübergehender Art (Durchreise) genügt. Wohnsit ist nicht ersordert. Wer als Vorsteher der Gemeinde, des Berbandes oder Gutsbezirks und wer als sein Stellvertreter zu gelten habe, bestimmt sich Landesrecht. EG Art 150 gestattet dem Landesgeset, an Stelle des Vorstehers oder neben ihm andere Personen (Orts., Dorfgerichtspersonen) zu bestellen.
- 3. Juzichung von zwei Zeugen wie im Falle bes § 2283. Ihre Bezeichnung mit einem Amtscharafter ist unschädlich (Schöffen RG JB 05, 2428). Die Mitwirkung eines Gemeindeschreibers sindet nicht oder doch nur in der Eigenschaft eines Zeugen statt (vgl. RJA 14, 278).
- 4. Die angezogenen §§ 2234—2246 ergeben, daß alle für das ordentliche öffentliche Testament erlassenen Borschriften (Unfähigkeit des Borstehers oder eines Zeugen, Art der Errichtung durch mündliche Erklärung oder Schriftübergabe, Beschränkung der Minderjährigen und Leseunsähigen auf mündliche Erklärung, ständige Unwesenheit, Inhalt des Protofolls, die besonderen Bestimmungen bei Sprechundermögen und Unkenntnis der beutschen Sprache, endlich über die Art der Verwahrung) auf das Gemeindetestament unmittelbar anwendbar sind, nur daß der Vorskeher an Stelle des Richters oder Notarstitt. Die Verlehung einer dieser Vorschriften bewirkt deshalb Nichtigkeit, soweit dies beim ordentlichen Testament der Fall ist (§ 125). Anderseits hat auch das Gemeindetestament die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde (§ 2241 A 1), jedoch unter Beschränkung der Gültigkeitsdauer auf drei Wonate (§ 2252).
- 5. Die Feststellung erforbert nicht förmliche Wiebergabe ber Gesetsworte, es genügt, daß lie sonst dem Protokollinhalte zuverlassig zu entnehmen ist (NG JB 03 Beil 64¹⁴⁹; DLG 40, 189). Dies ist nicht der Fall, wenn das Protokoll hierzu nicht mehr enthält als die Erklärung des Erblassers, er habe den Gemeindevorsteher mit der Niederschrift seines letzten Willens beauftragt, weil es ihm nicht möglich sei, einen Richter oder Notar nach seinem Aufenthaltsort zu beordern (JFG 3, 164). Borlesung, Genehmigung und Unterschrift des Erblassers sind nicht ersorderlich (RIA 5, § 2242 U 4 b).
- 6. Über das Vorhandensein der **Besorgnis** entscheibet das psichtmäßige Ermessen von des Torkehers, so das dieser die Aufnahme des Testaments abzulehnen hat, wenn er dei gewissenhafter Früsung zu der Überzeugung gelangt, das die Besorgnis nicht begründet sei (Ban-Berwerd) IV 1921, 11481). Würde er die Besorgnis feststellen, trothem sie von ihm in Wahrheit nicht empfunden wurde, so wäre das Testament nichtig. Die ordnungsmäßige Feststellung der Besorgnis ist (wie nach § 2243 die Feststellung der Überzeugung des Auchters nach § 2244 die Erstärung des Erblassen, nach § 2245 die Versicherung der Beteiligten ohne Kücksicht auf den wirklichen Sachverhalt maßgebend. Gescherrischer Erund für diese keinen Analogieschluß auf sonstige Urkundsersordernisse zulassenden Verstehers von für diese keinen Analogieschluß auf sonstige Urkundsersordernisse zulassenden Verstehers oder der Gemeinde für Versehen (NG 58, 296; IV 64, 14412; Warn 1917 Nr 243; Necht 1924 Nr 1682; § 2232 A 1). Gemeinschaftliches Testament § 2266. Der Erdwertrag kann nur in ordentlicher Form errichtet werden, § 2276 A 1. Unter den Voraussehungen des § 2249 Errichtung vor drei Zeugen in Konsulargerichtsbezirken und den Schutzgebieten Konsulsse vor Verschung vor drei Zeugen in Konsulargerichtsbezirken und den Schutzgebieten Konsulsse vor Verschung vor drei Zeugen in Konsulargerichtsbezirken und den Schutzgebieten Konsulsse vor Verschung vor der Zeugen der Verschung vor der Zeugen von Verschungen vor Verschung vor der Zeugen von Verschungen vor der Verschung vor der Zeugen von Verschungen von Verschung vor der Zeugen von Verschungen vor Verschung vor der Verschung vor der

§ 2250

Wer sich an einem Orte aushält¹), der insolge des Ausbruchs einer Krantheit oder insolge sonstiger außerordentlicher Umstände²) dergestalt abgesperrt ist, daß die Errichtung eines Testaments vor einem Richter oder vor einem Notar nicht möglich oder erheblich erschwert ist³), kann das Testament in der durch den § 2249 Abs 1 bestimmten Form oder durch mündliche Erklärung vor drei Zeugen errichten⁴).

Wird die mündliche Erklärung vor drei Zeugen gewählt, so muß über die Errichtung des Testaments ein Protokoll aufgenommen werden⁵). Auf die Zeugen finden die Vorschriften der §§ 2234, 2235 und des § 2237 Rr 1 bis 36), auf das Protokoll finden die Vorschriften der §§ 2240 bis 2242, 2245

Anwendung⁵). Unter Zuziehung eines Dolmetschers tann ein Testament in bieser Form nicht errichtet werden?).

Œ I 1927 II 2114; M 5 283—286; B 5 846; RB 822.

1. Seuchentestament. Unter dem Orte, dessen Absperrung vorausgesetzt ift, wird nicht bloß eine Niederlassung (Gemeinde), sondern im weitesten Sinne jeder Kunkt der Erdobersläche, zu Wasser der zu Lande, z. B. auch ein Haus, eine Wohnung, Schiff, Stück freies Feld usw. verstanden.

2. Die Krantheit braucht keine anstedende zu sein (t. tempore pestis conditum) und nicht den Erblasser selbst zu betreffen. Auch Tierkrankheiten fallen darunter. Ebenso ist der Kreis der sonstigen außerordentlichen Umstände unbeschränkt (polizeiliche, militärische Maß-

nahmen, Aufruhr, Aberschwemmungen, Wegezerftörungen usw.).

3. Die Absperrung ist vorhanden, nicht bloß wenn die Möglichkeit des Verkehrs nach allen Seiten aufgehoben ist, sondern auch wenn der Verkehr mit Richter oder Notar (durch die Notwendigkeit bekrächtlicher Umwege) erheblich erschwert ist. Zur Giltigkeit des Testaments, die nach § 2252 Abs 1 ohnedies auf drei Monate beschränkt ist, wird jedoch ersordert, daß die gesehlichen Voraussenungen auch wirklich vorgelegen haben. Es genügt nicht, daß sie, wie in den Fällen der §§ 2243 A 1, 2249 A 6 als vorhanden angenommen worden sind. Für das Vorhandensein ist beweispflichtig, wer sich auf die Gültigkeit des Seuchenteskaments beruft.

4. Das Geset stellt zur Wahl des Erblassers die Form des Gemeindetestaments nach § 2249 Abs 1, fordert aber selbstverständlich damit nicht, daß außer den besonderen Umständen der A 1—3 auch noch die dort vorausgesehte Besorgnis früheren Versterbens gegeben sein müsse. Oder als besondere Form das Testament durch mündliche Erklärung

bor brei Zeugen.

5. Das Prototoll ift wesentlich. Bon welchem ber brei Zeugen ober ob es von einer vierten Person abgefaßt wird, ist gleichgültig. Es muß grundsätlich in deutscher Sprache (§ 2240), kann aber im Falle bes § 2245 auch in der betreffenden fremden Sprache aufgenommen werden und hat den einzelnen Formvorschriften der §§ 2241, 2242 zu genügen Das Prototoll braucht eine Feststellung darüber, daß die besonderen Voraussetzungen des Seuchentestaments gegeben gewesen seine, nicht notwendig zu enthalten. Sie ist aber rätlich. Im übrigen ist das Prototoll nur als Privaturkunde nach BPD §§ 416, 440 beweiskräftig.

6. Für die Zeugen gelten die allgemeinen Unfähigfeits. und Untauglichkeitsgründe der §§ 2234, 2237 Kr 1—3. Zuwendungen an die Zeugen und ihre Angehörigen sind nach § 2285 nichtig. Die nicht angezogenen §§ 2236, 2287 Kr 4 kommen der Natur der Sache nach nicht in Betracht. Aus der Nichterwähnung des § 2239 dars nicht gefolgert werden, daß die Anwesenheit der Zeugen nicht während der ganzen Berhandlung nötig wäre. "Bor drei Zeugen" ift nicht gleich "nacheinander vor je einem Zeugen", die Erklärung des Erblassers muß vielmehr gleichzeitig an alle drei gerichtet sein. § 2242 Abs zergibt ferner, daß ihre gemeinschaftliche "Mitwirkung" auch bei Borlesung, Genehmigung und Unterschrift des Protokolls (oder bei der Unterschrift absehnenden Erklärung des Erblassers) nötig ist. Erst mit Unterschrift der Zeugen ist der Testamentsakt beendet. Zutritt der Urkundsperson Seuchen v. 30. 6. 00 § 14.

7. Das Senchentestament ist ausgeschlossen, wenn die Errichtung durch Übergabe einer Schrift erfolgen soll (§ 2238 A 3) ober (wegen Sprechunvermögens nach § 2243) nur in dieser Form erfolgen kann, ferner wenn die Zuziehung eines Dolmetschers nach § 2244 erforberlich wäre. Für das fremdsprachliche Testament bleibt mithin nur der Weg des § 2245.

§ 2251

Wer sich während einer Seereise¹) an Bord eines deutschen, nicht zur Kaiserlichen Marine gehörenden Fahrzeugs außerhalb eines inländischen Hafens befindet²), kann ein Testament durch mündliche Erklärung vor drei Zeugen nach § 2250 errichten³).

Œ I 1929 II 2115; M 5 287; B 5 849.

1. Seetestament. Die Seereise ersorbert kein festes Reiseziel (§ 16 Abs 2), steht aber im Gegensatzur bloßen Seesahrt zu Zwecken der Fischerei oder zu kurzen Sports und Vergnügungssahrten. Die Seereise ist auch angetreten, wenn zur Gewinnung der hohen See vorerst die Benutung eines Vinnengewässers nötig ist. Für die Testamentserrichtung während einer Luftreise bestehen noch keine Sondervorschriften (vgl. Goldmann in DJZ 1925, 101).

2. Das Testament kann nur an Bord des Schiffes, nicht während eines vorübergehenden Landaufenthalts und nur auf deutschen Fahrzeugen errichtet werden. Dazu gehört grundsätlich, daß sie im ausschließlichen Eigentum eines Reichsangehörigen stehen (Flaggen v. 22. 6. 99 §§ 2, 3, aber auch Schutzebs v. 10. 9. 00 § 10), selbst wenn sie im Schiffsregister

nicht eingetragen find ober Flaggenzeugnis nicht beiten (Flaggen §§ 10-12 und RGef. v. 29. 5. 01). Zu ben inländischen Häfen gehören diejenigen der Schutgebiete nicht. Für die zur Reichsmarine gehörigen Fahrzeuge gilt die Form des Militärtestaments (RWehrG § 38 Nr 2c und Nr 3; Vorbem vor § 2229). Deutsche auf fremden Schiffen EG Art 11 Abs 1.

3. Unter ben Zeugen muß sich nicht notwendig ber Schiffsführer befinden.

§ 2252

Ein nach § 2249. § 2250 ober § 2251 errichtetes Testament gilt als nicht errichtet, wenn feit der Errichtung drei Monate verftrichen find und der Erblasser noch lebt1).

Beginn und Lauf der Frist sind gehemmt, solange der Erblaffer außerftande ift, ein Teftament bor einem Richter oder bor einem Rotar zu er-

richten2).

Tritt im Kalle bes § 2251 der Erblasser bor dem Ablaufe der Frist eine neue Seereise an, jo wird die Frift bergestalt unterbrochen, daß nach ber Beendigung der neuen Reise die volle Frist von neuem zu laufen beginnt3).

Bird der Erblaffer nach dem Ablaufe der Frift für tot erklärt, fo behält daß Testament seine Rraft, wenn die Frift zu der Zeit, zu welcher der Erb. laffer den borhandenen Rachrichten zufolge noch gelebt hat, noch nicht perftrichen war4)5).

E I 1926, 1928, 1980 II 2116; R 5 282, 288, 286, 288; B 5 845, 346, 849.

1. Die Billtigteitsbauer ber augerorbentlichen Teftamente ift auf brei Monate beschränkt. Fristberechnung §§ 187, 188. Das Testament versiert mit Fristalauf von selbst seine Kraft, und zwar vermöge gesehlicher Fittion unter Rückeziehung auf den Zeitpunkt der Errichtung. Es behält somit auch nicht die Birkung des Widerrufs (§§ 2254, 2258). Über ben Fall, daß eine dem Gemeindevorsteher nach § 2249 Abs 1 oder § 2250 Abs 1 mit § 2238 Abs 1 übergebene Schrift den Ersordernissen des § 2231 Kr 2 entspricht, vgl. § 2238 Abs 3. Ein eigenhändiges, von dem Gemeindevorsteher beglaubigtes Testament, von dem der Erroldstrage von dem Gemeindevorsteher beglaubigtes Testament, von dem der Erroldstrage von dem Gemeindevorsteher beglaubigtes Testament, von dem der Erroldstrage von dem Gemeindevorsteher von Verteilendevorsteher von dem der Erroldstrage von dem Gemeindevorsteher von Verteilender von dem der Schollsten von dem der Erroldstrage von dem Gemeindevorsteher von Verteilender von dem der Schollsten von dem der Verteilende von dem der von dem der Verteilende von dem der verder von dem dem verde von dem dem verde von dem verde von dem dem verde ver Erblaffer bei ber Errichtung angenommen hat, daß er ein Nottestament im Sinne ber §§ 2249, 2252 errichte, ift weber von voruherein nichtig, noch wird seine Fortgeltung dadurch beeinflußt, daß der Erblasser die Bernichtung der Testamentsurtunde (§ 2253) oder die Errichtung eines neuen Testaments (§§ 2254, 2258) nur beshalb unterläßt, weil er bes Glaubens ist, das als Rottestament angesehene Testament sei mit Ablauf von drei Monaten seit dem Errichtungstage fraftlos geworden; das Testament kann auch nicht durch Ansechtung (§ 2078) entfräftet werden, falls ber Erblaffer fo, wie geschehen, auch bann verfügt haben würde, wenn er gewußt hatte. daß er ein unbeschränkt gultiges Privattestament errichte (96 104, 820).

2. Semmung ber Frift §§ 202-205. Gleichgültig ift, aus welchen Gründen ber Erb. laffer außerstande ift, b. h. fich in der Unmöglichfeit befindet, vor einem (deutschen) Richter ober Rotar in ber Form bes § 2238 zu testieren, ob wegen Fortdauer ber Absperrung, ber Seereise, oder wegen in seiner Person eingetretener Umstände (schwere Krantheit). Erhebliche Erschwerung für sich allein genügt nicht, wenn sie nicht mit der Fortbauer der Abswerung zusammentrifft (§ 2250 A 8). Anderseits kommt die Möglichkeit, im Aussande (sei es auch vor einem beutschen Konful, Borbem vor § 2229) ober durch Brivattestament ober in einer der außerordentlichen Testamenteformen zu testieren, überhaupt nicht in Betracht. 3. Beim Seetestament tann der Erblasser auf ein und derselben Reise so oft und so lange

in beutschen Zwischenhäfen verweilt haben, daß die Dreimonatsfrift noch vor beenbeter Reise abgelaufen ist. Dagegen kommt infolge Antritts einer neuen Reise die bis dahin verstrichene und noch nicht abgelaufene Frift überhaupt nicht mehr in Betracht. Db es sich

um Fortsetzung ber alten ober Antritt einer neuen Reise handelt, ist Tatfrage.

4. Der nach der Todeserklärung maßgebende Zeitpunkt des Todes (§ 18 Abs 2) wird regelmäßig so weit hinausgeschoben, daß die Dreimonatsfrist meist verstrichen, aber keine Gewißheit darüber zu erlangen wäre, ob etwa eine hemmung eingetreten sei (A 2). Im Interesse der Aufrechterhaltung der außerordentsichen Testamente wird beshalb die Lebens. vermutung bes § 18 Abs 1 beseitigt und ber Tob auf ben Beitpunkt gurudverlegt, an welchem nach den letten positiven Nachrichten (§§ 14, 16) ber Erblasser noch gelebt hat.

5. Die Beweislast bafür, bag bas Testament aus ben besonderen Gründen bes Abs 2-4 noch über die Dreimonatsfrist hinaus gegolten habe, trifft benjenigen, welcher aus ber Gultig-

keit Rechte ableitet.

§ 2253

Ein Testament sowie eine einzelne in einem Testament enthaltene Ber-

fügung kann von dem Erblasser jederzeit widerrufen werden1).

Die Entmündigung des Erblassers wegen Geistesschwäche, Berschwensbung oder Trunksucht steht dem Widerruf eines vor der Entmündigung errichteten Testaments nicht entgegen²).

Œ I 1758 Abi 2 II 2121 Abi 1; M 5 8; B 5 5, 851-353.

1. Es gehört zum Besen ber einseitigen Verfügung von Tobes wegen (§ 1937), daß sie seberzeit frei widerrustich ist. Der vertragsmäßige Verzicht hierauf ist nichtig, § 2802 und auch im Testamente selbst kann sich der Erblasserber des Widerrussechts nicht wirtsam begeben oder dasur erschwerte Formen bestimmen (derogatorische Klaussel). Der Widerrus ist eine Willensertsärung des Inhalts, daß dassenige, was vorher erstärt ist, nicht gesten solle; er richtet sich gegen den Inhalt des vorher Erstärten, nicht gegen den Fortbestand der Ursunde über diese Erstärung; danach rechtsertigt sich die solgende Ensscheidung: Ein Erblasser hatte in einem teils gültig (eigenhändig geschriebenen), teils ungültig errichteten (mit Maschinenschrift gesertigten) Testament sein früheres Testament in gültiger Form widerrusen, in der irrümlichen Annahme, daß das neue Testament seinem ganzen Inhalte nach gültig var. Da in dem neuen Testament der Wille zum Ausdruck sam, Bestimmungen des früheren Testaments sachsich aufrechtzuerhalten, diese nur formell ungültig in das neue Testament übernommen waren, ist ein Widerrus insoweit als nicht gewollt und das alte Testament insoweit als in Kraft geblieben angeleßen (MS Recht 1021 Kr 584, 585). Dat der Widerrus nicht das ganze Testament, sondern nur eine einzelnen Verstäung zum Gegenstande, so ist nach § 2085 zu beurteilen, inwieweit hiervon die Wirssams zum Gegenstande, so ist nach § 2085 zu beurteilen, inwieweit hiervon die Wirssams zum Gegenstande, so ist nach § 2085 zu beurteilen, ünwieweit hiervon die Wirssams zum Gegenstande, so ist nach § 2085 zu beurteilen, ünwieweit hiervon die Wirssams zum Gegenstande, so ist nach § 2085 zu beurteilen, ünwieweit hiervon der Werflägung seiner ausgesehrten Bedingung zu einer Juwendung (Widerrus einer einzelnen Verstänzgligung einer ausgesehrten Bedingung zu einer Juwendung (Widerrus einer konschlanzeit werden Verställichten Werden verschlanzeit von Erbvertrage § 2271. Aus andere Weise als in den § 2253—2258 bestimmt sann eine lestwillige Verschament genäß d

2. Die wegen Geistesschwäche usw. Entmindigten sind nach § 2229 Abs 3 nicht testierschig, jedoch ausnahmsweise, und zwar ohne Zustimmung ihres gesetzlichen Bertreters zum Wiberruf in einer der Formen der §§ 2254—2256, insoweit also auch zur Errichtung eines Testaments (§ 2254) befähigt. Nicht aber auch zum stillschweigenden Widerruf gemäß § 2258 Abs 1, da hier ein wirksamer, neuer und abweichender Testamentsinhalt vorausgesetzt ist. Die Möglichseit zu widerrufen beschränkt sich serner auf vor der Entmündigung errichtete Testamente. Der Entmündigte kann deshalb zwar ein erstes Testament wirksam machen, indem er einen noch vor der Entmündigung erklärten Widerruf dieses Testaments (§ 2257) oder ein noch vor der Entmündigung errichtetes zweites abweichendes Testament widerruft (§ 2258). (A. M. Strohal § 42 N 3.) Richt aber kann er den erst nach der Entmündigung erstärten Widerruf der Entmündigung erstärten Widerruf durch einen zweiten Widerruf beseitigen und daburch das einmal widerrufene Testament wieder in Kraft setzen (a. M. Kipp § 21 N 20). Der Eintritt von Geisteskrankheit (§ 104 Nr 2/8) schließt jede Möglichkeit des Widerrußs aus.

§ 2254

Der Widerruf erfolgt durch Testament1).

E I 1998 Abf 1 II 2121 Abf 2 Sah 1; M 5 297, 298; B 5 951—358; 6 78.

1. Der Wiberruf kann durch **jede Form des Testaments** erfolgen (vgl. § 2253 A 1 a. C.), gleichviel in welcher Form das widerrusene Testament errichtet war. Doch bleibt das widerrusende Testament, wenn sich der Erblasse wer außerordentlichen Form bedient (§§ 2249 bis 2251), gemäß § 2252 nur drei Wonate wirksam. Selbstwerständlich kann nur ein gültiges Testament die Wiberrusswirkung äußern. Bloßer briesslicher Widerrussgenüber dem Bedachten genügt nicht (**RS JB** 1910, 22³⁴), wenn er sich nicht als ein gültiges Testament in Briessform darstellt (§ 2281 A 3). Unsechtung §§ 2078 st. Widerrus des Widerruss § 2257, stillschweigender Widerruss durch neues, mit dem früheren inhaltsich in Widerspruch stehendes Testament § 2258. Widerrus im Erbvertrag § 2299 Abs 1, s. auch § 2289.

§ 2255

Ein Testament tann auch dadurch widerrusen werden¹), daß der Erblasser in der Absicht, es aufzuhrben²), die Testamentsurfunde vernichtet oder an ihr Beränderungen vornimmt, durch die der Bille, eine schriftliche Billenserklärung aufzuheben, ausgedrückt zu werden pflegt³).

Sat der Erblaffer die Testamentsurfunde vernichtet oder in der bezeiche neten Beise verändert, fo wird vermutet, daß er die Aufhebung des Testa-

ments beabsichtigt habe4).

Œ I 1984 II 2122; M 5 299-302; B 5 858; 6 78.

- 1. Der Biderruf durch schlässige Handlungen (§§ 2255, 2256) ist sachlich lettwillige Berfügung (NG 102, 69), sett deshalb Testierfähigkeit (§ 2229 A 1, bezüglich der Entmündigten § 2253 A 2) und persönliches Handeln voraus (§ 2064). Dies schließt nicht aus, daß sich der Erblasser hierzu der Hand eines Dritten als seines Werkzeugs bedient. Nach dem Tode des Erblasser kann aber der Dritte nicht mehr als Werkzeug tätig werden (NG SeuffA 70 Nr 248). Es genügt auch nicht, daß der Erblasser der von einem Dritten eigenmächtig vorgenommenen Vernichtung oder Veränderung nachträglich zustimmt. Da es sich auf seiten des Dritten um eine bloß tatsächliche, nicht rechtsgeschäftliche Verfügung handelt, kommt § 185 überhaupt nicht in Frage. Für Ansechtung der stillschweigenden Widerrußserklärung sind §§ 2078ff. maßgebend (§§ 2078 A 5, 2081 A 1).
- 2. Nur das Bernichten usw. in Aushebungsabsicht ist als Wiberruf wirksam. Korrekturen zur Vorbereitung eines neuen Testaments, aber mit der Absicht, das errichtete Testament vorerst weiter bestehen zu lassen, kommen nicht in Betracht (NG 71, 301). Ebenso ist der Fall zu beurteilen, daß der Erblasser die Summenzahl eines Geldvermächtnisse nachtrassich ausstreicht und die doppelte Zahl an den Rand setzt, wenn dies nicht in der Absicht geschieht, das disherige Vermächtnis aufzusehen, sondern in der Absicht, es bestehen zu lassen und durch ein gleichartiges Vermächtnis von gleicher döste zu ergänzen; die beabsichtigte Ergänzung kommt dann zwar nicht zustambe (§ 2231 A 5 Abs 1), aber die Vermächtnisanordnung bleibt in ihrer ursprünglichen Fassung gültig (NG 111, 261). Vernuntete Absicht Abs 2. Die Absicht muß schon während des Handelns vorgelegen haben. Anders § 2256 A 1. Ob die Absicht einen den Formerfordernissen vorgelegen haben. Anders § 2256 A 1. Ob die Absicht einen den Formerfordernissen Verneisung des Revisionsgerichts (NG 69, 414; 111, 2655.).
- 3. Bernichten ist Berftörung bes Stoffes ber Urfunde durch Berbrennen, Berreißen, Berschneiden, nicht bloges Wegwerfen. Beränderungen ber Teftamentsurfunde wirken nur dann als Widerruf, wenn sie nach Verkehrsgewohnheiten ("pflegt") zum Ausbrucke des Willens, eine schriftliche Willenserklärung (nicht gerade eine letztwillige Verfügung, **RG** Warn 1915 Ar 90) aufzuheben, objektiv geeignet sind. Deshalb kommen bloße einschränkende Randbemerkungen überhaupt nicht in Betracht (RG 3B 1911, 59087). Ebenfowenig eine nur auf bas Datum beschränkte Durchstreichung mit Bleistift (RG 328 1918, 4180) oder bloße unwesentliche Fassungsänderungen (NG 71, 303). In der Regel wird es sich um Durchstreichungen der ganzen Urtunde, der Unterschrift, des Textes oder von Teisen des Textes, sei es auch nur mit Bleistift (NG Warn 1915 Nr 90), Kadierungen, Sinklammerungen usw. handeln. Uber den ungewöhnlichen Fall einer mit Tintenstift nach Art einer Schraffierung bewirkten Durchstrichelung der Unterschrift und eines wichtigen Textwortes f. RG Worn 1928 Nr 15. Einreißen der Urfunde, insbesondere in Berbindung mit der Entfernung eines aufgedrückten Privatsiegels fann genügen (RG 69, 413). Ebenso besonders charafteristische Stichworte und Zeichen, wie ein augenfälliges "annulliert" (RG 39 1911, 54526) oder cessat, I (deleatur), wenn der Entwertungsvermerk auf die Testamentsurkunde selbst gesetzt ist, nicht nur auf den Umschlag, in dem sich das in sich abgeschlossene Testament befindet (986 393 1925, 47516). Datierung ist nicht erforderlich. Db auf solche Beise nur einzelne Verfügungen oder ob der ganze Testamentkinhalt widerrufen werden follte, ist Tatfrage. Jedenfalls tann sich ber Biberruf auch auf einzelne Verfügungen beschränken (§ 2085; 96 71, 302). Sind mehrere Urschriften vorhanden, so ift es, namentlich wenn fie der Erblaffer famtlich in Gewahrsam hat, Soche freier durch die Bermutung des Abs 2 nicht gedeckter Beurteilung, ob er mit der Bernichtung (RG LZ 1923, 32211) oder mit der Beranderung (IRdick) 1925 Rr 1529) nur eines oder einiger Exemplare die Aufhebungsabsicht verfolgte, oder ob er 3. B. nur die Zahl ber Urschriften vermindern wollte. Als selbstverständlich ist vorausgesett, baß dem Erblasser die Testamentsurkunde zugänglich ist. Dies trifft regelmäßig zu beim Privattestament (s. aber §§ 2248, 2256 Abs 3), beim Seuchen- und Seetestament §§ 2250 Abs 2, 2251 und beim Militartestament (Vorbem vor § 2229). Die Anwendung bes § 2255 ist aber auch gegenüber dem amtlich verwahrten

Testament (§§ 2246, 2249) nicht grundsätlich ausgeschlossen. Bei bem in schlüssiger Form erflärten Widerruf verbleibt es endgültig. Wiederzusammenseben der zerstückelten Urkunde, Unterpunktieren der durchstrichenen Stellen ist kein wirksamer Widerruf des Widerrufs.

4. Beweistaft. Dafür, daß die Bernichtung usw. vom Erblasser vorgenommen worden sei, besteht keine Vermutung. Sie ist von dem zu beweisen, der hieraus Rechte ableitet (RG 328 1912, 79818). Steht dies fest, so hat, wer die fortbauernde Wirtsamkeit eines vernichteten oder veränderten Testaments behauptet, die Nechtsvermutung des Abs 2 zu widerlegen (BBD § 292) und nachzuweisen, daß eine Aufhebungsabsicht nicht bestanden habe (RG 3B 1911, 28316). Bei mehreren Urschriften s. jedoch A 8. Ist die Urkunde vernichtet, so hat er außerdem mit den gewöhnlichen Beweismitteln den von ihm behaupteten Testaments. inhalt nachzuweisen (RG 3W 07, 36618; Eid 3W 1910, 29128, auch LB 1920, 8878). Dasselbe gilt auch, wenn die Testamentsurfunde etwa sonst aus Versehen vernichtet oder durch Aufall untergegangen ift.

§ 2256

Ein bor einem Richter oder bor einem Notar oder nach § 2249 errichtetes Testament gilt als widerrufen1), wenn die in amtliche Berwahrung genommene Urkunde dem Erblaffer zurückgegeben wird2).

Der Erblaffer kann die Rudgabe jederzeit verlangen3). Die Rudgabe

darf nur an den Erblasser persönlich erfolgen4).

Die Borichriften bes Abi 2 gelten auch für ein nach § 2248 hinterlegtes Testament: die Rudgabe ift auf die Birtfamteit bes Testaments ohne Einfluß5).

E I 1935 II 2123; M 5 302, 303; B 5 353, 354; 6 78; RB 322.

1. Der Biderruf burch Rudnahme kommt nur bei bem öffentlichen Testament des § 2238 und bei bem Gemeindetestament bes § 2249 (und § 2250 Abs 1) in Frage, weil nur bei diesen Testamenten eine amtliche Verwahrung gemäß § 2246 stattfindet. Wegen der übrigen Testamentsformen f. A 5. Das Gesetz legt ber Rücknahme (ber auf Berlangen bes Erblassers erfolgten Rückgabe) bie Wiberrufswirkung zwingend bei ("gilt als wiberrufen") ohne Rüdsicht darauf, ob sie mit dem Aushebungswillen erfolgt ist (§ 2255 A 2) ober nicht. Der Widerruf kann also nicht durch die Erklärung ansgeschlossen werden, das Testament solle bestehenbleiben, eine mit diesem Borbehalt geforderte Rückgabe ift abzulehnen, neue Hinterlegung des einmal zurückgegebenen Testaments kann ihm nicht wieder zu Kraften helfen. Die bloße Vorlegung zur Einsicht ist damit nicht ausgeschlossen. In übrigen ist auch hier Testierfähigkeit, und zwar im Zeitpunkte der Rückgabe erforderlich (§ 2255 A 1, bezüglich des Entmündigten § 2253 A 2). Ansechtung nach §§ 2078 ff. (§ 2078 A 5) ist wegen Mängel im Willen, das Testament zurückzunehmen, möglich, z. B. wenn der Erblasser zu der Rücknahme durch die irrige Annahme der Gültigkeit eines späteren Testaments bestimmt worden ift; auf den bloßen Mangel des Aufhebungswillens kann die Anfechtung aber niemals gestützt werden (M 5, 302; RJA 11, 180f.).

2. Die Tatsache ber Rudgabe an den Erblasser wirkt unmittelbar traft Gesetzes als Widerruf, vorausgesett, wie aus Abs 2 zu ergänzen, daß sie auf Verlangen des Erblassers und an ihn persönlich ersolgt. Ferner, daß es bereits zur amtlichen Berwahrung nach § 2246 gekommen ist. Hat z. B. ber Notar nach Landesrecht das von ihm aufgenommene Testament an das Amtsgericht abzuliefern, so wäre die vorher von ihm bewirkte Aushändigung an den Erblasser fein Widerruf (RG Warn 1913 Ar 245). Gegenstand der Kückgabe sind alle nach § 2246 unter Verschluß gebrachten Schriftstück, sowohl das übergebene als das mündlich erklärte Testament, das hierüber aufgenommene Prototoll und sonstige Anlagen (§ 2246 U 1). Zur Offnung des Siegels ist der herausgebende Beamte nicht befugt. Proto-

follarische Beurfundung der Rudgabe ist nicht wesentlich.
3. Das Berlangen des Erblassers bewirft erst in Verbindung mit der geschehenen Rudgabe den Widerruf. Es ift an keine Form gebunden, bedarf nicht notwendig der Beurkundung und ergibt sich regelmäßig schon aus der Annahme der Schriftstücke. Dem Berlangen ist auch dann stattzugeben, wenn das zurückverlangte Testament bereits anderweit widerrufen (§ 2254) oder aus anderen Gründen, z. B. burch Zeitablauf [nach § 2252 unwirksam ge-

4. Entsprechend bem § 2064 kann auch in Form ber Rücknahme ber Erblasser nur persönlich, also nicht burch Bertreter widerrufen. Er hat mithin dem Berwahrungsbeamten seine Ibentität nachzuweisen (FGG § 176 Abs 3). Rückgabe des Hinterlegungsscheins (§ 2246 Abi 2) genügt nicht, sie ist aber auch nicht wesentlich. Bei erheblicher Entsernung von der Berwahrungsstelle greift die Rechtshilfe ein, nötigenfalls durch Ersuchen eines deutschen Konsuls (NJU 18, 91).

5. Die hinterlegung bes Privatteftaments ift in § 2248 nur freigestellt. Dem entspricht es, daß einer Biederabforderung bes Testaments von der Bermahrungsftelle bie zwingende Wirkung bes Widerrufs nicht beigelegt ift. hierfür bienen bie einfachen Formen bes § 2255. Entsprach bie nach § 2238 (A 3) übergebene Schrift ben Erforderniffen bes Privatteftaments, so bewirkt die in den Formen der Absäte 1,2 vollzogene Rudgabe vermöge der vom Geset ihnen beigelegten zwingenden Wirtung den endgültigen Widerruf des Testaments auch in der möglichen Eigenschaft eines Privattestaments (a. M. Strohal § 42 A 18; Crome § 649 A 75). Bill der Erblaffer die Schrift gleichwohl als Privattestament bei Kräften erhalten wiffen, so wird er sie mindestens neu zu batieren haben (§ 2231 A 5 u. 7). Keinesfalls genugt hierzu, daß er sie von neuem, nunmehr auf Grund von § 2248 in amiliche Berwahrung bringen läßt. Die Wiberrufswirkung als Folge ber Rudgabe ift auch bei bem Beugentestament der §§ 2250 Abs 2, 2251, sowie beim Militärtestament ausgeschlossen, da auch hier die amtliche Verwahrung vom Gesetze nicht vorgeschrieben ist. — Widerruf des gemeinschaftlichen Testaments § 2272.

§ 2257

Bird der durch Testament erfolgte Biderruf einer lettwilligen Berfügung widerrufen1), fo ift die Berfugung wirtfam, wie wenn fie nicht widerrufen worden wäre2).

Œ I 1933 Abi 2 II 2194; M 5 298, 299; B 351-353.

1. Der Biderruf des Biderrufs (nicht bessen Ansechtung, § 2078 A 5) ist ausgeschlossen, wenn der erfte Widerruf durch Bernichtung oder Veränderung der Testamentsurkunde (§ 2255 A 3) ober burch Rudnahme aus ber amtlichen Berwahrung erfolgt war (§ 2256 A 1). In beiden Fällen ist vielmehr zur Wiederherstellung des Testaments Neuerrichtung notwendig. War dagegen der Widerruf nach § 2254 durch Testament erklärt, so kann dieses widerrusende Testament seinerseits in allen drei Formen der §§ 2254—2256 und überdies nach

§ 2258 widerrufen werden.

2. Die Wirtsamteit bes zweiten Wiberrufs wird auf ben Beitpuntt bes erften Wiberrufe zurudbezogen. Das erfte Testament bleibt somit regelmäßig in Kraft, wie wenn es überhaupt nicht widerrufen ware. Dies fett voraus, daß es noch unversehrt vorhanden, namentlich nicht in der Zwischenzeit nach §§ 2255, 2256 vernichtet, verändert ober zurudgenommen ift. nicht in der Flosscheitzeit nach §§ 2205, 2205 vernichtet, verandert doer zurückgeitoininken st. Wäre es durch Zufall untergegangen, so müßte sein Inhalt mit den gewöhnlichen Beweismitteln sesstgestellt werden (§ 2255 A 4). Da der Wideruf Willenserklärung ist, so kann sür ihre Tragweite der wahre Wille des Erblassers nicht ohne Bedeutung bleiben. War dieser durch Auslegung ermittelbare Wille beim zweiten Widerruse darung gerichtet, daß die ursprüngliche lethwillige Verfügung nicht wieder in Kraft treten sollte, dann bleibt sie trop des doppelten Widerrusse unwirksam, so wenn der Erblasser im ersten Testamente den A, im zweiten das erste widerrusenden Testamente den B als Alleinerben eingesetzt und in einem dritten Testamente der A, wird zweiten der Angleiche Erblasser. mente das zweite in der erkennbaren Absicht widerrusen hat, daß die gesehliche Erbfolge eintreten solle. In den Widerrusssynderen des § 2255 oder, wie DLG 20, 481 angenommen hat, des § 2256 kann eine solche Absicht nicht zur Geltung kommen. Der Entmündigte kann den erst nach der Entmündigtung erklärten Widerruss nicht zum zweiten Male widerrussen (§ 2258 A 2). Auch teilweiser ober beschränkter Widerruf des Widerrufs ift zulässig (§ 2253 A 1).

\$ 2258

Durch die Errichtung eines Testaments wird ein früheres Testament insoweit aufgehoben, als das spätere Testament mit dem früheren in Bideripruch steht1).

Wird das spätere Testament widerrufen, so ist das fruhere Testament in gleicher Beise wirksam, wie wenn es nicht aufgehoben worden

märe2).

Œ I 1936 II 2125; M 5 808—305; № 5 854, 855.

1. Stillichweigende Aufhebung bes früheren burch ein fpateres Teftament. geseht ift, daß beim Erbfall mehrere zeitlich auseinander folgende Testamente des Erblassers vorhanden sind, die an sich gleichmäßig gultig und wirksam sind, inhaltlich aber miteinander in Widerspruch stehen, ohne daß das spätere Testament einen ausdrücklichen Widerruf des früheren Testaments enthielte (§ 2254). Grundfählich (vgl. auch § 2085) bleiben die mehreren Testamente nebeneinander in Kraft (NG IV IVI, 405° und 8. 3. 20 IV 482/19; § 2084 A 2 gegen Ende). Nur insoweit sie sich widersprechen, legt bas Geset ber späteren Verfügung ausschließ-liche Wirtung bei. Daraus folgt, daß die bloge Tatsache einer zweiten Testamentserrichtung die Wirksankeit des ersten Testaments nicht beeinträchtigt, daß aber, soweit wibersprechend versügt ist, ein besonderer Ausbeungswille auf seiten des Erblassers nicht vorhanden zu sein draucht. Die Widerrusswirtung tritt ein, auch wenn er z. B. das erste Testament ganz vergessen hätte. Inwieweit sich die mehreren letztwilligen Versignungen widersprechen, ist in freier Auslegung (§ 133) unter Berückstigung auch außerhalb des Testaments liegender Amstände zu ermitteln (KG ZW 1913, 991% in Anwendung auf den Fall, daß in einem älteren und in einem neueren Testamente derselben Person dieselbe Summe vernacht ist. Der durch Auslegung zu ermittelnde Wille des Erblassers kann auch dahin zu verstehen sein, daß das spätere Testament allein und ausschließlich maßgedend sein soll, demnach auch diesenigen älteren Versügungen aussche, die hiermit an sich vereindar wären. Die auschebende Wirkung des späteren Testaments bleibt auch dann bestehen, wenn es z. B. insolge Kussfalls der Bedingung, Vorversterbens des eingesehten Erben, Ausschlagung gegenstandslos (bestitut) werden sollte. Dem Entmändigten ist der Widerrus gemäß § 2258 nicht möglich (§ 2253 A 2). Mehrere gleichzeitig errichtete Testamente heben sich, soweit sie sich widersprechen, gegenseitig auf.

2. Der **Biderruf des späteren Testaments** kann in allen Formen der §§ 2254—2256 erfolgen. Damit sallen die darin getroffenen widersprechenden Verfügungen und das ältere, formell überhaupt nicht aufgehobene Testament bleibt auch inhaltlich voll dei Kräften. Die Absicht des Erblassers, die frühere Verfügung nicht wiederherzustellen, es vielmehr bei der Widerrufswirkung des zweiten Testaments zu belassen, kann nur in einem widerrusenden Testamente (§ 2254) erklärt werden. Die Widerrufsformen der §§ 2255, 2256 bieten hiersürkeine Möglichkeit. Vgl. § 2257 A 2. — Aushebung durch späteren Erbvertrag § 2289.

§ 2259

Wer ein Testament, das nicht in amtliche Berwahrung gebracht ist, im Besitze hat1), ist verpflichtet, es unverzüglich, nachdem er von dem Tode des Erblassers Kenntnis erlangt hat, an das Rachlasgericht abzuliefern2).

Befindet sich ein Testament bei einer anderen Behörde als einem Gericht³) oder besindet es sich bei einem Notar in amtlicher Berwahrung⁴),
so ist es nach dem Tode des Erblassers an das Nachlaßgericht abzuliesern⁵).
Das Nachlaßgericht hat, wenn es von dem Testamente Nenntuis erlangt,
bie Ablieserung zu veranlassen⁶).

& I 1937 II 2126; M 5 305, 306; B 5 855, 356.

1. Die Ablieserungspflicht liegt jeder Privatperson ob, die ein nicht nach §§ 2246, 2248 oder sonst in antliche Verwahrung gebrachtes Testament, auch dassenige eines im Inlande verstorbenen Ausländers (NGI 36 A 85) aus irgendeinem Grunde in Besit hat InVertacht kommt vor allem das Privattestament, serner das einer Verwahrung nicht unterliegende Seuchen- oder Sectestament (§§ 2250, 2251), sowie das Militärtestament. Das einmal abgesieserte Privattestament hat mit Nücksich auf § 2264 urschriftlich beim Nachlaßgericht zu verbleiben, der Erbe kann nicht Nückgabe verlangen (NGI 38 A 145), auch ein naher Angehöriger selbst dann nicht, wenn es sich um das letzte Andenken an einen Ariegsgefallenen handelt (NIA 15, 118). Es genügt, daß das sossen oder verschlossene) Schriftstücksich sich überrich als Testament kennzeichnet. Ob es Fornumängel ausweist, nur eine Erbeinsetung des Verwahrenden selbst enthält, sachlich gegenstandsloß geworden oder widerrusen ist, macht keinen Unterschied. Ist es überhaupt noch vorhanden, so können auch Durchstreichungen usw. (§ 2255) nicht von der Ablieserungspflicht befreien (a. M. Planck U und Zit.; Standinger A 3).

2. Die Ablieferung an das Rachlafgericht (FGG §§ 72, 73, 83, EG Art 147) ift unverzüglich (§ 121) und unverlangt zu bewirken. Die Unterloffung kann strafbar sein (StGB § 274 Kr 1) und jedenfalls den Interessenten gegenüber schadensersatzpslichtig machen, die Ablieferung kann von ihnen auch mit Alage gefordert werden (RG Warn 1918 Rr 246).

S. auch 21 6.

3. Die Ablieferungspflicht der Behörden gilt auch für Gerichtsbehörden, die nicht zur besonderen amtlichen Verwahrung und denigemäß zur Eröffnung des Testaments berechtigt sind (§ 2261), so für die Kollegiasgerichte, soweit sie nicht nach Schaft der Art 57 zuständig sind, insbesondere auch für das Prozeßgericht (NG 14. 2. 27 IV 766/26). Im übrigen kommen in Betracht die vorgesetze Militärbehörde beim Militärtestament (NMils § 44 Nr 4 Abs 3; NWehrs § 38 Nr 3f), der Gemeindevorsteher im Falle des § 2240, Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften auf Grund einer Beschlagnahme (a. M. Dernburg § 38 U 12) u. dgl.

4. Die Notare haben das Testament (und zwar in der Urschrift) nicht bloß dann abzuliefern,

wenn ihnen landesgesetzlich die "besondere Berwahrung" im Sinne von § 2246 übertragen ist, sondern schlechthin, solange sie es in Berwahrung haben, also auch wenn es zur Zeit des Todes noch nicht in die besondere Berwahrung hat gebracht werden können, oder wenn es nach dem zur Zeit der Testamentskerrichtung in Geltung gewesenen Recht einer derartigen Sinterlegung gar nicht bedurft hatte (RC 48, 99). Ob das abgelieferte Testament nach geschehener Erössnung dem Rotar zurückzugeben ist, bestimmt sich nach Landesrecht (RC 53, 390; 27 A 41; dagegen Planck A zowie LG Rostoch und Rausnit IV 1925, 2161°). Im übrigen vgl. A 1. Die Bestimmung ist gegenstandslos, wenn der Notar nach Landesrecht jugleich zur Erössnung des Testaments berusen ist.

5. Uber die Art ber Ablieferung und beren Beurfundung, Quittungsleiftung bestehen reichsgesehlich feine Vorschriften. Die Rosten gehören, weil ben Erben als solchen treffenb,

ju ben Radlagverbindlichfeiten, § 1967.

6. Die Beranlassung geschieht Behörden gegenüber durch Ersuchen, Privatpersonen können auch im Wege der Rechtshilse hierüber befragt (NG 69, 271) und gemäß §§ 83, 38 FGG durch Ordnungsstrasen und Abforderung des vor dem Nachlaßgerichte (KJA 11, 95) zu seistenden Offenbarungseides zur Ablieferung angehalten werden. Landesrechtsich (PrFGG Art 17) ist auch gewaltsame Wegnahme zulässig. Gegenüber dem Notar sindet ein solches Ordnungstrass oder Zwangsversahren nicht statt (RJA 14, 185). — Ablieferung des Erdeurtrags § 2300. Nach EG Art 213 findet § 2259 auch auf rüher errichtete Testamente Anwendung, wenn der Erdlasser nach 31. 12. 99 verstorden ist (NG 48, 101).

§ 2260

Das Nachlaßgericht hat, sobald es von dem Tode des Erblassers Kenntnis erlangt, zur Eröffnung eines in seiner Berwahrung befindlichen Testaments einen Termin zu bestimmen¹). Zu dem Termine sollen die gesetzlichen Erben des Erblassers und die sonstigen Beteiligten soweit tunlich geladen werden²).

In dem Termin ist das Testament zu öffnen, den Beteiligten zu bertünden und ihnen auf Berlangen vorzulegen. Die Berkündung darf im

Kalle der Borlegung unterbleiben3).

über die Eröffnung ist ein Protokoll aufzunehmen. War das Testament verschlossen, so ist in dem Protokolle festzustellen, ob der Verschluß unversehrt war⁴).

Œ I 1938 266 1 II 2127; M 5 306, 807; B 5 356.

1. Die Eröffnung des Testaments durch das Nachlangericht ober bas nach § 2261 hierzu berufene andere Gericht umfaßt die Offnung und die Bertundung (Abf 2). Sie seht voraus, daß das Gericht durch eine ihm nach Landesrecht erstattete Todesanzeige ober durch Borlegung einer Sterbeurfunde oder einer Todeserflärung vom Tode bes Erblaffere Renntnis erlangt hat. Auch eine zuverläffige nicht amtliche Rachricht vom Tobe eines Kriegsteilnehmers tann ausreichen (MIN 14, 141). Borausgesett wird ferner, daß sich das zu eröffnende Teftament, fei es von vornherein, fei es nach geschehener Ablieferung (§ 2259) in Bermahrung bes Berichts befindet. Die Gultigfeit des sich außerlich als Testament kennzeichnenden Schrift. ftude (§ 2259 A 1) ift vor ber Eröffnung nicht zu prufen; diese barf auch nicht wegen vermeint. licher Zwedlosigkeit unterbleiben (RJA 18, 82; auch DLG 40, 141 sowie IFG 1, 174, wonach ein angeblich widerrufenes Teftament jedenfalls dann zu eröffnen ift, wenn Zweifel darüber bestehen können, ob ein Biderruf vorliegt). Befindet sich die Urichrift des öffentlichen Testaments eines Deutschen im Ausland und fann ihre Ablieferung mit Rudficht auf bas ausländische Recht nicht burchgesett werden, so fann eine Aussertigung eröffnet werden (RJA 13, 87). Auch sonft tann eine öffentlich beglaubigte Abschrift eröffnet werden, wenn die Urschrift verloren gegangen ist (NJA 15, 25). Die einfache Abschrift eines verloren gegangenen Testaments hat NG (NJA 16, 239 unter Widerspruch von Herzfelder in 39 1919, 586 gu 1) nicht gur Eröffnung jugelaffen. Bur Eröffnung bes Teftaments eines Auslanders find die beutschen Gerichte gustandig, wenn hinsichtlich irgend. welchen Bermogens, insbesondere Grundvermögens, die Erbfolge nach beutschem Rechte ftatt. findet (RJA 16, 215).

2. Die Bestimmung des Termins und die Ladung erfolgen von Amts wegen. Zustellung ist nicht vorgeschrieben, das Erscheinen der Beteiligten kann nicht erzwungen werden (§ 2262). Erscheinen sie freiwillig, so ist nicht ausgeschlossen, auch ohne Ladung und förmliche Terminsbestimmung sogleich die Eröffnung vorzunehmen. Beibringung des Hinterlegungsscheins (§ 2246 Abs 2) ist nicht wesentlich. Weitläusigere Ermittlungen der gesetzlichen Erben

ber Terminsbestimmung vorangehen zu lassen, liegt nicht im Sinne des Gesetes ("soweit tunlich"; RGJ 45, 134). Zu den Beteiligten gehören Bedachte, auch bedingt Bedachte, selbst wenn als Bedingung ein vom freien Belieben des Belasteten abhängiges Ereignis geset; ist (RG RJU 16, 207 sf.), Auflageberechtigte (§ 2194), Testamentsvollstrecker, Personen, bezüglich deren familienrechtliche Anordnungen getrossen sind (Vormünder, Gewalthaber, Ehegatten), soweit sie aus dem offen vorliegenden Testament oder aus bereits eröfsneten Testamenten des Erdlassers dem Nachlaßgerichte bekannt sind. Sie können auch durch Vertreter erscheinen. Eröfsnung im Wege der Nechtshilfe kann vom Nachlaßgericht, auch auf Ansuchen der Beteiligten, nicht herbeigeführt werden (BandbLG 5, 516; Indschaft 1926 Nr 811).

3. Die **Diffung** hat sich auf ben amtsichen wie auf ben vom Erblasser selbst bewirkten Berschluß, die **Berkindung** auf den gesamten Inhalt der zum Testament gehörigen offen (NG 48, 99) ober verschlossen überreichten Schriftstück einschließlich der Protokolle und deren Anlagen (§ 2246 A 1) zu erstrecken. Es ziemt dem Nichter, auch solche Schriftstücke zu verkünden, die nach der Meinung des Erblassers lehtwillige Bersügungen enthalten sollten, aben gesetzlichen Ersovernissen, insbesondere beim Privatteskament so wenig genügen, daß sie überhaupt nicht Testamente sind. Anch widerrusene, durch Fristabsauf erloschene (§ 2252) und gegenstandssos gewordene Testamente sind zu verkünden (A 1). Die Berkündung besteht regelmäßig in der Bersesung der Schriftstücke, doch ist nach pslichtmäßigem Ermessen des Richters auch inhaltsiche Mitteilung genügend. Sie ist wesentlicher Formalakt (§ 1944 A 3) und darf auch dann nicht unterbleiben, wenn im Termin niemand erschienen wäre (vgl. IPD § 312 Abs 1; Ind dann nicht unterbleiben, wenn im Termin niemand erschienen wäre (vgl. IPD § 312 Abs 6, 179). Ann die Vorlegung, wenn sie üm Ternin verlangt wird (s. auch § 2264), macht die Berkündung entbehrlich. Bu irgendwelchen Erklärungen über die Schtheit des Testaments, Annahme der Erbschaft u. dgl. sind die Beteiligten nicht verpssichtet, der Richter wird im Gegenteil hiervon abzuraten haben.

4. Über die Form des Prototolls bestehen reichsgesehlich keine Borschriften. Cbenso. wenig ist Zuziehung eines Gerichtsschreibers vorgeschrieben. Da es sich nicht um Beurkundung eines Nechtsgeschäfts handelt, find §§ 167 ff. FOG nicht unmittelbar maßgebend. Besentlich ift mit Rudficht auf § 1944 M 3 Benrkundung des Tages der Verkundung. Die in Sat 2 vorgeschriebene weitere Feststellung bezieht sich auf alle, ben äußeren sowohl (§ 2246 A 3) wie auf etwaige innere Verschlüsse ber Urkunden. Beanstanden die Beteiligten die Feststellung, so sind auch ihre Erklärungen zu Protokost zu nehmen. Ift das Testament versehentlich bei Ledzeiten des Erblassers eröffnet worden, so wird selbswerständlich seine
kortdauernde Gülkigkeit dadurch nicht beeinträchtigt. Der Verschluß ist dann zweckmäßig unter feiner Mitwirfung wieder herzuftellen. Uber Eröffnung alter Teftamente beftimmen bie Landesgesete. Die Rosten der Testamentseröffnung sind Nachlagverbindlich. keiten (§ 1967) und im Konkurse Masseschuld (KD § 224 Nr 4). Die Möglichkeit, ein öffentliches Testament mit Eröffnungsprotokoll in Grundbuchangelegenheiten, beim Schiffspfand. recht und beim Reichsschuldbuch zum Rachweise der Erbfolge oder der Ernennung eines Testamentsvollstreders zu verwenden, regeln UBD § 36, FGG § 107 Abs 2, RSchulbb v. 31. 5. 10 § 16. — Eröffnung gemeinschaftlicher Testamente § 2273, der Erbverträge § 2300. Ift der Erblasser nach 31. 12. 99 verstorben, so findet § 2260 auch auf früher errichtete Testamente Anwendung, EG Art 213.

§ 2261

Hat ein anderes Gericht als das Nachlaßgericht das Testament in amtlicher Verwahrung, so liegt dem anderen Gerichte die Eröffnung des Testaments ob¹). Das Testament ist nebst einer beglaubigten Abschrift des über die Eröffnung aufgenommenen Protokolls dem Rachlaßgerichte zu übersenden; eine beglaubigte Abschrift des Testaments ist zurüczubehalten²).

E I 1938 Abi 2 II 2128; Dt 5 307; B 5 356, 357.

1. Das Gericht, das gemäß §§ 2246, 2248 das Testament in (besondere) amtliche Verwahrung genommen hatte, wird mit dem Nachlaßgerichte (FGG §§ 72, 73) vielsach nicht identisch. Um eine Übersendung der noch uneröffneten Testamentsurschrift zu vermeiden, ist deshald diesem andern Gericht die Eröffnung, und zwar im vollen Umsange des § 2260 siberstragen. Dagegen liegt die Benachrichtigung nach § 2262 lediglich dem Nachlaßgericht ob.

tragen. Dagegen liegt die Benachrichtigung nach \ 2262 lediglich dem Nachlaßgericht ob.

2. Die Urschrift des Testaments nehst den einen Bestandteil des Errichtungsatts bildenden Protofollen und Anlagen (\ 2246) ist nach Eröffnung dem — in- oder ausländischen — Nachlaßgericht zu übersenden und von diesem offen aufzubewahren. Lehnt das Nachlaßgericht die Annähme ab, so steht dem übersendenden Gerichte hiergegen nicht die Beschwerde zu, da ihm die Sorge dafür, daß das eröffnete Testament von der zuständigen Stelle verwahrt werde, nicht obliegt (RJA 15, 289). — Gemeinschaftliches Testament \ 2278. Erbvertrag \ 2300.

§ 2262

Das Rachlaggericht hat die Beteiligten, welche bei der Eröffnung des Testaments nicht zugegen gewesen sind, von dem sie betreffenden Inhalte des Testaments in Renntnis zu setzen.).

E I 1939 26 1 II 2129; M 5 807, 308; B 5 857.

1. Die Benachrichtigung der Beteiligten (§ 2260 A 2) liegt auch im Falle des § 2261 lediglich dem Nachlaßgericht ob. Die gesehlichen Erben kommen nicht allgemein, sondern nur soweit in Betracht, als sie ausgeschlossen (§ 1938) oder enterbt (§ 2336) oder augenscheinlich im Pflichtteil verlett sind. Die Beteiligten sind, soweit sie dem Nachlaßgericht, und zwar nach Sinziehung gehöriger Erkundigungen (NG 69, 274) bekannt geworden sind, sämtlich, nicht bloß "soweit tunsich" (§ 2260 A 2) in Kenntnis zu sehen, können aber auf Nachricht wirksam verzichten. Ist eine unvertretene oder zukünstige Nachkommenschaft bedacht, so hat das Nachlaßgericht beim Bormundschaftsgerichte die Bestellung eines Pflegers anzuregen und, wenn ein Pfleger bestellt wird, diesen zu benachrichtigen; gezen die Ablehung der Anregung steht ihm aber die Beschwerde nicht zu (RJA 15, 26). Die Pflicht zur Benachrichtigung ist von der Rechtswirksamseit des Testaments im ganzen oder der einzelnen darin getrossenen Berfügungen unabhängig (NG RJA 16, 212). Sine Form der Benachrichtigung ist nicht dorgeschrieben. Regelmäßig genügt einfache Abschrift, nach Umständen auch kurze inhaltliche Mitteilung mit dem Anheimstellen der Einsicht nach § 2264. Bekanntmachung im Wege der Rechtshilse ist nicht ausgeschlossen (INdschlaßen) v. 22. 8. 25 § 27 Abs 2. Die Kosten gehören zu den Kosten der Erössen der Krössen der Krössen zu den

§ 2263

Eine Anordnung des Erblassers, durch die er verbietet, das Testament alsbald nach seinem Tode zu eröffnen, ist nichtig1).

E_I 1938 A6 8 II 2130; M 5 307; B 5 857.

1. Ebenso das Verbot der Benachrichtigung nach § 2262 (NG LZ 1919, 1241¹⁸ und RJA 16, 213) oder der Einsicht nach § 2264. Besonderheiten beim gemeinschaftlichen Testament und beim Erbvertrag §§ 2273, 2800.

\$ 2264

Wer ein rechtliches Interesse glaubhaft macht¹), ist berechtigt, von einem eröffneten Testament Einsicht zu nehmen sowie eine Abschrift des Testaments oder einzelner Teile zu fordern; die Abschrift ist auf Berlangen zu beglaubigen²).

G I 1939 A6 2 II 2131; M 5 808; B 5 357.

- 1. Rechtliches Interesse, wie § 1953 Abs 3 und FCC § 85, im Gegensatzum berechtigten Interesse FCC §§ 34, 78, CBO § 11, Glaubhaftmachung FCC § 15 Abs 2. Interessiert sind iebenfalls die Beteiligten § 2260 A 2, nach Umständen auch Nachlaßgläubiger und selbst Privatgläubiger des Erben. Wissenschaftliche, historische u. dgl. Interessen sonnen nach § 34 FCC Berücksichtigung sinden.
- 2. Die Einsicht an der amtlichen Verwahrungsstelle, auch derjenigen des "andern Gerichts" (§ 2261) darf den Berechtigten nicht verweigert werden. Ju dem Recht auf Einsicht ist die Besugnis enthalten, sich selbst Aufzeichnungen oder Abschriften anzusertigen; KG (RFA 12, 205) gestattet, wenigstens im allgemeinen, auch die Herstellung einer Photographie. Inwieweit das rechtliche Interesse detressenden die Kenntnisnahme vom ganzen Testament oder nur von einzelnen Teisen rechtsertigt, ist unter Abwägung etwa entgegenstehender anderer rechtsicher Interessen nach zu unsständen zu entscheiden. Wem das Testament zu verfünden ist, der darf auch, und zwar vom ganzen Testament Einsicht nehmen und Abschrift sordern (RFA) 9, 79). Beschwerde nach FGG §§ 19ss. Das Testament ist auch hier mit Einschluß der Protosolse und Anlagen verkanden (§ 2261 A 2). Beglandigung der Abschrift nach Landestecht. Bon einem öffentlichen Testament kann gemäß FGG § 182 und den Vorschriften des Landesrechts auch eine Anssertigung verlangt werden. Die Kolten gehen zu Lasten des betressends and eine Anssertigung verlangt werden. Die Kolten gehen zu Lasten des betressends and eine Anssertigung verlangt werden. Die Kolten gehen zu Lasten des betressends zu Lasten des Kentrigung verlangt werden. Die Kolten gehen zu Lasten des betressends und eine Kristertigung verlangt werden. Die Kolten gehen zu Lasten des betressends und einschlafter selbst kann das Recht auf Einsicht in das nach §§ 2246, 2248 in besondere Berwahrung genommene Testament oder auf Abschrifterteilung (auch ohne Glandhaftmachung eines rechtlichen Interesses KG FG 4, 159) nicht

versagt werden. Da § 2246 nur Ordnungsvorschrift ist, so muß es genügen, weim der geöffnete Verschluß unter der bloßen Mitwirkung des Erblassers, unter Umständen selbst ohne solche, wiederhergestellt und hierüber ein Vermerk gemacht wird (DLG 9, 411; IV 1922, 522°).

Achter Titel

Gemeinschaftliches Testament

§ 2265

Ein gemeinschaftliches Testament1) tann nur von Chegatten errichtet werden2).

G I 1918 II 2132; Dt 5 253-257; B 5 424-427.

- 1. Das Testament ift gemeinschaftlich (t. mere simultaneum), wenn zwei Erblaffer in einer einheitlichen Testamentsurtunde, die aus mehreren Bogen oder Blättern bestehen tann, lett. willige Berfügungen treffen (96 50, 309; 72, 204; 39 1917, 9252). Es ift gegenfeitig (t. reciprocum), wenn sich beide darin gegenseitig bedenken oder einer um des andern willen einen Dritten bedentt. Es ift gegenseitig in bem engeren Ginne bes § 2270, wechselbezüglich (t. correspectivum), wenn nach dem Billen beider Erblasser die Birtsamfeit der Berfügungen ber einen Seite von ber Birtfamkeit ber gegnerischen Verfügungen abhängig iein soll. In allen Fällen find die beiderseitigen Berfügungen grundsählich einseitig und abgesehen von dem besondern Falle des § 2271 Abs 2 frei widerruflich. Umgekehrt haben sich mit Abschluß des Erbvertrags beide Erblasser ober der Erblasser und ein Dritter gegenseitig gebunden und durfen nur in den besondern Fällen der §§ 2298 ff. hiervon einseitig zurüdtreten. Das gemeinschaftliche Testament tann in allen vom Geset zur Berfügung gestellten ordentlichen und außerordentlichen Formen (§§ 2231—2251) errichtet werden. Besonderheiten beim Gemeindetestament § 2266, beim Privattestament § 2267. Bezüglich ber Testierfähigkeit gelten die allgemeinen Borschriften (§ 2229 A 1-5, anders beim Erb. vertrag § 2275). Aus der Notivendigkeit einheitlicher Beurkundung folgt, daß sich beide Erb. laffer berfelben Testamenteform bedienen muffen, baß 3. B. nicht ber eine bor bem Richter ober Gemeindevorsteher, der andere privatschriftlich testieren kann. Beim öffentlichen Testament (§§ 2238, 2249) können beibe Teile ihren letten Willen gemeinschaftlich mundlich ertlaren ober eine Schrift ober auch je eine Schrift mit ber mundlichen Ertlarung übergeben, daß die Schrift oder die Schriften ihren gemeinschaftlichen letten Willen enthalten (LB 1917, 88810 u. A). Der lette Wille fann auch von dem einen Teile durch übergabe einer Schrift, vom andern mündlich erklärt werden. Dagegen ist unzulässig, daß ein Teil den letten Billen zu Protofoll erklart, mahrend ber ftumme ober am Sprechen verhinderte andere Teil eine dem § 2243 A 2 entsprechende schriftliche Erklärung übergibt, daß dieses Protofoll auch seinen letten Willen enthalte; die Bezugnahme auf das Protofoll könnte die in § 2248 geforderte Ubergabe einer eigenen Testamentsschrift nicht ersepen (a. M. Strohal § 43 U 8). Ift ferner der eine Teil, weil er minderjährig ift oder Geschriebenes nicht zu lesen vermag, auf mündliche Erklärung bes letten Willens zu Protokoll beschränkt (§§ 2238 Abs 2, 2247), fo muß sich notwendig auch der andere Teil dieser Erklärungsform bedienen, da seine schriftliche Erklärung dem leseunkundigen Partner überhaupt nicht, dem minderjährigen wenigstens nach der Annahme des Gesehes nicht verständlich sein würde. Ist ein Teil an der schriftlichen, der andere an der mündlichen Erklärung verhindert, so können sie gemeinschaftlich überhaupt nicht testieren.
- 2. Rur Chegatten in stehender Che können gemeinschaftlich testieren. Richt Berlobte, benen jedoch der Erbvertrag offen steht (§§ 2275 Abs 3, 2276 Abs 2) und nicht Chegatten, deren eheliche Gemeinschaft aufgehoben ist (§§ 1586, 1587). Unwirksamkeit bes Testaments im Falle der Nichtigkeit oder Auflösung der Che § 2268. Besondere Borschrift für die allgemeine Gütergemeinschaft § 1516 Abs 3. Das, von Nichtehegatten gemeinschaftlich errichtete Testament ift seinem gangen Inhalte nach nichtig. Die barin enthaltenen Berfugungen tonnen auch dann, wenn fie den für ein Einzeltestament bestehenden Formersordernissen genugen, nicht als ein oder zwei Einzeltestamente aufrechterhalten werden (MIN 9, 12; RG 87, 83). Immerhin ift zu beachten, daß auch eine bloß außerliche Bereinigung mehrerer Einzeltestamente auf bemselben Blatte Bapier möglich ift (96 72, 205). Wird aber über das Testament zweier Berlobter nur eine Urkunde in einem notariellen Protofoll aufgenommen, das von jedem der beiden, dem Notar und den Zeugen nur einmal unterschrieben wird, so liegt ein gemeinschaftliches, wegen fehlender Che nichtiges Testament vor (NG 398 1911, 76629). — Gemeinschaftliche unter ber Herschaft des älteren Rechts von Nichtehegatten errichtete Testamente bleiben wirksam (RG 3W 1911, 76629).

§ 2266

Ein gemeinschaftliches Testament kann nach § 2249 auch bann errichtet werden, wenn die Boraussetzung des § 2249 nur auf seiten eines der Chequatten vorliegt¹).

∉ II 2133; \$ 5 428, 429.

1. Das gemeinschaftliche Gemeindetestament nach \ 2249 ist zulässig, wenn auch nur für einen Ehegatten Gesahr im Verzug obwaltet. Es bleibt auch dann in vollem Umfang, also auch hinsichtlich der nicht wechselbezüglichen Bestimmungen, wirksam, wenn nur der lebensgefährlich erkrankte Ehegatte innerhalb der Frist des \ 2252 stirbt (KJA 16, 216). Die in den früheren Auflagen vertretene Meinung, daß in Ansehung des \ 2252 das gemeinschaftliche Testament für jeden Gatten als selbständiges Testament gelte, wird danch aufgegeben. Beim Seuchen- und Seetestament (\\$\\$ 2250, 2251) liegt in der Natur der Sache, daß die dort aufgestellten Erfordernisse immer für beide gleichzeitig testierende Erblasser zutreffen.

§ 2267

Bur Errichtung eines gemeinschaftlichen Testaments nach § 2231 Rt 2 genügt es¹), wenn einer der Ehegatten das Testament in der dort borgeschriebenen Form errichtet und der andere Chegatte die Erklärung beisügt, daß das Testament auch als sein Testament gelten solle²). Die Erklärung muß unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschrieben und unterschrieben werden³).

Œ II 2184; B 5 425-429.

1. Beim gemeinschaftlichen Privattestament entspricht ber Regel des § 2231 Ar 2, daß beibe Ehegatten ihre lettwilligen Erklärungen, jeder die seine, in einer die beiden Erklärungen zu einer Einheit zusammenfassenden Urtunde (§ 2265 U 1) eigenhändig niederschreiben, datieren und unterschreiben (vgl. die Fälle in DLG 80, 225; 82, 68 U 1; Banz 1927, 325). Diese Urt ber Errichtung ist durch § 2267, der die Form nur erleichtern will ("genügt es"), nicht ausgesschlössen. Eleichzeitigkeit der Errichtung ist dabei nicht erforderlich, ebensowenig Joentität des

Errichtungsorts.

2. Die Formerleichterung besteht barin, baß sich bas Geseh mit einmaliger eigenhändiger Rieberschrift des Testamentsinhalts bloß durch einen Chegatten begnügt und vom andern Teil nur die der Niederschrift in derselben Urkunde beizufügende Erklärung verlangt, daß das Testament auch als sein Testament gelten solle. Die Einheitlichkeit der Urkunde (§ 2265 A 1) wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die von dem einen Shegatten niedergeschriebene Verfügung auf einem burch sie nicht voll ausgenutten Blatte und die Ertlärung bes anbern auf einem besondern Blatte steht, sofern fich nur die Erklärung auf dem zweiten Blatte als eine Fortsetzung der Niederschrift auf dem ersten Blatte darstellt (RIN 17, 58). Der Gebrauch der Gesehesworte ist für die Erflärung des zweiten Ehegatten nicht wesentlich. Der Bermert: "einverstanden, genehmigt" tann genügen, wenn der Testamentstert selbst icon die Gemeinschaftlichkeit ber Verfügungen andeutet, insbesondere beide Ehenatten als rebend aufführt ("Wir bestimmen"). Die bloge Mitunterschrift tann jedoch die von dem andern Chegatten "beizufügende Erklärung" auch in diesem Falle nicht erseben (RG 72, 205). Demgemäß find zwei gleichlautende, eine gegenseitige Erbeinsebung enthaltende Testamente, von denen das eine vom Chemann geschrieben und von ihm und der Frau unterichrieben, das andere auf einer besonderen Urkunde von der Frau geschrieben und von ihr und dem Mann unterschrieben ist, als gemeinschaftliches Testament ungültig; sie können aber als Einzeltestamente gültig sein (NG L3 1927, 12667). Das von dem zuerst testierenden Chegatten niedergeschriebene Testament ist in der durch § 2231 Nr 2 vorgeschriebenen Form erst bann errichtet, wenn es mit Datum und Unterschrift versehen ift. Die "Ertlärung" bes andern Chegatten ift beshalb unwirtsam, wenn sie vor Abschluß des Testaments, insbesondere wenn fie unter einem früheren Datum als bemienigen bes Testaments erfolgt. Dagegen ift auch bier (wie A 1) nicht wesentlich, daß sie gerade an bemselben Orte und Tage abgegeben wird (vgl. MG 72, 206). Sie kann vielmehr, sowohl örtlich als zeitlich nachfolgen, allerdings immer nur bei Lebzeiten des Ausstellers der ersten Erklärung (NJA 16, 224).

3. Eigenhändigteit ist sowohl für die Erklärung als für das Datum und die Unterschrift die durch Aufführung des Namens im Text der Erklärung nicht erseht wird — erforderlich. Das gemeinschaftliche Privattestament muß also auch in der erleichterten Form jedenfalls zwei eigenhändige Angaben des Ortes und Tages enthalten. Im übrigen gilt bezüglich des wahrheitsgetreuen Datums und der sonstigen Erfordernisse das § 2231 A 3 ff. Gesagte. Etwaige Zusätz und Ünderungen mitsen gleichsalls den Mindestersordernissen des § 2267 genügen (§ 2231 A 5). Doch wird für den Fall, daß ein unterschriedener, aber nicht besonders datierter Zusatz zu dem von dem einen Schegatten geschriedenen ersten Teile des gemeinschaftlichen Testaments zwischen diesem Teile und der von dem gleichen Tage wie der erste Teil datierten Beitrittserklärung des anderen Schegatten steht, die Gültigkeit des Zusatz regelmäßig daraus hergeleitet werden können, daß sich das erste Datum auf ihn miterstrecken soll (RG JB 1917, 925²). Formsehler in der Niederschrift, Datierung und Unterschrift des vorangehenden Testaments machen das gemeinschaftliche Testament in vollem Unsange, Fehler der Nachschrift regelmäßig nur diese Nachschrift nichtig, wenn sich nicht auß § 2270 Ubs 1 auch in diesem Falle Nichtigkeit des ganzen Testaments ergibt. Das gemeinschaftliche Privattestament ist außgeschlossen, wenn auch nur ein Teil minderjährig oder lesensunvernögend ist (§§ 2247, 2265 A 1).

§ 2268

Ein gemeinschaftliches Testament ist in den Fällen des § 2077 seinem

gangen Inhalte nach unwirksam1).

Bird die She vor dem Tode eines der Chegatten anfgelöst oder liegen die Boraussehungen des § 2077 Abs 1 Sat 2 vor2), so bleiben die Berstügungen insoweit wirksam, als anzunehmen ist, daß sie auch für diesen Fall getroffen sein würden3).

Œ II 2135; B 5 446-448.

- 1. Die Regel des Abs 1: völlige Unwirksamkeit aller in dem gemeinschaftlichen Testamente getroffenen Verfügungen, gleichviel ob sie wechselbezüglich sind oder überhaupt nicht miteinander in Verdindung stehen, greift nur durch, wenn die Ehe nach §§ 1323—1328 von vornherein oder nach § 1343 Abs 1 infolge wirksamer Ansechtung nichtig ist. Im übrigen wird sie durch die Ausnahmebestimmung des Abs 2 durchbrochen.
- 2. Im Falle der Auflösung ber Che bor bem Tobe burch Scheibung, Aufhebung ber ehelichen Gemeinschaft, Wiederverheiratung nach vorausgegangener Tobeserklärung ober auch nur der Erhebung begründeter Scheidungsklage wegen Verschulbens des andern Ehegatten (§ 2077 Abf 1 Sat 2) ist zuzusehen, ob die Berfügungen eines jeden der beiden Erblaffer nach seinem zu ermittelnden Willen auch für biesen Gall Geltung behalten sollten (fo auch § 2077 Abf 3). Infoweit bleiben fie bei Kräften. Diefe Annahme ist bei wechselbezüglichen Berfügungen im Sinne von § 2270 Abs 1 u. 2 regelmäßig ausgeschlossen, wird aber bei anderen mit dem ehelichen Berhältnis der Erblaffer nicht im Zusammenhang stehenden Verfügungen regelmäßig begründet sein. Sind sie einmal unwirksam geworden, so lebt das gemeinschaftliche Testament auch durch Wiederverheiratung der Chegatten oder durch Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft (§ 1587; a. M. Leonhard, II, B) nicht wieder auf. auch zu gelten, wenn ber mit begründeter Scheidungeklage verfolgte Chegatte vor bem klagenden Teile verstirbt. Auch in diesem Falle bleiben insbesondere die wechsclbezuglichen Berfügungen beider Teile, wiewohl unbeschadet des gesetzlichen Erbrechts des überlebenden Ehegatten unwirksam (a. M. Strohal § 43 A 23; Dernburg V § 91 A 2; Staubinger A 1; Leonhard, II, C). Handelt es sich in Wahrheit um zwei selbständige Testamente der Ehegatten, so bleibt lediglich § 2077 anwendbar. Beim Erbvertrage § 2279 Abs 2. — Die Beweislast trifft benjenigen, welcher fortbauernbe Gultigkeit ber gemeinschaftlichen Berfügungen behauptet.

§ 2269

Haben die Chegatten in einem gemeinschaftlichen Testamente, durch das sie sich gegenseitig als Erben einselzen, bestimmt, daß nach dem Tode des überlebenden der beiderseitige Nachlaß an einen Dritten fallen soll¹), so ist im Zweisel anzunehmen, daß der Dritte für den gesamten Nachlaß als Erbe des zuletzt versterbenden Chegatten eingesetzt ist²).

Haben die Chegatten in einem solchen Testament ein Bermächtnis angeordnet, das nach dem Tode des überlebenden erfüllt werden soll, so ist im Zweisel anzunehmen, daß das Bermächtnis dem Bedachten erst mit dem

Tode des fiberlebenden anfallen foll3).

Œ II 2136; B 5 406, 407, 459.

1. Borausgeseht ist ein minbestens reziprotes, wenn auch nicht notwendig forrespektives Testament (§ 2265 U 1), in dem sich die Chegatten gegenseltig jeder den anderen als alleinigen Erben bes Zuerstversterbenden — nicht auch andere Versonen neben dem Überlebenden — einsehen (NG Banz 07, 64; LZ 1919, 1241¹⁸). Der Dritte (ober mehrere Dritte) nuß ferner erst nach dem Tode des Überlebenden, nicht schon für den Eintritt eines bestimmten Zeitpunsts oder Ereignisses (§ 2104), und zwar auf den beiderseitigen Nachlaß als Erbe bernsen sein (sog. Berliner Testament). Eine Berufung von Dritten auf den beiderseitigen Rachlaß fann in der Bestimmung gesunden werden, daß das Bermögen beider Ehegatten nach dem Tode des Überlebenden in zwei gleiche Teile geteilt werden und die eine Hälfte den Berwandten des Mannes, die andere Hässte denen der Frau zusommen soll (NG 79, 278; Recht 1923 Nr 757). Dagegen gehört nicht hierher der Fall, daß als dein Tode des Überlebenden Ehegatten eintretende Erben die Berwandten des Mannes auf den Nachlaß bes Mannes und die Berwandten der Frau auf deren Nachlaß berufen sind (NG 79, 277); anders, wenn das beiderseitige Bermögen traft Gütergenneinschaft bereits zu einer Einheit verbunden war und jeder Erblasser unter seinem Nachlasse werstanden wissen vorhandenen gesamten Vermögens verstanden wissen wollte (NG LZ 1914,

2. In den von der Borandsehung des Abs 1 betroffenen Fallen (A 1) ift bentbar, jeder Chegatte habe den andern in erster Linie zu seinem Erben berufen, aber zugleich den Dritten für den Fall, daß der andere Gatie zuerst sterben sollte, als Ersaberben und für den Fall, daß ber andere Gatte gulegt fterben follte, als Racherben eingeseit. Der Dritte erhalt bann beim Tobe bes überlebenden Chegatten den "beiberseitigen Nachlaß" aus verschiedenen Berufungegründen, näntlich den Nachlaß des Zuerstverstorbenen als bessen Nacherbe und ben Nachlaß bes Aberlebenden als bessen Ersaterbe. Das Geset behandelt bicse Gestaltung ber Erbfolge als zuläffig, ftellt aber eine bavon abweichende Auslegungeregel auf ("im Zweizel"), die denjenigen beweispflichtig macht, welcher einen auf Bor- und Racherbfolge gerichteten Billen ber Erblasser behauptet (RG 60, 117). Bufolge ber aufgestellten Regel wird, wenn nach Prüfung aller Umftände begründete, auf anderem Wege nicht zu lösende Zweisel über die Willensmeinung der Erblaffer bestehenbleiben (96 59, 85 und 96 10. 7. 22 IV 692/21; Berudfichtigung ber Bermögensverhaltniffe beiber Erblaffer Re 79, 278, aber auch Recht 1914 Rr 944), der "beiderseitige Nachlaß" als einheitlicher, als "gesamter Nachlaß" behandelt. Es wird angenommen, jeder Chegatte habe lediglich für den Fall, bag er zuerft fterben follte, den andern Gatten und für den Fall, daß er diesen überleben sollte, den Dritten als Erben eingesetzt. Der Uberlebende wird denigemäß Vollerbe des Vorverstorbenen. Die beiden Einzelvermögen, das ererbte und das eigene, verschmelzen in seiner Hand zu einem Bermögen. Dieses einheitliche Bermögen erhält der Dritte nur als Erbe des Aberleben den und kraft der von diesem ausgesprochenen Berufung. Die testamentarische Bezeichnung des Driften als "Nacherbe des zuleht versterbenden Ghegatten" ift danach in jedem Falle unzutreffend; der Ausbruck steht einer Anslegung des Testaments in dem zuleht dargelegten Sinne nicht entgegen (RG SRbsch 1925 Rr 1016). Ift bas Testament in biesem Sinne auszulegen, so folgt daraus, daß dem Dritten mit bem Tode des Zuerststerbenden im Gegenfate zu § 2108 Abs 2 noch keinerlei vererbliche ober veräußerliche Rechte erwachsen, daß eine ihm gemachte Ruwendung vorbehaltlich des § 2069 hinfällig wird, wenn er vor dem Aberlebenden verstirbt, und daß im Rechtssinne nur der Uberlebende als Erblasser bes Dritten in Betracht tommt. Dies schließt zwar nicht aus, bei Auslegung bes Testaments, insbesondere von Anordnungen, die zugunften der gesetzlichen Erben, der Verwandten oder der Abkömmlinge des Zuerstverstorbenen getroffen sind (§§ 2066 bis 2069), diesem die Stellung eines Erblassers zuzuschreiben. Sind jedoch mehrere Dritte, insbesondere Berwandte beiber Erblaffer ohne Bestimmung von Anteilen bedacht, fo haben sie vermöge der Einheitlichkeit des Nachlasses im Zweifel als gleichmäßig, b. h. ohne Unterschied auf die Herkunft des Vermögens als sämtlich auf den ungetrennten Nachlaß berufen zu gelten. Sind sie am Nachlasse des Zuerstverstrotbenen pflichtteilsberechtigt, so sind sie nach dem ersten Erbfall nicht gehindert, den Pflichtteil geltend zu machen (NG 30. 6. 04 lV 516/03). Eine Absicht der Ehegatten, dem Überlebenden die undeschränkte Verfügung über das gesamte Bermögen zu gewähren, ift baher gegen ben Billen Pflichtteilsberechtigter nicht durchführbar; dies darf nicht unbeachtet bleiben, wenn beim Streite darüber, ob das Testament im Sinne des § 2269 oder im Sinne der Berufung des Überlebenden zum Vorerben und der Kinder zu Nacherben auszulegen sei, für die Auslegung im ersten Sinne das Borhandensein jener Absicht geltend gemacht wird (NG Recht 1923 Ar 1023). Die Pflichtteilsberechtigten sind im Falle des § 2269, weil auf den Nachlaß des Zuerstverstorbenen überhaupt nicht als Erben berusen, zu einer Ausschlagung gemäß § 2306 Abs 1 Sat 2 nicht genötigt (DLG 44, 106; a. M. Dernburg V § 94 A 3). Bielmehr bleiben sie troß Abforderung des Pflichtteils nach bem zweiten Erbfall auf ben gesamten Nachlaß erbberechtigt. Dagegen ift Sache ber Auslegung, ob sie nach dem Willen der Erblasser, der auch ftillschweigend erklärt sein kann, zur Anrechnung des empfangenen Pflichtteils auf den demnächstigen, tatsächlich aus beiden Nachlässen ihnen zustießenden Erbteil verpflichtet sein sollen. Wäre freilich der Pflichtteilsberechtigte, sei es von vornherein, sei es vermöge des § 2306 auf den Pflichtteil am Nachsasse des Zulehtverstorbenen beschränkt, so braucht er sich hierauf den auß dem Nachsasse Zuerstverstorbenen gesorberten Pflichteil nicht anrechnen zu lassen Auchsasse U.S., 9). Der Überlebende ist als Vollerbe von den dem Vorerben obliegenden Verstgungsbeschränkungen (§§ 2112ff.) frei; er darf im Falle des § 2270 die Verstügungen des gemeinschaftlichen Testaments nur nicht durch bösliche Schenkungen vereiteln (NG 58, 65; 77, 113; Warn 1926 Nr 188). Es ist indessen möglich, daß mit der im Sinne des § 2269 ausgesprochenen Erbeinsehung eine bedingte Nacherbeinsehung, z. B. der Kinder für den Fall der Wiederverheiratung des überlebenden Ehegatten verdunden wird; die Nacherbeinsehung twird dann regelmäßig nur auf den Überrest (§ 2187) zu beziehen sein (KG 42, 109).

Dem § 2269 Abs 1 liegt, wie sich aus Obigem ergibt, des Verderen das beiberseitige Rogatten, die in der dar progesehenen Weise gemeinschaftlich testieren das beiberseitige Rogatten, die in der dar progesehenen Weise gemeinschaftlich testieren das beiberseitige Rogatten, die in der dar progesehenen Weise gemeinschaftlich testieren das beiberseitige Rogatten, die in der dar progesehenen Weise gemeinschaftlich testieren das beiberseitige Rogatten, die

Dem § 2269 Abs 1 liegt, wie sich aus Obigem ergibt, der Gedanke zugrunde, daß Ehegatten, die in der dort vorgesehenen Weise gemeinschaftlich testieren, das beiderseitige Vermögen als eine Einheit betrachten und daher regelmäßig sowohl ein verschiedenes Rechtsverhältnis während der Lebensdauer des überlebenden Ehegatten als anch die Möglichkeit einer Trennung der beiden Vermögensmassen bei dessen Tode ausschließen wollen (RG 79, 277; 113, 240). Für die Entschedung darüber, ob ein einseitiges Testament eines Ehegatten die Einsehung des andern Ehegatten zum Vollerben oder zum bloßen Vorerben enthält, kann jener Gedanke nicht analog verwertet werden (RG 13. 11. 24 IV 70/24; DLG Düsselderf

und Kipp JW 1925, 21486).

3. Als Folge bes in Abs 1 aufgestellten Sates, wonach die Anordnungen des gemeinschaftlichen Testaments im Zweisel den beiderseitigen, beim Tode des Uberlebenden vorhandenen Gesamtnachlaß zum Gegenstand haben, ergibt sich, daß im Zweisel auch eine Bermächtnisanvrdnung erst nitt diesem Zeithunkte wirksam wird. Der Bedachte muß deshald den Tod beider Ehegatten erlebt haben (§ 2160), die Bermächtnissorderung kommt jetzt erst zur Entstehung (§ 2177), vor dem Tode des Iberlebenden stehen ihm, da es sich nicht um einen kall des § 2177 handelt, auch nicht die Rechte des § 2179 zu. Auch hier handelt es sich jedoch nur um eine Ausstegungsregel, der Bedachte kann ihr gegenüber den Rachweis sühren, daß ihm das Vernächtnis nach dem Billen der Erblasser sich nehm Tode des Zuerststerdenen anfallen sollte. — Ist auch nur ein Ehegatte vor dem 1. 1. 00 gestorben so kommt § 2269 nicht in Frage, die Wirkungen des gemeinschaftlichen Testaments sind vielmehr nach älteren Recht zu beurteilen (NG 76, 20; JW 1911, 717¹⁹). Sind beide Ehegatten erst nach dem 31. 12. 99 gestorden, so ist § 2269 auch auf ein früher errichtetes gemeinschaftliches Testament anzuwenden, es sei denn, daß die Erblasser den Westen aus erkennen gegeben haben, daß ihre Bestimmungen im Sume dieser Vorlätzen zu verstehen seinen Mechtes angepaßt und dadurch den Wilsen zu erkennen gegeben haben, daß ihre Bestimmungen im Sume dieser Vorlätzen zu verstehen seinen (NG 3W 1911, 220²⁷; Warn 1913 Nr 331; DIZ 1924, 906 sowie NFH A 121; § 2084 V 3). — Entsprechende Unwendung beim Erdvertrag § 2280. Über die Behandlung des Falles des § 2269 im Erbschaftsstenerrechte se Erbscheste sin der Fassung v. 22. 8. 25 § 9 Abs 3.

§ 2270

Haben die Chegatten in einem gemeinschaftlichen Testamente Berfügungen getroffen, von denen anzunehmen ist, daß die Verfügung des einen nicht ohne die Verfügung des anderen getroffen sein würde¹), so hat die Nichtigkeit oder der Widerruf der einen Verfügung die Unwirksamkeit der anderen zur Folge²).

Ein solches Verhältnis der Verfügungen zueinander ist im Zweifel anzunehmen, wenn sich die Ehegatten gegenseitig bedenken³) oder wenn dem einen Ehegatten von dem anderen eine Zuwendung gemacht und für den Fall des überlebens des Bedachten eine Verfügung zugunsten einer Person getroffen wird, die mit dem anderen Ehegatten verwandt ist oder ihm sonst nahe steht⁴).

Auf andere Berfügungen als Erbeinsetzungen, Bermächtnisse oder Auflagen findet die Borschrift des Abs 1 teine Anwendung.

E II 2137; B 5 448-459; 6 897.

1. Als wechselbezügliche Verfügungen kommen nach Abs 8 nur Erbeinsehungen, Bermächtnisse und Auflagen in Betracht. Die Fälle des Abs 2 sind nicht erschöpfend. Wesentlich ist nur, daß zwischen beiden Verfügungen "Zusammenhang des Motivs" (Prot 5, 451) in dem Sinne besieht, daß jeder der beiden Ehegatten eine auf seiner Willensentschließung beruhende Anordnung getroffen hat, die ohne die Verfügung des anderen nicht gewollt sein würde,

oder, anders ausgedrückt, daß jede der beiden Verfügungen mit Rücksicht auf die andere getroffen ift und nach dem Willen der Erblaffer mit ihr ftehen und fallen foll (96 116, 149). Ein solcher Zusammenhang kann auch dann vorliegen, wenn die beiderseitigen Anordnungen in eine sprachlich einheitliche Verfügung zugunften besselben Dritten zusammengefaßt sind (RG 88, 330; Barn 1920 Ar 18). Gleichheit des mit den beiderseitigen Anordnungen berfolgten Awedes ift weber erforberlich noch für sich allein unbedingt genügend, kann aber einen Anhalt bafür bieten, daß beide Berfügungen nach dem Billen ber Erblaffer voneinander abhängig sein sollen (RG Recht 1921 Ar 1633). Zwischen gleichsantenden Verfügungen wird der Zusammenhang meist ohne weiteres gegeben sein, auch wenn sich die Chegatten nicht gegenseitig bebenken (§ 2269), vielseicht weil sie insoweit der gesetzlichen Erbsolge nach § 1931 Abs 2 freien Lauf lassen wollen. Er kann auch bei verschiedenartigen Verfügungen vorliegen, 3. B. wenn ein Chegatte seinen Rachlaß nur seinen Berwandten — nicht an Frembe ober einen bestimmten Fremden - zuwenbet, weil auch ber andere Ghegatte nur feine Berwandten — feine Fremden, feinen bestimmten Fremden bedeutt, ober wenn er fich mit einer Auflage beschweren läßt, weil er aud seinerseits bem andern Teil eine Auflage macht. Dagegen ift bas Abhangigkeitsverhaltnis für Die Beit nach bem Tobe bes Zuerfifterbenben als verneint anzusehen, wenn ein Erblaffer bem anderen ausbrücklich gestattet, spatere abweichende Berfügungen zu treffen (96 79, 34 u. 23 1920, 70512). Borausjehung ift, bag bie Berfügungen in einem gemeinschaftlichen Testamente ausgesprochen find. Stehen die in getrennten Testamenten getroffenen Berfügungen zweier Erblaffer, die nicht Chegatten gu fein brauchen, in dem hier angenommenen gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis, so tann, wenn eine von ihnen unwirksam geworden ift, die andere geeignetenfalls wegen Frrtums im Beweggrunde angefochten werden (§ 2078 Abs 2).

2. Nichtigleit wegen eines materiellen oder formellen Mangels, sei es, daß sie von Anfang an vorliegt oder als Erfolg der Ansechung eintritt (§ 142 Abs 1). Viderruß 2271 A1. In beiden Fällen tritt die Unwirtsamteit der anderen Versügung unmittelbar frast Gesetzes ein. Es ist deshalb gleichgültig, ob der andere Teil die Nichtigkeit oder den Widerruß gefannt, oder dem Widerruß sogar zugestimmt hat. Die Unwirksamteit des schränkt sich seinen der andere Teil mehrere Verfügungen getrossen hatte, auf die ienigen seiner Verfügungen, welche zu der nichtigen oder widerrußenen Verfügung im Abhängigkeitsverhältnis gestanden hatten; ob die so beschränkte Unwirksamteit denmächt und Unwirksamteit der sonstigen Verfügungen des andern Teiles zur volge hat, in nach zolst zu deurteisen (NG 116, 149; Warn 1913 Rr 247). Ist die Verfügung des einen Ehegatten ans anderen Gründen als wegen Richtigkeit oder Widerruße unwirksam, z. V. infolge Ausschlagung des von ihm eingesetzen Erden, so bleibt die Virksamseit der anderen Verfügung hiervon unverührt (a. M. Dernburg V § 93 VI, 4), wenn sie nicht als durch Verwirkschung der erledigten Verfügung bedingt zu gesten hat. Darüber, ob und inwieweit auch teilweiser Virksamseit der anderen Verfügung (Herabseung eines Vermächnisse) die Unwirksamseit der anderen Verfügung nach sicht, ist nach dem zu ermittelnden Versien der

Erblaffer zu entscheiben. 3. Auch für die in Abs 2 hervorgehobenen hauptsächlichsten Fälle stellt bas Gesetz nur Die Auslegungsregel auf, daß die Wechselbezuglichkeit "im Zweifel" gewollt fei. Die Regel fommt nicht zur Anwendung, wenn pflichtmäßige Willenserforschung (§ 133, § 2084 A 2) dagu führt, daß bie eine von den beiden sich barbietenden Willensmöglichkeiten, nämlich bie von den Erblaffern gewollte Abhängigkeit oder die von ihnen gewollte Unabhängigkeit ber beiderseitigen Berfügungen, für gutreffend oder ungutreffend erflatt werden tann; für biefe Billenserforidung konnen auch Umftande außerholb des Testaments, fo frühere oder fpatere Außerungen der Erblaffer und ihre beiberfeitigen Bermogeneverhaltniffe in Betracht tommen (KGJ 42, 119; Ru 116, 150). Für gegenseitige Unabhängigfeit der Berfügungen ist in den Fällen des Abs 2, soweit bei der Urfundenauslegung überhaupt von einer Beweispflicht gesprochen werden tann, derjenige beweispflichtig, welcher im Falle ber Richtigkeit ober des Widerrufs ber einen bie fortbauernde Gulligkeit ber andern Berfugung behauptet. Beim Fehlen ber Boraussetzungen bes Abs 2 gilt nicht etwa eine Bermutung gegen die Bechselbezuglichkeit, vielmehr ift dann über ihr Borhandensein nach freiem richterlichen Ermessen zu entscheiden (Ban DbLG 21 A 90). Die Chegatten können sich gegenseitig bedenten nur durch Erbeinsetzungen ober Vermächtnise. Gine Auflage (§ 1940), die dem andern Teil zugute kommt, genügt nicht. Doch steht der Erbeinsehung gleich und ist als Zuwendung aufzufalsen, wenn die Ehegatten im Testamente ber gegenseitigen gesehlichen Erbfolge (§ 1981) auch nur ftillschweigend freien Lauf laffen. In bem häufigen Falle, daß finderlose Eheleute sich gegenseitig als Erben einseten und bestimmen, nach bem Tobe des Lettlebenden solle das beiderseitige Bermogen teils an Berwandte des Mannes, teils an Berwandte ber Frau fallen, find regelmäßig wechfelbezuglich die Einfekungen ber Gatten im Berhaltniffe zueinander, außerdem bie Ginichung jebes Gatten im Berhaltniffe gu ber bon ihm ausgesprochenen Ginfetung ber Bermandten bes andern Gatten, alfo, wenn ber Mann zuerst stirbt, die Einsetung der Frau durch ihn mit der Einsetung seiner Verwandten durch die Frau, dagegen nicht ohne weiteres mit der von der Frau ausgesprochenen Einsehung ihrer Verwandten. Möglich ist aber die Erstreckung der Wechselbezüglichkeit auch hierauf, so wenn sich die Chegatten über die Auswahl der zu bedenkenden beiderseitigen Verwandten. auf beren Bebenkung nicht nur ber mit bem einzelnen verwandte Erblaffer, sondern beibe Gatten Wert legten, verständigt haben (RG SchleswholftAnz 1920, 33; auch Ban Db LG

a. a. D. und Dresden FFG 2, 162). 4. Die Ehegatten bedenken sich nicht gegenseitig. In dem gemeinschaftlichen Testament wird vielmehr nur dem einen Chegatten (A) von bem andern eine Zuwendung gemacht. Der andre (B) erlangt aber gewissermaßen als Wegenleiftung, daß für den Fall des Überlebens des Bedachten (A) von diesem eine Verfügung zugunften einer Person getroffen wird, die mit dem andern (B) verwandt ist oder ihm sonst nahesteht, was auch für einen gemeinschaftlichen Abkömmling der beiden Chegatten oder eine beiden in gleichem Maße durch Freundschaft oder dergleichen verbundene Person zutrifft (NG 116, 149f.). In der Denkschrift (Helpmannsche Ausgabe 433) hat der Tatbestand des Gesetzes keinen zutreffenden Ausdruck gestunden. Der dort angeführte Fall, daß die Verfügung zugunsten des Dritten gerade von denjenigen Ehegatten (B) getroffen wird, das die Setjagning zugungen es Ittlen getade von Semjenigen Ehegatten (B) getroffen wird, ivelcher auch die Andenvolfen, die nur für Fälle bestimmt ist, in denen sich Verfügungen beider Ehegatten gegenüberstehen (Planck Ad; s. auch NG) I. auch NG) I. auch NG) I. auch NG) I. der Führeren Auflagen dieses Kommentars). Verwandtschaft § 1589. Nahestelgende Personen: Verschwägerte, Freunde, Hausgenossen usw.

5. Andere Verfügungen, wie samischnechtliche Anordnungen (Vorbent Abs) Leiter von § 2064),

Ausschließung (§ 1938), Entziehung des Pflichtteils (§ 2936), Teilungsanordnungen (§ 2048), Ernennung eines Testamentsvollstreders (§ 2197, KGJ 48, 99), werden kraft Gesehes (A 2) auch dann nicht unwirksam, wenn sie mit der nichtigen oder widerrufenen Berfügung wechselbezüglich sind. Dagegen ist ihre Anfechtung aus \ 2078 nicht ausgeschlossen. — Ent-

sprechend dem § 2270 beim Erbvertrag § 2298.

\$ 2271

Der Biderruf einer Berfügung, die mit einer Berfügung des anderen Chegatten in dem im § 2270 bezeichneten Berhältniffe fteht, erfolgt bei Lebzeiten der Chegatten nach den für den Rudtritt von einem Erbvertrage geltenden Borichriften bes § 22961). Durch eine neue Berfügung von Todes wegen tann ein Chegatte bei Lebzeiten bes anderen seine Berfügung nicht einseitig aufheben2).

Das Recht zum Biderruf erlischt mit dem Tode des anderen Chegatten3); der Aberlebende tann jedoch feine Berfügung aufheben, wenn er das ihm Zugewendete ausschlägt4). Auch nach der Annahme der Zuwendung ist der überlebende zur Aufhebung nach Maßgabe des § 2294 und des § 2336 be-

rechtiat5).

Ist ein pflichtteilsberechtigter Abkömmling der Chegatten oder eines der Chegatten bedacht, so findet die Borschrift des § 2289 Abs 2 entsprechende Anwendung6).

€ II 2138; № 5 451—458.

1. Widerruf. Bon selbst versteht sich, daß die Chegatten gemeinschaftlich jederzeit das gemeinschaftliche Testament in allen Formen der §§ 2258—2258 widerrusen können. Nach § 2289 kann dies auch durch Erbvertrag geschehen. § 2271 hat nur den einseitigen Widerruseines Ehegatten im Auge. Auch dieser ist unbeschränkt zulässig in allen Formen, auch durch Streichung der eigenen Niederschrift gemäß § 2255, jedoch mit Ausnahme des § 2256 (vgl. § 2272), soweit es sich um nicht wechselbezügliche Verfügungen des gemeinschaftlichen Testaments, insbesondere um andere Verfügungen als Erbeinsetzungen, Vermächtnisse und Auflagen handelt (§ 2270 Abs 3). Und selbst die wechselbezüglichen Verfügungen sind bis zum Tode des Zuerstversterbenden für jeden Teil frei widerruflich, der Widerruf ist jedoch neben dem Erfordernis mindestens beschränkter Geschäftsfähigkeit an die Formvorschrift des § 2296 gebunden: personlich abgegebene und gerichtlich oder notariell beurfundete Erklärung gegenüber bem anderen Chegatten. Sat ber wiberrufende Teil alles getan, was von seiner Seite geschehen muß, bamit die Erklärung an ben anderen Teil gelangt, fo ist der Widerruf wirksam, auch wenn er erst nach dem Tode des Widerrufenden dem anberen Chegatten zugeht (§ 130 Abf 2; RG 65, 270). Der einseitige Widerruf der wechsels bezüglichen Verfügung ift beshalb unwirksam (s. jedoch A.4), wenn er erklärt wird durch Testament (§ 2254), durch Vernichtung oder Veränderung der Testamentsurkunde (§ 2255; über den Beweis von Inhalt und Formgültigkeit des vernichteten Testaments vgl. NG L3 1920, 3875), durch eine troh § 2272 etwa doch erfolgte einseitige Rüchahme aus amtlicher Verwahrung (§ 2256) oder durch Errichtung eines neuen (sei es auch nur teilweise, 3. V. durch die Hinzusgügung von Beschränkungen oder Beschwerungen, NG Warn 1920 Ar 18) widersprechenden Testaments (§ 2258 und A.2). Anderseits können in der Form des § 2296 auch nur die wechselbezüglichen, nicht auch die sonstigen Versstügungen des gemeinschaftlichen Testaments widerrufen werden. Der Excatte, der sowohl wechselbezügliche als auch aus dere Versstügungen einseitig widerrufen will, nuns sich deshalb sowohl der Form des § 2296 auch als auch einer der Formen der §§ 2253—2258 bedienen. Virtung des Widerrufs § 2270 A.2. Der in der Form des § 2296 erklärte Widerruf ist selbst unwiderruflich (§ 2257 kann unch in Frage kommen). Er hat zur Folge, daß eine vorher errichtete widersprechende sehrivillige Verfügung unnunehr Gültigkeit erlangt (NG 65, 275).

2. Sah 2 bestätigt die Regel des Sah 1 auch für den Fall des § 2258, der eine förmliche Wiberrufserklärung nicht vorausseht. Er bezieht sich deshalb gleichfalls nur auf wech elbezügliche Verfügungen. Davon abgesehen verbleibt beiden Chegaten die unbeschränkte Testierfreiheit. Gemeinsam können sie auch das wechselbezügliche Testament durch ein neues Testament beseitigen (A 1). Dagegen reicht die Zustimmung des einen Testes zu dem einseitigen Testament des anderen Chegatten hierzu nicht aus (JW 1919, 5168 mit Ann.). — Wiberruf eines unter Brall errichteten gegenseitigen Testaments § 2253 A 1 a. E.

3. Mit dem Tode des anderen Ehegatten tritt diesenige Gebundenheit des überlebenden an die im gemeinschaftlichen Testament von ihm selbst getrossenen Versügungen ein, die beim Erbvertrag grundsählich von vornherein besteht (§ 2278 A 1) und in § 2298 Abs 2 auch dei Vordehalt des Rücktritts für den Fall aufrechterhalten wird, daß von dem Mücktritts recht bei Ledzeiten der Vertragschließenden kein Gebrauch gemacht worden ist. Diese Gebundenheit hat zur Folge, daß lehtwillige Anordnungen des überlebenden, soweit und solauge ihnen die wechselbezüglichen Verfügungen des gemeinschaftlichen Testaments entgegenstehen — außer im Nahmen von Abs 2 Satz 2 und Abs 3 —, nicht wirksam sind. Damit ist zugleich ausgeschlossen, daß der Überlebende die Verfügungen zwar sormell bestehen läßt, sie aber durch dinzussügung von Beschienungen oder Veschräufungen, z. B. durch die Belastung des eingesetzten Erben mit einem Vermächtnis (Seuffa 78 Ar 145) oder durch die Ernennung eines Testamentsvollstreders (MIN 12, 18; Ban DbLG 19 A 171; aber auch RIA 16, 253)

wesentlich abändert (vgl. NG Warn 1920 Nr 18).

4. Die Gebundenheit des Aberlebenden tritt fraft Gesethes mit dem Tobe des Zuerftsterbenden ein, nicht, wie nach BrNLA II 1 § 492 (NG 31, 240) und nach gemeinem Recht (Seuffal 78 Ar 145; 336 3, 168; vgl. auch NG 6, 174; 41, 169) erst mit Annahme der ihm etwa gemachten Zuwendung; fie tritt felbst dann ein, wenn er überhaupt nicht bedacht wäre. Der Aberledende wird von selbst befreit, wenn sich der von ihm zugunsten eines Dritten getroffene wechselbezügliche Verfügung durch Wegfall des Vedachten erledigt (BanDbL'G
22 A 120). Er kann sich aber auch von der Gebundenheit befreien dadurch, daß er das ihm Zugewendete ausschlägt. Er kann dann seine Verfügung ausheben. Die Ausschlagung des ihm Bugewendeten für sich allein macht die übrigen Berfügungen bes gemeinschaftlichen Testaments nicht hinfällig (NGJ 48, 99). Das Geset erfordert jedoch nicht, daß die Ausschlagung der Anfhebung der Verfügung vorangehe. Der vom Überlebenden schon bei Lebzeiten des andern Chegatten in den Formen der §§ 2254—2256 erklärte und deshalb an sich unwirksame Widerruf (vgl. Al 1), insbesondere ein den wechselbezüglichen Verfügungen widersprechendes Testament (§ 2258) erlangt deshalb nach dem Tode des Zuerstwerstorbenen volle Wirksamkeit, jobald die Ansschlagung des Überlebenden hinzutritt (BandbLG 22 A 120; vgl. auch RG 65, 275). Die Aufhebung der Berfiigung begreift ben eigentlichen Widerruf (§§ 2254—2256) und die Errichtung eines neuen widersprechenden Testaments (§ 2258) in sich. Gie fett Testierfähigkeit des Überlebenden voraus, ist mithin ausgeschlossen, wenn er geschäftsunfähig geworden ist (§ 104); s. jedoch § 2253 A 2. In diesem Falle bleibt nur Ansechtung des gemeinschaftlichen Testaments aus § 2078 Abs 2 möglich. Gegenstand der Aushebung ist unmittels bar nur bie eigene vom Überlebenden getroffene ober mitgetroffene Berfügung. Gie hat aber gemäß § 2270 Abs 1 ohne weiteres auch Unwirksamkeit ber vom anderen Teil getroffenen (wechselbezüglichen) Berfügungen zur Folge. Die Ausschlagung bes Zugewendeten seht voraus, daß der Aberlebende im gemeinschaftlichen Testamente vom Zuerstverstorbenen als Erbe ober Bermächtnisnehmer bedacht ift. Dem ift ber Fall gleichzustellen, bag beibe Chegatten zwar nur an Dritte Zuwendungen gemacht, im Berhältnis zueinander aber der gesetzlichen Erb-folge beluußt freien Lauf gelassen haben (§ 2270 A 1). Dann befreit sich der Uberlebende burch Ausschlagung des ihm anfallenden gesetlichen Erbteils. Empfinge ber Aberlebende aus bem Nachsaffe des Zuerstversterbenden überhaupt nichts, hätte er sich aber gleichwohl im Sinne der Wechselbezüglichkeit gebunden (z. B. wenn er im Falle des § 2270 A 4 der Uberlebende wäre), so könnte er nichts ausschlagen und beshalb auch nicht wirksam widerrusen. Ankechtung ber Annahme und Ausschlagung §§ 1954—1956. Hatte der Überlebende die Verfügung ausgehoben, ist er aber vor Ablauf der Ausschlagungsfrist verstorben, so vererbt sich zwar gemäß §§ 1952, 2180 Abs 3 das Ausschlagungsrecht auf seine Erben. Ihre Ausschlagung ann aber die Gebundenheit des Überlebenden nicht mehr beseitigen, wenn sie ihr Erbrecht, wie die Regel bilbet, selhst erst aus dem wechselbezüglichen Testamente herleiten. Denn die Ausschlagung wirft gemäß §§ 1953 Abs 1, 2180 Abs 3 auf die Zeit des ersten Erbsalls zurüchter Erbrecht und sonit auch das Ausschlagungsrecht hätte mithin als von Anfang an nicht vorhanden gewesen zu gesten. Källt dagegen der Rachlaß des Überlebenden au seine gesellichen Erben, und schlagen diese die darin einbegriffene Erbschaft des Zuerstverstorbenen aus, so sind nunmehr alle gesehlichen Boraussehungen erfüllt, um die Gebundenheit zu beseitigen (z. T. a. M. Planck A IV 1 a. Strohal § 43a A 28ff.). Keinesfalls kann jedoch die Ausschlagung des Zugewendeten durch den in einem neuen widersprechenden Testamente eingesetzen Erben diesen Erfolg haben (MG 95, 214). Auch nach Annahme der Zuwendung bleibt der Überlebende oder seine Erbon berechtigt, die Berfügungen des Zuerstverstorbenen aus den allgemeinen Gründen der § 2078, 2079 anzusechten, damit deren Richtigkeit und als Folge hiervon (§ 2270 Abs 1) auch die Unwirksamseit der eigenen Berfügungen herbeizzuschen (so auch dem Erboertrag § 2281): val. A 6.

zuführen (so auch beim Erbvertrag § 2281); vgl. A 6.
Abs 2 Sah 1 enthält nachgiebiges Recht. Dem überlebenden Ehegatten kann daher im gemeinschaftlichen Testament die Besugnis eingeräumt werden, seine eigenen, den Charakter der Wechselbezüglichkeit tragenden Versügungen noch nach dem Tode des Zuerswersterbenden (sownell oder sachlich, ganz oder teilweise A 3) zu widerrusen; auch ein derartiger Widerrusehn nach sich nach § 2270 die Unwirksamkeit der eutsprechenden Versügungen des Zuerswerstordenen nach sich (MG Seufst 76 Kr 163 sowie Recht 1923 Kr 54, wo es gedilligt ist, daß die Einsäumung der gedachten Vesugnis in der Bestimmung der Erbläster gefunden ist: "Wir deshalten uns vor, in betress wermögens Abänderungen durch Nachzettel zu tressen. Kostock Seufst 78 Kr 145; KG India 1925 Kr 1640). Vestimmt ein gemeinschaftliches Testament, daß ein als Erbe des lehtlebenden Ehegatten bedachtes Kind, wenn es das Testament aussechte, nur den Pflichtteil erhalte, so kann dieser Vestimmung die Vedentung zustommen, daß, sosen das Kind vom Nachsläse des Erstverstordenen den Pflichtteil fordere und damit dem Testamente zuwiderhandle, der Überlebende ihm gegenüber an seine Versügungen nicht mehr gebunden sein solle (DLG) 40, 143). Die Wirssamsen aus Wänderungen des andern Ehegatten an dessen Versägungen vorninnnt, richtet sich nicht nach § 2271 Ab 2, sie hängt vielmehr ausschließlich davon ab, ob und inwieweit eine Ermächtigung zu solchen Abänderungen mit § 2065 vereindar ist (NG) FR 1925, 21211; § 2065 A 2).

5. Der Überlebende darf nach § 2294 auch nach Annahme der ihm selbst im gemeinschaftlichen Testamente gemachten Juwendung seine zugunsten eines Dritten gereichende wechselbezügliche Versügung ausheben, wenn sich der Bedachte gegen einen der beiden Erblasser Versehlung schuldig genacht hat, die zur Entziehung des Pflichtteils berechtigen würde. Nach § 2836 kann er dem bloß noch pflichtteilsberechtigten Dritten gegebenensalls auch diesen Psslichtteil entziehen. Die Gültigkeit der dem Übersehenden selbst genachten Zuwendung bleibt hiervon, wie auch im Falle des Abs 3, unberührt.

6. § 2289 Abf 2. Enterbung in guter Absicht unter ben in § 2838 aufgestellten Boraussetzungen. Sie ist sowohl bei Lebzeiten beiber Chegatten, als nach bem Tobe bes Zuerstverstorbenen gulaffig. - Der Aberlebenbe barf, wenn er nicht ale Borerbe eingesett ift, unter Lebenden über das von dem Zuerstwerstorbenen ihm Zugewendete wie über sein eigenes Vermögen frei versügen, nur vösliche Schentungen sind ihm gemäß dem entsprechend anwendbaren § 2287 untersagt (RG 58, 64; 77, 113; Warn 1926 Ar 188). Entsteden, wie 3. B. im Falle der Wiederverheiratung des überlebenden, auf dessen Nachlaß Kslückteils. berechtigte, fo konnen fie das gemeinschaftliche Testament gemäß § 2079 auch in feinen wechselbezüglichen Berfügungen jedenfalls insoweit aufechten, bag ihnen ber gesestliche Erbieil am Rachlaß des Uberlebenden zufommt. Regelmäßig wird bann infolge Zufammenbruchs aller wechselbezüglichen Verzügungen die geschliche Erbfolge nachträglich auch in den Rachlaß des Zuerftverftorbenen Blat greifen. Huch ber Aberlebende felbst ift in bicfem Falle, wie in ven Fallen des § 2078, wenn er das ihm Zugewendete nicht ausgeschlagen hat (A 4 Abs 1 a. E.), auf Grund und nach Maggabe der entsprechend anwendbaren \$8 2281 ff. anfechtungs. berechtigt; auch § 2285 gilt entsprechend (RG 77, 165; 87, 95; Warn 1918 Rr 213 forvie Recht 1920 Nr 424, wonach ber Lauf ber Anfechtungsfrift gegen ben Erblaffer baburch nicht gehindert wird, daß er lediglich aus Rechtsunkenntnis von der Möglichkeit, das gemeinschaftliche Testament aus den §§ 2079, 2281 anzufechten, nichts gewußt hat). Die Anfechtung eines vor bem Infrafttreten des BBB errichteten gemeinschaftlichen Testaments untersteht,

aleichviel ob der erste Erbsall vor ober nach diesem Zeitpunkt eingetreten ist, nicht nur in sormeller, sondern auch in materieller hinsicht dem neuen Nechte, sosen der Ansechtungsgrund erst unter dessen Hertsahlen ober dem Ansechtungsberechtigten bekannt geworden ist (NG 77, 165; NG 44, 92; Borbem 3 vor § 1922).

§ 2272

Ein gemeinschaftliches Testament tann nach § 2256 nur von beiden Ches gatten zurückgenommen werden1).

Œ II 2189: B 5 459.

1. Die Vorschrift bezieht sich auf Kiidnahme sowohl bes öffentlichen als bes nach § 2248 hinterlegten Privattestaments, obwohl biese Müdnahme keine Widerrufungswirkung hat. Sie gilt auch nach Scheidung ber Ehc, gleichviel inwieweit das Testament nach § 2268 unwirksam geworden ist (MJU 14, 266). Nach dem Tode des Zuerstverstorbenen kann das gemeinschaftliche Testament überhaupt nicht mehr ausgehändigt werden. Durch eine troß § 2272 geschehene Rückgabe an einen Ehegatten wird die Gultigkeit des Testaments nicht beeinträchtigt. — Über Widerruf gemäß § 2255 s. § 2271 V 1.

§ 2273

Bei der Eröffnung eines gemeinschaftlichen Testaments sind die Berfügungen des überlebenden Chegatten, soweit sie sich sondern lassen, weder zu verkünden noch sonst zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.). Bon den Berfügungen des verstorbenen Chegatten ist eine beglaubigte Absschrift anzusertigen.). Das Testament ist wieder zu verschließen und in die besondere amtliche Berwohrung zurückzubringen.

E II 2140; \$ 5 424, 459.

1. Für Eröffnung eines gemeinschaftlichen Testaments gelten, soweit § 2273 nicht anders bestimmt, die allgemeinen Borschriften ber §§ 2260-2264. Sie erfolgt nach bem Tobe des Zuerstverstorbenen, beschräntt sich aber grundsätzlich auf die von diesem getroffenen Berfügungen. Boraussetung ift, daß die beiberseitigen Berfügungen fich fondern laffen. Dies ift ber Fall, soweit sie in selbständigen, auch außerlich auseinander gehaltenen Gaben enthalten sind, dagegen regelmäßig ausgeschlossen, soweit die Chegatten in der Pluralform gemeinschaftlich verfügen oder ausbrücklich auf Verfügungen des andern Teiles Bezug nehmen. In Zweifelsfällen find beibe Berfügungen zu verfünden. Jedenfalls erftredt fich bie Berfündungspflicht des Richters auf alle von dem betreffenden Erblasser herrührenden ober mitherrührenden Berfügungen, einerlei ob er sie für noch wirksam oder für gegenstandslos geworden erachtet (a. M. KGF 35 A 109). Er hat deshalb die von dem Erstverstorbenen für ben eigenen überlebensfall getroffenen Berfügungen felbft bann zu verkunden, wenn fie gugleich nicht sonderungsfahige Verfügungen des Uberlebenden enthalten (a. M. NJU 1, 45; DLG 16, 56; 11, 250). Wollen die Beteiligten vom Inhalt des Testaments durch Bor-legung Kenntnis nehmen (§ 2260 U 3, § 2264 U 2), so sind die ihnen vorzuenthaltenden Stellen zu verbeden, in der Benachrichtigung nach § 2262 find biefe Stellen nicht zu erwähnen, und in ben nach § 2264 zu erteilenden Abidriften sind fie wegzulaffen. Liegt nach § 2261 die Eröffnung des Testaments einem anderen Gericht als bem Nachlafgericht ob, fo ift bem nachlafgericht, wenn nur eine Teileröffnung ftattgefunden hat, nur der eröffnete Teil bes Testaments in beglaubigter Abschrift zu übersenden. Doch barf ihm im Falle bes Er-suchens die Einsicht bes ganzen Testaments nicht vorenthalten werden. Sind für den ersten und zweiten Erbfall verschiedene Nachlaßgerichte zuständig, so ist das zweite Nachlaßgericht nach § 2261 zur endgültigen Aufbewahrung der Arschrift des Testaments berufen (DLG 21, 336; 35, 378; f. aber auch 26, 365). Näheres nach Landesrecht.

2. Die beglaubigte Abichrift ber (verfündeten) Berfügungen bleibt in gewöhnlicher,

nicht besonderer amtlicher Verwahrung.

3. Die **Bicderverschließung** und das Zurückringen in die besondere amtliche Verwahrung einschließlich Siegelung und entsprechender durch den Verkündungsvermert vervollständigter Ausschlicht zuweichender durch den Verkündungsvermert vervollständigter Ausschlicht zuweich sich gemäß § 2246, jedoch ist die Mitwirkung von Urkundspersonen reichzigeschlich hierbei nicht erfordert. Die Erteilung eines neuen Hinterelegungsscheins an den überlebenden Erblasser ist zweitnäßig. Das nach § 2259 an das Nachlasgericht abgelieserte und von diesem teilweise verkündete gemeinschaftliche Privattestament darf dem Überlebenden keinesfalls zurückgegeben werden und wird auf sein Verlangen in besondere amtliche Verwahrung zu nehmen sein. — Die besonderen Vorschriften des § 2278 erledigen

sich, wenn das gemeinschaftliche Testament für den Fall des Todes des überlebenden Teiles überhaupt keine Bestimmungen trifft. Ebenso wenn der hieran allein interessierte Überlebende der Eröffnung des gemeinschaftlichen Testaments nach seinem ganzen Inhalte zustimmt (a. M. AGJ 35 A 109; Planck A 2 a). It in diesem False oder weil eine Sonderung der Berfügungen unmöglich war (SeuffA 78 Ar 194 I; FG 2, 160), das Testament bereits nach dem ersten Erbfall an alle Beteiligten verkündet worden, so ist eine nochmasige Berkündung nach dem Tode des überlebenden zwedsos und überssüssige es müßten denn beim zweiten Erbfall andere Beteiligte (so insbesondere gesetliche Erben des Überlebenden) in Betracht kommen. Das gleiche gilt sür ein schon vor 1900 seinem ganzen Inhalte nach verkündetes gemeinschaftliches Testament dei späterem Tode des überlebenden Ebegatten, sosen die altrechtlichen Bestimmungen über die Testamentseröffnung mit dem neuen Rechte im wesentsichen übereinstimmen; trifft dies nicht zu, so ist die nochmalige Eröffnung schlechthin erforderlich (KGJ 53, 82). — Entsprechend anwendbar beim Erbvertrag § 2300.

Vierter Abschnitt

Erbvertrag

Uber Begriff und möglichen Inhalt des Erbvertrags f. die Anmerkungen zu § 1941.

§ 2274

Der Erblasser¹) kann einen Erbvertrag nur persönlich schließen²). E I 1941 II 2141; W 5 314; B 5 374, 377.

1. Das Ecsen unterscheibet zwischen dem Erblasser als demjenigen Teile, welcher im Erbvertrag Erbeinsehungen, Bermächtnisse oder Auflagen aus seinem Bermögen anordnet, und dem "anderen Bertragschließenden", der sich nur auf Annahme der vom Erblasser abgegebenen Erklärungen beschränkt, aber nicht notwendig selbst bedacht zu sein braucht (einseitiger Erbvertrag). Es können aber auch beide Teile als Erblasser auftreten (zweiseitiger Erbvertrag). Endlich können auf der einen Seite mehrere Erblasser (MG 67, 65), auf der anderen mehrere Bertragschließende vorhanden sein. Auch das für beide Teile als untviderrussigerstliche Teilament kann in Wahrheit einen Erbvertrag enthalten (MG Warn 1913 Nr 248), selbst wenn die Unwiderrussichteit nicht ausdrücklich erklärt ist (vol. NG

2. Der Erblasser kann, wie das Testament (§ 2064), so auch den Erbvertrag nur versönlich errichten. Dasselbe gilt bei Anfechtung des Erbvertrags, wenn der Erblasser nicht geschäftsunfähig ist (§ 2282), bei Bestätigung (§ 2284), Aushebung des Bertrags (§ 2290 Abs 2) und bei Erklärung des Rücktritts (§ 2296 Abs 1). Dagegen kann der andere Vertragschließende, wenn er nicht selbst Erblasser ist, auch durch Vertreter handeln. So mit Notwendigkeit, wenn

er juriftische Person ift.

§ 2275

Einen Erbvertrag tann als Erblaffer nur ichließen, wer unbeichränkt

geschäftsfähig ist1).

Ein Chegatte kann als Erblasser mit seinem Chegatten einen Erbvertrag schließen, auch wenn er in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist2). Er bedarf in diesem Falle der Zustimmung seines gesetzlichen Bertreters; ist der gesetzliche Vertreter ein Vormund, so ist auch die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erforderlich3).

Die Borichriften des Abs 2 gelten auch für Berlobte4).

G I 1942 II 2142; M 5 314, 815; B 5 374—378.

1. Unbeschräntte Geschäftsfähigkeit ift nur auf seiten des Erblassers (§ 2274 A 1) erforderlich. Der andere nur vertragschließende Teil braucht nicht geschäftsfähig zu sein und bedarf, da er durch den Erbvertrag in diesem Falle nur einen rechtlichen Vorteil erlangen kann, nicht einmal der Einwilligung seines gesehlichen Vertreters (§ 107). Der trou Mangels unbeschränkter Geschäftsfähigkeit des Erblassers geschlossen Vertrag ist als Erbvertrag nichtig und kann, außer wenn es sich um Shegatten oder Verlobte handelt (Abs 2, 3) auch nachträglich nicht Vestand erlangen. Nach § 140 ist aber nicht ausgeschlossen, den Erbvertrag, falls den Voraussehungen des § 2229 Abs 1, 2 genügt ist, als Testament aufrechtzuerhalten.

2. Eine Ausnahme gugunften von Shegatten und Berlobten, auch ohne daß zugleich ein Chevertrag geschlossen wird (§ 2276 Abs 2), macht das Geseh, insofern es auf der Erblasser-

feite auch beschränkte Geschäftsfähigkeit (§§ 106, 114) genügen läßt. Danach können selbst eine noch nicht 16jährige Berlobte ober eine von der Altersschranke befreite Frau (§ 1808) und im Gegensabe zu § 2229 Abs 3 auch ein wegen Geistesschwäche, Verschwendung ober Trunflucht Entmündigter zwar fein Testament errichten, wohl aber mit Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter als Erblasser Erbverträge schließen. Die Bestätigung ist jedoch aus-

geschlossen (§ 2284).

3. Die Zustimmung des gesetlichen Bertreters (Bater, Mutter, Bormund, Pfleger) macht die persönliche Mitwirfung des erblasserischen Teils (§ 2274) nicht entbehrlich. Sie tann als Ginwilligung vorher ober als Genehmigung nachträglich erflart werben (§§ 188, 184). Sie wird badurch ersett, daß der Erblasser nach Erlangung der unbeschränkten Geichaftsfähigkeit ben Erbvertrag burch eine wenn auch nur ftillschweigende Erklärung gegenüber dem anderen Chegatten genehmigt (§ 108 Abf 3). Rach dem Tode des anderen ebenfalls als Erblaffer aufgetretenen Chegatten aber tann bie Genehmigung nicht mehr erfolgen (AU3 47, 100). In der Zwischenzeit gilt der Erbvertrag als hinkendes Geschäft im Sinne bon §§ 108, 109. Die Zustimmung oder Genehmigung ist an die Beobachtung der für den Erbvertrag vorgeschriebenen Form selbst nicht gebunden (§ 182 Abf 2). Rach allebem ift nicht wesentlich, daß die Zustimmung des gesetlichen Bertreters schon bei Abschluß des Erbvertrags vorliege (a. M. bei Bland A 2b Angeführte). Genehmigung des Bormundschaftsgerichts §§ 1828ff. Sie ist für ben Gewaltinhaber nicht erforderlich.

4. Berlöbnis § 1297.

§ 2276

Ein Erbvertrag tann nur bor einem Richter oder bor einem Rotar bei gleichzeitiger Unwesenheit beider Teile geschloffen werden1). Die Borichriften der SS 2233 bis 2245 finden Anwendung; was nach biefen Borschriften für den Erblaffer gilt, gilt für jeden der Bertragichließenden 2)3).

Gur einen Erbvertrag zwifchen Chegatten ober zwifchen Berlobten, ber mit einem Chevertrag in derfelben Urtunde verbunden wird, genügt die für

ben Chevertrag vorgeschriebene Form4).

E I 1943, 1944 II 2143; M 5 815--319; B 5 879--381.

1. Dadurch, daß die Schliegung des Erbvertrags nur vor Richter ober Rotar - nach Landesgeset auch nur vor bem einen ober bem anderen (EG Art 141) — gestattet ift, find die Form des Privattestaments (§ 2281 Nr 2) und die außerordentlichen Testamentsformen der §§ 2249 bis 2251 ausgeschlossen. Das Erfordernis der gleichzeitigen Anwesenheit beider Teile, wie bei der Auflassung § 925, beim Gevertrag § 1434 und beim Annahmebertrag § 1750 macht ferner die Form des § 128 unanwenddar. Der Erblasserteil nuß immer in eigener Verson, der bloß vertragschließende Teil kann auch in der Person eines Vertreters anwesend sein (§ 2274 A 2). Dagegen ist die Anwesenheit des bloß zustimmenden gesehlichen Vertreters nicht ersverdetel, (§ 2275 A 3). Im übrigen bleiben nach EG Art 151 mit dem Vertreters nicht ersverdetel, Verbesolche die Allemannen Parkeitetel von Lendschland in eine Kerneschland ist eine Kerneschland ihre die Allemannen Parkeitetel von Lendschland in eine Kerneschland ihre die Allemannen Parkeitetel von Lendschland ihren die Geschland ihren di dort gemachten Borbehalte die allgemeinen Borschriften ber Landesgesetze über die Er-

richtung gerichtlicher ober notarieller Urfunden unberührt.

2. Die (außer im Falle bes Abf 2) angumendenden Formvorschriften für bas öffentliche Testament ergeben im einzelnen § 2233: Buziehung bes Gerichtsschreibers ober zweier Zeugen ober eines zweiten Notars. §§ 2234—2237: Grunde der Unfähigkeit ober Untauglichkeit zur Mitwirfung als Nichter, Notar, Gerichtsschreiber ober Beuge. § 2238: Der Erbvertrag fann grundsählich sowohl durch mündliche Erklärung als auch durch übergabe einer offenen ober vers ichloffenen, von den Bertragichließenden felbst ober von einer anderen Berfon geschriebenen Schrift geschlossen werden. Nicht ausgeschlossen ift, baß fich ber eine Teil nundlich, ber andere (wenn er nicht minderjährig ober lefensunvermogend ift) ichriftlich erflart mit bem Singufugen, daß die von ihm übergebene Schrift feine Bertragserflarung enthalte. § 2239: Anwesenheit der mitwirkenden Bersonen während der ganzen Verhandlung. §§ 2240—2242: Form und Insalt bes Protofolis, das auch von dem bloß annehmenden Teile mit zu unterzeichnen ift. § 2243: Die Erklärung des stunnnen oder am Sprechen verhinderten Teiles kann nur durch Übergabe einer Schrift nebst eigenhändig niedergeschriebener Ertlarung erfolgen, während sich ber andere Teil nach § 2238 beliebig ertlaren tann. Ift ein Teil taub, ein Fall, ber für Die Testamentserrichtung nicht besonders geregelt zu werden brauchte, so ist es Sache des Richters ober Rotarz, toie er sich im Falle beiberseitiger mündlicher Ertlärungen des Einverständnisses des Tauben mit den Ertlärungen des anderen Teiles vergewissert (FGG § 169). § 2244: Erflart auch nur ein Teil, baß er ber beutschen Sprache nicht machtig fei, so ift die Buziehung eines Dolmetschers nötig. § 2245: Fremdsprachliche Berhandlung ist nur möglich, wenn alle Beteiligten, also auch beibe Vertragschließenden, bieser Sprache mach. tig sind.

- 3. Die Erklärung bes anberen lediglich vertragschließenden Teiles beschränkt sich beim einseitigen Erbvertrag auf die Annahme der gegnerischen Erklärungen. Trochdem ist er, auch wenn er durch Vertreter handelt, damit an die Form des öffentlichen Testaments gebunden. Nach seiner Person nicht auch nach der Person des Vertreters sie Strohal § 44 U 17) sind die Unfähigkeits und Untauglichkeitsgründe der §§ 2234—2297 zu beurteilen. Dagegen ist selbstwerständlich die Person des Vertreters entschend, wenn das Geseh je nach gewissen persönlichen Eigenschaften des Erklärenden (Minderjährigkeit, Sprech-, Leseunvermögen usw.) die Einhaltung besonderer Formen vorschreibt.
- 4. Die erleichterte Form des Chevertrags fordert nach § 1434 zwar ebenfalls gleichzeitige Anwesenheit beider Teile vor Gericht oder Kotax, dagegen ist, außer im Falle des § 169 FGG (Taube, Blinde, Stumme oder sonst am Sprechen Verhinderte), die Zuziehung von Urfundspersonen nicht notwendig. Die Verständigung mit dem Stummen ist auch durch Dolmetscher möglich (FGG § 178). Anderseits ist die Prototollaufnahme nur in deutscher Sprache und, wenn auf eine Schrift Bezug genommen wird, ohne daß im übrigen die Testamentsform eingehalten ist, nur deren offene Übergade zulässig (VGG §§ 175, 176 Abs 2). Die materielsrechtliche Vorschrift des § 2274, daß der Erblässerteil den Vertrag nur persönlich schließen kann, bleibt auch hier in Krast. Selbsverständlich muß es sich um einen wahren Sebevertrag im Sinne von § 1432 handeln. Beide Verträge sind in derselben Urfunde verdunden nicht bloß dann, wenn sie in einem Prototoll beurfundet sind. Auch die bloß äußerliche Verbindung genügt (§ 2277 A 4). Sind die Vorausselzungen für die erleichterte Form einmal gegeben, so ist der so beurfundete Vertrag auch Erdvertrag in voller Bedeutung des Wortes. Insbesondere können darin einseitig auch andere, sonst nur durch Teilament zu trefsende Verfügungen getroffen werden (§ 2299). Die gleiche Vorschrift gilt für Ausselung des Erdvertrags (§ 2290 Abs 4).

§ 2277

Die über einen Erbbertrag aufgenommene Urkunde soll nach Maßgabe bes § 2246 verschlossen¹), mit einer Aufschrift versehen²) und in besondere amtliche Berwahrung gebracht werden, sofern nicht die Parteien das Gegenteil verlangen³). Das Gegenteil gilt im Zweisel als verlangt, wenn der Erbvertrag mit einem anderen Vertrag in derselben Urkunde verbunden wird⁴).

fiber einen in besondere amtliche Berwahrung genommenen Erbvertrag soll jedem der Bertragschließenden ein Hinterlegungsschein erteilt werden.

- E I 1945 Sah 1, 2 II 2144; M 5 310; B 5 381, 382.
- 1. Berichluß mit dem Amtksiegel, Aufschrift und Berwahrung der über den Erbvertrag, sei es auch in den Formen des Chevertrags (§ 2276 Abs 2) aufgenommenen Urtunde "nebst Anlagen" etwaigen Bertreternachveisen, der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung, wenn sie sogleich erteilt ist usw. geschehen wie deim öffentlichen Testament nach § 2246 in Gegenwart der mitwirkenden Personen und im unmittelbaren Anschluß an den Errichtungsatt. Nachträgliche Hinterlegung ist deshalb nicht statthaft.
- 2. Die Ausgefrift soll den Erbvertrag "näher bezeichnen". Dazu gehört die Angabe des Tages der Errichtung und der Personen der Vertragschließenden. Damit für die spätere Eröffnung ein Anhalt gegeben wird, ist auch die Angabe zwecknäßig, ob beide Teile oder wer von ihnen als Erblasser verfügt hat. War der Vertrag nach § 2238 verschlossen übergeben, so kann der Richter oder Notar allerdings nur die ihm hierüber von den Vertragschließenden gemachte Mittellung wiedergeben.
- 3. Besondere amtliche Verwahrung § 2246 A 4. Wenn die Varteien das Gegenteil verlangen, was sie jedoch sogleich zu erklären haben, so wird der Vertrag nicht verschlossen und nur in gewöhnliche Verwahrung genommen. Auf Antrag ist ihnen in diesem Falle Ansestrugung des Erbvertrags zu erteilen. Einsicht in die in besondere amtliche Verwahrung genommene, zu diesem Zwede wieder zu öffnende Urkunde oder Abschrifterteilung (§ 2264 u.C.) kann von jeder der Parteien jederzeit verlangt werden (NG FG 4, 159; dagegen nicht vom Votar KGJ 38 A 150). Die Rücknahme aus der besonderen antlichen Verwahrung steht den Parteien nur gemeinschaftlich zu (vgl. § 2272 A 1). Sie wirkt abweichend von § 2256 nicht als Widerruf. Hiertur sind vielmehr die Formen der §§ 2290 dis 2292 ausschließlich maßgebend.
- 4. Der andere Bertrag, mit welchem ber Erbvertrag in derfelben Urtunde verbunden ist, wird regelmäßig, muß aber nicht notwendig ein Chevertrag sein (§ 2276 Abs 2). It

er nicht Chevertrag, so bestehen für den damit verdundenen Erbvertrag keine Formerleichterungen, es müssen vielmehr insoweit die Formen des öffentlichen Testaments eingehalten sein (§ 2276 Abs 1). Daraus folgt, daß auch eine bloß äußerliche Verbindung der mehreren vielleicht in verschiedenen Formen geschlossenen Verträge genügt (Erbvertrag und Leibrentenvertrag § 2295), wenn sie nur z. B. durch Zusammenheften eine Urkunde geworden sind.

5. Der Hinterlegungsichein (§ 2246 Abs 2) ist jedem, also auch dem bloß annehmenden Bertragschließenden zu erteilen.

§ 2278

In einem Erbbertrage fann jeber der Bertragschließenden bertragsmäßige Verfügungen bon Todes wegen treffen1).

Andere Berfügungen als Erbeinsetzungen, Bermächtnisse und Auflagen tönnen bertragsmäßig nicht getroffen werden²).

- E I 1940 Mb 8, 1956 Mb 4 II 2145; M 5 313, 333-337; B 5 366, 373, 400-405.
- 1. Das Gesch gestattet, im Erbvertrage und unter den Vorausseizungen des § 2276 Abs 2 auch im Shevertrage nicht bloß vertragsmäßige, sondern auch einseitige Versügungen zu treffen (§ 2299). Nur bezüglich der vertragsmäßigen Versügungen von Todes wegen tritt Gebundenheit der Vertragsmäßigen Versügungen von Todes wegen tritt Gebundenheit der Vertragsmäßigen Versügungen von Todes wegen tritt Gebundenheit der Vertragsmäßig nach nur erdrechtliche Wirkungen, läßt das Versügungsrecht unter Lebenden grundsätlich unbeschräntt (§ 2286) und hindert auch den Bedachten nicht, die ihm vertragsmäßig gemachten Zuwendungen nach Eintritt des Erbsalls auszuschlagen, selbst wenn er ausdrücklich hierauf verzichtet hätte (§ 2279 A 1). Bei Zedzeiten des anderen Vertragschließenden kann sich jeder Teil durch Ausbedung mit Zustimmung des anderen Teiles (§§ 2290 ff.), gegebenensalls auch durch Ansechtung (§§ 2281 ff.) und einseitigen Rücktritt (§§ 2293 ff.) von dieser Gebundenheit befreien. Damit wird regelmäßig zugleich der ganze Vertrag hinfällig (§ 2298).
- 2. Die vertragemäßigen Verfügungen sind, wie beim wechselbezüglichen Testament (§ 2270 Abf 3) gegenständlich beschränkt. Danach konnen die Ausschließung eines gesetzlichen Erben (§ 1938), die Entziehung des Pflichtteils (§§ 2323 ff.), reine Teilungsanordnungen (§ 2048), die Ernennung eines Testamentsvollstreckers (§§ 2197ff.), familienrechtliche Anordnungen aller Art (Borbem Abf 2 vor § 2064), Widerruf alterer lettivilliger Verfügungen (§ 2254) immer nur einseitig gemäß § 2299 angeordnet werben. Doch steht nichts im Bege, eine vertrags. mäßige und insoweit unwirksame Verfügung solchen Inhalts gemäß § 140 als einseitige auf rechtzuerhalten. Anderseits sind Erbeinsetzungen usw. nicht schon beshalb vertragsmäßige Berfügungen von Todes wegen, weil sie in einem Erbvertrage getroffen sind. Bielmehr ist nach dem frei zu ermittelnden Willen der Vertragschließenden zu entscheiden, ob und inwieweit gegenseitige Bindung oder freie Widerruflichkeit der einzelnen Berfügungen beabsichtigt ist (RG Barn 1917 Mr 91); bei Zuwendungen eines Erblassers an einen Dritten kommt das Interesse, auch bloß moralische Interesse, das der andere Bertragsteil an der Berfügung hat, als Auslegungsmerkmal in Betracht (RG 116, 321). Im Erbeinsehungsvertrage tönnen sich die Bertragschließenden gegenseitig, oder nur der eine den andern oder auch Dritte (§ 1941 Abs 2; RG 67, 65) zu "Vertragserben" — gewöhnlichen Erben, Vor-, Nachoder Ersaherben — berufen, sei es auf die ganze Erbschaft oder nur auf einen Bruchteil neben den gefetlichen oder neben testamentarischen Erben. Stehen sich beibe Teile als gesetliche Erb. oder Pflichtteilsberechtigte gegenüber, so ist Auslegungsfrage, ob der Erbvertrag zugleich ben Bergicht auf ben gesetzlichen Erbteil oder auf den Pflichtteil enthält. Der nach § 2302 unzulässige Berzicht auf Errichtung eines Testaments tann unter Umftänden in vertragemäßige Ginsetung ber gesetlichen Erben umgebeutet werden. Beim Bermächtnisvertrage können ebensogut die Bertragschließenden wie Dritte als Beschwerte (§ 2147) ober Bedachte in Betracht tommen. Das vertragsmäßig angeordnete Vermächtnis hat gemäß § 2289 den Borrang, soweit ein einseitig angeordnetes daneben nicht bestehen kann. Rein Bermächtnisvertrag ift es, wenn ber Erblaffer unter Lebenden eine Berpflichtung übernimmt, beren Erfüllung nur bis nach seinem Tobe hinausgeschoben ist (968 8. 4. 07 IV 424/06). Auch die einem Kaufvertrag beigefügte Abrede, Übergabe, Auflassung und Zahlung des Kaufpreises follten erft nach dem Tode des Berkaufers erfolgen und der Bestand bes Vertrags durch das Überleben des Kaufers bedingt sein, macht den Vertrag nicht zu einem Geschäft von Todes wegen (RG Seuffa 79 Rr 13). Die Vollziehung der im Auflagevertrag gemachten Auflage kann nur von den nach § 2194 Berechtigten verlangt werden, auch wenn sich der andere Teil zu der Leistung vertragsmäßig verpflichtet hätte. Die Grundfähe vom Bertrag zugunften Dritter (§§ 328ff.) kommen nicht in Betracht (96 Warn 1917 Nr 91). — Errichtung einer Stiftung durch Erbvertrag § 83.

§ 2279

Auf vertragsmäßige Zuwendungen und Auflagen finden die für lettwillige Zuwendungen und Auflagen geltenden Borschriften entsprechende Anwendung.).

Die Borichriften des § 2077 gelten für einen Erbbertrag zwischen Che-

gatten oder Verlobten auch insoweit, als ein Dritter bedacht ist²). E I 1946, 1948 Abs 2 II 2146; M 5 320, 321, 323; B 5 373, 382, 386, 886.

1. Die entsprechende Anwendung der testamentsrechtlichen Vorschriften auf vertragsmäßige Zuwendungen, d. h. Erbeinsehungen und Vermächtnisse sowialen (§ 2278 Abs 2) bezieht sich nach NG 67, 66 auf den zulässigen Inhalt, die notwendige Bestimmtheit, die Auslegung solcher Verfügungen, auf Anfall und Erwerd des Zugewendeten und die Verpstichtung zur Erfüllung einer Auslage (§§ 2064—2076, 2087—2093, 2096—2098, 2100—2107, 2147—2156, 2189 dis 2193, serner 1937—1959, 2094, 2095, 2176—2180), nicht aber auf § 2265, der das gemeinschaftliche Testament nur für Ehegatten zuläst. Insbesondere ist der Überlebende, selbst wenn er hierauf im Erbvertrage verzichtet hätte, nicht daran gehindert, nach dem Erbsall das ihm Zugewendete auszuschlagen (§ 2278 A 1). Auch die allgemeinen Vorschriften über Villenserklarungen kommen nur in dem für letztwillige Verfügungen geltenden Umfange in Betracht (§ 2078 A 1). Doch wird die Willensübereinstimmung und die darauß hervorgehende gegenseitige Gebundenheit ausgeschlossen. Die Ansechtung des Erbvertrags ist in §§ 2281 ff.

besonders geregelt.

2. Haben sich **Chegatten vder Verlobte** in dem zwischen ihnen geschlossenen Erbvertrage voer hat ein Ehegatte usw. in dem mit einem Dritten geschlossenen Erbvertrage den anderen Ehegatten usw. sehrwillig bedacht, so solgt aus Abs 1 verdunden mit § 2077, daß die Zuwendung unwirksam ist, wenn die Sehe nichtig, vor dem Tode des Zuwendenden aufgelöst ist, oder wenn auch nur begründete Scheidungsklage von ihm erhoben war. Handelt es sich um einen zweiseitigen Vertrag der Shegatten usw. selbst, so hat die Unwirksamkeit der Zuwendung schon nach § 2298 Abs 1 die Unwirksamkeit des ganzen Erbvertrags und damit auch etwaiger an Dritte gemachter Zuwendungen zur Folge. Dies gilt wie im Falle des § 2268 A 2 grundsählich auch dann, wenn der schuldige mit der Scheidungsklage verfolgte Teil bereits vor dem klagenden Teile verstorben ist. Abs 2 hat dagegen den einseitigen Erbvertrag im Augenden Teile verstorben ist. Abs 2 hat dagegen den einseitigen Erbvertrag im Augenden nur ein Shegatten Zuwendungen beschränkt. Auch derartige Zuwendungen an Dritte werden in den Fällen des § 2077 nach positiver Borschrift des Abs 2 den Zuwendungen an den Ehegatten usw. gleichgestellt. Da jedoch in dem hier voransgesetzen Falle auf seiten des bloß annehmenden Teiles keine Berfügungen in Frage kommen, deren Unwirksamkeit der Berfügungen des anderen Erblassers zur Folge haben könnte, so ist es abweichend von § 2268 A 2 dem Dritten unschäller verstirbt (a. M. Plant A 3, Krehlchmax 5 2 A 1, Erome § 659 A 13). Sheversehlungen des Erblassergeln handelt (§§ 2077 Abs 3, 2085, 2298 Abs 3). Stehen die dem Dritten niemals schädlich werden. Zuvendungen mit dem ehelichen oder Verloben der Berlobtenverhältnis der Vertragsschleiegenden in keinerlei Zusamenhange, so verden sie solveligteit us wie den Dritten gemachten Luwendungen mit dem ehelichen oder Verloben verhältnis der Vertragsschleiegenden in keinerlei Zusamenhange, so verden sie vorden sie keicht ausgeseinsen die Vicken der Seichen der Vertrags delie des einseitigen Erbvertrags auch dei Nichtigkeit usw

§ 2280

Haben Chegatten in einem Erbvertrage, durch den sie sich gegenseitig als Erben einsetzen, bestimmt, daß nach dem Tode des itberkebenden der beiderseitige Nachlaß an einen Dritten fallen soll, oder ein Bermächtnis ansgeordnet, das nach dem Tode des itberkebenden zu erfüllen ist, so sinden die Borschriften des § 2269 entsprechende Anwendung.).

Œ II 2147; \$ 5 406, 407.

1. Bgl. § 2269 A 1-3.

§ 2281

1) Der Erbvertrag kann auf Grund der §§ 2078, 2079 auch von dem Erbstaffer angefochten werden2); zur Anfechtung auf Grund des § 2079 ist ers

forderlich, daß der Pflichtteilsberechtigte gur Zeit der Anfechtung vor=

handen ift3).

Soll nach dem Tode des anderen Bertragichließenden eine zugunften eines Dritten getroffene Berfügung bon bem Erblaffer angefochten werden, fo ift die Unfechtung dem Nachlafgerichte gegenüber zu erklären4). Das Rachlafgericht foll die Ertlärung dem Dritten mitteilen5).

E I 1948 Ubf 1 II 2148 Ubf 1, 8; M 5 322, 323; B 5 585, 586, 395-397, 418-420.

1. Die Richtigkeit des Erdvertrags, z. B. wegen Formmangels, kann ohne weiteres von jedermann geltend gemacht werden. Beruht sie nur auf dem Mangel der Willensübereinstimmung, fo laffen fich bie vermeintlich vertragsmäßigen Berfügungen unter Umftanden als einseitige aufrechterhalten (§ 2299). Nichtigkeit ber einzelnen Berfügung hat, wenn fie eine vertragsmäßige ift, im Zweifel Unwirksamkeit bes ganzen Bertrags (§ 2298), wenn fie einseitig getroffen war, im Zweifel nur Unwirksamkeit eben bieser Berfügung zur Folge

2. Daß die Unfechtung des Erbbertrags mit dem Erfolge der Richtigkeit aus § 142 Abs 1 wegen Jrrtums und Drohung ober wegen Übergehung eines Pflichttellsberechtigten (§§ 2078, 2079) jedem zusteht, dem die Aushebung des Bertrags unmittelbar zustatten kommen würde (§ 2080 s. aber auch § 2285), folgt schon aus § 2279 Abs 1. § 2281 dehnt das Ansechtungerecht unter ben gleichen Boraussetzungen auch auf benjenigen Bertragsteil aus, ber als Erblasser in Betracht kommt (§ 2274 U 1). Damit ift ihm ein Mittel zur Wiederbeseitigung seiner Gebundenheit gewährt, bessen der gewöhnliche Erblasser vermöge der freien Widerruslichkeit einseitiger Verfügungen von Todes wegen nicht bedarf. Form und Frist SS 2282, 2283. Wiberruf beim gemeinschaftlichen Testament § 2271. Der andere blog annehmende Bertragichliegende konnte fich ber Unfechtung, an ber er regelmäßig tein Interesse hat, nur nach ben allgemeinen Grundfähen über Billenserklärungen bedienen (§§ 119ff.). Die an ber Aufrechterhaltung bes Erbvertrags "Intereffierten" tonnen nach erflarter Unfechtung unter Umftanben Feststellungstlage auf Unwirfsamteit ber Anfechtung erheben (986 13. 10. 04 IV 172/04).

3. Das Anfechtungsrecht wegen übergehung eines Pflichtteilsberechtigten ift nach § 2079 A 3 von vornherein ausgeschlossen, wenn ber Erblasser auch bei Renntnis der Sach. lage zu bessen Nachteil verfügt haben wurde. Auf bas Anfechtungsrecht aus biesem Grunde kann beshalb im Erbvertrage selbst wirksam verzichtet werden. Hat der Erblasser dem Pflichtteilsberechtigten im Erbvertrag den Pflichtteil entzogen, so erwächst ihm dadurch kein Anfechtungsrecht, daß das Entziehungsrecht gemäß § 2336, 2337 nachträglich wieder erloschen ist (Prot 5, 412). Das Anfechtungsrecht besteht nur, solange der übergangene Pflichtteilsberechtigte als solcher vorhanden ift. Die einmal erklärte Anfechtung bleibt jedoch wirksam, auch wenn bennnächst ber Pflichtteilsberechtigte vor bem Erbfall weggefallen, ein eigenes Anfechtungsrecht bes Ubergangenen aus § 2079 somit gar nicht entstanden ist. Uber den Fall, daß ein Kindesannahmevertrag lediglich zu dem Zwecke geschlossen ist, die Anfechtung

eines Erbvertrags zu ermöglichen, vgl. § 1741 A 3 (RG 3B 1917, 5362).

4. Bei Lebzeiten ber Bertragichließenden erfolgt bie Anfechtung nach ber Regel des § 143 gegenüber dem anderen Teile, wiewohl unter Beobachtung der in § 2282 Abs 3 erteilten Formvorschrift. Mit dem Tode des einen Vertragsteils ist sein höchstperfonliches Unfechtungsrecht erloschen, kann baber von seinen Erben nur insoweit, als fie Bu ben in § 2080 bezeichneten Berfonen gehören und nur fraft eigenen Rechtes geltend gemacht werben. Auf feiten bes überlebenden Teiles fommt eine Unfechtung ber gu feinen Gunften getroffenen Verfügungen bes Zuerstverstorbenen nicht in Frage. Seine eigenen Ver-fügungen zugunsten des anderen Teiles haben sich durch dessen Tod erledigt. Es kann sich also nur noch um die Anfechtung vertragsmäßiger Erbeinsehungen, Vermachtniffe und Auflagen (§ 2278 Abs 2) zugunsten Dritter handeln, gleichviel ob diese Verfügungen von ihm selbst ober von dem anderen Teile herrühren. In diesem Falle hat der Übersebende (wie nach § 2081) die Ansechtung dem Nachlatzerichte gegenüber, d. h. dem für den Todesfall des Buerstorhenen zuständigen Gerichte zu erklären.

5. Die Mitteilungspflicht des Nachlaggerichts gilt nur gegenüber dem Dritten, nicht auch gegenüber den sonstigen Interessenen, insbesondere den Erben des Vertragsgegners

(vgl. § 2081 A 2).

\$ 2282

Die Anfechtung kann nicht durch einen Bertreter des Erblaffers erfolgen1). Bit der Erblaffer in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, fo bedarf er gur Unfechtung nicht ber Zuftimmung seines gesetlichen Bertreters2).

Für einen geschäftsunfähigen Erblaffer tann fein gefehlicher Bertreter mit Genehmigung des Bormundichaftsgerichts den Erbvertrag anfecten3). Die Anfechtungsertlärung bedarf ber gerichtlichen ober notariellen Beurfundung4).

G I 1948 Abi 4 II 2148 Abi 2, 2149 Abi 1, 2; M 5 324; B 5 885, 886.

1. Das Unfechtungerecht ift höchstberfonlich, wie auch die Schließung (§ 2274), bie Bestätigung (§ 2284), die Aufhebung des Erbvertrags (§ 2290 abf 2) und ber Rüdtritt (§ 2296

Abi 1) dem Erblaffer nur perfonlich zusteht.

2. Auch ber in ber Geichaftefahigteit beidrantte Erblafferteil (§§ 106, 114) nuß berfönlich ansechten. Er tann aber nicht bestätigen (§ 2284) und ift, abweichend von der ihm ausnahmsweise nachgelassenen Schließung bes Erbvertrags (§ 2275 A 2) bei ber Anfechtung nicht an die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters und die Genehmigung des Vormund. ichaftsgerichts (§ 1831) gebunden (ebenso §§ 2290 Abs 2, 2296 Abs 1; vgl. auch §§ 1336 Abs 1, 1595 Abj 1).

3. Bugunften des gefchäftsunfähigen Erblafferteils wird, wie in ben Fällen ber §§ 1336 Abs 2, 1595 Abs 2 die Regel des Abs 1 burchbrochen, außerdem aber Genehmigung des Bormundschaftsgerichts erfordert. Anfechtung nach Wiedererlangung der Geschäftsfähigteit

§ 2283 Abi 3.

4. Gerichtliche ober notarielle Beurkundung (§ 128) ift sowohl bei ber Anfechtung unter Lebenden (ebenso beim Rudtritt § 2296 Abi 2) gegenüber dem anderen Teile als auch nach dem Tode eines Vertragsteils gegenüber dem Nachlaßgericht erforderlich (§ 2281 A 4) Beurfundung vor einer nicht gerichtlichen Rachlagbehörde (EG Art 147) genügt nicht. Auf die Ansechtung eines gemeinschaftlichen Testaments durch den überlebenden Chegatten (§ 2271 A 6) findet auch diese Formvorschrift entsprechende Anwendung (RG 87, 95).

\$ 2283

Die Anfechtung durch ben Erblaffer kann nur binnen Jahresfrift erfolgen1). Die Frift beginnt im Falle der Anfechtbarteit wegen Drohung mit dem Beitpuntt, in welchem die Zwangslage aufhort, in den übrigen Fällen mit bem Zeitpunft, in welchem der Erblaffer von dem Anfechtungsgrunde Kenntnis erlangt. Auf den Lauf der Frift finden die für die Berjährung geltenden Borichriften der SS 203, 206 entsprechende Unwendung2).

Sat im Falle bes § 2282 Abf 2 der gesetliche Bertreter ben Erbbertrag nicht rechtzeitig angefochten, fo tann nach bem Wegfalle ber Weichafts. unfähigteit der Erblaffer felbst den Erbvertrag in gleicher Beife anfechten,

wie wenn er ohne gesetlichen Bertreter gewesen ware3),

G I 1948 Mbf 5 II 2150; M 5 824, 825; B 5 385, 386.

1. Einsährige Ausschlußfrist wie in § 2082 f. bort A 1. Sie läuft auch dem in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Erblasser (§ 2282 A 2).

2. Friftbeginn und Fristenlauf übereinstimmend mit § 1954 f. bort A 2, 3, jedoch ohne daß bei seinen Lebzeiten dem Anfechtungsberechtigten eine zeitliche Schranke (bort 30 Jahre) gezogen wäre. Bgl. auch §§ 124, 2082 A 2 und 2271 A 6 (MG Recht 1920 Rr 424).

3. Die Frist läuft an und für sich auch gegen den gesetzlichen Bertreter. Abs 3 burchbricht aber den Grundsatz zugunsten des Bertretenen dann, wenn dieser nach Fristablauf die - wenn auch nur beschränkte — Geschäftsfähigkeit wiedererlangt. In diesem Falle wird ihm gemäß dem Abs 2 angezogenen § 206 eine sechsmonatige Nachfrist eingeräumt (ebenso §§ 1340, 1595 Abs 2). — In allen Fällen handelt es sich um die Anfechtung durch den Erb. laffer. Für diejenige des bloß annehmenden Teiles (§ 2281 A 2 a. E.) gelten die Fristen der §§ 121, 124, für sonstige Anfechtungsberechtigte §§ 2080, 2082.

§ 2284

Die Bestätigung eines aufechtbaren Erbvertrags kann nur durch den Erblasser persönlich erfolgen1). Ist der Erblasser in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so ift die Bestätigung ausgeschloffen2).

Œ I 1948 206 4 II 2149 216 3; M 5 323, 324; P 5 385, 886.

1. Wie mit Anfechtung bes Erbvertrags vornehmlich Befeitigung ber vertragsmäßigen Gebundenheit bezweckt wird (§ 2281 21 2), fo tommt umgefehrt mit Beftatigung bes anfechtbaren Erbbertrage der Wille zum Ausbruck, tropbem gebunden zu bleiben. Es handelt sich mithin nicht sowohl um Bestätigung ber im Erbvertrag getroffenen Berfügung von Todes wegen, bie, wenn § 2279 Abf 1 Anwendung fande, nur als erneute Berfügung von Todes wegen bentbar ware (§ 2078 A 7), sondern um Bestätigung bes mit bem Erbvertrag auftande gekommenen Rechtsgeschäfts. Gemäß § 144 Abs 2 ift deshalb die Bestätigung an teine form gebunden, sie tann auch ftillschweigend erfolgen und braucht nicht gegenüber bem anderen Teil oder dem Nachlafgericht erflärt zu werden (a. M. Strohal I § 45 A 16, Leonhard, III). Der Erblaffer tann aber nur perfonlich beftätigen, wie er auch nur perfonlich, nicht durch Vertreter ben Erbvertrag schließen (§ 2274), anfechten (§ 2282), aufheben (§ 2290) und bavon zurücktreten kann (§ 2296; vgl. auch §§ 1337 Abs 3, 1598 Abs 3). Eine Bestätigung bes wegen Formmangels nichtigen Erbvertrags burch die Erben bes Bertragserben ift ausgeschloffen (99 (8 8. 4. 07 IV 424/06).

2. Dem in ber Gefchaftsfähigteit beschräntten Erblaffer (§§ 106, 114) ift zwar als Chegatten oder Berlobten nachgelaffen, den Bertrag ju fchließen (§ 2275 Abf 2), nicht aber auch ihn zu bestätigen. Um so mehr ift dies für den Geschäftsunfähigen ausgeschloffen. Die Be-

ftätigung selbst ift nach allgemeinen Grundsäten anfechtbar.

§ 2285

Die im § 2080 bezeichneten Personen tonnen den Erbvertrag auf Grund der SS 2078, 2079 nicht mehr anfechten1), wenn das Unfechtungerecht des Erblaffers zur Zeit bes Erbfalls erlofchen ift2).

Œ I 1949 Mbf 2 II 2151; M 5 325, 326; B 5 386, 3887.

1. Außer dem Erblasserteil (§§ 2281—2283) steht gemäß § 2279 Abf 1 bas Unschtunge. recht auch dritten Personen zu, soweit ihnen nach § 2080 die Aufhebung des durch Brrtum, Zwang oder nicht gewollte Ubergehung eines Pflichtteilsberechtigten beeinflußten Erbvertrags (§§ 2078, 2079) unmittelbar guftatten kommen wurde. Form und Frist der Anfechtung bestimmen sich lediglich nach §§ 2081, 2082. Daher keine Beurkundung der Anfechtungs. erklärung, kein Berbot der Vertretung (§ 2282), aber 30 jahrige Ausschlußfrist (§ 2082 Abs 3) und darüber hinaus Verweigerungsrecht des Beschwerten (§ 2083). Die Ansechtung ist nach Maßgabe bes § 2081 entweber bem Radilaggericht ober gegenüber bem Anfechtungsgegner, bei Anfechtung einer Vermächtnisanordnung alfo in entsprechender Unwendung von § 148

bei Ansechtung einer Vermächtusanordnung allo in emprechender Anwendung von § 143 Abs 4 gegenüber dem Bedachten, nicht gegenüber dem übersebenden Vertragschließenden oder seinen Erben zu erklären (a. M. Staudinger A 1).

2. Das Ansechtungsrecht des Dritten ist zwar ein eigenes selbständiges Recht mit vesonderem Fristensauf nach § 2082 Abs 2, kann aber keine starkere Wirkung äußern als das Ansechtungsrecht des Erblässers selbst, wenn es diesem bereits dis zu seinem Tode zustand. War des Erblässers Recht zu biesem Zeitpunkt durch Absauf der Jahresfrist (§ 2283) oder durch Bestätigung (§ 2284) erlössigen, so kann auch der Dritte nicht mehr ansechten. Siene Bestätigung durch den am Erdvertrage selbst nicht beteiligten Dritten kann überhaupt nicht im Frage kommen. § 2285 gilt auch kür die Aussechtung gemeinschaftlicher nicht in Frage kommen. § 2285 gilt auch für die Anfechtung gemeinschaftlicher Testamente (NG 77, 167; Warn 1918 Nr 218).

§ 2286

Durch den Erbvertrag wird das Recht des Erblaffers, über fein Bermogen durch Rechtsgeschäft unter Lebenden zu verfügen, nicht beschränkt1). € I 1951 II 2152; M 5 327, 328; B 5 888, 889.

1. Grundfählich ift ber Erblaffer burch ben Erbvertrag in ber Berfügung unter Lebenben ebensowenig beschränkt, wie burch sonstige Berfügungen von Todes wegen. Rur bosliche Schenfungen (§ 2287) und die Vereitelung von Vermächtniffen (§ 2288) find ihm unterfagt. Beschränkungen in der Errichtung neuer Berfügungen von Todes wegen § 2289. Der im Erbvertrage Bedachte erlangt mithin als folcher vor bem Erbfall fein Recht, wie der Racherbe nach §§ 2108ff, gegen tatsächliche oder rechtliche Beeintrachtigungen durch ben Erblaffer etwa mit hilfe einstweiliger Berfügungen geschüht zu werben (DLG 21, 363). Ebensowenig ift er als folder zu bem Antrag auf Entmundigung wegen Berschwendung berechtigt - Bindung bes Erblaffers nach ben bisherigen Gefeben, wenn ber Erbvertrag vor 1. 1. 00 errichtet ift (EG Art 214 Abf 2).

Hat der Erblasser in der Absicht, den Bertragserben zu beeinträchtigen2), eine Schentung gemacht1), fo tann ber Bertragserbe, nachbem ihm bie Erbschaft angefallen ist3), bon dem Beschenkten die Heransgabe des Geschenkes nach den Borschriften über die Heransgabe einer ungerechtsertigten Bereiches rung fordern4).

Der Anspruch verjährt in drei Jahren von dem Anfalle der Erbschaft ans).

C I 1952 Abi 1, 2 II 2153 Abi 1 Sab 1, Abi 2; M 5 328—380; B 5 389—394; 6 351.

- 1. Unbeschabet seiner Berfügungsfreiheit unter Lebenben (§ 2286) darf der Erblasser ben Bertragserben nicht durch bösliche Schenkungen beeinträchtigen. Hierzu gehört auch die gemischte Schenkung (§ 516 A 7), das Schenkungsversprechen (§ 518) und die vollzogene Schenkung auf den Todesfall (§ 2301 Abs 2), während das Schenkungsversprechen von Todes wegen ohne weiteres unwirksam ist (§\$ 2301 Abs 1, 2289 Abs 1). Dagegen ist die Hingabe, sei es auch des ganzen Bermögens, gegen Entgelt (z. B. gegen eine Leibrentenverpflichtung) miemals Schenkung. Sie könnte nur "in eklatanten Fallen" (Prot 5, 392) einen Schadensersanspruch aus § 826 begründen. Der Erblasser kann die Anwendbarkeit des § 2287 dadurch ausschließen, daß er sich im Erbvertrag (so gut wie den Kückritt nach § 2293) völlige Freiheit in der Bornahme von Schenkungen vorbehält (str., vom MG Warn 1918 Ar 124 dahingestellt gelassen). In der Vereinbarung, daß der Vertragserbe nur den Überrest erhalten solle, ist eine solche Ausschließung aber nicht zu sinden; vgl. § 2137 Abs 1 mit § 2113 Abs 2 (NG L3 1919, 11874; Warn 1926 Ar 188).
- 2. Die Absicht, den Vertragserben zu beeinträchtigen, wird nicht durch das Bewußtsein davon ersett, daß die aus anderen unversänglichen Beweggründen, z. B. aus idealen, sittlichen oder Anstandsrücksichten vorgenommene Schenkung den Vertragserben verkürzen werde. Gerade die Entzichung der Vorteile der Erbeseinschung muß als der zu erreichende Erfolg bezweckt sein. Sind mehrere Beweggründe im Spiele, so kommt es darauf an, welcher der eigentlich treibende und bestimmende gewesen ist (NG 77, 111; 3B 1912 S. 14218, 46714; Recht 1921 Rr 1398).
- 3. Der Herausgabeauspruch eutsteht erst in der Person des Vertragserben. Er gehört mithin nicht zum Nachlaß, und kann deshalb nicht vom Testamentsvollstrecker geltend gemacht werden (NG 77, 5; Necht 1921 Nr 1397; NG 24. 6. 20 IV 144/20). Auch die Nachlaßgläubiger sind zu dem Herausgabeverlangen nicht berechtigt. Doch bleibt ihr aus KD §§ 29ff. oder Anfes §§ 3ff. abgeleiteter seldständiger Ausechtungsanspruch underührt. Vertragserbe ist der von dem Zuerstverstrenen im Erdvertrag eingelette Erde, gleichviel od er den Vertrag selbst nut geschlossen im Erdvertrag eingelette Erde, gleichviel od er den Vertrag selbst nut geschlossen im Urdvertrag eingelette Erde, gleichviel od er den Vertragsselben Vertragserben ser Vernachsen aus der Vornachsen der Sechentung überhaupt keine Nechte. Mehreren Vertragserben steht der Hert der Kerausgabeauspruch, weil nicht zum Nachlaß und deshalb auch nicht zum Gesanthandvermögen der Erdengemeinschaft nach § 2032 A 2 gehörig, nach dem Grundsähen der §§ 741ff. jedem für sich zum einem Erbteil entsprechenden Vruchteile zu (NG 77, 7; BB 1912, 14218; Warn 1926 Nr 188). Nur dei Unteilbarseit der Leistung ist ein Gesanthandgerverhältnis gegeben (§ 432). Der Ausschlaß des Vertragserben entsteht erst mit dem Ansall der Erdschaft, regelmäßig also mit dem Tode des Erdsasserben entsteht erst mit dem Ansall der Erdschaft, regelmäßig also mit dem Tode des Erdsasserben entsteht erst mit dem Ansall der Erdschaft aus, so gilt der Ansall als nicht ersolgt (§ 1953 A 1), damit ist aber auch seinem Seransgabeauspruch der Voden entzogen (a. M. Strohal § 45 A 43; Vernburg V § 99 A 5). Vor dem Ansall hat auch der Vertragserbe feine Mechte, weder gegen den Erdsasser kann er wegen seines bloß möglichen künftigen Auspruchs nicht durch einstweilige Versügungen geschützt werden (BBD § 916 Ab) 2, 936).
- 4. Der Herausgabeanspruch ist nur gegen den Beschenkten gewährt. Er steht mithin abweichend von § 2288 Abs 2 nicht zu gegen testamentarische oder gesetsliche Erben, wenn sie neben dem Vertragserben berufen sind. Der Beschenkte ist zur Herausgabe nach den für die ungerechtsertigte Vereicherung geltenden Erundsätzen, somit zur Herausgabe des Geschenkes selbst oder des dassier erlanzten Surrogats oder zum Wertsersat im Umfange das § 818 verpslichtet. Handelt es sich um ein Schenkungsversprechen, so geht der Anspruch auf Besreiung von der Schenkungsverpslichtung. Auf die Keuntnis des Beschenkten von der Beeinträchtigungsabsicht kommt es an sich nicht an, wohl aber steigert sich in diesem Falle der Umfang der Herausgabepflicht gemäß § 819.
- 5. Dreijährige Verjährungsfrist wie beim Pflichtteilsergänzungsanspruch nach § 2332 Abs 2. Es entscheidet lediglich der Zeitpunkt des Erbschaftsanfalls (§ 1942), gleichviel wann der Vertragserbe von der Schenkung Kenntnis erlangt hat und (abweichend von § 2325 Abs 3) gleichviel, wie lange die Schenkung vor dem Erbfall zurückliegt. Handelt es sich um ein bloßes Schenkungsversprechen des Erblassers, so kann der Vertragserbe gegenüber dem Erfüllungsverlangen des Beschenkten nach § 821 auch nach Absauf der Verjährungsfrist die Leistung

verweigern. - § 2287 leidet auch auf ben Überlebenden beim gemeinschaftlichen Testa. ment Anwendung (§ 2271 A 6). Doch ist dieser aus einem unter ber Herrschaft bes BrALR errichteten gemeinschaftlichen Testamente in bezug auf Schenkungen unter Lebenden nicht beichränkt (MG Warn 1912 Nr 314; 1918 Nr 124; DIB 1924, 906).

\$ 2288

Sat ber Erblaffer ben Gegenstand eines bertragsmäßig angeordneten Bermächtniffes in der Abficht, den Bedachten gu beeintrachtigen, gerftort, beifeite geschafft ober beschädigt1), fo tritt, foweit ber Erbe baburch auferftande gefest ift, die Leiftung gn bewirten, an die Stelle bes Wegenftandes ber 28 ert2).

Sat der Erblaffer den Gegenstand in der Abficht, den Bedachten zu beeintrachtigen, veräußert oder belaftet, fo ift der Erbe berpflichtet, bem Bebachten den Gegenstand zu berichaffen oder die Belaftung gut beseitigen3); auf biefe Berpflichtung finden die Borfchriften des § 2170 Abf 2 entfprechende Unwendung4). Fft die Beräufferung ober die Belaftung ichentweife erfolgt, fo fteht dem Bedachten, soweit er Erfat nicht von dem Erben erlangen fann, ber im § 2287 bestimmte Unspruch gegen ben Beschenkten gub).

E I 1956 Mbl 3 Eat 2 II 2154; M 5 337; B 5 400, 401, 404, 405.

1. Alt bas bertragsmänige Bermächtnis (§ 2278 A 2) auch für ben Fall angeorbnet, daß sein Gegenstand nicht zur Erbschaft gehört, so bleibt der Beschwerte schon nach §§ 2169 Abf 1, 2170, 2182 Abf 2 gur Leiftung verpflichtet, fofern ber Gegenftanb überhaupt noch vorhanden ift (Berichaffungsvermächtnis). Abf 1 macht barüber hinaus ben Erben auch bann ersapflichtig, wenn er den Vermächtnisgegenstand, weil vom Erblasser zer tört, beiseite aeschafft ober beschädigt, nicht ober boch nicht unverschrt verschaffen kann (§§ 2171, 2172). Benn es fich ferner um bas Bermachtnis eines bestimmten in ber Erbschaft vorhandenen Gegenstandes handelt, so wird gegen die Regel des § 2169 A 1 das Vermächtnis nicht schourch unwirksam, daß dieser Gegenstand zur Zeit des Erbfalls nicht zur Erbschaft gehört. Allgemeine Voraussetzung ist jedoch, daß der Erblasser, indem er das Vermächtnis in dieser Weise vereitelte, dabei gegenüber dem Bedachten in Beeinträchtigungsabsicht gehandelt hat (§§ 2287 A 2).

2. An Stelle des eigentlichen Leistungsgegenstandes (§ 2174) und soweit er sich nicht

mehr verschaffen läßt, tritt die Berpflichtung bes Erben gum Bertserfat, und gwar des gemeinen Verkehrswerts im Zeitpunkte bes Vermächtnisanfalls (§ 2176). Die Ersahleiftung liegt als Nachlasverbindlichkeit in allen Fällen bem Erben (Vertrags ober gewöhnlichen Erben) ob, auch wenn er mit bem ursprünglichen und von ber Leiftung freigewordenen Be-

schwerten nicht identisch ist.

3. Abf 2 handelt im Gegensatz zu ben bloß tatsächlichen von rechtlichen Berfügungen, bollichen Berauferungen und Belaftungen eines bestimunten Bermachtnisgegenftanbes, aleichviel ob ohne ober gegen Entgelt. Das Bermächtnis wird im Falle ber Beräußerung burd ben Erblaffer bem Berschaffungsvermächtnis auch bann gleichgestellt, wenn es von vornherein nicht als folches gemeint war (§§ 2169 Abf 1, 2170). Ebenso entsteht im Falle ber Belastung dem Vermächtnisnehmer stets der Anspruch auf Beseitigung der Nechte, der ihm fonst nach § 2165 grundsäglich versagt ift.

4. Bertserfat an Stelle ber Berichaffung in Natur ober ber Beseitigung ber Be-

laftung.

5. Während ber Anspruch aus § 2287 von vornherein nur gegen den Beschenkten zusteht (A 4), haftet in den Fällen des Abs 1, tatsächlicher böslicher Bereitelung des Bermächtnisses, überhaupt nur der Erbe, in den Fällen des Abs 2 gleichfalls der Erbe, aber aushilfsweise innerhalb breijähriger Berjährungsfrist auch der Beschentte. Dem Bedachten liegt beshalb der Beweis ob, daß und inwieweit er Erfat bom Erben, ber damit nur eine Nachlagverbindlichteit ichulbet, nicht habe erlangen konnen. — Gegen Bereitelung von Auflagen ift fein Schut gegeben.

\$ 2289

Durch ben Erbvertrag wird eine frühere letitwillige Berfügung bes Erblaffers aufgehoben, soweit fie bas Recht bes vertragsmäßig Bedachten beeinträchtigen würde1). In dem gleichen Umfang ift eine fpatere Berfugung bon Todes wegen unwirtsam, unbeschadet der Borichrift des § 22972).

Ist der Bedachte ein pflichtteilsberechtigter Abkömmling des Erblassers, so kann der Erblasser durch eine spätere letiwillige Berfügung die nach § 2338 zulässigen Anordnungen treffen3).

E I 1953 Abi 1 Sat 1, Abi 2 II 2155; M 5 331, 322; B 5 395, 396, 422; 6 351-353.

1. Gine frühere lettwillige Berfilgung wird nach § 2258 burch ein späteres Teftament insomeit aufgehoben, als bieses mit ber früheren Berfügung in Biberfpruch tritt. Diefe Wirfung ar Bert auch ber Erbvertrag. Sie geht aber infofern weiter, als ber rechtswirtsame Erbvertrag auch frühere Berfügungen aufhebt, Die rechtlich neben ben neuen vertragsmäßigen, nach § 2278 Abi 2 auf Erbeinsehungen, Bermächtniffe und Auflagen beschräuften Berfügungen bestehen tounten, aber wirtichaftlich bas Recht bes Bedachten beeintrachtigen wurden. Es fallen insbesondere, gegen die Regel bes § 2161, früher angeordnete Bermachtniffe und Auflagen burch Ginfebung eines Bertragserben ohne weiteres gufammen. Ebenfo bie Ernennung eines Testamentsvollstreders. Das vertragsmäßig zugewendete hat vor dem früher lettwillig angeordneten identischen Bermächtnis ben Borrang (RD § 226 Abs 3). Die Aufhebung reicht jedoch nur fo weit, als Beeintrachtigung vorliegt. Insoweit dies der Fall ist, konnen sich auf die Unwirksamkeit der früheren (wie der späteren) Berfügung auch Dritte berufen, 3. B. der vom früher eingesetten Erben verklagte Nachlaßschuldner, der zugunften verschiedener Bedachter mit demselben Bermächtnis Beschwerte. Borausgesett ist, daß der den Erbvertrag schichter intr beinselben Sernachten Seiglichen nicht durch einen früheren Erbvertrag oder durch wechselbezügliches Testament (§ 2271 Abs 1 u. 2) bereits gebunden war. Inwieweit dies der Fall ist, beurteilt sich gemäß EG Art 214 Abs 2 gegebenenfalls nach dem älteren Rechte, vgl. Vorbem 3 vor § 1922. Insoweit der Erblasser bereits gebunden ist, kann ber neu Bedachte durch den Erbvertrag überhaupt keine Nechte erwerben und darin auch nicht beeinträchtigt werden. Die bloße Möglichkeit, sich von dieser Gebundenheit nachträglich zu befreien (§ 2271 A 5; Ansechtbarkeit des Erbvertrags §§ 2281ff.; Rücktritt SS 2298ff.), genügt nicht, bem Erblaffer bie Bertragefreiheit gu verschaffen (vgl. BanDbLG 21 A 10). Dagegen ist ber während bes Zustandes ber Gebundenheit geschlossene Erbvertrag voll wirksam, sobald dies Hindernis gehoben ift. Umgekehrt lebt aber auch die frühere letitwillige Berfügung wieber auf, wenn ber nene, fie aufhebende Erbvertraa bennachit burch Aufhebung ober Rudtritt wieber befeitigt ift (vgl. auch § 2258) ober burch Wegfall bes vertragsmäßig Bedachten vor ober nach dem Erbfoll gegenstandslos wird, es wäre benn, bag die altere Berfügung im Erbvertrag gemäß §§ 2299, 2254 fclechthin — ausbrücklich ober stillschweigend - widerrufen ware.

2. Spätere Versigungen von Todes wegen (Testament oder Erbvertrag mis einem Dritten) sind in gleichem Umfange, d. h. insoweit unwirksam, als sie das Recht des vertragsmäßig Bedachten beeinträchtigen würden. Der Erbsalser wird durch den Abschluß des Erbvertrags nicht in der Testierfähigkeit beschränkt. Eine dem Erbvertrage anwiderlaussende Bersügung ist deshald nicht sollechthin nichtig, sondern wird voll wirksam, wenn der Erdvertrag durch Aussedung, die gemäß 2297 auch nach dem Tode des andern Vertragsdischenden möglich ist, oder Nücktritt beseitigt wird, oder wenn der vertragsmäßig Bedachte vor oder nach dem Erbsals unterwillig oder freiwillig wegsällt (vgl. sür gemeines Recht NG 4, 171 und NG 18. 5. 22 IV 438/21). War dem Erbsasser im Erdvertrag das Recht vorbehalten, allgemein oder innerhald gewisser Grenzen spätere abweichende Versügungen zu treffen, so kann, soweit hiervon Gebrauch gemacht wird, eine Beeinträchtigung des Vedachten nicht in Frage sommen. In dem bloßen Vorbehalten Daß ein neuer Erdvertrag berselben Vertragsschließenden voll wirksam sich, ist selbswerkändlich. Neues gemeinschaftliches Testament § 2292.

3. Der pflichtteilsberechtigte Abkömmling (§ 2303) kann vom Erblasser als anderer Bertragschließender oder als Dritter bedacht sein. Sind die Boraussehungen des § 2338 (Enterbung in guter Abssicht) gegeben, so wird angenommen, auch der andere Bertragsteil sei im Familieninteresse hiermit einverstanden. Der Erblasser deshalb diese sehrtwilige Anordnung sowohl bei Ledzeiten des anderen Teiles, auch ohne sein Borwissen, als nach seinem Tode tressen, und zwar in bezug auf die ganze Buwendung, nicht nur in bezug auf den Pflichteil (KG3 48, 144). Auf diese Besugnis kann im Erbvertrage nicht wirksam verzichtet werden (§ 138 Abss.) Dazegen ist der Erblasser zur Entziehung des Pflichtteils gegenüber dem Bedachten auf Grund von § 2833 erst nach Erklärung des Rücktritts vom Erbvertrage (§ 2294), nach dem Tode des anderen Bertragschließenden aber genäß § 2297 berechtigt.

§ 2290

Gin Erbvertrag sowie eine einzelne vertragsmäßige Berfügung tann burch Bertrag bon ben Personen aufgehoben werben, die den Erbvertrag

geschlossen haben1). Rach dem Tode einer dieser Berfonen tann die Aufhebung nicht mehr erfolgen2).

Der Erblaffer tann den Bertrag nur perfonlich fchliegen3). 3ft er in ber Geschäftsfähigteit beschräntt, fo bedarf er nicht der Zustimmung feines

gefeglichen Bertreters4).

Steht der andere Teil unter Bormundschaft, fo ift die Genehmigung bes Bormundschaftsgerichts erforderlich5). Das gleiche gilt, wenn er unter elterlicher Gewalt fieht, es fei denn, daß der Bertrag unter Chegatten oder unter Berlobten geschlossen wird6).

Der Bertrag bedarf der im § 2276 für den Erbbertrag borgeschriebenen

Sprm7)8).

E I 1957 II 2156; M 5 339-342; B 5 407, 408; 6 100.

1. Die von der einseitigen Anfechtung aus §§ 2281 ff. wohl zu unterscheibende Aufhebung be: Erbvertrags, b. h. ber Gesamtheit oder einzelner ber barin getroffenen vertragsmägigen Berfügungen (Erbeinsebungen, Bermächtniffe, Auflagen § 2278 Abf 2) tann bei Lebzeiten ber Bertragichließenden nur durch Bertrag berfelben Berfonen erfolgen, mutuus dissensus. Inwieweit hiervon zugleich einseitige im Erbvertrag getroffene Berfügungen betroffen werden, bestimmt § 2299 Abf 3. Durch die Aufhebung werden auch die zuguniten Dritter getroffenen Berfügungen hinfällig. Ihrer Buftimmung bedarf es nicht, ba fie durch ben Bertragsabichluß eigene Rechte nicht erlangt haben. Bohl aber tonnen fie ichon vor dem Erbfall einen Bergichts. vertrag mit bem Erblaffer ichließen (§ 2352 U 2). Der Aufhebungevertrag fann fich auch auf bie gegenseitige Gebundenheit beschränken und die Berfügungen als einseitige inhaltlich beftehen laffen. Der zweite Bertrag ift nicht beshalb sutenwidrig (§ 138 Abf 1), weil mit ihm bezweckt wird, ben im erften Bertrage bem Sohne des Erblaffers zugedachten Erbteil badurch bem Zugriffe feiner Glaubiger zu entzichen, daß er nunmehr feinen Abtommlingen zugewendet wird; ein folder Bwed entspricht bem Grundgebanten bes § 2338 Abf 1 (986 Seuff 274 Nr 55). Erleichterte Form bei Aufhebung von Bermächtniffen und Auflagen § 2291, Aufhebung burch

gemeinschaftliches Testament § 2292. 2. Rach dem Tode eines Bertragichließenden ift die Aufhebung des Erbvertrags nur im Falle des § 2297, alfo nicht durch Bertrag mit den Erben des Zuerftverftorbenen möglich. Auch nicht (wie beim wechselbezüglichen Testamente § 2271 und in dem besondern Falle des

§ 2208 Ubf 2) wenn ber Überlebende ausschlägt. Die ihm auferlegten Beschwerungen gehen vielmehr auf ben nachrückenden Bedachten über (§§ 2161, 2192). 3. Für den Erblasserteil ist wie bei der Schließung (§ 2274), Bestätigung (§ 2284), beim Müdtritt (§ 298) und grundfählich bei der Anfechtung (§ 2282) perfonliches Sandeln unerläßlich. Der geschäftennfähig gewordene Erblafferteil fann beshalb ben Erbvertrag überhaupt nicht wieder aufheben.

4. Auch ber in ber Geschäftefähigteit beschräntte Erblaffer (§§ 106, 114) muß perfonlich aufheben, bedarf aber hierzu weder der Zustimmung seines Bertreters noch der Genehmigung bes Vormundschaftsgerichts. Ebenso bei der Anfechtung und beim Rücktritt §§ 2282 A 2,

2296 21 1.

5. Der bloß annehmende Teil fann bei bem Aufhebungsvertrag auch burch Bertreter handeln. Ift er geschäftsunfähig, so muß er dabei vertreten werden. Ift er beschäftsteligig, so bedarf er, da er einen rechtlichen Borteil aufgibt, nach §§ 107, 108, 114 der Zustimmung seines gesehlichen Vertreters. Für diese Zustimmung gilt das zu § 2275 A 3 Gesagte. Genchmigung des Bormundschaftsgerichts §§ 1828 ff. Pflegschaft § 1915.

6. Abweichend von der Schließung des Erdvertrags (§ 2275 A 1) ist dei der Aussehnung

Zustimmung des Gewalthabers (§§ 1630, 1686) des anderen Teiles und sogar vormundschaftsgerichtliche Genehmigung notwendig. Nur die letztere — nicht auch die Zustimmung bes Bewalthabers - ift entbehrlich, wenn es fich um einen Aufhebungsvertrag gwifchen

Chegatten und Berlobten hanbelt.

7. Form des § 2276: Schließung vor Richter ober Notar unter gleichzeitiger Unwesenheit beider Teile. Wird der Aufhebungsvertrag mit einem Chevertrag oder mit Aufhebung oder Anderung eines Chevertrags verbunden (§ 1432), so genügt die erleichterte Form des § 2276 Abf 2. Bermahrung ber über Aufhebun; bes Erbvertrags aufgenommenen Urfunde (§ 2277) kommt nicht in Frage. Anderseits ist Aufhebung burch Rücknahme bes Erbvertrags aus ber amtlichen Verwahrung (§ 2256) ausgeschlossen (§ 2277 A 3).

8. Anfechtung bes Aufhebungevertrags ift nur nach ben allgemeinen Grunbfaben über Anfechtung von Rechtsgeschäften möglich (§§ 119 ff., 142 ff.). Die besonderen für Unfechtung lettwilliger Berfügungen erteilten Borfdriften ber §§ 2078 ff. tonnten nur auf Grund von § 2279 (A 1) Anwendung finden, auf den Erblafferteil überdies nur bann, wenn ber Auf-

hebungsvertrag im Sinne von § 2281 dem Erbvertrage gleichzustellen ware. Allein Gegen. stand ber Anfechtung ift in bem hier vorausgesetten Falle nicht eine vertragsmößige Buwendung ober Auflage, sondern das Gegenteil davon, die Beseitigung einer solchen Auwendung usw., somit ein rein verneinendes Ergebnis, bas nicht einmal außerlich, wie im Falle des § 2081, in Form einer lettwilligen Verfügung, sondern sediglich auf rechtsgeschäftlichem Wege her-gestellt ist (a. M. Planck A 4, Nipp § 36 V). Nach erfolgreich durchgesührter Ansechtung sebt der aufgehobene Erdvertrag wieder auf (§ 142 Abs 1). Auch die Aufhebung des aufhebenden Bertrags, wenn fich die Beteiligten hierauf beschranten, tann nur ben Ginn haben, ben Erbvertrag wieberherzustellen. Sie erfordert gleichfalls Beobachtung der Form (Abf 4).

\$ 2291

Gine bertragsmäßige Berfügung, durch die ein Bermächtnis oder eine Auflage angeordnet ift, tann von dem Erblaffer durch Testament aufgehoben werden1). Bur Birtfamteit der Aufhebung ift die Zustimmung des anderen Bertragichließenden erforderlich; die Borichriften des § 2290 Abi 3 finden Unwendung2).

Die Buftimmungserklärung bedarf der gerichtlichen oder notariellen Be-

urkundung; die Zustimmung ift unwiderruflich3).

@ II 2157; \$ 5 415-417; 6 397.

1. Gegenüber § 2290 ift für die Aufhebung eine erleichterte Form nachgelassen, soweit es fich um bertragsmäßige Bermächtniffe ober Anflagen, nicht alfo um Erbeinfehungen handelt (§ 2278 Abf 1). Jede ber nach §§ 2231—2251 zuläffigen Testamentsformen genügt. Db die Aufhebung Schlechthin (§ 2254) ober burch Errichtung eines inhaltlich abandernden Testaments erfolgt (§ 2258 Ubf 1), ift gleichgültig. Der Widerruf bes aufhebenden Testaments macht nach §§ 2258 Abf 2, 2279 bie aufgehobene Berfügung, und zwar als vertragsmäßige von neuem wirtfam, auch wenn die damit gegenstandelos geworbene Zuftimmung des anderen

Teiles erflärt war.

2. Die Buftimmung des anderen Bertragichliegenden, auch wenn er felbft nicht bedacht ober beschwert ist, ist als Einwilligung ober Genehmigung gegenüber dem Erblasseriele (§§ 182—184) in der Form des Abs 2, doch ohne das Ersordernis gleichzeitiger Anwesenheit, wie nach §§ 2276, 2290 zu erklären. Sie ist unwiderrustich (Abs 2), kann auch durch Vertreter abgegeben werden und bedarf unter ben Borausfehungen bes § 2290 Abf3 ber Wenehmigung des Bormundschaftsgerichts. Sie ift auch wirtsam, wenn fie schon im Erbvertrage selbst erflart ift, liegt aber nicht ichon darin ausgesprochen, daß bem Erblasser ber Rücktritt gemäß § 2293 gestattet ift. Aus § 2290 (A 2) ift zu entnehmen, baf die Zustimmung nach bem Tobe bes anderen Bertragschließenden burch feine Erben nicht mehr nachgeholt werden fann.

3. Gerichtliche ober notarielle Beurtundung wie bei der Anfechtungsertlärung und beim Rudtritt §§ 2282, 2296. Im übrigen vgl. § 128, EG Art 141, FGG §§ 167ff. Abniich bei

letiwilligen Berfügungen in betreff ber fortgesetten Gutergemeinschaft § 1516.

§ 2292

Ein zwischen Chegatten geschlossener Erbvertrag tann auch burch ein gemeinschaftliches Testament ber Chegatten aufgehoben werden1); die Borichriften des § 2290 Abi 3 finden Anwendung2).

€ II 2158; B 5 446.

1. Aufhebung des Erbvertrags durch gemeinschaftliches Testament ift zuläffig, wenn die Bertragschließenben zur Zeit der Aufhebung Chegatten sind (§ 2265), mögen sie auch den Erbvertrag seinerzeit als Fremde oder als Berlobte geschlossen haben (RJA 9, 18). Wie im Falle des § 2291 A 1 genügt jede Testamentsform (beim Privattestament vgl. § 2267), und auch hier ist gleichgultig, ob sich das gemeinschaftliche Testament auf den Widerruf (fämtlicher ober einzelner Verfügungen) beschränft ober inhaltlich neue Anordnungen trifft. von § 2291 können auf biefem Bege auch vertragsmäßige Erbeinsehungen aufgehoben werden. Eine Bertretung ist ichon burch § 2064 ausgeschlossen. Die Errichtung zweier selbständiger Testamente durch die Gatten reicht zur Aushebung des Erbvertrags auch dang nicht aus, wenn fie in beiderseitigem Einverständnisse geschicht (BanDbLG 20 A 117).

2. Die Beidrantung ber Beichaftefahigteit hindert jedenfalls den Erblafferteil nicht, ben Erbvertrag durch widerrufendes Testament aufzuheben, weber nach Testamentsgrundfaten (§§ 2229, 2258) noch unter dem Gefichtspuntt bes Aufhebungsvertrags (§ 2290 A 4). Dagegen handelt es sich auf seiten bes anderen bloß annehmenden Teiles nicht um ben Wiberruf

eigener Verfügungen, sondern um die Entlassung des Erblasseriels aus der vertragsmäßigen Gebundenheit. Er könnte deshald, wenn er wegen Geistesschwäche usw. entmündigt ist, nach § 2229 Abs 3 als an der Testamentserrichtung verhindert angesehen werden. Alsein die Bezugnahme auf § 2290 Abs 3 ergibt, daß das Geseh die Fähigkeit des bloß annehmenden Teiles zur testamentarischen Aussebung des Erbvertrags lediglich nach den Grundsätzen über den Aussebungsvertrag beurteilt wissen und dasur sogar erleichterte Formen schaffen will. Auch der beschafts geschäftssähige Spezate ist deshald, insoweit er sich auf die Aussebung des Erbvertrags beschränst, trot § 2229 Abs 3 testamentssähig. Doch bedarf er, wie die Bezugnahme auf § 2290 Abs 3 weiter ergibt, zu der aussebenden Verfügung des gemeinschaftlichen Testaments als Minderjähriger oder sonst in der Geschäftssähigkeit Beschränkter der Sinwilligung seines gesetzlichen Vertreters und zugleich, wenn er unter Vormundschaft (oder Pflegschaft) steht, vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung. Die letzter kommt jedognicht in Frage, wenn er der elterlichen Gewalt unterworfen ist, da es sich stetz um Ehegatten handelt (§ 2290 Abs. Sie beschränkt sich aus den aussebenden Teil des gemeinschaftlichen Testaments, wenn darin zugleich andere Verfügungen getroffen sind. Eine nachträgliche Genehmigung der testamentarischen Aussebung nach erlangter unbeschränkter Geschäftssähigkeit kann den mangelhaften Testamentsätt nicht wirksam machen.

§ 2293

Der Erblaffer kann von dem Erbvertrage zurücktreten, wenn er fich den Rücktritt im Bertrage vorbehalten hat1).

E I 1958 Uhi 1 Sah 1 II 2159; M 5 842, 843; B 5 409.

1. Borbehalt des Miktritts. Der Kückritt ist einseitige, von der Zustimmung des anderen Teiles (§§ 2290—2292) unabhängige Aufhedung des Erdvertrags. Form §§ 2296, 2297. Der Bordehalt, wie demnächst auch die Erklärung des Kückritis können sich auf den ganzen Erdvertrag oder nur auf einzelne vertragsmäßige Berfügungen beziehen. Inwieweit im letteren Falle auch die anderen Berfügungen hierdon betroffen werden, bestimmt sich nach §§ 2298, 2299. Das Geseh spricht nur den Kordehalt zugunsten des Erdlassers. Ein Rückritisdvordehalt des "anderen Bertragschließenden" ist nur dann rechtlich möglich, wenn er eine Leistung bewirft oder eine Verpstlichtung übernommen hat und hierdon will zurückreten können; ein solches Kückritisrecht sieht, auch hinsichtlich der Form seiner Ausstdung, unter den allgemeinen Borschriften der §§ 346ff.; die Ausübung hebt die Leistungspsischt auf und begründet eine Forderung auf Kückgewähr des Geleisteten (Kipp § 37 V; anders die früheren Aussachen des Erblassen siehes Kommentars, die ein vordehaltenes Kückritisrecht des Mitkontrahenten des Erblassers ihren Bertragscharakter verlieren, aber als setzwillige Verfügungen virkgungen den Geblasse ihren Bertragscharakter verlieren, aber als setzwillige Verfügungen virkgungen beibeit vielmehr mit ihren aus §§ 2287—2289 sich ergebenden Wirkungen bestehen, die der Kückritt wirklich erklärt ist. Kein Vordehalt des Kückritits ist es, wenn der Erblasser sich vordehält, dem vertragsmäßig Vedachten einseitig noch Veschräungen oder Veschwerungen aufzuerlegen. Ih der Erbvertrag unter einer auflösenden Bedwährungen oder Veschwerungen aufzuerlegen. Ih der Erbvertrag unter einer auflösenden Bedwährungen oder Veschwerungen aufzuerlegen. Ih der Erbvertrag unter einer auflösenden Bedwährungen oder Veschwerungen den weiteres hinfällig. Die Ausübung des vorbehaltenen Rückritisrechts ist an keine Frikt gebunden. Rach dem Tode des anderen Teiles greift § 2297 Play.

§ 2294

Der Erblasser kann von einer vertragsmäßigen Berfügung zurücktreten, wenn sich der Bedachte einer Berschlung schuldig macht, die den Erblasser zur Entziehung des Pflichtteils berechtigt¹) oder, falls der Bedachte nicht zu den Pflichtteilsberechtigten gehört, zu der Entziehung berechtigen würde, wenn der Bedachte ein Abkömmling des Erblassers wäre²).

€ II 2160 Ubj 1; \$ 5 895—897, 411—418; 6 351—358.

1. Der Erblasser kann wegen einer Versehlung des Vedachten, gleichviel ob es der undere Vertragschließende oder ein Dritter ist, einseitig von einer einzelnen zugunsten des Bedachten gereichenden vertragsmäßigen Verfügung (Erbeinsehung, Vermächnis § 2278 Abs 2) zurücktreten, wenn ihn die Versehlung gegenüber dem Bedachten als Abkömmling (§ 2333), als Esternteil (§ 2334) oder als Ehegatten (§ 2335) zur Entziehung des Pslichtteils berechtigen würde. Auf dieses Kilchtrittsrecht kann im Erbvertrage nicht verzichtet (§ 138 Abs 1), es kann auch nach dem Tode des anderen Vertragschließenden ausgeübt werden (§ 2297).

Versehlungen des nicht bedachten anderen Teiles kommen nicht in Betracht. Ebensowenig Versehlungen des Bedachten, die vor Abschluß des Vertrags begangen sind. Waren sie dem Erblasser unbekannt, so kann nur die Ansechtung aus §§ 2281, 2078 begründet sein (a. M. Strohal § 46 A 40). Ist das Entziehungsrecht durch Verzeihung oder Bessenher wandels erloschen (§§ 2337, 2338 Abs 4), so kann auch das Rücktrittsrecht nicht mehr ausgeübt werden. Doch wird der einmal erklärte Rücktritt durch nachträgliche Verzeihung oder Vessenhen nicht unwirksam (a. M. Strohal § 46 U 42). Daß der Erund des Rücktritts in der gegenüber dem anderen Teil bei Ledzeiten abzugebenden Erklärung augegeben werden müsse (wie im Falle des § 2297 nach § 2336 Ubs 2, so Strohal § 46 U 46a), schreibt das Geseh nicht vor. Doch ist selschwerftändlich sür den Grund beweispflichtig, wer sich auf die Wirksamseit des Kücktritts beruft. Daneben bleibt der Erblasser gemäß § 2289 Ubs 2 zur Enterdung in guter Abslicht berechtigt.

2. Richtpflichtteilsberechtigten Bebachten gegenüber fommen nur bie Berfehlungen bes

§ 2333 in Betracht. — Ebenso beim gemeinschaftlichen Testament § 2271 U 5.

§ 2295

Der Erdiasser kann von einer vertragsmäßigen Berfügung zurücktreten, wenn die Berfügung mit Rücksicht auf eine rechtsgeschäftliche Berpflichtung bes Bedachten²), dem Erblasser für dessen Lebenszeit wiedertehrende Leistungen zu entrichten, insbesondere Unterhalt zu gewähren¹), getroffen ist und die Berpflichtung vor dem Tode des Erblassers aufgehoben wird³).

Œ II 2161; B 5 410, 411; 6 358.

1. Der Erblasser kann, wie im Falle bes § 2291 von einer einzelnen vert agsmäßigen Verfügung (Erbeinsehung, Vermächtnis § 2278 Abs 2) zurücktreten, wenn ber im Erbvertrag Bedachte (der andere Vertragschließende oder ein Dritter) zu wiederkehrenden Leiftungen auf Lebenszelt verpflichtet war und diese Verpflichtung weggefallen ist. Diese Leistungen (§ 197 A 2) werden meist in Gewährung von Leibrente, Ausgedinge, Versorgung in einer Anstalt (Verpfründungsvertrag) u. dgl. bestehen. Die Unterhaltsgewährung ist nur beilpselsweise erwähnt. Wenn es sich auch nicht um Leistung und Gegenleistung im eigentlichen Sinne handelt (§§ 320ff.), so müssen duch die vertragsmäßige Verfügung und die Leistungsverpflichtung in einem gewissen ursächlichen Zusammenhange stehen "mit Nücksicht auf").

2. Wesentlich ist, daß der Bedachte rechtsgeschäftlich, unter Lebenden oder von Todes wegen (z. B. durch lehtwillige Verfügung eines Dritten) zu der Leistung verpflichtet ist. Das Bestehen einer gesehlichen, z. B. einer Unterhaltspflicht genügt nicht. Vervslichtet sich der Bedachte vertragsmäßig, so kann es auch im Erbvertrage selbst geschehen. Doch sind auch in biesem Falle die Verfügung von Todes wegen (im Erbvertrag) und die schuldrechtliche Ver-

pflichtung unter Lebenben ftreng anseinanderzuhalten.

3. Das Rücktrittsrecht ist nur vei Ausbebung gegeben, nicht auch bei Nichterfüllung der Verpflichtung, deshalb auch nicht bei Untersassung gegeben, nicht auch bei Nichterfüllung der Verbstätzung, deshalb auch nicht bei Untersassung der nach §§ 133, 157 oder § 242 (RG FB 1921, 1080°; 1923, 45°; Warn 1926 Rr 6; LZ 1926, 1192° u. a.; vgl. auch § 2174 U 32) gebotenen Auswertung einer von der Gelbentwertung betroffenen Unterhaltsrente. Sehenswenig, wenn die Verpflichtung nicht entstanden, oder wenn sie nichtig ist. Wohl aber kann in diesen Fällen der Erbsasser zur Ausechtung gemäß §§ 2281, 2078 Abs 2 berechtigt sein. Die Aushebung kann vertragsmäßig erfolgen oder durch Eintritt von Vedingungen, Unmöglichseit der Leistung (§ 275) u. dgl. herbeigeführt werden. In sedem Falle entsteht mit dem Kücktritte des Erbsasser sit den Verpflichteten der Anspruch auf Rückgabe des Geleisteten aus § 812 Abs 1 Sap 2. Handelt es sich auf seiten des Vedachten um andere als wiedertehrende oder um zeitsich begrenzte Leistungen, so ist das Rücktrittsrecht aus § 2295 nicht gegeben. Der Erbsasser Leistungen, so ist das Rücktrittsrecht aus § 2295 nicht gegeben. Der Erbsasser von der ben Erbvertrag, gerade weil er kein gegenseitiger Vertrag ist (Kipp § 37 V 3, Leonhard IV), jedenfalls ansechten, auf Brund des § 812 auch Befreiung von der eingegangenen vertragsmäßigen Vindung beanspruchen (a. W. Planck V 4). War die vertragsmäßige Zuwendung von vornherein durch das Fortbestehen der Leistungspflicht des Bedachten bedingt, so wird sie durch den Wegfall dieser Verpflichtung ohne weiteres hinfällig.

§ 2296

Der Rücktritt tann nicht durch einen Bertreter erfolgen. Ist der Erbtaffer in der Geschäftsfähigteit beschränkt, so bedarf er nicht der Zustimmung seines gesehlichen Bertreters1).

Der Rudtritt erfolgt burch Ertlärung gegenüber dem anderen Bertragichließenden2). Die Ertlärung bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurtundung3).

€ I 1958 II 2162 Abf 1, 2; M 5 848, 844; B 5 409, 410.

1. Abi 1 entspricht wörtlich ber für bie Unfechtung erteilten Borfchrift, f. § 2282 A 1/2.

Der geschäftsunfahige Erblaffer tann überhaupt nicht gurudtreten.

bes anderen Teiles vgl. § 2297. Der Rüdtritt ist einseitig nicht widerrussich. Rur wenn er vertragsmäßig, und zwar unter Beobachtung der Form (§ 2290 Abs 4) wieder rüdgängig gemacht wird, lebt ber Erbvertrag wieder auf.

3. Gerichtliche oder notarielle Beurfundung § 128; EG Art 141, &GG §§ 167ff. Anbere Formen des Nüdtritts können auch im Erbvertrage nicht wirksam vereinbart werden. — Ebensowenig beim Widerruf wechselbezüglicher Verfügungen im gemeinschaftlichen Testament

8 2271 A 1.

§ 2297

Soweit der Erblaffer jum Rudtritte berechtigt ift, tann er nach bem Tode des anderen Bertragidiliegenden die vertragemäßige Berfügung durch Teftament aufheben1). In den Fällen des § 2294 finden die Borichriften bes § 2336 Abf 2 bis 4 entsprechende Anwendung2).

E I 1961 II 2163; Dt 5 348, 349; B 5 897, 421, 422.

1. Nach dem Tode des anderen Bertragschließenden ist die Ausübung des Rücktrittsrechts (§§ 2298—2295) nur durch Testament zuläffig. Und zwar gleichviel, ob der Rudtrittsgrund nach dem Tode ober schon bei Lebzeiten des anderen Teiles eingetreten ift. Doch verliert der Borbehalt bes Rudtritts beim zweiseitigen Erbvertrag mit bem Tobe bes Zuerstversterbenden feine Kraft, die Aufhebung ift jest nur noch unter Ausschlagung bes Zugewendeten möglich (§ 2298 A 4). Die vertragsmäßige Verfügung (Erbeinsetzung, Vermächtnis, Auflage § 2278 Abs 2) kann im Testament schlechthin (§ 2254) ober auch mittelbar burch Errichtung eines ber Verfügung widersprechenden Testaments aufgehoben werden (§ 2258). Wird das aufbebende Testament widerrufen, so tritt nach § 2257 der Erbvertrag wieder in Kraft. Sine Mitteilung an die Erben des anderen Vertragschließenden ist nicht erforderlich, der bloß ihnen

gegenüber ertlärte Küdtritt wäre unwirksam.
2. Beruht der Küdtrittsgrund nach § 2294 auf einer **Berschlung des Bedachten**, so ist der Erblasser — abweichend von der Küdtrittsertlärung unter Lebenden, § 2294 Al 1 — durch der Erblasser — abweichend von der Küdtrittsertlärung unter Kebenden, § 2294 Klaupen — Vieler (Krund § 2336 Abf 2 genötigt, ben Grund ber Entziehung im Testament anzugeben. Diefer Grund muß ferner zur Zeit der Teftamentserrichtung noch bestehen, er dat nithin weber verziehen (§ 2337), noch darf im Falle des § 2333 Nr. 5 Besserung des Lebenswandels eingetreten sein. Der Beweis des Nückrittsgrundes liegt demjenigen ob, welcher die Aushebung der Berkügung geltend macht. Auch nachträgliche Befferung macht nach § 2336 Ubf 4 die Aufhebung hinfällig. Dagegen beseitigt nachträgliche Verzeihung, ebenso wie beim Nücktritt unter Lebenden (§ 2294 Al 1) die einmal erklärte Aufhebung nicht (a. M. Strohal § 46 Al 47; Leonhard, E). Für ben nicht mit angezogenen § 2387 gewährt die Möglichkeit Erfat, das aufhebende Testament zu widerrufen.

\$ 2298

Sind in einem Erbbertrage bon beiden Teilen bertragsmäßige Berfügungen getroffen, fo hat die Nichtigkeit einer diefer Berfugungen die Un-

wirtsamfeit des ganzen Bertrags zur Folge1).

Ift in einem folden Bertrage der Rudtritt vorbehalten, fo wird durch den Rudtritt eines der Bertragichließenden der ganze Bertrag aufgehoben2). Das Rücktrittsrecht erlischt mit dem Tode des anderen Bertragichliegenden3). Der Aberlebende tann jedoch, wenn er das ihm burch den Bertrag Bugewendete ausschlägt, feine Berfügung burch Teftament aufheben4).

Die Borichriften des Abf 1 und des Abf 2 Gat 1, 2 finden feine Unwendung, wenn ein anderer Bille der Bertragichliefenden anzunehmen ift5).

E I 1959, 1961 II 2164; M 5 844-846, 848, 849; B 5 413, 414, 421, 422.

1. § 2298 hat gur Boraussehung einen zweiseitigen Erbvertrag, bei dem beibe Bertrag. schließende als Erblasser — sei es zugunsten des anderen Teiles oder von Dritten — vertrags. mäßige Verfügungen (Erbeinsetungen, Vermächtnisse oder Auflagen § 2278 Abs 2) getroffen haben. Solveit eine berartige gegenseitige Bindung vorliegt, nimmt das Gefeh ohne weiteres, wiewohl unter Vorbehalt des Gegenbeweises nach Abs 3, ein Abhängigkeits. verhältnis zwischen mehreren Verfügungen an. Es läßt beshalb ebenso wie gemäß § 2270 Abs 1 beim wechselseitigen Testamente, bei Richtigkeit auch nur einer Berfügung ben ganzen Erbvertrag, b. h. sämtliche darin getroffenen vertragsmäßigen Berfügungen un-wirfam werden. Die Nichtigkeit der Berfügung kann von Ansang an gegeben sein oder als Erfolg der Anfechtung eintreten (§ 142 Abs 1). Bloges Unwirksamwerden infolge Wegfalls bes barin Bebachten (burch Ausschlagung ufw.) genugt nicht. Inwieweit Richtigkeit einer vertragsmäßigen Berfügung auch ben Beftand einseitiger im Erbvertrag getroffener Ber-

fügungen (§ 2299) beeinflußt, ist nach § 2085 zu beurteilen.

2. Entsprechend dem Widerruf im Falle des § 2270 wirkt auch der Rücktritt Aushebung des ganzen Erdvertrags im Sinne von Abs 1. Auch hier ist vorausgeseht, daß es sich um einen zweiseitigen Erdvertrag handelt. Ferner, daß sich vorausgeseht, daß es sich um einen zweiseitigen Erdvertrag handelt. Ferner, daß sich vorausgeseht, daß es sich um einen zweiseitigen Erdvertrag handelt. Ferner, daß sich vorausgeseht, daß es sich um einen zweisen Erdvertrag handelt. Richt getroffen werden deshalb die Fälle bes Rücktritts wegen einer Verfehlung bes Bedachten (§ 2294) und wegen Wegfalls einer ihm auferlegten Verpflichtung (§ 2295). Auch hier ist lediglich § 2085 entscheidend. Dasselbe gilt, wenn der Rücktritt nur in bezug auf eine einzelne vertragsmäßige Verfügung ausgeübt

wird. Für einseitige Verfügungen vgl. § 2299 Abs 3. Das Erlöschen bes Rudtrittsrechts mit bem Tobe bes anderen Bertragichließenden (s. jedoch A 4) ift gleichfalls eine Besonderheit, die weder für den einseitigen Erbvertrag (f. § 2297 U 1) noch für die Rücktrittsfälle ber §§ 2294, 2295 Geltung hat. Hat sich ber Uberlebende im Erbvertrage ben Rücktritt nicht sowohl vom Vertrage, als nur von einer einzelnen Verfügung vorbehalten, so kann er im Rahmen dieses Vorbehalts auch nach dem Tode des Zuerstverstorbenen abweichende Verfügungen treffen (a. M. Pland A 3 b). Kein Erlöschen bes Anfechtungsrechts § 2281 Abs 2.

4. Ebenso wie im Falle bes wechselbezüglichen Testaments (§ 2271 A 4) kann der Uberlebende von dem im Erbvertrage vorbehaltenen Rudtritt auch bann noch Gebrauch machen, wenn er die ihm selbst gemachten vertragsmäßigen — nicht notwendig auch die einseitigen — Zuwendungen ausschlägt. Es besteht mithin kein Rücktrittsrecht, wenn nur Dritte im Erdvertrag bedacht waren. Eine etwaige Ausschlagung des Dritten ist ohne Bedeutung (a. M. Nipp § 38 bei A 4). Der Ricktritt geschieht jeht im Wege des Testaments, sei es, daß darin schlechthin widerrusen wird (§ 2254), oder daß inhaltlich vom Erbvertrag abweichende Berfügungen getroffen werden (§ 2258). Im einzelnen gilt auch hier das § 2271

21 4 Gefaate.

5. Das Geseth gibt nur Auslegungsregeln. Insbesondere ift ber Nachweis zugelassen, daß der eine der beiben Erblasser die selbständige Geltung seiner Berfügung gewollt habe und sie im Sinne von §§ 2085, 2270 A 1 auch ohne die nichtige oder widerrufene Berfügung bes anderen Teiles getroffen haben würde. Die in § 2270 Abf 2 in dieser Beziehung aufgestellten Nechtsvermutungen sind hier nicht ohne weiteres maßgebend. Der Wille ber Bertragschließenden soll entscheiden, auch wenn er nicht im Erbvertrage selbst Ausdruck gefunden hat. Das Rücktrittsrecht selbst wurzelt im Falle des Vorbehalts nur im Pareteivillen. Es kann deshalb jedensalls wirksam bein, das vorbehaltene Rücktrittsrecht solle mit dem Tode des Zuerstverstorbenen nicht erlöschen. Bon der für den Rücktritt erteilten Formvorschrift: Gebrauch der Testamentssorm, kann der Überlebende allerdings nicht entbunden werden. Dagegen ist nicht abzusehen, warum er nicht von der materiellrechtlichen Berpslichtung: Ansschlagung des Zugewendeten als Vorbedingung des Rücktritts, vertragsmäsig befreit werden könnte. Umgekehrt kann der Rücktrittsvorbehalt aus § 2298 wirksam dahin eingeschränkt werden, daß der Rücktritt nur bei Lebzeiten des anderen Teiles zulässig, nach seinem Tode aber selbst mit dem Opfer der Ausschlagung nicht gestattet sein solle. Es ist daher ohne sachliche Bedeutung, wenn Abs 2 Sat 3 in Abs 3 nicht mit angezogen ift (a. M. Staubinger A 6). Der Beweis, daß ein anderer Bertragswille vorliege, ift von dem zu führen, der sich hierauf beruft.

\$ 2299

Jeder der Bertragichließenden tann in dem Erbbertrag einseitig jede

Berfügung treffen, die durch Teftament getroffen werden fann1).

Für eine Berfügung biefer Art gilt das gleiche, wie wenn fie durch Teftament getroffen worden ware2). Die Berfügung tann auch in einem Bertrag aufgehoben werden, durch den eine vertragsmäßige Berfügung aufgehoben wird3).

Bird der Erbvertrag durch Ansübung des Rücktrittsrechts oder durch Bertrag aufgehoben, so tritt die Verfügung außer Arast, sofern nicht ein anderer Wille des Erblassers anzunehmen ist⁴).

€ I 1955, 1956 Abi 1, 1960 II 2165; M 5 838, 847, 848; B 5 898—404, 415—418.

1. Einseitige Bersügungen (§ 1937) im Gegensate zu ben vertragsmäßigen können gelegentlich des Erbvertrags oder Ehevertrags (§ 2276 Abs 2) in demselben Rechtsakte von dem einen oder dem anderen Bertragschließenden, auch von dem bloß annehmenden Teile getrossen wertragsmäßige Gebundenheht (§ 2278 Abs 2) nicht beabsichtigt, Anslagen, wenn vertragsmäßige Gebundenheit (§ 2278 Abs 2) nicht beabsichtigt ift, als auch lehtwillige Anordnungen jeder anderen Art (vgl. § 2278 A2). Boraussehung ist, daß in einem gülftigen Erbvertrag getroffen sind. Ih dieser wegen Formmangels, infolge durchgeführter Ansechtung ober aus anderen Gründen nichtig, so fallen damit auch die einen Bestandteil des Erbvertrags bildenden einseitigen Berfügungen zusammen.

oas sie in einem gutrigen Ervoretrug getoljen site. In die tolgen Folken damit auch die einen Bestandteil des Erbvertrags bildenden einseitigen Verfügungen zusammen.

2. Die Anwendung der Testamentsvorschriften bezieht sich zwar nicht auf die Testamentssform. Wohl aber wird persönliche Errichtung (§ 2064) und Testierfähigkeit gemäß § 2229 erfordert. Die verminderten Erfordernissse des Erbvertrags im Falle des § 2275 U 2 genügen nicht. Umgekehrt können, wenn der Erbvertrag als solcher z. B. wegen verweigerter Zussimmung des gesehlichen Vertreters (§ 2275 U 3) unwirksam, aber den Testamentsvorschriften entsprochen ist, die einseitigen Verfügungen als gemeinschaftliches Testament wenigstens dam aufrechterhalten werden, wenn der Vertrag unter Ehegatten geschlossen ist (§ 2265).

3. Daß die einseitige Verfügung von dem Verfügenden (selbstverkändlich nicht auch vom anderen Teise) durch Testament jederzeit frei widerrusen werden kann, ergeben §§ 2258, 2254, 2258. Es kann aber auch durch aushebenden Vertrag gemäß § 2900 geschehen, wenn er sich nicht auf die einseitige Verfügung beschränkt, sondern zugleich mindestens eine vertragsmäßige Verfügung aushebet. Daß die aufzuhebende einseitige und die vertragsmäßige Verfügung in einem und demselben Erbvertrag getroffen sein müßten, fordert das Gesetz nicht

(a. M. Planck A3b; Staudinger A2a).

4. Die Anshedung des ganzen Erbvertrags durch Rücktritt (§§ 2293—2297), wenn er von dem Urheber der Verfügung ausgeht, oder durch Vertrag (§ 2290), wirkt im Zweisel auch als Ausbedung der darin enthaltenen einseitigen Verfügung. Einen anders gearteten Willen des Erblassers hat zu beweisen, wer die fortdauernde Geltung der einseitigen Verfügung behauptet (vgl. auch § 2298 Abs 3). Beschränft sich der Rücktritt oder die Ausbedung auf eine einzelne vertragsmäßige Verfügung, so tritt Unwirksamkeit der übrigen einseitigen Verfügungen nur unter den Voraussehungen des § 2085 ein.

\$ 2300

Die für die Eröffnung eines Testaments geltenden Vorschriften der §§ 2259 bis 2263, 2273 finden auf den Erbvertrag entsprechende Anwendung¹), die Vorschriften des § 2273 Sat 2, 3 jedoch nur dann, wenn sich der Erbvertrag in besonderer amtlicher Verwahrung befindet²).

E I 1945 Sah 8 II 2166; M 5 819; B 5 881, 882, 459.

1. Entsprechende Anwendung von § 2259: Pflicht zur Ablieferung des urschriftlichen Erbertrags an das Nachlaßgericht (NGJ 36 A 91). Sie kann von den Beteiligten durch Alage erwungen werden (NG Barn 1913 Rr 248), trifft auch die Notare, und zwar ohne Unterschied, ob sich der Bertrag offen oder verschlossen die ihnen in gewöhnlicher oder in besonderer antlicher Berwahrung befindet. Auch dann, wenn der Vertrag vor 1. 1. 00 errichtet, der eine oder der andere Erblasser nach diesem Zeitpunkt verstorden ist (NG 48, 96). Ob der abgelieserte Bertrag bei dem Nachlaßgericht zu verbleiben hat oder dem Notar nach geschehener Eröffnung zurückzugeben ist, bestimmt sich nach Landesrecht (§ 2259 U 4). § 2260: Ersöffnungstermin und Verkündung durch das Nachlaßgerichts gegen verweigerte Übersendung der Urchrift KUJ 37 A 127. § 2262: Benachrichtigung der nicht erschienenen Beteiligten. § 2263: Nichtigkeit des Eröffnungsverbots. Das Necht auf Einsicht und Erteilung von Abschriften steht den Interessenten zu (NG 53, 393), zwar nicht auf Ernlicht und Erteilung von Abschriften setzt den Interessenten Setzt des nicht mit angezogenen § 2264, wohl aber nach Feld § 34.

2. Die Verfügungen des überlebenden Vertragschließenden sind, soweit sie sich sondern lassen, nach § 2273 Sat 1 nicht zu verkünden. Es bedarf aber keiner Abschrift von den Verfügungen des Erstverstorbenen und keiner neuen amtlichen Verwahrung (§ 2273 Sat 2, 3), wenn der Erbvertrag gemäß § 2277 A 8/4 von vornherein nur in gewöhnliche amtliche Ver-

wahrung genommen war.

§ 2301

Auf ein Schenkungsversprechen, welches unter der Bedingung erteilt wird, daß der Beschenkte den Schenker überlebt¹), sinden die Vorschriften über Verfügungen von Todes wegen Anwendung²). Das gleiche gilt für ein schenkweise unter dieser Bedingung erteiltes Schuldversprechen oder Schuldanerkenntnis der in den §§ 780, 781 bezeichneten Art³).

Vollzieht der Schenter die Schentung durch Leiftung des zugewendeten Gegenstandes4), fo finden die Borfchriften über Schentungen unter Lebenden

Unwendung5).

E I 1963 II 2167; M 5 350-352; B 5 460-462.

1. Schenkung von Todes wegen. Das Schenkungsversprechen steht im Gegenstau der vollzogenen Schenkung des Abs 2. Der bloß Bersprechende will nicht, daß der Gegenskand der Schenkung seht schon aus seinem Bermögen ausschiede. Will er aber seht schon dem Beschenkten oder seinem Erben endgültig zur Leistung verpstäcktet sein, so handelt es sich sediglich um Schenkung unter Lebenden, auch dann, wenn die Erfüllung dis nach dem Tode des Schenkers hinausgeschoben ist; es kommt mithin nur § 518 zur Anwendung (MG 53, 296; 9. 11. 21 V 23/21). Anders dagegen, wenn der Schenker an sein Bersprechen nur unter der ausdrücklich erklärten oder sich aus den Umständen ergebenden Bedingung gebunden sein will, daß ihn der Beschenkte überlebt (was auch mit Beschränkung auf den Fall bedungen werden kann, daß der Schenker in einer bestimmten Lebensgescher umkommt). Der Eintritt gerade dieser Bedingung (des Erlebens des Todes des Schenkers durch den Beschenkten) bildet nach §§ 1923, 2074, 2160 die allgemeine Boraussehung einer Juwendung von Todes wegen. Deshalb sind nach solgerichtiger Vorschrift auch die hiersür geltenden Formen zu beobachten (M 2). Die Form des § 518 U 2 (gerichtliche oder notarielse Beurkundung) genügt nicht.

Bon dem gegenüber dem Begünstigten abgegebenen Schenkungsversprechen von Todes wegen ist der Fall zu unterscheden, daß jemand als Dritter durch einen zwischen zwei anderen Bersonen geschlossenen Bertrag in der Beise begünstigt wird, daß an ihn eine Leistung nach dem Tode dessenigen erfolgen soll, welchem sie versprochen wird. Aus einem derartigen Bertrag zugunsten eines Dritten, z. B. aus der Vereindarung mit einer Bank oder Sparkasse, daße, daß eine bereits früher oder gleichzeitig eingelegte Gesbsumme nach dem Tode des Sinsegers an den Dritten ausgezahlt werden soll, kann der Dritte gemäß §§ 828, 831 mit dem Todessfall unmittelbar das Necht erwerden, die Leistung zu fordern. Auch eine solche Zuwendung kommt in ihrem Endziel einer Bersügung von Todes wegen nahe, hat aber die Eigentümslichkeit, daß sich Gusewendete mit dem Tode des Versügenden von seinem Vermögen trennt und nicht zu seinem Nachlasse geschört. Die Form der Versügungen von Todes wegen oder überhaupt eine Form ist sür desehnen sehnen fallen gelassen sind.

- 2. Nach den Vorschriften über **Berfügungen von Todes wegen** gestaltet sich das Schenkungsversprechen, je nachdem das ganze Bermögen oder nur einzelne Vegenstände zugewendet werden, als Erbeinsetung oder Bermächtnis. Der Entiv I § 1963 erklärte den gemäß "die Borschriften über den Erbeinsetungsvertrag oder den Vermächtnisvertrag" für anwendbar. Dadurch, daß an die Stelle dieser Borte die Borte "Vorschriften über Verfügungen von Todes wegen" gesetzt sind, sollte nach Prot 5, 461 seine sechschriften über Verfügungen von Todes wegen" gesetzt sind, sollte nach Prot 5, 461 seine sechschriften über Werfügungen von Todes wegen entspricht die Stellung des § 2301 in dem Abschriften über verag". Einem einseitigen Schenkungsversprechen legt das Gesetz hier ebensoweng wie in den §§ 516ff. rechtliche Vedeutung versprechen legt das Gesetz hier ebensoweng wie in den §§ 516ff. rechtliche Vedeutung versprechen von Todes wegen nur dei Einhaltung der für den Erbvertrag gestenden Borschriften bindend. Anders in einer beiläusigen Bemerkung **NG** (7. 3S) 83, 227 und die früheren Auflagen dieses Kommentars, von denen ein einseitiges Schenkungsversprechen in Testamentsform augelassen wird. Das sam nur in dem Sinne aufrechterhalten werden, daß eine in Testamentsform abgegedene Erklärung, mit der den Worten nach eine "Schenkung" von Todes wegen gemacht ist, in Zweiselsfällen (§ 2084 1) als eine sehtwillige Versügung zur Geltung gebracht werden sam (**NG** L3 1924, 1622). Ein Viderruf des Schenkungsversprechens von Todes wegen nach §§ 530ff. sindet nicht siatt; es gesten lediglich die §§ 2290ff., 2298ff. über Aushebung und Rücktritt vom Erbvertrag.
- 3. Entsprechend § 518 Ubs 1 Sat 2 sind bas Schuldversprechen (§ 780) und bas Schuldsanerkenntnis (§ 781) unter die gleichen Vorschriften gestellt, wenn der abstratte Vertrag eine Schenkung zum Nechtsgrunde hat und durch das Überleben des Beschenkten bedingt ist.

- 4. Die Schentung ift bollzogen burch Bewirfung ber versprochenen oder ber im Schulb. versprechen ober Schuldanerkenntnis übernommenen Leiftung (f. § 518 21 4). Biergu genuat weder die Übergabe bes Schenfungsgegenstandes an einen Boten, der die Cacje erft nach dem Tode des Schenfers dem Beschenkten überbringt (98 83, 223), oder ein entsprechender, erft nich dem Tode des Schenkers ausgeführter Auftrag (RG Recht 1924 Nr 169) noch die bloge Ubergabe eines Schuldscheins an ben Beschenkten, fei es auch mit ber Ermachtigung, ben Schenkungegegenstand nach bem Tobe bes Schenkers von dem britten Schuldner in Empfang gu nehmen (90 320 04, 3372), noch der Bermert auf einem vom Beschenkten ausgestellten Schuld. Schein, ber Schein werbe mit dem Tode des Erblaffers ungultig (HG Barn 08 Nr 302), noch die Bollmacht, bas Baniguthaben bes Schenfere im Falle feines Tobes abzuheben, jetoft wenn fie mit ber Erflärung erteilt wird, bas Gelb folle bem Bevollmächtigten gehören (96 28 1919, 692°). Dagegen genügt Abtretung des Herausgabeauspruchs gemäß § 931 (KG Wain 09 Rr 33). Ebenso Übergabe eines Sparkassenbuchs im Sinne der Abtretung des Sparkassen. guthabens (RG Grud) 50, 651; Warn 1915 Rr 142); eine folche Abtretung an ben von Todes wegen zu Beschenkenben tann auch darin gefunden werden, daß ihm ein an die Spartaffenverwaltung gerichtetes Ersuchen um Umschreibung des Guthabens übergeben wird (RG 23. 6. 19 IV 108/19). Ein schenkweise erfolgender Schulderlaß (§ 397) trägt auch dann, wenn er an die Bedingung gefnüpft ift, daß der Schuldner ben Glaubiger überlebt, die Bollziehung ber Schenkung in fich (916 53, 294; Warn 1921 Rr 95). Überall macht es feiren Unterschied, ob die Leiftung gleichzeitig mit der Schentung ober erft hinterber, mit ber Ablicht, bas vorausgegangene Schenkungsversprechen zu erfullen, bewirtt wird (NB Barn 1913 Mr 249; 1915 Mr 142).
- 5. Nach den **Borschriften über Schenkungen unter Lebenden** (§ 518 Abs 2) macht die Vollziehung der Schenkung zugleich die Beobachtung der Form überstüssig. Damit entfällt auch die Form der Verfügung von Todes wegen. Der Vorbehalt des Widerrussissist auch dei der vollzogenen Schenkung zusässig. Im übrigen bestimmt sich der Widerrussissist auch dei der vollzogenen Schenkung von Todes wegen sehr unter der Bedingung des Uberlebens des Beschenkten (RC Warn 1921 Kr 95). Sie wird regelmäßig als aufsosende auszusassissischen sein, in dem Sinne, daß die Schenkung nut dem früheren Tode des Beschenkten an den Schenker zurückfallen soll. Sie kann aber auch aufschiedend gewollt sein (§ 158). Anrechnung der Schenkung auf den Psichteil § 2315; Ersgänzung des Psichteils § 2325. Im Erbschaftskeuerrecht wird die Schenkung von Todes wegen, wenn sie unter Lebenden vollzogen ist, als Schenkung, sonst als Erwerd von Todes wegen behandelt (Erbschess in der Fassung v. 22. 8. 25 §§ 1, 2 Vbs 1 Kr 3, § 3).

§ 2302

Gin Bertrag, burch ben sich jemand berpflichtet, eine Berfügung bon Tobes wegen zu errichten ober nicht zu errichten, aufzuheben ober nicht aufzuheben, ift nichtig1).

& I 1754 H 2168; M 5 8; B 5 5, 462,

1. Das Gesch kennt zwar eine erbrechtliche Bindung des Erblassers durch Erbvertrag (§ 2278 A 1) und im Falle des § 2271 Abs 2 durch Errichtung eines gemeinschaftlichen Testaments, erklärt aber darüber hinaus zur Wahrung völliger Testiersreiheit jede vertragsmäßige Beschränfung des Erblassers in Beziehung auf Verfügungen von Todes wegen (§ 1937 A 1) für nichtig. Dies gilt auch von Beschränfungen, zu denen sich der Erblasser unter dem älteren Nechte verpslichtet hatte (NG 75, 34; KG JNdsch 1927 Nr 246). Diese von jedermann geltend zu machende Nichtigkeit ergreist auch etwa bedungene Vertragsstrassen (§ 344). Seensowenig begründet der Bruch solchen nichtigen Vertrags eine Schadensersatzschlicht (NG 28 4 27 IV 579/26). Auch im Erbvertrage können die Vertragsschen auf das Necht der Ausschung gemäß §\$ 2290—2292 oder des Käcktritts gemäß §\$ 2294, 2295 nicht wirksam verzichten. Die Verpslichtung, keine Verfügung von Todes wegen zu errichten, sam schon nach § 2278 Abl 2 nicht vertragsmäßig eingegangen werden. Sie wäre nur zu halten, wenn sie sitere Verfügung von Todes wegen nicht aufzuheben, wäre nur wirksam, wenn diese Kerfügung, eine Erbeinsetzung der geschlichen Erben umdeuten läßt. Die Verpslichtung, eine ältere Verfügung von Todes wegen nicht aufzuheben, wäre nur wirksam, wenn diese Kerfügung, einen dem § 2278 Abl 2 entsprechenden Inhalt (Erbeinsehung, Vermächtnis, Aussage) vorauszgescht, inhaltlich oder in überreichter Urschrift auf dem Wege des § 2238 (vgl. § 2276 A 2) zum Bestandteil des Erbvertrags gemacht würde. Die bloße Vezugnahme auf eine ältere Verfügung kann schon wegen Unzulässischt des mystischen Testaments nicht genügen (§ 2086 A 1). Noch weniger kann sich der Erblasset des mystischen Selbster Verfügungen von der Einhaltung selbst gesetzt Formen abhängig machen (derogatorische Klausel § 2253 A 1). Bei Richts

beobachtung dieser Formen kann jedoch der Zweifel entstehen, ob die errichtete Verzugung

von Todes wegen als fertige und gultige gewollt sei.

Ist eine Bedenkung durch lettwillige Verfügung als Vergütung für Dienstleistungen ob. dgl. versprochen, so kann in Frage kommen, ob das Versprochen ausschließlich diese Bedenkung zum Gegenstande hatte und beshalb nach der vorliegenden Borschrift nichtig ist oder ob die Bergütung in allgemeiner Beise versprochen wurde und die in Aussicht gestellte lettwillige Berfügung nur den Gegenstand einer unschädlichen Nebenabrede über die Art der Erfüllung bildet (986 18. 5. 16 VI 32/16).

Fünfter Abschnitt

Pflichtteil

Das BGB gibt auch den nächsten Angehörigen kein Recht darauf, Erbe zu werden, kennt also kein formelles Noterbrecht. Es gewährt aber den Abkömmlingen, den Eltern und dem Chegatten des Erblassers ein materielles Pflichtteilsrecht auf den halben Geldwert des gesetzlichen Erbteils. Dieses Necht ist verschieden ausgestaltet, je nachdem der Pflichtteilsberechtigte gang von der Erbfolge ausgeschlossen (§ 2308), auf einen hinter der hälfte des gesetlichen Erbteils zurüchleibenden oder auf einen beschränkten oder beschwerten Erbteil eingesett (§§ 2305, 2306) oder mit einem Bermächtnisse bedacht ist (§ 2307). Im Falle des § 2306 Abs 1 Sat 1 wird das Pflichtteilsrecht unmittelbar dadurch gewahrt, daß die Beschränkungen per Polichmerungen des dem Aksischteil vielt überkeinen Gekanlichteilsrecht und ober Beschwerungen bes ben Pflichtteil nicht übersteigenden Erbteils als nicht angeordnet gelten. Sonst entspringt aus dem Pflichtteilsrecht ein persönlicher Anspruch auf eine Geldzahlung. Unter Umständen (§ 2306 Abs 1 Sah 2, § 2307) nuß der Pflichtteilsberechtigte das ihm Zugewendete ausschlagen, um den Pflichteilsberechtigte Ausschlagung § 2308. Das Pflichtteilsrecht nachrückenber Abkömmlinge und der Estern wird burch bassenige des weggefallenen Vorberechtigten beeinflußt (§ 2309). Die Erundsätze über bie Berechnung des Pflichtteils sind in §§ 2310—2813, mit Rücksicht auf die Ausgleichungspflicht unter Abkömmlingen in § 2316 enthalten. Sie verwickeln sich, wenn zugleich nach § 2315 die Anrechnung einer unter Lebenden gemachten Zuwendung auf den Pflichtteil angeordnet ist. Schuldner des Pflichtteilsanspruchs (§ 2317) ist grundschift der Erbe, der nach § 2314 auch auskunstspflichtig ist. Er kann aber nach näherer Vorschrift der §§ 2318 bis 2324 durch entsprechende Kürzungen auch Vermächtnisnehmer und Auflagenbeteiligte zur Tragung der Pflichtteilstaft mit heranziehen. Als außerordentliches, wiewohl mit in den Rahmen des Pflichtteilsauspruchs fallendes Nechtsmittel steht endlich dem durch Schenfungen unter Lebenden verkürzten Pflichtteilsberechtigten nach §§ 2825—2831 der Anspruch auf Ergänzung des Pflichtteils (querela inofficiosae donationis) grundsätlich gegen den Erben, ausnahmsweise auch unmittelbar gegen den Beschenkten zu (§ 2329). Verjährung des Pflichtteilsanspruchs § 2332. Entziehung des Pflichtteils nur unter den Voraussehungen der §§ 2333—2337. Enterbung in guter Absicht § 2338. Ausslegungsregel über die Bebeutung einer letztwilligen Zuwendung des Pflichtteils § 2304.

Aber den Unterschied zwischen Pflichtteilsrecht und Pflichtteilsanspruch vol. § 2317 A 1, 4; ihrer die Ausgerung dieses Answerdung des Pflichtteilsrecht und Pflichtteilsanspruch vol. § 2317 A 1, 4;

über die Aufwertung dieses Anspruchs § 2317 A 2.

S 2303

Ist ein Abkömmling1) des Erblassers durch Berfügung von Todes wegen bon der Erbfolge ausgeschlossen2), so tann er von dem Erben den Pflichtteil berlangen3). Der Pflichtteil besteht in ber Sälfte bes Wertes des gesetlichen Erbteils4).

Das gleiche Recht steht den Eltern und dem Chegatten des Erblassers zu, wenn sie durch Berfügung bon Todes wegen von der Erbfolge ausgeschlossen sind1).

E I 1975 Abi 1, 1976 Abi 2, 1978; M 5 882—391; B 5 497—500.

1. Das Pflichtteilsrecht steht nur zu ben Abtömmlingen (§ 1924 A 2, beim Zusammentreffen mit der märkischen Witwe AG 65, 249), den Eltern (§ 1925 A 2, beim Zusammentreffen mit dem überlebenden Ehegatten, der in westfälischer Gütergemeinschaft gelebt hat, AG 82, 264) und dem Ehegatten (§§ 1931—1933), nicht auch den Geschwissern, Voreltern und sonstigen Berwandten bes Erblassers. Beschränkung der entsernteren Abkömmlinge und der Eltern § 2309, Voraus des Ehegatten § 2311 A 2. Absindung des unehelichen Kindes mit dem Pflichtteilsbetrage burch den Erben bes Vaters § 1712 Abf 2.

2. Voraussetzung des hier gegebenen Anspruchs auf den vollen Pflichtteil ift, daß der Pflichtteilsberechtigte durch Versigung von Todes wegen von der Erbsolge ausgeschlossen worden ist. Und zwar von jeder, nicht bloß von der gesetzlichen Erbsolge, sei es positiv durch die Zuwendung des ganzen Nachlasses an andere als Erben, sei es negativ durch die Andronung, daß er nicht Erbe sein solle (§ 1938). Ist ein zur Zeit des Erbsalls vorhandener Pflichtteilsberechtigter unabsichtlich übergangen, so kann er nach §§ 2079, 2281 Abs 1 die Versägung von Todes wegen ansechten und sich damit das volle gesetzliche Erbrecht verschaffen.

3. Der ausgeschlossen Pflichtreilsberechtigte erwirbt nut dem Erbfall als Nachlaßgläubiger (§ 1967 A 4) den ordentlichen Pflichtreilsanspruch auf eine der Halfte seines gesetzlichen Erbeilis gleichkommende Geldsumme als persönlichen Anspruch gegen den Erben (§ 2317); bei Vor und Nacherbfolge kann er die zum Eintritt des Nacherbfalls nur den Vorerben, nicht auch gleichzeitig den Nacherben belangen (NC 113, 50). Daneben steht ihm nach § 2325—2331 als außerordentliches Rechtsmittel der Ergänzungsanspruch zu, soweit der Nachlaß innerhalb der letzten 10 Jahre vor dem Erbfall durch Schenkungen vermindert worden ist. Ift der Pflichteilsberechtigte als Erbe eingesetzt, so vernindert sich der Pflichteilsberechtigte erwichten der Pflichteilsberechtigten der Pflichteilsberechtig

4. Der Pflichtteil ist regelmäßig nicht selbst Erbteil, sondern bemißt sich nur wirtschaftlich und aissermäßig nach der Hackles Bestes des gretzlichen Erbteils. Dieser "Erbteil" ist identisch mit dem ganzen Rachlaß, wenn der Pflichtteilsberechtigte der einzige gesetzliche Erbe sein würde. Berechnungsgrundsätze §§ 2311 ff. Und zwar ist der Erbteil zugrunde zu legen, der dem betreffenden Pflichtteilsberechtigten gedührt hätte, wenn er im Augenblick des Erbfalls aus eigenem Nechte gesetzlicher Erbe des betreffenden Erblassers geworden wäre, sei es auch, daß ihm vorgehende Pflichtteilsberechtigte erst nach dem Erbfall weggefallen ind (val aber auch §§ 2309, 2310). Berzicht auf den Pflichtteils § 2346 Abs 2, Entziehung des Pflichtteils §§ 2333—2337. Auswertung des Pflichtteilsanspruchs § 2317 A 2.

§ 2304

Die Zuwendung des Pflichtteils ist im Zweifel nicht als Erbeinsetzung anzusehen.1).

E I 1977 II 2170; Dl 5 891; B 5 499, 500.

1. Andlegunasregel, wonach die Zuwendung des Pflichtteils dem Bedachten im Zweisel nicht die Erbenstellung (§ 2087), sondern nur ein Forderungsrecht gegen den Nachlaß (§ 2317) verschaffen will. Di ihm dies Forderungsrecht schlechthin, oder als Gegenstand eines Vermächtnisses aufonnnen soll, so daß § 2307 und auf die Versährung des Anspruchs nicht § 2332, sondern §§ 195, 198 anwendbar wären, ist ebenfalls Auslegungsfrage, deren Entscheidung davon abhängt, ob der Erblasser wollte, auf das er keinen unentziehdaren geschlichen Anspruch habe; haben Eltern ein Kind für den Fall, daß es die von ihnen mit Bezug auf seinen Erbteil getroffene Regelung nicht anerkennen würde, auf den Pflichteilsanspruch zu sinden (RG 113, 237; DCG 44, 106). Auch die Einsehung des Pflichteilsberechtigten zum "Erben" ichließt die Annahme nicht aus, daß er gleichwohl nur ein Forderungsrecht haben soll, falls dies nach den zu § 2084 Al 2 dargelegten Auslegungsgrundsähen als der wahre, wenngleich unvollkommen ausgedrückte Wille des Erblassers ermittelt werden kann (RG Warn 1918 Rr 428, 1914 Rr 220). Den Beweiß, daß Erbeinsehung gewollt sei, hat zu führen, wer daraus Rechte herleitet. 3. B. der Gläubiger, der den Pflichteilsberechtigten wegen einer Nachlaßverbindlichteit in Auspruch nimmt.

§ 2305

Ist einem Pflichtteilsberechtigten ein Erbteil hinterlassen, der geringer ist als die Hälfte des gesetzlichen Erbteils1), so kann der Pflichtteilsberechtigte von den Miterben als Pflichtteil den Wert des an der Hälfte sehlenden Teiles verlangen2).

E I 1979 II 2171; M 5 891, 892; B 5 500-503.

1. Vorausgesett ift, daß der Pflichtteilsberechtigte durch Verfügung von Todes wegen oder fraft der insoweit unberlihrt gebliebenen gesetzlichen Erbsolge zwar als Erbe berusen, gleichwohl aber im Pflichtteil geschmälert ist, set es, daß er ausdrücklich auf weniger als die Hälfte des gesetzlichen Erbteils eingesetzt ist, oder daß ihm insolge der sonstigen Ver-

gebungen bes Nachlasses nicht einmal biese Sälfte verbleibt. Ist er als Vermächtnisnehmer bedacht, so gilt § 2307, im Falle der Beeinträchtigung des hinterlassenen Erbteils durch Be-

schränkungen und Beschwerungen § 2306.

2. Der Bedachte bleibt jedenfalls Erbe zu dem ihm zugewendeten Bruchteil der Erbschaft. Daneben steht ihm, insoweit als Nachlaßgläubiger, der Geldanspruch des § 2817 auf den Fehlbetrag zu, der sich als Unterschied zwischen Schätzungswerte des ihm ausgesetzen und der Hälte des gesetzlichen Erbteils ergibt. Auf diesen Geldanspruch bleibt er auch dann beschränkt, wenn er als Erbe ausschlagen sollte (NG 93, 9; 113, 48). Namentlich ist er in diesem Falle nicht derechtigt, etwa den vollen gestlichen Erbteil (§ 1948 A 1) oder auch nur den vollen Pflichtteilsanspruch geltend zu machen. Auch der so beschränkte Pflichtteilsanspruch verbindlichkeit und ist gemäß § 2046 bei der Pflichtteilsanspruch versänzung zu erledigen, an der ja der Pflichtteilsberechtigte als Miterbe gleichfalls teilnimmt. Beschränkte Haftung der übrigen Erden § 2063 A 2, Pflichtteilsalf § 2819. Bon einer "Ergänzung" des Pflichtteils im technischen Sinne spricht das Geseh nur, wenn eine Beeinträchtigung durch Schenkung unter Lebenden eingetreten ist (§§ 2825 sf.).

§ 2306

Ift ein als Erbe berufener Pflichtteilsberechtigter¹) durch die Einsetzung eines Nacherben, die Ernennung eines Testamentsvollstreckers oder eine Teilungsanordnung beschränkt oder ist er mit einem Vermächtnis oder einer Auflage beschwert²), so gilt die Beschränkung oder die Beschwerung als nicht angeordnet, wenn der ihm hinterlassene Erbteil die Hälfte des gesetzlichen Erbteils nicht übersteigt³). Ist der hinterlassene Erbteil größer, so tann der Pflichtteilsberechtigte den Pflichtteil verlangen, wenn er den Erbteil ansichlägt⁴); die Ausschlagungsfrist beginnt erst, wenn der Pflichtteilsberechtigte von der Beschwerung Nenntnis erlangt⁵).

Giner Beschräntung der Erbeinsetzung fteht es gleich, wenn der Bflicht-

teilsberechtigte als Nacherbe eingesett ift6).

⊕ I 1981 Ubf 1 Sah 1, Ubf 2, 2084 Ubf 1 II 2172; W 5 894—399, 504, 505; B 5 508—510, 514—516, 627; 6 354.

- 1. Wie im Falle des § 2305 ist vorausgesetzt, daß der Pflichtteilsberechtigte als Erbe berufen ist. Seine Berufung kann auch hier entweder auf Verfügung von Todes wegen oder darauf beruhen, daß insoweit gesetzliche Erbsolze eintritt (NG Necht 1924 Nr 1002; 12. 1. 25 IV 480/24). Ist er mit einem Vermächtnis bedacht, so gilt § 2307.
- 2. Beschräntungen und Beschwerungen des dem Pflichtteilsberechtigten ausgesetzten Erbteils werden vom Geset verschieden behandelt, je nachdem dieser Erbteil, d. h. die Erdquote ohne Rücklicht auf den durch die Beschränkungen oder Beschwerungen geminderten Wert des Hinterlassenen (KG 93, 8; Seuffu 74 Nr 107; ZB 1925, 35912 sowie NHO, 3, 63, 63), größer ist als die Hälfte des gesetzlichen Erbteils oder diese nicht übersteigt (ihr gleichsommt oder dahinter zurückbeibt). Das Geseth hat dabei nur den Regessall des § 2308 Ubs 1 Sat 2 im Auge. Ist der Pflichtteil, weil eine Anrechnung (§ 2315) oder Ausgleichung (§ 2316) oder beides statzgeschahe hat, größer oder geringer als die Hälfte des gesetzlichen Erbteils, so ist an deren Stelle der rechnerssiche Beirag des Pflichtteils in dem Sinne maßgebend, daß der Wert, den der Berechtigte unter Berücksichtigt und er Anrechnung und Ausgleichung als Pflichtteil erhalten nürde, zu vergleichen ist wie Mohvert des hinterlassenen Erbteils, ohne Ausgug der Beschränkungen und Beschwerungen (KG 93, 3; 113, 48; Mecht 1925 Nr 462). Als Beschränkungen und Beschwerungen (KG 93, 3; 113, 48; Mecht 1925 Nr 462). Als Beschränkungen berusenen Pflichtteilsberechtigten (§ 2100). So insbesondere, wenn der überlebende Esezate als Vorerbe, die Kinder als Nacherben berusen sind. Dagegen kommt § 2306 nicht in Frage, wenn die Kinder durch gemeinschaftliches Testament nach dem Überlebenden schlechthin als Erben des gesanten beiderseitigen Nachsassische dernsen und dem Überlebenden schlecht den Krinder durch gemeinschaftliches Testament nach dem Überlebenden schlecht den Krinder durch gemeinschaftliches Testament nach dem Überlebenden schlecht den Krinder der Krinder der Kristelsberechtigte elbst als Nacherbe eingesetzt ist, behandelt Abs diesem Nachsasse eingesetzt ist, behandelt Abs diesem Rachsasser vollstreders. Sie beschränkt den Erben sowiellen der Krinderissberechtigte soutschiegenden Gegenstand nicht verfügen kann (§ 2211). C. Teilungsanordnungen Laubendungen unter Lebenden anrechnen zu alssei

der §§ 2315, 2316 nicht zu bulben braucht (986 67, 309; 113, 46). Die Aufgahlung ber für den Bflichtteilsberechtigten nicht verbindlichen Beschrantungen ift erschöpfend. Es gehoren deshalb nicht hierher die fog. familienrechtlichen Anordnungen, g. B. Bestimmung bes Pflichtteils zum Vorbehaltsgut §§ 1369, 1638 u. bgl. Ebensowenig die Erbeinsetung unter einer aufschiebenden Bedingung. Für den maßgebenden Beitpunkt des Erbfalls (§ 2317) ist der so Bedachte jedenfalls ausgeschlossen. Ob ihm auch nur die Nacherben-stellung gemäß § 2105 zukommt, bleibt ungewiß. Er ist deshalb auch nicht im Sinne von Abf 2, d. h. unbedingt ale Racherbe eingesett (a. M. Ripp § 132 A 10). Daraus folgt, daß er sogleich ben Pflichtteil fordern tann, ohne gur Muschlagung genötigt gu fein. Mimmt er aber nach Gintritt ber Bedingung ben Erbteil an, fo versteht fich von felbft, daß er fich ben bereits empfangenen Bilichtteil hierauf anrechnen zu laffen oder ihn gurudzugeben hat. Dasselbe gilt, wenn der Pflichtteilsberechtigte nur jum Ersaperben berufen ist (§ 2096). War der Erblasser nach §§ 2333ff. zur Entziehung des Pflichtteils berechtigt, hat er aber statt bessen in ben Formen des § 2306 Beschränfungen und Beschwerungen des Bilichtteilsberechtigten angeordnet, oder hat er unter den Voraussehungen des § 2338 in guter Absicht versügt, so kann sich der Bedachte hiervon nicht durch Berufung auf § 2306 bestreien. Beschräntungen usw. die sich vor dem Erbfall oder durch Ausschlagung des Bedachten mit Wirtung auf die Zeit bes Erbfalls weggefallen find (§§ 1953 Ubf 1, 2180 Ubf 3), tommen überhaupt nicht in Betracht, ber nachträgliche Begfall tann aber ben Pflichtteilserben berechtigen, gemäß § 2308 bie Ausschlagung bes Erbteils anzusechten. Ift er unbeschränft und unbeschwert gerade auf den Pflichtteil als Erbe eingesett, jo tann er nicht ausschlagen und ftatt delfen den Pflichtteilsanspruch als Nachlaßgläubiger geltend machen (§ 2305 A 2).

3. Ift der ausgesehte Erbteil geringer als ber Pflichtteil oder gleich bem Pflichtteil (A 2 a. A.), fo fallen bie ber Erbeinsetung binzugefügten Beschräntungen und Beschwerungen im Berhaltnis ju bem Bflichtteilsberechtigten fraft Gesches weg (RG 328 1911, 3700). Die Darlegung von Martin Wolff (Gruch 67, 261), daß sich der Pflichtteilserbe die Freiheit von den angeordneten Beschränkungen und Beschwerungen nicht aufdrängen zu laffen brauche, erscheint mit bem geltenden Gesetz unvereinbar. Anders liegt es, wenn der Erblasser den Pflichtteilsberechtigten ausdrücklich vor die Wahl gestellt hatte, unter gewissen Be-schränkungen oder Beschwerungen Pflichtteilserbe oder nur gewöhnlicher Pflichtteilsgläubiger ju werben. Schlägt er in biesem Falle nicht rechtzeitig aus, fo bleibt er, obwohl nur Pflicht-teilserbe, auch an bie binzugefügten Beschräntungen gebunden (RG Barn 1913 Rt 250). Bon diesem Falle abgeschen, bleibt ihm, wenn der Erbteil noch hinter dem Pflichtteil guruckbleibt, ber Anspruch auf Bervollständigung nach § 2305; auch bei Ausschlagung bes Erbteils hat er nur diesen Anspruch, nicht den Anspruch auf den vollen Pflichtteil (96 93, 3; 113, 48). Schlägt er aus, fo fonunt bem nach § 2161 nachrudenden Beschwerten § 2322 gugute. Die Beschränkungen usw., 3. B. eine Teilungsanordnung, baß sich der Pflichtteilsberechtigte eine unter Lebenden empfangene Zuwendung auf den Pflichtteil aurechnen zu lassen habe, sind auch dann zu streichen, wenn der Pflichtteilsberechtigte nicht als Erbe berufen, sondern von der Erbfolge ausgeschlossen und dadurch lediglich Nachlafiglänbiger auf ben Pflichtteilsanipruch geworben ift (916 67, 309).

4. Il ver Erbieil arößer als der Pilichteil (A 2 a. A.), so entsteht dem Erben das Wahlre dit, entweder den Erbieil auszuschlagen, sich hierdurch von alsen Beschräntungen usw. zu befreien und sich auf Geltendmachung des Forderungsrechts aus §§ 2303, 2317 zu beschränken, oder anzunehmen und sich damit den ihm auferlegten Beschräntungen usw. auf die Gesahr hin zu unterwersen, daß ihm darans eine Beeinträchtigung im Pilichteil erwächst, gegen die er sich nur im Nahmen der §§ 2318 ff. schüßen kann. Die Regelung entspricht dem Sachtande, wie wenn der Erblasser mit der gemeinrechtlichen cautela Sociai verfügt hatte. Auch heute noch kann der Erblasser in entsprechender Weise verfügen, auch außerhald des eigentslichen Pilichteilsrechts. So kann er anordnen, daß ein Ubtömmsung die Verwaltung seines Anteils an der fortgesetzen Gütergemeinschaft durch einen Dritten zu dulden habe, widrigenstalls sein Anteil auf die Hälte herabgescht sein solle (§ 1512); eine solche Anordnung hat zwar teine dingliche Wirfung, nötigt aber den Abkömmling, wenn er sich nicht mit der Halte begnügen will, ihr nachzukommen (NG 23 1915, 1657¹³). Bgl. auch über die Verwirfungsklansel § 2074 V 1. Ansechtung der Ausschlagung § 2308. — Verhältnis zu § 2338 s. dort V 3.

5. Die Ausichlagungsfrist beginnt regelmäßig mit erlangter Kenntnis von dem Erbanfall und dem Grunde der Berufung und nicht vor Verkündung der die Erbeinsetung enthaltenden Verfügung von Todes wegen (§ 1944 A 1—3). Diese allgemeinen Voraussetungen mussen auch gegeben sein, damit die Frist gegen den Pflichtteilserben zu laufen beginnt (NG 59, 341: Warn 1914 Ar 26). Fällt bei ihm mit der Kenntnis von jenen Umbeinnt (RG 59, ist warn 1914 Ar 26). Fällt bei ihm mit der Kenntnis von jenen Umständen die Kenntnis von der Beschräntung oder Veschwerung nicht zusammen, so wird zu seinen Gunsten der Fristbeginn auf solange hinausgeschoben. Daraus, daß ihm das Gesetze nach der Größe des Erbteils zwei verschiedenartige Rechtsbehelse an die Hand gibt, solgt ferner, daß ihm die Frist auch nicht eher laufen kann, als dis er davon Kenntnis erlangt, daß

350

ihm mehr als die Hälfte des gesetzlichen Erbteils hinterlassen ist. Ift er deshalb zwar als Erbe, aber auf Summen oder einzelne Gegenstände eingesetzt (§ 2087 U 2), so beginnt die Frist erst, wenn er das Wertsverhältnis der Zuwendung zum ganzen Nachlaß und damit den auf ihn entfallenen Bruchteil der Erbschaft zu übersehen vermag (NG 113, 48). Ist der Pflichteilserbe unmittelbar auf einen Bruchteil eingesetzt, so ist mit der Kenntnis dieses Bruchteils in der Kegel auch die Kenntnis davon gegeben, ob der hinterlassene Erbteil die Hälfte des gesetzlichen Erbteils übersteigt; auf die Kenntnis vom Bestande des Nachlasses kommtes dann nicht an. Von dieser Regel ist aber für die Fälle eine Ausnahme zu machen, in denen dei der Berechnung des Pflichtteils Aurechnungs oder Ausgeleichungspflichten zu berücksichten sind (U 2). In diesen Fällen beginnt die Ausschlagungsfrist erst, wenn der Pflichteilserbe weiß, ob sein Erbteil den ihm bei Berücksichtigung der geschlichen Aurechnungsoder Ausgleichungspflichten zukonnnenden Pflichteilsbetrag übersteigt (NG 113, 45; 12. 1. 25 IV 480/24).

6. If der Pflichtteilsberechtigte lediglich als Nacherbe eingesett und übersteigt dieser Nacherbteil nicht den Pflichtteil, so verwandelt sich die Nacherbeinsetung sogleich in die gewöhnliche Erbeinsetung und es gilt das A 3 Gesagte (NG 22. 11. 06 IV 186/06). If der Nacherbteil größer als der Pflichtteil, so hat er gemäß A 4 das Wahlrecht, od er die ihm angetragene Nacherbschaft annehmen, oder od er sie ausschlagen und statt dessen den Pflichtteil sordern will. Zur Erkärung hierüber ist er jedoch grundsässlich nicht vor Eintritt der Nacherbschge verpflichtet (§ 2142 A 1). Auch dieser Zeitpunkt setzt die Frist nicht in Lauf, solange er nicht Kenntnis von der in seiner Nacherbeinsetung liegenden Veschränkung erhalten hat (NG 59, 345). Freisich läuft ihm unabhängig hiervon die dreijährige Verjährungsfrist des Pflichtteilsanspruchs aus § 2332 Ubs 2, 3. Er ist also, wenn er sich den Pflichtteilsanspruch sichern will, der wiederum von der vorgängigen Ausschlagung der Nacherbschaft abhängig ist, schließlich doch genötigt, von der in § 2142 Ubs 1 ihm nur wahlweise nachgelassenen Ausschlagung unter Umständen bereits vor Eintritt der Nacherbsolge Gebrauch zu machen (NG a. a. D.).

§ 2307

Ist ein Pflichtteilsberechtigter mit einem Bermächtnisse bedacht, so kann er den Pflichtteil verlangen, wenn er das Bermächtnis ausschlägt¹). Schlägt er nicht aus, so steht ihm ein Recht auf den Pflichtteil nicht zu, soweit der Wert des Bermächtnisses reicht²); bei der Berechnung des Wertes bleiben Beschränkungen und Beschwerungen der im § 2306 bezeichneten Art außer Bestracht³).

Der mit dem Vermächtnisse beschwerte Erbe kann den Pslichtteilsberechtigten unter Bestimmung einer angemessenen Frist zur Erklärung über die Annahme des Vermächtnisses auffordern⁴). Mit dem Ablause der Frist gilt das Vermächtnis als ausgeschlagen, wenn nicht vorher die Annahme erklärt wird⁵).

E I 1980, 1982 II 2178; M 5 392-894, 399-401; B 5 508-506, 510, 511.

1. Der Pflichtteilsberechtigte ist niemals genötigt, sich wegen seines Pflichtteilsanspruchs in der Form des Vermächtnisses befriedigen zu lassen, gleichviel ob es dem Pflichtteil gleichstommt, oder ihn übersteigt oder dahinter zurückleibt (§ 2306 A 3, 4). Doch gehört zur Begründung des Pflichtteilsanspruchs, daß der Bedachte zuvor das Vermächtnis ausgeschlagen

hat (§ 2180).

2. Schlägt er aus, so steht ihm der Pflichtteilsanspruch in voller Höhe zu, wie wenn ihm nichts zugewendet wäre. Pflichtteilslast desjenigen, welchem die Ausschlagung zustatten kommt §§ 2321 ff. Ansechtung der Ausschlagung § 2308. Schlägt er nicht aus, so kann er, we im kalle des § 2305 A 2 neben dem Erbteil, so auch neben dem Vermächtnis, falls sein durch Schätung zu ermittelnder Wert hinter dem Pflichtteil zurückbleibt, Vervollständigung des Pflichtteils mit dem Geldanspruch des § 2317 fordern. Insoweit er sich das Vermächtnis auf den Pflichtteil anrechnen zu lassen hat, steht es nach NO § 226 Abs 3 dem Pflichtteils rechte aleich.

rechte gleich.

3. Beim Bermächtnis sind **Beschräntungen** im Sinne von § 2806 A 2 benkbar entsprechend der Nacherbeinsehung durch Anordnung eines Nachvermächtnisses nach § 2191. Ferner durch Ernennung eines Testamentsvollstreckers in Beziehung auf den Gegenstand des Bermächtnisses (§§ 2211, 2212) und zur Ausführung der dem Bermächtnissehmer aufselegten Beschwerungen (§ 2223). Auch Teilungsanordnungen können in Frage kommen. Beschwerungen in Form von Untervermächtnissen und dem Bermächtnissehmer gemachten Auflagen (§§ 2147, 2192). Alse derartigen Beschränkungen und Beschwerungen bleiben,

wenn der Pflichtteilsberechtigte nicht ausschlägt, abweichend von § 2306 A 3 auch dann für ihn bindend, wenn der Wert des Vermächtnisses den Pflichtteil nicht erreicht. Trohdem darf er die hieraus sich ergebenden Sindußen vom Werte des Vermächtnisses nicht absehen, kann insoweit auch vom Erben keine Vervollskändigung mit Histo des Pflichteilsauspruchs dersangen und geht unter Umständen leer aus, wenn ihm nach Erfüllung der auf dem Vermächtnis liegenden Veschwerungen nichts übrigbleibt (§ 2187). Die Annahme des Vermächtnisses anzusechten ist er nur nach den allgemeinen Grundsähen der §§ 119sf. derechtigt. Verstitungen und Veschwerungen der Vermächtniszuwendung gehören nicht zu den "Veschränkungen und Veschwerungen" im Sinne des Gesehes (§ 2306 A 2), soweit damit nicht ein Nachvermächtnis nach § 2191 angeordnet ist. Der Pflichtteilsberechtigte muß nach Sab 1 auch solche Vermächtnisse der heristet der bedingt, wenn er den vollen Pflichteil verlangen will. If das Vermächtnis aufschlagen, ber des Termins zur Erklärung nach Abs 2 aufgesordert werden. Vill er jedoch nicht ausschlagen, sondern sich vordehalten, neben dem Vermächtnis den Anspruch auf Vervollständigung des Pflichtteils zu erheben (A 2), so kann er durch die Kücksicht aus der Verlärung verden. Vernachtnis den Anspruch auf Vervollständigung des Pflichtteils zu erheben (A 2), so kann er durch die Kücksicht aus der deis Aremins die Annahme des noch schwedenden Vermächtnisse zu erklären und damit die Gesahr der völligen Vereitelung desseleben zu übernehmen.

4. Da beim Vermächtnis eine gesehliche Ausschlagungsfrift nicht läuft (§ 2180 U 1), so barf ber beschwerte Erbe — nicht ein etwa beschwerter Vermächtnisnehmer —, um sich Gewisheit darüber zu verschaffen, ob er das Vermächtnis ober den Pflichtteil zu leisten hat, dem Bedachten eine angemessen Frist zur Erklärung seben. Eine Form ist hierfür nicht vorgeschrieben. Mehrere Erden können die Frist nur gemeinschaftlich seben. Sie ist nicht angemessen, wenn sie früher abläuft, als eine Inventarfrist, die dem Erden selbst gemäß § 1994 auf Antrag des Pflichtteilsberechtigten bestimmt worden ist (NG Recht 08 Nr 350). Frist

setung bei aufschiebend befristeten und bedingten Bermächtniffen f. 2(3.

5. Fristablauf gilt als Ausschlagung mit der Wirfung A 1, auch ohne daß sie gemäß 2180 dem Beschwerten gegenüber erklärt worden ist. Ob in der Erhebung des Pflichtteils. anspruchs gegen den Erben, zumal wenn er mit dem Beschwerten identisch ist, zugleich die Ausschlagung enthalten sei, ist Tatfrage. Will der Bedachte das Vermächtnis fordern, so hat er zu deweisen, daß er noch vor Ablauf der gesehten (angemessenen) Trist angenommen habe. — It der Pflichtteilsberechtigte sowohl als Erbe eingesetzt wie als Vermächtnistnehmer bedacht, so hat er sich, wenn er das Vermächtnist nicht ausschlägt, sedenfalls dessen Wert auf den Pflichteil anrechnen zu lassen. Sei es, daß er den die Hilchteils dessenschlaß übersteigenden Erbteil ausschlägt (§ 2306 A 4) und nur den reinen Pflichtteilsanspruch erhebt. Sei es auch, daß er neben dem zu geringen Erbteil (§ 2306 A 3) bloß Vervollständigung des Pflichtteils fordert. Erlangt er auf diesem Wege den vollen Pflichteil, oder kommt der Erbteil von vornherein dem Pflicht, und macht er danlber hinaus noch das Vermächtnis gestend, so stellt er sich damit auf den Boden des mit mehr als dem Pflichteil bedachten Erben. Er sann deshald in diesem Falle nicht verlangen, daß dem Pflichteil beigesügten Beschränkungen und Beschwerungen gestrichen werden.

§ 2308

Hat ein Pflichtteilsberechtigter, der als Erbe ober als Bermächtnisenehmer in der im § 2306 bezeichneten Art beschränkt oder beschwert ift, die Erbschaft oder das Bermächtnis ausgeschlagen, so kann er die Ausschlagung ansechten, wenn die Beschränkung oder die Beschwerung zur Zeit der Ausschlagung weggesallen und der Begfall ihm nicht bekannt war¹).

Auf die Anfechtung der Ausschlagung eines Bermächtnisses sinden die für die Anfechtung der Ausschlagung einer Erbschaft geltenden Borschriften entsprechende Anwendung. Die Anfechtung ersolgt durch Erklärung gegen-

über dem Beschwerten2).

E I 2040 Api 1 II 2174; M 5 510-512; B 5 681; 6 819, 820, 828.

1. Die Kenntnis bes Pflichtteilsberechtigten von ben bem Erbteil ober bem Bermächtnis beigefügten Beschränkungen und Beschwerungen ist für Ausübung bes durch §§ 2306, 2307 ihm verliehenen Wahlrechts so wesentlich (so auch § 2306 A 5), daß ihm das Gesetz gestattet, bie Ausschlagung anzusechten nicht bloß unter den allgemeinen Boraussetzungen der §§ 119ff., sondern schon auf Grund der Tatsache, daß die Beschränkungen usw. Zur Zeit der Ausschlagung weggesallen und der Wegfall ihm nicht bekannt war. Hür beides ist der Ansechtende beweispflichtig. Die Ansechtung selbst vollzieht sich in den Formen und Fristen der

§§ 1954, 1955. Sie gilt nach § 1957 Abs 1 zugleich als Aunahme des Erbteils und hat demgemäß den Berlust des Pflichtteilsanspruchs zur Folge. Daraus folgt aber nicht, daß die Ansechung als Berzicht auf den Pflichtteil aufzusassen wäre und vormundschaftsgerichtliche Genehmigung nach § 1822 Kr 2 erforderte. Vielmehr handelt es sich sachlich nur um eine veränderte Ausübung des Wahlrechts. § 2308 spricht nur von Ansechtung der Ausschlagung. Ob auch eine irritmisch, d. h. in Unkenntnis angeordneter Beschräntungen uswerslätzte Annahme ansechtbar sic, ist nach § 119 zu beurteisen. Jedenfalls ist die Ansechtung sowohl der Ausschlagung als der Annahme ausgeschlossen, wenn sich der Bedachte nur über die Tragweite der Beschränfungen usw den verklätsichen Wert der Zuwendung getäusch hat (vgl. NG 103, 21). Waszebend für den Begfall der Beschränfung uswiselbst und der Kenntnis hiervon ist die Zeit der Ausschlagung. Ist sie erst nach dieser Zeitz. B. durch Ausschlagung eines Bedachten, Erbunvürdigseit, weggefallen, so sie Unsschlagung nicht gegeben, obschon der Wegfall nach §§ 1953 Abs 2, 2344 Abs 2 auf die Zeit des Erbfalls zurückdatiert wird.

2. Für Ansechtung der Vermächtnisausschlagung gelten sonst teine besonderen Bestimmungen. Die entsprechende Übernahme der für die Erbschaftsausschlagung geltenden Borschriften ergibt Unanwendbarkeit der §§ 1955 u. 1957 Abs 2, da an Stelle des Nachlaßgerichts der Beschwerte tritt. Die Ansechtung bedarf beshalb auch keiner Form. Ansechtbar ist auch die fingierte Ausschlagung des § 2307 A 5. — Bererbsichkeit des Ansechtungsrechts § 2317 A 2.

§ 2309

Entferntere Abkömmlinge und die Eltern des Erblassers sind insoweit⁴) nicht pflichtteilsberechtigt¹), als ein Abkömmling, der sie im Falle der geseilichen Erbsolge ausschließen würde²), den Pflichtteil verlangen kann³) oder das ihm Hinterlassene annimmt⁴).

E I 1983 II 2175; Dt 5 401-403; B 5 511-513.

1. Leitender Gedanke ist. "Demselben Stamme darf nicht zweimal ein Pflichtteil gewährt werden" (M 5, 401; Prot 5, 512). Jedoch besteit die Auszahlung des Pflichtteils an ein underechtigtes Stammesmitzlied nicht von der Verpflichtung zur Zahlung an den Verchtigten (NG 93, 193). Das Rachrieden entfernterer Abkömmlinge und der Eltern des Erblasser in die Stellung des nächsten Pflichtteilsderechtigten (§ 2303 A 4) soll nicht zur Erhöhung der Aflichtteilsalf führen. Anderseits kommt es dem Erben und nicht den entfernteren Verechtigten zugute, wenn der nächste Verechtigte von seinem Pflichtteilsrechte nicht oder nicht rechtzeitig Gebrauch macht. Das selbständige Pflichtteilsrecht des Ehegatten (§ 2303 A 1) wird hiervon nicht berührt. Der entferntere Verechtigte (E) kommt hier nur in der Eigenschaft eines Pflichtteilsberechtigten aus eigenem Rechte in Vertacht. Es ist also vorauszesehrt, daß er an sich unmittelbar zur gesehlichen Erbsolge als Ubkömmsting oder Etterneil berufen ware, aber im Einzelfalle durch Verfügungen von Todes wegen von der Erbschaft auszelchossen wäre, aber im Einzelfalle durch Verfügungen von Todes wegen von der Erbschaft ausgeschossen ist (§ 2303), oder daß er, weil ihm ein zu geringer Erbsteil oder ein zu geringes Vermächtnis zugewendet ist, auf Vervollständigung des Pflichteils Unspruch hat (§§ 2305 A 2, 2307 A 2), oder daß er den hintersassen größeren, aber mit Veschäuftungen oder Beschwerungen verbundenen Erbteil, oder daß er das Vermächtis ausgeschlagen hat (§§ 2303 A 4, 2307 A 1). Trifft eine dieser Voraussehungen schon auf den Kächsterechtigten (A) zu und hat A den Pflichtteilsauspruch auch aus anderen Gründen nicht eingebüht, so kann A den Pflichtteil verlangen und schließt damit allein schon den Eaus (A 3).

2. Ein Pflichtteil bes entfernteren Berechtigten E kommt nur in Frage, wenn das Erbsver Pflichtteilsrecht des ihm vorgehenden A weggefallen ist. Der Fall der gesetzlichen Erbsolge ist in Anlehnung an § 1924 Abs 2 nur hypothetisch herangezogen. Keineswegs ist vorausgesetzt, daß A ausdrücklich oder stillschweigend von der gesetzlichen Erbsolge ausgeschlossen wäre (§ 1938). Im Gegenteil erwächst ihm gerade durch die Ausschließung ein Pflichtteilsanspruch (§ 2908). Db im übrigen der Nachlaß, gegen den der Pflichtteilsanspruch zurteht, nach der gesetzlichen gder der gewillkürten Erbsolge vererbt wird, ist ohne Bedeutung.

3. Der nachrückende Berechtigte E ist nur insoweit pflichtteilsberechtigt, als der ihm vorgehende Berechtigte A den Pflichtteil nicht verlangen tann. Der Fall, daß A bereits vor dem Erblasser verstorben war, ist hierbei gänzlich auszuscheinen, da er nach § 1923 Abs 1 nicht Erbe werden und daher auch keinen Pflichtteilsauspruch erwerben kounte. Es kommen vielmehr nur solgende vier Wegfallsgründe in Betracht. a) Ausschlagung: Bildet sie die geselsche Voraussehung für Geltendmachung seines Pflichtteilsrechts (§§ 2306 A 4, 2307 A 1), so kann A in diesem Falle den Pflichtteil sordern und ein Pflichtteilsrecht des E kommt insoweit nicht in Frage. Hat dagegen A ausgeschlagen, ohne daß hierdurch der Pflichtteilsauspruch (ganz

oder zum Teil) für ihn ausgelöft worden wäre, so ift, ba A insoweit den Pflichtteil nicht verlangen kann, der gemäß § 1953 Abs 2 (s. auch § 2069) nachrückende E seinerseits an der Einforderung des Pflichtteils nicht gehindert. So wenn A ausgeschlagen hat, sei es den zu geringen Erbteil (§ 2305 A 2), ober ben beschränkten ober beschwerten zu geringen ober bem Bflichtteil gleichkommenden Erbteil (§ 2306 A3), ober endlich den unbeschränkten oder unbeschwerten den Pflichtteil übersteigenden Erbteil. b) Erbunwürdigkeit: Ift der Rächstberechtigte A für erbunwürdig erklärt, so gilt er als bereits vor dem Erbfall versorben und tann selbstverständlich den Pflichtteil nicht verlangen (§ 2344). Dagegen ist der nachrückende E daran nicht gehindert. Steht dem Verlangen des A die Einrede aus § 2345 Abs 22 entgegen, so ist vorerst ungewiß, ob er den Pflichtteilsanspruch hat. Erst wenn der Erbe von der Einrede wirksam Gebrauch gemacht hat, ift sein Berlangen hinfallig. c) Erbverzicht: Sat A auf das gesetsliche Erbrecht verzichtet und gilt der Verzicht gemäß der Vernutung des § 2350 Abs 2 nicht zugunsten der Eltern des Erblassers, so bleibt ihm, wenn sonst ein Elternteil nachrücken würde, das gesetsliche Erbrecht und als Ausfluß dessen unter den Voraussetzungen A 1 a. E. auch der Pflichtteilsauspruch gewahrt. Pflichtteilsansprüche der Eltern konnen beshalb nicht in Frage kommen. Beschränkte sich ber Bergicht des A, fein gesetliches Erbrecht unberührt laffend, auf das Pflichtteilsrecht (§ 2346 Abf 2), fo wird er gegenstandslos, wenn es bemnächst wirklich zur gesetlichen Erbfolge tommt. Bar jedoch A bei Gintritt des Erbfalls tatfächlich auf den Pflichtteil gewiesen (A 1 a. E.), so kann er kraft seines Bergichts ben Pflichtteil nicht verlangen und der nachrückende E kann deshalb seinerseits den Pflichteil sordern. Erstreckte sich der von A auf sein gesetzliches Erbteil erklärte Verzicht nach der Vermutung des § 2349 zugleich auf seine Abkömmlinge, so ist damit sowohl sein eigenes wie das Pflichtteilsrecht der Abkömmlinge ausgeschlossen (§ 2346 A 3), während dassenige der nachrückenden Eltern unberührt bleibt. Hat endlich A nur für seine Person, aber schlechthin, sei es auf bas gesehliche Erbrecht ober auf bas Pflichtteilsrecht verzichtet, so kann er keinesfalls ben Pflichtteil verlangen und eben deshalb steht der Pflichtteilsanspruch nunmehr dem nachrückenden Abkömmiling oder Esternteil zu. d) Entziehung des Pflichtteils nach § 2933 macht den Nächstberechtigten A des Pflichtteilsanspruchs verlustig, beeinträchtigt aber nicht den Anspruch des entfernteren Abkönimlings oder des Elternteils. Beschränkung des Pflicht. teilsrechts in guter Absicht (§ 2338) läßt einen Pflichtteilsanspruch weber auf feiten des in Diefer Beife Beschränkten, noch ber entfernteren Berechtigten entstehen. - Beginn ber Berjährungsfrift vgl. § 2332 U 1. Gin zwischen bem nicht pflichtteilsberechtigten naheren Abkömmling und bem Erben ergangenes rechtsträftiges Urteil ober ein zwischen biesen über den Pflichtteil geschloffener Bergleich hat auf das Pflichtteilsrecht des entfernteren Abkömm. lings teinen Ginfluß (986 93, 193).

4. Insoweit. Der entferntere Berechtigte E ist niemals in höherem Umfange pflichtteilsberechtigt, als es der Nächstberechtigte A gewesen wäre. E muß sich deshalb auf seinen Pflichtteil anrechnen lassen, was A darauf verlangen konnte, auch wenn A von seinem Nechte, so insdesondere auf Bervollständigung des Pflichtteils nach §§ 2305 V 2, 2306 V 3, 2307 V 2 nicht Gebrauch gemacht hat. Er nuß sich aber auch schlechthin anrechnen lassen, was A als ihm hinterlassen angenommen hat. Die allgemeine Fassung berechtigt nicht, nach der Urt der Sinterlassung von Todes wegen oder nach den verschiedenen Begfallsgründen V 3 a—d zu unterschen. Waren derartige Zuwendungen mit Beschränkungen oder Beschwerungen verbunden, so ist der hierdurch verminderte Wert durch Schäbung zu ermitteln. Sine Streichung der Beschränkungen nach den Sondervorschriften der §§ 2306 V 3 oder 2307 V 3 kommt hier nicht in Frage. Unrechnung von Vorempfängen auf den Pflichtteil s. §§ 2315 V 8, 2316 V 7. (Näheres über vielsach widerstreitende Meinungen zu § 2309 bei Pland und Staudinger.)

§ 2310

Bei der Feststellung des für die Berechnung des Pflichtteils maßgebenden Erbteils werden diejenigen mitgezählt, welche durch lettwillige Berfügung von der Erbsolge ausgeschlossen sind oder die Erbschaft ausgeschlagen haben oder für erbunwürdig erklärt sind. Wer durch Erbverzicht von der gesetztichen Erbsolge ausgeschlossen ist, wird nicht mitgezählt2).

Œ I 1984 II 2176; M 5 403, 405; B 5 513, 514, 516—518.

1. Für die Berechnung des Kflichtteils als Halfte des Wertes des gesetzlichen Erbteils (§ 2303 A 4) ist derienige Erbteil maßgebend, welcher auf den betressenden Pflichtteilsberechtigten entsallen wäre, wenn es ohne Rückicht auf die tatsächlich ersolgte Ausschließung (§§ 2803 A 2, 2333), Ausschlagung (§§ 1953, 2306 A 4) oder Erbunwürdigkeitserklärung (§ 2844) zur regelmäßigen gesetzlichen Erbsolge aller im Einzelfall berufenen gesetzlichen Erbsolge

kommen wäre. Rur der Berzichtende ist und bleibt auch bei dieser bloß fiktiven Erbfolge ausgeschlossen, wie wenn er zur Zeit bes Erbfalls nicht mehr lebte (A 2). Dies hat zur Folge, daß der Wegfall eines Erben durch Ausschließung usw. den Divisor nicht verminbert, also ben Erbteil und bamit ben Pflichtteil ber übrigen nicht vergrößert, bag vielmehr bie Ausschließung usw. lediglich bem Erben gustatten tommt. Ruden gemäß § 2309 entferntere Abkönnulinge des Erblaffers als Pflichtteilsberechtigte ein, fo verfteht fich ichon nach bem Grundfate bes § 1924 Abf 2 von felbit, daß ber weggefallene nahere Abkommling und ber Stamm ber an feine Stelle tretenden entfernteren Abtommlinge nicht zweimal gegahlt werben. Auch sonst ift vorausgesett, daß eine gesetliche Erbfolge ber mehreren in Betracht tommenben Pflichtteilsberechtigten nebeneinander überhaupt möglich ift. Eltern wegen des Borhandenseins wenigstens eines pflichtteilsberechtigten Abkömmlings fein gesehliches Erbrecht zu (§ 1930), so haben sie auch kein Pflichtteilsrecht (§ 2309). Erst wenn sämtliche Abkömmlinge durch Ausschlagung, wirtsame Entziehung bes Pflichtteils, Erbunwurdigfeit ober Erbverzicht weggefallen find, kommt ein gesehliches, aber zugleich auch ausschließliches gesetliches Erbrecht und bemgemäß auch Pflichtteilsrecht ber Eltern in Frage Daneben auch die weggefallenen Abkömmlinge mitzugahlen, ift begrifflich unmöglich. Ereffen nach den Grundfagen der gefetlichen Erbfolge (§§ 1925, 1931) die Eltern ober ber überlebende Chegatte des Erblaffers mit anderen Berwandten zusammen, die als gesetliche, wenn auch nicht als pflichtteilsberechtigte Erben in Betracht tommen ober tommen wurden, fo bestimmt state der Pflichteil des Elternteils oder Ehegatten wiederum so, als kämen neben ihnen die mitzugählenden ausgeschlossenen usw. Verwandten wirklich zur gesehlichen Erbsolae. Der Pflichtreil des Ehegatten bleibt mithin 1/2 von 1/4 = 1/8 des Nachlasses, auch wenn an Stelle des ausschlagenden Kindes nunmehr die Eltern des Erblassers (mit ie 1/8) pflichtteilsberechtigt. werden, obgleich der Ehegatte gemäß § 1931 neben den Eltern an sich zu 1/2 von 1/2 = 1/4 pflichtteilsberechtigt wäre.

2. Im Falle des Erbberzichts, bem in ber Regel eine anderweite Abfindung aus bem Bermögen bes Erblaffers zugrunde liegt, bleibt es auch für bie Berechnung bes Pflichtteils bei bem Grundsate bes § 2346 A 3. Und zwar gleichviel, ob ber Bergicht gegen ober ohne Entgelt erflart war. Der Bergichtende wird jedoch gezählt, vermindert somit den Pflichtteil der übrigen Berechtigten, wenn fein Bergicht gemäß § 2846 Abf 2 auf bas Pflichtteilsrecht beschränft war. Daß neben ihm die an seine Stelle tretenden Abkömmlinge nicht noch besonders gezählt werden, ist selbstverständlich. — Ebenso § 2316 A 4. Soweit die Erbteile wegen ber zu erwartenden Geburt eines Miterben ufw. nicht bestimmbar find (§ 2048), muß

vorerst auch die Feststellung des Pflichtteils unterbleiben.

§ 2311

Der Berechnung des Pflichtteils wird der Bestand und der Bert des Rachlaffes zur Zeit des Erbfalls zugrunde gelegt1). Bei der Berechnung des Pflichtteils der Eltern des Erblassers bleibt der dem überlebenden Chegatten gebührende Borans außer Anfatz').

Der Wert ift, soweit erforberlich, burch Schätzung gu ermitteln.

bom Erblaffer getroffene Wertbestimmung ist nicht maggebend3).

E I 1985, 1986 Abf 1, 2, 1987; M 5 405-407, 409; B 5 518.

1. Für bie Bertsermittlung ift wie beim Inventar (§ 2001) der Beftand gur Zeit bes Erbfalls mafigebend, auch wenn ber bem Bflichtteilsberechtigten in Ausficht gestellte Erb. teil schon unter Lebenden an ihn ausgekehrt worden ware (MG 67, 807). Spätere Werts. steigerungen kommen dem Pflichtteilsberechtigten nicht zugute. Erhebliche Bertsverminderungen andern nichts am Betrage bes ermittelten Pflichtteils (RG 3W 1910, 28810), doch kann der Erbe nach allgemeinen Grundsähen die beschränkte Haftung geltend machen. Dagegen nimmt ber als Erbe eingesette Pflichtteilsberechtigte an den Wertsveränderungen bes Nachlasses teil. Der Bestand ergibt sich nach Abzug der Nachlasverbindlichkeiten von den Attiven des Nachlasses; Nechtsverhältnisse, die infolge des Erbganges durch Vereinigung von Recht und Verbindlichkeit erloschen sind, gelten hierbei entsprechend den §§ 1976, 2148, 2377 n. a. als nicht erloschen (DLG 30, 234). Die Rachlasverbindlichkeiten sind nur in bein Umfange anzusehen, wie wenn es zur reinen gesehlichen Erbfolge gekommen wäre. Danach find zwar allgemeine, zur Feststellung und Sicherung bes Nachlaffes aufgewendete ober noch aufzuwendende Koften unter den Passiven einzustellen, so die Kosten der Nachlasverwaltung (MG 3W 06, 114¹³; DLG 40, 152). Es bleiben aber die durch Errichtung der Verfügung von Todes wegen, Bestellung eines Testamentsvollstreders (a. M. Seufst 62 Nr 42) usw. verursachten Roften grundsatlich außer Betracht. Ebenso bie Roften ber Rachlagverteilung, bie den einzelnen Erben treffende Erbichaftssteuer (wegen der inzwischen aufgehobenen

Nachlaßsteuer vol. ErbschStG v. 10. 9. 19 § 17 Abs 4) und die lediglich auf Anerkenntnis der Erben beruhenden Schulden. Bermächtnisse und Auflagen, einschließlich der Ansprüche auf den Dreißigsen (§ 1969 A 7) siehen, und zwar nicht bloß im Konkurse (KD § 226 Ar 5), dem Pslichtteilsanfpruche nach, kommen deshalb bei Berechnung des Pslichtteils nicht in Frage (s. aber § 2318 A 1). Pslichtteilsansprüche selbst kommen nicht in Abzug, da sie einen Nachlaßüberschuß voraußsehen, wohl aber als reine Nachlaßverschulchteit die Absindung eines unehelichen Kindes mit dem Pslichteilsbetrage nach § 1712 A 2 (NG 90, 202). Ob eine dem Erblasser augefallene Erbschaft oder ein ihm angefallenes Vermächtnis endgültig dem Nachlaß zugeführt oder durch Ausschlagung (§§ 1952, 2180 Abs 3) aus ihm ausgeschieden werden soll, hängt von der freien, durch den Pslichtteilsberechtigten nicht angreisbaren Entschließung des Erben ab (a. M. Planck-Strohal A 26 a, wonach durch willkürliche Ausschlagung des Erben der Pslichteil nicht soll verkürzt werden können).

- 2. Der Boraus (§ 1932) kommt bei Ermittlung des Pflichteils von Abkömmlingen als Nachlasvermögen besonderer Art nicht in Frage. Gegenüber dem elterlichen Pflichteil wird der überlebende Ehegatte dadurch begünstigt, daß die zum Boraus gehörigen Hauschaltungsgegenstände usw. von vornherein aus den Aliven des Nachlasses ausscheiden. Zedoch nur dann, wenn der Boraus dem Ehegatten gebührt. Dies trifft nach § 1932 nur dann zu, wenn der Ehegatte neben Berwandten der zweiten Ordnung oder neben Arbeitern gestlicher Erbe geworden ist; der Fall, daß die in § 1932 augeführten Gegenstände um deswillen an ihn gesangen, weil er durch Berfügung von Todes wegen zum Alleinerben eingeseht ist, gehört darum nicht hierher (§ 1932 Al; a. M. Kassel Recht 1925 Nr 463). Ebensowenig "gebührt" der Boraus dem Ehegatten, wenn er ihm entzogen oder wenn der Ehegatte sür erdunwürdig erklärt ist. Dagegen gebührt er ihm auch dann, wenn er demächt ausgeschlagen wird. Isedensalls hat der Boraus nicht selbst auch Pflichteilseigenschaft. Vielnehr werden dei Ermittlung des Pflichteils des Ehegatten die zum Boraus gehörenden Wegenstände zusammen mit den übrigen Nachlaßgegenständen unter den Nachlaßativen eingestellt.
- 3. Ermittlung durch Schätzung soweit ersorderlich, 3. B. nicht bei kurshabenden Wertvavieren, wohl aber bei einem Hause ohne Nücksicht auf den nachmals in der Zwangsversteigerung ermittelten Erlöß (RG JB 1910, 23810). Bei einem Landgut ist im Falle des
 \$2812 der Ertragswert maßgedend. Diese Vorschrift steht dem nicht entgegen, daß der
 Ertragswert auch in anderen Fällen berücksichtigt wird, z. B. dei der Schätzung eines Landguts für die Instationszeit mit ihren unverhaltnismäßig niedrigen Verkaufsversauch der
 innere Wert in Betracht kommen (RG Inflationszeit außer dem Verkaufswert auch der
 innere Wert in Betracht kommen (RG Inflationszeit außer dem Verkaufswert auch der
 innere Wert in Betracht kommen (RG Inflationszeit außer dem Verkaufswert auch der
 innere Wert ist als der Wert kontenehmen, kann einen anderen Verkaufswert auch der
 Gegenstände. Dann entscheidet der Wert der einzelnen Gegenstände (Vahydbeld 22 A 188: Nonzestionsapothese), sondern auch, wenn de Einstellung des Unternehmens, das der Erbe fortseit, und Verkauf der dem Betriebe gewibmeten Gegenstände mehr heransgesommen wäre,
 als das Unternehmen zur Zeit des Erbfalls wert war (Kipp § 131, 2a). Ungewisse Rechte
 usw. § 2313. Vertsbestimmungen des Erbfalls wert war (Kipp § 131, 2a). Ungewisse Rechte
 usw. § 2313. Vertsbestimmungen des Erbfalls wert war (Kipp § 131, 2a). Ungewisse nachte usw. § 2313. Vertsbestimmungen des Erbfalls wert war (Kipp § 131, 2a). Ungewisse nachte uswend zu das § 2816 A 6). Er muß sie sich unbeschräuft gefallen lassen, soweit sie an Stelle gänzlicher Entziehung des Pflichtteils (§ 2333) angeordnet sind. Besondere Bertsberechnung bei Vorempsängnissen (§§ 2815, 2316) und erganzungspflichtigen Schenkungen (§§ 2325, 2328). Anstanftspflicht des Erben § 2314. Pflichtteilsberechnung bei fortgesetzer Gütergemeinschaft § 1511.

§ 2312

Hat der Erblasser angeordnet oder ist nach § 2049 anzunehmen, daß einer von mehreren Erben das Recht haben soll, ein zum Nachlasse gehörendes Landgut zu dem Ertragswerte zu übernehmen, so ist, wenn von dem Rechte Gebrauch gemacht wird, der Ertragswert auch für die Berechung des Pflichtetils maßgebend.). Hat der Erblasser einen anderen übernahmepreis bestimmt, so ist dieser maßgebend, wenn er den Ertragswert erreicht und den Schähungswert nicht übersteigt²).

Hinterläßt der Erblasser nur einen Erben, so kann er anordnen, daß der Berechnung des Pflichtteils der Ertragswert oder ein nach Abs 1 Sat 2 bestimmter Wert zugrunde gelegt werden soll3).

Diese Borschriften finden nur Anwendung, wenn der Erbe, der das Landgut erwirbt, zu den im § 2303 bezeichneten pflichtteilsberechtigten Berfonen gehört4).

B 6 330-335, 448-450.

1. Die Borschriften dienen dazu, dem Abernehmer eines Landguts, Anerben, salls er selbst zu den pflichtteilsberechtigten Personen gehört (Abs 3), auch hinsichtlich der Pflichtteilslast dadurch Erleichterung zu verschaffen, daß sich die sonstigen Pflichtteilsberechtigten auf der Grundlage des Ertragswerts (§ 2040 A 2) statt, wie sie nach § 2311 verlangen könnten, des Schähungswerts auf ihren Pflichtteil absinden lassen müssen. Dies gilt jedoch nur, wenn es wirklich zu der vom Erblasser beabsichtigten Gutstibernahme kommt, nicht also venn das Gut vorher an einen Fremden veräußert wird. Der Amerde ist nur, nicht also venn das Gut vorher an einen Fremden veräußert wird. Der Amerde ist nur als Berechtigter gedacht. Hätte ihn der Erblasser zur libernahme verpflichtet, so läge hierin eine Beschränkung, von der er sich gemäß § 2306 A 4 durch Ausschlagung besreien dürfte, um den nach dem Schähungswert zu bemessenden Pflichtteil zu fordern.

2. Bei Bestimmung eines andern thernahmepreises würde ein Deradgehen unter

ben Ertragswert die übrigen Pflichtteilsberechtigten, ein Überschreiten des Schäpungswerts bagegen den übernehmenden Anerben benachteiligen. Eine solche Bestimmung ist daher für die Pflichtteilsberechnung nicht maßgebend; sie kann aber unter Umftänden burch Auslegung

auf das zulässige Maß zurückgeführt werden.

3. Ift nur ein Erbe eingesetzt, so gelten für Berechnung bes Pflichtteils sonstiger Berechtigter die gleichen Grundsätze, wie sie Abs 1 für den Fall der Berufung mehrerer Erben aufstellt. Auch der Alleinerbe muß zu den Pflichtteilsberechtigten gehören und muß als Erbe mit dem Grundstäcke bedacht sein; dieses darf also nicht Vegenstand eines Vermächt. niffes fein.

4. Dem fremden Erben gegenüber gilt immer ber Schähungswert nach § 2311. —

Anerbenrecht nach Landesgeset Art 64 EG.

\$ 2313

Bei der Feststellung des Bertes des Rachlasses bleiben Rechte und Berbindlichkeiten, die bon einer aufschiebenden Bedingung abhängig find, außer Anjag. Rechte und Berbindlichkeiten, die bon einer auflosenden Bedingung abhängig find, tommen als unbedingte in Unfati). Tritt die Bedingung ein, fo hat die der veränderten Rechtslage entsprechende Ausgleichung gu erfolgen2).

Für ungewisse oder unsichere Rechte sowie für zweifelhafte Verbindlich= teiten gilt das gleiche wie für Rechte und Berbindlichkeiten, die von einer aufschiebenden Bedingung abhängig sind3). Der Erbe ift dem Pflichtteils= berechtigten gegenüber verpflichtet, für die Feststellung eines ungewissen und für die Berfolgung eines unsicheren Rechtes zu forgen, soweit es einer ordnungsmäßigen Berwaltung entspricht4).

E I 1986 216 3, 4; II 2178; M 5 407-409; B 5 518.

1. Bei ber Schähung bes Bertes von bedingten Rechten und Berbindlichkeiten (§ 2311 21 3) ift auf die großere oder geringere Bahricheinlichkeit des Eintritts der Bedingung keine Mudficht zu nehmen. Bielmehr kommen sie vorläufig, je nachdem sie aufschiebend oder auf. lösend bedingt sind, entweder gar nicht, oder voll unter den Aftiven in Ansab. Ebenso für die auflösende Bedingung KD § 66, anders für die aufschiebende bei der Abschlagsverteilung im Konfurse KD §§ 154, 168 Ar 2.

Der Eintritt ber aufschiebenden Bedingung bei Rechten, ber auf. 2. Ausgleichung. lösenden bei Berbindlichkeiten erhöht nachträglich ben Anspruch bes Pflichtteilsberechtigten. Der umgefehrte Fall vermindert den Anspruch und verpflichtet zur Rudzahlung des zuviel Empfangenen (§ 159)." Sicherheitsleiftung (RD § 67) fann weber vom Erben noch vom Pflicht. teilsberechtigten verlangt werden. Doch sind gegebenenfalls Arrest und Schadensersabanspruch

aus § 160 zulässig.

3. Ungewiffe, b. h. in ihrem rechtlichen Beftanbe, und unfichere, b. h. in der wirtschaft. lichen Berwertung zweifelhafte Rechte sowie zweifelhafte Berbindlichteiten nebst den Kosten barüber geführter Brozesse (MG IW 06, 11413) bleiben zunächst ganz außer Ansab. Sierzu gehören auch dingliche Mechte und Belastungen, fünftige Mückgriffsansprüche ober Verbindsteiten (RG Warn 1913 Nr 251), regelmäßig auch ein vom Erblasser gemäß § 2108 Abs 2 erworbenes Nacherbenrecht als bis zum Eintritte des Nacherbfalls unsicheres Recht (Re

83, 253), aber nicht wiederkehrende Hebungen, Neuten (96 72, 381) u. dgl., deren Kapital wert fich nach allgemeinen Grundfähen schähen läßt. Ebensowenig befriftete Rechte und Berbindlichkeiten, bei deren Bewertung evil. der Zwischenzins in Betracht kommt (vgl. auch SPD §§ 65, 70).

4. Ordnungsmäßige Berwaltung wie § 2038 A 2.

8 2314

Aft der Aflichtteilsberechtigte nicht Erbe, so hat ihm der Erbe auf Berlangen über den Bestand des Nachlasses Anstunft zu erteilen1). Der Pflicht. teilsberechtigte tann berlangen, daß er bei der Aufnahme des ihm nach § 260 vorzulegenden Verzeichnisses der Nachlaggegenstände zugezogen und daß der Wert der Rachlaggegenstände ermittelt wird2). Er tann auch verlangen, daß das Berzeichnis durch die zuständige Behörde oder durch einen guständigen Beamten oder Rotar aufgenommen wird3).

Die Roften fallen bem Rachlaffe gur Laft4) 5).

E I 1988 Abi 1 II 2179; M 5 409, 410; B 5 519-521.

1. Ist der Pflichtteilsberechtigte Miterbe, so kann er sich gemäß §§ 2027, 2028, 2038 selbst über den Bestand des Nachlasses unterrichten (vgl. § 2038 A 7). Ist er Nacherbe, so gelten die §§ 2121 st., 2127. Ist er von vornherein oder infolge Ausschlagung gemäß § 2806 A 4 auf den Pflichtteilsauspruch beschränkt, so besteht die in der vorliegenden Vorschrift gegebene Auskunftspflicht des Erben. Aus ihr folgt nach § 260, daß der Erbe auf Verlangen ein Verzeichnis bes Beftanbes vorzulegen und gegebenenfalls ben Offenbarungseid zu leiften hat. Der "Bestand", für den Begriff und maßgebender Zeitpunkt aus § 2811 (A 1) zu entnehmen sind, ergibt sich aus der Bergleichung der Aktiven und Bassiven des Nachlasses. Das Berzeichnis hat deshalb nicht nur die Aktiven (so DLG 14, 283; Planck A 2), sondern auch die Baffiven aufzuführen. Es hat sich auch auf die bedingten, ungewissen und unsicheren Rechte und Verbindlichkeiten (§ 2313) und unter Umftanden auch auf einen zweiten Rachlaß zu erstreden, an dem die den Pflichtteil schuldenden Erben als Erbeserben beteiligt find (Re 72, 380). Ebenso gehören in das Berzeichnis die möglicherweise zum Boraus gehörigen Gegenstände, solange unter den Beteiligten noch nicht feltsteht, daß sie gemäß § 2311 A 2 außer Aufat zu bleiben haben (RG 62, 110). Neben biefer ben greifbaren (effettiven) Nachlag betreffenden Auskunftspflicht besteht für den Erben unter Umftanden noch eine sich auf die entsprechende Answendbarkeit der §§ 2057, 2314 gründende Pflicht zur Auskunft über Fakvoren des rechnungsnäßigen Bestandes, nämlich über die nach § 2316 A 2 als Ausgleichungsposten in Betracht kommenden Zuwendungen (MG 78, 372; Warn 1912 Ar 173) und, wenn es sich und en Pflichtteilsergänzungsanspruch handelt, über die in § 2325 bezeichneten Schenfungen (MG 73, 369); ein Erbe, von dem nichts weiter als Auskunft über den Bestand des Nachlasses verlangt wird, kann aber abwarten, ob in diesen Beziehungen an ihn ein besonderes Verlangen gestellt wird (RG Warn 1913 Nr 378).

Das "Berlangen" der Anskunftserteilung ist nötigenfalls im Magewege zu stellen. Nach § 254 3PD kann damit die Alage auf Zahlung des Pflichtteils verbunden werden. Bon mehreren Pflichtteilsberechtigten kann jeder selbständig das Verlangen stellen. Die Auskunftserteilung ift, obwohl gur Vorbereitung eines Auspruchs gegen ben Nachlag dienend, keine eigentliche Nachlasverbindlichkeit. Beim Vorhandensein mehrerer Erben kann daher der einzelne nicht gemäß § 2058, wohl aber gemäß § 431 in Anspruch genommen werden. Als nur vom Auskunftsvsslichtigen persönlich, nicht aus seinem Vermögen erfüllbar fällt der Auspruch im Nachlaskonkurse nicht unter die Konkurskordenigen; er kann vielnehr auch während des Konfurses gegen den Erben personlich verfolgt werden (96 Bang 1920, 78). NG 50, 225 läßt mit Nücksicht auf § 2213 Abs 1 Sat 3 ben Anspruch nicht zu gegen den Testamentsvollstrecker (bagegen Planck A 3). Schon auf Erund § 2215 ist der Erbe regelmaßig in ber Lage, auch ohne ben Testamentsvollstreder bem Berlangen zu genügen. Ift ein Berzeichnis, das auf diesen Ramen Anspruch hat, einmal vorgelegt, so tann wegen angeblicher Mangel nicht beffen Erganzung ober Borlegung eines neuen Berzeichniffes berlangt werden; die Mängel sind vielmehr im Berfahren der eidlichen Bestärfung des Berzeichniffes oder im Prozest über den Sauptaufpruch auf den Pflichteil zu erörtern (DLG

23, 1; Sächstufin 07, 499; 1913, 252).

2. Recht des Pflichtteilsberechtigten auf Zuzichung, wie im Falle des § 2121 A 2. Die Bertsermittlung, geboten burch § 2303 A 4 gefchieht nur auf Grund besonderen Berlangens. Dem Bestandsverzeichnisse (A 1) brauchen Wertangaben nicht beigefügt zu werben (RG 18. 11. 09 IV 34/09). Bum Bivede ber Wertsermittlung fann nach § 809 Borzeigung ber Sachen beaufprucht werben, gur Ermittlung bes Geschäftswerts eines bom Erblaffer betriebenen Unternehmens unter Umständen auch neben einer auf den Todestag abgeschlossenen Bilanz die Vorlegung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen früherer Jahre (**NG** Warn 1918 Nr 229).

3. Der Berechtigte kann sich mit einem ihm mitgeteilten privatschriftlichen Verzeichnis begnügen, verzichtet aber durch Stillschweigen noch uscht auf das Recht, amtliche Aufnahme (wie § 2003) zu verlangen (RG 72, 384). Auch dieses Verlangen ist, nötigenfalls im Klagewege, gegenüber dem Erben zu stellen, der seinerseits die amtliche Aufnahme zu veranlassen hat; unmittelbar beim Rachlasgericht kann ein Pflichtteilsberechtigter, der nicht Erbe ist, die Aufnahme nicht beantragen (RGZ 27 A 51).

4. Die Kosten, und zwar einschließlich berjenigen ber Zuziehung, ber Wertsermittlung, ber amtlichen Aufnahme, jedoch ausschließlich ber Eidesabnahme (§ 261 Abs 8) gehören zu

den Nachlaßverbindlichkeiten und find gemäß § 2311 mit zu berücksichtigen.

5. Der Erblasser kann dem Erben die Auskunftspslicht nicht wirsam erlassen, soweit er nicht gemäß §§ 2938 ff. einem Pflichtteilsberechtigten gegenüber zur Entziehung des Pflichtteils derechtigt ist. Ein vertragsmäßiger Verzicht erfordert, weil eine Minderung des Pflichtteilsrechts enthaltend, gegenüber dem Erblasser der Vonderend des Pflichtteilsrechts enthaltend, gegenüber dem Erblasser des § 2848. Gegenüber dem Erben ist er an keine Form gedunden (NG 6. 7. 08 IV 585/07). — Unabhängig von § 2314 kann der Pflichtteilsberechtigte in seiner Eigenschaft als Nachlaßgläubiger nach § 1994 dem Erben eine Judentarfrist setzen lassen lass verlangen kann jedoch sicht in der Weise durchgeführt werden, daß der Erbe zur Errichtung des Inventars oder seiner Beeibigung durch Urteil gezwungen wird; vielmehr besteht die Folge der Nichterfüllung des Verlangens nach den §§ 1994, 2006 lediglich in der beschränkten Haftung des Erben. Sat dieser auf Verlangen des Pflichtteilsberechtigten Juventar gelegt, so kommen hinsichtlich seiner Pflicht zur Auskunft über den effektiven Bestand des Nachlasses (U.1) nur noch Ansprüche gemäß A.2 (Wertsernittsung) in Frage. Der Eintritt unbeschränkter Haftung nach § 2005 erledigt nicht auch die Auskunftspsslicht des Erben.

§ 2315

1) Der Pflichtteilsberechtigte hat sich auf den Pflichtteil anrechnen zu lassen²), was ihm von dem Ervlasser durch Rechtsgeschäft unter Lebenden⁴) mit der Bestimmung zugewendet worden ist³), daß es auf den Pflichtteil ansgerechnet werden soll⁵).

Der Wert der Zuwendung wird bei der Bestimmung des Pflichtteils dem Nachlasse hinzugerechnet6). Der Wert bestimmt sich nach der Zeit, zu

welcher die Zuwendung erfolgt ift7).

Ist der Pflichtteilsberechtigte ein Abkömmling des Erblassers, so findet die Vorschrift des § 2051 Abs 1 entsprechende Anwendungs).

E I 1980 AD 1 Nr 2, AD 2-4, 1990 AD 1 II 2180; M 5 410-414; B 5 521-528; G 102, 103; RB 322.

1. § 2315 ordnet die Berechnung und Verrechnung des Pflichteils eines Abkömmlings, Elternteils oder Ehegatten auch für den Fall, daß er der einzige nächste gesetliche Erbe sein würde, mit Rücksicht auf gewisse ihm unter Lebenden auf den Pflichteil gemachte Zuwendungen. § 2316 beschäftigt sich mit dem Pflichteil eines Abkömmlings, neben dem noch wenigstens ein anderer Abkömmling vorhanden ist, mit Rücksicht auf ausgleichungspflichtige Zuwendungen. § 2316 Abs 4 handelt von der Möglichkeit, daß die Zuwendung sowohl auf den Pflichtteil wie (als Ausgleichungspost) auf den Erbteil anzurechnen ist.

2. Die Anrechnung auf den Pflichtteil vollzieht sich in der Weise, daß von dem nach Abs 2 berechneten Pflichtteil der Wert der Zuwendung mit demselben Betrage gekürzt wird, zu dem er dem Nachlaß hinzugerechnet war. Der Pflichtteilsberechtigte kann infolgedessen mit seinem Anspruche leer ausgehen (NG 58, 61), hat aber niemals herauszuzahlen.

3. Zum Begriffe der Zuwendung vgl. § 2050 A 7. Die in § 2050 Abs 1 besonders behandelte

3. Zum Begriffe der Zuwendung vgl. § 2050 A 7. Die in § 2050 Abs i besonders behandelte Ausstatung des Kindes kann auch insoweit Zuwendung sein, als sie das den Vermögensverhältnissen entsprechende Maß nicht übersteigt und deshald nicht als Schenkung gilt (§ 1624).

4. Die Zuwendung muß durch Rechtsgeschäft unter Lebenden vermittelt sein. Danach ist ausgeschlossen, daß die Anrechnung auf den Pflichtteil wirksam durch Verfügung von Todes wegen angeordnet werde (NG 67, 307; INd)ch 1927 Rr 1121). In übrigen kommen Rechtsgeschäfte jeder Art, auch Vertrag zugunsten Dritter in Frage (§ 328). Geschieht die Zuwendung ohne den Willen des Pflichtteilsberechtigten (z. B. durch Schuldenbezahlung), sie fie § 516 Abs 2 entsprechend anwendbar.

- 5. Die Zuwendung nuß mit der Bestimmung geschehen, daß sie auf den Pflichteil angerechnet werden soll. Die Bestimmung ist eine gegenüber dem Empfanger der Zuwendung abzugebende Willenserklärung, die diesem nicht bloß zugehen (§ 130), sondern auch zu seinem Bewuststein gebracht werden nuß. Mit dem sich sierense ergebendem Ersovernisse, daß die Umstände das Bewußtsein des Empfängers von der Aurechnungspflicht in ihrer Richtung auf den Pflichtteil außer Zweiselsstellen müssen, kann die Bestimmung auch sien Erbteil ist sie nicht ohne weiteres enthalten; nur besondere Umstände können im Einzelfall zu der Annahme führen, daß eine solche Anordnung, über übren nächstliegenden Sint (§§ 2055, 2316 Abs si) sintangsgehend, unmittelbar auf eine psichtteilsrechtliche Wittung abziele und daß dies dem Empfänger bewußt geworden sein MG a. a. D., Necht 04 Kr 1312 und IV 1925, 212441). Die Bestimmung setz worden sein wenn auf den Pflichtteilsrechtliche Wittung daß 1925, 212441). Die Bestimmung setz nicht notwendig vorauß, daß der Erdlasse von vormherein die Absicht hat, den Empfänger der Zuwendung auf den Pflichtteil zu seizen, hat vielmehr auch dann Sinn und Berechtigung, wenn er sich dadurch nur diese Möglichseit offenhalten will (NG Recht 1921 Kr 149). Bestimmung, Zuwendung und Kechtzgeschäft (V 4) werden regelmäßig zeitlich zusammentressen ("mit der Bestimmung"). Es genügt jedoch, wenn die Bestimmung der Zuwendung vorangeht, aber in hindiauf die bevorsehende Zuwendung getrossen wird. Dagegen bindet die nachträgliche Bestimmung den Empfänger selbst dann nicht, wenn er sich (sormloß) damit einverstanden erstärt häte (NG Seufst 76 Kr 57). Sat der einzige Absömmling A aus dem 300 betragenden Vermögen des Erdlassers E eine mit Anrechnungspsschicht nicht beschenen und von 100 erhalten, und beträgt infolgebessen der Rachlaß des E nur noch 200, so gebührt ihm als Pflichtteil 1/2 = 100. Er besommt danah unter Lebenden und den Pflichteil anrechnen Lassen ausgannmen 200. Soll er sich jedoch die vorempfangenen 100 auf den Pflichteil anre
- fonmt dann zusammen nur 150. Die (wie hier vorausgesett) nachträglich auferlegte und übernommene Anrechnungspsicht verkürzt deshalb unter allen Umständen den Pflichtteil des A und enthält somit einen Erbverzicht, der nach §§ 2346 Abs 2, 2348 der öffentlichen Beurkundung bedarf (MG 71, 136). Der gleiche Erfolg tritt zwar auch dann ein, wenn die Aurechnungsbestimmung sogleich mit der Zuwendung verbunden wird. Allein in diesem Falle ist die Bestimmung des Zuwendenden das Entscheidende. Die Zuwendung erhält damit eine besondere rechtliche Beschaffenheit und nur so, wie sie beschaffen ist, also als auf den Pflichtteil aurechnungspslichtig, kann sie der Pflichtteilsberechtigte annehmen oder ablehnen. Sein Widerspruch gegen die Bestimmung wäre, wenn er trothem anninmt, unwirksam. Die Umahme in Unkenntnis der Bestimmung hätte Nichtisseit der Zuwendung zur Folge und würde den Bereicherungsanspruch des Erbsassert, dem zum Erben eingesetzen Pflichtteilsberechtigten die Anrechnung von Zuwendungen Ie htwillig zur Pflicht zu machen, soweit hierdurch nicht eine Schmäserung seines Pflichtteils eintritt (§§ 2050 V 7, 2306 V 2c).
- 6. Hinzurechnung. Der Wert ber Zuwendung erhöht, wietvohl nur rechnungsmäßig und nur im Verhältnis zu demjenigen Pflichtteilsberechtigten, welcher die Zuwendung empfangen hat, den nach § 2311 zugrunde zu legenden Wert des Gesamtnachlasses (anders bei § 2316, wo es sich um Berücksigung der Ausgleichungspflicht und im Falle des Abs 4 zugleich um Anrechnung auf den Pflichtteil bei einer Mehrheit von pflichtteilsderechtigten Abkömmlingen handelt, vgl. auch §§ 2325, 2327). Die Erd- oder Pflichtteils anderer Beteiligter werden hiervon grundfählich nicht berührt. Kommen verschiedene lediglich auf den Pflichtteil anzurechnende Zuwendungen an verschiedenen Pflichtteilsberechtigte in Frage, so ist der Berechnung eines jeden Pflichtteils auch ein verschiedener Gesamtbestand des Nachlassesungunde zu legen. Haben z. un derartigen Zuwendungen empfangen bei einem Nachlasteinbestand von 2000 der überlebende Ehegatte E 200, der Abkömmling A 500, so ist der Pflichtteil des E von 2200, des A von 2500 siktivem Nachlasbestand zu berechnen.
- 7. Für die **Bertsbestimmung** ist die Zeit der Leistung, nicht wie in § 2311 des Erbfalls maßgebend. Spätere Beränderungen des Sachwerts und selbst der Untergang der zugewendeten Sache kommen nicht in Betracht. Fällt eine anrechnungspflichtige Zuwendung in die Zeit vor der Inflation, der Erbfall in die Inflationszeit, so nuß der Bert des Nachlasse gemäß § 2311 U 1 u. 3 für die Zeit des Erbfalls in Bapiermark geschäht und der sich und der Zuwendungszeit bestimmende Wert der Zuwendung, um die Zusammenrechnung der beiden Werte zu ermöglichen, für die Zeit des Erbfalls in Kapiermark umgerechnet werden; die sie so in Papiermark errechnete Pflichteilsforderung ist dann gemäß § 2317 U 2 aufzuwerten (NG Nobsch 1927 Nr 1120). Hat der Erblasser die der Aurechnungsbestimmung (U 5) den anzurechnenden Wert festgesetz, und zwar auf einen hinter dem wirklichen Werte zurückbleibenden Betrag, so ist diese Festsehung maßgebend (wenn don der Geldent-

wertung betroffen, in dem für die Beit des Erbfalls umzurechnenden Betrage). Sind badurch andere Pflichtteilsberechtigte benachteiligt, fo kann ihnen der Erganzungsanspruch nach § 2325 zustehen. Die Festsehung eines zu hohen, den Empfänger im Pflichtteil benachteiligenden Wertes kann nur als Erbverzicht zur Geltung kommen (A 5).

8. Die Unrechnungspflicht trifft auch den nachrudenden Abtommling, ber an Stelle des nächstberechtigten, aber weggefallenen Abkömmlings pflichtteilsberechtigt geworden ift. Bas in § 2051 A 1/2 von der Ausgleichungspflicht gesagt ift, gilt hier von der Anrechnungspflicht. Entsprechende Anwendung ist auch dann geboten, wenn ein Fremder als Erbe eingesetzt und der nachrückende Abkömmling der einzige in Betracht kommende Pflichtteilsberechtigte ist. Der Erblasser kann die Anwendung des § 2051 dadurch ausschließen, daß er die Anrechnung dem Empfänger der Zuwendung nur filr feine Berson zur Pflicht macht. Der Nachritkenbe ist hierfür beweispflichtig. Zu beachten ift, daß der entferntere Abkömmling nach § 2309 A 3/4 insoweit nicht pflichtteilsberechtigt ist, als der vorgehende Berechtigte den Pflichtteil verlangen tann ober bas ihm hinterlaffene annimmt. Run tann zwar ber Empfänger der anrechnungspflichtigen Zuwendung, soweit sie anrechnungspflichtig ist, den Pflichtteil "nicht verlangen". Aber boch nur deshalb nicht, weil er durch den Vorempfang hierauf schon bei Lebzeifen abgefunden worden ist, ohne daß ihm die einmal empfangene Zuwendung wieder entzogen werden kann. Mit Planck A 8 b nuß eine berartige Vorausgewährung dem hinterlaffen gleichgeftellt werden. Die Annahme der Zuwendung als "des hinterlaffenen" läßt es beshalb insoweit überhaupt nicht zum Nachrucken entfernterer Pflichtteilsberechtigter kommen. Soweit dennoch die Eltern des Erblassers nachrücken, z. B. wegen Erbunwürdigkeit des einzigen Abkömmlings, der durch anrechnungspflichtige Zuwendungen bereits teilweise auf den Pflichtteil abgefunden ift, haben fie praktisch die Unrechnungspflicht ebenfalls gegen sich gelten zu lassen. Zwar nicht auf Erund von § 2315 Abs 3, der nur auf Abkömmlinge berechnet ist. Wohl aber auf Erund von § 2309, der ein Pflichteilsrecht der Eltern nur insoweit entstehen läßt, als der weggefallene Abkömmling nicht schon nuter Lebenden hierauf abseiten der Verenden hierauf abseiten der Verenden bei der Verenden bei der Verenden hierauf abseiten der Verenden d gefunden war. Ift er schon vor bem Erblasser verftorben, so hat sich damit bie Anrechnungspflicht überhaupt erledigt. Die Eltern konnen dann fraft eigenen Rechtes ihren vollen Pflichtteil fordern (§ 2309 A 3 Eing.).

§ 2316

Der Pflichtteil eines Abkömmlinges bestimmt sich, wenn mehrere Abtömmlinge vorhanden sind 1) und unter ihnen im Falle der gesetzlichen Erbfolge eine Zuwendung bes Erblaffers zur Ausgleichung zu bringen fein würde2), nach demjenigen, was auf den gesetlichen Erbteil unter Bernitsichtigung der Ausgleichungspflicht bei der Teilung entfallen würde3). Gin Abkömmling, der durch Erbbergicht bon der gesetlichen Erbfolge ausgeichlossen ift, bleibt bei der Berechnung außer Betracht4).

Aft der Pflichtteilsberechtigte Erbe und beträgt der Pflichtteil nach Abs 1 mehr als der Wert des hinterlassenen Erbteils, fo tann der Pflichtteilsberechtigte von den Miterben den Mehrbetrag als Pflichtteil verlangen, auch wenn der hinterlassene Erbteil die Hälfte des gesetzlichen Erbteils erreicht

oder iibersteigt5).

Eine Zuwendung der im § 2050 Abf 1 bezeichneten Art tann der Erblaffer nicht zum Rachteil eines Bflichtteilsberechtigten bon ber Berücfich-

tigung ausschließen6).

Ist eine nach Abs 1 zu berucksichtigende Zuwendung zugleich nach § 2315 auf den Pflichtteil anzurechnen, fo tommt fie auf diefen nur mit der Sälfte des Wertes zur Anrechnung?).

€ I 1989 Abf 1 Ar 3, Abf 4, 1990 Abf 2 II 2181; M 5 410—416; B 5 521—525, 892; 6 102, 103, 820,

1. Es handelt sich um die Berechnung des Pflichtteits eines Abkömmlings neben einem oder mehreren anderen Abkömmlingen, nicht wie in § 2315 A 1 bes Pflichtteilsberechtigten schlechthin, und zwar um die nähere Bestimmung bes nach § 2303 A 4 hierfür maßgebenden gesetzlichen Erbteils. Die anderen — näheren oder entfernteren — Abkömmlinge (§ 2309) muffen vorhanden sein, d. h. zur Zeit des Erbfalls gelebt haben. Ob sie, allein oder neben Fremden, Erben oder Pflichtteileberechtigte geworden find, ist gleichgultig, wofern sie nur gemäß § 2810 "mitgezählt werden". Nur der Verzichtende bleibt außer Betracht (A 4).

2. Ausgleichungspflicht im Falle ber gesehlichen Erbfolge §§ 2050 ff. In entsprechen-

der Anwendung des § 2057 ist der Erbe zur Auskunft über auszugleichende Zuwendungen auch dann verpslichtet, wenn ihm der Pslichtteitsberechtigte nicht als Miterbe, sondern nur als Pslichtteißgläubiger gegenübersteht (NG 73, 372). Diese Auskunft hat sich auf eine Ausstattung zu erftrecken, deren Ausgleichung ihm zum Nachteil des Pssichtteilsberechtigten (Abs 3) vom Erblasser erlassen worden ist (NG Warn 1912 Ar 173). Ist der Erbe nach § 2056 von der Hernstäufungspslicht befreit, so brancht er auch den Pssichtteil nicht zu zahlen und könnte gegebenenfalls nur mit dem Pssichtteilsergänzungsanspruch aus §§ 2325ff. belangt werden (NG 77, 282).

- 3. Auch wenn es nicht zur gesetlichen Erbfolge und damit zur Durchführung der Ausgleichung kommt, wird doch die Ausgleichungspflicht rechungsmäßig berücksichtet. Die Hälfte des auf dieser Grundlage ermittelten gesetlichen Erbteils dilbet den Pflichtteil. Dabei ilt seltzuhalten, daß die Ausgleichung nur unter den Abkönnmlingen und nur innerhald des auf sie entfallenden Rachlaßanteils stattfindet. Erb- und Pflichtteil des überlebenden Ehegatten werden hiervon nicht beeinflußt. Beispiel: Nachlaß 2000, Erden neben dem Ehegatten E die Abkönnmlinge A mit 1250, B mit 0, C mit 250 ausgleichungspflichtigen Zuwendungen. Gesetlicher Erbteil des E $\frac{2000}{4} = 500$, hiervon $\frac{1}{2}$ Pflichtteil = 250. Der gesetliche Erbteil iedes Abkönnmlings beträgt $\frac{1500 + 1250 + 250}{3} = 1000$, mit Anrechnung der Borempfänge sür A 1000 1250 = 0. Da somit § 2056 einschlägt (NG Warn 1913 Nr 252), berechnet sich für B und C der gesetzliche Erbteil auf je $\frac{1500 + 250}{2} = 875$ und mit Anrechnung der Borempfänge für B auf 875 0 = 875, für C auf 875 250 = 625. Hiervon $\frac{1}{2}$ Pflichtteil sür A = 0, für A = 0, für A = 0, sür A = 0
- 4. Am Falle des Erducrzichts wird der Berzichtende nach § 2310 A 2 nicht mitgezählt, wenn sich der Berzicht auf das gesetzliche Erdrecht erstreckte. In diesem Falle kommt eine Hinzurechnung der ihm gemachten Zuwendungen zum Nachsaß ebensowenig in Frage, wie wenn er vor dem Erdsasser gestorden wäre. Dasselbe gilt von den Abkömmlingen des Berzichtenden, wenn der Berzicht nach § 2349 auch für sie wirksam ist. War er dagegen auf die Berson des Verzichtenden beschränkt, so sind die nachrückenden Abkömmlinge gemäß s 2051 A 2 an seiner Stelle zur Ausgleichung verpstichtet. Auf dieser Grundlage ist mithin auch ihr Pflichtteil zu berechnen. Hatte der Verzicht nur den Pflichtteil zum Gegenstande (§ 2346 A 4), so wird der Verzichtende nitgezählt (§ 2310 A 2). Kommt auch seinener Pflichtteil nicht niehr in Vetracht, so ist doch derzenige der übrigen Abkömmlinge nach Ausgleichungsgrundsätzen (A 8), und zwar unter Eindeziehung des Verzichtenden zu berechnen. Rücken insolge des Pflichtteilsverzichts entserntere oder gleich nache Abkömmlinge nach, so berechnet sich ihr Pflichtteil ebenfalls auf Erund des § 2051 A 2.
- 5. Mehrbetrag des Pflichtteils. Die Hinzurechnung der Vorempfänge erhöht rechnungsmäßig den Bestand des Nachlaßanteils der Abkömmlinge und kann, verglichen mit dem reinen Nachlaß, auf Nosten des Erben als des Pflichtteilsschuldners (a. M. Staudinger AVI), zu einer Vergrößerung des einen oder des anderen Pflichtteils führen. Diese Vergrößerung soll dem Pflichtteilsberechtigten auch dann zustatten kommen, wenn er selbst als Erbe eingeseht ist. In diesem Falle könnte er nach dem Wortsaute des § 2305 mit dem Pflichtteilsanspruche Vervollständigung des zu niedrig demessenen Pflichteils nur nach dem Keinbestande Vervollständigs fordern. Und auch dieser Anspruch wäre ausgeschlossen, wenn er auf einen Bruchteil des (reinen) Nachlasse eingeseht ist, der der Hischteilserben in beiden Fällen das Recht, seinem Anspruch auf Vervollständigung die in Abs 1 angeordnete sitstive Wertsberechnung zugrunde zu segen. So könnte, wenn in dem Beispiele A von den der auf je ½ pflichtteilsberechtigten Abkömmlingen B auf ¼ (also genügend hoch), C auf ½ (also zu niedrig) eingeset wäre, dei einem Reinbestande von 2000 der mit 400 Erbteil bedachte B überhaupt nichts, der mit 100 bedachte C nur den Unterschied zwischen soll aber fordern dürsch B zuerdollständigung fordern. Nach Ausgleichungsgrundsähen soll aber fordern dürsen B zu 400 noch 37½ = 437½, C zu 100 noch 212½ = 312½ (A 3).
- 6. Die Bezugnahme auf § 2050 Abf 1 begreift zugleich den nur als Ergänzung hierzu dienenden Abf 2 in sich. Der Erblasser kann einem Abkömmling, den er mit einer Aussitattung (§ 2050 Abf 1) oder solchen Zuschüffen oder Auswendungen für die Borbildung bedacht hat, welche das seinen Bermögensverhältnissen entsprechende Maß übersteigen (§ 2050 Abf 2), die Ausgleichungspflicht sogleich der Buwendung oder nachträglich durch

362 Crbrecht

Berfügung von Todes wegen (§ 2050 A 4) erlassen. Der Erlass it jedoch unwirksam, soweit er anderen Pflichtteilsberechtigten zum Nachteil gereicht. Diese Unwirksamteit folgt schon aus allgemeinen Erundsätzen, wonach die Bevorzugung eines Abkömmlings in dem Pflichtteilsrecht der übrigen ihre Erenze sindet (Prot 5, 892). Haben die übrigen Abkömmlinge im Falle des § 2050 Abs durch eine bei der Zuwendung getrossene Unordnung des Erblassers einmal das Necht erlangt, Ausgleichung zu fordern und damit ihren Pflichtteis entsprechend zu erhöhen, so kömen sie sich deies Rechtes nur in der Form des Erdverzichts (§ 2346 Abs 2) begeben. Soweit es sich dei den unter Erlassung der Ausgleichungspflicht gemachten Zuwendungen um Schenkungen handelt, ist auch der Pflichtteilsergäuzungsanspruch nach §§ 2325 ff. gegeben. Darüber, daß umgekehrt zum Nachteil des detressenden Pflichtteilsberechtigten ihm die Ausgleichungspflicht nicht nachträglich auferlegt werden kaun, es sei denn, daß er sich durch Erdverzichtsvertrag hiermit einverstanden erklärt hat, vogl. No 67, 309; 71, 135; Seufsu Kr 57.

7. Busammentreffen bon Ausgleichungspflicht und Anrechnungspflicht auf ben Pflichtteil nach § 2315 Abs 1. Durch Halbierung des nach Ausgleichungsgrundsätzen ermittelten gesetzlichen Erbteils (Beispiel A 3) ist dem Pflichtteilsberechtigten die eine Wertshälfte der Buwendung bereits auf den Pflichtteil angerechnet. Es versteht sich deshalb von selbst und wird durch Abs 4 nur klargestellt, daß für nochmalige Anrechnung derselben Zuwendung auf ben Pflichteil nur die andere Hälfte übrigbleibt. Die durchgeführte Anrechnung ergibt mithin, da eine Heraufsahlung niemals in Frage kommen kann (§ 2315 A 2), in dem Beilpiel A 3 für A 0 – 625 = 0, für B $437^{1}/_{2}$ –0 = $437^{1}/_{2}$, für C $312^{1}/_{2}$ –125 = $187^{1}/_{2}$ als endgültigen Pflichteil. Diese Berechnungsweise ift auch seiften, wenn, wie in unserem Beilpiel, auf einem Nachlaß von 2000 Mark sowohl Abkömmklunge als der überlebende Shegatte E pflichtteilsberechtigt sind. Zwar sind die Zuwendungen, deren Anrechnung auf den Pflichtteil zu erfolgen hat, nach der Regel des § 2315 A 6 dem Gesamtnachlasse (2000) hinzuzu. rechnen, während dieselben Zuwendungen in ihrer Eigenschaft als Ausgleichungspoften gemäß § 2055 A 2 nur zu ber auf die Abkömmlinge entfallenden Sondermasse (1500) hinzutreten. Eine Lösung dieses vom Gesetgeber nicht bedachten Widerspruchs ist unmöglich. Man wird sich deshalb entweder für die eine oder die andere Berechnungsweise zu entscheiden haben. Diese Entscheidung kann, da das Geset eine Ausgleichung unter anderen Erben als Abkömmlingen schlechterdings nicht keint (§§ 2050ff., 2055), nur dahin gehen, daß die ausgleichungspflichtige Zuvendung auch insolveit, als sie zugleich auf den Pflichteil anzurechnen ist, immer nur der Sondererbmasse der Abkömmlinge hinzugerechnet werden darf. Anders, wenn es sich nebeneinander um Ausgleichungsposten im Sinne von § 2050, zugleich aber auch um Zuwendungen handelt, die lediglich auf den Pflichtteil anzurechnen sind (§ 2315 Abs. 1). In diesem Falle besteht fein hindernis, die letteren dem Gesamtnachlasse hinzugugudhlen, von dem so ermittelten Bestande die Sondererbmasse der Abköminlinge abzuzweigen, dieser die reinen Ausgleichungsposten hinzuzufügen, danach für beide Gruppen gesondert die gesetzlichen Erbteile, die Pflichtteile und die hierauf anzurechnenden Vorempfänge einzustellen und hiernach den endgültigen Pflichtteil zu bestimmen. Beispiel: Nachlaß 2000, ausgleichungspflichtige Zuwendungen za, nur auf den Pflichtteil anzurechnende Zuwendungen zp, aus. gleichungs- und zugleich anrechnungspflichtige Zuwendungen zap. Es haben erhalten E 200 zp, A 1250 za und 300 zp, B 450 zp, C 250 zap und 50 zp. Der rechnungemäßige Gesamtbestand bes Nachlasses beträgt für sämtliche Beteiligte, den siberlebenden Ehegatten E wie die drei Abkömmlinge A. B. C zunächst 2000 Reinbestand + der einem jeden von ihnen gemachten, nur auf den Pflichtteil anzurechnenden Zuwendungen zp, mithin für E 2000 + 200 = 2200, für A 2000 + 300 = 2300, für B 2000 + 450 = 2450, für C 2000 + 50 = 2050 (§ 2315 A 6). hiervon kommen 3/4 als Sondermasse ber drei Abkömmlinge in Betracht, die jedoch jedem gegenüber verschieden, nämlich für A mit 1725, für B mit 1837½, für C mit 1537½ einzuseben ist. Jeder dieser drei Sondermassen sind wiederum die allen Abkömmlingen gemachten bloß ausgleichungspflichtigen Zuwendungen za, ebenso aber auch die sowohl ausgleichungs. pflichtigen als auf den Pflichtteil anzurechnenden Zuwendungen zap hinzuzurechnen. Danach bestimmt sich z. B. für C sein gesehlicher Erbteil auf $^1/_8$ von $1537^1/_2+1250$ (A za) +250 $(\text{C zap}) = \frac{3097^{1/2}}{9} = 1012^{1/2}$, abzüglich 250 zap, also auf $762^{1/2}$. Hiervon $1/2 = 381^{1/4}$ Pflichtteil, darauf anzurechnen noch 1/2 von 250 zap = 125 und 50 zp, bleiben $381^1/4$ — 175 = $206^1/4$ endgültiger Pflichtteil des C. Handelt es sich nur um ausgleichungs, und zugleich anrechnungspflichtige Zuwendungen (zap) und kommen bloß Abkömmlinge in Frage, so ift rechnerisch das Ergebnis dassselbe, wenn nan den Pflichtteil sogleich von den mie Hinzurechnungen vermehrten Nachlaß berechnet und hiervon die betrefsende Zuwendung in kaller Sähe ablatt. Rielkan almaintende Nachlaß berechnet und hiervon die betrefsende Zuwendung in voller Höhe abseht. Bielfach abweichende Berechnungsmethoden, s. bei Planck A 8 a und b, auch Maenner Necht 1921, 145. — Auskunftspflicht der Beteiligten in entsprechender Auswendung des § 2057 s. oben A 2. Zuwendungen aus dem Gesamtgute § 2331.

\$ 2317

Der Unspruch auf den Pflichtteil entsteht mit dem Erbfalle1) 2). Der Auspruch ist bererblich und übertragbar3) 4).

@ I 1992 II 2182; M 5 417-419; B 5 525-527.

1. Der Pflichtteilsanspruch begründet eine Rachsagverbindlichkeit (§ 1967 A 4). Der Erbe (§ 2303 A 3) haftet bafur nach allgemeinen Grundsaben. Indeffen kann begriffsmaßig vom Aflichtteil nicht die Rede sein, wenn der Nachlaß von vornherein überschuldet ift. Der Unfpruch folgt im Range erst hinter ben fonftigen Nachlagverbindlichkeiten, jedoch vor Bermachtniffen und Auflagen (§§ 1978 A 4, 1974 A 7, 1991 A 4). Er wird durch das Aufgebot nicht betroffen (§ 1972, f. aber § 2060 A 3) und fann nur gegen ben Erben ober ben Miterben (§ 2305 A 2), nicht gegen ben Testamentsvollstreder geltend gemacht werben (§ 2218 A 3, aber auch 3BD § 748 Abf 3). Für ihn gilt der Gerichtsstand der Erbschaft (BBD § 27). Er entsteht mit dem Erbfalle (§ 1922), unmittelbar traft des Gesches. Daraus wurde unter der Herrschaft des Merbichete v. 3. 6. 06 § 1 mit Recht gefolgert, daß er der Erbichaftsfteuer auch dann unterliege, wenn er gar nicht geltend gemacht werde (RG 77, 238); anders ist die Rechtslage nach ErbichSto v. 10. 9. 19 § 20 Rr 1, 7 und in der Fassung v. 22. 8. 25 § 2 Abs 1 Rr 1, Abi 2 Rr 4. Bangt die Entstehung des Anspruchs von der Ausschlagung bes Erbteils ober des Bermächtnisses ab (§§ 2306 A 4, 2307 A 1), so gilt er vermöge der Fiftion der §§ 1953 A 1, 2180 A 4 gleichwohl als ichon zur Zeit des Erbfalls entstanden. Chenso im Falle des § 2809 bei Begfall bes vorgehenden Berechtigten. Er entsteht überhaupt nicht im Falle eines mit dem Erblaffer abgeschloffenen Erbbergichtvertrags (§ 2346). Ginmal entstanden kann er nicht, wie das Vermächtnis (§ 2176) einseitig ausgeschlagen werden. Wohl aber kann die Pflichtteilsschuld dem Erben durch formsosen Vertrag erlassen werden (§ 397). Ein solcher Erlaß liegt aber regelmäßig noch nicht in der Anerkennung ber Rechtswirtsamteit eines ben Pflichtteilsberechtigten von ber Erbfolge ausschliegenden Teftaments, aus bem ihm gerade der Pflichtteilsauspruch erwachsen ift (NG Recht 1913 Nr 532), und ift jedenfalls dann zu verneinen, wenn die Anerkennung nur gegenüber dem Nachlaßgericht erklart und von diesem nicht an den Erben weitergegeben, deshalb vom Erben auch nicht angenommen worden ift (96 Recht 1923 Nr 329). Die Frau bedarf zu Bergicht oder Erlaß nicht der Bustimmung des Mannes (§§ 1406 Nr 1, 1453, 1519, 1549), wohl aber bedürfen Bater und Bornnund der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung (§§ 1822 Nr 2, 1643 Abs 2). Ein Vertrag, durch den ein von dem Erben siber den Tod des Erblassers in Unkenntnis gehaltener Pflichtteilsberechtigter gegenilber bem Erben auf ben Pflichtteil verzichtet, ift wegen fehlenber Willenseinigung nichtig (NG 93, 297; §§ 154 A 1, 312 A 1). Im übrigen untersteht der Anspruch als eine reine Gelbforderung (NG 104, 196; 116, 7) ben allgemeinen schuldrechtlichen Borfchriften, fo auch hinfichtlich ber Berginslichkeit, bie bemgemäß erft bei Berzug ober Rechtshängigfeit eintritt (NG LB 1915, 2234). 2. Aufwertung. As ein reiner Gelbsunmenauspruch (kein sog. Wertauspruch in bem

insbesondere von Mugel, Aufwertungsrecht 5 320 vertretenen Ginne) ift ber Pflichtteils. aufpruch, wenn ber Erbfall in ber Beit vor Ginführung ber neuen Reichsmart eingetreten ist, als eine Markforderung entstanden. Diese ift nach § 242 (A 5dy) aufzuwerten; babei find zur Berbeiführung eines billigen Ausgleichs zwischen ben beiberseitigen Belangen alle Umstände bes Falles, namentlich der Umstand zu berücksichtigen, inwieweit sich der Erbe den Wert des Nachlasses erhalten hat (NG 116, 5; INdsch 1927 Nr 1119 u. 1120; Bay-Ob&G 24 A 256, auch 25 A 85). Der Berufung des Erben darauf, daß, wenn der Pflichtteilsberechtigte alsbald nach dem Erbfall befriedigt worden wäre, das Geld in seinen handen verbraucht oder entwertet sein würde, hat das RG (JW 1927, 14709) einen Erfolg versagt, weil es mit § 242 unvereinbar sei, daß der Erbe durch die bloße Unterlassung rechtzeitiger Bahlung feine Schuld zu einem Teile follte herabmindern tonnen, zu dem ihm der Wert des Nachlaffes verblieben fei. Db eine in entwertetem Gelde, wenn auch vor Mitte August 1922 (Ris 113, 136), auf eine Pflichtteilsschuld geleistete Zahlung noch als Bollzahlung ober nur als eine durch einen Aufwertungsanspruch auszugleichende Teilzahlung zu gelten hat, hängt, wie die gleiche Frage bei der Auszahlung von Markvermachtnissen (§ 2174 A 3a a. C), von den nach Treu und Glauben zu beurteilenden Umftanden des Falles ab. Das Aufwertungegeset v. 16. 7. 25 (§§ 62, 63 Abf 2 Rr 2, § 10 Abf 1 Rr 2) fest ber Auf. wertung von Pflichtteilsaufpruchen grundfablich feine Schranke. Es gilt auch fur bas Eingreifen biefes Gefetjes hier basfelbe, was (nach § 2174 A 3h) bei Markforberungen aus Ber-

machtnissen Rechtens ift.

3. Der einmal entstandene Unspruch ift bererblich und übertragbar gemäß §§ 398ff. Mit dem Erbteil kann die Befugnis zur Ausschlagung nach § 2306, als höchstpersönliches Recht bes Erben (§ 2038 A 3), nicht ober boch nur ber Ausübung nach übertragen werben. Dagegen fteht die Befugnis zur Ausschlagung des Bermächtnisses und Geltendmachung des Pflichtteils 364 Erbrecht

nach § 2307 auch dem Erwerber des Vermächtnisses zu, der damit nur eine Forderung durch eine andere ersetzt. Der Abtretung steht troß § 400 nicht entgegen, daß der Pflichtteilsanspruch nach BPO § 852 nur pfändbar ist, wenn er durch Vertrag anerkannt oder rechtshängig geworden ist (RG Seussell 68 Nr 130). Nur unter dieser Voraussetzung ist gegen den Anspruch Aufrechnung zulässig (§ 394) und gehört er auch zur Konkursmasse (KO § 1). Vers

jährung § 2332.

4. Von dem Pflichtteilsanspruch ist das Pflichtteilsrecht als die Quelle, aus der jener Anspruch unter gewissen Boraussetzungen entsteht, zu unterscheiden. Dieses Recht äußert schon dei Ledzeiten des Erblassers rechtliche Wirkungen. Es schränkt seine Testierfreiheit zugunsten seiner Abkömnlinge, seiner Eltern und seines Ehegatten ein. Eine Ausnahme von der ihm kraft des Pflichtteilsrechts obliegenden Hinterlassuspsschlicht bestimmen die §§ 2338 sp. Das dort geordnete "Recht zur Entziehung des Pflichtteils" (§§ 2385 Abs 2, 2337), durch dessen Ausübung er sich gegenüber dem Pflichtteilsberechtigten seine volle und unbeschränkte Testierfreiheit verschafft, ist ein gegenwärtiges sog. Recht des rechtlichen Könnens und kann daher auch dei Ledzeiten des Erblassers Gegenstand einer Feststellungsklage sein (RG 92, 1). Auch nach dem Erbfall erschöpfen sich die Wirkungen des Pflichtteilsrechts nicht in dem Pflichtteilsanspruch (vgl. §§ 2306 A 3, 2318 Abs 2 u. 3, 2319).

§ 2318

Der Erbe kann die Erfüllung eines ihm auferlegten Bermächtnisses soweit verweigern, daß die Pflichtteilslast von ihm und dem Bermächtnisnehmer verhältnismäßig getragen wird. Das gleiche gilt von einer Auflage1).

Ginem pflichtteilsberechtigten Bermächtnisnehmer gegenüber ift die

Rurzung nur soweit zulässig, daß ihm der Pflichtteil verbleibt2).

Ist der Erbe selbst pflichtteilsberechtigt, so kann er wegen der Pflichtteilslast das Bermächtnis und die Anflage soweit kürzen, daß ihm sein eigener Pflichtteil verbleibt3).

E I 1993 II 2183; M 5 420, 421; B 5 546-548.

1. Die Pflichteilslaft: die Verbinblichkeit zur Leistung des Pflichtteils trifft grundstellich den Erben. Hiervon kann ihn auch der Erblasse nicht befreien. Das Gesetz gewährt ihm jedoch im Verhältnis zu Vermächtnisnehmern und Anflagebeteiligten einen Ausgleich dafür, daß der Pflichtteil nach dem Reinbestande des Nachlasses und ohne Nücklicht auf die hiervon noch zu entrichtenden Vermächtnisse und Auflagen berechnet wird Pallicht auf die hiervon noch zu entrichtenden Vermächtnisse und Auflagen berechnet wird stall ihr die hiervon noch zu entrichtenden Vermächtnisse und Auflagen berechnet wird stall von Der Erbe darf auch sie zur Tragung der Pflichteilslass mit herauziehen, indem er den Betrag des Vermächtnisse usw. verhältnismäßig, d. h. um so viel kürzt, als dem Werte des Vermächtnisses und verhältnissis 2000 Nachlaß = 1:4. Daher trägt von 400 Pflichteil der Vermächtnissnehmer 100, sein Vermächtnis kürzt sich von 500 auf 400, er kann sich aber dassünschung der herhältnismäßige Kürzung ihm etwa auferlegter Beschwerungen erholen (§ 2188). Die Pflichtteilslasse kürzung ihm etwa auferlegter Beschwerungen erholen (§ 2188). Die Pflichtteilslasse kürzung ihm etwa auferlegter Beschwerungen erholen (§ 2188). Die Pflichtteilsglichen Stall von bem bloß auf den Erbeil des nasciturus gelegten Unterhaltsauspruch des § 1963. Der Boraus (§ 1932) kann zwar zur Deckung des Pflichtteils der Abkömmlinge, nicht aber auch desjenigen der Estern herangezogen werden, da er dei Berechnung des elterliche Pflichtteils bereits voll abgezogen ist (§ 2311 A 2). Ibs 1 enthält nur ergänzendes Kecht. Der Erblasser koll abgezogen ist (§ 2311 A 2). Ibs 1 enthält nur ergänzendes Kecht. Der Erblasser von Mittragung der Last befreien (§ 2189). Gegenüber dem Bermächtnisauspruch ist es Einrede, wenn der Erbe würzung auf Grund der Pflichteilslasser den Dermächtnisauspruch ist er beweisbsschaft zur Wertellungsrecht feinen Gebrauch macht, pflichteilsberechtigt; der Erbe hat das Kecht zur Verteilberechtigter den Pflichtteilsauspruch geltend macht (RC War

2. Die Absätze 2 u. 3 enthalten zwingende Vorschriften, durch die das Kürzungsrecht des Erben teils eingeschränkt (Abs 2), teils erweitert wird (Abs 3). Der Erbe kann das Vermächtnis gemäß Abs 1 nur dis auf den Belauf des dem Bedachten gebührenden Pflichtteils herabdrücken und nuß es voll entrichten, wenn dem pflichtteilsberechtigten Vermächtnismehmer damit nicht mehr als sein Pflichtteil zugewendet ist (§ 2307). Dagegen kann er sich

geniäß Abf 1 wegen der hierdurch eintretenden Erhöhung seiner Pflichtteilslast an anderen

ihm etwa auferlegten Bermächtniffen ufw. schadlos halten.

3. Die Fassung des Abs 3 ist im Hinblid auf § 2306 wenig geglückt. Übersteigt der Erbteil des selbst pflichtteilsberechtigten Erben nicht seinen Pflichtteil, so hat er Vermächtnisse und Auflagen überhanpt nicht zu tragen; sie gelten als nicht angeordnet (§ 2306 A 3). If fein Erbteil größer und hat er nicht außgeschlagen (§ 2306 A 4), so hat er damit auch die Verpflichtung zur Entrichtung der Vermächtnisse usv. selbst auf Kosten des eigenen Pflichtteils übernommen (DLG 14, 308). Er kann mithin auf die Bedachten die Pflichtteilslaft nur insoweit übertragen, als es sich um Befriedigung dritter Pflichtteilsberechtigter handelt. Der eigene Pflichtteil verbleibt ihm zwar nur in dem durch die Bermachtniffe ufw. bereits geminderten Umfange, weitere Beeinträchtigungen, die ihm aus der Befriedigung dritter Pflichtteilsberechtigter entstehen würden, braucht er jedoch (dies ift die Bedeutung der vorliegenden Borschrift) nicht zu dulben. Er kann vielmehr die baraus entstehende Pflichtteils. laft vollständig auf die Bermächtniffe usw. abwälzen. Nötigenfalls darf er auch das Bermächtnis eines Pflichtteilsberechtigten über die Grenze des Abf 2 hinaus mit heranziehen, ba bas eigene Pflichtteilsrecht bes Erben vor bemjenigen bes Bermächtnisnehmers jedenfalls ben Bortritt hat. - In Abf 3 ift ein Allein erbe vorausgesett, beim Borhandensein mehrerer Erben f. § 2319. Besondere Gestaltungen der Pflichtteilelaft in §§ 2320-2323.

\$ 2319

Ait einer von mehreren Erben selbst pflichtteilsberechtigt, so kann er nach der Teilung die Befriedigung eines anderen Pflichtteilsberechtigten soweit verweigern, daß ihm sein eigener Pflichtteil verbleibt1). Für den Ausfall haften die übrigen Erben2).

E II 2184; B 5 546-548.

1. Sandelt es fich um mehrere Erben, fo werden die Pflichtteilsausprüche gleich anderen Nachlaßverbindlichkeiten regelmäßig im Laufe der Auseinandersetzung befriedigt (§ 2046 A 1). Bis zur Teilung ift ber einzelne Miterbe burch § 2059 geschütt. Rach ber Teilung haftet er gegenüber dem noch unbefriedigten Pflichtteilsgläubiger grundsählich als Gesamtschuldner, jedoch in den Fällen der §§ 2060, 2061 nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil bes Unspruchs. Das Gesetz gewährt dem selbst pflichtteilsberechtigten Miterben eine in § 2318 Albs 3 auch dem Alleinerben eingeräumte zerstörende Einrede, durch die er sich vom Aflicht-teilsauspruch insolveit freimacht, als er im eigenen Aflichtteil verfürzt würde. Diese Einrede, für die der Miterbe beweispflichtig ift, steht ihm auch zu, wenn er unbeschränkt hastet, da hiervon der Aflichtteilsanspruch selbst in seinem Inhalte betroffen wird. Auch hier ist der eigene Pflichtteil des Miterben im Falle des § 2306 A 4 nur in dem durch etwaige Beschwerungen geminderten Umfange zu verstehen (vgl. § 2318 A 3).

2. Der ober Die übrigen nichtpflichtteilsberechtigten Erben haften für ben Ausfall gemäß §§ 2058, 2060ff. Der Erblaffer kann zwar im Berhaltnis biefer Erben zueinander die Pflichtteilslaft regeln (§ 2324), sie aber nicht gang hiervon befreien. — Das gleiche beim

Pflichtteilsergänzungsanspruch § 2328.

§ 2320

Ber an Stelle des Pflichtteilsberechtigten gejehlicher Erbe wird1), hat im Berhältniffe gu Miterben die Pflichtteilslaft2) und, wenn der Pflichtteils= berechtigte ein ihm zugewendetes Bermächtnis annimmt, das Bermächtnis in Sohe des erlangten Borteils zu tragen3).

Das gleiche gilt im Zweifel bon demjenigen, welchem ber Erblaffer den Erbteil des Pflichtteilsberechtigten durch Berfügung bon Todes wegen

angewendet hat4).

E I 1995, 1996 Abi 1 II 2185; M 5 421—424; B 5 548—550.

1. Alls geschlicher Erbe an Stelle des Pflichtteilsberechtigten — aber fo, baß letterem der Pflichtteilsaufpruch verbleibt - kommt in Betracht, wer infolge Ausschließung bes Pflichtteilsberechtigten von ber Erbfolge (§ 1938) ober infolge einer gemäß § 2306 A 4 erfolgenben Ausschlagung nachrückt.

2. Der einrudende Erbe übernimmt bamit nach außen die haftung für ben Pflichtteils. anspruch als Rachlagverbindlichkeit. Da aber dieselbe Tatsache, welche ben Pflichteilsanspruch erzeugt, ihm ben Borteil ber Erbenftellung verschafft, so entspricht es ber Billigfeit, daß er im Berhaltniffe gu Miterben infoweit auch die Pflichtteilslaft allein tragt. Dies hat auch 366 Erbrecht

bann zu gelten, wenn er schon ohnedies Erbe ist, aber infolge Wegfalls des Pflichtteilsberechtigten im Erbteil erhöht wird (§ 1935 A 3, NG Warn 1918 Nr 77). Die Pflichtteils oder Vermächnislast trifft ihn jedoch nur in Höhe des erlangten Vorteils. Dabei kommen die mit der Erbenstellung überkommenen Beschwerungen (s. auch § 2322), insbesondere die Haftung für jonstige Pflichtteilsausprüche in Vetracht. Aber auch der Vorteil, der darin liegt, daß z. B. der überlebende Spegatte statt neben Abkömmlingen nunmehr neben Estern usw. erbt und beshalb sowohl durch Erhöhung des Erbteils als durch den Anspruch auf den Voraus degünstigt wird (§§ 1931, 1932).

3. Ob das Bermächtnis dem Pflichtteilsberechtigten zur Abfindung auf den Pflichtteil (§ 2307) oder trot wirksamer Entziehung des Pflichtteils, also ohne eine hinterlassungspflicht

zugewendet ift, macht keinen Unterschieb.

4. Der Grundsat des Abs 1 wird im Wege gesetzlicher Auslegungsregel auf die gewillkürte Erbsolge ausgedehnt, auch hier ohne Unterschied, ob der vom Erbsasser Begünstigte durch die Verfügung von Todes wegen überhaupt erst Erbe wird oder nur eine Erhöhung seines gesetzlichen Erbeils erfätzt (NG Warn 1918 Nr 77). Er gilt auch im Falle der Anwachsung nach § 2094 und der Ersatberufung § 2096. Im übrigen braucht die Auwendung nicht gerade als "Erbeil" des Pssichteilsberechtigten bezeichnet zu werden, wenn sonst die Absicht erhellt, den an Stelle des Ausgeschlossen oder Ausschlagenden Berusenen in gleicher Weise zu bedenken. Nach § 2324 kann der Erbsasser abweichende Anordnungen treffen, insbesondere die Pssichtteilsligt auch den Miterben außerlegen.

§ 2321

Schlägt der Pflichtteilsberechtigte ein ihm zugewendetes Bermächtnis aus, so hat im Berhältnisse der Erben und der Bermächtnisnehmer zueinander derjenige, welchem die Ausschlagung zustatten kommt, die Pflichtteilslast in Höhe des erlangten Borteils zu tragen¹).

E I 1996 Abf 1 II 2186; M 5 422, 423; B 5 550, 551.

1. Schlägt der Pflichtteilsberechtigte das Bermächtnis ans und fordert er dafür gemäß 2307 den Pflichtteil, so entspricht es der Villigkeit, daß die Pflichtteilslast, zu deren Erfüllung das Vernächtnis bestimmt war, hiermit auch dann verdunden bleibt, wenn es einem anderen (Ersatdebachten, Unwachsungsberechtigten) ansällt oder daß die Pflichtteilslast von dem getragen wird, der durch die Ausschlagung befreit und somit um den Wert des Vermächtnissehmer). Dies alles nur in Höhe des durch die Ausschlagung erlangten Vorteils (§ 2820 A 2). Zwar steht der Pflichtteilsanspruch selbst nur gegen die Erben zu. Der Leistende hat aber einen schuldrechtlichen Ausgleichungsanspruch gegen denjenigen, welchem das ausgeschlagene Vermächtnis zustatten gefommen ist (Nürzungsrecht desselben § 2822) und darf, soweit dieser reicht oder soweit er selbst der Gebinnende ist, andere Vermächtnisnehmer nicht gemäß § 2318 A 1 zur Pflichtteilslast heranziehen (§ 2823). War mit dem ausgeschlagenen (Unter.) Vermächtnis ein anderer Vermächtnisnehmer beschwert, so kann er diesen, schon bevor er den Pflichtteil auszahlt, durch Jurüssbehaltung des Hauptvermächtnisses zur Erstattung nötigen (§ 273). Ubweichende Anordnungen des Erblasser § 2324.

§ 2322

Ist eine von dem Pflichtteilsberechtigten ausgeschlagene Erbschaft oder ein von ihm ausgeschlagenes Bermächtnis mit einem Bermächtnis oder einer Auflage beschwert, so kann derjenige, welchem die Ausschlagung zustatten kommt, das Bermächtnis oder die Auslage soweit kürzen, daß ihm der zur Deckung der Pflichtteilslast ersorderliche Betrag verbleibt¹).

E I 1996 216 2 II 2187; M 5 423, 424; B 5 549-551.

1. Die Vorschrift knüpft an §§ 2320, 2321 an, wonach die Pflichtteilslast von dem an Stelle des ausschlagenden Pflichtteilsberechtigten nachrückenden Erben oder von dem durch Ausschlagung des Vermächtnisses Gewinnenden zu tragen ist. Waren die ausgeschlagenen Auwendungen selbst wieder mit Vermächtnissen oder Aussagen verchwert, so gehen außer der Pflichtteilslast nach §§ 2161, 2192 auch diese Beschwerungen auf den Nachrückenden oder Gewinnenden über. Bezüglich der Veschwerungen ist er als Erbe durch §§ 1935, 2095 und 1992, als Vermächtnissehmer durch §§ 2159, 2187 dagegen geschützt, auf mehr als den Betrag der Zuwendung in Anspruch genommen zu werden. § 2322 gestattet ihm, und zwar mit Vorrang vor den Veschwerungen, auch die Pflichtteilslast auf den Vedachten und Aussagebeteiligten abzuwälzen, wenn und soweit ihm hiersür nach Deckung der Veschwerungen

nichts übriableibt. Reicht bagegen ber Restbetrag ber Zuwendung bazu aus, so hat er auch die Pflichtteilelaft allein zu tragen, felbst wenn die Erbschaft ober bas Bermächtnis hierburch ganz erschöpft wurde. Das Kürzungsrecht verbleibt bem Bedachten wie im Falle des § 2319 A 1, auch wenn er fonft unbeschränkt haften follte. Der verkurzte Bermächtnisnehmer ift gemäß § 2188 auch seinerseits wieder zur Kurzung berechtigt. Der Erblaffer fann abweichende Unordnungen treffen (§ 2324), auch durch Begunftigung eines einzelnen Bermächtniffes bas Rurgungerecht bes Erben ufw. entsprechend einschranten (§ 2189). Bezüglich bes Boraus bal. § 2318 A 1.

\$ 2323

Der Erbe tann die Erfüllung eines Bermächtniffes oder einer Auflage auf Grund bes § 2318 Abf 1 insoweit nicht berweigern, als er die Pflichtteilslast nach den §§ 2320 bis 2322 nicht zu tragen hat1).

G I 1997 II 2188: M 5 424. B 5 551.

1. Die (nach § 2324 abanderungsfähige) Borschrift bient bem Bermachtnisnehmer und Auflagebeteiligten als Mittel, den Beschwerten bagu gu zwingen, von den Befugniffen ber §§ 2320—2322 zur Abwälzung der Pflichtteilstast auch wirklich Gebrauch zu machen.

\$ 2324

Der Erblaffer kann durch Berfügung von Todes wegen die Pflichtteilslaft im Berhältnisse der Erben queinander einzelnen Erben auferlegen1) und bon den Boridriften des § 2318 Abi 1 und der SS 2320 bis 2323 abweichende Anordnungen treffen2).

E I 1994 Sat 2, 1998 II 2189; M 5 421, 424; B 5 548, 551.

1. Die Pflichtteilsschuld mehrerer Erben ift nach außen immer eine gemeinschaftliche und grundfählich gesamtschuldnerische Berbindlichkeit gemäß §§ 2058ff. Rur im Berhältnis zueinander fann sie ber Erblasser damit verschieden beschweren (§ 2046 Abf 2) und badurch gegenseitige schulbrechtliche Ausgleichungsansprüche unter ihnen begründen. § 2189 gestattet ihm, auch einem einzelnen Bermächtnisnehmer die Pflichtteilslast aufzuerlegen. Doch bleibt der Pflichtteilsberechtigte mit seinem Anspruch in jedem Falle an den Erben gewiesen

(§ 2303 A 3).

2. Dem Erblasser ist jede anderweite Regelung der Pflichtteilstast gestattet, durch die er nicht in das eigene Pflichtteilsrecht des Erben (§§ 2318 A 3, 2319) oder des Vermächtnisnehmers (§ 2318 A 2) eingreift. Junerhalb dieses Rahmens kann er das Necht des Erben zur verhältnismässignen Kürzung der Vernächtnisse und Auflagen nicht nur erweitern oder belöhöuten generm auf beschränken, sondern auch ausschließen. Eine solche Anordnung braucht, wie auch sonst lett-willige Bestimmungen, nicht ausdrücklich getroffen zu werden (§ 2084 A 2). So genügt es, wenn fich aus bem Zusammenhange bes Testaments, nötigenfalls unter Mitberudsichtigung von Umftänden außerhalb des Testaments, als der Wille des Erblassers erkennen läßt: Nachlagverbindlichkeiten irgendwelcher, auch unvorhergesehener, Art sollten im Berhältnisse zwischen einem Vermächtnisnehmer und dem Erben nicht zu einer Aurzung der Zuwendung an jenen führen, sondern zu Lasten des diesem verbleibenden Nachlasses gehen. Es ist dann unerheblich, ob der Erblasser um das Pflichtteilsrecht einer von ihm übergangenen Person gewußt und an die Möglichkeit einer Geltendmachung des Pflichtteilsauspruchs durch sie gedacht hat oder nicht (NG Warn 1927 Nr 35).

§ 2325

Hat der Erblasser einem Dritten eine Schenkung gemacht2), so kann der Pflichtteilsberechtigte als Erganzung des Pflichtteils1) den Betrag verlangen, um den fich der Aflichteil erhöht, wenn der verschenkte Gegenstand dem Rachtasse hinzugerechnet wird3).

Eine verbrauchbare Sache kommt mit dem Werte in Ansatz, den sie zur Beit der Schentung hatte4). Gin anderer Gegenstand tommt mit dem Berte in Anfat, den er gur Zeit des Erbfalls hat; hatte er gur Zeit der Schenkung

einen geringeren Wert, fo wird nur diefer in Anfatz gebracht5).

Die Schentung bleibt unberüdsichtigt, wenn zur Zeit des Erbfalls gehn Jahre seit der Leistung des verschentten Gegenstandes verstrichen sind6): ift 368 Erbrecht

bie Schenkung an den Chegatten des Erblassers erfolgt, so beginnt die Frist nicht vor der Auflösung der Che?).

E I 2009, 2010 II 2190; RTVort 2298; M 5 581-588; B 6 104, 105.

- 1. Der Anspruch auf Ergänzung des Pflichtteils (nicht zu verwechseln mit dem Auspruch auf Vervollständigung des Pflichtteils aus §§ 2305, 2307) unterliegt grundsählich den Vorschriften über den (ordentlichen) Pflichtteilsanspruch (NG L3 1925, 107110), so auch bezüglich der Ausfunftspflicht über die in Vetracht kommenden Schenkungen gemäß § 2314 A 1 (NG 73, 369). Er steht, wie nach § 2303 A 3, regelmäßig gegen den Erden und nur aussuchnisweise gegen den Rescheiten zu (§ 2329) und dient dazu, den Verechtigten gegen Verfürzungen seines Pflichteils unter Lebenden zu schäßen. Ob der Verechtigte bereits zur Zeit dieser Verfürzung vorhanden und pflichtteilsberechtigt war, oder ob er es erst später geworden, ist gleichgültig. Ebenso, ob er am Nachlaß als Pflichteilserde oder unr als Pflichteilssländiger beteiligt ist (NG 80, 135). Liegt nur der Tatbestand der §§ 2325ff. vor, so kommt eine Nichtigkeit des Vertrags wegen Verstoßes gegen die guten Sitten (§ 138) nicht in Frage. Es greisen hier die gleichen Ernndsähe Plah, wie sie für die Fälle der Anssechung wegen Tänschung oder Drohung (NG 72, 218; 83, 112) und wegen Verstoßes gegen KD § 31 Ar 1 oder Anssechung und eine den §§ 2325ff. unterliegende Schenkung gegen die guten Sitten verstoßen (NG 2. 2. 25 IV 531/24).
- 2. Der Anspruch wird durch Schenkungen jeder Art begründet ohne Mücksicht auf den Betrag und darauf, ob sie aus dem Stammvermögen oder aus lausenden Einkünften oder ob sie in Benachteiligungsabsicht gemacht sind (§ 2287). Der Begriff der Schenkung ergibt sich aus §§ 516 Abs 1, 517. Für die Frage, od und inwieweit in einem gegenseitigen Bertrag eine Schenkung enthalten ist, kommt es nicht auf die Verhältnisse auch zeit des Erbfalls (Abs), sondern zur Zeit der Schenkung an (MG ZB 1916, 11177). Unter Umständen kann eine Schenkung auch in der Begründung der allgemeinen Gütergemeinschaft gesunden werden (MG 87, 301). Auch die gemischte Schenkung (§ 516 Ar, NG Warn 08 Ar 205), die das Maßübersteigende Ausstattung (§ 1624 Abs 1) und die vollzogene Schenkung von Todes wegen gehören hierher (§ 2301 Abs 2). Edensv die Zuwendung an eine damit erst begründete Stiftung (NG 54, 399). Grundsählich auch die besohnende Schenkung (NG LZ 1918, 107622). Aux Anstands uhw. Schenkungen sind anderer Pilichteilsberechtigter (Ehegatte in Abs 3) sein (NG 69, 390). Dat der Ergänzungskläger auch selbst ein Geschen erhalten, so zist § 2327. ungeberechtigt ist der Pilichteilsberechtigte, d. h. wer zum kreise der in § 2308 genannten unden Angehörigen gehört (§ 2317 Al 4), auch dann, wenn er gesehlicher Erbe ist (NG 58, 124; 80, 135).
- 3. Die Ausgleichung erfolgt auf Grund einer fiktiven Berechnung des Rachlasses, indem ber berschenkte Gegenstand, b. h. ber durch Schätzung ermittelte Wertbetrag ber Schenkung ohne Abzüge (vgl. aber § 2329 U 3) dem nach § 2311 maßgebenden Bestande, und zwar wie im Falle des § 2315 A 6 des Gesamtnachlaffes hinzugerechnet, nicht auch tatfächlich zugeführt wird. Der sich hiernach heransstellende Mehrbetrag des Pflichtteils bildet, verglichen mit dem reinen Pflichtteil, die dem Berechtigten unmittelbar gutommende (RG 3B 1911, 99643) "Ergänzung". Ift ein greifbarer Nachlaß nicht vorhanden, so berechnet sich der Ergänzungsauspruch lediglich nach dem Betrage der Schenkung. Ausgleichungspflichtige Zuwendungen bleiben dabei außer Betracht, da fie nach § 2316 bereits bei Berechnung bes ordentlichen Pflichtteils zu berücksichtigen sind (986 77, 284). Doch wird der Erbe in diesem Falle regelmäßig nur als Beschenkter aus § 2329 zu haften haben. Für einen Ergänzungsanspruch, auch in der Richtung gegen den Beschenkten, ist überhanpt tein Raum, wenn der Nachlaß selbst bei hinzurechnung des verschenkten Gegenstandes nicht aktiv wird (RG 23 Auch das Schenkungsversprechen ift Schenkung im Sinne von Abf 1. Ist es noch nicht erfüllt, so ist es - wenn die Fälligkeit hinausgeschoben ist, zum Zeitwerte § 2313 A(3) — ein Paffinum und es wird, wenn der Ergänzungsanspruch erhoben wird, (für die fiftive Berechnung) zugleich ein Aftivum des Nachlasses (RG LB 1928, 534). Wegenüber dem Empfänger des Schenkungsverfprechens tann der Erbe Erfüllung nur verweigern, soweit er selbst pflichtteilsberechtigt ist (§ 2328).
- 4. Verbrauchbare Sachen § 92. Im Falle des Schenkungsversprechens ist die Zeit der Erteilung, nicht die der Leistung (A 6) maßgebend (a. M. Strohal bei Planck A 3a; Kipp § 36 III n. a.) Handelt es sich um den schenkungsweisen Erlaß einer Schuld, so kommt nach der Natur der Sache ebenfalls nur die Zeit der Schenkung in Vetracht (NG 80, 137). Fällt eine hierher gehörige Schenkung in die Zeit vor der Inflation, der Erbfall dagegen in die Inflationszeit, so gilt für die Umrechnung des nach der Zeit der Schenkung anzusehenden Wertes Entsprechendes wie nach § 2315 A 7.

- 5. Die Maßgeblichkeit der Zeit des Erbfalls für "andere Gegenstände", also für nicht verbrauchbare Sachen und für Nechte, entspricht der Negel des § 2811. Die Gesahr der Wertsverringerung oder des Untergangs der Sache in der Zeit zwischen Schenkung und Erbfall hat sonach der Ergänzungsberechtigte zu tragen, selbst dann, wenn der Beschenkte daran Schuld trüge. Doch tritt in den Fällen des § 281 an Stelle des geschenkten Gegenstandes der Ersah oder Ersahanspruch. Anderseits kommt (zufolge Half 2 der vorliegenden Vorschrift) eine dis zum Erbfall eingetretene Werts steigerung dem Ergänzungsberechtigten nicht zugute. Wertschwankungen in der Zwischenzeit bleiben ganz außer Vetracht. Ob sich der geschenkte Gegenstand noch im Vermögen des Veschenkten befindet, ist im Verhältnis zum Erben gleichgültig. Veweispflichtig für den behaupteten Umfang der Schenkung und die behauptete Werthöhe ist der Ergänzungskläger (NG ZW 1916, 11177: Fall der Schenkung eines Landguts mit Juventar). Wendet der Erbe gegensüber der auf den Wert zur Zeit des Erbfalls abgestellten Ergänzungsklage ein, der Wert sei zur Zeit der Schenkung eringer gewesen, so liegt ihm der Beweis ob. Über den Umfang der Begründungspflicht bei einer den Ergänzungsanspruch vordereitenden Fesistellungsklage vgl. NG ZW 1916, 675¹⁶.
- 6. Die zehnjährige Ausschlußfrist (Berechnung §§ 187, 188) beginnt, abweichend von A 4 auch beim Schenkungsversprechen erst mit Leistung des Gegenstandes. Sie gilt nicht für die dem Ergänzungskläger selbst zugewendeten Schenkungen (§ 2327 A 2), kommt aber auch dem Beschenkten zugute, wenn er gemäß § 2239 an Stelle des Erben belangt wird (NG 81, 204).
- 7. Alle an den **Chegatten** gemachten Schenkungen sind ohne zeitliche Beschränkung anrechnungspflichtig. Auflösung der Ehe durch Tod, Scheidung oder Aufhebung der eheslichen Gemeinschaft nach §§ 1586f., Wiederverheiratung § 1348 Abs 2. Der Pflichtteisergänzungsanspruch ist auch dann gegeben, wenn die Schenkung bereits vor 1. 1. 00 erfolgt, der Erbfall aber erst nach dieser Zeit eingetreten ist (NG 54, 241; 58, 128). Besonderheiten, wenn die Schenkung vom Ehegatten in westschieder Eütergemeinschaft vorgenommen worden ist, NG AV 1911, 99643. Zuständiges Gericht BVO § 27.

Der Pflichtteilsberechtigte kann die Ergänzung des Pflichtteils auch dann verlangen, wenn ihm die Hälfte des gesetlichen Erbteils hinterlassen ist.). Ist dem Pflichtteilsberechtigten mehr als die Hälfte hinterlassen, so ift der Anspruch ausgeschlossen, soweit der Wert des mehr Hinterlassenen reicht.).

E I 2011 II 2191; M 5 461; B 5 589.

- 1. Der Ergänzungsanspruch steht auch dann zu, wenn der Pflichtteilsberechtigte wegen des ordentlichen, nach dem Reinbestande des Nachlasses gemäß § 2303 A 4 berechneten Pflichteils gedect ist und erst infolge der Hinzurechnung des Geschenks (§ 2325 A 3) sich eine Erhöhung des Pflichtteils herausstellt. So namentlich, wenn sich erst hierdurch der Nullbestand des reinen Nachlasses in einen Aktivbestand verwandelt (§ 2325 A 3).
- 2. Ift bem Pflichtteilsberechtigten, ber auch als Alleinerbe berufen fein kann, mehr als die Halfte des geschlichen Erbteils hinterlaffen, fo erwirbt er durch eine gemäß § 2306 21 4 erfolgende Ausschlagung den ordentlichen Pflichtteilsanspruch und zugleich den Ergänzungsanspruch. Aber auch wenn er ben ordentlichen Anspruch nicht hat, sei es, weil der ihm hinterlassene Erbteil frei von Beschränkungen ober Beschwerungen ist ober weil er ihn trot Beschränkungen oder Beschwerungen annimmt, kann er den Ergänzungsanspruch erheben. muß fich bann jeboch bas hinterlaffene auf biefen Anfpruch anrechnen laffen, foweit es ben Betrag des ordentlichen, nach dem wirklichen Nachlaßbestande berechneten Pflichtteils übersteigt. und hat keinen Auspruch auf Ergänzung, wenn er dafür bereits durch das mehr Zugewendete gedeckt ist. Dasselbe gilt nach § 2307 Abs 1, wenn er mit einem Vermächtnis bedacht ist. Die Beschränkungen ober Beschwerungen, mit benen ihm der größere Erbteil ober das größere Bermächtnis hinterlassen ist, haben entsprechend § 2307 A 3 außer Betracht zu bleiben, wenn es sich um Ermittlung des Wertes des Sinterlassenen handelt. Mit Strohal bei Bland 21 4 und anderen dort Angeführten wird jedoch dem Erganzungsberechtigten aus § 119 das Recht auf Unfechtung der Annahme zuzugestehen sein, wenn er die beschränkte oder beschwerte Zuwendung, Erbteil oder Vermächtnis, in Unkenntnis von der Schenkung angenommen hatte. Ob der Pflichtteilsberechtigte gewillkurter oder gesellicher Erbe geworden, macht wie für § 2325 (RG 58, 126), fo auch für § 2326 feinen Unterschied.

Halten¹), so ist das Geschent in gleicher Weise wie das dem Dritten gemachte Geschent dem Nachlasse hinzuzurechnen und zugleich dem Pstlichtteilsberechstigten auf die Ergänzung anzurechnen²). Ein nach § 2315 anzurechnendes Geschent ist auf den Gesamtbetrag des Pstlichtteils und der Ergänzung anzurechnen³).

Ist der Pflichtteilsberechtigte ein Abkömmling des Erblassers, so findet

die Borschrift des § 2051 Abs 1 entsprechende Anwendung4).

@ I 2012 II 2192; M 5 462, 463; B 5 589; 6 104, 105.

1. Vorausgesett ist, daß neben dem als Ergänzungskläger gedachten selbst beschentten Pflichtteilsberechtigten noch ein Dritter vom Erblasser Beschenkter in Betracht kommt, der ein Fremder (§ 2329) oder Miterbe oder gleichfalls Pflichtteilsberechtigter sein kann.

2. Wenn das Geschent in gleicher Beize dem Nachlasse hinzugurechnen ist wie das dem Dritten gemachte Geschent, so wird damit nur auf Abs 2 des § 2325 Bezug genommen, der je nach der Art des Schenkungsgegenstandes über den für den Wertsansak maßgebenden Zeitpunkt bestimmt. Nicht aber kommt dem selbst beschenkten Ergänzungskläger auch die zehnightige Ausschlußfrist des Abs zugute, er hat sich vielmehr die ihm selbst oder seinem Vorschung gemachten Geschenke ohne zeitliche Beschräung aurechnen zu lassen (NG 69, 389). Soweit die mehreren Geschenke zugleich ausgleichungspflichtige Zuwendungen darkellen (§ 2050) und deshalb bereits dei Berechnung des ordentlichen Pflichteils eines Abkömmtings berücksichtigt sind (§ 2316 A 3), scheiden sie völlig aus und kommen für die Ergänzung nicht mehr in Frage, vgl. auch NG 77, 284. Sind sie nicht ausgleichungspflichtig, so werden sie dem Gesamtnachsaß hinzugerechnet; danach bestimmt sich der dem Wetreffenden im ganzen gedührende Pflichteil. Der Unterschied zwischen diesem und dem ordentlichen Pflichtteil ist der Betrag der Ergänzung. Nur auf diese Ergänzung hat sich der Pflichteilsberechtigte die selbst empfanzene Schenkung aurechnen zu sassen, dassen der Ergänzungsbetrag überseit, bleibt sie ganz außer Betracht (s. jedoch A 3).

3. Nur wenn der Erbsassen zu der Ausenhung des Geschents auf den Pflicht-

3. Nur wenn der Erblasser gemäß § 2315 Ubs 1 Aurechnung des Geschents auf den Pflichteteil angeordnet hatte, muß sich der Ergänzungsberechtigte (entgegen A 2) die selbst empfangene Schenkung, soweit sie mehr beträgt als die Ergänzung, auch auf den ordentlichen Pflichtteilsanspruch anrechnen lassen. Für die Wertsbestimmung ist in diesem Falle nicht § 2825 Ubs 2,

sondern nach § 2315 A 7 immer nur die Zeit ber Schenfung maßgebend.

4. Übereinstimmend mit § 2315 Abs 3 (Näheres bort A 8) hat sich ber in bas Pflichtteilsrecht nachrlidende Abtömmling auch bezüglich ber seinem Borsahren gemachten Schenkungen so behandeln zu lassen, wie wenn er selbst ber Beschenkte wäre.

\$ 2328

Ist der Erbe selbst pflichtteilsberechtigt, so kann er die Ergänzung des Pflichtteils soweit verweigern, daß ihm sein eigener Pflichtteil mit Einschluß dessen verbleibt, was ihm zur Ergänzung des Pflichtteils gebühren würde¹).

G I 2018 II 2198; M 5 463-466; B 5 589-591; 6 105, 106.

1. Aus ben allgemeinen, nach § 2325 A 1 auch hier anwendbaren Borschriften über die Pflichtteilslast folgt, daß der pflichtteilsberechtigte Erbe die Last auch insoweit auf Bermächtnisnehmer und Auflagebeteiligte abwälzen darf, als sie durch die Ergänzungspflicht gesteigert ist (§ 2318). Entsprechend dem § 2819 ist ihm, und zwar gleichviel ob er Miterbe oder Alleinerbe ist, jedoch nur gegenüber dem Ergänzungsanspruche, ein im Wege der Einrede versolgbares Verweigerungsrecht beigelegt, durch das er sich im Genusse des eigenen nach Ergänzungsgrundsäten ihm selbst gebührenden Pflichteils erhalten kann. Für den Außfall haftet dem Ergänzungsberechtigten, soweit er sich nicht an andere Erben halten kann, nach den Grundsäten des § 2329 der Beschenkte, und zwar auch dann, wenn er mit dem Erben wiederum identisch ist.

§ 2329

Soweit der Erbe zur Ergänzung des Pflichtteils nicht verhflichtet ift1), tann der Pflichtteilsberechtigte von dem Beschentten die Herausgabe des Geschentes zum Zwede der Befriedigung wegen des sehlenden Betrags2)

nach den Vorschriften über die Heransgabe einer ungerechtsertigten Bereicherung fordern³). Ist der Pflichtteilsberechtigte der alleinige Erbe, so steht thm das gleiche Recht zu⁴).

Der Beschentte tann die Herausgabe durch Zahlung des fehlenden Be-

trags abwenden5).

Unter mehreren Beschenkten haftet ber früher Beschenkte nur insoweit, als der später Beschenkte nicht verpflichtet ist6) 7).

E I 2014-2016 II 2194; M 5 466-468; B 5 592-595.

- 1. Aushilsweise tritt Haftung des Beschenkten ein, soweit der Erbe zur Ergänzung nicht berpflichtet ist (j. auch A4). Der Erbe ist von vornherein nicht dazu verpflichtet, wenn der Nachlaß mit Null aufgeht oder überschuldet ist (§§ 2311 A1, 2825 A3). Ferner nicht, soweit er nach § 2328 die Ergänzung verweigern kann. Über auch dann nicht, wenn und soweit er infolge von Wertsveränderungen des Nachlasses den entstandenen Ergänzungsanspruch nach den Grundsähen der beschreiten Haftung (§§ 1975 st., insbesondere 1991 Abs 4, 1992) nicht zu erfüllen draucht, ja sogarznicht erfüllen darf (NG 58, 127; a. M. Planck A1). Alle derartigen Beseiungsgründe schließen es jedoch nicht aus, den als Erbe zur Ergänzung nicht verpflichteten Erben nunmehr persönlich in seiner Eigenschaft als Beschenkter in Anspruch zu nehmen (NG 3W 1912, 91314). Dagegen kann der Ergänzungsberechtigte Ausfälle, die er infolge Zahlungsunsähigkeit des unbeschräntt hastenden Erben erseidet, nicht gegen den Beschenkten geltend machen.
- 2. Der Ergänzungsanspruch wird badurch, daß er gegen den Beschenkten versolgt wird, nicht in seinem Grunde, sondern nur nach Art und Umfang der Haftung verändert (NG 58, 128). Die Normen des Pflichtteilsrechts sind auf ihn auch in diesem Falle anwendbar, soweit dies nit den sich aus der Richtung des Auspruchs gegen den Beschenkten ergebenden Eigentsmichteiten vereindar sie (NG 73, 370f.; L3 1925, 1071¹º). Namentlich vancht der Beschenkte, ebenso wie der Erbe (§ 2325 A6), eine länger als zehn Jahre zurückliegende Schenkung nicht heranszugeben (NG 81, 204). Der Anspruch geht auf Geld, auf den sehenden Betrag, dessen Sohe sich nach §§ 2325—2327 unter Abzug des vom Erben Erlangten oder zu Erlangenden berechnet. Gleichwohl ist der Beschenkte grundsahlich nicht zur Jahlung, sondern zur Heransgade des Geschenks zum Zweie der Beschenkte und gemäß Abs 2 unt zur Zahlung berechtigt. D. h. er ist, wie in den Fällen der §§ 1973 A 6, 1990 A 4 verbunden, die Zwangsvollstreckung in die Gegenstände der Schenkung zu dutden. Dementsprechend hat unter Bezisserung des gesorderten Geldbetrags auch die Verurteilung zu lauten. Nur wenn Geld geschenkt war, sind heransgade und Zahlung dasselbe. Eine Aussunstspssicht des beschenkten Dritten besteht, adveichend von § 2325 A 1, nur dann, wenn er nach § 260 einen Inbegriff heranszugeben hat (NG 78, 871; 84, 204).

 Anbegriff ist dabei in dem weiten NG 90, 189 dargelegten Sinne zu verstehen (NG INC)
- 3. Wegen der Anwendung der Vorschriften über die Ferausgabe einer ungerechtsertigten Bereicherung vgl. § 1973 A 5. Die Bereicherung wird durch die dem Beschenkten entstandenen Kosten des Schenkungsakts vermindert (MG Warn 08 Ar 205). Zur Kenntnis vom Mangel des rechtlichen Grundes (§ 819 Abs 1) gehört regelmäßig Kenntnis vom Stande des Nachlasses und der Ergänzungsbedürftigkeit des Pflichteils im Sinne von §§ 2925 ff. Doch kann die Kenntnis auch schon zur Zeit der Schenkung gegeben sein, wenn dem Empfänger eine damit verbundene Benachteiligungsabsicht des Erblassers bekannt war (vgl. auch §§ 818 Abs 2, 826). Der fernere Empfänger, dem die Schenkung unentgelklich zugewendet ist, haftet nach § 822. Handelt es sich um ein noch nicht erfülltes Schenkungsversprechen, so ist der Schenkungsanspruch herauszugeben.
- 4. Ist der Pflichtteilsberechtigte der alleinige Erbe, so kommt von vornherein nur der Ergänzungsanspruch gegen den Beschenkten in Frage. Er kann, wenn es sich um ein Schenkungsderschrechen handelt, auch durch Berweigerung der Leistung ausgeübt werden. It der Beschenkte Miterbe des Ergänzungsderechtigten, so haftet er jedenfalls als Beschenkter, soweit er nicht schon als Erbe verpslichtet ist (A.1). Der Pflichtteilsberechtigte, welcher der alleinige Erbe ist, sit zur Geltendmachung des Ergänzungsanspruchs gegen den Beschenkten auch dann befugt, wenn die Berfügung über den Nachlaß infolge der Erössnung des Nachlaßtonkurses wachlaßtonkurses dem Konkursverwalker zusteht. Zener Anspruch und ein nach ND § 32 bestehender Ansechtungsanspruch sind keine Gesantgläubigersorderungen, sondern sie stehen in dem Berhältnisse zueinander, daß mit der Durchsührung der Ansechtung und in dem Maße dieser Durchsührung die Bereicherung des Beschenkten und damit nach A 3 eine Boraussehung für die Berpflichtung zur Pflichtteilsergänzung sortsällt (NG LB 1928, 534). Ein dem Falle, daß der ergänzungsberechtigte Pflichtteilsberechtigte alleiniger Erbe ist, entsprechen-

372 Erbrecht

der Tatbestand kann auch bei einer Erbenmehrheit vorliegen (wie in dem Falle RG a. a. D., in dem die Kinder und der Ehegatte des Erblassers die gesetzlichen Erben des durch die Schenkung an einen Fremden geminderten Rachlasses geworden waren).

5. Abwendung der Herausgabe durch freiwillige Zahlung des fehlenden Betrags (A 2), also nicht wie nach §§ 1973 U 7, 1992 U 4 des Wertes der von der Zwangsvollstreckung

bedrohten ober ergriffenen Schentungsgegenstände.

6. Reihenfolge der mehreren Beschentten: Der zuleht Beschenkte hastet zuerst. Nur soweit er nicht verpflichtet ist (nicht auch soweit er nicht zahlungsfähig), kann der nächste früher Beschentte herangezogen werden. Die Verpflichtung erlischt insbesondere durch Wegsall der Bereicherung vor Eintritt der Nechtshäugigkeit oder der erlangten Kenntnis gemäß §§ 818 Ubs 4, 819. Oder durch Fristablauf, während sich ein früher beschentter Ehegatte

hierauf nicht beziehen darf (§ 2325 A 7).

7. Beweislast. Der Ergänzungskläger hat die Schenkung und im Falle A 1 serner zu beweisen, daß oder inwieweit der Erbe nicht verpslichtet ist. Diese Beweislast trisst ihn auch dann, wenn er den Erben selbst in der Eigenschaft des Beschenkten in Anspruch ninnut (NG 80, 136). Im Falle A 4 hat er zur Berechnung des ihm gebührenden Betrags den Bestand des Nachlasses darzulegen (NG 84, 207). Der Beklagte ist dafür beweispslichtig, daß er nicht bereichert oder daß ein zunächst haftender späterer Beschenkter vorhanden ist. Daß dieser nicht verpslichtet sei, ist Keplik des Klägers. Von mehreren Pslichteilsberechtigten kann jeder klagen. Soweit der Beschenkte an ihn herausgibt, mindert sich seine Bereicherung. Verjährung § 2332 Abs 2.

§ 2330

Die Borschriften der §§ 2325 bis 2329 finden teine Anwendung auf Schenkungen, durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wird.).

E I 2018 II 2195; M 5 469; B 5 596.

1. Anstandsichenkungen usw. sind nur so weit ergänzungspflichtig, als sie das hiernach sich bestimmende Maß überschreiten (vgl. auch §§ 584, 1446, 1641, 1804, 2113, 2205). Die Beweissaft dafür, daß oder inwieweit es sich um eine Anstandsschenkung usw. handelt, trifft den, der sich darauf beruft (NG LB 1918, 1076²³).

§ 2331

Gine Zuwendung, die aus dem Gesamtgute der allgemeinen Gütergemeinschaft, der Errungenschaftsgemeinschaft oder der Fahrnisgemeinschaft erfolgt, gilt als von jedem der Ehegatten zur Hälfte gemacht. Die Zuwendung gilt jedoch, wenn sie an einen Abkömmling, der nur von einem der Ehegatten abstammt, oder an eine Person, von der nur einer der Chegatten abstammt, erfolgt oder wenn einer der Ehegatten wegen der Zuwendung zu dem Gesamtgut Ersatz zu leisten hat, als von diesem Chegatten gemacht.

Diese Borschriften finden auf eine Zuwendung aus dem Gesamtgute der

fortgesetten Gütergemeinschaft entsprechende Anwendung1).

Œ I 1991, 2017 II 2196; M 5 416, 468; B 5 525, 596.

1. Lgl. A 1—3 zu § 2054, mit dem die Borschrift, bis auf den die Eltern eines Shegatten betreffenden Zusat in Abs 1, wörtlich übereinstimmt. Sie bezieht sich sowohl auf den ordentlichen, wie auf den Pflichtteilserganzungsanspruch (NG 94, 265).

§ 2332

Der Pflichtteilsanspruch verjährt in drei Jahren von dem Zeithunkt an, in welchem der Pflichtteilsberechtigte von dem Eintritte des Erbfalls und von der ihn beeinträchtigenden Berfügung Kenntnis erlangt¹), ohne Rücksicht auf diese Kenntnis in dreißig Jahren von dem Eintritte des Erbsalls an²).

Der nach § 2329 dem Pflichtteilsberechtigten gegen den Beschentten zustehende Anspruch verjährt in drei Jahren von dem Eintritte des Erbfalls an3).

Die Berjährung wird nicht baburch gehemmt, daß die Ansprüche erst nach der Ausschlagung der Erbschaft oder eines Bermächtnisses geltend gemacht werden können⁴).

E I 1999 II 2197; M 5 425-428; B 5 551, 593, 594.

1. Die Berjährung sowohl bes ordentlichen, als auch bes Pflichtteilserganzungsanspruchs ist in drei Jahren beendet. Sie beginnt, soweit der Anspruch gegen den Erben zusteht (§§ 2303, 2305—2307, 2325—2328), mit der Neuntnis des Pflichtteilsberechtigten vom Erbfall und von der ihn beeinträchtigenden Verfügung. Eine den Pflichtteilsberechtigten im Sinne bieser Vorschrift in seiner Rechtsstellung beeinträchtigende Verfügung von Tobes wegen liegt immer dann vor, wenn die Verfügung einen nach §§ 2303, 2305, 2306 A 4, 6 ober § 2307 einen Pflichtteilsaufpruch begründenden Inhalt hat, mag biefer fraft Gesehes bestehende Pflichtteilsanspruch auch in der Verfügung ansbrücklich anerkannt sein (986 113, 234). Die vom Pflichtteilsberechtigten erlangte Renntnis ung sich auf den für ihn wesentlichen, seine Beeinträchtigung ergebenden Inhalt der Berfügung (NG 70, 362) sowie auf ihre Gültigkeit erstrecken. Hieran fehlt es z. B., solange er die Unterschrift des Erbsasser unter dem ihn von der Erbsolge ausschließenden Testament für unecht hält; die Kenntnis ist in dieser Hinsicht, wie auch sonst (§ 1944 A 2, § 2082 A 2), mit zuverlässigem Ersahren der in Betracht kommenden Umstände erlangt (RG 115, 27). Auf die Kenntnis vom Stande des Nachlasses kommt es für den Beginn der Frist nicht an (RG 104, 195). Mit ber "Berfügung" ist zunächst gemeint die den Berechtigten von der Erbsosse ausschließende oder sonst beeinträchtigende Verfügung von Todes wegen. Die Kenntnis hiervon muß nicht notwendig durch deren amtliche Verkündung erlangt sein. Umgekehrt spervon mith nicht notwendig dieth verein antriche Vertindige kertungt gertängt fein. Umgelehrt schließt die Tatsache der Verkündung nicht unbedingt Mangel der Kenntnis ans. Die Vorschrift des § 1944 Abs 2, wonach die Frist nicht vor antsicher Verkündung der seiziwissigen Verfügung au sauseint, ist nicht entsprechend anwendbar (NG 66, 30). In zweiter Linte kann unter der "Verfügung" auch eine solche im Sinne von Vorbem 7 vor § 104 verstanden werden. Demgemäß wird, soweit es sich um den nach §§ 2325—2328 gegen den Erben zu richtenden Ergänzungsauspruch handelt (anders nach Abs 2 für den Anspruch aus § 2329 gegen ben Beschenkten), gum Beginn ber Berjährung auch Kenntnis von Bornahme ber beeinträchtigenden Schenkung zu erfordern sein. Gegen eine pflichtteilsberechtigte Ehefran läuft die Berjährung auch bann, wenn fie nach guterrechtlichen Borfchriften zur Berfügung über ben Pflichtteilsanspruch und zur Mageerhebung nicht befugt ist (RG 3B 1910, 82044). Bird burch ein von Chegatten errichtetes gemeinschaftliches Testament ober burch eine von ihnen gemeinschaftlich vorgenommene Schenkung ein pflichtteilsberechtigter Abkömmling beeinträchtigt, so entsteht der Pflichtteilsauspruch hinsichtlich des Nachlasses des Erst verstorbenen im allgemeinen schon mit dessen Tode (§ 2817 Abs 1). Haben die Ehe-gatten aber in westsälscher Gütergemeinschaft geledt, so ist der Anspruch dadurch bebingt, daß das Gesantgut nicht während der fortgesetzen Gutergemeinschaft eine Ver mehrung erfährt, durch die die Pflichtteilsverletzung wieder ausgeglichen wird; die Verjährung beginnt beshalb nicht vor dem Tode des lettlebenden Chegatten (NG 3V 1911, 99643; 17. 3. 19 IV 457/18). Im übrigen gelten die allgemeinen Verjährungsgrundsätze, so insbesondere § 207 (Vollendung der Verjährung gegen den noch nicht angenommenen, unvertretenen oder in Konkurs geratenen Rachlag). Die Vereinbarung, die siffermäßige Berechnung bes Pflichtteils folle bis nach beenbeter Liquidation bes Nachlasses ausgesett bleiben, ist Stundung nach § 202 (986 10. 4. 11 IV 385/10). Durch die Rlage bes Pflichtteilsberechtigten auf Auskunftserteilung (§ 2314) wird die Berjährung des Pflichtteilsauspruchs nicht gemäß § 209 unterbrochen, da dieser Auspruch durch jene Klage nicht rechtshäugig wird (MG 115, 27 und für die entsprechende Vorschrift des PrALR II 2 § 440, NG 22. 4. 07 IV 474/06). Dagegen kann in dem Verhalten des Erben, der auf das Verlangen des Pflichtteilsberechtigten diesem gemäß § 2814 über den Bestandsdes Nachlasses Auskunft erteilt oder gemäß § 1994 mit § 1967 Abs 2 (§ 2314 A 5) dem Nachlasgericht ein Anventar einreicht und in bem einen ober andern Falle gar noch bem weiteren Berlangen des Pflichtteilsberechtigten auf Leiftung des Offenbarungseides gemäß § 260 ober § 2006 entspricht, eine nach § 208 gur Unterbrechung ber Berjährung geeignete Anerkennung des Pflichtteilsanspruchs bem Grunde nach gefunden werden; es ift bann Tatfrage, ob biefe Anerkennung sich auf den Pflichtteilsauspruch im ganzen bezieht oder ob sie, bei Unvollständia feit des aufgestellten Berzeichniffes, nur den Anspruch auf benjenigen Pflichtteilsbetrag bedt, welcher sich aus bem Berzeichnis entnehmen läßt (Re 113, 234).

2. Regelmäßige Verjährungsfrist § 195. Sie kommt auch dem zugute, der auf einen dem Pflichteil entsprechenden Bruchteil der Erbschaft als Erde oder auf den Pflichteilsbetrag als Vermächtnisnehmer eingesett ist; wer sich auf eine solche testamentarische Anordmung stütt, erhebt nicht den gesehlichen Pflichtteils-, sondern einen Erdauseinandersetungs- oder Vermächtnisanspruch (NG 113, 287; AN 1927, 120621; vol. aber auch § 2304 Al 1).

3. Berjährung gegen ben Beichentten ohne Rüdficht auf erlaugte Renntnis.

4. Ift der Pflichtteilsanspruch von vorgängiger Ausschlagung bes dem Pflichtteilsberechtigten zugewendeten Erbteils oder Vermächtnisses abhängig (§§ 2806 A 4. 2307 A 1), so könnte aus § 198 gefolgert werden, daß die Verjährung nicht vor der Ausschlagung beginnt. Dem tritt Abs 8 entgegen, bemgufolge Beginn und Lauf ber Berjährung durch bie Sinaus. schiebung ber Unsschlagung nicht gehemmt werben. Damit wird bem Umftande Rechnung getragen, daß der Berechtigte fich den Anspruch durch eine in seinem Belieben ftebende Willens. erklärung jeberzeit verschaffen kann (vgl. §§ 199, 200). Freilich kann banach ber zum Erben eingesetzte Pflichtteilsberechtigte mit Rücksicht auf die brohende Pflichtteilsverjährung genötigt sein, die Ausschlagung schon zu einem Beitpunkte zu erklären, wo mangels Verkündung der ihn berusenden Verfügung (§ 1944 A 8) oder weil der Fall der Nacherbsolge noch nicht eingetreten ist (§ 2142 A 1), die Ausschlagungsfrist gegen ihn noch gar nicht zu laufen begonnen hatte (RG 59, 346). Entsteht der Pflichtteilsanspruch entsernterer Abstimmlinge ober ber Eftern erst mit dem Wegfall bes nächststehenden Abkömmlings (§ 2309 A 2, 8), fo entspricht es dem Grundgedanken des Abs 1, daß die Berjährung erst beginnt, wenn der nachrudende Berechtigte auch von jenem Wegfall Kenntnis erlangt hat; beruht der Wegfall auf Entziehung bes Pflichtteils, so läuft bie Berjährung nicht, solange ber Nachrückende die Entsiehungsgründe des § 2333 als nicht vorhanden angesehen hat (RG JW 1912, 70°; Warn 1913 Mr 253).

§ 2333

Der Erblaffer tann einem Abtommlinge ben Aflichtteil entziehen:

1. wenn der Abkömmling dem Erblasser, dem Chegatten oder einem anderen Abkömmlinge des Erblaffers nach dem Leben trachtet;

2. wenn der Abtommling fich einer borfählichen forberlichen Diffhandlung des Erblaffers oder des Chegatten des Erblaffers ichuldig macht, im Falle der Mighandlung des Chegatten jedoch nur, wenn der Abkömmling bon diesem abstammt;

3. wenn der Abkömmling fich eines Berbrechens oder eines ichweren borjählichen Bergebens gegen den Erblaffer oder deffen Chegatten ichuldig

macht:

4. wenn der Abkömmling die ihm dem Erblaffer gegenüber gesetlich obliegende Unterhaltspflicht boswillig verlett;

5. wenn der Abkömmling einen ehrlosen oder unsittlichen Lebensmandel wider den Willen des Erblassers führt.

E I 2000 Sah 1, 2001 II 2198; M 5 428—437; B 5 551—565, 649; 6 820, 821.

Die Entziehung bes Pflichtteils gegenuber Abtommlingen (Eltern § 2884, Ghegatten § 2835) tann eine vollständige ober teilweise sein, auch in der Zuwendung des Pflichtteils unter sonst unzulässigen Beschränkungen und Beschwerungen bestehen (§ 2806). Die Entgiehungsgrunde sind erschöpfend geregelt, entsprechende Anwendung auf andere Tat-bestände ift nicht gestattet. Sie seben sämtlich Verschulden und beshalb auch Zurechnungs. fähigkeit des Täters voraus. Kecht zur Entziehung des Pflichtteils möglicher Gegenstand einer Feststellungstage § 2317 U 4. Anwendbarkeit des älteren Rechtes RG 63, 120. Ju Nr 1: Lebensnachstellung, sei es auch in Form der Anstiftung oder Beihilfe oder bloß vordereitender Handlungen. Unter Umständen kann sogar wissenkliches Geschenkassen

gentigen (vgl. auch § 1566). Darauf, ob ber Erblaffer fich mit Lebensnachstellung bedroht gefühlt hat, kommt es nicht an, sondern nur darauf, daß der Pflichtteilsberechtigte den ernst-haften Willen gehabt hat, den Tod herbeizuführen (NG 81. 1. 18 IV 339/16).

Bu Nr 2: Borfapliche forperliche Mighandlung eines leiblichen Eltern- ober Borelternteils, ohne daß es auf beren Schwere ankommt, im Sinne ber strafrechtlichen Bestimmungen Stown §§ 228ff., nach benen auch die Notwehr zu beurteilen ist (NG JW 1913, 20721). Rotwehr schließt ein "sich schulbig machen" aus (§ 227, Stown § 53). Der Erbe ist beshalb nach § 2336 Abi 3 auch bafür beweispflichtig, daß ber bom Pflichtteilsberechtigten behauptete Stand ber Notwehr nicht vorgelegen habe (RG Warn 1913 Nr 402). Auch im Kalle ber Aberschreitung ber Notwehr (Ston § 53 Abf 3) fann bas Berschulben zu verneinen sein.

Bu Nr 3: Berbrechen oder Bergehen im Sinne von StOB § 1, wenn es gegen den Erblasser oder seinen Ehegatten (als Berlette) gerichtet ist. Ob das vorsätzliche Bergehen als ein schweres aufzufalsen sei, ist nach Lage des Einzelfalles zu beurteilen. Daß eine straf-

gerichtliche Berurteilung stattgefunden habe, wird nicht gefordert. Bu Rr 4: Böswillige Berletung der Unterhaltspflicht, soweit sie dem Abkömmling

gesetzlich obliegt (§§ 1601 ff.). Sie seht nicht bloß eigenes Leistungsvermögen, sondern auch Kenntnis von der Bedürftigfeit und geklissentliche Vorenthaltung des Unterhalts aus

verwerflicher Gefinnung voraus.

Bu Ar 5: Ehrloser und unsittlicher Lebenswandel (zu unterscheiben von einzelnen, nicht auf einem festgewurzelten Hange beruhenden Handlungen: RG L3 1923, 449°), wenn er, und zwar noch zur Zeit der die Sutziehung anordnenden Versügung (RG 77, 162), wider den Willen des Erblassers gestührt wird; vol. auch § 2336 A 4. Daß der Erblasser abgenahnt habe, ist nicht erforderlich. Sein eigener Lebenswandel ist aber von Bedeutung. Über fortgesetzts ehebrecherisches Verhalten als unsittlichen Lebenswandel vol. RG ZB 1914, 1081°; über langdauerndes geschlichtliches Zusammenleben einer Verlobten mit ihrem späteren Manne RG L3 1923, 896°; über Verschwendungssucht, die an sich nur zur Veschräntung des Pflichtteils gemäß § 2338 berechtzt, RG L3 1918, 694°. — Die Verschlungen berechtigen zugleich zum Kücktritt vom Erbvertrage (§ 2294) und zur Ausschung einer gegenseitigen Versügung nach § 2271 Abs 2.

S 2334

Der Erblasser tann bem Bater ben Pflichtteil entziehen, wenn dieser sich einer ber im § 2333 Rr 1, 3, 4 bezeichneten Bersehlungen schuldig macht. Das gleiche Recht steht bem Erblasser der Mutter gegenüber zu, wenn diese sich einer solchen Bersehlung schuldig macht.).

Œ I 2003 II 2199; M 5 442; \$ 5 579.

1. Die Entziehung des Pflichtteils gegenüber einem Elternteil ist nur wegen Lebensnachstellung (§ 2333 Nr 1), Verbrechen und Vergehen (Nr 3) und Verletung der Unterhaltsbischt gegen den Erblasser (Nr 4), also nicht auch wegen Mihandlung (Nr 2; vol. auch § 1631 Uhl 2), soweit sie nicht unter Nr 3 fällt, und wegen schlechten Lebenswandels (Nr 5) zulässig. Die Unterhaltspslicht kann auch durch schwere Vernachssigung der Erziehung und Ausdissung verletz sein (§ 1610 Uhl 2). Strassosistiver Vernachssissung verletzt sien (§ 1610 Uhl 2). Etrassosistiver dem gemäß StGB §§ 247 Uhl 2, 289 Uhl 5 kommt nicht in Betracht. Der Pflichtteil kann nur dem schuldigen, nicht auch dem anderen Elternteil entzogen werden.

§ 2335

Der Erblasser kann dem Chegatten den Pflichtteil entziehen, wenn der Chegatte sich einer Bersehlung schuldig macht, auf Grund deren der Erb-lasser nach den §§ 1565 bis 1568 auf Scheidung zu klagen berechtigt ist.).

Das Recht zur Entziehung erlischt nicht burch ben Ablauf ber für bie Geltenbmachung bes Scheibungsgrundes im § 1571 bestimmten Frift2).

& I 2005 II 2200; M 5 444, 445; B 5 580.

1. Entzichung des Pflichtteils gegenüber dem Chegatten seht eine schuld volle Bersehlung durch Ehebruch usw. (§ 1565), Lebensnachstellung (§ 1566), bösliche Bersassung (§ 1567) ober schwere Pflichtverletung usw. (§ 1568) voraus, ist mithin nicht zulässig, wenn ein Scheidungsrecht nur wegen Geisteskrankheit besteht (§ 1569). Die Scheidungsklage braucht nicht, wie in den Fällen der §§ 1933 A 3, 2077 A 2 bereits erhoben zu sein.

2. Kein Erlöschen durch Fristablauf, auch nicht durch Verwirtung des Scheidungsrechts nach BPO § 616, wohl aber durch Verzeihung (§§ 2337, 1570). Ob auch der Erblasser sich

eines Scheibungsgrundes schuldig gemacht hat, kommt nicht in Betracht.

\$ 2336

Die Entziehung des Pflichtteils erfolgt durch lettwillige Berfügung¹). Der Grund der Entziehung muß zur Zeit der Errichtung bestehen und in der Berfügung angegeben werden²).

Der Beweiß des Grundes liegt demjenigen ob, welcher die Entziehung

geltend macht3).

Im Falle des § 2333 Ar 5 ist die Entzichung unwirksam, wenn sich der Abkömmling zur Zeit des Erbfalls von dem ehrlosen oder unsittlichen Lebens-wandel dauernd abgewendet hat4).

C I 2000 Sab 2, 2006-2008 II 2201 M 5 430 447-449 B 5 552, 553, 580, 581; 6 321, 328,

376 Erbrecht

1. Die Entzichung des Pflichtteils umfaßt auch den Pflichtteilsergänzungsanspruch (§ 2325 A 1). Sie enthält regelmäßig zugleich die Kundgebung, der Vetreffende solle überhaupt nichts aus dem Nachlaß erhalten, also von der Erbfolge ausgeschlossen sein und deshalb, auch wenn der Entziehungsgrund nicht Stich hält, nach § 2303 keinesfalls mehr als den Pflichteil erhalten. Umgekehrt enthält die Ausschließung von der gesehlichen Erbfolge nicht auch die Entziehung des Pflichteils. Im übrigen kann sie sowohl ausdrücklich als killschweigend erklärt, unter den Boraussehungen des § 2078 auch augekochten werden, und zwar mit dem Erfolge, daß der Entzeide den vollen gesehlichen Erbfolge rhält. Als lettwillige Berfügung (§ 1937) kann die Entziehung in allen Formen des Testaments und, wiewohl nur als einseitige Berfügung gemäß § 2299 im Erdvertrag ausgesprochen werden, auch wenn dieser gemäß § 2278 Abs 2 ohne Wahrung der Testamentsform abgeschlossen wird.

2. Der Grund der Entziehung besteht zur Zeit der Errichtung auch dann, wenn die Tatsachen der §§ 2333 Ar 1—4, 2334, 2335 der Vergangenheit angehören. Sie müßten denn nach § 2337 bereits verziehen sein. Nur der schlechte Lebenswandel muß dis dahin und gemäß Abs 4 sogar dis zum Erbsall angedauert haben. Keineskalls kann der Erblasser beingungsweise für den Fall etwa künstig eintretender Tatbeskände die Entziehung anordenen. Bohl aber kann er, wenn der Erund schon gegeben ist, die wirkliche Entziehung von ferneren Bedingungen abhängig machen. Die Angabe des Erundes erfordert nicht notwendig nähere Darlegung der einzelnen Tatumstände, muß aber erkennen lassen, auf welchen der verschiedenen Entziehungsgründe sich der Erblasser stützen will. Der Gebrauch der Worte

des Gesehes genugt auch im Falle des § 2333 Nr 5 (96 95, 24).

3. Die Beweislaft (über deren Umfang bei behaupteter Notwehr vol. § 2333 zu Nr 2) trifft regelmäßig den Erben, im Falle des § 2329 den Beschenkten. Die Führung des Beweises kann aber auch von den gemäß §§ 2318ff. zur Tragung der Pflichtteilslast herangezogenen Vermächtnisnehmern und Auflagebeteiligten übernommen werden. Der mißlungene Beweis des in der letztwilligen Verfügung angegebenen Erundes kann nicht durch

den Nachweis eines andern nicht angegebenen Grundes ersetzt werden.

4. Dauernde Abwendung vom schlechten Lebenswandel macht die darauf gestützte Entziehung von selbst hinfällig, wenn sie nur dis zum Erbsall eingetreten ist. Sie ist vom Enterden zu beweisen (NG 77, 168). Sie muß eine gewisse Zeit schon angedauert haben und die Besorgnis klinftiger Rückfälle auszuschließen geeignet sein. Abnlich § 2338 A 6. Auch in diesem Falle verdleidt dem Enterden im Zweisel (A 1) nur der Pssiciotteil.— Entsprechende Anwendung des § 2336 bei Ausschließung der sortgesetzten Sütergemeinschaft § 1509 und der Entziehung des Anteils am Gesamtgute § 1513, auch PrUG. BUB Art 59 § 7. Aushedung der im gemeinschaftlichen Testament oder sim Erdvertrag gemachten Zuswendungen §§ 2271 A 5, 2297 A 2.

§ 2337

Das Recht zur Entziehung des Pflichtteils erlischt durch Berzeihung¹). Eine Berfügung, durch die der Erblasser die Entziehung angeordnet hat, wird durch die Berzeihung unwirksam²).

Œ I 2004 II 2202; M 5 443, 444; B 5 579, 580

1. Berzeihung ist nicht Nechtsgeschäft, nicht empfangsbedürftige Willenserklärung, sonbern (wie §§ 532, 1570, 2343) nur Kundgebung einer durch die Verfehlungen nach §§ 2333ff. nicht mehr beleidigten Gesinnung. Sie seht volle Kenntnis des Sachverhalts voraus, muß vom Erblasser selbt, nicht von dem nach §§ 2333 Kr 1—3, 2334 ettva betroffenen Ehegatten oder Abkömmling ausgehen und kann auch bedingt, jedoch nicht im voraus für künftige Verfehlungen erklärt werden. Verzeihung unter Vorbehalt ist regelmäßig keine Verzeihung. Die Veweislast trifft den Enterden.

2. Die Verzeihung schließt nicht nur eine künftige Entziehung bes Kflichtteils aus, sondern macht auch eine bereits angeordnete Entziehung unmittelbar kraft Gesetses unwirksam, läßt aber die Erbeinsehung eines Dritten regelmäßig unberührt (§ 2085; SächsDLG 34, 231). Auch ohne Verzeihung kann die Entziehung gemäß §§ 2253ff. widerrufen und, solange Verzeihung nicht erteilt ist, durch Widerruf des Widerrufs nach § 2257 wieder in Kraft gesetzt

werben.

§ 2338

Hat sich ein Abkömmling in solchem Waße der Berschwendung ergeben ober ist er in solchem Maße überschuldet, daß sein späterer Erwerb erheblich gefährdet wird¹), so kann der Erblasser daß Pflichtteilsrecht des Abkömmslinges durch die Anordnung beschränken, daß nach dem Tode des Abkömmlinges dessen gesetliche Erben²) das ihm Hinterlassene oder den ihm gebührenden

Pflichtteil als Racherben oder als Nachbermächtnisnehmer nach bem Berhältnis ihrer gesetlichen Erbteile erhalten follen3). Der Erblaffer kann auch für die Lebenszeit des Abkömmlinges die Berwaltung einem Testamentsvollstreder übertragen; der Abkömmling hat in einem solchen Falle Un=

ibruch auf den jährlichen Reinertrag4).

Auf Anordnungen dieser Art finden die Borschriften des § 2336 Abs 1 bis 3 entsprechende Anwendung5). Die Anordnungen find unwirksam, wenn zur Zeit bes Erbfalls ber Abkömmling fich bauernd von dem verschwenderifchen Leben abgewendet hat oder die den Grund der Anordnung bildende Aberichuldung nicht mehr besteht6).

E I 2002 216 1, 8 II 2203; M 5 487-442; B 5 565-579; 6 856, 857.

1. Die Pflichttellsbeschräntung in guter Elbsicht ift nur gegenüber Abkömmlingen, nicht auch Etern und Ehegatten zulässig. Sie ist nicht Entziehung, vielmehr Zuwendung des Pflichtteils verbunden mit fürsorgenden Maßnahmen sir den Abkömmling und seine Familie. Vorausgeseht ist Verschwendung (Begriff § 6 Al 4), und zwar ohne Rücksicht auf etwaige Gefahr des Notstandes und darauf, oh sie zur Entmündigung geführt hat, oder Aberschuldung, und zwar in so hohem Maße, daß der spätere Erwerd erheblich gefährdet ist. Die genus die Allerschied geführt der ihrersiche und zwar in so hohem Maße, daß der spätere Erwerd erheblich gefährdet ist. Die genus die Allerschied kerrindet sein des aus irvand walchen Erwerdsquallen inst ist. D. h. es muß die Besorgnis begründet sein, das aus irgend welchen Erwerdsquellen, ins-besondere durch die Erbschaft selbst ihm zufließende Bermögen werde gleichfalls verschwendet oder von den Gläubigern beschlagnahmt werden. Diese Besorgnis wird durch das Bestehen

ber Entmündigung nicht notwendig ausgeschlossen.

2. Die Beschrantung ift nur gugunften ber gesettlichen Erben bes Abtommlings gur Beit seines Todes gestattet und nur so, daß sie nach Verhältnis ihrer gesetlichen Erbteile bedacht werden (§ 2066). Dies trifft auch bann zu, wenn die Abkömmlinge zwar durch Verfügung von Tobes tregen, aber im Sinne von § 2052 als Erben berufen sind. Eine nähere Bezeichnung der Erben ift unschäblich, wenn sie sich beim Tobe des Abkömmlings als seine gesetlichen Erben erweisen. Erfolgt die Zuwendung an Fremde oder nach anderen Erbquoten, sie ist die Anordnung unwirksam (§ 2306 A 3). Der Erblasser ist jedoch nicht gehindert, die Berufung auf die Erben ber erften Ordnungen zu beschränken (Prot 5, 573); auch einzelne von ihnen auszuschließen, benen gegenüber er zur Entziehung bes Pflichtteils berechtigt ift.

Der Fiskus zählt auch hier nicht zu den gesetlichen Erben (§§ 2104, 2149).

3. Nacherbeinschung der gesetlichen Erben sehr voraus, daß der Abkömmling zunächst als Vorerbe berusen ist (§ 2100). Die ihn als Vorerben trefsenden Beschränkungen ergeben sich aus §§ 2112ff. Unwirksamkeit wegen Zeitablaufs ist mit Mückicht auf §§ 2109 Nr 1, 2168 Nr 1, 2210 ausgeschlossen. Iber §§ 2115 und 2214 hinaus entzieht § 868 ZPO auch die Nutungen des Pflichtteils der Pfändung, soweit sie zum eigenen standesmäßigen Unterhalt des Abkömmlings und zur Erfüllung gewisser Unterhaltsbeschieden erforberucht sind. Ist dem Abkönnnling unter den hier fraglichen Beschränkungen ein Erdreil hinter-lassen, der größer ift als der Pflichtteil, so dleibt er , wie dei jeder andern dem § 2306 entsprechenden Beschränkung oder Beschwerung, jedenfalls daran gedunden, wenn er nicht ansschlägt (NJA 15, 194). Schlägt er aus, so erwirdt er zwar gemäß § 2306 A 4 den Pflichtteilsanspruch, aber dom Beweis der Tatsache der Berschwendung oder Überschuldung hängt ferner ab, ob er diesen Pflichtteil nur mit den Peschwendungen des § 2338 (unter Berwandlung der Nacherbeinsehung in eine dem Nachvermächtnis ähnliche Beschwerung) ober ob er ihn unbeschräntt erhält (RG 85, 847 und SeuffA 62 Nr 188). Keinesfalls werden die an Stelle des ausschlagenden Abkömmlings nachrückenden Erben von den augeordneten Beschränkungen betroffen (AGJ 40, 63). Dasselbe gilt nach § 2307 A 1, wenn dem Abkömmling ein — den Pflichteil erfüllendes oder übersteigendes — Bermächtnis zugewendet, aber ling ein — den Pflichtteil erfüllendes oder übersteigendes — Vermächtnis zugewendet, aber mit einem Nachdermächtnis (§ 2191) zugunsten der gesplichen Erben beschwert ist. If er gerade auf den Pflichtteil als Erbe berusen, so muß er sich gegen die Negel des § 2306 A z die auf § 2338 begründete Beschränkung gefallen lassen. Ist er weder als Erbe noch als Vermächtnisnehmer bedacht, sondern nur auf den Pflichtteilsauspruch verwiesen, so sind seine gesehlichen Erben gleich Nachvermächtnisnehmern zu behandeln. Vererblichteit des Nacherbeurechts kann, wie im Falle des § 2104, nicht in Frage kommen (§ 2108 A 2).

4. Abertragung der Verwaltung an einen Testamentsvollstrecker (§§ 2209, 2210) entzieht dem Abkömmling nach § 2211 jedes Verfügungsrecht und schließt zugleich gemäß § 2214 seine Gläubiger vom Zugriff auf den Pflichtteil aus, beschränkt diese auch nach Maßande des § 888 AND im Augriff auf den Neinertrag. Sie kann mit der Nacherbeinstehung

gabe bes § 868 BBO im Zugriff auf den Neinertrag. Sie kann mit der Nacherbeinschung verbunden (§ 2222), aber ebenso dinglich wirksam auch für sich allein angeordnet werden.
— Beschränkende Anordnungen anderer Art braucht sich der Abkömmling wegen Ver-Schwendung ober Überschuldung nicht gefallen zu laffen, insbefondere nicht eine Schmälerung bes Pflichtteilsbetrags (NG Recht 1914 Nr 645). Desgleichen nicht eine Anordnung, die dem Testamentsvollstreder auch die Verwaltung des Reinertrags des dem Absömmlinge Sinterlassenen, sei es von vornherein und unbedingt, sei es von einem gewissen Zeitvunkt ab oder unter gewissen Voraussetzungen (Abtretung oder Pfändung des Hinterlassenen) zum Zwede der Naturalverpstegung des Absömmlings überträgt. Eine andere Frage ist es, ob eine solche Beschränkung des Bedachten in der Versägung über die Erträgnisse an sich zulässig ist. Dies des Absolchen in der Versägung über die Erträgnisse an sich zulässig ist. Dies des Karn 1919 Nr 71, indem es aunimmt, die Beschränkung sei kein selbständiges rechtsgeschäftliches Veräußerungsverbot im Sinne des § 137 Sah 1, sondern die gesehliche Nechtsfolge der dem Testamentsvollstreder eingeräumten Machtbesugnisse und daher ein nach Machtbeschaftliches der S§ 2211, 135 krast Gesehse eintretendes Veräußerungsverbot (s. aber gegen die Anwendbarkeit des § 185 NG 87, 482; § 2211 A 1).

- 5. Anordnung durch lettwillige Verfügung, Angabe bes Grundes (Berschwenbung oder Überschuldung). Gegenüber dem Anspruch auf unbeschränkte Gewährung des Pflichtteils hat der Erbe, im Falle des § 2329 der Beschenkte die Anordnung selbst und ihre Borausseyungen zu beweisen.
- 6. Dauernde Abwendung usw. wie im Falle des § 2836 A 4. Gleichgültig ist, ob sich der Abkömmling unter dem Zwange äußerer Verhältnisse, oder aus eigener besserer Einsicht heraus abgewendet hat (NG 24. 6. 07 IV 121/07). Die von selbst eintretende Unwirksamteit der Beschräntung kann von jedermann, so auch von den Gläubigern des Abkömmlings geltend gemacht werden. Beschränkungsrecht aus § 2388 im Falle des Erbvertrags § 2289 Abs z. des gemeinschaftschen Testaments § 2271 Abs z. für den Anteil des Abkömmlings bei der fortgesetzen Gütergemeinschaft § 1518 Abs z.

Sechster Abschnitt

Erbunwürdigkeit

Das BGB kennt keine allgemeine Erbunwürdigkeit, sondern nur eine solche gegenüber einem bestimmten Erblasser, gegen den gewisse schwerste Versehlungen begangen sind oder in desten Testierreiheit eingegrissen ist. Dem Erbunwürdigen wird nicht nur, worauf die § 2339—2344 abgestellt sind, sein Erwerd als Erbe, sondern nach § 2345 auch ein Ansbruck als Vermachtnisnehmer oder Pflichtteilsberechrigter entzogen. Dazu bedarf es einer Ansechtung, zu der nur bestimmte Personen besugt sind. Die durchgesührte Ansechtung wirkt aber absolut. Die Vorschriften gelten nach § 1506 auch für die fortgesette Gütergemeinsschaft. Auch ältere Unwürdigkeitsgründe sind nach ihnen zu beurteilen, wenn der Erblasser nach 31. 12. 99 verstorden ist (EG Art 213).

§ 2339

Erbunwürdig ift:

1. wer den Erblasser vorsätzlich und widerrechtlich getötet oder zu töten versucht oder in einen Zustand versetzt hat, infolgedessen der Erblasser bis zu seinem Tode unfähig war, eine Versügung von Todes wegen zu errichten oder aufzuheben:

2. wer den Erblasser vorsätzlich und widerrechtlich verhindert hat, eine Berfügung von Todes wegen zu errichten oder aufzuheben;

3. wer den Erblasser durch arglistige Täuschung oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt hat, eine Berfügung von Todes wegen zu errichten oder aufzuheben:

4. wer fich in Anfehung einer Berfügung des Erblaffers von Todes wegen einer nach den Borichriften der SS 267 bis 274 des Strafgesethuchs

ftrafbaren Sandlung ichulbig gemacht hat.

Die Erbunwürdigkeit tritt in den Fällen des Abs 1 Ar 3, 4 nicht ein, wenn vor dem Eintritte des Erbfalls die Berfügung, zu deren Errichtung der Erblasser bestimmt oder in Anschung deren die strafbare Handlung besgangen worden ist, unwirksam geworden ist, oder die Berfügung, zu deren Aushebung er bestimmt worden ist, unwirksam geworden sein würde.

Wie die Entziehungsgründe des § 2833 find auch die Erbunwürdigkeitsfälle erschopfend geregelt. Sie umfassen alle Formen der Teilnahme am Delikt (StoB §§ 47ff.). Versuch

genügt nur im Falle Nr 1 (a. M. zu Nr 4 Staudinger A II, 4).

Ru Rr 1: Tötung im Ginne von StoB §§ 211—215, ebenso vorsätzliche Tötung im Rweitampf (§§ 206, 207), nicht aber Tötung bes Einwilligenden (§ 216), ber dem Berzeihenden nach § 2343 gleichzustellen ist. Notwehr schließt die Widerrechtlichkeit aus. Der Erfolg, den Erblasser testierunfähig zu machen, braucht auch im dritten Falle der Ar 1 nicht bezivekt zu sein, es genitgt, daß er z. B. im Falle schwerer Körperversetzung in Siechtum verfällt. Der Vorerbe ist nicht Erblasser, seine Tötung durch den Nacherben macht diesen nicht erbunwürdig.

Bu Nr 2: Die Berhinderung seht voraus, daß der Erblasser einen bestimmten Errichtungs. ober Aufhebungsatt beabsichtigt, ihn aber infolge ber auf ihn, gleichviel mit welchen Mitteln ausgeübten Einwirfung unterlaffen hat. Berfuch ober nur vorübergebende Ginwirfung genügt nicht. Eine etwaige Unwirksamkeit bes beabsichtigten Aktes, z. B. wegen Entmundigung (§ 2229 Abs 3) ober infolge Bindung an ein gemeinschaftliches Testament (§ 2271), ist ohne

Bu Dr 8: Täufdung und Drohung § 123. Der letteren fteht unmittelbare Gewaltanwendung gleich. Daneben bleibt bie (weniger weittragende) Anfechtung aus § 2078 Abs 2 unberührt (RG 59, 33). Täuschung ist angenommen, wenn eine Frau den Erblasser zur Heirat und zugleich zur Erbeinsetzung bestimmte, unter Verschweigung des Umstandes, daß sie mit einem anderen ein unsittliches Verhältnis unterhielt und fortseten wollte (NG IV

Bu Rr 4: Urfundenfalichung, insbesondere auch fälschliche Anfertigung einer angeb. Ju Ar 4: urtundensatigung, insbesondere auch jallspliche Anfertigung einer angeblichen Berfügung und Beseitigung von Urkunden, vor oder nach dem Erbsalle. Doch muß auch die Fälschung die Natur einer Bersehlung gegen den Erblasser. Erbunwürdigkeit tritt deshalb nicht ein, wenn der Fälscher, wossür er beweispflichtig itt, durch die Fälschung den wahren letzten Willen des Erblassers zu verwirklichen bestrebt war (NG 72, 207; 81, 413; dagegen Endemann III § 107 bei A 30ff., Kipp § 141 A 10). Zu Ar 3 u. 4: Die mit Erbunwürdigkeit dedrohten Handlungen sind praktisch un-schählich, wenn a) die erzwungene, erschlichen oder verfälsche Verfügung sei es don Ansang und der Verwungenesse unwirklagen vor sein der der Verfälsche Verfügung seiner angeben.

an wegen Formmangels unwirksam war, sei es vor dem Erhfall (durch Widerruf, Wegfall des Bedachten usw., Zeitablauf im Falle des § 2252) unwirksam geworden ist oder wenn d) die infolge von Täuschung oder Drohung aufgehobene oder vermöge einer Urkundenfälschung nur angeblich aufgehobene Verfügung aus gleichen Gründen schon ohnedies unwirksam wäre ober gelvorden wäre. In allen diesen Fällen fritt nach dem Wortlaut und Sinn des Abs 2 keine Erbunwsirdigkeit ein.

\$ 2340

Die Erbunwürdigfeit wird burch Anfechtung des Erbschaftserwerbes

geltend gemacht1).

Die Anfechtung ift erft nach dem Anfalle der Erbichaft gulaffig2). Ginem Nacherben gegenüber tann die Anfechtung erfolgen, sobald die Erbichaft dem Borerben angefallen ift3).

Die Anfechtung kann nur innerhalb der im § 2082 bestimmten Fristen

erfolgen4).

E I 2046 216 1, 2, 4-6 II 2205; M 5 520, 521; B 5 642, 643, 645; 6 357.

1. Die Erbunwürdigseit tritt nicht kraft Gesetzes, sondern erst nach rechtskräftig durchgesührter Anschtung (§ 2342) mit der Wirkung des § 2344 Abs 1 ein. Der Erbunwürdige selbst kann somit, da er nicht ansechtungsberechtigt ist (§ 2341), die Unwürdigkeit niemals

geltend machen.

2. Anfall der Erbichaft § 1942 A 2. Sängt ber Anfall an den Erbunwürdigen bavon ab, daß ein ihm vorgehender Berufener ausschlägt oder aus anderen Grunden wegfällt, so ift die Anfechtung nicht vor dem Wegfall zulässchiegt Behauptet dagegen der nach § 2341 Anfechtungsberechtigte, daß sämtliche vor ihm Berusenen erbunwürdig seien, so darf er sich vorsäusig — ob mit Recht, wird das Urteil ergeben — auf dem Standpunkt des § 2344 Abs 2 fellen und die Anfechtungsklage gleichzeitig gegen die mehreren auch bloß nacheinander berufenen Erbunwürdigen erheben (a. M. Planck A 2; Staudinger A 2; Leonhard, II, B). Auch für Ausübung des Anfechtungsrechts aus § 2078ff. hat er in diesem Falle sogleich als Anfechtungsderechtigter zu gelten (§ 2080 A 1), wenn auch der Erfolg dieser Anfechtung davon abhängt, daß er die Erbunwürdigkeitserklärung der vorgehenden Berechtigten durch Urteil herbeiführt (§ 2342). Die Anfechtung aus § 2340 ist niemals vor dem Erbfall, wohl aber gegen die Erben des Unwürdigen zulässig.

- 3. Dem Nacherben gegenüber braucht ber Anfall ber Nacherbschaft (§ 2139) nicht abgewartet zu werben. Die Klage kann, auch gegen mehrere nacheinander ober nur bedingt berufene unwürdige Nacherben zugleich, schon nach Anfall an den Vorerben, regelmäßig also schon nach dem Erbsall erhoben werden (vgl. auch § 2142).
- 4. Die Ansechtungsfrist beträgt gemäß § 2082 ein Jahr nach erlangter Kenntnis vom Erbunwürdigseitsgrunde. Gegenüber dem unwürdigen Nacherben (A 3) beginnt sie jedoch erst mit Ansall der Nacherbschaft. Es gelten die Verjährungsgrundsätze §§ 208, 206, 207. Mit Ablauf von 30 Jahren seit dem Erbfall ist die Ansechtung ausgeschlossen.

Ansechtungsberechtigt ist jeder, dem der Wegfall des Erbunwürdigen, sei es auch nur bei dem Wegfall eines anderen, zustatten kommt.).

E I 2046 Mbf 3 II 2206; M 5 521; B 5 642-645.

1. Ansechtungsberechtigt ist, abweichend von § 2080 Abs 1, der auch nur mittelbar, bedingt oder erst an späterer Stelle am Wegfall des Erbunwürdigen Interessierte. So insbesondere auch der Borerbe gegenüber dem Nacherben (§ 2142 A 2), der Nacherbe gegenüber dem Borerben (§ 2102), endlich immer der Fiskus (§ 1936). Der Ersolg der Ansechtung braucht nicht dem Ansechtene selbst die Erbenstellung usw. zu verschaffen, kann vielmehr nach § 2344 Abs 2 auch einem anderen zugute kommen. Der selbst erbunwürdige Berechtigte ist von der Ansechtung nicht ausgeschlossen, solange der auch gegen ihn gerichteten Nage (§ 2340 A 2) nicht rechtskräftig stattgegeben ist (§ 2342 Abs 2). Als Vermögensrecht gebt das Ansechtungsrecht auf die Erben des Berechtigten siber (vgl. auch § 2080 A 3). Ebenso steht es gegen die Erben des Unwürdigen zu.

§ 2342

Die Ansechtung erfolgt durch Erhebung der Ansechtungsklage¹). Die Klage ist darauf zu richten, daß der Erbe für erbunwürdig erklärt wird²). Die Wirkung der Ansechtung tritt erst mit der Rechtskraft des Urteils ein³).

E I 2047 II 2207; M 5 521, 522; B 5 645.

- 1. Die Ansechtungsklage muß die Ansechtung gerade wegen Erbunwürdigkeit, zum Unterschied von der Ansechtung lektwilliger Verfügungen und das Verlangen auf Feststellung (A2) deutlich zum Ausdruck bringen (NG KB 1910, 23³7), ist gegen den erbunwürdigen Erben oder seine Erben, nicht auch gegen den Erwerber eines Erbteils (§ 2033) oder den Erhschaftskänster zu richten, gegebenenfalls auch als Widerklage gemäß ZVD § 280. Fedoch genügt die gewöhnliche, auch in Korm der Einrede geltend zu machende Ansechtung nach § 143 Abs i gegenüber dem Vermächtnis- oder Pflichtteilsanspruch des Unwürdigen (§ 2345). Die Klagerhebung durch den Rächstberusenen bedeutet nicht notwendig, wie im Falle des § 1957 Abs i zugleich Anuahme der Erbschaft.
- 2. Die Erbunwürdigkeitserflärung ist Feststellung nach 3PD § 256. Deshalb ist auch Magerhebung im Gerichtsstande ber Erbschaft gulässig (3PD § 27).
- 3. Die Birkung ber zuerkannten Klage (§ 2844) äußert sich mit der Rechtskraft, ebenso wie der Wegfall des Erben durch Ausschlagung, gegenüber allen nach § 2841 Ansechtungsberechtigten. Dagegen schafft die Klagadweisung nur Recht unter den Parteien. Die Urteilsform ist unentbehrlich und kann nicht durch öffentliche Urkunde nach ZBO § 794 Kr 5 ersetwerden (RJA 7, 185). Vermöge der rückdeziehenden Wirkung das § 2844 Abs 1 kann der im Falle der Erbunwürdigkeit nachrückende Erbe mit der Ansechungsklage auch den Erbschaftsanspruch aus §§ 2018 st. verdinden (vgl. auch § 2840 A 2; a. W. Planck A 3; Staudinger A 1; Erome § 665 A 55; Leonhard B III).

§ 2343

Die Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn der Erblasser dem Erbunwürdigen verziehen hat1).

Œ I 2050 II 2208; M 5 524, 525; B 5 649.

1. Berzeihung val. § 2337 A 1. Sie wirkt auch bezüglich des Vermächtnis- und Pflichtteilsanspruchs § 2345. Verzicht des nächsten Aufechtungsberechtigten ist dem später Berechtigten nicht vorgreiflich.

Aft ein Erbe für erbunwürdig ertlärt, fo gilt der Anfall an ihn als nicht

erfolgt.

Die Erbschaft fällt bemjenigen an, welcher berufen sein würde, wenn der Erbunwürdige zur Zeit des Erbfalls nicht gelebt hätte; der Anfall gilt als mit dem Gintritte des Erbfalls erfolgt¹).

& I 1972, 2048 Ubj 1 II 2209; Dl 5 876, 522, 523; B 5 483, 647—649.

1. Die Wirtungen der Erbunwürdigkeitserklärung sind die gleichen wie diejenigen der Ausschlagung. Es ist deshald auf den wörtlich übereinstrummenden § 1953 Abs 1 u. 2 (A 1—3) zu verweisen. Geich dem Ausschlagenden wird auch der Unwürdige dei Berechnung des Pflichtteils mitgezählt (§ 2810). Der erfolgreiche Anfechtungskläger kann, wenn im gegedenen Falle in der Klagerhebung nicht Annahme zu finden ist (§ 2842 A 1), auch zest noch die Erbschaft ausschlagen. Ist der Racherbe bereits vor Eintritt der Nacherbsche für unwürdig erkärt (§ 2840 A 3), so kommt es überhaupt nicht zum Anfall nach § 2189, ein Übergang des Racherbrechts auf die Erben des Unwürdigen (§ 2108 A 2) sinder nicht satt, die Erbschaft verbleibt vielmehr nach § 2142 A 2 endgültig dem Vorerben. Mit dem Wegfall des Erbunwürdigen werden auch Rechtsgeschäfte unwirksam, die in bezug auf die Erbschaft von ihm oder ihm gegenüber vorgenonnmen worden sind. Dritte sind (abweichend vom Falle der Ausschlagung) nicht geschützt, soweit sie sich nicht auf gutgläubigen Erwerb oder Erbschein berusen können (vgl. § 1959 A 4).

§ 2345

Hat sich ein Bermächtnisnehmer einer der im § 2339 Abs 1 bezeichneten Bersehlungen schuldig gemacht, so ist der Anspruch aus dem Bermächtnis ansechtbar. Die Borschriften der §§ 2082, 2083, des § 2339 Abs 2 und der §§ 2341, 2343 sinden Anwendung¹).

Das gleiche gilt für einen Bflichtteilsanspruch, wenn ber Pflichtteils-

berechtigte fich einer folden Berfehlung schuldig gemacht hat2).

Œ I 1874, 2049 II 2210; Dt 5 189, 528, 524; B 5 220, 649; 6 821.

1. Vermächtnis- und Pflichtteilsunwürdigkeit. Hierzu bedarf es zivar auch der Anfechung durch den nach § 2841 Berechtigten, in der Regel den Erben oder sonstigen Beschwerten, nicht aber förmlicher Klage nach § 2842. Es genügt vielmehr die Anfechtungserklärung gegenüber dem Unwürdigen nach § 148 Abs 4. Ist der Bedachte zugleich Erbe (Vorausvermächtnis) oder ift der Pflichtteilserbe zugleich nach § 2805 auf Vervollständigung des Pflichtteils derechtigt, so ift in dem Sachgesuch nach § 2842 A 2 regelmäßig auch die Anfechtung des Vermächtnis- und Pflichtteilserwerds enthalten. Auch hier gelten die Ausschlüßerristen des § 2082. Im Wege der Einrede fann die Leistung des Vermächtnisseder Pflichteils zeitlich unbeschränkt verweigert werden, § 2083. Der Anfechtungsgrund wird gemäß § 2339 Abs 2 und durch Verzeihung nach § 2343 hinfällig. Als Vermächtnis kommen auch das Schenkungsversprechen von Todes wegen (§ 2801 Abs 1), der Voraus (§ 1982) und der Dreißigste in Betracht (§ 1969).

2. Der Pflichtteilsanspruch umfaßt auch ben Pflichtteilsergänzungsanspruch (§ 2325 A. 1). Ift er gegen den Beschenkten gerichtet (§ 2329), so ist auch dieser anfechtungsberechtigt.

Cbenso der gemäß §§ 2318ff. zur Tragung der Pflichtteilslast verpflichtete Dritte.

Siebenter Abschnitt

Erbverzicht

Der Erbverzicht begründet nicht wie der Erbvertrag einen erbrechtlichen Erwerb, sondern schließt einen solchen, der sonst auf Grund des Gesets oder einer Verfügung von Todes wegen eintreten würde, im vorans aus (§§ 2346, 2352). Und zwar vermöge eines vor dem Erbfall zwischen dem Erbfalser und dem tünftigen Erben usw. abgeschlossenen Vertrags (Form und sonstige Erfordernisse §§ 2347, 2848). Der Vertrag hat, da er unmittelbar eine Anderung der erbrechtlichen Verhältnisse bewirkt, erbrechtlichen Charakter. — Entsprechende Anwendbarkeit beim Verzicht eines Abkömmlings am Gesamtgute de. sfortgesetzen Gütergemeinschaft § 1517 Abs 2. Beurteilung eines vor 1. 1. 00 errichteten Erbverzichts und eines vorher geschlossen aushebenden Vertrags (§ 2351) nach älterem Recht EG Art 217.

1) Verwandte sowie der Ehegatte des Erblassers können durch Vertrag mit dem Erblasser auf ihr gesetzliches Erbrecht verzichten²). Der Verzichtende ist von der gesetzlichen Erbsolge ausgeschlossen, wie wenn er zur Zeit des Erbsolls nicht mehr lebte; er hat kein Pstlichtteilsrecht³).

Der Bergicht tann auf das Pflichtteilsrecht beschränkt werden4).

Œ I 1972, 2010 II 2211; M 5 876, 472, 478; B 5 488, 598, 599.

1. Der Erbberzicht ist abstrattes, unmittelbar den Verlust des Erbrechts wirkendes Rechtisgeschäft. Sonstige Vertragsbeziehungen beurteilen sich nach dem Grundrechtsgeschäft. Wird der Erbverzicht gegen eine Absindung erklärt, so kann das Absindungsgeschäft. Wird der Erbverzicht gegen eine Absindung erklärt, so kann das Absindungsgeschäft ein Nechtsgeschäft unter Lebenden oder eine vertragsmäßige Versugung von Lodes wegen sein (volüber den Unterschied NG Seufsu 77 Ar 60, wo die Bestimmung in einem Überlassurtrag, ein gestundeter Teil des Preises sollte dem Übernehmer als Erdabsindung unter der Bedingung zustehen, daß er beim Tode des Überlassers nach Eigentümer des Erundstücks sein werde, nicht als Vermächtnisdertrag, sondern als bedingter Schulderlaß unter Lebenden aufgesatt ist. In dem einen wie in dem andern Falle ist die Wirkamkeit des Erdverzichts regelmäßig durch diesenige des Absindungsgeschäfts mindestens stillschweigend bedingt. Wenn nicht, so ist doch dei Unwirksamkeit dieses Geschäfts, solange der Erblasser noch lebt und beschaft der erdvechssiche Frolg noch nicht eingetreten ist, regelmäßig die Kondiktion des Erdverzichts aus § 812 statthart. Im übrigen gelten für den Erdverzicht mit den aus § 2347, 2348 sich ergebenden Besonderheiten die allgemeinen Vertragsgrundsätz. So wegen der Ansechtarett nicht die §§ 2281, 2078, sondern die §§ 119, 123. Ein Fretum solle Ruch Recht 1913 Nr 2885, kann die Ansechung des Vernabechtsgeschäfts und auf diesem Wege auch die Unwirksamkeit oder die Rüchsordrung des Verzichts begründen. Unentgeltlicher Berzicht ist nicht Schenkung (§ 517), unterliegt beshalb auch nicht der Fländigeransschlung.

2. Als Regel ist behandelt der Berzicht der Berwandten und des Ehegatten auf das gesehliche Erbrecht (ober auf Bruchteile desselben). Berzicht auf letitvillige Zuwendungen § 2352. Der Fiskus kann auf sein gesehliches Erbrecht ebensowenig verzichten, wie er ausschlagen oder davon ausgeschlossen kann (§§ 1942, 1938). Der Berzicht ist wirksam, anch venn er vor Begründung des betreffenden Verwandtschafte, uhr. Berhältnisses, aber in Hindlick darauf oder durch Erbevertrag erklätt ist. Annahmevertrag § 1767 Abs 1. Aur der mit dem Erblasser geschlossen Bertrag ist Erbverzicht im Sinne des Gesetes (NG 63, 428). Der Berzicht auf eine bereits angesallene Erbschaft hat, soweit er nicht Berfügung über den Erbsteil ist (§ 2033), nur schuldrechtliche Wirkung. Über Ausschlagung zugunsten eines Dritten vgl. § 1947 A 1. Auch der unter künftigen gesetzlichen Erben (NG 98, 830) gemäß § 312 Abs 2 ver-

einbarte Verzicht begründet bloß schulbrechtliche Beziehungen.

3. Der Erbverzicht hat unmittelbar ben gänzlichen Wegfall des Erbverechtigten zur Folge, gleich dem schon vor dem Erbfall eingetretenen Tode oder der Ausschließung (§§ 1923, 1938). Erhöhung seines Erbteils gemäß § 1935 kann nicht mehr in Frage kommen. Er wird, weum ein fremder Pflichteil zu berechnen ist, weder dei Feststellung des dasse maßgebenden Erbteils (§ 2310 A 2) noch wegen etwaiger Ausgleichungsposten mitgezählt (§ 2316 A 4). Die für den Erdverzicht erhaltene Absindung kame auch von vornherein nicht als ausgleichungspsschaftiger Borempfang in Betracht. Der Berzicht auf den gesetstichen Erbteil ergreift zwar an sich auch den Pflichtteil als die Wertshälste eben jenes Erdsteils. Es steht aber nichts entgegen, den Berzicht auf den gesetslichen Erbteil zu beschränken und sehn ehr kall lehtwikiger Ausschließung von der Erbfolge) den Pflichtteil vorzubehalten. Der Berzicht auf eine lehtwillige Auwendung (§ 2352) enthält nicht notwendig auch den Berzicht auf das gesetsliche Erbrecht und umgekehrt. Der gegenseitige Berzicht von Eheseuten auf das gesetsliche Erbrecht schließt daher nicht aus, daß sie einander, auch in derselben Urtunde, lehtwillig bedenken (NG LB 1919, 5948).

4. Die Beschräntung auf den Pflichtteil, und zwar einschließlich des Pflichtteilsergänzungsanspruchs (§ 2325 A 1), beläßt dem Berzichtenden für den Fall, daß es zur gesetlichen Erbfolge kommt, den vollen gesetlichen Erbteil. Wirkung des so beschränkten Berzichts auf die
Berechnung der übrigen Pflichtteile §§ 2310 A 2, 2316 A 4. Auch die Berminderung
des Pflichtteils infolge der Anerkennung einer erst nachträglich angeordneten Ausgleichungspflicht (§ 2050 A 7) kann nur durch formgerechten Erbverzicht herbeigeführt werden (NG
71, 133). Berzicht auf bereits entstandene Pflichtteilsansprüche § 2317 A 1. Berzicht auf
den Pflichtteil bei Ledzeiten des Erblassers ist gegenüber seinen Berwandten oder seinem
Ehegatten, auch wenn sie als Testamentserben berusen sind, nach § 812 Abs 2 zulässig (NG

98, 880), hat aber nur schuldrechtliche Wirkung.

\$ 2347

Zu dem Erbverzicht ist, wenn der Berzichtende unter Bormundschaft steht, die Genehmigung des Bormundschaftsgerichts ersorderlich; steht er unter elterlicher Gewalt, so gilt das gleiche, sosern nicht der Bertrag unter Chegatten oder unter Berlobten geschlossen wird.

Der Erblasser kann den Bertrag nur persönlich schließen; ist er in der Geschäftssähigkeit beschränkt, so bedarf er nicht der Zustimmung seines gesetzlichen Bertreters. Ist der Erblasser geschäftsunfähig, so kann der Bertrag durch den gesetzlichen Bertreter geschlossen werden; die Genehmigung des Bormundschaftsgerichts ist in gleichem Umfange wie nach Abs 1 erforderslich.

E I 2020 Abi 1 II 2212; M 5 474, 475; B 5 599—608; KB 325.

1. Auf seiten des Berzichtenden muß denselben Erfordernissen genügt sein, wie sie § 2290 Abs 3 für den bloß vertragschließenden Teil bei Aushebung des Erdvertrags ausstellt. Bgl. dort A 5/6. Heilung etwaiger Mängel durch nachträgliche Genehmigung des Ber-

zichtenden (§ 108 Abf 3) ift nur bis zum Tobe des Erblaffers möglich.

§ 2348

Der Erbverzichtsvertrag bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung.).

E I 2020 Atol 1 II 2818; M 5 478, 474; B 5 599-601.

1. Beurkundung § 128, EG Art 141, FGG §§ 167 ff., hierzu NG 69, 130. Sind beide Teile nicht gleichzeitig anwesend, so muß der Vertrag vor dem Tode des Erblassers zustande gekommen sein (§ 152). Sin mit dem Erbverzicht etwa verbundener anderer Vertrag unterliegt den hierfür geltenden besonderen Vorschriften. Inwieweit die Nichtigkeit des einen auch die Nichtigkeit des damit verbundenen anderen Vertrags zur Folge hat, ist nach § 139 zu beurteilen. Der Form, nicht aber zugleich den sonstigen Ersovernissen des Erbverzichts wird auch durch einen protokolarisch beurkundeten prozestgerichtlichen Vergleich genügt, selbst wenn landesgesetslich für die Beurkundung bloß Notare zuständig sind (NG 48, 183; Seuffu 79 Nr 80).

\$ 2349

Berzichtet ein Abkömmling oder ein Seitenberwandter des Erblaffers auf das gesetzliche Erbrecht, so erstreckt sich die Wirkung des Berzichts auf seine Abkömmlinge, sofern nicht ein anderes bestimmt wird¹).

Œ I 2023 II 2214; M 5 480—483; B 5 604—609; 6 321.

1. Der Berzicht eines Abkömmlings ober Seitenverwandten, nicht also auch des Vorahren oder Chegatten des Erblassers **erstreckt sich auf die Abkömmlinge des Berzichtenden,** die bereits vorhandenen wie die künftigen, auch wenn er nicht in ihrem Ramen oder in ihrer gesetzlichen Bertretung (§ 2847) erklärt ist. Der ganze Stamm des Berzichtenden wird daburch ausgeschlossen (**NG** 61, 16), auch wenn die Abkömmlinge nicht seine Erben werden. Die Vorschrift ist iedoch nachgiebiger Art, betrifft nur das gesetzliche Erbercht oder den Pslichteil (§ 2346), der nach § 2852 erklärte Berzicht auf lehtwillige Zuwendungen ist mithin sür die Abkömmlinge nicht verbindlich (AGJ 34 A 111). Will der Verzichtende den Berzicht erst nachträglich auf seine Person beschränken, so bedarf es der Aussehung nach § 2851.

Berzichtet jemand zugunsten eines anderen auf das gesetzliche Erbrecht, so ist im Zweisel anzunehmen, daß der Berzicht nur für den Fall gelten soll, daß der andere Erbe wird.

Berzichtet ein Abkömmling bes Erblassers auf das gesetzliche Erbrecht, so ist im Zweisel anzunehmen, daß der Berzicht nur zugunsten der anderen Abkömmlinge und des Chegatten des Erblassers gelten soll²).

& I 2022 II 2215; M 5 477—480; B 5 608, 604.

1. Relativer Berjicht eines zur gesetzlichen Erbsolge Berechtigten zugunsten eines anderen gesetzlichen Erben kommt diesem vermöge des Wegfalls des Berzichkenden (§ 2846 A 3) gemäß \$ 1930 oder 1935 unmittelbar zugute, wenn es bei der gesetzlichen Erbsolge bleibt. It der andere ein Fremder, so bedarf es, um ihn zum Erben zu machen, noch der Erbeinsetung. Unter Umständen aber und wenn zugleich die Form des § 2276 beobachtet ist, kann sich diese Erbeinsetung als eine vertragsmäßige schon nit dem Abschülch des Erbverzichtsvertrags vollziehen. Die Begünstigung des anderen braucht nicht ausdrücklich erklärt zu sein. Dem Erbe werdenden anderen muß nicht notwendig der volle und unbeschwerte Erbseil des Berzichtenden anfallen. Ob dies Boraussetung des Erbverzichts ist, oder ob das Erbewerden zu einem geringeren Anteil oder unter Beschänkungen und Beschwerungen genügt, ist Aussegungsfrage. Unter Umständen ist der Berzicht nur zum Teil wirksam. Ist der Berzicht zugunsten mehrerer Bersonen erklärt, so tritt im Zweisel sein Umwirksamteit erst ein, wenn alle weggesallen sind; dies gilt insbesondere auch im Falle des Abs 2, so daß, wenn zugunsten der andern Abkömmlinge des Erblassers verzichtet und bei seinem Tode nur noch einer von ihnen vorhanden ist, im Zweisel diesem der Berzicht in vollem Umstange zugute kommt (MG L3 1926, 1006°). Ist der Verzicht auf den Pflichtteilsberechtigten nicht zugute kommen (§ 2310 A 2). Ein solcher zugunsten des Erben erklärter Verzicht vord von Whs 1 überhaupt nicht getroffen.

2. Der Erbverzicht eines Abtömmlings gilt als stillschweigend bedingt dadurch, daß ber freiwerdende gesetzliche Erbteil sich innerhalb der ersten Ordnung (§ 1924) oder zugunsten eines Elternteils (auch Stiefelternteils) des Berzichtenden vererbt. Er ist im Zweisel unwirssam, wenn Berwandte späterer Ordnungen oder der Fiskus zur Erbfolge kommen würdendie Einsetzung eines Fremben zum Alleinerben schließt zwar den Berzichtenden zugleich von der Erbfolge endgültig aus, er behält aber im Zweisel wenigstens dem Pflichteil (§ 2346 A 3).
— Im Falle des Abs 1 hat zur Unwirksamkeit seines Berzichts der Berzichtende zu beweisen, daß er nur zugunsten eines anderen verzichtet habe und daß dieser nicht Erbe geworden sei. Dafür, daß ein solcher sowie der nach Abs 2 erklärte Berzicht gleichwohl als unbedingter gewollt sei, ist (Auslegungsregel) beweispflichtig, wer hieraus Rechte für sich abseitet. S 2350 handelt nur vom gesetssichen Erbrecht, Berzicht auf lehtwillige Zuwendungen § 2852 A 1.

§ 2351

Auf einen Vertrag, durch den ein Erbberzicht aufgehoben wird, findet die Vorschrift des § 2348 und in Ansehung des Erblassers auch die Vorschrift des § 2347 Abs 2 Anwendung.).

€ I 2020 Ath 2 II 2216; M 5 476; H 5 599, 600; 6 322, 329, 380.

1. Die Anshebung des Erbverzichts, auch des Verzichts auf lettwillige Zuwendungen nach § 2352 ift selbstverständlich nur dis zum Tode des Erbsasser möglich. Die Verweisung auf § 2348 schreibt hierfür gerichtliche oder notarielle Beurkundung, die auf § 2347 Ubs 2 für den Erbsasser das gleiche vor wie beim Abschluß des Erbverzichtsvertrags. Für den durch die Aushebung bloß gewinnenden Verzichtenden gilt, wenn er in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ift, lediglich § 107. Durch die Aushebung wird der vor Abgade des Erbverzichts vorhanden geweine Zustand wiederhergestellt. Der Verzichtende kann zwar auch ohne Aushebung des Verzichts lehtwillig wirksam bebacht, aber nur kraft der Aushebung wieder gesetzlicher Erbe oder Pflichtteilsberechtigter werden. Der Einssuss der Aushebung auf die mit dem Erbverzicht verbundenen Absindungs usw. Verträge beurteilt sich nach allgemeinen Grundsten.

§ 2352

Wer durch Testament als Erbe eingesetzt vber mit einem Bermächtnisse bedacht ist, kann durch Bertrag mit dem Erblasser auf die Zuwendung verzichten¹). Das gleiche gilt für eine Zuwendung, die in einem Erbvertrag

einem Dritten gemacht ist2). Die Borschriften der §§ 2347, 2348 finden Anwendung3).

& I 2024 II 2217; M 5 483, 484; B 5 408, 609, 610; 6 100.

- 1. Der Verzicht auf lettwillige Zuwendungen läßt die betreffenden Versügungen an sich bestehen, entstleidet sie aber der Wirkung, indem er, wie vorzeitiger Tod des Bedachten, den Ansall der Zuwendung an ihn von vornherein ausschließt. Bei einem gemeinschaftlichen Testament besteht danach für den übersebenden Chegatten die Wöslichteit, sich durch Abschluß eines Erbverzichtsvertrags mit den durch seine wechselbezügliche Verfügung des dachten Personen von seiner gemäß § 2271 A 3, 4 eingetretenen Gebundenheit zu besteien (NG Warn 1918 Ar 124).
- 2. Soweit Zuwendungen im Erbvertrag an den anderen Vertragschließenden gemacht sind, können sie nur in den Formen der §§ 2290—2292 aufgehoben werden. Einseitige, bloß bei Gelegenheit des Erbvertrags getroffene Verfügungen stehen nach § 2299 den testamentarischen gleich und werden deshald durch Sah 1 mitgetroffen. Hier handelt es sich um vertragsmäßige Zuwendungen zugunsten Dritter. Sie können ebenfalls gemäß §§ 2290 bis 2292, aber auch unbeschadet der Fortdauer des Erbvertrags und ohne Zuziehung des anderen Vertragschließenden durch Vertrag des Erblassers unmittelbar mit dem bedachten Dritten außer Wirtsamkeit geseht werden. So auch im Falle des § 2280 durch Vertrag des iberlebenden Ehegatten mit dem Dritten (KIA 15, 180). Daß das BahDbLE 24 A 232 (FG 3, 166) in einem solchen Falle dem zum Erben des überlebenden eingesehten Sohne eines der beiden vertragschließenden Ehegatten wegen seiner Teilnahme am Vertragschlusse die Eigenschaft eines Dritten abgesprochen hat, ist bedenklich (s. Endemann IV 1925, 2791 zu 1).
- 3. § 2347: gleiche sachliche, § 2348: gleiche Formersorbernisse wie für den Berzicht auf das gesehliche Erbrecht nach § 2346. Die ergänzende Vorschrift des § 2349 ist durch Achterwähnung sedenfalls außgeschlossen, so daß ein testamentarische Ersaperbrecht von Abstämmlingen des Verzichtenden durch den Verzicht auf das testamentarische Erbrecht nicht berührt wird (KGJ 34 A 108; 53, 37). Auch die Außlegungsregel des § 2350 ist nicht zu übertragen (a. M. sür Abst. A 108; 53, 37), wiedwohl freie Außlegung zu gleichen Ergebnissen stagen. § 2351 handelt dagegen von jeder Form des Erbverzichts und gilt deshalb auch für die Aussebung des Verzichts auf letztwillige Zuwendungen.

Achter Abschnitt

Erbschein

Dem gesehlichen sowohl als dem gewillkürten Erben ist die Möglichkeit gegeben, sich durch Angehen des Nachlaßgerichts einen Ausweis über sein Erbrecht zu verschaffen, dem im Verlehr mit Dritten besondere Beweiskraft und öffentlicher Glaube innewohnt (§§ 2365—2367). Dem Erhschein ähnliche Wirtungen kommen auch dem Testamentsvollstreckerzeugnis zu (§ 2368). Besondere Erbausweise GBD §§ 37, 38, 99, NSchuldBG v. 31. 5. 10 § 16 (NGJ 45, 154; NJU 15, 19), FGG §§ 188, Zeugnis über Fortsetzung der Gütergemeinschaft § 1507. Ik der Erbfall vor 1. 1. 00 eingetreten, so bleibt auch für die Erbausweise nach EG Art 218 das ältere Recht maßgebend.

§ 2353

Das Nachlaßgericht¹) hat dem Erben²) auf Antrag³) ein Zeugnis über sein Erbrecht⁴) und, wenn er nur zu einem Teile der Erbschaft berufen ist, über die Größe des Erbteils zu erteilen⁸) (Erbschein)⁵).

E I 2068, 2078 II 2218; M 5 558, 559, 574; B 5 670-679, 691.

1. Nachlakaericht GGG §§ 72ff., CG.BGB Art 147, Konsche v. 7. 4. 00 § 7, Schutzeb v. 10. 9. 00 § 2. Ortliche Unzuständigkeit des Gerichts macht den von ihm erteilten Erbschein nicht unwirtsam (FGG § 7). Die Unzuständigkeit kann aber von einem Beteiligten im Beschwerdewege gerügt werden; der Erbschein ist dann ohne Rücklicht auf seine inhaltliche Richtigkeit von demjenigen Gericht, das ihn erteilt hat, entsprechend dem § 2861 einzuziehen (KGZ 53, 88). Übertragung der Erteilung des Erbscheins an ein anderes Gericht im Wege der Rechischische ist nicht zuläsig. Wohl aber kann das Nachlaßgericht ein anderes Unitsgericht erluchen, dem Antragsteller über die zur Begründung des Antrags nach § 2354 oder § 2355 anzugebenden tatsächlichen Verhältnisse zu vernehmen und ihm die in § 2356 Ubs 2 vorgeschriebene eidesstatliche Versicherung abzunehmen (NG 95, 286), ihm auch die

Erbrecht 386

Beibringung der in § 2356 Abs 1 bestimmten Urfunden aufzugeben (MGI 44, 102). Das

Beschwerbegericht ist nicht besugt, selbst einen Erbschein zu erteilen (RDU 16 S. 40 u. 66).

2. Aur dem Erben im Sinne von § 1922 Abs 1 dars der Erbschein erteilt werden, gleichseiel ob er durch Geset, Testament oder Ervbertrag berusen sist, nicht also dem Erwerber des Erbschils im Sinne von § 2083. Ein in vieser Beziehung gemachter, an sich nicht unzulässiger Busat nimmt an den Nechtswirkungen des Erbscheins nicht teil (NG 64, 173). Ebensowenig darf dem Erbschaftstäufer (a. Mt. Endemann 328 1910, 89), dem bloß forderungsberechtigten Vermächtnisnehmer und Pflichtteilsberechtigten ein Erbschein erteilt werden. Dem Ersagerben nicht vor Anfall der Erbschaft, dem Nacherben nicht vor Eintritt der Nacherbschaft (§ 2139; vgl. auch § 2363), dem Borerben nicht mehr nach Eintritt des Nacherbschge (§ 2139; vgl. auch § 2363), dem Borerben nicht mehr nach Eintritt des Nacherbschgefalls (§ BlFG 20, 262). Weiter als der Areis der Personen, denen der Erbschein zu erteilen ist, ist der Areis der Antragsberechtigten; s. hierüber A 3.

3. Der Antrag (Ersordernisse § 2354—2356) ist auf einen bestimmten, dem Erbschein zu gebenden Inhalt zu richten (KGJ 42, 128; BahDbLG 19 A 207); Anträge auf Erteilung eines Erbscheins nut lachlich verschiedenen Anhalt können auch nicht in der Weise wirtein

eines Erbscheins mit sachlich verschiedenem Inhalt können auch nicht in der Weise miteinander verbunden werden, daß der eine als Haupt-, der andere als hilfsantrag gestellt wird (FG 3, 155). Untragsiellung durch einen Bevollmächtigten ist zulässig (KJA 17, 68). Untragsberechtigt ist der Erbe (A 2), Allein- oder Miterbe, nachdem ihm die Erbschaft angefallen ift; er gibt damit zugleich die Annahme der Erbschaft zu ersennen (§ 1948). Der Fiskus erst, nachdem die Feliftellung §§ 1964 ff. getroffen ist. An Stelle des verstorbenen Erben sind die Erbeserben, bei einer Mehrheit solcher jeder von ihnen ohne Mitwirkung der andern (RZU 13, 84), im Falle des § 2083 ist der Nechtsnachfolger des Miterben berechtat, die Erteilung des Erbscheins, jedoch nur auf den Namen des unmittelbar Erbe Gevordenen zu beautragen (NG 64, 173; DLG 44, 106). Die gleiche Berenis zuh kant der kant der Verbscheins einen Krhausenschaft vorsches fugnis ning mit Rudficht auf bas immer vorhaudene Bedürfnis, einen Erbausweis vorlegen zu können, auch dem Testamentsvollstrecker (trot und neben dem § 2368, KGJ 22 A 56), dem Nachlaß- und Nachlaßkonkursverwalter, dem Abwesenheits- und dem nach FCG § 88 bestellten Anseinandersehungspsieger (RJA 18, 198; 16, 63), dem Erbschaftskäufer und traft seines geschlichen Verwaltungsrechts, wenn die Erbschaft zum eingebrachten Gute gehört (§ 1380), dem Ehemann der Erbin zugestanden werden. Das Geset spricht ihnen das Antragsrecht jedensalls nicht ab. Dagegen steht es nicht zu dem Nachlaßpfleger (§ 1960), der kontrete Erben siberhaupt nicht zu vertreten hat (MIN 10, 277). War dem Erben bereits ein Erbschein erteilt, so haben die Genaunten auf eine weitere Aussertigung Anspruch (FGG § 85, Einsicht und Abschrift § 78). In den Fällen der §§ 792, 896 BBD kann die Erteilung des Erbscheins auch vom Eläubiger des Erben beautragt werden. Die vorangegangene Erteilung eines Erbscheins steht dem Antrag eines anderen auf Erteilung eines Erbscheins abweichenden Inhalts nicht entgegen. Wird bem neuen Antrag entsprochen, so ist die Einziehung oder Kraftloserklärung des früheren unrichtigen Erbscheins Sache des Nachlaggerichts (BUF 48, 105; f. aber auch über den Fall, daß der neue Erbschein bei einem andern Nachlaggericht als bemjenigen beantragt wird, welches den früheren Erbschein erteilt hat, KGJ 44, 105).

4. Das Zengnis über bas Erbrecht des Erben bestätigt die Tatsache der Wesamtrechts. nachfolge. Soweit beshalb das Geleg selbst keine Ausnahme zuläßt (§ 2369), ist ein auf einzelne zur Erbschaft gehörige Gegenstände beschränkter Erbschein nicht zulässig (DLG 4, 397; 6, 315; 7, 446; 21, 351). Hiervon geht auch das Pruku v. 28. 10. 22 aus, indem es in § 78 Abf 5, 6 den Fallen, daß der Erbichein unt gur Berfügung über einen einzelnen Gegenftand gebraucht und zu diesem Zwede dem Grundbuchamt oder einer andern öffentlichen Behörde übersandt werden soll, durch besondere kostenrechtliche Vorschriften Rechnung trägt. Dagegen stehen Ban DbLG 2, 191; 14, 74 (RJA 13, 16) und die bort angeführten baberischen Borichriften auf dem Standpunkt, daß ein gegenständlich beschräufter Erbschein allgemein erteilt werden darf; in Ban DbLG 18 A 225 wird aber in Übereinstimmung mit den früheren Entscheidungen hervorgehoben, daß auch ein gegenständlich beschränkter Erbschein das Erbs recht bezeugt und daher nicht für Gegenstände erteilt werden fann, die der Erbe ans dem Nachlaß durch Erbanseinandersetung oder als Vorausvermächtnis erlangt hat. Im übrigen gehören nicht in das Zeugnis Angaben über ben Umfang des Nachlasses, auch nicht über Beschwerungen des Erben durch Vermächtniffe, Auflagen, Pflichtteilsausprüche, Teilungsanordnungen, da sie das Erbrecht selbst unberührt lassen, oder (BanDbLG 18 A 225) über das Ergebnis der Erbauseinandersetung. Ebensowenig Entscheidungsgründe. Wohl aber Beschränkungen, die, wie die Anordnung der Nacherbfolge oder Ernennung eines Testamentsvollstreders (§§ 2363, 2364) bas Wesen bes Erbrechts verändern. Im einzelnen hat das Beugnis, wofür reichsgesehlich Formvorschriften nicht erteilt sind, Namen und Beit bes Todes des Erblassers und Namen und Wohnort der Erben so genau zu bezeichnen, daß Berwechstungen ausgeschlossen sind. Die Angabe des Berufungsgrundes ist entbehrlich RIA 16 S. 45 u. 217; a. M. 2. Aust.), es sei denn, daß sie, bei der Berufung auf mehrere Bruchteile aus verschiedenen Gründen (§ 1951 A 2), der Bezeichnung des Umsanges des Erbrechts dient. Alternative Angabe (Geset oder Testament) ist nicht unstatthaft, wenn bei zweiselhafter Gültigkeit des Testaments der Erbe durch das Geset in demselben Umsange, wie durch das Testament berusen erscheint (DLG 85, 879; FG 3, 158; FB 1928, 1181). In dem einem Racherben erteilten Erbschein ist auch der Tag anzugeden, an dem ihm die Erbschaft angefallen ist (RJA 16, 44). Als Verfügungsausweis muß das Zeugnisg aus sich verständlich sein; die Bezugnahme auf Urtunden ist unzulässig (RJA 17, 56).

5. Sind mehrere Erben vorhanden, so kann der Erbschein nach § 2357 als gemeinschaftlicher, aber auch, und zwar auch neben dem gemeinschaftlichen, nur für einen einzelnen und allein nauwatt zu machenden Miterben erteilt werden. In beiden Källen ist die Größe des

5. Sind mehrere Erben vorhanden, so kann der Erbschein nach § 2357 als gemeinschaftlicher, aber auch, und zwar auch neben dem gemeinschaftlichen, nur für einen einzelnen und allein namhaft zu machenden Miterben erteilt werden. In beiden Fällen ist die Größe des Erbteils, d. h. des dem Erben anfallenden Bruchteils der Erbschaft anzugeben, wozu es unter Umständen noch der vorherigen Wertsbestimmung einzelner dem Erben zugewendeter Gegenstände bedarf (§ 2087 N 2; DLG 18, 368). Die Angabe des durch Verusung zur Zeit des Erbfalls angefallenen Erbteils genügt, auch wenn Erböhung nach §§ 1935, 2094 noch möglich ist. Solange die Höhe eines Erbteils wegen der zu erwartenden Geburt eines Miterben oder aus anderen Gründen ungewiß ist (§ 2043), ist die Erteilung eines gemeinschaftlichen Erbscheins unzulässig. Teilerbscheine können nach KGJ 42, 128 in der Form erteilt werden, daß den von der Ungewißheit betroffenen Erben bezeugt wird, ihr Erbteil sei noch undestimmt, z. B. weil infolge Schwangerschaft der Witwe noch Personen geboren werden könnten, die neben ihnen zu gleichen Teilen erbberechtigt sein würden; nach der Bestigung der Ungewißheit ist ein solcher Erbschein wieder einzuziehen. Unter Umständen, z. B. wenn sich nicht ermitteln läßt, ob alle neben einem Miterben berusenen Erbanwärter den Erbsall erlebt haben, kann dem Miterben auf Antrag auch ein Teilerbschein über einen Mindesterbteil erteilt werden (FG 1, 176 gegen NJU 11, 14).

6. Die Exteilung besteht in der Aushändigung des Zeugnisses, und zwar nach Maßgabe bes Landesrechts in Urschrift oder in Aussertigung, an den Antragsteller oder den von ihm bestimmten Dritten, der auch eine Behörde sein tann (so in den Fällen des PrEKE v. 28. 10. 22 § 78 Abs 5, 6). Über den die Anwendbarkeit des § 16 FEE auf den Erbschein betressenden Meinungsstreit vol. Schlegelberger, FEE § 84 A 6. — Die Kosten des Erbscheins trägt

ber Antragsteller; sie sind nicht Nachlagverbindlichkeit.

§ 2354

Ber die Erteilung des Erbicheins als gesetzlicher Erbe beantragt, hat anzugeben:

1. die Zeit des Todes bes Erblaffers:

2. das Berhältnis, auf bem fein Erbrecht beruht;

- 3. ob und welche Personen vorhanden sind oder vorhanden waren, durch die er von der Erbsolge ausgeschlossen oder sein Erbteil gemindert werden würde;
- 4. ob und welche Berfügungen des Erblassers bon Todes wegen bor- handen find;
- 5. ob ein Rechtsftreit über sein Erbrecht anhängig ift.

Fit eine Person weggefallen, durch die der Antragsteller von der Erbfolge ausgeschlossen oder sein Erbteil gemindert werden würde, so hat
der Antragsteller anzugeben, in welcher Beise die Person weggefallen ist.

E I 2069 II 2219; M 5 559, 560; B 5 679; 6 857.

Geschliche Erbsolge. Gewillkürte § 2355. Die nach § 2354 ober § 2355 erforderlichen Angaben brauchen nicht schon in dem Antrag auf Erteilung des Erbscheins enthalten zu sein; sehlen sie, so hat das Nachlaßgericht nach § 2358 ihre Nachbringung zu veranlassen (**RG** 95, 287), geeignefenfalls im Wege der Rechtshilse (§ 2353 U 1).

Bu Rr 1: Beit des Todes fo genau wie gur Beurteilung der Erbfolge erforderlich.

Todeserflärung § 18, Umtommen in gemeinsamer Gefahr § 20.

Bu Rr 2: Berwandtschaftsverhältnis § 1924—1930, eheliches Berhältnis § 1981. Fistus § 1936. In Zweifelsfällen ist auch die Staatsangehörigteit des Erblasser nachzu-

(weisen (EG Artt 24ff.).

Bu Nr 3: Mit Küdsicht auf § 1930 haben die Berwandten der ersten und ferneren Ordnungen, mit Küdsicht auf §§ 1931, 1932 hat der Ehegatte darzulegen, daß ihnen vorgehende oder neben ihnen berechtigte Erben entweder nie vorhanden waren, oder daß und wie Abs 2) solche Personen vor oder nach Eintritt der Erbsolge weggefallen sind. Wegfalls-

388

gründe § 1935_U 2. Auch die Weggefallenen und deren Verwandtschaftsverhältnis sind näher gu bezeichnen. Eine Berficherung, daß die Geburt eines Miterben nicht zu erwarten fei (§ 2043), braucht nicht verlangt zu werden. Entfernte Möglichkeiten (Borhandensein etwaiger unehelicher Rinder einer verheirateten Frau) sind ohne besonderen Anlag nicht in Betracht zu giehen

(RG3 39 A 92).

Ru Rr 4: Berfügungen von Todes wegen (§ 1937) sind, soweit borhanden, nicht bloß anzugeben, sondern auch vorzulegen, obwohl das lettere in § 2356 nur für die das Erbrecht begründenden Urkunden vorzeichrieben ist. Ohne Einsicht und Krüfung der vorhandenen Verfügungen, gleichviel welchen Inhalts, kann der Nachlaßrichter das gesetliche Erbrecht nach der verneinenden Seite: daß ihm Verfügungen von Todes wegen nicht entgegenstehen, nicht als festgestellt erachten (§ 2859). Voch vorhandene, aber gemäß §§ 2255, 2256 zweifellos widerrufene Urfunden stehen den nicht vorhandenen gleich. Ergibt eine vorhandene Verfügung die Ausschließung der gesetlichen Erbfolge und wird deren Unwirksamteit behauptet, so ist auch dies darzulegen (Abs 2).

Bu Nr 5: 3m Falle des Rechtsstreits Gehör des Gegners (§ 2360 Abs 1). — Ift der Erbe selbst der Antragsteller, so liegt die Annahme der Erbschaft regelmäßig schon im Antrage. Ein Antrag mit Vorbehalt der Ausschlagung ist unstathaft. Andere Antragsberechtigte (§ 2353 A 3) haben zu beweisen, daß die Annahme erfolgt sei (§ 1943 A 1; vgl. auch § 2357 A 3).

§ 2355

Ber die Erteilung des Erbicheins auf Grund einer Berfügung von Todes wegen beantragt, hat die Berfügung zu bezeichnen, auf der sein Erbrecht beruht1), anzugeben, ob und welche sonstigen Berfügungen des Erblaffers von Todes wegen vorhanden find2), und die im § 2354 Abf 1 Rr 1, 5, Abf 2 vorgeschriebenen Angaben zu machen3).

& I 2078 II 2220; M 5 558, 578, 574; B 5 671, 681, 691.

1. Gewilltürte Erbfolge. Die betreffenbe Berfügung von Todes wegen (§ 1987) ift zu bezeichnen und nach § 2356 vorzulegen. S. auch § 2360 Abf 2, 3. Erst nach der Eröffnung (§ 2260) tann ber Schein erteilt werden.

2. Db die sonstigen Berfügungen auf das Erbrecht bes Antragstellers von Ginfluß

s. § 2354 Rr 1: Zeit des Todes, Rr 5: etwa anhängiger Rechtsstreit. Abs 2: Darlegung, inwiefern bem Erbrecht des Untragftellers entgegenstehende ober es schmälernde Berufene weggefallen find (ber vor dem Erfagerben zunächst Berufene, Miterben, Nacherben). Rr 3 ist nicht mit angezogen. Der Antragsteller braucht beshalb nicht anzugeben, ob und welche Bersonen vorhanden sind oder waren, die z. B. als stillschweigend mitberufene Abkömmlinge eines Abkömmlings des Erblassers (§ 2069) möglicherweise sein Erbrecht schmälern könnten, sondern nur, daß und in welcher Beise bie vorhandenen oder vorhanden gewesenen, bor oder neben ihm eingesetten Personen weggefallen sind. halt bas Nachlaggericht nach ber ersten Kichtung eine Feststellung für erforderlich, so hat es gemäß § 2858 von Amts wegen Ermitt-lungen anzustellen (KGJ 89 A 95). Die Angaben haben sich auch nicht auf die Versonen der gesehlichen Erben (abgesehen von §§ 2066 ff.), Pflichtteilsberechtigten oder der übrigen Erben zu erstrecken, wenn nicht gemeinschaftlicher Erbschein nach § 2857 verlangt wirb. Bei Erteilung eines neuen Erbscheins nach Cintritt der Nacherbfolge bedarf es nicht unter allen Umftänden einer neuen formlichen Erbausweiserklärung (AGF 46, 146).

§ 2356

Der Antragsteller hat die Richtigkeit der in Gemäßheit des § 2354 Abf 1 Rr 1, 2, Abi 2 gemachten Angaben durch öffentliche Urfunden nachzuweisen1) und im Falle bes § 2355 bie Urfunde vorzulegen, auf der fein Erbrecht beruht2). Sind die Urkunden nicht oder nur mit unberhältnismäßigen Schwierigkeiten zu beschaffen, fo genügt bie Angabe anderer Beweismittel3).

In Ansehung der übrigen nach den §§ 2354, 2355 erforderlichen Angaben hat der Antragsteller vor Gericht oder vor einem Notar an Eides Statt zu versichern, daß ihm nichts betannt sei, was der Richtigkeit feiner Ungaben entgegensteht4). Das Rachlaggericht tann die Verficherung erlassen, wenn es sie für nicht erforderlich erachtet5).

Diese Borichriften finden teine Anwendung, soweit die Tatsachen bei dem Rachlakgericht offentundig sind8).

E I 2070, 2078 Abi 8 II 2221; M 5 560-562; B 5 679, 682, 691.

1. Nachweis durch öffentliche Urkunden (BPO § 415). Für § 2354 Abf 1 Nr 1 (Zeit des Todes) Sterbeurkunde oder Todeserklärung (§§ 13ff.; BPO § 970). Für Nr 2 (Verwandtschafts. usw. Berhältnis) Geburtsurfunden; Beiratsurkunden, wenn bas Erbrecht auf bem ehelichen Berhältnisse beruht; für die ältere Zeit firchliche Zeuanisse, Legitimations-urkunden u. bal. Beruht das Erbrecht auf ehelicher Abstammung, so braucht außer ber Geburtsurkunde nicht noch die Heiratsurkunde der Eltern vorgelegt zu werden, da das Geburtsregister nach BStG § 22 Kr 5 auch zur Beurkundung der ehelichen oder unehelichen Abstammung bestimmt ist (AGJ 36 A 97). Durch Geburtsurkunden ist auch das Vorhandensein der die Berwandtschaft mit dem Erblasser vermittelnden Zwischenpersonen nachzuweisen. Geburtsbescheinigungen mit begrenzter Gultigkeitsbestimmung (z. B. "gultig nur zum Zwecke der Taufe") reichen zum urfundlichen Nachweis im Sinne von Sat 1 nicht aus (NJA 15, 290); sie können aber, z. B. wenn das Stanbesamt im abgetretenen Gebiete liegt und neue Urkunden von dort nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten (A 3) zu beschäffen sind, als "andere Beweismittel" im Sinne von Sat 2 in Betracht kommen. Gleiches gilt von der einen Kriegsteilnehmer betreffenden Sterbenachricht des Bentral-Nachweise-Bureaus in Berlin (KGJ 49, 75). Durch die dem Personenstandsgeset noch der VD v. 14. 2. 24 (KGBl I 116) eingefügten §§ 15a—15c sind als neue standesamtliche Urkunden die kurzen Geburts, veirats- und Todesscheine zugelassen. Sie beweisen, daß die Geburt, die Eheschliehung ober ber Sterbefall im Register beurkundet ist. Die gleiche Beweistraft haben nach § 15a Abf 2 Eintragungen in ein Familienstammbuch, wenn sie den für den Schein vorgesehenen Inhalt haben und mit der Unterschrift und dem Siegel des Standesbeamten versehen sind. Hiernach kommt den standesamtlichen Scheinen und ben Eintragungen in das Familienstammbuch hinsichtlich der in ihnen angeführten Personenstandstatsachen wenigstens eine mittelbare Beweiskraft zu. Demzufolge sind die Todesscheine regelmäßig geeignet, die Zeit des Todes des Erblassers (§ 2354 Nr 1) ober solcher Personen, durch welche der Antragsteller von der Erbfolge ausgeschlossen oder sein Erbteil gemindert werden würde (§ 2354 Abs 1 Ar 3, Abs 2), gemäß § 2356 Sat 1 nachzuweisen (AG India 1927 Ar 137a, womit ältere Entscheinungen desselben Gerichts, insbesondere AGJ 53, 86 überholt sind). Entsprechendes trifft für den Nachweis eines ehelichen Verhältnisses (§ 2354 Ar 2) durch den Heiratsschein zu. Dagegen sind die Geburtsschein zum Nachweis eines Abstanmungsverhältnisses (§ 2354 Ar 2) nicht verwertbar, da sie nach § 15b BStG nur die Namen des Kindes sowie den Ort und Tag seiner Geburt enthalten (KG INdsch 1927 Nr 137b). Hängt das in Anspruch genommene Erbrecht davon ab, daß Zwischenversonen wieder weggefallen sind (§ 2364 Abs 2), so ist je nachdem der Wegsall durch Sterbeurkunden (oder Todesscheine), Todeserklärungen, durch Vorlegung der sie ausschließenden Verfügung von Todes wegen (§ 1938), der Erbverzichtsurfunde (§ 2346), der Ausschlagungserklärung (§ 1945), des rechtsträftigen die Erb. unwürdigkeit aussprechenden (§ 2342) ober des Scheidungsurteils darzufun. Wie die durch die Todeserklärung begründete Todesvermutung des § 18 (MJA 18, 97), so gilt auch die Lebensvermutung des § 19 für das Erbscheinsversahren (MJA 18, 211). Todeserklärung ist entbehrlich, wenn das Gericht aus anderen Umständen die Überzeugung vom Wegfall eines Berschollenen gewinnt (NJA 9, 84). Soweit sich die betreffenden Urkunden bereits in der hand bes Nachlafgerichts, sei es auch einer anderen Geschäftsabteilung besselben Gerichts befinden, genügt es, hierauf Bezug zu nehmen (DLG 44, 106): Bezugnahme auf das bei demfelben Gericht aufbewahrte standesamtliche Nebenregister, wenn die in Betracht kommenden Daten so genau angegeben werden, daß die Urkunden ohne weiteres zu ermitteln sind).

2. Die die Erbeinsetung enthaltende Berfügung bon Tobes wegen muß sich nach §§ 2259 bis 2261 ohnedies schon in der Verwahrung des Nachlafgerichts befinden. Ob und inwieweit es den Nachweis der Echtheit des Privattestaments erfordern will, steht nach § 2359 in seinem pslichtmäßigen Ermessen, s. jedoch §§ 2360 Abs 2, 2368 Abs 2.

3. Im Gebrauche anderer Beweismittel (Zeugen, Sachverständige, 3. B. Genealogen, Brivaturfunden, 3. B. Familienstammbaume usm.) find bem Gericht teine Schranten gezogen. Auch der Inhalt wirksam gebliebener, aber verloren gegangener Berfügungen von Tobes wegen (A 2) kann auf diesem Wege festgestellt werben (§ 2255 A 4; RIA 11, 181). Unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten sind solche jeglicher Art zu verstehen, beren Uberwindung dem Antragsteller nicht wohl zugemutet werden kann. Dies kann auch dann angenommen werden, wenn die Kosten der Beschaffung einer Urkunde, insbesondere aus dem Ausland, gegenüber den unter gewöhnlichen Umständen aufzuwendenden Kosten unverhältnismäßig hoch sind und einen erheblichen Teil des Nachlasses oder des in Betracht tommenden Erbteils verzehren würden (3FG 1, 178).

4. Die eidesstattliche Bersicherung betrifft zumeift die Negative (Nichtvorhandensein

aleich ober besser berechtiater Erben, entaegenstehender Verfläuungen von Todes wegen. Nichtandungssein eines Rechtsstreits), segt dem zu ihr Verpslichteten nicht, wie § 459 ZBD eine besondere Brüsungs und Ersundigungspflicht auf (MGSt 39, 226), kann aber nach Lage des Falles auch auf bestimmte einzelne Tatsachen abgestellt werden. Sie ist vom Antragsteller, auch wenn er mit dem Erben nicht identisch ist (§ 2353 A 3), insbesondere auch vom Eläubiger des Erven, oder vom gesetlichen Vertreter des Antragstellers abzugeben, kann dagegen nicht von einem Bevollmächtigten abgegeben werden (RJA 18, 199); unter Umständen kann aber die Erstärnna eines solchen dem Nachlasgericht Anlass geben, dem Erben die Versickerung zu erlassen (NTA 17, 68). Statt des gesetlichen Vertreters kann der Erbe selbst, wenn er einesmündig ist (NTA 54, 3), zur eidesstattlichen Versicherung zugelassen werden (a. M. Staudinger A III Abs 2 a. zit.). Die örrliche Zuständigseit von Gericht oder Notar wischen denen auch im Falle des Art 141 EG dem Antragsteller die Wahl bleibt — und die Form der Veurkundung bestimmt sich nach Landesrecht, da es sich hierdei nicht um Verurkundung von Rechtsgeschäften nach FGG §§ 167ff. handelt (BBFG 20, 337).

- 5. Erlag der Berficherung nach Ermessen bes Nachlagrichters, beshalb auch kein Beschwerberecht aus FGG § 20 gegen bie Abforderung. Bgl. auch § 2357 Abs 4.
- 6. Difenkundigkeit (APD § 291), sei es, daß die Tatsachen nach allgemeinen Ersahrungssätzen seltstehen (Ableden überalter Bersonen), oder dem Nachlaßgericht sonst amtlich bekannt sind (BanObOG 14, 55). Nach Erteilung des Erbscheins können die überreichten Urkunden (A 1, 3, 4) zurückverlangt werden. Es sind dann aber vollständige oder auszugsweise beglaubigte Abschriften zurückzubehalten, soweit dies nicht nach Lage des Falles entbehrlich ist (RJA 15, 283).

§ 2357

Sind mehrere Erben vorhanden, so ist auf Antrag ein gemeinschaft= licher Erbschein zu erteilen. Der Antrag kann von jedem der Erben gestellt werden¹).

In dem Antrage find die Erben und ihre Erbteile angugeben2).

Bird der Antrag nicht von allen Erben gestellt, so hat er die Angabe zu enthalten, daß die übrigen Erben die Erbschaft angenommen haben. Die Borschriften des § 2356 gelten auch für die sich auf die übrigen Erben beziehenden Angaben des Antragstellers³).

Die Bersicherung an Gibes Statt ist von allen Erben abzugeben, sofern nicht das Rachlakgericht die Bersicherung eines oder einiger von ihnen für ausreichend erachtet⁴).

Œ II 2222: B 5 678, 679,

- 1. Gemeinschaftlicher Erbschein. Wird er von sämtlichen Miterben, zu denen aber der Nacherbe neben bem Vorerben nicht gehört, oder für sie von einem nach § 2353 V 3 Antragsberechtiaten beautragt, so gelten bezüglich aller Erben die Bestimmungen der §§ 2954—2356 mit den Besonderheiten der Absätzellen Auf eine Miterbe hat die Wahl, sich den Erbschein nur sür seine Berson und nur über seinen Erbteil (§ 2353 V 5) oder als gemeinschaftlichen über den ganzen Nachlaß erteilen zu sassen, muß aber in diesem Falle auch die sonst den Miterben obliegenden Angaben machen und Beweise erbringen (V 4). Ein auf eine Eruppe von Erben velchränkter Erbschein ist dem Geleze unbekannt und wäre nur in der Form eines das Erbrecht mehrerer Beteiligter bezeugenden, die Einzelzeugnisse zusammensassenden Erbscheins denkbar, der nicht von einem einzelnen, sondern nur von allen Beteiligten beantragt werden könnte (NYM 11, 4). Auch ein Erbschein nach mehreren Erbsassern ist nur in dem Sinne einer äußeren Zusammensassung mehrerer Einzelzeugnisse über verschiedene Erbsälle möglich (RG3 44, 99).
- 2. Angabe ber Erbteile, d. h. bestimmte Bezeichnung der in Anspruch genommenen Bruchteile (R.A.9, 6) ohne Rücksicht auf etwaige Ausgleichungsposten. Soweit sie auch nur bezüglich eines Miterben unbestimmbar sind (so im Falle des § 2043 der Kinder neben der Witwe), ist die Erteilung des gemeinschaftlichen Erbscheins über "ihre Erbteile" ausgeschlossen, vol. aber § 2858 A 5.
- 3. Die Annahme der Erbschaft (§ 1943 A 1) wird vom Antragsteller schon durch den Antrag erklärt. Bezüglich der sibrigen Erben hat er sie darzulegen und nach § 2356 nachzuweisen. Beimbsehlen ausdrücklicher Annahmeerklärung ist der Fristbeginn, d. h. der Zeitdunkt der erlangten Kenntnis von dem Anfall und dem Grunde der Berufung (§ 1944 A 2/3) und der Ablauf der Ausschlagungsfrist für jeden der beteiligten Erben nachzuweisen. Alle Nachweise

lind grundsählich durch öffentliche Urkunden und Bersicherung an Eides Statt zu führen (§ 2356) Über Schwierigkeiten, wenn es sich um Erben unbekannten Aufenthalts handelt, vgl. DEG

21. 349.

4. Die eidesstattliche Bersicherung ist grundsätlich von allen Erben abzugeben, auch wenn bloß einer von ihnen den gemeinschaftlichen Erbschein beantragt. Die Bervslichtung der übrigen, hierdurch zur Erteilung des Erbscheins "mitzuwirken", ergibt sich aus § 2038 u 2 (a. M. Strohal II § 67 u 24). Sie können, soweit sie nicht Gründe zur Berweigerung der Bersicherung beibringen, im Magewege dazu angehalten werden, wenn auch die Berlicherung lesbst nicht erzwungen werden kann. Ob und inwieweit sich der Nachlaßrichter an der Bersicherung eines oder mehrerer Erben aenüben lassen voher ob er sie ganz erlassen will, steht in seinem pflichtmäßigen Ermessen (§§ 2356 u 5, 2359).

\$ 2358

Das Nachlafigericht hat unter Benutzung der von dem Antragsteller angegebenen Beweismittel von Amts wegen die zur Feststellung der Tatssachen erforderlichen Ermittelungen zu veranstalten und die geeignet er-

icheinenden Beweise aufzunehmen1).

Das Nachlafigericht kann eine öffentliche Aufforderung zur Anmeldung der anderen Bersonen zustehenden Erbrechte erlassen; die Art der Bekanntmachung und die Dauer der Anmeldungsfrist bestimmen sich nach den für das Ausgebotsversahren geltenden Borschriften²).

E I 2071 Abi 1 Sah 2, 2072, 2078 Abi 3 II 2223; M 5 562, 563, 574; B 5 679—683.

1. Dffizialtätigteit des Nachlaßgerichts gemäß KGG §§ 12, 15 (MG 95, 287). Es ift nicht auf die angebotenen Beweismittel beschränft. Die Ermittlungen baben sich nicht bloß auf das Vorhandensein, sondern gegebenenkalls auch auf die Echtheit, den Sinn und die Wirksamkeit getroffener Verfügungen von Todes wegen, ferner auf Nechtzeitigkeit der Ausschlagung, Gebundenheit durch Erd oder Ehevertrag (NKA 12, 17) oder gemeinschaftliches Testament usw. zu erstrecken. Nach Bandbloß (NKA 17, 72) hat das Nachlaßgericht die erforderlichen Ermittlungen auch dann selbst anzustellen, wenn ein Nechtästreit über das Erdscheinsversichten Kammergericht (MKA 9, 75; DLG 34, 318; 40, 155) das Nachlaßgericht für besugt erachtet, das Erbscheinsversahren dis zur Entscheidung eines schon anhängigen Erdrechtsstreits auszusehen. Die zweite Auffassung verdient mit Nücksicht auf die Entstehungsgeschichte des § 2860 und aus Zweckmäßigkeitsgründen den Vorzug. Keinesfalls darf der Antragsteller zur Entscheidung kreitiger Tat- oder Rechtsstragen auf den Weg eines erst anhängig zu nachenden Rechtsstreits verwiesen herden (RGZ 35 A 110). Bedeutung eines dereits vorliegenden rechtskräfteits verwiesen herden (RGZ 35 A 110). Bedeutung eines dereits vorliegenden rechtskräfteinen Urteits § 2359 U. 2. Anersennung des Erdrechts durch die Beteiligten siberhebt das Gericht nicht der Verpssichtung zu eigener Prüfung (RGZ 34 A 112). Gehör der Beteiligten § 2360. Keine Beschwerde gegen die Vornahme den Ermittlungen aus KGC § 19.

2. Difentlick Ansiverung entsprechend den Aufgebotsvorschriften BPD §§ 948—950, wiewohl ohne Androhung von Rechtsnachteilen, nach Ermessen des Gerichts. So insbesondere wenn das Vorhandensein bester berechtigter Erben (Kinder aus einer bestimmten Ehe) wahrscheinlich ist. Ist ein Besserechtigter verschollen und nach Angabe des Antragstellers gestorben, so kann das Nachlaßgericht die Beibringung einer Todeserklärung verlangen, falls ührer Beschaffung nicht unverhältnismäßige Schwierigkeiten entgegenstehen (§ 2856 A 1, 3); es ist in solchem Falle nicht verpflichtet, statt der Auflage eine öffentliche Aufsorderung zu

erlassen (RJA 13, 97).

§ 2359

1) Der Erbschein ist nur zu erteilen, wenn das Nachlaßgericht die zur Begründung des Antrags ersorderlichen Tatsachen für festgestellt erachtet 2)3). E I 2071 Abs 1 Sab 2, 2078 Abs 3 II 2224; M 5 562, 574; B 5 670, 682, 691.

1 Das Nachlaggericht hat, abgesehen von den Fällen der §§ 792, 896 BBO (§ 2353 A 3), nicht zu vrissen, aus welchem Grunde und zu welchem Awede die Erreilung eines Erbscheins beautraat wird, soudern es hat gemäß §§ 2358, 2359 den Erbschein zu erteilen, wenn die Voraussehungen der §§ 2354—2357 erfüllt sind und es die zur Begründung des Antrags erforderlichen Talsachen für seitgestellt erachtet; es darf deshalb dem Erben die Erreilung auch nicht mit der Begründung verweigern, daß er teines Erbscheins bedürfe (FFG 3, 146).

2 Acititellung des Erbrechts. Das Gericht entscheibet nach Abschluß ber Ermittlungen (§ 2358) nach freier Überzeugung (BPD § 286), welche Tatsachen es für festgestellt erachtet.

392 Crbrecht

Beweisregeln insbesondere auch bezüglich bes Urfundenbeweises (8BD §§ 415ff.) bestehen nicht. Gine Begrundung ift nicht zu erteilen. Aus ben festgestellten ober offenkundigen Tatsachen hat das Nachlaggericht selbständig im bejahenden ober verneinenden Sinne bestimmte Schlußfolgerungen in bezug auf das mit dem Antrage geltend gemachte Erbrecht zu ziehen. Ein Erbschein andern als bes beantragten Inhalts darf nicht erteilt werden, vielmehr ift der Erbschein entweder so, wie er beantragt ist, zu erteilen oder zu verweigern (AGF 42, 128: BayDbLG 19 A 207). Die Selbständigkeit, mit der das Nachlaßgericht im allgemeinen über die Begründetheit des Antrage befindet, gilt grundfahlid auch gegenüber einem im Erbrechtsstreit ergangenen rechtskräftigen Urteil. Ist burch bas Urteil bas Erbrecht bes Antrag-ftellers festgestellt, so ist bas Nachlaßgericht, wenn nach seiner Ansfassung der Sach- und Rechtslage der unterlegene Prozefigegner oder ein Dritter der wahre Erbe ift, nicht gezwungen, den Antragsteller mit der über die Rechtstraft unter den Prozesparteien hinausreichenden Wirkung der §§ 2365—2367 als Erben auszuweisen. Anderseits darf das Nachlaßgericht, falls durch das rechtsfräftige Urteil gegen den Antragsteller das Erbrecht eines andern fest-gestellt ist, dem Antragsteller den Erbschein auch dann nicht erteilen, wenn es ihn für den wahren Erben halt. Denn sonst könnte ber andere sofort im Brozegiwege, geftütt auf die Rechtskraft des Urteils, die Hernusgabe des Erbscheins an das Nachlaßgericht erzwingen und dadurch dessen Kraftlosigkeit herbeisühren (§ 2362 A 1). Die Erteilung unter solchen Umständen liegt, trot ber grundsählichen Unabhängigkeit des Nachlaggerichts vom Prozeggerichte, nicht im Sinne des Gesehes. (Die Frage ist umstrikten. Bis zur 4. Auflage ist in diesem Werke in Abereinstinnung mit der vielleicht jest noch herrschenden Meinung schlechthin gesagt, daß das zwischen mehreren Erbansprechern ergangene rechtskräftige Urteil sür das Nachlaßgericht formell nicht dindend sei. Wie hier, Kipp § 62 I 7 und Herold-Eichler, ZRIFG 20, 206 sowie Warneher § 2359 I. Für noch weitergehende Vindung des Nachlaßgerichts insbeschutzer, Ihrings 59, 398 und 61, 107; Schlegelberger, FGG § 12 U 18; Endemann III § 146 V.) Einfluß eines anhäugigen Nechtsstreits §§ 2358 V 1, 2360 V 1. Vloße Anfechtscheid vielle seiner Nerkseit einer Nerksiaus dem Andels wechtscheit die Erksteine von Konkellung des Erklicheins vielt (a. Weiterscheide von barkeit einer Verfügung von Todes wegen hindert die Erteilung des Erbscheins nicht (a. M. Strohal II § 67 A 17). Ist jedoch die Ansechtung gemäß § 2081 erklärt, so hat sich das Nachlaßgericht auch über ihren Erfolg schlüssig zu machen (KGF 38 A 118). Erbunwürdigkeit erst mit Rechtstraft bes Urteils (§ 2342 Abs 2). Im Erbschein ist die Größe des Erbteils (§§ 2353 U 5, 2357 U 2) anzugeben. Im übrigen vol. wegen des Inhalts des Zeugniffes S 2353 21 4.

3. Beschwerde gegen Ablehnung des Erbscheins nach FGG §§ 19, 20. Sie steht im Falle des § 2357, wenn auch jeder Miterde die Erteilung eines gemeinschaftlichen Erbscheins beantragen kann, gemäß FGG § 20 Abs 2 doch nur dem Antragsteller zu (DLG 40, 155 A 1 c). Nachträgliche Abhilfe, FGG § 18 Abs 1, nur dei vorangegangener Ablehnung oder zwar augevotneter, aber noch nicht ausgeführter Erteilung, dagegen keine nachträgliche Anderung eines bereits erteilten unrichtigen Erbscheins (§ 2361 A 1). Auch mit der Beschwerde kann die Ausbehung der Anordnung eines erteilten Erbscheins oder die Anderung seines Zuhalts nicht erzielt werden, wohl aber, solange der Erbschein noch nicht erteilt ist, die Ausbehung der Anderung der Anordnung und nach der Erteilung die Einziehung gemäß § 2361 (NG 61, 278; BahObLG 19 A S. 207, 211 und RIA 16, 244). Ein Antrag auf Anderung kann dahin ausgelegt werden, daß er sich auf Einziehung des erteilten und Erteilung eines neuen Erbscheins mit dem beantragten Inhalte richtet (RIA 7, 24; 17, 57).

\$ 2360

Ift ein Rechtsstreit über das Erbrecht anhängig, so soll vor der Erteilung

des Erbicheins der Gegner des Antragstellers gehört werden1).

Ist die Versügung, auf der das Erbrecht beruht, nicht in einer dem Nachlaßgerichte vorliegenden öffentlichen Urkunde enthalten, so soll vor der Erteilung des Erbscheins derjenige über die Gültigkeit der Verfügung gehört werden, welcher im Falle der Unwirksamkeit der Verfügung Erbe sein würde²).

Die Anhörung ist nicht erforderlich, wenn sie untunlich ist's).

E I 2071 Api 2, 2078 Api 3 II 2225; M 5 562, 574; B 5 679—682, 601.

1. Anhängigkeit eines Rechtsstreits über das Erbrecht (Erbschaftsanspruch, Feststellungsklage, Erbunwürdigkeitsklage, auch Streitigkeiten über den Personenstand als unmittelbare Boraussehungen des Erbrechts) schließt die Erteilung des Erbscheins nicht aus. Erlangt aber das Rachsaßgericht aus dem Antrage (§ 2354 Ar 5) oder sonst hiervon Kenntnis, so "soll" es den Gegner des Antragstellers vorher mündlich oder schriftlich hören. Zwecknäßig wird es auch die Prozehaften beiziehen. Erachtet es auch unter Berücklichtigung der Prozehergebnisse ben Sachverhalt im Sinne des § 2359 für sestgestellt, so hat es trot des schwebenden Rechtsstreits über den Antrag zu entscheden; andernsalls kann eine Ausschung erfolgen (§ 2358 Al.). Nachlaßverwaltung und Nachlaßkonturs sind tein hindernis, dem Erben (auch auf Antrag des Berwalters § 2353 Al.) den Erbschein zu erteilen. Der Prozessichter ist nicht ermächtigt, dem Nachlaßgericht die Erteilung, d. h. Aushändigung des Erbscheins durch einstweilige Bersügung zu untersagen.

2. Ist die nach § 2356 vorzulegende Versügung von Todes wegen ein Privattestament (§ 2231 Nr 2) oder Not- oder Seetestament gemäß §§ 2250, 2251, oder Militärtestament (Borbein vor § 2229), so "soll", auch wenn bezüglich der Schiheit und Wirksamkeit keine Zweisel obwalten, das Nachlaßgericht die Beteiligten hören, die ohne die Versügung, als in früheren Versügungen eingesehte oder als gesetzliche Erben berufen wären. Dasselbe gilt, wenn die errichtete — öffentliche oder nichtöffentliche — Versügung untergegangen oder versoren ist und ihr Inghalt nur durch andere Beweismittel sestgestellt werden kann (§ 2356 A 3).

3. Die Anhörung aller ober einzelner Beteiligter (Å 2) ist untunlich, nicht bloß wenn sie unausführbar, sondern auch wenn sie unverhältnismäßig schwierig ist oder mit erheblichen Berzögerungen und unverhältnismäßigen Kosten verbunden sein würde (DLG 34, 317;

vgl. §§ 2200 Abf 2, 2216 A 4, 2356 A 3). Pflichtmäßiges Ermeffen entscheidet.

§ 2361

Ergibt sich, daß der erteilte Erbschein unrichtig ist1), so hat ihn das Rachlaßgericht einzuziehen2). Mit der Einziehung wird der Erbschein traftlog3).

Kann der Erbschein nicht sofort erlangt werden, so hat ihn das Nachlaßgericht durch Beschluß für kraftloß zu erklären⁴). Der Beschluß ist nach den für die öffentliche Zustellung einer Ladung geltenden Borschriften der Zivilprozehordnung bekanntzumachen⁵). Mit dem Ablauf eines Monats nach der letzten Einrückung des Beschlusses in die öffentlichen Blätter wird die Kraftloserklärung wirksam⁶).

Das Nachlaggericht tann von Amts wegen über die Richtigkeit eines

erteilten Erbscheins Ermittelungen veranftalten?) 8).

Œ I 2073, 2078 Abi 8 II 2226; M 5 569, 564; B 5 683.

1. Die Unrichtigkeit bes Erbicheins kann sich burch ben Ausgang eines über bas Erbrecht geführten Rechtsstreits ober durch neue dem Nachlafigericht bekannt werdende Tatsachen (Ausschlagung eines Miterben gegenüber der nach § 2357 A 3 als bewiesen angesehenen Annahme, NJA 12, 203, erfolgreiche Aufechtung, Erbunwürdigkeitserklärung, Eintritt der Nacherbsolge, ROJ 48, 112, usw.) oder dadurch ergeben, daß das Gericht aus Tat- oder Rechtsgründen zu einer abweichenden Auffassung kommt, sei es auch, daß es den Nachweis des früher angenommenen Erbrechts jest nicht mehr als geführt erachtet (DLG 37, 256), was nicht nur bann zutrifft, wenn nach seiner nunmehrigen Aberzeugung das bescheiniate Erbrecht nicht besteht, sondern schon dann, wenn es hinsichtlich dieses Erbrechts nunmehr ein non liquet anninnnt; bloße Zweifel, die an dem Nachweise des Erbrechts auftauchen, reichen aber nicht aus (KG Indiana) 1925 Nr 1529). Auch der Foll gehört hierher, daß die des Chränkenden Angaben der §§ 2363, 2364 zu Unrecht unterblieden oder inhel lich unrichtig lind oder geworden sind (DLG) 32, 81; 35, 367). In allen solden Fällen sachlicher Unrichtigfeit, der Unverständlichkeit und Behaftung mit inneren Widersprüchen gleichsteht (RG) 34 A 227; 42, 220; RJA 17, 56), fann feine Abanderung ober Erganzung des Erbscheins, sondern nur seine Einziehung oder Kraftloserklärung und gegebenenfalls die Erteilung eines nenen Erbscheins erfolgen (MG 61, 277; Ban DbLG 14, 144; 24 A 299 = 3B 1926, 8231). Schreibfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten können dagegen auf dem Erbschein selbst und den erteilten Ausfertigungen berichtigt werben, da der Grundfat des § 319 39D ebenmäßig für das Gebiet der freiwilligen Gerichtsborkeit gilt (BanDbLG 24 A 149). Ber äußerung des Erbteils nach § 2033 macht den Erbschein nicht unrichtig (RG 64, 173). Wenn ein Erbichein zwar das Erbrecht richtig bezeugt, aber ohne Antrag ober abweichend bom Antrag erteilt ift, so ift § 2361 entsprechend anzuwenden, es sei benn, daß ber Antragsberechtigte ober auch nur einer von mehreren die Erteilung genehmigt hat (MFA 14 S. 268 u. 272; 17 S. 56, 58). Auch ein von einem örtlich unzuständigen Gericht erteilter Erbschein ist, aber nur auf Beschwerde, einzuziehen (§ 2353 U 1). Uber ben Fall, daß eines von mehreren in berfelben Urtunde gusammengefakten Zeugniffe (§ 2357 A 1 a. E.) unzulässigerweise erteilt oder unrichtig ist, vgl. RGJ 50, 96.

- 2. Gemeint ist das **Rachlagericht**, das den Erbschein erteilt hat. Die Einziehung steht beshalb einem anderen, auch dem sich mit Recht zur Erteilung für zuständig erachtenden Rachlaßgericht nicht zu. Dies gilt sowohl dann, wenn, insbesondere wegen eines doppelten Wohnstes des Erbsassers, mehrere Gerichte als Rachlaßgericht örtlich zuständig sind, als auch dann, wenn der Erbschein von einem örtlich unzuständigen Gericht (§ 2353 A 1) erteilt ist (KG3 44, 104; 53, 88). Die Einziehung ist auch dann Sache des Nachlaßgerichts, wenn die Erteilung vom Beschwerdegericht (§ 2359 A 2) angeordnet worden war; das Beschwerdegericht (A 8) ist niemals besugt, die Einziehung selbst vorzunehmen (KJA 16 S. 48 u. 66).
- 3. Die Einziehung erfolgt von Amts wegen. Inwieweit hierzu Zwangsmittel gegeben sind, bestimmt sich nach Landesrecht. Sie ist vollzogen baburch, daß das Gericht den tatsächlichen Besit des ausgehändigten Erbscheins (§ 2353 A 6) oder, bei einer Aushändigung in mehreren Aussertigungen, der mehreren Scheine wieder erlangt hat. Die bloße Einforderung genügt nicht. Schon die Tatsache der Einziehung macht den Schein traftlos, d. h. sie entzieht ihm endgültig die Wirkungen der S 2365 ff., auch wenn er etwa versehentlich wieder in Verkehr gesett, sogar wenn er vom Nachlaßgericht selbst, weil die Einziehung als ungerechtsertigt erkannt war, wieder ausgehändigt würde. Sier bleibt nur Erteilung eines neuen Erbscheins übrig.
- 4. Der die Kraftloberklärung aussprechende Beschluß ist dem Antragsteller (§ 2353 A 3) gemäß § 16 FGG bekanntzumachen und wird ihm sowie dem hiervon unterrichteten Dritten gegenüber schon hierdurch wirksam (§ 2366 A 7).
 - 5. Offentliche Zustellung BPD §§ 204—206.
- 6. Die Virtsamkeit der Kraftloserklärung tritt nach Ablauf eines Monats (BBD § 206) von dem Ausgabetage des am spätesten erschienenen öffentlichen Blattes ab gerechnet gegen jedermann ein. Der Erbschein versiert damit schlechthin den öffentlichen Glauben der §§ 2365—2367. Der neue richtige Erbschein kann schon unerwortet des Fristablaufs erteilt werden (vgl. § 2353 A 3 a. E.). Daneben bleibt die Einziehungspflicht (A 2) bestehen. Ahnlich Kraftloserklärung der Vollmacht § 176.
- 7. Die Ermittlungspflicht bes Nachlafigerichts (§ 2858 A 1) bauert auch nach Erteilung bes Erbscheins fort.
- 8. Beschwerde nach §§ 19, 20 FGG ist zulässig sowohl gegen die die Einziehung anordnende als gegen die den Antrag auf Einziehung ablehnende Verfügung (vgl. A 2). Insbesondere ist der wirkliche Erbe nicht auf die Klage auß § 2362 beschränts (NG 61, 273). Dagegen keine Beschwerde gegen die vollzogene Einziehung (VanyObLGZ 14, 144) oder den Beschlüß auf Kraftloserklärung des Erbscheins (FGG § 84). Der Antragseiler kann vielmehr alsbald neuen Erbschein beantragen und gegen die Absehnung Beschwerde führen. Zum Beschwerderecht eines Nachlaßgstäubigers vgl. KGF 49, 88. Kein Beschwerderecht der Erbschaftssteuerbehörde RTA 15, 14.

§ 2362

Der wirkliche Erbe tann bon dem Besitzer eines unrichtigen Erbscheins die Serausgabe an das Nachlaggericht verlangen1).

Derjenige, welchem ein unrichtiger Erbschein erteilt worden ist, hat dem wirklichen Erben über den Bestand der Erbschaft und über den Berbleib der Erbschaftsgegenstände Auskunft zu erteilen2).

- Œ I 2074 II 2227 206 1, 2; M 5 564, 565; B 5 689; 6 357, 858.
- 1. Der wirkliche Erbe, dem der Nacherbe, der Testamentsvollstreder und der irrtümlich für tot Erklärte gleichgestellt sind (§§ 2363 Abs 2, 2364 Abs 2, 2370 Abs 2), hat neben dem Rechte, die Einziehung zu beantragen (§ 2361 A 8), den durch Klage versolgbaren Anspruch auf geransgabe des unrichtigen Erbscheins an das Nachlaßgericht. Die Klage steht zu gegen den Besitzer des Erbscheins, auch des bereits für traftlos erklärten Erbscheins, mag er den Besitzer selbt oder einen Dritten als Erben ausweisen. Auch mittelbarer Besitz genügt (§ 868). Der falsche Erbe ist ohne Besitz und deshalb allein, weil ihm der unrichtige Erbschein erteilt worden ist, nicht dassid kleiniert. Zebe Unrichtiaseit im Sinne don § 2361 A 1, auch Undollständigkeit genügt zur Klagebegründung. Erst mit der Herausgabe an das Nachasgericht, die als Einziehung wirkt, wird der Erbschein kraftlos (§ 2361 A 3).
- 2. Die Anstunftspflicht liegt, abweichend von Abs 1 nicht dem Besitzer des Erbscheins als solchem, sondern dem oder den mehreren darin fälschlich als Erben ausgewiesenen Versonen ob. Der Erbe oder Miterbe, dessen Erbrecht uur dem Umsange nach unrichtig im Erbschein bezeichnet ist, ist deshalb allein dem wirklichen Erben oder Miterben nicht austunftspflichtig. Vohl aber trifft die Austunftspflicht auch den Gläubiger des (falschen) Erben und die sonstigen

nach § 2358 A 3 Antragsberechtigten, die sich den falschen Erbschein haben erteilen lassen und dadurch gleichfalls in die Lage gekommen sind, über den Nachlaß zu verfügen, gleichviel ob sie davon Gebrauch gemacht haben oder nicht. Vorlegung eines Bestandsverzeichnisse und Offenbarungseid § 260. Ebenso der Erbschaftsbesitzer § 2027.

§ 2363

In dem Erbscheine, der einem Borerben erteilt wird, ist anzugeben, daß eine Nacherbsvige angeordnet ist1), unter welchen Boraussetzungen sie eintritt2) und wer der Nacherbe ist3). Hat der Erblasser den Nacherben auf daßsenige eingesetzt, was von der Erbschaft bei dem Eintritte der Nacherbsviglige übrig sein wird, oder hat er bestimmt, daß der Vorerbe zur freien Bersügung über die Erbschaft berechtigt sein soll, so ist auch dies anzugeben4).

Dem Racherben steht das im § 2362 Abs 1 bestimmte Recht zu5).

E I 2075 II 2228 Abi 1, 3; M 5 565, 566; B 5 683, 684.

1. Der Erbichein des Korerben nuß zum Schutze der Rechte des Nacherben erkennen lassen, daß die aus §§ 2112ff. sich ergebenden Beschränkungen in der Verfügung über Erbschaftsaegenstände bestehen oder — im Interesse des Vorerben — daß und inwieweit sie kraft lettwilliaer Anordnung nicht bestehen. Dagegen beweist der Erbschein in der Hand des Vorerben nicht, daß sein Verfügungsrecht noch fortbesteht, d. h. daß es nicht durch Sintritt der Nacherbsolge (§ 2139) oder schon vorher durch Entziehung der Verwaltung (§ 2129) erloschen ist. Hat sich die Racherbsolge durch Zeitablauf (§ 2109) oder durch Wegsall des Nacherben (§ 2108 V 2) ganz erledigt oder ist der Nacherbsall eingetreten, so ist der Erbschein unrichtig geworden (§ 2861 V 1). Der Nacherbe hat auf Erteilung eigenen Erbscheins erst nach Sintritt der Nacherbsolge Anspruch (§ 2353 V 2)

2. Boraussehungen ber Racherbfolge §§ 2103-2107, 2109.

3. Die Bezeichnung des Nacherben, auch des Erlahnacherben (RGF 49, 79) hat, wenn sie keine namentliche sein kann (§§ 2101, 2104), nach anderen Merkmalen (künftige Nachkommensschaft des X) so genau wie möglich zu geschehen (RFA 11, 280). Die spätere Ergänzung eines solchen Erhscheins durch namentliche Anführung der Nacherben ist nicht unstatthaft. Ik gemäß § 2222 für den Nacherben ein Testamentsvollstrecker ernannt, so ist zur Sicherung des Rechtsverkehrs mit dem Vorerben diese Ernennung, unter Narstellung ihrer begrenzten Zweckbestimmung, mit anzugeben (RFA 12, 121; a. M. 2. Aussch.). Die Angabe der Anteile der Nacherben gehört nicht in den Vorerben zu erteilenden Erbschein (DLG 32, 81).

4. Die Befreiung des Vorerben von Beschränkungen seines Verstägungsrechts ist nicht bloß dann anzugeben, wenn sie der Erblasser mit den in § 2137 behandelten oder sonstigen Ausdrücken im vollen Umfange des § 2136 angeordnet hat, sondern gemäß dem Zweck des Erbscheins, als Verstägungsaustveis zu dienen, auch dann, wenn es sich nur um die Vefreiung von einzelnen geschichen Beschränkungen handelt; bie Unterlassung dieser Angabe macht dem Erbschein unrichtia (NIA 12, 204; 16, 62). Dagegen gehört die in § 2136 auch zugelassen Vefreiung von geschlichen Verpflichtungen gegenüber dem Nacherben nicht in den Erbschein (DLG 34, 290; NIA 16, 62). Entsprechend bei der Eintragung des Vorerben im Grundbuche GVD § 52.

5. Der Serausgabeansbruch bes § 2362 Abs 1 — baneben bas Necht, Einziehung nach § 2361 zu betreiben — steht bem Nacherben gegen jeden Besitzer bes unrichtigen Erbscheins, also, wenn barin Unrichtigkeiten im Sinne bes ersten Absabes enthalten sind, auch gegen ben Borerben zu, und zwar bereits vor Eintritt der Nacherbsolge. Dagegen ist er zu dem Berlangen auf Auskunftserteilung nach § 2362 Abs 2 erst nach Eintritt der Nacherbsolge, gegenüber

bem Vorerben übrigens schon nach § 2130 A 3 berechtigt.

§ 2364

Hat der Erblasser einen Testamentsbollstreder ernannt, so ist die Ernennung in dem Erbschein anzugeben¹).

Dem Testamentsvollstreder fteht bas im § 2362 Abi 1 bestimmte Recht zu2).

E I 2075 Abi 2, 3 II 2228 Abi 2, 8; M 5 568; B 5 688.

1. Nur die Ernennung des Testamentsvollstreders (§§ 2197ff.), nicht auch sein Name ober etwaige ihn in der Berwaltung beschränkende ober befreiende Anordnungen (§ 2368 A 2/8) sind im Erbschein anzugeben (DLG 40, 155 A 1f). Die Angabe hat zu unterbleiben,

396 Erbrecht

wenn der Testamentsvollstreder den Erben (oder den Erbeserben, KGF 46, 141) nicht beschränft, so in den Fällen §§ 2208 Abs 2, 2223 (dagegen nicht in dem Falle § 2222, in dem die Testamentsvollstredung die Art der Beschränkung des Vorerben durch das Nacherbenrecht beeinschußt, § 2363 A 3). So serner, wenn es sich um den nur für einen Miterben auszustellenden Erbschein handelt, bessen kroteil von der Bestellung des Testamentsvollstreders nicht betroffen wird (NJU 12, 120; DLG 44, 107). Bgl. auch GBD § 53. Ebenso, wenn die Erwennung nach § 2201 unwirksam oder zur Zeit der Erteilung des Erbscheins, z. B. durch Absehnung des Antes oder durch Sintritt einer auflösenden Bedingung bereits hinfällig geworden ist (KGF 48, 143 gegen KFA 8, 35). Das dem Testamentsvollstrecker selbst zu erteisende Beugnis behandelt § 2368.

2. Der Testamentsvollstrecker kann — neben bem Nechte, Einziehung nach § 2361 zu beantragen (BahObLG 13, 743 und RJA 16, 244) — Herausgabe des Erbscheins sowohl vom Erben verlangen, wenn darin die Ernennung des Testamentsvollstreckers nicht angegeben ist oder sonstige Unrichtigkeiten enthalten sind, als auch von jedem dritten Besiher des unrichtigen Erbscheins. Als Ausschlift seines Verwaltungsrechts gebührt ihm in diesem Falle auch das Necht auf Auskunstserteilung aus § 2362 Abs 2. Necht des Testamentsvollstreckers, selbständig die Erteilung des Erbscheins zu beantragen § 2353 A 3.

\$ 2365

Es wird vermutet,1) daß demjenigen, welcher in dem Erbschein als Erbe bezeichnet ist, das in dem Erbschein angegebene Erbrecht zustehe2) und daß er nicht durch andere als die angegebenen Anordnungen besichränkt sei3).

E I 2076 II 2229; M 5 567, 568; B 5 683.

- 1. Die durch den Erbschein begründete **Bermutung** ist durch alse Beweismittel widerlegdar (§ 292 JBD in entsprechender Anwendung); der Gegenbeweis kann unter Umständen demselben Beweis und Tatsachenstoff, der bereits bei der Erteilung des Erbscheins vorgelegen hat, entnommen werden (**RG** 92, 71). Die Bermutung hängt ab von der Erteilung, d. h. regelmäßig von der Aushändigung des Erbscheins an den Antragsteller (§ 2353 A 6), sei es, daß ihm auch nur mittelbarer Besis daran verschaft wird (§ 868). Doch ist die Fortdauer der Bermutung von der Fortdauer des Besises oder auch nur vom Borhandensein des Erbscheins nicht abhängig. Sie erlisch erst mit der Einziehung oder Araftsverklärung (§ 2361), denen die Herausgade an das Nachsasgericht gleichsteht (§ 2362 A 1), oder dadurch, daß von einem wenn auch unzuständigen Nachsasgericht (§ 2353 A 1) ein zweiter widersprechender Erbschein erreilt wird. Eine Vermutung hebt dann die andere auf. Offenslicher Elaube des Erbscheins §§ 2366, 2367.
- 2. Die Vermutung hat, wie bei der Eintragung im Grundbuche (§ 891), unmittelbar bas Erbrecht bes oder ber mehreren im Erbschein bezeichneten Erben, insbesondere auch bie Größe des Erbteils (§ 2353 A 5), nicht die dem zugrunde liegenden Tatsachen zum Gegen. stande (RG Warn 1913 Nr 300). Sie wirft sowohl für den Erben, wenn er das Erbrecht selbst, insbesondere mit dem Erbschaftsanspruche oder einzelne zum Nachlaß gehörende Ansprüche geltend macht, als auch gegen ihn, wenn er wegen Nachlasverbindlichkeiten belangt wird. Doch ist der Erbe keineswegs genötigt, ben nachweis seines Erbrechts gegenüber ben Nachlaßschuldnern durch Erbschein zu führen, und diese burfen nicht Zahlung bis nach Borlegung des Scheines verweigern (RG 54, 343 u. Warn 08 Nr 75; § 2367 A 2). Anderseits soll nach RG (4. 3S) Warn 1913 Nr 300 der im Erbrechtsftreit gegenüber dem Erbscheinserben als gesetlicher Erbe auftretende Rläger seiner Pflicht zur Führung bes Gegenbeweises baburch genügen, daß er nach den die Beweislastverteilung bei der Erbschaftsklage regelnden allgemeinen Grundfähen die sein gesehliches Erbrecht ergebenden Tatsachen beweist, während der Beklagte die zur Ausschlieftung dieses Erbrechts dienenden Tatsachen, beshalb auch die streitige Schtheit eines vorhandenen Privattestaments soll beweisen mullen (zustimmend Ripp § 63 A 4 und Zit.). Dagegen hat MG (5. 3S) 92, 71 den für die Rechtsvernutung des § 891 (f. dort A 4 Abf 3) ständig angenommenen Sat, daß zur Führung best Gegenbeweises bie Ausrännung icder Möglichkeit ber Entstehung des beurkundeten Rechtes gehöre, auch für § 2365 anerkannt. Auch von biesem Standpunkt wird aber (mit 966 27. 4. 25 IV 518/24) anzuerkennen fein, daß, wenn es fich um die Auslegung eines in feiner Echtheit nicht bestrittenen Testaments handelt, der Prozefrichter gegenüber bem Erbichein freie hand hat. Gemäß § 857 erstreckt sich die Vermutung auch darauf, daß der Erbe an den Nachlaßsachen Besitz erlangt habe und daß ihm beshalb die Besitschrymittel zur Seite stehen. Er wird aber mit Erteilung bes Scheines allein nicht schon Erbschaftsbesitzer im gesetzlichen Sinne bes § 2018 21 3.

3. Juhalt und Umfang des Erbrechts werden sowohl nach der positiven als nach der negativen Seite bezeugt. Positiv dahin, daß es überhaupt und zugleich, daß es mit den angegebenen Beschräntungen besteht. Regativ dahin, daß sonstige Beschräntungen nicht angeordnet sind. Als solche mögliche Beschräntungen des Erben kommen jedoch nur in Frage: Unordnung einer Nacherbsolge und Ernennung eines Testamentsvollstreckers gemäß §§ 2363, 2364, nicht auch Teilungsanordnungen, die nur schuldrechtliche Verpssichtungen zwischen der Erben begründen (§ 2048 U 1). Ebensowenig besaßt sich die Vermutung mit Umständen, die nicht auf Anordnung des Erblassers beruhen, wie etwaige Nachlasverwaltung oder Nachlasskoufung oder Krbsolfen nach GBD §§ 36, 37; FGG § 107 Abs 2; über die Grenzen der dem Grundbuchrichter (oder Schiffsregisterrichter) gegenüber dem Inhalte des Erbscheins obliegenden Prüfung vgl. Güthe-Triebel, GBD § 36 U 17.

\$ 2366

Erwirbt jemand von demjenigen, welcher in einem Erbschein als Erbe bezeichnet ist1), durch Rechtsgeschäft2) einen Erbschaftsgegenstand3), ein Recht an einem solchen Gegenstand4) oder die Befreiung von einem zur Erbschaft gehörenden Rechteb), so gilt zu seinen Gunsten der Inhalt des Erbscheins, soweit die Bermutung des § 2365 reicht, als richtig6), es sei denn, daß er die Unrichtigkeit kennt?) oder weiß, daß das Rachlaßgericht die Rückgabe des Erbscheins wegen Unrichtigkeit berlangt hat8)9).

E I 2077 II 2230; M 5 569-572; B 5 684-686; 6 222.

1. Difentlicher Glaube des Erbscheins, entsprechend dem Inhalte des Grundbuchs § 892, soweit es sich um Erwerb von dem durch Erbschein ausgewiesenen Erben handelt. Leistung an den Erben § 2367. Entscheidend ist lediglich, ob zur Zeit des Erwerds ein solcher Erbschein erteilt ist und noch in Geltung steht. Nicht ist erforderlich, daß ihn der Erbe bei Abschluß des Geschäfts besitzt oder vorlegt oder daß er oder der Erwerber auch nur davon Kenntnis habe (NG ZUSE 8, 327). Ebensowenig ist zwischen entgeltlichem und uneutgeltlichem Erwerb unterschieden, doch haftet letterensalls der Erwerber dem wurklichen Erben nach §§ 816, 822

auf Bereicherung.

2. Der Erwerb muß durch dingliches Rechtsgeschäft (Vorbem 5 vor § 104), einseitiges ober zweiseitiges, vermittelt sein. Demnach scheidet aus der Erwerd unmittelbar traft Geseus (so § 412), insbesondere durch Erbgang, mag er sich auch auf Grund einer Verfügung von Todes wegen vollziehen, im Wege der Zwangsvollstrectung oder des Arrestes, soweit es sich dabei nicht gemäß LVO § 894, 897 um die durch Urteil erzwungene Erfüllung eines Nechtsgeschäfts handelt. Über verfügende Nechtsgeschäfte anderer Urt als Erwerdsgeschäfte schafte. Ther verfügende Nechtsgeschäfte zustließende Erwerd (die Gegenleistung) wird als Surrogat nach § 2019 A. 2.111 A. 2 Bestandteil der Erbschaft, soweit er mit Witteln der Erbschaft gemacht ist. Im übrigen haftet der salsche Erbschaft, soweit er mit Witteln der Erbschaft gemacht ist. Im übrigen haftet der salsche Erbschaft wirft weder für noch gegen den wirklichen Erben.

3. Erbichaftsgegenstand, Sache ober Necht (§ 90) einschließlich der Surrogate nach § 2019 A 1/2, im Gegensate zu der Erbschaft als Ganzem (§§ 2030, 2371 sc.) oder zum Erbteile. Der Erbschein schützt mithin denzenigen nicht, welcher einen Erbteil auf Grund von § 2033 Ubs 1 erwirdt. Zugleich tommt zum Ausdruck ("Erbschaftsgegenstand, zur Erbschaft gehörendes Recht"), daß sich der Erwerd auf der Grundlage des dem Erbscheinserben vermeintlich zustehenden Erbrechts vollzogen haben muß. Doch genießen Veräugerungen auf Grund eines

anderen vermeintlichen Wechtstitels den Schup der §§ 932ff.

4. Recht an Erbichaftsgegenständen, z. B. Dienstbarkeiten, Sypotheken usw., Pfand-

5. Befreiung von Rechten binglicher oder perfönlicher Art, sofern sie dem Erben als solchem, auch als Erbschaftssurrogate, zustehen (Loschungsbewilligungen, Erlaß, befreiende

Schuldübernahme).

6. Die Schutwirtung des Erbscheins reicht soweit wie die Vermutung des § 2365, nicht weiter. Danach hat die vom salschen, aber durch einen noch in Geltung stehenden Erbschein ausgewiesenen Erben vorgenommene Veräußerung die gleiche Wirkung, wie wenn sie der wahre Erbe bewirtt hätte. Ebenso sind die Veräußerungen des wirtsichen Erben, dem undeschränkter Erbscheine erteilt ist, voll wirtsam, auch wenn er in Wahrheit durch Androduung einer Nacherbsolge oder Ernennung eines Testamentsvollstreders beschränkt war. Dagegen bietet der Erbschein keine Gewähr daßur, daß der Erbs nicht in anderer Weise (durch Nachlaßverwaltung, Nachlaßverwaltung, Nachlaßvorwaltung verhaltung nach § 2129) beschränkt oder daß

sein Vorerbenrecht inzwischen burch Eintritt ber Macherbsolge erloschen sei (s. jedoch § 2140). Selbstverständlich auch nicht dafür, daß er gemäß § 2861 nicht für traftlos ertlärt ist. Angaben, die nicht in den Erhschein gehören (§ 2853 U 4), genießen den öffentlichen Glauben überhaupt nicht. Der Schut tritt nur zugunsten des Erwerbers ein, nicht zugunsten des oder der vermeintlichen Erben, also nicht auch bezüglich der Verfügungen, die vermeintliche Mitiserben untereinander über Erbschaftsgegenstände getrossen, underseits wirtt der unrichtige Erbschein auch nicht zuungunsten des Erwerbers, wenn er z. B. nachweist, daß die im Erbschein angegebenen Beschändungen des Erben in Wahrheit nicht bestehen.

- 7. Der Schut des Erbscheins versagt, wenn dem Erwerder Kenntnis von der Unrichtigeteit (§ 2361 U 1) nachgewiesen wird. Hierzu genügt jedoch nicht Kennenmüssen (§ 122 Ubs 2) voer Kenntnis von einzelnen Tatsachen, die das bezeugte Erbrecht aufzuheben oder einzuschränken geeignet sind, wenn der Erwerder dadurch nicht zur Überzeugung von der Unrichtigsteit des Scheines gebracht worden ist. Er braucht deshalb nicht gutgläubig im Sinne von § 932 Ubs 2 zu sein. Zweisel, selbst ein auf grober Fahrlässisstiet beruhendes Richterkennen der Unrichtigfeit, ist ihm unschädlich. Kenntnis von der Ansechtbarkeit steht nach § 142 Ubs 2 der Kenntnis von der Ansechtbarkeit steht nach § 142 Ubs 2 der Kenntnis von der Nichtigkeit gleich. Ensscheidend ist der Zeitpunkt der Bollendung des betreffenden Nichtsgeschäfts. Grundsätslich kommt es auf die Kenntnis des Vertreters an, ausnahmsweise genügt diesenige des Vertretenen (§ 166).
- 8. Der Schut versagt ferner mit erlangter Kenntnis von der bloßen Tatsache des wegen Unrichtigkeit des Erbscheins gestellten Verlangens der Nückgabe, gleichviel ob wirklich eine Unrichtigkeit vorlag und ob das Verlangen sich als gerechtfertigt erwiesen hat. Dem muß gleichgestellt werden, wenn der Erwerber von der rechtskräftigen Verurteilung zur Herausgabe an das Nachlaßgericht ersährt (§ 2362 Ubs 1). Dagegen ist die Kenntnis davon unschährich, daß dieses Verlangen nur erst gestellt ist. Das Vorhandensein eines zweiten widersprechenden Erbscheins hebt die Vernnutung des § 2365 (A 1) und damit auch den öfsentlichen Glauben des ersten Erbscheins auf (a. M. Staudinger A III E, Levnhard, IV, B). Mit Wiedereinziehung des ihm entgegenstehenden Scheines kommt jedoch der auf Erund des anderen Erbscheins vollzogene Erwerb zu Kräften.
- 9. Soweit Grundstücke in Frage stehen und der Erbe im Grundbuch eingetragen ist, ist der öffentliche Glaube des Grundbuchs (§ 892) für den grundbuchmäßigen Erwerd auch dann maßgebend, wenn das Grundbuch und der Erbschein verschiedene Bersonen als Erben ausweisen. Doch versert der Erbschein damit im übrigen, also dei Verfügungen über bewegliche Sachen, über Forderungen und sonstige zum Nachlasse gehörige, nicht im Grundbuch eingetragene Nechte nicht seine Schutzwirkung. Inwieweit die Kenntnis von der (richtigen) Eintragung im Grundbuch oder von einem dort eingetragenen (begründeten) Widerspruch der Kenntnis von der Unrichtigkeit des Erbscheins gleichsteht (U7), ist Tatscage.

§ 2367

Die Vorschriften des § 2366 sinden entsprechende Anwendung¹), wenn an denjenigen, welcher in einem Erbschein als Erbe bezeichnet ist, auf Grund eines zur Erbschaft gehörenden Rechtes eine Leistung bewirkt²) oder wenn zwischen ihm und einem anderen in Auschung eines solchen Rechtes ein nicht unter die Vorschrift des § 2366 sallendes Rechtsgeschäft vorgenommen wird, das eine Versügung über das Recht enthält³).

- E I 2077 II 2231; Dt 5 569-572; B 5 685-687, 728, 729.
- 1. Öffentlicher Glaube bes Erbscheins, entsprechend beim Grundbuche § 898, wenn es sich um Leiftungen an den Erben oder um andere als Erwerbsgeschäfte handelt.
- 2. Der gutgläubige Nachlaßschuldner wird durch Leiftung an den Erbschiegerben (§ 241) auch dann befreit, wenn er sich nicht als wirklicher Erbe erweist oder wenn der Erbe infolge bestehender, aber im Erbscheine nicht angegebener Beschränkungen (§ 2366 A 6) nicht wirksam annehmen konnte. Der Schuldner ist jedoch nicht berechtigt, die Leistung von Vorlegung gerade eines Erbscheins abhängig zu machen (§ 2365 A 2; Ausnahme bei einer Nachlaßhypothek, wenn der Erbe nicht als Gläubiger eingetragen ist, gemäß § 1144 in Verb. mit GBO § 36 Abs 1; s. auch JKO § 94). Ob die Leistung an den Erbscheinserben persönlich oder so bewirkt wird, daß sie der Gläubiger als erfolgt gelten lassen muß (§§ 1825, 1875, 1443), ist gleichgültigsinterlegung steht der Leistung gleich (§ 378). Auch insoweit treten die mit der Leistung an den Berechtigten verknüpften Virkungen ein, als dadurch frast Gesehes (§§ 268, 426, 774, 1143, 1163, 1177) die dem wirklichen Erden zustehende Forderung auf den Leistenden übergeht. Zur Erbschaft gehören auch die durch Surrogation Bestandteile der Erbschaft gewordenen

Mechte (§§ 2019 A 1/2, 2111 A 2). Der falsche Erbe haftet bem wirklichen Erben nach § 816

Abs 2 auf Bereicherung.

3. Als nicht auf Erwerb abzielende Verstügungsgeschäfte, zweiseitige ober einseitige, die der Erbscheinserbe gegenüber einem Dritten oder dieser gegen den Erbscheinserben vornimmt, kommen in Betracht Aufrechnung, Andieten der Leistung, Kündigung, Vorrangseinräumung, Erksärungen an Behörden usw. Dagegen kann der Erbscheinserbe niemals den wirklichen Erben bloß schuldrechtlich, so auch nicht durch Abschluß von Mietverträgen über ein Nachlaßgrundstäd verpstichten, ebensowenig durch Führung eines Rechtsstreits über zur Erbschaft gehörende Rechte (Dernburg V § 160 U 6).

§ 2368

Ginem Testamentsvollstreder hat das Nachlaßgericht auf Antrag ein Zeugnis über die Ernennung zu erteilen¹). It der Testamentsvollstreder in der Berwaltung des Nachlasses beschränkt²) oder hat der Erblasser ansgeordnet, daß der Testamentsvollstreder in der Eingehung von Berbindslichteiten für den Nachlaß nicht beschränkt sein soll, so ist dies in dem Zeugsnis anzugeben³).

Ist die Ernennung nicht in einer dem Nachlafgerichte vorliegenden öffentlichen Urkunde enthalten⁴), so soll vor der Erteilung des Zeugnisses der Erbe wenn tunlich über die Gültigkeit der Ernennung gehört werden⁵).

Die Vorschriften über den Erbschein finden auf das Zengnis entsprechende Anwendung⁶); mit der Beendigung des Amtes des Testamentsvollstreckers wird das Zengnis kraftlos⁷).

Œ II 2233; M 5 222; B 5 258—255, 688—691.

- 1. Das Testamentsvollstreckerzeugnis wird dem Testamentsvollstrecker für seine Person erteilt und bekundet, abweichend von dem für den Erben erteilten Erbschein, nicht bloß die Tatsache der Ernennung (§ 2364 A 1), sondern hat auch seine Person namentlich zu bezeichnen. Auf das Zeugnis hat, sodald er das Umt augenommen hat, nicht bloß der verwaltende, sondern jeder Testamentsvollstrecker Anspruch, also auch in den Fallen der §§ 2208, 2222, 2223.
- 2. Als Verwaltungsbeschränkungen kommen alle von der Regel der §§ 2203—2206 abweichenden Anordnungen in Betracht, soweit sie für den rechtsgeschäftlichen Berkehr des Testamentsvollstreders mit Dritten von Erheblichkeit sind (RFA 7, 24). Insbesondere also Beschränkungen auß §§ 2208, 2209, 2222, 2228 und Anordnungen für die Amtsführung mehrerer Testamentsvollstreder § 2224 Abs 1; aber auch Anordnungen siber Fortdauer der Bernvaltung nach § 2210 A 1 oder über deren zeitliche Begrenzung sind anzugeben (DLG 40, 158).

3. Befreiungen in ber Eingehung von Verbindlichkeiten §§ 2207, 2209 U 3.

- 4. Der Nachweis der Ernennung durch öffentliche Urfunde ist ausgeschlossen in den § 2360 A 2 erwähnten Fällen. Er erledigt sich, wenn das Gericht nach § 2200 selbst die Ernennung vornimmt.
 - 5. Gehör des Erben, Untunlichkeit wie § 2360 A 2, 3.
- 6. Die entsprechende Anwendung der **Borschristen über den Erbschein** ergibt: Angabe über die Größe des betreffenden Erbteils, wenn der Testamentsvollstrecker nur einem von mehreren Erben bestellt ist (§ 2353). In übrigen ist die Person des Erben gleichgültig, die Angabe hierüber zur Verhühung von Berwechstungen mit dem Erbschein eher zu vermeiden. Die in §§ 2354—2356 vorgeschriedenen Angaben und Nachweise liegen dem Testamentsvollstrecker nur insoweit ob, als davon die Gültigkeit seiner Ernennung abhängt. Jeder der mehreren Testamentsvollstrecker sann das Zeugnis für sich alsein swieden unter Aufsührung auch der übrigen zur Führung des Anntes mit Berechtigten § 2224), aber auch als gemeinschaftliches beautragen, hat aber dann die Annahme des Amtes durch die übrigen nachzuweisen (§ 2357). Ermittlungs- und Prüfungspslicht des Nachlaßgerichts §§ 2358, 2359, insbesondere, wenn ein Wechsel in der Berson des Testamentsvollstreckers eintritt (§ 2361 Abs 3). Gehör des Gegners, nach Besinden auch der streitenden Erdprätendenten, wenn ein Nechtsstreit über Gültigkeit der Ernennung anhängig ist (§ 2360). Einziehung oder Arasschaftreit über Gültigkeit der Ernennung anhängig ist (§ 2360). Einziehung oder Arasschaftreit über Gültigkeit der Ernennung ich ergibt, daß eine wirksame Anordnung oder Annahme des Amtes nicht erfolgt ist oder der Inhalt des Zeugnisses sonst unrichtigen Beugnisse und Ausstunftspslicht § 2362. Beweislast und öffentlicher Esaube des Unrichtigen

400 Erbrecht

§§ 2365—2367 (fo für ben Fall, daß eine von § 2224 Abf 1 Sat 2 abweichende Anordn ung des Erblassers im Zeugnisse nicht angegeben ist, DLV 34, 319). Gegenständlich beschrä uttes

Beugnis nach § 2369 (KGJ 36 A 112).
7. Mit Beendigung bes Amtes (§§ 2225—2227) wird bas Zeugnis bon selbst traftlos (NG Warn 1910 Nr 426). Gine Einziehung im gesetzlichen Sinne, nämlich mit ber Wirfung, daß daß Zeugnis dadurch kraftlos wird, ift in diesem Falle demgemäß nicht möglich (AIA) 5, 37; 16, 66). Die Borlegung des Zeugnisses bietet Dritten keine Gewähr dafür, daß die Befugnisse des Testamentsvollstreckers noch fortbestehen. Sie sind nur gemäß § 2218 A 1 geschützt. Jedoch können sie sich insoweit auf den öffentlichen Gauben des Zeugnisses berufen, als es eine auf Anordnung des Erblassers beruhende Beschränkung der Amtsdauer des Testamentsvollstreckers nicht enthält (§ 2365 A 3; Re 83, 352). Kein Recht des Dritten, den Nachweis des Amtes gerade durch das Zeugnis zu verlangen (NG 100, 282 und JW 1910, 802°), s. aber ZVI § 94 (§ 2365 A 2). — Antragsrecht des Gläubigers auf Erteilung des Zeugnisses ZVI § 792, 896, Necht auf Akteneinsicht und Aussertigung FGG §§ 78, 85, GBO § 36 Abs 2. Necht des Testamentsvollstreckers, die Erteilung des Erbscheins zu beautragen, § 2353 A 3. — Kein Zeugnis des Nachlaßgerichts darüber, daß eine Testamentsvollstreckung, z. B. durch Ablehnung des ernannten Vollstreckers, sortgesallen ist (RJA 16, 53).

8 2369

Wehören zu einer Erbichaft, für die es an einem zur Erteilung des Erbicheins zuständigen deutschen Rachlaggerichte fehlt, Wegenstände, die fich im Inlande befinden, so tann die Erteilung eines Erbscheins für diese Gegenstände verlangt werden1).

Ein Gegenstand, für den von einer beutschen Behörde ein zur Gintra gung des Berechtigten bestimmtes Buch oder Register geführt wird, gilt als im Anlande befindlich2). Gin Anspruch gilt als im Inlande befindlich, wenn

für die Klage ein deutsches Gericht zuständig ift3).

Œ I 2079 II 2234; M 5 574, 575; B 5 691-696; 6 21.

- 1. Gegenftandlich beichrantter Erbichein. Gin folder fann unter ber Borausfehung verlangt werden, daß nach maieriellem Rechte die Erteilung eines ordentlichen Erbicheins durch die inländischen Gerichte ausgeschloisen ift. Die Boraussetzung trifft zu, wenn ber Erb. laffer ein Ausländer war und gemäß einem Staatsvertrag oder EG Artt 25, 27 nach aus. landischem Rechte beerbt wird. Darauf, ob er zur Zeit seines Todes seinen Wohnsit oder seinen Aufenthalt im Juland oder im Auslande hatte, kommt es nur insofern an, als sich die örtliche Auftändigkeit des Gerichts, das den beschränften Erbschein zu erteilen hat, im ersten Fulle nach § 73 Abs 1, im zweiten Falle nach § 73 Abs 3 FGG bestimmt (RGI 36 A 102; MIN 11, 182; 13, 216; 17, 53; a. M. 2. Aufl. und BahObCG NIU 13, 19). Auch beim beschränkten Erbschein für im Inlande befindliche Nachlaßgegenstände (Sachen oder Rechte § 90) handelt es sich um Bezeugung eines Erbrechts, d. h. einer Gesamtnachfolge, für deren Boraussehungen das betreffende ausländische Necht maßgebend ist (KGJ 36 A 109; RJA. 17, 53). Hinsichtlich ber formellen Boraussehungen für die Erteilung des Erbscheins aber gilt das deutsche Recht (§§ 2353sf.). Db das für die Beerbung maßgebende ausländische Recht die Einrichtung des Erbscheins kennt, ist unerheblich (MIA 12, 210). Zum Juhalt des beschränkten Erbscheins gehört die Angabe der inländischen Vermögensstücke, auf die er sich bezieht. Daß solche Vegenstände tatsächlich zum Nachlaß gehören, ist bei der Antragstellung darzulegen. Die allgemeine Angabe, daß der Erbschein für den "im Inland befindlichen Nachlaß" beautragt oder erteilt werde, erscheint (mit Planck U 6) ungenügend. Die rechtliche Zugehörigkeit der näher zu bezeichnenden Gegenstände zum Nachlaß und das Verfügungsrecht des Erben über sie werden im Erbschein nicht bezeugt, sie brauchen deshalb vom Antragsteller auch nicht nachgewiesen zu werden. Die Wirkungen des Erbicheins find, wiewohl nur in Ansehung der bezeichneten Wegenstände, die gleichen wie beim gewöhnlichen Erbschein. Als Inland tann auch ein Konsularbezirk oder ein Schutgebiet in Betracht fommen (Konfor v. 7. 4. 00 § 26; Schutgebo v. 10. 9 00 § 8).
- 2. Behördlich gebuchte Gegenstände, so insbesondere im Grundbuch, Schiffsregister, Reichs. und Staatsschuldbuch, Patentrolle, Musterregister, Handelsregister.
- 3. Bermögensrechtliche Uniprüche, für beren Berfolgung nach §§ 12ff., nicht blof § 23 BPD ein deutsches Gericht zuständig ift. - Die Ausnahmevorschrift geftattet nicht, den gegenftändlich beschränkten Erbschein auch ohne die besonderen Boraussetzungen des § 2369 zu erteilen (§ 2858 A 4), wohl aber ift fie für bas Testamentsvollstrederzeugnis (§ 2868) entsprechend anwendbar.

8 2370

Sat eine für tot erklärte Berson den Zeitpunkt überlebt, der als Zeitpuntt ihres Todes gilt, oder ift fie bor diefem Zeitpuntte geftorben, fo gilt berjenige, welcher auf Grund der Todeserklärung Erbe fein wurde. in Ansehung ber in ben §§ 2366, 2367 bezeichneten Rechtsgeschäfte zugunften des Dritten auch ohne Erteilung eines Erbicheins als Erbe1), es fei denn, daß der Dritte die Unrichtigkeit der Todeserklärung tennt2) oder weiß. bak bie Tobeserklärung infolge einer Anfechtungeklage aufgehoben worden ist3).

Aft ein Erbichein erteilt worden, fo stehen bem für tot Erklärten, wenn er noch lebt, die im § 2362 bestimmten Rechte gu4). Die gleichen Rechte bat eine Berjon, deren Tod ohne Todeserklärung mit Unrecht angenommen

worden ist5).

E I 2089, 2090 II 2385; M 5 597-600; B 5 725, 726.

1. Ift jemand auf Grund einer Todeserklärung (§ 18) vermeintlicher Erbe bes für tot Erklärten geworden, so bleiben auch ohne Erteilung eines Erbscheins die von ihm ober ihm gegenüber vorgenommenen Rechtsgeschäfte der in den §§ 2366, 2367 bezeichneten Art zugunsten des gutgläubigen Dritten wirksam. Und zwar sowohl gegenüber dem irrig für tot Erflärten, in bessen Berniogen zur Zeit ber Bornahme des Nechtsgeschäfts überhaupt keine Erbfolge eröffnet war, als auch gegenüber demjenigen, welcher nach dem er-mittelten wirklichen — früheren oder späteren — Zeitpunkte des Todes des Erblassers in Wahr-heit schon zur Zeit der Bornahme des Nechtsgeschäfts sein gesehlicher oder gewilktürter Erbe geworden war. Die Schuhwirtung tritt nur ein, wenn der als Erbe Aufgetretene unter der Boraussehung der Richtigkeit des in der Todeserklärung angenommenen Todestags auch wirklich Erbe des für tot Erklärten geworden wäre. Eine Bermutung, daß dem so sein würde nur durch wirklich erteilten Erbschein begründet (§ 2365).

2. Kenntnis erfordert, wie im Falle des § 2366 A 7, positives Wissen der Unrichtigs

teit der Todesertlärung, also bavon, daß der für tot Erklärte noch gelebt hat oder zu welchem

anderen Zeitpunkt er gestorben ift.

3. Aufhebung ber Todeserklärung infolge ber Anschtungstlage mit Rechtsfraft bes barauf ergehenden Urteils ABO § 976 Abi 3. Kenntnis davon, daß die Rlage erhoben worden,

ist unschädlich.

4. Dem fälfglich für tot Erklärten sieht gegen den Erbschaftsbesitzer nach §§ 2031, 2027 der Anspruch auf Herausgade seines Vernrögens und Auskunstserteilung zu. Die Pflicht zur Auskunft und zur Herausgade des Erbscheins liegt nach § 2362 auch dem Vesitzer des unrichtigen Erbscheins ob. Nicht minder ist das vermeintliche Nachlaßgericht, das den unrichtigen Erbschein erteilt hat, nach § 2361 zur Einziehung verpflichtet. 5. Entsprechend § 2031 Abs 2.

Neunter Abschnitt

Erbschaftstauf

Der Erbichaftstauf, beifen Grundfate auch für Veräußerungsgeschäfte anderer Art gelten (§ 2385) betrifft nicht bas Erbrecht, sondern nur die Erbschaftsgegenstände und beren Surrogate nach bem Bestande gur Beit bes Raufes (§ 2374). Er begrundet beshalb wenigstens auf der Attivseite der Erbichaft feine Gesamtnachfolge, macht aber ben Räufer neben dem gleich. falls forthaftenden Berkaufer in jedem Falle für die Rachlagverbindlichteiten haftbar (§§ 2382 bis 2384). Im allgemeinen gelten bie Kaufsgrundsätze, sie sind aber mit Rücksicht auf die erbrechtliche Ratur des Geschäfts durch eine Anzahl besonderer Borschriften ergänzt. § 2371 fordert für den Rauf gerichtliche oder notarielle Beurfundung.

§ 2371

1) Ein Bertrag, burch den der Erbe die ihm angefallene Erbichaft bertauft2), bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung3).

Œ II 448; M 2 352—854; B 2 114, 115; 5 444.

1. Der Erbichaftstauf ift Rauf im Ginne von §§ 433ff., somit schulbrechtliches Ge. ichaft. Er untersteht ben besonderen hierfür erteilten Borfdriften auch dann, wenn er in bie

868, Rommentar von Reichsgerichtsraten. V. Bb. 6. Aufl. (Genffarth, Erler.) 26

402 Erbrecht

Form des Bergleichs eingekleibet ist (NG JW 1910, 9983). Er wirkt nicht dinglich. Ein Miterde kann aber den von ihm verkauften Nachlaßanteil, mag er seinen ganzen Erbteil oder nur einen Bruchteil davon darstellen, gemäß § 2033 Abs 1 auf den Käuser mit dinglicher Wirkung übertragen und es ist Auslegungstrage, ob der als Verkauf bezeichnete Vertragzugleich die dingliche Übertragung enthält (NG Warn 1915 Ar 264). Dagegen ist der Alleinerbe nicht in der Lage, die Erbschaft als Ganzes unmittelbar auf den Käuser als Gesamtnachsloger zu übertragen, vielmehr als Verkäuser verpslichtet, die einzelnen zur Erbschaft gehörigen Sachen und Kechte oder, dei Verkauf eines Vruchteils der Erbschaft, Nachlaßgegenstände im Werte des verkausten Bruchteils (NG Warn 1917 Ar 183) nach den für diese Gegenstände geltenden besonderen Vorsch isten auf den Kän er als Einzelnachsviger so zu übertragen, daß er sie hat, wie wenn er an Stelle des Verläufers Erbe geworden wäre.

2. Gegenstand des Kauses ist die angesaltene Erbschaft als Vermögensinbegriss ober Anteil eines Miterben (§ 1922 Abs 2), im ganzen oder nach Bruchteilen, nicht aber das Erbrecht selbst. Ein Erbanspruch auf Bestandteile des Nachsasses Aruchteilen, nicht gegeben und kunn deshaib auch nicht Gegenstand des Versauss sein (NG 61, 76). Ansull der Erbschaft § 1942. Der Kauf ist nichtig, wenn er über den Nachsasse noch lebenden Dritten gesichlossen wird und die Ausnahme des § 312 Abs 2 nicht Platz greift. Ist der Erbsall eingetreten, so tann auch die dem Verkäufer noch nicht angefallene Erbschaft, insbesondere die Nacherbschaft bedingungsweise (für den Fall des Ansulls), es sann sogar die einem Dritten angefallene Erbschaft vom Nichterben unter Einhaltung der Form wirtsam verkauft werden

(§§ 434, 2376).

3. Gerichtliche oder notaricle Beurfundung §§ 128, 152, Nichtigkeit wegen Nichtbeobachtung der Form § 125. Der Formzwang erstreckt sich, bei Strafe der Nichtigkeit des Vertrage, auf al e Vertragsabreden, nich bloß auf das eigentliche Veräußerungsgeschäft. Nur soweit solche Abreden im Vertrage wenigstens einigermaßen Ausdruck gefunden haben, können sie Beachtung sinden, sei es auch, daß ihre Auslegung nur unter Huzunahme anderer, sormsoser Nebenabreden gesingt (NG JW 1910, 998³). Sin Vergleich unter Erbschaftsbewerbern, durch den sie die Erbschaft ohne Rücksicht darauf, wem von ihnen sie ganz oder teilweise angesalten sei, untereinander nach Anteilen verteilen, kommt darauf hinaus, daß die einen sich sür den Fall verpslichten, daß diese (überhaupt oder zu dem betreffenden Teile) nicht Erben sein sollten. Auch ein solcher Vertrag unterliegt deshalb als auf eine Erbschaftsveräußerung gerichtet dem Formzwange (NG 72, 210; JW 05, 721¹²; Warn 1919 Nr 23). Das gleiche gilt, wenn bei einem Streite zwischen Erbschaftsbewerdern über die Gültigkeit eines Testaments der eine dem andern gegenüber die Gültigkeit oder die Nichtigkeit durch Vertrag anerkennt (NG 72, 209; i. aber auch Warn 09 Nr 512). Der Mangel der Form kann nicht (was NG 79, 240 dahingestellt läßt) durch Übertragung des Erbteils gemäß § 2033 Ubs 1 geheilt werden; § 313 Sah 2 ist nicht entsprechend anwendbar. Doch liegt in der Übertragung des Erbteils niest sowenschaft werderholung des Kaufgeschäfts. Genehmigung des Vernundsschaftsgerichts erforderlich §§ 1822 Nr 1, 1648. — Die Formvorschrift gilt nicht für Erbschaften, die vor 1. 1. 00 angesallen sind (NG 73, 291).

§ 2372

Die Borteile, welche sich aus dem Wegfall eines Bermächtnisses ober einer Auflage1) oder aus der Ausgleichungspflicht eines Miterben ergeben, gebühren dem Käufer2).

E I 488 Abi 8 II 450 Abi 2; M 2 855; B 2 112, 118

1. Ergänzende Vorschrift. **Wegjall von Bermächtnissen und Auflagen** kommt dem Käufer als Gegenstück für die durch § 2382 ihm auferlegte Erfüllung der Nachlaßverbindlichteiten zugute. § 2376 ergibt dasselbe beim Wegfall der Nacherbschaft.

2. Ausgleichungspflicht §§ 2050ff. Die darans hervorgehende Erhöhung des gesehlichen Erbteils gebührt dem Käufer, wie ihm der Verkäufer nach § 2876 auch dafür haftet, daß infolge

der Ausgleichung feine Minderung des Erbteils eintritt.

§ 2373

Ein Erbteil, der dem Bertäufer nach dem Abschlusse des Kaufes durch Racherbfolge oder infolge des Wegfalls eines Miterben anfällt, sowie ein dem Bertäuser zugewendetes Borausvermächtnis ist im Zweisel nicht als mitvertauft anzusehen¹). Das gleiche gilt von Familienpapieren und Familienbildern²).

Œ I 488 Ubj 2 II 450 Ubj 1, 8; M 2 854, 855; B 2 112-114.

- 1. Auslegungsregeln, z. T. abweichend von der Nacherbfolge § 2110. Vorausgesett ist Verkauf des Erbteils durch einen Miterben, dem durch Nacherbsolge oder Begfall eines Miterben (§§ 1935, 2094 ff.) ein fernerer Erbteil anfällt. Vorausvermächtnis § 2150, das auch im Voraus bestehen kann, § 1932. Doch haftet nach § 2976 der Verkäuser für das Nichtvorhandensein auch eines solchen Vermächtnisses.
- 2. Familienpapiere ("Urkunden rechtlicher Art, Personenstandsatteste, Korrespondenzen, Tagebücher, Familiennotizen usw.", Prot 2, 114) und Familienvilder, gleichviel ob sie Bermögenswert haben oder nicht (vgl. § 2047 A 3). Die Regel gilt beim Verkause sowohl des Erbteils als der ganzen Erbschaft.

§ 2374

Der Vertäufer ist verpflichtet, dem Känfer die zur Zeit des Vertaufs vorhandenen Erbschaftsgegenstände¹) mit Einschluß dessen herauszugeben, was er vor dem Vertauf auf Grund eines zur Erbschaft gehörenden Rechtes oder als Ersatz für die Zerstörung, Veschädigung oder Entziehung eines Erbschaftsgegenstandes oder durch ein Rechtsgeschäft erlangt hat, das sich auf die Erbschaft bezog²).

- E I 489, 490, 491 Abi 1 II 451 Abi 1; M 2 356-358; P 2 115-121, 126; 6 182.
- 1. Gegenstand ber Berausgabepflicht ift nicht wie im Falle ber §§ 2018 A 4, 2130 bie Erbichaft als Ganges, fondern die einzelnen Erbichaftsgegenftande, Sachen ober Rechte (§ 90). Rach der Ratur Diefer Gegenstände bestimmt lich gemäß § 433 Abi 1 die Pflicht gur übe gabe, Auflassung und Abertragung. Maßgebend ift jedoch nicht die Beit bes Erbfalls, fondern die Zeit des Bertaufs. Bur Berichaffung bereits vorher veräußerter, wenn auch bei Dritten noch vorhandener Gegenstände ist der Verkäufer überhaupt nicht, zur Ersatleiftung nur im Rahmen bes § 2875 verpflichtet. Anderseits gehören gur Erbschaft und sind beshalb mit herauszugeben auch nach dem Erbfall vom Erben als solchem erworbene Rechte, wie 3. B. Unsprüche gegen den Testamentsvollstreder, Nachlafpfleger, gegen Miterben (Ausgleichungspflicht), aus der Weschäftsführung (§ 1959). Kerner der Erbschaftsanspruch (§§ 2018ff.), der Aufpruch gegen den Vorerben (§ 2180) und die nach § 857 erlangten Besitzrechte. Sonstige Berpflichtungen des Bertäufers ergeben sich aus allgemeinen Kaufs- und Bertragsgrundläten, so insbesondere aus § 260 die Pflicht zur Vorlegung eines Verzeichnisses und nach Befinden zur Leisung des Offenbarungseides. Der vom Scheinerben kaufende Erwerber ift nach § 2030 dem Erbschaftsauspruch des wahren Erben ausgesetzt. Auch eine Genehmigung durch letteren macht den Verkauf nicht wirtsam nach § 185, da es sich hierbei (abgesehen von der Beräußerung eines Erbteils nach § 2083) nicht um eine Berfügung handelt. Im übrigen ist der Käufer für den unter dem Titel des Erbschaftskaufs vom Nichterben abgeleiteten Erwerb nicht durch §§ 932 ff., sondern nur im Falle der Erteilung des Erbscheins nach §§ 2366, 2367 oder durch den öffentlichen Glauben des Grundbuchs geschütt.
- 2. Borausgesett, daß sie zur Zeit des Verkaufs noch beim Erben vorhanden sind (A 1), sind auch die Eurrogate der Erbschaft herauszugeben. Es gelten hierfür die gleichen Grundsätze wie für die Erbengemeinschaft (vgl. § 2041). Danach ift nicht in Natur (s. aber § 2375 A 2) herauszugeben, was der Erbe mit Mitteln der Erbschaft, aber für sich erworden hat (§§ 2019 A 2, 2111 A 2). Umgekehrt kann er die Herausgabe nicht durch den Nachweis abwenden, daß er z. B. den Ersat aus eigenen Mitteln beschaft habe. Die Nutungen verbleiben dem Verkäufer (§ 2379). Handelt es sich um den durch Verfügung nach § 2038 vollzogenen Verkauf eines Erbteils, so erlangt der Käufer, indem er die Rechtsstellung des Miterben erwirdt, vermöge der dinassichen Wirtung der Eutrogation gemäß § 2041 dadurch unmittelbar die Verfügung auch über die Surrogate der Erbschaft. Soweit die Auseinandersetzung bereits durchgeführt und damit die Erbengemeinschaft aufgehoben ist (§ 2047 A 1), bestimmt sich auch hier die Herausgabepflicht nach § 2374.

§ 2375

Hat der Verkäuser vor dem Berkauf¹) einen Erbschaftsgegenstand verstraucht, unentgeltlich veräußert oder unentgeltlich belastet²), so ist er verspflichtet, dem Käuser den Wert des verbrauchten oder veräußerten Gegensstandes, im Falle der Belastung die Wertminderung zu ersetzen³). Die Erstatpflicht tritt nicht ein, wenn der Käuser den Verbrauch oder die unentzgeltliche Versügung bei dem Abschlusse des Kauses fennt⁴).

Im übrigen tann der Räufer wegen Berichlechterung, Unterganges ober

404 Erbrecht

einer aus einem anderen Grunde eingetretenen Unmöglichkeit der Herausgabe eines Erbschaftsgegenstandes nicht Ersatz verlangen⁵).

E I 491 II 451 215[2; M 2 857, 858; B 2 115-120, 126.

1. In der Zeit vom Anfall bis zum Berkauf der Erbschaft ist der Erbe in der Verfügung über die Erbschaft unbeschränkt (Abs 2). Gleichwohl gewährt Abs 1, wenn es nachmals zum Berkaufe kommt, dem Käufer auch für früher vorgenommene unentgeltliche Verminderungen im Wege ergänzender Bestimmung einen Ausgleich. Der Verkäufer des Erbteils haftet hierfür

ju dem entsprechenben Teile.

2. Zu den verbrauchten Sachen (§ 92) gehört ausgegebenes Erbschaftsgeld, auch wenn es z. B. erst durch Verkauf von Nachlaßgegenständen an deren Stelle getreten wäre, soweit damit nicht Surrogate für den Nachlaß erlangt sind (§ 2374 A 2). Verbrauch durch Verdindung, Vermischung, Verarbeitung §§ 946ff. Verbraucht ist auch eine Nachlaßforderung, dere Aufrechnung mit seiner eigenen Schuld an den Nachlaßschuldner der Erde vorninmt oder Veschen läßt. Unentgettliche Veräußerungen sind nicht bloß Schenkungen, vgl. § 2113 A 3. Unentgettliche Veräußerungen sind nicht bloß Schenkungen, vgl. § 2113 A 3. Unentgettliche Veräußerungen sein der Erde sine eigene Schuld Hypothef oder Pfandrecht an einem Erdschaftsgegenstande bestellt, da ein hierfür empfangener Wegenwert jedensalls nicht Surrogat des Nachlasses wird.

3. Für den Bertsersat, dessen Sohe der Käuser zu beweisen hat, ist der Zeitpunkt des Verbrauchs usw. maßgebend. Es ist kein Grund erfindlich, warum Wertsveränderungen dis zum Kaufschluß je nachdem zum Vorteil, namentlich aber auch zum Nachteil des Verkäusers gehen sollten. Er kann der minder weit gehenden Ersatsorberung auch durch das Mehr, Wiederherstellung des vorigen Standes begegnen. Keine Ersatzpflicht im Falle des § 2385

Abí 2.

4, Für die Renntnis des Räufers ist der Berkäufer beweispflichtig. Nennenmussen (§ 122 2161 2) genügt nicht.

5. Bom Vertaufsabichluffe ab haftet ber Vertäufer nach allgemeinen Grundfaben.

§ 2376

Die Verpflichtung des Vertäusers zur Gewährleistung wegen eines Mangels im Rechte¹) beschränkt sich auf die Haftung dasür, daß ihm das Erbrecht zusteht²), daß es nicht durch das Recht eines Nacherben oder durch die Ernennung eines Testamentsvollstreckers beschränkt ist³), daß nicht Vermächtnisse, Auflagen, Pflichtteilslasten, Ausgleichungspflichten oder Teilungsanordnungen bestehen⁴) und daß nicht unbeschränkte Haftung gegenüber den Nachlaßgläubigern oder einzelnen von ihnen eingetreten ist⁵).

Fehler einer gur Erbichaft gehörenden Sache hat der Bertaufer nicht

zu bertreten6).

Œ I 492, 498 II 452; Dł 2 358, 359; B 2 121, 122; 6 322, 824.

1. Gewährleifung wegen eines Mangels im Rechte. Allgemeine Borausfehung bafür ift, daß ber Räufer ben Mangel bei Albichluß bes Raufes nicht fennt (§ 489 Abf 1). Erlag ber Haftung ist nichtig, wenn der Mangel arglistig verschwiegen ist (§ 448). Da die Erbschaft als Inbegriff ben Gegenstand bes Raufes bilbet, fo haftet ber Bertaufer nicht fur Rechts. mangel der einzelnen zur Erbschaft gehörigen Gegenstände nach §§ 434-439, wenn er biefe Saftung nicht vertragemäßig übernommen hat. Db dies durch einen Berkauf nach einem Verzeichnis geschehen sei, ist Tatfrage. Er haftet insbesondere auch nicht für ihre Zugehörigkeit gur Erbichaft, fondern nur dafür, daß fie, falls fie zum Bernigen des Erblaffers gehörten, burch Erbfolge auf ihn übergegangen find oder daß er in Erbeneigenschaft baran Rechte erlangt hat. Für den Mangel ist der Räufer beweispflichtig (§ 442). Die haftung vervflichtet den Berkäufer, wenn er nicht Erbe ist, dem Raufer vom wahren Erben die Erbschaft oder den veräußerten Erbteil (§ 2033) zu verschaffen, die vorhandenen Beschränkungen oder Beschwerungen zu beseitigen. Die Nechte des Käufers bestimmen sich gemäß § 440 Abs 1 nach §§ 320 -327. Sein Schadensersabanspruch ift bezüglich einzelner beweglicher Sachen ober Rechte an solchen Sachen von den Voraussetzungen der §§ 440 Abf 2-4, 441 abhängig. Ift ein Erbteil vertauft, fo haftet der Vertäufer nur nach Verhaltnis diefes Erbteils. Reine haftung bes Schenkers § 2385 21 4.

2. Haftung für das Bestehen des Erbrechts, im Falle des § 2033 des Miterbrechts, beim Bertauf einer Nacherbschaft vor Eintritt der Nacherbsolge für die Berufung zum Nacherben (§ 2371 A 2).

3. Beschränkungen durch bas Recht eines Racherben §§ 2112ff., burch Ernennung eines

Testamentsvollstreders & 2203ff. Danegen teine Saftung bafür, baf nicht Nachlagver. waltung angeordnet ober nachlaftonkurs eröffnet ift, es lei benn, bag argliftiges Verschweigen

4. Vermächtnisse einschließlich ber aesetzlichen Vermächtnisse bes Voraus § 1932, bes Dreifigiten § 1969, nicht aber bes Unterhaltsanipruchs aus § 1963 (A 5 baf.), Auflagen, Bflichtteilstaften gehören nicht zu ben nach § 2378 (vgl. aber § 2382 A 2) vom Raufer zu erfüllenben Nachlagverbinblichkeiten. Ausgleichungspflichten § 2372 At 2. Teilungsanvebuungen § 2048. 5. Unbefdirantte Saftung § 2383 A 1, 2.

6. Reine Saftung für Cachmängel nach §§ 459ff. Nach bem Raufsabichluffe haftet ber

Verfaufer für jebes Berschulben.

\$ 2377

Die infolge des Erbfalls durch Bereinigung bon Recht und Berbindlichteit ober von Recht und Belaftung erloschenen Rechtsverhältniffe gelten im Berhältnisse zwischen dem Raufer und dem Bertäufer als nicht erloiden1). Erforderlichenfalles ist ein solches Rechtsverhältnis wiederherzuîtellen2).

E I 499 II 453: M 2 365: B 2 129.

1. Die Bereinigung bon Recht und Berbindlichteit ift in Wahrheit eingetreten und äußert auch nach dem Verkaufe gegen Dritte (hierburch befreite Bürgen, erloschene Pfanderechte) volle Wirkung. Sie "gilt" nur im Verhältnis der Kaufskontrahenten nicht als eingetreten (so auch § 1991 A 2), so daß der verkaufende Erbe je nachdem wieder als Nachlahenläubiger gegen den Käufer auftreten kann (§ 2878), sich aber von ihm auch als Nachlahschläubiger gegen den Käufer auftreten kann (§ 2878), sich aber von ihm auch als Nachlahschläubiger des Verkaufes eines Erbeitels (§ 2083) kommt es nach § 2032 (A 2) überhaupt nicht zur Konfusion oder Konsolidation. Daß sich der Erwerber des Erbteils eine Schuld des verkaufenden Miterben an den Nachlaß bei der Auseinandersetzung mit den übrigen Miterben auf den gekanften Erbteil anrechnen lassen muß, folgt aus § 2042 Abs 2 mit §§ 756, 755 Abs 2 (RG 78, 278; § 2042 A 3). 2. Wiederherstellung insbesondere erloschener Nebenrechte, wie Bürgschaft, Pfand,

Snpothef.

§ 2378

Der Räufer ift dem Bertäufer gegenüber1) verpflichtet, die Nachlage verbindlickfeiten zu ersiillen, soweit nicht der Berkaufer nach § 2376 dafür haftet, daß sie nicht bestehen2).

Hat der Bertaufer vor dem Bertauf eine Rachlagverbindlichteit erfüllt,

jo kann er von dem Käufer Erfatz verlangen3).

G I 495 II 454; M 2 860, 861; B 2 122-124.

- 1. Saftung gegenüber dem Bertäufer. Gegenüber ben Radlafgläubigern §§ 2382, 2383.
- 2. Die Verpflichtung, bie Nachlagverbindlichkeiten zu erfüllen, auch foweit fie erft nach dem Erbfall entstanden find (§ 1967), wirft, wenn sie nicht besonders vereinbart wird, nicht als förmliche Schuldübernahme nach §§ 414 ff., da auch der Verkäufer nach wie vor Schuldner bleibt (§ 2382 A 1). Auch § 416 ist deshalb nicht ohne weiteres anwendbar. Doch ist ent-prechend § 415 Abs 3 der Käuser zur rechtzeitigen Vestriedigung der Nachlaßgläubiger ev. zum Schabensersat an den Verkäuser verpflichtet. Jedoch nur im Nahmen der beschränkten Saftung, wenn er nicht die unbeschränkte Saftung des Berkäufers gekannt hat (§ 2376 U 1, 5). Bon der Zug um Zug zu bewirkenden Befreiung von der Haftung für die Nachlagverbindlich. keiten kann der Verkäufer seine Leistungen an den Käufer nicht abhängig machen; auch dem Wiederverkäufer einer Erbschaft (§ 2385 A 1) steht ein solches Kecht gegenüber dem Wiederstäufer nicht zu (**KG** 101, 185). Vermächtnisse, Auflagen und Kslichtteilslassen bleiben im Verhältnis der Kaufskontrahenten auf dem Verkäufer liegen, es sei denn, daß Käufer ihr Vorhandensein gekannt hat (§ 2376). Insoweit der Verkäufer der einzusehen hat, kann der eine Auflagen. Die Aussteichungsprischt ist überkauser eine er auch nicht nach Abs 2 Ersat verlangen. Die Ausgleichungspflicht ist überhaupt nicht Nachlagverbindlichkeit.
- 3. Der Erfatanibruch des Bertaufers folgt aus der Fiftion, daß ichon mit bem Erbfall eine Gesamtnachfolge bes Räufers in die Nachlagverbindlichkeiten stattgefunden habe. Der Erfüllung steht gleich Leistung an Erfüllungs Statt (§ 364), hinterlegung (§ 378) und Aufrechnung einer Privatforderung bes vertaufenden Erben gegen den Nachlaggläubiger (§ 389). - Beim Bertauf eines Erbteils geht im Umfange bes § 2376 auf den Räufer die gesamtschuldnerische Haftung aus §§ 2058ff. über. Befreiung hiervon bei Ausübung bes

406 Erbrecht

Vorkaufsrechts § 2036 A 1. — Sonstige Verpslichtungen bes Käufers, wie Zahlung bes Kaufpreises, Abnahmepflicht (§ 433 Abs 2), Kosten (§§ 448, 449), Zinspslicht (§ 452) ergeben sich aus den allgemeinen Kaufsvorschriften.

§ 2379

Dem Berkäuser verbleiben die auf die Zeit vor dem Berkause sallenden Rutungen¹). Er trägt für diese Zeit die Lasten, mit Einschluß der Zinsen der Rachlasverbindlichkeiten²). Den Känser treffen jedoch die von der Ervschaft zu entrichtenden Abgaben sowie die außervordentlichen Lasten, welche als auf den Stammwert der Ervschaftsgegenstände gelegt anzussehen sind³).

Œ I 495 II 455; M 2 360, 361; B 2 120-123.

- 1. Daß die Rusungen (§§ 99—101) dem Vertäufer verbleiben, enthält eine Minderung ber durch §§ 2374, 2375 ihm auferlegten Herausgabe- und Ersappflicht.
- 2. Lasten (§ 103) und Zinsen bleiben auf dem Berkäufer, obwohl sie als Nachlasverbindlichteiten gemäß § 2378 vom Käufer zu tragen wären.
- 3. Abgaben (insbesondere Erbschaftssteuer) und außerordentliche Lasten § 2126 A 1. Die Vorschrift enthält keine Auslegungsregel, sondern nachgiebiges Recht (RG JW 1910, 998³).

 Beim Verkauf eines Erbteils gehen Rutzungen und Lasten in dem als Ergebnis der Auseinandersetzung ermittelten Überschuß unter (§ 2047 A 1). Für Anwendung des § 2379 bleibt deshalb regelmäßig kein Raum. Doch bleiben vor Kaufschluß bereits verteilte Reinertäge (§ 2038 A 6) dem Verkäuser.

§ 2380

Der Känfer trägt von dem Abschlusse des Kauses an die Gefahr des zufälligen Unterganges und einer zufälligen Berschlechterung der Erbschaftsgegenstände. Bon diesem Zeitpunkt an gebühren ihm die Ausungen und trägt er die Lasten¹).

E I 494, 495 Sat 1 II 456; M 2 859, 860; P 2 122, 128.

1. Bon § 446 Abs 1 nur insoweit abweichend, als nicht der Zeitpunkt der Abergabe, sondern derjenige des Kaufsabschlusses maßgebend ist.

§ 2381

Der Käufer hat dem Berkäufer die notwendigen Berwendungen zu ersetzen, die der Berkäufer vor dem Berkauf auf die Erbschaft gemacht hat 1).

Für andere vor dem Verkaufe gemachte Auswendungen hat der Käufer insoweit Ersatz zu leisten, als durch sie der Wert der Erbschaft zur Zeit des Berkaufs erhöht ist2).

E I 496 II 457; M 2 361, 362; B 2 124-126; 6 182.

- 1. Ergänzende Vorschrift. **Notwendige Verwendungen** (§ 994 A 1/2). Hierzu gehören auch die gewöhnlichen Erhaltungskosten. Auch diese sind dem Verkäuser, odwohl ihm die Nutungen verbleiben (§ 2379), zu ersehen, da die Vestimmung des § 994 Abs 1 Sat 2 auf den Erhschaftskauf nicht übertragbar ist. Für die Notwendigkeit ist der Zeitpunkt der Verwendung maßgebend. Der Anspruch besteht auch, wenn die Sache zur Zeit des Kaufsabschlusses untergegangen oder verschlechtert ist. Die gewöhnlichen Lasten (vgl. § 995 A 1) bleiben nach § 2379 A 2 auf dem Verkäuser liegen.
- 2. Ersahanspruch wegen anderer, d. h. nützlicher Berwendungen übereinstimmend mit § 996 nur im Falle einer noch zur Zeit des Verkaufs vorhandenen Werterhöhung. Nach diesem Zeitpunft gemachte Verwendungen kann der Verkäuser nach Maßgade des § 450 ersett verlangen. Verwendungen auf die Erbschaft durch Erfüllung von Nachlaßverbindlichreiten (§ 2022 Abs 2) begründen den Ersahanspruch des Verkäusers nach § 2878 Abs 2. Austwendungen zur Gewinnung von Nachungen trägt der Verkäuser als Nutzungsderechtigter (§ 2379 A1). Beim Verkauf eines Erbteils kommen Ersahansprüche des verkaufenden Miterben gegen die übrigen Erben in Frage. Sie können vom Verkäuser geich einem gewöhnlichen Nachlaßgläubiger gegen die Erbengemeinschaft, darunter auch den Erbteilskäuser,

verfolgt werben (§ 2046 A 1). Da folde Erfaggnfpruche nicht zum Erbteil gehören, haben sie ohne besondere Abrede nicht als mitverkauft zu gelten. Ift ber Erbteil erft nach der Auseinandersetzung verkauft, so gilt die Regel des Abs 2.

§ 2382

Der Raufer haftet von dem Abichluffe des Raufes an den Rachlagglänbigern, unbeschadet der Fortdauer der Haftung des Verkaufers1). Dies gilt auch von den Verbindlichkeiten, zu deren Erfüllung der Räufer dem Berkäufer gegenüber nach den §§ 2378, 2379 nicht verpflichtet ift2).

Die Saftung des Räufers den Gläubigern gegenüber tann nicht durch Bereinbarung zwischen dem Raufer und dem Bertaufer ausgeschloffen oder

beschränkt werden3).

& I 497 II 458; M 2 362, 363; B 2 126, 127.

1. Der Känfer wird nicht Gesamtnachfolger des Erblassers (§ 2371 A 1), haftet aber vom Kaufabschluß an, wie beim Rauf eines Bermögens (§ 419), für alle Rachlagberbindlichkeiten neben dem verkaufenden Erben als Wesamschulder (§ 421st.), soweit dieser nicht durch förmliche Schuldübernahme gemäß §§ 414st. hiervon vefreit ist (NGF 52, 60: Haftung für die dem Nachlaßpfleger seitgesehte Vergütung). Für den Areis der Nachlaßpsläche feingesehte Vergütung). Für den Areis der Nachlaßgländiger kommt keine andere Begrenzung in Frage, als sie für das Erbrecht überhaupt im Anschlüßesten aus einem vom Erben als solchem vorgenommenen Rechtsgeschäft (NG 112, 129; indlichter erörtern aus einem vom Erben als solchem vorgenommenen Rechtsgeschäft (NG 112, 129; § 1967 A 3). Der Räufer haftet nicht, wenn der Verkäufer gar nicht Erbe war Beschränkung

ber haftung § 2383. 2. Der Käufer haftet im Außenverhältnis unbeschränkbar (Abs 2) auch für Bermächtniffe, Auflagen, Pflichtteilslasten (§§ 2378, 2376), sowie für die gewöhnlichen Lasten und die Zinsen der Nachlasverbindlichteiten (§ 2379).

3. Unwirtsamteit abweichender Vereinbarung gegenüber ben Rachlafgläubigern (entsprechend § 419 Abs 3). — Bei Verkauf und Übertragung eines Erbteils (§ 2371 A 1) tritt ber Kaufer in die Gesamthaftung der Miterben gemäß §§ 2058—2063 ein (RG 60, 131). Erlöschen dieser Haftung infolge Ausübung des Vorkauferechts § 2036 A 1.

§ 2383

Kür die Haftung des Ränfers gelten die Vorschriften über die Beschränfung der haftung des Erben1). Er haftet unbeschränkt, soweit der Bertäufer zur Zeit bes Bertaufs unbeschräntt haftet2). Beschräntt sich die Haftung bes Ranfers auf die Erbichaft, fo gelten feine Ansprüche aus dem Raufe als zur Erbschaft gehörend3).

Die Errichtung des Inventars durch den Berkäufer oder den Käufer tommt auch dem anderen Teile guftatten, es fei denn, daß diefer unbeschränkt

haftet4).

Œ I 498 II 459; M 2 363—365; B 2 127—129.

1. Saftung bes Raufers neben dem Berkäufer als Gefamtschuldner (§ 2382 A 1). Beide sind selbständig, jeder für sich und grundsählich ohne Wirkung für oder gegen den anderen be-fähigt, das Recht der beschräntten Haftung geltend zu machen oder dieses Rechtes verlustig zu gehen (Bem vor § 1967). a) Aufgebot der Nachläfgläubiger §§ 1970—1973: Beide sind antragsberechtigt, das vor oder nach Kaufschluß erwirkte Ausschlußurteil kommt auch dem anderen Teil zugute (3BD § 1000). Für das Verweigerungsrecht (§ 1973 Abs 1) auch des Verkäufers ist der jeweilige Umfang des nunmehr in der Hand des Käufers befindlichen Nachlasses in gezogenen Ruhungen (§ 1973 A 5) kann auf seiten des Verkäufers nur im Kauspreis, in gezogenen Ruhungen (§ 2379), Verwendungsansprüchen, soweit sie nicht zum Ausgleich der Verwendungen bienen (§ 2381) und im Verbrauch ohne Ersappslicht bestalten (§ 2007) stehen (§ 2375 A 3). Auf seiten des Käufers mindert der gezahlte oder geschuldete Kaufspreis den Betrag seiner Bereicherung. b) Ablauf der Fünfjahrsfrist § 1974: Rechtzeitige Geltendmachung der Forderung gegenüber dem Verkäufer wirkt, wenn sie vor Kaufabschluß erfolgt, auch gegen ben Känfer. Nach Kaufabschluß wirkt sie nur gegen den, demgegenüber sie vorgenommen ist. c) Nachlaßkonkurs §§ 1975 sf. Nach Kausschluß kann sormell ("in Ansehung des Verfahrens") nur der Käuser, niemals der Verkäuser Gemeinschuldner werden, nur unter besonderen Boraussehungen ist auch ber Berkaufer antragsberechtigt (RD § 232

408 Erbrecht

Abf 1, 2). Der Konkurs ergreift jedoch den gesamten Nachlag (f. auch U3), somit auch die noch in ber hand bes Bertaufers befindlichen Nachlaggegenstände (RD §§ 1, 118), und auch die von oder gegen den Verkäufer vorgenommenen Nechtshandlungen sind nach NO §§ 7, 8 unwirksam. Auch ihm gegenüber dauern die Wirkungen der §§ 1976, 1977 fort (Konfusion, Aufrechnung), ebenso seine Verantwortung gegenüber den Rachlaßgläubigern aus §§ 1978—1980 neben derjenigen des Käufers, die mit Kaufschluß beginnt. Unter Umftänden kann schon die Tatlache des Bertaufs die Berantwortung des Bertäufers aus § 1978, zugleich für Berschleuderungen bes Räufers begründen. Bährend der Dauer des Nachlaftonkurses sind beide durch BBO §§ 784, 785 gegen Juanspruchnahme ihres eigenen Bermögens geschütt. d) Nachlagverwaltung §§ 1975ff. Ihre Anordnung zu beantragen fteht dem Raufer unbeschränkt zu. Das gleiche Recht muß auch bem Berkäufer, und zwar nicht bloß soweit er Rachlaßgläubiger sein sollte (§ 1981 A 2), sondern auch, wiewohl unter entsprechender Einschränkung gemäß KD § 232 Abs 2, als Mittel zugestanden werden, sich die durch das Verhalten oder die Vermögenslage bes Käufers gefährdete beschränkte Haftung für die auch von ihm weiter zu vertretenden Nachlaßverbindlichkeiten zu sichern. Im übrigen gilt das zu c Gesagte. Bertauf der Erbschaft durch den Konkurs, oder Nachlaßverwalter ist nicht Erbschaftskauf im Sinne des § 2371, sondern nach allgemeinen Raufegrundsäten zu beurteilen. e) Un. gulanglichkeitseinrebe §§ 1990-1992. Gie fteht dem Berfaufer wie dem Raufer gu. Doch können sich beide nur burch Herausgabe des eigentlichen Nachlasses (§ 1990 A 4), der Berkäufer also nicht durch Herausgabe des Nauspreises oder der ihm sonst gegen den Käufer zustehenden Ansprüche befreien. Ebensowenig tann der Räufer den gezahlten Naufpreis als Aufwendung in Rechnung stellen (§ 1991 A 2). Das Einlösungsrecht steht beiden zu (§ 1992 A 4). f) Inventarerrichtung §§ 1993ff. Die Inventarfrist kann auch nach Kausschluß sowohl bem Erben wie dem Käufer gesetzt werden. Abgesehen von Abs 2 bestimmen sich Fristenlauf, Versäumnisfolge, Nachteile mangelhafter Errichtung, Eidesverweigerung jedem Teile gegenüber durchaus selbständig. Ebenso wirkt der Mangel des Vorbehalts im Urteile nur gegen den Verurteilten (PPO 780). g) Aufschiebende Einreden §§ 2014, 2015, PPO 782. Sie stehen beiden Teilen zu, die Frist läuft auch dem Kauser von Annahme der Erbschaft und endet mit der Inventarerrichtung, gleichviel von wenn sie ausgeht. Der Antrag des einen auf Ersaß des Aufgebots kommt auch dem anderen zustatten (BBD § 1000). h) Berkauf eines Erbteils. Ift er gemäß § 2033 vom Berkaufer dem Kaufer übertragen, so gelten für beibe, als wenn sie Miterben waren, die Grundsate der §§ 2058—2062. Der beschränkt haftende Verkäufer kann jedoch, da er keinen Anteil mehr am Nachlasse hat, bis zur Teilung jede Befriedigung aus seinem Vermögen verweigern (§ 2059 Abs 1). Nach Ausübung des Vorlaufsrechts wird der Käufer gemäß § 2036 von jeder Haftung frei.

2. Unbeschränkte Haftung des Berkanfers jur Zeit des Kaufschlusses läßt auch ben Käufer, unbeschadet seiner Ersagansprüche gegen den Berkäufer aus § 2376 U 5, den Gläubigern gegenüber unbeschränkt haftbar werden. Dagegen berührt es den Käufer nicht,

wenn die unbeschränkte Haftung des Berkäufers erst nach Kaufschluß eintritt.

3. Ansprüche des Käufers gegen den Berkäufer (§§ 2374—2377) begründen an sich Eigenverdindlichkeiten des lehteren, können aber, entsprechend dem § 1978 (A 4) während der Dauer der Nachlaßverwaltung oder des Nachlaßkonkurses nur vom Berwalter gegen den Verkäufer geltend gemacht werden, wenn dieser beschränkt haftet.

4. Inventar s. A 1 f. Vorausgeseht ist ordnungsmäßige Errichtung. Das ungetreue Inventar (§ 2005) macht nicht nur den Errichtenden, sondern, wenn inzwischen die auch ihm gesehte Inventarfrist verstrichen ist, auch den anderen Teil der beschränkten Haftung verlustig.

\$ 2384

Der Berkäuser ist den Nachlaßgläubigern gegenüber verhslichtet, den Berkauf der Erbschaft und den Namen des Käusers unverzüglich dem Nach-laßgericht anzuzeigen. Die Anzeige des Berkäusers wird durch die Anzeige des Käusers ersetzt.

Das Nachlaggericht hat die Einsicht der Anzeige jedem zu gestatten, der ein rechtliches Interesse glaubhaft macht.).

Œ II 460; B 2 129.

1. Unzeigepflicht bes Bertäufers entsprechend ber bes Vorerben bei Eintritt ber Racherbfolge. Bgl. § 2146.

\$ 2385

Die Vorschriften über den Erbschaftstauf finden entsprechende Anwens dung auf den Kanf einer von dem Bertäufer durch Vertrag erworbenen

Erbichaft1) sowie auf andere Bertrage, die auf die Beräuferung einer dem Beräuferer angefallenen ober anderweit von ihm erworbenen Erbichaft

gerichtet sind2).

Im Falle einer Schenkung ist der Schenker nicht verpflichtet, für die vor der Schenkung verbrauchten oder unentgektlich veräußerten Erbschaftsgegenstände oder für eine vor der Schenkung unentgektlich vorgenommene Belastung dieser Gegenstände Ersatzu leisten³). Die im § 2376 bestimmte Berpflichtung zur Gewährleistung wegen eines Mangels im Rechte trifft den Schenker nicht; hat der Schenker den Mangel arglistig verschwiegen, so ist er verpflichtet, dem Beschenkten den darans enistehenden Schaden zu ersetzen⁴).

Urkundlich unter Unserer Sochfteigenhändigen Unterschrift und beige-

drucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Reues Palais, den 18. August 1896. (L. S.)

Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe.

E I 500 II 461; M 2 865, 866; B 2 129, 130; 6 182, 183

1. Durch **Beitervertauf der Erbschaft** oder Weiterveräußerung (A 2) entstehen unmittelbare Rechtsbeziehungen nur zwischen dem jeweiligen Berkäufer und Käufer. Der Umfang der Herausgabepsiicht einschließlich der Surrogate bestimmt sich nach der Zeit des zweiten und folgenden Berkaufs (§ 2374 U 1), doch haftet der spätere Berkäufer auch für Wertsverminderungen des Kachlasses durch seine Rechtsvorgänger (§ 2375) und neben der Gewährleistung des § 2376 zugleich dasür, daß sein eigenes Recht an der Erbschaft frei von Mängeln ist. Die weitervertauste Erbschaft ist durch Vertrag erworden schon mit dem Abschlasse des betreffenden Vertrags, auch wenn er einen gemäß § 2033 noch zu übertragenden Erbteil zum Gegenstand hat. War der erste Vertrag durch Herausgabe der Erbschaftsgegenstände noch nicht erfüllt, so ist der spätere Verkünfer seinem Absäufer gleichwohl selbst herausgabepsichtigt, wenn nicht gewollt ist, daß er sich hiervon durch Abtretung des Herausgabeausberuchs an den vorgehenden Vertäufer besteinen dürse. Den Nachlaßgläubigern werden und bleiben gemäß § 2382, 2383 neben dem Erden auch alle späteren Erwerder der Erbschaft gesamtschuldnerisch verhaftet (vgl. auch KD § 233).

2. Andere Berängerungsverträge wie Tausch, Hingabe an Erfüllungs Statt, Schenkung (Abs 2), Bergleich, insbesondere wenn er unter streitenden Erbschaftsbewerbern über überlässung der Erbschaft an den in Wahrheit nicht Erbberechtigten geschlossen wird, vgl.

§ 2371 A 3.

3. Beidrantte Berpflichtung bes Schenters gegenüber § 2375.

4. Haftung für Arglist (NG 55, 214) entsprechend § 523 Abs 1. Auch die Schenkung der Erbschaft erfordert nach § 2371 Beurkundung der beiderseitigen Willenserklärungen. Bloße Beurkundung des Schenkungsversprechens nach § 518 Abs 1 genügt nicht, der Mangel wird auch nicht nach Abs 2 durch Herausgabe der Erbschaftsgegenstände geheilt, da sich hierin die Leistung des Schenkers einer Erbschaft nicht erschöft. Wohl aber, wenn ein Erbteil verschenkt ist, durch Verfügung gemäß § 2033 Abs 1. Wird die Schenkung nach §§ 812 oder 581, 527, 528 zurückgefordert, so liegt dem Schenker die Verpssichtung ob, den Beschenkten von den auf ihn übergegangenen Verpssichtungen, insbesondere den der Hatung für die Nachlaßverbindlichkeiten wieder zu befreien.

Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche

vom 18. August 1896.

(Reichs. Gesethlatt 1896 S. 604 ff.)

Wir Wilhelm, von Gottes Enaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Erfter Abschnitt Allgemeine Vorschriften

Art 1

Das Bürgerliche Gesethuch tritt am 1. Januar 1900 gleichzeitig mit einem Gesetze, betreffend Anderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozehordnung und der Konkurdordnung, einem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, einer Grundbuchordnung und einem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Kraft.

Art 2

Gesetz im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs und dieses Gesetzes ist jede Rechtsnorm.

823 U 14; 903 U 3; 917 U 5.

Art 3

Soweit in dem Bürgerlichen Gesethuch oder in diesem Gesethe die Regelung den Landesgesethen vorbehalten oder bestimmt ist, daß landesgesethliche Borschriften underührt bleiben oder erlassen werden können, bleiben die bestehenden landesgesethlichen Borschriften in Kraft und können neue landesgesethliche Borschriften erlassen werden.

903 A 2; 917 A 5; 1094 A 3; 1105 A 1.

Mrt 4

Soweit in Reichsgesetzen ober in Landesgesetzen auf Vorschriften verwiesen ist, welche durch das Bürgerliche Gesetzbuch ober durch dieses Gesetz außer Kraft gesetzt werden, treten an deren Stelle die entsprechenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder dieses Gesetz.

195 A 1; 903 A 2; 954 A 2.

Art 5

Als Bundesstaat im Sinne des Bürgerlichen Gesethuchs und dieses Gesethes gilt auch das Reichsland Elsaß-Lothringen.

Art 6

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch Klage oder Widerklage ein Anspruch auf Grund des Bürgerlichen Gesetbuchs geltend gemacht ist, wird die Verhandlung und Entscheidung letzter Instanz im Sinne des § 8 des Sinführungsgesetzes zum Gerichtsversassungsgesetze dem Reichsgerichte zusgewiesen.

Art 7

Die Geschäftsfähigkeit einer Person wird nach den Gesetzen des Staates

beurteilt, dem die Person angehört.

Erwirdt ein Ausländer, der volljährig ist oder die rechtliche Stellung eines Volljährigen hat, die Reichsangehörigkeit, so behält er die rechtliche Stellung eines Volljährigen, auch wenn er nach den deutschen Gesetzen nicht volljährig ist.

Nimmt ein Ausländer im Juland ein Rechtsgeschäft vor, für das er geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, so gilt er für dieses Rechtsgeschäft insoweit als geschäftsfähig, als er nach den deutschen Gesetzen geschäftsfähig sein würde. Auf famikienrechtliche und erdrechtliche Rechtsgeschäfte sowie auf Rechtsgeschäfte, durch die über ein ausländisches Grundstück verfügt wird, findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Borbem 7 vor 1; 2 A 2; Borbem 11 vor 104; 104 A 7; 106 A 1; 1828 A 2; Borbem 3, 6 vor 1616; Borbem vor 2229.

Art 8

Ein Ausländer kann im Inlande nach den deutschen Gesetzen entmündigt werden, wenn er seinen Wohnsitz oder, falls er keinen Wohnsitz hat, seinen Aufenthalt im Inlande hat.

Borbem 7 vor 1; 6 A 7; 1405 A 12; Borbem 8 vor 1616.

Art 9

Ein Berschollener kann im Inlande nach den beutschen Gesetzen für tot erklärt werden, wenn er bei dem Beginne der Berschollenheit ein Deutscher war.

Gehörte der Verschollene bei dem Beginne der Verschollenheit einem fremden Staate an, so kann er im Julande nach den deutschen Gesehen mit Wirkung für diejenigen Rechtsverhältnisse, welche sich nach den deutschen Gesehen bestimmen, sowie mit Wirkung für das im Inlande befindliche Vermögen für tot erklärt werden; die Vorschriften des § 2369 Abs 2 des Vürgerlichen Gesehbuchs sinden entsprechende Anwendung.

Hatte ein verschollener ausländischer Ehemann seinen letzten Wohnsit im Inland und ist die im Inlande zurückgebliebene oder dahin zurückgekehrte Ehefrau Deutsche oder bis zu ihrer Verheiratung mit dem Verschollenen Deutsche gewesen, so kann auf ihren Antrag der Verschollene im Inlande nach den deutschen Geseten ohne die im Abs 2 bestimmte Beschränkung für tot erklärt werden.

Borbem 7 vor 1; 18 A 8; 19 A 1; Borbem 2 vor 1303; 1348 A 2.

Art 10

Ein einem fremden Staate angehörender und nach dessen Gesetzen rechtsfähiger Berein, der die Rechtsfähigkeit im Inlande nur nach den Borschriften der §§ 21, 22 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erlangen könnte, gilt als rechtsfähig, wenn seine Rechtsfähigkeit durch Beschluß des Bundesrats anerkannt ist. Auf nicht anerkannte ausländische Bereine der bezeichneten Art finden die Borschriften über die Gesellschaft sowie die Vorschrift des § 54 Sat 2 des Bürgerslichen Gesetzuchs Anwendung.

Borbem 4 bor 21; 24 M 1; Borbem 1 por 705.

Art 11

Die Form eines Rechtsgeschäfts bestimmt sich nach den Gesetzen, welche für das den Vegenstand des Rechtsgeschäfts bildende Rechtsverhältnis maßgebend sind. Es genügt jedoch die Beobachtung der Gesetze des Ortes, an dem das Rechtsgeschäft vorgenommen wird.

Die Vorschrift des Abs 1 Sat 2 findet keine Anwendung auf ein Rechtsgeschäft, durch das ein Recht au einer Sache begründet oder über ein solches Recht

verfügt wird.

Borbem 11 vor 104; 125 A 7; Vorbem 8 vor 145; 818 A 5; Borbem 4 vor 585; 765 A 1; 766 A 1: 1384 A 6; 1564 A 7 a. E.; Borbem 2 vor 1741; Borbem 1 vor 1922; Borbem vor 2229; 2229 A 8; 2251

Art 12

Aus einer im Auslande begangenen unerlaubten Handlung können gegen einen Deutschen nicht weitergehende Ansprüche geltend gemacht werden, als nach den deutschen Gesetzen begründet sind.

Borbem 7 vor 1; Borbem 11 vor 104; 104 A 7; Borbem 7 vor 823.

Art 13

Die Eingehung der Ehe wird, sofern auch nur einer der Berlobten ein Deutscher ist, in Ansehung eines jeden der Berlobten nach den Gesetzen des Staates beurteilt, dem er angehört. Das gleiche gilt für Ausländer, die im Inland eine The eingehen.

In Ansehung der Chefrau eines nach Art 9 Abs 3 für tot erklärten Ausländers

wird die Eingehung der Ehe nach den deutschen Gesetzen beurteilt.

Die Form einer Che, die im Julande geschlossen wird, bestimmt sich ausichließlich nach den deutschen Gesetzen.

Borbem 7 vor 1; 104 A 7; 1298 A 10; Borbem 2 vor 1803; 1817 A 8; 1828 A 2; 1824 A 6; 1848 21 2; Borbem 8 bor 1591.

Art 14

Die persönlichen Rechtsbeziehungen beutscher Chegatten zueinander werden nach den deutschen Gesetzen beurteilt, auch wenn die Chegatten ihren Wohnsit im Auslande haben.

Die deutschen Gesetze finden auch Anwendung, wenn der Mann die Reichs-

angehörigkeit verloren, die Frau sie aber behalten hat.

Borbem 7 vor 1; 104 A 7; 1858 A 5; 1860 A 10; 1861 A 9; 1578 A 11; Borbem 3 vor 1801: Borbem 6 bor 1616.

Art 15

Das eheliche Güterrecht wird nach den deutschen Gesetzen beurteilt, wenn

der Chemann zur Zeit der Cheschließung ein Deutscher war.

Erwirbt der Chemann nach der Eingehung der Che die Reichsangehörigkeit oder haben ausländische Chegatten ihren Wohnsitz im Inlande, so sind für das eheliche Güterrecht die Gesetze des Staates maßgebend, dem der Mann zur Zeit der Eingehung der Ehe angehörte; die Shegatten können jedoch einen Chevertrag schließen, auch wenn er nach diesen Gesetzen unzulässig sein würde.

Borbem 7 vor 1; 104 A 7; 1828 U 2; Borbem 4 vor 1868; 1432 A 5; 1488 A 1, 8; Borbem 6

por 1616.

Art 16

haben ausländische Chegatten oder Chegatten, die nach der Eingehung der Che die Reichsangehörigkeit erwerben, den Wohnsit im Inlande, so finden die Vorschriften des § 1435 des Bürgerlichen Gesethuchs entsprechende Anwendung; der ausländische gesetzliche Güterstand steht einem vertragsmäßigen gleich.

Die Vorschriften der §§ 1357, 1362, 1405 des Bürgerlichen Gesethuchs finden Anwendung, soweit sie Dritten günstiger sind als die ausländischen Gesethe.

Borbem 7 vor 1: 104 A 7: 1357 A 9: 1362 A 3: 1405 A 18: 1435 A 10: 1558 A 8.

Art 17

Für die Scheidung der Che sind die Gesetze des Staates maßgebend, dem

ber Chemann zur Zeit ber Erhebung ber Rlage angehört.

Eine Tatsache, die sich ereignet hat, während der Mann einem anderen Staate angehörte, kann als Scheidungsgrund nur geltend gemacht werden, wenn die Tatsache auch nach den Gesetzen dieses Staates ein Scheidungsgrund oder ein Trennungsgrund ist.

Ist zur Zeit der Erhebung der Klage die Reichsangehörigkeit des Mannes erloschen, die Frau aber Deutsche, so finden die deutschen Gesetze Anwendung.

Auf Scheidung sowie auf Auschebung der ehelichen Gemeinschaft kann auf Grund eines ausländischen Gesetzes im Inlande nur erkannt werden, wenn sowohl nach dem ausländischen Gesetze als nach den deutschen Gesetzen die Scheidung zulässig sein würde.

Borbem 7 vor 1; 104 A 7; 1828 A 2; 1564 A 7; 1574 A 17; Borbem 6 vor 1616.

Art 18

Die eheliche Abstammung eines Kindes wird nach den deutschen Gesetzen bewurteilt, wenn der Ehemann der Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes Deutscher ist oder, falls er vor der Geburt des Kindes gestorben ist, zuletzt Deutscher war. Borbem 7 vor 1: 104 A 7: Borbem 8 vor 1691; Borbem 8 vor 1616.

Art 19

Das Rechtsverhältnis zwischen den Eltern und einem ehelichen Kinde wird nach den beutschen Gesetzen beurteilt, wenn der Bater und, falls der Bater gestorben ist, die Mutter die Reichsangehörigkeit besitzt. Das gleiche gilt, wenn die Reichsangehörigkeit des Baters oder der Mutter erloschen, die Reichsangeshörigkeit des Kindes aber bestehengeblieben ist.

Borbem 7 por 1; Borbem 11 por 104; 104 A 7; Borbem 8 por 1601; Borbem 8, 6 por 1616.

Mrt 20

Das Rechtsverhältnis zwischen einem unehelichen Kinde und dessen Mutter wird nach den deutschen Gesetzen beurteilt, wenn die Mutter eine Deutsche ist. Das gleiche gilt, wenn die Reichsangehörigkeit der Mutter erloschen, die Reichsangehörigkeit des Kindes aber bestehengeblieben ist.

Borbem 7 vor 1; 104 A 7; Borbem 8 vor 1601; Borbem 2 vor 1705.

91rt 21

Die Unterhaltspflicht bes Vaters gegenüber dem unehelichen Kinde und seine Verpflichtung, der Mutter die Kosten der Schwangerschaft, der Entbindung und des Unterhalts zu ersehen, wird nach den Gesehen des Staates beurteilt, den die Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes angehört; es können jedoch nicht weitergehende Ansprüche geltend gemacht werden, als nach den deutschen Gesehen begründet sind.

Borbem 7 vor 1; 104 2 7; 1823 U 2; Borbem 2 vor 1705.

Art 22

Die Legitimation eines unehelichen Kindes sowie die Annahme an Kindes Statt bestimmt sich, wenn der Bater zur Zeit der Legitimation oder der An-

nehmende zur Zeit der Annahme die Reichsangehörigkeit besitzt, nach den

beutschen Gesetzen.

Gehört der Later oder der Annehmende einem fremden Staate an, während das Kind die Reichsangehörigkeit besitzt, so ist die Legitimation oder die Annahme unwirksam, wenn die nach den deutschen Gesehen erforderliche Einwilligung des Kindes oder eines Dritten, zu dem das Kind in einem familienrechtlichen Berhältnisse steht, nicht erfolgt ist.

Borbem 7 vor 1; 104 A 7; Borbem 2 vor 1705; Borbem 2 vor 1741.

Art 23

Eine Vormundschaft oder eine Pflegschaft kann im Inland auch über einen Ausländer, sofern der Staat, dem er angehört, die Fürsorge nicht übernimmt, angeordnet werden, wenn der Ausländer nach den Gesetzen dieses Staates der Fürsorge bedarf oder im Inland entmündigt ist.

Das deutsche Vormundschaftsgericht kann vorläufige Magregeln treffen,

solange eine Vormundschaft ober Pflegschaft nicht angeordnet ist.

104 A 7; Borbem 5, 6 vor 1616; Borbem 6 vor 1773; 1773 A 1; 1785 A 2; 1882 A 1; 1906 A 1.

Art 24

Ein Deutscher wird, auch wenn er seinen Wohnsitz im Auslande hatte, nach den deutschen Gesetzen beerbt.

Hat ein Deutscher zur Zeit seines Todes seinen Wohnsit im Auslande gehabt, so können die Erben sich in Ansehung der Haftung für die Nachlaßverbindlichkeiten auch auf die an dem Wohnsitze des Erblassers geltenden Gesetze berusen.

Erwirbt ein Ausländer, der eine Verfügung von Todes wegen errichtet oder aufgehoben hat, die Reichsangehörigkeit, so wird die Gültigkeit der Errichtung oder der Aushebung nach den Gesehen des Staates beurteilt, dem er zur Zeit der Errichtung oder der Aushebung angehörte; auch behält er die Fähigkeit zur Errichtung einer Verfügung von Todes wegen, selbst wenn er das nach den deutschen Gesehen erforderliche Alter noch nicht erreicht hat. Die Vorschrift des Art 11 Abs 1 Sat 2 bleibt unberührt.

Borbem 7 vor 1; 1 A 3; 104 A 7; 1432 A 5; Borbem 1 vor 1922; 1944 A 5; Borbem. 7 vor 1967; 2084 A 3; Borbem 1 vor 2229; 2354 A 2.

Art 25

Ein Ausländer, der zur Zeit seines Todes seinen Wohnsitz im Inlande hatte, wird nach den Gesegen des Staates beerbt, dem er zur Zeit seines Todes angehörte. Ein Deutscher kann sedoch erbrechtliche Ansprüche auch dann geltend machen, wenn sie nur nach den deutschen Gesegen begründet sind, es sei denn, daß nach dem Rechte des Staates, dem der Erdlasser angehörte, für die Beerbung eines Deutschen, welcher seinen Wohnsitz in diesem Staate hatte, die deutschen Gesege ausschließlich maßgebend sind.

Borbem 7 vor 1;-1 A 8; 104 A 7; 1828 A 2; Borbem 1 vor 1922; 2869 A 1

Art 26

Gelangt aus einem im Ausland eröffneten Nachlasse für die nach den dortigen Gesehen berechtigten Erben oder Vermächtnisnehmer durch Vermittelung deutscher Behörden Vermögen ins Inland, so kann ein anderer der Herausgabe nicht aus dem Grunde widersprechen, daß er als Erbe oder Vermächtnisnehmer einen Anspruch auf das Vermögen habe.

104 M 7; Borbem 1 bor 1922.

21rt 27

Sind nach bem Rechte eines fremden Staates, bessen Gesetze in dem Art 7 Abi 1, dem Art 13 Abi 1, dem Art 15 Abi 2, dem Art 17 Abi 1 und dem Art 25 für maßgebend erklärt find, die deutschen Gesetze anzuwenden, so finden diese Gesetze Anwendung.

Borbem 7 vor 1; 104 A 7; 106 A 1; Borbem 2 vor 1308; 1923 A 2; 1564 A 7; Borbem 6 vor 1616; Borbem 1 vor 1922; 2369 A 1.

Mrt 28

Die Borschriften der Artt 15, 19, des Art 24 Abs 1 und der Artt 25, 27 finden feine Anwendung auf Gegenstände, die sich nicht in dem Gebiete des Staates befinden, deffen Gesetze nach jenen Borschriften maßgebend sind, und die nach ben Gesehen des Staates, in bessen Gebiete fie sich befinden, besonderen Borschriften unterliegen.

Borbem 7 vor 1; 104 A 7; Borbem 1 vor 1922.

Mrt 29

Gehört eine Person keinem Staate an, so werben ihre Rechtsverhältnisse, soweit die Gesetze des Staates, dem eine Person angehört, für maggebend ertlärt find, nach den Gefegen bes Staates beurteilt, dem die Berfon gulett angehört hat, und, wenn sie auch früher einem Staate nicht angehört hat, nach ben Gesetzen des Staates, in welchem sie ihren Wohnsit und in Ermangelung eines Bohnsites ihren Aufenthalt hat ober zu der maßgebenden Zeit gehabt hat.

Borbem 7 vor 1; 7 A 2; 106 A 1; 1564 A 7; Borbem 8 vor 1591; Borbem 1 vor 1922; 1986 A 2.

Mrt 30

Die Anwendung eines ausländischen Gesetzes ist ausgeschlossen, wenn die Anwendung gegen die guten Sitten ober gegen den Zweck eines beutschen Gesetzes verstoken würde.

Borbem 7 vor 1; 1 U 1; 104 U 7; 184 U 1; 194 U 8; Borbem 4 vor 585; 782 U 7; Borbem 7 vor 828; 1808 U 4; 1828 U 2; 1826 U 6; 1564 U 7; Borbem 1 vor 1922.

Art 31

Unter Zustimmung bes Bunbesrats kann burch Anordnung bes Reichsfanglers bestimmt werden, daß gegen einen ausländischen Staat sowie bessen Angehörige und ihre Rechtsnachfolger ein Vergeltungsrecht zur Anwendung gebracht wird.

Borbem 7 vor 1; Borbem 1 vor 1922.

Aweiter Abschnitt

Verhältnis des Bürgerlichen Gesethuchs zu den Reichsgeseten

Art 32

Die Borschriften der Reichsgesetze bleiben in Kraft. Sie treten jedoch insoweit außer Kraft, als sich aus bem Bürgerlichen Gesethuch ober aus diesem Gefete die Aufhebung ergibt.

Borbem 2 por 798; Borbem 2 por 828; 917 U 5; 2237 U 1.

Art 33

Soweit in bem Gerichtsverfassungsgesete, ber Zivilprozefordnung, der Strafprozefordnung, ber Konfursordnung und in bem Gesche, betreffend die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Rontursversahrens, vom 21. Juli 1879 (Reichs-Geschl. S. 277) an die Verwandtschaft oder die Schwägerschaft rechtliche Folgen geknüpft sind, sinden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesethuchs über Verwandtschaft oder Schwägerschaft Anwendung.

1589 A 1.

Art 34

Das Strafgesethuch wird bahin geändert:

I. Im § 34 Ar 6 werben die Worte: "Bormund, Nebenvormund, Aurator, gerichtlicher Beistand ober Mitglied eines Familienrats" ersetzt durch die Worte:

"Bormund, Gegenvormund, Pfleger, Beistand der Mutter, Mitglied eines Familienrats oder Kurator".

II. An die Stelle des § 55 treten folgende Vorschriften:

Wer bei Begehung der Handlung das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden. Gegen denselben können jedoch nach Maßgabe der landesgesetlichen Borschriften die zur Besserung und Beaussichtigung geeigneten Maßregeln getroffen werden. Die Unterbringung in eine Familie, Erziehungsanstalt oder Besserungsanstalt kann nur ersolgen, nachdem durch Beschluß des Bormundschaftsgerichtes die Begehung der Handlung sestlärt ist.

III. An die Stelle des § 65 treten folgende Vorschriften:

Der Verlette, welcher das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, ist selbständig zu dem Antrage auf Bestrafung berechtigt. Solange er minderjährig ist, hat unabhängig von seiner eigenen Besugnis auch sein gesetzlicher Vertreter das Necht, den Antrag zu stellen.

Ist ber Verlette geschäftsunfähig ober hat er das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so ist sein gesetlicher Vertreter der zur Stellung

des Antrages Berechtigte.

IV. Als § 145a wird folgende Vorschrift eingestellt:

Wer im Inlande Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, ohne die erforderliche staatliche Genehmigung ausstellt und in den Berfehr bringt, wird mit einer Geldstrase bestraft, die dem fünften Teile des Nennwerts der ausgegebenen Schuldverschreibungen gleichkommen kann, mindestens aber dreihundert Mark beträgt.

V. 3m § 171 Abs 1 und Abs 3 werden die Worte: "aufgelöst, für ungültig

oder nichtig erklärt worden ist", ersetzt durch die Worte:

"aufgelöst oder für nichtig erklärt worden ist". VI. An die Stelle des § 195 tritt folgende Vorschrift:

Ist eine Chefrau beleidigt worden, so hat sowohl sie als ihr Chemann

das Recht, auf Bestrafung anzutragen. VII. Zm § 235 werden die Worte: "ihren Eltern oder ihrem Vormunde"

erset durch die Worte:

"ihren Eltern, ihrem Vormunde oder ihrem Pfleger".

VIII. Im § 237 werden die Worte: "ihrer Eltern oder ihres Bormundes" ersett burch die Worte:

"ihrer Eltern, ihres Vormundes ober ihres Pflegers".

IX. Jm § 238 werden die Worte: "für ungültig erklärt worden ist" ersetzt burch die Worte:

"für nichtig erklärt worden ist".

⁷⁹⁵ W 2: 1826 M 5: 1835 M 7.

21rt 35

Die Strafprozegordnung wird dahin geändert:

I. Im § 11 Abs 1 treten an die Stelle der Sätze 2, 3 folgende Vorschriften:

In Ermangelung eines solchen Wohnsites gilt die Hauptstadt des Heimatstaats als ihr Wohnsit; ist die Hauptstadt in mehrere Gerichtsbezirke geteilt, so wird der als Wohnsit geltende Bezirk von der Landessiustizverwaltung durch allgemeine Anordnung bestimmt. Gehört ein Deutscher einem Bundesstaate nicht an, so gilt als sein Wohnsit die Stadt Berlin; ist die Stadt Verlin in mehrere Gerichtsbezirke geteilt, so wird der als Wohnsit geltende Bezirk von dem Reichskanzler durch allgemeine Anordnung bestimmt.

II. An die Stelle des § 149 Abs 2 tritt folgende Vorschrift: Dasselbe gilt von dem gesetlichen Vertreter eines Angeklagten.

2(rt 36

Die Gewerbeordnung wird bahin geändert:

I. Der § 11 Abs 2 fällt weg; als § 11a werden folgende Vorschriften einsgestellt:

Betreibt eine Chefrau, für beren güterrechtliche Verhältnisse ausländische Gesetze maßgebend sind, im Inlande selbständig ein Gewerbe, so ist es auf ihre Geschäftsfähigkeit in Angelegenheiten des Gewerbes ohne Einsluß, daß sie Ehefrau ist.

Soweit die Frau infolge des Güterstandes in der Versügung über ihr Vermögen beschränkt ist, sinden die Vorschriften des § 1405 des Vürgerlichen Gesetduchs Anwendung. Hat die Frau ihren Wohnsit nicht im Inlande, so ist der Einspruch des Mannes gegen den Vetrieb des Gewerbes und der Widerruf der erteilten Einwilligung in das Güterrechtsregister des Vezirks einzutragen, in welchem das Gewerbe betrieben wird.

Betreibt die Frau das Gewerbe mit Einwilligung des Mannes oder gilt die Einwilligung nach § 1405 Abs 2 des Bürgerlichen Gesebuchs als erteilt, so haftet für die Berbindlichkeiten der Frau aus dem Gewerbebetriebe ihr Bermögen ohne Kücksicht auf die dem Manne kraft des Güterstandes zustehenden Rechte; im Falle des Bestehens einer ehelichen Gütergemeinschaft haftet auch das gemeinschaftliche Bermögen.

II. Im § 107 Abf 1 werden

1. im Sat 4 die Worte: "an den Bater oder Bormund, sofern diese es verlangen", ersett durch die Worte:
"an den gesetzlichen Bertreter, sosern dieser es verlangt",

2. im Sat 5 die Worte: "an die Mutter" ersetzt durch die Worte: "an die zur gesetzlichen Vertretung nicht berechtigte Mutter".

III. Im § 108 treten an die Stelle des Sat 2 folgende Borschriften:

Die Ausstellung erfolgt auf Antrag ober mit Zustimmung des gesetlichen Vertreters. Ist die Erklärung des gesetlichen Vertreters nicht zu beschaffen oder verweigert dieser die Zustimmung ohne genügenden Grund und zum Nachteile des Arbeiters, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung ergänzen.

IV. Im § 110 Abs 1 werden die Worte: "seines Vaters oder Vormunds" ersetzt durch die Worte:

"seines gesetzlichen Vertreters".

V. Im § 113 tritt an die Stelle des Abs 4 folgende Vorschrift:

Ist der Arbeiter minderjährig, so kann das Zeugnis von dem gesetzlichen Vertreter gesordert werden. Dieser kann verlangen, daß das Zeugnis an ihn, nicht an den Minderjährigen ausgehändigt werde. Mit Genehmigung der Gemeindebehörde des im § 108 bezeichneten Ortes kann auch gegen den Willen des gesetzlichen Vertreters die Aushändigung unmittelbar an den Arbeiter erfolgen.

VI. Im § 131 Abs 1 Sat 1 werden die Worte: "von dem Bater oder Vormunde" ersetzt durch die Worte:

"von dem gesetlichen Vertreter".

VII. Im § 133 Abs 2 Sat 1 werden die Worte: "der Vater des Lehrlings" ersetzt durch die Worte:

"der Bater bes Lehrlings, sofern er die Sorge für die Person des Lehrlings hat,".

Borbem 2a bor 611; 1405 A 18; 1558 A 8.

2(rt 37

Der § 2 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 (Bundes-

Gesethl. S. 55) wird dahin geändert:

Wer die aus der Neichsangehörigkeit folgenden Befugnisse in Anspruch nimmt, hat auf Verlangen den Nachweis seiner Keichsange-hörigkeit und, sofern er unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, den Nachweis der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zu erbringen.

Eine Chefrau bedarf der Genehmigung des Chemanns.

Art 38

Das Gesetz, betreffend die Organisation der Bundeskonsulate, sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsuln, vom 8. November 1867 (Bundesseletzbl. S. 137) wird dahin ergänzt:

I. Der § 16 erhalt folgenden Abs 2:

Einem Wahlkonsul steht in Ansehung der Errichtung einer Versügung von Todes wegen das im Abs 1 bezeichnete Accht der Notare nur dann zu, wenn das Recht ihm von dem Neichskanzler besonders beisgelegt ist.

II. Als § 17a wird folgende Vorschrift eingestellt:

Auf die Errichtung einer Verfügung von Todes wegen finden nicht die Vorschriften des § 17, sondern die Vorschriften des Bürgerlichen Gesethuchs Anwendung.

Borbem 2 bor 1922; Borbem vor 2229.

Art 39

Das Geset, betreffend die vertragsmäßigen Zinsen, vom 14. November 1867 (Bundes-Gesethl. S. 159) wird aufgehoben.

Art 40

Das Gesetz, betreffend die Cheschließung und die Beurkundung des Personenstandes von Bundesangehörigen im Auslande, vom 4. Mai 1870 (Bundessessehll. S. 599) wird dahin geändert:

I. In dem § 3 Abs 1 Sat 1, dem § 9, dem § 11 Abs 2 und dem § 12 Abs 1 Sat 2 wird das Wort: "muß" ersett durch das Wort: "soll".

II. Un die Stelle der §§ 7, 8 treten folgende Borschriften:

8 7

Die Che wird dadurch geschlossen, daß die Berlobten vor dem Beamten persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit erklären, die Che miteinander eingehen zu wollen. Der Beamte muß zur Entsgegennahme der Erklärungen bereit sein.

Die Erklärungen können nicht unter einer Bedingung ober einer

Zeitbestimmung abgegeben werden.

§ 7a

Der Beamte soll bei ber Cheschließung in Gegenwart von zwei Zeugen an die Berlobten einzeln und nacheinander die Frage richten, ob sie die She miteinander eingehen wollen, und, nachdem die Berlobten die Frage besaht haben, aussprechen, daß sie fraft dieses Geselses

nunmehr rechtmäßig verbundene Cheleute seien.

Als Zeugen sollen Personen, die der dürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärt sind, während der Zeit, für welche die Aberkennung der Ehrenrechte erfolgt ist, sowie Minderjährige nicht zugezogen werden. Personen, die mit einem der Verlobten, mit dem Beamten oder miteinander verwandt oder verschwägert sind, dürsen als Zeugen zugezogen werden.

\$ 8

Als zur Cheschließung ermächtigter Beamter (§ 1) gilt auch berjenige, welcher, ohne ein solcher Beamter zu sein, das Amt eines solchen öffentlich ausübt, es sei benn, daß die Berlobten den Mangel der amtlichen Befugnis bei der Eheschließung kennen.

§ 8a

Eine Che, die vor einem zur Cheschließung ermächtigten Beamten (§ 1) oder vor einer im § 8 einem solchen Beamten gleichgestellten Person geschlossen wird, ist wegen Formmangels nur dann nichtig, wenn bei der Cheschließung die im § 7 vorgeschriebene Form nicht besobachtet worden ist.

Ist die Ehe in das Heiratsregister eingetragen worden und haben die Ehegatten nach der Eheschließung zehn Jahre oder, falls einer von ihnen vorher gestorben ist, dis zu dessen Tode, jedoch mindestens drei Jahre als Chegatten miteinander gelebt, so ist die Ehe als von Ansang an gültig anzusehen. Diese Vorschrift sindet keine Anwendung, wenn bei dem Ablaufe der zehn Jahre oder zur Zeit des Todes des einen Chegatten die Nichtigkeitsklage erhoben ist.

1318 A 9; 1319 A 8.

Art 41

Das Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (Bundes-Gesetzl. S. 355) wird dahm geändert:

I. An die Stelle des § 11 treten folgende Vorschriften:

Die Berleihung der Staatsangehörigkeit erstreckt sich, insofern nicht babei eine Ausnahme gemacht wird, zugleich auf die Chefrau und

auf diejenigen minderjährigen Kinder, deren gesetzliche Vertretung dem Aufgenommenen oder Naturalisierten kraft elterlicher Gewalt zusteht. Ausgenommen sind Töchter, die verheiratet sind oder verheiratet gewesen sind.

II. Als § 14a werden folgende Vorschriften eingestellt:

Die Entlassung eines Staatsangehörigen, der unter elterlicher Gewalt oder Vormundschaft steht, kann von dem gesetzlichen Vertreter nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts beantragt werden.

Die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts ift nicht erforderlich, wenn der Bater oder die Mutter die Entlassung für sich und zugleich traft elterlicher Gewalt für ein Kind beantragt. Erstreckt sich der Wirstungskreis eines der Mutter bestellten Beistandes auf die Sorge für die Berson des Kindes, so bedarf die Mutter in einem solchen Falle der Genehmigung des Beistandes zu dem Antrag auf Entlassung des Kindes.

III. An die Stelle des § 19 treten folgende Vorschriften:

Die Entlassung erstreckt sich, insofern nicht dabei eine Ausnahme gemacht wird, zugleich auf die Shefrau und auf diezenigen Kinder, deren gesetzliche Vertretung dem Entlassenen kraft elterlicher Gewalt zusteht.

Diese Vorschrift sindet keine Anwendung auf Töchter, die verheiratet sind oder verheiratet gewesen sind, sowie auf Kinder, die unter der elterlichen Gewalt der Mutter stehen, falls die Mutter zu dem Antrage auf Entlassung der Kinder nach § 14a Abs 2 Sat 2 der Genehmigung des Beistandes bedarf.

IV. An die Stelle des § 21 Abs 2 treten folgende Borschriften:

Der hiernach eingetretene Verlust der Staatsangehörigkeit erstreckt sich zugleich auf die Ehefrau und auf diesenigen Kinder, deren gesetsliche Vertretung dem Ausgetretenen kraft elterlicher Gewalt zussteht, soweit sich die Ehefrau oder die Kinder bei dem Ausgetretenen befinden. Ausgenommen sind Töchter, die verheiratet sind oder verheiratet gewesen sind.

3 M 4; 1320 M 6, 7; 1322 M 2; 1821 M 3.

Art 42

Das Gesetz, betreffend die Verbindlichkeit zum Schabenersatze für die bei bem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken usw. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen, vom 7. Juni 1871 (Reichs-Gesetzl. S. 207) wird bahin geändert:

I. An die Stelle des § 3 treten folgende Vorschriften:

§ 3

Im Falle der Tötung ist der Schadenersat (§§ 1 und 2) durch Ersat der Kosten einer versuchten Heilung sowie des Vermögensnachteils zu leisten, den der Getötete dadurch erlitten hat, daß während der Krankheit seine Erwerdsfähigkeit aufgehoben oder gemindert oder eine Vermehrung seiner Bedürsnisse eingetreten war. Der Ersatspflichtige hat außerdem die Kosten der Veerdigung demjenigen zu ersetzen, dem die Verpssichtung obliegt, diese Kosten zu tragen.

Stand ber Getötete zur Zeit ber Berletzung zu einem Dritten in einem Verhältnisse, vermöge bessen er biesem gegenüber fraft Gesekes unterhaltspflichtig war oder unterhaltspflichtig werden konnte, und ist dem Dritten infolge der Tötung das Recht auf den Unterhalt entzogen, so hat der Ersappflichtige dem Dritten insoweit Schadenerfatz zu leisten, als der Getötete während der mutmaglichen Dauer seines Lebens zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet gewesen sein wurde. Die Ersappslicht tritt auch bann ein, wenn der Dritte gur Reit der Verletzung erzeugt, aber noch nicht geboren war.

Im Falle einer Körperverletung ist der Schadenersat (§§ 1 und 2) durch Ersat der Kosten der Heilung sowie des Vermögensnachteils zu leisten, den der Verlette badurch erleidet, daß infolge der Verletung zeitweise oder dauernd seine Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder gemindert ober eine Bermehrung seiner Bedürfnisse eingetreten ift.

II. Im § 5 werden die Worte: "der in den §§ 1 bis 3 enthaltenen Bestimmungen" ersett durch die Worte:

"ber in den §§ 1 bis 3a enthaltenen Bestimmungen". III. An die Stelle der §§ 7, 8, 9 treten folgende Borichriften:

Der Schadenersat wegen Aufhebung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit und wegen Bermehrung der Bedürfnisse des Berletten sowie der nach § 3 Abs 2 einem Dritten zu gewährende Schadenersat ist für die Zukunft durch Entrichtung einer Gelbrente zu leisten.

Die Vorschriften des § 843 Abs 2 bis 4 des Bürgerlichen Gesethuchs und des § 648 siest 708] Nr 6 der Zivilprozehordnung finden entsprechende Anwendung. Das gleiche gilt für die dem Berletten gu entrichtende Geldrente von der Borichrift des § 749 sieht 850] Abi 3 und für die dem Dritten zu entrichtende Geldrente von der Vorschrift

bes § 749 sient 8501 Abs 1 Mr 2 der Livilprozekordnung.

Ift bei ber Berurteilung des Berpflichteten zur Entrichtung einer Weldrente nicht auf Sicherheitsleistung erkannt worden, so kann der Berechtigte gleichwohl Sicherheitsleiftung verlangen, wenn die Vermögensverhältnisse des Verpflichteten sich erheblich verschlechtert haben; unter der gleichen Voraussetzung kann er eine Erhöhung der in dem Urteile bestimmten Sicherheit verlangen.

Die Forderungen auf Schadenersat (§§ 1 bis 3a) verjähren in zwei Jahren von dem Unfall an. Gegen benjenigen, welchem der Getötete Unterhalt zu gewähren hatte (§ 3 Abf 2), beginnt die Berjährung mit dem Tode. Im übrigen finden die Borschriften des Bürgerlichen Gesethuchs über die Verjährung Unwendung.

Die gesetlichen Vorschriften, nach welchen außer den in diesem Gesetze vorgesehenen Fällen der Unternehmer einer in den §§ 1, 2 bezeichneten Anlage ober eine andere Person, insbesondere wegen eines eigenen Berschulbens, für den bei dem Betriebe der Anlage durch Tötung ober Körperverletzung eines Menschen entstandenen Schaden haftet, bleiben unberührt.

2(rt 43

Der § 6 Abs 2 bes Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 (Reichs-Gesetzl. S. 61) wird aufgehoben.

Art 44

Die Vorschriften des § 44 des Neichs-Militärgesetzs vom 2. Mai 1874 (Neichs-Gesthl. S. 45) sinden entsprechende Anwendung auf Personen, die zur Besatung eines in Dienst gestellten Schiffes der Kaiserlichen Marine gehören, solange das Schiff sich außerhalb eines inländischen Hafens befindet oder die Personen als Kriegsgefangene oder Geißeln in der Gewalt des Feindes sind, ingleichen auf andere an Bord eines solchen Schiffes genommene Personen, solange das Schiff sich außerhalb eines inländischen Hafens befindet und die Personen an Bord sind. Die Frist, mit deren Ablaufe die letztwillige Verfügung ihre Gültigkeit verliert, beginnt mit dem Zeitpunkt, in welchem das Schiff in einen inländischen Hafen zurücksehrt oder der Verfügende aufhört, zu dem Schiffe zu gehören, oder als Kriegsgefangener oder Geißel aus der Gewalt des Feindes entlassen wird. Den Schiffen stehen die sonstigen Fahrzeuge der Kaiserlichen Marine gleich.

1316 U 2; Borbem 2 vor 1922; Borbem vor 2229; 2255 U 8; 2360 U 2.

Art 45

Der § 45 Abs 2 Sat 2 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 (Reichs-Gesetzl. S. 45) wird aufgehoben.

Art 46

Das Geset über die Beurkundung des Personenstandes und die Sheschließung vom 6. Februar 1875 (Reichs-Gesethl. S. 23) wird dahin geändert:

I. Die §§ 28 bis 40, 42, 43, 51 bis 53 werden aufgehoben.

II. An die Stelle der §§ 41, 44, 50, 55 treten folgende Borschriften:

§ 41

Für die Eheschließung sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs maßgebend.

\$ 44

Für die Anordnung des vor der Cheschließung zu erlassenden Aufgebots ist jeder Standesbeamte zuständig, vor dem nach § 1320 des Bürgerlichen Gesethuchs die Che geschlossen werden darf.

§ 50

Der Standesbeamte soll ohne Aufgebot die Eheschließung nur vornehmen, wenn ihm ärztlich bescheinigt wird, daß die lebensgefährliche Erkrankung eines der Verlobten den Ausschub der Cheschließung nicht gestattet.

§ 55

Ist eine The für nichtig erklärt, ist in einem Rechtsstreite, der die Feststellung des Bestehens oder des Nichtbestehens einer Ehe zwischen den Karteien zum Gegenstande hat, das Nichtbestehen der Ehe sestellt, ist eine Ehe vor dem Tode eines der Ehegatten aufgelöst oder ist nach § 1575 des Bürgerlichen Gesetzluchs die eheliche Gemeinschaft aufgehoben, so ist dies am Kande der über die Eheschließung bewirkten Eintragung zu vermerken.

Wird die eheliche Gemeinschaft nach der Aufhebung wiederhersgestellt, so ist dies auf Antrag am Rande zu vermerken.

III. Der § 67 erhält folgenden Absat 2:

Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Geistliche ober der Religionsdiener im Falle einer lebensgefährlichen, einen Aufschub nicht gestattenden Erkrankung eines der Verlobten zu den religiösen Feierlichkeiten der Eheschließung schreitet.

IV. Im § 69 werden die Worte: "in diesem Gesete" ersett durch die Worte:

"in diesem Gesetze und in dem Bürgerlichen Gesethuche".

V. Im § 75 Abs 1 werden die Worte: "nach den Vorschriften dieses Gesetzes" ersetzt durch die Worte:

"nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs".

10 M 2: 1303 M 1; 1305 M 1; 1306 M 1; 1308 M 2: 1310 M 1; 1311 M 1; 1312 M 1; 1313 M 1; 1814 M 1; 1315 M 1; 1316 M 2, 4; 1317 M 1; 1318 M 1; 1320 M 2; 1321 M 1, 4; 1322 M 1; 1564 M 3; 1587 M 3; Borbem 1 bor 1591.

21rt 47

Der Artikel 3 des Gesetzes, betreffend den Bucher, vom 24. Mai 1880 (Reichsscesetzel. S. 109) in der Fassung des Art II des Gesetzes, betreffend Ergänzung der Bestimmungen über den Bucher, vom 19. Juni 1893 (ReichssGesetzel. S. 197) wird ausgehoben.

138 2(2 a. E.; 817 2(3.

Mrt 48

Der § 16 Abs 2 des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbeamten der Zivilverwaltung, vom 20. April 1881 (Reichs-Gesehll. S. 85) wird aufgehoben.

197 21 2.

Art 49

Der § 18 Abs 2 des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen von Angehörigen des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine, vom 17. Juni 1887 (Reichs-Gesetzl. S. 237) wird aufgehoben.

197 A 2.

Art 50

Der § 9 des Gesetzes, betreffend das Reichsschuldbuch, vom 31. Mai 1891 (Reichs-Gesetzl. S. 321) wird dahin geändert:

Eine Chefrau wird zu Anträgen ohne Zustimmung des Ehemannes

zugelassen.

Die Ehefrau bedarf der Zustimmung des Ehemannes, wenn ein Vermerk zu dessen Gunsten eingetragen ist. Sin solcher Vermerk ist einzutragen, wenn die Ehefrau oder mit ihrer Zustimmung der Ehesmann die Sintragung beantragt. Die Ehefrau ist dem Chemanne gegenüber zur Erteilung der Zustimmung verpslichtet, wenn sie nach dem unter ihnen bestehenden Güterstande über die Buchforderung nur mit Zustimmung des Ehemannes verfügen kann.

1316 U 2; 1393 U 1; 1395 U 4; 2117 U 1.

Art 51

Der § 8 Abs 2 des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Kaiserslichen Marine vom Feldwebel abwärts, vom 13. Juni 1895 (Reichs-Gesetz. S. 261) wird aufgehoben.

Art 52

Ist auf Erund eines Reichsgesetzes dem Eigentümer einer Sache wegen der im öffentlichen Interesse ersolgenden Entziehung, Beschädigung oder Benutzung der Sache oder wegen Beschränkung des Eigentums eine Entschädigung zu gewähren und steht einem Dritten ein Recht an der Sache zu, für welches nicht eine besondere Entschädigung gewährt wird, so hat der Dritte, soweit sein Recht beeinträchtigt wird, an dem Entschädigungsanspruche dieselben Rechte, die ihm im Falle des Erlöschens seines Rechtes durch Zwangsversteigerung an dem Erlöse zustehen.

903 A 3; 1030 A 5; 1105 A 1; 1120 A 1; 1127 A 4; 1128 A 1.

Art 53

Ist in einem Falle des Art 52 die Entschädigung dem Eigentümer eines Grundstücks zu gewähren, so finden auf den Entschädigungsanspruch die Vorschriften des § 1128 des Bürgerlichen Gesethuchs entsprechende Anwendung. Erhebt ein Berechtigter innerhalb der im § 1128 bestimmten Frist Widerspruch gegen die Zahlung der Entschädigung an den Eigentümer, so kann der Eigentümer und jeder Berechtigte die Eröffnung eines Verteilungsversahrens nach den für die Verteilung des Erlöses im Falle der Zwangsversteigerung geltenden Vorschriften beantragen. Die Zahlung hat in diesem Falle an das für das Verteilungsversahren zuständige Gericht zu erfolgen.

Ist das Recht des Dritten eine Reallast, eine Hypothek, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld, so erlischt die Haftung des Entschädigungsanspruchs, wenn der beschädigte Gegenstand wiederhergestellt oder für die entzogene bewegliche Sache Ersat beschafft ist. Ist die Entschädigung wegen Benutung des Grundstücks oder wegen Entziehung oder Beschädigung von Früchten oder von Zubehörstücken zu gewähren, so sinden die Vorschriften des § 1123 Abs 2 Sat 1 und des § 1124 Abs 1, 3 des Bürgerlichen Gesetbuchs entsprechende Anwendung.

903 A 3; 1030 A 5; 1105 A 1; 1120 A 1; 1127 A 4; 1128 A 1.

Art 54

Die Vorschrift des § 36 Abs 4 des Gesetzs, betreffend die Beschränkungen des Grundeigentums in der Umgebung von Festungen, vom 21. Dezember 1871 (Reichs-Gesetzl. S. 459) wird durch die Vorschriften der Artt 52, 53 nicht berührt. Findet nach diesen Vorschriften ein Verteilungsversahren statt, so ist die Entschädigung auf Ersuchen des für das Versahren zuständigen Gerichts an dieses zu leisten, soweit sie zur Zeit der Stellung des Ersuchens noch aussteht.

Die Vorschrift des § 37 besselben Gesetzes wird dahin geandert:

Ist das Grundstück mit einem Rechte belastet, welches durch die Beschränkung des Eigentums beeinträchtigt wird, so kann der Berechtigte dis zum Ablauf eines Monats, nachdem ihm der Eigentümer die Beschränkung des Eigentums mitgeteilt hat, die Eröffnung des Berteilungsversahrens beantragen.

903 21 3; 1127 21 4; 1128 21 1.

Dritter Abschnitt

Verhältnis des Bürgerlichen Gefetbuchs ju den Landesgefeten

Art 55

Die privatrechtlichen Vorschriften der Landesgesetze treten außer Kraft, soweit nicht in dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder in diesem Gesetz ein anderes bestimmt ist.

Borbem 2 vor 1; 12 A 1; 90 A 1; 197 A 2; 612 A 3; 653 A 3; Borbem 3 vor 823; 903 A 2; 917 A 5; 1030 A 2.

Art 56

Unberührt bleiben die Bestimmungen der Staatsverträge, die ein Bundessstaat mit einem ausländischen Staate vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesehbuchs geschlossen hat.

Borbem vor 194; 1960 2 2.

Mrt 57

In Ansehung der Landesherren und der Mitglieder der sandesherrlichen Familien sowie der Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesethuchs nur insoweit Anwendung, als nicht besondere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landesgesetze absweichende Bestimmungen enthalten.

Das gleiche gilt in Ansehung der Mitglieder des vormaligen Hannoverschen Königshauses, des vormaligen Kurhessischen und des vormaligen Herzoglich Nassausichen Fürstenhauses.

12 97 1; 106 97 1; 908 97 2; 916 97 2; 1317 97 4; 1355 97 5; Borbem 2 vor 1363; 1577 97 11; Borbem 2 vor 1591; Borbem 1 vor 1616; Borbem 8 vor 1773; Borbem 2 vor 1922; Borbem vor 2229; 2232 97 1; 2259 97 3.

21rt 58

In Ansehung der Familienverhältnisse und der Güter derjenigen Häuser, welche vormals reichsständisch gewesen und seit 1806 mittelbar geworden sind oder welche diesen Häusern bezüglich der Familienverhältnisse und der Güter durch Beschluß der vormaligen deutschen Bundesversammlung oder vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch Landesgesetz gleichgestellt worden sind, bleiben die Vorschriften der Landesgesetz und nach Maßgabe der Landesgesetz die Vorschriften der Hausverfassungen underührt.

Das gleiche gilt zugunsten des vormaligen Reichsadels und derjenigen Familien des landfässigen Abels, welche vor dem Inkrafttreten des Bürgerslichen Gesethuchs dem vormaligen Reichsadel durch Landesgesetz gleichgestellt worden sind.

12 A 1; 106 A 1; 925 A 1; 1355 A 5; Borbem 2 vor 1363; 1577 A 11; Borbem 2 vor 1591; Borbem 1 vor 1616; Vorbem 8 vor 1773; Borbem 2 vor 1922; Borbem vor 2229; 2232 A 1.

Art 59

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften über Familienfibeistommisse und Lehen, mit Einschluß der allodifizierten Lehen, sowie über Stammsauter.

741 A 4; 878 A 1; 892 A 11; 903 A 1; 925 A 1; 1008 A 1; 1094 A 3; Borbem 2 vor 1591; Borbem 4 vor 1705; Borbem 5 vor 1741; Borbem 8 vor 1773; 1912 A 3; Borbem 2 vor 1922; 2109 A 1.

Art 60

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Bestellung einer Hupothek, Grundschuld oder Kentenschuld an einem Grundstücke, dessen Belastung nach den in den Artt 57 bis 59 bezeichneten Vorschriften nur beschränkt

zulässig ist, dahin gestatten, daß der Gläubiger Befriedigung aus dem Grundstücke lediglich im Wege der Zwangsverwaltung suchen kann.

1113 21 1; 1147 21 2.

Art 61

Ist die Veräußerung oder Belastung eines Gegenstandes nach den in den Artt 57 bis 59 bezeichneten Vorschriften unzulässig oder nur beschränkt zulässig, so sinden auf einen Erwerb, dem diese Vorschriften entgegenstehen, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zugunsten derzenigen, welche Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten, entsprechende Anwendung.

892 N 11; 932 N 1.

Art 62

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften über Kentengüter. 134 A 1; 313 A 1 a. E.; Borbem 2 vor 873; 878 A 1, 6; 878 A 3; 892 A 11; 903 A 1; 925 A 1; 1094 A 5; 1105 A 1; Borbem 2 vor 1922.

Art 63

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über das Erbpachtrecht, mit Einschluß des Büdnerrechts und des Häuslerrechts, in denjenigen Bundesstaaten, in welchen solche Rechte bestehen. Die Vorschriften des § 1017 des Bürgerlichen Gesetzluchs sinden auf diese Rechte entsprechende Anwendung.

Borbem 4 bor 878; 873 A 70; 874 A 3; 875 A 2, 3; 876 A 1; 900 A 7; 903 A 1, 2; 912 A 2; 916 A 2; 917 A 6, 14; 919 A 2, 4; 925 A 1; 928 A 1; Borbem 2 bor 985; 1008 A 1; 1018 A 2, 9; 1024 A 1; 1090 A 2; 1094 A 1; 1105 A 2; 1147 A 2; 1445 A 4; 1551 A 9; 1807 A 1; 1821 A 3; Borbem 2 bor 1922; 2118 A 1; BD über bas Erbaurechi 87 A 3; 38 A 1d.

Art 64

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über das Anerbenrecht in Ansehung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Grundstücke nebst deren Zubehör.

Die Landesgesetze können das Recht des Erblassers, über das dem Anerbenrecht unterliegende Grundstück von Todes wegen zu verfügen, nicht beschränken.

873 U 1, 6; 892 U 11; 925 U 1; 1094 U 3; Borbem 2 vor 1922; Borbem vor 2229; 2312 U 4.

Mrt 65

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche dem Wasserrecht angehören, mit Einschluß des Mühlenrechts, des Flötzrechts und des Flößereirrechts sowie der Vorschriften zur Beförderung der Bewässerung und Entwässerung der Grundstüde und der Vorschriften über Anlandungen, entstehende Inseln und verlassen Flußbetten.

Borbem 5 bor 21; 90 A 1; 93 A 6; 504 A 1; 741 A 4; 873 A 1, 6; 903 A 2; 905 A 1; 906 A 5; 907 A 7; 909 A 4; 925 A 1; 960 A 4; 1004 A 1; 1008 A 3; 1018 A 2, 5; 1024 A 1; 1113 A 1; 1807 A 1; 1821 A 3; 2111 A 2; 2184 A 3.

Art 66

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche dem Deichund Sielrecht angehören.

Borbem 5 vor 21; Vorbem vor 194; 504 A 1; 1018 A 5.

Art 67

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche dem Bergrecht angehören.

Ist nach landesgesetzlicher Vorschrift wegen Beschädigung eines Grundstücks durch Bergbau eine Entschädigung zu gewähren, so sinden die Vorschriften der Artt 52, 53 Anwendung, soweit nicht die Landesgesetze ein anderes bestimmen.

Borbem 5 vor 21; 504 U 1; Borbem 2a vor 611; 741 U 4; 873 U 1, 6; 890 U 1; 892 U 3; 903 U 2; 905 U 1; 906 U 1, 13; 907 U 2; 925 U 1; 1024 U 1; 1094 U 3; 1120 U 1; 1127 U 4; 1128 U 1; 1147 U 2; 1551 U 9; 1807 U 1; 1821 U 3.

Art 68

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Belastung eines Grundstücks mit dem vererblichen und veräußerlichen Rechte zur Gewinnung eines den bergrechtlichen Vorschriften nicht unterliegenden Minerals gestatten und den Inhalt dieses Rechtes näher bestimmen. Die Vorschriften der §§ 874, 875, 876, 1015, 1017 des Bürgerlichen Gesetzluchs sinden entsprechende Anwendung.

504 V 1; Borbem 4 vot 873; 873 V 6, 7c; 874 V 3; 875 V 2; 876 V 1; 900 V 7; 903 V 2; 916 V 2; 917 V 6, 14; 919 V 2, 4; 925 V 1; 928 V 1; Borbem 2 vot 985; 1018 V 2, 3; 1024 V 1; 1090 V 2; 1094 V 1; 1105 V 2; 1147 V 2; 1445 V 4; 1551 V 9; 1821 V 3; VO über bas Erbbaurecht 37 V 3; 38 V 1 d.

Art 69

Unberührt bleiben die landesgeschlichen Vorschriften über Jagd und Fischerei, unbeschadet der Vorschrift des § 958 Abs 2 des Bürgerlichen Gesethuchs und der Vorschriften des Bürgerlichen Gesethuchs über den Ersat des Wildschadens.

Borbem 5 vor 21; Borbem vor 194; 504 A 1; 581 A 3; Borbem 3 vor 823; 835 A 1, 4, 5; 873 A 6; 958 A 4; 960 A 4; 1018 A 5; 1147 A 2; 1551 A 9

2(rt 70

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Erundsätze, nach welchen der Wildschaden festzustellen ist, sowie die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen der Anspruch auf Ersatz des Wildschadens innerhalb einer bestimmten Frist bei der zuständigen Vehörde geltend gemacht werden muß.

Borbem 8 vor 823; 835 A 1.

21rt 71

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Borschriften, nach welchen

- 1. die Verpflichtung zum Ersate des Wildschabens auch dann eintritt, wenn der Schaden durch jagdbare Tiere anderer als der im § 835 des Bürgerlichen Gesethuchs bezeichneten Gattungen angerichtet wird;
- 2. für den Wilbschaben, der durch ein aus einem Gehege ausgetretenes jagdbares Tier angerichtet wird, der Eigentümer oder der Besitzer des Geheges verantwortlich ist;
- 3. der Eigentümer eines Grundstück, wenn das Jagdrecht auf einem anderen Grundstücke nur gemeinschaftlich mit dem Jagdrecht auf seinem Grundstück ausgeübt werden darf, für den auf dem anderen Grundstück angerichteten Wildschaden auch dann haftet, wenn er die ihm angebotene Pachtung der Jagd abgelehnt hat;
- 4. der Wildschaben, der an Gärten, Obstgärten, Weinbergen, Baumschulen und einzelstehenden Bäumen angerichtet wird, dann nicht zu ersetzen ist, wenn die Herstellung von Schutvorrichtungen unterblieben ist, die unter gewöhnlichen Umständen zur Abwendung des Schadens ausreichen;
- 5. die Berpflichtung zum Schadensersatz im Falle des § 835 Abs 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abweichend bestimmt wird;

- 6. die Gemeinde an Stelle der Eigentümer der zu einem Jagdbezirke vereinigten Grundstücke zum Ersate des Wildschadens verpflichtet und zum Rückgriff auf die Eigentümer berechtigt ist oder an Stelle der Eigentümer oder des Verbandes der Eigentümer oder der Gemeinde oder neben ihnen der Jagdpächter zum Ersate des Schadens verpflichtet ist;
- 7. der zum Ersate des Wildschadens Verpflichtete Erstattung des geleisteten Ersates von demjenigen verlangen kann, welcher in einem anderen Bezirke zur Ausübung der Jagd berechtigt ist.

Borbem 3 vor 823; 835 A 1-3, 7-9.

Art 72

Besteht in Ansehung eines Grundstücks ein zeitlich nicht begrenztes Nutungsrecht, so finden die Borschriften des § 835 des Bürgerlichen Gesethuchs über die Verpslichtung zum Ersate des Wildschadens mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Eigentümers der Nutungsberechtigte tritt.

Borbem 3 por 823; 835 A 1, 6.

21rt 73

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über Regalien. Borbem vor 194; 878 A 6; 984 A 5.

21rt 74

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften über Zwangsrechte, Bannrechte und Realgewerbeberechtigungen.

Borbem vor 194; 873 A 6; 903 A 2; 1024 A 1; 1807 A 1; 1821 A 3.

21rt 75

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche dem Versicherungsrecht angehören, soweit nicht in dem Bürgerlichen Gesetzlichen Gesetz

Borbem 5 vor 21; 1127 A 3; 1130 A 1.

Art 76

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche dem Berlagsrecht angehören.

Borbem 2b vor 631.

2(rt 77

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Haftung des Staates, der Gemeinden und anderer Kommunalverbände (Provinzial-, Kreis-, Amtsverbände) für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden sowie die landesgesetzlichen Vorschriften, welche das Recht des Beschädigten, von dem Beamten den Ersatz eines solchen Schadens zu verlangen, insoweit ausschließen, als der Staat oder der Kommunal-verband haftet.

89 A 3; 278 A 7; Borbem 8 vor 823; 823 A 12; 889 A 1.

21rt 78

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen die Beamten für die von ihnen angenommenen Stellvertreter und Gehilfen in weiterem Umfange als nach dem Bürgerlichen Gesetzluche haften.

278 U 7; Borbem 3 vor 828; 839 U 1

21rt 79

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, nach welchen die zur amtlichen Feststellung des Wertes von Grundstücken bestellten Sachverständigen für den aus einer Verletzung ihrer Verufspflicht entstandenen Schaden in weiterem Umfange als nach dem Bürgerlichen Gesetzuche haften.

Borbem 3 vor 823.

Art 80

Unberührt bleiben, soweit nicht in dem Bürgerlichen Gesetzbuch eine besondere Bestimmung getroffen ist, die landesgesetzlichen Vorschriften über die vermögensrechtlichen Ansprüche und Verbindlichkeiten der Beamten, der Geistslichen und der Lehrer an öffentlichen Unterrichtsanstalten aus dem Amtssoder Dienstverhältnisse, mit Einschluß der Ansprüche der Hinterbliebenen.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über das Pfründenrecht.

394 A 1; Borbem 2b vor 611; Borbem 3 vor 1030.

2(rt 81

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Übertragbarteit der Ansprüche der im Art 80 Abs 1 bezeichneten Personen auf Besoldung, Wartegeld, Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld beschränken, sowie die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Aufrechnung gegen solche Ansprüche abweichend von der Vorschrift des § 394 des Bürgerlichen Gesetzluchs zulassen.

394 A 1; Borbem 2b vor 611.

Art 82

Unberührt bleiben die Vorschriften der Landesgesetze über die Verfassung solcher Vereine, deren Rechtsfähigkeit auf staatlicher Verleihung beruht.

Borbem 3 vor 21; 25 A 1.

Art 83

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Borschriften über Waldgenossen-

Borbem 5 por 21; 741 A 4.

91rt 84

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen eine Religionsgesellschaft oder eine geistliche Gesellschaft Nechtsfähigkeit nur im Wege der Gesetzgebung erlangen kann.

60 M 1; 61 M 3; 903 M 1.

2(rt 85

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen im Falle des § 45 Abs 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Vermögen des aufgelösten Vereins an Stelle des Fiskus einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechtes anfällt.

45 A 1; 46 A 1, 2; 1922 A 8.

Mrt 86

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche den Erwerb von Rechten durch juristische Personen beschränken oder von staatlicher Genehmigung abhängig machen, soweit diese Vorschriften Gegenstände im Werte von mehr als fünftausend Mark betressen. Wird die nach dem Landesgesetz zu einem Erwerbe von Todes wegen erforderliche Genehmigung erteilt, so gilt sie als vor dem Erbfall erteilt; wird sie verweigert, so gilt die juristische Person in Ansehung des Anfalls als nicht vorhanden; die Vorschrift des § 2043 des Bürgerslichen Gesetzuchs findet entsprechende Anwendung.

1 A 1; Borbem 2 vor 21; 182 A 1; Borbem 1 vor 516; 903 A 1; 925 A 8; 937 A 4; 1113 A 7; Borbem 2 vor 1922; 1922 A 8; 1946 A 2; 2043 A 2; 2094 A 1; 2096 A 1; 2109 A 5.

21rt 87

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche die Wirksamkeit von Schenkungen an Mitglieder religiöser Orden oder ordensähnlicher Kongregationen von staatlicher Genehmigung abhängig machen.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen Mitglieder religiöser Orden oder ordensähnlicher Kongregationen nur mit staatlicher Genehmigung von Todes wegen erwerben können. Die Vorschriften des Art 86

Sat 2 finden entsprechende Anwendung.

Mitglieder solcher religiöser Orden ober ordensähnlicher Kongregationen, bei benen Gelübde auf Lebenszeit ober auf unbestimmte Zeit nicht abgelegt werden, unterliegen nicht ben in ben Abs 1, 2 bezeichneten Vorschriften.

1 A 1; Borbem 1 vor 516; 903 A 1; 925 A 3; 937 A 4; Borbem 2 vor 1922; 1922 A 8; 2043 A 2; 2094 A 1; 2096 A 1.

Art 88

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche den Erwerb von Grundstücken burch Ausländer von staatlicher Genehmigung abhängig machen. 1 21 1: 903 21 1: 925 21 8.

Mrt 89

Unberührt bleiben die landesgesehlichen Vorschriften über die zum Schute der Grundstücke und der Erzeugnisse von Grundstücken gestattete Pfändung von Sachen, mit Ginschluß der Vorschriften über die Entrichtung von Pfandgeld oder Ersakgeld.

227 A 5; 858 A 7; 1257 A 8.

Art 90

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften über die Rechtsverhältnisse, welche sich aus einer auf Grund des öffentlichen Rechtes wegen der Führung eines Amtes oder wegen eines Gewerbebetriebs erfolgten Sicherheitsleistung ergeben.

Art 91

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften, nach welchen der Fistus, eine Körperschaft, Stiftung ober Anstalt bes öffentlichen Rechtes ober eine unter der Berwaltung einer öffentlichen Behörde stehende Stiftung berechtigt ift, zur Sicherung gewiffer Forderungen bie Gintragung einer Supothet an Grundstüden des Schuldners zu verlangen, und nach welchen die Eintragung der hnpothek auf Ersuchen einer bestimmten Behörde zu erfolgen hat. Die Hypothek kann nur als Sicherungshypothek eingetragen werden; sie entsteht mit der Eintragung.

873 A 1, 5; 892 A 4; Borbem 8, 4 vor 1113.

Art 92

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, nach welchen Zahlungen aus öffentlichen Kassen an der Rasse in Empfang zu nehmen sind. 270 21 8.

Art 93

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Borschriften über die Friften, bis zu deren Ablaufe gemietete Räume bei Beendigung bes Mietverhältniffes zu räumen sind.

Borbem 6 vor 535: 556 A 1

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche den Geschäftsbetrieb der gewerblichen Kfandleiher und der Kfandleihaustalten betreffen.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen öffentslichen Pfandleihaustalten das Necht zusteht, die ihnen verpfändeten Sachen dem Berechtigten nur gegen Bezahlung des auf die Sache gewährten Darslehens herauszugeben.

994 R 1; 1207 R 4; 1238 R 1.

21rt 95

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche dem Gesinderecht angehören. Dies gilt insbesondere auch von den Vorschriften über die Schadensersappflicht dessenigen, welcher Gesinde zum widerrechtlichen Verslassen des Dienstes verleitet oder in Kenntnis eines noch bestehenden Gesindes verhältnisses in Dienst nimmt oder ein unrichtiges Dienstzeugnis erteilt.

Die Vorschriften der §§ 104 bis 115, 131, 278, 617 bis 619, 624, 831, des § 840 Abs 2 und des § 1358 des Bürgerlichen Gesethuchs sinden Anwendung, die Vorschriften des § 617 jedoch nur insoweit, als die Landesgesetze dem Gesinde

nicht weitergebende Ansprüche gewähren.

Ein Züchtigungsrecht steht bem Dienstberechtigten bem Gesinde gegenüber nicht zu.

7 N 1; 104 U 1; 836 U 1; Borbem 2avor 611; Borbem 3 vor 823; 823 N 10; 840 U 6; 1357 U 3; 1822 U 1; 2237 U 1.

Art 96

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über einen mit der Aberlassung eines Grundstücks in Verbindung stehenden Leibgedings-, Leibszuchts-, Altenteils- oder Auszugsvertrag, soweit sie das sich aus dem Vertrag ergebende Schuldverhältnis für den Fall regeln, daß nicht besondere Vereinsbarungen getroffen werden.

759 Q 5; 880 Q 8; 1098 Q 5; 1105 Q 1, 6.

Art 97

Unberührt bleiben die landesgesetslichen Vorschriften, welche die Eintragung von Gläubigern des Bundesstaats in ein Staatsschuldbuch und die aus der Eintragung sich ergebenden Rechtsverhältnisse, insbesondere die Abertragung

und Belaftung einer Buchforderung, regeln.

Soweit nach diesen Vorschriften eine Chefrau berechtigt ist, selbständig Anträge zu stellen, ist dieses Necht ausgeschlossen, wenn ein Vermerk zugunsten des Ehemanns im Schuldbuch eingetragen ist. Ein solcher Vermerk ist einzutragen, wenn die Ehefrau oder mit ihrer Zustimmung der Chemann die Sintragung beantragt. Die Ehefrau ist dem Chemanne gegenüber zur Erteilung der Zustimmung verpslichtet, wenn sie nach dem unter ihnen bestehenden Güterstand über die Buchforderung nur mit Zustimmung des Ehemanns versügen kann.

1398 A 1; 1895 A 4; 1279 A 8; 1815 A 2; 2117 A 1.

Art 98

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Rückzahlung oder Umwandlung verzinslicher Staatsschulben, für die Inhaberpapiere ausgegeben oder die im Staatsschulbbuch eingetragen sind.

Borbem 8 vor 793.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die öffentlichen Sparkassen, unbeschadet der Vorschriften des § 808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Anlegung von Mündelgeld.

Vorbem 3 vor 793; 808 A 4; 1809 A 2.

Art 100

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen bei Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die der Bundesstaat oder eine ihm angehörende Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechtes ausstellt:

1. die Gültigkeit der Unterzeichnung von der Beobachtung einer besonderen Form abhängt, auch wenn eine solche Bestimmung in die Urkunde nicht

aufgenommen ist;

2. der im § 804 Abs 1 des Bürgerlichen Gesethuchs bezeichnete Anspruch ausgeschlossen ist, auch wenn die Ausschließung in dem Zinss oder Kentenscheine nicht bestimmt ist.

Borbem 3 vor 793; 793 A 5; 804 A 3, 4.

Art 101

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften, welche den Bundessstaat oder ihm angehörende Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechtes abweichend von der Vorschrift des § 806 Sat 2 des Bürgerslichen Gesetbuchs verpflichten, die von ihnen ausgestellten, auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen auf den Namen eines bestimmten Berechtigten umzuschreiben, sowie die landesgesetlichen Vorschriften, welche die sich aus der Umschreibung einer solchen Schuldverschreibung ergebenden Rechtsverhältnisse, mit Einschluß der Kraftloserklärung, regeln.

Borbem 3 vor 793; 806 A 2; 1393 A 1; 1815 A 1; 2117 A 1.

Mrt 102

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften über die Kraftloserklärung und die Zahlungssperre in Ansehung der im § 807 des Bürgerlichen Gesethuchs bezeichneten Urkunden.

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften, welche für die Kraftloserklärung der im § 808 des Bürgerlichen Gesethuchs bezeichneten Urkunden ein

anderes Verfahren als das Aufgebotsverfahren bestimmen.

Borbem 3 vor 793; 799 U 5; 807 U 2; 808 U 4.

Art 103

Unberührt bleiben die landesgesetslichen Vorschriften, nach welchen der Staat sowie Verbände und Anstalten, die auf Grund des öffentlichen Rechtes zur Geswährung von Unterhalt verpflichtet sind, Ersat der für den Unterhalt gemachten Auswendungen von der Person, welcher sie den Unterhalt gewährt haben, sowie von denjenigen verlangen können, welche nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetbuchs unterhaltspflichtig waren.

Borbem 6 vor 677; Borbem 2 vor 812; Borbem 5 vor 1601.

Art 104

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften über den Anspruch auf Rückerstattung mit Unrecht erhobener öffentlicher Abgaben oder Kosten eines Verfahrens.

Borbem 2 vor 812.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, nach welchen der Unternehmer eines Eisenbahnbetriebs ober eines anderen mit gemeiner Gesahr verbundenen Betriebs für den aus dem Betrieb entstehenden Schaden in weiterem Umfang als nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzuchs verantwortlich ist.

Art 106

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen, wenn ein dem öffentlichen Gebrauche dienendes Erundstück zu einer Anlage oder zu einem Betriebe benutzt werden darf, der Unternehmer der Anlage oder des Bestriebs für den Schaden verantwortlich ist, der bei dem öffentlichen Gebrauche des Erundstücks durch die Anlage oder den Betrieb verursacht wird.

Borbem 3 vor 823.

Art 107

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Verpflichtung zum Ersatz des Schabens, der durch das Zuwiderhandeln gegen ein zum Schutz von Grundstücken erlassenes Strafgesetz verursacht wird.

Norbem 3 vor 823.

Art 108

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Verpflichtung zum Ersatz des Schabens, der bei einer Zusammenrottung, einem Auflauf oder einem Aufruhr entsteht.

Vorbein 8 vor 828.

21rt 109

Unberührt bleiben die landesgesetslichen Vorschriften über die im öffentlichen Juteresse erfolgende Entziehung, Beschädigung oder Benutung einer Sache, Beschränkung des Eigentums und Entziehung oder Beschränkung von Rechten. Auf die nach landesgesetslicher Vorschrift wegen eines solchen Eingriffs zu gewährende Entschädigung sinden die Vorschriften der Artt 52, 53 Anwendung, soweit nicht die Landesgesetze ein anderes bestimmen.

291 M 1: 504 M 1; 571 M 6; 873 M 1; 875 M 1; 892 M 8; 903 M 3; 904 M 9; 906 M 1; 907 M 1; 925 M 1; 1018 M 1, 5; 1030 M 5; 1094 M 3; 1105 M 1; 1120 M 1; 1127 M 4; 1128 M 1.

Art 110

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche für den Fall, daß zerstörte Gebäude in anderer Lage wiederhergestellt werden, die Rechte an den beteiligten Grundstücken regeln.

1127 21 4.

Mrt 111

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche im öffentlichen Juteresse das Eigentum in Ansehung tatsächlicher Verfügungen beschränken.

Mrt 112

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Behandlung der einem Eisenbahn- oder Kleinbahnunternehmen gewidmeten Grundstücke und sonstiger Vermögensgegenstände als Einheit (Bahneinheit), über die Versäußerung und Belastung einer solchen Vahneinheit oder ihrer Vestandteile, insbesondere die Velastung im Falle der Ausstellung von Teilschuldverschreibungen

auf den Inhaber, und die sich dabei ergebenden Rechtsverhältnisse sowie über die Liquidation zum Zwecke der Befriedigung der Gläubiger, denen ein Kecht auf abgesonderte Befriedigung aus den Bestandteilen der Bahneinheit zusteht.

Borbem vor 878; 873 A 1; 890 A 1; 925 A 1; 1018 A 1; Borbem 4 vor 1113; 1114 A 3; 1147 A 2.

Art 113

Unberührt bleiben die landesgefetslichen Vorschriften über die Zusammenlegung von Grundstücken, über die Gemeinheitsteilung, die Regulierung der Bege, die Ordnung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse sowie über die Ablösung, Umwandlung oder Einschränkung von Dieustbarkeiten und Reallasten. Dies gilt insbesondere auch von den Vorschriften, welche die durch ein Verfahren dieser Art begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten zum Gegenstande haben oder welche sich auf den Erwerd des Eigentums, auf die Begründung, Anderung und Aussehung von anderen Rechten an Grundstücken und auf die Verichtigung des Grundbuchs beziehen.

741 A 4; 873 A 1; 875 A 1; 877 A 4; 882 A 1; 890 A 1; 912 A 13; 914 A 2; 917 A 15; 925 A 1; 1008 A 1; 1018 A 1, 5; 1021 A 5; 1090 A 1; 1105 A 1, 4, 8; Borbem 4 vor 1113; 1114 A 3; 1120 A 1.

Art 114

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, nach welchen die dem Staate oder einer öffentlichen Anstalt infolge der Ordnung der gutsherrlichebäuerlichen Berhältnisse oder der Ablösung von Dienstbarkeiten, Reallasten oder Oberlehnsherrlichteit zustehenden Ablösungsrenten und sonstigen Reallasten zu ihrer Begründung und zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs nicht der Eintragung bedürfen.

Borbem 2 bor 878; 892 V 8, 6; 901 V 5; 914 V 2; 917 V 15; 1018 V 1, 5; 1021 V 5; 1105 V 1, 4.-

Urt 115

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Belastung eines Grundstücks mit gewissen Grunddienstbarkeiten ober beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten oder mit Reallasten untersagen oder beschränken, sowie die landesgesetzlichen Vorschriften, welche den Juhalt und das Maß solcher Rechte näher bestimmen.

903 A 3; 912 A 13; 914 A 2; 917 A 15; 1018 A 1, 5; 1020 A 6; 1021 A 5; 1076 A 1; 1090 A 1; 1105 A 1; 1111 A 2.

Art 116

Die in den Artt 113 bis 115 bezeichneten landesgesetzlichen Vorschriften finden keine Anwendung auf die nach den §§ 912, 916, 917 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu entrichtenden Gesbrenten und auf die in den §§ 1021, 1022 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmten Unterhaltungspflichten.

903 A 3; 912 A 13; 914 A 2; 917 A 15; 1021 A 5; 1105 A 1.

Art 117

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche die Belastung eines Grundstücks über eine bestimmte Wertgrenze hinaus untersagen.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Belastung eines Grundstücks mit einer unkündbaren Hypothek oder Grundschuld untersagen oder die Ausschließung des Kündigungsrechts des Eigentümers bei Hypothekenforderungen und Grundschulden zeitlich beschränken und bei Rentenschulden nur für eine kürzere als die im § 1202 Abs 2 des Bürgerlichen Gesetzuchs bestimmte Zeit zulassen.

903 A 3; 1018 A 1; Borbem 4 vor 1113; 1115 A 8; 1141 A 1; 1202 A 2.

Mrt 118

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften, welche einer Gelbrente, Spothet, Grundschuld ober Rentenschuld, die dem Staate oder einer öffentlichen Anftalt wegen eines zur Berbefferung des belafteten Grundstucks gewährten Darlehens zusteht, ben Borrang vor anderen Belastungen des Grundstücks einräumen. Zugunsten eines Dritten finden die Borschriften der §§ 892 893 bes Bürgerlichen Gesethuchs Anwendung.

879 N 3, 4; 892 N 6; 1018 N 1; 1105 N 1.

Art 119

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften, welche

1. die Beräußerung eines Grundstücks beschränken;

2. die Teilung eines Grundstücks ober die getrennte Beräußerung von Grundstücken, die bisher zusammen bewirtschaftet worden sind, untersagen oder beschränken:

3. die nach § 890 Abf 1 des Burgerlichen Gesethuchs zulässige Bereinigung mehrerer Grundstücke oder die nach § 890 Abs 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässige Zuschreibung eines Grundstucks zu einem anderen Grundftück untersagen oder beschränken.

135 % 2; 504 % 1; 741 % 4; 749 % 6; 890 % 1, 2; 903 % 3.

21rt 120

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften, nach welchen im Falle der Beräufierung eines Teiles eines Grundftude diefer Teil von den Belaftungen des Grundstücks befreit wird, wenn von der zuständigen Behörde festgestellt wird, daß die Rechtsänderung für die Berechtigten unschädlich ift.

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften, nach welchen unter

der gleichen Voraussetzung:

1. im Falle der Teilung eines mit einer Reallast belasteten Grundstücks die

Reallast auf die einzelnen Teile des Grundstuds verteilt wird;

2. im Falle der Aufhebung eines dem jeweiligen Eigentümer eines Grundstücks an einem anderen Grundstücke zustehenden Rechtes die Zustimmung derjenigen nicht erforderlich ift, zu deren Gunften das Grundstück des Berechtigten belastet ist;

3. in den Fällen des § 1128 des Bürgerlichen Gesethuchs und des Art 52 dieses Gesehes der dem Eigentumer zustehende Entschädigungsanspruch von dem einem Dritten an dem Anspruche zustehenden Rechte befreit

741 A 4; 875 A 1; 876 A 5; 890 A 1; 914 A 6; 1018 A 1; 1090 A 1; 1105 A 4; 1108 A 5; 1109 A 5; Borbem 4 vor 1118; 1120 A 1; 1127 A 4.

Alrt 121

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Borschriften, nach welchen im Falle der Teilung eines für den Staat oder eine öffentliche Anstalt mit einer Reallast belafteten Grundftude nur ein Teil bes Grundftude mit der Reallaft belaftet bleibt und bafür zugunften best jeweiligen Eigentumers diefes Teiles bie übrigen Teile mit gleichartigen Reallaften belaftet werben.

741 8 4; 1108 8 5.

Art 122

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Vorschriften, welche die Rechte des Eigentumers eines Urundstuds in Ansehung der auf der Grenze oder auf dem Nachbargrundstücke stehenden Obstbäume abweichend von den Vorschriften des § 910 und des § 923 Abs 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmen.

Art 123

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche das Recht des Notwegs zum Zwecke der Verbindung eines Erundstücks mit einer Wasserstraße oder einer Eisenbahn gewähren.

917 91 5.

Art 124

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche das Eigentum an Grundstücken zugunsten der Nachbarn noch anderen als den im Vürgerlichen Gesetzbuche bestimmten Beschränkungen unterwerfen. Dies gilt insbesondere auch von den Vorschriften, nach welchen Anlagen sowie Väume und Sträucher nur in einem bestimmten Abstande von der Grenze gehalten werden dürfen.

873 A 5; 906 A 1; 907 A 8, 9; 909 A 2, 5; 910 A 2; 912 A 5; 921 A 8; 1004 A 6.

21rt 125

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche die Borschrift des § 26 der Gewerbeordnung auf Eisenbahn-, Dampsichiffahrts- und ähnliche Berkehrsunternehmungen erstrecken.

906 A 1, 18; 907 A 1; 1004 A 4.

Art 126

Durch Landesgeset kann das dem Staate an einem Erundstücke zustehende Eigentum auf einen Kommunalverband und das einem Kommunalverband an einem Erundstücke zustehende Eigentum auf einen anderen Kommunalverband oder auf den Staat übertragen werden.

873 N 1, 2; 925 N 1, 2.

Art 127

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften über die Übertragung des Eigentums an einem Grundstücke, das im Grundbuche nicht eingetragen ist und nach den Borschriften der Grundbuchordnung auch nach der Übertragung nicht eingetragen zu werden braucht.

Borbem bor 873; 873 A 1; 888 A 9; 925 A 1; 927 A 1; 928 A 1.

Art 128

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften über die Begründung und Aushebung einer Dienstbarkeit an einem Grundstücke, das im Grundbuche nicht eingetragen ist und nach den Borschriften der Grundbuchordnung nicht eingetragen zu werden braucht.

Borbem vor 878; 1010 A 1; 1018 A 5; 1028 A 5; 1090 A 1; 1094 A 3.

Art 129

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen das Recht zur Aneignung eines nach § 928 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufgegebenen Grundstücks an Stelle des Fiskus einer bestimmten anderen Person zusteht.

878 U 1; 928 U 6; 958 U 2.

Art 130

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Borschriften über das Recht zur Aneignung der einem anderen gehörenben, im Freien betroffenen Tauben.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche für den Fall, daß jedem der Miteigentümer eines mit einem Gebäude versehenen Grundstücks die ausschließliche Benutzung eines Teiles des Gebäudes eingeräumt ist, das Gemeinschaftsverhältnis näher bestimmen, die Unwendung der §§ 749 bis 751 des Bürgerlichen Gesetzuchs ausschließen und für den Fall des Konkurses über das Vermögen eines Miteigentümers dem Konkursverwalter das Recht, die Ausschung der Gemeinschaft zu verlangen, versagen.

741 2 4; 749 2 6; 1010 2 1.

Art 132

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften über die Kirchenbaulast und die Schulbaulast.

Borbem vor 194; 1105 A 1.

Mrt 133

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über das Recht zur Benutzung eines Platzes in einem dem öffentlichen Gottesdienste gewidmeten Gebäube oder auf einer öffentlichen Begräbnisstätte.

Rorhem por 194; 1024 A 1; 1090 A 1; 1968 A 1, 2.

Art 134

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften über die religiöse Ersziehung der Kinder.

1631 A 1; Gef. über bie religiofe Rinberergiehung § 8 (nach) § 1631).

Art 135

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Zwangserziehung Minderjähriger. Die Zwangserziehung ist jedoch, unbeschadet der Vorschriften der §§ 55, 56 des Strafgesetzbuchs nur zulässig, wenn sie von dem Vormundschaftsgericht angeordnet wird. Die Anordnung kann außer den Fällen der §§ 1666, 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nur erfolgen, wenn die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens notwendig ist.

Die Landesgesetze können die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige, dessen Zwangserziehung angeordnet ist, in einer Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt unterzubringen sei, einer Verwaltungsbehörde übertragen, wenn die

Unterbringung auf öffentliche Kosten zu erfolgen hat.

823 A 10; Borbem 5 vor 1616.

21rt 136

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen

1 der Vorstand einer unter staatlicher Verwaltung oder Aufsicht stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt oder ein Beamter alle oder einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes für diejenigen Minderjährigen hat, welche in der Anstalt oder unter der Aufsicht des Vorstandes oder des Beamten in einer von ihm ausgewählten Familie oder Anstalt erzogen oder verpflegt werden, und der Vorstand der Anstalt oder der Beamte auch nach der Beendigung der Erziehung oder der Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Mündels diese Rechte und Pflichten behält, unbeschadet der Befugnis des Vormundschaftsgerichts, einen anderen Vormund zu bestellen;

 die Vorschriften der Nr 1 bei unehelichen Minderjährigen auch dann gelten, wenn diese unter der Aufsicht des Vorstandes oder des Beamten in der mütter-

lichen Familie erzogen oder verpflegt werden;

3. der Vorstand einer unter staatlicher Verwaltung oder Aufsicht stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt oder ein von ihm bezeichneter Angestellter der Anstalt oder ein Beamter vor den nach § 1776 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als Vormünder berufenen Personen zum Vormunde der in Nr 1, 2 bezeichneten Minderjährigen bestellt werden kann;

4. im Falle einer nach den Vorschriften der Nr 1 bis 3 stattfindenden Bevormundung ein Gegenvormund nicht zu bestellen ist und dem Vormunde die nach

§ 1852 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässigen Befreiungen zustehen.

1773 A 4; 1776 A 1; 1782 A 1; 1792 A 1; 1852 A 1; 1885 A 2; 1897 A 1.

Art 137

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Grundsätze, nach denen in den Fällen des § 1515 Abs 2, 3 und der §§ 2049, 2312 des Bürger-lichen Gesetzuchs der Ertragswert eines Landguts sestzustellen ist.

1515 A 9; Borbem 2 vor 1922; 2049 A 2.

Art 138

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, nach welchen im Falle des § 1936 des Bürgerlichen Gesetzbuchs an Stelle des Fiskus eine Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechtes gesetzlicher Erbe ist.

Borbem 2 vor 1922; 1936 Q 4; 2011 Q 3.

Art 139

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen dem Fiskus oder einer anderen juristischen Person in Ansehung des Nachlasses einer verpslegten oder unterstützten Person ein Erdrecht, ein Pflichtteilsanspruch oder ein Recht auf bestimmte Sachen zusteht.

Borbem 2 bor 1922; 1936 A 1; 2011 A 3.

Mrt 140

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen das Nachlaßgericht auch unter anderen als den im § 1960 Abs 1 des Bürgerlichen Gesetzlichen Gesthuchs bezeichneten Voraussetzungen die Anfertigung eines Nachlaß-verzeichnisse sowie dis zu dessen Vollendung die erforderlichen Sicherungsmaßregeln, insbesondere die Anlegung von Siegeln, von Ants wegen anordnen kann oder soll.

Borbem 2 vor 1932; 1960 A 1.

Art 141

Die Landesgesetze können bestimmen, daß für die Beurkundung von Rechtsgeschäften, die nach den Borschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs gerichtlicher oder notarieller Beurkundung bedürfen, entweder nur die Gerichte oder nur die Notare zuständig sind.

128 V 1; 518 V 2; 873 V 14; 1434 V 2; 1491 V 7; 1501 V 8; 1516 V 4; Botbem 2 vor 1922; 2033 V 4; 2231 V 2; 2232 V 1; 2276 V 1; 2291 V 3; 2296 V 8; 2348 V 1; 2356 V 4.

21rt 142

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche in Ansehung der in dem Gebiete des Bundesstaats liegenden Grundstücke bestimmen, daß für die Beurkundung des im § 313 des Bürgerlichen Gesetzlichen Geretrags sowie für die nach § 873 Abs 2 des Bürgerlichen Gesetzlichen Ferstrags sowie für die nach § 873 Abs 2 des Bürgerlichen Gesetzlichen Geretalten der Beteiligten erforderliche Beurkundung der Erklärungen außer den Gerichten und Notaren auch andere Behörden und Beamte zuständig sind.

128 21 1; 313 21 4; 873 21 14.

91rt 143

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Borschriften, welche in Ansehung der in dem Gebiete des Bundesstaats liegenden Grundstude bestimmen, daß die Einigung der Barteien in den Fällen der §§ 925, 1015 des Bürgerlichen Wefet buchs außer vor dem Grundbuchamt auch vor Gericht, vor einem Notar, vor einer anderen Behörde oder vor einem anderen Beamten erklärt werden kann.

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Borschriften, nach welchen es bei der Auflassung eines Grundstucks der gleichzeitigen Anwesenheit beider Teile nicht bedarf, wenn das Grundstück durch ein Gericht oder einen Rotar versteigert worden ist und die Auflassung noch in dem Bersteigerungstermine stattfindet.

873 A 14; 892 A 18; 925 A 5, 10, 11, 12, 13.

Unberührt bleiben die landesgesetlichen Borschriften über die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Hinterlegungsstellen. Die Landesgesetze können bestimmen, daß die Anlegung von Mündelgeld nach § 1808 bes Bürgerlichen Wesetbuchs bei ben hinterlegungsstellen des Bundesstaats nicht stattfindet.

233 N 1; 374 N 1; 380 N 1; 1077 N 1; 1082 N 2; 1392 N 5; 1808 N 2; 1814 N 2; 1960 N 3; 2116 21 1; 2119 21 1.

Mrt 145

Die Landesgesetze können über die hinterlegung nähere Bestimmungen treffen, insbesondere ben Nachweis ber Empfangsberechtigung regeln und vorschreiben, daß die hinterlegten Gelber und Bertpapiere gegen die Berpflichtung zur Rückerstattung in bas Eigentum bes Fistus ober ber als hinterlegungsstelle bestimmten Anstalt übergehen, daß der Verkauf der hinterlegten Sachen von Amts wegen angeordnet werben tann sowie daß ber Anspruch auf Rückerstattung mit bem Ablauf einer gewissen Zeit ober unter sonstigen Voraussetzungen zugunften bes Fistus ober ber hinterlegungsanstalt erlischt. In den Fällen bes § 382, bes § 1171 Abs 3 und bes § 1269 Sat 3 bes Burgerlichen Gesethuchs nuß bem hinterleger die Rüdnahme bes hinterlegten Betrags mindestens während eines Jahres von dem Zeitpunkt an gestattet werden, mit welchem das Recht des Gläubigers auf den hinterlegten Betrag erlischt.

Bon einer gerichtlichen Anordnung kann die Hinterlegung nicht abhängig gemacht werden.

372 N 1; 380 N 1; 382 N 2; 687 N 3; 1077 N 1; 1082 N 2; 1171 N 5; 1392 N 5; 1814 N 2; 2116 N 1.

Mrt 146

Ift burch Landesgesetz bestimmt, daß die Hinterlegungsstellen auch andere Sachen als Geld, Wertpapiere und sonstige Urkunden sowie Kostbarkeiten anzunehmen haben, so finden auf Schuldverhältnisse, die auf Leistung berartiger Sachen gerichtet sind, die Borichriften ber §§ 372 bis 382 bes Bürgerlichen Gesekbuchs Anwendung.

372 M 1; 380 M 1; 383 M 1; 1818 M 1; 2039 M 3; 2116 M 1.

Art 147

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, nach welchen für die dem Vormundschaftsgericht oder dem Nachlaßgericht obliegenden Verrichtungen

andere als gerichtliche Behörden zuständig sind.

Sind durch Landesgeset die Verrichtungen des Nachlaggerichts einer anderen Behörde als einem Gericht übertragen, so ift für die Abnahme bes im § 2006 des Bürgerlichen Gesethuchs vorgeschriebenen Offenbarungseids bas Amtsgericht zuständig, in beffen Bezirte die Nachlagbehörde ihren Sig hat.

8 M 2; 1836 A 4; 1337 A 5; 1842 A 2; 1358 A 6; 1491 A 4; 1493 A 3; 1507 A 1; Borbem 4 vot 1778 1848 A 1; Borbem 2 vor 1922; 2008 A 1; 2006 A 2; 2146 A 1; 2259 A 2; 2282 A 7; 2353 A 1.

Die Landesgesetze können die Zuständigkeit des Nachlaßgerichts zur Aufnahme des Anventars ausschließen.

Borbem 2 vor 1922; 2003 A 1.

Art 149

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen bei der Errichtung einer Verfügung von Todes wegen der Richter an Stelle des Gerichtsschreibers oder der zwei Zeugen eine besonders dazu bestellte Urkundsperson zusziehen kann.

Auf die Urkundsperson sinden die Vorschriften der §§ 2234 bis 2236 des Bürgerlichen Gesethuchs Anwendung.

Borbem 2 bor 1922; 2293 A 1; 2284 A 1.

Art 150

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen im Falle des § 2249 des Bürgerlichen Gesetzluchs an Stelle des Vorstehers oder neben dem Vorsteher eine andere amtlich bestellte Person zuständig ist.

Borbem 2 vor 1922: 2249 A 2.

Art 151

Durch die Vorschriften der §§ 2234 bis 2245, 2276 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Art 149 dieses Gesetzes werden die allgemeinen Vorschriften der Landesgesetze über die Errichtung gerichtlicher oder notarieller Urkunden nicht berührt. Ein Verstoß gegen eine solche Vorschrift ist, undeschadet der Vorschriften über die Folgen des Mangels der sachlichen Zuständigkeit, ohne Einfluß auf die Gültigkeit der Verfügung von Todes wegen.

Borbem 2 vor 1922; 2232 A 1; 2237 A 1; 2240 A 1; 2241 A 1; 2276 A 1.

21rt 152

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche für die nicht nach den Vorschriften der Zivilprozehordnung zu erledigenden Rechtsstreitigsteiten die Vorgänge bestimmen, mit denen die nach den Vorschriften des Bürgerslichen Gesetzbuchs an die Alagerhebung und an die Rechtshängigkeit geknüpften Virkungen eintreten. Soweit solche Vorschriften fehlen, sinden die Vorschriften der Zivilprozehordnung entsprechende Anwendung.

987 2[2.

Vierter Abschnitt

Übergangsvorschriften

Art 153

Wer zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs nicht das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat, aber für volljährig erklärt ist ober sonst die rechtliche Stellung eines Volljährigen erlangt hat, steht von dieser Zeit an einem Volljährigen gleich.

Borbem 8 vor 1; 2 A 2; 104 A 7; 106 A 1; Borben 7 vor 1773.

Wer nach den französischen oder den badischen Gesetzen emanziviert oder aus der Gewalt entlassen ist, steht von dem Jukrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs an, wenn er zu dieser Reit das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, einem Bolljährigen, anderenfalls einem Minderjährigen gleich.

Borbem 8 vor 1; 104 A 7; 106 A 1; Borbem 7 vor 1773.

Art 155

Wer zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs wegen Geistes. frankheit entmundigt ift, steht von biefer Zeit an einem nach den Borschriften bes Bürgerlichen Gesethuchs wegen Geisteskrankheit Entmündigten gleich.

Borbem 8 vor 1; 6 A 7; 104 A 7; 114 A 2; Borbem 7 vor 1773.

21rt 156

Wer zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs wegen Berschwendung entmündigt ift, steht von dieser Zeit an einem nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesethuchs wegen Verschwendung Entmündigten gleich.

Dasselbe gilt von demjenigen, für welchen nach den französischen oder den babischen Gesetzen wegen Verschwendung die Bestellung eines Beistandes anaeordnet ist.

Borbem 8 vor 1; 6 A 7; 104 A 7; 114 A 2; Borbem 7 vor 1778.

21rt 157

Die Borschriften der frangofischen und der badischen Gesetze über ben erwählten Wohnsit bleiben für Rechtsverhaltniffe, die sich nach diesen Wesetzen bestimmen, in Kraft, sofern der Bohnsis vor dem Intrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs erwählt worden ist.

7 U 1.

Art 158

Die Birkungen einer bor bem Intrafttreten bes Bürgerlichen Gesethuchs erfolgten Todeserklärung bestimmen sich nach den bisherigen Gesetzen, soweit sich nicht aus den Artt 159, 160 ein anderes ergibt.

13 21 8.

Art 159

Der Chegatte einer vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs für tot erklärten Berson kann nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs eine neue Che eingehen, auch wenn die Wiederverheiratung nach den bisherigen Weseten nicht zulässig sein wurde. Die Borschriften ber §§ 1348 bis 1352 bes Bürgerlichen Gesetbuchs finden entsprechende Unwendung.

13 21 3; 1348 21 2.

21rt 160

Soweit nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesethuchs infolge einer Tobeserflärung die elterliche Gewalt des Berichollenen, die Bormundschaft. die Pflegschaft sowie das Amt als Bormund, Gegenvormund, Pfleger, Beistand ober Mitglied eines Familienrats endigt, gelten diese Borschriften von bem Inkrafttreten bes Bürgerlichen Gesethbuchs an auch für eine vorher erfolgte Todeserklärung.

13 21 3.

Art 161

Ein zur Zeit bes Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs anhängiges Berfahren, das eine Todeserklärung, eine Berschollenheitserklärung ober die

Einweisung des mutmaglichen Erben in den Besit oder Genuß des Vernögens eines Verschollenen zum Gegenstande hat, ift nach den bisherigen Gesetzen zu

erledigen.

Ist vor dem Inkraftkreten des Bürgerlichen Gesethuchs eine Verschollenheitserklärung oder die vorläusige Einweisung des mutmaßlichen Erben in den Besits
oder Genuß des Vermögens eines Verschollenen erfolgt, so sind die disherigen
Gesete auch für die Todeserklärung sowie für die endgültige Einweisung maßgebend.

Nach den bisherigen Gesetzen bestimmen sich auch die Wirkungen der nach Abs 1, 2 ergehenden Entscheidungen. Im Falle der Todeserklärung finden

die Vorschriften der Artt 159, 160 Anwendung.

13 21 3.

Art 162

Soweit eine nach den bisherigen Gesetzen erfolgte oder nach Art 161 Abs 2 zulässige endgültige Einweisung des mutmaßlichen Erben in den Besitz oder Genuß des Vermögens des Verschollenen ohne Einfluß auf Rechtsverhältnissisch, auf die sich die Wirkungen der Todeserklärung nach dem Bürgerlichen Gesetze buch erstrecken, ist nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzelchen Gesetzlärung nach dessen Vorschriften zulässig; die Wirkungen beschränken sich auf diese Rechtsverhältnisse.

Art 163

Auf die zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs bestehenden juristischen Personen finden von dieser Zeit an die Vorschriften der §§ 25 bis 53, 85 bis 89 des Bürgerlichen Gesethuchs Anwendung, soweit sich nicht aus den Artt 164 bis 166 ein anderes ergibt.

Borbem 5 por 21.

21rt 164

In Kraft bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzluchs bestehenden Realgemeinden und ähnlichen Verbände, deren Mitglieder als solche zu Nutzungen an land- und forstwirtschaftlichen Grundskücken, an Mühlen, Brauhäusern und ähnlichen Anlagen berechtigt sind. Es macht keinen Unterschied, ob die Realgemeinden oder sonstigen Verbände juristische Personen sind oder nicht und ob die Verechtigung der Mitglieder an Grundbesitz geknüpft ist oder nicht.

Borbem 5 vor 21; 741 A 4; 1018 A 1.

Art 165

In Kraft bleiben die Borschriften der baherischen Gesetze, betreffend die privatrechtliche Stellung der Bereine sowie der Erwerds und Birtschaftsgesesslichen, vom 29. April 1869 in Ausehung derzenigen Bereine und regisstrierten Gesellschaften, welche auf Grund dieser Gesetze zur Zeit des Inkraftstretens des Bürgerlichen Gesetzuchs bestehen.

Borbem 5 por 21.

Art 166

In Kraft bleiben die Vorschriften des sächsischen Gesetzes vom 15. Juni 1868, betreffend die juristischen Personen, in Ausehung derzenigen Personenvereine, welche zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbestäßeit durch Eintragung in das Genossenschaftsregister erlangt haben.

Borbem 5 vor 21

In Kraft bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche die zur Zeit bes Inkrafttretens bes Bürgerlichen Gesethuchs bestehenden landschaftlichen ober ritterschaftlichen Kreditanstalten betreffen.

Borbem 5 vor 21; 25 A 2; 96 A 1; 97 A 2; Borbem 2 vor § 873 a. E.; Borbem 4 vor 1113; 1115 A 4, 5, 10; 1143 A 2; 1163 A 1, 5.

Art 168

Eine zur Zeit bes Infrafttretens bes Burgerlichen Gefegbuchs bestehende Berfügungsbeschränkung bleibt wirksam, unbeschabet ber Vorschriften bes Bürgerlichen Gesethuchs zugunsten derjenigen, welche Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten.

135 A 2: 137 A 6: 1094 A 5; 1809 A 2.

Mrt 169

Die Vorschriften bes Bürgerlichen Gesethuchs über bie Berjährung finden auf die vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs entstandenen, noch nicht verjährten Ansprüche Anwendung. Der Beginn sowie die hemmung und Unterbrechung der Berjährung bestimmen sich jedoch für die Zeit vor dem Intrafttreten bes Bürgerlichen Gesethuchs nach ben bisherigen Gesetzen.

Ist die Berjährungsfrist nach dem Bürgerlichen Gesethuche fürzer als nach ben bisherigen Gefeten, fo wird die fürzere Frist von dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs an berechnet. Läuft jedoch die in den bisherigen Gesetzen bestimmte längere Frist früher als die im Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmte fürzere Frist ab, so ift die Berjährung mit dem Ablaufe der längeren Frist vollendet.

Rorbem por 194; 852 A 7; 900 A 1; 937 M 1; Borbem 4 vor 1030; 1571 A 5; Borbem 3 vor 1922.

Art 170

Für ein Schuldverhältnis, das vor dem Intrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs entstanden ift, bleiben die bisherigen Gesetze mafigebend.

Borbem 8 vor 1; Borbem 5 vor 21; 125 A 7; 186 A 8; 246 A 8; 259 A 3; 288 A 5; 519 A 1; Borbem 7 vor 535; Borbem 8 vor 631; Borbem 8 vor 705; 724 A 2; 741 A 4; 762 A 7; Borbem 8 vor 823; 1360 A 1.

Mrt 171

Ein zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs bestehendes Miet-, Pacht- ober Dienstverhältnis bestimmt sich, wenn nicht die Kündigung nach bem Intrafttreten bes Burgerlichen Gesethuchs für den ersten Termin erfolgt, für den sie nach den bisherigen Gesehen zulässig ift, von diesem Termin an nach ben Borichriften bes Burgerlichen Gesethuchs.

Borbem 8 vor 1; Borbem 7 vor 585; Borbem 6 vor 611.

Art 172

Wird eine Sache, die zur Zeit des Infrafttretens des Bürgerlichen Gefetbuchs vermietet ober verpachtet war, nach dieser Zeit veräußert ober mit einem Rechte belaftet, fo hat der Mieter oder Bachter bem Erwerber der Sache oder des Rechtes gegenüber die im Burgerlichen Gesethuche bestimmten Rechte. Beitergebende Rechte bes Mieters ober Bächters, die sich aus den bisherigen Gesetzen ergeben, bleiben unberührt, unbeschadet ber Borschrift des Art 171.

Borbem 7b vor 535; 892 A 7.

Mrt 173

Auf eine zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs bestehende Gemeinschaft nach Bruchteilen finden von dieser Zeit an die Borschriften bes Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung.

741 1 4; 921 1 8; 1094 1 5; 2032 1 4.

Von dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs an gelten für die vorher ausgestellten Schuldverschreibungen auf den Inhaber die Vorschriften der §\ 798 bis 800, 802, 804 und des \ 806 Sat 1 des Bürgerlichen Gesethuchs. Bei den auf Sicht zahlbaren unverzinslichen Schuldverschreibungen sowie bei Jins-, Renten- und Gewinnanteilscheinen bleiben jedoch für die Kraftlos- erklärung und die Zahlungssperre die bisherigen Gesche nußgebend.

Die Verjährung der Ansprüche aus den vor dem Jukrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs ausgestellten Schuldverschreibungen auf den Juhaber bestimmt sich, unbeschadet der Vorschriften des § 802 des Bürgerlichen Gesethuchs, nach

den bisherigen Gesethen.

Borbem 8 vor 1; Borbem 8 vor 793; 798 A 1; 799 A 5; 801 A 3; 802 A 1; 808 A 3; 804 A 4; 806 A 1.

Art 175

Für Zins-, Kenten- und Gewinnanteilscheine, die nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs für ein vor dieser Zeit ausgestelltes Inhaberpapier ausgegeben werden, sind die Gesethe maßgebend, welche für die vor dem In-krafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs ausgegebenen Scheine gleicher Art gelten.

Borbem 3 vor 793; 803 A 3; 804 A 4.

21rt 176

Die Außerkurssetzung von Schuldverschreibungen auf den Inhaber findet nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzuchs nicht mehr statt. Eine vorher erfolgte Außerkurssetzung verliert mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzuchs ihre Wirkung.

Borbem 3 por 793; 799 A 5; 1809 A 1.

2frt 177

Von dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs an gelten für vorher ausgegebene Urkunden der im § 808 des Bürgerlichen Gesethuchs bezeichneten Art, sosern der Schuldner nur gegen Aushändigung der Urkunde zur Leistung verpflichtet ist, die Vorschriften des § 808 Abs 2 Sat 2, 3 des Bürgerlichen Gesethuchs und des Art 102 Abs 2 dieses Gesetzes.

Borbem 8 vor 1; Borbem 3 vor 798; 808 A 4.

2(rt 178

Ein zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs anhängiges Verfahren, das die Kraftloserklärung einer Schuldverschreibung auf den Inshaber oder einer Urkunde der im § 808 des Bürgerlichen Gesethuchs bezeichneten Art oder die Zahlungssperre für ein solches Papier zum Gegenstande hat, ist nach den bisherigen Gesehen zu erledigen. Nach diesen Gesehen bestimmen sich auch die Wirkungen des Versahrens und der Entscheidung.

Borbem 3 vor 793; 799 A 5; 808 A 4.

Art 179

Hat ein Anspruch aus einem Schuldverhältnisse nach den bisherigen Gesetzen durch Eintragung in ein öffentliches Buch Wirksamkeit gegen Dritte erstangt, so behält er diese Wirksamkeit auch nach dem Inkrafttreten des Bürgerslichen Gesetzuchs.

Borbem 3 bor 585.

2(rt 180

Auf ein zur Zeit des Infrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs bestehendes Besitzverhältnis finden von dieser Zeit an, unbeschadet des Art 191, die Borschriften des Bürgerlichen Gesethuchs Anwendung.

Borbem 8 vor 1: 854 A 6.

Mrt 181

Auf das zur Zeit des Jukrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs bestehende Eigentum finden von dieser Zeit an die Borschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung.

Steht zur Zeit bes Infrafttretens des Burgerlichen Gesethuchs das Gigentum an einer Sache mehreren nicht nach Bruchteilen zu ober ift zu biefer Zeit ein Sondereigentum an stehenden Erzeugnissen eines Grundstücks, insbesondere an Bäumen, begründet, so bleiben diese Rechte bestehen.

Borbem 8 vor 1; 93 A 7; 95 A 1; 283 A 5; 741 A 4; 890 A 6; 891 A 1; 903 A 1; 910 A 4; 912 A 1; 917 A 15; 921 A 8; 953 A 3; 1004 A 7; 1094 A 5.

Art 182

Das zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs bestehende Stodwertseigentum bleibt bestehen. Das Rechtsverhältnis der Beteiligten untereinander bestimmt sich nach den bisherigen Gesetzen.

93 A 7; 741 A 4; 749 A 6; 752 A 2; 891 A 1; 903 A 1; 1008 A 1; 1010 A 1; 1113 A 1; B D iber bas Erbbaurecht 1 21 11.

Mrt 183

Rugunsten eines Grundstücks, bas zur Zeit des Intrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit Wald bestanden ist, bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche die Rechte des Eigentümers eines Nachbargrundstücks in Ansehung der auf der Grenze oder auf dem Waldgrundstücke stebenden Bäume und Sträucher abweichend von den Vorschriften des § 910 und des § 923 Abf 2, 3 des Bürgerlichen Gesethuchs bestimmen, bis zur nächsten Berjüngung bes Waldes in Kraft.

Borbem 8 vor 1; 903 A 1; 910 A 2; 923 A 8.

21rt 184

Rechte, mit benen eine Sache ober ein Recht zur Zeit des Inkrafttretens bes Bürgerlichen Gesethuchs belaftet ift, bleiben mit dem sich aus den bisherigen Gesetzen ergebenden Inhalt und Range bestehen, soweit sich nicht aus den Artt 192 bis 195 ein anderes ergibt. Bon dem Inkrafttreten des Burgerlichen Gesethuchs an gelten jedoch für ein Erbbaurecht die Borschriften bes § 1017, für eine Grunddienstbarkeit die Borschriften der §§ 1020 bis 1028 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Morhem 8 vor 1; 498 U 1; 560 U 1; 873 U 6; 879 U 3, 4; 891 U 1; 892 U 3, 7; 894 U 1 a. E.; 1018 U 1, 5; 1020 U 6; 1021 U 5; 1023 U 7; 1024 U 4; 1025 U 6; 1026 U 3; 1027 U 4; 1028 U 5; Vorbem 4 vor 1030: 1090 U 1; 1094 U 5; 1105 U 1; 1110 U 1; Vorbem 6 vor 1113; 1138 U 1; 1252 U 6; BO über bas Erbbaured; 38 U 1 f.

Art 185

Ift gur Beit bes Infrafttretens bes Burgerlichen Gefegbuchs bie Erfigung des Eigentums ober Riegbrauchs an einer beweglichen Sache noch nicht vollendet, so finden auf die Ersitzung die Borschriften des Art 169 entsprechende Univendung.

937 A 1; Borbem 4 vor 1030.

Das Verfahren, in welchem die Anlegung der Grundbücher erfolgt, sowie der Zeitpunkt, in welchem das Grundbuch für einen Bezirk als angelegt anzussehen ist, werden für jeden Bundesstaat durch landesherrliche Verordnung bestimmt.

Ist das Grundbuch für einen Bezirk als angelegt anzuschen, so ist die Aulegung auch für solche zu dem Bezirke gehörende Grundstücke, die noch kein Blatt im Grundbuche haben, als erfolgt anzuschen, soweit nicht bestimmte

Grundstücke durch besondere Anordnung ausgenommen sind.

Borbem vor 873; 891 A 1; 892 A 6; 900 A 1; 903 A 1; 925 A 1; 1018 A 1; 1120 A 1.

Art 187

Eine Grunddienstbarkeit, die zu der Zeit besteht, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, bedarf zur Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs nicht der Eintragung. Die Eintragung hat jedoch zu erfolgen, wenn sie von dem Berechtigten oder von dem Eigentümer des belasteten Grundstücks verlangt wird; die Kosten sind von demzenigen zu tragen und vorzuschießen, welcher die Eintragung verlangt.

Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß die bestehenden Grunddienste barkeiten oder einzelne Arten zur Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs bei der Anlegung des Grundbuchs oder später in das Grundbuch eingetragen werden nüssen. Die Bestimmung kann

auf einzelne Grundbuchbezirke beschränkt werden.

878 A 6; 879 A 3; 889 A 2; 892 A 3, 6; 894 A 1 a. E.; 1018 A 1, 5; 1027 A 4; 1028 A 5; 1094 A 5.

Art 188

Durch landesherrliche Berordnung kann bestimmt werden, daß gesetzliche Pfandrechte, die zu der Zeit bestehen, zu welcher das Erundbuch als angelegt anzusehen ist, zur Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Erundbuchs während einer zehn Jahre nicht übersteigenden, von dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzlichen Gesetzlichen Frist nicht der Einkragung bedürsen.

Durch landesherrliche Verordnung kann bestimmt werden, daß Mietrechte und Pachtrechte, welche zu der im Abs 1 bezeichneten Zeit als Rechte an einem Grundstüde bestehen, zur Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffent.

lichen Glauben des Grundbuchs nicht der Eintragung bedürfen.

Borbem 3 vor 585; 892 A 6; Borbem 6 vor 1113.

Art 189

Der Erwerb und Verlust bes Eigentums sowie die Begründung, Abertragung, Belastung und Aussebung eines anderen Rechtes an einem Grundstäck ober eines Rechtes an einem solchen Rechte erfolgen auch nach dem Jukrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs nach den bisherigen Gesehen, die das Grundbuch als angelegt anzusehen ist. Das gleiche gilt von der Anderung des Inhalts und des Ranges der Rechte. Ein nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesehuchs unzulässiges Recht kann nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesehuchs nicht mehr begründet werden.

Ift zu der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, der Besitzer als der Berechtigte im Grundbuch eingetragen, so sinden auf eine zu dieser Zeit noch nicht vollendete, nach § 900 des Bürgerlichen Gesethuchs zustässige Ersitzung die Vorschriften des Art 169 entsprechende Anwendung.

Die Aufhebung eines Rechtes, mit dem ein Grundstück oder ein Kecht an einem Grundstücke zu der Zeit belastet ist, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, erfolgt auch nach dieser Zeit nach den bisherigen Gesehen, bis das Recht in das Grundbuch eingetragen wird.

Worbem 10 vor 104; 318 U 5; 498 W 1; 560 W 1; Borbem vor 873; 873 W 6; 875 M 3; 877 M 6; 880 Y 2 a. E.; 889 Y 2; 900 W 1; 903 W 1; 925 W 1, 6, 11; 927 W 1; 1018 W 1, 5; 1028 W 5; Borbem 4 vor 1030; 1090 W 1; 1094 W 5; 1105 W 1; 1111 W 2; 1112 W 1; Borbem 6 vor 1113; 1113 W 1.

Art 190

Das nach § 928 Abs 2 bes Bürgerlichen Gesethuchs dem Fiskus zustehende Aneignungsrecht erstreckt sich auf alle Grundstücke, die zu der Zeit herrenlos sind, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist. Die Vorschrift des Art 129 sindet entsprechende Anwendung.

928 N 6.

Art 191

Die bisherigen Gesetze über den Schutz im Besitz einer Grunddienstbarkeit oder einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit sinden auch nach dem Instrasttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung, dis das Grundbuch für

das belastete Grundstück als angelegt anzusehen ist.

Bon der Zeit an, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, sinden zum Schuße der Ausübung einer Grunddienstbarkeit, mit welcher das Halten einer dauernden Anlage verbunden ist, die für den Besitsschuß geltenden Borschriften des Bürgerlichen Gesethuchs entsprechende Anwendung, solange Dienstdarkeiten dieser Art nach Art 128 oder Art 187 zur Erhaltung der Wirksamskeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs nicht der Eintragung bedürsen. Das gleiche gilt für Grunddienstbarkeiten anderer Art mit der Maßegabe, daß der Besitsschuß nur gewährt wird, wenn die Dienstbarkeit in sedem der drei letzten Jahre vor der Störung mindestens einmal ausgeübt worden ist.

854 N 6; 1018 N 1, 5; 1029 N 6; 1090 N 1, 7.

Art 192

Ein zu der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, an einem Grundstücke bestehendes Pfandrecht gilt von dieser Zeit an als eine Hypothek, für welche die Erteilung des Hypothekendriess ausgeschlossen ist. Ist der Betrag der Forderung, für die das Pfandrecht besteht, nicht bestimmt, so gilt das Pfandrecht als Sicherungshypothek.

Ist das Pfandrecht dahin beschränkt, daß der Gläubiger Befriedigung aus dem Grundstücke nur im Wege der Zwangsverwaltung suchen kann, so bleibt

diese Beschränkung bestehen.

Borbem 8 vor 1; 883 A 8; 891 A 1; Borbem 6 vor 1113; 1116 A 2; 1118 A 1; 1119 A 1; 1120 A 1; 1127 A 4; 1183 A 2; 1138 A 1; 1147 A 2; 1163 A 1; 1164 A 2; 1179 A 4; 1180 A 1; 1190 A 1 a. E.

21rt 193

Durch Landesgeset kann bestimmt werden, daß ein Pfandrecht, welches nach Art 192 nicht als Sicherungshypothek gilt, als Sicherungshypothek oder als eine Sypothek gelten soll, für welche die Erteilung des Hypothekenbriefs nicht ausgeschlossen ist, und daß eine über das Pfandrecht erteilte Urkunde als Hypothekenbrief gelten soll.

891 A 1; Borbem 6 vor 1113; 1116 A 2.

Art 194

Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß ein Gläubiger, dessen Pfandrecht zu der im Art 192 bezeichneten Zeit besteht, die Löschung eines im Range vorgehenden oder gleichstehenden Pfandrechts, falls dieses sich mit dem Eigentum in einer Person vereinigt, in gleicher Weise zu verlangen berechtigt ist, wie wenn zur Sicherung des Nechtes auf Löschung eine Bormerkung im Grundbuch eingetragen wäre.

891 A 1; Borbem 6 vor 1113; 1163 A 1; 1178 A 2; 1179 A 4.

Art 195

Eine zu der Zeit, zu welcher das Erundbuch als angelegt anzusehen ist, bestehende Erundschuld gilt von dieser Zeit an als Erundschuld im Sinne des Bürgerlichen Gesethuchs und eine über die Erundschuld erteilte Urkunde als Erundschuldbrief. Die Vorschrift des Art 192 Abs 2 findet entsprechende Ans

wendung.

Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß eine zu der im Abs 1 beseichneten Zeit bestehende Grundschuld als eine Hypothek, für welche die Ersteilung des Hypothekenbriefs nicht ausgeschlossen ist, oder als Sicherungsshypothek gelten soll und daß eine über die Grundschuld erteilte Urkunde als Hypothekenbrief gelten soll.

Borbem 8 vor 1; 891 U 1; Borbem 6 vor 1113.

21rt 196

Durch Landesgeset kann bestimmt werden, daß auf ein an einem Grundsstücke bestehendes vererbliches und übertragbares Nuhungsrecht die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften und auf den Erwerb eines solchen Rechtes die für den Erwerb des Eigentums an einem Grundstücke geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesehduchs Anwendung finden.

Borbem 4 vor 873; 873 A 6, 7c; 917 A 14; 925 A 1; 928 A 1; 1018 A 2, 3; 1090 A 2; 1147 A 2; 1445 A 4; 1551 A 9; 2113 A 1.

Mrt 197

In Kraft bleiben die landesgesetzlichen Vorlchriften, nach welchen in Ansehung solcher Grundstücke, bezüglich deren zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzuchs ein nicht unter den Art 63 fallendes bäuerliches Nutzungszecht besteht, nach der Beendigung des Nutzungsrechts ein Necht gleicher Art neu begründet werden kann und der Gutsherr zu der Vegründung perpflichtet ist.

2(rt 198

Die Gültigkeit einer vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs

geschlossenen Ehe bestimmt sich nach den bisherigen Gesetzen.

Eine nach den bisherigen Gesetzen nichtige oder ungültige Ehe ist als von Anfang an gültig anzusehen, wenn die Ehegatten zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs noch als Ehegatten miteinander leben und der Grund, auf dem die Nichtigkeit oder die Ungültigkeit beruht, nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Nichtigkeit oder die Anfechtarkeit der Ehe nicht zur Folge haben oder diese Wirkung verloren haben würde. Die sür die Ansechtung im Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmte Frist beginnt nicht vor dem Ankrasttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Die nach den bisherigen Gesetzen erfolgte Ungultigkeitserklärung einer Che

steht der Nichtigkeitserklärung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche gleich.

Borbem 8 vor 1; Borbem 10 vor 104; 125 A 7; 1824 A 3; 1389 U 7.

Art 199

Die persöulichen Nechtsbeziehungen der Chegatten zueinander, insbesondere die gegenseitige Unterhaltspflicht, bestimmen sich auch für die zur Zeit des

Inkrafttretens bes Bürgerlichen Gesethuchs bestehenben Chen nach dessen Vorschriften.

Borbem 8 vor 1; 1860 2 1; 1581 2 2; Borbem 4 vor 1601.

Art 200

Für den Güterstand einer zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs bestehenden She bleiben die disherigen Gesehe maßgebend. Dies gilt insbesondere auch von den Vorschriften über die erbrechtlichen Wirkungen des Güterstandes und von den Vorschriften der französischen und der badischen Gesehe über das Versahren bei Vermögensabsonderungen unter Shegatten.

Eine nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesethuchs zulässige Negelung des Güterstandes kann durch Chevertrag auch dann getroffen werden, wenn

nach den bisherigen Gesetzen ein Chevertrag unzulässig sein würde.

Soweit die Chefrau nach den für den bisherigen Güterstand maßgebenden Gesetzen infolge des Güterstandes oder der Che in der Geschäftsfähigkeit besichränkt ist, bleibt diese Beschränkung in Kraft, solange der bisherige Güterstand besteht.

104 U 7; Borbem 8 vor 1363; 1895 U 5; 1488 U 4; Borbem 8 vor 1922; 1922 U 9 a. E.; 1931 U 5; 2229 U 3.

Art 201

Die Scheibung und die Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft erfolgen von dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesehbuchs an nach dessen Vorschriften.

Hat sich ein Ehegatte vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs einer Verschlung der in den §§ 1565 bis 1568 des Bürgerlichen Gesethuchs bezeichneten Art schuldig gemacht, so kann auf Scheidung oder auf Aushebung der ehelichen Gemeinschaft nur erkannt werden, wenn die Versehlung auch nach den bisherigen Gesehen ein Scheidungsgrund oder ein Trennungsgrund war.

Borbem 8 vor 1; Borbem 8 vor 1863; 1564 A 6; 1571 A 5; 1581 A 2.

Mrt 202

Für die Wirkungen einer beständigen oder zeitweiligen Trennung von Tisch und Bett, auf welche vor dem Intrafttreten des Bürgerlichen Gesetzuchs erkannt worden ist, bleiben die bisherigen Gesetze maßgebend. Dies gilt insbesondere auch von den Borschriften, nach denen eine dis zu dem Tode eines der Chegatten fortbestehende Trennung in allen oder einzelnen Beziehungen der Auflösung der Ehe gleichsteht.

1358 21 4; 1564 21 6; 1931 21 1.

Art 203

Das Nechtsverhältnis zwischen den Eltern und einem vor dem Intrasttreten des Bürgerlichen Gesethuchs geborenen ehelichen Kinde bestimmt sich von dem Intrastreten des Bürgerlichen Gesethuchs an nach dessen Vorschriften. Dies gilt insbesondere auch in Ansehung des Vermögens, welches das Kind vorher erworden hat.

Borbem 8 bor 1; 1609 2 2; Borbem 8 bor 1741.

Art 204

Ist der Bater oder die Mutter zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs in der Sorge für die Person oder für das Bermögen des Kindes durch eine Anordnung der zuständigen Behörde beschränkt, so bleibt die Beschränkung in Kraft. Das Bormundschaftsgericht kann die Anordnung nach § 1671 des Bürgerlichen Gesethuchs ausheben.

Ist dem Vater ober der Mutter die Nutznießung an dem Vermögen des Kindes durch Anordnung der zuständigen Behörde entzogen, so hat das Vormundschaftsgericht die Anordnung auf Antrag aufzuheben, es sei denn, daß die Entziehung der Nutznießung nach § 1666 Abs 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gerechtsertigt ist.

Borbem 7 vor 1616.

Art 205

Hat der Bater vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs auf Grund der bisherigen Gesethe die Mutter von der Vormundschaft über das Kind ausgeschlossen oder der Mutter einen Beistand zugeordnet, so gilt die Ansordnung des Baters von dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs an als Anordnung der Bestellung eines Beistandes für die Mutter im Sinne des Bürgerlichen Gesethuchs.

Borbem 7 vor 1616.

Art 206

Ist auf Grund der bisherigen Gesetze eine Ehe geschieden oder infolge der Todeserklärung eines der Ehegatten aufgelöst oder ist auf Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett erkannt worden, so bestimmen sich das Recht und die Pflicht der Eltern, für die Person der gemeinschaftlichen Kinder zu sorgen, nach den bisherigen Gesetzen; die Vorschriften des § 1635 Abs 1 Sat 2, Abs 2 und des § 1636 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sinden jedoch Anwendung.

1581 A 2; Borbem 7 por 1616.

Art 207

Inwieweit die Kinder aus einer vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs geschlossen nichtigen oder ungültigen She als eheliche Kinder anzusehen sind und inwieweit der Bater und die Mutter die Pflichten und Rechte ehelicher Eltern haben, bestimmt sich nach den bisherigen Gesehen.

1699 21 2.

Art 208

Die rechtliche Stellung eines vor dem Inkraftkreten des Bürgerlichen Gesetsbuchs geborenen unehelichen Kindes bestimmt sich von dem Inkraftkreten des Bürgerlichen Gesetsbuchs an nach dessen Borschriften; für die Erforschung der Baterschaft, für das Recht des Kindes, den Familiennamen des Baters zu führen, sowie für die Unterhaltspflicht des Baters bleiben jedoch die bisherigen Gesetsmaßgebend.

Inwieweit einem vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Geschuchs außerehelich erzeugten Kinde aus einem besonderen Trunde, insbesondere wegen Erzeugung im Brautstande, die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes zukommt und inwieweit der Bater und die Mutter eines solchen Kindes die Pflichten und Rechte ehelicher Eltern haben, bestimmt sich nach den bisherigen

Geseken.

Die Vorschriften bes Abs 1 gelten auch für ein nach ben französischen ober ben babischen Gesetzen auerkanntes Kind.

Borbem 3 por 1705; 1924 N 2.

Art 209

Inwieweit ein vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetbuchs legitiniertes oder an Kindes Statt angenommenes Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes hat und inwieweit der Vater und die Mutter die Psichten und Rechte ehelicher Eltern haben, bestimmt sich nach den bisherigen Gesehen.

Borbem 3 vor 1705; Borbem 3 vor 1741.

Auf eine zur Zeit des Intrafttretens des Bürgerlichen Gesethuchs bestehende Bormundschaft ober Pflegschaft finden von diefer Zeit an die Borschriften des Bürgerlichen Gesethuchs Anwendung. Ift die Bormundschaft wegen eines förperlichen Gebrechens angeordnet, so gilt sie als eine nach § 1910 Abs 1 des Bürgerlichen Gesetbuchs angeordnete Pflegschaft. Ift die Vormundschaft wegen Geistesschwäche angeordnet, ohne daß eine Entmundigung erfolgt ist, so gilt sie als eine nach § 1910 Abs 2 des Bürgerlichen Gesethuchs für die Bermögensangelegenheiten des Geistesschwachen angeordnete Pflegschaft.

Die bisherigen Vormunder und Pfleger bleiben im Amte. Das gleiche gilt im Geltungsbereiche ber preußischen Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 für den Familienrat und beffen Mitglieder. Ein Gegenvormund ift zu entlaffen, wenn nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesethuchs ein Gegenvormund

nicht zu bestellen sein würde.

Borbem 8 vor 1: Borbem 7 vor 1773.

21rt 211

Die nach den französischen oder den badischen Weseten für einen Weistesschwachen angeordnete Bestellung eines Beistandes verliert mit dem Ablaufe von sechs Monaten nach dem Jufrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs ihre Wirkung.

Borbem 7 vor 1773.

Art 212

In Araft bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen gewisse Bertvapiere zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklart find.

Borbem 7 por 1773; 1807 N 1; 2119 N 1.

Art 213

Kür die erbrechtlichen Berhältnisse bleiben, wenn der Erblasser vor dem Intrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs gestorben ist, die bisherigen Gesetze maßgebend. Dies gilt insbesondere auch von den Borschriften über bas erbschaftliche Liquidationsverfahren. Borbem 8 vor 1; Borbem 10 vor 104; Borbem 3 vor 1363; Borbem 8 vor 1922; 2032 A 4; 2259 A 6; 2260 A 4; Borbem vor 2339; Borbem vor 2353.

Mrt 214

Die por bem Infrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs erfolgte Errichtung oder Aufhebung einer Verfügung von Todes wegen wird nach den bisherigen Gesetzen beurteilt, auch wenn ber Erblaffer nach dem Infrafttreten bes Bürgerlichen Gesethuchs stirbt.

Das gleiche gilt für die Bindung des Erblassers bei einem Erbvertrag oder einem gemeinschaftlichen Testamente, sofern der Erbvertrag oder das Testament por bem Intrafttreten bes Bürgerlichen Gesethuchs errichtet worden ift.

125 A 7; Borbem 3 vor 1922; Borbem vor 2229; 2286 A 1; 2289 A 1.

Mrt 215

Ber vor bem Infrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs die Fähiafeit zur Errichtung einer Verfügung von Todes wegen erlangt und eine folche Berfügung errichtet hat, behält die Fähigkeit, auch wenn er bas nach bem Bürgerlichen Gesethuch erforderliche Alter noch nicht erreicht hat.

Die Vorschriften bes § 2230 bes Bürgerlichen Gesethuchs finden auf ein Testament Anwendung, das ein nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gessethuchs gestorbener Erblasser vor diesem Zeitpunkt errichtet hat.

Borbem 10 vor 104; 104 A 7; Borbem 8 vor 1922; Borbem vor 2229; 2230 A 2.

Art 216

Die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen Mitglieder gewisser ritterschaftlicher Familien bei der Ordnung der Erbsolge in ihren Nachlaß durch das Pflichtteilsrecht nicht beschränkt sind, bleiben in Anschung derzenigen Familien in Kraft, welchen dieses Recht zur Zeit des Inkrafttretens des Vürgerlichen Gesetzuchs zusteht.

Borbem 8 vor 1922.

Art 217

Die vor dem Jukrafttreten des Bürgerlichen Gesethuchs erfolgte Errichtung eines Erdverzichtsvertrags sowie die Wirkungen eines solchen Vertrags bestimmen sich nach den bisherigen Gesehen.

Das gleiche gilt von einem vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetbuchs geschlossenen Vertrage, durch den ein Erbverzichtsvertrag aufgehoben worden ist.

Borbem 3 vor 1922; 1931 A 5; Borbem vor 2346.

Art 218

Soweit nach den Vorschriften dieses Abschnitts die bisherigen Landesgesetze maßgebend bleiben, können sie nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzebuchs durch Landesgesetz auch geändert werden.

7 A 1; 1105 A 1; Vorbem 8 vor 1868; 1922 A 9 a. E.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigestruckem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 18. August 1896.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst zu Sohenlohe.

Alphabetisches Sachverzeichnis

Die Rahlen bedeuten die Paragraphen des BGB. A = Anmerkung. Vorbem = Vorbemerkung. EG = Ginführungsgeset. Berordnung über das Erbbaurecht f. 3. Band G. 347; Gefet über die religiöse Kindererziehung [. 4. Band S. 385.

21

Abbaurecht Borbem 4 vor 873.

Abbruch eines Gebäudes, Beeinträchtigung des Nachbargrundstücks 909 A 6.

Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte: bei Beugen ber Cheschließung 1818, bei Beugen der Testamentserrichtung 2237, beim Vormund 1781; EG 40.

Abfindung bei Guts- ober Bermögensüber. nahme 330; eines Verletten 843, 844; bes anteilsberechtigten Abkommlings bei fortgesetzter Gütergemeinschaft 1501, 1503; bes Chegatten 1580; für Unterhaltsansprüche des unehelichen Kindes 1714; 244 A 1; Aufwertung 242 A 5 da, Borbem 2 vor 779, 1578 A 1.

Abgaben, öffentliche: feine haftung bes Bertäufers für Nichtvorhandensein 486; Rückforderung zu Unrecht erhobener Vorbem 2 vor 812; Tragung durch den Erbschafts-täufer 2379; vgl. Lasten; Rüderstattung

EU 104.

Abhanden gekommene Schuldverschreibungen auf den Inhaber 799, Bins., Menten., Gewinnanteilscheine 799; qualifizierte Legitimationspapiere 808; Eigentumserwerb an abhanden gekommenen Sachen 935, Herausgabe an den früheren Besiger 1006, 1007; abhanden gekommener Sypothekenbrief 1162.

Abhängigteitsverhältnis, Mißbrauch zum Zwecke außerehelicher Beiwohnung 825 A 5.

Abholungsrecht bes Besitzers 867, bes Eigentümers einer beweglichen Sache 1005.

Abkömmlinge, einseitige 1482 A 2; Unterhalt vgl. das.; Cheverbot 1310; Fortsetung der allgemeinen Gütergemeinschaft 1483; Wirkung der Legitimation durch nachfolgende Che 1722, der Chelich. feitserklärung 1787, ber Annahme an Kinbes Statt 1762;

gesetliches Erbrecht 1923, 1924; Ausgleichungspflicht 2050—2053; Einsehung im Testamente 2069, 2070; Ginsetzung als Nacherbe 2107; Pflichtteilsrecht 2303, 2309, 2315, 2316; Entziehung des Pflichtteils 2333; Beschränfung bes Pflichtteils in guter Absicht 2338; Erbverzicht 2349, 2350.

Abturzung ber Berjährungsfrift 225, ber

Gewährfrist bei Haustieren 486. **Wbladegeschäft** 361 A 1; 433 A 10h. **Wblehnung** des Antrags 146, 147, 150; der Leistung durch einen Dritten 267; der Leistung im Falle des Verzugs 286; desgl. dei gegenseitigen Verträgen 326; der Schenfung 516; der Annahme eines Auftrags 663; ber Aufbewahrung von Sachen bes Gastes burch ben Wirt 701, 702; ber fortgesetten Gütergemeinschaft 1484; ber fortgesetzten Fahrnisgemeinschaft 1557 A 4; der Vormundschaft 1786, 1787; der An-ordnung der Nachlasverwaltung 1992; des Amtes als Testamentsvollstrecker 2202.

Ablieferung an einen gerichtlich bestellten Berwahrer bei Gesamtgläubigerverhältnis 432; ber gefauften Sache 438 21 8 Ia; Beginn ber Berjährungsfrift für die Gewährleistungsausprüche 477; ber gefun-benen Sache 967, 975, 978; ber Pfanblache an einen gerichtlich bestellten Berwahrer 1217; bes Testaments an das Nachlaß. gericht 2259; des Erbvertrags 2300.

Ablieferungsort 269 A 1, 270; Berschieden. heit bes Ablieferungsorts bei der Auf.

rechnung 391.

Ablösung der Rentenschuld 1199—1202; von Teilen eines Gebändes, Haftung 836, Ab. wendung 908.

Ablösungerecht 268; bei Shpotheten 1150; beim Pfandrecht 1249.

Ablösungsrenten EG 113, 114; Haftung bes Grundstücksverkäufers 434 A 3a.

Abmartung ber Grundstüde 919.

Abnahme ber gefauften Sache 433 A 9b; Roften 448; beim Werkvertrag 640.

Abneigung, unüberwindliche 1564 A 2. Abrechnung als Grundlage eines Schuld. versprechens ober Schuldanerkenntnisses

Abruf 433 A 5d; 495 A 4; 361 A 1. Abschichtungsanspruch 1487 A 7.

Abichlagszahlung, Unterbrechung ber Berjährung 208.

Abschrift aus dem Bereinsregifter 79; aus dem Güterrechtsregifter 1563; bes Teftaments 2264; beglaubigte Abschrift bes Testaments des verstorbenen Teiles beim gemeinschaftlichen Testamente 2273.

Absonderungsberechtigte, nicht betroffen vom Aufgebot der Rachlaggläubiger 1971. Absperrung eines Ortes, Testamentserrich

tung 2250.

Abstammung vgl. Cheliche Abstanmung. Abstand von Anlagen von der Grenze 907. Abtrennungsrecht des Besitzers 997.

Abtretung 398; Form 398 A 1; fünftiger Rechte 398 A 2; von Rebenrechten 399 A 4; ausgeschlossen infolge der Natur der Leistung oder Bereinbarung 399, bei höchstpersönlichen Rechten 399 A 4, bei unpfändbaren Nechten 400; Wirkung 398, bezug-lich ber Neben- und Borzugsrechte 401; auf den Gerichtsftand 401 A 3; Auskunftspflicht bes bisherigen Gläubigers 402; öffentlich beglaubigte Abtretungsurfunde 403; Einwendungen des Schuldners 404, bei Scheingeschäft und vertragemäßigem Ausschluß der Abtretung 405; Aufrechnung gegenüber dem bisherigen Gläubiger nach der A. 408 A 1; gegenüber bem neuen Gläubiger 406, 408 A 1; besgl. bei anfechtbarer Forberung 387 A 2; Schut bes Schuldners bei Untenntnis der Abtretung 407, bei mehrmaliger Abtretung 408; Wirfung des rechtsträftigen Urteils 407; ber Anzeige des Gläubigers 409; Legitimation bes neuen Glänbigers 410; von Dienfteinkommen 411, ES 81; eines Sparkaffenbuchs 808 A 3; Mbergang von Forderungen traft Geseyes 412; Abertragung anderer Rechte als Forderungen 413;

der Ansprüche des Schadensersatzberech. tigten an den Berpflichteten 255; des Ersahanspruchs bei Unmöglichkeit der Leistung 281; bes Eigentumsanspruchs 985 A 1; bes Herausgabeanspruchs zweds Übertragung des Besitzes 870; zwecks Übertragung des Eigentums 931, 934, 985 A 5, 986 A 4; der Hypothekenforderung 1117 A 1 a. E., 1154, 1156—1159; der Höchst-hypothet 1190; des Pfandrechts 1250; des Unterhaltsanspruchs Vorbem 6 vor

1601; val. Ubertragung.

Abweichung bes Räufers von den Weisungen bes Vertäufers über die Versendung 447, des Beauftragten von den Weisungen des Auftraggebers 665, des Geschaftsführers einer Gesellschaft von deren Weisungen 713.

Abwesende, Amfechtung von Willenserklärungen gegenüber einem Abwesenden 121; Willenserklärung gegenüber Abivesenden 130, 132; Vertragsschluß 147—151.

Abwesenheit des Chemanns 1358, 1401, 1450; der Chefrau 1379, 1447.

Abwesenheitspflegichaft 1911, 1921, 114 2(1; für den Chemann 1418, 1428.

Approximation of the state of t

Abwidlungsgeschäft der Liquidatoren 49 Al 1.

Abzahlungegeschäft 455 A 7. Abel EG 57-59; Abertragung burch Annahme an Kindes Statt Vorbem 5 por 1741.

Adliger Rame 12 A 1, 3, 1355 A 6, 1577 A 11, 1616 A 1, Vorbem 4 vor 1705.

Anatozismus 248.

Anderung ber Bereinsfahungen 33, 71, bes Bereinszwecks 33, 43, bes Bereins. vorstandes 67, der Verfassung einer Stiftung 87, eines Vertragsantrags 150, des Wohnsiges ober der gewerblichen Niederlassung des Glänbigers 270, des Inhalts eines Schuldverhältnisses 305, der wirtschaftlichen Bestimmung eines gepachteten Grund. ftude 583, der Art der Hinterlegung 692, ber hauptverbindlichkeit bei der Bürgschaft 767, des Wohnsihes des Hauptschulbners bei der Bürgschaft 775, des Inhalts eines Grundstücksrechts 877, des Ranges von Grundstücksrechten 880, einer zum Vorteile zweier Grundstücke bienenden Ginrichtung 922, bes einem Rießbrauch unterliegenden Rechtes 1071, ber Zahlungszeit und bes Zahlungsorts einer Hypothek 1119, bes verpfändeten Rechtes 1276, ber Berwaltung und Nutmießung des Ehemanns 1435, der güterrechtlichen Berhältnisse von Chegatten 1561, vormundschaftsgerichtlicher Anordnungen 1671.

Uffektionsintereffe 253 A 1; bei der Ermäßigung einer Vertragsftrafe 348, beim

Finderlohn 971

Afterbürgichaft Vorbem 5 vor 765.

Aftermiete 549.

Afterverpachtung 596. Agent Vorbem 1 vor 164.

Agenturvertrag 611 A 4; Konfurs 675 A 5.

Attord Borbem vor 779. Attorbuirgichaft 766 A 2.

Attreditiv 433 A 5q, 9a, 10h, nn; Borbem 5

Attien, Bezugsrecht 99 A 10; Verkauf 314 A 1; Rießbrauch 1068 A 3; Verpfändung 1293 A 1.

Attiengesellschaften Vorbem 1 vor 705;

Verschmelzung 41 A 1.

Allgemeine Gütergemeinschaft 1437; Besamtgut 1438; Sondergut 1439; Bor-behaltsgut 1440, 1441; Verfügungsrecht ber Ehegatten 1442; Berwaltung bes Gefamtguts, Führung von Rechtsftreitig. teiten 1443, 1444 A 6, 1445 A 6, 1454; Rechtsgeschäfte bes Mannes, die der Einwilligung ber Frau bedürfen 1444—1446; Ersetung der Einwilligung der Frau durch das Vormundschaftsgericht 1447, 1448; Genehmigung durch die Frau 1448; Folgen der mangelnden Einwilliaung der Frau 1448, 1449, 1468; Verfügungsrecht ber Frau bei Verhinderung des Mannes 1450; Erfetzung der Zustimmung des Mannes burch das Vormundschaftsgericht 1451; Erwerbsgeschäft ber Chefrau 1452; von ber Zustimmung bes Mannes befreite Rechtshandlungen der Frau 1453, 1454: haftung bes Gesamtguts bei Bereicherung 1455; Saftung bes Mannes für die Berwal. tung des Gesamtguts 1456; Berantwort. lichteit der Frau 1456 A 6; Vormundschaft über den Mann 1457; Tragung des ehelichen Aufwandes 1458; haftung für Besamtgutsverbindlichkeiten gegenüber ben Gläubigern 1459-1462, 1480; Prozeß. tosten 1460 A 5, 1463, 1464; Konfurs 1459 A 13; Verteilung der Gesamtgutsverbind. lichkeiten im Berhältnis der Chegatten gueinander 1463—1465, 1481; Ausstattung von Abkömmlingen 1465; Ausgleichung zwischen Gesamtgut und Vorbehaltsgut 1466; Fälligfeit der gegenseitigen Ansprüche ber Chegatten 1467; Beendigung 1468 A1; Aufhebung durch Chevertrag .1436, durch Urteil 1468-1470, 1479; Auseinander. seining wegen des Gesamtguts 1471—1481; unbeerbte Ehe 1482; beerbte Ehe 1483; Regelung der Unterhaltspflicht ber Chegatten gegenüber Berwandten 1604; Zuwendungen aus dem Gesamtgut, Ausgleichungspflicht 2054; vgl. Fortgesetzte Gütergemeinschaft.

Allgemeinheit Rechtsfähigkeit Borbent 2

por 21.

Altenteil EU 96; Einfluß der Weldentwertung 759 A 1; Eintragung im Grundbuch 874 A 3; vgl. Leibgedingsvertrag.

Alternative Benennung bes mit einem Bermächtnis Bedachten 2152.

Alternativobligation 262 A 1. Amortisationshypothet 96 A 1, 97 A 2, 1115 A 6, 1163 A 1.

Amortifationsquoten 246 A 1; Berjährung, wenn sie als Zinszuschläge zu entrichten

find 197.

Umtegericht: Führung bes Bereinsregifters 21, 55; Bervollständigung des Bereins. vorstandes 29; Einberufung ber Mitgliederversammlung 37, Zeugnis über bie Zusammenschung bes Bereinsvorftanbes 69, Ordnungsftrafen gegenüber ben Mitgliedern des Bereinsvorftandes 78;

Buftellung von Willenserflärungen 132; Rraftloserklärung der Bollmachtserklärung 176; Sicherheitsarrest gegen ben fest genommenen Berpflichteten 230; Alb: nahme bes Offenbarungseides 261; Beftellung eines Bertreters für Entgegen. nahme der Kündigung der Hypothek 1141;

vgl. Güterrechtsregister, Nachlaggericht, Vormundschaftsgericht.

Amtstantionen ES 90.

Umtspflicht: Berletung burch Beamte 839, 841, EG 77, 78, burch den Vormundschafts. richter 1674, 1848.

Amtsfiegel, Berschluß des Testaments 2246

21 3.

Amtsbormundschaft 1773 A 5.

Analogie Borbem 3 vor 1.

Androhung ber Aufgabe bes Grundstücks burch den Schuldner 303, der Bersteigerung ber hinterlegten Sache 384, bes Pfand. verkaufs 1234.

Ancigunng beweglicher Sachen 958, 959; von Tieren 960, EG 130; von Bienen 961-964; herrenloser Grundstüde durch den Fistus 928, EG 129; Geftattung der Aneignung von Erzeugnissen und Bestandteilen 956, 957.

Anerbe, Abernahme eines Landguts durch Pflichtteilsberechtigten 2312; EG 64.

Anerkenninis, Ginfluß auf Verjährung 211 A 1; eines verjährten Anspruchs 222; bes Erlöschens der Schuld 371; im Prozes Vorbem 4 vor 780; Schuldanerkenntnis Vorbem 1—4 vor 780, 781.

Unerkennung, nicht empfangsbedürftige Willenserklärung Vorbem 1 vor 116; Unterbrechung ber Verjährung 208 A 2, Vorbem 4 vor 780; negativer Anerkennungsverirag 397; Anerkennung bes Bestehens oder Nichtbestehens eines Schuld. verhältniffes, Mudforderung 812; der Chelichteit eines Kindes 1598, deren Anfechtung 1599; ber Vaterschaft 1598, 1718, 1720,

1725; gegenüber bem Kinde 143 U 4. Anfall bes Bermögens eines aufgelöften Vereins 45-47, EU 85; eines Stiftungs. vermögens bei Erlöschen ber Stiftung 88; ber Erbichaft 1942, 1953, 2344; der Rach. erbschaft 2139; bes Bermachtniffes 2176

bis 2179, 2269.

Anfang einer Frist 187; eines Monats 192;

der Verjährung 198.

Unfangstermin 163; bei Berträgen über unmögliche Leistungen 308; bei letztwilligen Zuwendungen 2066, 2070; bei Bermächtnissen 2162, 2177.

Anfechtung einer Willenserklärung Vorbem 1, 4 vor 116; wegen Frrtums 119, 133 U 1; wegen Irrtums des Bertreters, des Bertretenen 166 A 3; wegen unrichtiger Ubermittlung 120; wegen Drohung und arglistiger Täuschung 123, 166 A 3; Zeitpunkt 121, 124; Anfechtungsberechtigter 143 A 1; Anfechtungsgegner 143; Wirkung 142; teilweise A. 142 A 1; Teilbarfeit bes Anfechtungsrechts 143 A 2; Form 143; Bestätigung aufechtbarer Rechtsgeschäfte 144; Berzicht auf das Anfechtungsrecht 144 A 1; Übertragbarkeit 401 A 1; Wirkung auf die Verjährung 200; Wirtung auf die Auf-rechnung 390 A 1; auf Bürgschaft 770; Anfechtungsrecht des Zessionars 142 A 2, 404 21 2;

einer Prozeghandlung Vorbem 8 vor 104; ber Entmundigung 115; ber Beftimmung der Leistung durch Dritte 318; der Ehe 1330—1335; der Todeserklärung 1348, 1349; der neuen Che im Falle der Todes. erklärung 1350, 1351; von Rechtsgeschäften des Chemanns bzw. des eingebrachten

Gutes 1391 21 12; der Chelichfeit eines Kindes 1593—1597; der Anerkennung der Chelichkeit 1599; der Che wegen Drohung 1704; der Chelichkeitserklarung und ber Bewilligung 1731; der Annahme an Kindes Statt und der Einwilligung dazu 1755; der Annahme oder Ausschlagung der Erb. schaft 1954; der Berfäumung der Ausschlagungsfrist 1956; des Testaments 2078, 2079; des Erbvertrags 2281—2283, 2285; ber Ausschlagung einer Erbschaft ober eines Vermächtnisses durch den Vflichtteils. berechtigten 2308; des Erbschaftserwerbs jum Zwede der Geltendmachung ber Erb. unwürdigkeit 2340-2344.

Angebot der Leiftung 294-296; Erfat ber Mehraufivendungen bei Gläubigerverzug 304; vgl. Antrag, Verzug des Gläubigers. Angehörige einer bewaffneten Macht, Todes-

erklärung 15. Angeld vgl. Draufgabe.

Ungestellte, Haftung für Verschulben 278, 831; einer juristischen Person 31 A 3; höherer Art, Dienstverhältnis 622, 627, 628.

Ankunft der Kauffache 433 A 8 Ia.

Unlagen, Beeinträchtigung bes Rachbargrundstücks 907; bei Grunddienstbarkeit, Unterhaltung 1021, 1022, Beseitigung 1028; neue Anlagen auf dem Rießbrauchs. grundstüde 1037.

Anlandungen 903 A 2; EG 65.

Anlegung bes eingezogenen Napitals bei Rießbrauch 1079, bei Bfandrecht 1288; bes Gelbes der Chefran 1377, bes Rindes 1642, 1691; des Mündelgeldes 1806-1811, EG 99, 212; von Gelb durch ben Borerben 2119.

Unliegerbeiträge 434 A 3a, 436 A 3.

Unmeldung jum Bereinfregifter 59-61, Form 77; eines Aufpruchs im Konkurse als Unterbrechung der Berjährung 209, 214; des Erbrechts 1965, 2358; von Nachlaß-

forderungen 1970, 2061.

Annahme eines Antrags 146—150; ber Leistung 368 A 1; ber Kaufsache 464 A 2; der Schenfung 516; des Werkes 642, 644; des Auftrags 662, Vorbem 2 vor 116; der Anweisung 784; der Erbschaft 1943; durch die Chefran 1406, 1453; der Nacherbschaft 2142 A 1; bes Bermächtniffes 2180, burch die Chefrau 1406, 1453; des Teftaments. vollstreckeramts 2202; vgl. Antrag, Bertrag, Erbschaft.

Unnahme an Rindes Statt, Boraussehung 1741; Ausschluß von Bedingung und Zeitbestimmung 1742; mehrfache Annahme an Kindes Statt 1743; Alter des Annehmenden 1744, 1745; Einwilligung des Chegatten 1746; der Eltern und der Mutter 1747; Form der Einwilligung 1748; Annahme als gemeinschaftliches Kind 1749, 1757; Ausschluß der Stellvertretung 1750, 1751; Annahme des Mündels burch den Vor-

mund 1752; Bestätigung bes Bertrags 1741, 1753, 1754, 1756; Anfechtung 1755; Wirksamkeit ber A. 1756; Wirkung für den Angenommenen 11, 1757; Familienname 1758; Wirfung für den Annehmenden 1759; für die Abkömmlinge und Berwandten des Kindes 1762, 1764; für die Berwandten des Annehmenden 1763; für die Eltern des Kindes 1765; Aufstellung eines Bermb-gensverzeichnisses durch den Annehmenben 1760; nachträgliche Beirat des Annehmenden 1761; Unterhaltspflicht des Alnnehmenden 1766; vertragsmäßige Abänberungen der Wirkungen 1767; Auf-hebung durch Vertrag 1768—1770, durch verbotwidrige She 1771; Wirkung der Aufhebung auf den Familiennamen 1772; Wohnlig des Angenommenen 11; Sin-willigung zur Cheschließung eines ange-nommenen Kindes 1306; Chehindernis 1311.

EG 22, 209.

Annahmeverzug des Gläubigers 293. Unrechnung von Ersparnissen 324; der Drauf. gabe 837; auf mehrere Ansprüche, Zinsen, Rosten 366, 367; auf ben Dienstlohn 615; auf ben Pflichtteil 2315, 2316, 2327.

Anspruch, Begriff 194; Borbem 5 vor 1; Borbem 2 vor 241; Entstehung 198 U 2; auf Unterlassung 198 A 3; zum Nachlaß

gehörender A. 2039 A 1.

Unftalt, öffentlich-rechtliche Borbem. 2 bor 21; Saftung für Bertreter 89; Anspruchs-verjährung 196.

Anstaltsvormundschaft 1773 A 4, 5.

Unftandsichenkungen 534 211; bes Bormundes 1804.

Anstifter bei einer unerlaubten Handlung 830. Unteil: am Gesellschaftsvermögen 719, 722, 725, 738; an ber Gemeinschaft 742, 743, 747, 751; ber Miteigentümer 947, 1008, 1066, 1095, 1106, 1114, 1258; am Rachlaß 2033.

Untichrese, Besitz und Nutungspfandrecht an Grundstücken, Eintragung 873 26,

1030 26 6.

Antrag zum Bertragsschluß 145 A 1; Erlöschen 146; Annahnie 147; Frist zur Annahme 147, 148, 149, 151 A 2; Wirkung verspäteter ober inhaltlich abweichender Annahme 149, 150; stillschweigende Unnahme 151; Verzicht auf die Annahmeerklärung 151 A 1; Einflug bes Tobes und des Eintritts der Geschäftsunfähigkeit des Antragstellers 153, bes Antraggegners 153 A 2; getrennte Benrkundung von Antrag und Annahme 126 A 4, 128.

Antragegrundsat für Grundbucheinträge

Vorbem 3b vor 873.

Unwachsung bes Unteils am Gefellschafts. vermögen 738; bes Anteils eines anteilsberechtigten Abkömmlings bei fortgesehter Gütergemeinschaft 1490; des Erbteils 2004—2009, Berhältnis zum Rechte bes

Ersaberben 2099; bes Vermächtnisses 2158, 2159.

Unwartschaft des Nacherben 2100 A 1, 2108 A 2; des Vermächtnisnehmers 2177 A 1.

Anweifung, faufmännische Borbem 3 vor 783; Begriff 783; Kreditanweisung 778 A 4, Borbent 3 vor 783; Annahme durch den Angewiesenen 784; Einwendungen des Angewiesenen 784 A 4; Aushändigung 785; Berjährung bes Anspruchs 786; Anweisung auf Schuld 787; Verhältnis des Anweisenden zum Anweisungsempfänger 788; Berweigerung der Annahme durch den Angewiesenen, Anzeigepflicht 789; Wiberruf ber Antveisung 790; Abertragbarteit, Rud. griff 792; Erlöschungsgründe 790 A 5, 791; Konfurs eines Beteiligten 791 2 2.

Anzahlung 336 A 1.

Anzeige des Erlöschens der Bollmacht 170; der hinterlegung 374; der Abtretung einer Forderung 409; von Mängeln ber Rauffache 478, beim Biehkauf 485, bei ber Miete 545, beim Werkvertrag 639; ber Abenung bes Auftrags 663; ber Abweichung von den Weisungen des Auftraggebers 665; bei Tod des Beauftragten 673, des Geschäftsführers 681; der Anderung der Ausberdung 692; Pslicht des Reisenden zur Anzeige des Berluftes ober ber Beschäbigung der eingebrachten Sache 703; Anzeigepflicht der Erben des gestorbenen Gesellschafters 727; bes Gläubigers bei zeitlich begrenzter Bürgschaft 777; des Antweisungsempfängers bei Zahlungs-weigerung bes Angewiesenen 789; bes Versicherten 378 A 3; bes Fundes 965, vgl. Jund; bes Nießbrauchers bei Berftörung und Beschäbigung bes Nießbrauchsgegenstandes 1042; des Berficherers an den Hupothekengläubiger 1128; des Pfandgläubigers von dem drohenden Berderb des Bfandes 1218; der Verpfändung der Forde. rung 1280; eines Chegatten bei beabsich. tigter Wiederverheiratung 1669; bes Gemeindewaisenrats gegenüber bem Bormunbschaftsgericht 1675; des Beistandes bem Vorniundschaftsgericht gegenüber 1689; über bas Bebürfnis einer Pflegichaft 1909; der Nacherbfolge an das Nachlaßgericht 2146; des Erbschaftskaufs 2384; vgl. Benachrichtigung.

Arbeit der Fran 1356, 1367; bes Kindes 1617, 1651. Abschluß des Arbeitsvertrags durch den elterlichen Gewalthaber 1630 A 2; burch ben Bormund 1822; Anhörung bes

Mündels 1827.

Arbeiter, gewerblicher, Berjährung ber Unprüche 196.

Arbeiter- und Soldatenrat, Berantivortlichfeit 89 A 3, 839 A 2.

Arbeitsgeräte ber Chefrau 1362, 1866, 1477; des Kindes 1650.

Arbeitstöhne, Berjährung 196. Arbeitsrecht, Vorbem 2a, 6 vor 611.

Argliftige Tänschung, Begriff 123 A 2, 826 A 5b; burch Bertreter 166 A 3; Anfech-tungsgrund 123; bei Gattungsschulb 243 A 1; Schabensersaganspruch Vorbem 40 vor 823; Ginrede ber Arglift gegenüber der Einrede der Berjährung 222 A 3; Anfechtung ber von einem Dritten getroffenen Bestimmung über den Leistungsinhalt 318; Anfechtung der Che 1334, 1337; Anfech. tung der Anerkennung der Chelichkeit 1599; Erbunwürdigkeit wegen argliftiger Täuschung bes Erblassers 2339.

Arglistiges Verschweigen des Verläufers 443; 460 X 3; 463 X 6; 476 X 2; 477 bis 480; beim Biehkauf 485; bes Schenkers 523, 524, 2385; des Vermieters 540; des Berleihers 600; des Unternehmers 637; des Vermächtnisbeschwerten 2182, 2183.

Nrme, Einsetzung im Testament 2072.

Armentaffe, Rechtsfähigkeit Borbem 2 vor 21. Armenrecht, Ginwirtung auf Kostenvorschuß. pflicht des Mannes 1387 A 6b; des Nachlaß. pflegers und Nachlasverwalters 1960 A 4.

Armenberband, Unterstützung Borbem 5 vor 1601; Übergang der Rechte des Unter-

ftütten Vorbem 6 vor 677.

Arrest im Falle der Selbsthilfe 230; Ber. fügungen im Wege der Arrestvollziehung Vorbem 7 vor 104; 883 A 12; in ben Nachlaß 1984, 1990; bei Nacherbfolge 2115.

Arresthypothet Borbem vor 1113, 1132

A 3, 1163 A 1. Arzte, Rechtsverhältnisse Vorbem 2b vor 611; nicht Beamte 839 A 2; Verhältnis gum Arzteverein 826 A 5k; Berjährung ber Ansprüche 196; Haftung für Kunstfehler 276 A 4d, Vorbem 4a, 5a vor 823; 823 A 3; Haftuflicht des Anstaltsarztes 31 A 1; ärztliche Behandlung bes Dienstverpflich. teten 617, der Chefran 679 A 4; ärztliche Untersuchung des Verlobten 1298 A 8, 1316 A 2.

Aufbewahrung von Wertsachen durch den Gaftwirt 702, 703; Aufbewahrungsschein

807 A 1; val. Verwahrung.

Aufenthalt 7 21 1; öffentliche Zustellung bei unbefanntem Aufenthalt des Zustellungs-empfängers 132; bei Bürgschaft, Zwangsvollstredung am Orte des Aufenthalts des Hauptschuldners 772, 773, 775; Aufent. halt des Verlobten, Zuständigkeit des Standesbeamten 1320; Aufenthalt bes Nindes 1631.

Aufforderung an die Gläubiger eines aufgelöften Bereins durch Liquidatoren 50; gur Erklärung über die Annahme einer Schenfung 516; zur Genehmigung: von Rechtsgeschäften Minderjähriger 108, 114, von Rechtsgeschäften vollmachtloser Bertreter 177, der Schuldübernahme 415, 416, der Verwendungen des Besitzers 1003, von Verträgen ber Chefrau 1396, 1448; zur Unmelbung von Erbrechten 1965, 2358, von Nachlaßgläubigern 2061.

Anjgabe einer Sicherheit durch den Bürgschaftsgläubiger 776; des Besitzes 856 A 2, 959; durch den früheren Besitzer 1007; des Besitzes von Grundskischen dei Glänbigerverzug 303; von Rechten an Grundskichen 875; des Eigentums beweglicher Sachen 959; des Gigentums an einem Grundsstäcke 928; des Rießbrauchs 1064; des Pfandrechts 1255.

Aufgabe gur Boft bei hinterlegung 375. Aufgebot, standesamtliches 1316, EG 46; zum Zwecke der Todeserklärung 13; eines Wertpapiers, Haftung des Verkäufers Schuldverschreibungen 437; verlorener auf den Inhaber 799, 800; von qualifizierten Legitimationspapieren 808; des unbekannten Vormerkungsberechtigten 887; des Grundstückseigentumers 927; des unbekannten Vorfaufsberechtigten 1104; des unbekannten Reallastberechtigten 1112; des Spoothekenbriefs 1162; des unbefannten Sypothefenglänbigers 1170, 1171: des unbekannten Schiffsgläubigers 1269; der Nachlaßgläubiger 1970—1974, 1980; 2015; 2045; 2060; 2061; bei Erbschaftstauf 2383 21 1.

Aufhebung der Entmündigung 6, 115; des Wohnsites 7, 8; ber Stiftung 87; ber Bemeinschaft 749; von Rechten an Grundftuden 875, 876; des Michbrauchs 1062, 1064; der Supothet 1165, 1168 A 1, 1183; des Pfandrechts 1255; des verpfandeten Rechtes 1276; der Verwaltung und Nutnießung 1418, 1426, 1436; ber allgemeinen Gütergemeinschaft 1436, 1437, 1468 A 1; der fortgesetten Gütergemeinschaft 1492; der Errungenschaftsgemeinschaft 1430, 1542; der Fahrnisgemeinschaft 1436; der ehelichen Gemeinschaft 1575, 1576, 1586, 1587, EG 17, 201; der Annahme an Kindes Statt 1768 bis 1772; des Familienrats 1879-1881; ber Vormundschaft 1774 A 2, 1882 A 1, 3, 1883; der Pflegschaft 1919; der Nachlaß. verwaltung 1988; lettwilliger Verfügungen 2253—2258; stillschweigende Aufhebung des früheren Testaments durch ein späteres 2258 A 1; des Erbvertrags 2289—2292; des Erbverzichts 2351.

Auflage bei Schenkungen 525—527; bei Berfügungen von Todes wegen, Begriff 1940; im korrespektiven Testamente 2270; im Erbvertrage 1941, 2278, 2279; Bestimmung der Person des Begünstigten 2193; Magerecht- auf Bollziehung 2194 A 1, 2; Selbständigkeit von Auslage und Buwendung 2195 A 1; Folgen der Unsmönlichkeit der Kollziehung 2196.

möglichkeit der Vollziehung 2196;
bei Erbteilsamvachlung 2095; Verweigerung durch den Vermächtnisnehmer
2187; Fürsorge durch Testamentsvollstrecker
2223; bei unzulänglichem Nachlaß 1991,
1992; beim Aufgebot der Nachlaßglänbiger
1972; als Pflichtteilsbeschränkung 2306;

im Verhältnis zum Pflichtteil 2318, 2322, 2323; vertragsmäßige Auflagen in Erbertragen 2279; Haftung des Erben für Nichtvorhandensein bei Erbschaftstauf 2376; Auswertung 2192 A 2.

Auflassung 925, 158 A 6; Erstreckung auf wesentliche Bestandteile 93 A 7; Bollmacht 313 A 3d; Kosten 449, 925 A 9; Klage auf die A. 894 A 3; Sicherung des Auspruchs auf A. durch Bormerkung 883 A 10, 888 A 1a; Abtretung des Auspruchs auf A. 398 A 2; Heilung des Formmangels des Grundstücksveräußerungsvertrags 313; EG 143.

Auflösende Bedingung 158—162. Auflösung des Bereins 41, 45, 74; der Ge-

sellschaft 723—729; ber She 1348 A 9. Anfrechnung 387; Erklärung, Form 388; Eventualaufrechnung 388 A 2, 8; gegenüber eingeklagten Teilforberungen 396 A 1; bei teilweiser Deckung 266 A 1; mit Teilbeträgen einer Forberung 387 A 4; Berhältnis zum Burückbehaltungsrecht 278 A 1; Aufrechnungsvertrag 387 A 1; Wirkung 389; mit und gegen Forberungen, benen Einreben entgegenstehen 390; mit bedingten Forberungen 387 A 4; verschiebene Leisnungsorte 391; A bei Figgeschäften 391 A 2; Wirkung ber Beschlagunchme einer Forberung 392; gegenüber dem Auspruckanst unerlaubter Handlung 393, 823 A 2; gegenüber unpfändbaren Forberungen 394; gegenüber Forberungen 394; gegenüber Forberungen bes Staates und

der Gemeinde 395; bei mehreren aufrechen-

baren Forderungen 396; Verzicht 387 A 1;

Widerruf 388 A 1; A. im Prozeß 387 A 6,

388 N 1-3, 389 N 2.

Unterbrechung der Verjährung 209, 215; durch Dritte zur Befriedigung bes Gläubigers 268; Anfrechnung im Falle des Rücktritts 357; im Falle der Abtretung 406, 387 A 2; bei Schuldübernahme 417; bei Gesantschuldverhältnis 422, 887 A 2; bei Gesamiglänbigerverhältnis 429; mit bem Schabensersatianspruch nach Berjäh. rung der Ausprüche auf Wandlung und Minderung 479, 490; bei Miete 554, 575, 1125; bei Dienstvertrag 614 21 1; bei Berwahrung 697 A 2; von und mit Spiel-und Wettschulden 762 A 2; Verfagung bei Gefellschaftsforderungen 719 A 4; mit bem Anteil an einer Bruchteilsgemeinschaft 747 A 1; bei Bürgschaft 770, 387 A 2, 768 A 1, 774 A 2; bei Anweisung 787 A 1; bei Rießbrauch 1071 A 1, 1074 A 1, 3; 1077 A1; gur Befriedigung des Spyothetengläubigers 1142, 887 A 3; zum Zwecke ber Befriedigung bes Pfandglaubigers 1224; beim Unterhaltsanspruch Vorbem 6 vor 1601; burch ben Chemann 1376; gegen Forderungen, die zum Gesamtgute gehören 1442; bei Nachlaßtonfurs und Nachlaßverwaltung 1977, 1990 A 3; bes Schuldners gegen eine Nachlaßforberung mit Forde.

rung gegen den einzelnen Erben 2040; gegen den Vorerben 387 U 2. - Ausgeschlossen bei ber Chescheibung 1565 A 6, 1568 A 7.

Aufruhr, Schaden EG 108.

Aufschiebende Bedingungen 158-162; bei letiwilligen Zuwendungen 2074; bei Ginfebung eines Racherben 2108 21 3.

Aufschiebende Ginreben bes Erben 2014 bis 2017.

Auffchrift auf bem Teftament 2246; auf bem

Erbvertrag 2277.

Auffichtspflicht, Schadenserfag infolge beren Berletung 823 A 60, 829 A 4, 832, 840 A 6; bei Tieren 833, 834; des elterlichen Gewalthabers 1631; bes Vormunbschafts. gerichts über Vormund und Gegenvormund 1837—1848.

Auffichtsrecht des Teftamentsvollstreckers über Ausführung letiwilliger Verfügungen 2208

21 3.

Auffuchung vgl. Abholung.

Auftrag, Begriff Borbem 3 vor 662; 662; im Berhältnis zur Bollmacht Borbem 3 vor 662; ftillschweigende Annahme Borbem 2 vor 116; öffentliche Beftellung und Sicherbieten zur Vornahme von Geschäften 663; Rechtserwerb durch den Beauftragten 116 A 1; Besitzerwerb 868 A 5; Abertragbarteit ber Ausführung 664; Abweichung von den Weisungen bes Auftraggebers 665; Saftung bes Beauftragten 662 A 3, für Gehilfen 664 A 4; Austunfts. und Rechen. schaftspflicht bes Beauftragten 666; Heraus. gabepflicht bes Beauftragten 667; Berzinsungenflicht 668; Aufwendungen 669, 670; Aurudbehaltungsrecht bes Beauf. tragten 670 A 5; Vorschuftpflicht bes Auftraggebers 669; A. zu Spiel und Wette 762 A 5; zur Bürgichaftsübernahme 775; Reitpuntt des Erloschens 674; Notbeforgung 672 A 6; 673 A 3; Weschäftsbeforgung Borbem 1, 2 vor 662, 675; Beendigung durch Widerruf und Kündigung 665 A 2, 671, burch Tob ober Geschäftsunfähigfeit eines Bertragsteils 672, 673; Konfurs des Auftraggebers 672 A 7, 674 A 2; des Beauftragten 673 A 2; Rreditauftrag 778.

Unfwand vgl. Chelicher Aufwand.

Aufwendungen, Erfat 256, 257; bes Schulb. ners bei Berzug bes Gläubigers 304; bes Beschenften 526; bes Mieters 538; bes Bermieters 552; bes Unternehmers 633; des Matters 652, 654; beim Auftrage 669, 670; des Geschäftsführers 683 bis 685; bes Berwahrers 693; des Finders 970; bes Besipers 995; infolge bes Berlöbniffes 1298, 1299; bes Ehemanns 1390; ber Ehefrau 1429; bes Kindes 1618; bes Vaters 1648; bes Vormundes 1835; bes Erben 1978, 1991; des Erb-ichaftsbesitiers 2022; bes Vorerben 2124, 2125; bes Beschwerten 2185; beim Erb. schaftstaufe 2381;

Ausgleichungspflicht bei Aufwendungen 2050;

val. Verwendungen.

Aufwertung, Begriff, Entwicklung 242 A 5b, da; Gesetzgebung 242 A 5c; freie Aufwertung (Zeitpuntt, Maß, Maßstäbe, Bergleich, Bergicht, rechtsträftiges Bapier-markurteil) 242 A 5d a; gegenseitige Berträge 242 A 5dB; andere Schuldverhält. nisse (auch erbrechtliche) 242 A 5dy; uneigentliche Aufwertungsfälle 242 A 5 d 8; Beweislaft 363 A 3;

Kündigung der aufgewerteten Forderung 266 A 1 a. E.; Zurückbehaltungsrecht des Gläubigers 273 A 1 a. E.; Vergleich 242 A 5da, 779 A 7; Verjährung 196 A 1 Abs 1 a. E., 202 A 2, 242 A 5da a. E.,

N 5d 8 aa;

Borbehalt bei der Löschung der Shpothek 875 A 4; Rangvorbehalt des Eigentümers 881 A 3, 4, 8; Berichtigung des Grundbuchs 892 A 10, 13 a. E., 894 A 5 a. E.; Widerspruch gegen die Richtigkeit des Grundbuchs 899 A 1 a. E.; Abtretung der Hypothek 1154 A 1 a. E., A 2 a. E.; Abtretung des Anspruchs auf Aufwertung der Hypothet 1154 A 1; Aufwertung der Grundschuld 1191 2 1; Aufwertungsanfpruch des Pfaudgläubigers einer verpfandeten Forderung 1282 A 3;

Aufwertung von Unterhaltsausprüchen Borbem 7 vor 1601 (vgl. auch Unterhalt,

Bergleich, Abfindung); Aufwertung des Bermächtnisses 242 A 5dy, 2174 A 3; der Auslage 2192 A 2; von Zuwendungen 2315 A 7; des Pflicht. teilsauspruchs 2317 A 2.

Bgl. auch Geldentwertung, claus. reb.

sic stant.

Ausbesserung der Sache bei der Pacht 582; bei Nießbrauch 1041—1044.

Ausbente einer Sache 99.

Ausbentung der Notlage eines andern 138. Anseinandersetung zwischen Gesellschaftern 780—735, 738—740; ber allgemeinen Gütergemeinschaft 1471-1481; ber fort. gesehten Gütergemeinschaft 1497-1506; der Errungenschaftsgemeinschaft 1546; bei Fahrnisgemeinschaft 1557 A 1; zwischen minberjährigem Rinbe und beffen Bater 1669; mangelnde A. als Chehindernis 1314;

der Erbengemeinschaft 2042-2056: Begriff, Inhalt, Form 2042 U 1; jederzeitiges Berlangen der A. 2042 A 2; Durchführung 2042 M 3; Fälle ber Aufschiebung 2043, 2045; Ausschließung burch ben Erblasser 2044; Berichtigung ber Nachlasverbindlichteiten 2046 A 1—3; Bersilberung bes Nachlasses 2046 A 4; Teilung des Überschusses 2047 A 1, 2; Gemeinschaftlichkeit ber Schriftstücke bes Rachtasses 2047 A 3; Teilungsanordnungen des Erblassers 2048 A 1; Übernahme eines zum Nachlasse gehörenben Landgutes 2049; Ansgleichungs. pflicht der Abkömmlinge 2050—2056; Auseinandersehungsplan des Testamentsvollstreckers 2204 A 2.

Auseinanderschungspflegschaft 1911 A 3. Ausfallsbürgschaft Borbem 5 vor 765,

771 A.

Ausgleichung unter Gesantschusbnern 426; unter Ehegatten 1466, 1539; bei fortgesetzter Gütergemeinschaft 1503; unter Abkömmlingen 2050—2056, 2316, Verechnungsart 2055, 2056, bei Zuwendungen aus dem Gesantgute 2054; Hattung bes Erben für Nichtvorhandensein der Lusgleichungspflicht bei Erbschaftstauf 2376.

Unshändigung ber Bollmachtsurfunde 172; der Amweisung 783—785; der Schuldverschreibung auf den Inhaber 797; des Hopothekendriefs 1117, 1144; der zur Lösschung des Schiffspfandrechts erforder-

lichen Urfunden 1267.

Auskunft, Haftung für Erteilung 676 A 1—3, 823 A 1, 826 A 2, 5h; durch Beamten

839 A 3.

Austunftspflicht über einen Sachinbegriff 260, 260 A 1; des Zedenten 402; des Ver-täufers 444; des Veauftragten 666; des Geschäftsführers 681; des Gesellschafters 740; des Chemanns bei Verwaltungs gemeinschaft über den Stand ber Verwaltung 1374; bes Bormundes gegenüber dem Gegenvormund 1799; des Vormundes und Gegenvormundes 1839, 1891; bes Erben zur Aufnahme des Inventars 2003; des Nachlaßpflegers 2012; des Erbschafts. besitzers und Hausangehörigen des Erb. lassers 2027, 2028; ber Miterben 2028 A1, 2038 A7; über Buwendungen 2057; bes Erben gegenüber dem Pflichtteilsberechtigten 2314; des Vorerben 2127; 2144 A 3; des Besihers eines unrichtigen Erbscheins 2362.

Auslagen der Zeugen und Sachverständigen, Berjährung 196; des Unternehmers 645, 648; Pfandrecht des Gastwirts für seine Auslagen 704; dei Anhörung von Verwandten und Verschwägerten durch das Vornundschaftsgericht 1308, 1673, 1847; der Familienratsmitglieder 1877.

Nusland: Wohnsit ber Chefran im Auslande 10, Wohnsit bes Ehemanns im Auslande, Bezugnahme auf ausländisches Güterrecht 1433; Frist zur Erbschaftsaussichlagung und deren Anfechtung bei Wohnsit des Erbsassers ober des Erben im Auslande 1944, 1954;

im Auslande begangene unerlaubte Handlungen EG 12; Beerbung Deutscher im Auslande EG 24, Erbrecht in einen im Ausland eröffneten Nachlaß EG 26; Bergeltungsrecht EG 31; vgl. Ausländer, In-

ternationales Privatrecht

Mustander: Rechtsfähigkeit 1 N 1; Bolliährigkeit 2 N 2; Bolljährigkeitserklärung 3 N 3; Geschäftsfähigkeit, Prozesfähige

feit 2 A 2, EG 7; Entmünbigung 6 A 7, EG 8; Todeserflärung 13 A 3, 19 A 1, EG 9; Wohnlith 7 A 1; Namensrecht 12 A 2; Nechtsfähigfeit ausländischer Vereine EG 10; Univendung ausländischen Nechtes für die Form der Rechtsgeschäfte EG 11; Ehe von Ausländern 1315, EG 13—17, 28; Güterrechtsregister 1558 A 3; Eltern und Kindesverhältnis EG 18, 19, 28; uncheliche Kinder EG 20, 21; Legitimation, Aunahme an Kindes Statt EG 22; A als Vormund 1785 A 2; Vormundschaft, Pflegschaft über A. 1178 A 1, 1882 A 1, 1906 A 1, EG 23; Abwelscheitspflegschaft 1911 A 1; Erbrecht Borbem 1 vor 1922, EG 24—26, 28; staatliche Genehmigung zum Grundstäserwerb EG 88.

Ausländisches Riccht, Anwendung Borbem

11 bor 104, EG 30.

Ausländische Währung 244; Sppothet 1115

21 8

Unslegung des Gesehes Borbem 3, 4 vor 1; ber Bereinssamm 25 A 2; von Willenserksärungen 133, Vorbem 2 vor 116; von Verträgen 157; von Testamenten 133 A 1, 2066—2075, 2084; Unzulässigistet der Auslegung durch den Testamentsvolktrecker 2203 A 1; Auslegung von Erbverzichtsverträgen 2350. Bgl. ergänzende Auslegung.

Anstegungsregeln 133 A 1, 157 A 3. Anstobung 657, 145 A 1; Widerruf 658; Berteilung der Belohnung an mehrere 659, 660; Preisbewerbung 661.

Nusschlagung ber Erbschaft 1942—1959; vgl. Erbschaft; keine Schenkung 517; burch bie Chefrau 1406, 1458; burch ben Vater 1643; burch ben Vormund 1822, 1831 A 1; Genehmigung bes Vormunbschaftsgerichts

1945 21 1;

ber Nacherbschaft 2142; bes Vermächtnisses 2176, 2180; bes in einem gemeinschaftlichen Testamente Jugewenbeten 2271; ber beschwerten Erbschaft durch den Pflichtteilsberechtigten 2306; des Vermächtnisses durch den Pflichtteilsberechtigten 2307, 2321, 2322, Anfechtung der Ausschlichteilsrecht des Abkömmlings 2309 Pflichtteilsrecht des Abkömmlings 2309 Pflichtteilsrecht des Abkömmlings 2309 Pflichtteils

Unsichliehung eines Mitgliedes aus dem Berein 39 A 2; eines Gesellschafters 737; der Berjährung durch Rechtsgeschäft 225; der Abertragbarfeit einer Forderung 399, 405; der Eewährleistung beim Kauf 448, 476, beim Wertvertrag 634, 637; der Einrede der Voransklage 773; der Abertragung der Anweisung durch den Anweisenden 792; der Erteilung eines Hypothefendricfs 1116; der Schliffelgewalt 1357; des gesetzlichen Gliterrechts 1435, 1486; der fortgesetzen Gütergemeinschaft

1508, 1509; eines Abkömmlings von der fortgesehten Gütergemeinschaft 1511; einer Person von der Vormundschaft 1782, 1898; der Gegenvormundschaft 1852, 1855; der gesetzlichen Erbfolge der Verwandten 1938; der Auseinandersetzung durch den Erblasser 2044; der Anwachsung durch den Erblaffer 2094, 2158; von der Mitwirkung bei der Testamentserrichtung 2234—2237, 2237 A 1; von der Erbfolge, Pflichtteil 2303, 2309, 2310.

Ausschließung ber Bertretung; vgl. Ber-

tretung. Ausschließungsrecht Borbem 1 vor 1. Ausschluffrift, Begriff 186 A 1. Ausichlugurteil vgl. Aufgebot.

Augereheliche Kinder vgl. Uneheliche Kinder. Angertursjehung 806 A 1; EG 176. Ansjonderungsreiht ber Nachlafgläubiger

1971.

Ausspann, haftung des Stallwirts 701 A 4. Aussperrung von Arbeitern 138 A 1, Borbem 3 vor 611.

Ausspielvertrag 763.

Unsstattung 1624, 1625; Bewährung einer Rente, freier Wohnung 761 A 4; bei allgemeiner Butergemeinschaft 1465, 1477, 1499; bei fortgefehter Gutergemeinschaft 1487 A 7; bei Errungenschaftsgemeinschaft 1521, 1538; bei Fahrnisgemeinschaft 1551, 1556; als Vorbehaltsgut 1369 A 4; Gewährung burch den Bormund 1902; Aus. gleichungspflicht 2050 A 1, 2; Ausftattungsversprechen 518 A 1 a. E

Ausstener 1369 A 2, 1620; bei fortgesetzter Gütergemeinschaft 1487 A 7; bei Errungen. schaftsgemeinschaft 1521 A 5; Recht ber Berweigerung 1621; nur einmalige Aussteuer 1622; Unübertragbarkeit und Ber-jährung bes Anspruchs 1623; Pfändbarkeit 1624 M 1; Berfteuerung 1624 M 3; Mussteueranspruch im Berhaltnis gum Unterhaltsauspruch 1609 A 1, 1620 A 2. Austritt aus bem Berein 39, 58.

Ausibung von Rechten, fchifanofe 226; von Dienstbarfeiten 1020-1029, 1092; bes Niefibrauchs 1059; bes Vorfaufsrechts 1099.

Muswahl bes Bormundes 1779; ber Mitglieder des Familienrats 1862.

Auswahlsendung 495 A 4. Auszug, Riegbrauch 1073; EG 96; Eintragung in das Grundbuch 874 21 3.

Mudzugeleiftungen, Berjährung 197. Antomat 929 A 4.

Abisbricf bei ber Anweisung 783 A 5, 787 A 1.

23

Bäuerliche Rutungsrechte EG 68, 197. Baume, Beftandteilseigenschaft 93 M 7; Beeinträchtigung bes Nachbargrundstück 907, 910; Früchte 911, 923; Abstand von ber Grenze EG 124.

Bahneinheit EG 112.

Bahnvertchr, Saftung 254 A 7c; vgl. Gifen.

Bant, Binseszins 248; Anlegung bes Mündelgeldes 1808; Haftung bes Bankkaufmanns für Rat und Auskunft 676 A 2d.

Banknoten 244 A 1, 793 A 1.

Bannrechte EG 74.

Barzahlung beim Pfandverkauf 1238. Baubeschränkungen 434 A 3a, 436 A 3

Bauentreprisevertrag 631 A 1. Bauforberungen, Sicherung, Sicherungs.

hypothet, Vormertung 648. Baugelddarlehn Borbem 3 vor 607, 610 A 1,

157 A 3; Ubertragbarkeit 610 A 2, 399 A 2. Baumittelstüde (Baumaterialien) 94 A 7,

97 21 3. Banunternehmer 196 A 1

Bauwerk 638 A 2, 648 A 2; BD über bas Erbbaurecht 1 21 8; bauliche Anlage, Unterhaltungspflicht bei Grunddienstbarkeiten 1020 - 1022.

Beamter, Rechtsverhältnisse 89 A 3; Borbent 2b vor 611; EG 80, 81; weibliche 1 A 1; Wohnsit 9 A 2; Recht zur Kündigung der Miete bei Versetzung 570; Abiretung von Gehaltsansprüchen 411; Haftung für Berlettung ber Amtspflicht 839, 841; EG. 77, 78; mehrere gesamtschuldnerisch haftende B. 254 A 7; Haftung des Grundbuch-beamten 276 A 4c; des Geschäftsherrn für den B. 831 A 2, 5b, c; Kosten für die Vertretung eines durch unerlaubte hand. lung verletten B. 845 A 2; Beglaubigung burch B. 129; Zwangspensionierung 1910 A 2; vgl. Gehaltsanspruch, Ruhegehalt.

Bearbeitung, Gigentumserwerb burch Bearbeitung 950.

Beaufsichtigung vgl. Auffichtspflicht. Bedachter im Testament 2235 A 2.

Bedingte Forderungen, Bürgschaft 765 A 6; Hupothek 1113; Pfandrecht 1204, 1209.

Bedingungen 158; Arten Vorbem 2-4 vor 158; bedingungsfeindliche Rechtsgeschäfte Vorbem 6 vor 158; aufschiebende und auf. lösende 158; Beweislast 158 A 7; Rud. beziehung 159; Bereitelung und Herbei-führung wider Treu und Glauben 162; Vereitelung bes Rechtes und bingliche Verfügungen während der Schwebezeit 160, 161

beim Mäklervertrag 652; bei Nachlaßforderungen 1986; bei lettwilligen Buwendungen 2066, 2074—2076, 2105, 2162, 2177, 2179; Berüdfichtigung bedingter Rechte bei ber Pflichtteilsberechnung 2313.

Bedürftigteit bes Schenkers 519, 528, 529; bes Unterhaltsberechtigten 1602 A 1.

Beeinträchtigung bes Eigentums 1004; bes Erbbaurechts ober einer Dienstbarkeit durch Überbau 916; des Eigentums 904, 1004, 1011; der Aussibung der Grunddienstbarkeit 1027—1029; des Nießbrauchs 1065; der persönlichen Dienstbarfeit 1090; des Pfand rechts 1227; des Vertragserben durch den Erblasser 2287, 2288; vgl. Sigentum, Besitz. Beendigung vgl. Aushebung.

Beerbung Deutscher im Auslande 24, 26; von

Ausländern EG 25, 27, 28.

Beerbigung, Ort und Art der B. 1 A 2; Erfüllung einer öffentlichen Bflicht 679 A 3; Anspruch auf ehrlichen Begräbnisplat 1968 A 2; Kosten der Beerdigung des Getöteten 844, des Unterhaltsberechigten 1615, des unehelichen Kindes 1713, des Erblassers 1968; Bestimmungen durch letztwillige Verfügung 1937 A 1; Umbettung 1968 A 2; vgl. Begräbnis, Friedhof.

Beförderungsmittel beim Berfendungstauf 447 M 2b; Fund in Beförderungsmitteln

978-983.

Befreite Pflegichaft 1917.

Befreiter Teftamentsvollstreder 2220.

Befreite Borerbichaft 2136.

Befreite Vormunbschaft 1852—1857, 1903. Verreiung von Ehehindernissen 1303, 1312, 1313, 1316, 1322; von den Vorschriften über die Annahme an Kindes Statt 1745; des Vorerben 2136, 2137.

Befreiungsbermächtnis 2173 A 2.

Befriedigung des Gläubigers durch einen Dritten 268, durch einen Gesantschuldner 426, durch den Bürgen 770, 774; des Hypothekengläubigers durch den Eigentümer 1142, 1145, durch den persönlichen Schuldner 1164, durch Zwangsvollstreckung 1147, dei der Gesanthypothek 1182; des Pfandgläubigers 1224, 1225, 1228; des Schiffspfandgläubigers 1267; aus einem verpfändeten Rechte 1277; des ausgeschlossenen Nachlaßgläubigers 1973.

Befriftung bei Rechtsgeschäften 163. Befruchtung, fünstliche 1591 A 2.

Beginn von Fristen 187; ber Verjährung 198—201; ber Ersihung 939.

Beglaubigung 129; gesetsliche Fälle 129 A 1; Haftung bes Beamten 889 A 3.

Begräbnisstätten EG 133; vgl. Friedhof, Beerdigung.

Behörbe, nicht juriftische Person Vorbent 2 vor 21; Ausweis des Vereinsvorstandes gegenüber Behörden 69, als Verwalter einer Stiftung 86 A. 2, Abgabe von Ertlärungen gegenüber Behörden Vorben 1 vor 116, 130, Veräußerungsverbot einer Vehörde 136, Anfechtung einer Erklärung gegenüber Behörden 143, Klagerecht dei Schenkung unter einer Aussage 525; Fund im Bereich von Vehörden 978—983; Atteneinsicht 810 A. 4 a. E.;

Aufnahme des Verzeichnisses des dem Nießbrauche unterliegenden Sachinbegriffs 1035, des Kindesvermögens 1640, des Mündelvermögens 1802, des Nachlaß-

inventars 2002;

Namenserteilung für die geschiedene Frau gegenüber einer Behörde 1577, Auspruch auf Vollziehung der Schenkung 525, der Auflage im öffentlichen Juteresse 2194.

Beifehung vgl. Beerdigung.

Beistand 1687—1695; feine Aufsichtspflicht 832 A5; vgl. Elterliche Gewalt EG 156, 211.

Beiträge, Begriff und Unterschied von Einlagen 705 A 6; von Mitgliedern eingetragener Bereine 58; bes Gesellschafters 705—707; ber Frau zur Bestreitung bes ehelichen Auswandes 1371, 1427, 1441; zur Bestreitung bes Unterhalts des Kindes 1352, 1585.

Beiwohnung, außereheliche 825, 1300, 1717;

Ersahanspruch 847.

Veranutmachung der Auflösung des Vereins und der Entziehung der Rechtsfähigfeit 50; der Eintragung des Vereins 66; der Erteilung und des Erlöschens der Vollmacht 171, 176; der Versteigerung der hinterlegten Sache 383; der Auslodung und des Viderrufs der Auslodung 657, 658; der Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen 795; des Fundes 980—982; der Sahung einer Areditanstalt 1115; der Versteigerung des Pfandes 1237; der Eintragungen im Güterrechtsregister 1562; der Nachlaßverwaltung 1983; der Ausschläßverung zur Anneldung von Nachlaßforderungen 2061.

Bekenntnis, religiöses, des Kindes EG 134, des Vormundes 1779, 1801; Einfluß auf

die Rechtsfähigkeit 1 A 1.

Belastung, Begriff 873 A 5; Verträge über die Belastung 310, 311, 445, 498, 1136; des Zubehörs 314, des empfangenen Gegenstandes durch den Rücktrittsberechtigten 353, der gekauften Sache 439, der Mickfache 577—579, des Grundstücks 873, 876, EG 117, der gemeinschaftlichen Sache 1009, des Vermächtnisgegenstandes 2165, 2288; der Sache bei Erbschaftskauf 2375;

nit der Grunddienstdieft 1018, mit dem Riesdrauch 1030, mit der beschränkten persönlichen Dienstdarkeit 1090, mit dem Vorkaufärechte 1094, mit der Reallast 1105, mit der Hopothek 1113, 1114, mit der Grundschuld 1191, mit der Rentenschuld 1199, mit dem Pfandrecht 1204.

Belastungsverbot 137, 1136.

Beleidigung als Chescheidungsgrund 1568 A 3; val. Ehre.

Beleihungsgrenze für Grundstücke, bei der Anlegung von Mündelgeld 1807.

Belieben, Bestimmung der Leistung durch einen Dritten nach Besteben 319; Billigung des gekausten Gegenstandes dei Kauf auf Arobe 495; dem Besieben des Beschwerten überlassene Erfüllung eines Vermächtnisses 2181.

Belohnung val. Auslobung.

Benachrichtigung von ber Versteigerung ber hinterlegten Sache 384; des Vorkaufsberechtigten vom Kaufabschluß 510; des Gläubigers von der Übernahme der Hppothek 416; des persönlichen Schuldners von der Zwangsversteigerung 1166; des Eigentümers vom Verkause des Psandes 1241; vgl. Anzeige.

Benennung des Bormundes 1776, 1777,

1853, 1855, 1898.

Berechnung ber Friften 186—193, bes Pflichtteils 2311—2316.

Berechtigtes Interesse bei Krebitgefährbung 824.

Bereicherung des Beschentten 516 A 3; siehe ungerechtfertigte Bereicherung.

Bergrecht EG 67, 68.

Bergwert, Eigentum 907 A 2; Nießbrauch 1038; als Bestanbteil der Erbschaft 2123.

Berichtigung des Grundbuchs 894, 895, auf Grund Ehevertrags 1438; Vorlegung des Hypothefendriefs 896, Koften 897, Unverjährbarfeit des Aufpruchs 898; Pfändung des Aufpruchs 898; Pfändung des Aufpruchs 894 A 2; des Schiffsregiters 1263.

Beruf, Begriff 833 A 9; Koften ber Borbildung 1610; 1708; 2050 A 6, 6a. Berufsgenoffenschen Borbem 2 vor 21.

Bernisbormundschaft 1773 A 4; EG 136. Berniung ber Mitgliederversammlung bes Bereins 33 A 2; 36, 37; bes Beistanbes 1694; bes Bormundes 1776, 1778; bes Pflegers 1916, 1917; ber Mitglieder bes Familienrats 1861; vgl. Erbschaft.

Beschädigung einer Sache im Notstand 228, aum Zwecke der Selbsthilse 229, 904; Anfpruch auf Geldentschädigung dei Sachbeschädigung 249; Beschädigung einer Schuldverschreibung auf den Juhaber 798; durch Tiere 838; der Nießbrauchsache 1042, der Bermächtnissache 2164, 2288; vgl.

Surrogation.

Beschlagnahme einer Forderung, Wirkung auf die Aufrechnung 392; zugunsten des Sypothekengländigerä: von Erzeugnissen, Bestandteilen, Judehörstüden eines Erundstüds 1121, 1122, der Niete und Pachtzinsforderung 1123, 1124, der Forderung auf wiederkehrende Leistungen 1126; im Strafvoerscher überschlagnahmte Sache 985 A 3

Befchlagnahmte Forderung, Aufrechnung

Beicholtenheit 1300 A 2; Anfechtung ber Ehe 1333 A 5.

Beimräntt Geschäftsfähige vgl. Geschäfts-

Beschräntte persönliche Dienstbarkeiten vgl. Dienstbarkeit.

Beschräntung ber Saftung ber Erben vgl.

Erbe, Nachlagverbindlichkeiten.

Beschräntung ber Vertretungsmacht bes Vereinsvorstandes 26, 70, des Stiftungsvorstandes 86, der Verfügungsbesugnis über ein veräußerliches Recht 137; der Gewährleistungspslicht beim Kauf 443, 476, bei der Miete 540, beim Vertvertrag 637; ber Schlüsselgewalt 1357; ber Ehefrau 1404; ber Nechte des Testamentsvollstreckers 2208 A 1; des als Erde berusenen Pflichtteilsberechtigten 2306 A 2; Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht 2338 A 1.

Beschwerung bes Vermächtnisnehmers 2186 bis 2189, bes Pflichtteilsberechtigten 2306.

Besicht, Rauf auf Besicht 495, 496.

Besichtigung von Sachen 809; bes Tieres

bei der Wandlung 489.

Befit 854-872; Begriff Vorbem 2 vor 241, 854 A 1, 3; B. als Gegenstand ungerechtfertigter Bereicherung 812 A 1; Erwerb 854, durch Auflassung 925 A 9, durch Geschäftsunfähigen 104 A 1, durch ein Kind 854 A 3 a. E., durch Stellvertreter 854 U 5, Borbem 4 vor 164, durch Beauftragten 868 A 5; fehlerhafter B., verbotene Eigenmacht 858, 859, 869, 990, 992; Befitftörung 858, 862; Besitzentziehung 858, 861; Besitsschutz durch Selbsthilfe 859; Selbsthilferecht des Besitztieners 860; Besitztlage wegen Besitzentziehung 861, 869, wegen Besitzstörung 862, 869, 903 A 7; Berhaltnis der Besittlage zur Schabenserfattlage 861 A 7; Einwendungen gegenüber ber Besittlage 863; Ausschluffrist für Besit. flage 864; Teilbesit 865; Mitbesit 866; Verfolgungsrecht des Besitzers 867, 869 A 5; Ablösungsrecht des Besitzers 268 U 1; mittelbarer Besit 868; Besitschut beim mittelbaren Besit 869; Abertragung bes mittelbaren Besites 870; mehrsacher mittelbarer Befit 871; Eigenbesit 872; Beendigung des B. burch Aufgabe und Berluft 856; Aufgabe bes B. an einem Grundftud bei Glanbigerverzug 303; Berkauf eines zum B. berechtigenden Rechtes 451; Einsuß bes Besitzwechsels auf die Berjährung 221 A 1; Bererblichkeit 857; Auspruch aus früherem B. 1007;

B. des Vereins 26 U 4; V. an einer Sachgesamtheit 90 U 1; an dem grunddienstbarteitsberechtigten Grundstück 1029; des Nießbrauchers 1036; an der Pfandsache 1205; des Ehemanns am eingebrachten Gute 1373, am Gesantgute 1443; des Vormunds 1793 U 2; des Testamentsvollstreckers 2205; als Gegenstand des Ver-

mächtnisses 2169.

Besitzer: Haftung für Beschäbigung durch Einsturz des Erundstücks 836—838, 908; Passivilegitimation beim Eigenkumsanspruch 985 A 2, 3; Berhältnis zum Eigentümer 985—989; Haftung des unredlichen Besitzers 990, des redlichen Besitzers 993, bei Vorhandensein eines Besitzmittlers 991; Eigentumsvernutung 1006.

Befitbiener 855, 860.

Besikmittler, Berhältnis zwischen Eigentümer und unmittelbarem Besiger 991. Besikstand bei Grenzverwirrung 920. Besikzeit, Anrechnung 221, 943.

Besoldungen, Berjährung 197, SG 81. Besonderer Erbteil 1927, des Chegatten 1934.

Besterungsanstalt 1666, 1838, EG 135. Bestallung des Vormundes 1791, 1893. Bestand, rechtlicher Bestand einer Forderung

und eines Nechtes 437.

Bestandteile, wesentliche 93, 94; unwesentsiche 93 A 1; eines Grundstücks 94—96, 878 A 4; Zuschreibung eines Grundstücks als Bestandteil eines andern 890; Sigentumserwerb 958—957; Abtrennung von Bestandteilen durch den Bestandter 1048; Haftung für Hypothek 1120—1122; vgl. Bodenbestandteile.

Bestätigung nichtiger Nechtsgeschäfte 141; anfechtbarer Nechtsgeschäfte 144; ber Ehe 1309 U.5, 1325, 1331, 1337; bei Wieberverheiratung im Falle der Tobeserklärung 1350; der Erklärungen bei der Ehelichkeitserklärung 1731; der Annahme an Kindes Statt 1741, 1753 bis 1756; des Erbvertrags 2284.

Bestätigungeschreiben 147 A 2, 269 A 2.

Bestattung vgl. Beerdigung.

Bestellschein 269 A 2.

Bestellung bes Vereinsvorstandes 27, 67; bes Erbbaurechts vgl. das.; des Rießbrauchs 1082; des Pfandrechts 1205; des Vormundes 1789; des Gegenvormundes 1792; des Mitglieder des Familienrats 1865 dis 1867.

Bestimmung ber Leistung burch einen Bertragschließenden 315; der Gegenkeistung durch den Cläubiger 316; der Leistung durch einen Dritten 317—319.

Bestimmungbort 269 A 1, 270. Betriebsräte Borbem 2 vor 611.

Betrug, Unterschied von arglistiger Täuschung 123 A 2.

Beurkundung, gerichtliche ober notarielle 128; gesehliche Fälle 128 A 1; eines Vertrags 152, 154; EG 141, 142.

Bewachung von unbetweglichen Sachen 688

A 2, durch hunde 833 A 9. Beweggrund, Fretum im Beweggrund 119 A 2, 2078.

Bewegliche Sachen ugl. Sachen.

Beweislast Vorbem 6 vor 1.
Beweissicherung vor Verjährung des Anspruchs auf Wandlung und Minderung 478.
Bewußtlosigfeit, Zustand der Verwußtlosigfeit 105 A 2; 827 A 1; bei der Eheschließung

1**2**5. **Bienen,** Eigentumserwerb 961—964.

Bierlieferungsvertrag Vorbem 8 vor 607; 138 A 1.

Bieter beim Verkauf im Wege ber Zwangsvollftredung 456-458; beim Pfandverkauf 1239.

Vilanz, Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen ein Gesetbesterbot 184 A 1; beim Erwerbsgeschäft bes Mündels 1841.

Bild, Recht am eigenen B. 12 21 1.

Billiges Ermessen eines Dritten 317, 2048; Bestimmung der Leistung nach disligem Ermessen 315, 317, 319; bei der Auslodung 660, dei Benutung eines gemeinschaftlichen Gegenstandes 745, dei Bestimmung des Finderlohns 971, deim Zusammentressen von Erunddieustbarkeiten und andern Autungsrechten 1024; bei der Bestimmung der Vernächtnisseistung 2156.

Billigung bei Kauf auf Probe 495, 496. Blankounterschrift 126 A 3; Blankozession

171 21 1, 185 21 2.

Blinde, Pflegschaft 1910; Testierfähigkeit 2238 A 6; 2248 A 5, 2247 A 1; Blindenschrift beim eigenhändigen Testament 2231 A 4.

Bodenbestandteile, Gewinnung 99, durch den Nießbraucher 1037, 1038, durch den Borerben 2123.

Borbelltauf 817 21 5.

Börscn- und Marktpreis 433 A 7 b; ber hinterlegten Sache 385; bei Differenzgeschäften 764; bes Pfandes 1221, 1235; eines verpfändeten Orderpapiers 1295.

Börsentermingeschäfte 387 A 6, 433 A 3r, 764 A 4; Anerkennung burch Schuldversprechen 780 A 7; Erfüllung 814 A 3.

Bößlice Schentung bes Erblaffers zur Beeinträchtigung bes Bertragserben beim Erbvertrage 2287 A 1.

Bösliche Beräußerungen und Belastungen bestimmter Vermächtnisgegenstände durch den Erblasser 2288.

Bösliche Berlassung, Scheibungsgrund 1567. Bote, Begriff 120 A 1, 164 A 1; Vertragsschluß durch B. 147 A 2; Verjährung bes Ansvruchs 196.

Boylott 138 A 1d, 826 A 50.

Brandschaden, Versicherung bei Nießbrauch 1045, 1046.

Brandversicherung, Haftung der Forderung für Hupotheken 1127—1130.

Brauhaus, Zubehör 98; EG 164. Brautgeschente, Rückgabe 1301, 1584.

Brautkinder EG 208. Briefmarken 807 A 1.

Briefwechsel als Schriftsom 126 A 4; 127. Bruchteil: Berträge über Bermögensbruchteile 310, 311; Borkaufsrecht an einem Bruchteil 741 A 2, 1095, Reallast 1106, Hopothek 1114, Grundschuld 1192;

Zuwendung des Bruchteils des Vermögens durch den Erblasser 2087—2093; vgl. Miteigentümer, Gemeinschaft nach

Bruchteilen.

Buchforderungen, Sicherheitzleistung 282, 286; gegen das Neich ober einen Bundesstaat: der Ehefrau 1893, des Nindes 1667, des Mündels 1815, 1816, 1820, 1853, bei Nacherbschaft 2118; Univandlung von Reichsauleihe in Buchschuld 806 A 1.

Buchhipothet 1116, 1189, 1154 (vgl. Hypothet).

Buchmacher 762 A 1.

Bildnerrecht EG 63.

Bilhnenanstellungsvertrag 611 A 4, 624 A 1, Vorbem 1 vor 631.

Bundebrat, Erteilung und Entziehung ber Rechtsfähigkeit eines Bereins 23, 44, 62; Genehmigung von Stiftungen 80; Be-stimmung der Mündelsicherheit von Wertpapieren 1807.

Bundesftaat EG 5.

Berleihung der Rechtsfähigkeit an Bereine 22, Genehmigung ber Anberung ber Vereinssahungen 33, Genehmigung von Stiftungen 80, von Schuldverschreibungen auf den Inhaber 795, der Befreiung von Chehindernissen 1322, Chelichkeitserklärung 1723; Befreiung von den Erfordernissen der Annahme an Kindes Statt 1745.

Aufrechnung gegen Forderungen eines

Bundesstaats 395.

Bürgerliche Chrenrechte, Berluft, Wirfung 1318, 1781, 2237.

Bürgichaft, Begriff Vorbem 1—4 vor 764, 765; Unterschied von der Haftung für Zahlungsfähigkeit 438 A 2; Form 126 A 3, 766; Erfüllungsort 269 A 5, 765 A 1; besondere Arten Borbem 5 vor 765; selbstschuldnerische B. 771 A 1, 773, 766 A 4, 777 A 2; B. auf Zeit 777; Mitbürgschaft 421 A 1, 769, 774 A 5; Kontokorrentbürgschaft 765 A 5; Areditbürgschaft Vorbem 5 vor 765, 765 A 6; Rreditauftrag 778; gehäufte Schuldübernahme 414 21 1, Borbem 5d vor 765;

Umfang ber Berpflichtung bes Bürgen 765 A 5, 767; Saftung bei Nichtigkeit ber Leistung des Schuldners 138 A 1; Haftung bes Glänbigers 765 A 7, 776 A 1, ber Mitburgen untereinander 426 A 2, 774; Einreden des Bürgen 768; Einrede der Vorausklage 771—773; Anfechtung ber Hauptverbindlichkeit 767 A 1, 768 A 1, 770; bes Bürgschaftsvertrags 765 U 7; Befriedigung des Gläubigers durch den Bürgen 774; Aufrechnung 387 A 2, 768 A 1, 770, 774 A 2; Rücktrittsrecht Borbem 4 vor 765; Erlöschen der B. 767 A 1; Kündigung 765 A 7; Kündigung der Hauptschuld 767 A 2; Koften ber Mündigung und Nechtsverfolgung 767; B. im Auftrage bes Hauptschuldners, Befreiung von der B. 775; Aufgabe von Sicherheiten burch ben Gläubiger 776; Konfurs des Hauptschuldners 767 A 2, 768 A 2, 773, 774 A 3; Berjährung ber Aufprüche 765 A 7, 768 A 1, 771 A 1, 774 21 1;

als Sicherheitsleiftung 232, 239, 321 A 3; bei Abtretung der Forderung 401; Erlöschen bei Schuldübernahme 418; Umwandlung der Bürgschaftsschuld in ein Darlehn 607 A 6; Ubernahme durch den Vormund 1822.

Bukc 249 A 1, 823 A 13a; Verjährung 194 N 3, 202 A 1.

(Val. R)

clf 269 A 4, 433 A 10h, cc.

Clausula rebus sic stantibus 119 2 2, 157 X 1, 242 X 5, 321 X 1, 812 X 8; beim Darlehnsversprechen 610 21 4; bei Unterhalt Vorbem 7 vor 1601; beim Vermächtnis 2174 21 3; vgl. auch Gelbentwertung, Aufwertung.

Clearingverkehr 387 A 1.

Condictio indebiti 813; ob causam finitam 812 A 8, 815 A 1; ob causam datorum 812 A 9, 815; ob turpem causam 817

Constitutum possessorium 930, 933. Conto-a-meta-Geschäft 433 A 3 m.

Culpa in contrahendo 155 A 2 Abf. 3, 276, 823 A 1; beim Rauf 433 A 1b; vgl. auch Vertragsverletzung.

Dampf, Zuführung 906.

Dampfichiffahrtsunternehmungen EG 125.

Damwith, Bilbichaben 835. Darlehn, Berhaltnis zu anbern Berträgen Borbem 1 vor 607; Wefen 607, Vorbem 2 vor 607, 320 A 1; zu unsittlichen Zweden 138 A 1, Borbem 4 vor 607; zu Spiel und Wette 762 A 5; gegen Sppothek Borbem 5 vor 607; 1115; 1139; Bereinbarungsdarlehn 607 A 7; Darlehusschulbschein 607 A 8; Zinsen 608; Kündigung 609; Verfallflausel 609 A 3; Darlehnsversprechen 610; Abtretung der Ansprüche 610 A 1, 398 A 3, 399 A 2; Verwahrung vertretbarer Sachen als Darlehn Vorbem 1 vor 607, 607 A 7, 608 A 2, 700; partiarisches Darlehn Vorbein 1 vor 607, 705 A 3; des Gewalthabers für das Kind 1643, 1822, 1825; Auswertung 607 A 5;

Darlehn der öffentlichen Pfandleiher Vorbem 3 vor 607; von Pfandleihanstalten EG 94, Meliorationsbarlehn EG 118.

Darlehnstaffen 244 A 1c, 807 A 1. Datum ber Grundbucheintragung 879; beim Testament 2231 A 5.

Dedname 12 A 2, 126 A 3; als Testamentsunterschrift 2231 A 6, 2241 A 1.

Deichrecht ES 66.

Deliktsfähigkeit 104 A 1.

Delfrederevertrag Vorbem 6 vor 765. Depositum irregulare 700; vgl. Summen-

verwahrung, Berwahrung.

Diebstahl, fein Eigentumserwerb 935, 1006.

Dienstbarkeiten, Begriff 1018 A 1; val. Grunddienstbarkeiten; beschränkte perfonliche Dienstbarkeiten 1090; Umfang 1091; Unübertragbarkeit 1092; Aufhebung, Erlöschen 1090 A 4; Übertragung nicht eingetragener D. EG 128; Wohnungsrecht 1093.

Beeinträchtigung durch Uberbau 916.

Dienstbezüge, Berjährung 196; Abtretung

Dienste, Entschädigung für Dienste: beim Rückritt 346, beim Schabensersatzusspruch 845, 846; als Gesellschaftsbeitrag 706; zum Zwede ber Aufrechnung 388 A 1; Gegenstand der Leibrente 759 A 1; Leistung von D. gegen Gewährung von Unterhalt 761 A 5; der Ehefrau 1356; Berpflichtung des Haustindes zu Diensten 1617; des Vormundes 1835; des Mündels 1805 A 2.

Dienste und Arbeitsverhältnis bes Minberjährigen 113, 1617 A 2, 1822, 1827. Dienstverschaffungsvertrag Borbein 1 vor

611.

Dienstvertrag, Begriff, Abgrenzung von andern Verträgen 611; Vorbem 1 vor 611; insbes. vom Leibrentenvertrag 761 21 5; Teilbarkeit 266 A 1; Verhältnisse der Beamten, Gerichtsvollzieher, Notare, Rechts. anwälte, Arzte, Vorbem 2b vor 611; Auslegungsgrundfage, Tren und Glauben, Borbein 4 vor 611; Prozegrecht Vorbein 4 vor 611; Bergütung 611 21 2, 612, 614, im Falle außerordentlicher Kündigung 628; Mietgeld 336 A 1; EG 95; Nebenleiftungen des Dienstherrn 611 A 2, des Dienstverpflichteten 611 A 1; Aufrechnung 614 A 1; Unübertragbarteit der Rechte und Pflichten 613; Tob einer ber Parteien 613 A 1, 2; Annahmeverzug des Dienstberechtigten 615; zeitweilige Verhinderung des Verpflich. teten 616; Fürsorge im Krantheitsfalle 617, 619; Sorge für Leben und Gesundheit bes Dienstverpflichteten 618, 619, Vorbem 4 vor 823; Haftung für Dienstboten 831 A 2; Endigung des Dienstverhältnisses, Ründigung 620; Ründigungsfriften 621 bis 624; stillschweigende Berlängerung 625; Dienste höherer Art, Kündigung 622, 627; Ründigung aus wichtigen Gründen 611 A 2, 626; Rückfrittsrecht 611 A 1; Zurückbehaltungsrecht 611 A 2, 614 A 1; Urlaub zum Auffuchen einer neuen Stelle 629; Zeugnis 630; unwahres Zengnis 826 A 5 h; Ausfunft über den Dienstverpflichteten 157 A 3; Abschluß des D. durch den elterlichen Gewalthaber 1630 A 2; durch den Vormund 1822; Verjährung der Ansprüche 196.

Dies Interpellat pro homino 284 A 4,

296 A 1.

Differenggeschäft 764.

Diligentia quam suis 277.

Dinglicher Anspruch, Berjährungszeit 221.

Dinglicher Erfat vgl. Surrogation.

Dingliche Rechte Borbem 2 vor 241, 873 A 6; Erlöschen bei Eigentumserwerb 936; Fruchterwerb 99 A 1.

Distontierungsgeschäft 433 A 3b.

Diffens, verstedter 119 A 1; 155 A 2. Diftanztauf, Gefahrübergang 447.

Dividende 197 A 1, 246 A 1.

Dolmetscher bei Testamentserrichtung 2244, 2250.

Dolus eventualis 128 A 2, 823 A 2, 826 A 3.

Doppelehe, Ehehinbernis 1309; Nichtigkeit 1826; Scheidungsgrund 1565; Pflichtteilsentziehung 2335.

Doppelname 12 21 2.

Dorftestament 2249, 2252, 2266.

Draufgabe 336; Anredming und Müdgabe 337; Einbehaltung und Schabensersat 338; Ermäßigung 338 A 1.

Dreißigster 1969.

Drohung, Anfechtungsgrund 123; Begriff 123 A 3; Anfechtungsfrift 124; Schadensersatz Borbem 4e vor 823; D. durch Vertreter 166 A 3; Anfechtung der Bestimmung der Leistung durch einen Dritten 318; Spescheidungsgrund 1566 A 2, 1568 A 3; Grund zur Anfechtung der Che 1335, 1346, 1704, der Anerkennung der Chelichkeit 1599, der Annahme und Ausschlagung der Erbschaft 1954, des Testaments 2078, des Erdvertrags 2281; Grund zur Erdunwürdigkeit 2339; Bestimmung einer Frau zur außerehelichen Beiwohnung 825.

Druden als Berarbeitung 950. Dulbungspflicht 241 A 2.

Dünger, Zubehör 98, 593; Erzeugnis 99 A 3. Durchstreichungen bei Testamenten 2231 A 7.

Œ

Chc, Eingehung 1808—1823; Form der Chefchießung 1816—1821; firchliche Verpflichtungen Vorbem 1 vor 1808, 1588; Beftätigung der E. 1809 A 5; Anflöfung 1809 A 3; Wirkung auf die Schwägerschaft 1590; Hemmung der Verjährung 204;

Internationales Privatrecht: Vorbem 2 vor 1803; Eingehung EG 13, persönliche Rechtsbezichungen der Ehegatten EG 14, Efterrecht EG 15, 16, Scheidung EG 17, ehesiche Abstannung EG 18; Übergangsbestimmungen EG 198 bis 203; vgl. auch die besondern Annerkungen bei den eine

zelnen Paragraphen.

Wirkungen ber Che: eheliche Lebensgemeinschaft 1858; Stellung bes Chemanns 1854; ber Chefran 1855—1858; Surgfalt der Chegatten 1859; Unterhaltspslicht 1860, 1861; Eigentumsvermutung 1862.

Aufechtung 1330—1335, 1350; Aufechtungsgründe: beschränkte Geschäftsfähigkeit 1331, 1337, Arrtum 1332, 1333, 1346, arglistige Täuschung 1334, Drohung 1335, 1346; Form und Zeit der Aufechtung 1336, 1338—1342; Aufechtungsklage 1340; Wirkung 1343—1347; Tod des nicht aufechtungsberechtigten Ehegatten 1338, 1342; Aufechtung der Todeserklärung eines Ehegatten 1348, 1349; Aufechtung der nenen Ehe nach Todeserklärung 1350, 1351; Schut des gutgläudigen Dritten 1344; Bestätigung der aufechtbaren E. 1387, 1841.

Nichtigkeitägründe 1323—1328; mangelnde Form 1324, Geschäftsunfähigkeit 1325, Doppelehe 1326,1348, Verwandtschaft 1327, Ehebruch 1328; Nichtigkeitsklage 1329; Stellung der Kinder aus nichtigen Chen 1699—1704; esterliche Gewalt über Kinder aus nichtigen Ehen 1701, 1702; Unterhaltsanspruch der Kinder aus nich-

tigen Ehen 1703.

Chescheidung 1564; internationales Recht 1564 A 7; Prozessales 1564 A 8, 4; Stihneverfahren 1571 A 10; Widerflage 1564 A 4, 1571 A 9, 1572 A 4, 1574; Klag-rücknahme 1570 A 4; Aufrechnung 1565 A 6, 1568 A 7; Scheidebrief 1316 A 1, 1564 A 3, 5; Vereinbarung über den Unterhalt für die Daner des Scheidungsprozesses 1564 A 5, 1614 A 1; Rlage auf Auf. hebung der ehelichen Gemeinschaft 1575; Umwandlung der Aufhebungsflage in Scheidungstlage 1576; nachträgliche Beltendmachung von Scheidungsgründen 1572, 1573; Schuldansspruch 1574; bedingte und unbedingte Scheidungsgründe 1564 A 1; Scheidung wegen Chebruchs 1312, 1565; wegen Lebensgefährdung 1566; wegen bos. licher Verlaffung 1567; wegen Berrüttung des ehelichen Verhältniffes 1565 U 1, 1568; wegen Beiftestrankheit 1569, 1583; Berzeihung 1570, Borbem 2 vor 1297; Berzicht 1570 A 5; Verlust des Nechtes durch Zeitablauf 1571, 1572; Familienname der geschiedenen Fran Vorbem 1 vor 1297, 1577; Unterhaltspflicht der geschiebenen Ehegatten 1578, 1579, 1603 A 2, 1608, Form bes Unterhalts 1580, Wirkung ber Wiederverheiratung auf den Unterhalt 1579, 1581; des Todes eines Chegatten 1582; Unterhaltspflicht gegenüber Geistesfranken 1583; gegenüber gemeinschaftlichen Kindern 1585 A 1; Chescheidungsstrafen 1578 A 1; Schadensersatiansprüche 1564 A 5, 1578 A 9; Widerruf von Schenkungen 1584; Auflösung burch ben Tob eines Chegatten 1309, 1348, 1482, 1483, 2077.

Ehcbruch, Klage auf Unterlassung Vorbem 6 III vor 828; Shehindernis 1812, 1828; Scheidungsgrund 1565; Grund zur Pflicht-

teilsentziehung 2335.

Chefrau, Wohnsit 10, 1353; Name 1355, nach der Chescheidung 1577; Vollsährigkeitserklärung der geschiedenen E. 4 A 3; Verfügungsfähigkeit Vordem 7 vor 104; Geschäftsfähigkeit 104 A 1; der ausländischen E. 104 A 7; Vefuguisse und Pskichten in der She 1354; Leitung des Hauswesens 1356; Schlüsselgewalt 1357; Dieuske 1358; Unterhaltspflicht 1360, 1361, 1386, 1604; Gewerbebetrieb 1367, 1405, 1452, 1462; Schadensergangleprüche des Chemanns der Verlehung der E. 845 A 4; Vormund für eine Ehefrau 1778, 1901; Ehefrau als Vormund 1783, 1887, 1900; Inventarfrist 2008; vgl. Eheliches Güterrecht.

Chcgatten, Lebensgemeinschaft 1853; anzuwendende Sorgfalt 1859; Getrenntleben vgl. das.; Unterhaltspflicht 1860, 1861, 1604, 1608; Beräußerungen unter Chegatten 1878 A 4, 1432 A 3;

Verjährung der gegenseitigen Ansprüche 204; Einwilligung dei der Annahme an Kindes Statt 1746; gesetzliches Erdrecht 1931—1934; Unwirtsamkeit der Einsetzung im Testament 2077, 2268; Testamentszeuge 2234; gemeinschaftliches Testament 2052 A 1 a, 2265; Erdvertrag 2275, 2276, 2279, 2280, 2290, 2292; Pstichtteilsrecht

2303; Erbverzicht 2346.

Ehchindernis, aufschiedendes 1303, 1305, 1310 Abs 2, 1311, 1313, 1314, 1315, 1349, 1493 A 8; trennendes 1304, 1309, 1310 Abs 1, 1312; mangelnde esterliche Einwilligung 1305—1308; mangelnde Shemündigfeit 1304; bestehende She 1309; Verwandsschieft 1304; bestehende She 1309; Verwandsschieft 1310; Annahme an Kindes Statt 1311; Shebruch 1312; Wartezeit 1313; mangelnde Kuseinandersehung 1314; mangelnde Ersaubnis der dorgesehren Behörde 1315; Vefreiung 1322.

Eheliche Abstammung 1591, 1592, EG 18; Anfechtungsrecht bes Ehemanns 1593; Frist zur Anfechtung 1594; Form ber Anfechtung 1595—1597; Anerkennung ber Ehelichkeit 1596 A 1, 1598; Anfechtung ber Anerkennung 1599; Vaterschaft bei Wieberverheiratung ber Frau 1600.

Ehelicher Auswand, Begriff 1889 A 2; bei der allgemeinen Gütergemeinschaft 1458; bei Errungenschaftsgemeinschaft 1529; bei Fahrnisgemeinschaft 1550 A 1; Verpflichtung des Mannes 1889, 1427; Beitragspflicht der Fran 1871, 1427, 1441; Ersakansprüche der Fran 1429.

Eheliche Gemeinschaft 1353, EG 46, 201; Mage auf Aufhebung 1575, 1576, 1586, 1587; Wiederherstellung 1587.

Cheliches Güterrecht Vorbem vor 1363, EG 15, 16, 200; vgl. Verwaltungsgemeinschaft, allgemeine Gütergemeinschaft, sortgesehte Gütergemeinschaft, Fahrnisgemeinschaft, Errungenschaftsgemeinschaft;

vertragsmäßiges Güterrecht 310 A 1, 1432—1436.

Cheliche Kinder EG 18, 19, 203, Wohnsig 11; Ersordernis der elterlichen Einwilligung zur Cheschließung 1305, 1307, 1308; Familienname 1616; Vorname 1616 A 1; Leistung von Diensten im elterlichen Hausschand 1617; Aufwendungen sür den elterlichen Hausstand 1618; Überlassung ber Vermögensverwaltung an die Eltern 1619; Aussteuer 1620—1623; Ausstattung 1624, 1625; vgl. Cheliche Abstammung. Cheliche Lebensgemeinschaft 1353.

Chelichteitserklärung, Boraussehung 1723; Ausschluß von Bedingung und Zeit-

bestimmung 1724; Antrag bes Baters, Anerkennung der Baterichaft 1725; Ginwilligung des Kindes, der Mutter, der Shefrau 1726, 1727; Ausschluß der Stell-vertretung 1728, 1729; Form des An-trags und der Bewilligung 1730; Anfechtung des Antrags und der Einwilliauna ber Beteiligten 1781; Unzuläffigkeit wegen Cheverbots 1732; nach bem Tobe des Vaters und Kindes 1733; Versagung der Chelichfeitsertlärung 1734; Wirtfamfeit 1735, für bas Kind 1736, für die Abkönimlinge bes Kindes 1737, für die Mutter 1738; Unter-haltspflicht 1739; Wiederverheiratung des Baters 1740;

Einwilligung zur The eines für ehelich erklärten Kindes 1305; Ausschließung ber Erbauseinandersehung wegen Schwebens eines Verfahrens über die Chelichkeits-erklärung 2043 A 2.

Chemätler 656; Anerkennung des Anspruchs durch Schuldversprechen oder Auerkenntnis

Chemann, Befugnisse und Pflichten in der Che 1354, 1356; Kündigungsrecht 1358; Unterhaltspflicht 1360, 1361; feine Aufsichtspflicht gegenüber der Chefran 832 A 5; vgl. Cheliches Güterrecht.

Chemiindigteit 1303; nach Bolljährigfeits.

erflärung 3 21 4.

Cheicheidung 1564—1585; vgl. Che. Cheichließung, Form 1316—1321.

Chebermittlung 656.

Chebertrag 1432, EG 15, 200; Berweisung auf ein nicht mehr geltendes ober aus. ländisches Necht 1433; Form 1434; Gintragung ins Güterrechtsregister 1561; Ausschluß der Verwaltung und Aubnießung bes Mannes, Wirfung gegenüber Dritten 1435; Ausschluß ber Fortsetung ber Güter-gemeinschaft 1508; Vorbehaltsgut 1368; bei Errungenschaftsgemeinschaft 1526; eingebrachtes Gut bei Errungenschaftsgemeinschaft 1523, bei Fahrnisgemeinschaft 1553; E. fiber Fortfehung ber Jahrnisgemeinschaft 1557; Gütertrennung 1426 A 1; Chevertrag verbunden mit Erbvertrag 2276.

Chre. Verletung Vorbem 1 vor 249, 823 A 9: Gefährbung 824 A 1; Schut 228 A 3, 1004

Chrengerichtliches Berfahren, Erstattung von Auslagen 25 A 2.

Chrenmitglied bes Bereins 25 A 2.

Ehrenrechte, burgerliche, Aberfennung 1318, 1781; Ausschließung als Testamentszenge

Chrenwort, Berpfändung 138 21 1.

Ehrloses Berhalten als Scheibungsgrund 1568, als Grund gum Eingreifen bes Bormundschaftsgerichts 1666, zur Pflichtteils. entziehung 2333, 2335, 2336.

Gibesftattliche Berpflichtung bes standes 1694, bes Bormundes 1789, des Mitgliebes bes Familienrats 1870, bes Aflegers 1915.

Eidesstattliche Bersicherung bei Antrag auf

Erbschein 2356, 2357.

Eigenbesiter, Begriff 872; mittelbarer Gigen. besit 941 A 3; Ersitung von Grundstuds. rechten 900; Ersitzung beweglicher Sachen 937, 938; Erwerb des Eigentums am Grundstück durch Ausschlußurteil 927; Erwerb an Erzeugnissen und Früchten 955; Verhältnis zum Eigentümer 088; Haftung für Beschädigung durch ein Gebäude 836.

Eigenhändiges Testament 2231, 2247, 2248. Eigenmacht, verbotene 858, 859, 869; im Verhältnis zwischen Eigentümer und Besiher

992; des Erbschaftsbesitzers 2025.

Eigennut 138 A 1. Eigenschaften, wesentliche 119 A 5;

Irrtum über Eigenschaften einer Person oder Sache bei Abgabe von Willens. erklärungen 119; Saftung bes Verkäufers für zugesicherte Eigenschaften ber Raufsache 459, 460, 463, 468, 480, beim Rauf nach Brobe 494, des Bermieters für Eigen. schaften der Mietsache 537, des Unternehmers für Eigenschaften ber bestellten Sache 633; Irrtum über Eigenschaften bes andern Chegatten als Grund zur Anfechtung ber Ehe 1333.

Eigentum, Begriff 903 21 1; Befuguisse bes Eigentümers 903; Abwehr von Einwirfungen Dritter 903; Pflicht gur Duldung von Ginwirkungen Dritter 904; Berletung des Eigentums Vorbem 1, 2 vor 823, 823 A 8; Misbranch des E. 826 A 5i; Anfgabe 379 A 1; Miteigentum 1008-1011;

an Grundstüden: Erftredung bes Rechtes des Eigentümers auf die Luft und den Erdförper 905; Buführung von Gasen, Geräusch, Erschütterungen von einem andern Grundstück 906; Nachbarrechte 907-924: Schut gegen drohende Einwirkungen 907; drohender Gebäudeeinfturz 908; Bertiefung des Nachbargrundstücks 909; Wurzeln und Aweige des Nachbargrundstücks 910; Aberfallsrecht 911; Aberban 912—916; Notivea 917, 918; Abmarkung 919; Grenzstreitigfeiten und Grenzanlagen 920-923, vgl. Grenze; Erwerb burch Auflassung 925, durch Ausschlußurteil gegen den Eigentümer 927; Miterwerb bes Zubehörs 926; Aneignung burch ben Fiskus 928, EG 129; Aufgabe 928; Abertragung 878; burch Landesgeset; EG 126; Abereignung nicht eingetragener Grundstüde EG 127;

an beweglichen Sachen: Erwerb burch Erfigung 937-945, burdy Berbindung, Vermischung, Berarbeitung 946-951, an Schuldscheinen 952, an Schuldverschreibungen auf den Inhaber 797; Erwerb an Erzengnissen und Bestandteilen 953—957, burch Aneignung 958-964, durch Fund 973, 974; Ubertragung durch Abergabe 929, 932, ohne Aufgabe des Besites, constitutum possessorium 930, 933, burch Abtretung bes Herausgabeanspruchs 931, 934; Sicherungsübereignung 930 A 5, 6; Schut des gutgläubigen Erwerbers 932-936; Aufgabe 959; Erwerb für die Chefran durch den Chemann 1381, für das Kind durch den

Vater 1646.

Unspruche aus bem Eigentum: Eigen. tumsauspruch 985; Abtretung besfelben 985 A 1; Verschaffungsanspruch 241 A 1; Klage auf Feststellung bes E. Vorbem 2 vor 985; Einwendungen des Besithers 986; Berpflich. tung des Besithers zur Herausgabe der Nutungen 987, 988, 990, 991, 993; Schadensersat bei Berschlechterung ber herauszugebenden Sache oder Unmöglichfeit 989; Haftung bes Besithers bei nicht gutgläubigem Besitzerwerb 990, 991, bei Erwerb durch verbotene Eigenmacht oder strafbare Handlung 992; Gegenansprüche des Besihers wegen Verwendungen 994 bis 998; Abtrennungsrecht bes Besitzers 997; Berwendungen des Borbefitzers 999; Geltendmachung des Berwendungsanspruchs durch Zurückbehaltungsrecht 1000, burch selbständige Geltenbmachung 1001, 1002; Befriedigung wegen Berwendungen aus der Sache selbst 1003; Regatorienklage 1004; Abholungsrecht bes Eigentümers 1005; Eigentumsvermutung zugunsten bes Besibers 1006; Anspruch aus früherem Besit 1007; Unterbrechung der Ersitung durch Geltendmachung des Eigentums. anspruchs 941.

Abergangsbestimmungen EU 181, 189; Eigentumsbeschräufungen 903 A 3, EG 52,

109, 111.

Eigentümergrundschuld 862 A 2, 1192 A 1, 1196, 1197, 1163, 1177; infolge Verzichts 1168; im Berhaltnis zur Höchstbetrags-hypothek 1190 A 1; Pfanbung 1163 A 3, 1190 A 1; bei Miteigentum am Grund. stude 1011 A 3; Aufhebung 875 A 2.

Eigentümerhupothet 1163, 1177 A 5; Wefanithppothet 1173; Umwandlung in Eigen-

tüniergrundschuld 1198 A 1.

Gigentumsbermutung 891, 1006, gugunften

des besitzenden Chegatten 1362. Eigentumsvorbehalt 93 21 7, 455,

N 3BI, 929 A 1; Besitverhältnis 868 A 3. Gingebrachtes Gut bei Berwaltungsgemeinschaft 1363; Verzeichnis bes eingebrachten Gutes 1372, 1374 A 3; bei allgemeiner Gütergemeinschaft 1478; bei Errungen-schaftsgemeinschaft 1520, 1525, 1528; bei Kahrnisgemeinschaft 1550-1554; Juventarfrift bei einer zum eingebrachten Gut gehörigen Erbschaft 2008; vgl. Berwaltungs. gemeinschaft.

Eingebrachte Sadjen bes Mieters 559; Des Pächters 581, 585; des Gaftes 704.

Gingetragener Berein 21, 55; f. Berein. Einigung Borbem 3 vor 145, 154, 155; als Grundlage des Besiterwerbs 854 21 4; über die Begründung, Übertragung und Belaftung von Rechten an Grundftuden: Natur der Einigung 873 A 7; Vertretung 873 A 7a, b; Form, Borvertrag, Wider-ruf 873 A 7c; Ersat durch rechtskräftige Berurteilung 873 A 7e, 925 A 11; Nichtigkeit, Anfechtbarkeit 894 A 1a; bei der Auf. lassung 925; bei Gigentumgübertragung 929; bei Bestellung der Grunddienstbarteit 1018 A 5, des Niegbrauchs 1032; bei Bestellung des Pfandrechts an einer beweglichen Sache 1205, an einem Schiff ober einer Schiffspart 1260, 1272; Einigungs. grundsatz für Grundbucheinträge, Vorbem 3b vor 873.

Einkünfte 1521 A 6.

Ginlagen, Begriff, Unterschied von Beiträgen 705 2 6; Berginsung 248; ber Gesellschafter 705 A 6.

Einlösung ber mit einem Niegbrauch be-lasteten Inhaberpapiere 1083.

Einlöfungerecht 268, gegenüber der Hupothet 1150, gegenüber dem Pfandrecht 1249; des Erben 1973 A 7; 1992 A 4. Einquartierungslaften 546 21 1.

Ginrede Borbem 5 vor 1; Begriff, grenzung von der Einwendung 886 A 2;

ber Arglift, vgl. exceptio doli;

ber Vorausklage 202, 239, 771, ber mangelnden Sicherheit 202, 258, 811, 867, 997, 1005, der Leiftungsverweigerung beim gegenseitigen Vertrag 320 A 2, bes nicht erfüllten Vertrags 202, 320, bei ber Aufrechnung 390, bes Bürgen 202, 768, 771 bis 773, der ungerechtfertigten Bereicherung 821, des Zurudbehaltungsrechts 202, 274, 1000, gegen eine durch unerlaubte hand. lung erlangte Forberung 853, des Eigen-tümers gegen die Hupothet 1187, 1157, 1169, bes Berpfänders 1211, 1254, ber mehreren Buhälter 1717, 1718; aufschiebende Ginreben des Erben 202, 2014-2017;

vgl. Einwendung. Einrichtung, Begriff, Begnahme 258 A 1, 2;

val. Wegnahmerecht.

Einschaltungen im Testament 2231 A 7. Einseitige Rechtsgeschäfte Borbem 1 vor 116; des Minderjährigen 111, Anfechtung einseitiger Rechtsgeschäfte 143; des Bevollmächtigten 174, des vollmachtlosen Vertreters 180, der Chefran 1398, eines Dritten in Beziehung auf bas eingebrachte

But 1403, des Vornundes 1831.

Einseitige Verfügungen im Erbvertrag 2299. Ginsicht in bas Bereinsregister 79, bes Besellschafters 716, in Urkunden 810, in das Güterrechtsregister 1563, in die die Bormundschaft betreffenden Bapiere 1799, Ausschlagungserklärung des Erben 1953, des Inventars 2010, der Anfechtung einer lettwilligen Verfügung 2081, ber Anzeige der Nacherbfolge 2146, in Testamentsvollstrederangelegenheiten 2228, bes Testaments 2264, in die Anzeige vom

Erbschaftstauf 2384; Einsicht von Anfechtungserklärungen 1342, 1597, 2081.

Ginspruch ber Berwaltungsbehörde gegen Eintragung eines Vereins 61-63. Einstellung bes Nachlaßkonkurfes 1990.

Ginfturz von Gebäuden, Haftung 836-838;

Abwendung der Gefahr 908.

Einstweilige Berfligung bei Rechtsftreit über Bichmängel 489, auf Bormerkung 885, 1990, 2016, auf Widerspruch 899, zugunften ber Mutter eines unehelichen Rindes 1716; in den Nachlaß 1990.

Eintragung bes Vereins 63-65; von Rechten an Grundstilden 873, eintragungefähige Rechte Vorbem 2 vor 878; Kosten 449, Bczugnahme auf die Eintragungsbewilligung 874, 1115; Eintragungsgrundsat für Grund. bucheinträge Vorbem 3c vor 873; im Güterrechtsregister 1558 A 1, 1560, 1561; vgl. Grundbuch, Rechte an Grundstücken, Bereine.

Eintragungsbewilligung 873 21 7d, 885, 888, 899, 1260; Bezugnahme in der Gintragung 874, 885, 892 A 4, 1115; Erfat der E. durch Urteil und behördliches Erfuchen 874 A 5.

Gintritt in eingetragene Bereine 58.

Einwendung, Begriff, Abgrenzung von der Ginrebe 886 A 2; beim Bertrag zugunften eines Dritten 834; bei Abtretung ber Forderung 404; bes Schuldübernehmers 417; bes hauptschuldners bei der Bürgschaft 774; des Angewiesenen 784; des Ausstellers einer Schuldverschreibung auf ben Inhaber 796; des Besibers gegenüber dem Eigentümer 986; aus ber Richtigfeit ber Che 1344; gegenüber einem Dritten aus der Abanderung des Güterrechts 1435. Einwerfung 2050.

Einwilligung zu Nechtsgeschäften 182; Wiberruf 183; ju Verfügung eines Nichtberech.

tigten 185;

bes Minderjährigen aur Bolljährigkeits. erflärung 4; bes gesetlichen Bertreters au Rechtsgeschäften des Vertretenen 107-111; in die Tötung oder Verlehung eines Menschen 823 A 4, 10; zum Verlöhnis 107 A 1; zur Eheschließung 1304—1308, 1331; des Chemanns zu Nechtsgeschäften der Chefrau 1395—1398; zur Ehelichkeitserklärung 1726, 1727; gur Annahme an Kindes Statt 1746 bis 1748; bes Macherben zu Berfitgungen des Vorerben 2120; des Erben zu Verfügungen des Testamentsvollstreders 2206 21 3.

Einwirkung auf frembe Grundftude 905, 906. Einzichung von gemeinschaftlichen Forberungen 754, einer mit einem niegbrauch belasteten Forderung 1074, 1078, einer verpfändeten Forderung 1288, einer Forberung durch ben Borerben 2114; bes unrichtigen Erbscheins 2361.

Gifenbahnunternehmungen, Berjährung ber Ausprüche 196; Haftung 631 A 1, Vorbem

4a vor 823, 823 A 6d, 254 A 7, für Beamte 831 A 2; Anschlufialcis 1018 A 2, 5; val. Reichsbahugesellschaft.

Eisernviehvertrag 587 21 1. Eldwild, Wildschaden 835.

Elettrizität 90 A 2, 99 A 4, Borbem 2 vor 535; Lieferung 433 Al Ga; elektrische Fernleitungen 95 At 1, 2.

Elfaß-Lothringen, Bunbesftaat EG 5. Elterliche Einwilligung zur Cheschließung

1305-1308.

Elterliche Gewalt Borbem 1, 2 vor 1616; 1626, EU 19, 203-205; gegenüber einem verheirateten Kinde 1633, 1661; über Kinder aus nichtigen Ghen 1701, 1702; über uneheliche Kinder 1707, über ange. nommene Kinder 1765; Ginwilligung bei

Volljährigkeitserklärung 4;

des Vaters 1627-1683; Fürforge für die Person und bas Vermögen des Kindes 1627; Ausschluß durch Pfleger 1628, 1629; Umfang ber Sorge: Vertretung 1630, 1635 A 3, 1676; Sorge für die Berfon des Rindes: Erziehung, Beauffichtigung, Aufenthaltsbestimmung 1631; Verantwortlichteit für die Beaufsichtigung 832 A 4, 5; Bestimmung bes religiofen Bekenntnisses 1631 A 1, Anderung desselben 1666 A 2; Klage auf Herandgabe 1632; verheiratete Tochter 1633; Regelung im Falle der Chescheidung 1635, 1636, Vorbent 6 vor 1616, im Falle der Tobeserklärung eines Ehegatten 1637, Mißbranch des Rechts durch ben Bater 1616; Sorge für das Ber-mögen bes Kinbes: 4 A 2, 1638, 1651 21 4; freies Sondervermogen 1688; Befchränkung des Verwaltungsrechts durch Anordnungen Dritter 1689; Verzeichnis bes Nindesvermögens 1640; Schenkungen burch ben Bater 1641; Anlegung bes Gelbes bes Kinbes 1642; ber vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung bedürfenbe Rechtsgeschäfte 1643—1645; Erwerb des Baters für das Kind von beweglichen Sachen 1646, von Grundstüden 1648 21; Beenbigung ber Bermögensverwaltung durch Konkurs bes Baters 1647; Entziehung berselben 1668, 1670; Aufwendungen bes Vaters 1648;

Nutnießung des Baters 1649, an ver-brauchbaren Sachen 1653; Erwerb der Nutungen 99 A 1, 1652; freies Vermögen 1650, 1651, Laften bes Vermögens 1654; Erwerbsgeschäft des Kindes 1651, 1655; Ausschluß bes Baters von ber Rubnießung und Verwaltung 1656, 1657; Unüber-tragbarteit ber Nubnießung 1658; Haftung bes Bermogens des Kindes gegenüber bessen Gläubiger 1654 A 4, 1659, 1660; Zwangsvollstredung in das Kindesver-nögen 1659 A 1; Beendigung der Ausnießung: durch Beirat bes Kindes 1661. burch Bergicht bes Baters 1662; Ginfluß auf Miete und Pacht 1668; Haftung bes

Vaters 1654 A 4, 1664; Verhinderung des Vaters an der Ausübung der elterlichen Gewalt 1665; Gefährdung des Kindes und delsen Vermögen 1666, 1667; Entziehung der Vermögensverwaltung und Auhnießung 1666, 1670, 1673; Verzeichnis des Kindes vermögens 1667; Sicherheitsleistung des Vaters 1668, 1670—1672; Konfurs des Vaters 1668 A 2; Wiederverheitstung des Vaters 1668 A 2; Wiederverheitstung des Vaters, Auseinandersehung 1669, 1670; Ruhen der elterlichen Gewalt des Vaters 1678, wegen Gefähäftsunfähigkeit 1676, wegen tatsächlicher Verhinderung 1677, 1685; Veendigung infolge Todeserklärung 1679, Verwirkung 1495, 1680; Kechenschaftsablegung des Vaters 1681; Fortsführung der Geschäfte nach deren Beendigung 1682, 1683;

ber Mutter: 1684—1686, 1698, bei nichtiger Ehe 1701; Sorge für die Berson 1634; Beistand: Boraussehung für die Bestellung 1687; Wirkungskreis des Beistandes 1688—1693; Stellung des Beistandes 1694; Aufhedung der Beistandes 1695; Auhen der elterlichen Gewalt der Mutter wegen Minderjährigkeit 1696;

Wiederverheiratung der Mutter 1697; Tätigkeit des Bormundschaftsgerichts Vorbem 4 vor 1616, 1671—1678; des Gemeindewaisenrats 1675; Haftung des Vormundschaftsrichters 1674.

Eltern, Berjährung ihrer Ansprüche 204; Einwilligung zur Eheschließung 1305, 1621; zur Annahme an Kindes Statt 1747; Recht zur Benennung des Vormunds 1776; gesehliches Erbrecht 1925; Pflichtteilsrecht 2303, 2309; vol. Unterhalt.

Empfangene, unch nicht geborene Menschen, Unterhaltsansprüche im Falle der Tötung des Unterhaltspflichtigen 844; Erbfähigkeit 1928; Unterhaltsgewährung an die Mutter des erwarteten Erben 1963, 2141; Erbauseinandersehung erst nach der Geburt 2048; als Nacherben 2101; vgl. Leibesfrucht.

Empfängniszeit 1591, 1592; 1600; 1717, 1720.

Empfangsbedürftige Willenserklärung Borbem 1 vor 116; Zugehen 180; gegenüber Geschäftsunfähigen und beschränkt Geschäftsfähigen 181; Zustellung 182.

Empfangsbetenntnis 368. Empfehlung, Erteilung 676.

Ende einer Frist 188, eines Monats 192. Endtermin für die Wirkung eines Rechtsgeschäfts 163; bei Erbeinsehung 2104.

Entbindung, Kosten 1715, EG 21.
Enteignung EG 52—54, 109, 120; teine Antvendbarkeit der Bestimmungen über den Kauf 445 A 3b; eines im Miteigentum stehenden Grundstücks 747 A 3; eines Bachtgrundstücks 858 A 3; der Rießbrauchsache 1030 A 5; Einssuffuß auf Mietverhältnie 571 A 2, 6; Vormerkung über die Eins

leitung eines Enteignungsversahrens 883 A 2 a. E.; Eintragung des Enteignungsunternehmers 892 A 6 Abf 1; Besitzerwerb durch E. 854 A 6; Berechnung des Ersates Vorbem 5 vor 249, 242 A 5 d δββ.

Enterbung 1513; 2333—2338. Entgangener Gewinn 252.

Entlassung bes Dienstverpslichteten 626; bes Minbels aus bem Staatsverband 1827, 1847, ber Familienratsmitglieder 1871, 1878, bes Vormundes 1790, 1886—1889, des Testamentsvollstreckers 2227.

Entinündigung 6, von Ausländern EG 8; Entinündigungsverfahren 6 A 1, 6; wegen Geisteskrankheit 104 A 5; wegen Geistessichwäche, Verschwendung, Trunksucht 114; des Ehemanus 1418, 1425, 1428, 1408, 1495, 1542, 1547; vorläusige Vormundsschaft 1906, 1908; Unfähigkeit zur Vormundschaft 1780; Verlust des Wahlrechts 1896 A 3; E. des Vormunds 1885; Veskellung eines Vertreters 105 A 1; Einstellung eines Vertreters 105 A 1; einstellung eines Vertreters 105 A 1;

Aufhebung der Entimündigung 6 A 6, 7;

Entmundigte, unfähig zur Vormunbschaft 1780; Testierunsähigteit 2229, 2230; Widerruf des Testaments 2253.

Entschungsrecht bes Chemanns 1354. Entschung bes Besithfterers 859.

Entzichung der Nechtsfähigkeit des Vereins 43—45, 74; des vertragsmäßigen Gebrauchs des gemicteien Gegenstaudes 541; der Geschäftsführung eines Gesellschafters 712, 715; einer Sache durch unerlaubte Sanddung 848—851 (vgl. unerl. Handlung); des Bestiges 861, 985, 1004; des Anteils eines Abkönmlings dei fortgeschter Gütergemeinschaft 1513; der Vertretung des Vaters 1630, des Vormundes 1796; der Gorge für die Versund des Vaters 1638, der Vermögen des Kindes 1666, 1670, 1673; der Vermögen des Kindes 1666, 1670, 1673; der vermögensverwaltung des Vaters 1638; dei Annahme an Kindes Statt 1760; der religiösen Erziehung des Vindels 1801; der Verwaltung der Vorerbschaft 2129; des Pflichtteils 2333—2337.

Erbauseinanderschung bgl. Auseinander-

Erbbaurecht, Berordnung über das E. (II. Band Seite 304): Begriff 1; Entftehung 1 A 1; 11; Übertragung 1 A 1; 11; Beräußerung 5—8, 15; Belastung 1 A 1; 5—8; Belastung 18—22; Heimfall 1 A 1; 5—8; Belastung 18—22; Heimfall 1 A 1; 2—4, 82—34; Entstehung des Heimfallanspruchs durch Zahlungsberzug des Erbbauberechtigten 9; Vertragsmäßiger Juhalt 2—8; Bauwert, Bestandteile 12, 13, 34; Versicherung des Bauwerts 2; Erbauzins 9; Rangstelle 10; Feuerversicherung 23; Beendigung 1 A 1; 12, 26—30, 34, BGB 875 A 2; Zuangsbersteigerung 24, 80 A 2; Erneuerung

31, 39; Vertragestrafe 2, 4; Grundbuch. vorschriften 14—17; früheres Mecht (BGB §§ 1012—1017) 38 A 1;

Beeinträchtigung durch Überbau 916. Erbe, Begriff 1922 A 9; Gesamtrechtsnach. folge, Erbfall 1922; Erbfahiakeit, aktive 1922 A 8, 1923, passive 1922 A 3, ber Leibesfrucht 1923; Feststellung der Erben 1964; gesetlicher Erbe 1924—1936; Erbe sufolge Erbeinsehung 1937, 1941, 2087, 2278; Vertragserbe 1941; Ausschließung von der gesetlichen Erbfolge 1938; gefepliche Erben als Bor- und Nacherben 2104, 2105; unbefannter E. 1960;

Anfall der Erbschaft 1942; Annahme und Ausschlagung vgl. Erbschaft; Tod des E. während der Ausschlagungsfrist 1952, während der Nachlaßverwaltung 1988 A 3; Aftivlegitimation vor Annahme 1959 A 2; keine Passivlegitimation vor

Unnahme der Erbschaft 1958;

Beschwerung mit Auflagen 1940; Haftung für die Nachlagverbindlichkeiten Vorbem 1-7 vor 1967; 1967-2017, 2007, 2013; haftung bes vorläufigen Erben für Geschäftsführung 1959, Haftung gegenüber den Nachlaßglänbigern für feine Geschäftsführung bis zum Rachlaßkonkurs und der Rachlaßverwaltung 1978; Berichtigung von Nachlagverbindlichkeiten 1979; haffung für einen burch Vormerfung gesicherten Auspruch 884; Haftung wegen Unterlassung des Antrags auf Rachlaßton. furs und Glänbigeraufgebot 1980; Pflicht zur Beerdigung des Erblaffers 1968 A 2; Mehrheit von Erben, Erbengemeinichaft 2032-2057; Saftung ber Miterben 2058-2063.

Erbteil 1922; Berufung zu mehreren Erbteilen 1951; besonderer Erbteil 1927, 1934, 2007, 2095; gemeinschaftlicher Erbeteil 2093, 2094, 2098; Verfügung des Vormundes über den Erbteil 1822 Dr 1;

Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft 2042—2056; Erbteilungsvertrag bes Vormundes 1822 Ar 2; Auseinanderfetung burch ben Testamentsvollstreder 2204; Verjährung der Ausprüche 207;

Wiberruf der Stiftung durch den Erben bes Stifters 81; Bertauf an den fünftigen Erben, Bortaufsrecht 511; Widerruf der Schenfung burch ben Erben 530; Erbe bes Mieters, Rundigungsrecht 569; Unzeige des Todes des verftorbenen Beauftragten 673, bes Gesellschafters 727, bes Besitzers 857; vgl. Erbrecht, Erbschaft, Nachlagverbindlichkeiten.

Erbeinsetzung 2087, 2098, Einsetzung auf Bruchteile 2088, als Ersatzerbe 2096, 2097, 2099, wechselfeitige Einsetzung 2098, als Nacherbe 2100-2107; im Erbvertrag 2278; durch Zuwendung des Pflichtteils 2304.

Erbengemeinschaft 1922, 2032; vgl. auch Bemeinschaft nach Bruchteilen.

Erbeserbe 1952. Erbfall 1922, 1946. Erbpacht ES 63.

Erbrecht, internationales Recht Borbem 1 vor 1922, EG 24-28; Übergangsbestimmungen Vorbem 3 vor 1922; unvererbliche Rechte 1922 21 5;

gesehliches ber Verwandten 1924-1930. ber halbbürtigen Geschwifter 1925 A 8; bei mehrfacher Verwandtschaft 1927; successio ordinum, successio graduum 1930; gesehliches Erbrecht des Chegatten 1931, bes Chegatten bei gleichzeitiger Verwandtschaft 1934; Ausschluß des gesetlichen Erbrechts 1933, burch Testament 1938; Voraus 1932; Erhöhung bes Erbteils 1935;

gesetliches Erbrecht des Fistus 1936; 1964 bis 1966, vgl. Fiskus;

bei Annahme an Kindes Statt 1759, 1767; Rindestauf 511; vgl. Teftament.

Erbichaft, Begriff 1922; Anfall 1942; Ausschlagung 1942, feine Schenkung 517; nicht teilbar 1950; Wirfung ber Aus. schlagung 1953; Form 1945; Zeitpunkt 1946; Frist 1943, 1944; ohne Bebingung und Zeitbestimmung 1947; Ausschlagung bei mehrfacher Berufung 1948; Auslegung in bezug auf die Berufungsgründe 1949; Ausschlagung zugunsten eines Dritten 1947 Al 1; bei Bernfung zu mehreren Erb. teilen 1951; Bererblichkeit 1952; Unfech. tung der Ausschlagung 1954-1957; Anfechtung der Verfäumung der Ausschlagungsfrist 1956; Birksamkeit von Ber-jügungen vor der Ausschlagung 1959; Roften der Ansschlagung 1945 A 1 a. E.; -Unnahme 1943, ohne Bedingung und Beitbestimmung 1947; Annahme nicht teilbar 1950; Frrtum über Berufungsgrund 1949, 1951 A 5; Anfechtung ber Annahme 1954-1957;

Vorbehaltsgut der Chefrau 1369, 1461; Annahme und Ausschlagung der Erbschaft burch gesetzlichen Vertreter und Bevollmächtigten 1944 A 2; durch juriftische Berfon 1944 A 2; durch die Chefrau 1406, 1453, durch ben Bater 1643, durch den

Vormund 1822;

Nießbrauch an einer Erbschaft 1089; Herausgabe einer E. 2103 A 1; Beräuße-

rung einer Erbschaft 2385.

Erbschaftsanspruch 2018 und Vorbent, 2029 bis 2031; Inhalt: Surrogation 2019; Ruhungen 2020; Bereicherung 2021; Berjährung 2026 A 2; Steigerung ber Haftung des Erbschaftsbesitzers im Falle der Rechts. hängigkeit 2023 beim Mangel bes guten Glaubens 2024, bei strafbarer oder eigenmächtiger Erlangung bes Erbschaftsbesiges 2025.

Erbichaftsbesitzer 2018 At 3, 2030, 2031, val. Erbschaftsauspruch; vorläufiger Erbschafts. besity 2018 At 2, 4; Aufpruch auf Berwendungen, Zurückschaltungsrecht 2022;

Ersitung 987 A 6; Ausschluß der Ersitung 2026; Anrechnung der Ersitungszeit bes E. zugunsten des Erben 944; Kaftung 2024, 2025; Austunftspflicht 2027; Erlibungszeit 944.

Erbichaftsgegenstand 2018, 2025. Erbichaftsgeschäfte, Besorgung 1978.

Erbichaftstauf, Form, Wirkung 2371; Weg. fall von Beschwerungen der Erbschaft 2372; nachträgliche Bergrößerung ber Erbschaft 2873; Herausgabepflicht bes Erben 2874, 2375; Gewährleistungspflicht bes Vertäufers 2376; Ronfusion 2377; Haftung des Räufers für die Nachlasverbindlichkeiten 2378, 2382, 2383; Ruhungen und Lasten 2379, 2380; Gefahrtragung 2380; Verwendungen 2381; Anzeigepflicht des Verfäufers 2384; Anwendung der Borschriften auf andere Veräußerungen 2385.

Erbichaftssteuer bei Zuwendungen an juristische Personen Vorbem 2 vor 21.

Erbichein 2353, Borbem 6 vor 1; Erfordernisse bes Antrags 2354-2356; gemein. schaftlicher Erbschein 2357; Ermittlungs. Nachlaggerichts 2358; Erpflicht des teilung 2359; 2360; Unrichtigfeit 2361, 2862; Einziehung und Mraftlogerflärung 2361; Angabe des Nacherben 2363, des Testamentsvollstreders 2864; Bermutung ber Richtigkeit 2365; öffentlicher Glaube 2866, 2367; gegenständlich beschräntter Erbschein 2869; Rechte einer irrtumlich für tot erffarten Berfon 2370.

Erbicil, Erbicilung, vgl. Erbe, Auseinander-

Erbteilungsvertrag bes Vormundes 1822. Erbunwfirdigfeit 2839, 2844; Geltenbmachung durch Anfechtung 2840-2848; eines Abkömmlings bei fortgesehter Guterge. meinschaft 1506; Wirkung auf das Pflicht-teilsrecht des Abkömmlings 2309 A 3, für die Berechnung des Pflichtteils 2310.

Erbvertrag, Begriff 1941; Erfordernisse auf seiten bes Erblassers 2274, 2275; Form 2276, 2277; Inhalt 2278—2280, 2299; Anfechtung 2281-2283, 2285; Bestätigung 2284; Bindung des Erblasfers 2286-2288, EG 214; Wirfung früherer und fpaterer letitivilliger Verfügungen 2289; Aufhebung 2290—2292; Rücktritt 2293 bis 2298; Eröffnung 2800; Bergicht auf bie Rechte aus dem Erbvertrag 2352.

Erbverzicht, Bergicht auf bas gesetliche Erb. recht 1924 At 4, 2346, auf letitvillige Zuwendungen 2352; Form 2347, 2348; 128 A 1; Wirfung 2349, 2350; Aufhebung 2351; Wirkung auf bas Pflichtteilerecht bes Abtommlings 2309 A 3, für die Berechnung bes Pflichtteils 2310, 2316; bei fortgesetzter Gütergemeinschaft 1517.

Erfindung eines Angestellten 611 21 1; Schut des Erfinderrechts 823 A 9.

Erfillung 181 A 2, 278 A 3, 362; Belveis. last 363; Leistung an Erfüllungs Statt 364; Anrechnung auf verschiedene Forderungen 366, auf Stamm, Binfen, Roften 367; bei Gesamtschuldverhältnis 422; bei Gesamtgläubigerverhaltnis 429; Zug um Zug, bei Zurudbehaltungsrecht 274, bei gegenseitigen Berträgen 322; burch einen Minderjährigen 110; vorzeitige E. einer betagten Verbindlichkeit 813; E. an die Erbengemeinschaft 2039 A 2.

Erfillungsgehilfe 278 A 3.

Erfüllungshalber, an Erfüllungs Statt: Leistung 364 A 2; Gewährleiftungspflicht 365; bei Gesamtschuldverhältniffen 422.

Erfüllungvort 269; Verschiedenheit bei Aufrechnung 391; Einfluß des Zurückehaltungsrechts 273 A 1; beim Mücktritt 346 A 3; bei Kauf 483 A 11, 447, 448, 453; bei der Wandlung 467 A 3; bei Verwahrung 697; bei Vorlegung von Sachen 811; für die Grundschuld 1194.

Erfüllungsübernahme 329.

Ergänzende Auslegung 157 A 1, 242 A 1 244 A 1; lettivilliger Verfügungen 1937 \mathfrak{A} 1.

Ergänzung der Sicherheit 240, des Juventars bei der Pacht 586, der Einlage des Gesellschafters 707, des Inventors 2005, der letitivilligen Verfügung 2086, des Pflichtteils 2325-2331, 1505.

Erhaltung, Roften ber Erhaltung einer Sache bei Gläubigerverzug 304; Erhaltung ber Mietsache 536, der geliehenen Sache 601, bes gemeinschaftlichen Gegenstandes 744, 748; Kosten der Erhaltung einer Sache im Verhältnis zwischen Gigentumer und Besitter 994; Erhaltung von Anlagen bei der Dienstbarkeit 1020, 1021, ber Sache burch den Niegbraucher 1041, der jum ein-gebrachten Gut gehörenden Sachen 1384, der Erbschaftssache durch den Vorerben 2124.

Erhaltungskoften, gewöhnliche 994 21 2. 2124 A 1.

Erhöhung bes Supothekenzinsfußes 1119, des Erbteils 1935.

Ertrantung bes Dienstpflichtigen 617, bes Berlobten macht Anfgebot entbehrlich

Erlag 397; durch Berreißen und Burudgeben bes Schuldscheins Vorbem 2 vor 116; bei Gesamtschuldverhältnis 423; bei Gesamtgläubigerverhältnis 429; gegenseitiger Erlagvertrag 387 A 1; E. der Gewährleistungs.

pflicht beim Kauf 443, 476, bei Miete 540. Erlanbnis, behördliche 182 U.1, zur Cheschließung 1315, zur Abernahme ber Bor-

munbschaft 1784, 1888.

Erlös ber hinterlegten Sache 383; bes Bertaufs ber gefundenen Sachen 966, 975, 979;

bes Pfandverkaufs 1219, 1247.

Erlöschen ber Stiftung 88, bes Antrags 146; bes Gebots 156; ber Bollmacht 168, 170, 175; ber Schuldverhältnisse 362, 372, 387, 897; des Rechtes des Gläubigers auf den

hinterlegten Betrag 382, der Sicherungsrechte bei Schuldübernahme 418; des Vermieterpfanbrechts 560, 561; bes Auftrags 672-674; von Grundstüdsrechten 889; der Aberbaurente 914; der Grunddienftbarkeit 1028; des Niesbrauchs 1061—1064, der Spoothet 1181; der Gesamthypothet 1178, 1174, bes Pfandrechts 1252, 1278; ber Unterhaltspflicht 1361, 1581, 1615, 1713, bes Rechtes auf Ehefcheibung 1570 bis 1578, bes Testamentsvollstrederants 2225, bes Rechtes zum Testamentswiderruf 2271, des Mechtes auf Anfechtung des Erb-vertrages 2285, des Rechtes auf Entgiehung des Bflichtteils 2337;

Erlöschen des Rechtes eines Dritten an einer Sache bei Veräußerung 936, bei Ersigung 945, bei Berbindung und Bermischung 949, beim Funde 973.

Ermächtigung, Begriff 783 A 6; Unterschied von der Vollmacht 166 A 4; eines Minderjährigen zum Betriebe eines Erwerbs. geschäfts 112, gum Gintritt in Dienft ober Arbeit 113; zum Empfang einer Leiftung durch Quittung 370, durch Amweisung 783 A 6; eines Standesbeamten zur Cheschliehung 1321; allgemeine E. des Vormundes durch das Vormundschaftsgericht 1825.

Ermessen, billiges 315, 317, 319, 660, 2048.

Ermittlung des Erben 1964.

Ernennung bes Teftamentsvollstreders 2197. Erneuerung ber Sache bei Riegbrauch 1041 bis 1044, bes Erbbaurechts vgl. baf.

Erneuerungsichein 783 21 6, 803 21 1, 805; Hinterlegung 234; Riefbrauch 1081, 1082; von Pavieren der Chefrau 1392, von Mündelpapieren 1814, von Papieren einer Borerbichaft 2116.

Ernstlichteit ber Willenserflärung 118. Eröffnung bes Testaments 2259-2263, 2273,

des Erbvertrags 2300.

Errungenschaftsgemeinschaft, Gesanitgut 1519, 1527, 1548 A 4; eingebrachtes Gut 1520—1524, 1548 A 4; Berwaltung bes eingebrachten Gutes 1525; Borbehaltsgut 1526, 1548; Verzeichnis bes eingebrachten Gutes 1528; ehelicher Aufwand und Laften bes eingebrachten Gutes 1529, 1531; Schulbenhaftung gegenüber ben Gläubigern 1530—1534, im Verhältnis der Chegatten zueinander 1535 bis 1538; Ausstatzung 1538; Ausgleichung zwischen eingebrachtem und Gesamtgut 1539, 1540; Fälligkeit ber gegenseitigen Ausprüche ber Chegatten 1541; Beendigung der E. 1530 A 7, 1546 A 2; Aufhebung durch Chevertrag 1436, durch Urteil 1542, durch Konfurs des Ehemannes 1543, 1547, Tobesertlärung eines Chegatten 1544, 1547; Wirkung ber Aufhebung 1545; Auseinandersetzung 1546; Rlage auf Wiederherstellung der Gemein. schaft 1547, 1548; Tod eines Chegatten 1522;

Einfluß der Errungenschaftsgemeinschaft auf die Unterhaltspflicht ber Chegatten 1604; Zuwendungen aus dem Gesamtgut, Ausgleichungspflicht 2054.

Erfat vgl. Aufwendungen. Erfahanspruch, Abtretung 281.

Griaberbe 2006-2099; als Nacherbe 2102; Erfahnacherbe 2108 A 3; Ausgleichungs. pflicht 2051, 2053 A 2; Recht des Erfatzerben im Verhältnis zur Anwachsung 2099.

Ersagvermächtnis 2190 A 1. Ersatvollmacht 166 A 4. Erichütterung, Zuführung 906.

Ersikung beweglicher Sachen Eigenbesit 937, 938; Beginn, Hemmung 939; Unterbrechung durch Berluft bes Eigenbesites 940, burch Erhebung bes Eigentumsaufpruchs 941; Wirtung Unterbrechung 942; Anrechnung der Ersitzungszeit bes Nechtsvorgängers 857 A 1, 943, des Erbschaftsbesibers 944; Erlöschen der Rechte Dritter 945;

eines Grundftiids 900; einer Grund. bienstbarkeit 1018 A 5; des Nießbrauchs

1033:

durch den Erbschaftsbesitzer 2026; des Namens 12 A 2.

Erträge eines Rechtes 99.

Ertragswert eines Landguts 1515, 2049 A 2; 2312; CG 137.

Erwerb vom Nichtberechtigten 135, des Besives 854, der Hupothek 1117, 1163, 1167, 1168, bes Pfandrechts 1207; ber Fran 1363, 1367, 1369, des Mannes mit Mitteln bes eingebrachten Gutes 1381, der Chegatten während der Gütergemeinschaft 1438, während der Errungenschaftsgemeinschaft 1519, während der Fahrnisgemeinschaft 1549; Gefährdung des E. 824, 1004 A 1; vgl. Eigentum.

Erwerbsbeschräntungen EG 86—88.

Erwerbsfähigkeit, Minderung 842, 848. Erwerbsgeschäft, Begriff 855 U 4; Betrieb durch Minderjährige 112; E. der Chefrau 1368 N 6, 1867, 1405, 1427, 1452, 1462, 1524, 1533, 1537, bes Kinbes 1648 N 1, 1645, 1651, 1655, des Mündels 1822, 1823, 1825, 1827, 1841; Nießbrauch am Erwerbsgeschäft 1085 A 2.

Erzeugniffe bes Grundstüds 94; einer Sache 99; Eigentumserwerb 953-957; Haftung für die Hypothet 1120-1122; des Pfandes

1212.

Erzicher, Verjährung der Ausprüche 196, Ründigung bes Dienstverhältnisses 622. Erziehung bes Rindes 1631, EG 184; Bernachläffigung 1666, als Scheibungsgrund 1568 A 3; Kosten 1010, 1708.

Erzichungsanstalt, Berjährung der Ausprüche 196: Unterbringung 1666, 1838, EG 34,

Gici, Hauptmängel 481. Eventualaufrechnung 888 A 3. Exceptio doli 278 A 1.

Exceptio doli generalis 124 A 1; 157 A 1; 242 A 4; 853 A 1; gegenüber bem Scheingeschäft 117 A 1 Abs 3.

Exceptio plurium concumbentium 1717.

3

Fabrit, Zubehör 93 A 2, 94 A 7, 98. Fabritanten, Berjährung der Anfprüche 196. Fabritarbeiter, Berjährung der Anfprüche 196.

Facultas alternativa 262 A 1.

Fahrlässigkeit, Haftung bes Schulbners 276; Begriff 276 A 4a, c; 823 A 3; grobe Fahrlässigseit 277, 460 A 2, 932.

Fahrnisgemeinschaft 1549—1557; Gesamtgut 1550 A 1; eingebrachtes Gut 1550 bis 1554; Vorbehaltsgut 1555; Verwaltung des Mannes, ehesicher Aufwand 1550 A 1; Schulbenhaftung der Chanten im Verhältnis zueinander 1556; Schuldenhaftung gegenüber den Gläubigern 1556 A 5; Veendigung, Auseinandersetung 1557 A 1; fortaesette Gütergemeinschaft 1557;

Ausselberung durch Chevertrag 1486, Unterhaltspflicht gegenüber Verwandten 1604, Zuwendungen aus dem Gesamtgute, Aus-

gleichungspflicht 2054.

Fälligkeit 271 A 1; 272; Zwischenzinsen 272, Zinsen seit Fälligkeit 291; des Mietzinses 551, des Pachtzinses 584; der Nückgabe der geliehenen Sache 604, des Darschns 608, 609, des Dienstlohus 614, des Werklohus 641, der Vergütung für die Verwahrung 699, der Hupothet 1183, 1141, 1149, der Grundschuld 1193, der durch Pfand gesicherten Forderung 1228, 1282, des Unterhalts des unehelichen Kindes 1710, des Vermächtnisses 2181.

Kamilie Vorbem 1 vor 1297; Unterbringung in eine Familie 1666, 1838, EG 34, 135.

Familienangehörige 1969.

Familienbilder, Gegenstand bes Erbschaftsfaufes 2373.

Familienfideitommisse EG 59; Borbem 2 bor 1591; Berfilgungsrecht bes Vormundes 1808 A 2.

Familiennamen ber Ehefran 1855, bei für nichtig erklärter Ehe 1343 A 3, ber geschiedenen Fran 1577, Vorbem 1 vor 1297, des ehelichen Kindes 1616, des angenommenen Kindes 1758, 1772, des uncheklichen Kindes 1706, Vorbem 4 vor 1705, EG 208.

Familienpapiere, gemeinschaftliches Eigentum ber Erben 2047; Gegenstand bes

Erbschaftstaufs 2378.

Familienrat, Einsehung 1858, 1859; Zusammensehung 1860—1869; Bestellung
ber Mitglieder 1870, 1871; Zuständigkeit
1872; Einvberufung 1873; Beschlußfalsung
1874, Ordnungsstrafen 1875; sofortiges
Einschreiten des Vorsitzenden 1876; Auslagen der Mitglieder 1877; Beendigung
des Amtes 1878; Aufhebung des Familien.

rats 1879—1881; bei Vormundschaft über Volljährige 1905; neben Pflegschaft 1915 A 1; EG 160, 210.

Familienrecht Borbem 1 vor 1297.

Familienrechtlice Ausprüche, Verjährung 194, 200; Hemmung der Verjährung 204. Familienrechtliche Alagen Vorbem 2 vor 1297.

Familienschlüsse 1912 A 3.

Familienstand eines Minderjährigen 1778; Auskunftserteilung über Familienverhältnisse 1616 A 2.

Familienstiftung Vorbem 2 vor 21; 80 A 3;

85 A 1, 2. Fasancu, Wildschaben 835.

Fehlerhafter Besit 858, 859.

Feiertag als Leistungstag und Ende einer Frist 193.

Fernsprecher, Berkehr 130 A 1, 167 A 1; Antrag burch Fernsprecher 147.

Festnahme einer Person im Wege ber Selbsthilfe 228, 229.

Fetitiellung bes Erbrechts bes Fiskus 1964; bes Zustandes einer Sache 1034, 1093 1372, 2122.

Feststellungsklage, Verjährungsunterbredung 209; Erfüllungsort 269 A 5. Fenerbestattung 1 A 2, 1968 A 2.

Fenerversicherung bes Hypothekengegenftandes 1127—1130, des Niesbrauchsgegenftandes 1045, 1046, beim Erbbaurecht vgl. das.

Fibuziarisches Rechtsgeschäft Vorbem 6 vor 104; 117 A 3; Abtretung 398 A 1.

Film, Bertrag über die Verwertung 90 A 2, Borbem 2 vor 532 a. E.

Findelkinder 1773 A 8; Eintragung im Geburtsregister Vorbem 1 vor 1591.

Firma, Schut 12 A 2, 4; 823 A 9; ber Gefellschaft 705 A 1.

Fischerei EV 69.

Fistus, Rechtsstellung Vorbem 2 vor 21; Anfall des Vermögens aufgelöster Vereine 45, 46, erloschener Stiftungen 88; Haftung für Vertreter 89, sir amtliche Verwahrung 690 A 1; Aneignung herrenloser Erundstäde 928, EG 190; Anspruch auf den Erlös aus Fundsachen 981; Erdrecht 1986, EG 138, 139, beim Lebensversicherungsvertrage 330 A 2; Feststellung des Erdrechts 1964—1966; fein Ausschlagungsrecht 1942; feine Inventarfrist, wohl aber Auskunftspssicht gegenüber den Nachlaßgläubigern 2011; Fistus als Nacherbe 2104, als Vermächtnisnehmer 2149; Sicherungshypothet für Ansprüche des Fistus EG 91.

Firgeschäfte 361, 433 A 50.

Flöhereirecht EG 65. Flöhrecht EG 65.

Fliffigteiten, Buführung von einem Grundftud aus 906 A 5.

Fluß 90 A 1; Grunddienstbarkeit 1018 A 2; verlassene Flußbetten EG 65. Fob 269 2(4, 433 2(10h, dd.

Fonds, öffentlicher, Rechtsfähigfeit Borbem

2 por 21.

Forberungen Borbem 1, 2 vor 241; gemeinschaftliche F.; Abtretung 398—412; Gewährleistungspflicht des Verkäufers von Forderungen 437, 438; Rießbrauch an Forderungen 1074—1079; Pfandrecht an Forderungen 1279—1290; Erbschaftsforderungen 2111; Vermächtnisforderungen 2173—2175.

Forderungsvermächtnis 2173 A 1.

Form der Nechtsgeschäfte EG 11; Arien 125 A 5; Mangel 125; Schriftlichkeit 126, 127; gerichtliche oder notarielle Beurkundung 128 A 1, Beglaubigung 129 A 1.

Form der Cheschliegung 1316—1322.

Forstwirtschaftstreibende, Verjährung ihrer Forderungen 196.

Fortgesette Giltergemeinschaft 1483; Gintragung im Grundbuch 1485 A 8; Ab. lehnung durch den überlebenden Chegatten 1484; Nachlaß des verstorbenen Chegatten 1483 A 5; 1485 A 3; 1510 A 2: Wefamigut 1485; Vorbehaltsgut 1486; Sondergut 1486; Rechte und Verbindlichkeiten der Teil haber am Gesamtgut 1487; Gesamtguts. verbindlichkeiten 1488; Haftung 1489; Konturs 1488 A 5; 1494 A 3; 1497 A 4; Tod anteilsberechtigten eines Albkönimlings 1490; Verzicht eines anteilsberechtigten Abfommlings 1491, 1501, 1517; Grunde der Beendigung 1497 A 1; Aufhebung durch den überlebenden Chegatten 1492; Beendigung durch Wiederverheiratung 1493, 1314 durch Tod und Todeserklärung 1494; Klage auf Aufhebung 1495, 1496, 1509; Auseinanderfebung nach Beendigung 1493, 1497—1506, 1511; Unteilsumwürdigkeit 1506; Bengnis des Nachlaßgerichts 1507; Ausschließung durch Chevertrag 1508, durch lettivillige Berfügung 1509; Wirkung ber Ausschließung 1510; Ausschließung eines Abkömmlings von ber fortgesetzen Gütergemeinschaft 1511; Herabsehung eines Anteils 1512; Entziehung eines Anteils 1513; Zuwendung an einen Dritten 1514; Abernahmerecht bes überlebenden Chegatten 1502, der Alb. fömmlinge 1515; der Zustimmung des andern Chegatten bedürfende Rechtsgeschäfte 1516, 1517; zwingender Charafter der Vorschriften 1518.

Fortkommen, Erschwerung 824, 842.

Frachtsuhrlente, Verjährung ber Ausprüche

Frachtführer, Abergabe ber verkauften Sache

Fran, Bedeutung des Wortes im BGB 1369 A 2; Bestimmung zur außerehelichen Beiwohnung 825; Verführung 847; Wiederverheiratung 1313; als Vormund 1783, 1786, 1887, 1900; als Mitglied des Familienrats 1866 A 1; vgl. Chefrau. Freibleibend 133 A 2, 145 A 2, 157 A 3, 815 A 2, 433 A 7h.

Freies Belieben, Bestimmung der Leistung nach freiem Belieben 319.

Freies Bermögen bes Kindes 1650, 1651.

Freiheit, Verlehung und Entziehung 823 A 7; Vorbem 1 vor 249; Umfang bes Schabens 845; Schmerzensgelb 847.

Freundestauf 516 26 7.

Friedhof, Eigentumsverhältnisse 1 A 2, 891 A 4, 903 A 2, 925 A 1; vgl. Beerdigung, Begräbnis.

Fristen 186; Ausschlußfrist 186 A 1; Berjährungsfrist 186 A 1, 193 A 1; Berechnung der Fristen 187—193; Berlängerung 190; Berechnung des Lebensalters 187.

Fristsehung zur Wiederherstellung des Zustandes 250, zur Vornahme der Wahl
unter mehreren Leistungen 264, zur
Leistung nach rechtskräftiger Verurteilung
283, im Falle des Verzugs 326; beim
Kückritt 354, 355, 361; bei der Schuldübernahme 415, 416.

Früchte einer Sache und eines Nechtes 99; Beit der Fruchtziehung 101; Verwendungen auf die Früchte 102; Eigentumserwerd 953—957, 1039, durch den Ehennann 1383; Herausgade durch den Veiher an den Eigentümer 993; Erfat des Vertes dei Gentümer 993; ber fandwirtschaftlichen Erundstäcks 998; der Pachtlache 581 At dei Genneinschaft nach Vruchteilen 743, 745; des Nachbargrundstäcks 911; von Erenzbäumen und Erenzsträuchern 923; der Erbschaft 2020; des Vermächtnisgegenstandes 2184; Teilnung dei Erbengeninschaft 2038;

fibermäßiger Fruchtbezug des Rießbrauchers 1030, des Borerben 2133; vgl. Ruhungen.

Friiherer Besit 1006, 1007.

Führungszeugnis bes Dienstverpflichteten 630.

Fund: Anzeigepflicht bes Finders 965, 971; Berwahrungspflicht 966; Ablieferung 967; Haftung bes Finders 968; Herausgabe an ben Berliever 969; Aufwendungen bes Finders 970; Finderlohn 971; Zurückbehaltungsrecht, Besitberhaltnis 868 U 3; Eigentumserwerb 973, 974, Versteigerung der Sache 966, 975, 977 U 1; Berzicht bes Finders, Verfall ber Fundsache 976; Vereicherungsauspruch des Verlievers 977; Schut der Ansprüche bes Finders 972, 975; Fund im Vereich von Vehörden und Vertehrsausftalten 978—983.

Fürsvegeerziehung Vorbem 5 vor 1616, 1631 A 5; Fürsvegeverband Vorbem 5 vor 1601.

Filterungstoften bei Wandlung des Naufes 488; bei Miete 547; bei Leihe 601; bei Berwahrung 608 A 1.

(5

Garantiefriften 477 A 3; beim Bertvertrag 638 A 4.

Garantievertrag vgl. Gewährvertrag. Garderobe vgl. Kleiberablage.

Garnisonort 9.

Gas, Buführung 906; Gasleitung 90 A 2. Gaftaufnahmebertrag Vorbem 2 vor 701, 538 21 5.

Gastwirt, Unterschied von Schant, und Speisewirt 701 A 1; Haftung der Gaft. wirte, Schank- und Speisewirte 538 A 5, Vorbem 1 vor 701, Vorbem 4a vor 823; Haftung für Verkehrssicherheit ber Geschäftsräume 823 A 6c, für eingebrachte Sachen 701, für Kleiderablage 690 21 1; Geld, Wertpapiere, Kostbarkeiten 702; Erlöschen der Saftung 703; Sorgfaltspflicht des Gaftes 254 A 1a; Konkurs des Gaftes 704 A 4; Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Gaftes 704; Berjährung der Ansprüche 196, Vorbem 2 vor 701.

Gattungefache 243; 91 A 2-4; Unvernibgen des Schuldners 279; Gefahrübergang bei Gläubigerverzug 300; Haftung für Mängel beim Kauf 480, 491; Schenfung 524. Gattungsvermächtnis 2155, 2183.

Gebäude, Begriff 836 A 2, 912 A 4; 94, 95, 98; Teil eines G. 908 A 3; Ansbesserung durch den Pächter 582; Einsturz, Haftung 836-838, 908; Beeinträchtigung des Nachbargrundstücks durch Abbruch oder Erhöhen 909 A 6; Wohnungsrecht 1093; Versicherung eines Gebändes 1128; Wiederherstellung EU 110.

Gebot bei der Versteigerung 156, beim Pfand. verfauf 1239, 1240.

Gebrechlichteitspflegschaft 1910, 1920, 114 A 1, CG 210.

Gebühren, Berjährung 196. Geburt, Vollendung 1 A 3; Leibesfrucht 1 A 4; Anfschiebung der Erbteilung wegen der zu erwartenden G. eines Miterben 2043 A 1; Unterhaltsanspruch der Mutter bei ber zu erwartenden G. eines Rach. erben 2141.

Geburtshelfer, Berjährung der Ansprüche

Geburteregifter Borbem 1 vor 1591; 1718 A 2; 1719 A 1.

Geburtstag 187.

Gefahr des Notstandes durch Trunksucht 6; Tod in gemeinsamer Gefahr 20; brobende Gefahr, Abwendung 228, 904; Abwendung durch Weschäftsführer 680; gegenwärtige Gefahr 904 A 5; vgl. Gefahrtragung.

Gefährdung anderer Personen als Grund zur Entmundigung 6; des Gemeinwohls burch einen Berein 43, burch eine Stiftung 87, des Anspruchs auf die Gegenleiftung bei gegenseitigen Berträgen 321, bes Unterhalts des Schenkers 519, der Gesundheit

burch Benntung der Mieträume 544, des Kredits durch Behauptung falscher Tat-sachen 824; durch den drohenden Einfturz eines Gebäudes 908, der Sicherheit der Sypothet 1133-1135, ber Sicherheit ber verpfändeten Forderung 1286, des eingebrachten Gutes der Frau, Sicherheits-leistung des Mannes 1391—1393, des Unterhalts eines Unterhaltsberechtigten 1428, 1468, 1495, bes eigenen Unterhalts des Unterhaltspflichtigen 1579, 1603, 1620, des geistigen und leiblichen Wohles des Kindes 1666, desgl. des Mündels 1838, 1857, bes Vermögens bes Kinbes 1667, 1687, bes Münbelvermögens 1803, 1850, 1886, ber Befriedigung der Nachlaßgläubiger 1981, des Nachlasses durch Anordnungen des Erblassers 2216.

Gefahrtragung bei Berfendung von Gelb 270; bei Berzug des Gläubigers 300; bei Hinterlegung der Sache 379; beim Kauf 446, 447, 450, 459, 480; beim Pachtinventar 588; beim Werkvertrag 644; bei Vorlegung von Sachen 811; beim Erbschaftskauf 2380.

Gefälligkeiten Borbem 3 vor 662; 611 A 2. Gefälligkeitsakzept 670 21 5.

Gefangenenanstalt, nicht Begründung eines Wohnsites 7 A 1, 4.

Wegenleiftung, Bestimmung 316.

Gegenseitige Erbeinsetung 2098, gegen-seitiges Testament 2269, 2270, gegenseitiger Erbvertrag 2280.

Wegenseitiger Bertrag, Begriff 320 A 1; Beigerung der Erfüllung dis zur Beivir-fung der Gegenleistung 320; Prozessungleistung ber Verenteilung Bug um Bug 322; Wirkung der Verschlechterung der Vermögensver-hältnisse des einen Teiles 321; Unmöglich-feit der Leistung 320 A 7, 325—325; Veraug 326, 286 A 2; Aufwertung 242 A 5dB. Gegenstand, Begriff 90 A 3, 93 A 5; Ju-

begriff von Gegenständen 260 21. Gegenvormund 1792, 1895; Aufsichtspflicht 1799; Mittvirkung beim Bermögensverzeichnis 1802; Genehmigung zur Erhebung von Geld 1809, zur Anlegung von Geld 1810; dur Verfügung über Forderungen und Wertpapiere 1812, 1813, 1824, 1825; Anhörung 1826; Erteilung ber Genehmigung 1832; Haftung 1833; Auskunftspflicht 1839; Prüfung der Nechnung 1842, 1854, 1891, 1892; befreite Vormundschaft 1852, 1854; Antrag auf Einsetzung bes Familienrats 1859; Tob 1894; bei Bormundschaft über Volljährige 1908, 1904; Aufwendungen, Vergütung 1835, 1836; neben Pflegschaft 1915 A 2.

Gehalt Vorbem 5 vor 1; Abtretung 411; Rüderstattung zu viel gezahlten G. Vor-bem 2 vor 812; Berüdsichtigung bei ber Unterhaltspflicht 1578 A 1; Verjährung 196; vgl. Ruhegehalt.

Beheimer Borbehalt 116.

Gehilfe bei einer unerlaubten Sandlung 830:

Haftung für Berschulden des Wehilfen 278; beim Dienstvertrag 613 A 1; beim Auftrag 664; bei der Berwahrung 691; des Richters oder Notars, untauglicher Testamentszeuge 2237; Verjährung der Ansprüche 196; vgl. Hilfspersonen.

Geistestrantheit 104 Al 4; Grund der Entmündigung 6 A 1, 2; Haftung bes Geistes. franken für unerlaubte Handlungen 827; Beistestrantheit als Chescheidungsgrund 1568 A 5, 1569, 1583; Pflegschaft 1910 A 1.

Geistesschwäche, Begriff 6 A 2; 104 A 4; Entmündigung 6, EG 210, 211; Ausbeutung eines Geistesschwachen 138 A 1g, 826 A 5b; beschränkte Geschäftsfähigkeit 114; Wirfung auf Testierfähigfeit 2229; Widerruf des Testaments 2253; Geistesschwache unfähig zur Vormundschaft 1780, zur Mitgliedschaft des Familienrats 1865. Geistestätigteit, Störung 105, 827, 829, bei der Cheschließung 1325.

Geistige Gemeinschaft zwischen Chegatten 1569 A 5.

Geiftliche, Vorbem 2 vor 21, 2 vor 611; Abtretung der Gehaltsansprüche 411; Bersetzung 570.

Geistliche Gesellschaften EG 84, 86.

Geld, Begriff 244 A 1a; Renn- oder Rurswert 244 A 1 b; Währungsrecht 244 A 1 b, c; Ersatmittel 807 A 1; Gelbschulb 244; Berginsung 288, 291, 301; Gelbsorten-schulb 245; Sicherheitsleistung 232, 233, 295; Abersendungspflicht 270; Hinter-legung 372; als Gegenstand bes Darlehns 607; eigennütige Verwendung von Geld durch den Beauftragten 668, durch den Berwahrer 698; Saftung des Gaftwirts für eingebrachtes Geld 702; Anweisung auf Geld 783; Eigentumserwerb 935, Eigentums. vermutung 1006, 1007; ber Ehefrau 1376, des Kindes 1642, 1653, 1691; des Münbels 1806-1811, 1834, 1852; zu einer Erbschaft gehöriges Geld 1960, 2119; vgl. Geldentwertung, Aufwertung.

Geldbetrag der Sphothekenforderung, Gin-

tragung 1115. Geldbrief 328 A 3.

Weldentschädigung 249.

Weldentwertung 244 A 1, 812 A 6, 818 A 2B; beim Wiederkauf 497 A 6; beint Borkauf 505 A 2; bei Schenkung 519 A 5; bei Miete 535 A 3; bei Pacht 581 A 1, 589 A 3; bei Werkvertrag 631 A 3; bei der als Schadensersat zu leistenden Geldrente 843 A 4c; bei Altenteilsverträgen 759 A 1; bei Unterhaltsverträgen zwischen Chegatten 1361 A 8, 1578 A 1, 1579 A 2, 8; bei Anlegung von Mündelgeld 1811 A 1; beim Vermachtms 2174 A 1; Fretum über den Geldwert 119 A 3 a. E., 5 Abs 5; 138 A 2, 242 A 5da; vgl. auch Aufwertung, clausula rebus sic stantibus.

Geldforderung, Bürgschaft für eine Geld. forberung 772; Nießbrauch 1076—1079; Pfandrecht 1288, 1289; Vermächtnis 2173

Gelbrente, Leibrente 760; bei Körperverletung 843; bei Tölung 844; Überbau-rente 912—915; Notwegrente 917; Gewährung des Unterhalts durch G. 1612; bes unterhaltsberechtigten Chegatten 1861; bes geschiedenen Chegatten 1580; bes ehelichen Kindes 1612; des unehelichen Kindes

Geldschuld 244, 245, 362 A 4; Berginfung 291, 301; Bestimmung der Sohe durch

mehrere Dritte 317. Gelbstrafe, Bezahlung durch Dritten 267 A 1.

Geldwechselgeschäft 433 A 3b. Gelegenheitsgesellschaft Vorbem 1 vor 705, 705 A 3.

Gellaverjahren 763 A 1.

Gemeinde, Borbem 2 vor 21; Vorbem 2b vor 611; Aufrechnung gegen Forderungen der Gemeinde 395; Rechte beim Jund 976, 981; Haftung für ihre Beamten 89 A 3, EG 77, 78; Eingemeindung 925 A 2 a. E.; Einquartierung 546 A 1; Ge-meindevormundschaft 1773 A 4.

Gemeindetestament 2249, 2252, 2266; gemeinschaftliches 2266, EG 150.

Gemeindewaisenrat, Tätigfeit auf bem Bebiete der elterlichen Gewalt 1675; in Bormundschaftssachen 1779; 1849—1851, 1862.

Gemeine Gefahr, Betriebe mit gemeiner Gefahr, Schadensersahpflicht EG 105.

Gemeinheitsteilung EG 113. Gemeinsame Gefahr, Tob 20.

Gemeinschaft, eheliche 1353; Aufhebung 1575, 1576, 1586; vgl. häusliche G., geistige W.; Unterschied zwischen ehelicher und häuslicher G., Verweigerung 1567 A3; G. des Zugewinstes 1519 A 1.

Gemeinschaft nach Bruchteilen 741-758, EU 173; Größe der Anteile 742; Fruchtgenuß 743, 745 A 4; Gebrauch des gemeinschaftlichen Gegenstandes 743; Verwals tungsordnung für gemeinschaftliche Vegen. stänbe 744—746; Prozestecht 744 A 8, 745 A 3, 747 A 2; Zwangsvollstredung 747 A 2, 751 A 2; Enteignung 747 A 3; Rechtsstellung des Sondernachfolgers eines Teilhabers 746; Verfügungen der Teilhaber über ihren Anteil 747; Pfandung eines Anteils 746 A 2, 751; Tragung der Kosten und Lasten des gemeinsamen Gegenstandes 748, 755 A 1; Konkurs eines Teilhabers 741 A 2; 747 A 1; 749 A 2; 755 A 4; Aufhebung der Gemeinschaft EG 131; Boraussetungen 749-751, Art der Teilung: Teilung in Natur 752, Bertauf des gemeinschaftlichen Gegenstandes 753, gemeinschaftliche Forderungen 754; Berichtigung von Gemeinschaftsschulden bei der Teilung 755, von Gemeinschafts. forderungen 756; Gewährleiftung bei Aufhebung der Gemeinschaft 757; Unverjährbarkeit des Anspruchs auf Aufhebung 758; vgl. Bruchteil.

Jagdgemeinschaft 835 U 9; Miteigentum nach Bruchteilen 741 U 1, 1008-1011; Ausschluß des Nechts auf Aufhebung der G. bei Grundstüden 1010.

Gemeinschaft zur gesamten Sand bei ber Gesellschaft 718 A 1; bei ber allgemeinen Gütergemeinschaft 1438 Al 1; bei ber fortgesetzten Gütergemeinschaft 1497 21 3; bei der Errungenschaftsgemeinschaft 1519 A 2, 3; bei der Fahrnisgemeinschaft 1550 A 1; bei ber Erbengemeinschaft 2032 2 2, 2039 U 2.

Gemeinschaftlicher Erbschein 2357. Gemeinschaftlicher Erbteil 2093, 2094.

Gemeinschaftliches Testament 2265-2273; Begriff 2265 A 1; gemeinschaftliches Privattestament 2267 A 1; Gemeindetestament 2266; Form ber Errichtung 2265 A 1, 2266, 2267; Formerleichterung 2267 A 2; Unwirksamkeit bei Nichtigkeit oder Auflösung der Che 2268; Zuwendung des beiderseitigen Nachlasses einem Dritten 2269; forrespektive Verfügungen 2270 A 1; Widerruf berfelben 2271 A 1; Eintritt ber Gebundenheit des Aberlebenden mit dem Tobe eines Chegatten 2271 A 3; Be-freiung von der Gebundenheit 2271 A 4; Burücknahme 2272; Eröffnung, Wieder, verschließung, Berwahrung 2273; Aufhebung eines Chevertrags 2292; vgl. Testament.

Gemeinschaftliches Vermächtnis 2157 A 1; Anwachsungerecht 2158 A 1; Gelbständig. keit der Bermächtnisanteile 2159 A 1.

Wemeinschuldner, Berfügungefähigfeit Borbem 7 vor 104; Unwirffamkeit von Berfügungen 135 A 2; vgl. Routurs.

Gemeinwohl, Gefährdung burch ben Berein 43; durch die Stiftung 87.

Gemischte Schenkung 516 A 4. Gemischte Verträge 305 A 2.

Genehmigung von Rechtsgeschäften, Birtung 184; ber Berfügung eines Richtberech. tiaten 185; des Bormundschaftsgerichts Vorbem 2 vor 104; 184 A 1; 1821 A 3;

vgl. Vormundschaftsgericht;

des Vertrags eines Minderjährigen 108, 109, der Willenserklärung eines Bertretung 177, 180, der Schuldübernahme 415, 416; der Geschäftsführung ohne Auftrag 684, der Verwendungen des Besitzers 1001, 1003, ber anfechtbaren Ehe 1337, 1341, des Mannes zu Verträgen ber Frau 1396, 1397, ber Frau zu Berfügungen bes Mannes über Gefamtgut 1448, des Beiftandes zu Nechtsgeschäften ber Mutter 1690, des Gegenvormundes 1812, 1813, 1832;

staatliche Genehmigung zur Anderung bon Bereinssatzungen 83, der Stiftung 80, ber Lotterie und Ausspielung 763, der Schuldverschreibungen auf den Inhaber 793 A 2, 795.

Generalvollmacht, Generalvertreter 166 A4.

Gepäckschein 807 A 1.

Gerade Linie, Bertvaudtschaft 1589; Unterhaltspflicht 1601.

Gerate, Zubehör eines Landguts 98.

Geräusch, Zuführung 906.

Werechtsame eines Grundstüds, Auskunfts. pflicht des Berfäufers 444.

Gerichtlich bestellter Bermahrer

bei Gesamtgläubigerichaft 432, zur Entgegennahme der Leistung bei Forderungs. verpfändung 1281, bei Miterbschaft 2039. Gerichtliche Beurkundung 128, gesetliche

Fälle 128 A 1; EG 141.

Gerichtliches Beräußerungsverbot 136. Gerichtsichreiber bei Teftamentserrichtung 2233 - 2236.

Gerichtsvollzicher, Rechtsverhältnisse Borbem 2b vor 611, Vorbem 2 vor 164; Beamteneigenschaft 839 A 2; Tätigkeit 675 A 1; Haftung für Verletung der Amts. pflicht 839 A 4h; Berjährung seiner Anspruche 196; Zustellung von Willenser-tlärungen 132; Versteigerung der hinterlegten Sache 383; Besit an gepfändeten Sachen 868 A 3; 856 A 2.

Gerüche, Zuführung 906.

Gefamte Sand vgl. Gemeinschaft zur ge. samten Hand: 718 A 1, 1438 A 1, 1442 A 1, 1497 A 3, 1519 A 2, 3, 1550 A 1, 2032 21 2, 2039 21 2.

Gesamtglänbigerrecht 420, 428; Gläubigerverzug, Konfusion, lediglich in ber Person des einzelnen Glänbigers wirkende Tatsachen 429; Verhältnis der Gesamtgläubiger zueinander 430, bei Unteilbarkeit ber Leiftung 432.

Gesamtgrundschuld 1172 A 1, 2; an einem vermachten Grundstücke 2168.

Gefamtgut bei allgemeiner Gütergemein-Schaft 1438; bei fortgesetter Gütergemein. schaft 1485; bei Errungenschaftsgemeinschaft 1519, 1527, 1529—1534; bei Fahrnisgemeinschaft 1550 A 1; Inventarfrist für eine zum Gesamtgut gehörende Erb. schaft 2008; Ausgleichung wegen der aus dem Gesamtgut erhaltenen Zuwendungen 2054; Pflichtteilsberechnung bei Zuwenbungen aus bem Gesamtgut 2331.

Gesamthandklage gegen die Teilnehmer der Erbengemeinschaft 2059 A 5.

Gesamthypothet 1132, 1143; Verwandlung in Grundschuld 1172; Befriedigung bes Gläubigers durch einen Eigentümer 1173, durch den personlichen Schuldner 1174; Verzicht 1175; Befriedigung durch Zwangs. vollstredung 1182; Verteilung der Forderungen 1132.

Gesamtpreis bei Rauf 469, 471, 472; bei Vorkauf 508.

Gesamtrentenschulb an einem vermachten Grundstücke 2168.

Gesamtichuldverhältnis 420, 421; Wirfung ber Erfüllung und Erfüllungsfurrogate 422; Aufrechnung 422, 387 A 2; Erlaß 423; Bergleich 423 A 1; Gläubigerverzug 424; lediglich in der Person des einzelnen Schuldners wirkende Tatsachen 425; Berhältnis der Schuldner untereinander 426; vertragsmäßige Abernahme teilbarer Leiftungen 427; bei unteilbaren Leiftungen

Haftung des Bereinsvorstandes 42; mehrerer Liquidatoren eines Vereins 53; mehrerer Bereinsvertreter 54, der Teilshaber einer Gemeinschaft 755; mehrerer Bürgen 769, Bürgschaft für eine Gesantschuld 767 A 1; G. beim Schuldversprechen Vorben 2 vor 780; Haftung bei unserlaubter Handlung 830 A 6, 840, bei Teilung eines reallastpflichtigen Grundstücks 1108, der Eheleute 1387 A 6, 1388, der Vormünder 1833, der Miterben 2058.

Gesamtvertretung 28 A 1. Gesamtvollmacht 166 21 4.

Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Kon-tursversahrens, Verfügungen über Rechte an Grundstücken 878 A 3 a. E.

Geschäftsbesorgung Borbem 1, 2 vor 662, 675; Vorbem 2 vor 677; 677 A 1; Berjährung der Ausprüche 196; Konfurs des Geschäftsherrn 675 A 5.

Geichäftsbetrieb, wirtschaftlicher, bes Bereins 21 A 2; Minderjähriger 112. Geschäftsbräuche Borbem 2 vor 1.

Geschäftsbücher einer Gesellschaft; Ginsicht 716.

Weschäftsfähigkeit 104-115 EG 7; Begriff, Geschäftsfähigkeit ber Chefrau 104 A 1; Geschäftsunfähigkeit 104, 105; beschränkte Geschäftsfähigkeit 106 A 2, Entmündigung wegen Geistesschwäche, Verschwendung, Trunksucht 114; internationales Recht 104 A 7; vgl. Minderjährige;

beschränkt Geschäftsfähige Geschäftsunfähige: Wohnsits; Willens. erklärung ihnen gegenüber 131; Berjährung der gegen sie gerichteten Unsprüche 206; Geschäftsführung ohne Auftrag 682;

Ersitung 939;

beschränkt Geschäftsfähige (vgl. 106 A 2): Vertretungsbefugnis 165; Gheschließung 1304; Anfechtung ber Che 1331, 1336; beschränft geschäftsfähige Chefrau, Ausschluß der chemännlichen Rugnießung 1364; Abschluß des Chevertrags 1437; Anfechtung der Chelichkeit 1595; Ruhen der väterlichen Gewalt 1676; beschränkte Geschäftsfähigkeit bei ber Chelichkeitserflärung 1729, bei der Annahme an Kindes Statt 1751; als Testamentsvollstrecker 2201; Teftierfähigfeit 2229; Erbvertrag 2275, 2290, 2296, Anfechtung 2282; Erb. verzicht 2347.

Geschäftsunfähige: Besite und Eigen. tumserwerb 104 A 1; Willenserklärung 105, 130; Ginfluß des Eintritts ber Geschäftsunfähigkeit des Antragenden auf den Vertragsschluß 153, auf den Auftrag 672, auf die Anweisung 791, auf die Wirksam. keit einer Schuldverschreibung auf den Juhaber 794; Richtigkeit der Che 1804 A 2, 1325; Einfluß auf die Anfechtung der Che 1831, 1836, 1337, 1340, auf die Anfechtung der Chelichkeit 1595, auf die elterliche Gewalt 1676; Geschäftsunfähigfeit bei ber Chelichkeitserklärung 1728; Unfähigkeit zur Bormundschaft 1780, gur Mitgliedschaft bes Fantilienrats 1865, zum Testamentsvollstrederamt 2201; bei Anfechtung des Erbvertrags 2282, des Erb. verzichts 2347.

Geschäftsführung bes Bereinsvorstandes 27;

der Gesellschafter 709—713, 729; ohne Auftrag, Begriff, Berpflichtung bes Geschäftsführers bei ber Ausführung 677 und Borbem; Unterschied vom Auftrag Vorbem 1 vor 677; Haftung des Ge-schäftsführers Vorbem 3 vor 677, 677 A 4, 678, 680; entgegenstehender Wille des Geschäftsberrn, Erfüllung in öffentlichem Interesse und von Unterhaltspflichten 679; Abwendung drohender Gefahr 680; Anzeigepflicht bes Geschäftsführers 681; Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäfts. fähigkeit des Weschäftsführers 682, des Geschäftsheren 682 A 1, 683 A 3; Tob einer Bartei 681 A 2; Aufwendungen des Geschäftsführers 683-685; wirklicher und mutmaßlicher Wille bes Geschäftsherrn 677, 683 A 3; Bustimmung besselben 182 21 1, 684; Mangel der Abficht, Erfat der Aufwendungen zu fordern 685; Frrtum über die Berfon des Geschäftsherrn 686; Besorgung fremder Geschäfte als eigene 687; Rechnungslegung 259 A 1; Berjährung der Aufpruche Borbem 3 vor 677: Geschäftsführung des einstweiligen Erben 1959.

Geichäftsgeheimnis, Berletung 826 A 5m. Geschäftsherr, Haftung für seine Angestellten und Hilfspersonen 278, 831, 840 A 6.

Geschäfteräume, Fund 978-983.

Gefchäftsunfähigteit 104, 105; Unterschied von der Verfügungsbeschränkung 878 A 3; vgl. Geschäftsfähigkeit.

Geschicklichkeitsspiel 762 Al 1.

Weichlechtsgemeinschaft, Chehindernis 1310. Geschlechtstrantheit, Chescheidungsgrund 1568 21 4.

Geschwister, Berbot der Che zwischen halb. bürtigen und vollbürtigen Geschwistern 1310; Vormundschaft 1775, 1786; Erb-recht 1925; bei Nacherbschaft 2109; bei Bermächtniffen 2163.

Gefellen, Unspruchsverjährung 196.

Gesellschaft 705—740; Unterschied Berein 25 A 2; Borbem 1 vor 705; 705 A 1; vom Kauf 483 A 3 m; G. des Handelsrechts Borbem 1 vor 705; Untergeselsschaft 717 A 3; Innengeselsschaft 718 A 6; Cotteriegeselsschaft 718 A 4, 6; 763 A 1; Firma der G. 705 A 1; Gesellschaftsvertrag 705, 320 A 1; Borvertrag 705 A 2; Gesellschaftsvertrag 705 A 2; Gesellschaftsvertrag 705 A 2; Gesellschaftsvertrag 705 A 2; Gesellschaftsverhältnis nach außen 713 A 1; Stellung der G. im Prozeß 714 A 4; Konfurs der G. 718 A 1 a. E.; Aufnahme eines neuen Gesellschafters 736 A 2; Haftung des Gesellschafters 708; Beiträge 706, 705 A 6; deren Höhe 707 A 2; Erhöhung 707; Ansprüche auf die Beiträge als Bestandteile des Gesellschaftsvernögens 718 A 3; Einlage Borbem 1 vor 607; Ergänzung 707;

Geschäftsführung 709—713; gemeinschaftliche 709; Übertragung an einen ober mehrere Gesellschafter 710; Bergütung 713 A 1; Rechte und Pflichten, Haftung des Geschäftsführers 713; Unübertragdurfeit der Ansprüche aus der Geschäftsführung 717; Widerspruch eines geschäftsführung 617; Widerspruch eines geschäftsführung 616; Heendigung der Geschäftsführung durch Entziehung 712, 715 A 1; durch Kündigung 712, 715 A 1; Rechnungslegung 718 A 1; Fortdauer nach Aufsch

lösung der G. 729;

Vertreiungsmacht der Gefelschafter 714; Entziehung 715; Bollmacht 169, 714 A 2; Widerruf 715 A 2; Einsichtsrecht des Gefelschafters 716; Übertragbarteit der Ansprüche der Gefelschafter 717; Gefelschaftswermögen 718; Gefelschaftsshulben 718
A 5, 733 A 2; Berfügung des Gefelschafters über seinen Anteil 719; Aufrechnung 387 A 2, 719; Pfandung des Anteils 725; Schutz des gutgläubigen Schuldners 720; Rechnungsabschluß und Gewinnverteilung 721; Teilnahme des Gesellschafters an Gewinn und Berlust 722, 734, 735, 739, 740; Konkurs eines Gesellschafters 719 A 2, 728;

Auflösung 723 A 1, burch Ründigung 705 A 4, einer nicht für bestimmte Beit eingegangenen G. 723, einer für Lebenszeit eines Gesellschafters eingegangene U. 724, bei Pfändung des Anteils eines Gesellschafters 725, durch Erreichung oder Wegfall des Zweckes 726, durch Tod eines Gefellschafters 727, durch Eröffnung des Konfurfes über das Bermögen eines Gefellschafters 728; Auseinandersehung nach Auflösung 730—735; Vereinbarung des Fortbestehens 736; stillschweigende Fortsetung 724; Ausscheiden eines Gesellschafters nach dem Gesellschaftsvertrage 736, durch Ausschließung 737; Auseinandersetzung mit bem ausscheibenden Gesell. schafter 788-740;

nichtrechtsfähige Vereine Vorbem 5 vor 21, 54; Vorbem 1 vor 705; Eingehung des Gefellschaftsvertrags durch den Vormund 1822. Gefellschafterinnen, Kündigung des Dienst-

verhältnisses 622.

Gefet EG 2; Gefetesrecht Vorbem 2 vor 1; Gefetesanalogie Vorbem 3 vor 1; Andvenbung ausländlicher Gefete Vorbem 11 vor 104. EG 30.

Gefetliche Erben 1924—1936; Ausgleichungspflicht 2050, 2052 A 1; Einsetzung im Testament 2066; Ausschließung im Testament 1038; als Nacherben 2104, 2105; als Bermächtnisnehmer 2149; Ladung zum Terntine der Testamentseröffnung 2260; Bertrag über fünftigen Erbteil 312.

Geschliches Güterrecht 1363—1481; vgl. Verwaltungsgemeinschaft.

Gesetliche Miete 535 A 5.

Gesetliches Pfandrecht 1257, 1287; vgl. Pfandrecht.

Gesetlicher übergang der Forderung 411. Gesetliches Berbot 134, 135, 309, 817, 2171.

Gefchicher Vertreter 105 A 4, 106 A 2, Borbem 2 vor 164; Selbstfontrahieren 181 A 1; Haftung des Schuldners für seinen gesehlichen Vertreter 278, 831 A 2; keine Haftung des Vertretenen für unersaubte Handlungen des gesehlichen Vertreters 828 A 12.

Gesetliche Zinsen 246.

Gefinde als Zeuge bei Testamentserrichtung 2237.

Gefinderecht 7 A 1; EG 95. Gestaltungerecht 90 A 3.

Gestohlene Sachen, Gigentum 935, 1006, 1007; gestohlene Schuldverschreibungen auf den Juhaber 794, gestohlene Karten

807. **Gesundheit,** Verletung 823 A 5; Beschäbigung durch Tiere 833; durch Einsturz von Gebäuben 836; Umsang des Schadens 845; Schmerzensgeld 847;

Gefährdung der Gefundheit durch die Beschaffenheit der Mietsache 544, Sorge des Dienstberechtigten für den Dienst-

verpflichteten 618.

Getreuntleben der Chegatten 1353 A 2; Einfluß auf die Schlüsselgewalt 1356 A 8; Unterhaltspflicht 1361; Beitragspflicht der Chefrau zum ehelichen Aufwand 1371 A 2, 1427 A 7; Einfluß auf Chebertrag 1432 A 4; Vertrag über G. 1567 A 4 a. E.; 1614 A 1.

Bemährfristen beim Biehkauf 482, 483, 492; vertragsmäßige Anderung 486; vgl. Garan-

tiefristen.

Sewährleistung bei Hingabe an Erfüllungs Statt 365; beim Kaufe: Mängel im Rechte 484—489, Sachmängel 459—480, beim Biehkauf 482; bei Schenkung 523, 524, 526; bei Miete 537—541; bei Leihe 600; beim Werkvertrag 633, 634; bei Aufbebung der Bruchteilsgemeinschaft 757; bei der Ausstattung 1624; bei Erbauseinanderfehung 2042; beim Vermächtnis 2182, 2183; beim Erbschaftstauf 2376, 2385; Verzicht 157 A 3.

Ocwährbertrag 414 A 1, 459 A 4 IIe, 638 21 4, 776 21 4.

Gewalt, höhere 203, 701, 1996; elterliche Gewalt 1626; vgl. Elterliche Gewalt, Besit.

Gewerbebetrieb Begriff 196 A 1; bes Minderjährigen 112; Berjährung ber Unsprüche 196, Leistungsort 269, 270, der Chefrau 1367, 1405, EG 36, des Baters 1643, bes Vormundes 1822, 1825; Sicherheitsleiftung für einen Gewerbebetrieb EG 90.

Gewerbeordnung, Anwendung bei Entziehung der Rechtsfähigkeit 44, beim Ginspruch gegen die Eintragung eines Vereins 62; Anderung EG 36.

Gewerbliche Arbeiter, Berjährung der Aniprüche 196.

Gewerblicher Betrieb, Begriff 98 A 3; Bubehör 98.

Gewerbliche Niederlassung. Leistungsort 269, 772, 775.

Gewertschaft, Rechtsfähigkeit 21 21 4.

Gewinn, entgangener 252; Gesellschafts. gewinn 721, 722.

Gewinnanteilscheine 799, 801, 803 A 2; von Mftiengesellschaften 793 A 1; Bubehöreigenschaft der Gewinnanteilscheinbogen 314 A 1; Hinterlegung 234; Abhandenkommen 804; Nießbrauch 1081, 1083; Berpfändung 1296, von Papieren der Chefrau 1392, des Vaters 1667, von Mündelpapieren 1814, 1818.

Gewinnverteilung der Gesellschaft 706, 721. Gewohnheiterecht Borbem 2 vor 1.

Gezähmte Tiere 960.

Giebelmaner 95 A 5; 922 A 1, 3.

Glaube, öffentlicher, des Grundbuchs 892, 893; des Schiffsregisters 1262; des Erb. scheins 2366; vgl. Guter Glaube.

Glaubhaftmachung bei Vormertung 885, bei Widerspruch 899; ber Forberung bes Nachlaßgläubigers bei Antrag auf Inventarerrichtung 1994; eines rechtlichen Interesses bei Einsicht der Cheanfechtungserklätung 1342, bei Einsicht der Chelichkeits. ansechtungserklärung 1597; bei Einsicht der Ausschlagungserklärung 1953, bei Einsicht des Inventars 2010, bei Einsicht bes Testaments 2264; val. Rechtliches Interesse.

Glanbiger, Begriff 241 A 1; Annahme von Teilleistungen 266, der Leistung eines Dritten 268, Verzug 293—304, 424; Hinterlegung bei Gläubigerverzug 372, Ungewißheit über die Perfon der G. 372 A 4, Schuldübernahme 414-419, Mehrheit von Glaubigern 420, 428-430, 432;

Gläubiger eines Bereins 50, Rechte ber Glaubiger bei Verniggensübernahme 419, Gläubiger ber Sypothet 1115, Nach. lakgläubiger 1958, 1960, 1967, 1970 bis 1974, 1977, 1979, 1994; vgl. Nachlaßverbindlichkeiten; Erteilung eines Erbscheins an den Gläubiger des Erblassers 2353 2(3.

Wleichzeitigkeit bes Tobes in gemeinsamer Gefahr 20.

Gliidsspiel 762 Al, 6; Darlehn zum G. 138

N 1. Goldklausel 245 A 1; 1115 A 8; 1119 A 5;

Raufpreis in Goldmark 433 A 7k. Goldsachen, Berkauf bei Berpfändung 1240.

Gottesdienstliche Gebäude EG 133. Graben givifden Grundftuden 921.

Grad der Berwandtschaft 1589, der Schwäger. schaft 1590.

Gravieren als Berarbeitung 950.

Grenze von Grundftücken 923 A 1; Ausfunfts. pflicht des Verkäufers 444; Abmarkung 920; Grenzverwirrung 920; Eigentum an den Grenzeinrichtungen 921; Mitbenutzungs-recht 922; Bäume und Sträucher auf ber Grenze 923, EG 122; val. Aberbau. Grengzeichen 919.

Grobe Fahrlässigteit 277, 460 At 2, 932. Grobe Mighandlung, Scheidungsgrund 1568. Grober Undant bei der Schenkung 530. Großeltern, Erbrecht 1926; val. Unterhalt.

Großbater, Vormund 1776, 1899, 1900. Grundbuch, Inhalt 892 A 6; Einrichtung Vorbem 1 vor 873, EG 186; Eintragungen, eintragungsfähige Rechte Vorbent 2 vor 873, 873 A 6; Eintragung mehrerer Rechte 879 A 4; Doppelbuchung 892 A 6, 891 A 4; Rosten 449; Grundsätze des Grundbuchrechts: Offentlichteit, Ginigung, Antrag, Legalität, Eintragung, Spezialität, Borrang Borbem 3 vor 873; Bermutung der Richtigkeit 891; öffentlicher Glaube 892, 893; Berichtigungsanspruch 894-898; Widerspruch 899; Heilung der Nichtigkeit durch Eintragung 313 A 4;

Verlautbarung der Bruchteilsgemeinschaft 741, der fortgesetten Gütergemeinschaft 1485 A 8; Berichtigung auf Grund Chevertrags 1438; Eintragung der Nachlagverwaltung 1983 A 1; Widerspruch zwischen Grundbuch und Spothekenbrief 1140; vgl. Rechte an Grundstücken.

Example 19 Ertgegennahme von Erklärungen 875 A 7, 10, 181 A 1; Haftung bes Beamten 276 A 4c, 839 A 4c.

Grunddienstbarteit, Begriff 1018, EG 187; Juhalt, Umfang 1018, 1019; Einigung, Cintragung, Erfitung, Belaftung 1018 A 5; schonende Ausübung 1020; Unterhaltung von Anlagen 1021, 1022; Verlegung der Aus-übung 1023; Aufammentreffen mit an-deren Rutungsrechten 1024; Teilung des herrschenden Grundstücks 1025, des belafteten Grundftück 1018 A 2, 1026; Schut ber Ausübung ber Grunddienstbarkeit 854 At 2, 1027—1029; Erlöschen 1018 At 5, 1025.

Beeinträchtigung burch Uberbau 916, an vermachten Grundstücken 2182.

Grundschuld 1191, 1192; Kündigung 1193; Zahlungsort 1194; Inhabergrundschulb 1195; Eigentümergrundschuld 1196, 1197; Umwandlung in Spothet 1198; Ubergang der Hypothet in eine Grundschuld 1177; Aufwertung 1191 A 1; vgl. Eigen-

tilmerarundschuld.

Sicherheitsleiftung burch Verpfändung 232, 238; Aufrechnung 387 A 3; Beseitigung durch Verkäufer des Grundstücks 439; Nießbranch 1080; Pfandrecht 1291; Anlegung von Mündelgeld 1807; Verfügung bes Vormunds 1819, 1821, des Borerben 2113, 2114; an vermachten Grundstücken 2165, 2168.

Grundichuldbrief 1195; Borlegung zur Berichtigung des Grundbuchs 896; Eigentum 952; staatliche Genehmigung zur Ausgabe 795 A 1.

Grundstück, Begriff 873 A 4; mehrere G. 873 A 4; Bereinigung, Zusammenlegung, Zuschreibung 890, GG 113; Teilung 890 A 1; Nachbargrundstück 909 A 3, 911 A 2; vgl. Rechte an Grundstücken, Eigentum; Bestandteile 94—96, 873 A 4; Zubehör

873 A 4; Erzeugnisse 94; Berbindung einer beweglichen Sache mit einem &. 946, 949; Preisgabe bei Berzug bes Gläubigers 303; Grundstücksüberlassungsvertrag 128 A 1, 313; unrichtige Angabe des Kauspreises 117 2 2; Berfauf eines U. 435, 436, 446, 449, 468, 477; Ausfunftspflicht bes Bertaufers über Grengen, Gerechtsame, Laften 444; Wiederkauf 503; Vorkauf 509; Erwerb durch Ausländer 1 A 1, EG 88; Belaftung 873 A 5, eines gemeinschaftlichen G. 1009; Vermietung 537, 551, 556, 559—568, 565, 566; Verpachtung 582; Mängelhaftung bei Wertvertrag 638; Wildschaben 835; Besity schut 859; Ersitung 900; Ausbesserung durch den Niegbraucher 1044; Vermietung durch den Rießbraucher 1056; zum eingebrachten Gut gehörendes Grundstück 1878, 1423; zum Gesamtgut gehörendes Grundftud 1445; bei Fahrnisgemeinschaft 1551; Bermietung burch ben Bater 1663; Berfügung über Grundstücke bes Rindes 1643; des Mündels 1821, bes Vorerben 2113, 2115, 2135; Bermächtnis eines Grundstücks 2165.

Gilteantrag unterbricht Berjahrung 209, 210,

212a.

Guter Glaube: bei Rechtsgeschäften mit Vereinsvorstandsmitgliedern 68; gegen-über Veräußerungsverboten 135 A 4, bei Erwerb ansechtbarer Rechte 142 A 2; bei Berfügungen während ber Schwebezeit einer Bedingung 161; bes Schuldners bei Abtretung ber Forderung 405-407; einer Gesellschaftsforderung 720; bei Ersatleiftung für Entziehung ober Beschädigung einer Sache 851; beim Erwerbe von Grund. ftudezubehör 926; beim Erwerbe beweg. licher Sachen 932—936; beim Erstungs, erwerbe 937, 945; beim Erwerbe bon Erzeugnissen und Bestandteilen 955, 957; im Berhältnis zwischen Besitzer und Eigentümer 990, 991, 993; des Besithers 1007; im Berhältnis zwischen Nießbraucher und Eigentümer 1032 U 2, 1058; bes Erwerbers beiveg. licher Gegenstände hinsichtlich der Sypothet und der Beschlagnahme 1121; des Pfand. gläubigers 1207, 1208, 1248, gegenüber ber Richtigkeit der Ehe 1344, 1345; gegenüber der Schlüsselgewalt der Chefrau 1357; gegenüber Abweichungen bom gefetilichen Güterrecht 1431, 1485; gegenüber der Beendigung der elterlichen Gewalt 1682; gegenüber einer irrtumlichen Todeserklarung 2370; vgl. Glaube, öffentlicher.

Gute Sitten 138 A 1; Schadensersatz wegen Verstoß 138 A 2 a. E.; 826, EG 30.

Gitergemeinschaft 1437, 1483; vgl. All-gemeine, fortgesehte Gütergemeinschaft. Güterrecht, eheliches EG 15, 16, 200; vgl.

Cheliches Güterrecht.

Güterrechtsregister 1435, 1405, 1431; Eintragungen bei fortgesetter Gutergemein. schaft 1485 A 8, 1492 A 7, der Aus. schließung der Fortsetzung der Gütergemeinschaft 1508 A 4, 1509 A 7, ber Beendigung der Errungenschaftsgemeinschaft 1545 A 2, der Wiederherstellung der Errungenschaftsgemeinschaft 1548;

Bustandigfeit 1558; vorgeschriebene Eintragungen 1558 U 1; Verlegung bes Wohn. siķes des Mannes 1559; Antrag 1560; Antragsberechtigung 1561; öffentliche Befanntmachung der Eintragung 1562; Ein-

sicht und Abschriften 1563.

Gütertrennung 1426-1431, 1436; bei beschränkter Geschäftsfähigkeit der Frau 1364; nach Aufhebung ber Gütergemein. schaft 1470; nach Aushebung der Errungenschaftsgemeinschaft 1545; bei Wiederherstellung der aufgehobenen ehelichen Gemeinschaft 1587; Einfluß auf die Unterhaltspflicht 1604 A 3.

Gutsherrlich-bäuerliche Berhaltniffe EG

113, 114.

Gutsüberlassungsvertrag 1941 A 5. Gutsübernahme, Leiftung an einen Dritten

S

Haager Abkommen 1564 A 7; Borbem 6 vor

Haftpflichtgeset EG 42; 254 A 4.

Saftung bes Schuldners für Vorfat und Fahrlassigkeit 276; für Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten (grobe Fahrlässigkeit) 277; für Hilfspersonen 278, 254 A 1, 3; bei

Verzug 286; bes Staates für Beamte EG 77; bes Bereins 31; der Vereinsvertreter 42, 53, 54; ber juristischen Personen bes öffentlichen Rechtes 89 U 3; bes Vertretenen 166 U 3, 278, 831; der Vertreter ohne Vertretungsmacht 179; für Angestellte 278, 831; bei Gläubigerverzug 300; beim Rücktritt 347; bei Leistung an Erfüllungs Statt 365; bei hinterlegung 379; des Vermögensüber-nehmers 419; des Verkäufers 434—441

459; des Wiederverfäufers 498; des Schenfers 521-524; des Vermieters 537-539; des Mieters 548-550; des Verleihers 599; des Unternehmers eines Werkes 633 bis 637; des Bestellers 644, 645; des Beauf. tragten 664; für Rat und Empfehlung 676; des Geschäftsführers ohne Auftrag 680; des Vermahrers 690, 691; des Hinterlegers 694; bes Gastwirts 701; bes Gesellschafters 708; des Bürgen 767, 778; bei ungerechtfertigter Bereicherung 818-820; aus unerlaubten Handlungen 823-853; aufsichtspflichtiger Personen 832; für Tierschaden 833; für Wildschaden 835; wegen Ginfturges von Gebäuden 836-838; ber Beamten 839, 841; des Finders 968; bes Besitzers 989-993; bes Nießbrauchers einer Forderung 1088; des Reallast-verpflichteten 1108; des Grundstücks für die Hupothek 1118, 1132; des Pfandes 1210, 1251, 1264; der Chegatten 1359; des Baters 1664; des Vormundschaftsrichters 1674, 1848; des Nachlagrichters 1960 A 2, 1985 A 3; des Vormundes und Gegenvormundes 1833; des Beistandes 1694; des Mündels 1793 A 2; ber Familienratsmitglieder 1872; des Erben für die Rachlaßverbindlichkeiten Borbem vor 1967, Borbem 1, 2 vor 2058; des schlechtgläubigen Erbschaftsbesitzers 2024, 2025; des gutgläubigen Erbschaftsbesitzers 2025, 2029 A 2; bes Räufers eines Nachlaganteils im Falle der Ausübung des Vorkaufsrechts burch die Miterben 2036, 2037; des Miterben nach Teilung des Nachlasses 2060 A 1; des Vorerben 2131, 2145 A 1; des Erbschaftskäufers 2382, 2383; des Testamentsvollstreders 2219, 2227; vgl. Berwaltungsgemeinschaft, Allgemeine fort-Gütergemeinschaft, gefette Errungen. Schafts. Fahrnisgemeinschaft, Nachlak. verbindlichkeiten, Schaden, Schuldenhaf-

Halbbürtige Geschwister, Ehe ausgeschlossen

1310; Erbrecht 1925 A 3. Halber Monat, halbes Jahr 189.

Sandelsgesellschaft val. Gefellschaft. Handelsmätter 385, 1221.

Sandelsrichter 839 A 7a.

Sandgeld 336 A 1.

Handlungsgehilfe, commis interessé 705 A 3. Handschlag an Eides Statt, Berpflichtung des Vormundes 1789, des Familienrats. mitgliedes 1870.

Hand wahre Hand 932—936. Handwerker, Verjährung der Ansprüche 196.

Sandzeichen 126, 129.

Sauptmängel beim Biehkauf 482, 492. Sauptsache 97 A 5; 98; bei Wandlung 470, 634; Berbindung, Eigentum 947.

Saushalt, Begriff 855 A 3, 1361; Beitrag des volljährigen Kindes zu den Rosten 1618. Haushaltungsgegenstände, Begriff 1882 A2; 1640; 1932 2 2; 1969.

Säuslerrecht EG 63.

Sansliche Gemeinschaft 1567; Aufhebung 1567 A 4 a. E.; 1571 A 7; vermögens. rechtliche Vereinbarungen 1432 A 3; val. Herstellung.

Aufnahme des Dienftverpflichteten 617.

618; mit dem Erblasser 2028.

Händlicher Wirkungstreis der Chefrau 1357. Handordnung 550 A 1.

Hausstand 855 A 3; 1969 A 2; elterlicher

Hausstand 1617-1619. Saustier, Saftung für Tierschaden 833.

Hausberfassung EG 57, 58.

Hauswesen 1356, 1617.

Bebammen, Berjährung der Ansprüche 196. Sede gwischen Grundstuden 921.

Heeresverwaltung, Vertreter 89 A 2.

Beilung ber Berfügung eines Nichtberechtigten durch Genehmigung des Berech. tigten 185; des Formmangels bei Grundftudsübereignung 313, bei ber Schenkung 518, bei Bürgschaft 766; des Verzugs 284 A 5, 293 A 1.

Heimfall vgl. Erbbaurecht.

Heiratsregister 1318; 1324 A 1, 2; 1329; 1699; Eintragung des Wohnsites 10 A 2.

Heiratsvermittlung 656.

hemmung ber Berjährung 202-205, bei Gesamtschuldverhältnis 425, der Mängel-ansprüche des Käusers 477, der Mängel-ansprüche des Bestellers 639; der Berjährung des Anspruchs aus einer Schuld-verschreibung auf den Inhaber 802; der Ersitung 939.

Herabschung ber Vertragsstrafe 343, bes Kaufpreises 462, 472, des Werksohns 634, des Mäklerlohns 655, des Anteils eines Abkömmlings am Gesamtgute bei fortgesetzter Gutergemeinschaft 1512, Unterhaltsrente bei Chescheibung 1582.

Hredung 985 A 3; Abtretung des Herausgabeaufpruchs 870, 931, 934, 985 A 5, 986 A 4; Herausgabe im Wege der Zwangs. vollstreckung 985 A 3, 1973 A 6, 7; 1990

 \mathfrak{A} 4:

eines Inbegriffs von Gegenständen 260, 985 21 4; bes Erlangten durch den Beauftragten 667; ber ungerechtfertigten Bereicherung 812; bes Fundes 969; der Nutungen 987—993; der Früchte 102; des eingebrachten Gutes 1421, 1546, 1550; des Kindes 1632; des Kindesvermögens 1681; des Mündelvermögens 1890; der Erbschaft 2103 A 1; der Borerbschaft 2130; von Schenkungen bes Erblassers 2287 A 3; eines unrichtigen Erbscheins an bas Nachlaßgericht 2862; ber vertauften Erbichaft 2874.

Serrentofes Grundftiid, Aneignung burch ben Fistus 928.

Herrenlose Sache, Aneignung 958, 959.

Berftellung der häuslichen Gemeinschaft 1358, 1361, 1564 A 4, 1567 A 3, 4; des ehelichen Lebens 1564 A 4; bes früheren Bustandes 249-251.

Hilfsbersonen, Haftung für Verschulben 278, 831; vgl. Haftung.

Hinterlegung im Falle des Gläubigerverzugs und der Ungewißheit über die Person des Mäubigers, Gegenstand 372; zugunsten mehrerer Personen 380 A 1; Hinter-legungsstelle 374, EG 144; Anzeigepflicht des Schuldners 874; übersenbung an die Hintersegungsstelle durch die Post 375, Rücknahmerecht 376, 382, Natur 377-Wirkung 379; Ausschluß des Rücknahme; rechts 376, Verzicht auf bas Rücknahmerecht 376 A 2, 382, Wirkung des Ausschlusses 378; Empfangsberechtigung des Gläubigers 380, Erlöschen 382; Empfangsberechtigung bes Gläubigers bei zweiseitigen Verträgen 373; Roften der Hinterlegung 381; Versteigerung der hinterlegten Sache 383, 384, 386;

Verkauf aus freier Hand 385; für Gläubiger eines Liquidationsvereins 52; als Sicherheitsleiftung 232-235; bei bestehendem Ablösungerecht 268, 1150; bei Gesamtschulbverhältnis 422, bei Gesamtgläubigerverhältnis 429, 432; bes Bersteigerungserlöses bei Wandlung bes Vieh-kaufs 489; ber Belohnung bei der Aus-lobung 660; vertretbarer Sachen 700; der Summe beim Nießbrauch an einer Forberung 1077; der einem Nießbrauche unterworfenen Wertpapiere 1082; zur Befriedigung des Spothekengläubigers 1142; bes Betrags einer Sypothet für den unbekannten Berechtigten 1171; bes Pfandes 1217; der Summe bei Verpfändung einer Forderung 1281; von Wertpapieren bes eingebrachten Gutes 1392, bes Kinbes 1667, bes Mündels 1814, 1818, 1819, 1853; von Nachlaffachen 1960, der Leiftung für die Miterben 2039; von Wertpapieren durch den Vorerben 2116; des Privattestaments 2248, 2256 A 5; des Erbbertraas 2277.

hinterlegungsichein 808 M 1; über Teftament 2246; bei gemeinschaftlichem Testament 2273 A3; bei Erbvertrag 2277.

Hinterlist 825 A 3.

Höchstbetragshupother 1190.

Söchstbetragsschiffspfandrecht 1271. Höchstpreisberordnung 134 A 2.

Hochzeitsgeschenke 1932. Hoffnungstauf 705 21 3. Soher Abel EG 57, 58.

Böhere Gewalt, Begriff 203 A 2; Hemmung ber Verjährung 203; Ausschluß ber Haftung des Gastwirts 701; beim Tierschaden 833 A 2 a. E.; Verhinderung des Erben an

der Inventarerrichtung 1996. Holographisches Testament 2231. Honorar, Berjährung 196.

Hôtel garni, Familienpension 701 A 1. Hydrashitem 763 A 1.

Sypothet, Begriff 1113 und Borbem; be-

bingte Hupothek 1113 A 2; wertbeständige Sphothet 1113 A 4; Amortisationshipothet 1115 26, 1163 21; Unterschied zwischen Buch- und Briefhppothet Borbem 2a bor 1113; Ziwangshupothek, Arresthupothek Borbem 3b vor 1113, 1114 A 4, an mehreren Grundstücken 1132 A 3; Revenüenhypothek 1113 A 1; Belastung eines Grundstücks-bruchteils 1114; Inhalt der Eintragung 1115; Sppothekenbrief, deffen Ausschluß 1116; Erwerb der Briefhypothek 1117, 1163; Vormerkung des Anspruchs auf Ginraumung einer H. 883 A 8, 888 A 1, 1114

Haftung des Grundstücks für Zinsen und Roften 1118; Anderung bes Bins. sabes, Bahlungsorts, ber Bahlungszeit 1119; Erweiterung des Hypothetenrechts hinsichtlich der Nebenleiftungen 877 A 4: Erftredung der Spothet auf Erzeugniffe, Bestandteile, Zubehör 1120—1122, auf Miet- und Pachtzinsforderungen 1123 bis 1125, auf wiederkehrende Leistungen 1126, auf Versicherungsforderungen 1127-1130, auf zugeschriebene Grundstücke 1131; Verschlechterung bes Grundstücks 1183

bis 1135; Beräußerungs. und Belaftungs. verbot in bezug auf das Grundstück 1136; Einreben des Eigentümers gegen die Sypothek 1137, 1157, 1169; öffentlicher Glaube 1138; Wiberspruch gegen eine Darlehnsbuchhypothet 1139; Nichtübereinstimmung von Grundbuch- und Supothekenbrief 1140; Erhöhung ber Kapital-fumme 877 A 6; Forberungskündigung 1141; Befriedigung bes Gläubigers durch ben Eigentümer 1142, im Wege der Aufrechnung 387 A 3, 1142; Übergang der Forderung auf den befriedigenden Eigentümer 1143; Aushändigung des Sppothekenbriefs und der Löschungsurkunden an den Eigentümer 1144, 1145; Berzug des Eigentümers 1146; Befriedigung bes Gläubigers im Wege ber Zwangsvollstredung 1147, 1149; Zwangsvollstredung aus der H. 1113 A 6, 1118 A 5; Passivlegitimation des eingetragenen Eigentümers 1148; Ablösungsrecht 1150;

Teilung der Hypothek 752 A 2, 880 A 5, 1151; Teilhppothekenbrief 1145, 1152; Übertragung der Hypothek und Forderung 1153, 1156, 1144 A 5; Haftung für die Güte einer in Zahlung gegebenen H. Borbem 5b vor 765; Abtretung ber Hhpothetenforderung 1117 U 1 a. E., 1154; Berhältnis zwischen Eigentumer, altem und neuem Gläubiger ber übertragenen Forberung 1156-1159; Pfändung der Supothet 875 A 5, 1154 A 1;

Umwandlung in Briefhppothek 877 A 4, 1116, in Eigentümergrundschuld 362 A 2, 1168; Befriedigung bes Gläubigers durch ben persöulichen Schuldner 1164, 1166, 1167; Schut des persönlichen Schuldners gegen nachteilige Verfügungen bes Gläubigers über die Hypothek 1165, 875 A 3; Berzicht 875 A 3, 1165, 1168, 1169; Aufgebot unbekannter Gläubiger 1170, 1171, des Gläubigers einer Hypothekenbormerkung 887 A 4; Berwandlung in Grundschuld 1177, 877 A 4, 1198; Bereinigung von Hypothek und Eigentum 1177; Hypothek für Zinfen und Nebenkeistungen, Erlöschen 1178;

Löschungsvormerkung 1179; Ersehung ber Forberung 1180; Befriedigung des Eläubigers aus dem Erundskäde 1181; Aufhebung 1183; Berjährung der H. 902 A 1.

Gesamthypothek 1132, 1143; Berwandlung in Eigentümergrundschulb 1172; Befriedigung des Gläubigers durch den Eigentümer 1173, durch den persönlichen Schuldner 1174; Berxicht 1175; Kang der Resthypothek dei Entstehen einer Teileigentümergrundschuld 1176; Befriedigung des Gläubigers aus dem Grundstücke 1181, 1182;

Sicherungshypothek 1184; kein Hypothekenbrief 1185; keine Eintragung bes Zinssatzes 1115 A 5; Umwandlung in Verkehrshypothek 877 A 4, 1186; Sicherungshypothek bei Forberungen aus Schuldverschungen, Wechseln, Orberpapieren 1187—1189; Höchstbetragshypothek 1190;

Wirtung der Berjährung der Forderung auf die Hnpothet 223; Hnpothet als Sicher. heitsleiftung 232, 238, bei Abtretung ber Forderung 401, Übernahme einer Sopothetenschuld bei Grundftudstauf 416, 434 A 1, bei Schuldübernahme 416, 418; Beseitigung durch den Verkäufer des Grund. ftude 439, beim Berkauf von Bubehör 434 A 3a; Hnpothek für Darlehn Borbem 5 por 607; Aufgabe einer hnpothet durch den Gläubiger bei bestehender Bürgschaft 776; Rangänderung 880, 1165; Zahlung der Zinsen durch den Riefibraucher 1047; bei ber Fahrnisgemeinschaft 1551; Anlegung von Mindelgeld 1807; Berfügung bes Vormundes 1795, 1819, 1821; Erwerb einer S. durch den Rachlagglaubiger 1990; Berfügung über eine gur Erbschaft gehörende Hypothek durch den Worerben 2114; Hupothet an vermachten Grundstücken 2165—2168.

Hypothekenbrief 1116, 1117, 1163; Legitimation des Gläubigers 1155; Widerspruch mit Grundbuch 1140; Aushändigung dei Befriedigung des Gläubigers 1144, 1145, dei Abtreung 1154, 402 A 1, 168 A 1; Teilhypothekenbrief 1145, 1152; Vorlegung 1160, 1161; Aufgedot 1162; Araftloserklärung 1170, 1171; Ausschluß dei Sicherungshypotheken 1185;

Vorlegung zum Zwecke ber Berichtigung bes Grundbuchs 896; Eigentum am Hypo-

thekenbrief 952; Verpfändbarkeit des Hypothekenbriefs 1204 A 4. Hypothekentitel des Kiskus EG 91.

3

Kagbrecht, Jagbberechtigter 835 A 5, 1090 A 5; Jagbgemeinschaft 835 A 9, 958 A 6; Störung burch Jagbnachbarn 858 A 5; Jagbbente 99 A 7; Aneignungsverbot, Schunzeit 958 A 5; Haftung für Wildschaden 835, EG 69—72.

3ahr, Berechnung der Frist 188, 189, 191, 192.

Idealvereine 21. Immissionen 906.

Imponderabilien, Zuführung 906.

Inbegriff von Gegenständen 260 A 1; Austunstserteilung 260, 261; Nießbrauch 1035; Pfandrecht 1204 A 5; vgl. Sachen.

Indossable Bapiere, Sicherungshypothek für die Forberungen aus indossablen Papieren 1187, 1189; Pfandrecht für diese Forberungen 1270; Verpfändung 1292, 1294—1296; Eingehung einer Verbindslichkeit aus einem indossablen Papier durch Vater oder Vormund 1648, 1822.

Inhabergrundschuld 1195. Inhaberhypothet 1187—1189.

Inhaberpapiere Vorbem 1 vor 793; Sicherheitsleiftung 284; hinkende 808; unvollkommene 807; Sigentumserwerb 985, 1006, 1007; Vermutung des Sigentums zugunften der Gläubiger des Ehemauns 1862; Vießbrauch 1081—1084: Rerpfändung

Nießbrauch 1081—1084; Verpfändung 1293, 1294;

ber Chefrau 1381, 1392; bes Kindes 1646; des Windels 1814, 1815, 1820, 1853; des Borerben 2116, 2117.

Inkassocietische 21 A 2, 675 A 1. Innengesellschaft 718 A 6. Innung, Mechtsstellung Borbem 2 vor 21.

Infeln, entstehende EG 65. Interesse: Ablehnung der Leistung mangels Interesse 280; Schadensersaganspruch wegen Berzugs bei mangelndem Intereffe an der Leiftung 286, 325, 326; Berüdfich. tigung bei Festsehung der Vertragsstrafe 343; Ausschluß der Wandlung mangels Interesse 468; Verlangen von Behörben auf Vollziehung von Auflagen im öffentlichen Interesse 525, 2194; fristlofe Rundigung bes Mieters bei besonderem Interesse 542; Wandlung und Minderung beim Werfvertrag bei besonderem Interesse Geschäftsführung ohne im öffentlichen Interesse 679; Interesse an ber Vorlegung von Urfunden 809; berechtigtes Interesse an der Mitteilung unwahrer Tatlachen 824; Interesse des Grunddienstbarkeitsberechtigten und Belasteten 1020, 1021; Ersehung ber Beiratsgenehmigung durch bas Bormundschafts. gericht im Interesse bes Mündels 1804;

Einberusung des Familienrats im Interesse Mündels 1873; Widerstreit zwischen dem Interesse des Mündels und eines

Familienratsmitgliebes 1874;

rechtliches Interesse: an ber Einsicht in eine Urkunde 810; am Fortbestehen des Pfandrechts 1256, an der Berichtigung des Schiffsregisters 1267; an der Einsicht der Ehelichkeitserklärung 1842, der Ehelichkeitsaufechtungserklärung 1597, der Erbschaftsausschlagung 1953, des Juvenars 2010, der eine lehtwillige Verfügung ansechtenden Erklärung 2081, der Erklärungen des Testamentsvollstreckers 2228, des Testaments 2264, der Anzeige des Erbschaftsverkäufers 2884;

vgl. Negatives Vertragsinteresse. Internationales Privatrecht

Vorbem 7 vor 1; Vorbem 11 vor 104; EG 7—31; Geschäftsfähigkeit 104 A 7, EG 7, Entmündigung EG 8, Todeserklärung EG 9; Vereine EG 10, Form der Rechtsgeschäfte EG 11, unerlaubte Handlungen EG 12, Sperecht EG 18—18, eheliche Kinder EG 19, uneheliche Kinder

liche Kinder EG 19, uneheliche Kinder EG 20, 21; Legitimation, Annahme an Kindes Statt EG 22, Vormundschaft, Pflegschaft EG 28; Erbrecht EG 24—28; Vorbem 1 vor 1922; Zurückverweisung EG 27, Personen ohne Staatsangehörigseit EG 29; Verstoß gegen die guten Sitten EG 30; Vergeltungsrecht EG 31.

Inventar, Begriff 588 A 2; beim Pachtvertrag 586—590; bes mit einem Rießbrauch belasteten Grundstücks 1048; des eingebrachten Grundstücks 1878, 1525; des

erbschaftlichen Grundstücke 2111.

Inventarerrichtung des Erben 1993; Wirfungen Vorbem 3 vor 1967, 1993 A 1, 2009; Inventarfrist 1994—1999; Einfluß von Nachlaßverwaltung und Nachlaßfonkurs auf die Inventarfrist 2000; Juhalt des Juventars 2001; Form 2002—2004; ungetreues Inventar 2005, 2008 A 5; Offenbarungseid des Erben 2006, 2008 A 5; Einsicht des Inventars 2010; Fistus 2011; Nachlaßpfleger und Nachlaßverwalter 2012;

ber Chefrau 2008, 1406, 1453; des Erbeserben 1998 A 1; des Miterben 2063; des Borerben 2144; bei Erbschaftskauf 2383

QI 1.

Arrtum 119, 121, 122; im Beweggrunde 119 A 2; entschulbbarer J. 276 A 4c a. E., vgl.

Willenserflärung;

bei Selbsthilfe 231; Anfechtung ber burch einen Dritten getroffenen Bestimmung ber Leistung wegen Irrtums 318; über die Berson des Geschäftsherrn 686, 687; bei Bergleich 779; Grund zur Anfechtung der Ehe 1332, 1333, 1346, einer leistwissten Berfügung 2078; bei Erbschaftsannahne über den Berufungsgrund 1949, 1951 A 4.

JugendwohlfahrtsgesetzWorbem 5 vor 1616; Borbem 6 vor 1778, 1778 A 5; vgl. Fürsorgeerziehung.

Furiftighe Person (vol. Verein), Begriff Borbem 1 vor 21; des öffentlichen Nechtes Borbem 2 vor 21, 89; des Handelsrechts Borbem 3 vor 21; Internationales Recht Borbem 4 vor 21;

als Nießbraucher 1061; als Erbe 1922 A8; als Witerbe 2044; als Nacherbe 2101, 2105, 2109; als Vermächtnisnehmer 2163; Er-

werbsbeschränkungen EG 86.

Anriftifche Latfache Borbem 1 vor 104.

R

Kabelpfandgeset 1205 A 5. Kalender, Bestimmung der Leistungszeit 284, 296.

Kapital, Zahlung bei Rießbrauch an einer Forberung 1077, 1079.

Rapitalabfindung an Stelle Rente 844: vgl. Abfindung.

Marten 807, EG 102.

Kassageschäft, Rassartntventgeschäft, Kontogeschäft 764 A 2; Anerkennung bes Salbos 764 A 3.

Kassatrische Klausel vgl. Verfallflausel. Kassen, Zahlung aus öffentlichen Kassen EG 92.

Kastellanverträge 134 A 1.

stauf 433—514; Begriff 433 A 1; Unterschied von anderen Verträgen 433 A 3; Gegenstand des Kaufes 433 A 6; Übergabe der Sache 433 A 8, 446 A 4; Pflichten des Verkäufers 433 A 8, des Käufers 433 A 9; Abnahme der Sache 433 A 9b; Leistungsort 433 A 11; Leistungszeit 433 A 12:

Übergang ber Gefahr und ber Nuhungen 446; Gefahrübergang beim Versendungstauf 447, beim bedingten K. 446 U 4; Kosten ber Übergabe und Abnahme 448, bei Grundstädstäusen 449; Gefahrübergang vor der Übergabe, Verwendungen des Vertäusers 450; Küdtrittsrecht des Verkäusers

454, 455;

Kaufpreis: 433 A 7; Berzinfung 452; Stundung 452; Marktpreis 453; Eigenkumsdorbehalt 455; Verbot des Kaufes dei der Zwangsdollstredung, dem Pfandverkauf 456—458; unrichtige Angabe des Kaufpreises beim Grundstückskauf 117 A 2;

Gewährleistung wegen Rechtsmängeln: 484; Beseitigung grundbücherlicher Rechte 485; öffentliche Abgaben und Lasten 486; Haftung des Vertäufers beim Forderungs und Rechtstause 487, 488, 451; Ausschluß der Haftung für Rechtsmängel bei Kenntnis des Känfers 489; Beseitigung der auf dem Grundsüd ruhenden Lasten 439, 242 A 5dß; Rechte des Käufers bei Richterfüllung der Pslichten des Vertäusers

440, 441; Beweislast 442; Abreden über bie Gewährleistung 443; Auskunftspflicht

des Verfäufers 444;

Haftung für Sachmängel, zugesicherte Eigenschaften 459; Zusicherung von Eigenschaften bei Kauf nach Probe oder Muster 494; vertragemäßige Erlassung ober Beschränkung der Haftung 476; Rechte bes Käufers bei Mangel einer Gattungssache 480; Wirkung ber Kenntnis bes Käusers vom Sachmangel auf bie Haftung bes Berkaufers 460; feine haftung für Sachmängel öffentlich versteigerter Sachen 461; Haftung für die zugesicherte Größe eines Grundstücks 468; Wandlung und Minderung 462, 320 A 7; Konturrenz mit anderen Ansprüchen 462 A 1; Schadensersatz wegen Nichterfüllung 463; Wirkung vorbehaltsoser Annahme mangelhafter Sachen 464; Annahme ber Sache 464 A 2; Nachbesserung der Kaufsache 459 A 3B Ia, 5d, 462 A 9; Bollziehung der Wandlung und Minderung 465, 467 A 2; Durchführung der Wandlung 466-471; Friftsehung zur Erklärung 466; Buläffig. feit und Ausschluß der Wandlung 467 A 2, 474; Wandlung bei Mehrheit ber ver-kauften Sachen 469, 471; Erfüllungsort für die Wandlung 467 A 3; Haupt- und Nebensache 470; Durchführung der Min-berung 472—475; Berechnung der Min-berung 472, 473; Beteiligung mehrerer Bersonen an der Minderung 474; gleichzeitige Geltendmachung von Wandlung und Minderung 475;

Berjährung ber Gewährleiftungsansprüche 477; einrebeweise Geltenbniachung ber Gewährleistungsansprüche nach Verjährung 478; Aufrechnung bes Schabensersahanspruchs nach Verjährung 479;

Viehkauf 481—492; Hauptmängel, Gewährfristen 482—484; Pflicht ber Anzeige ber Mängel 485; vertragsmäßige Anderung der Gewährfrist 486; nur Wandlung 487; Nebenforderungen des Käufers beim Wandlungsanspruch 488; einstweilige Verfügung bei Rechtsstreit über Mängel 489; Lerjährung des Wandlungsanspruchs 490; Kechte des Käufers bei Mängeln der Gattungssache 491; Haftung für zugesicherte Eigenschaften 492;

Rauf bricht nicht Miete 571; Anwendung der Grundsätze auf andere entgeltliche Verträge 445, 493; Kauf einer Erbschaft 2371, nach Probe oder Muster 494, auf

Brobe ober Besicht 495, 496;

Wiederkauf: Erklärung, Preis 497; Umfang der Herausgabepflicht 498; Verfügung des Wiederverkäufers 499; Verwendungen des Wiederverkäufers 500, 501; Schätungswert als Preis 501; gemeinschaftliches Wiederkaufsrecht 502; Verfritung der Ausübung 503; Mehrheit von Wiederkaufsverpflichteten 502 A 4;

Sicherung bes Anspruchs burch Vormerkung 833 A 10; Verjährung 503 A 3; Unterschied

vom Vorkauf 1094 A 5;

Borkauf 504; Form 318 A 1ca, 504 A 3, 505; Ausübung 505; Rücktrittsvorbehalt des Berpflichteten 506; Rebensleiftungen 507; Preis 508; Stundung 509; Mitteilungspflicht 510; Vefriftung des Vorkaufsrechts 510; Vindskauf 511; Ausschluß des Vorkaufsrechts 512; germeinschaftliches Vorkaufsrecht 518; Übertragbarteit 514; Sicherung des Ausspruchs durch Vormertung 883 A 10; Verzicht 504 A 4; Verjährung 510 A 3.

Kaufähnliche Geschäfte 445, 493. Kaufmann, Berjährung der Ausprüche 196; Hattung für Berkehrssicherheit der Geschäftsräume 823 A 6c.

Kausalzusammenhang Borbem 3 vor 249, Borbem 5 vor 823.

Kantionshypothet 1190. Kantionshyandrecht 1271, 1272. Kellerrecht 434 A 3a; 903 A 2.

Kennenmiiffen 122.

Kenntnis ber Anfechtbarkeit 142, bes Vertreters 166, bes Mangels und Erlöschens ber Bollmacht 169, 173, 178, 179, ber Unmöglichkeit der Leistung 307, der Abtretung 405—408, der Mängel der Kaufsache 439, 460, 464, der Mängel der Mietsache 539, der Jugehörigkeit zum Ersellschaftsvermögen 720, der Nichtschuld 814; der Berufung zur Erbschaft 1944; Ausschluß der Gutglänbigkeit 892, 932; vgl. Guter Glaube.

Kettenhandel 433 A 1a, 826 A 5n; Berorbung betr. den K. 134 A 1; 138 A 1 A b. Kies, Gelvinnung durch den Rießbraucher 1037. Kinder, eheliche 1591, 1592; Wohnlitz 11;

Erbrecht 1924, 2068;

uneheliche 1705—1718; Wohnsich 11; aus nichtigen Ehen 1699—1704; Herausgabe bes gemeinschaftlichen Kindes nach Richtigkeitserklärung der Ehe 1883 A 9; aus nichtigen Ehen 1699—1704;

unverheiratete, Unterhalt 1602, 1603; Berjährung der Ansprüche gegen die Eltern 204; vgl. eheliche, uneheliche Kinder, Ehe,

Elterliche Gewalt, Unterhalt.

Rindstauf 511.

Rirche vgl. Religionsgejellschaft.

Richenbaulast EG 132.

Rirchliche Berpflichtungen in bezug auf die Ehe 1588; vgl. Traung.

Magerhebung Vorbem 7 vor 104; 209 A 1; als Mahnung 284, 291 A 1; Unterbrechung ber Verjährung 209, 211, 212, 485; Wirkung bei gegenseitigen Verträgen 322.

Meiber ber Ehefrau 1362, 1366, 1477; des Kindes 1650.

Kleiderablage, Haftung des Vereins 31 A 3, Vorbem 1 vor 688; des Wirtes 276 A 5, Vorbem 1 vor 688, 690 A 1; Marken 807 A 1.

Aleingarten- und Aleinpachtordnung 581 A 1; Borbem 3 vor 598.

Rlostergelibbe, vermögensrechtliche Bedeutung 1 A 1.

Rodizille 1937 A 1, 2086 A 1.

Rollisionsnormen Vorbem 7 vor 1.

Kommunale Kürperschaft, Mündelsicherheit der Schuldverschreibungen 1807.

Kommunalverband, haftung für Beamte 89 A 3; Aufrechnung gegenüber dessen

Forderungen 395.

Konfusion, Vorbem 2 vor 241; bei Gesamtschuldverhältnissen 429; bei Gesamtgläubigerverhältnissen 429; Wirkung auf Rechte an Grundstüden 889; beim Nießbrauch 1063; bei der Hypothek 1164, 1173, 1177; beim Pfandrecht 1256; bei Erbgang 1922 A 7; Beendigung bei Nächlaßkonkurd und Nachlaßverwaltung 1976; Beendigung bei der Unzulänglichkeitseinrebe 1991; Beendigung durch Eintritt der Nacherbfolge 2143; bei Vermächtnis einer Forderung gegen den Erben 2175; bei Erbschaftskauf 2377.

Kongregation 54 A 1.

Ronturrenztlaufel 138 A 1, 226 A 1, 339 A 3; Vorbem 4 vor 611, 611 A 1.

Konturrenzverbot 138 A 1; 157 A 3; 706 A 5; vgl. Wettbelverbsberbot.

Konturrierendes Berichulden 254, 846.

Konturs, wesentliche Vermögensverschlechterung 321 A 2; Wohnsit des Gemeinschuldners 7 A 1; Gläubigeransechtung, unerlaubte Handlungen Vorbem 2d vor 823; Anmelbung im K. als Unterbrechung der Verjährung 209, 214; Verjährung festgestellter Ausprüche 218; Virtung nach Unterbrechung der Verjährung 211 A 2; Wirkung auf Hinterbrechung 377, auf Schuldsübernahme 418, auf Wandlung 467 A2 a. E., auf Abtretung, Mitübergang der Vorzugsrecht 401 A 2; Zurückbehaltungsrecht 273 A 1, 5; 1000 A 2; Vorkaufsrecht 512, 1098; Wirksamseit von Veräußerungsverboten 185 A 2 a. E.;

N. des Vereins 42, 74, 75, der Stiftung 86; dei öffentlichrechtlichen Körperschaften 89; des Versprechensenupfängers deim Versicherungsvertrage 330 A 1; Einsluß dei Miete und Pacht 556 A 3, 568 A 1, 585 A 1; K. des Dienstherun oder Wertbestellers 620 A 3, 675 A 5; des Verwahrers 697 A 2; des Gastes 704 A 4; der Gesellschaft 718 A 1 a. E.; des Gesellschafters 728, 736; des Teilhabers einer Bruchteilsgemeinschaft 741 A 2, 747 A 1, 749 A 2, 755 A 4; des Leibrentenschuldbers 759 A 1, 761 A 4; Wirtung auf die Bürgschaft 767 A 2, 768 A 2, 773, 774 A 3; auf die Anweisung 791 A 2; auf bereits abgegebene Erklärungen über Grundstädsrechte 878 A 3; Sicherung des Anspruchs des Kontursverwalters auf

Rüdübertragung eines Grunbstücks durch Vormerkung 883 A 2; Wirkung auf einen eingetragenen Wiberspruch 899 A 2; Nonkurs des Nießbrauchers 1059 A 1:

furš bes Nießbrauchers 1059 A 1; K. der Chefrau 1411 A 2; des Chemanns, Beendigung der Nuhmießung und Berwaltung 1419, 1421 A 5; Wirfung auf allgemeine Gütergemeinschaft 1459 A 13; auf fortgelette Gütergemeinschaft 1488 A 5; 1494 A 3, 1497 A 4; auf Errungenschaftisgemeinschaft 1530 A 7, 11, deren Beendigung 1543, 1546 A 7, 1547; bei Fahrnisgemeinschaft 1557 A 5; K. des elterlichen Gewalthabers 1668 A 2; des Vaters, Beendigung der Vermögensverwaltung des Vaters 1647; Wirfung auf die Vormundschaft 1781, 1886; K. des Vormunds 1838 A 2; des vorläufigen Erben vor der Aussichlagung 1959 A 5;

vgl. Nachlaßkonkurs.

Kontursverwalter, Nechtsstellung Vorbem 2 vor 164, 839 A 2; bei gegenseitigen Verträgen 320 A 9; Verfügungen des Kontursverwalters Vorbem 7 vor 104, über Zubehörstücke 97 A 1, über einen Erbschaftsgegenstand bei Racherbschaft 2; Kaufsverbot 457.

Konsortialvertrag Vorbem 1 vor 705. Kontokorrent, Aufrechnung 387 A 6; Anerkennung eines Saldos 764 A 3; Kontokorrentbürgschaft 765 A 5.

Kontrahieren mit sich selbst 181. Konvaleszenz vgl. Heilung.

Konversion 140.

Kronzentration ber Gattungsschulb 243 A 3; Wahlschulb 263 A 2.

Körper des Menschen 90 A 1; Besichtigung 809 A 2; Berletung 823 A 5, durch Tiere 833, durch Einsturz von Gebäuden 836; Umsang des Schadens 845; Ersat des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, Schmerzensgeld 847.

Körperschaft, öffentlichrechtliche, Haftung für Vertreter 89; 823 A 12.

Korrespettive Versügungen 2270, 2298. Kostvarteiten, Hinterlegung 372; Haftung des Gastwirts 702; Kostvarteiten des Kindes und Mündels 1667, 1818, 1819, des Erblassers 1960.

Kosten ber Tobeserklärung 1967 A 3; ber Fruchtentziehung 102; bes Offenbarungseides 261; Anrechnung einer Leistung auf Rosten 367; besgl. bei Aufrechnung 396; Rosten ber Duittung 369; ber Hinterlegung 381; ber Bersteigerung ber hinterlegung 381; ber Bersteigerung ber hinterlegten Sache 386; ber Abtreiungsurtunde 408; ber Übergabe und Abnahme der gestauften Sache 448; bei Grundstückstauf 449, 925 A 9; ber Kündigung und Rechtsverfolgung bei Bürgschaft 767; ber Verschaffung neuer Schuldverschreibungen auf den Inhaber 798—800; der Vorlegung von Sachen 811; der Verichtigung des Grundbuchs 897;

der Abmarkung 919; der Aufbewahrung, Versteigerung gefundener Sachen 981, 970 A 1; der Erhaltung einer Sache im Verhältmis zwischen Eigentümer und Besiger 994; der Bestellung eines landwirtschaftlichen Grundstücks bei der herausgabe burch ben Besitzer 998; der Aufstellung des Wirtschafts. plans 1038, 2123; Hupothet für Koften, Erlöschen 1178; Haftung des Grundstücks 1118, des Pfandes 1210, des Schiffes 1246; Roften ber Erhaltung des eingebrachten Gutes 1384, des Rechtsftreits zwischen Chegatten 1387 A 6; des Rechtsstreits der Frau 1387, 1412, 1416, 1460, 1463, 1464, 1532, 1535, 1536, des Nechtsstreits des Unterhaltsberechtigten 1610 A 4, des Kindes 1654; der Schwangerschaft 1715, 1716, 1968, 2141; der Sicherheitsleistung des Vaters 1672, des Vormundes 1844; der Ausschlagung der Erbschaft 1945 A 1 a. E.; des Aufgebots ber Nachlaßgläubiger 1965, 2061; des Berzeichnisses des Nachlasses 2121, 2215, 2314; Rückerstattung zu Unrecht eingezogener A. EG 104.

Rostenanschlag 631 A 1, 632 A 2; Uber-

schreitung 650.

Roftenborichuftflicht bes Chemanns 1387 21 6.

Roftfinder 1773 A 4.

Kraftlobertlärung der Vollmachtsurtunde 176; Gewährleistung des Vertäufers eines Wertpapiers 437; verlorener Schuldverschreibungen auf ben Inhaber 799, 800; des Sypothefenbriefs 1162; eines unrichtigen Erbsch ins 2361; von Karten und Marten EG 102.

Rrantentaffe, Rechtsftellung Vorbem 2 vor

21: Vertretung 28 A 3.

Krantheit, Fürsorgepflicht bei Dienstvertrag 617; Entbehrlichkeit der Bustimmung eines Chegatten zu Erffarungen des andern Chegatten wegen Krankheit 1858, 1879, 1401, 1447, 1450; Ablehnung der Bormundschaft wegen Krantheit 1786.

Kranzgeld 1300 A 4. Arcation3theorie 798 A 1.

Kreditanstalt, Zinseszins 248; Bezugnahme auf Satungen bei der Sppothekenein. tragung 1115, Anlegung von Mündelgeld 1807.

Areditanweisung, Areditbrief 778 A 4; Borbem 3 vor 783.

Areditauftrag 778; Kündigung 671 A 3, 778 21 2.

Kreditbiligschaft" Vorbem 5 vor 765; 765 A 6.

Areditgefährdung 824; 1004 A 7.

Rreditgeschäfte des Bormundes, des Baters 1642, 1822.

Areditvertrag 610 A 1.

Rreditwürdigkeit, Auskunft 123 A 2; falfche

Auskunft 31 A 2, 826 A 2, 5h. Grieg, Ginfluß auf Bertragserfüllung 242 A 5a; Rauf 433 A 1b; Darlehn 610 A 4.

Dienstwertrag 626 A 1; Ummöglichkeit der Leistung infolge A. 275 A 2; Kriegsklausel bei Vertragen 157 Al 3, benn Kauf Al 10h, ss. Rumulative Schuldübernahme 414 A 1,

Borbem 6 d vor 765; 766 A 1.

Ründigung, Wesen Vorbem 7 vor 104, 542 A 2, 609 A 2; bedingte, verspätete 565 A 4; burch Klagerhebung 127 A 2, 284 A 3; durch Minderjährigen 107 A 2; Teilfündigung 544 A 4; Berhältnis zum Rück. tritt 346 A 1;

der Vollmacht 168 A 1; Wirkung auf die Verjährung 199; wegen übermäßiger Binsen 247; durch den Zessionar 410; bei Gesamtschuldverhältnis 425; bei Befamtgläubigerverhältnis 429; ber Miete 542—544, 558—555, 564, 565; ber Pacht 595, 596; ber Leihe 605; bes Darlehns 609; bes Dienstvertrags 620-624; bes Unternehmers 643; des Bestellers 649, 650; des Auftrags 671; der Gesellschaft 705 A 4, 723-725, 786; ber Geschäftsführung bei der Gesellschaft 712, 715 A 1; der Gemeinschaft 749, 751; ber Bürgschaft 765 A 7; des Kreditauftrags 671 A 3, 778 A 2; ber Forberung beim Niegbrauch 1074, 1077; ber Hupothek 1118, 1141, 1156, 1160; der durch Supothek gesicherten Forderung 1141; der Eigentümergrundschuld 1177; der Grundschuld 1193; der Rentenschuld 1202; der verpfändeten Korderung 1283, 1286; der Verbindlichkeiten der Fran burch ben Ehemann 1358, 1399 A 2; ber Erbengemeinschaft 2044; burch ben Borerben 2114; des Amtes des Testaments. vollitrecters 2226.

Rilnftige Berbindlichkeiten, Bürgichaft 765 A 6; Vormeriung 883; Hypothet 1118; Pfandrecht 1204, 1209.

Künftiges Bermögen 310.

Aunstgewerbetreibenbe. Beriabrung

Forderung 196.

Rurswert 244 Al 16; bei Sicherheitsleiftung 234, 286; bei Zahlung einer in ausländischer Währung ausgebrückten Geloschuld 244.

Lagerschein 793 U 1.

Lanbesbeamte, Cheschliefung 1315.

Landedgeseite EG 3, 55, 218; maßgebend für das Verfahren bei Entziehung der Nechtsfähigteit eines Bereins 44, für den Ab-ftand von Grenganlagen 907, für das Berfahren der Abmarkung 919, für Heirat ber Beamten 1315, für Annahme der Bor-nunbschaft burch Beamte 1784, für die Mündelsicherheit von Hypotheten 1807.

Lanbesherr EG 57.

Landesjuftizverwaltung, Anordnungen über die Führung des Güterrechtsregisters 1558. Landesregierung, Bewilligung ber Be-freiung von Chehindernissen 1322; Chelichkeitserklärung 1728; Befreiung von den Erfordernissen der Annahme an Kindes Statt 1745.

Landgut, 98 A 10; Zubehör 98; Feststellung des Ertragswertes EG 137; Verpachtung 593, 594; Niesibrauch 1055; Herausgabe bei Beendigung der Verwaltungsgemeinschaft 1421, bei fortgesetzer Gütergemeinschaft 1515; des Kindes 1663; Pachtvertrag über ein Landgut des Mündels 1822; bei Erbauseinandersetzung 2049; dei Nacherbschaft 2130; Übernahme durch den Pflichtteilsberechtigten 2312.

Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Zubehör 98; bei Beendigung der Pacht 598.

Landwirtschaftliches Erundstück, Pacht 582, 592; Nießbrauch 1055; Bestellungskosten bei der Herausgabe durch den Bestiger 998; Herausgabe bei Beendigung der Berwalkungsgemeinschaft 1421; des Kindes 1663; bei Nacherbschaft 2130;

Verhältnis zwischen Besitzer und Eigen-

tümer wegen der Früchte 998.

Landwirtschaftliche Areditanstalten EG 167. Land- und Forstwirtschaft Treibenbe, Ber-

jährung ihrer Ansprüche 196. Lasten einer Sache 103; öffentliche 436 A 1; privatrechtliche 1385 A 6; orbentliche, außerordentliche 2126 A 1; 995 A 1; Eintragung der öffentlichen L. ins Grundbuch

878 A 5; Haftung bes Verkäufers 436, 446; Austunftspflicht bes Verkäufers eines Grundstüds 444; Lasten ber vermieteten Sache 546, bes gemeinschaftlichen Gegenstandes 748; bes Besitzers 995; der Sache beim Riestraud 1047; bes eingebrachten Gutes 1385, 1529, 1531; des Kindesvermögens 1654; der Erbschaft, Bestreitung durch den Erbschaftsbesitzer 2022; bei der Nacherbschaft 2126; der vermachten Sache 2185; beim Erbschaftsauf 2379.

Leben, Berletung 823 A 4.

Lebensalter, Berechnung 187; Einfluß auf Berantwortlichkeit bei unerlaubten Handlungen 828.

Lebensbedarf, Maß des Unterhalts 1610.

Lebensberuf 1610, 1708, 2050.

Lebensgejahr, Tobeserflärung 17, 20; Unterlassung bes Aufgebots 1316.

Lebensgemeinschaft, eheliche 1353, 1360. Lebensnachstellung, Scheidungsgrund 1566, 1568 A 4; Beschräntung des Unterhalts 1611; Berweigerung der Ausstattung 1621; Pflichtteilsentziehung 2333; Erbunwürdigteit 2339.

Lebensvermutung 19.

Lebensbersicherung 330 A 2; Gegenstand bes eingebrachten Gutes 1522 A 4; Lebensversicherungspolice 808 A 3, Eigentum 952 A 4, Verpfändung 1204 A 4; als Gegenstand bes Nachlasses 1922 A 5.

Lebenszeit, Mietvertrag 567; Dienstvertrag 624; Gesellschaft 724; Leibrente 759.

Legalitätsgrundsat für Grundbucheinträge, Borbem 3b vor 878.

Regitimation unehelicher Kinder EG 22, durch nachfolgende Ehe 1719—1722, durch Ehe-lichkeitserklärung 1723—1740; des Mündels 1883; Einfluß auf den Wohnsitz 11; Erdrecht 1922 A 1; vgl. Chelichkeitserklärung, Nachfolgende Ehe.

Legitimationspapiere, qualifizierte 808; EG 102.

Lehen EG 59.

Lehm, Gewinnung burch den Nießbraucher 1087.

Lehrer EG 80, 81; Berjährung der Ansprüche 196; Abtretung des Gehaltsanspruchs 411; Bersehung 570; Kündigung des Dienstverhältnisses 622; Aufsichtspflicht 832 A 5; Züchtigungsrecht vgl. Zuchtmittel.

Lehrherr, Lehrling, Verjährung ber Ansprüche 196; Haftung bes Lehrherrn 831 A 2, 832 A 5.

Lehrvertrag, Abschluß durch den esterlichen Gewalthaber 1630 A 2, durch den Vormund 1822; Anhörung des Mündels 1827.

Leibesfrucht 1 A 4; Erbfähigkeit 1923; Pflegschaft 1912, 1918; vgl. Empfangene Menschen.

Leibgedingsvertrag 759 A 5, EG 96; Eintragung ins Grundbuch 874 A 3; vgl. Altenteil.

Leibrente, Begriff 759; Entstehung der Berpflichtung durch lehtwillige Berfügung 759 U 2; zugunsten eines Dritten 330; Leibrentenschenfung 761 U 4; Leistungszeit 760; Form des Bertrags 761; Nießbrauch 1073; Berzug des Schuldners 759 U 2; Konsurs des Schuldners 759 U 1, 761 U 4; Berjährung 760 U 3.

Leibzuchtsvertrag EU 96.

Leidnam, menschlicher 90 A 1; Recht ber Hinterbliebenen am L. 1 A 2; Recht auf Besichtigung 809 A 2; Gewahrsam, Umbetung 1968 A 2; vgl. Beerdigung.

Leichtsinn, Ausbeutung 138.

Leihe, Begriff 598 und Borbem; Unterschied von andern Verträgen Vorbem 2 vor 535, Vorbem 1 vor 598; Haftung des Verleihers 599, 600, Vorbem 4a vor 823; Kosten der Erhaltung der Sache 601, 602; Gebrauch der Sache, Überlassung an einen Dritten 608; Ründgabepslicht des Entleihers 604; Kündigabepslicht des Verleihers 605; Verjährung der Ansprüche 606, 195 A 1; Wohnungsleihe 604 A 1.

Leihhausschein 808 21 1.

Leistung 241, 242, 362, 363; Teilleistung 266; Teilbarkeit 266 A 1, 275 A 4, 420 A 2; Mehrheit 266 A 1; Leistung Zug um Zug 274, 322; an Erfüllungs Statt 364; Bestimmung durch einen Vertragsteil 315, 316, durch einen Dritten 317 bis 319; eines Dritten 267; Versprechen der Leistung an Dritte 328 bis 335; rechtskräftige Verurteilung zur Leistung 283; unberechtigte Absehnung der Annahme 362 A 2; unmögliche Leistung 275, 306 bis 308; Gesamtschuldner und Gesamtgläubiger 420 bis 482;

an Dritte 362; an ben Quittungsempfänger 370; an ben bisherigen Gläubiger 407; an einen Nichtberechtigten 816; an ben Grundbuchberechtigten 893; an Miterben 2039; an ben Erbscheinserben 2367;

von Diensten 613, 1858, Annahme durch den Vormund 1813; vgl. Leistungsort, Leistungszeit, Gegenleistung, Teilseistung, Vorleistung, Zug-um-Zug-Leistung, wiederkehrende L., Unmöglichkeit, Krieg.

Leistungsort 269; verschiedener Leistungsort bei Aufrechnung von Forderungen 391; vgl. Erfüllungsort.

Leistungdzeit 271, 193, 361; vgl. Fälligkeit. Lesendunfähige, Testierfähigkeit, vgl. Blinde. Lesenduntundige, Errichtung eines Testaments 2238, 2247, 2265 A 1.

Lettwillige Berfügung 1937; vgl. Teftament. Liebhaberinteresse 253 A 1.

Lieferungsfriften 284 21 4.

Liegenschaft 93 A 6.

Linealerbfolge, Linealgradualordnung 1589 A 2, 1924 A 1; 1928 A 4.

Liquibation bes Bereins 47—53, vgl. Berein; ber Stiftung 88 A 2.

Lizenzbertrag 433 A 6b; Vorbem 1 vor 585. Lohnforderungen, Berjährung 196; Aufrechnung 394 A 1, 614 A 1; Einbehaltung 614 A 1.

Lohnkuticher, Berjährung der Ansprüche 196.

Löschung von Rechten an Ernnbstücken 875; Justimmung Dritter zur Löschung 876; Bormerkung bes Rechtes auf Löschung 888 bis 888; Wirkung ber Löschung 891, 901; Löschung ber Huhruchs auf Löschung ber Sigentümerhypothek 1179; Löschung bes Schiffspfandrechts 1262, 1263, 1267; Verpflichtung bes Verkäufers zur Löschung nicht bestehender Rechte 435; zu Unrecht erfolgte L. 879 A 3.

Löschungsbewilligung 875, 1168 A 1, 1144 A 4; unter Vorbehalt 875 A 4.

Löschungsvormerkung 1179.

Los, Entscheidung durch Los, bei der Verteilung der ausgelobten Summe 659, bei Teilung unter die Teilhaber einer Bruchteilsgemeinschaft 752, bei Auseinandersehung unter Miterben 2042.

Lotterielos 793 A 1; Fälligkeit der Gewinne, Frist zur Abholung 801 A 1; Verjährung der Ansprüche aus dem Verfriebe 196; Kauf 763 A 5.

Lotterievertrag 763; Rüdforderung bes Einfațes 762 A 3; Lotteriegefellschaft 718

A 4, 6; 763 U 1; Tod eines Beteiligten 727 U 1.

Luftraum 905, 93 A 6.

Luftschiffahrt, Haftung Borbem 1 vor 828.

211

Wahnung als Voranssehung bes Verzugs 284; burch ben Zessionar 410; bes Hypothekenschuldners bei Brieshypothek 1160; 286 A 2.

Mahnversahren, Zustellung des Zahlungsbesehls als Verjährungsunterbrechung 209, 218; Zahlungsbesehl als Mahnung 284.

218; Zahlungsbefehl als Mahnung 284. Mättervertrag, Begriff, Abgrenzung von anderen Berträgen 652, Borbem 1 vor 652, Borbem 1 vor 652, Borbem 1 vor 164; Mätterlohn 652, 663, dessen 1 vor 164; Herlohn 652, 663, dessen 1 vor 165; Recht auf Einsicht des Schriftwechsels 810 A 5; Widerruf 652 A 1; Tod einer Bertragspartei 652 A 2b a. E.; Untermätter Borbem 1 vor 652; Ehemätter 656.

Malen, Gigentumserwerb 950.

Mängel im Nechte und an der Sache: bei Leistung an Erfüllungs Statt 365; beim Kaufe 484—489, 459; bei der Schenkung 528, 524; bei der Miete 537, 540; bei der Leihe 600; beim Werkvertrag 633—685; bei Aushebung der Gemeinschaft 757; Mängel im Rechte: beim Erbschaftskaufe 2876; vgl. Kauf, Miete, Wertvertrag, Gewährleistung.

Marinetestament Vorbem vor 2229; EG 44,49. Marten 807; EG 102.

Marktbreis 453, 483 U 7b; vgl. Börsenpreis. Maschinen, Bestandteilseigenschaft 93 U 2, 5; 94 U 2, 7; Zubehör 97 U 3, 98; Lieferung 651 U 3.

Majdinenschrift, Anwendung beim eigenhändigen Testament 2231 A 4.

Mauer zwischen Grundstüden 921.

Maulesel und Maultiere, Mängel beim Kauf 481.

Maximalhypothet 1190.

Mehraufwendungen bes Schulbners bei Berzug bes Gläubigers 304.

Mehrbeutigkeit von Willenserklärungen 133

Mehrfacher Wohnsit 7.

Mehrheit von Leiftungen 262; von Beteiligten beim Rücktritt 356; Anrechnung von Leiftungen auf eine Mehrheit von Forberungen 366; Quittung bei einer Mehrheit von Groberungen 369; Aufrechnung bei einer Mehrheit von Forberungen 396; Wandlung und Minderung bei einer Mehrheit von Sachen 469—472, bei einer Mehrheit von Berechtigten 467, 474; von Wiedertaufsberechtigten 502, von Vorlaufsberechtigten 513; von Beschnitten 528; bei der Auslohung 659, 660; von Bürgen 760; von Schädigern 830, 840; von Besihern 866; von Ffandgläubigern

1232; von Pfandrechten an Forderungen 1290; von Vormundschaften 1786; von Vormündern 1797; von Erbteilen 1951, 2007; von Erben Vorbem vor 2082; von Bermächtnisbeschwerten 2148, von Ber-mächtnisbedachten 2151 bis 2153, 2157, 2158; von Testamentsvollstredern 2219, 2224.

Bgl. Gesamtgläubigerrecht, Gesamt-schuldverhältnis, Miteigentum, Miterben. Meinungsverschiedenheiten gwischen Eltern und Pfleger 1629, zwischen Eltern 1634, zwischen Vater und gesetzlichem Vertreter 1676, zwischen Vormündern 1797, 1798; zwischen mehreren Testamentsvollstredern 2224 A 2.

Meliorationsdarlehn EG 118.

Mergel, Gewinnung durch den Riegbraucher 1037.

Messen ber Rauffache, Rosten 448.

Micte, Rechtliche Natur, Unterschied von anderen Berträgen Vorbem 1, 2 vor 585, vom dinglichen Wohnungsrecht Vorbem 3 vor 535; Einquartierungslasten 546 A 1; Einwirkung der Enteignung 571 U 2, 6, der Zwangsversteigerung Vorbem 7b vor 535; 571 A 6; Zivilprozessuale Bestimmungen Vorbem 8 vor 535, 556 A 1; mehrere Mieter 552 A 1; mehrere Vermieter 551 A 1, 748 A 1; gewerds mäßige Vermietung 196; Untermiete 549; Einfluß des Konkurses des Mieters auf die Untermiete 556 A 3; Ende des Mietverhältniffes 564; Vormieterrecht Vorbem 3 vor 535; Wohningsleihe 604 A 1.

Mietsache 535; Besitz des Mieters 868; gleichzeitige Vermietung an mehrere Personen 535 A 1; Wohnräume und andere Mäume 580; Treforfach 535 A 2; 1205 A 9; keine Miete an Dampfkraft und Elektrizität Vorbem 2 vor 535; Besitverhältnisse 535 A 1; Eigentumsverhältnisse 535 A 2; wesentliche Bestandteile und Zubehörstücke 535 A 2; Tragung der öffentlichen und privatrechtlichen Lasten der Mietsache 546; Mängel der Mietsache 537; Ginfluß der Renntnis von Mängeln der Mietsache 539, 543; Besundheitsgefährliche Räume 544; Beränderungen und Berschlechterungen der Sache durch vertragsmäßigen Gebrauch 548; Ausbesserungen ber Miet-fache 536 A 3; Borkehrungen zum Schute der Mietsache 545; Einfluß der Beräußerung des Grundstücks nach Überlassung bes Grundstücks an den Mieter auf das Mietverhältnis 571; Einfluß ber Veräußerung bes vermieteten Grundftude auf eine bem Vermieter geleistete Sicherheit 572; Belaftung bes Grundstücks mit Rechten Dritter, durch die der Gebrauch durch den Mieter beeinträchtigt wird, nach Überlassung ber Mietsache an den Mieter 577; Beraußerung und Belaftung bes Mietgrundstücks vor Abergabe an den Mieter 578; Weiterveräußerung des Grundstücks durch den Erwerber 579;

Mietvertrag: Auslegung Vorbem 5 vor 535; Form Vorbem 4 vor 535; Genehmigung durch den Eigentümer 184A1; Form des Mietvertrags über ein Grundstück 566; Ortsgebräuche 536 A 2, 3; 551 A 1; Haftung für Zusicherungen 537; Abschluß auf länger als 30 Jahre und auf Lebenszeit 567; stillschweigende Verlängerung durch Weiterbenutung 568; Vertragsstrafe 555 A 1;

Mietzins: 535 A 3; gesetliche Miete 535 A 5; Erfüllungsort für Zahlung 535 A 3; Minderung 537 A 2—4; Einfluß der Geldentwertung 535 A 3; Befreiung 537, 542 A 1; Zahlungszeit 551; Verjährung 196, 197; Rückerstattung des im voraus gezahlten Mietzinses bei vorzeitiger Kündigung 543, 555; rechtsgeschäftliche und im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgende Verfügungen des Vermieters über den Mietzins im Falle der Veräußerung des Grund. ftücks 573; Wirkung der Anzeige vom Eigentumsübergang bes Grundstücks an den Mieter auf die Zahlung des Mietzinses 576; Rechtsgeschäft über die Mietzinsforderung zwischen Mieter und bisherigem Bermieter im Falle ber Beräußerung ber Grundstücks 574; Zahlungspflicht des Mieters bei Verweigerung der Rückgabe des Mietsache 557;

Pfandrecht des Bermieters, Umfang 559; Erlöschen 560; Abwendung durch Sicherheitsleiftung 562; Berhältnis jum Pfandungspfandrecht 563; Stellung im Konturse 563 A 1; fein Pfandrecht bes Vermieters an den Sachen des Untermieters 549 M 6; Verkaufsrecht des Vermieters bezüglich der eingebrachten Sachen 561 A 3; eingebrachte Sachen eines Dritten

185 21 4;

Rechte und Pflichten des Mieters: bei Gebrauchsentziehung der Sache 541 bis 543; bei Überlassung der Sache durch den Bermieter an einen Dritten 552; Befitichut 1004 A 2; bei Teilbesit, Stochvertsmiete 865 A 1; Schadensersagansprüche wegen Mangels der Sache 538 2(1; Wegnahmerecht 547 A 3, 985 A 3; Zurüdbehaltungsrecht 551 A 1, 556; Aufrechnungsbefugnis gegenüber dem Erwerber des Grundftucks 575; Obhutpflicht im Interesse des Bermieters 535 A 4, 545; Fütterungstoften 547; Haftung für Beränderungen und Verschlechterungen der Sache durch vertragsmäßigen Gebrauch 548 A 1; bei eigenmächtiger Gebrauchsüberlaffung an Dritte (Untermiete) 549; bei vertrags. widrigem Gebrauch trop Abmahnung 550; Beachtung der Hausordnung 550 A 1, 553 A 3; Rückgabe ber Mietsache 556; Räumungsfristen 556 A 1, EG 93; Berpflichtung, Wohnung durch Reflektanten besichtigen zu lassen 564 A 3; Verjährung

der Ersatansprüche des Mieters und Ver-

mieters 195 A 1, 558;

Rechte und Pflichten des Bermieters (oben Mietzins, Pfandrecht): Gebrauchsgewährung der Sache 535 A 1; 536 A 1; Haftung für Mängel und zugesicherte Eigenschaften 537-541; Saftung nach Beräußerung 571 A 4; für Beleuchtung, Reinigung 536 A 3; 538 A 4, 5; Borbem 4a vor 828; Beachtung ber allgemeinen Verkehrspflichten 823 A 6c; Schadensersakansprüche des Vermieters 553 A 2; 554 A 1; 557; Verjährung derselben 195 A 1, 558; vertragsmäßiger Ausschluß der Haftung des Bermieters 540; Klage auf Unterlassung vertragswidrigen Gebrauchs 550; Ersat der Verwendungen durch Vermieter 547; Verpflichtung des Vermieters, im Falle ber Nichtbenutung ber Sache ersparte Aufwendungen sich aurechnen zu lassen 552; Gelbsthilferecht, Sperrecht des Bermieters 561; fein Aurlichbehaltungsrecht an den der Pfandung nicht unterworfenen Sachen des Mieters 559 21 4:

Ründigung: 542 A 2, 553 A 4, 564; einer von Cheleuten gemieteten Wohnung durch den Chemann 542 A 2; 564 A 3; fristlose Kündigung bei vertragswidrigeni Gebrauche 553; fristlose Kündigung bei Zahlungsverzug des Mieters 554; gesetz-liche Kündigungsfristen 565; verspätete und bedingte Kündigung 565 A 4; Kündigung infolge Gebrauchsentziehung 542, 543; Kündigungsrecht beim Tode des Mieters 569; Kündigungsrecht im Falle der Versetzung 570; stillschweigender Verzicht auf die Kündigung 554 2 2;

Bermietung eines Grundstücks durch den Nießbraucher 1056; durch den Chemann 1423; durch den Bater 1663; durch den Vormund 1822, 1902; eines Nachlaß-grundstücks bei bestehender Nacherbschaft

2135;

haftung ber Mietzinsforderung für die

Spothet 1123-1125.

Micterichut 553 A 1; Gesetzgebung Vorbem 9 vor 535; Amvendbarteit des BUB Borbem 3 vor 535; Mieizins (Reichsmieten-geset) 535 A 5; Mietwucher Vorbem 5 vor 535; Pachtschut 581 A 1, Vorbem 9 vor 535.

Miethaus, Miteigentum 743 A 1.

Mietstaler 336 A 1.

Militärperson, Wohnsit 9; Todeserklärung 15; Beamteneigenschaft 839 A 2; Verbot der Teilnahme an politischen Versammlungen und der Zugehörigkeit zu politischen Vereinen 61 A 2; Haftung der Militärverwaltung 89 A 3; Abiretung von Gehaltsansprüchen 411; Berfetung 570; Cheschließung 1315.

Militärtestament Vorbem vor 2229.

Minderjähriger, Begriff 106 A 1; Erfordernis der Einwilligung des gesetzlichen Bertreters zu Willenserklärungen 107; Erfordernis der Einwilligung des geseh-lichen Vertreters bei Berträgen 108—110, bei einseitigen Willenserklärungen 111; Betrieb eines Erwerbsgeschäfts 112; Einge-hung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen 113; Prozeffähigkeit 113 A 1; Delikts. fähigkeit 828, 829; Haftpflicht der Auf-sichtspersonen 882;

Volljährigteitserklärung 3—5; Einleitung des Entmundigungsverfahrens 6 A 1; Todeserklärung 14 2 2; Cheschließung 1304, 1805; Unterhaltsanspruch und Unterhalts. pflicht 1602, 1603, 1605; Hennung der Verjährung infolge Minderjährigteit 204; Vormundschaft über Minderjährige 1773; minderjährige Mutter 1696; Testierfähigteit des Minderjährigen 2229, 2238; Form bes Testaments 2238, 2247; val. Geschäfts. fähigkeit, Elterliche Gewalt.

Unfähigkeit, Zeuge zu sein: bei ber Speschließung 1318, bei ber Testaments-errichtung 2237; Unfähigkeit zur Bor-mundschaft 1781.

Minderung beim Kauf 462, Natur 465; Berechnung und Durchführung 472—475; bei Wiederkauf 498; bei Miete 537; beim Werkvertrag 634; Erfüllungsort 269 A 5, 472 A 5.

Migbrauch des Rechtes des Chemanns 1853, 1854, 1857, 1358; des Rechtes für die Person des Kindes 1666; Versührung einer Frauensperson unter Misbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses 825.

Mighandlung als Scheibungsgrund 1566 A 2, 1568; als Grund zur Entziehung des Pflicht.

teils 2333.

Mitbesit 866; Einräumung zwecks Nieß. brauchsbestellung 1081; zivecks Berpfändung 1206.

Mitbicten vgl. Bietungsrecht. Mitbilrgschaft 769, 774 A 5, 776.

Miteigentum 1008—1011, 741 A 1, EG 131; Belaftung der gemeinschaftlichen Sache 1009; Riegelung der Verwaltung 1010; Ablösungsrecht des Miteigentümers 268 A 1; M. an einem Miethaus 743 A 1;

infolge Berbindung und Bermischung 947-949; Anteil eines Miteigentumers: Nießbrauch 1066, Vorkauf 1095, Reallast 1106; Snuothet 1114, 1132 A 4; Eigentümergrundschuld 1163 A 4; Pfandrecht 1258; Eintragung einer Vormerkung 885 U 3; Auflassuna eines Grundstücksanteils 925 A 4; Bermächtnis des Miteigentums 2172.

Miterben, Begriff 2082 A 2; Berhältnisse der Miterben zueinander 1922 A 10; 2032—2057; Verwaltung des Nachlasses 2038; Magerecht des einzelnen M. 2039 A 2; Verfügung über Nachlaßgegenstände 2010; Erbengemeinschaft bis zur Auseinandersetzung 2032—2041; Auseinander sebung 2042—2049; Ausgleichungspflicht

2050 bis 2057; Haftung für die Nachlaßverbindlichkeiten 2058-2063; Privatauf. gebot 2061; Juventarerrichtung 2063;

Auskunftspflicht 260 A 1; 2028 A 1 2038 A 7; 2057; Streitgenossenschaft 2058 A 2; 2059 A 5; Magrecht 2039; Vorkaufsrecht 2034, 2035;

Antvachsung 2094, Auseinandersehung durch Testamentsvollstreder 2204 2 1, Pflichtteilerecht 2319, Erbschein 2357. Mitgift 516 A 4; vgl. Ausstattung.

Mitgliederversammlung eines Bereins 32 bis 39, 58; f. Berein.

Mitgliedichaft, Mitgliedichafterechte bei Bereinen 35 A 1, 38.

Mitschuld des Beschädigten und Verletten 254, 846.

Mittäter bei einer unerlaubten handlung 830.

Mitteilung, univahre 824, 826 A 2 Mittelbarer Besit 868-871, 868 A 1. Mittlere Art und Gitte ber Leiftung 243. Mitverichluß bei Verpfändung 1206 U 3. Mitvollstreder eines Testamentsvollstreders

2199 A 1. Mitvormund 1775, 1778, 1786, 1833, 1894. Monat, Berechnung von Fristen 188, 191, 192; Anfang, Mitte, Ende 192.

Mönch, Rechts- und Erwerbsfähigteit 1 A 1. Milhle, Bubehör 98; Mühlenrecht EG 65; Berbände zur Antung von Mühlen EG 164. Mündel vol. Minderjährige, Vormundschaft. Mündelgeld, Mündelsicherheit 1807; Sicher-

heitsleiftung 234; EG 99, 212.

Militaforte 91 21 4, 245. Muster, Rauf nach Muster 494; Muster. fendung, Auswahlsendung 495 A 4

Mutter vgl. Elterliche Gewalt; Cheliche Mutter: Recht ber Beneunung eines Bormundes 1776, 1777 A 2, 1855, 1898; Ausschließung eines Bormundes 1782; als Bormund 1778, 1900; Bustimmung zur Cheschließung 1305, zur Ehelichkeitserklärung 1726, 1727; Wirtung der Chelichkeits. erklärung 1738, der Annahme des unehelichen Kindes an Kindes Statt 1765; Sorge für die Person des Kindes bei Chescheidung 1635; Minderjährigkeit 1696; Einsetung und Aufhebung des Familienrats 1858, 1880; Beftellung jum Bornund über Bolijährige 1899, 1904; Unterhaltsauspruch 1601, 1603; Unterhaltsrecht der Mutter eines zu erwartenden Erben 1963.

\mathfrak{N}

Rachbarrecht 907-923, EG 124; zuläffige 906; storende Unlagen Einwirfungen 907; Gefahr bes Ginfturzes eines Gebäudes 908; Vertiefung des Nachbargrundstücks 909; Wurzeln und Zweige 910; Uberfall 911; Aberbau 912-916; Notweg 917, 918; Abmartung 919; Grenz. verwirrung 920; Grenzanlagen 921-923. Nachbesserung der Kaufsache 459 A 3 B Ia, 462 A 9; des Werkes 638 A 4.

Nachbürgichaft Borbem 5 vor 765, 771 A.

Macheile 859, 960.

Racherbe 2100—2146; noch nicht erzeugte und juristische Personen als Nacherben 2101, 2106, 2108 A 3; Einsehung auf den Überrest 2137, 2138; Ersaterbe 2102, 2108 A 3; Anordnung einer Nacherbschaft oder eines Vermächtnisses 2100 A 2; 2103 A 1; Auslegung lettwilliger Verfügungen, durch die Racherben eingesetzt werden, Reitpunkt bes Eintritts ber Nacherbfolge

2103—2107; Fiskus 2104; Bererblichkeit der Anwartschaft auf die Erbschaft 2108; zeitliche Grenzen der Wirksamkeit der Einsetzung 2109; Umfang bes Rechtes des Nacherben 2110; Surrogation, Nutungen 2111; Verfügungsrecht des Vorerben 2112—2115, 2120, 185 A 4, nach Eintritt des Falles der Nacherbfolge 2140; Eintragung der Nacherbschaft im Grundbuche, Wirtungen 2113; Zwangsvollstredung gegen den Vorerben 2115; Pflicht des Borerben zur hinterlegung von Wertpapieren 2116, Umschreibung 2117; Buchforderun-gen gegen das Reich ober einen Bundesstaat 2118; Anlegung von Geld durch Vorerben 2119; Verzeichnis des Bestandes der Erbschaft durch den Vorerben 2121; Necht des Vorerben, die Sachen der Erbschaft untersuchen zu lassen 2122; Wald, Bergwerk als Bestandteil der Erbschaft 2123; Ersat der gewöhnlichen Erhaltungs. kosten 2124; Verwendungen 2125; außerordentliche Lasten 2126; Auskunftspflicht des Vorerben 2127; Sicherheitsleistung des Vorerben 2127; Sicherheitsleistung 2128; Entziehung ber Verwaltung gegenüber dem Vorerben 2129; Bestellung eines Verwalters für den Vorerben 2128 A 3; 2129 A 1; Herausgabepflicht des Vor-erben 2130, 2138; Aufrechnung gegen eine Forderung der Erbschaft mit einer Forde. rung an den Vorerben 387 A 2; Rechenschaftspflicht 2130; Haftung des Vorerben gegenüber bem Racherben 2131-2135; befreite Vorerbschaft 2136; Einsetzung bes N. auf den Aberrest 2137 A 1;

Eintritt bes Falles der Nacherbfolge 2139; Folgen 2140, 2143; prozessuale Beftimmungen 2139 A 2; Ausschlagung 2142; Annahme 2142 A 1; haftung für Die Nachlagverbindlichkeiten 2144, 2145; Anzeige bes Eintritts der Nacherbfolge an

das Nachlaßgericht 2146;

Pflegschaft für den künstigen Nacherben 1918; Testamentsvollstreder im Interesse bes Nacherben 2222; Einsetzung eines Nacherben als Pflichtteilsbeschränfung 2306; Erbunwürdigkeit 2340; Angabe des Nacherben im Erbschein 2363; Haftung des Erben für Nichtvorhaubensein eines Nacherben bei Erbschaftstauf 2376. Nachfolgende Che, Legitimation unehelicher

Kinder: Voraussetzung 1719; Vermutung der Baterschaft des Ehemanns 1720; Wirfung der Nichtigkeit der Che 1721; Wirtung der Cheschließung auf die Abkömmlinge bes Kindes 1722; EG 22, 209.

Rachfrist im Falle bes Verzugs bei gegenseitigen Berträgen 326; zur Bewirfung einer Leistung nach rechtsfräftiger Berur-

teilung 283.

Rachlag, Begriff 1922 A 6; hemmung ber Verjährung gegenüber Nachlagansprüchen 207; Vertrag über ben Nachlaß eines Dritten 312; Erstigung gegenüber dem Nachlaß 939; Sicherung des Nachlasses 1960; Unterhaltspflicht des Nachlasses gegenüber einem erwarteten Erben 1963, 2141; Erschöpfung des Nachlasses 1973 A 3; Unzulänglichkeit des Nachlasses val. daselbst; Teilung 2059 A 2; Berechnung des Nachlasses für den Pflichtteil 2311; Ausantwortung an den Erben 1986; vgl. Erb. schaft, Nachlaßkonkurs, Nachlaßverwaltung, Auseinandersetzung.

Nachlafforderung, Ginziehung burch Mit-

erben 2039, 2040.

Rachlafigegenstand, Herausgabe 1973, 1992; Verfügung über Nachlaßgegenstände 1959, 2040; Zerstörung, Beschädigung, ziehung eines R. 2041; Wert 1973, 2001, 2315; Verwaltung durch den Testaments.

vollstreder 2208, 2211, 2214, 2217. Rachlaggericht 1945 A 2, EG 147; Einholung der Genehmigung der Stiftung 83; Entgegennahme der Erklärung der Anfechtung einer Che 1342; Entgegennahme des Verzichts eines anteilsberechtigten Abkömm. lings auf seinen Anteil am Gesamtgut 1491; Aufhebung der fortgesetzen Gütergemeinschaft gegenüber bein Rachlag. gericht 1492; Zeugnis über die Fortsehung der Gütergemeinschaft 1507; Anfechtung der Chelichkeit gegenüber dem Rachlaß. gericht 1597; Entgegennahme ber Ertlärung der Annahme, Ausschlagung ber Erbschaft, Mitteilung an den Erben 1945, 1953, ber Anfechtung der Annahme und Ausschlagung 1955; Fürsorgepflicht für den Nachlaß, Nachlaßpflegschaft 1960 bis 1962, EG 140; Teststellung des Erbrechts des Fiskus 1964 bis 1966; Anordnung des Nachlaßkonfurses 1981; Beröffentlichung der Nachlaßverwaltung 1983; Tätigkeit bei Inventar-errichtung 1994, 1996, 1999, 2003, 2006, 2010; Unmeldung der Forberungen der Nachlaßgläubiger 2061; Mitwirtung bei Anfechtung lettivilliger Verfügungen 2081; Benachrichtigung vom Eintritt ber Nach. erbfolge 2146;

Tätigkeit bei Vorhandensein eines Testamentsvollstreders: Ernennung 2198, 2200; Entgegennahme der Annahme und Ab-lehnung des Amtes 2202; Entgegen-nahme der Kündigung des Testaments-vollstreders 2226; Anherkraftsehung von Anordnungen bes Erblassers 2216; Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten zivischen Testamentsvollstreckern 2224; Ent-lassung des Testamentsvollstreckers 2227;

Eröffnung bes Testaments 2259—2261; Tätigkeit bei Anfechtung des Erbvertrags 2281; Erteilung des Erbscheins 2353, Ermittelungen vor Erteilung 2358-2360, Ginziehung und Kraftloserklärung 2361; Entgegennahme der Anzeige des Erbschafts. verkaufs 2384.

Nachlaßgläubiger vgl. Nachlaßverbindlich-

feiten.

Nachlaggrundstüde, Berfügung bes Borerben 2113.

Rachlagtonturg Borbem 2 vor 1967; 1975 bis 1980; Wirkung auf die Nachlaßverwaltung 1988; Einstellung 1990; Wirkung ber Beendigung auf die Erbenhaftung 1989; Einwirkung auf die Inventarpflicht des Erben 2000, gegenüber Miterben 2060; bei Erbschaftstauf 2383 A 1.

Nachlaßpflegichaft, Nachlaßpfleger 1960 bis 1962; über den Anteil eines Miterben 1922 A 10: keine Inventarfrist des Nachlaßpflegers, Auskunftspflicht gegenüber den Nachlaßgläubigern 2012; aufschiebende Einreden 2017; val. Nachlakverwaltung.

Nachlagrichter, Saftung 1960 A 2, 1985 A 3. Rachlagverbindlichteiten, Begriff, Saftungs. grund Borbem 1-7 vor 1967; 1967, 2013; Haftung bei Berufung zu mehreren Erb. teilen 2007; bei Ausübung bes Borfaufs. rechts der Miterben 2036; bei Miterbschaft 2058—2063; gemeinschaftliche N. 2058 U 1; bei Nacherbschaft 2144, 2145; Haftung des Erbschaftstäufers 2378, 2382, 2383; Bermächtnisschuld als N. 2174 A 2; Eingehung von Berbindlichkeiten für den Nach. laß durch den Testamentsvollstreder 2206 A 1; Berichtigung der N. bei der Erb-

anseinandersehung 2046 A 1—4; Aufgebot der Rachlaßgläubiger 1970 bis 1974; Unterlassung des Antrags durch den Erben 1980; Beschränkung der Haftung durch Herbeiführung des Nachlaßkonkurses oder der Nachlaßverwaltung 1975-1989; Bergicht auf die Beschränkung der Haftung 2012 U 3; Ginrebe ber Unzulänglichkeit des Nachlasses 1990—1992; Inventarerrichtung 1993-2013; aufschiebende Einreden 2014—2017; Inhalt der aufschieben-den Einreden 2014 A 4.

Nachlaßberwaltung Vorbem 2 vor 1967; 1975; Anordnung, Antragsberechtigte 1981, 2013; Antrag burch wen Wirkung der Anordnung burch Miterben 2062; 1976—1979, auf die Verwaltung des Erben 1984; Bekanntmachung, Eintragung im Grundbuche 1983 A 1; Ablehnung der Anordnung mangels Masse 1982, 1990, 1991; nung mangers weigt. Aufhebung 1986 A 4; 1988, 1990; Absharmalter 1985, 1986;

gütung 1987; teine Inventarfrift, wohl aber

Auskunftspflicht gegenüber den Nachlaßgläubigern 2012; Armenrecht 1960 A 4; Einfluß auf die Inventarpflicht des

Erben 2000; bei Erbschaftskauf 2383 A 1. Nachlaßverzeichnis 1960, EG 140; bes Vorerben 2121; bes Testamentsvollstreders 2215; bes Pflichtteilsberechtigten 2814; val. Kuventarerrichtung.

Nachträgliche Unmöglichkeit 323—325, 275

્યા ક, ઇ

Nachvermächtnis 2191 A 1.

Nachzettel beim Testament 2086 A 1.

Name, Schut 12, Anderung 12 A 2; Misstrauch 826 A 5i; des eingetragenen Vereins 57, 65; Hergabe eines kreditwürdigen Rals Gesellschaftsbeitrag 706 A 1; vgl. Familienname.

Namenhapiere Vorbem 1 vor 793.

Namensunterschrift 126, 127; Beglaubigung 129 A 1; unter Schuldverschreibung auf den Inhaber 793.

Naturalrestitution 249 A 1.

Natürliche Verbindlichkeit 762 A 3.

Nebenabreden 133 A 1; mundliche, neben

schriftlichem Vertrage 125 A 6.

Rebenkeistungen, Verjährung des Anspruchs auf Nebenleistungen 224; beim Vorkauf 507; der Hypothek, Eintragung 1115, bei deren Übertragung 1158, 1159, Kückstände 1178.

Nebenrecht, Abtretbarkeit 399 A 4; 401.

Rebensache bei Wandlung 470.

Rebenberträge bei Spiel und Wette 762 U 5.

Regativer Anerkennungsvertrag 397 A 2. Regatives Vertragsinteresse 122; bei Vertretung ohne Vertretungsmacht 179; bei Unmöglichkeit 307.

Regatorientlage 1004.

Rennwert 244 A 1 b. Richtberechtigte, Berfügung 135, 161, 185,

816, 892, 932. **Richtehe** 1699 A 1.

Richtigkeit von Kechtsgeschäften, Begriff 1257A 1a; von Brozeshandlungen Borbem 8 vor 104; von Willenserklärungen bes Geschäftsunschien 105; teilweise Richtigkeit 139, 305 A 2; Bestätigung 141; Heilverschiert 125 A 1a, 2; Verhältnis bes Grundgeschäfts zum Erfüllungsgeschäft 125 A 1c; 873 A 7b; 925 A 6; Vergleich über ein nichtiges Rechtsgeschäft 125 A 1a;

wegen stillen Vorbehalts 116, mangelnber Ernstlichkeit 118, Scheines 117, infolge Formmangels 125, wegen Verstoßes gegen ein Verbotsgeset 134, wegen Verstoßes

gegen die guten Sitten 138;

ber Ehe 1323—1328, 1344, 1345; bei Tobeserklärung 1348; Stellung ber Kinder aus nichtigen Ehen 1699—1704, 1721; bal. Ehe.

Nichtrechtsfähige Bereine 54.

Riederlaffung 7; gelverbliche Riederlaffung 269, 270; Zivangsvollstredung gegen ben

Hauptschuldner an seiner Niederlassung 772, 773.

Niegbrauch an Sachen 1030-1067; Begriff 1030; an verbrauchbaren Sachen 1067; am Anteil eines Miteigentümers 1066; am Zubehör bes Grundstücks 1031, 1062; tantionsfreier N. Vorbem 1 vor 1030; Bestellung des Nießbrauchs an beweglichen Sachen 1032; Ersitzung 1033; Feststellung bes Austandes der Sache 1034; Nießbrauch an einem Sachinbegriff 1035; Besit 1036; Gewinnung von Bodenbestand. teilen, Umgestaltung, Veränderung, Verschlechterung der Sache 1037, 1050; Zerftörung, Beschädigung ber Sache, Anzeigepflicht des Nießbrauchers 1042; außergewöhnliche Ausbesserungen 1043; Ausbesserung durch den Eigentümer 1044; N. an einem Walde 1038; Fruchterwerb 1039, 99 A 1; Rosten desselben 1047 A 1, 1055 A 3; Schat 1040; Ausübung einer Grunddienstbarkeit 1026 A 3; Erhaltung ber Sadje 1041, 1044; Versicherung der Sache 1045, 1046; Lasten der Sache 1047; Verfügung über Inventar bes Grundstücks 1048; Berwendungen, Einrichtung 1049; Haftung des Nießbrauchers 1050; Sicherheitsleistung bes Nießbrauchers 1039, 1051, 1052, 1067; Bestellung eines Verwalters 1052; unbefugte Ausübung des Nießbrauchs 1053, 1054; Rückgabe der Sache nach Beendigung des Nießbrauchs 1055; Vermietung und Verpachtung durch den Niegbraucher 1056; Berjährung ber Unsprüche des Eigentlimers 1057; Verhältnis zwischen Nießbraucher und Besteller 1058; Unübertragbarkeit 1059; mehrfacher Nießbrauch 1060;

Erlöschen 1030 A 2; Beendigung burch Tod des Niesbrauchers, Ende der juristischen Person 1061; durch Vereinigung mit dem Sigentum 1063; durch Aufgabe 1064; durch Pfandverkauf 1242; Schut

gegen Beeinträchtigungen 1065;

an Rechten 1068—1084; an Aftien 1068 A 3; Bestellung 1069; Rechtsverhältnis zwischen Rießbraucher und Schuldner 1070; Aushebung und Abänderung des belasteten Rechtes 1071; Beendigung 1072; Rechte des Nießbrauchers einer Leidrente, eines Auszugs 1073, einer Forderung 1074; Leistung des Schuldners 1075; Rießbrauch an einer auf Zinsen ausstehenden Forderung 1076—1079; Anlegung des eingegangenen Kapitals 1079; Rießbrauch an einer Grund und Kentenschuld 1080; an Wertpapieren 1081 dis 1084;

an einem Vermögen 1035 A 1, 1085 bis 1088; an einem Erwerbsgeschäft 1085 A 2; an einer Erbschaft 1089;

Bertrag über die Bestellung bes Nießbrauchs am gegenwärtigen ober fünftigen Bermögen 310, 311; Einfluß der Be-

stellung des N. auf die Haftung von Mietund Bachtzinsforderungen für bestehende Spootheken 1124 A 5; Anwendung der Vorschriften auf ben Chemann bei Berwaltungsgemeinschaft 1383, auf den Bater

Ronne, Rechts. und Erwerbsfähigkeit 1 21. Rotare, Rechtsverhältniffe Borbem 2b vor 611, 675 A 1; Beamteneigenschaft 839 A 1, 2; Haftung 839 A 4i; öffentliche Beglaubigung 129; Berjährung der An-fprüche 196;

der notariellen Beurkundung bedürfende Geschäfte 128 A 1, EG 141; Testament 2231, 2233—2236; Erbvertrag 2276;

Aufnahme von Berzeichnissen: bei Nieß. brauch an einem Sachinbegriff 1095, bes eingebrachten Gutes 1372, 1528; Inventaraufnahme 2002, 2003; Verzeichnis der Gegenstände der Vorerbschaft 2121; Testamentsvollstreders Verzeichnis des 2215; Berzeichnis zwecks Berechnung bes Pflichtteils 2314.

Notbedarf, Rechtswohltat bei Schenfung 519. Rotbeforgung bei Auftrag 672 U 6; 678 U 8. Rotdürftiger Unterhalt 1579; 1611. Notlage, Ausbeutung 138.

Rotftand 228, 904; Gefahr bes N. infolge Verschwendung oder Trunksucht 6 21 4.

Rottestament 2250. Rotweg 917, 918; EG 123. Notwehr 227, 828 A 10.

Novation, Umschaffung 305 A 1b; 364 A 1; bei Spiel und Wette 762 A 4.

Rutniegungerecht, Unterschied vom Nieg. brauch Vorbem 8 vor 1030, 1649 A 2, des Chemanns 1863, 1883, des Baters 1649 bis 1663; bes Annehmenden an dem Bermögen bes Angenommenen 1767; vgl. Nutungen.

Rutungen, Begriff 100; Herausgabe nach Rechtshängigteit 292; im Falle bes Blaubigerverzuge 802; beim Rudtritt 847; ber hinterlegten Sache 379; ber Raufsache 446; Übergang der Rutungen bei Rauf 452; Rugungen im Falle ber Wandlung des Viehkaufs 487; des Teilhabers an einer Gemeinschaft 745; bei ungerechtfertigter Bereicherung 818, 820; Herausgabe burch den Besitzer an den Eigentümer 987, 988, 990. 991. 993; verfäumte Rubungen 987 U 3; beim Nießbrauch 1030; beim Pfandrecht 1213, 1214; bes eingebrachten Gutes bei der Verwaltungsgemeinschaft 1383; bei ber Errungenschaftsgemeinschaft 1525; bes Kindesvermögens 1652, 1656; des Mündelvermögens 1813; der Erbschaft 2020, 2023; der Erbschaft im Falle der Nacherbfolge 2111 21 3; bes vermachten Gegenstanbes 2184; beim Erbschaftstauf 2379.

Rugungspfandrecht Borbem 1 vor 1080, 1218, 1214.

Rugungsrecht, Erwerb an Früchten und Erzeugnissen 954, 955; Ausübung durch den Befiber im Verhältnis jum Gigentumer 988; Ausammentreffen eines Nutungsrechts mit dem Niegbrauch 1024.

Oberfläche eines Grundstücks 905; Bearbeitung der Oberfläche einer Sache, Eigentumserwerb 950.

Oberlehnsherrlichkeit, Ablösung EG 114.

Observanz 823 A6b. Obstbäume EG 122.

Offenbare Unbilligkeit 319, 660, 2048 A 3. Difenbare Unmöglichteit ber Beiwohnung 1591, 1717.

Offenbarungseid bei Rechenschaftsablegung und Herausgabe eines Inbegriffs 259 bis 261; des Erben in Beziehung auf das errichtete Inventar 2006, 2008 A 5; des hausgenoffen bes Erblaffers 2028; bes Miterben über Zuwendungen 2057 A 2.

Offenbarungspflicht 128 A 2, 5a; 276 A 1,

826 A 5b.

Difene Sandelsgesellichaft Borbem 1 vor

Difentundigteit ber einen Erbichein begründenden Tatsachen 2856.

Diffentliche Abgaben und Laften 103, 436 Al 1: val. Lasten.

Difentliche Anstalten, Berjährung ihrer Ansprüche 196.

Difentliche Armentaffe als Bedachte 2072. Difentliche Beglaubigung 129.

Difentliche Bestellung, öffentliche Erbietung zur Vornahme von Geschäften 663. Öffentliche Fonds Vorbem 2 vor 21.

Diffentlicher Glaube bes Grundbuchs 892, 893; bei der Hppothet 1138; des Erbscheins

2366. 2367.

Offentliches Interesse an ber Vollziehung einer Auflage bei Schenfung 525; an ber Erfüllung einer Pflicht bes Geschäftsheren 679; an ber Bollziehung einer Auflage 2194; Entschädigung bes Sigentumers einer im öffentlichen Interesse entzogenen oder beschädigten Sache EG 52-54, 109,

Öffentliche Kassen, Zahlung EG 92. Öffentliche Lehrer, Berjährung ihrer Ansprüche 196.

Dffentliche Sammlung, Pfleger 1914. Difentliches Testament 2281 Biff 1, 2282 bis

Offentliche Berbande Vorbem 2 vor 21.

Difentliche Berfteigerung ber hinterlegten Sache 383; ber gefundenen Sache 966; der Pfandsache 461, 1221, 1235. Offentlicher Weg 917 A 5.

Dffentliche Buftellungen 182.

Dffentlichteit bes Grundbuchs Borbem Ba por 878; bes Bereinsregisters 79; bes Güterrechtsregifters 1563.

bem 2 vor 21.

Operation an einem Minderjährigen 106 A 2; Körperverletung 823 A 2, 5.

Orben 54 A 1; Erwerbsbeschränkungen Borbem 2 vor 21; EG 87.

Orberhypothet 1187-1189.

Orberhapiere Borbem 1 vor 793; Sicherheitsleistung 234; Nießbrauch 1081 bis 1084; Verpfändung 1292, 1294, 1295; Vermutung bes Sigentums bes Shemannes 1362; Erverb aus Mitteln bes eingebrachten Gutes 1881; Hinterlegung 1892; Erwerb für bas Kind 1646; bes Mündels 1814, 1853; zur Vorerbschaft gehörende Orberpapiere 2116; Sicherung ber Forberung: durch Sicherungshypothef 1187, 1189; durch Schiffspfandrecht 1270.

Ordnungsmäßige Berwaltung, ordnungsmäßige Birtichaft der Teilhaber einer Gemeinschaft 745, im Verhältnis zwischen Eigentümer und Besiger 987, 998, 998; des Nießbrauchers 1036; des Hypothekenschuldners 1122; des Ehemanns 1374 U 2; der Ehegatten bei Auseinandersetung des Gesamtguts 1472; der Miterben 2038; des Vorerben 2119, 2120, 2130; des Testamentsvollstreders 2206, 2216 U 1.

Drbnungöstrasen gegen Bereinsvorstand und Liquidatoren 78; gegen Bormund und Gegenvormund 1788, 1837; gegen Familienratsmitglieder 1875.

Drisüblichkeit, Begriff 906 A 11e.

P

Bacht 581-597 (vgl. Miete); Rechtliche Natur, Unterschied von anderen Berträgen Vorbem 1, 2 vor 585; vom Rauf 483 A 31; Verpachtungöfähige Rechte Vorbem 1 vor 535; Aleingartenpacht 581 A 1; Vorbem 3 vor 598; Kündigung 595, 596; Berpflichtungen bes Bächters und Verpächters 581 U 2, 8; Unzulässigfeit ber Afterverpachtung 596; Zivilpro-zelsuale Bestimmungen Vorbem 8 vor 585; Pachtvertrag: Form Vorbem 4 vor 535, 581 A 1; Inhalt 581; Inventar 586, Eigentumsverhältnisse 586 A 2; Tierjunge 586; Übernahme jum Schätzungswerte 587 bis 589; Verpfändung nach dem Gef. vom 9. 7. 1926: 1204 A 5, 1205 A 5, 1207 A 2 a. E., 1208 A 11; Rechte und Pflichten des Pächters: 581 AB; Fruchterwerb 581 A 4; kein Recht auf nachhaltige Verände. rung bes Pachtgrundstücks 583; Pfanbrecht am Juventar 590; Verpflichtung des Bach. ters eines landwirtschaftlichen Grundstücks ju Ausbesserungen 582; Rudgabe bes verpachteten landwirtschaftlichen Grundstücks nach Beendigung der Pacht 591; Ruch gewähr eines Landguts bei Beenbigung ber Pacht 593, 594; Entschädigung bei Berzögerung ber Rückgabe ber Pachtsache 597; Rechte und Pflichten bes Verpächters: 581 U2; Pfandrecht 585; Pfandrecht im Konkurse 563 U1, 585 U1; Voraussehung und Umfang bes Ersates von Kosten der Fruchtgewinnung an den Pächter dei Beendigung der Pacht 592; Pachtzins 581 U3; Jahlungszeit 584; Verjährung 197;

Pachtichut 581 A 1 (vgl. auch Mieterschut); Enteignung des Pachtgrundstücks 858 A 3; Berpachtung eines Grundstücks durch den Nießbraucher 1056, den Ehemann 1423, den Vater 1663, den Vormund 1822, 1902, durch den Vorerben 2135; Haftung der Pachtzinsforderung für die Hypothef

1123 bis 1125.

Pactum de non petendo 397 A 1. Papiere einer Gesellschaft, Einsicht 716. Parentelen 1589 A 2; Parentelspstem 1924 A 1.

Batentanwalt 675 A 1; Auskunftspflicht 666 A 2.

Patentverletung 1004 A 7. Patronatsrecht 96 A 1.

Personalstatut Vorbem 11 vor 104.

Bersonen, natürliche 1; juristische 21, 22, 80; Borbem 1 vor 21; juristische Versonen bes öffentlichen Rechtes 89, Vorbem 2 vor 21; Bezeichnung der Person des Bebachten im Testament 2071, 2073.

Bersonenstandsregister Borbem 1 vor 1591. Bersönliche Angelegenheiten der Ehefrau, Begriff 1402 A 3; Besorgung 1402, 1416, 1451, 1464.

Berfonliche Dienstbarteiten, 1090-1098; val. Dienstbarfeiten.

Berjönliche Eigenschaften, Irrium 119; bei

Ehefchließung 1833 A 5. Persönliche Leistungen bes Dienstverpflichteten 618, der Chefrau, Kündigungsrecht bes Mannes 1858.

Pfandbriefdarlehn 1115 A 6; Pfandbriefe 1807 A 1 (zu Rr 5).

Pfandhaltervertrag 1206 21 4.

Pfandleiher EG 94.

Pfandrecht an beweglichen Sachen 1204; Unzulässigkeit am wesentlichen Bestandteil 93 A 7; unregelmäßiges Pfand 1205 A 7; Bestellung 1205, 1206; Erwerb in gutem Glauben 1207; Rechte Dritter 1208, 1255;

Rang 1209; Umfang ber Haftung bes Pfandes 1210; Einreben bes Berpfänders 1211; Erzeugnisse bes Pfandes 1212; binglicher Ersat, Surrogation 1212 A 4; Nuhungspfandrecht 1213, 1214; Berwahrung bes Pfandes 1215; Berwendungen auf das Pfandrecht 1210, 1216; Berlehung ber Rechte bes Gläubigers 1217, 1227; Berderb ober Wertminderung 1218, 1219; Bersteigerung wegen Berderbs 1219—1221; an mehreren Sachen 1222, 1230; Rückgabe ber Pfandsache 1223, 1253; Besteibie

gung bes Pfandgläubigers 1224, 1225, 1228; Verfallvertrag 1229;

Verkauf zum Zweife der Befriedigung, regelmäßiges Verfahren 1233—1241; Benachrichtigung des Eigentümers 1241; Wirkung rechtmäßigen Pfandverkaufs 1242; Berkauf mehrerer Pfänder 1280; Mitbesith eines Dritten 1231; Verkauf durch einen im Mange nachstehenden Pfandgläubiger 1232; unrechtmäßiger Pfandverkauf 1243, 1244; abweichende Vereinbarungen beim Pfandverkauf 1245, 1246; Erlös 1247; guter Glaube des Pfandgläubigers 1248; Einlösungsrecht Dritter 1249; Übertragung des Pfandrechts 1250, 1251;

Erlöschen bes Pfandrechts: burch Rechtsgeschäft 1250, 1255; bei Erlöschen ber Pfandforderung 1252; durch Nückgabe bes Pfandes 1253; durch Konfusion 1256;

peremptorische Einreben 1254; gesetzliches Pfandrecht 1257; Pfandrecht am Anteil eines Miteigentümers 1258;

Schiffspfanbrecht 1259—1271; Bestellung, Eintragung 1260; Rangverhältnis 1261; Wirfung 1262; Berichtigung bes Schiffstegisters 1263; Umfang ber Häubigers 1264, 1265; Befriedigung bes Gläubigers 1267, 1268; Aufgebot bes unbekannten Elänbigers 1269; Schiffspfanbrecht sür Forberungen aus Schuldverschreibungen, Wechseln, Orberpapieren 1270; Höchstertagsschiffspfanbrecht 1271;

an Rechten 1273—1296; Bestellung 1274; an einem Kechte auf eine Leistung 1275; Aushebung und Anderung des verpfändeten Mechtes 1276; Bestiedigung 1277; Erlöschen 1278; Pfandrecht au Forderungen 1279—1290; am Schuldschein 952 A 3; Leistung des Schuldners 1281, 1282, 1285, 1287; Einziehungsrecht des Gläubigers 1282; Einziehung einer Gelbsorderung 1288; Kündigung der verpfändeten Forderung 1288, 1286; Mehrheit von Pfandrechten an Forderungen 1290;

an Grund, und Rentenschulden 1291; an Wechseln und Orderpapieren 1292, 1294, 1295; an Inhaberpapieren 1293, 1294; Haftung der Zins, Renten, Gewinnanteilsscheine 1296; Besitz und Nutungspfandrecht an Grundstüden (Antichrese), Eintragung 873 A 6;

gesetzliches Pfandrecht des Vermieters 559; des Verpächters 585; des Pächters 590; des Unternehmers beim Vertvertrag 647; des Gastwirts 704;

Erwerb des Pfandrechts an hinterlegtem Gelde oder Wertpapieren bei der Sicherheitsleistung 233; Pfandrecht bei Abtretung der Forderung 401; Erlöschen bei Schuldübernahme 418; Beseitigung des Pfandrechts durch den Verkäuser 439; teine Gewährleistung des Verkäusers dei öffentlicher Versteigerung 461; Wirkung der Ausgabe des Pfandrechts auf die Bürg-

schaft 776; Pfanbrecht bes Nachlaßgläubigers 1990; Pfanbgläubiger im Aufgebotsverfahren ber Nachlaßgläubiger 1971;

Wirkung der Verjährung der gesicherten

Forderung 223;

Pjändung von Früchten 99 A 3; des Rücknahmerechts des Hinterlegers 377; einer dem Pfandrecht des Bermieters unterliegenden Sache 563; des Anteils am Gesellschaftsvermögen 719 A 2, 725; des Anteils des Teilhaders einer Bruchteilgemeinschaft 746 A 2, 751; der Hypothet 875 A 5, 1154 A 1; der Eigentümergrundschuld 1163 A 3; 1190 A 1; Pridatpfändung 858 A 7, EG 89.

Ffandverkauf 1233—1240, 1245, 1246; Berbot der Teilnahme 456, 457; Ausschluß der Gewährleiftung 461; Pfandverkauf; bei gemeinschaftlichen Gegenständen 753; wegen Berwendungen des Besitzers 1003.

Pferde, Mängel beim Kauf 481. Pflanze, Grundstücksbestandteil 941. Pflegerind, Borbem 4 bor 1741.

Bilegichaft 1909, 1915, über Ausländer EG 23; Gebrechlichkeitspflegschaft 1910, 114 A 1; Abwesenheitspflegschaft 1911, 114 A 1; Auseinandersehungspflegschaft 1911 A 8; für eine Leibesfrucht 1912; für Geschäftsunfähigen 105 21 4; für unbetannte Beteiligte 1913; für eine juriftische Berson 29 A 1; für Sammelvermögen 1914; Pfleger: Berufung 1916, 1917; Haftung für Beaufsichtigung 882 A 5; Beendigung der Pflegschaft 1918; Aufhebung 1919—1921; Verhältnis zur elterlichen Gewalt 1628, 1629; zur Vormundschaft 1794; Wirkung ber Pflegschaft über einen Chemann 1418, 1425, 1428, 1542, über den Bater 1676; Annahme bes Pfleglings an Rindesstatt durch den Pfleger 1752; Untauglichkeit einer unter Pflegschaft stehen. ben Berson zur Bormunbschaft 1781, jum Umte bes Testamentsvollstreckers 2201, 2225.

Pilihtteil, Berechtigte 2303; Verzicht auf ben Pflichtteil 2346; im Zweifel keine Erbeinsehung 2304; Vervollständigung bei Erbeinsehung 2305; Beschränkungen und Beschwerungen des pflichtteilsberechtigten Erben 2306; Zuwendung durch Vermächtnis 2307; kein Recht zu Ausschlagung 1942 A 1; Ansechtung der Ausschlagung der Erbschaft oder des Vermächtnises 2308; Entziehung des Pflichtteils, Virkung auf das Pflichtteilsrecht des Abkömmlings 2309 A 3;

Berechnungsgrundsäte 2310—2313; Auskunftspslicht des Erben gegenüber dem Pflichtteilsberechtigten 2314; Anrechnung

von Zuwendungen 2315, 2316; Natur des Anspruchs 2303 A 3, 2817, 1967; Answertung 2817 A 2; Pflichteilslast des Erben 2318—2323, im Verhaltnis zu Vermächtnisnehmern und Auflagedeteiligten 2318; Pflichtteilslast im Verhaltnis mehrerer Miterden 2319, 2320; Pflichtteilslaft bei Ausschlagung bes bem Berechtigten zugetvendeten Bermächtniffes 2321; Erganzung 2325—2331; Berjährung bes Anspruchs 2332; Vorbem 3 vor 1922;

Entziehung gegenüber dein fömmling 2333, den Eltern 2334, Chegatten 2335; Form der Entziehung 2336; Erlöschen des Rechtes zur Entziehung 2337; Beschränfung in guter Absicht 2338; Pflichtteilsuntvürdigkeit 2345;

Pflichtteitsanspruch beim Aufgebot ber Nachlaßgläubiger 1972; im Falle ber Unzulänglichkeit bes Nachlasses 1991; Berhältnis zum Vermächnis, Kürzung 2188; nicht gegen den Testamentsvollstreder zu

erheben 2213;

Vertrag über ben Pflichtteil aus bem Nachlaß eines Dritten 312; Verfügung des Vaters über den Pflichtteil 1643, des Vormundes 1822; Verzicht ber Chefrau 1406, 1453; bes Vaters 1648; bes Vormunds 1822;

Pflichtteilsberechtigter, Übergehung als Grund der Testamentsanfechtung 2079, 2281; Haftung bes Erben für Richtbor-hanbensein ber Pflichtteilslaft bei Erb.

schaftstauf 2376.

Bflichtwidrigkeiten bes Bereinsvorstandes 27; bes Gefellschafters 712; bes Vormundes 1833, 1837, 1850, 1886.

Pfründenrecht Vorbem 3 vor 1030, EG 80.

Pignus irregulare 1205 A 7.

Plante zwischen Grundstüden 921. Bolitifche 3wede eines Bereins 43, 61. Polizeibehörde, Mitwirkung bei Fund 965 bis 967, 978—976; vgl. Jund.

Boft, Übermittelung von Willenserklärungen 130 A 1, von Geld 270 A 1, 328 A 3; Abersendung der zu hinterlegenden Sache 375. Vostanweisung 328 A 3; 675 A 1; Borbem

4 por 783.

Posthalter, Haftung Vorbem 4a vor 823. Postsched, Borbem 3 vor 783.

Preisbewerbung 661.

Privatbeamte, Kündigung des Dienstverhältnisses 622; vgl. Beamte.

Brivatbedienstete, Berjährung ber Unsprüche

Brivatgefellichaften, erlaubte, Borbem 5 por 21.

Privatgewässer, Fische 960.

Privatgläubiger bes Erben 2214 A 1. Brivatichrer, Verjährung der Ansprüche 196. Privatpfändung 858 A 7, EG 89.

Privatrecht Borbem 5 vor 1; internationales Vorbem 7 vor 1; Vorbem 11 vor 104; vgl. Internationales Privatrecht.

Privatrechtliche Laften vgl. Laften.

Brivattestament 2231 Biff 2, 2247; Sinterlegung 2248, 2256 A 5; gemeinschaftliches

Brivatvermögen bes unbeschränkt haftenben Miterben 2059 A 4.

Probe, Rauf nach Probe 494; Kauf auf Brobe 495, 496.

Brokura, Erteilung durch den Vormund 1822. Pro herede gestio 1943 A 1, 1959 A 1; pro herede possidens, pro possessore possidens Vorbem vor 2018; 2018 A 2; 2027

Prolongationsgeschäft 764 A 2.

Prototoll, Form bei Benrfundung von Rechtsgeschäften 126 A 5, 128 A 1; über die Testamentserrichtung 2240-2242, 2249,

2250; über die Eröffnung 2260. Prozehfiher 987 A 1, 1007. Prozehfihrung, Begriff Borbem 7 vor 104; 161 A 4; des Mannes 1380, 1443, 1450, der Chefran 1407, 1454, 1532, des Testa-mentsvollstreders 2212.

Brozektosten, bei der Aufrechnung 389 A 3; Verteilung unter die Cheleute 1387, 1388, 1412, 1415, 1416, 1460, 1463, 1464, 1532; in einem Rechtsstreite des Kindes 1654.

Prozessuale Rechtshandlungen Vorbem 8 vor 104; 166 A 5; 211 A 2.

Prozegvergleich Vorbem vor 779; 779 A 1, 6; über Grundstücksveräußerung 313 A 4.

Prozesvollmacht, Umfang Vorbem 8 vor 104; stillschweigend erteilte 167 A 1 a. E. Prozeffinsen 291.

Psendonum vgl. Deckname. Bublitum vgl. Allgemeinheit.

Punktation 154. Butativehe 1344, 1699.

Q

Qualifizierte Legitimationspapiere 808 A 1. Quartierlasten 546 21 1. Duafinegatoria 1004 A 7 Duerulantenwahnsinn 6 A 3; 104 A 4. Duittung 368, Form 368; Kosten 369; Ermächtigung bes Überbringens 370, 167 A 1; Herausgabe des Schuldscheins 371; des Snpothekengläubigers 1144 A 4.

92

Radicrungen bei Testamenten 2231 A 7. Rain zwischen Grundstücken 921, 922. Rang der Rechte an Grundstüden 879; Ande-

rung 880, 877 A 4; Aufhebung der Rang-änderung 880 A 2 a. E.; Rangvorbehalt 881; der Überbaurente 914; des Pfandrechts 1209; ber Schiffspfandrechte 1261; mehrerer Vermächtnisse und Auflagen 2189; Rangveränderung einer Sphothet 1165; bei Teilhnpotheken 1151.

Rat, Erteilung 676, 823 A 1, 826 A 5h.

Rand, Zuführung 906.

Räume, Miete 580, ungesunde 544; Beschaffenheit bei Dienstvertrag 618; Besitzschut 865.

Räumungsfriften 556 A 1, EG 93. Mealgemeinden EG 164.

Realgewerbeberechtigung EU 74.

Reallast 1105, 1110, 1111; Unterschied von der Rentenschuld 1199 A 1; Reallast an einem Grundstücksbruchteil 1106; einzelne Leistungen 1107; Haftung des Eigentümers 1108; Eeilung des delasteten Grundstücks 1108, EG 120, 121, des Grundstücks des Berechtigten 1109; Aufgebot des undekannten Berechtigten 1112; Aufhebung 1105 A 4;

Unwendbarkeit der Borschriften auf die Überbaurente 914, auf die Notwegrente 917, auf die Unterhaltung von Anlagen bei Grunddienstbarkeiten 1021, 1022; Reallast am vermachten Grundstüd 2182.

Recheniciafik pflicht 259; des Beauftragten 666; des Gelchäftsführers 681; des Gesellschafters 713, 740; des Pfandgläubigers 1214; des Shemanns 1421, 1546; des Baters 1667, 1681; des Vormundes 1890; des Pflegers 1915; des Vorerben 2130; des Testamentsvollstreckers 2218.

Rechnungslegung 261, 259 A 1; bes Baters 1667; bes Bormundes 1840, 1841, 1854. Rechnungsabschluß einer Gesellschaft 721.

Recht, dingliches und persönliches, Vorbem 2 vor 241, Vorbem vor 854; Recht zur Sache Vorbem 2 vor 241; subjektivdingliches R. 96;

Bestandteil bes Grundstücks 96; Früchte eines Rechtes 99; Beräußerlichkeit 137 A 1; Übertragung 398, 413; Gewährleistungspflicht bes Berkäufers eines Rechtes 435, 437, 441; Besitz an Rechten 854 A 2; Ber-

letung eines Rechtes 823.

Rechte an Grundstüden, abgeschlossene Aufählung im BGB, eintragungsfähige A.
873 A 6: Begründung, Übertragung, Belastung 873; Einigung und Eintragung 873; India ber Eintragung 874, 891 A 3; Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligung 874; desgl. bei der Bormerkung 885 A 2; Anderung des Inhalts 877; nachträgliche Berfügungsbeschräntung des Berechtigten 878, 876 A 8; Belastung mit mehreren Nechten, Kang 879; Kangänderung 880, 877 A 4; Ausstehung der Kangänderung 880 A 2 a. E.; Kangvorbehalt 881; Eintragung des Höchstehus der Zwangsversteigerung erlöschen 882; Bormerkung 878 A 3 a. E., 883—888;

Übertragbarteit 878 A 2, 6; Aufhebung, Löschung 875, 891 A 6; zu Unrecht erfolgte Löschung 879 A 3, 891 A 6, 892 A 2, 3 a. E., 894 A 1 a, 901; Aufhebung eines belasteten Rechtes, Zustimmung Dritter 876; Vereinigung eines Rechts an einem fremben Grundstüd mit dem Eigentum 889; Vereinigung und Zuschreibung von Grundstüden 890; Verichtigungsanspruch 894 bis 898; Ersitung 900; Verjährung nicht einsetragener Rechte 901; Unverjährbarteit

eingetragener Rechte 902;

Beseitigung beim Bertauf 485; Belastung eines vermieteten Grundstücks 577; Teil des eingebrachten Gutes bei der Fahrnisgemeinschaft 1551; Verfügungsrecht des Bormunds 1821; zur Vorerbschaft gehörende Grundstücksrechte 2118; Gegenstand des Vermächtnisses 2175; vgl. Pfandrecht, Nießbrauch.

Rechtliches Interesse vgl. Interesse.
Rechtsanwälte, Kechtsverhältnisse Vorbem 2b vor 611; 675 A 1; 889 A 2; Haftung 676 A 2; Borlegung ber Handakten
nach Beendigung des Auftrags 667 A 4,
810 A 3; Gebühren 612 A 3; Berjährung
der Anspriche 196; Berjährung von
Schadensersahansprüchen gegen den Rechtsanwalt 195 A 1 a. E.

Rechtsereignis, Vorbem 1 vor 104.

Rechtsfähigkeit 1; von Bereinen 21—23, Berlust durch Konkurs 42, Entziehung 43, 44, 45, 74; nichtrechtsfähige Bereine 54.

Rechtsgesamtheit 90 A 1.

Rechtsgeschäft, Begriff, Vorbem 1—5 vor 104; fibuziarisches, Borbem 6 vor 104; 117 A 3; kausases und abstraktes, Vorbem 5 vor 104; nichtiges, unwirksames, ansechtbares, Vorbem 5 vor 116; verbeckes 117; hinkendes 108 A 1; einseitiges und zweiseitiges, Vorbem 1 vor 116; Stellbertretung beim A. 164 A 1; internationales Privatrecht Vorbem 11 vor 104.

Rechtshandlung Vorbem 1 vor 104; pro-

zessuale Vorbem 8 vor 104.

Rechtshängigteit, Verjährungsunterbrechung 209, 213; Einfluß auf Berzinfung 291, auf den Schabensersatzunschen wegen Unmöglichkeit der Herausgabe einer Sache 292, auf die Herausgabe der Bereicherung 818, auf das Verhältnis zwischen Besitzer und Eigentümer 987—989, 994, 996.

Rechtsträftig festgestellte Unsprüche, Ber-

jährung 218, 219.

Rechtsträftiges Urteil zur Leistung als Boraussehung zur Schadensersattlage 283; 325; über die Rechtmäsigkeit der Hinterlegung 376; zwischen dem bisherigen Gläubiger und dem Schuldner nach der Abtretung 407; dei Gesamtschuldverhältnissen 425; bei Gesamtschuldverhältnissen 429; ungerechtsertigte Bereicherung durch rechtskrästiges Urteil 812 U 6 d; Feststellung des Rechtes zum Besit dei verbotener Eigenmacht 864; Ersaf für die Einigung über einen Grundstücksvertrag 878 U 7e; über die Auflassung 925 U 11;

Aufhebung der Verwaltung und Rutznießung 1418, der Gütergemeinschaft 1470, 1479, der fortgesetzten Gütergemeinschaft 1496, der Errungenschaftsgemeinschaft 1542, Scheidung der Ehe 1564; zur Vollziehung der Auflage 2193, 2196.

Rechtslagen, Begriff 1922 A 5.

Rechtsmittel, Unterlassung des Gebrauchs

Rechtsnachsolge 161 A 4; Wirfung für die Berjährung 221; für die Ersihung 943.

Rechtspflege, Stillftand 203.

Rechtspfleger, Befugnisse in Vormunbschaftssachen Vorbem 4a vor 1773.

Rechtsregel Borbem 1 vor 1.

Rechisstreit bes Vereins mit Mitgliedern 34; über Wandlung eines Viehtaufs 489; Führung bei der Verwaltungsgemeinschaft 1880, 1400, 1407, 1412, 1415, 1416; bei allgemeiner Gütergemeinschaft 1448, 1444 A 6, 1445 A 6, 1454, 1460, 1463, 1464; bei Errungenschaftsgemeinschaft 1582, 1585, 1586; des Vaters 1630, 1654; des Vormundes 1821 A 3, 1795; über das Erbrecht 2354, 2360; vgl. Kosten.

Rechtsverhältnis Borbem 1 vor 241.

Rechtsverwirtung 360.

Rechtsvorgänger im Besite 858 A 9; 861

U 2; vgl. Rechtsnachfolge.

Rechtsweg, Ginfluß ber Bestimmung ber Bulässigfeit auf bie Verjährung 210.

Regalien EG 73.

Rehwild, Wilbschaden 835.

Reich, Aufrechnung gegen Forberungen bes Reiches 395; Ausgabe von Schuldverschreibungen auf ben Inhaber 795; Anlegung von Münbelgelbern in Forberungen gegen bas Reich 1807.

Reichsbahngesellschaft Vorbem 2 vor 21. Reichsbant, Rechtsstellung Vorbem 2 vor 21; Reichsbantnoten 244 A 1a, c; Reichstassenscheine, Darlehnstassenscheine 244 A 1c; Hinterlegung von Wertpapieren, beim Rießbrauch 1082; bei Sicherheitsseistung bes Ehemanns 1892; Anlegung von Mündelgeld 1808, 1814; Hinterlegung von Wert-

papieren ber Vorerbschaft 2116. Reichstanzler, Bestimmung bes zuständigen Standesbeamten 1820; Befreiung von Chehindernissen 1822, von hindernissen zur Annahme an Kindes Statt 1745;

Ehelichkeitserklärung 1723. Reichskassenscheine 793 A 1.

Reichstonfuln, Testamente vor R. in ben Konsulargerichtsbezirken Borbem vor 2229.

Reicherecht bricht Landesrecht Borbem 2

Reichsschuldbuch, Sicherheitsleistung burch Berpfändung eingetragener Forberungen 232, 236; Umwandlung von Keichsanleihe in Buchschuld 806 A 1; Anlegung von Wündelgeld 1807, 1815, 1853, 2119, EG 50.

Reinertrag beim Nuhungspfand 1214; Verwendung bes Keinertrags des eingebrachten Gutes zum ehelichen Aufwand 1389; Teilung bei Erbengemeinschaft 2038; eines Landguts 2049; bei Enterbung in guter Absicht 2338.

Rei vindicatio 985.

Rettapapiere Borbem 1 vor 793.

Returs im Verfahren über Eintragung von Bereinen 44, 62.

Religionsbiener als (Bormund 1784, 1888.

Meligionsgescilschaften Vorbem 2 vor 21, EG 84; Erwerbsbeschränfung EG 87; Ausschließung eines Mitgliebes 39 A 2.

Religiöfes Vekenntnis des Dienstboten 618; des Bormundes 1779; resigiöse Erziehung des Kindes, Bestimmung durch den eltersichen Gewalthaber 1631 A 1, EV 184; des unehelichen Kindes 1707 A 2; des Wündels 1801; Anderung 1666 A 2; Vesenüber die resigiöse Kindererziehung: nach § 1631.

Religioje 3wede eines Bereins 43, 61.

Rennwettgefet 763 A 1, 4.

Menten 197 A 2; Berjährung 197; Nießbrauch 1073 A 2; vgl. Gelbrente.

Mentenbantfreditanstalt Borbem 2 vor 21, 244 A 1 e; Rentenbantscheine 244 A 1a, c.

Rentengüter EG 62.

Rentenscheine 799, 801, 803 A 1; Hinterlegung 234; Abhandenkommen 804; Ausgabe 805; Rießbrauch 1081, 1083; Verpfändung 1296; von Papieren der Ehefrau 1392; von Mündelpapieren 1814, 1818; der zur Vorerbschaft gehörenden Wertpapiere 2116.

Rentenschuld, Begriff, Ablösungssumme 1199, 1200, EG 117; Ablösung 1201, 1202; Umwandlung in eine Grundschuld 877 A 4, 1203; Unterschied von Realsaft 1199 A 1;

Sicherheitsleiftung 282; Beseitigung burch Verkäufer bes Grundstücks 489; Rücktritt 880; Nießbrauch 1047, 1080; Pfandrecht 1291; bei der Fahrnisgemeinschaft 1551; Anlegung von Mündelgeld 1807; Verfügung des Bormundes 1819, 1821; des Nacherben 2114; an vermachten Grundstüden 2165, 2168;

Rentenschuldbrief, Eigentum 952; Pflicht zur Borlegung zwecks Grundbuchberich.

tigung 896.

Repräsentationsrecht 1924 A 4. Reugeld 836, 339 A 1, 359. Rebennenhypothet 1113 A 1.

Revisibilität 133 A 2; beim unsittlichen Rechtsgeschäft 138 A 3; bei ber Vertragsauslegung 157 A 3 a. E.

Richter, Haftung 839, 1674, 1848, EG 77; Testament 2231—2236; Abschluß des Erbvertrags 2276.

Richterlices Prüfungsrecht über das verfassungsmäßige Bustandekommen des Gesehes Borbem 2 vor 1.

Mindvich, Mängel beim Rauf 481.

Ritterschaftliche Kreditanstalt EG 167, Familien EG 216.

Rotwild, Wildschaben 835.

Rüdbürgichaft Vorbem 5 vor 765.

Rückgabe ber Vollmachtsurtunde 175; ber Draufgabe 337; bes Schuldscheins 371; ber gemieteten Sache 556, 557; der geliehenen Sache 604; der Niehbrauchsache 1055; bes Pfandes 1223, 1253; der Verlobungs geschenke 1301; des Testaments 2256, 2272.

Rudnahme ber Ermächtigung eines Minber-Tighrigen zum Betrieb eines Erwerbsgeschäfts oder zum Abschluß eines Dienstvertrags 112, 113; der Rlage und Konfurs. anmelbung, Wirfung auf bie Berjahrung 212, 214; ber hinterlegten Sache 376, 377, 379, 382; des Testaments 2256; des ge-meinschaftlichen Testaments 2272.

Rüdstände von Zinsen und wiederkehrenden

Leistungen, Berjährung 197, 902.

Riidtritt 346; Schadensersappflicht bes Rückgewährungspflichtigen 347; Erfüllung Zug um Zug 348; Form 349; Erfüllungsort 269 A 5, 846 A 3; Berzicht 349 A 1, 351 A 1 a. E .;

fein Ausschluß durch zufälligen Untergang der Sache 350; Ausschluß bei verschuldeter Unmöglichkeit der Herausgabe 351; Ausschluß infolge Verarbeitung ober Umbildung einer Sache 352, infolge Beräußerung ober Belastung mit einem

Rechte 353:

Verzug bes Berechtigten mit der Rudgewähr 354; Frist zur Ausübung 355; Unteilbarteit 356; Univirtsamteit bei Auf. rechnung 357; Betveislast 358; gegen Zahlung eines Reugelbes 359; Vorbehalt der Berwirkung 360; bei Firgeschäften

361;

bei Unmöglichkeit ber Leistung 280; bei gegenseitigen Berträgen im Falle der Unmöglichkeit und des Verzugs 325-327; bei nachträglicher Beränderung in den Verhältniffen eines Bertragsteils 157 2 3; beim Rauf 444, 454, 455, 162 A 1; beim Dienstvertrag 611 A 1, 626 A 3; bes Bestellers beim Werkvertrag wegen verspäteter Lieferung 636; beim Gesellschafts. vertrag 705 A 4; bei Bürgschaft Vorbem 4 vor 765; vom Berlöbnis 1298, 1299; vom Erbvertrage 2293-2298.

Rudverweifung ausländischer Gesetze EG

Rudwirkung ber Borfchriften bes BGB Vorbem 8 vor 1; der Anfechtung 142, 1343; ber Bedingung 159 A 1; der Genehmigung 184; der Aufrechnung 389.

Ruhegehalt, Berjährung 197; Abtretung 411. Zusicherung einer Leibrente 761 A 5.

Ruhen der elterlichen Gewalt 1676—1678. 1681, 1684, 1696.

Rug, Zuführung 906.

Sachbeschädigung 823; durch Tiere 833; burch Einsturg von Gebäuden 836.

Sache 90; 93 A 2; Sachgesamtheit, Rechts. gesamtheit 90 A 1; vertehrsunfähige Sache 90 A 1; Vertretbarkeit 91; verbrauchbare Sachen 92, bewegliche Sachen 90 A 1 a. E., 95 A 1; herrenlose Sachen 958 A 1; Bestandteile 93-95; zusammengesetzte Einheitssachen 93 A 2; subjektiv-dingliche Rechte 96; Zubehör 97, 98; Früchte einer Sache 99; Zeit der Fruchtziehung 101; Verwendungen auf die Früchte 102; Rugungen 100; Laften 103; Cigenschaften einer S. 459 21 4.

Sachinbegriff 90 A 1, 854 A 2; Eigentumsübertragung 929 A 2; Beraus. gabe 260, 985 A 4; Riefbranch 1035; Pfandrecht 1204 A 5.

Sachenrecht Vorbem vor 854.

Sachpflegichaft Vorbem 1 vor 1909.

Sachstatut Borbent 11 vor 104.

Sachverständige, Berjährung ber Ansbrüche 196; Feststellung bes Bustanbes einer Sache: beim Niegbrauch 1034, 1067, bes eingebrachten Gutes 1872, 1528, bes Mündelvermögens 1802, bei ber Nacherbschaft 2122; Haftung für Schaben EG 79.

Salbo 782 A 1, 3; Anerkennung im Konto-

kurrentverhältnis 764 A 3.

Samen 94.

Sammelvermögen 80 A 1; Pflegschaft Bor-

bem 1 vor 1909, 1914.

Sammelvormund 1775 A 1, 1786 zu Dr 8. Sand, Gewinnung burch ben Riegbraucher 1037.

Sakung bes Bereins 25; Anderung 33; bes eingetragenen Bereins 57, 58, 66; einer Areditanftalt, Bezugnahme bei Sypothet

Schadenscriat, Begriff bes Schadens Vorbem 1 vor 249; Verschulden Vorbem 2 vor 249; urfächlicher Zusammenhang Vorbem 3 vor 249; Voranssehbarkeit 276 A 4; Umfang ber Haftung Borbem 4 vor 249; Vorteilsausgleichung Vorbem 5 vor 249: konkreter Schaden 325 Al 1a; abstrakter Schaden 252 A 3, 325 A 1 a; negatives Vertragsinteresse 122, 179, 307, Vorbem 2 vor 249;

Anhalt der Verpflichtung zum Schadensersatz, Naturalrestitution ober Gelbersatz 249-251; Berechnung und Form ber Gelbentschäftigung 251 A 3; entgangener Gewinn 252; Schaben, der nicht Ver-mögensschaben ift, Schmerzensgeld 258; mitwirkendes Verschulben des Beschäbigten 254; 826 A 7, 831 A 8; mehrere Haftbare 251 A 1 a. E.; 426 A 1, 431 A 2; Abtretung bes Anspruchs bes Ersats berechtigten beim Verluft einer Sache ober eines Rechtes 255; Anfwertung 242 A 5d δ αα;

Schadenserfat wegen Nichterfüllung, Art der Berechnung'325 A 1a; bei Unmöglichkeit der Leiftung 280, 281, 324 A 1a, 325; nach rechtsfräftiger Verurteilung des Schuldners und erfolgloser Fristsetung 283; bei gegenseitigen Vertragen 325, 326; Berhalfnis zur Draufgabe 338, zur Vertrags-strafe 340; beim Kauf 440, 463, 480; bei Schenkung 523; bei Miete 538; beim Wertvertrag 635;

Schadensersatz bei Nichtigkeit oder Anfechtbarteit einer Willenserklärung 122, 128 A 5, eines Rechtsgeschäfts 125 A 1b; 142 A 1; bei Bereitelung des von einer Bedingung abhängigen Rechtes 160; bei Notstand und Selbsthilfe 228, 229, 231, 904; bei Enteignung Vorbem 5 vor 249; bei der Hinfrechnung bei verschiedenen Leistungsorten 391; bei Schenkung 524; bei Miete 545, 553 A 2, 554 A 1; bei Pacht 597; bei Leihe 603 A 1; bei Dienstvertrag 615 A 2, 618, 628; bei Werkvertrag 631 A 1, 2; 634 A 1, 640 A 4, 642, 643 A 1, 644; bei Mäklervertrag 654 A 2 a. E.; bei Gefchäftsführung ohne Auftrag 678, 682; bei Gastaufnahme 701; des Ausstellers von Schuldverschreibungen 795; bei Besitstörung 861 A 4; beim Aufsuchen von Sachen auf fremben Grundstüden 867; bei Beeinträchtigung bes Eigentums 904, 906 A 13; einer Dienstbarkeit 1027 A 4; bei Eigentumsverlust infolge Berbindung, Bernuschung, Berarbeitung 951; im Berhältnis zwischen Eigentümer und Besitzer 989, 990, 992; bei Unterlassung der Anzeige der Pfandversteigerung 1220; bei ordnungswidrigem Pfandverkaufe 1243;

beim Küdtritt vom Verlödnis 1298 bis 1300; bei Verletung der Chefrau 1356 U 7, 1363 U 7; bei Ehescheidung 1564 U 5, 1578 U 9; deszenigen, der underechtigterweise die Übernahme einer Vormundschaft absehnt 1787; des Erbschaftsbesitzers 2023; des Vorerben 2138; des Testamentsvollstreckers 2219 U 1, 2; gesamtschulders vollstrecker 2219 U 3; vgl. Hamentsvollstrecker 22

ettuttore Summund, Serguit-

Schabensberficherung für fremde Rechnung 330 A 2.

Schadlosbürgichaft Borbem 5 vor 765, 771 A.

Schafe, Mängel beim Kauf 481. Schants und Speisewirt, vgl. Gaftwirt. Schat 99 A 5, 984; Rießbrauch 1040. Schätzer EG 79.

Schätung, Übernahme eines Landguts auf Grund einer Schähung 594; des Gefellschaftsvermögens 738, des Nachlasses zur Pflichtteilsberechnung 2811.

Schätungswert als Wiederkaufspreis 501; bes Inventars des gepachteten Grundstücks 588, 589; des Inventars bei Nießbrauch 1048.

Chect Borbem 3, 4 vor 783; 788 A 3, 792 A 1, 5; 364 A 2.

Scheidung der Ehe 1564—1585; vgl. Ehe. Scheinforderung, Abtretung 405. Scheingeschäft, verdecktes Geschäft 117.

Schentung, Begriff 516, 517; gemischte Schentung 516 A 7; Form des Schentungsversprechens 518, 780 A 5, 781 A 4; Rechtswohltat des Notbedarfs 519, 528, 529; Beendigung der Verpflichtung durch Tod des Schenkers 520; Leibrentenschenkung 761

A 4; als Scheingeschäft 125 A 1 b; 142 A 1; teine Verzugszinsen 522; Haftung bes Schenkers für Verschulden 521, für Mängel 523, 524;

unter einer Auflage 525—527, 80 A 1, 81 A 2; Rüdforderung wegen Bedürftigteit 528, 529; Widerruf 530, Form 531; Berzicht auf Widerruf 533; Pflicht und

Anstandsschentung 534;

Küdgabe der Geschenke bei Austösung bes Berlöbnisses 1801; Schenkung unter Ehegatten 1878 A4,1482 A3; Erwerb durch Schenkung: bei Berwaltungsgemeinschaft 1369, 1406, bei Gütergemeinschaft 1477, bei fortgesetzer Gütergemeinschaft 1505 A2, bei Errungenschaftsgemeinschaft 1521, bei Fahrnisgemeinschaft 1551, 1556; Absehnung einer Schenkung durch die Eherrau 1406, 1458; Schenkung aus dem Gesamtgute 1446; Widerruf bei Scheidung der Ehe 1584; Ausstatung als Schenkung 1624:

aus dem Kindesvermögen 1641; des Vormundes 1804; des Vorerben 2113; des Testamentsvollstreckers 2205, 2207; des Erblassers dei Erbvertrag 2287; einer Erb-

schaft 2385;

als Grunblage für die Ergänzung des Pflichtteils 2325—2331; Schenkung von Todes wegen 2301, 1937 A 1; fideicommissum a deditore relictum 516 A 9, 1937 A 1, 2301 A 1.

Scherz bei Abgabe einer Willenserklärung 118.

Schichtung, Außeinandersetzung bei fortgeschter Gütergemeinschaft 1498 A 1, 1505 A 5.

Schiebsgericht, Schiebsrichter 662 A 1, 839 A 2; Anordnung burch letitwillige Verfügung 1937 A 1, 2065 A 2; Verjährung ber vor einem Schiebsgericht geltend zu machenden Ansprüche 220.

Schiedsvertrag Borben 1 vor 779; über Spiel und Wette 762 A 4; Abschliß durch den Vormund 1822; Schiedsgutachterver-

trag 317.

Schiff, Haftung bei Berkauf 435.

Schiffer, Verjährung seiner Ansprüche 196. Schiffspart 1272.

Schiffspfandrecht 1259—1271; vgl. Kfandrecht.

Schiffbregister 1259, 1260, 1262, 1263. Schikaneverbot 226.

Schlüsselgewalt der Chefrau 1357, EV 16; Eintragung der Ausschließung oder Beschränkung in das Güterrechtsregister 1561.

Schlässige Handlungen Borbem 2 vor 116. Schmerzensgelb 847.

Schmiede, Bubehör 98.

Schmudsachen der Chefrau 1362, 1366, 1477; des Kindes 1650.

Schnecballgeschäft 433 A 3p; 763 A 1. Schöffallrecht 1925 A 2; 1928 A 2.

Schreiben, Eigentumserwerb burch Schreiben

Schreibensuntundige, Testamentserrichtung 2238 A 6; 2247.

Schriftlichteit, Form des Rechtsgeschäfts 126. 127; Erfordernis der Schriftform 125 A 5. Schriftstide, zum Nachlaß gehörige 2047 A 8.

Schriftzeichen beim eigenhändigen Testament 2231 21 4.

Schulbaulast EG 132.

Schuldanertenninis Borbem bor 780, 781, 782, schenkweise erteiltes 518, 781 A 4; positives, negatives 812 A 11; an den Heiratsvermittler 656; bei Spiel und Wette 762 A 4; bei Schenkung von Todes wegen 2301.

Schuldenhaftung der Gesellschafter 783; bei Bestehen des Nießbrauchs an einem Vermögen 1086—1088; bei Verwaltungs. gemeinschaft 1410—1417; bei allgemeiner Gütergemeinschaft 1459—1465; bei fortgesetter Gütergemeinschaft 1488, 1489; bei Errungenschaftsgemeinschaft 1530 bis 1538; bei Fahrnisgemeinschaft 1556 A 5; vgl. Nachlaßverbindlichkeiten.

Schuldiger Teil bei der Chescheidung 1574, 1576, 1584; Wirkung des Schuldaus-spruchs auf die Sorge für gemeinsame

Kinder 1635, 1636.

Schuldner 241 A 1; Mehrheit 420, 421, 431. Schuldichein, Berpflichtung bes Gläubigers zur Rudgabe 371; Eigentum 952; Pfand. recht am Sch. 1287 A 2; Beweistraft 607

Schuldübernahme 414; gehäufte 414 A 1, 417 A 1; Borbem 6 vor 765, 766 A 1; Unterschied von Erfüllungsübernahme 329 A1; durch Bertrag mit dem Gläubiger 414; durch Vertrag mit dem Schuldner 415; bei Übernahme einer Spothetenschuld 415 21, 416; Einwendungen des Übernehmers 417; Wirfung auf die Nebenrechte der Forderung 418; Bermögensübernahme 419; burch den Vormund 1822 Biff 10.

Schuldverhaltnis Borbem 1-3 vor 241; Entstehung Vorbem 3 vor 241, 305 A 1a: Anderung 305 A 1 b; Aufhebung 305 A 1a;

Erlöschen 362 A 1.

Schuldvermächtnis 2173 A 2.

Schuldverschreibungen auf ben Inhaber, Begriff 793; Entstehung der Verpflichtung bes Ausstellers 794; Erfordernis der staat. lichen Genehmigung 793 A 2, 795; Ginwendungen des Ausstellers 796; Leiftung bes Ausstellers - 797; Ersat beschäbigter Schuldverschreibungen 798; Aufgebot im Falle bes Berlustes 799; Wirkung bes Musschlußurteils 800; Erlöschen und Berjährung bes Anspruchs, Borlegungsfrist 801; Hemmung ber Vorlegungsfrist und ber Verjährung burch Zahlungssperre 802; Bing., Menten., Gewinnanteilscheine 808 A 1; Verluft berfelben 804; Jufraftbleiben ber Zinsscheine bei Erlöschen ber Sanpt-

forderung 808; Gewinnanteilscheine von Aftiengesellschaften 793 A 1; Erneuerungs. scheine 798 A 1, 803 A 1, 805; Umschreibung auf den Namen 806; unvollkommene Inhaberpapiere, Karten, Marken 807; hinkende Inhaberpapiere 808;

Binssat 247, 248; Sicherungshppothek 1187, 1189; Schiffspfandrecht 1270; munbelfichere Schuldverschreibungen 1807; Aus. stellung durch den Vormund 1822, durch

den Staat EG 100.

Schuldberiprechen 780 und Borbem; auf Grund Abrechnung ober im Wege bes Vergleichs erteiltes 782; zum Zwecke ber Erfüllungsübernahme 329 A 1; schenkweise erteiltes 518, 780 21 5; an den Beirats. vermittler 656, 780 21 7; bei Spiel und Wette 762 A 4, 780 A 7; bei Schenfung von Todes wegen 2301; Verjährung 780

Schulverband Borbem 2 vor 21.

Schukgebict, Anwendung der deutschen Geete Vorbem 11 vor 104; Erwerb von

Grundeigentum 925 A 1.

Schutgeset, Berletung 823 Abs 2; 823 A 14. Schwägerschaft 1590; Ehehindernis 1310. 1327; feine Chelichkeitserklärung Kinder aus einer wegen Schwägerschaft verbotenen Ehe 1732; Schwägerschaft infolge Chelichkeitserklärung 1737, infolge Annahme an Kindes Statt 1763; Berüdsichtigung bei Auswahl des Vormundes 1779.

Schwangerichaft, Roften bei ber zu erwartenden Geburt: eines unehelichen Kindes 1715, 1716, eines Erben 1963, eines Macherben 2141; Aussehung ber Erbteilung bis zur Geburt des empfangenen Erben 2043.

Ochwarzwild, Wilbschaden 835.

Schwebezeit bei Bedingungen 160, 161. Schweigen als Willenserklärung Borbem 2 vor 116, 242 A 4; auf einen Bertragsantrag 147 A 2, 151; als Billigung beim Kauf auf Probe 496; als Annahme ber Schenfung 516; bes Chemanns beim Betrieb eines Erwerbegeschäfts durch die Frau 1405; vgl. Stillfdiveigenbe Willenserflärung.

Schweine, Mängel beim Rauf 481.

Sechswochentoften 1715.

Secgefahr, Tobeserflärung 16.

Scetestament 2251, 2252.

Scitenlinie, Berwandtichaft, Schwägerichaft 1589, 1590.

Seitenverwandter, Erbverzicht 2849. Sclbsthilfe 229—281; des Vermieters bei Ausübung des Pfandrechts 561; gegen verbotene Eigenmacht 859, 860.

Gelbsthilfevertauf zur Feststellung bes Schadens 325 A 1.

Selbstkontrahieren 181.

Selbstichuldnerische Bürgschaft Vorbem 5 vor 765, 773, 777.

Sequestration 1134 A 6; freiwillige S. Borbem 2 vor 688.

Seuchentestament 2250.

Sicherheit, Aufgabe burch den Bürgschafts. gläubiger 776; burch ben Bormund 1822.

Sicherheitsarreft 230.

Sicherheitsleistung 232—240; burch Hinterlegung von Gelb ober Wertpapieren 232 bis 235; durch Buchforderungen 232, 236; burch Verpfändung beweglicher Sachen 232, 237; durch Hypothel, Grundschuld, Nentenschuld 232, 238; durch Vürgen 232, 239, 321 V 3, 765 V 8; Ergänzung 240;

für Gläubiger eines Liquidationsvereins 52; für Aufwendungen 257; für ben mit Wegnahme einer Sache verbundenen Schaben 258; als Schenkung 516 A 4; bes Vorkaufsberechtigten 509; bes Mieters im Falle der Beräußerung bes Grund. ftude 572; bei Ausscheiben eines Gesellschafters 738; des Hauptschuldners an ben Bürgen 775; wegen ber Gefahr ber Vorlegung von Sachen und Urkunden 811; bes Rentenverpflichteten 843; gegenüber bem Berfolgungsrecht bes Besigers 867; bei Nießbrauch 1039, 1051, 1052, 1067; Berausgabe bes Pfanbes gegen Sicherheitsleiftung 1218; des Chemanns 1391 bis 1898, 1418; des unterhaltsverpflichteten Chegatten nach der Chescheidung 1580; bes Baters 1668, 1670, 1672; bes Bormunbes 1786, 1844, 1889; für ben Nach-lafgläubiger 1986, 2217; bes Vorerben 2128:

Abwendung durch Sicherheitsleistung: Burüdbehaltungsrecht 273, 820, 821, Ver-

mieterpfandrecht 562;

Unterbrechung ber Verjährung 208; Rückforberung nach Verjährung 222.

Sicherung von Forberungen juristischer Personen bes öfsentlichen Rechts durch Sppothek EG 91; eines Anspruchs durch Übertragung eines Rechtes 223; bes Beweises 478, 485, 229 A 5; bes Anspruchs auf Einräumung ober Aufhebung eines Grundstücksrechts 883; bes Nachlasses 1960, EG

Sicherungsabtretung 398 A 1.

Sicherungshypothet 1184; kein Hypothekenbrief 1185; Umwanblung in Verkehrshypothek 1186; für Forberungen aus Schuldverschreibungen, Wechseln, Orberpapieren 1187—1189; Kautionshypothek 1190;

teine Sicherheitsleiftung burch Sicherungshypothet 238; Sicherungshypothet für Bauforderungen 648; Erwerb des Pfandgläubigers bei Übertragung des Erundftückeigentums 1287; an Erundftücken des Bormundes 1844 A 3.

Sicherungstauf 117 A 3; 433 A 3k; 930 A 5. Sicherungsübereignung 868 A 3; 930 A 5, 6; 1205 A 7.

Sielrecht EG 66.

Silberfachen, Berkauf bei Berpfändung 1240.

Sitten vgl. Gute Sitten.

Sittliche ober Anstandspflicht 534, 1446, 1641, 1804, 2118, 2205, 2380; feine Rüdforberung 814.

Sit bes Bereins 24; des eingetragenen

Bereins 55, 57; ber Stiftung 80.

Stonto 433 A 10h, pp. Stontration 387 A 1. Societas leonina 722 A 1.

Sondergericht, Anspruchsverfährung 220. Sondergut bei allgemeiner Gütergemeinsschaft 1489; bei fortgesehter Gütergemeinschaft 1486; bei der Errungenschaftsgemeinschaft 1520 A 1.

Sondernachfolger, Wirkung von Vereinbarungen der Teilhaber bei Bruchteilsgemeinschaft 746, 751, 755; eines Miteigentümers 1010.

Sonberrechte von Bereinsmitgliebern 35. Sonbervermögen, Stiftung 80 A 1.

Sonntag als Leistungstag und Ende einer Frist 193.

Sorge für die Person des Kindes: bei ehes sichen Kindern 1627—1637, 1676, 1696 dis 1698; bei unehelichen Kindern 1707; bei Kindern aus nichtiger Ehe 1702; bei für ehelich erklärten Kindern 1738; bei angenommenen Kindern 1765; bei Mündeln 1793, 1800;

für bas Bermögen bes Kindes bei ehelichen Kindern 1627, 1638—1670; bei

Mündeln 1793.

Sorgfalt: Haftung für die im Verkehr erforderliche Sorgfalt 276; in eigenen Angelegenheiten 277; vgl. Haftung.

Soziaspolitische Awede eines Vereins 43, 61. Spartasse, Rechtsfähigkeit Vorbem 2 vor 21; Zinsfuß 248; Einzahlung durch Vertreter 164 U 3; Anlegung von Mündelgeld 1807, EG 99.

Sparkaffenbücher 90 A 2, 808 A 1, 4; Eigentum 952 A 4; 1006 A 2; Schenkung 518 A 1; Abtretung 518 A 1, 808 A 3; Verpfänbung 1204 A 4.

Spediteur, Abergabe ber gekauften Sache 447.

Speisewirte, Verjährung der Unsprüche 196. Sperrjahr bei der Liquidation von Vereinen 51.

Sperrbermert in Sparkassenbüchern 1809

Spezialitätögrundsat für Grundbucheinträge Borbem 3d vor 873.

Spezialvollmacht 166 A 4.

Spezifitation 950.

Spiel 762; gesetzlich verbotene Spiele 762 A 6; Nebenverträge 762 A 5; Lotterie- und Ausspielvertrag 763; Nichtigkeit aus besonderen Gründen (Falschpiel) 762 A 3; Kücksorderung des Einsahes 762 A 3; Anerkennung durch Schuldversprechen oder Schuldanerkenntnis 780 U 7; Darlehn zum Spiel 138 A 1 b, 762 A 4, 5; Vorbem 4 vor 607; Differenggeschäft 764.

Spielklub 41 A 2, 60 A 1.

Sprache, bei Kundgebung bes letten Willens 2243; bes ber beutschen Sprache nicht mächtigen Erblassers 2244; Testament in fremder Sprache 2245 A 1; beim eigen. händigen Teftament 2231 A 4; Mundart der deutschen Sprache 2244 Al 1.

Spruchrichter, Haftung 839.

Staat, Saftung für seine Beamte 89 M 8, EG 77; Aufrechnung gegen Forderungen des Staates 387 A 4, 395; vgl. Fiskus.

Staatliche Genehmigung vgl. Genehmigung. Staatsangehörigteit Borbem 7 vor 1; des Kindes 1616 A 2; des unehelichen Kindes Vorbem 4 vor 1705; des angenommenen Kindes Vorbem 5 vor 1741; des Erblaffers Vorbem 1 vor 1922, 1936 A 2; des Mündels vgl. Staatsverband; Personen ohne Staatsangehörigkeit EG 29.

Staatsbant, Anlegung von Mündelgeld

1808.

Staatsichuldbuch, Berpfändung von Forderungen als Sicherheit 232, 236, Anlegung von Mündelgelb 1807, 1815, 1853, EG 97,

Staatsverband, Entlassung bes Münbels 1821 X 3; 1827, 1847

Staatsbertrage ES 56.

Stadtgemeinde, Bertreter 89 M 2; Saftung 31 A 1, 89 A 3. Stallwirt, Haftung 701 A 4.

Stammgüter EG 59.

Standesbeamter, Tätigkeit bei der Eheschließung 1317—1321.

Standesgemäßer Unterhalt 519, 528, 829, 1578 A 3; 1603, 1610, 1620.

Standesregifter vgl. Heiratsregifter.

Statutenkollision vgl. Internationales Brivatrecht.

Steine, Gewinnung durch den Nießbraucher

Stellvertretung f. haftung, Bertretung. Stenographie beim eigenhändigen Testament 2231 21 4.

Stiftung, öffentliche Vorbem 2 vor 21; Unterschied zwischen wohltätiger und milder Stiftung Vorbem 2 vor 21 a. E.; Stiftung unter Verwaltung einer öffentlichen Behörde 86 A 2; unselbständige, fiduziarische Stiftung 80 A 1; Sammelvermögen 80 A 1; Familienstiftung Vorbem 2 vor 21; 80 A 3; 85 A 1, 2; 86 A.2;

Entstehung 80; Stiftungsgeschäft unter Lebenden 81, durch leutwillige Verfügung 81 A 2, 4, 83, 1940 A 3; Vermögensübertragung auf die Stiftung 82, 84; Berfaffung der Stiftung 85, 86; Vorstand 86 21 1; Haftung des Stifters 81 A 2; Klage- und Anfechtungsrecht des Stiftungsinteressenten 85 A 2; Rang im Konkurs 85 A 2; Verlust der Nechtsfähigkeit 86 A 3; Auf

hebung der Stiftung 87; Widerruf 81; Anderung bes Stiftungszweds 87; Anfall bes Bermögens bei Erlöschen 88; Liquibation 88 A 2;

Erbteilung bei Beteiligung einer noch nicht genehmigten Stiftung 83 A1; 2043.

Stillschweigende Willensertlärung, Borbem 2 vor 116; Vereinbarung einer Bergutung: beim Dienstvertrag 612; beim Werkvertrag 632; beim Mäklervertrag 653; bei ber Verwahrung 689.

Verlängerung: der Miete 568; des Dienstvertrags 625; der Gesellschaft 724. Stillstand ber Rechtspflege, hemmung ber

Verjährung 203.

Stimmenmehrheit in ber Bereinsversammilung 32, 33; ber Gesellschafter 709; bei Gemeinschaft 745; ber Familienratemitglieder 1874; der Miterben 2038.

Stockwerk 1014; Stockwerkseigentum 93 A 7; 903 A 2; 1010 A 1; EG 182; Erbbaurecht, BD über bas Erbbaurecht § 1.

Stoff beim Berkvertrag 644, 645, 651; Verarbeitung und Umbildung 950.

Störnng ber Beistestätigkeit 105, 827; bes Besitzes 858, 862, 869; des Eigentums 1004; der Ausübung der Grunddienstbarfeit 1029.

Strafbare Sandlung, Erlangung bes Besites 992, eines Erbschaftsgegenstandes 2025; als Grund zur Ehescheidung 1565, 1568 A 3, 4; zur Verwirfung der elterlichen Gewalt 1680, zur Pflichtteilsentziehung 2333, 2334, zur Erbunvürdigkeit

Strafe, Strafgebinge vgl. Bertragsftrafe; Chescheidungsftrafen 1578 A 1.

Strafverfahren des Unterhaltsberechtigten 1610 A 4; gegen ben Chemann 1463, 1536; gegen die Chefrau 1387, 1415, 1463; gegen das Kind 1654.

Strafe, Bestandteil des Grundstücks 93 A 1, Haftung der Stadtgemeinde 31 A 1; Haftung im Straßenverkehr 254 A 5; grunddienstbarkeitliche Rechte der Anlieger an öffentlicher Strafe 1018 A 2; vgl. Beg.

Sträucher, Beeinträchtigung bes Nachbargrundstücks 907, 910, EG 124, 183; Früchte 911, 923.

Streit, Aussperrung, Bonfott 138 A 1; Borbem 3 vor 611, 615 A 2, 826 A 50; Aus-legung ber Streikslaufel 157 A 3.

Streitgenoffenschaft vor bem Schiedsgericht 220 A 1; zwischen Gesellschaftern 714 A 4; zwischen Teilhabern bei Bruchteilsgemeinschaft 744 A 3; zwischen Chelenten 1400 A 5; 1407 A 2, 10; zwischen Miterben 2032 N 1; 2089 N 2; 2058 N 2; 2059 N 5.

Streitverklindung, Unterbrechung ber Berjährung 209, 215; bei Mängelrüge 478, 485. Stumme 1910; Teftierfähigkeit 2238 A 6;

2243, 2247 2(1; 2265 2(1.

Stundung 157 A 3; 779 A 4; Hemmung der Berjährung 202; Bestimmung der Daner durch Urteil 315 A 4; des Raufpreises 452 A 2; 454; bei Vorkauf 509; ber Hauptschuld bei Bürgschaft 767 A 2.

Subjektiv-dingliche Rechte 96. Submiffionsverfahren 632 A 2.

Substitut, Substitution 166 A 4; 278 A 3. Successio ordinum, successio graduum 1930

Sühnetermin in Chefachen 1571.

Sutzeffivlieferungsgeschäfte vgl. Teillieferungsgeschäfte.

Summenverwahrung 700, 688 21 2.

Surrogation 90 A 1; bei Gintritt ber Unmöglichkeit der Leistung 281, 325; bei Bermögensübernahme 419 A 2; beim Gesellschaftsvermögen 718 A 4; bei ungerechtfertigter Bereicherung 818; beim Erlös aus dem Funde 966, beim Erlös aus dem Pfande 1219, 1247, 1212 A 4; beim eingebrachten Gute 1381, 1382, 1524, 1554; beim Borbehaltsgut 1370; 1440, 1486, 1526; beim Gesamtgut 1473; beim Rindesvermögen 1638, 1646, 1651; beim Erbschaftsauspruch 2019; bei ber Erbschaft 2041; bei der Nacherbfolge 2111; beim Erbschaftstauf 2374, 2375.

Synallagmatische Berträge 320 A 2.

Tabularersitung 900. Tag, Berechnung von Friften 188. Tagelöhner, Berjährung der Aufprüche 196. Talon vgl. Erneuerungsschein. Tarifgemeinschaft 54 A 1

Tarifvertrag 54 A 1; 611 A 5. Tatjache, Begriff 824 A 2; Behauptung falscher Tatsachen, Kreditgefährdung 824. Tatfächliche Gewalt 854 21 3.

Taube, Pflegschaft 1910; Testierfähigkeit

2243 A 5.

Tauben, Aneignung, EG 130.

Zaubstumme, Berantwortlichkeit bei unerlaubten Handlungen 828; Pflegschaft 1910; Testierfähigkeit 2243 A 5.

Zaufichein, Beweistraft Borbem 1 vor 1591. Tauglichteit, Saftung für die Tauglichkeit einer Sache beim Raufe 459, bei ber Miete 537, beim Werkvertrag 633.

Tanich 515; Unterschied vom Rauf 433 21 3a. Täuschung, Anfechtungsgrund 123, bei der Che 1834; Erbunwürdigkeit 2839; vgl. Arglistige Täuschung.

Tage bei Dienstvertrag 612; bei Wertvertrag 632; bei Mäklervertrag 653.

Teich, Fische 960.

Teilbare Leistungen, Mehrheit von Schuld. nern oder Gläubigern 420, 427.

Teilbesit 865.

Teilhypothekenbrief 1145, 1152.

Teilleiftungen 266; bei teilweiser Unmög-lichteit 280, 283, 307, bei gegenseitigem

Vertrage 320; teilweise Befriedigung des Sypothetengläubigers 1145.

Teillieferungsgeschäfte 433 A 5d; 325 A 4; 326 A 1c; bei Gattungssachen 480 A 2; Mücktritt 469 A 2; Vertragsstrafe 341 A 3.

Teilung des Gesellschaftsvermögens 731; bei Aushebung der Bruchteilsgemeinschaft 752—754; der Hupothek 752 A 2, 1132, 1151, 1152; des Gesamtguts 1476, 1477, 1503; des Nachlasses 2059 U 2; eines Grundstücks 1010, EG 119-121, bei Bestehen einer Dienstbarkeit: des berechtigten Grundstücks 1025, des belasteten Grund. stüds 1026; bei Reallast: des verpflichtes ten Grundstücks 1108, EG 120, 121, des Grundstüds bes Berechtigten 1109.

Teilungsanordnungen des Erblassers 2048 A 1; als Pflichtteilsbeschränkung 2806; Haftung des Erben für Nichtvorhanden-

sein bei Erbschaftskauf 2376.

Teilungsanspruch des Gesellschafters 731. Teilungsbeichräntung für Grundstücke EG 119.

Teilurteil bei Chescheibung 1564 A 4. Teilweise Befriedigung des Hypotheken. gläubigers 1145, 1176; teilweise Leistung 320, 325; teilweise Nichtigkeit 139; teilweise Unmöglichkeit 280, 307, 323, 325.

Telegrammadresse, Schut 12 21 1. Telegraphische übermittlung als Schrift.

form 127. Termine 186, 193; lettwillige Zuwendung unter Bestimmung eines Anfangstermins

2066, 2074 A 2, 2177 A 2. Testament 1937; Juhalt 1938—1940; Tessterfähigkeit 2229, 2230; persönliche Ers

richtung 2064, 2065; Widerruf 2253; Form 2254—2256;

Widerruf des Widerrufs 2257; Aufhebung durch späteres Testament 2258; Ablieferungspflicht 2259; Eröffnung 2260-2263; Bestimmung eines anberen über Geltung der lettwilligen Berfügung 2065 A 2;

ordentliche Testamentsformen: öffentliches Testament 2231 Ziff 1, 2232 bis 2246; Zeugen 2233; Ausschließungs. grunde wegen der mitwirkenden Bersonen 2234-2237; Form ber Errich. tung 2238; mitwirkende Personen 2239; Protofoll 2240—2242; eines Stummen 2243; Dolmetscher 2244; Testament in fremder Sprache 2245; Verschluß und amtliche Verwahrung 2246; Privattestament 2231 Biff 2, 2247, 2248;

außerordentliche Formen: Gemeinbetestament 2249, Seuchentestament 2250; Seetestament 2251; Gultigfeitsbauer ber außerordentlichen Testamente 2252;

Gemeinschaftliches Testament 2265

bis 2273; vgl. dieses;

Auslegung 2066-2076; Selbständigkeit ber getroffenen Einzelverfügungen, beren Unwirksamkeit 2085; Vorbehalt ber Er-

ganzung 2086; Auslegung bei zweifelhaftem Inhalt 2084; Einsehung ber gesetlichen Erben 2066, der Verwandten 2067, der Kinder 2068, der Abkömmlinge 2069, 2070, ber Armen 2072; Bezeichnung bes Bedachten in misverständlicher Weise 2073; Bedingungen 2074—2076; Einfegung des Chegatten und Berlobten 2077, 2268; Erbeinsetung 2087; Sohe bes Erbteils 2088-2092; Anwachsung 2094; Ersaterben 2096-2099; Anordnung einer Nacherbschaft 2100; eines Vermächtnisses 2147; Ernennung eines Testamentsvollftreders 2197; vgl. Nacherbschaft, Bermächtnis, Testamentsvollstreder;

Anfechtung wegen Frrtums 2078; wegen Übergehung des Pflichtteilsberechtigten 2079; Berechtigter 2080; Form 2081; Frist 2082; Berweigerung ber Leiftung des Beschwerten nach Fristablauf 2083.

Inhalt von lettwilligen Berfügungen in bezug auf die fortgesette Gutergemein. ichaft 1509, 1511, 1515, 1516; Benennung des Vormundes 1777; Ausschließung von der Vormundschaft 1782; Anordnung befreiter Vormundschaft 1856; Anordnungen in bezug auf den Familienrat 1868.

Testamentsvollstreder, Ernennung 2197 bis 2200, durch den Erblasser 2197, durch einen 2198, Dritten burch Testamentsvoll. streder 2199, burch Nachlaßgericht 2200; Unwirtsamteit ber Ernennung 2201; Beginn bes Amtes 2202; rechtliche Stellung Vorbem 2 vor 164; Zweifel über Fortbestehen bes Umtes 372 A 4;

Pflichten: Ausführung der lettwilligen Berfügungen 2203; Erbauseinandersetung 2204; Verwaltung bes Nachlasses 2205 bis 2209; Eingehung von Verbindlichkeiten 2206; befreiter Testamentsvollstreder 2207, 2220; Beschränkungen 2208—2210; Ausschluß bes Verfügungsrechts bes Erben 2211; Attivlegitimation 2212; Passiv legitimation 2213; Stellung gegenüber den Privatgläubigern des Erben 2214; Nachlaßverzeichnis 2215; ordnungsmäßige Verwaltung 2216; Aushändigung entbehrlicher Nachlaßgegenstände 2217; Verhältnis zum Erben 2218; Berantivortlichfeit 2219; Bergütung 2221;

im Interesse bes Nacherben 2222; gur Fürsorge für Untervermächtnisse und Auflagen 2223; im Falle ber Pflichtteils. beschränkung in guter Absicht 2338; Mehrheit von Testamentsvollstredern 2224; Beendigung des Amtes 2225; Kundigung 2226; Entlassung 2227;

Einsetzung als Pflichtteilsbeschränkung 2306; Angabe im Erbschein 2364; Zeugnis 2368; Haftung des Erben für Nichtvorhandensein eines Testamentsvollstreders bei Erbschaftstauf 2376.

Testierfähigteit 2229, 2230; EG 215.

Testierfreiheit 2802.

Tier, Begriff 833 A 2a; wilbe, zahme, gezähmte Tiere 960 A 1, 9; Haustiere 833 A 8; Eigentum 960; Erwerb von Tierjungen bei Pacht 586; Gewährleiftung beim Kauf von Tieren 481—492; Haftung bes Tierhalters 833, bes Tierhüters 884; Notwehr gegen Tiere 227 A 5; Wildschaden 835.

Ticrarzt, Berjährung seiner Ansprüche 196.

Tiergarten 960.

Tierhalter, haftung 838; mehrerer Tierhalter 833 U 5; Ausschluß infolge eines Vertrags-verhältnisses 838 U 7; haftung bes Tierhüters 834; gesamtschuldnerische Haftung des Tierhalters und des Tierhüters 833 A 5.

Tijch und Bett vgl. Trennung. Tochter, Aussteuer 1620—1623; Sorge für die Person einer verheirateten Tochter 1638. Tob des Stifters 84; Wirkung auf die Abgabe empfangsbedürftiger Willenserklarungen 180; bes Antragenden vor Annahme Antrags 158; bes Versprechens. empfängers 381; bes Schenkers 520; bes Beschenkten 532; bes Mieters 569; bes Bermieters 569 A 4; bes Bächters 596; bes Entleihers 605; einer Vertrags-partei beim Auftrag 672, 678; eines Gesellschafters 727; eines Gemeinschafts. teilhabers 750; tein Erlöschungsgrund bei ber Anweisung 791; bes Ausstellers einer Schuldverschreibung 794; bes Nießbrauchers 1061; des Inhabers einer persönlichen Dienstbarkeit 1090; des Verlobten 1801; bes nicht anfechtungsberechtigten Ehegatten 1838—1842; bes Ehegatten bei Verwaltungsgemeinschaft Vorbem 1 vor 1418, 1424; des Chegatten bei allgemeiner Gütergemeinschaft 1482, 1488, bei fortgesetzter Gütergemeinschaft 1494; Errungenschaftsgemeinschaft 1522; eines anteilsberechtigten Abkömmlings bei fortgesetzter Gütergemeinschaft 1490; des Unterhaltsberechtigten und Unterhaltsverpflichteten 1582, 1615; des Kindes 1683; bes Baters 1684; bes Baters bes un-ehelichen Rinbes 1712; bes unehelichen Kindes 1713; des unehelichen Kindes por der Cheschließung der Eltern 1722; des Kindes und Vaters vor der Chelichkeits. erklärung 1733; bes Annehmenden und Kindes bei Annahme an Kindes Statt 1753, 1769; bes Mündels 1884; bes Vormundes und Gegenvormundes 1799, 1894; bes Pfleglings 1918 A 1; bes Erblasser 1922; des Erben vor Absauf der Ausschlagungsfrist 1952, vor Absauf der Inventarfrist 1998; des Vorerben 2106; des Testamentsvollstreders 2225; eines Beteiligten beim Erbvertrag 2290, 2297; vgl. Tobeserfärung.

Todescrilärung 13—20, EG 9; bei Krieas. gefahr 15; bei Seegefahr 16; bei Lebens. gefahr 17; Zeitpunkt des Todes 18; Lebensvermutung 19; bei gemeinsamer Gefahr 20;

Verfahren 18 A 2; Beweislast 19 A 1, 2; Kosten 1967 A 8; Wirkung 18 A 1; eines Ehegatten 1687; Wiederverheira-tung 1848—1852; Beendigung der Nuhnießung und Verwaltung 1420; bes über-lebenden Chegatten im Falle ber fortgesetten Gutergemeinschaft 1494; Beendigung der Errungenschaftsgemeinschaft 1544, 1547;

des Minderjährigen 14 U 2; bes Vaters 1679, 1684; des Mündels 1847, 1884; des Vormundes 1885; des Pfleglings 1918 A 1; des Erblaffers 1974; im Falle

eines Nottestaments 2252;

Erbschaftsanspruch bes für tot Erklärten 2031; Wirkung irrtumlicher Todeserklärung auf Rechtsgeschäfte des vermeintlichen Erben 2370.

Todesvermutung 18, 20. Tobteilung 1498 A 3.

Ton, Gewinnung durch ben Riegbraucher 1037.

Tontinenbertrag 759 21 3.

Torf, Gewinnung durch den Riegbraucher 1037.

Totalisator 768 A 1, 4.

Tote Hand EG 86. Totgeburt bes unehelichen Rindes 1715.

Tötung eines Menschen 823 M 4, 10; burch ein Tier 833, durch Einsturg eines Gebäudes 836; Umfang des Schadens 844, 845; des Schenkers 530; des Erblaffers, Erbunwürdigkeit 2839.

Trattat vgl. Vorvertrag, Borverhandlungen. Eransportgefahr beim Rauf 447, beim Bert.

vertrag 644.

Unspruchsverjährung Transportgeschäfte, 196.

Transportfoften beim Rauf 448.

Tranung Borbem 1 vor 1303; Berweigerung der kirchlichen Trauung als Chescheibungs. grund 1568 A 4.

Trennung von Erzeugniffen und Beftand. teilen 99 A 8; Eigentumserwerb 958-957; von miteinander vermengten Sachen 948; ber Chegatten 1361; von Tisch und Bett 1353 A 1; 1564 A 6, 7; GG 202, 206.

Treforfach, Miete 535 A 2; 1205 A 9.

Treuhander Borbem 1 vor 164, Borbem 4 vor 662, 1206 A 4; bei Inhaberhypotheken 1189.

Treu und Glauben 157, 242, 320; bei Aus. legung von Verträgen 157 A 1, 3.

Trödelvertrag 445 A 1; Borbem 2 vor 652. Truntenheit bei Begehung unerlaubter Sand. lungen 827.

Truntfucht, Entmunbigung 6 M 5; Befchranfung ber Geschäftefähigkeit 114; Chescheidungsgrund 1568 A 4, 1571 A 3, Unfähigfeit jum Bormund 1780, jum Familienratemitgliede 1865; Testierfähigteit

Tumultschaden 89 U 3.

21

überbau 912; 94 A 1; 946 A 4; Rente 912 bis 914; Rang des Rechts auf die Rente 914; Ubertragung bes Eigentums an bem überbauten Teile 915; Beeinträchtigung eines Erbbaurechts und einer Dienstbarkeit 916.

überbringer einer Quittung als Empfangs. berechtigter 370.

überfallerecht 911.

übergabe ber getauften Sache 483 Al 8, 446 447, 448; beweglicher Sachen gur Eigentumsübertragung 929, 932, zur Rieß-brauchsbestellung 1032, zur Pfandbestellung 1205;

des Hypothekenbriefs 1117, 1154, 1163;

des letten Willens 2238 U 3.

übergang von Rebenrechten bei ber Ab-tretung 401; ber Forderung bes Gläubi-gers: auf ben Ablösenden 268, auf den befriedigenden Gesamtschuldner 426, auf ben Bürgen 774, der Hypothek auf den Eigentümer 1148, 1158, 1154, 1168, 1164, 1177; des Pfandrechts 1250; von Unterhaltsansprüchen 1607, 1709.

itbergangsvorichriften EG 158-218.

übergebot 156.

ttbergehung einer als Bormund berufenen Person 1778; eines Pflichtteilsberech. tigten im Testament 2079.

Uberhangsrecht 910.

Abermittlung, telegraphische 127; unrichtige

Ubernahme ber Erfüllung einer Schuld 829; bes Bermogens eines anbern 419; Ubernahmerecht bes Chegatten bei Aus. einandersetzung ber Gütergemeinschaft 1477, ber fortgesetzten Gutergemeinschaft 1502; Ubernahmerecht eines anteilsberechtigten Abkömmlings 1515, 1516; ber Vormundschaft 1785—1788; einer fremden Verbindlichkeit für ben Mündel 1822 Biff 10; bes Amtes eines Familienratsmit. gliedes 1869; Übernahme eines Land. guts burch bie Erben 2049, 2812; vgl. Schuldübernahme.

Aberrest, Nacherbschaft auf den Überrest 2187. ilberschreitung des Kostenanschlags 650.

Aberschuldung, Bereinskonkurs 42; Kon-kurs ber Stiftung 86; Uberschuldung bes Gesellschaftsvermögens 785, 739, bes Gesantguts 1468, 1469; bes Nachlasses 1954 A 1, 1980, 1990, 1992; Beschräntung bes Pflichtteils wegen Überschuldung des Abkömmlings 2338.

überschuß bei Auseinandersetzung der Gesellschaft 734, der Gütergemeinschaft 1476,

1477, der Erbschaft 1973, 2047.

itbersendung von Gelb 270; ber hinterlegten Sache burch die Post 375; der getauften Sache 447.

Uberschung ins Deutsche bei einem fremdsprachlichen Testamentsprotofoll 2245 A 5. ibertragung eines Rechtes zur Sicherung eines Anspruchs 223; einer Forberung erfüllungshalber 364 A 2; einer Forberung burch einen Gesantgläubiger 429; ber Dienstleistung, bes Anspruchs auf die Dienste 618; der Ausführung des Austrags 664; der Anweisung 792; des Besitzes 854, 870; des Eigentums: an beweglichen Sachen 929—936, an Grundstücken und Grundstückrechten 313, 873, 925; der Keallast 1111; der Hypothet 1153, 1156 dis 1159; des Pfandrechts 1250, 1251; des Inteils am Rachlaß auf die Miterben 2036; des Pflichtteilsauspruchs 2317; vgl. Abtretung;

ausgeschlossen: bei Vereinsmitgliebschaft 38; beim Vorkaufsrechte 514; bei Gesellschaftsansprüchen 717; bei Anspruch auf Schmerzensgelb 847, auf Kranzgelb 1300; beim Nießbrauch 1059; bei ber beschränkten persönlichen Dienstbarkeit 1092; beim Rechte ber Rutnießung und Verwaltung bes Ehemanns 1408, bes Vaters 1658; beim Aussteueranspruch 1628; Unsteueranspruch 1628;

übertragbarkeit 1274 A 3.

iberweisung einer abgetretenen Forberung 408, der Hypothekenforderung 1155.

umbildung beweglicher Sachen, Eigentumserwerb 950, 951; beim Rücktritt 352; ber vermachten Sache 2172. Umgestaltung bes Rechtsgeschäfts 140; einer

umgestaltung des Rechtsgeschäfts 140; einer Sache durch den Nießbraucher 1037.

Umfahftener beim Grundstückstauf 449 A 1. Umschaffung 305 A1b; 364 A1; durch Schuldversprechen 780 A 6.

Umschreibung auf ben Namen: von Schuldverschreibungen auf ben Inhaber 806; von Inhaberpapieren 1393, 1815, 1820, 2117.

umickung des Nachlasses in Gelb 2046 A 4. umtausch beim Kauf 495 A 4; hinterlegten Geldes und hinterlegter Wertpapiere 235; beschädigter Schuldverschungen auf den

Inhaber 799.

Univandlung bes Stiftungszwecks 87; einer Forberung in eine Darlehnsschulb 607, 222 A 2; von Keichsanleihe in Buchschulb 806 A 1, 1398; von Hypotheken in Sicherungshypotheken, Erundschulben, Kentenschulben und umgekehrt 1186, 1198, 1203; ber zum Kindes- ober Mündelvermögen gehörenden Indberpaptere in Buchschulben des Keiches ober eines Bundesschaats 1667, 1815, 1820; der Klage auf Ausbedung der ehelichen Gemeinschaft in Klage auf Chekschung 1576.

Unbekannte Beteiligte, Pflegschaft 1918. Unbekannte Erben, Fürsorgepflicht des Rach.

laggerichts 1960.

Unbekannte Gläubiger: Hinterlegung 872; ber Hopothek 1170, 1171, bes Schiffspfandrechts 1269.

Unbescholtenheit, Begriff 1300 A 2. Unbestimmtheit ber Leiftungszeit 200; bes Testaments 2065; bes Erben 2105; bes Vermächtnisnehmers 2162, 2178.

Unbewegliches Vermögen 90 A 1; Begriff bei Fahrnisgemeinschaft 1551.

Unbilligkeit vgl. offenbare U. Unbank, grober 530 A 2.

Uneheliche Kinder 1589, 1705, EG 20-22, 208; Familienname 1706, Borbem 4 bor 1705; teine elterliche Gewalt der Mutter, Fürsorge für die Berson bes Kindes 1707, 1765; Unterhaltspflicht des Erzeugers 1708-1711, der Bermandten 1709; Vererblichkeit der Unterhaltsverbindlich 1712; Erlöschen bes Unterhaltsanspruchs 1713; Bereinbarung über Unterhaltsansprüche, Berzicht 1714; Aufwertung 242 A 5da; Empfangniszeit, Einrede ber mehreren Zuhälter 1717; Anerkennung der Baterschaft 1718; Beurkundung im Geburtsregifter Vorbem 1 vor 1591; Anspruch der Mutter auf Sechswochen- und Entbindungskoften 1715; Berjährung bes. selben 194 A 2; Sicherung der Ausprüche durch einstweilige Verfügung 1716;

Wohnsich 11; Einwilligung zur Cheschließung 1805; Eheverbot 1810, 1827; Klage des Kindes auf Feststellung der Unschlichkeit 1598 AC 2; Legitimation durch nachfolgende Ehe 1719—1722, durch Shesickerklärung 1728—1740; Annahme au kindes Statt 1741 A 3, 1747, 1765, Vorbem 4 vor 1774; Vormundschaft 1778; kein Zeugnisderweigerungsrecht im Verhältnis zum Vater 1589 A4; vgl. Eheliche

Abstammung.

Unenigeltlichteit: ber Schenkung 516, ber Leihe 598, bes Auftrags 662, ber Aufbewahrung 690, ber Führung ber Bormundschaft 1886;

unentgeltliche Verfügungen: des Vorerben 2113, 2138 A 3, des Testamentsvollstreders 2205, des Erbschaftsveräuße-

rers 2375, 2385;

unentgeltliche Zuwendungen: unter einer Auflage 330; an die Ehefrau 1369, 1526; an das Kind 1651; an den Mündel 1803.

Unerfahrenheit, Ausbentung 138.

Unerlaubte Handlungen, Begriff Vorbem 1, 2 vor 823; Vorbem 9 vor 104; Anwendung früheren Rechtes Vorbem 8 vor 1; Begehung durch Unterlassen 823 U 10; Verhältnis des Anspruchs aus u. H. zu Vertragsausprüchen Vorbem 4 vor 823; Ausschlußder Haftung durch Vertrag Vorbem 4 vor 823; ursächlicher Zusammenhang Vordem 5 vor 823; ursächlicher Zusammenhang Vordem 5 vor 823; Unspruch und Klage auf Unterlassung 241 U 2; Vorbem 6 vor 823; internationales Recht Vorbem 7 vor 823, EV 12; Übergangsrecht Vorbem 8 vor 823; Vozessundes Vorbem 9 vor 823; 823 U 13 b;

Haftung juriftischer Personen 823 A 12; bes gesehlichen Bertreters, Bollmachtgebers 823 A 12; bes Geschäftsherrn für seine Angestellten und Hisspersonen 830, 840

A 6, bei mehreren Angestellten 831 A 8, 5a, c; Haftung nicht verantwortlicher Personen aus Billigkeitsgründen 829; Aufhebung der Berantwortlichkeit wegen mangelnder Willensfreiheit 827, wegen mangelnder Verstandesreise 828; Mittäter, Anstifter, Gehilse 830; jugendliche Veteiligte 828 A 3 a. E.; mitwirkendes Verschulden des Beschädigten 826 A 7, 831 A 8, 840 A 8, 846, eines Kindes 828 A 2;

Verletung des Lebens, Körpers, der Gefundheit, Freiheit, bes Eigentums und eines sonstigen Nechtes 828; Verstoß gegen ein Schutgeset 823; Areditgefährdung 824; Verleitung zum außerehelichen Beischlafe 825; Verstoß gegen die guten Sitten 826; der nach Gesetz oder Vertrag aufsichts. pflichtigen Person für den Beaufsichtigten 829 A 4, 832, 840 A 6; sonstige Aufsichts. pflicht 823 U 6e; Haftung des Tierhalters 833, des Tierhüters 834; gesamtschuldnerische Saftung beiber 833 A 5; Wildschaden 835; Einsturg von Gebäuden 836 bis 838, Saftung bes Eigenbesitzers 836, eines andern Besitzers 887, bes zur Unterhaltung des Gebändes Verpflichteten 838; Haftung des Beamten 839, 841, EG 77, 79;

Mehrheit von Ersappslichtigen 830 A 6, 840, 841; Mehrheit von Ersabberechtigten 828 A 11; Umfang des Schadensersates 823 A 13a, 842; Entschädigung bei Aufhebung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit 843, im Falle der Tötung 844; Anspruch der Unterhaltsberechtigten und sonstiger Dritter an ben Schädiger 844-846; Erfat des Schabens, der nicht Vermögensschaben ift, Schmerzensgeld 847; Ansprüche wegen Entziehung und Beschädigung einer Sache: Haftung für Unmöglichkeit der Herausgabe oder zufällige Verschlechterung 848; Berzinsung des Ersates 849; Ersat wegen Verwendungen 850; Schut des guten Glaubens bei der Ersatleistung 851; Beriährung des Anspruchs 198 A 2, 852; Erfüllungsverweigerung des Schuldners einer durch u. H. erlangten Forderung 853; fein Burückbehaltungsrecht an ben burch u. S. erlangten Gegenständen 273, 823 M 2; feine Aufrechnung gegen den Anspruch aus u. H. 393, 823 21 2;

bei Erteilung von Rat, Empfehlung, Auskunft 676, 676 A 3, 823 A 1; eines Ehegatten 1415, 1463, 1536; des Aindes 1631 A 3; des Vormundes 1793 A 2; vgl. Schadensersat.

unjähigkeit des Geschäftsführers einer Gesellschaft 712; zur Vormundschaft 1780.
unfall, Versicherung gegen Unfall beim
Dienstvertrag 616, bei Nießbrauch 1045,
1046; Erwerb des Schadensersahanspruchs
durch die Verufsgenossenschaft 407 A 1.
unfruchtbarkeit, Grund zur Ansechtung der

Che 1333. Ungerechtsertigte Bereicherung 812—822; Bereicherungsanspruch 812; im öffentlichen Rechte Vorbem 2 vor 812; Umfang 818; Aufwertung 242 A 5d 8 yy; Leistung einer Nichtschuld, vorzeitige Leistung 813, 814; sittliche und Anstandspflicht 814; Nichteintritt des bezweckten Erfolgs 815; wirksame Verfügungen eines Nichtberechtigten, Leistungen an einen Nichtberechtigten 816; verwerflicher Empfang 817; gesteigerte Haftung des Empfängers seit der Rechtshängigkeit 818, des bösgläubigen Empfängers 819; gesteigerte haftung des Empfängers bei Ungewißheit bes Erfolgs 820; Einrederecht gegen den Erfüllungsanspruch 821; Auspruch gegen den unentgeltlich bereicherten Dritten 822;

zufolge nichtigen Rechtsgeschäfts 125 U 1 b. 138 A 2 a. E., 142 A 1; durch Abgabe eines Schuldversprechens ober Schuldanerkenntnisses Vorbem 3 vor 780; Anwendbarkeit der Vorschriften über ungerechtfertigte Bereicherung: bei gegenseitigen Verträgen 323, 327, bei der Schenkung 516, 527, 531, bei Rudzahlung des Mietzinses 548, bei Entlohnung von Diensten 628, bei Geschäftsführung ohne Auftrag 682, 684, bei Berbindung, Bermischung, Berarbeitung 951, beim Fund 977, im Berhältnis zwischen Gigentümer und Besiter 993; bei Auflösung des Verlöbnisses 1301, bei Rechtsgeschäften eines Chegatten 1399, 1455, 1539, bei Aufgebot ber Nachlaß. gläubiger 1978, beim Erbichaftsanspruch 2021, bei Richtvollziehung einer Auflage 2196 A 2, bei Beeinträchtigung bes Bertragserben 2287, bei der Pflichtteilsergänzung 2329.

Ungewischeit über bie Person bes Gläubigers 372; Vergleich über die U. eines Nechtsberhältnisses 779; U. bes Ersolgs einer Leistung, ungerechtsertigte Bereicherung 820; Pflegschaft für ungewisse Beteiligte 1913; Ungewischeit über die Person bes Bedachten 2073.

Ungewisse Rechte 2313 A 3.

Unitas actus beim Testament 2231 A 7; 2239 A 2.

Untenninis vgl. Renninis.

Unmöglichteit, ursprüngliche: bei Verträgen 306; negatives Vertragsinteresse 307; Behebung 308; nachträgliche 275; teitweise 275 A 4, 280; bei Gattungsschulb 279; Unspruch bes Glänbigers auf Schabensersay 280, auf Abtretung bes Ersahanspruchs 281; Beweissast 282;

bei Wahlschuld 265, 307 A 3; bei Verzug bes Schuldners 285, 287; bei gegenseitigen Verträgen 320 A 7, 323—325; bei der Draufgabe 838; beim Müdtritt 346 A 4, 347, 351; bei Gesamtschuld verhältnis 425; bei Gesamtschuld verhältnis 429; bei ber Wandlung 467; beim Wiederkauf 498, 501; bes Geschlichgstweckes 726; des bezweckten Erfolgs 815; ber Herausgabe einer Sache

an den Eigentümer 985 A 3, 989, der durch unerlaubte handlung erlangten Sache 848; bei Bermächtnis 2171, 2172; bei Bollziehung einer Auflage 2196; fingierte Unmöglichkeit bei Friftsetzung nach rechtsfräftiger Bereinbarung 283; offenbare Unmöglichkeit der Empfängnis 1591, 1717; val. Krieg.

Unpfändbare Forberungen 394; Aufrech. nung, Abtretung 400; Unpfändbarfeit bes Rechtes zur Rücknahme bei hinterlegungen

Unpfandbare Sachen, fein Pfanbrecht bes Bermieters und Verpächters 559, 585. Unrechtshandlung Borbem 9 vor 104.

Unichablichkeitszeugnis EG 120.

Unsichere Rechte 2313.

Unsittliche Rechtsgeschäfte 138, 817; Zweck beim Darlehen Vorbem 4 vor 607; unsittliches Verhalten Scheidungsgrund 1568; Einschreiten des Vormundschaftsgerichts bei unsittlichem Verhalten bes Baters 1666; unsittliches Berhalten als Grund gur Pflichtteilsentziehung 2833, 2886.

Untauglichkeit zur Vormundschaft 1781 bis

Unteilbare Leiftungen auf feiten mehrerer Schuldner 431, mehrerer Gläubiger 482. Unterbrechung ber Berjährung 208-217; ber Ersitzung 940-942; bes Raufalzusammenhangs Vorbem 8 vor 249, Vorbem 5 vor 823.

Unterbringung bes Kindes in einer Familie, Erziehungs. oder Besserungsanstalt 1666; des Mündels 1838; EG 135.

Untergang eines Fahrzeugs 16; der Sache: während des Verzugs 290, beim Rücktritt 347, 351, beim Kaufe 446, bei der Wand-lung 467, 634, bei Wiederkauf 498, 501; des Inventars bei der Pacht 588; des Werkes oder Stoffes 644, 645; der einem Gesellschafter überlassenen Sache 782; der durch eine unerlaubte Handlung ent-zogenen Sache 848; einer Sache nach Eintritt ber Rechtshängigfeit 989; einer Sache beim Erbschaftsauspruch 2023, beim Erbschaftstauf 2375.

Untergesellschaft 717 A 3.

Unterhalt, gesetzliche und vertragsmäßige Unterhaltspflicht Vorbem 1 vor 1601; öffentlichrechtliche Unterstützungspflicht Vorbem 5 vor 1601; Übergang der Rechte bes Unterstützten auf den öffentlichen Berband Borbem. 6 vor 677, EG 103; Erfüllung des Unterhaltsanspruchs 1601 A 3; Rückforderung gewährten Unterhalts 1602 A 3; Verjährung 194 A 2; Prozestrecht Vorbem 6 vor 1601; Unterhaltspflicht der Chegatten und Verwandten im Verhältnis zueinander 1579 A 7, 10; Abfindungsvertrag 242 A 5 da; Unterhaltsanspruchim Berhältnis zum Aussteueranspruch 1609 A 1; Aufwertung Vorbem 7 vor 1601, 242

A 5dy, 1578 A 1; öffentliches Recht Vorbem 5 vor 1601;

Awischen Berwandten gerader Linie 1601; Bedürftigkeit des Unterhaltsberech. tigten 1602; Leistungsfähigkeit bes Unterhaltsverpflichteten 1603, 1607; Einfluß des Güterstandes 1604; unterhaltsverpflichtetes Kind 1606; Reihenfolge der Unterhalts-pflichtigen 1606—1608; Berhältnis der Unterhaltspflicht von Chegatten und Berwandten 1608; Rang ber Unterhalts-berechtigten 1609; Umfang ber Unterhaltspflicht: standesmäßiger Unterhalt 1610; notdürftiger Unterhalt 1611; Art der Gewährung des Unterhalts 1612; Nach-forderung von Unterhalt für die Ver-gangenheit 1618; Verzicht auf Unterhalt 1614; Erlöschen des Unterhaltsanspruchs 1615; Rosten der Beerdigung bes Berech. tigten 1615; geschiedener Chegatten gegenüber gemeinschaftlichen Kindern 1585;

gegenüber Kindern aus nichtigen Chen 1703; des Erzeugers gegenüber unehe-lichen Kindern 1708—1714; bei Ehelich-feitserklärung 1739; bei Annahme an Kindes Statt 1766;

ber Chegatten 1360, 1861, 1428; im Falle der Wiederverheiratung bei Todes. erklärung 1851, 1352; bei Nichtigkeit ber Ehe 1845; Berletzung und Gefährbung ber Unterhaltspflicht 1418, 1428, 1468, 1495; Haftung des Gesamtguts für die Unterhaltspflichten ber Ehefrau 1584; Berzicht ber Ehefrau 1564 A 5; vgl. Eheschieibung; bes Schenkers 519, 528; bes Beschenkten

529; Gewährung gegen Leiftung von Diensten 761 A 5; Erfüllung ber Unterhaltspflicht als Geschäftsführung ohne Auftrag 679; Gewährung zwischen Berwandten auf- und absteigender Linie, Erfat 685; Einfluß bestehender Unterhalts. pflicht auf Schadensersappflicht 829, 843; Gewährung bei Tötung des Unterhalts. pflichtigen 844; Berletung der Unterhalts. pflicht durch den Bater 1666; des Nachlaffes für einen erwarteten Erben 1963, 2141; bes Erben für die Angehörigen bes Erb. lassers 1969; Verletung der Unterhaltspflicht als Grund zur Pflichtteilsentziehung 2333.

Unterhaltsbeiträge, Berjährung 197.

Unterhaltung eines Gebäudes 836, 838; von Grenzanlagen 922; der Anlagen bei Grunddienstbarkeiten 1020-1022; Sache beim Nießbrauch 1041.

Unterlassen 194, 241; Gegenstand einer Grunddienstbarkeit 1018 A 8, 1019 A 5; Buläffigfeit der allgemeinen Unterlaffungsklage Vorbem 3 vor 1; Klage auf Unterlassung der Namensbeeinträchtigung 12, der Besitstörung 862, ber Eigentumsstörung 1004; Berjährung 194, 198 A 3;

Mage bes Eigentümers auf Unterlassung ftorender Einwirkungen 908 A 7, 906 A 13. auf Unterlassung des unbefugten Gebrauchs der Nießbrauchsache 1058; des Dienstbarteitsberechtigten auf Unterlassung von Störungen 1027 A 4; des Hypothekengläubigers bei Verschlechterung des Grundstücks 1134;

Klage auf Unterlassung unerlaubter

Handlungen Vorbem 6 vor 823.

Unterlassungsschuld 241 A 2, 823 A 10; Bertragsstrafe 340 A 8, 348 A 2.

Untermätler Vorbem 1 vor 652.

Untermiete 549. Unterpacht 596.

Unterrichtsanftalten, Verjährung ber Aniprüche 196; Abtretung von Gehaltsansprüchen ber Lehrer 411.

Unterschrift, Begriff 126 A 3; von Schuldverschreibungen auf den Inhaber 793; bei Testament 2231 A 6, 2242 A 5; vgl. Namensunterschrift.

Unterstützung, öffentliche, Borbem 5 vor

1601; schenkungsweise 520.

Unterstützungswohnsit 7 A 1; des unehelichen Kindes Vorbem 4 vor 1705.

Untersuchung der Raufsache 460 A 1; beim

Rauf auf Probe 495.

Untervermächtnis 1989 U.5, 2147 U.2; Fällige feit 2186; Verweigerung und Kürzungsrecht des beschwerten Vermächtnisnehmers 2187—2189; Fürsorge durch Testamentsvollstrecker 2228.

Untunkichteit einer Androhung 303, 384. Unübertragbarteit von Rechten 1274 A 8, vgl. Übertragung.

Unvererbliche Rechte 1922 A 5.

Unversährbare Ausprücke 194 A 2, 8. Unverwögen zur Leiftung 275 A 5; bei

Gattungsschulben 279; vgl. Unmöglichkeit. Unverzinsliche Schuld, Zahlung vor der Fälligkeit 272; Araftloserklärung auf Sicht zahlbarer unverzinslicher Schuldverschreibungen 799.

Unverzüglichkeit, Begriff 121 A 2.

Unvolltommene Berbindlichteit 134 A 3;

241 A 1; 762 A 3.

Unwiderruflichteit der Zustimmung eines Drittberechtigten zur Aufhebung eines Grundstücksrechts 876; der Zustimmung zur Ranganderung 880; der Zustimmung des Nießbrauchers zur Aufhebung eines dem Nießbrauche unterworfenen Rechtes 1071; ber Zuftimmung bes Gigentumers gur Aufhebung der Spothet 1188; der Zu-stimmung des am Pfande berechtigten Dritten jum Pfandverkauf und gur Aufhebung bes Pfandrechts 1245, 1255; ber Bustimmung bes Pfandgläubigers zur Aufhebung eines verpfändeten Rechtes 1276; ber Buftimmung des einen Chegatten zu lettwilligen Berfügungen bes andern über das Recht einzelner Abkömm. linge 1516; ber Zuftinmung zur Chelich-leitserklärung 1726, zur Annahme an Kindes Statt 1748; vgl. Widerruf.

Unwirtsamteit von Rechtsgeschäften Minderjähriger 108, 110-113; von Verfügungen bei Verstößen gegen Veräußerungsverbote 185, 136; einer Berfügung mahrend ber Schwebezeit von Bedingungen 161; bes Rücktritts infolge Aufrechnung 357; ber bedingten ober befristeten Aufrechnung 388; des die Haftung des Gastivirts ausschließenden Unschlags 701; des Vergleichs 779; der gegen eine Bormerfung verstoßenden Verfügung 883, 888; der bebingten oder befristeten Auflassung 925; einseitiger Rechtsgeschäfte: ber Chefrau 1398, des Vormundes 1831; der Annahme und Ausschlagung der Erbschaft und des Vermächtnisses 1950, 2180; ber Bestimmung der Inventarfrist bei Nachlaßfonturs und Nachlaßverwaltung 2000; lettwilliger Verfügungen zugunften des Ebegatten bei Nichtigkeit und Auflösung der Che 2077, 2268; der Einsetzung eines Nacherben 2109; von Verfügungen bes Vorerben 2113 A 2, 2115; bes Bermächtnisse einer unmöglichen ober verbotenen Leiftung 2171; der Ernennung des Testaments. vollstreders 2201; der Annahme des Testamentsvollstrederamtes 2202; des Erbvertrags 2298.

Unzucht: Grund der Chescheidung 1565, der

Pflichtteilsentziehung 2335.

Unzulänglichteit des Nachlasses 1990—1992; Vorbem 1 vor 2058; Unzulänglichfeitseinrede bei Erbschaftskauf 2388 A1; Unzulänglichkeitseinrede des Vorerben 2145 A4, des beschwerten Vermächtnisnehmers 2187.

Unzurchnungsfähigkeit 104, 105, 827, 829. Urtunde 90 A 2; 126; Hinterlegung 372; Eigentum 952; Einsicht 810, 811; vollstreckbare U., Berjährung bes Anspruchs 218; über die Forberungsabiretung 403, 409, 410; über das verkaufte Grundskick 444;

410; über das verkaufte Grundstüd 444; zur Löschung der Sypothek 1144; Personenstandsurkunden 2856 A 1; Urkundenfälschung als Erbunwürdigkeitsgrund 2839.

Urtundsperson bei der Testamentserrichtung 2283.

Urteil, Begriff 839 A 7a; Haftung bes Richters 839; Bestimmung der Leistung durch U. 315, 319; Herabsetung der Bertragsstrase 343; U. über Richtung des Notwegs 917; vgl. rechtskräftiges U., Vorbehaltsurteil.

 \mathfrak{V}

Bater, Begriff 1589 A 4; Einwilligung zur Cheschließung 1305, 1307; Benennung bes Bormundes, Ernennung zum Bormund 1776, 1777, 1783, 1898, 1899, 1903; Aufhebung bes Familienrats 1880; bgl. Ettern, Esterliche Gewalt, Uneheliche Kinder.

Baterichaft, Anerkennung 1598, 1718, 1720, 1725; Eintragung ins Geburtsregister Bor-

bem 1 bor 1591.

Beränderte Umstände 242 A 1; 321; 610

A 4; vgl. Krieg.

Beränderung einer Sache beim Rücktritt 352; des gekauften Gegenstandes bei Wiederkauf 498; der gemieteten Sache 548; der geliehenen Sache 602; der Sache durch den Nießbraucher 1037, 1050; des Pfandes 1226; einer Erbschaftssache bei der Nacherbschaft 2132; des Testaments 2255.

Berarbeitung der Sache beim Rücktritt 852; vermachter Sachen 2172; Eigentums

erwerb 950, 951.

Beräußerung, Begriff Vorbem 7 vor 104, 571 A 2; verbrauchbarer Sachen 92; von Zubehör 314; beim Nüdtritt 353; bei der Wandlung 467; des vermieteten Grundfüds 571; von Sachen 929—936; des Pfandes 1242, 1243; eines im Schiffsregister eingetragenen Schiffes 1262; eines Vermächtnisgegenstandes 2288; Vereindarung des Ausschlusses der Veräußerung zwischen Eigentümer und Hypothekengläubiger 1136.

Beräußerungsbeschränkungen EG 119.

Berängerungsverbot 135, 136; Wirfung eines im Grundbuch eingetragenen V. 888, eines nachträglichen V. auf die Erklärung über ein Grundstücksrecht 878 A 8.

Berbände, öffentliche, Borbem 2 vor 21. Berbindung von Sachen 93 U 2, 94 U 2; einer beweglichen Sache mit einem Grundfück 95, 946, 949, 951; mehrerer belveglicher Sachen 947, 949; vermachter Sachen 2172; Trennung verbundener Sachen durch den Besitzer 997.

Berbodmung 1259 A 3.

Berbot, gesetzliches; Rechtsgeschäfte gegen gesetzliche Verbote 134, 309, 817, 819, 2171; Verbot der Schikane 226; verbotene Eigen-

macht 858-865.

Berbrauchbare Sachen 92; Miete 535 A 2; als Gesellschaftsbeitrag 706; Nießbrauch 1067, 1084, 1086, 1087; Verfügung bes Mannes über eingebrachte verbrauchbare Sachen 1376, 1377, 1411; Hinterlegung burch ben Mann 1392; bei ber Errungenschaftsgemeinschaft 1540; bes Kindes 1658, 1659; ber Vorerbschaft 2116; Schenkung bes Erblasser 2325.

Berbrechen und Vergehen als Grund zur Scheidung 1565, zur Verwirkung der elterlichen Gewalt 1680, zur Pflichtteils-

entziehung 2333.

Berdectes Geschäft, Scheingeschäft 117.

Berderb der hinterlegten Sache 383; der gefundenen Sache 966; des Pfandes 1218. Berein, kein gegenscitiger Vertrag 25 A 2, Unterschied vom öffenklichen Verdamb Vordem 2 vor 21; ohne wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb 21; mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb 22; ausländischer 23, Vordem 4 vor 21; Vordem 1 vor 705; EG 10; unerlaubter V. 61 U 2; Name 22 U 3, 57

N2; Sit 24, 55 N2; Sahung 25; Erlangung

der Rechtsfähigkeit 21 A 2, 61 A 3; Berleihung der Rechtsfähigkeit 22 A 3, 23, 21 A 3, E6 82; Umfang der Rechtsfähigkeit 21 A 4; nicht rechtsfähiger B. 54; Bestiderwerb 26 A 4; Mitgliedschaftsrecht 38, 35 A 1; Ehrenmitglieder 25 A 2; Haftung für Bertreter 28 A 1, 31, 831 A 2, für Angestellte 31 A 1, 3; Zweigherein 35 A 1, 38 A 1; Ortsgruppe 38 A 1;

Mitgliederversanmlung: Einberusung, Beschlußsassung 32; Beurkundung der Beschlußsassung 32; Beurkundung der Beschlüßse 25 A 2, 58; Sahungsänderung 33; tein Stimmrecht der Mitglieder in eigener Angelegenheit 34; Sonderrechte von Mitgliedern 35; Berusung der Mitgliederversanmlung 32 A 2, 36, 37; Austritt der Mitglieder 39; Ausschließung der Mitglieder

39 A 2, 58 A 1;

Auflösung 41; Berlust der Nechtösähigseit durch Konkurs 42; Entziehung der Nechtösähigkeit 43, 44; Wirkung der Auflösung und Entziehung der Rechtösähigkeit, Bermögensanfall 45, 46, EVS 65; Liquidation über das Bermögen 41 A 1, 47—53; Bestellung der Liquidatoren 48, deren Wirkungskreis 49; öffentliche Bekanntmachung 50; Sperrjahr 51; Hinterlegung und Sicherheitsleitung für Bereinsgläubiger 52; Haftung der Liquidatoren 53; Besendigung und Wiederaufnahme der Liquidation 51 A 2;

Eingetragener Berein, Vereinstregister, Sintragung 21 A 3, 55, 64; Mitglieberzahl 56; Sahung 57, 58; Unmeldung 59—63; Unmeldung 57, 58; Unmeldung 59—63; Unmeldung der Verwaltungsbehörde 61—63; Name 57, 65; Sintragung 64; Verössentlichung der Einstragung 66; Underung des Vorstandes 67, 68, 70, der Sahung 71; Zeugnis des Umisgerichts über den Vorstand 69, Verzeichnisder Mitglieder 72; Liquidatoren 76—78, Ordnungsstrafen 78; Sinsicht des Vereinstregisters 79; Auflösung und Entziehung der Rechtsfähigkeit 74, wegen verminderter Mitgliederzahl 78; Sinstragung der Konturserössen 78; Sinstragung der Konturserössen 78; Sonn der Unmeldung 77; Vereinstragister 56, 64, 68, 71, 77

Bereinstegister 55, 64, 68, 71, 77; Einsicht 79. Bereinigung von Grundstücken 890; von

Forderung und Schuld vol. Konfusion. Bereinsvormundschaft 1773 A 5.

Bererbliche Rechte, unvererbliche Rechte 1922 A 5.

Berfallklaufel 360, 609 A 3; Unterschied von der Vertragsstrafe 389 A 1.

Berfallvertrag beim Pfandrecht 1229. **Berfassung** bes Bereins 25, EG 82, ber Stiftungen 85, 86.

Berfolgungsrecht des Besitzers 867, 869 A 5; des Bieneneigentilmers 962; des Eigen-

tümers 1005.

Berfügung, Begriff, Vorbem 7 vor 104; 1895 A 2; im Wege der Zwangsvollstredung, ber Arrestvollziehung, durch den Konfurs. verwalter Vorbem 7 vor 104, 883 A 12, 13; unter Bedingungen 161; bor der Genehmis gung 184; eines Nichtberechtigten 185, 816; bes Wiederverfäufers über den verkauften Gegenstand 499; bes Bermieters über ben Mietzins 578; bes Pächters über bas Pachtinventar 588; bes Gefellschafters über feinen Anteil am Gesellschaftsvermögen 719; der Teilhaber einer Gemeinschaft über den gemeinschaftlichen Gegenstand 747; über ein Grundstud ober Grundstücksrecht nach Eintragung einer Vormerfung 883; bes Nießbrauchers einer Forberung 1074; bes Chemanns über eingebrachtes Gut 1375-1377; ber Chefrau 1395—1407; ber Chegatten über Gesamtgut 1442, 1444, 1445, über das Ge-samtgut ber fortgesehten Gütergemein-schaft 1487; des Baters über Kindesvermögen 1643; bes Vormundes 1821, 1822 Ziff 1; bes Erben vor der Ausschlagung 1959; Verlust bes Rechtes ber Verfügung bes Erben über den Nachlaß durch Rachlasverwaltung 1984; des Mit-erben über seinen Anteil 2033 A 1, 3; ber Erben über einen Nachlaßgegenstand 2040 A 1; des Vorerben 2112, 2119, 2137, 2140; des Testamentsvollstreckers 2205, 2211; in einem Erbvertrage 2278, 2299; Erbvertrag beschränkt nicht in der B. unter Lebenden 2286; vgl. Einstweilige Verfügung.

Berfügung von Todes wegen 1937, 1941, EG 149—151, vgl. Testament, Erbvertrag; Stiftungsgeschäft in einer Verfügung von Todes wegen 83; Vollmachtserteilung 168 A 1; Substitution beim Vertrag zugunsten eines Dritten 332; Anersennung der Eselichteit eines Kindes 1598, Ausschlagungsrecht eines durch Verfügung von Todes wegen eingesetzten gesehlichen Erben 1948; vertragsmäßige Verfügung von Todes wertragsmäßige Verfügung von Todes wegen in einem Erbvertrag 2278 A 1, 2; Wirkung des Erbvertrags auf frühere und spätere Verfügungen von Todes wegen 2289; Veschränfung der Freiheit zur Errichtung einer Verfügung von Todes

wegen 2302, 2339.

Berfügungsbeschränkung 137; grundblicherliche Verlautbarung 892—894; Eintritt nachträglicher Verfügungsbeschränkung bei Grundbuchsverfügungen 876 A 8, 878, vgl. Veräußerungsverbote.

Berfügungeniegbrauch Borbem 1 vor 1030. Berführung jum außerehelichen Beifchlaf

825, 847.

Bergehen vgl. Berbrechen. Bergeltungsrecht EG 31.

Bergleich 779; über ein nichtiges Rechtsgeschäft 125 A 1a; beim Gesamtschuld verhältnis 428 A 1; über Spiels und Wettsschuld 762 A 4; über Grundstäderäußerung 318 A 1 Abs. 1 a. E. 4; über die Unterhalfsgewährung 242 A 5d a; über die Unterhalfsgewährung Vorbem 2 vor 779, 1578 A 1, Vorbem 7 vor 1601, 1614 A 1, 1714; Verjährung der Ansprüche 218; Wirkung auf Verpflichtung des Bürgen 767 A 3; Erteilung eines Schuldversprechens oder Schuldanerkenntnisses 782; Ansechtung eines gerichtlichen Vergleichs 142 A 1; Kücktritt vom V. 349 A 1; Abschulß durch den Vormund 1821 A 3, 1822.

Berglitungen, Berjährung 196; bes Dienstverpslichteten 611 A 2, 612, 614, 628; bes Unternehmers beim Wertvertrag 632, 641; bes Mätlers 653; bes Berwahrers 689, 699; bes geschäftsführenden Gesellschafters 718 A 1; des Beistandes 1694; des Bormundes 1836; des Nachlaspssiegers 1960 A 4; des Nachlaspsreunalters 1987; des Testaments-

pollstreders 2221.

Berhinderung des Eintritts einer Bedingung 162; an der Rechtsverfolgung durch Stillfand der Rechtsverfolgung durch Stillfand der Rechtsverfolgung durch Stillfand der Rechtsverfolgung durch Stillbigers an der Annahme 299; des Mieters am Gebrauch der Sache 552; des Dienstverpslichteten an der Annahme der Dienste 616; an der Erteilung der Justimmung: des Ehemanns 1401; der Ehefrau 1879; des Baters an der Ausühung der elterlichen Gewalt 1665, 1677, 1685; des Vormundes an der Ausühung des Amtes 1778, 1846; des Erblassers an der Errichtung einer Berfügung den Todes wegen 2839;

des Vaters ober Vormundes an der Beforgung einer Angelegenheit, Pfleger-

bestellung 1909.

Serjährung 194; unverjährbare Ansprüche 194 A 2, 3; Verhältnis der Verjährungsfrist zur Ausschlußfrist 186 A 1; Fristen: 30jährige 195, 2jährige 196, 4jährige 197; Veginn 198, 201, dei vorheriger Kündigung 199, dei vorheriger Ansechtung 200:

Hemmung, Wirkung 205, infolge Stundung und Rechtes zur Leistungsverweigerung 202, infolge Stillstandes der Rechtspslege 203, infolge Bestehens samilienrechtlicher Beziehungen 204, bei Unsprüchen gegen Geschäftsunsähige und beschränkt Geschäftsfähige 206, bei Nachlaße

ansprüchen 207;

Unterbrechung burch Anerkennung 208, Vorbem 4 vor 780, burch Magerhebung und die ihr gleichgestellten Prozeshandlungen 209—216; Unterbrechung burch Zahlungsbefehl 209, 213, Anmelbung im Konkurse 209, 214, Aufrechnung 209, 215, Streitverstündung 209, 215, 220 Al. Bollstrechung

handlung 209, 216; Wirkung ber Unterbrechung 217; keine Unterbrechung burch Eintragung einer Bormerfung 883 A8 a.E.;

von Zinsausprüchen 197, 223, 224, 246 Al 1, 2; rechtsträftig festgestellter Ansprüche 218, 219; ber nicht durch die ordentlichen Gerichte zu erledigenden Ansprüche 220; Berechnung dei Rechtsnachfolge 221; Wir-222; Abanderung burch Rechts. geschäft 225; Wirkung bei Aufrechnung 390; Sicherung einer verjährten Forderung durch

Pfandrecht 1204 A 8, 1252 A 8; des durch Hypothet und Pfandrecht ge-sicherten Anspruchs 223; des durch Vormertung gesicherten Anspruchs 883 A 8 a. E., 902 A 1; von Nebenleistungen 224; bei Gesamtschuldverhältnissen 425; bei Gesamigläubigerverhältnissen 429; bes Anspruchs auf Bandlung, Minderung und Schadensersat beim Kauf 477, 480, beim Viehkauf 490; des Wiederkaufsrechts 503 A 3; des Vorkaufsrechts 510 A 3; der Anspruche des Mieters und Vermieters 558; bes Berleihers und Entleihers 195 A 1, 606; beim Werkvertrag 638, 639; ber Leib-rente 760 A 3; bei Bürgschaft 765 A 1, 768 A 1, 771 A 1, 774 A 1; bes Anspruchs aus dem Schuldversprechen 780 A 6; bes Anspruchs des Antveisungsempfängers 786, bei Schuldverschreibungen auf den Inhaber 801, 802, 804; bei ungerechtfertigter Bereicherung 821, 813 A 4; des Anspruchs aus unerlaubten Handlungen 852; im Grundbuch nicht eingetragener Rechte 901; auf Befeitigung ber Beeinträchtigung bon Grunddienstbarkeiten 1028; bes Anspruchs des Eigentümers gegen den Nießbraucher 1057; der Unsprüche des Verpfänders 1226, aus dem Berlöbnis 1302, auf die Aussteuer 1623, ber unehelichen Mutter 1715; bes Anspruchs bes Vertragserben an ben Veschenkten 2287; bes Pflichtteilsauspruchs 2832, Vorbem 3 vor 1922; Unverjährbarkeit des Anspruchs auf

Aufhebung einer Gemeinschaft 758, bes Berichtigungsanspruchs 898, ber Ausprüche aus eingetragenen Rechten 902, von Ansprüchen aus bem Nachbarrecht 924; bes

Unspruchs auf Erbteilung 2042. Bertauf aus freier Sand: ber hinterlegten Sache 385; der gemeinschaftlichen Sache 753; des Pfandes 1221, 1235, eines Mit-

erbenanteils 2042, vgl. Rauf. Bertehr geschiedener Eltern mit den Kindern

1636.

Bertehrsanstalten, Fund in Berkehrsauftalten 978-983.

Berkehrspflichten 254 21 5, 823 21 6. Bertehresitte 157, 242.

Bertehrsunfähige Sadjen 90 A 1.

Berfündung bes Testaments 2260; bes gemeinschaftlichen Testaments 2278; Beginn der Ausschlagungsfrist 1944.

Berlagsrecht 445 A 1; Borbem 2b vor 631; EG 76; Mbertragbarkeit 137 A 1.

Berlängerung einer Frift 190, der Ber-jährungsfristen 225, der Berjährungsfrist für Wandlung und Minderung 477, der Gewährfrist bei Viehmängeln 486, der Inventarfrist 1995; stillschweigende Berlängerung bes Mietverhältnisses 568.

Berlegung der Ausübung einer Grunddienstbarkeit 1023.

Berleihung der Rechtsfähigkeit vgl. Vereine.

Berleumbung 824.

Berlöbnis, Begriff 1297; Einwilligung bes gesetlichen Vertreters 107 A 1; Genehmigung desfelben 108 A 1; Irrium über Bermögen 119 A 1; Rücktritt 1297 A 1, 1298; schuldbare Veranlassung des gerechtfertig. ten Rudtritts 1299; Deflorationsanspruch 1300; Rudgabe von Geschenken 1301; Verjährung der Ansprüche 1302;

Berlobte, Einsehung im Testamente 2077; Erbbertrag 2275, 2276, 2279, 2290; Erbverzicht 2347.

Berlorene Sachen, Gigentumserwerb 856 A 8; 935; Fund 965; vgl. Fund; Schut bes früheren Besitzers 1006, 1007.

Berluft, Schadensersatz für den Verluft einer Sache ober eines Nechtes 255; der Rechtsfähigkeit des Bereins 42; der beim Gaftwirt eingebrachten Sachen 701-703; ber Gesellschafter 721, 722, 735—740; des Befites 856 A 3; des Eigentums 929-986, an Grundstücken 927, 928; ber bürgerlichen Ehrenrechte 1318, 1781, 2287.

Bermächtnis, Begriff 1939; gesehliches Bermächtnis 1932 A 5; 1939 A 5; Beschwerter 2147; Mehrheit ber Beschwerten 2148; Bedachte: gesetliche Erben 2149, Voraus vermächtnis 2150, mehrere Bedachte 2151 bis 2153, 2157; Anwachsung unter mehreren Bedachten 2158, 2159;

Wahlvermächtnis 2154; Gattungsvermächtnis 2155; Zweckbestimmung 2156; Wirksamkeit: Überleben des Bedachten 2160, Wegfall des Beschwerten 2161; zeitliche Wirksamkeit 2162, 2163; Umfang, Bubehör 2164; Beseitigung binglicher Rechte am vermachten Gegenstande 2165, von Sppotheten und Grundschulben 2166 bis 2168; Bermächtnis eines nicht zur Erbschaft gehörigen Gegenstandes 2169: Verschaffungsvermächtnis 2170; einer unmöglichen ober verbotenen Leiftung 2171, 2172; Forderungsvermächtnis 2173;

Anspruch aus bem Vermächtnis 2174. 2175; Befreiungs., Schuldvermächtnis 2173 U 2; Anfall 2176—2179, bei Bebingung ober Anfangstermin 2177; Aus. schlagung 2180, 517; Fälligkeit des Vermächtnisanspruchs 2181, des Untervermächtnisses 2186; Gewährleistungspflicht des Beschwerten 2182, 2183; Aufwertung 242 A 5 dy, 2174 A 3; Früchte und Nugungen bis zum Anfall 2181; Erfahanspruch bes Beschwerten wegen Verwendungen und Aufwendungen 2185; Verweigerungs. und Rurzungsrecht bes beschwerten Bermächtnisnehmers 2187 bis 2189; Rangverhältnis mehrerer Bermächtniffe 2189; Erfat. vermächtnis 2190; Nachvermächtnis 2191;

Vertrag über das Vermächtnis aus dem Nachlaß eines Dritten 312; Annahme und Ausschlagung burch die Chefrau 1406, 1413, 1453, 1461; Berücklichtigung bei Auseinandersetzung der allgemeinen Gütergemeinschaft 1477, bei ber Fahrnisgemeinschaft 1551; Ausschlagung durch den Vater 1643, durch den Vormund 1822; beim Aufgebot der Nachlaßgläubiger 1972; bei beschräntter Erbenhaftung 1980, 1991, 1992; Bermächtnis bei Anwachsung 2095; Testamentsvollstreder bei Vermächtniffen 2223; Vermächtnis im reziprofen Testament 2269; im forrespettiven Testament 2270; im Erbvertrag 2278; Bereitlung bes vertragemäßigen Vermächtniffes 2288; Bermächtnis im Verhältnis jum Pflichtteil 2307, 2318, 2320—2328; als Pflichtteilsbeschränkung 2306; als Pflichtteilsgewäh. rung 2307; Unwürdigfeit des Bermächtnis. nehmers 2845; Verzicht 2852; Begfall bes Vermächtnisses nach Verkauf ber Erbschaft 2372; Haftung bes Erben für Nichtvorhandensein bei Erbschaftskauf 2376.

Bermächtnisunwürdigfeit 2345. Bermengung und Bermifdung beweglicher Sachen, Eigentum 948, 949, 951, ver-

machter Sachen 2172.

Bermittlung eines Bertrags 652; eines Dienstvertrags 655; der Ehe 656; Ber-

mittler Vorbem 1 vor 164.

Bermögen, Begriff 1922 M 5; unbewegliches Bermögen 90 A 1; 1551; Sammelvermögen 80 A 1; Beschädigung Vorbem 1

vor 249; 823 A 1, 9;

eines aufgelöften Bereins 45; einer erloschenen Stiftung 88; Bertrag über fünftiges 810, über gegenwärtiges Bermögen 311; Übernahme eines Bermögens 419, 929 A 2; Erwerb von Grundftuden und Grundstüderechten mit einem B. 892 A 4; Nießbrauch 1035 A 1, 1085—1088; B. der Chefrau 1363 A 2; Aberlaffung der Verwaltung des Vermögens der Chefrau an den Chemann bei Gütertrennung 1430, eines volljährigen Rindes an die Eltern 1619; Verfügung des Baters 1643, bes Bormundes 1822 Ziff 1; vgl. Elterliche Ge-Verwaltungsgemeinschaft, Sorge walt, für bas B.

Bermogensanfall bes Baters 1647.

Bermögensanlage 242 A 5c.

Bermögensübernahme, Bertrag 311; Saf. tung bes Ubernehmers 419; Leiftung an einen Dritten 330.

Bermögensverhältniffe, Berschlechterung ber

Vermögensverhältnisse eines Teiles bei gegenseitigen Verträgen 321; bes Darlehns. empfängers 610; bes Hauptschuldners 775; Irrtum über Vermögensverhältnisse eines Berlobten 119 A 1, eines Chegatten 1334; B. bes Erblaffers als Maßstab bei ber Ausgleichung der Abkömmlinge 1050 A 6a; val. Offenbarungspflicht, Krieg.

Bermögensverwaltung, Aberlassung ber Bermögensverwaltung an den Chemann bei Gütertrennung 1430; an die Eltern bes volljährigen Kindes 1619; des elterlichen Gewalthabers 1638; des Vormundes 1802, 1840; 1792 A 2; vgl. bie ehelichen Guter-

rechte. Verwaltung.

Bermögensverzeichnis vgl. Berzeichnis. Bermutung bes Beitpunkts bes Borhanbenseins von Biehmängeln 484; bei Unterhaltsgewährung zwischen Eltern und Ab. kömmlingen 685; der Richtigkeit des Grundbuchinhalts 891; des Benutungs. rechts von Grenzanlagen 921; der Fortdauer des Ersitungsbesites 938; für das Eigentum an beweglichen Sachen 1006; für das Eigentum des Nießbrauchbestellers 1058; bei der Abergabe des Hypothekenbriefs 1117; ber Rückgabe des Pfandes 1253; zugunsten der Gläubiger des Mannes 1862; wegen des Gesamtguts bei Errungenschaftsgemeinschaft 1527, 1540; ber Beiwohnung 1591; ber Erbeigenschaft bes Fistus 1964; ber Vollständigkeit bes Inventars 2009, bei ber Erbeinsetzung binsichtlich ber Ausgleichungspflicht 2052 A 2; der Absicht der Testamentsaufhebung 2255; der Richtigkeit des Erbscheins 2365; der Vollständigkeit und Richtigkeit schriftlicher Verträge 125 A 6; vgl. Tod. Bernachlässigung bes Kinbes 1666.

Bernichtung ber Schuldverschreibung 799, bes hnpothekenbriefs 1162; bes Tefta-

ments 2255.

Beröffentlichung vgl. Bekanntmachung. Berpachtung: Ginfluß ber Berpachtung ber Jagd auf ben Erfat von Wildschaden 835; burch Rießbraucher 1056; für bas Kind 1663; für ben Mündel 1822.

Berpfändung als Mittel der Sicherheits-leistung 232, 237; vgl. Pfandrecht.

Berpflegung, Berjährung ber Aufpriiche für Berpflegung 196: bes Dienftverpflichteten

Berpflichtung bes Vormundes 1789; ber Familienratsmitglieder 1870.

Bersandort 269 A 1.

Berfäumnisurteil bei der Chescheidung 1564

Berichaffungsvermächtnis 2170.

Berichlechterung bes Gegenstandes Schuldnerverzug 290, nach Eintritt der Rechtshängigkeit 292, 989; der Sache beim Küdtritt 347, 351; Gefahrtragung beim Kauf 446, 487; bei der Wandlung 467, 634; beim Biehkauf 487; der Sache bei Wiederkauf 498, 501; der Mietsache 5.48; des Pachtinventars 588; der geliehenen Sache 602; des vom Besteller gelieferten Stoffes 644; der vom Gesellschafter der Gesellschaft überlassenen Gegenstände 732; der durch eine unerlaubte Handlung entzogenen Sache 848; B. durch Verschulden des Besitzers 989; der Sache beim Nießbrauch 1087, 1050; des Grundstüßen 1133 dis 1135; des Pfandes 1226; der Erbschaftssache durch den Erbschaftsbesitzer2023, durch den Vorerben 2182; Gesahrtragung beim Erbschaftskalf 2880; vgl. Vermögenstverhältnisse.

Berichollenheit 13; bes Münbels 1884; Aufgebot bes verschollenen Grundstückseigentümers 927; val. Tobeserklärung.

tümers 927; val. Tobeserklärung. **Berichulben** 276, 277; Haftung ohne Berschulben Borbem 2 vor 249; val. Haftung; konkurrierendes Berschulben 254; bei Gesamtschulbverhältnis 425; bei Gesamtschulbverhältnis 429.

Berichuldungsgrenze EG 117.

Berichwägerie 1308, 1327, 1779, 1847, 1859; als Testamentszeugen 2284; vgl. Schwägerschaft.

Berichweigung 1974, 2060.

Berichwendung, Entmündigung 6 A 4, EG 156; entmündigter Berschwender: besschräfte Geschäftsfähigkeit 114; Berschwendung als Grund zur Aufhedung der allgemeinen Gütergemeinschaft 1468, der fortgesetten Gütergemeinschaft 1495; Unfähigkeit zur Bormundschaft 1780, zur Mitgliedschaft im Familienrat 1865; Testierfähigkeit 2229; Pflichtteilsbeschräntung in guter Absicht 2388.

Berighwiegenheit, Verletung 826 A 2. Beriendung, Kosten 269; bei Kauf 447, 448, 929 A 7; beim Werkvertrag 644.

Bersetung bes Mieters 570; bes Bächters 596.

Bersicherung zugunsten eines Dritten 330; Ungewißheit über die Verson des Berechtigten 372 A 4; V. der Sache bei Nießbrauch 1045, 1046; beim Erbbaurecht wgl. dieses; Haftung der Forderung für die Hypothek 1127—1130; Jahlung der Versicherungsprämien durch den Ehrmann 1385, 1386 A 5; Rechtsstellung der Versicherungsanstalten Vorbem 2 vor 21; wgl. Versicherungsvertrag.

Bersicherung an Eides Statt jur Begrunbung bes Antrags auf Erbichein 2356.

Berficherungsrecht EG 75.

Bersicherungsbertrag, Vorbem 1 vor 249; Auslegung 157 A 3; gegenseitiger B. 762 A 1; Leibrentenvertrag einer Versicherungsanstalt 759 A 2; Anzeigepslicht des Versicherten 278 A 3 Abs. 2; Versicherungsschein 808 A 1; Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Versicherers 242 A 5a; Lebensversicherung als Gegenstand des Nachlasses 1922 A 5. Bersprechen ber Leistung an einen Dritten 328; einer Schenkung 518, 528, 2301.

Bersteigerung, Zuschlag 156; ber hinterlegten Sache 383, 384, 386; bes Tieres bei Wandlungsausprüchen 489; ber gemeinschaftlichen Sache 753; ber gefundenen Sache 966, 975, 979—981; des Pfandes 1219—1221, 1285—1237;

Mängel ber versteigerten Sache 461; Verbot ber Teilnahme an Versteigerungen für beteiligte Personen 456, 457; öffentliche Versteigerung, Eigentumserwerb 935.

Verteibigung gegen einen rechtswibrigen Angriff 227, gegen verbotene Eigenmacht 859, 860; Koften ber Verteibigung ber Fran 1887, bes Kindes 1654.

Bertiefung bes Nachbargrundstücks 909.

Bertrag Vorbem vor 145; Grundsatz der Vertragsfreiheit Vorbem 3 vor 104; Schriftlichkeit 125 A 6; Vertragsschluß unter Anwesenden 147 A 2, unter Abwesenden 147 A 3; gerichtliche oder notarielle Beurkundung 152, 154; offener Mangel der Einigung 154; versteckter Mangel der Einigung 155; Einfluß des Todes und des Verlustes der Geschäftsfähigkeit auf das Zuftandekommen 153, Sinfluß der Konkurseröffnung 156; Vertretung deim formbedürftigen V. 120 A 1; Außegung 157; positive Vertragsverletungen 325 A 4; Bestätigung eines nichtigen Vertrags 141;

Begründung eines Schuldverhältnisses 305; Aushebung 305 Al; genischte Verträge 305 Al; auf unmögliche Leistung 306; negatives Vertragsinteresses Vertragsinteresses Vertrags Vertragsinteresses Vertragsinteresses Vertragsinteresses Vertragsinteresses Vertragsinteresses Vertragsinteresses Vertragsinteresses Vertragsinteresses Vertragsing bestünftigen Vermögens 310, des gegenwärtigen Vermögens 311, über den Nachlaß eines Dritten 312; Grundsstüdsveräußerungsvertrag 313; Form nachträglicher Abänderungen 313 Al 2; Vestimmung der Leistung durch einen Vertragsteil 315, 316, durch einen Dritten 317 bis 310.

[. Annahme, Antrag, Gegenseitiger Bertrag, Geschäftsfähigkeit, Cheliche Güter-

rechte;

Vertrag zugunften eines Dritten 328; Erfüllungsübernahme 329; Lebensversicherungsverträge 330; Leiftung nach bem Tode des Versprechensempfängers 331; Vorbehalt der Substitution 332; Widerenf 328 A 4; Purückveisung durch den Dritten 333; Einwendungen des Versprechenden 334; Forderungsrecht des Versprechensempfängers 335; fideicommissum a deditore relictum 516 A 9, 1937 A 1, 2301 A 1.

Bertragserbe 1941; Beeinträchtigung burch Schenkungen an Dritte 2287. Bertragsfreiheit, Grundsaty Borbem 3 vor 104.

Sertragsstrase 339; für den Fall der Nichtersstung 340; für den Fall der nicht gehörigen Erfüllung 341; nicht in Geld bestehend 342; Verhältnis zur Erfüllung 340, 341, 342; Herabsehung der Höhe 343, 306 A2; Unwirtsamkeit der Hauptberbindlichkeit 344; Beweislast 345;

bei ber Unterlassungsschulb 340 A 3, 343 A 2; bei Teillieferungsverträgen 341 A 3; im Verhältnis zwischen Handlungsgehilsen und Prinzipal 340 A 3; Ausschlußbes Verfalls infolge Aufrechnung 389 A 3; Mitübergang des Rechts auf die V. dei Abtrehung 401 A 1; Eintragungsfähigkeit dei Miete und Pacht Vorbem 3 vor 535; Form des Versprechens dei Grundstädsveräußerungsvertrag 313 A 2; B. als Mebenleistung der Hypothet 1115 A 6; beim Erbbaurecht vgl. dieses; Verzugssstrafe 286 A 2.

Bertragsverletsungen Borbem 9 vor 104; positive 325 A 4, 326 A 1c; vgl. culpa in contrahendo.

Bertragswidriger Gebrauch ber Mietsache 550, 553.

Bertretbare Sachen 91; Darlehn 607; Berflieferungsvertrag 651; Berwahrung 700; Gesellschaftsbeitrag 706; Leibrente 759 U 1; Anweisung 783.

Bertretung, Begriff Vorbem 1—4 vor 164; mittelbare, unmittelbare Vorbem 1 vor 164; 164 A 2; aktive und passive Vorbem 2 vor 164; beschränkte Geschäftsfähigkeit des Bertreters 165; Willensmängel, Kenntnis, Unkenntnis des Vertreters 166; Unterschied des Stellvertreters vom Voten 120 A 1; V. bei Kamensunterschrift 126 A 2; Mißbrauch einer Vertretungsmacht 826 A 51; Haftung für den Vertreter 278, 831;

ohne Bertretungsmacht: Genehmigung von Berträgen 177; Widerruf 178; Saftung des Bertreters 179; bei einseitigen Rechtsgeschäften 180; bei der Auflassung 925 A 7;

Selbstkontrahieren 181; Befugnis zum Bergleichsabschluß 779 A 1; bei ber Einigung über einen Grundstücksvertrag 878 A 7c, bei ber Auflassung 925 A 11; beim Besitzerwerb 854 A 5; Vertreter bei ber Inhaberhypothek 1189; Schlüsselwalt ber Frau 1357;

ausgeschlossen bei Erteilung der elterlichen Einwilligung zur Eheschließung
1307; bei Eheschließung 1317 A 4; bei
Erteilung der Zustimmung und Kindigung des Mannes 1358; bei Ansechtung der Ehe 1336, der Ehelichkeit 1595;
beim Antrag auf Ehelichkeitserklärung
und der Einwissigung zur Ehelichkeitserklärung
1728; bei der Annahme an Kindes
Statt 1748, 1750, 1755; filr Mitglieder des

Familienrats 1872; bei Errichtung bes Testaments 2064; beim Erbvertrag 2274; bei bessen Ansechtung 2282; beim Erbverzicht 2347, 2351;

vgl. Vollmacht, Elterliche Gewalt, Bormund, Gesehlicher Vertreter, Cheliche

Güterrechte.

Berwahrer, gerichtlich bestellter, bei Gesamtgläubigerverhältnis 432; beim Pfandrecht 1217, 1281; bei Miterbschaft 2039.

Serwahrung, uneigentsiche Borbem 1 vor 607; 607 A 6; 608 A 2; 688 A 2; 700; Sammelverwahrung 700 A 6; Gemeinsschaftsverwahrung, freiwillige Sequestration Borbem 2 vor 688; unmittelbarer Besits 868; der gefundenen Sache 966; des Pfandes 855 A 5, 1215, 1217;

amtliche Vorbem 2 vor 688; 690 A 1; bes Testaments 2246, 2248, 2256; bes gemeinschaftlichen Testaments 2278; von

Erbverträgen 2277, 2300;

vgl. Hinterlegung.

Verwahrungsvertrag, Begriff Vorbem 1 vor 688; 688; Bergütung 689, 699; Haftung bes Berwahrers 690, des Hinterlegers 694; Mecht des Berwahrers, die Sache bei einem Dritten zu hinterlegen 691, die Art der Aufbewahrung zu ändern 692; Erfat von Aufwendungen 693; Mückforderungsrecht und Rücknahmepflicht des Hinterlegers 695, 696; Mückgabe 697; Zurückbehaltungsrecht, Aufrechnungsbefugnis des Verwahrers 697 U.2; Konkurs des Berwahrers 697 U.2; Konkurs des Berwahrers 697 U.2; Berzinfung von Geld 698; Miete eines Stahlkammerfaches 535 U.2; val. Verwahrung.

Berwaltung, Auskunftspflicht über eine Ber-

waltung 259;

bes gemeinschaftlichen Gegenstandes 744 bis 746, 1010; für Nechnung des Nießbrauchers 1052; des Vermögens eines volliährigen Kindes 1619; des Kindesvernögens 1638; des Vermögens des angenommenen Kindes 1760; des Mündelvermögens 1803; des Nachlasse durch die Miterben 2038 bis 2040; ordnungsmäßige V. 2038 U.; durch den Testamentsvollstrecker 2205; vgl. die Chelichen Güterrechte, Nachlasserwaltung-

Berwaltungsbehörde, Mittwirkung bei ber Einiragung von Bereinen 61—63; Berwaltungsakte Borbem 1 vor 116.

Berwaltungsgemeinschaft der Ehegatten 1363—1425; Begriff, eingebrachtes Gut 1363; Verzeichnis des eingebrachten Gutes 1372; Ausschluß bei beschränkter Geschäftsfähigkeit der Frau 1364; Borbehaltsgut 1365—1371; Berwaltungsgemeinschaft der Miterben 2038 A 1;

Verwaltung und Anhnießung bes Ehemanns 1373 bis 1409; Besitzecht bes Ehemanns 1373; Erlah von Aufwendungen 1890; ordnungsmäßige Verwaltung, Auskunftspflicht 1374; Verfügungen

bes Mannes über eingebrachtes Gut 1875 bis 1878; Ersetung ber Zustimmung ber Thesrau durch das Vormundschaftsgericht 1379; Prozeßführungsrecht des Ehemanns 1880; Surrogation 1881, 1882; Erwerb ber Nutungen durch ben Mann 1883, 99 A 1; Tragung des ehelichen Aufwandes 1889, der Erhaltungkoften 1884, der Lasten 1885, der Zinsen und wiederkehrenden Leistungen 1886, der Prozeßfosten 1887, 1416; Unsibertragbarkeit der Rechte des Mannes 1408; Rechte und Pflichten des Vormundes

des Mannes 1409; Auspruch der Frau auf Sicherheits. leiftung und hinterlegung 1391-1393, 1418; zeitliche Begrenzung der Ausprüche der Chefrau gegen den Mann 1394; Verfügung der Frau über eingebrachtes Gut 1395—1407; Einwilligung des Mannes 1395-1398, zum Betriebe eines Erwerbs. geschäfts 1405; Zustimmung bes Mannes zu Rechtsgeschäften 1399, 1401, 1412; Genehmigung von Berträgen 1396, 1397; Widerruf des Dritten 1397; Untvirtsamteit eines einseitigen Rechtsgeschäfts 1398; einseitige Rechtsgeschäfte Dritter in bezug auf das eingebrachte Gut 1403; Haftung des Dritten 1404; Verpflichtungen ber Frau zu vermögensrechtlichen Leiftungen 1399; Prozefführung der Frau 1400, 1407, 1415, 1416; Erfetung der Buftimmung des Mannes durch das Bormunbichafts. gericht 1402; von der Zustimmung bes Mannes befreite Rechtshandlungen der Frau 1399, 1405—1407;

Schulbenhaftung 1410—1417; Ausgleich wegen ber Schulbenhaftung unter ben Ehegatten 1415—1417; gesamtschulbnerische Haftung 1388; Zwangsvollstreckung 1400 Å 3, 5; 1405 Å 6; 1407 Å 11; 1411 Å 2; Konkurs 1411 Å 2; 1419; 1421 Å 5;

Beendigung der Verwaltung und Rutznießung 1418—1420; Klage der Frau auf Aufhedung 1418; Beendigung durch Konkurs des Mannes 1419, durch Todeserklärung 1420; Pflicht des Mannes zur Herausgade und Kechnungslegung 1421 dis 1423; Fortführung der Verwaltung durch den Mann nach Beendigung 1424; Klage des Mannes auf Wicderherstellung leiner Kechte 1425; Ausschlüß und Abänderung der Verwaltung und Kutznießung durch Seheertrag 1435, 1436; Einfluß der Verwandten 1604.

Berwaltungsstreitversahren bei Entziehung ber Rechtsfähigkeit von Bereinen 44; bei Einspruch gegen Eintragung eines Bereins 62.

Berwandte 1589; Chehindernis der Verwandtschaft 1810, 1827; Berwandte als Beugen der Eheschließung 1818; Wirkung der Ehelichkeitserklärung 1787, 1789; der Annahme an Ninbes Statt 1763, 1766; Verwandte als Vormund 1779; Rechtsgeschäfte des Vormundes mit seinen Verwandten 1795; Anhörung durch das Vormundschaftsgericht 1847; Mitwirtung beim Familienrate 1859, 1862; gesetliches Erbrecht 1924—1982, 1934; Einseung im Testament 2067; als Testamentszeugen 2284; Erbverzicht 2346; vgl. Unterhaltspssicht.

Berweigerung der Herstellung des ehelichen Lebens 1361.

Berweigerungseinrebe bes Miterben 2050 A 3; bes pflichtteilsberechtigten Erben 2318, 2319, 2328.

Berwendungen auf Früchte 102; als Grundlage des Zurüchbehaltungsrechts 273; nach Rechtshängigkeit 292; beim Nüchtritt 347; des Verkäufers 450; des Wiederverkäufers 500, 501; des Mieters 547, 558; des Vächters 581, 592; des Entleihers 601; auf die einem andern durch unerlaubte Handlungen entzogene Sache 850; dei Berbindung, Vermischung, Verarbeitung von Sachen 951; des Besitzers auf die Sache 994—998; des Vordesitzers 999; Gestendmachung der Ansprüche des Besitzers 1000—1003; des Rießbrauchers 1049, 1057; des Pfandsläubigers 1210, 1216; des Erbschaftsbesitzers 2022, 2023; des Vorerben 2125, 2138; des Vermächtnisbesschaftsbeschaftsbassenden 2185; des Erbschaftsbassenden 2185; des

von Gelb: durch ben Beauftragten 668, ben Geschäftsführer ohne Auftrag 681, ben Berwahrer 698; durch ben Gesellschafter 718; von Mündelgeld durch den Bormund 1805, 1834; von Erbschaftssachen durch ben Borerben 2134.

Berwirkung von Rechten, Vorbehalt 360, 389 A 1; ber Vertragsstrafe 339; Rechtsverwirkung beim Pfandverkauf 1238; ber elterlichen Gewalt 1680, 1684, 1495, 1771.

Berzeichnis ber Mitglieber eines eingetragenen Bereins 72; über den Beftand eines Inbegriffs 260, 261; beim Niefbrauch 1085; des eingebrachten Gutes 1372, 1528, 1550; des Kindesvermögens 1640, 1667, 1669, 1692, bei der Annahme an Kindes Statt 1760; des Mündelvermögens 1802; des Nachlasses Mündelvermögens 1802; des Nachlasses 1960; der Erhschaftsgegenstände: durch den Vorerben 2121, durch den Testamentsvollstreiter 2215, auf Verlangen des Pflichtteilsberechtigten 2314.

Berzeihung bes Schenkers 582 A 1; bes scheibungsberechtigten Chegatten 1570, Borbem 3 vor 1297; bei Pflichtteilsentziehung 2837; bei Erbunwilrbigkeit 2848.

Berzicht 397 A 1b; Berzichtbarkeit Borbem 5 vor 1; B. auf bas Ansechtungsrecht 144 A 1; auf die Annahmeerklärung durch den Antragenden 151; auf die Einrede der Berjährung 222 A 1, 225 A 1; auf die Auf-

wertung 242 A 5 d a; auf das Rücktrittsrecht 349 A 1, 351 A 1 a. E.; auf die Aufrechnung 387 A 1; auf Rücknahme der hinterlegten Sache 376, 382; auf Gewähr. leistung wegen Mängeln bei Kauf und Miete 476, 540; auf das Vorkaufsrecht 504 A 3, 4, 514 A 2; auf nicht endgültig erworbene Rechte 517; auf das Widerruffrecht bei ber Schenkung 583; auf die Kündigung bei Miete 554 A 2, bei Dienstvertrag 626 A 2; auf die Widerruflichkeit der Auslobung 658; auf das Kündigungsrecht des Beauf-Bos, unf dus kinfolgungsteht des Seutstragten 671 A 3; auf die Einreden bei der Bürgschaft 768; auf die Einrede der Borausklage 773; auf Rechte an Grundstüden 875; auf die Überbaurente 914; auf das Eigentum an beweglichen Sachen 959; an einem Grundstüd 928; bes Finders 976; auf Einreben gegen die Sypothekengläubiger durch ben persönlichen Schuld-ner 1137; auf die Sypothet 875 A 3; 1165; 1168, 1169, 1175; auf die Hypothet für Rudstände von Zinsen und Rebenleistungen 1178; auf ben Pflichtteil: durch die Ehefrau 1406, 1458, den Bater 1643, ben Vormund 1822; bes elterlichen Gewalthabers auf die Nutnießung 1662; des anteilsberechtigten Abkömmlings bei fortgesetter Gütergemeinschaft 1491, 1501, 1517; auf Unterhalt 1564 A 5; 1614, 1714; auf bas Recht zur Chescheibung 1570 A 5; auf das Erbrecht und den Pflichtteil 2846 bis 2352.

Berginjung des Naufpreises 452; des Wertlohns 641; des verwendeten Geldes 668, 698, 713, 1834; vgl. Zinsfah; Zinsen.

Berzug bes Schuldners, Mahnung, Zeitablauf 284; Beendigung und Heilung 284 A 5; 293 A 1; Verschulden 285; Schadensersat 286, 292; Verzugschaden infolge Gelbentivertung 242 A 5d 8, 286 A 2; Vertretungspslicht während bes Verzugs 287; Berzinsung von Gelbschulden 288, 289, nach Eintritt der Rechtshängigkeit 291, der Ersahlumme für einen untergegangenen Gegenstand 290; bei Verurteilung Zug um Zug 274.

des Gläubigers 293, 862 A 2; ordnungsmäßiges Angebot 294; wörtliches Angebot 295; Entbehrlichkeit des Angebots 296; ausgeschlossen durch Leistungsunvermögen des Schuldners 297; dei mangelnder Gegenseistung des Gläubigers 298; Wirkung des Unvermögens des Gläubigers 298; Wirkung des Unvermögens des Gläubigers aur Annahme 299; Haftung des Schuldners 300; Gefahrübergang dei Gattungsschulden 300 A 2, 248 A 3; Ruhen der Zinspsschulden 301; Ruhungen 302; Aufgade des Besitzes eines Grundstäds 303; Ersah der Mehrauswendungen des Schuldners 304;

Ausammentreffen von Schuldner- und Glänbigerverzug 284 A 1; B. des wahlberechtigten Glänbigers bei Wahlschuld 264; bei Teilleistung 266 A 1; bei gegenseitigem

Vertrage 322, 324, 326, 242 N 5 d ß; bes Müctrittsberechtigten 354; bei Gesamtschuldverhältnis 429; bei Gesamtsläubigerverhältnis 429; bei ber Wandlung 467; bes Schenkers 522; bes Vermieters in der Beseitigung eines Mangels 538; des Mieters 554; des Dienstberechtigten 615; des Unternehmers 633, 636; des Bestellers eines Werkes 642, 643, 644; des Hauptschuldners bei Bürgschaft 767, 775; des Leibrentenschuldners 759 A 2; Haftung des Besigers gegenüber dem Eigentümer 990; des Grundfückeigentümers wegen der Hypothekenzinsen 1146; des Unterpaltspssichtigen 1613; des Erbschaftsbesigers 2024.

Bertragsstrafe für den Fall des Berzugs 339, 286 A 2; Hinterlegung im Falle des Berzugs 372; Ausschluß des Berzugs infolge Aufrechnung 389 A 3.

Berzugszinsen 288—290; bes Schenkers 522; einer Hupothek 1146.

Bieh, Zubehör 98; vgl. Kauf. Biehmängel 481—493; vgl. Kauf. Bintulationsgeschäft 433 A 3g.

Bolljährige, Bormundschaft über Bolljährige 1896; Pflegschaft über Bolljährige 1910; im elterlichen Haushalt 1618, 1619.

Bolljährigkeit 2; **B**olljährigkeitserklärung 3 bis 5, der geschiebenen Chefrau 4 U 3; Bolljährigkeitserklärung des Mündels 1847, 1882 U 1; Chehindernis mangelnder Bolljährigkeit 1803.

Bollmacht, Begriff 166 A 4; Borbem 3 vor 662; Generalvollmacht 166 A 4; Bollmacht 3ur Bornahme einseitiger Rechtsgeschäfte 174; 3um Abschluß eines Grundsstädeveräußerungsvertrages 313 A 3c; 3ur Austassium 313 A 3d, 925 A 11; B. des geschäftsführenden Geselschaftstäderenden 398 A 1; 715 A 2; Inkassoullmacht 398 A 1;

Erteilung 167, 171, 172; unzureichende B. 180 A 1; Birkung des stillen Borbehalts 116 A 1, 3; Erlöschen 168—170, 173, 175; Biderruf 168 A 2, 3; 171; stillschweigende Fortschung 157 A 3; Hallenserklärung des Bollmachtgebers für unerlaubte Handlungen 823 A 12; Ansechtung der Willenserklärung des Bevollmächtigten 121 A 2 a. E.; Bollmachtsurfunde 172; Rückgabe nach Erlöschen 175; Krastloserklärung 176; vgl. Bertreter, Prozesvollmacht.

Bollstreckbarer Titel, Boraussehung zur Befriedigung aus dem Besithpfande 1233, aus dem Schiffe 1268, aus dem berpfändeten Rechte 1277.

Vollstredbare Urfunde, Berjährung der Ansprüche aus vollstredbaren Urfunden 218. Bollstredung vgl. Zwangsvollstredung.

Vollstredungsgegentlage, Aufrechnung 388

Vollstredungsmaßregeln, Unterbrechung ber Berjährung 209, 216.

Borans 1932; Berücksichtigung bei Berechnung bes Pflichtteils 2811. Borausklage, Einrede bei Büraschaft 771 bis 773; 202, 239.

Boraussehungen Vorbem 2 vor 158.

Borausverfügung des Vermieters über ben Mietzins 578, 1124, 1125.

Borausbermächinis 2110; 2150; Gegenstand des Erbschaftstaufes 2373.

Borbehalt, ftiller 116; wegen ber Vertrags. strafe bei Annahme der Leistung 341 A 3; bes Rücktritts 346; der Rechtsverwirkung 360, 339 A 1; des Eigentums 455; der Nechte bei Annahme der Kauffache 464, des Wertes 640; bei der Löschungsbewilligung 875 A 4; bes Ranges eines Grundbuchrechts 881; der Ergänzung letitivilliger Verfügungen 2086; des Rudtritts vom Erbvertrag 2293; vgl. Verfallklausel; der Entlassung des Vormundes 1790,

bes Familienmitgliedes 1871.

Borbehaltsgut bei Verwaltungsgemeinschaft 1365—1371, 1413 A 2; bei allgemeiner Gütergemeinschaft 1440, 1441; bei fortgesetzter Gütergemeinschaft 1486; bei Errungeuschaftsgemeinschaft 1526; bei der Fahrnisgemeinschaft 1549, 1555; Laften des B. 1385; vgl. die Chelichen Güterrechte.

Borbehaltsurteil, Berjährung 219. Borbildung zu einem Berufe 2050 A 6

6 a; 1610; 1708.

Vorenthaltung ber Mietsache 542, der Pacht. sache 597, des Kindes 1632, des Mündels 1800.

Borerbe f. Nacherbe; Angabe im Erb. schein 2363.

Bortauferecht 504—514; f. Rauf; Unterschied vom Wiederkaufsrecht 1094 21 5; Form des Vertrags 313 A 1ca; kein B. der Teilhaber einer Bruchteilsgemeinschaft 741 A 2; Bortaufsrecht des Miterben 2034, 2035;

bingliches 1094, 1103; an einem Grundstücksbruchteil 1095; am Zubehör 1096; einmaliges und mehrmaliges Vortaufsrecht 1097; Rechtsverhältnis zwischen Berechtigten und Berpflichteten 1098; Wirfung als Vormerfung 1098; Rechtsverhältnis zwischen Berechtigten und Räufer 1099-1102; Aufgebot bes unbekannten Berechtigten 1104.

Borläufige Vormundichaft 1906-1908, 114. 1781; über Geschäftsunfähige 105 A 4.

Vorlegung von Sachen 809-811; im Prozefi Vorbem 1, 2 vor 809, 811 A 2; Besichtigung einer Sache 809; Einsicht von Urfunden 809 A 2, 810; Erfüllungsort, Gefahr, Roften 811.

Borlegungsfrist bei Schuldverschreibungen auf den Inhaber 801; Hemmung burch Rahlungssperre 802.

Borleiftung bei gegenseitigen Berträgen 320, 321, 322; 242 A 5 d ß a. E.

Bormertung, Begriff 883 A 1, 8; 878 A 3 a. E., vormerkungsfähige Mechte 888 U 2—7, 10; B. zugunsten des Bauhandwerkers 648 A 3, zugunsten des Bauunternehmers 883 A 2; B. über einen Grundstücksteil 883 A 9; zur Sicherung des Ans spruchs auf Rangänderung 880 Å 3 a. E., 888 A 7, auf Löschung einer Hopothet 1179; B. eines Nachlaßgläubigers 1990: beim Aufgebot der Nachlaßgläubiger 1971, 2016; Wirkung des Vorkaufsrechts als

Vormerkung 1098; Eintragung 883 A 9; Eintragung auf den Anteil eines Miteigentlimers 883 A 3; auf Grund einstweiliger Verfügung ober Bewilligung 885; Nangverhältnis 879 A 3, 883 A 14; Vorbehalt auf Eintragung einer V. 881 A 2; Wirkung der B. 883 A 11, 888, auf die Verjährung 223 A 1; 883 A 8 a. E., 902 A 1, auf die Zwangs-versteigerung 883 A 12; Hafting des Erben bes Berpflichteten 884; Übertragung bes vorgemerkten Anspruchs 883 A 12; Ab-tretung bes Anspruchs auf Löschungs. vormerkung 401 A 1; Widerspruch gegen die B. 883 A 8; Beseitigung der B. auf Ernnb einer Einrede 886; Beseitigung durch den Verkäufer des Grundstücks 439; Aufgebot des unbekannten Gläubigers 887.

Bormundschaft über Minderjährige 1773; über uneheliche Kinder 1778; über Ausländer EG 23; Amts., Anstalts., Bereins. vormundschaft 1773 A 5; Anordnung von

Ants wegen 1774;
Bormund: Mitvormund 1775, 1778, 1786, 1797, 1798; Bormund für mehrere Geschwister 1775; Berufung 1776, 1778; Benennung 1776, 1777; Auswahl 1779; Unfähigfeitägründe 1780; Untauglichkeitägründe 1790; gründe 1781; Ausschließung burch Gewalt. haber 1782; Chefrau 1783; Beamter 1784; Übernahmepflicht 1785; Ablehnungsgründe 1786, 1787; Ordnungsstrafen 1788; Berpflichtung 1789; Vorbehalt der Entlassung 1790; Bestallung 1791; Mudgabe der Bestallung nach Beendigung der B. 1893;

Gegenvormund 1792, 1799, 1802, 1809, 1810, 1812, 1826; vgl. Gegenvormund. Wirkungstreis des Vormundes 1793, 1794, 1800; Haftung für Beaufsichtigung 832 A 5; Ausschluß ber Vertretungs. befugnis 1795, Entziehung der Vertretungsbefugnis 1796, ber religiöfen Erziehung 1801; Einreichung des Vermögensverzeichnisses 1802; Sorge für das Vermögen bes Münbels 1794; Berücksichtigung von Anordnungen Dritter 1803; Schenkungs. verbot 1804; Verbot der Verwendung von Mündelvermögen 1805; Anlegung bes Mündelgeldes 1806-1811, EG 212; Erforderlichkeit der Genehmigung des Gegenvormundes 1812, 1813; Gebaren mit Wertpapieren, Buchforderungen, Kostbarkeiten des Mündels 1814—1820; Erforderlichkeit der Genehmigung des Vormundschafts. gerichts 1821—1824; allgemeine Ermäch. tigung bes Vormundes 1825; Anhörung

des Gegenvormundes 1826; bes Mündels 1827; Erklärung und Wirtsamkeit der Genehmigung 1828; nachträgliche Genehmigung 1829; Widerruf 1830; Vornahme eines einseitigen Rechtsgeschäfts 1831:

Haftung bes Vormundes 1833; Verzinfungspflicht 1834; Erfat von Aufwendungen 1835; Vergütung 1836; Austunftspflicht 1839; Rechnungslegung 1840—1843, 1890—1892; Sicherheitsleiftung 1844; Verechelichung eines zum Vormund bestellten Etternteils 1845; Verhinderung 1846; Tod

1894;

Beendigung: infolge des Wegfalls der Voraussehungen 1882, Legitimation des Mündels durch nachfolgende She 1883, des Todes oder der Todeserklärung des Mündels 1884; Beendigungsgründe des Mindels 1884; Beendigungsgründe des Unites des Vormunds 1886 L 2; Beendigung infolge der Entmündigung und Todeserklärung des Vormundes 1885; Entlassung des Vormundes wegen Pflichtwidrigkeit 1886, einer verheirateten Frau 1887, eines Beamten 1888, aus wichtigen Gründen 1889; Kechnungslegung 1890 bis

Verjährung der Ansprüche gegen den Mündel 204; Haftung des Mündels für Berschulden des Vormundes 1793 A 2; Einwilligung zur Eheschleißung 1804; Rechte und Pflichten des Vormundes des Ehemanns in bezug auf das eingebrachte Gut 1409, bei allgemeiner Gütergemeinschaft 1457; Vormund des Kindes als Beistand der Mutter 1696, 1707; V. des Kindes aus nichtiger Ehe 1702; Annahme des Mündels au Kindes Statt 1752;

über Volljährige 1896, 1897; Berufung 1898, 1899; Ehegatte 1409, 1900; Fürsorge bes Vormundes 1901; genehmigungspflichtige Nechtsgeschäfte 1902; Gegenvormund, befreite Vormundschaft

1903, 1904; Familienrat 1905;

Befreite Vormundschaft 1852-1857; vorläufige Vormundschaft 1906, 1907, Aufhebung 1908; vgl. Bormundschaftsgericht. Bormundschaftsgericht: Borbem 4, 5 vor 1773, EG 147; Genehmigung Borbem 2 por 104, 184 A 1; Bolljährigkeitserklärung 3; Tätigkeit bei Betrieb eines Er-Ubernahme oder werbsgeschäfts Dienst ober Arbeit durch einen Minderjährigen 112, 113; Ersehung ber er-forderlichen Einwilligung bei ber Eheschließung 1304, 1308; Ausstellung eines Zeugniffes zur Wiederverheiratung 1314; Tätigkeit bei Anfechtung der Ehe 1336, 1337; Ordnung der Schlüsselgewalt 1357; Regelung des ehemännlichen Kündigungs. rechts 1358; Erfetung der Zustimmung der Chefrau zu Rechtsgeschäften des Mannes 1379; der Zustimmung des Chemanns zu Rechtsgeschäften ber Frau 1402;

Genehmigung zum Abschluß des Chevertrags 1437; Ersehung ber Zustimmung ber Frau bei allgemeiner Gütergemeinschaft 1447, 1448, der Zustimmung des Mannes 1451, bei ber Errungenschaftsgemeinschaft 1519, bei ber Fahrnisgemeinschaft 1549; Tätigkeit bei fortgesetter Gutergemeinschaft: Genehmigung zur Ablehnung durch den überlebenden Chegatten 1484, zum Verzicht des Abkömmlings auf den Gesantgutsanteil 1491, zur Aufhebung durch den überlebenden Chegatten 1492; Anzeige der Absicht der Wiederverheiratung an das Vormundschaftsgericht 1493, 1669; Genehmigung zur Anfechtung der Chelichkeit und deren Anerkennung 1595, 1599; Bestimmung des dem Kinde zu gewährenden Unterhalts 1612; Verrichtungen auf dem Gebiete der elterlichen Gewalt Vorbem 4 vor 1616; Entscheidung über Meinungsverschiedenheiten zwischen Bater und Pfleger 1629; Entziehung der Vertretungsmacht bes Vaters 1630; Zuchtmittel gegen das Kind 1631; Regelung des Berhältnisses geschiedener Eltern zu den Kindern 1635, 1636; Mitwirfung bei der Bermögens verwaltung des Valers 1639, 1640, 1642 bis 1645; Genehmigung zum Verbrauch von Geld durch den Bater 1653; Entgegennahme der Erklärung des Vaters über den Verzicht der Nutmießung 1662; Einschreiten im Interesse des Kindes gegen den Gewalthaber 1665—1673; Feststellung des Ruhens der elterlichen Gewalt 1677; Übertragung ber elterlichen Gewalt auf die Mutter 1685; Tätigkeit beim Bestehen einer Beistandschaft 1687-1695; Venehmigung des Vertrags über den Unterhalt des unehelichen Kindes 1714; Mitwirkung bei der Chelichkeitserklärung 1727 bis 1729; bei ber Annahme an Kindes Statt 1750—1752, 1760, 1770; bei der Pflegschaft 1915 21 1;

Genehmigungspflichtige Handlungen des Bormundes 1821 A 3, 1812, 1821—1824; Auflassung 925 A 7 a. E.; Erklärung und Wirksamkeit der Genehmigung 1828 dis 1831; nachträgliche Genehmigung eines Bertrags 1829; allgemeine Ermächtigung 1825; Aussicht, Ordnungsstrafen 1788, 1837; Unterbringung des Mündels 1838; Abmahme der Kechnungslegung des Vormundes 1840—1843, 1892; Erfordern von Sicherheitsleistung 1844; Gehör von Verwandten 1847; eigenes Handeln bei Fehlen eines Vornundes oder dessen Behinderung 1846; Tätigkeit dei Bestehen eines Fa

milienrats 1858—1881;

Mitteilung bes Nachlaßgerichts an bas Vormundschaftsgericht über die Inventarerrichtung 1999; Mittvirfung beim Erbvertrag, wenn ein Vertragsteil durch einen gesetzlichen Vertreter vertreten ist 2275, 2282, 2290, 2292, beim Erbverzicht, wenn der Verzichtende einen gesetzlichen Vertreter hat 2347, 2351.

Vormundichaftkrichter, Haftung 1674, 1848, 839 A 4 d; als Vorsitzender des Familienrats 1860, 1863, 1864, 1872—1877. Vornamen 1616 A 1; des unehelichen Kindes

1706 H 1.

Borrang von Nechten an Grundstücken 879, 880; Vorrangsgrundsat für Grundbuchrechte Vorbem 30 vor 873; des dem Gläubiger verbleibenden Teiles der Hypothef vor dem zur Eigentümergrundschuld gewordenen Teile 1176; eines Vermächtnisses oder einer Auflage vor den übrigen Beschwerungen 2189.

Borjak, haftung des Schuldners 276; Begriff 276 A 4a, b; 823 A 2; vgl. Haftung,

Unerlaubte Handlung.

Borschuß Borbem 2 vor 607; bes Dienstberechtigten, Arbeitgebers, Nechtsanwalts, Verjährung 196; beim Auftrag 669; an ben geschäftsführenden Gesellschafter 713; bes Vormundes 1835.

Borstand bes Vereins 26—31; des eingetragenen Vereins 58; vgl. Vereine.

Borteilsausgleichung Vorbem 5 vor 249. Borlibergehende Berbindung einer Sache mit Grund und Boben 95, 97; borübergehende Benuhung einer Sache 97; vorübergehende Trennung einer Sache 97.

Vorberhandlungen, Berücksichtigung bei ber Auslegung von Rechtsgeschäften 188 A 1; Vorbem 2 vor 145.

Vorvertrag Vorbem 2 vor 145; Abtretung 398 A 1; Darlehn 610, 398 A 3, 399 A 2; Verwahrung Vorbem 1 vor 688; Geselfschaftsvertrag 705 A 2; Grundstücksmiete 566 A 1; Grundstücksfauf 313 A 1 a; über die Einigung bei Grundstücksverträgen 878 A 7 c.

Borzugsrecht einer Forderung im Konkurse: im Falle der Abtretung 401, im Falle der Schuldübernahme 418, Aufgade durch den Gläubiger bei der Bürgschaft 776.

917

Wägen der Rauffache, Rosten 448.

Bahlschuld 262; Unterschied von Gattungssichuld 243 A 1; Ausübung der Wahl 263; Berzögerung der Wahl 264; Unmöglichsteit einer Leistung 265, 307 A 3.

Wahlvermächtnis 2154. Währung 244 A I.

Wahrnehmung berechtigter Interessen 824

Bald, Gegenstand des Nießbrauchs 1038, der Erbschaft 2123.

Waldgenossenichaft EG 83. Wandelpon 339 A 1; 359 A 1.

Wandlung 462; Natur 465, 320 A 7; neben Anfechtung 142 A 1; Verhältnis zum Rückritt 351 A 1; Erfüllungsort 269 A 5, 467 A 3; Bollziehung 466-471; beim Biehkauf 487; beim Berkvertrag 684.

Wappenrecht 12 A 1. Warenlager 92 A 7.

Barenzeichen 12 A 2, 4, 5; Mißbrauch 826 A 5i.

Bärme, Zuführung 906.

Bartegeld, Berjährung 197; Abtretung 411; EG 81.

Bartezeit ber Frau vor Eingehung einer neuen Ehe 1813; Befreiung 1822.

Wasserrecht EG 65.

Wechsel zum Zwecke der Erfüllung 362 A 2; 364 A 2; 433 A 9a, co; über Spiel- und Wettschuld 762 A 4; gesamtschuldnerische Haftung 421 A 1, 426 A 2; Diekontierung 433 A 3b; Gültigkeit als Schuldschein 140 A 2, als Anweisung 783 A 1; Verpfändung 1292, 1294; Sicherung der Forderung aus dem Wechsel durch Sicherungshydothek 1187; Schiffspfandrecht 1270; Übernahme von Wechselverbindlichkeiten durch den Vornund 1822.

Wechselbürgschaft Borbem 5 vor 765. Wechselremboursgeschäft 493 A 9a, cc. Bechselseitiges Testament 2269, 2270.

Wcg 93 A 1; öffentlicher 917 A 5, 1018 A 2; Außbesserung durch den Pächter 582; Verbindung mit einem öffentlichen Wege, Aotweg 917.

Wegegerechtigkeit 1018 A 6, 7. Wegeregulierung EG 118.

Begjall bes Kechtsgrundes einer Leistung 812, 820, eines Erben 1985, 2053, 2854, eines ausgleichungspflichtigen Abkömmlings 2051 A 1, 2, eines im Testament bebachten Abkömmlings 2069, eines Mitcrben 2051, 2094, 2110, 2373, eines Beschwerten 2161, 2194, 2196, eines Testamentsvollstreders 2197, 2224, eines Erbunwirdigen 2841, eines Bermächtnisses beim Erbschaftstauf 2872.

Begnahme einer Sache gum Zwede ber

Selbsthilfe 229, 230.

Begnahmerecht 258; bes Wieberkäufers 500; des Mieters 547 A 3, 985 A 3; des Entileihers 601; im Falle der Verbindung 951; im Verhältnis zwischen Eigentümer und Besitzer 997; des Nießbrauchers 1049, 1057; des Pfandgläubigers 1216; des Vorerben 2125; vgl. Abholungsrecht.

Behrpflicht, Erfüllung, Ginfluß auf Wohn-

Weisungen des Bollmachtgebers 166; des Auftraggebers 665.

Wert 95 A 4, 836 A 2, 908 A 2; Eigentun am Werte bei Aussobung 661; Einsturz 886, 908.

Werklieferungsbertrag 651, 483 A 3 d. Werkvertrag, Begriff Vorbem 1 vor 631; 631; Abgrenzung von Kauf- und andern Verträgen 488 A 3c; Vorbem 1 vor 631; Unteilbarkeit 266 A 1; Vergütung 631 A 2, 682; beren Fälligkeit 641; Tod des Unternehmers 681 A 1, 649 A 2, des Bestellers

649 21 2;

Begriff bes Unternehmers 647 A 1, 648 A 1; Gewährleifungspflicht 638—639; Inhalt der Berpflichtung 631 A 1, 638; Jaftung für Hilfspersonen 631 A 1; Garantieleistung und Verpflichtung zur Nachbessering 638 A 4; Wandbung, Winderung 634, 320 A 7; Schabensersat 631 A 1, 634 A 1, 635; Kückrittsrecht des Bestellers bei nicht rechtzeitiger Lieferung 636; vertragsmäßiger Ausschluß der Haftung 637; Zurückbehaltungsrecht des Unternehmers 641 A 1; Verjährung der Gewährleifungsansprüche 638, 639;

Berpstichtungen bes Bestellers 640—643: Abnahmepsticht 640, 226 A 1, Berzug bes Bestellers 642, 643, 644, Kündigung des Bertrags durch den Unternehmer 643, 649 A 1, durch den Besteller 649; Gesahrtagung 644, 645; Bollendung des Bertes 646; Pfandrecht des Unternehmers 647; Recht des Unternehmers auf Bormerkung und Sicherungshypothek 648; Kostenanschlag 631 A 1, 632 A 2, 650; Geschäftsbesorgung auf Grund eines Werkertrags

Borbem 1, 2 vor 662; 675.

Bert, Berzinsung bes Wertes 290, Ersat bes Pachtinventars 593; im Falle ungerechtsertigter Bereicherung 818; eines Rechtes am Grundstück 882; bes überbauten Grundstück 915; bes Rießbrauchs an verbrauchbaren Sachen 1067; ber zur Ausgleichung zu bringenden Zuwendung 2055, ber Aachlasigegenstände 1978, 2001; Bestimmung bes Wertes eines vermachten Grundstück 2166—2168; Bestimmung bes Wertes des Nachlasses für die Pflichtteilsberechnung 2311—2313; vgl. Schähungswert, Schaden.

Wertbeständige hupothet 1113 A 4. Wertgrenze für die Belaftung von Grund.

stücken EG 117.

Bertminderung einer durch unerlaubte Sandlung erlangten Sache 849; bes Pfan-

bes 1218.

Berthapiere Vorbem 1 vor 798; Sicherheitsleistung 282, 284, 285; Hinterlegung 872; depositum irregulare 700; Haftung des Verkäufers 487, des Wirtes 702; Differenzgeschäfte über Lieferung von W. 764; Untveisung auf Werthapiere 788; Pfandrecht 1296; des Minderjährigen 1667, 1812 bis 1820, 1853; Anlegung von Mindelgeld 1807; vgl. Inhaberpapiere, Orberpadiere.

Wertzuwachssteuer beim Grundstückstauf 449

A 1

Besentliche Bestandteile 98; eines Grundstelles, Sigentum 946; einer einheitlichen beweglichen Sache, Eigentum 947; Abstrennungsrecht des Besitzers 997.

Wettbewerb, wirtschaftlicher Wettfampf 826

M 5n.

Wettbewerbsverbot 226 A 1, 242 A 2; nichtiges 138 A 1e; Vertragsstrafe 339 A 3, 340 A 3, 343 A 1; als Gegenstand der Grund-Dienstbarkeit 1019 A 4.

Wette 762, 763; Nebenverträge 762 A 5;

val. Spiel.

Wichtiger Grund zur Kündigung des Dienstverhältnisses 626, der Gesellschaft 723; zur Aushebung der Bruchteilsgemeinschaft 749; zur Entlassung des Bormundes 1889; zur Aushebung des Berlöbnisses 1298; wichtiger dienstlicher Grund 1784.

Widerklage bei der Ehescheidung 1564 A 4,

1571 21 9, 1572 21 4, 1574.

Widernatürliche Unzucht, Chescheidungsgrund 1565.

Biberrechtlichkeit ber Drohung 123 A 3; ber unerlaubten Handlung 823 A 10.

Biberruf, Berhältnis zum Rücktritt 346 A 1; der Bestellung eines Vorstandsmitgliedes 27; einer Stiftung 81; des von einem Minderjährigen geschlossenen Vertrags 109; einer empfangsbedürftigen Willenserklärung 130; ber Bollmacht 168, 171, 176; eines Bertrags mit nichtberechtigtem Bertreter 178; der Einwilligung zu einem Rechtsgeschäfte 183; der Schenkung 530, 1584; des Darlehnsversprechens 610; des Mätlervertrags 652 A 1; der Auslobung 658; des Auftrags 665 A 2, 671, 674 A 3; ber Anweisung 790; der Einigung über einen Grundstücksvertrag 873 A 7c, 13; von Verträgen der Chefrau 1397, 1405; bes ohne Genehmigung bes Vormundschaftsgerichts geschlossenen Vertrags 1830; bes Testaments 2253-2257; des gemeinschaftlichen Testaments 2271; vgl. Unwiderruflichkeit.

Widersinnige Verträge 133 A 1.

Viberipruch eines geschäftsführenden Gesellschafters 711; gegen die Michtigkeit
des Grundbuchs 878 A 3, 891 A 4; 892,
899, 902; Eintragung 899 A 2; Kangverhältnis 879 A 3, 883 A 1; gegen eine
Bormerkung 883 A 8, 899 A 1; gegen die
Kichtigkeit des Schiffsregisters 1263; gegen
überbau 912; gegen eine Darlehnsbuch
hhpothek 1139; gegen die Geltendmachung
der Briefhypothek mangels Borlegung des
Briefes 1160, 1161.

Biedereinräumung des Besitzes 861, 869. Biederherstellung der Verwaltungsgemeinschaft 1425; der Errungenschaftsgemeinschaft 1547, 1548; der ehelichen Gemeinschaft 1587, vgl. Schadensersat.

Wiedertauf 497-503, f. Rauf.

Wiederkehrende Leistungen, Begriff 197 A 2, 1105 A 6; Berjährung 197, 902; Schenkung 520; Reallast 1105; Haftung für Hypothek 1126; des eingebrachten Gutes 1886: Berpflichtung des Kindes 1648; des Mündels 1822.

Biederverheiratung 1813, 1814; bes Baters 1669; ber Mutter 1697, 1846; im Falle

Wild, Eigentumserwerb 958. Wilde Tiere, Eigentum 960. Wildhart val. Tiergarten.

Wildschaden 835; vgl. Jagbrecht.

Willensbestimmung, freie, 104 A 4. Willensertlärung, Begriff Vorbem 1, 4 vor 104, Vorbem 1—5 vor 116; empfangsbedürftige Vorbem 1 vor 116; stillschweigende Vorbem 2 vor 116; im Scherz ab. gegebene 116 A 1, 118 A 1; eines Geschäfts. unfähigen 105, 130; eines beschränkt Geschäftsfähigen 107; Nichtigkeit: wegen geheimen Vorbehalts 116, wegen Scheines 117, wegen mangelnder Ernstlichkeit 118; Anfechtung: wegen Frrtums 119, 121, 133 A 1, 155 A 2, wegen Betrugs 121 A 1, wegen unrichtiger Übermittlung 120, 121, wegen arglistiger Täuschung und Drohung 123, 124; Zeitpunkt der Wirksamkeit 130; Auslegung 133; Widerruf 130;

Abgabe gegenüber Behörden Borbem 1 vor 116, 130, gegenüber Vereinen 28, an Sonn- und Festtagen 193, burch Bustellung 132; vgl. Rechtsgeschäft, Empfangsbedürftige Willenserklärung.

Willensmängel 116-119, Vorbem 8 vor 1;

des Vertreters 166.

Wirkungsstatut Vorbem 11 vor 104. Wirtschaft, ordnungsgemäße, vgl. Ordnungs. gemäße Wirtschaft.

Birtichaftlicher Weichäftsbetrieb des Bereins 21 A 2.

Wirtschaftlicher Zwed ber Hauptsache 97 A 4; 98.

Wirtschaftsplan bei Niegbrauch an einem Walde oder Bergiverke 1038; bei Nacherbschaft 2123.

Bitwe. Bolliähriafeitsertlärung 4; Wiederverheiratung 1313; Leibrentenversicherung 1330 A 3.

Bochen, Berechnung der Frift 188.

Wochenbettskoften 1715.

Bohnort, Bohnung, Bestimmung durch den Ehemann 1354; Benuhung der Wohnung durch die Angehörigen des Erb. lassers 1969; Gewährung freier Wohnung als Ausstattung 761 A 4; Wohnungstausch 515 A 1 a. E.; vgl. Miete, Mieterschutz.

Bohnsit 7; amtlicher 7 A 1, 9 A 2; des Geschäftsunfähigen und beschränkt Geschäfts. fähigen 8; der Militärperson 9; des Ehemanns im Auslande, Bereinbarung des Güterstandes 1433; der Chefran 10; der Rinder 11; internationales Privatrecht Vorbem 7 vor 1.

Wohnungsrecht Vorbem 1 vor 535, 1093. Buchergeschäfte 138 A 2, EG 47; Anertennung burch Schuldversprechen 780 A 7; Mietwucher Vorbem 5 vor 535. Burgeln des Nachbargrundstücks 910.

Bahl ber Bereinsmitglieber 56, 73, ber Bormünder 1775.

Zahlung, Währung 244, 245; mit Vorbehalt 362 A 4; aus öffentlichen Rassen EG 92. Jahlungsbefehl, Unterbrechung ber Berjährung 209; 213; als Mahnung 284.

Jahlungsfähigkeit, Haftung bes Verkäufers einer Forderung für die Bahlungsfähigteit des Schuldners 438; Zahlungsunfähigfeit des Hauptschuldners bei der Bürgschaft 773.

Bahlungshalber, Leiftung 864 A 2. Bahlungsort 270, Anderung bei hnpothet 1119; der Eigentümergrundschuld 1177; der Grundschuld 1194, vgl. Erfüllungsort.

Zahlungssperre bei Schuldverschreibungen auf den Inhaber 799, 802; EG 102, 178. Zahlungs Statt, Leistung 364.

Zahlungszeit 271; Anderung bei Sypothek 1119; der Eigentümergrundschuld 1177; val. Leistungszeit.

Zahnärzte, Verjährung ber Ausprüche 196.

Beichnen, Eigentumserwerb 950.

Beitbestimmung, Wirfung bei Rechtsgeschäften 163 211; ausgeschlossen: bei der Aufrechnung 388, bei der Auflassung 925, bei der Cheschließung 1317, der Anerkennung der Chelichkeit 1598, der Chelichkeitserklärung 1724, ber Annahme an Kindes Statt 1742, 1768, der Annahme und Ausschlagung der Erbschaft 1947, des Vermächtniffes 2180, bei Annahme bes Testamentsvollstrederamts 2202.

Zeitliche Herrschaft des BGB Vorbein 8 vor 1.

Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses 1568. Zerstörung einer Sache bei Selbsthilfe 228 bis 231; vgl. Surrogation.

Zeugen bei der Eheschließung 1318; bei der Testamentserrichtung 2283—2287, 2249 bis 2251; Verjährung ihrer Ansprüche 196.

Zeugentestament 2250.

Bengnis über die Zusammensehung des Bereinsvorstandes 69; über die Dienstleiftung 630; über die Auseinandersetzung vor der Wiederverheiratung 1314; über Fortsetzung der Gütergemeinschaft 1507; über Eintragungen im Güterrechts. register 1563 A 4; über Ernennung eines Testamentsvollstreders 2368.

3insen 246—248; 99 A 1, 7, 10; Berjäherung 197, 223, 224; Berteilung auf mehrere Berechtigte, die nacheinander auf bestimmte Zeit berechtigt sind 101, von Aufwendungen 256; selbständige Geltend. machung bes Zinsanspruchs 266 A1; Beraugszinfen 288, 289, 801; Prozefizinfen 291; beim Rücktritt 347; Anrechnung einer Leistung auf Zinsen 367; Wenfall ber Binspflicht bei hinterlegung 379, bei Aufrechnung 389 A 3; Berrechnung auf Binsen bei der Aufrechnung 396; des Kaufpreises 452; bes Darlebens 608; bes Wert. lobns 641; ber vom Beauftragten verwenbeten Summe 668; bei ungerechtfertigter Bereicherung 820; bei Forberungen aus unerlaubter Handlung 849; Nießbrauch an einer verzinslichen Forberung 1076, 1088; ber Hypothetenforderung, Haftung bes Grundfücks 1115, 1118, 1119, bei deren Übertragung 1158, 1159, beim Aufgebot unbekannter Hypothetengläubiger 1171, Mückftände 1178; der Grundfauld 1191, 1192, 1194, 1197; Haftung des Schiffes 1264; einer verpfändeten Forderung 1289; des eingebrachten Gutes 1386; beim Erbschaftskauf 2379.

Binfeszins 248, 289.

Bindfat 246, 247; der Hypothekenforderung, Eintragung 1115, Anderung 1119; der

Eigentümergrundschuld 1177.

3insicien 803 Å 1; Sinterlegung 234; Abhandenkommen 804, Ausgabe 805; Nießbrauch 1081, 1083; Verpfändung 1296; der Papiere der Ehefrau 1392; bon Mündelpapieren 1814, 1818; der Papiere der Borerbichaft 2116; EG 174, 175; vgl. Schuldverschreibung auf den Inhaber.

Binszahlung, Unterbrechung ber Berjährung

208

Rubehör 97, 98; Mitveräußerung und Mitbelastung 314; bei Wandlung 470 A 1; bei Wiederkauf 498; eines Grundstücks 873 A 4, Gigentumserwerb 926; Vormerkung 883 A 11; Rießbrauch 1031, 1032 A 4, 1062; beschränkte persönliche Dienstbarkeit 1093; Vorkaußerecht 1096; Haftung für Hypothek 1120—1122, underschigte Entsernung vom Grundstäd 1135; Haftung des Schiffszubehörs 1265; bei Fahrnisgemeinschaft 1551; Vermächtnis 2164.

Bubufe ber Gefellschafter 707 A 1, 721 A 1. Buchthausstrafe: Berwirkung ber elterlichen

Gewalt 1680.

Juditmittel gegen ein Kind 1631; Büchtiaungsrecht Vorbem 1 vor 823; 823 A 10; 839 A 4m; EG 95; Überschreitung desselben 823 A 3, 1666 A 2.

Jufall 203 A 2, 446 A 1; im Falle bes Berzugs 287; beim Kücktritt 350.

Buführung von Gafen, Dämpfen ufw. 906.

Bugehen einer Willenserklärung 180.

Jugesicherte Eigenschaften 459, 460, 463, 480, 490, 492, 587, 688; Größe des verfauften Grundstücks 468; des vermieteten und verpachteten Grundstücks 587.

Zugewinst 1519 A 1.

3ug um Jug-Leiftung, Zurückehaltungsrecht 274; Berzug 298; gegenseitige Berträge 320 A 2, 322; Mückritt 348; Wandlung 467; Erfüllungsort 269 A 5.

3urudbehaltungsrecht 273, 274; Berhältnis zur Aufrechnung 278 A 1, zum Leiftungs-

verweigerungsrecht bei gegenseitigen Berträgen 320 A 2; Wirkung der Einrede auf die Berjährung 202; des Mieters 556, 551 A 1; bes Dienstberechtigten 611 A 2, 614 A 1; des Dienstverpflichteten 614 A 1; des Beauftragten 670 A 5; des Berwahrers 697 A 2; des Bürgschaftsgläubigers 772; des Finders 972; des Besibers gegenüber dem Eigentümer 986 A 1, 1000; des Raufers beim Vorkaufsrecht 1100; ber Chefrau wegen Ansprüche gegen den Mann 1391 A 8; des Nachlagverwalters 1988 A 3; des Erbschaftsbesitzers 2022 A 3; in der Zwangsversteigerung und im Konfurs 1000 A 2; ausgeschlossen an der Vollmachtsurfunde 175, bei unerlaubter Handlung 273, 823 A 2.

Burildgabe, Zurildnahme vgl. Rüdgabe, Rüdnahme.

Bufammengefette Bertrage 325 A 4.

Zusammenlegung von Grundstüden EG 113. Zusammentreffen von Recht und Berbind-

lichkeit vgl. Konfusion.

Jusätze zu einem bereits abgeschlossenen Testament 2231 A 5.

Zuschlag bei der Versteigerung 156; beim Pfandverkauf 1239, 1240.

3nichreibung von Grundstüden 890, 1181, El 119.

Buichuife, Ausgleichung 2050 A 5.

Jusicherung beim Kaufe 459, 468, 490, 492; beim Mictvertrag 587; beim Wertvertrag 633.

Justand, Feststellung des Zustandes einer Sache vol. Sachverständige.

Buftellung von Willenserklärungen 132.

Bustimmung zu Rechtsgeschäften 182 (vgl. Einwilligung, Genehmigung); zum verbotswidrig ausgeführten Verkauf im Wege

der Zwangsvollstreckung 458;

zur Aufhebung und Anderung des Rechtes an Grundstüden 876, 877; gur Anderung bes Ranges von Grundstücksrechten 880; zur Aufhebung eines dem Niegbrauch unterliegenden Rechtes 1071; jum Bergicht auf die Hypothek für Zinsen 1178; zur Vereinbarung einer abweichenden Art bes Pfandverkaufs 1245; zur Aufhebung des Pfandrechts 1255; zur Aufhebung des verpfändeten Rechtes 1276; zu Rechtsgeschäften bes Mannes 1376, 1377, 1379, 1444, 1468; zu Rechtsgeschäften der Frau 1358, 1399—1407, 1412, 1451—1455, 1532; zur Abernahme der Vormundschaft durch die Frau 1783; zu Willenserklärungen eines Chegatten bei fortgesetzter Gutergemeinschaft 1516, 1517; zum Chebruch 1565.

311wendung, Begriff 516 A 1; unentgeltliche, beim Vertrag zugunsten eines Dritten 330:

Zuwendung von Todes wegen 2050 A 7; Ausgleichung 2050—2056; Bestimmung eines andern rücksichtlich der 3. 2065 A 3; 3. unter Bestimmung einer Bedingung oder eines Anfangstermins 2066; bedingte lettwillige Zuwendungen 2074—2076; Berwirfungstlaufel 2074 A 1; Unterlassen oder Tun als Bedingung 2075 A 1; Bedingung zum Vorteil eines Dritten 2076 U 1; vertragemäßige Z. im Erbvertrage 2279, an Dritte 2279 A 2; Z. des Erblassers an den Pflichtteilsberechtig. ten durch Rechtsgeschäft unter Lebenden 2315; Z. aus dem Gesamtgut 2231; Berzicht auf lettwillige Zuwendungen 2352. 3wang vgl. Drohung.

Zwangsenteignung vgl. Enteignung.

3wangserziehung 1666, 1631 A 5, 1838 **EG** 135.

Awanashuvothek Borbem 3 vor 1113: 1132 A 3; 1163 A 1; Zwangssicherungshpothek 1184 A 4.

Awanasturs 244 A 1 b. 3wangsmicte Borbem 3 vor 535. Zwangspensionierung 1910 A 2.

Awangsrecht EG 74. Zwangsvergleich Borbem vor 779; beim Nachlaßtonfurs 1989, 2060.

Zwangsversteigerung 1147 A 2-4; 1181 A 1, 892 A 4 a. E.; Unterschied von der Versteigerung 156 A 2; keine Antvendbar feit der Bestimmungen über den Kauf 445 A 3b; Zuässigteit der Waudlung 467 A 2; Aufrechnung 387 A 2; Bürg-schaft für ein Gebot 766 A 2; Z. zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft 753; Wirkung auf bestehende Mietverträge Vorbem 7b vor 535, 571 A 6, auf Grund-dienstbarkeiten 1018 A 2, auf Vorkaufsrecht 1097 U 2, 4; Rechte des persönlichen Schuldners einer Spothet 1166; Wirkung der Rangänderung von Rechten 880 A 2; Burüdbehaltungsrecht gegen den Eigentumer 1000 A 2; Wertersat für erlöschende Rechte, Eintragung des Höchstbetrags 882; Erwerb von durch Zuschlag erloschenen Rechten, öffentlicher Glaube des Grunds buchs 892 A 3; Z. durch den Vormund 1821 A 3; arglistige Erwirkung eines Zwangsversteigerungsbeschlusses 826 A 5d; unerlaubte Abervorteilung bei der 3. 826 A 5d; Anfechtung bes Meistgebots Vorbem 8 vor 104.

Zwangsberwaltung 1147 A 2-4; rechtliche Stellung des Verwalters Vorbem 2 por 164; Übertragbarkeit der Ausprüche 399 A 4 Sequestration eines dem Riefibraucheunterworfenen Grundstücks 1052; Zinsen der

Eigentümergrundschuld 1197.

Iwangsvollstredung, Verfügung im Wege der Zwangsvollstreckung Vorbent 7 vor 104, 883 A 12; Unterbrechung der Berjährung 209, 216 A 1; bei Gattungsschuld 243 A 1; bei Wahlschuld 264; Ablösungsrecht 268; auf Grund Berurteilung gur Leistung Zug um Zug 274, 322; Verbot des Raufes für beteiligte Bersonen 456 bis 458; Ausübung des Vortauffrechts 512; in das Gesellschaftsvermögen 714 A 4; in den gemeinschaftlichen Gegenstand bei Bruchteilsgemeinschaft 747 A 2; bei Burgschaft 771, 772; Befriedigung des Befiters wegen Verwendungen 1003; in Grundstücke 1147; in den Bruchteil eines Grundstücks 751 A 2, 1008 A 1; in das verpfändete Recht 1277; in das eingebrachte Gut 1400 A 3, 5; 1405 A 6; 1407 N 11; 1411 M 2; in das Gesamtgut bei allgemeiner Gütergemeinschaft 1459 A 12; 1472 A 2; 3. bei Errungenschafts-gemeinschaft 1546 A 7; 1530 A 10; bei Fahrnisgemeinschaft 1557 A 5; Widerspruch der Frau gegen die Zwangsvoll-streckung 1407, in das der Ruhniehung des Baters unterliegende Vermögen 1659 A 1; 3. durch das Vormundschaftsgericht Vorbem 5 vor 1778; in ben Nachlaß 1984, 1990, 2059 A 1, 2213, bei Nacherbfolge 2115.

3wed von Bereinen 21, 22, 43, 57, 61; der Stiftung 87; der Gesellschaft 726.

Zwedgemeinschaft 421 A 1. Zwedvermächtnis 2156.

3wedvermögen, Pflegschaft 1914. 3weifelhafte Berbindlichteiten bei Berech.

nung des Pflichtteils 2313. Zweige des Nachbargrundstücks 910.

3weigniederlassung des Bereins 24 A 2; Stellung des Leiters 31 A 1.

3wifdenraum zwischen Grundstücken 921. 3wischenräume, lichte 6 A 2; 104 A 4, 6; 2229 2(1.

3wischenurteil bei der Chescheidung 1564 A 4. 3wischenzinsen 272, 813, 1133, 1217.

Berichtigungen und Nachträge

Band I:

S. 367: Seitenüberschrift: statt "§ 232" richtig "§ 242".

S. 376: Beile 3 von unten: ftatt "§ 799" richtig "§ 779". S. 432: Zeilen 30 und 33 von oben: ftatt "Aufwertung" richtig "Aufrechnung".

- S. 443: Zeile 5 von oben: statt "RG Warn 1919" richtig "RG Warn 1913". S. 498: Ann 2 zu § 313, Zeile 25 von oben: statt "1915 Nr 45" richtig "Warn 1915 Nr 45".
- S. 498: Ann 2 31 § 313 Zeise 13 von unten: statt "MG 14. 5. 1925 I 33/25" richtig "MG 14. 5. 1925 IV 33/25".

S. 498: Ann 2 311 § 313 Zeile 17 von unten: "MG 14. 5. 1924 V 480/23 - Seuff-Arch 78 Mr 176; vgl. auch RG 118, 244".

S. 562: Anm 2 an § 353 Zeile 4: ftatt "getroffenen" richtig "getroffene". S. 602: Zeile 12 von unten: ftatt "§ 399 A 4 a. E." richtig "§ 399 A 2 a. E.".

S. 607: Ann 3 gu § 401 Beile 5 von unten: ftatt "Ber" richtig "Bar".

6. 608: Aum 1 zu § 404 Zeile 13 von oben: ftatt "(RG 56, 83)" richtig "(RG 56, 183)".

S. 618: Lette Zeile: statt "103, 56" richtig "103, 156". S. 624: Zeile 18 von oben: "23. 2. 1927 V 351/26 — Auswechtspr 1927 S. 336. Bgl. auch Aufwnechtspr 1928 S. 130ff. Nr. 78 A, B, G.

Band II:

- S. 94, zu § 482 Anm 2: "Die Abänderung der Kaiserl. Vov. 27. 3. 1899 hat nach RGes v. 4. 3. 1919 (RGBI S. 285) durch den Reichsprässenten mit Zustimmung des Reichsrates zu erfolgen. A. M. Planck, Ann. 4."

 S. 137, zu § 526: Letzte Zeise nurß es statt "IB 1926, 983" heihen: "IB 1926, 983".

229, Borbem 4 vor § 607: Am Ende angufügen "MG 115, 151".
354 Zeife 6 von oben: A 7 zu § 607".
460 Zeifen 27 und 28 von oben: "MG 20. 9. 1927 VI 155/27 = MG 118, 63, MG 23. 9. 1927 VI 198/27 = 96 117, 58.

Band III:

S. 153, zu § 893 A 4 a. E.: In **NG** 118, 230 nimmt unn auch das Reichsgericht an, daß die Bewilligung der Eintragung einer Vormertung, wenn die Eintragung erfolge, mit Rücksicht auf die hierdurch bewirkte dingliche Gebundenheit des betroffenen Grundstücks oder Rechts als eine Verfügung im Sinne des § 893 anzusehen sei.

S. 665, zu § 1190 A 1: In RG 118, 162 erflart auch das Reichsgericht die Eintragung einer zweiten Sochstbetraghppothet für denselben Forderungsfreis auf das nämliche Grundftud als nicht inhaltlich unzuläffig, wenn sie lediglich, was mangels entgegenstehender besonderer Umftande als ihr Sinn zu erachten, dazu bestimmt fei, benjenigen Betrag der schließlich festzustellenden Wesamtforderung gu deden, der den Sochstbetrag der früheren Sypothet übersteige.

S. 665, zu § 1190 A 1: Ju 96 118, 354 erachtet bas Reichsgericht die Eintragung einer Söchstbetraghnpothet zur Sicherung von Forderungen gegen mehrere Schuldner, die nicht in Berpflichtungsgemeinschaft stehen, als eine inhaltlich unzulässige, auf welche die dingliche Sypothekenklage nicht gegründet werden könne.

Band IV:

S. 522 Zeile 13 von unten lies "Wipp im Recht 1912 S. 5" statt: "Lipp daselbit S. 5".

Band V:

S. 170 Zeile 5 von oben: "MG 3. 7. 1911 IV 619/10 — Warn 1913 Nr 252".

Company of the Park Street of the Company of the Co

Nachweis wichtiger Gesetzesausgaben

mit Erläuterungen

(größere und kleinere Rommentare)

zusammengestellt vom Verlage Walter de Grunter & Co., Berlin

Inhaltsübersicht

I. Bürgerliches Recht	2	3. Gewerberecht.		13
1. Bürgerliches Gefegbuch	2	4. Geistig-gewerb	licher	
Schuldverhältnisse insbesondere	4	Rechtsschut		14
Sachenrecht insbesondere	5			
Aufwertung	5	III. Zivilprozeß		
0 % (e	Freiwillige Gerichtsbar	teit	18
2. Handelsrecht	6	Konkursordnung und	3wangsvoll=	
Gesellschaften mit beschränkter Haf-	7	strectung		18
tung	8	777 401 7 7 7 7		
		IV. Strafrecht und Stra	sprozeß	19
Schiffahrtsrecht	8	Strafgesetzbuch		19
Genossenschaften	9	Nebengesetze		20
Berschiedenes	9	StrafprozeFordnung.		20
Bank und Börfe	10			
		V. Offentliches Recht		21
		1. Staatsrecht		21
II. Grenzgebiete des Bürgerlichen Rechts	11	2. Verwaltungsre	ch t	22
1. Privat-und Sozialversiche-		Reichsrecht		
rung	11	Landesrecht		24
2. Arbeitsrecht	13	3. Steuerrecht		27
WWW Commenter upw Waldagerichtsräten	V S	Ah. 6 Muft	Q.K.	*1

I. Bürgerliches Recht

1. Bürgerliches Gesethuch

Pland's Rommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch nebst Einführungsg Bisher herausgegeben von E. Strohal. Bearbeitet von E. Brodm	jesetz.				
L. Bufch, J. Ebbede, J. Flad, M. Greiff, R. Guntel, P. Rr	rote,				
M. Landois, A. Lobe, Fr. Oegg, S. Siber, O. Streder, R.	von				
Ungner. Vierte, völlig neubearbeitete Auflage. Lexikon-Oktav.					
Bisher sind erschienen:					
I. Band: Allgemeiner Teil. 606 Seiten. 1913.	17.—				
II. Band, 1. Hälfte: Recht der Schuldverhältnisse. (Allgemeiner Teil.) 640	Gei-				
ten. 1914. 15.—, geb.					
II. Band, 2. Hälfte: Recht der Schuldverhältnisse. (Besonderer Teil.)					
Erste Lieferung: §§ 433—630. 368 Seiten. 1923.	9				
	12.—				
	8				
III. Band: Sachenrecht. 1464 Seiten. 1920.	33.—				
IV. Band: Familienrecht.					
Erste Lieferung: §§ 1297—1436. 336 Seiten. 1924.	10.—				
Zweite Lieferung: §§ 1437—1588. 365 Seiten. 1928.	16				
V. Band: Erbrecht.					
Erste Lieferung: §§ 1922—1984. 192 Seiten. 1924.	6.—				
Zweite Lieferung: §§ 1985—2063. 160 Seiten. 1926.	7				
"Die hohe wissenschaftliche Bedeutung des Kommentars braucht nicht neu betont zu w	erden.				
Für jeden Praktiker, der tiefer in den Rechtsstoff eindringen muß, um die zur Entscheidung					
tehende Frage zu priifen ist Planck's Kommentar immer ein zuverlässiger Ratgeber und	coina				

"Die hohe wissenschaftliche Bedeutung des Kommentars braucht nicht neu betont zu werden. Für jeden Praktiker, der tiefer in den Rechtsstoff eindringen muß, um die zur Entscheidung stehende Frage zu prüfen, ist Planck's Kommentar immer ein zuverlässiger Ratgeber und seine Erläuterung und Meinung von hohem Wert und Gewicht, stets sorgfältiger Beachtung wert."

Zentralblatt für freiwillige Gerichtsbarkeit.

Das Bürgerliche Gesethuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Erläutert von Dr. Busch, Erler, Dr. Lobe, Michaelis, Oegg, Schliewen und Senstsarth, Reichsgerichtsräten und Senatspräsidenten am Reichsgericht. Sechste, neubearbeitete Auflage. 5 Bände. Lexikon-Oktav. 1928.

I. Band: Allgemeiner Teil. Recht der Schuldverhältnisse I (allgemeiner Teil). 642 Seiten. 25.—, in Halbleder 30.—

II. Band: Recht der Schuldverhältnisse II (einzelne Schuldverhältnisse). 661 Seiten. 25.—, in Halbleder 30.—

III. Band: Sachenrecht. 757 Seiten. 30.—, in Halbleder 35.
IV. Band: Familienrecht. 591 Seiten. 23.—, in Halbleder 28.—

V. Band: Erscheint Anfang April.

(Band I verpflichtet zur Abnahme des ganzen Werkes.)

Staudingers Rommentar jum Bürgerlichen Gefetbuch und dem Ginführungsgefet.

Siebente und achte Auflage. 1914. Band I—VII mit 3 Ergänzungsbänden. Geb. 150.—

Neunte, neubearbeitete Auflage. Bisher erschienen:

I. Band. Allgemeiner Teil. Von Th. Loewenfeld und E. Riezler. Lexikon-Oktav. 914 Seiten. 1925. 35.—, geb. 41.—

II. Band: Lieferung 1. Recht der Schuldverhältnisse (§§ 241—252). Erläutert von Alfred Werner. Lexikon-Ottav. 152 Seiten. 1927. 6.—

III. Band: Sachenrecht (§§ 854—1296). Von R. Rober. Lexikon-Oktav. 1596 Seiten. 61.—, geb. 73.50

IV. Band: Lieferung 1—3. Familienrecht (§§ 1297—1703). Erläutert von Engelmann, herausgegeben von Reidel. Lexikon-Oktav. 1190 Seiten.

V. Band: Lieferung 1—2. Erbrecht (§§ 1922—2194). Erläutert von F. Herzfelder. Lexikon-Oktav. 640 Seiten. 1927.

Achilles-Greiff, Bürgerliches Gesethuch nebst Einführungsgesetz. In Verbindung mit André, Meyer, Streder, v. Unzner. Zwölfte, vermehrte und verbesserte Auflage, mit Erläuterungen der Verordnung über das Erbbaurecht, des Gesetz über die religiöse Kindererziehung und des Gesetzs für Jugendwohlfahrt. Groß-Ottav. XVI, 1247 Seiten. 1927. Geb. 24.—

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28. 38/39.)

"Längst ist das Buch der ursprünglich gestellten Aufgabe, nur ein Handbuch und Wegweiser für den Leser zu sein, entwachsen. Was heute vorliegt, darf den Anspruch auf Bezeichnung als wissenschaftlicher Kommentar erheben. Trotz aller Selbstbescheidung eine große Fülle von Wissenswertem und Notwendigem. Weder die Erläuterungen zu den Gruppen von Bestimmungen noch die Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen enthalten überflüssiges Beiwerk. Den Gebrauch erleichtern das umfassende Nachschlageverzeichnis und vorzüglich die Überschriften zu den Einzelparagraphen." Zeitschrift des Bundes Deutscher Justizamtmänner.

Simeon, P., Preußisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Taschenformat. 199 Seiten. 1914.

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 28d. 23.)

"Die Ausgabe beschränkt sich nach ihrer Einleitung darauf, die einzelnen Vorschriften des Ausführungsgesetzes in sich zu erläutern und ihren Zusammenhang mit dem neuen Reichsrecht wie dem früheren Landesrecht kurz klarzulegen. Das Werkchen wird sich zahlreiche Freunde erwerben." Zeitschrift für Deutsche Justizsekretäre.

Rruger, Ernft, Erganzungen jum 363.

I. Band: Allgemeiner Teil, Recht der Schuldverhältnisse, Sachenrecht, Familienrecht, Erbrecht.

Seb. 17.50

(Stilles Rechtsbibliothel 23d. 39.)

II. Band: Einführungsgesetzum VGB., Preußisches Ausführungsgesetzum VGB., Preußische Verordnung zur Ausführung des BGB. und Nachtrag zum I. Band.

Geb. 13.—

(Stilles Rechtsbibliothet Bd. 39a.)

Roch, E. F., Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten. Achte Auflage, bearbeitet von A. Achilles, P. Hinschius, R. Johow, F. Vierhaus. 4 Bände. 1884—1886. Lexikon-Oktav. 48.—
I. Band. VIII, 1103 Seiten. 1884. II. Band. VIII, 1142 Seiten. 1886.

III. Band. VIII, 1084 Seiten. 1886. IV. Band. Bergriffen.

Jeder Band 12.—

"Wir freuen uns, eine neue Auflage dieses bewährten Kommentars anzeigen zu können dessen hervorragende Eigenschaft darin besteht, daß er nicht nur zitiert und hinweist, sondern vollständig historisch und rechtswissenschaftlich unter Entwicklung der Gründe erklärt. Diese 8. Auflage sei hiermit dringend empfohlen."

Börsenzeitung.

Schuldverhältniffe insbesondere

Meyer, Georg, Das Necht der Beschlagnahme von Lohn- und Gehaltsforderungen. Sechste Auflage. Taschenformat. 1927. Mit Nachtrag 1928. Geb. 4.50

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bd. 55.)

"Das Buch enthält einen Kommentar zum Lohnbeschlagnahmegesetz, der durch Gründlichkeit und Zuverlässigkeit ausgezeichnet ist. Als Anhang ist ihm eine übersichtliche Darstellung des Verfahrens der Beschlagnahme von Lohn- und Dienstbezügen beigegeben, sowie eine sehr brauchbare Zusammenstellung von Behörden, denen bei der Pfändung der Dienstbezüge von Beamten als Drittschuldnern der Pfändungsbeschluß zuzustellen ist."

Berliner Tageblatt.

Seligsohn, Franz, Baftpflichtgesetz. Groß-Ottav. 349 Geiten. 1920.

8.-, geb. 9.50

"Das reiche Material hat der Verfasser mit logischer Schärfe und in knapper Form bearbeitet und damit ein mustergültiges Werk geschaffen, das für die meist veralteten Kommentare zum Reichshaftpflichtgesetz einen wertvollen Ersatz bietet."

Blätter für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts.

Krieg, O., Mietrecht und Wohnungsmangelgesetzgebung im Reiche, in Preußen und in Berlin, einschließlich Jauszinssteuer, Rostenwesen und Rechtsentscheiden des Kammergerichts und Obersten Landesgerichts. Vierte Auflage nach dem Stande vom 1. April 1928. Taschenformat. 1928.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28b. 156.)

"Eine solche Ausgabe zu besitzen, ist wertvoll. Eine angenehme Zugabe sind die Rechtsentscheide des Kammergerichts. Diese Ausgabe verdient schon wegen ihrer Vollständigkeit besondere Beachtung. Ein vortreffliches Sachregister ist beigegeben."

Juristische Wochenschrift.

Stölzle, Hans, Viehkauf nach Bürgerlichem Gesethuch und ausländischem Recht. Derordnung, betreffend die Jauptmängel und Gewährfristen beim Viehhandel. Von Eugen Fröhner. Sechste, vermehrte und wesentlich verbesserte Auflage. Taschenformat. 699 Seiten. 1926.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 50.)

"Die neue Auflage erfüllt alle Erwartungen, die an sie geknüpft wurden. Unseres Wissens genießt der Spezialkommentar von Stölzle auch in Richterkreisen ein sehr großes Ansehen. Bei der Lektüre der vielen Gerichtsentscheidungen, die uns aus unsern Mitgliederkreisen zugestellt werden, mußten wir immer wieder die Beobachtung machen, daß eine große Anzahl von Gerichten in den Urteilsgründen auf die Ansicht von Stölzle Bezug nahm. Wer täglich über Viehkaufsfragen Auskunft geben muß, stellt mit hoher Befriedigung fest, daß der "Stölzle" alle Fragen dieser schwierigen Materie in klarer und erschöpfender Weise behandelt."

Allgemeine Viehhandelszeitung.

Hoffmann, I., Abzahlungsgeschäfte. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage, besorgt von Ernst Wilke. Taschenformat. 103 Seiten. 1910. Geb. 1.20 (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 34.)

"Jeder, der mit Abzahlungsgeschäften zu tun hat, kann sich bestens aus dem Büchlein informieren. Der Kommentar ermöglicht es auch dem Laien, sich mit allen einschlägigen Fragen vertraut zu machen. Die Bearbeitung stellt sich als durchaus sachgemäß und praktisch verwendbar dar."

Berliner Intelligenz-Blatt.

Harnier, Ed., Sicherung der Bauforderungen. Dritte Auflage. Taschenformat. 122 Seiten. 1912. Geb. 1.50

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bd. 93.)

"Die vorliegende Neubearbeitung der kleinen Ausgabe des äußerst schwierigen Gesetzes findet einen weiterstreckten Interessenkreis. Nach einer äußerst klaren Einleitung, in der die langwierige Geschichte und der verwickelte Inhalt des Gesetzes in kurzen Zügen, aber mit kräftigen Strichen geschildert wird, werden seine Bestimmungen an der Hand der Gesetzesmaterialien und auf dem Boden des geltenden Rechts, unter Herstellung des Zusammenhanges mit ihm, in knappen Anmerkungen erläutert." Mitteilungen der Handelskammer Breslau.

Göppert, H., Gesetz, betreffend die gemeinsamen Nechte der Besitzer von Schuldverschreibungen. Zweite Auflage, bearbeitet von E. Trendelenburg. Taschenformat. 156 Seiten. 1915.

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 52.)

Dungs, H., Sechs Haager Abkommen über internationales Privatrecht. Taschenformat. 116 Seiten. 1910. Geb. 1.50

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3d. 98.)

"Die diesen Abkommen vom Verfasser beigefügten Erläuterungen sind kurz und klar gefaßt und entsprechen den allgemeingültigen Anschauungen. Der Kommentar von Dungs kann allen Gerichten, Staatsanwaltschaften und diplomatischen Behörden nur angelegentlichst empfohlen werden."

Juristisches Literaturblatt.

Bogeng, G., Die Haager Abkommen über das internationale Privatrecht. Taschenformat. 173 Seiten. 1908.

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 90.)

Sachenrecht insbesondere

Günther, Hermann, Erbbaurecht. Taschenformat. 167 Seiten. 1919. Geb. 2.—
(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesehe 2d. 135.)

"Günther ist ausführlich, ohne weitschweifig zu sein; ausgezeichnete Vormerkungen geben vorzügliche Übersicht und wahren den Zusammenhang. Überall ist der bisherige Rechtszustand, der ja für absehbare Zeit seine Bedeutung behält, mit in das Bereich der Betrachtungen gezogen. Der Praxis wird das Werk von hervorragendem Nutzen sein."

Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts.

Arnheim, Hugo, Grundbuchordnung. Kommentar zur Grundbuchordnung für das Deutsche Reich nebst den für Preußen erlassenen Ausführungsbestimmungen. Zweite, völlig neubearbeitete Auflage. Lexikon-Oktav. 959 Seiten. 1913.

"Der Band weist außerordentliche Gründlichkeit, Klarheit und Übersichtlichkeit der Darstellung sowie Selbständigkeit des Urteils gegenüber der Literatur und der Rechtsprechung auf. Man kann wohl sagen, daß kaum eine Frage auftauchen wird, die nicht wenigstens berührt wäre; die bisher zutage getretenen Fragen aber sind sämtlich in der eingehendsten Weise erörtert."

Zentralblatt für freiwillige Gerichtsbarkeit.

Triebel, Franz, Güthes Kommentar zur Grundbuchordnung für das Deutsche Reich und die preußischen Ausführungsbestimmungen. Vierte Auflage. 2 Bände. Lexikon-Oktav. XVI, XI, 2318 Seiten. 1923/25.

59.—, geb. 69.—

Fischer, Otto, und Norbert Fischer, Grundbuchordnung für das Deutsche Neich nebst den preußischen Ausführungsbestimmungen. Neunte, durchgearbeitete und ergänzte Auflage. Taschenformat. 322 Seiten. 1927. Geb. 5.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 42.)

"Dieser altbewährte kleine Kommentar, der wohl in der Bibliothek keines Anwalts fehlt, ist in seiner neuesten Auflage auf den heutigen Stand der Literatur und Rechtsprechung gebracht und damit wieder ein zuverlässiger Führer durch die Praxis des Grundbuchwesens geworden. Insbesondere ist auch das Aufwertungsgesetz berücksichtigt." Nachrichtenblatt.

Aufwertung

Michaelis, Richard, Das Aufwertungsrecht nach den Aufwertungsgesetzen und nach allgemeinem bürgerlichen Rechte. Rommentar zu den Gesetzen vom 16. Juli 1925 über die Auswertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen und über die Absössung öffentlicher Auseihen sowie systematische Darstellung des Auswertungsrechts außerhalb dieser Gesetze. Zweite, gänzlich umgearbeitete

Auflage des Kommentars zur Pritten Steuernotverordnung von 14. Februar 1924 (Aufwertung). Mit einer Fristentabelle von H. Hoormann. X, 516 Seiten. 1925.

(de Gruntersche Sammlung Deutscher Gesetze. Handlommentare.)

"Es handelt sich bei dem vorliegenden Werk um ein ganz erstklassiges, die gesamte Rechtslehre und Rechtsprechung lückenlos verarbeitendes Hauptwerk, das sich als für jeden Aufwertungsinteressenten unentbehrlich erweisen wird. Das Buch ist begreiflicherweise auf das Vielfache des früheren Umfangs angewachsen, geht dafür aber auch keiner der zahllosen Streitfragen aus dem Wege, sondern beantwortet sie mit größter wissenschaftlicher Vertiefung und in dem steten Bestreben einer praktischen Lösung nach den Grundsätzen der Billigkeit."

Deutsche Allgemeine Zeitung.

- Mügel, Oskar, Das gesamte Auswertungsrecht. Rommentar zum Auswertungsgesetze vom 16. Juli 1925, der Novelle vom 9. Juli 1927, der Durchführungsverordnungen und spstematische Darstellung des sonstigen Auswertungsrechts. Fünfte, gänzlich neubearbeitete Auflage in einem Bande. Mit einer Einleitung: Die rechtspolitischen und wirtschaftlichen Tendenzen der Auswertungsgesetzebung von Hans Wunderlich. 1927. 36.—, geb. 40.—
- Schlegelberger, Franz, und Rudolf Harmening, Geset über die Aufwertung von Inpotheken und anderen Ansprüchen vom 16. Juli 1925 mit den Durchführungsbestimmungen des Reichs und der Länder. Mit zahlreichen Beispielen erläutert. Fünfte Auflage. Groß-Oktav. 1203 Seiten. 1927. 33.—, geb. 36.—
- Quassowsti, L., Gesetz über die Auswertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen (Auswertungsgesetz) mit Durchführungsverordnungen. Fünste Auflage. XII, 1035 Seiten. 1927. Geb. 36.—
- Berliner, Ludwig, und Ernst Pfaffenberger, Aufwertung von Berficherungsansprüchen mit Durchführungsbestimmungen.

I. Teil. Oktav. 235 Seiten. 1925.

Geb. 6.50

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28. 164.)

II. Teil: Sach- und Transportversicherung; Unfall- und Haftpflichtversicherung. Oktav. 112 Seiten. 1926. Mit Nachtrag. Geb. 3.50

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3d. 164a.)

"Ein bedeutsamer Kommentar, der sowohl dem Versicherungstechniker wie dem Juristen eine Fülle von Aufklärung und Anregung bietet. Das Werk ist als eine wohlgelungene systematische Darstellung des gesamten versicherungsrechtlichen Aufwertungsgebiets anzusprechen. Alles in allem; eine wissenschaftlich und praktisch gleichermaßen auf der Höhe stehende Leistung, bei der sich Versicherungstechniker und Jurist mit Erfolg die Hand gereicht haben!"
Neumanns Zeitschrift für Versicherungswesen.

2. Handelsrecht

Staubs Kommentar zum Handelsgesethbuch. Zwölfte und dreizehnte Auflage. Bearbeitet von Heinrich Roenige, Albert Pinner, Felix Bondi. Vier Bände und ein Registerband. Groß-Ottav. 4000 Seiten. 1927.

Zusammen 157.—, in Halbleder 183.60

"Der Staubsche Kommentar ist das klassische Hilfswerk zum Deutschen Handelsgesetzbuch und für die Beurteilung der zahlreichen schwierigen Fragen dieses Gesetzes maßgebend geworden; es stellt ein unentbehrliches Mittel zur Erfassung und zur Anwendung des Gesetzes dar."

Frankfurter Zeitung.

Düringer, A., und M. Hachenburg, Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 (mit Ausnahme des Seerechts) auf der Grundlage des BGB. erläutert. Lieferbar sind zur Reit:

IV. Band, II. Abteilung: Gesellschaft des Bürgerlichen Rechts, Offene Jandelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft. Bearbeitet von I. Flechtheim und R. Geiler. Zweite Auflage. Lexikon-Oktav XX, 404 Seiten. 1917. 12.50

- V. Band, I. Lieferung: Stille Gesellschaft (§§ 335—342 HGB.). Von I. Flechtheim. Lexikon-Oktav. 75 Seiten.
- Mosse, Albert, und Ernst Heymann, Handelsgesethuch (ohne Seerecht). Mit den ergänzenden Vorschriften des Bürgerlichen Sesethuchs und einem Anhang, enthaltend das Einführungsgeset, das Depotgeset, die Bestimmungen über Börsentermin- und Differenzgeschäfte u. a. Nebst Erläuterungen. Im Anschluß an die Textausgabe von F. Litthauer. Siedzehnte Auflage. Unter Mitwirtung von Karl August Erisolli. Ottav. VIII, 693 Seiten. 1926.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 4.)

"Die Litthauer-Mossesche Ausgabe des Handelsgesetzbuches hat bei allen Praktikern seit langem den wohlbegründeten Ruf größter Zuverlässigkeit und übersichtlicher Anordnung, die mit möglichster Knappheit des Ausdrucks gepaart sind. Das Buch ist ein zuverlässiger Führer durch das immer schwieriger werdende Gebiet des Handelsrechts." Vossische Zeitung.

Schaps, Georg, Das deutsche Seerecht nebst Erläuterungen zu den seerechtlichen Nebengeseken. Nach dem Tode des Verfassers fertiggestellt von Max Mittelstein und Tulius Sebba. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage.

I. Band. (Handelsgesethuch: Viertes Buch.) Groß-Oktav. IV, 1041 Seiten.

1921.

25.—, geb. 28.—

"Die alte, auf der Staubschen Kommentierungsmethode beruhende Auflage erfreute sich mit Recht schon großen Ansehens. In diesen bewährten Bahnen leistet die zweite Auflage an Vollständigkeit, Übersichtlichkeit und Genauigkeit das Höchste, was Wissenschaft und Praxis nur wünschen können."

Juristische Wochenschrift.

- Rambke, Hans, und Alfred Reichel, Die Goldbilanzverordnung vom 28. 12. 23 nebst Durchführungsbestimmungen vom 5. 2. und 28. 3. 24. Geb. 10.—
 (Stilkes Rechtsbibliothek Bd. 26.)
- Baum, G., Das vertragliche Wettbewerbsverbot (Konkurrenzklausel). Nebst Rommentar zum Gesetze vom 10. Juni 1914. Taschenformat. XII, 231 Seiten. 1914. Seb. 3.— (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 115.)

Gefellicaften mit beidrantter Saftung

Hachenburg, Mar, Rommentar zum Gesetz, betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. (Früher Staub-Hachenburg.) Fünfte Auflage unter Mitarbeit von Fritz Bing und Walter Schmidt. 2 Bände. 43.—, geb. 47.— I. Band: §§ 1—34. Groß-Oktav. VI, 527 Seiten. 1926.

II. Band: §§ 35—84. Groß-Oktav. II, 452 Seiten. 1927.

"Was Hachenburg in seinen Neubearbeitungen aus diesem Buche gemacht hat, ist erstaunlich. Sein reiches juristisches Wissen, sein überlegener und kritischer Verstand, seine vorzügliche Gestaltungskraft und seine nur wenigen Juristen eigene vielseitige Auslegungskunst haben etwas Großes, Unvergleichliches geschaffen. Man findet selten ein literarisches Werk, in welchem Rechtsgelehrsamkeit und praktisches Können vereint einem Spezialgesetz so zugute kamen wie hier."

Zeitschrift für Aktiengesellschaften.

Brodmann, Erich, Gesetz, betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Rommentar. Groß-Oktav. VIII, 315 Seiten. 1924. 16.—, geb. 18.—

(Gewerbe- und Industrie-Kommentar Bd. I.)

"Übersichtliche, klare Anordnung der Erläuterungen, tiefes Eindringen in die Einzelheiten des Gesetzes unter steter Berücksichtigung des Wirtschaftslebens, erschöpfende Wiedergabe der Rechtsprechung, namentlich des Reichsgerichts, sind die besonderen Vorzüge des Werkes, das damit ebenbürtig neben die anderen Reichsgerichtskommentare tritt und mit ihnen unentbehrliches Rüstzeug für Richter und Anwälte werden wird."

Badische Rechtspraxis.

Parifius, Ludolf, und Sans Eruger, Das Reichsgesek, betr. die Gefellschaften mit beschränkter Saftung. Systematische Darstellung und Rommentar nebst Entwürfen von Gesellschaftsverträgen und praktischer Anleitung für die Registerführung. Siebente, umgearbeitete Auflage von gans Erüger und Abolf Crecelius. Groß-Oftav. In Vorbereitung.

"Dieses allgemein geschätzte Werk ist wegen der Vereinigung einer knappen systematischen Darstellung mit einem Kommentar und wegen der hervorragend gründlichen Verarbeitung des umfangreichen Stoffes längst an die führende Stelle gerückt. Die neue Auflage weist wieder wesentliche Verbesserungen auf und ist durchweg auf den neuesten Stand gebracht. Der Kommentar bedarf wohl keiner Empfehlung mehr." Leipziger Zeitschrift für internationales Recht.

Parifius, Ludolf, und Sans Eruger, Das Reichsgesetz, betr. die Gefellschaften mit beschränkter Saftung. Textausgabe mit Unmerkungen und Sachregister. Siebzehnte Auflage, bearbeitet von Hans Crüger und Adolf Crecelius. Taschenformat. 224 Seiten. 1926. Geb. 3.50

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28d. 32.)

"Die äußerst sachkundig erläuterte Ausgabe des Gesetzes, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wird von den interessierten Kreisen freudig begrüßt werden. Wir können das Bändchen der bekannten Guttentagschen Sammlung bestens empfehlen."

Badische Wirtschafts-Zeitung.

Wechselordnung und Schedrecht

Staubs Kommentar zur Wechselordnung. Fortgesetht von I. Stranz und M. Stranz. Elfte Auflage, bearbeitet von M. Stranz und Martin Stranz. Groß=Oftav. 426 Seiten. 1926.

"Zwei Namen klingen ans Ohr, die der deutschen Juristenwelt unvergeßlich sind, Hermann Staub und Josef Stranz. Was soll man mehr sagen? Staub-Stranz ist der Kommentar zur Wechselordnung. Auch die jüngste Auflage des Kommentars gibt einen echten Staub-Stranz. Weiterer Kommentar dazu ist überflüssig." Juristische Wochenschrift.

Stranz, I., und M. Stranz, Wechselordnung vom 3. Juni 1908. Rommentar. Awölfte Auflage von M. und M. Strang. Tafchenformat. VIII. 396 Seb. 3.50

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28. 5.)

"Die neue Ausgabe der Wechselordnung mit ihrem äußerst nützlichen, guten Kommentar ist sehr zu empfehlen. Erfreulicherweise enthält das Bändchen auch die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung über Urkunden- und Wechselprozesse im Anhang."

Badische Wirtschaftszeitung.

Michaelis, Richard, Scheckgesetz mit allen einschlägigen Nebengesetzen, den ausländischen Gesetzen und dem Deutschen Postscheckgesetz mit Postscheckordnung. Rommentar. Groß-Oftav. VII, 339 Seiten. 1927. 16.—. geb. 18.—

(Gewerbe- und Industrie-Kommentar Bd. II.)

"Die vielen umfangreichen, den einzelnen Bestimmungen des Scheckgesetzes angefügten Bemerkungen behandeln die schwierige Materie in so tiefgründiger Weise, daß man in allen sich ergebenden Zweifelsfragen einer erschöpfenden Aufklärung gewiß sein darf. Es darf ferner nicht unerwähnt bleiben, daß das Buch nicht nur für den Gebrauch für den Juristen überaus geeignet erscheint, sondern auch infolge seiner klaren und allgemeinverständlichen Ausdrucksweise ein wertvolles Hilfsmittel für die Kreise des Gewerbes und der Industrie darstellt. Wir glauben deshalb nicht fehlzugehen, wenn wir dem ausgezeichneten Werke großen Erfolg voraussagen." Blätter für Genossenschaftswesen.

Schiffahrtsrecht

Rnitschen, B. E., Die Seegesetzgebung. Fünfte Auflage, bearbeitet von O. Rudorff. XXIV, 1024 Seiten. 1913. Geb. 8 .-

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichogesetze 28b. 19.)

Sieveking, Gustav, Das deutsche Seeversicherungsrecht. Kommentar zum zehnten Abschnitt des vierten Buches des Handelsgesetzbuches. Lexikon-Oktav. 218 Seiten. 1912. 5.—, geb. 6.80

"Der Kommentar ruht auf einer vortrefflichen Grundlage und zeigt sich auch in seinem Inhalte dieser Grundlage durchaus würdig. Er ersetzt ein Lehrbuch und kann daher auch zur Einführung in das Seeversicherungsrecht empfohlen werden."

Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht.

Matower, H., Gesetze, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Vinnenschiffahrt und der Flößerei. Nach den Materialien erläutert. Sechste, vermehrte Auflage, bearbeitet von E. Loewe. Taschenformat. 458 Seiten.
1923. Geb. 4.—

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28. 36.)

"Das vorzüglich bearbeitete Buch dürfte mit seinen klaren und verständlichen Erläuterungen für jeden, der in irgendeiner Weise mit der Binnenschiffahrt und der Flößerei zu tun hat, ein nie versagender Ratgeber sein."

Genoffenschaften

Parifius, Ludolf, und Hans Crüger, Neichsgeseth, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Rommentar zum praktischen Gebrauch für Iuristen und Genossenschaften. Behnte, neubearbeitete Auflage von Hans Crüger und Adolf Crecelius. Groß-Oktav. XII, 786 Seiten. 1926.

30.—, geb. 33.—

"Crüger beherrscht wie kein anderer Theorie und Praxis des Genossenschaftswesens, auch nach der wissenschaftlichen Seite hin."

Juristische Wochenschrift.

Parifius, Ludolf, und Hans Crüger, Das Reichsgesetz, betreffend die Erwerbsund Wirtschaftsgenossenschaften. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister. Neunzehnte, neubearbeitete Auflage von Hans Erüger, Adolf Crecelius und Fritz Citron. Taschenformat. 299 Seiten. 1928. Geb. 4.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 29.)

"Der Ruf der Verfasser als ausgezeichnete Kenner dieses schwierigen Rechtsgebietes und nicht weniger die vielen Vorzüge ihres Werkes, in dem auf möglichst beschränktem Raum unter stetem Eingehen auf Rechtsprechung und Literatur das Recht der Genossenschaften musterhaft erläutert wird, haben es zu der verbreitetsten Ausgabe des Gesetzes gemacht, zu der wohl jeder Jurist greift, wenn er sich schnell über eine Frage aus diesem Gebiet unterrichten will."

Kölnische Zeitung.

Verschiedenes

Schreiber, Otto, Handelsrechtliche Nebengesetze. Taschenformat. VIII, 1002 Seiten. 1926.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 162.)

Die Sammlung ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für den Praktiker. Die Zusammenstellung ist sehr zuverlässig; auch das Sachregister von Kleffel verdient volle Anerkennung. Druck und Ausstattung des Buches sind ausgezeichnet." Zentralblatt für Handelsrecht.

Staffel, 28., Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923. Rommentar. Oftav. 108 Seiten. 1927. Geb. 3.50

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 36. 167.)

Die für das Wirtschaftsrecht so wichtige Kartellverordnung findet hier eine eingehende Kommentierung aus der Feder eines in diese Fragen tief eingedrungenen Mitgliedes des höchsten Gerichtshofs. Die Erläuterungen werden daher um so unentbehrlicher für die wirtschaftliche Praxis auf diesem Gebiete sein."

Industrie- und Handelszeitung.

Lusensky, F., Gesetz über die Handelskammern. Zweite Auflage. Taschenformat. 278 Seiten. 1909. Geb. 3.—

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 26. 21.)

"Das Buch ist ein vortrefflicher Berater aller derer, die in der Handelskammerorganisation sind oder zu ihr in Beziehung stehen. Der erste Teil gibt einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der preußischen Handelskammern, Entstehungsgeschichte und Inhalt des Handelskammergesetzes. Den zweiten Teil bildet der Kommentar zum Gesetze, in dem der Verfasser die einzelnen Bestimmungen in ihrer Bedeutung und praktischen Tragweite eingehend erörtert und daneben auch auf andere für das Handelskammerwesen wichtige gesetzliche Materien eingeht. Das Buch kann warm empfohlen werden."

Zeitschrift für Polizei- und Verwaltungsbeamte.

Vant und Börse

Roch, R., und Hjalmar Schacht, Die Neichsgesetzgebung über das Münz- und Notenbankwesen. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister. Siebente, völlig neubearbeitete Auflage. Taschenformat. XVIII, 617 Seiten. 1925.

Geb. 14.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28d. 26.)

"Dieser Kommentar zeichnet sich durch Vollständigkeit und Reichhaltigkeit des gesetzgeberischen und sonstigen Materials, durch Bestimmtheit und Klarheit der Erläuterungen aus und bietet außerdem in der Einleitung einen vortrefflichen Überblick über die Entwicklung des deutschen Noten- und Geldwesens während der letzten Jahrzehnte."

Monatsschrift für Handelsrecht und Bankwesen.

Nußbaum, Arthur, Bank- und Börsenrecht. Eine Sammlung von Gesehen und Geschäftsbedingungen. Taschenformat. XII, 622 Seiten. 1927. Geb. 11.—
(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetz Bd. 169.)

Die vorliegende Sammlung der verstreuten bank- und börsenrechtlichen Vorschriften fehlte bisher in der kaufmännischen und juristischen Bankpraxis ebenso wie im handelsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Unterricht. Ihr Erscheinen wurde daher vielseitig begrüßt. Die

Rommentar zum Börsengeseth. Im Auftrage des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiersgewerbes (E. B.) bearbeitet von H. Rehm, H. Trumpler, Heinrich Dove, Ernst Neukamp, R. Schmidt-Ernsthausen, James Breit. Mit einem Vorwort von I. Rießer. Lexikon-Oktav. VIII, 464 Seiten. 1909.

Sammlung berücksichtigt auch die dem freien Verkehr entstammenden Rechtsbildungen.

"Einen so guten Kommentar zum Börsengesetze hat es noch nie gegeben. Wer sich darein vertieft, wird reiche Belehrung daraus schöpfen über das Börsenwesen im allgemeinen und über seine Rechtsübung und Rechtsprechung im besonderen." Sächsisches Archiv für Rechtspflege.

Hemptenmacher, Th., Börsengesetz. Dritte Auflage von O. Mener. Taschenformat. XXIII, 373 Seiten. 1915. Geb. 3.50

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28b. 41.)

"Das Bändchen bringt neben einem kurzen Überblick und einem vorteilhaft erweiterten Anhang das Börsengesetz nebst Ausführungsbestimmungen. Die einzelnen Paragraphen sind sehr ausgiebig und in gemeinverständlicher Weise kommentiert. Alles in allem schließt sich auch dieses Bändchen wieder den übrigen Textausgaben der wegen ihrer unbedingten und erschöpfenden Sachlichkeit bekannten Guttentagschen Sammlung Deutscher Reichsgesetze würdig an."

Bayrische Handelszeitung.

Lusensty, F., Gesetz, betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Ausbewahrung fremder Wertpapiere (Depotgesetz). Dritte Auflage. Taschenformat. 113 Seiten. 1916. Mit Nachtrag 1925.

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3d. 40.)

"Die beste Bearbeitung des sogenannten Depotgesetzes verdanken wir unstreitig dem Geheimrat Lusensky, der an der Entstehung dieses Gesetzes von seiner ersten Ausarbeitung bis zu seiner Fertigstellung im Reichstage fortdauernd Anteil gehabt hat und deshalb, wie kaum einer, in der Lage ist, das Vortrefflichste zu leisten." Zeitschrift für Aktiengesellschaften.

II. Grenzgebiete des Bürgerlichen Rechts

1. Brivat= und Sozialversicherung

Sager, B., und E. Brud, Reichogeset über den Berficherungsvertrag nebft bem augehörigen Einführungsgesetz vom 30. Mai 1908. Fünfte, polltommen neubearbeitete Auflage. Taschenformat. X, 538 Seiten. 1926.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 83.)

"Die Vorzüge, welche die früheren Auflagen schon zeigten, die Fülle des Gebotenen, die Beherrschung des Stoffes, die anschauliche und doch knappe Sprache, und dies alles in dem engen Rahmen einer Textausgabe, kleinen Handausgabe mit Anmerkungen, sind auch dieser vierten Auflage in hohem Maße eigen." Mitteilungen für die öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten.

Berliner, Ludwig, und Ernft Pfaffenberger, Aufwertung von Berficherungs-

ansprüchen mit Durchführungsbestimmungen. Geb. 6.50

I. Teil. Ottav. 235 Seiten. 1926. Mit Nachtrag. (Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 164.)

II. Teil: Sach- und Transportversicherung; Unfall- und Haftpflichtversicherung. Geb. 3.50

Ottav. 112 Seiten. 1926. (Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 164a.)

"Das Werk ist ein bedeutsamer Kommentar, durch den die gesetzlichen Bestimmungen von der juristischen und versicherungstechnischen Seite aus eingehend erläutert werden. In seinem straffen, systematischen Aufbau, der Geschlossenheit der Darstellung muß man das Buch als ein Standardwerk für das gesamte versicherungsrechtliche Aufwertungsgebiet bezeichnen.

Quellenangaben, sorgfältige Zitierungen, Stichwortverzeichnis erhöhen den praktischen Wert

und machen es zum unentbehrlichen Ratgeber in allen interessierten Kreisen.

Roenige, Beinrich, und 21. Beterfen, Gefet über Die privaten Berficherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901. Textausgabe mit Unmerkungen und Sacregister. Dritte, umgearbeitete Auflage. Taschenformat. 856 Seiten. Seb. 20 .-1027.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 62.)

"Der Verfasser hat es meisterhaft verstanden, reiche Literatur und Judikatur zu dem wichtigen Grundgesetz der Privatversicherung mit seiner eigenen selbständigen Auffassung von der Bedeutung der Gesetzesbestimmungen in Verbindung zu bringen. Für Theorie und Praxis der Privatversicherung wird das Werk dadurch zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel." Deutsche Versicherten-Zeitung,

Hanow, S., Fr. Hoffmann u. a., Kommentar jur Reichsversicherungsordnung. 5 Bände.

I. Band: Sanow, S., Gemeinsame Vorschriften (AVO., 1. Buch). Fünfte, neubearbeitete Auflage. XII, 396 Seiten. 1926. Seb. 16.-

II. Band: Boffmann, Fr., Rrantenversicherung. Sedite, vermehrte und erganzte Auflage. XI, 672 Seiten. 1922. Nachtrag hierzu. 34 Seiten. 1923. -.80

III. Band: Nachtrag zur dritten Auflage. Rabeling, Wilh., Die Rriegsverordnungen dur Unfallversicherung und das Gefet über die Fürsorge für Rriegegefangene vom 15. August 1917. VIII, 125 Geiten. 1918.

- IV. Band: Hanow, N., und N. Lehmann, Invalidenversicherung (NVO., 4. Buch). Vierte, neubearbeitete Auflage. XI, 712 Seiten. 1925. Mit Nachtrag.
 - V. Band: Lehmann, R., Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten. — Verfahren (RVO. 5. und 6. Buch). Vierte, neubearbeitete Auflage. XII, 543 Seiten. 1926. Geb. 20.—
- Stier-Somlo, Frit, Kommentar zur Reichsversicherungsordnung und ihrem Einführungsgesetz. Vom 19. Juli 1911.

I. Band. 1. Buch: Gemeinsame Vorschriften. 2. Buch: Krankenversicherung. Lexikon-Oktav. LXXVIII, 1130 Seiten. 1915. 26.— II. Band. 3. Buch: Unfallversicherung. Lexikon-Oktav. LV, 1110 Seiten. 1916. 26.—

Lippmann, Karl, Die Neichsversicherungsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1924 und des Gesethes über das Neichsschiedsamt vom 22. Januar 1925 nebst dem Einführungsgeseste, den wichtigsten Ausführungsvorschriften, den ergänzenden Gesethen und Vervrdnungen sowie den Vervrdnungen über das Versahren. Oktav. XV, 589 Seiten. 1925. Geb. 11.—

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 161.)

Ergänzungsband, enthaltend den vollständigen Wortlaut der neuen Fassung des Unfallversicherungsgesetzes sowie die Ergänzungen der übrigen Bücher der RVO. Ottav. 224 Seiten. 1926. Seb. 4.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28. 161 a.)

Zweiter Ergänzungsband, enthaltend weitere Anderungen und Ergänzungen durch die im ersten Halbjahr 1926 erlassenen Gesetze und Verordnungen. Oktav. 30 Seiten. 1926.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 38. 161 b.)

"Das Buch dürfte sich in der Bibliothek eines jeden finden, der sich mit der Reichsversicherungsordnung befaßt. Es gehört zu den praktisch wertvollsten." Deutsche Allgemeine Zeitung.

Dersch, Hermann, Die neue Neichsversicherungsordnung. Handausgabe mit kurzen Unmerkungen und einer spstematischen Einleitung nebst den wichtigsten Ausführungsbestimmungen. Rlein-Oktav. 918 Seiten. 1925. Mit Nachtrag nach dem Stande vom August 1926.

(Sammlung Deutscher Gefete Bb. 114.)

Reuß, Mar, und Frit Dense, Das Reichstnappschaftsgesetz vom 1. Juli 1926 nebst Einführungsgesetz. Taschenformat. XVI, 640 Seiten. 1926. Geb. 12.— (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 155.)

"Zur rechten Zeit erscheint die Erläuterung des Reichsknappschaftsgesetzes aus der Feder zweier Männer, die schon seit Jahren im Verwaltungs- und Aufsichtsdienste des Knappschaftswesens tätig sind und bei der Verabschiedung des Gesetzes mit in erster Linie gestanden haben. Die Herausgabe des Gesetzes aus ihrer Feder bedarf daher keiner besonderen Empfehlung. Das Buch kann allen, die auf dem Gebiete des Knappschaftswesens tätig sind, aufs wärmste empfohlen werden."

Zeitschrift für Bergrecht.

- Mentel, Paul, Hermann Schulz und Fritz Sitzler, Kommentar zum Versicherungsgesetzt Angestellte vom 20. Dezember 1911. Groß-Oktav. XVI, 987 Seiten. 1913.
- Angestelltenversicherungsgesetzt vom 28. Mai 1924. Zweite Auflage. Taschenformat. 143 Seiten. 1927. Seb. 2.50

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesehre. Textaußgaben ohne Anmerkungen.) Diese neue Ausgabe entspricht der neuesten Fassung des Gesetzes unter Berücksichtigung der letzten Änderungen und Verordnungen. Das beigefügte Sachregister erleichtert das rasche Zurechtfinden in den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes. Schmeißer, Herbert, Handbuch der Erwerbslosenfürsorge. Mit einer Einführung und Erläuterungen. Zweite Auflage. Taschenformat. XI, 496 Seiten. 1926. Mit Ergänzungsband (120 Seiten) 1927. Seb. 13.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28. 165.)

"Das Buch gibt in kurzer, aber ausreichender Form eine Darstellung des gesamten Rechtsstoffes der Erwerbslosenfürsorge unter Anpassung an die praktischen Bedürfnisse. Das Buch, das als Handbuch bezeichnet wird, ist allen Arbeitsnachweisen, Kommunalbehörden, Parlamentariern, Gewerkschaften und Angestelltenverbänden zu empfehlen, zumal es sich um Vorschriften handelt, die in politischer, volkswirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht zur Zeit weit schwerwiegender sind als die sonstiger sozialer Gesetze." Kommunalpolitische Blätter.

2. Arbeitsrecht

Hoeniger, Heinrich, und Emil **Wehrle, Arbeitsrecht.** Sammlung der reichsrechtlichen Vorschriften zum Arbeitsvertrag. Textausgabe mit Sachregister. Zehnte Auflage. Rlein-Oktav. XXIV, 634 Seiten. 1927. Seb. 8.—
(Sammlung Peutscher Gesehe Vd. 53.)

Feig, I., und F. Sitzler, Arbeitsrechtliche Gesetze und Verordnungen des Reichs nach dem Stand vom 1. April 1924. Ottav. VI, 575 Seiten. 1924.

Seb. 8 .-

Dersch, H., und E. Volkmar, Arbeitsgerichtsgesetz. Zweite, durchgesehene Auflage. Rlein-Oktav. 688 Seiten. 1927. Geb. 12.—
(Sammlung Deutscher Gesehe Bd. 128.)

Depene, Hans, Das Arbeitsgerichtsgesetz. Taschenformat. 180 Seiten. 1927. Geb. 3.60

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 168.)

"Die neue Materie des Arbeitsgerichtsgesetzes erfordert in erhöhtem Maße das Interesse des Unternehmers. Zur Einarbeitung ist das vorliegende Buch besonders brauchbar, weil es sich nicht um einen Kommentar mit vielen Details handelt, sondern um eine Textausgabe mit einer ausführlichen, von einem hervorragenden Sachkenner verfaßten Einleitung. Daß die entsprechenden Bestimmungen anderer einschlägiger Gesetze gleich mit abgedruckt sind, ist ein großer Vorteil."

Günther, Abolf, und Nichard Schneider, Arbeiterschutz und Arbeitsrecht. Zweite Auflage. I. Teil: Arbeitszeitschutz. Das Arbeitszeitnotgesetz und die übrige arbeitszeitrechtliche Gesetzgebung des Reichs seit 9. November 1918. Taschenformat. 386 Seiten. 1927.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 138a.)

"Die Arbeit ist der 1. Auflage gegenüber ein völlig neues Buch. Der Kommentar umfaßt die gesamte arbeitszeitrechtliche Gesetzgebung von der Staatsumwälzung bis zur Gegenwart, und zwar nicht nur die allgemeinen Bestimmungen, sondern auch die für einzelne Gewerbezweige und Einzelbetriebe erlassenen Verordnungen. Auch die internationale Regelung des Arbeitszeitschutzez findet Berücksichtigung. Das Buch ist ein Führer durch das weite und unübersichtliche Gebiet der arbeitszeitrechtlichen Gesetzgebung. Ein ausführliches Sachregister soll die praktische Benutzung erleichtern."

3. Gewerberecht

Landmann, Robert v., und Gustav Rohmer, Kommentar zur Gewerbeordnung. I. Band: Einleitung und Gewerbeordnung Titel I—V nebst Anhang, Nachträgen und Literaturverzeichnis. Bergriffen. Neue Auflage im Druck.

II. Band: Titel VI—X nebst Schlußbestimmungen, Anhang, Nachträgen, Literaturverzeichnis und alphabetischem Sachregister. Lexikon-Oktav. XII, 1138 Seiten. 1925.

- Ergänzungsband zum II. Band: Verordnung über die Arbeitszeit in der neuen Fassung vom 14. April 1927 nebst einem Anhang, enthaltend einschlägige andere Seseke und Verordnungen sowie die kommentierte Väckerei-Arbeitszeitverordnung.
- Stier-Somlo, Frik, Kommentar zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Mit einer Einführung, sämtlichen Novellen, den wichtigsten Ausführungsbestimmungen, Nebengesehen und einem Sachregister. Zweite, wesentlich veränderte und ergänzte Auflage. Klein-Oktav. XXXVII, 1219 Seiten. 1923. Mit Nachtrag.

(Sammlung Deutscher Gefete Bb. 27.)

Hiller, Fr., und H. Luppe, Reichsgewerbeordnung nebst Ausführungsbestimmungen. Zwanzigste Auflage. Taschenformat. 912 Seiten. 1921. Mit Nachtrag.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 286. 6.)

"Ein Wort der Empfehlung für dieses Buch zu sagen, erübrigt sich. Hervorgehoben sei, daß diese Auflage alle Vorzüge der früheren Auflagen in sich schließt. Die zahlreichen neuen Gesetze sind erschöpfend berücksichtigt." Zeitschrift des Deutschen Notarvereins.

- Brassert, H., Allgemeines Berggesetz für die preußischen Staaten mit Kommentar. Zweite Auflage, bearbeitet von Hans Gottschalt. Groß-Oktav. XXIX, 1291 Seiten. 1914.
- Sonnenfeld, Jugo, Die reichsrechtlichen Bestimmungen, betreffend den Handel mit Drogen und Giften. Dritte, veränderte Auflage. Taschenformat. 435 Seiten. 1926.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28. 64.)

"Die Arbeit gehört einem Spezialgebiet an, mit dem nicht jeder Jurist zu tun hat. Wird er aber einmal genötigt, sich auf dieses Gebiet zu begeben, so ist er um so dankbarer für eine Arbeit, die sofort den Eindruck größter Sachkunde und vollständiger Materialsammlung macht, und deren Führung man sich unbedenklich anvertrauen kann." Vossische Zeitung

Lebbin, Georg, Nahrungsmittelgesetze mit Erläuterungen. Zweite, stark vermehrte Auflage in zwei Bänden.

I. Band: Das Lebensmittelgeset vom 5. Juli 1927 mit Nebengeseten (Margarine, Fleisch, Milch, Süßstoff, Essigfaure usw.). Erläutert von G. Lebbin und R. Gießner. Taschenformat. XVI, 419 Seiten. 1928. Geb. 8.50

II. Band: Getränkegesete und Getränkesteuergesete (Wein, Vier, Branntwein, Mineralwasser). Unter Mitarbeit von Rechtsanwalt Dr. Kniebe. Taschenformat. XII, 400 Seiten. 1926.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3d. 54b.)

"Das Werk, in der bekannten und bewährten Aufmachung der Gesetzessammlung gearbeitet, ist für unsere Leser und überhaupt die ganze Fachwelt der Getränke-Industrie unentbehrlich, muß doch jedermann mit den einschlägigen Gesetzesbestimmungen sich soweit wie irgend möglich vertraut machen, wenn er nicht in Nachteile geraten will. Die Anschaffung des Buches kann bestens empfohlen werden."

Branntweinmonopol.

4. Geistig=gewerblicher Rechtsschut

Seligsohn, Arnold, Batentgefet und Gefet, betr. den Schut von Gebrauchsmustern. Siebente Auflage. Oftav. 1927. In Bearbeitung.

"Die Vorzüge des Buches sind bekannt. Klare, leichtfaßliche Sprache, wissenschaftliche Vertiefung, dabei starke Betonung der Praxis, lückenlose Behandlung aller Probleme sind die Vorzüge, die den Seligsohnschen Kommentar zum unentbehrlichen Rüstzeug jedes im gewerblichen Rechtsschutz Tätigen gemacht haben." Mitteilungen vom Verband Deutscher Patentanwälte.

Isan, Hermann, Patentgesetz und Gesetz, betr. ben Schutz von Gebrauchsmustern. Systematisch erläutert. Vierte Auflage. Lexikon-Oktav. XI, 743 Seiten. 28.—, geb. 32.—

Lutter, R., Patentgesetz. Nebst Ausführungsbestimmungen, völkerrechtlichen Verträgen und der Patentanwaltsordnung. Achte Auflage. Taschenformat. 429 Seiten. 1920. Mit Nachtrag. 1924.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 22.)

"Der jetzige Verfasser hat einen völlig neuen Kommentar geschaffen, der in seiner Knappheit und Sparsamkeit dem ursprünglichen Zweck gerecht wird, aber an wissenschaftlicher Durcharbeitung und Gründlichkeit die vorangegangenen Auflagen weit überragt. Die jetzt vorliegende Auflage zeichnet sich durch Reichhaltigkeit, Genauigkeit und Klarheit aus."

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht.

Neuberg, Tohannes, **Gesetz, betr. das Urheberrecht an Mustern und Modellen**, und Sesetz, betr. den Schutz von Sebrauchsmustern, nebst den zu beiden Gesetzen ergangenen Ausführungsverordnungen und abgeschlossen internationalen Verträgen. Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister. Taschenformat. 192 Seiten. 1911.

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 38. 102.)

"Die Anmerkungen sind kurz, klar, treffend, mit Nachweisungen aus der Judikatur und aus der Literatur versehen. Sie ermöglichen auch dem mit der Materie nicht vertrauten Praktiker eine schnelle Orientierung über den Stand der Frage."

Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht.

Daude, Paul, Die Neichsgesetze über das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst und das Verlagsrecht vom 19. Juni 1901 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Mai 1910 zur Ausführung der revidierten Verner Übereintunst. Oktav. VIII, 293 Seiten. 1910.

"Der Zusammenhang der erläuterten Gesetze mit dem Strafgesetzbuch, dem Bürgerlichen Gesetzbuch und anderen Gesetzen ist in leichtverständlicher Weise praktisch dargestellt. Literatur und Rechtsprechung sind angemessen berücksichtigt. Dem praktischen Juristen, dem Buchhändler und dem Autor wird es gleichermaßen vorzügliche Dienste leisten."

Deutsche Literatur-Zeitung.

Lindemann, O., Gesetz, betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Conkunst. Vierte Auflage. Taschenformat. 171 Seiten. 1921. Seb. 1.80

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 60.)

"Die vorliegende Arbeit ist nicht bloß eine Gesetzesausgabe, sondern mit ihren sachgemäßen, gründlichen, sorgfältig gearbeiteten, wenn auch kurzen Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen ein wertvoller Kommentar des Gesetzes. Das Werk sei jedermann auf das beste empfohlen."

Juristische Wochenschrift.

Goldbaum, Wenzel, Urheberrecht und Urhebervertragsrecht. Ein Kommentar zu den Gesetzen über das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst und das Verlagsrecht, zur revidierten Verner Übereinkunst, nebst Vestimmungen des Friedensvertrags sowie zum deutsch-amerikanischen Abkommen. Zweite, verbesserte Auflage. Klein-Oktav. 464 Seiten. 1927. Geb. 12.—

(Stilkes Rechtsbibliothek 3d. 9.)

Fuld, Ludwig, Gesetz, betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie. Zweite Auflage. Taschenformat. 192 Seiten. 1925.

Geb. 6.—

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3d. 81.)

"Der zwar kleine, aber inhaltreiche und daher sehr beliebte Kommentar von Fuld erscheint in zweiter, völlig neubearbeiteter Auflage. Überall ist dem Stande der heutigen Rechtsprechung und wissenschaftlichen Auffassungen Rechnung getragen. In einem Anhang sind die einschlägigen internationalen Übereinkommen abgedruckt. Alle Interessenten werden mit Freuden die neue Auflage begrüßen."

Dungs, H., Die Berner Übereinkunft über internationales Urheberrecht. Taschenformat. 75 Seiten. 1910. Geb. 1.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 36. 95.)

"Der Verfasser hat das abgeklärte Ergebnis langjähriger praktischer und theoretischer Beschäftigung mit diesem Stoff in anspruchslose und einfache Sätze zusammengedrängt, die gerade

auch demjenigen, der die Materie kennt, eine wohlgeordnete und angesichts des äußerlich geringen Umfangs der Schrift überraschend reichhaltige Zusammenfassung bieten. Das literarische und künstlerische Urheberrecht sind ineinander verarbeitet, und auch hierdurch ergeben sich zahlreiche interessante und anregende Gesichtspunkte. Man hat überall den Eindruck, daß dies Buch nicht geschrieben ist, um die juristische Literatur zu vermehren, sondern weil der Verfasser seinen Fachgenossen etwas zu sagen hatte. Kurz, ein in jeder Hinsicht wertvolles und erfreuliches Buch."

Hessische Rechtsprechung.

Heinith, Ernst, und Bruno Marwith, Das Neichsgeseth über das Verlagsrecht. Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister. Dritte Auflage. Taschenformat. 136 Seiten. 1922. Seb. 1.60

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 61.)

"Dieser kurze Kommentar ist durch seine knappen, das Wichtige klar vortragenden Darlegungen dazu berufen, eine Lücke auszufüllen, die sich für den Praktiker des Verlagsrechts seit Jahren ergab. Man darf deshalb das Erscheinen dieser neuen Auflage aus der Feder des Spezialisten des Verlagsrechts mit größter Freude begrüßen."

Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel.

Hoffmann, Willy, Das Reichsgesetz über das Verlagsrecht mit Erläuterungen. Oktav. 182 Seiten. 1925. 6—, geb. 7.50

Hagens, Alfred, Warenzeichenrecht. Rommentar. Groß-Ottav. VIII, 408 Seiten. 1927. 22.—, geb. 24.—

(Gewerbe- und Industrie-Kommentar Bd. III.)

Es war das Ziel des Verfassers, in dem vorliegenden Kommentar ein ganz klares, geschlossenes System des Warenzeichenrechts herauszuarbeiten, z.B. durch folgerichtige Durchführung des Begriffs "Immaterial-Güterrecht" bei Warenzeichen und Ausstattung, durch Einführung des Begriffs "Anfechtbarkeit" und "Unwirksamkeit" der Zeichen (unter Ausschaltung des Begriffs "Nichtigkeit") und durch konsequente Durchführung wettbewerblicher Grundsätze, besonders der Priorität. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, nur zu rechtspolitisch einwandfreien, wirtschaftlich gesunden Folgerungen zu gelangen. Die Darstellung ist durch eine Fülle von konkreten Beispielen sowie durch Besprechung wichtiger Urteile anschaulich gemacht.

- Pinzger, Werner, und Felix Heinemann, Das deutsche Warenzeichenrecht. Kommentar des Reichsgesetzes zum Schutz der Warenbezeichnungen nebst den internationalen Verträgen. Groß-Ottav. 504 Seiten. 1926. 18.—, geb. 20.—
- Seligsohn, Arnold, Gesetzum Schutz der Warenbezeichnungen. Dritte Auflage, bearbeitet in Gemeinschaft mit Martin Seligsohn in Berlin. Groß-Oktav. IV, 416 Seiten. 1925.

"Der Kommentar zeigt alle Vorzüge des in der Wissenschaft und Praxis des gewerblichen Rechtsschutzes gleich ausgezeichneten Juristen: volle theoretische und praktische Beherrschung des Stoffes, klare Darstellungsgabe, sorgsame Behandlung und treffsicheres Urteil."

Badische Rechtspraxis.

Freund, G. S., Julius Magnus und Friedrich Jüngel, Das deutsche Warenzeichenrecht. Sechste, neubearbeitete Auflage. Teil I: Die internationalen Verträge. VI, 247 Seiten. Mit 4 Tafeln. 1924. Geb. 9.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bd. 87a.)

"Das ganze Werk mit seiner Fülle von Gesetzen, Verordnungen, Verträgen, Bekanntmachungen bildet eine Quellensammlung für das internationale deutsche Zeichenrecht, ohne die man fortan nicht mehr auskommen kann." Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht.

- Rosenthal, Alfred, Wettbewerbsgeseth (Geseth gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909) nebst den materiellen Bestimmungen des Warenzeichengesethes systematisch erläutert. Sechste Auflage. Groß-Oktav. XV, 467 Seiten. 1927.
- Pinner, A., und A. Elster, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Achte Auflage von A. Elster. Taschenformat. 254 Seiten. 1927. Seb. 5.— (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 37.)

"Das Werk ist für den Handgebrauch vor Gericht und im Beratungszimmer sehr zu empfehlen, es unterrichtet schnell über die wesentlichen Fragen, die bei der Anwendung des Gesetzes in Frage kommen."

Juristische Wochenschrift.

III. Zivilprozeß

Stein, Friedrich, Die Zivilprozesordnung für das Deutsche Neich. In Fortführung des von L. Gaupp begründeten Kommentars erläutert. Bearbeitet von Martin Ionas. 2 Bände.

88.—, geb. 104.—

I. Band: Dreizehnte Auflage. XXXII, 1167 Seiten. 1926.

II. Band: Zwölfte und dreizehnte Auflage. XII, 1184 Seiten. 1926.

Sydow, R., L. Busch und W. Krank, Zivilprozesordnung und Gerichtsverfassungegesetz. Neunzehnte Auflage. Groß-Oktav. VIII, 1335 Seiten. 1926.

(de Gruntersche Sammlung Deutscher Gesetze. Handkommentare.)
"Der Wert des Werkes ist längst anerkannt. Es gibt wohl keinen Praktiker, der sich seiner

"Der weit des werkes ist langst anerkannt. Es glot wont keinen Fraktiker, der sich seiner nicht mit besonderer Vorliebe bedient. Vollständigkeit, Übersichtlichkeit, Zuverlässigkeit und Ausführlichkeit der Erläuterungen sind auch diesmal dem allgemein beliebten Buche als seine hervorstechendsten Vorzüge treugeblieben. Für die Praxis ist es unentbehrlich."

Zeitschrift des Bundes Deutscher Justizamtmänner.

Sydow, R., L. Busch und W. Krant, Gerichtsverfassungsgesetz mit Einführungsgesetz. Unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen des Reichsgerichts. Zehnte Auflage. Taschenformat. 347 Seiten. 1925. Geb. 6.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3d. 14.)

"Das Buch bedarf keiner Empfehlung, es empfiehlt sich selbst durch die Fülle dessen, was es bietet. Gesetzgebung und Rechtsprechung sind bis in die neueste Zeit berücksichtigt." Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht.

Rausnik, Julius, Gebührenordnung für Notare vom 28. Oktober 1922 (SS. 404) nebst den einschlägigen Vorschriften des Preußischen Gerichtskostengesetzes vom 28. Oktober 1922 (SS. 363), beide in der Fassung der Gesetze vom 12. April 1923 (SS. 107), 18. Dezember 1923 (SS. 556) und der Verordnung vom 28. Juni 1924 (SS. 573). Sechste, umgearbeitete Auflage. Oktav. 158 Seiten. 1925.

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze Bd. 4.)

"Die Aufgabe, einen kurzgefaßten, aber möglichst vollständigen Handkommentar für den täglichen Gebrauch des Praktikers zu schaffen, hat der Verfasser glänzend gelöst. Mit einer bewundernswerten Kürze und Schärfe entscheidet er nicht nur Streitfragen, sondern behandelt auch die im täglichen Leben vorkommenden Fälle vollständig. Der in seiner äußeren Form sehr handlich und gut ausgestaltete Kommentar kann den Herren Kollegen nur auf das wärmste empfohlen werden. Er wird ihnen sehr bald ein unentbehrlicher, weil nie versagender Ratgeber werden, der ihnen ihre Berufsarbeit sehr erleichtern wird."

Juristische Wochenschrift.

- Walter, Heinrich, und Albert Joachim, Deutsche Gebührenordnung für Nechtsanwälte vom 7. Juli 1879 in der Fassung vom 20. Mai 1898 nebst allen späteren Novellen und den landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Nechtsanwälte in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Vaden. Siebente, neubearbeitete Auflage. Herausgegeben von Adolf Friedlaender und Max Friedlaender. Groß-Ottav. XXVI, 634 Seiten. 1925. Geb. 27.—
- Sydow, R., L. Busch und O. Krieg, Die Deutsche Gebührenordnung für Nechtsanwälte und das Preußische Gebührengesetz. Unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen des Reichsgerichts herausgegeben mit Anmerkungen und Kostentabellen. Dreizehnte Auflage im Druck.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28b. 17.)

"Die Erläuterung der Gebührenordnung bietet besonders Wertvolles. Sie steht schon lange unter den Anmerkungsausgaben mit an erster Stelle. Und das mit Recht."

Zeitschrift des Bundes Deutscher Justizamtmänner.

Sydow, R., L. Busch und O. Arieg, Seutsches Gerichtskostengesetz nebst Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige. Mit Anmerkungen unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen des Reichsgerichts. Taschenformat. Elfte Auflage. Geb. 7.50

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 2b. 15.)

"Seit der 10. Auflage ist das Deutsche Gerichtskostengesetz wesentlich umgestaltet worden. Infolgedessen erforderten in der jetzt herausgegebenen neuen Auflage die Anmerkungen zum größten Teil eine völlig neue Bearbeitung. Diese setzt sich zum Ziele, die Stichworte der Paragraphen namentlich durch Klarstellung ihrer Bedeutung, durch Darlegung des Zusammenhangs der Gesetzesvorschriften und durch Heranziehung anderer einschlägiger Gesetze für den praktischen Gebrauch übersichtlich zu erläutern. Auch die Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige sind nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung erläutert worden."

Rittmann, Otto, und Peter Wenz, Das Deutsche Gerichtskostengesetz und die Gebührenordnung für Nechtsanwälte. Mit Erläuterungen und Kostentaseln sowie den Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher, für Zeugen und Sachverständige, für Schöffen, Geschworene und Vertrauenspersonen und den Vorschriften der Reichsabgabenordnung über Kosten und Rechtsanwaltgebühren. Zwölfte Auslage. Klein-Ottav. XII, 530 Seiten. 1927. Geb. 10.—

Freiwillige Gerichtsbarkeit

Schlegelberger, Franz, Die Gesetze über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für das Reich und Preußen. Pritte, vollständig neubearbeitete Auflage des Rommentars von Rudolf Schulke und Hermann Oberneck. I. Band: (§§ 1—124). Groß-Ottav. XXVIII, 723 Seiten. 1927.

In Leinen 42 .- , in Halbleder 45 .-

Jaftrow, A., und Bermann Gunther, Die Gefete des Reiches und Preugens über die freiwillige Gerichtsbarteit. Siebente Auflage. Taschenformat.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetz Bd. 46.) In Bearbeitung.

"Die Anmerkungen unterrichten in zuverlässiger Weise über die wichtigste Rechtsprechung des Reichsgerichts und der deutschen Oberlandesgerichte auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ein ausführliches Sachregister erhöht die Brauchbarkeit des bewährten Buches, das auch in der neuen Auflage seinen Zweck auf das beste erfüllen wird."

Juristische Wochenschrift.

Szkolny, Felix, und Leopold Rober, Das Notariatrecht, unter besonderer Berückstigung des materiellen Nechts und des Steuer- und Stempelrechts erläutert. Oktav. 236 Seiten. 1925. Geb. 8.50

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28b. 163.)

"Die Darlegung des materiellen Rechts, soweit es in der täglichen Anwendung den Notar hauptsächlich beschäftigt. Es wird die Beurkundung einzelner Rechtsgeschäfte und anderer Rechtsvorgänge behandelt. Die Ausführungen verwerten die neueste Lehre und Rechtsprechung eingehend, die Darstellung ist leicht faßlich und klar, einzelne Muster vervollkommnen das anschauliche Bild."

Zeitschrift des Deutschen Notarvereins.

Rontursordnung und Zwangsvollstredung

Jaeger, Ernst, Kommentar zur Konkursordnung und den Einführungsgesehen. Mit einem Anhang, enthaltend das Ansechtungsgeseh, Auszüge aus den Kostengesehen, die Ausführungsgesehe und Geschäftsordnungen. Sechste Auflage. Lexikon-Oktav.

"Das Jaegersche Werk ist ohne Zweifel der beste von den mehreren guten Kommentaren zur Konkursordnung, die wir besitzen. Die Rechtsanwendung wird von ihm kaum jemals im Stiche gelassen werden, und auch die Rechtslehre wird ihm mannigfache Förderung zu verdanken haben. Das Werk ist mit erschöpfender Gründlichkeit gearbeitet, eine Unsumme auch fernerliegender literarischer Erscheinungen ist von dem Verfasser herangezogen und verwertet worden."
Zeitschrift für deutschen Zivilprozeß.

Menhel, Franz, Kommentar zur Neichskonkursordnung. Zweite Auflage. Lexikon-Oktav. XII, 656 Seiten. 1926. Geb. 20.—

Inmertungen unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen des Reichsgerichts. Vierzehnte, vermehrte Auflage. Taschenformat. XXXI, 622 Seiten. 1926. Mit Nachtrag, enth. die Vergleichsordnung v. 5. Juli 1927. Geb. 10.—

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 26. 13.)

"Diese mustergültige Bearbeitung des Konkursrechtes kann einen großen Kommentar zur Konkursordnung voll ersetzen. Der Reichtum an praktisch-wissenschaftlichen Erläuterungen, an angezogenen Gerichtsentscheidungen setzt in Erstaunen. Die angefügte Darstellung des Anfechtungsgesetzes erfüllt ebenfalls alle Erwartungen."

Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht.

Geset über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses (Vergleichsordnung) vom 5. Juli 1927. 54 Seiten. 1927. — .80 Dient zur Ergänzung der KO. von Sydow-Vusch-Krieg, wird aber auch einzeln abgegeben.

Klien, G., Verordnung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses vom 14. Dezember 1916. Mit spstematischer Einleitung von Ernst Taeger. Taschenformat. 126 Seiten. 1917. Mit Nachtrag 1924. Geb. 3.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 127.)

Fischer, R., und L. Schäfer, Die Gesetzgebung, betr. die Zwangsvollstredung in das unbewegliche Vermögen im Reiche und in Preußen. Bearbeitet von I. Rrech und O. Fischer. Zweite Auflage. Lexikon-Oktav. XVI, 728 Seiten. 1910.

"Unter den zahlreichen Bearbeitungen des Zwangsvollstreckungsgesetzes ist der Kommentar von Fischer und Schäfer wohl der wissenschaftlich bedeutendste. Überall sind die Erläuterungen systematisch, manchmal geradezu lehrbuchartig aufgebaut, die leitenden Gedanken treten trotz der Fülle der behandelten Einzelfragen klar und deutlich hervor."

Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern.

Krech, T., und O. Fischer, Die Gesetzgebung, betr. die Zwangsvollstredung in das unbewegliche Vermögen im Reiche und in Preußen. Textausgabe mit Einleitung, Ammerkungen und Sachregister. Neunte Auflage, bearbeitet von O. Fischer. Taschenformat. 275 Seiten. 1922.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28b. 43.)

"Einer besonderen Empfehlung dieser handlichen Ausgabe, deren Hauptteil das Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung bildet, bedarf es nicht. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Rechtslehre sind bis zur Gegenwart berücksichtigt."

Sächsisches Archiv für Rechtspflege.

IV. Strafrecht und Strafprozes

Strafgesetbuch

Ebermaner, Ludwig, Abolf Lobe und Werner Rosenberg, Das Reichsstrafgesetzbuch, Leipziger Kommentar mit besonderer Verücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Dritte Auflage. Lexikon-Oktav. X, 1288 Seiten. 1925.

48.—, in Halbleder 55.—

"Das hervorragende Werk ist von Praktikern für die Praxis geschrieben. Der Nachdruck ist darauf gelegt, in allen auftauchenden Fragen über den Stand der Wissenschaft und insbesondere über die Ergebnisse der Rechtsprechung rasch und zuverlässig zu unterrichten. Dieses Ziel ist durch eine sehr gründliche und übersichtliche Darstellung des gesamten Stoffes in vorzüglicher Weise erreicht worden." Württemberger Zeitschrift für Rechtspflege.

Rohlrausch, Eduard, Strafgesethuch für das Deutsche Neich mit Nebengesetzen. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister. Siebenundzwanzigste Auflage. Taschenformat. X, 602 Seiten. 1927. Geb. 8.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 2.)

"Schon die hohe Auflagenziffer beweist das Bedürfnis der Praxis für eine Ausgabe wie die vorliegende. Es ist in der Tat ein Buch, an Hand dessen eine schnelle und zuverlässige Orientierung über die wichtigsten Auslegungsfragen möglich ist. Der Kern der Dinge wird klar herausgestellt. Wichtige Reichsgerichtsentscheidungen werden als Beleg oder als Beispiel angeschlossen. Die neue Auflage ist überall auf den gegenwärtigen Stand der Rechtsprechung gebracht. So dient das Buch in gleicher Weise dem Studierenden zur Einführung in eine Lektüre des Gesetzes wie dem Praktiker zur schnellen Auffindung einer Entscheidung."

Rechtsanwalt Dr. Max Alsberg in der "Juristischen Wochenschrift".

36*

Dalde, Albert, Strafrecht und Strafprozes. Eine Sammlung der wichtigsten Gesetze. Zum Handgebrauch für die preußischen Praktiker erläutert und herausgegeben. Neunzehnte, neubearbeitete Auflage, besorgt von Paul Dalcke und E. Fuhrmann. Oktav. XI, 1053 Seiten. 1927. Geb. 14.50

Nebengesete

Stengleins Rommentar zu den strafrechtlichen Nebengesetzen des Deutschen Reiches. Fünfte Auflage, völlig neubearbeitet von Ludwig Ebermayer, Ernst Conrad, Albert Feisenberger, Rarl Schneidewin.

Lieferung 1:	1926.		6.50
Lieferung 2:	1926.		6.50
Lieferung 3:			8.80
Lieferung 4:			
cicletung T.	1321+		9.50

Nach Abschluß des Werkes tritt ein höherer Preis in Kraft.

Lindemann, Otto, Sammlung der wichtigsten preußischen Strafgesetze. Zweite Auflage. Taschenformat. 372 Seiten. 1912. Geb. 3.50

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 236. 34.)

"Die durch mehrere wichtige Gesetze erweiterte zweite Auflage dieses unentbehrlichen Ergünzungsbandes zu den in Einzelausgaben erschienenen Preußischen Gesetzen ist durch die Wiedergabe der noch geltenden vereinzelten alten Strafvorschriften nebst trefflich unterrichtenden Vorbemerkungen und Erläuterungen für die Strafverfolgungsbehörden und den Strafrichter besonders wertvoll. Nur mittels einer solchen ausgezeichneten Sammlung ist es diesen möglich, auch die zerstreuten Gebiete des Strafrechts völlig zu beherrschen."

Deutsche Juristen-Zeitung.

Born, A., Reichspreßgesetz vom 7. Mai 1874. Mit Kommentar. Dritte Auflage. Taschenformat. 176 Seiten. 1924. Seb. 4.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28b. 53.)

"Das Werk bringt eine sehr reichhaltige Kommentierung des Stoffes, die um so wertvoller ist, als den Entscheidungen der Wortlaut der Urteilsbegründungen beigefügt ist. Ein weiterer Vorteil des Buches ist darin zu erblicken, daß sämtliche einschlägigen Bestimmungen der das Preßwesen berührenden Gesetze aufgeführt, eingehend besprochen und in Beziehung zueinander gebracht worden sind. Als Nachschlagewerk in Zweifelsfällen, sei es in der Praxis, sei es für den Unterricht, wird das Buch von großem Nutzen sein."

Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung.

Richner, Rudolf, Geset über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909. Dritte, völlig neubearbeitete Auflage. 435 Seiten. 1915. Mit Nachtrag, enthaltend die Neufassung der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 5. Dezember 1925.

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 92.)

"Der Verfasser bietet ein sehr wertvolles Hilfsmittel für Anwendung und Auslegung des wichtigen Gesetzes. Der Schwerpunkt seiner Erläuterungen liegt natürlich in dem Abschnitt über die Haftpflicht; dieser ist denn auch mit besonderer und sehr anerkennenswerter Gründlichkeit bearbeitet; namentlich ist die Rechtsprechung sorgfältig berücksichtigt."

Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht.

Lindemann, Otto, Polizeiverordnungen in Preußen. Zweite Auflage. Taschenformat. 189 Seiten. 1912. Geb. 2.50

(Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze 28d. 36.)

Strafprozegordnung

Löwe, F., und Werner Rosenberg, Die Strafprozesordnung für das Deutsche Reich vom 22. März 1924 nebst dem Gerichtsverfassungsgesetz. Kommentar. Siebzehnte, neubearbeitete Auflage. Oktav. 1244 Seiten. 1927. Mit Nachtrag.
40.—, in Halbleder 45.—

"Der Löwesche Kommentar hat sich in Wissenschaft und Rechtsprechung eine so hervorragende Stellung erworben, daß er zum unentbehrlichen Ratgeber für Theoretiker und Praktiker geworden ist. Der Kommentar steht auf strafprozessualem Gebiet nach wie vor an erster Stelle und ist ein Meisterwerk in der Kunst einer klaren, übersichtlichen und erschöpfenden Darstellung dieses außerordentlich spröden Stoffes." Zeitschrift des Deutschen Notarvereins.

Keisenberger, Albert, Strafprozesordnung und Gerichtsverfassungsgeset. Sandkommentar. Groß-Oktav. IX, 517 Seiten. 1926. Mit Nachtrag 1927. Geb. 17.—

(de Gruntersche Sammlung Deutscher Gesetze. Handtommentare.)

"Der vorliegende Handkommentar ist eine glänzende Arbeit, die bald in der Hand jedes Strafrichters und Rechtsanwalts sein wird. Er hält die Mitte zwischen Textausgabe und den umfangreichen Kommentaren. Geradezu vorbildlich ist er für den Umfang der Heranziehung der Rechtsprechung. Alles Wesentliche ist berücksichtigt."

Danziger Juristische Monatsschrift.

Rohlraufch, Eduard, Strafprozekordnung und Gerichtsverfassungsgesek mit Nebengesetzen. Einundzwanzigste Auflage. Taschenformat. XI, 526 Seiten.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 12.)

"Das Buch ist nicht nur für den Praktiker, der sich rasch unterrichten will, sondern auch für den Studierenden, zumal wenn ihm die wirtschaftlichen Verhältnisse die Anschaffung umfangreicher Kommentare nicht ermöglichen, von größtem Wert." Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer in der Juristischen Wochenschrift.

Reifenberger, Albert, Strafprozefordnung und Gerichtsverfassungsgeset, in alter und neuer Fassung synoptisch gegenübergestellt. Mit ausführlichem Sachregister. Taschenformat. 265 Seiten. 1924. Seb. 4.50

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 158.)

"Die Ausgabe ist für die Praxis auf längere Zeit unentbehrlich. Die synoptische Darstellung erleichtert die Arbeit und schützt vor Gedächtnisfehlern." Juristische Wochenschrift.

V. Öffentliches Recht

1. Staatsrecht

Urndt. Aldolf, Die neue Berfassung des Deutschen Reiches. Dritte Auflage. Taschenformat. 1927.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 137.)

"In knappen, jedoch sehr eingehenden und namentlich durch stete Hinweise auf die einschlägige Literatur wertvollen Anmerkungen erläutert der hervorragende Staatsrechtslehrer die einzelnen Artikel der Reichsverfassung. Für alle, die sich auf dem schwierigen Gebiet der Reichsverfassung orientieren wollen, liegt hier ein vorzügliches Nachschlagewerk von gediegener Wissenschaftlichkeit vor." Staats- und Selbstverwaltung.

Stier-Somlo, Frit, Kommentar zur Verfaffung des Freiftaats Preugen. Groß-Ottav. 319 Seiten. 1921. Geb. 3.—

"Die Darstellung ist flüssig und knapp und ist als treffliche Orientierung über das neue Verfassungswerk, eine Orientierung, die ihre notwendige Ergänzung in dem vorzüglichen Kommentar Stier-Somlos findet, sehr zu empfehlen." Zeitschrift für öffentliches Recht.

Urndt, Abolf, Die Verfassung des Freiftaats Preugen vom 30. November 1920. Mit Einleitung, vollständigem Rommentar, Landeswahlgeset und Sachregister. Taschenformat. 158 Seiten. 1921. Seb. 2 .-

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze Bb. 1.)

"Die Einleitung ist eine vortreffliche staatsrechtliche Abhandlung, die unter Berücksichtigung und Verwertung der einschlägigen Literatur in die Entstehungsgeschichte und in die Bedeutung der Verfassungsurkunde einführt. Die Erläuterungen sind recht vollständig und enthalten in knapper Darstellung alles zur Auslegung Wesentliche. Zu den verschiedenen verfassungsrechtlichen Fragen nimmt der Verfasser in geschickter Weise Stellung. Der Kommentar wird denjenigen, die sich mit den einzelnen Bestimmungen der Verfassung vertraut machen wollen, ein Zeitschrift für Polizei- und Verwaltungsbeamte. willkommener Ratgeber sein." Reier, Otto, Sozialifierungsgesetze. Taschenformat. 214 Seiten. 1920.

Geb. 2.20

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetz 3d. 141.)

"Das Werk stellt die erste zusammenfassende kommentatorische Darstellung der Sozialisierungsgesetzgebung dar und ist für alle Interessenten unentbehrlich."

Zentralblatt der Reichsversicherung.

Strupp, Rarl, Die Friedensverträge.

I. Die Ostfrieden. Taschenformat. 685 Seiten. 1918.

Geb. 3.-

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 134.)

Hohenstein, Abolf, und Wenzel Goldbaum, Reichsschädengesetze. Textausgabe mit Anmerkungen. Oktav. 360 Seiten. 1922. Geb. 4.—

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 2d. 150.)

"In dem Werke sind alle für die Entschädigungsfrage in Betracht kommenden Gesetze zusammengestellt und mit kurzen Anmerkungen versehen worden, die durchaus dankenswerte Fingerzeige für die schnelle Orientierung geben. Im ganzen ist das vorliegende Werk nicht nur ein wertvolles Hilfsmittel für den Fachmann, sondern ist besonders jedem Geschädigten zu empfehlen, der sich über seine Ansprüche orientieren will."

2. Verwaltungsrecht

Reichsrecht

Blume, E., und W. Weirauch, Die Eisenbahn-Verkehrsordnung vom 23. Dezember 1908 mit Allgemeinen Ausführungsbestimmungen sowie dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 30. Mai 1925 und dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und Sepäckverkehr vom 12. Mai 1925. Textausgabe mit Annierkungen. Dritte Auflage. Taschenformat. 522 Seiten. 1926.

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28d. 91.)

"Wir besitzen hier einen neuen, die tatsächlichen Verhältnisse bis zur Gegenwart berücksichtigenden Kommentar und damit ein treffliches Hilfsbuch für alle, die sich mit dem Eisenbahnverkehrsrecht theoretisch und praktisch zu beschäftigen haben. Der Kommentar wird besonders auch den Gerichten und den Anwälten gute Dienste leisten, da die Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahnverkehrsordnung, die vollständig abgedruckt werden, sonst nur in den Tarifen veröffentlicht werden, die in den Kreisen der Juristen weniger bekannt sind. Allen, die es angeht, kann daher die Anschaffung der neuen Auflage nur dringend empfohlen werden."

Juristische Wochenschrift.

Rirchner, Rudolf, **Geset über den Verkehr mit Kraftsahrzeugen** vom 3. Mai 1909. Oritte, völlig neubearbeitete Auflage. 435 Seiten. 1915. Mit Nachtrag, enthaltend die Neufassung der Verordnung über Kraftsahrzeugverkehr vom 5. Dezember 1925. Mit Nachtrag. 1926. Geb. 5.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 2d. 92.)

"Der Verfasser hat sich mit der nicht unschwierigen Materie auf das beste vertraut gemacht und seine Kenntnisse mit großer Gewandtheit in logischen, klaren und ausführlichen Erläuterungen zum Gesetze verwertet." Zeitschrift für Polizei- und Verwaltungsbeamte.

Holzapfel, W., Die Siedlungsgesetzgebung im Reich und in Preußen. 347 Seiten. 1920. Geb. 3.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3d. 140.)

"Die zur Ausführung jener Gesetze bestimmten Behörden und auch die literarische Forschung wird dem Verfasser für seine mühevolle Arbeit Anerkennung zollen."

Archiv für öffentliches Recht.

Behrend, Ernst, und Helene Stranz-Hurwitz, Sammlung von Wohlfahrtsgesetzen des Deutschen Reichs und Preußens nebst den allgemeinen Wohlfahrtsgesetzen von Sachsen, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz, Oldenburg, Lippe und Lübeck.

Teil I: Taschenformat. 560 Seiten. 1923.

Geb. 5.-

Teil II: Nebst Ausführungsgesehen sämtlicher Länder zum Neichsjugendwohlfahrtsgeseh. Taschenformat. XVI, 551 Seiten. 1925. Geb. 9.

Teil I und II zuf. 12 .-

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 152 und 152a.)

"Die kurzen, alles Wesentliche zusammenfassenden Einleitungen zu den einzelnen Gesetzen sind mit außerordentlicher Sachkunde und Klarheit geschrieben; sie genügen zusammen mit den Literaturangaben völlig für den Praktiker, um die Gesetzestexte richtig handhaben zu können. Das Werk ist für alle in der Wohlfahrtspflege Arbeitenden unentbehrlich und sehr praktisch."

Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche Fürsorge.

Drewes, Paul, und Emil Sandre, Das Neichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 und Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923. Zweite Aufslage. Taschenformat.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bd. 154.)

"Eine sehr handliche Gesetzesausgabe. Sie bietet in ausführlichen geschichtlichen und rechtlichen Vorbemerkungen und Einleitungen wertvolles Material zur Tinführung in den Willen und Geist beider Gesetze und gibt in knappen, aber ausreichenden Erläuterungsbemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen dem Praktiker die erforderlichen Unterlagen zur richtigen Anwendung. Das Werk dürfte sich in der Praxis bald beliebt machen."

Blätter für öffentliche Fürsorge.

Sandré, Emil, Verordnung über die Fürsorgepflicht. Vom 14. Februar 1924. Mit Einschluß der für die Durchführung dieser Verordnung in Frage kommenden reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen. Taschenformat. 342 Seiten. 1925.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bb. 160.)

"Die Zusammenstellung der bis in die jüngste Zeit ergangenen gesetzlichen Bestimmungen, die in Beziehung zur Fürsorgepflichtverordnung stehen, gibt der Sandreschen Arbeit ihre besondere Bedeutung. Die Anmerkungen sind zahlreich und zeichnen sich durch einen feinen, klaren Stil aus. Das Buch ist übersichtlich geordnet und leicht zu handhaben."

Schleswig-Holsteinische Wohlfahrtsblätter.

Szczesny, Viktor, Das Lichtspielgesetz vom 12. Mai 1920 mit der Ausführungsverordnung, Einleitung, Gebührenordnung und Sachregister. Taschenformat. 106 Seiten. 1920. Seb. 1.50

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 147.)

"Das neue Lichtspielgesetz hat hier eine ausführliche Kommentierung gefunden. Das Buch kann bei der gründlichen Behandlung des Stoffes als ein geeignetes Hilfsmittel für die Praxis bezeichnet werden."

Preußische Gemeinde-Zeitung.

Rrause, Johannes, Das deutsche Pagrecht. Nach dem Stande vom 1. Januar 1925.
Geb. 9.—

(Stilles Rechtsbibliothet Bd. 37.)

Fraustädter, W., und M. Kreukberger, Das deutsche Ausländerrecht. Die Bestimmungen des Reichsrechts und preußischen Landesrechts. Textausgabe mit Erläuterungen und Sachregister. Taschenformat. 396 Seiten. 1927. Seb. 9.—
(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesche Bd. 166.)

Eine höchst begrüßenswerte Veranstaltung, aus dem Bedürfnis der Praxis hervorgegangen und mit vollendetem Sachverständnis unternommen. Sowohl die Vollständigkeit der mannigfach verstreuten gesetzlichen Bestimmungen als deren Anordnung, Registrierung und Erläuterung durch Ausführungsbestimmungen, Gerichtsentscheidungen, Verwaltungspraxis ist vortrefflich."

Neugebauer, Cberhard, Funkrecht. Zweite Auflage. Geb. 7.—
(Stilles Rechtsbibliothek 236. 33.)

Hippel, W. von, Neichsviehseuchengesetz vom 26. Juni 1909 nebst Ausführungsvorschriften und dem preußischen Ausführungsgesetz. Zweite Auflage. Taschenformat. 486 Seiten. 1913.

(Guttentagiche Saminlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 103.)

"Einer kurz einführenden Einleitung folgt zunächst eine sehr dankenswerte Zusammenstellung der Abänderungen des bisherigen Rechtszustandes durch das Viehseuchengesetz. Daran schließt sich der sorgfältig bearbeitete Kommentar zum Gesetze und dann kommen die Ausführungsvorschriften des Bundesrats, das Preußische Ausführungsgesetz und die Preußischen Ausführungsbestimmungen. Die Erläuterungen reichen für den täglichen Geschäftsverkehr aus und sind sachlich und klar." Zeitschrift für Polizei- und Verwaltungsbeamte.

Boxberger, L. von, Vogelschutzesetz vom 30. Mai 1908 nebst den das Flugwild betreffenden Bestimmungen der Preußischen Jagdordnung. Taschenformat. Seb. 1 .-

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 236. 89.)

Landesrecht

Friedrichs, R., Die Gesetgebung über die allgemeine Landesverwaltung und Buständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden. Pritte, durchgesehene Auflage. Taschenformat. XXIII, 295 Seiten. 1927.

Seb. 5 .-

(Guttentagsche Sammlung Preugischer Gesetze 3d. 42.)

"Der Wert dieser Arbeit liegt darin, daß er eine erschöpfende und klare Übersicht über das tatsächlich geltende Verwaltungsrecht bringt. Das Werk ist ein vorzügliches und nie versagendes Hilfsmittel." Gesetz und Recht.

Pfafferoth, Carl, Preufische Beamtengesetzgebung. Fünfte Auflage. XIV, 280 Seiten. 1916.

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 28d. 2.)

Nach einer Einleitung, darlegend die Beamtenstellung im Reiche und in Preußen, sind wohlgeordnet die sämtlichen bezüglichen Gesetze, Verordnungen usw. zusammengestellt. Ein empfehlenswertes Handbüchlein vom Eintritt in die Beamtentätigkeit bis zur Pensionierung." Berliner Börsenzeitung.

Dultig, Gugen von, Das preufifche Difziplinargefet für die nichtrichterlichen Beamten. Taschenformat. XIV, 364 Seiten. 1914.

(Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze Bd. 51.)

"Der Verfasser kennt das Disziplinarrecht aus eigener Tätigkeit und aus langer Erfahrung. Diese hat er zu einem praktischen Nachschlagebuch für alle praktischen Fragen des Disziplinarrechts ausgestaltet. Bei tunlichster Kürze sind doch recht erschöpfende, klare und anschauliche Erläuterungen entstanden, die das Verständnis und die Anwendung des Disziplinarrechts in zweckmäßiger Weise erleichtern. Das Büchlein verdient volle Beachtung.

Zeitschrift für Polizei- und Verwaltungsbeamte.

Sagemann, Rudolf, Hinterlegungsordnung vom 21. April 1913. Taschenformat. 175 Seiten. 1914. Geb. 2.20

(Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze Bd. 53.)

"Das in der vorteilhaft bekannten Guttentagschen Sammlung erschienene Buch darf als ein Hilfsmittel zu dem nicht immer ganz einfachen Verständnis der neuen Hinterlegungsvorschriften bestens empfohlen werden; es ist klar, übersichtlich und ausführlich."

Zentralblatt für freiwillige Gerichtsbarkeit.

Afchrott, B. F., Gefet über die Fürforgeerziehung Minderjähriger. Dom 2. Auli 1900. Nebst Ausführungsanweisungen. Dritte Auflage. Taschenformat. 374 Seiten. 1917. Geb. 2.80

(Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze 3d. 28.)

"Das Buch gewährt nicht nur einen klaren Einblick in die gegenwärtige Gestaltung der Fürsorgeerziehung in Preußen, sondern es gibt auch über die Zweifelsfragen, welche bei der Auslegung des technisch ziemlich unvollkommenen Fürsorgeerziehungsgesetzes in besonders reicher Fülle auftauchen, durchweg eine erschöpfende und zutreffende Auskunft."

Mards, Il., Gefetz, betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volksichulen. Taschenformat. 194 Seiten. 1906.

(Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze 28d. 39.)

"Das handliche Büchlein wird, von sachkundiger Seite herrührend und praktisch angelegt, Verwaltungsbeamten, Schulvorständen, Lehrern beim Gebrauch gute Dienste leisten.

Schulblatt der Provinz Brandenburg.

Ledermann, W., und L. Brühl, Die Städteordnung für die fechs öftlichen Provinzen Preußens. Zweite Auflage. Taschenformat. 593 Seiten. 1913. Geb. 6.—

(Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze 28b. 32.)

"Der Ledermann-Brühlsche Kommentar zur Städteordnung, eine hervorragende Arbeit des leider so früh verstorbenen Mannes und seines Mitarbeiters, ist von der Kritik und der Praxis so einmütig günstig aufgenommen worden, daß er auch in seiner zweiten durch Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung der letzten zehn Jahre bereicherten Ausgabe keiner weiteren Empfehlung bedarf."

Kommunale Praxis.

Wölbling, P., Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin. Zweite Auflage. Taschenformat. 114 Seiten. 1920. Geb. 1.40

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 26. 59.)

"Einem Gesetz, daß als eine Ergänzung der Städteordnung abgefaßt ist, hat der Verfasser lebendigen Gedankeninhalt verliehen. Auf die Verknüpfung des Neuen mit der Städteordnung und ihrer engeren Gestaltung wird im einzelnen mit umfassender Sorgfalt hingewiesen.

Die Ebenmäßigkeit mit den Kommentaren anderer Gesetze der Guttentagschen Sammlung, die unter weniger leidenschaftlichen Kämpfen zur Entstehung gelangten, erringt der Verfasser durch seine strenge Sachlichkeit. Damit muß seinem Werk die Beachtung bei der Durchführung des Gesetzes und bleibender Wert gesichert erscheinen." Soziale Praxis.

Holzapfel, W., Umlegungsordnung. Taschenformat. 144 Geiten. 1921. 1.80

(Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze Bb. 60.)

"Holzapfel, der hervorragende Kenner der Auseinandersetzungsgesetze, erläutert die Vorschriften der Umlegungsordnung in seiner scharfsinnigen Art in durchaus erschöpfender Weise und gibt in diesen Erläuterungen ein außerordentlich anschauliches Bild von der Umlegung der Grundstücke. Das Buch ist auch für Laien leicht und gut verständlich und kann jedem, der für die Umlegung Interesse hat, zur Benutzung angelegentlich empfohlen werden."

Preußisches Verwaltungsblatt.

Holzapfel, W., Gesetz über Landeskulturbehörden. Taschenformat. 176 Seiten. 1920. Geb. 2.—

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 2d. 57.)

"Der Titel gibt den Inhalt des Werkchens vollständig an, hinzuzufügen ist aber, daß die Erläuterung, die umfangreich und eingehend ist und der praktischen Handhabung des Gesetzes Schritt für Schritt folgt, aus der Feder eines Mannes herrührt, der durch seine sachliche Qualifikation als gründlicher Kenner der Materie für eine zuverlässige Führung die größte Gewähr bietet. Dankenswert ist die Gründlichkeit der im bescheidenen Rahmen geleisteten Arbeit.

Vernagtungs Arabin.

Verwaltungs-Archiv.

Meyer, O., Gesetz, betr. die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften. Taschenformat. 211 Seiten. 1913. 3.— (Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze Bd. 50.)

Friedrichs, R., Hugo von Strauß-Tornen und Carl Saß, Gesek, betr. Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften. (Straßen- und Baufluchtengesetz.) Rommentar. Groß-Oktav. 211 Seiten. 1920.

"Das Werk zeigt eine Reichhaltigkeit und Vollständigkeit, die sonst wenigen Kommentaren eigen ist, und übertrifft hierin noch weit die früheren Auflagen. Besonders erwähnenswert ist die geschickte Anordnung der Erläuterungen und das praktische Inhaltsverzeichnis."

Wochenschrift des Architektenvereins zu Berlin.

Beine, H., Die preußischen Baupolizeigesetze nebst den sonstigen einschlägigen Reiche- und Landesgesetzen. Taschenformat. 404 Seiten. 1928.

Geb. 8.—

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze Nr. 64.)

Diesem Band ist die Aufgabe gestellt, die in erster Linie in Betracht kommenden Gesetze und sonstigen Vorschriften und die im Zusammenhang hiermit entstehenden Rechtsfragen in übersichtlicher Weise zusammenzufassen und zu erörtern. Die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts und anderer Gerichte ist hierbei berücksichtigt worden.

Goldschmidt, O., Gesetze gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden mit Ausführungsanweisungen. Taschenformat. 152 Seiten. 1912. Geb. 2.40 (Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze Bb. 49.)

"Der Kommentar, der sich durch seine klare und prägnante Ausdrucksweise auszeichnet, läßt eine gründliche Durcharbeitung des Stoffes erkennen und bietet eine sachgemäße, sorgfältige und erschöpfende Erläuterung der einzelnen gesetzlichen Bestimmungen. Er wird als ein durch Vollständigkeit und Zuverlässigkeit ausgezeichnetes Hilfsmittel jedem Freunde des Heimatschutzes ein willkommener Ratgeber sein."

Jahrbuch des Verwaltungsrechts.

Bulff, S., und F. Serold, **Bassergesetz** vom 7. April 1913. Mit Einleitung, Erläuterungen und Sachregister. Zweite, umgearbeitete Auflage von S. Wulff. Taschenformat. XVI, 665 Seiten. 1928. Seb. 12.—

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 2d. 52.)

Diese zweite Auflage des Preußischen Wassergesetzes soll noch mehr als die erste mit ihren Anmerkungen und dem ausführlichen Sachregister als Wegweiser durch die teils schwierigen und verwickelten Fragen dieser Materie dienen und den Juristen über die einschlägige Rechtsprechung und das Schrifttum überall in ihrem neuesten Stande unterrichten.

Mit seiner Reichweite, Gründlichkeit und treffsicheren Kürze bildet dieser Kommentar ein

Meisterstück.

Lohmann, W., Gesetz, betr. die Feuerbestattung. Taschenformat. 79 Seiten. 1912. Geb. 1.50

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 28b. 47.)

"Der Verfasser, der als Mitglied der Kommission des Abgeordnetenhauses an dem Zustandekommen des Gesetzes hervorragend beteiligt war, konnte als zuständiger Bearbeiter des Gesetzes in erster Reihe gelten. Der kleine Kommentar ist besonderer Aufmerksamkeit sicher."

Jahrbuch des Verwaltungsrechts.

Holtgreven, A., und Th. Wolff, Das Wildschadengeseth vom 11. Juli 1891. Rommentar. Vierte, vermehrte und verbesserte Auflage. Oktav. VIII, 216 Seiten. 1902.

"Dieses Werkchen verfolgt einen doppelten Zweck. Dasselbe will einerseits die juristisch zweifelhaften Punkte des Wildschadengesetzes wissenschaftlich erörtern und klarstellen und andererseits allen denjenigen, welche bei der Handhabung dieses Gesetzes in irgendeiner Weise, sei es als Private, Beamte, Grundbesitzer oder als Jagdberechtigte, beteiligt sind, ein praktischer Berater sein."

Allgemeine Forst- und Jagdzeitung.

Born, A., Das preußische Fischereigesetz vom 11. Mai 1916 in der geltenden Fassung. Taschenformat. 428 Seiten. 1928. Seb. 7.50

(Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze Ar. 62.)

Die Ausgabe bietet eine bis jetzt fehlende neue Darstellung des Fischereigesetzes, in der vor allem die neue Rechtsprechung eingehend verwertet ist. Außer dem Fischereigesetz, das eine ausführliche Erläuterung gefunden hat, sind die wichtigen Ausführungsverordnungen und im Anhang die einschlägigen Bestimmungen anderer für die Anwendung des Fischereigesetzes in Frage kommenden Gesetze berücksichtigt.

Born, A., Die preußischen Jagdgesetze in ihrer geltenden Fassung. Mit Ersläuterungen versehen. Taschenformat. ca. 430 Seiten. 1928. Seb. ca. 7.50

(Guttentagsche Sammlung Preußischer Gesetze Nr. 63.)

Von einem erfahrenen Sachkenner bearbeitet, bietet die vorliegende Ausgabe eine eingehende Darstellung und Erläuterung der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Jagdrechts. Außer der Jagdordnung sind die Ausführungsanweisungen, die in Frage kommenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches, das Landesverwaltungsgesetz, das Gesetz über den Waffengebrauch der Forst- und Jagdbeamten, das Stempelsteuergesetz, die Verwaltungsgebührenordnung, die Preußische Pachtschutzordnung und das Reichsvogelschutzgesetz berücksichtigt.

Runze, F., Das Jagdicheingesetz. Zweite Auflage. Taschenformat. 157 Seiten. 1899. Geb. 2.—

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 28. 19.)

"Die eingehenden Anmerkungen und die im Titel hervorgehobenen Beigaben machen den kleinen Kommentar zu einem vortrefflichen, in der Praxis schwer entbehrlichen Hilfsmittel zur Auslegung des Gesetzes." Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft.

Caro, H., Gesetz, betr. Austritt aus der Landeskirche, vom 14. Mai 1873. Taschenformat. 190 Seiten. 1911. Geb. 2.40

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 2d. 46.)

"Ein sehr praktisches Buch, das in den Anmerkungen zum Wortlaut des Gesetzes eine reiche Fülle von Material bietet für alle möglichen Fragen, die mit Aus- und Übertritt zusammenhängen. Das genau gearbeitete Inhaltsverzeichnis ermöglicht bei gelegentlicher Benutzung ein leichtes Auffinden des Nötigen."

Deutsch-Protestantische Bücherschau.

Rollenscher, M., Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen. Taschenformat. VIII, 199 Seiten. 1910.

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 28b. 45.)

"Es fehlte bisher eine zusammenfassende, erschöpfende Darstellung der in den verschiedensten Quellen zerstreuten zahlreichen Judengesetze und Verordnungen, und es ist ein großes Verdienst des Verfassers, uns diese in klarer, übersichtlicher Form und Anordnung gegeben zu haben. Jede Synagogengemeinde und jeder, der sich mit jüdischen Angelegenheiten beschäftigt, müßte dieses Buch besitzen."

Jüdische Rundschau.

3. Steuerrecht

Beder, Enno, Die Neichsabgabenordnung. Fünfte, neubearbeitete Auflage. XII, 962 Seiten. 1926. Scb. 24.—

(Beymanns Taschen-Gesetsfammlung Bd. 98.)

Nieberl, A., Neichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 nebst Einführungsverordnung vom 18. Dezember 1919 und Übergangsverordnung vom 11. Oktober 1921. Textausgabe mit Anmerkungen und ausführlichem Sachregister. Zweite, neubearbeitete Auflage. Taschenformat. 1927. Geb. 12.—

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3d. 143.)

"Dieses Werk will auf Grund der Ergebnisse der Praxis der praktischen Anwendung der RAbgO. dienen und auch für den Nichtjuristen verständlich sein. Daß dieser Zweck erreicht wird, dürfte dem Verfasser nicht bestritten werden. Die Darstellung ist leichtverständlich und klar. Das Sachregister ist gründlich bearbeitet. Jedenfalls wird das Buch, das einen mit der praktischen Handhabung der RAbgO. vertrauten Verfasser erkennen läßt, nicht nur den Steuerbeamten, sondern auch dem rechtsuchenden Publikum und seinen Beratern ein willkommener guter Führer auf diesem Gebiet sein."

Juristische Wochenschrift,

- Mrozek, Alfons, Wilhelm Boethke, Hans Arlt und Hermann Pünder, Kommentar zur Neichsabgabenordnung. Dritte, neubearbeitete Auflage. Oktav. XIX, 897 Seiten. 1924.
- Michaelis, Nichard, Die Dritte Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924. Mit besonders ausführlicher Berücksichtigung der Vorschriften über die Aufwertung und die öffentlichen Anleihen. Taschenformat. VIII, 388 Seiten. 1924.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bd. 157.)

"Ganz besonders zu rühmen ist der Kommentar von Michaelis, der dank seiner eingehenden und gründlichen Bearbeitungsweise erheblichen Einstuß auf die Praxis gewonnen hat." Juristische Wochenschrift,

Hollaender, Aldolf, Einkommensteuergesetz und Körperschaftsteuergesetz nebst den augehörigen Aus- und Durchführungsbestimmungen, Verordnungen und Erlassen. Taschenformat. XXXIX, 697 Seiten. 1926. Mit Nachtrag. 1928. Seb. 24.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 23b. 151.)

"Das auf die Bedürfnisse der Praxis abgestellte und ihnen gerecht werdende Buch wird jedem gute Dienste leisten, der sich handelnd oder leidend auf dem äußerst unsicheren, ohne Hilfsmittel überhaupt nicht begehbaren Boden der heutigen Einkommensteuer zurechtfinden muß." Juristische Rundschau.

Pid, Reichsbewertungsgeset. Textausgabe mit Unmerfungen. Im Drud.

Wrzeszinski, Richard, und S. Beit Simon, Bermögenssteuergesetz und Reichsbewertungsgesetz. Rommentar. In Bearbeitung.

- Zimmermann, F. W. R., und D. Ludewig, Erbschaftsteuergesetz. Erläuterungsbuch mit sämtlichen einschlägigen Verordnungen nach dem Stand vom 1. Juli 1924. Vierte Auflage. 681 Seiten. 1925. Mit Nachtrag 1926. Geb. 15.—
- Schachtan, Herbert, Erbschaftsteuergesetz, Fassung vom 22. August 1925, mit Anmerkungen. Vierte Auflage. Oktav. 65 Seiten. 1926. 2.50

"Das Buch enthält in der Form des Kommentars eine vollständige Darstellung des Erbschaftssteuerrechts und der zugrunde liegenden bürgerlichrechtlichen Vorschriften des Erbrechts. Als wissenschaftliche und praktische Leistung steht der klar und scharf geschriebene Kommentar in vorderster Reihe unter seinen Rivalen; er ist als Wegweiser ganz besonders zu empfehlen."

Juristische Wochenschrift.

Hoffmann, U., Die preußischen Erbschaftsteuergesetze. Taschenformat. 561 Seiten. 1905.

(Guttentagiche Samınlung Preußischer Gesetze 3d. 20.)

- Popit, Iohannes, Kommentar zum Umsahsteuergesetze vom 24. Dezember 1919. Zweite, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage auf der Grundlage des Kommentars zum Geseh vom 26. Juli 1918. Oktav. XXVII, 757 Seiten. Neudruck 1925.
- Lindemann, Otto, Umsahsteuergesetz (neueste Fassung) mit Ausführungsbestimmungen. Vierte, vermehrte und verbesserte Auflage. Taschenformat. 518 Seiten. 1926.

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 132.)

"Es handelt sich um einen ausführlichen, gediegenen und klar abgefaßten Kommentar, der den weiteren Vorzug besitzt, auf dem laufenden zu sein. Das Werk kann allen Interessenten nur warm empfohlen werden."

Industrie- und Handels-Zeitung.

Mener, E. H., Gesetzgebung über Steuer- und Kapitalflucht. Zweite Auflage. Taschenformat. 129 Seiten. 1921. Geb. 1.60

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 2d. 145.)

"Das Büchlein enthält den Text der einschlagenden vier Gesetze samt den vier Verordnungen gegen die Kapitalabwanderung bzw. Kapitalflucht, eine kurze Übersicht über den Inhalt der Gesetze und sehr knapp gehaltene Anmerkungen. Sein Wert liegt in der handlichen Zusammenfassung der einschlagenden Vorschriften."

Juristische Wochenschrift.

Glaser, Frit, Das Kapitalertragsteuergeset, in der Fassung des Gesetzes vom 8. April 1922 unter Einarbeitung der Ausführungsbestimmungen erläutert. Zweite, neubearbeitete und vermehrte Auflage. Groß-Oktav. 304 Seiten. 1922. Geb. 5.50

Regler, Burghard, Rapitalvertehrsteuergeset. Zweite Auflage.

In Vorbereitung.

Lindemann, Otto, Grunderwerbsteuergesetz (neueste Fassung) mit den Ausführungsbestimmungen. Zweite, völlig umgearbeitete Auflage. Taschenformat. 186 Seiten. 1926.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Bd. 139.)

"Das Buch wird manchem in den mannigfachen Streitfragen des in der Praxis sehr einschneidenden Gesetzes ein willkommener Ratgeber sein. Die Erläuterungen zeichnen sich durch Klarheit und Gemeinverständlichkeit im besten Sinne aus."

Württembergische Industrie.

Hoepker, Heinrich, Die Industriebelastungsgesetze vom 30. August 1924 nebst den Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Industriebelastung. Taschenformat. XV, 200 Seiten. 1925. Mit Nachträgen. Geb. 4.—

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3d. 159.)

"Die Anmerkungen sind erschöpfend und führen den Leser mit Geschick in die schwierige und neue Materie ein. Rechtsanwälte sowie Kaufleute, für welche die Industrisbelastung in Frage kommt, werden das mit einem guten Sachregister ausgestattete Werk mit gleichem Nutzen gebrauchen!" Industrie- und Handels-Zeitung.

Simon, Heinrich Beit, und Wilhelm Beutner, Das Zwangsanleihegesetz und die Vermögensbewertung nebst den ergänzenden Verordnungen, den Bewertungsrichtlinien und den Ausführungsbestimmungen. Oktav. XXIV, 583 Seiten. 1923.

(Guttentagiche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 153.)

"Der Kommentar ist mit gründlichem Fleiß zusammengestellt. Er behandelt alle das Zwangsanleihegesetz berührenden Fragen lückenlos und auf das ausführlichste. Er kann deshalb allen denjenigen, die sich mit dem Studium des Zwangsanleihegesetzes, das für einige Zeit ja immer noch wichtig sein wird, befassen wollen, nur auf das wärmste empfohlen werden."

Deutsche Arbeitgeber-Zeitung.

Eiffler, Kurt, Staatliche Verwaltungsgebühren. Gesetz über staatliche Verwaltungsgebühren vom 29. September 1923 nebst Gebührenordnungen und Ausführungsbestimmungen. Taschenformat. 192 Seiten. Mit Nachtrag, 1925.

Seb. 6.—

(Guttentagsche Sammlung Preugischer Gesetze 3d. 61.)

"Das Buch ist für alle preußischen staatlichen und kommunalen Behörden unentbehrlich."

Deutsches Beamtenarchiv.

Loed, P., und W. Senffarth, Preußisches Stempelsteuergeset vom 30. Juni 1909. Mit den gesamten Ausführungsbestimmungen. Unter besonderer Verücssichtigung der Entscheidungen der Verwaltungsbehörden und der Gerichte herausgegeben von Seh. Regierungsrat P. Loed. Zehnte Auflage. Von Kurt Eiffler. Taschenformat. 1928.

(Guttentagiche Sammlung Preußischer Gesetze 3b. 18.)

"Die zahlreichen Auflagen zeugen für die Güte und praktische Brauchbarkeit des Buches, das durch den von Eiffler hinzugefügten Anhang auf den gegenwärtigen Rechtsstand gebracht ist."

Finanz-Ministerialblatt.

Lebbin, Georg, Nahrungsmittelgesetze mit Erläuterungen. Zweite, stark vermehrte Auflage in zwei Bänden.

Zweiter Band: Getränkegesetze und Getränkesteuergesetze (Wein, Bier, Branntwein, Mineralwasser). Unter Mitarbeit von Rechtsanwalt Dr. Kniebe. Taschenformat. XII, 400 Seiten. 1926. Geb. 10.—

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 3b. 54b.)

"Die wichtigsten Gesetze sind eingehend kommentiert und durch die einschlägigen Verordnungen, Ausführungsbestimmungen, Erlasse, Entscheidungen oberster Gerichte und nicht zuletzt die internationalen Abkommen so vollständig ergänzt, daß die Sammlung als unentbehrliches Hilfsmittel, wie es in dieser Art bislang noch fehlte, für den Sachbearbeiter bei Behörden und Verbänden sowohl als auch für den Kaufmann der Branche zu begrüßen ist." Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift.

Wündisch, Friedrich, Das Tabaksteuergesetz vom 12. September 1919 nebst den Ausführungsbestimmungen vom 26. Februar 1920. Taschenformat. 268 Seiten. 1920. Mit Nachtrag 1925. Seb. 4.—

(Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze 28d. 146.)

"Endlich ein Kommentar zum Tabaksteuergesetz! Die Ausgabe kommt den Wünschen der Praxis nach einer erschöpfenden Darstellung des neuen Gesetzes in umfassender Weise entgegen. Außer einer eingehenden Kommentierung des neuen Rechts ist der frühere Rechtszustand sowie der Gang des Tabaks vom Feld bis zum Verbraucher eingehend dargestellt. Außer den Behörden und Beamten, in deren Hand die Durchführung des Gesetzes gelegt ist, bildet das Buch auch für die Steuerzahler eine ausgezeichnete Informationsquelle für alle Fragen, die in der Praxis vorkommen. Die zahlreichen ausführenden Verordnungen sind abgedruckt."

Deutsche Tabak-Zeitung.



Entscheidungen des Reichsgerichts

Berausgegeben von

den Mitgliedern des Gerichtshofes und der Reichsanwaltschaft

Entscheibungen bes Reichsgerichts in Zivilsachen. Erscheint in einer Heftausgabe und einer Bandausgabe. Heftausgabe pro Band M. 6.90, Bandausgabe pro Band geh. M. 6.50, geb. 8.—

Generalregister

zu Band 1—30 M. 28.—, geb. 29.50; Band 31—40 M. 18.—, geb. 19.50; Band 41—50 M. 18.—, geb. 19.50; Band 51—60 M. 18.—, geb. 19.50; Band 61—70 M. 18.—, geb. 19.50; Band 71—80 M. 20.—, geb. 21.50; Band 81—90 M. 14.—, geb. 15.50; Band 91—100 M. 14.—, geb. 15.50; Band 101—110 M. 17.—, geb. 20.— Entscheibungen des Reichsgerichts in Strafsachen. Erscheint in einer Hestausgabe und einer Bandausgabe. Hestausgabe pro Band M. 6.90, Bandausgabe pro Band geh. M. 6.50, geb. 8.—

Generalregister

Bund 1-35 M. 20.-, geb. 21.50; Band 36-45 M. 12.-, geb. 13.50; Band 46-55 M. 14.-, geb. M. 15.50

Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts

herausgegeben von

Mitgliedern des Reichsarbeitsgerichts

Subskriptionsprets der Bande von etwa 25 Bogen brosch. M. 6.—, geb. M. 7.50, Preis der Heitausgabe M. 6.90

Die neue Sammlung gibt in ber Art ber beiden bekannten bisherigen Reihen der Enischeidungen des Relchsgerichts, herausgegeben von den Mitgliedern des Reichsgerichts, die amtliche Auswahl der zur Beröffentlichung bestimmten Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts

Juristische Rundschau

herausgegeben von

Otto Lindemann, Ministerialdirektor, Geh. Oberjustidrat, Berlin, Dr. Friedrich Flad, Senatspräsident beim Reichsgericht, Leipzig, Fritz Hartung, Ministerialrat im Preußischen Justizministerium, Berlin, und

Höchstrichterliche Rechtsprechung

Berausgegeben von

Gugen Friedrichs, Oberlandesgerichtsrat, Naumburg a. d. S., Dr. Albert Feisenberger, Reichsanwalt, Leipzig, Benno Mugdan, Kammergerichtsrat i. R., Geh. Justizrat, Berlin

Ericheint am 1. und 15. feben Monats

4. Jahrgang. 1928. Bierteljährlich M. 7.50, Sinzelheft M. 1.50 Beilage "Höchstrichterliche Rechtsprechung" einzeln vierteljährlich M. 5.—

Die "Juriftische Rundschau", ab 1. Januar 1928 an ben Berlag von Walter de Grupter & Co., Berlin, übers gegangen, ninmt zu ben wichtigen Gegenwartsfragen wissenschaftlich begründete Stellung ohne Beeinträchtigung der Objektivität durch politische oder Standesinteressen. Der Entscheidungsteil wird in noch weit höherem Maße als bisher die wichtigsten Entschiedungen außerhalb der Sammlung des Reichsgerichts schnell und zuverlässig wiedergeben: nicht zu knapp für den praktischen und wissenschaftlichen Gebrauch — nicht zu knapp für den mit Arbeit überhäuften Leser



Berlin W 10 und Leipzig

Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

Gegründet von Franz v. Liszt und Abolf Dochow. Herausgegeben von Dr. Karl v. Liliensthal, Professor in Beibelberg, Dr. Eb. Kohlrausch, Professor in Berlin, und Dr. W. Gleispach, Professor in Wien

Band 1—43 (1881—1922) je M. 15.—; Band 44 (1922) M. 25.—; Band 45 (1924) M. 21.—; Band 46 (1925) M. 30.—; Band 47 (1926/27) M. 30.—; Band 48 (1927/28) M. 30.— Jährlich erscheint 1 Band (8 Hefte) Bezugspreis M. 30.—

Zeitschrift für das gesamte Luftrecht (3LR.)

Herausgegeben von Dr. jur. Otto Schreiber, o. Professor an der Universität in Königsberg i. Pr., Geh. Regierungsrat, Leiter des Instituts für Lustrecht. Erscheint in Bänden zu je vier Heften. Band I, Heft 1 M. 12.—, Heft 2/3 M. 18.—

Zeitschrift für Bergrecht

Bis zu seinem Tode herausgegeben von dem Wirkl. Geh. Nat, Berghauptmann a. D. Dr. jur. H. Brassert. Nedigiert und herausgegeben von den rechtskundigen Ministerialräten der Bergabteilung des Preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe. Jährlich ein Band von mehreren Heften. Die Heite erscheinen in zwangloser Folge. Jahrgang 1—63 je M. 8.—; Jahrgang 64 (1923) M. 12.—; Jahrgang 65 (1924) M. 13.50; Jahrgang 66 (1925) M. 17.20; Jahrgang 67 (1926/27) M. 17.—; Jahrgang 68 (1927) M. 20.—

Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht

Herausgegeben von **Ernst Rabel**, o. Prosessor an der Universität Berlin, Direktor des Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht. **Erscheint in Jahrgängen**, die mit dem Kalenderjahr zusammenfallen, und zwar zu je 6 Hesten im Jahr.

1. Jahrgang (1927) M. 40.—

Bank=Archiv

Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen. Unter Mitwirkung von hervorragenden Fachmännern herausgegeben von Geh. Justidrat Prof. Dr. Rießer, Berlin. Schriftleitung: Rechtsanwalt Otto Bernstein und Rechtsanwalt G. Brink, Geschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes. Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Jahrgang 1—25 Preis auf Anfrage. Jahrgang 26 (1926/27) M. 24.—; Jahrgang 27 (1927/28) pro Halbschr M. 12.—

Veröffentlichungen des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung

Jahrgang 1—2 je M. 2.50; Jahrgang 3—16 je M. 6.—; Jahrgang 17—21 je M. 7.50; Jahrgang 22 M. 15.—; Jahrgang 23 M. 18.—; Jahrgang 24 M. 21.—; Jahrgang 25 M. 50.—; Gesamtregister für Jahrgang 11—25 (1928) M. 14.—

Wo finde ich alle wichtigen Entscheidungen der letzten Zeit?

Handweiser für die Gerichts- und Anwaltsprazis. Vierteljährlich 2—3 Hefte M. 1.—. Dieser Handweiser gibt ein vollständiges Verzeichnis aller erschienenen wichtigeren höchstrichterlichen Entscheidungen auf allen Rechtsgebieten nach ihren Fundstellen mit kürzester, aber deutlicher Renntlichmachung des Inhalts der Entscheidung.

Fünf Urteile

über das im Verlage von Walter de Gruyter & Co., Berlin W 10, erscheinende Handwörterbuch der Rechtswissenschaft

HOR

OLG.Rat Dr. Klimmer in der "Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht": Die bis jetzt vorliegenden Lieferungen lassen zuversichtlich erwarten, daß das Handwörterbuch sein nicht kleines Ziel erreicht. Seinen Fortgang darf man mit großen Erwartungen entgegensehen; wenn es fertig vorliegt, wird es eine bedeutende Leistung darstellen. Sein Bezug kann jedem empfohlen werden, der sich mit Fragen des Rechts auf irgendeinem Gebiete befassen muß.

Dr. Bovensiepen in der Zeitschrift "Bankwissenschaft": Nach dem soeben abgeschlossenen Bande zu urteilen, der in alphabetischer Ordnung die Themen behandelt, ist den Herausgebern die Lösung ihrer sehr schweren und verantwortungsvollen Aufgabe ausgezeichnet gelungen. Nicht ein einziges Rechtsgebiet bleibt unberücksichtigt. Besonders verdienstvoll ist es, daß die einzelnen Artikel stets die großen Zusammenhänge der einzelnen Rechtsmaterien betonen; sie bringen jeweils alles, was auf dem gesamtjuristischen Gebiete unter dem betreffenden Stichworte überhaupt gesagt werden kann. Verlag und Herausgeber haben allen Anlaß, auf

dieses Meisterwerk deutschen Gelehrtenfleißes stolz zu sein.

Ministerialrat Gadow in der "Juristischen Rundschau": Schon die ersten Lieferungen lassen erkennen, daß es sich um ein wissenschaftlich bedeutendes Werk handelt, welches eine vortreffliche Ergänzung zu den systematischen Bearbeitungen des Rechts bietet. Der Inhalt ist außerordentlich reichhaltig. Die einzelnen Artikel sind von hervorragenden Fachkennern bearbeitet.

Prof. Dr. Heilfron in der "Deutschen Allgemeinen Zeitung": Es wird nach seinem Abschluß nicht nur zu den umfangreichsten, sondern auch zu den auf größter wissenschaftlicher Höhe stehenden Werken der deutschen Rechtsliteratur gehören. Herausgeber, Mitarbeiter und Verleger verdienen gleichmäßig den Dank aller Rechtsbeflissenen.

P. A. Angeletopoulos, Rechtsanwalt beim Reichsgericht in Athen: Das Werk ist unentbehrlich für jeden Juristen, der die deutsche Sprache kennt. Es bietet eine leichte Auslegung des ganzen deutschen Rechtes, und zwar die neueste.

Handwörterbuch der Rechtswissenschaft

Unter Mitarbeit zahlreicher Fachgelehrten herausgegeben von Prof. Dr. Stier-Somlo und Dr. Alexander Elster

Das Werk erscheint in Lieferungen von 8 bis 10 Druckbogen zum jeweiligen Preise von etwa 6 Mark und wird insgesamt rund 300 Druckbogen umfassen. Es soll Ende 1928 abgeschlossen vorliegen. Der Bezug der ersten Teile verpflichtet zur Abnahme des ganzen Werkes.

Abgeschlossen liegen vor:

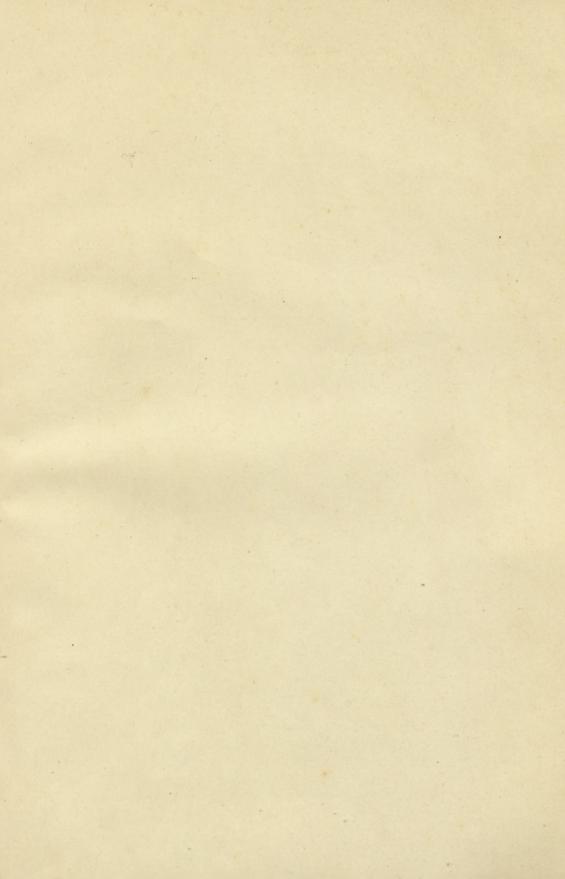
I. Band: Abandon-Deichgüter

1926. Lexikon-Oktav. XV, 912 Seiten. Geh. M. 39.—, in Halbleder geb. M. 46.—
II. Band: Deichverbände-Giroverkehr

1927. Lexikon-Oktav. XII, 960 Seiten. Geh. M. 42.—, in Halbleder geb. M. 48.—
IV. Band: Mädchenhandel—Reichsexekution

1927. Lexikon-Oktav. X, 798 Seiten. Geh. M. 39.-, in Halbleder geb. M. 46.-

Ausführliche Prospekte stehen kostenlos zur Verfügung.



SHARDIEC

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA GDAŃSK 55|19342

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA GDAŃSK P.7.10.9